



Datenreport 2008

EIN SOZIALBERICHT FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Datenreport 2008

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen
(GESIS-ZUMA), Mannheim,
Zentrum für Sozialindikatorenforschung,

Heinz-Herbert Noll,

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
Zentrales Datenmanagement,

Roland Habich

Datenreport 2008

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

Bonn 2008

Copyright dieser Ausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de

Redaktionell verantwortlich:

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Gernot Dallinger;
Statistisches Bundesamt (Destatis): Renate Koenig und Ilka Willand;
Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA): Heinz-Herbert Noll;
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): Roland Habich.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren und Autorinnen die Verantwortung.

Grafische Konzeption und Layout, Umschlaggestaltung: space5, Köln; bube concept GmbH, Pulheim;
Infografik: space5/bube concept GmbH,
Titelillustration: Martin Haußmann, Köln (www.haussmann-illu.de)

ISBN 978-3-89331-909-1

Bestellnummer des Statistischen Bundesamtes: 1010400-08900-1

Der Datenreport kann auch über den Vertriebspartner des
Statistischen Bundesamtes bezogen werden:

SFG Servicecenter Fachverlage

Part of the Elsevier Group

Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50

Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35

destatis@s-f-g.com

www.destatis.de/publikationen

Vorwort

Statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen bilden das Fundament, auf dem rationale politische Entscheidungen getroffen werden. Sie sind auch das Referenzmaterial, an dem die Bürgerinnen und Bürger ihre persönliche Wahrnehmung der allgemeinen Lebensverhältnisse überprüfen und gegebenenfalls korrigieren können. Sie ersetzen allerdings nicht den politischen Diskurs und geben keine Lösungen vor. Aber sie liefern den Entscheidungsträgern und Fachleuten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung Orientierungs- und Argumentationshilfen. Gleichzeitig befriedigen sie das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach umfassender Information über den Zustand von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Diese öffentliche Nachfrage nach verlässlichen Daten und deren wissenschaftlicher Einordnung bedient die Bundeszentrale für politische Bildung seit 1985 mit dem »Datenreport«, der hier völlig neu bearbeitet in 12. Auflage vorliegt. In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

und der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen, Zentrum für Sozialindikatorenforschung haben zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein Tableau von Texten, Grafiken und Tabellen erarbeitet, das sowohl interessierten Bürgerinnen und Bürgern als auch Nutzern aus Politik, Medien und Bildung einen Überblick über die ökonomische und soziale Situation in Deutschland verschafft.

Der Band ist daher nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur deutschen Sozialberichterstattung, sondern auch ein wichtiges Instrument der politischen Bildung. Es erfüllt den Auftrag, den politische Bildung in unserem Lande hat: die Bürgerinnen und Bürger umfassend mit jenen Informationen zu versorgen, mit deren Hilfe sie sich dann ein eigenständiges Urteil bilden. So informiert können sie sich in den – nicht selten kontroversen – öffentlichen Debatten mit begründeten Wortmeldungen beteiligen.

Der Präsident
der Bundeszentrale für politische Bildung
Thomas Krüger

Inhalt

	Einleitung	8
1	Bevölkerung	
■	1.1 Bevölkerungstand und Bevölkerungsentwicklung	11
2	Familie, Lebensformen und Kinder	
■	2.1 Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertagesbetreuung	27
■	2.2 Familie und Lebensformen	44
3	Bildung	
■	3.1 Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget	51
■	3.2 Bildung und Chancengleichheit	74
4	Wirtschaft und öffentlicher Sektor	
■	4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	81
■	4.2 Außenhandel	90
■	4.3 Verbraucherpreise	96
■	4.4 Öffentliche Finanzen und öffentlicher Dienst	98
5	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit	
■	5.1 Arbeitsmarkt	109
■	5.2 Situationen und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt	122
■	5.3 Verdienste und Arbeitskosten	129
■	5.4 Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit	140
6	Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung	
■	6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung	145
■	6.2 Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik	163
7	Sozialstruktur und soziale Lagen	
■	7.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung	173
■	7.2 Soziale Mobilität	180
■	7.3 Lebenssituationen und -einstellungen von Kindern und Jugendlichen	188
■	7.4 Lebenssituation von Älteren	193
■	7.5 Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen	200
■	7.6 Einstellungen und Kontakte zu Ausländern	208
8	Wohnverhältnisse und Wohnkosten	
■	8.1 Wohnen und Bautätigkeit	215
■	8.2 Wohnverhältnisse und Wohnkosten	227

9	Gesundheit und soziale Sicherung	
■	9.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesundheitsversorgung	237
■	9.2 Gesundheit, Einstellungen und Verhalten	261
■	9.3 Soziale Sicherung	268
■	9.4 Einstellungen zum Sozialstaat und zur Sozialpolitik	289
10	Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung	
■	10.1 Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung	295
■	10.2 Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit	305
11	Räumliche Mobilität und regionale Disparitäten	
■	11.1 Verkehr und Verkehrsinfrastruktur	311
■	11.2 Lebensbedingungen im regionalen Vergleich	323
12	Umwelt und Nachhaltigkeit	
■	12.1 Umweltökonomische Trends und Nachhaltigkeit	331
■	12.2 Energie und Umweltnutzung	340
■	12.3 Einstellungen zur Umwelt	356
13	Freizeit und gesellschaftliche Partizipation	
■	13.1 Freizeit und Mediennutzung	363
■	13.2 Gesellschaftliche Integration und Partizipation	376
14	Demokratie und politische Partizipation	
■	14.1 Teilnahme am politischen und religiösen Leben	383
■	14.2 Politische Integration und politisches Engagement	391
■	14.3 Einstellungen zur Demokratie	397
15	Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen	
■	15.1 Zufriedenheit in Lebensbereichen	403
■	15.2 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen	412
16	Deutschland in Europa	
■	16.1 Deutschland in der Europäischen Union	419
■	16.2 Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa	435
	Datengrundlagen und Autorinnen und Autoren	443
	Stichwortverzeichnis	447

Einleitung

Ziel einer regelmäßigen und umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie mit dem Datenreport verfolgt wird, ist die kontinuierliche Beobachtung und Analyse der Lebensqualität und des sozialen Wandels in Deutschland. Für die verschiedenen Aspekte der objektiven Lebensbedingungen sowie die darauf bezogenen subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger sollen zuverlässige Daten bereitgestellt werden, die es erlauben, die aktuelle Situation und Entwicklung der individuellen Lebensverhältnisse und der deutschen Gesellschaft insgesamt zu beleuchten und zu beurteilen. Darüber hinaus zielt die Berichterstattung auch darauf ab, relevante Trends des gesellschaftlichen Wandels – auf der Ebene sozioökonomischer Strukturen, aber auch individueller Einstellungen und Verhaltensweisen – aufzuspüren und empirisch zu beschreiben.

Der Datenreport, der mit dieser Ausgabe 2008 seit fast 25 Jahren erscheint, ist ein einzigartiges Gemeinschaftsprojekt von amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung, das im Veröffentlichungsprogramm der Bundeszentrale für politische Bildung einen besonderen Stellenwert einnimmt. Er ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA) und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Mit dem Datenreport 2008 wird die bisherige strikte Zweiteilung des Reports in die Beiträge der amtlichen Statistik und die der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung zugunsten einer integrierten, ausschließ-

lich nach Themen strukturierten Gliederung aufgegeben. Mit diesem Schritt soll die Systematik der Berichterstattung und Analyse gestärkt, aber zugleich auch die Transparenz und Nutzerfreundlichkeit des Reports entscheidend verbessert werden. Und nicht zuletzt wird damit auch die »Anschlussfähigkeit« zu den in verschiedenen anderen europäischen Ländern vorgelegten »Social Reports« erhöht.

Mit der Ausgabe 2008 hat der Datenreport zudem auch sein äußeres Erscheinungsbild deutlich verändert. Gegenüber dem bisherigen Format bietet das neue Layout großzügigere und übersichtlichere Darstellungsmöglichkeiten – insbesondere auch für Tabellen und Schaubilder – und schafft Raum für zusätzliche Hintergrundinformationen. Ein farbiges Leitsystem erleichtert den Leserinnen und Lesern zudem die Unterscheidung zwischen den – nun unmittelbar nebeneinander stehenden – Beiträgen aus der amtlichen Statistik und der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung.

Um die Lebensbedingungen und Lebensqualität in Deutschland auf der Grundlage der besten zur Verfügung stehenden empirischen Informationen umfassend und differenziert zu untersuchen, vereinigt der Datenreport die Ergebnisse der amtlichen Statistik und die Befunde der sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung. Obwohl die amtliche Statistik mit ihren umfangreichen, vielfältigen und kontinuierlich durchgeführten Erhebungen nach wie vor zweifellos der wichtigste Anbieter von Informationen über die Lebensverhältnisse und die Entwicklung der deutschen Gesellschaft ist, hat die Er-

fahrung gezeigt, dass eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Datengrundlage für eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung ebenso unverzichtbar ist. Mit ihren speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipierten sozialwissenschaftlichen Repräsentativerhebungen stellt die wissenschaftliche Sozialberichterstattung nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des gesetzlich festgelegten Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik liegen, wie z. B. subjektive Perzeptionen, Einstellungen und Bewertungen, sondern sie ergänzt und bereichert das Informations- und Analysepotential auch in konzeptioneller und methodischer Hinsicht.

Mit seiner umfassenden Bilanzierung der Lebensverhältnisse in Deutschland zielt der Datenreport auch darauf ab, den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft handlungsrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen, aber mehr noch stellt er sich – als ein im Programm der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichter Sozialbericht – der Aufgabe, dem Informationsbedürfnis einer interessierten Öffentlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden.

Die Ergebnisse und Befunde der aktuellen Ausgabe des Datenreports sind zweifellos auch für die Gesellschaftspolitik und die anhaltenden Reformdiskussionen von Bedeutung, sie informieren aber insbesondere die Bürgerinnen und Bürger darüber wie es sich in dieser Gesellschaft lebt, in welchen Bereichen und für welche gesellschaftlichen Gruppen Verbesserungen

oder auch Verschlechterungen der Lebensqualität zu verzeichnen sind, wo sich soziale Probleme oder Konflikte abzeichnen und welchen Trends der Strukturwandel und die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt folgt. Wie stellt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt dar, und wie steht es um die Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem? Wie viel Geld haben die Haushalte in Deutschland zur Verfügung und wie sind sie ausgestattet? Wie hoch sind die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen, und wie hat sich die Armut und Einkommensverteilung in den letzten Jahren entwickelt? Was leisten die sozialen Sicherungssysteme, wie hoch sind ihre Kosten, und wie groß ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Sozialstaat? Wie schätzen die Bürgerinnen und Bürger ihren Gesundheitszustand ein und was geben sie für Gesundheit aus? Wie groß ist der Anteil der Bevölkerung, der einen Migrationshintergrund hat, und wie gut sind die hier lebenden Migranten in die deutsche Gesellschaft integriert? Das sind nur einige von vielen Fragen, auf die der Datenreport zuverlässige empirische Antworten gibt. Nicht zuletzt informiert der Datenreport auch über das in der Öffentlichkeit vieldiskutierte subjektive Wohlbefinden, also darüber wie zufrieden die Menschen zum Beispiel mit ihrer Arbeit, ihrem Lebensstandard und ihrem Leben insgesamt sind.

Obwohl seit der deutschen Vereinigung inzwischen fast zwei Jahrzehnte vergangen sind, verdient die Beobachtung des Zusammenwachsens und der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West weiterhin besondere Aufmerk-

samkeit. Der Datenreport informiert daher über noch vorhandene Disparitäten in verschiedenen Bereichen der Lebensbedingungen und den Dimensionen des subjektiven Wohlbefindens sowie Unterschiede in Verhaltensweisen, Einstellungen und Wertorientierungen, aber auch über die bisher erzielten Erfolge des Vereinigungsprozesses und die sukzessive Angleichung der Lebenslagen in Ost- und Westdeutschland.

Alle Beiträge in diesem Datenreport sind auch darauf ausgerichtet, gesellschaftlichen Wandel, d. h. Veränderungen über die Zeit – teilweise auch auf der Basis individueller Längsschnittdaten – zu erfassen und zu analysieren. Um der erheblich gestiegenen Bedeutung einer international vergleichenden Perspektive und den fortschreitenden Prozessen der europäischen Integration Rechnung zu tragen, enthält der Datenreport 2008 zudem zwei Beiträge, die sich dem Vergleich der Mitgliedsländer der Europäischen Union widmen und die derzeitige Lage der deutschen Gesellschaft und die Lebensqualität ihrer Bürger im europäischen Kontext betrachten.

Neben der vorliegenden Buchausgabe steht der Datenreport 2008 – komplett oder kapitelweise – auch in elektronischer Form auf den Internetseiten der beteiligten Institutionen zum Download zur Verfügung.

Die Herausgeber
Wiesbaden/Mannheim/Berlin,
im Oktober 2008

Zeichenerklärung

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

–	nichts vorhanden
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Angaben fallen später an
x	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu
/	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

1 Bevölkerung

1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung

Claire Grobecker
Elle Krack-Rohberg

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demografische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebens-

stellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt und hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weit reichenden Bedarfs an demografischen Daten gehört die Bevölkerungsstatistik zu den traditions-

reichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Die Statistiken werden seit 1950 in der jetzigen Form geführt, die Zeitreihen gehen teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück. 

1.1.1 Bevölkerungsstand

Ende 2006 lebten in Deutschland rund 82,3 Mill. Einwohner, davon waren 49 % Männer und 51 % Frauen. Gegenüber 2005 hat die Bevölkerung um 123 000 Einwohner bzw. um 0,1 % abgenommen. 65,7 Mill. (rund 80 %) lebten in den alten Bundesländern, 13,2 Mill. (rund 16 %) in den neuen Bundesländern und 3,4 Mill. (rund 4 %) in Berlin. Die bevölkerungsreichsten Länder waren Nordrhein-Westfalen (18 Mill.), Bayern (12,5 Mill.) und Baden-Württemberg (10,7 Mill.). In diesen drei Bundesländern lebt rund die Hälfte der Bevölkerung. Die Hälfte der Bundesländer hatten dagegen weniger als 3 Mill. Einwohner.  **Tab. 1**

Mit 82,3 Mill. hatte Deutschland Ende 2006 knapp 13 Mill. Einwohner mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 51 Mill. auf 62,1 Mill., gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR von 18,4 Mill. auf 17 Mill. zurück. Die Bevölkerungszahl stabilisierte sich danach zwischen 61 und 62 Mill. im Westen und zwischen 16 und 17 Mill. im Osten.

Datenquelle der Bevölkerungsstatistik und Gebietsstände

Die Bevölkerungszahl wird mittels der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen. Auf den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung aufbauend, führen die statistischen Ämter auf Gemeindeebene die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch Bilanzierung der Ergebnisse der Statistiken über Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik durch. Die Bevölkerungsfortschreibung liefert demografische Grunddaten über die gesamte Bevölkerung wie Geschlecht, Alter und Familienstand so wie über die deutsche bzw. nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

Die Angaben der Bevölkerungsfortschreibung werden ergänzt durch die Auswertungen des Ausländerzentralregisters. Das Ausländerzentralregister liefert jährlich statistische Ergebnisse über die ausländische Bevölkerung, untergliedert nach der Staatsangehörigkeit oder der Aufenthaltsdauer, die in der Bevölkerungsfortschreibung nicht enthalten sind. Der Mikrozensus, die Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis, die jährlich ein Prozent der Bevölkerung erfasst, liefert Angaben zum Migrationshintergrund von Zuwanderern.

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen den bundesdeutschen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 werden grundsätzlich in der amtlichen Statistik nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen, so dass bei Bevölkerungsangaben für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder, soweit noch ein getrennter Nachweis erfolgt, Berlin nicht enthalten ist.

Tab. 1: Bevölkerung am 31. Dezember 2006

	Insgesamt	Männer	Frauen
	in 1000		
Baden-Württemberg	10739	5274	5465
Bayern	12493	6119	6374
Berlin	3404	1666	1738
Brandenburg	2548	1262	1286
Bremen	664	322	342
Hamburg	1754	856	898
Hessen	6075	2973	3102
Mecklenburg-Vorpom.	1694	840	854
Niedersachsen	7983	3915	4068
Nordrhein-Westfalen	18029	8787	9241
Rheinland-Pfalz	4053	1988	2065
Saarland	1043	507	536
Sachsen	4250	2074	2176
Sachsen-Anhalt	2442	1193	1248
Schleswig-Holstein	2834	1387	1447
Thüringen	2311	1139	1172
Deutschland	82 315	40 301	42 014

Seit der deutschen Vereinigung nahm die Bevölkerung des vereinten Deutschlands zuerst von 79,8 Mill. Personen Ende 1990 auf 82,5 Mill. Ende 2002 (+2,8 Mill.) zu. Seit 2003 hat sich die Bevölkerungszahl stabilisiert oder ist leicht rückläufig. Die Entwicklung im Osten und Westen war allerdings auch nach der deutschen Vereinigung gegenläufig: Während die Bevölkerung in den alten Bundesländern zwischen 1990 und 2006 um 4 Mill. anstieg, nahm sie

in den neuen Bundesländern um 1,5 Mill. ab. Berlin verzeichnete in diesem Zeitraum einen leichten Bevölkerungsrückgang von rund 30 000 Personen. → **Tab. 2**

Regionale Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet stieg die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1974 von 202 auf

249, ging danach bis 1985/86 auf 245 leicht zurück und stieg nach der Wende bis auf 270 im Jahr 2000. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 169 auf 148 und zwischen 1990 und 2000 weiter von 148 auf 140 Einwohner je Quadratkilometer.

Im Jahr 2006 lag für Deutschland insgesamt die Einwohnerdichte bei 231 Einwohnern je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt waren die Stadtstaaten (Berlin: 3 820, Hamburg: 2 323, Bremen: 1 642). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die Länder Mecklenburg-Vorpommern (73), Brandenburg (86), Sachsen-Anhalt (119), Thüringen (143) und Niedersachsen (168) auf. → **Tab. 3**

Mit 357 000 Quadratkilometern lag Deutschland 2006 im europäischen Vergleich in der Flächenausdehnung an siebter Stelle und in Bezug auf die Bevölkerungsdichte – nach den Niederlanden (477), Belgien (338) und dem Vereinigten Königreich (243) – an vierter Stelle (ohne die flächenmäßig kleinen Länder Malta, Monaco, San Marino und Vatikanstadt). Im Vergleich dazu sind Island mit durchschnittlich drei, die Russische Föderation mit acht, Finnland mit 17, und Norwegen mit 18 Einwohnern je Quadratkilometer sehr dünn besiedelt.

Ende 2006 gab es in Deutschland 12 311 politisch selbstständige Gemeinden, davon 8 498 im früheren Bundesgebiet und 3 813 in den neuen Bundesländern. Aus der Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2006, dass 7 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, rund 35 % in Gemeinden mit 2 000 bis 20 000 Einwohnern und 27 % in Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 31 % der Bevölkerung. → **Tab. 4**

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹	Neue Länder ²	Berlin
	in 1000			
1950	69346	50958	18388	.
1960	73147	55958	17188	.
1970	78069	61001	17068	.
1980	78397	61658	16740	.
1990	79753	63726	16028	3434
1995	81817	66342	15476	3471
2000	82260	67140	15120	3382
2001	82440	65323	13729	3388
2002	82537	65527	13617	3392
2003	82532	65619	13524	3388
2004	82501	65680	13433	3388
2005	82438	65698	13345	3395
2006	82315	65667	13244	3404

Ergebnisse jeweils am 31. Dezember.

1 Seit 2001 ohne Berlin-West.

2 Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

Tab. 3: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern am 31. Dezember 2006

	Regierungs- sitz	Fläche	Einwohner	
		1 000 km ²	in 1 000	je km ²
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 739	300
Bayern	München	70,6	12 493	177
Berlin	Berlin	0,9	3 404	3 820
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 548	86
Bremen	Bremen	0,4	664	1 642
Hamburg	Hamburg	0,8	1 754	2 323
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 075	288
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 694	73
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 983	168
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	18 029	529
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,9	4 053	204
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 043	406
Sachsen	Dresden	18,4	4 250	231
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,4	2 442	119
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 834	179
Thüringen	Erfurt	16,2	2 311	143
Deutschland	Berlin	357,0	82 315	231

Tab. 4: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten in ausgewählten Großstädten am 31. Dezember 2006

Rangfolge	Stadt in 1 000	Einwohner	Stadt pro km ²	Einwohner
1	Berlin	3 404	München	4 171
2	Hamburg	1 754	Berlin	3 820
3	München	1 295	Herne	3 307
4	Köln	990	Stuttgart	2 864
5	Frankfurt a. M.	653	Oberhausen	2 832
6	Stuttgart	594	Essen	2 772
7	Dortmund	588	Nürnberg	2 687
8	Essen	584	Düsseldorf	2 661
9	Düsseldorf	578	Bochum	2 638
10	Bremen	548	Frankfurt a. M.	2 628
11	Hannover	516	Offenbach a. M.	2 618
12	Leipzig	507	Gelsenkirchen	2 544
13	Dresden	505	Eppelheim	2 533
14	Nürnberg	501	Hannover	2 529
15	Duisburg	499	Köln	2 443

1.1.2 Altersaufbau, Geburten und Sterbefälle

Altersaufbau

Die Zahl der Geburten wirkt sich unmittelbar auf den Altersaufbau der Bevölkerung aus. Während die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen beeinflusst, wirken sich die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit oder Sterblichkeit wiederum auf die Stär-

ke der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung: So der Gruppe der Kinder und Jugendlichen, derjenigen im erwerbstätigen Alter und jener im Rentenalter, die derzeit immer größer wird. Somit ändern sich auch die Quoten zwischen dem sich aktiv am Erwerbsleben beteiligten Teil der Bevölkerung und jenem Teil, der entsprechend dem Generationenvertrag von

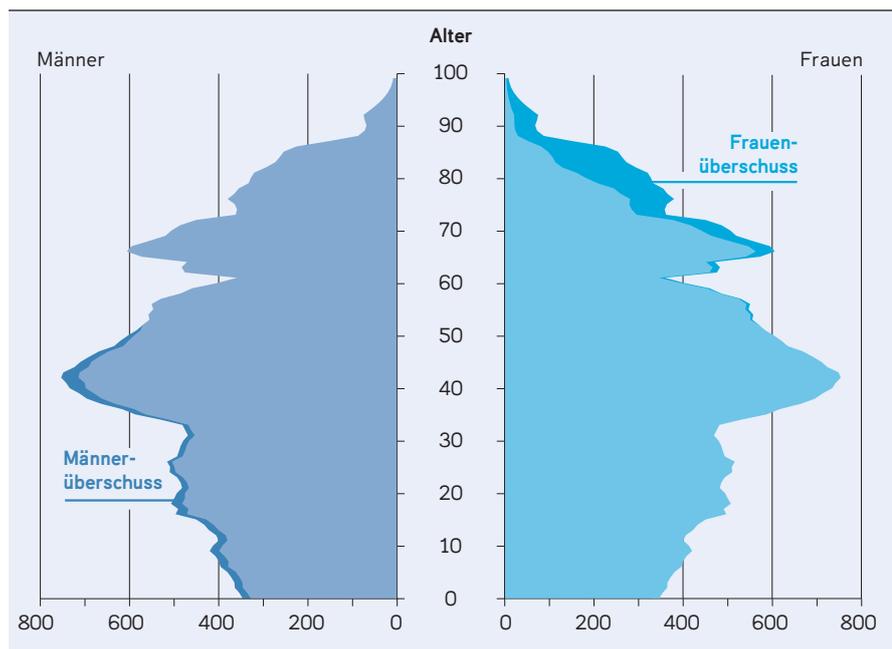
den Erwerbstätigen unterhalten werden muss.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper die Abbildung bildhaft beschrieb. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus deutlich zutage: Ende 2006 betrug in Deutschland der Anteil der Heranwachsenden (unter 20-Jährige) rund 20 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) entfielen 60 % und der Seniorenanteil (65-Jährige und Ältere) lag bei 20 %. Rund 5 % der Bevölkerung waren hoch betagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen) und der Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen) war mit jeweils knapp 33 gleich hoch. Anfang 1955 lag der Jugendquotient bei 50 und der Altenquotient bei 18.

➔ Abb. 1, Tab. 5

In Deutschland wurden etwas mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Jahr 2006 kamen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 106 Jungen. Weil die Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie die Frauen, ändert sich dieses Verhältnis mit dem Lebensalter. Während also bis zum Alter unter 50 Jahren in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil überwiegt, sind in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen ungefähr so viele Männer wie Frauen. In den höheren Altersgruppen überwiegen die Frauen. Von den 60- bis unter 70-jährigen Personen sind fast 52 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80-Jährigen 58 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar fast

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands am 31. Dezember 2006 je Altersjahr, in 1000 je Altersjahr



Tab. 5: Entwicklung der Altersstruktur

Jahresende	Bevölkerung in 1000	Davon im Alter von ... bis unter... Jahren				Jugendquotient ¹	Altenquotient ²
		unter 20	20-65	65-80	80 u. mehr		
		in %					
1955	71 350	29,8	59,4	9,4	1,3	50,2	18,1
1965	76 336	29,2	58,2	10,8	1,8	50,1	21,7
1975	78 465	28,8	56,3	12,8	2,2	51,2	26,6
1985	77 661	23,6	61,8	11,4	3,3	38,2	23,7
1995	81 817	21,5	62,9	11,5	4,0	34,3	24,7
2000	82 260	21,1	62,2	12,9	3,8	34,0	26,8
2005	82 438	20,0	60,8	14,8	4,5	32,9	31,7
2006	82 315	19,7	60,5	15,2	4,6	32,5	32,7

1 Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen.
 2 Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen.

72 %. Grund für den geringeren Männeranteil in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg.

Geburten, Sterbefälle

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der Bundesrepublik durch hohe Geburtenzahlen (so genannter Baby-Boom) geprägt. In dieser Zeit wurden deutlich mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Diese Situation änderte sich En-

de der 1960er und Anfang der 1970er Jahre abrupt mit einem rapiden Rückgang der Geburten. Die Geburtenzahl ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Mill.) bis auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Anschließend pendelte sie sich zwischen 750 000 und 910 000 ein. Seit 1998 ist ein weiterer Rückgang zu beobachten. 2005 wurden erstmals unter 700 000 Kinder geboren.

Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren

wurden als Menschen starben. Im Jahr 2006 lag die Zahl der Gestorbenen um 149 000 höher als die Zahl der lebend Geborenen. Diese Entwicklung betrifft vor allem die deutsche Bevölkerung. Die in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung verzeichnet demgegenüber – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle. → Tab. 6

Außerhalb einer Ehe wurden in Deutschland in 2006 30 % der Kinder geboren. Dieser Anteil ist geringer als in der übrigen Europäischen Union. So wurden in Schweden und Frankreich über die Hälfte der Kinder von nicht verheirateten Müttern geboren, in Dänemark, Finnland und dem Vereinigten Königreich waren es etwa 40 %.

Mit der im Jahr 2006 in Deutschland rechnerisch ermittelten durchschnittlichen Kinderzahl von 1,33 Kindern je Frau wird die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten. Gleichzeitig nimmt in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 76,6 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 82,1 Jahre. Gegenüber dem Stand von Mitte der 1980er Jahre entspricht dies einer Zunahme bei den Jungen um etwa 5,1 Jahre und bei den Mädchen um vier Jahre. Für einen 60-jährigen Mann ergibt sich heute eine rechnerische Lebensdauer von durchschnittlich 20,6 Jahren und für eine gleichaltrige Frau von 24,5 Jahren. (siehe auch Abschnitt 1.1.5).

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) kommt bei der Beobachtung und Analyse der Einwohnerzahl den Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird zwischen dem Wohn-



Wanderungsstatistik

In der Wanderungsstatistik werden die Zu- und Fortzüge erfasst, die von den Meldebehörden an die statistischen Ämter gemeldet werden. Der Wanderungssaldo wird als Differenz der Zu- und Fortzüge gebildet. Das Wandervolumen bezeichnet die Summe aus der Binnenwanderung zuzüglich der Zuzüge aus und der Fortzüge ins Ausland.

Die auf ein Jahr bezogene Wanderungsstatistik weist die jeweiligen Wanderungsfälle, nicht die wandernden Personen nach. Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in der Außenwanderungsstatistik über die Grenzen des Bundesgebiets erfasst, ab diesem Zeitpunkt handelt es sich um Binnenwanderungsfälle, die als Ost-West-Wanderung bezeichnet werden.

Durch die Binnenwanderung ändert sich die regionale Verteilung der Bevölkerung, aber im Gegensatz zur Außenwanderung nicht die Einwohnerzahl Deutschlands.

sitzwechseln von Personen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) unterschieden. Die Außenwanderung und die Binnenwanderung bilden zusammen die Gesamtwanderung.

Gesamtwanderung

Die Gesamtwanderung kann für Deutschland, für die Bundesländer, für die Landkreise und für die Gemeinden ermittelt werden. Im früheren Bundesgebiet stieg das Wandervolumen von 1960 bis 1971 von 4,1 Mill. bis auf 5,25 Mill. Maßgebend für diese Veränderung war vor allem die Entwicklung der Außenwanderung. Zwar war die Binnenwanderung auch in den 1960er Jahren angestiegen, aber nicht im gleichen Umfang wie die Außenwanderung. Ab 1971 ging die Gesamtwanderung wieder zurück. Die Wende löste erneut eine Wanderungswelle

Tab. 6: Lebend Geborene und Gestorbene in Deutschland

	Lebend Geborene		Gestorbene		Überschuss der der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl in 1 000	je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner
Deutschland						
1950	1 117	16,3	748	10,9	+ 368	+ 5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+ 385	+ 5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+ 72	+ 0,9
1980	866	11,0	952	12,1	- 87	- 1,1
1990	906	11,4	921	11,6	- 16	- 0,2
2000	767	9,3	839	10,2	- 72	- 0,9
2002	719	8,7	842	10,2	- 122	- 1,5
2004	706	8,5	818	9,9	- 113	- 1,4
2006	673	8,2	822	10,0	-149	- 1,8
Früheres Bundesgebiet¹						
1950	813	16,3	529	10,6	+ 284	+ 5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+ 326	+ 5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+ 76	+ 1,3
1980	621	10,1	714	11,6	- 93	- 1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+ 14	+ 0,2
2000	656	9,8	679	10,1	- 23	- 0,3
2002	594	9,1	658	10,1	- 64	- 1,0
2004	577	8,8	641	9,7	- 64	- 1,0
2006	547	8,3	643	9,8	- 97	- 1,5
Neue Länder²						
1950	304	16,5	220	11,9	+ 84	+ 4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+ 59	+ 3,4
1970	237	13,9	241	14,1	- 4	- 0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+ 7	+ 0,4
1990	178	11,1	208	12,9	- 30	- 1,8
2000	111	7,3	160	10,5	- 49	- 3,2
2002	96	7,0	150	11,0	- 54	- 3,9
2004	99	7,3	146	10,8	- 47	- 3,5
2006	96	7,3	147	11,0	- 50	- 3,8

1 Seit 2001 ohne Berlin-West.

2 Bis 2000 einschl. Berlin-Ost.

aus. Mit rund 5,7 Mill. Wanderungsfällen jährlich blieb die Gesamtwanderung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er Jahre auf hohem Niveau. Seit 1995 fällt die Gesamtwanderung. 2006 lag das Wandervolumen insgesamt bei 4,9 Mill.

Binnenwanderung

Im Jahr 2006 wechselten 3,6 Mill. Personen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. Bezieht man diese Zahl auf 1000 Einwohner, erhält man die so genannte Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häu-

figkeit, mit der Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln. 2006 betrug die Mobilitätsziffer rund 43, das heißt fast jeder zwanzigste Einwohner zog im Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere um.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung in Deutschland entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. Im Zeitraum 1970/80 verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,6 Mill. auf 3,0 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 49. Dieser Rückgang

Tab. 7: Wanderungen innerhalb Deutschlands über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen

	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1000	je 1 000 Einwohner ¹	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner ¹
Früheres Bundesgebiet						
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
Deutschland						
1991	3 402	42,8	2 494	31,4	1 127	14,2
1993	3 629	44,8	2 540	31,4	1 000	12,4
1995	3 951	48,5	2 722	33,4	1 069	13,1
1997	4 015	49,0	2 730	33,3	1 063	13,0
1998	4 001	48,8	2 727	33,2	1 081	13,2
1999	3 968	48,4	2 722	33,1	1 104	13,5
2000	3 892	47,4	2 700	32,8	1 137	13,8
2001	3 875	47,1	2 712	33,0	1 181	14,4
2002	3 843	46,6	2 677	32,5	1 154	14,0
2003	3 806	46,1	2 646	32,1	1 115	13,5
2004	3 373	45,3	2 595	31,5	1 095	13,3
2005	3 655	44,3	2 548	30,9	1 071	13,0
2006	3 562	43,3	2 504	30,4	1 053	12,8

¹ Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

Tab. 8: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern

	Zuzüge aus den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) ins frühere Bundesgebiet	Zuzüge in die neuen Länder (einschl. Berlin-Ost) aus dem früheren Bundesgebiet	Wanderungssaldo des früheren Bundesgebietes gegenüber den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)
1950	302 808	39 986	+ 262 822
1960	247 751	25 429	+ 222 322
1970	20 664	2 082	+ 18 582
1980	15 774	1 560	+ 14 214
1989	388 396	5 135	+ 383 261
1990	395 343	36 217	+ 359 126
1991	249 743	80 267	+ 169 476
1992	199 170	111 345	+ 87 825
1994	163 034	135 774	+ 27 260
1996	166 007	151 973	+ 14 034
1998	182 478	151 750	+ 30 728
1999	195 530	151 943	+ 43 587
2000	214 456	153 179	+ 61 277
2001 ¹	230 227	138 615	+ 91 612
2002 ¹	216 165	139 412	+ 76 753
2003 ¹	195 216	137 517	+ 57 699
2004 ¹	185 878	133 349	+ 52 529
2005 ¹	175 088	127 996	+ 47 092
2006 ¹	173 602	122 918	+ 50 684

¹ Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein: Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Ende der 1980er Jahre verhielt sich die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiterhin rückläufig. Nach der deutschen Vereinigung stieg die Binnenwanderung bis Ende der 1990er Jahre an, die Tendenz ist seitdem rückläufig. In 2006 fanden ca. 30 % (1,1 Mill.) der Umzüge zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises, rund 40 % (1,5 Mill.) zwischen Kreisen eines Bundeslandes und rund 30 % (1,1 Mill.) zwischen Bundesländern statt.

Bei der Binnenwanderung haben die Wanderungsströme zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern eine besondere Bedeutung. Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost war nach der hohen Abwanderung von Ost nach West in 1989 und 1990 in den 1990er Jahren gegenläufig, das heißt sie war durch eine Verringerung der Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost bei gleichzeitigem Anstieg der Wanderungen in entgegengesetzter Richtung gekennzeichnet, so dass der Wanderungssaldo nahezu ausgeglichen war. Nach 1998 kehrte sich dieser Trend um: 2006 verlegten 173 600 Menschen ihren Wohnsitz von den neuen Ländern einschließlich Berlin in eines der alten Bundesländer und rund 123 000 wählten den umgekehrten Weg. Daraus ergab sich für die neuen Länder einschließlich Berlin ein Abwanderungsverlust von rund 51 000 Personen. → Tab. 7, 8

Außenwanderung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Außenwanderung vor allem durch die Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland geprägt. Zwischen 1950 und 1961 folgte eine Zuwanderung aus der

Tab. 9: Zuzüge von Aussiedler/-innen

	Aussiedler/-innen			
	Insgesamt	darunter aus der Sowjetunion ¹	darunter aus Polen	darunter aus Rumänien
1950-59	438 222	13 580	292 183	3 454
1960-69	221 516	8 571	110 618	16 294
1970-79	355 866	56 585	202 712	71 417
1980-89	984 087	176 565	632 803	151 161
1990-94	1 291 112	911 407	199 614	171 900
1995	217 898	209 409	1 677	6 519
1996	177 751	172 181	1 175	4 284
1997	134 419	131 895	687	1 777
1998	103 080	101 550	488	1 005
1999	104 916	103 599	428	855
2000	95 615	94 558	484	547
2001	98 484	97 434	623	380
2002	91 416	90 587	553	256
2003	72 885	72 289	444	137
2004	59 093	58 728	278	76
2005	35 522	35 396	80	39
2006	7 747	7 626	80	40

Einschl. nichtdeutscher Angehöriger von Aussiedlern (ab 1993).

¹ Bzw. Nachfolgestaaten.

Quelle: Bundesverwaltungsamt Köln.

ehemaligen DDR: So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler Aufnahme im früheren Bundesgebiet. Ferner fanden zwischen 1950 und 2006 rund 4,5 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im früheren Bundesgebiet bzw. ab 1990 in Deutschland Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Aufnahme von Aussiedlerinnen und Aussiedlern registriert. In den folgenden Jahren bis 1995 kamen jährlich 220 000 bis 230 000 Personen nach Deutschland. Danach verringerten sich die Aufnahmen stetig. 2006 waren es nur noch rund 8 000 Personen. Von den rund 4,5 Mill. Aussiedlern, die im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen wurden, kamen rund 2,3 Mill. aus der ehemaligen Sowjetunion, 1,4 Mill. aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien. → **Tab. 9**

Durch die Zuwanderung aus dem Osten (aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der DDR sowie durch Aussiedler/-innen) gab es für die Bundesrepublik bis Anfang des neuen Jahrtausends einen Zu-

wanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungsverluste beobachtet; es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland zuziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass in den letzten Jahren immer weniger Spätaussiedler-

innen und Spätaussiedler nach Deutschland kamen. Zeitgleich stiegen die Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. Während die Fortzüge bei den Deutschen in den 1990er Jahren sich um die 110 000 Fälle pro Jahr bewegten, lagen sie zum Beispiel 2006 bei 155 000. Aus den Abwanderungszahlen lassen sich aber keine Aussagen zum Hintergrund der Fortzüge ableiten, da die Gründe für die Fortzüge bei den Meldeämtern nicht erfasst werden. So ist keine Differenzierung möglich, ob der Fortzug eine Auswanderung auf Dauer oder nur eine befristete Ausreise ist, zum Beispiel im Rahmen einer Tätigkeit für ein deutsches Unternehmen im Ausland. Es kann auch nicht unterschieden werden, ob es sich bei den Abwandernden um Spätaussiedler, Eingebürgerte oder Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt. Die Hauptzielländer von Deutschen in 2006 waren wie in den Vorjahren die Schweiz, die USA und Österreich. → **Tab. 10**

Seit Anfang der 1960er Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen zuerst durch die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Wande-

Tab. 10: Wanderung zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	Insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
1950-53	374 177	.	.	462 279	.	.
1954-59	1 038 759	477 414	561 345	955 190	638 657	316 533
1960-69	6 257 185	724 624	5 532 561	4 239 458	789 119	3 450 339
1970-79	7 002 667	783 306	6 219 361	5 439 852	543 843	4 896 009
1980-90	7 401 367	1 743 637	5 657 730	5 260 310	744 722	4 515 588
1991-95	6 157 185	1 460 428	4 696 757	3 597 562	577 691	3 019 871
1996	959 691	251 737	707 954	677 494	118 430	559 064
1997	840 633	225 335	615 298	746 969	109 903	637 066
1998	802 456	196 956	605 500	755 358	116 403	638 955
1999	874 023	200 150	673 873	672 048	116 410	555 638
2000	841 158	191 909	649 249	674 038	111 244	562 794
2001	879 217	193 958	685 259	606 494	109 507	496 987
2002	842 543	184 202	658 341	623 255	117 683	505 572
2003	768 975	167 216	601 759	626 330	127 267	499 063
2004	780 175	177 993	602 182	697 632	150 667	546 965
2005	707 352	128 051	579 301	628 399	144 815	483 584
2006	661 855	103 388	558 467	639 064	155 290	483 774

Bis einschl. 1990 Angaben für das frühere Bundesgebiet.

rungsströme ausländischer Staatsangehöriger zwischen dem früheren Bundesgebiet bzw. ab 1991 Deutschland und dem Ausland verzeichneten ein relativ hohes Wanderungsvolumen mit jährlich hohen Zu- und Fortzugszahlen. Dabei hat der Saldo mehrfach phasenweise das Vorzeichen gewechselt. Anders als noch in den 1960er Jahren spiegelt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen nicht mehr den Konjunkturverlauf in Deutschland wider. Vielmehr wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer seit Mitte der 1970er Jahre von konjunkturunabhängigen Faktoren beeinflusst, wie dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunftsländern. Ein augenfälliges Beispiel hierfür ist die Einreise zum Zweck der Asylsuche, die auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet bis zum Sommer 1993 ein wichtiges Motiv war.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich ebenfalls die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,2 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Ein Grund hierfür lag darin, dass aufgrund des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien viele Menschen Zuflucht in Deutschland gesucht haben. Danach war die Tendenz mit einigen Schwankungen eher rückläufig. 2006 kamen rund 560 000 Menschen nach Deutschland. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Personen ihren höchsten Stand. Danach war die Tendenz bis 2003 rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997 und 1998. Ursache dafür war die Rückkehr

von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Die Hauptherkunftsländer waren 2006 mit Abstand Polen (152 000 Zuzüge), gefolgt von der Türkei (30 000) und Rumänien (23 000). Über die Hälfte der Personen (52 % bzw. 292 000) kam aus der EU, rund ein Viertel aus dem außereuropäischen Ausland (24 % bzw. 132 000) und 22 % aus dem sonstigen Europa (125 000 Zuzüge).

1.1.4 Ausländische Bevölkerung und Migration

Ende 2007 gab es in Deutschland knapp 7,3 Mill. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Dies ist jedoch nur ein Teil der in Deutschland lebenden Menschen mit fremden Wurzeln. Die amtliche Statistik versucht, seit 2005 einen systematischen Überblick über die Bedeutung der Migration in Deutschland zu geben und verwendet hierzu das Konzept der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund«. 

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich von der ohne Migrationshintergrund. Aber auch, innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bestehen Unterschiede zwischen dem deutschen und dem ausländischen Teil.  **Tab. 11**

Zu den Deutschen mit Migrationshintergrund gehören damit neben Eingebürgerten und (Spät-)Aussiedlern auch deren

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Zu dieser Bevölkerungsgruppe zählen neben allen nach Deutschland Zugewanderten und allen im Inland mit fremder Staatsangehörigkeit Geborenen auch die hier geborenen Deutschen mit zumindest einem Elternteil, der zugewandert ist oder als Ausländer in Deutschland geboren wurde. Vertriebene und ihre Nachkommen zählen nicht dazu.

Kinder sowie die nach dem so genannten »Optionsmodell« geborenen Kinder ausländischer Eltern. Ihre Zahl wurde und wird weiter von folgenden Entwicklungen beeinflusst:

- ▶ *die Zuwanderung von Spätaussiedlern vor allem in den 1980er und 1990er Jahren:* Seit 1950 hat Deutschland insgesamt knapp 4,5 Mill. Aussiedler und Spätaussiedler aufgenommen, von 1988 bis 1999 allein mehr als 2,6 Mill. 2007 lag die Zahl der Zuzüge nur noch bei knapp 5 800,
- ▶ *die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern vor allem seit 1990:* Seit 1950 wurden in Deutschland knapp 4,4 Mill. Menschen eingebürgert, von 1990 bis 2006 gut 3,3 Mill. In den letzten drei Jahren schwankte die Zahl zwischen 110 000 bis 130 000 jährlich.
- ▶ *Die Geburt von Deutschen mit Migrationshintergrund:* Nach Schätzungen wurden 2006 knapp 220 000 Deutsche mit Migrationshintergrund geboren, das ist fast ein Drittel aller Geburten. Davon entfallen etwa 40 000 auf das Optionsmodell.

Insgesamt hat sich die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund von 2005 auf 2006 deutlich anders entwickelt als die der ausländischen Bevölkerung. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stieg. Hauptgrund waren die im Inland geborenen Deutschen mit Migrationshintergrund. Da kaum mehr Zuwanderungen erfolgen, ist die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland seit 2000 annähernd gleich geblieben.

Diese Beobachtungen könnten den Schluss nahe legen, dass Statistiken zur ausländischen Bevölkerung zugunsten von Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgegeben werden sollten. Allerdings zeigen Analysen, dass die ausländische Bevölkerung innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufgrund von besonderen sozioökonomischen Merkmalen auch weiterhin eine Sonderstellung einnimmt, die einen be-

Tab. 11: Charakteristika der Bevölkerung nach Migrationsstatus

Migrationsstatus	2005			2006			Veränderung der Anzahl 2006 gegenüber 2005 in %
	Anzahl in 1000	durchschnittl. Alter	durchschnittl. Aufenthaltsdauer in Jahren	Anzahl in 1000	durchschnittl. Alter	durchschnittl. Aufenthaltsdauer in Jahren	
Bevölkerung insgesamt	82 465	42,3	x	82 369	42,6	x	-0,12
ohne Migrationshintergrund	67 452	44,3	x	67 225	44,6	x	-0,34
mit Migrationshintergrund	15 013	33,5	x	15 143	33,8	x	0,86
mit eigener Migrations- erfahrung (zugewandert)	10 399	41,8	18,5	10 431	42,3	18,8	0,30
Ausländer/-innen	5 571	40,6	17,3	5 584	41,2	17,6	0,23
Deutsche	4 828	43,2	19,9	4 847	43,7	20,1	0,39
ohne eigene Migrations- erfahrung (hier geboren)	4 614	16,3	x	4 713	14,7	x	2,13
Ausländer/-innen	1 749	19,3	x	1 716	19,7	x	-1,93
Deutsche	2 865	12,9	x	2 997	11,9	x	4,61

sonderen integrationspolitischen Bedarf begründen könnten. So haben Ende 2006 zwar gut 4,7 Mill. der in Deutschland lebenden Ausländer die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt, es haben sich aber in Laufe des Jahres 2006 nur knapp 125 000 Ausländer/-innen einbürgern lassen. Ein Großteil der ausländischen Bevölkerung in Deutschland entscheidet sich also seit Jahren bewusst gegen eine Einbürgerung.

Der ausländische Bevölkerungsteil unterscheidet sich aber auch in einer Vielzahl von sozioökonomischen Merkmalen von der deutschen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. So kommen soziale Risiken wie fehlende schulische und berufliche Qualifikation und Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit in prestigearmen Berufen und Tätigkeiten sowie niedriges Einkommen und ein erhöhtes Armutsrisiko bei ihnen deutlich häufiger vor als in der sonstigen Bevölkerung. In der Regel sind Deutsche mit Migrationshintergrund von all diesen Risiken etwa doppelt so häufig betroffen als Deutsche ohne Migrationshintergrund, die ausländische Bevölkerung aber viermal so oft. Damit unterscheidet sich die ausländische Bevölkerung hinsichtlich dieser Merkmale von der deutschen Bevölkerung mit Migra-

tionshintergrund deutlicher als die Bevölkerung mit Migrationshintergrund von der ohne Migrationshintergrund.

Entwicklung der ausländischen Bevölkerung

Von 1991 bis 2006 stieg in Deutschland die Zahl der Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit um etwa 1,2 Mill. auf 7,3 Mill. Ihr Anteil an der Bevölkerung erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 7,6 % auf 8,8 %. Gut drei Viertel der ausländischen Bevölkerung sind nach Deutschland zugewandert, knapp ein Viertel wurde hier geboren. → Tab. 12

Die Entwicklung vollzog sich hauptsächlich im früheren Bundesgebiet. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis zum Bau der Mauer 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevöl-

kerung) auf 2,4 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl ausländischer Bürgerinnen und Bürger als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden 1982 auf knapp 4,7 Mill. 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass im Jahr 1985 wieder. Ende 1999 betrug sie – auch bedingt durch die bis Mitte 1993 hohen Zahlen von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina – 7,3 Mill. bzw. 8,9 % der Bevölkerung. Im Zeitraum von 1970 bis 1999 nahm die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,2 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie waren größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der

Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf rund 47 % im Jahr 2000 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls.

Auch in den neuen Ländern leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet oder Berlin vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht

Tab. 12: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Deutschlands seit 1961

Zeitpunkt	Anzahl in 1 000	Anteil an der Bevölkerung in %
Früheres Bundesgebiet¹		
1961	686,2	1,2
1970	2 600,6	4,3
1987	4 286,5	7,0
1989	5 007,2	8,0
Deutschland²		
1990	5 582,4	7,0
1991	6 066,7	7,6
1995	7 342,8	9,0
1999	7 336,1	8,9
2000	7 267,6	8,8
2005	7 289,1	8,8
2006	7 286,3	8,8

¹ Unterschiedliche Stichtage.

² Stichtag 31. Dezember.

gegeben. Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich diese Zahl auf rund 144 000. Der Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, dass ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge beziehungsweise der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Von 1992 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern (ohne Berlin) – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht an, danach blieb sie unverän-

dert. Ende 2006 macht die ausländische Bevölkerung mit etwa 320 000 Personen 1,9 % der dortigen Bevölkerung aus.

Aufenthaltsdauer

Von allen Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 2007 im Ausländerzentralregister geführt wurden – und die zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländer umfassen – sind rund 36 % weniger als zehn Jahre, 29 % seit zehn bis 20 Jahren und 35 % seit 20 Jahren oder länger hier ansässig. Für 2007 ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von rund 17,7 Jahren, 1992 lag sie noch bei genau 12 Jahren. Die Ausländerinnen und Ausländer, die im Jahr 2007 fortgezogen sind, hatten sich dagegen im Schnitt nur 8,7 Jahre hier aufgehalten. Dies deutet darauf hin, dass die ausländische Bevölkerung aus zwei Teilgruppen besteht: der eine (kleinere) Teil hält sich nur vorübergehend in Deutschland auf und kehrt nach Abschluss von Ausbildung oder Erwerbstätigkeit zurück, der andere (größere) Teil bleibt dauerhaft.

Geburtenentwicklung

1999 wurden in Deutschland noch rund 95 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren. Seit dem am Jahresanfang 2000 in Kraft getretenen neuen Staatsangehörigkeitsrecht wurden es deutlich weniger, in 2006 zuletzt noch knapp 29 000. Weitere 39 000 Kinder ausländischer Eltern wurden 2006 nach dem Optionsmodell mit doppelter Staatsangehörigkeit geboren.

In den alten Ländern wurde 1974 mit rund 108 000 die bisher höchste Geburtenzahl ausländischer Kinder registriert. Bis Mitte der 1980er Jahre hatte sich diese Zahl halbiert, danach war sie wieder angestiegen. Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung selbst, ein zweiter Grund lag in Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht. So war die ausländische Bevölkerung in der Mitte der 1970er und der 1980er Jahre zeit-

weise zurückgegangen. Außerdem hatten bis 1974 Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 ist dies der Fall, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Seit 2000 erhalten darüber hinaus in Deutschland geborene Kinder auch dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält.

Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Die regionale Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland zeigt, dass Ende 2006 die Stadtstaaten Hamburg (14,1 %) und Berlin (13,8 %) die höchsten Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung aufwiesen. Bei den Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (11,9 %), Hessen (11,3 %) und Nordrhein-Westfalen (10,6 %) am höchsten und in Sachsen-Anhalt (1,9 %) und Thüringen (2,0 %) am niedrigsten.

Asylsuchende und -berechtigte

Zwischen 1988 und 1993 reisten verstärkt Menschen als Asylsuchende in das frühere Bundesgebiet bzw. nach Deutschland ein. Im früheren Bundesgebiet waren es 1980 fast 108 000. Danach ging die Zahl auf etwa 20 000 im Jahr 1983 zurück, stieg danach aber wieder. Mit rund 438 000 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland 1992 ihren bisher höchsten Stand. Durch die jeweils Mitte 1993 erfolgte Änderung von Arti-

Tab. 13: Asylsuchende und Asylberechtigte

	Asylsuchende	Asylberechtigte	Anerkennungsquote ²
1975	9627	2928	22,2
1980	107818	12783	12,0
1985	73832	11224	29,2
1990	193063	6518	4,4
1992	438191	9189	4,3
1995 ²	127937	18100	9,0
2000	78564	3128	3,0
2005	28914	411	0,9
2006	21029	251	0,8
2007	19164	304	1,1

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

1 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

2 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur noch Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg.

kel 16 und Einführung von Artikel 16a des Grundgesetzes sowie die hiervon ausgehenden asylverfahrensrechtlichen Neuregelungen sank die Zahl der Asylsuchenden 1993 auf knapp 323 000. Dieser Rückgang setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Im Jahr 2007 wurden nur noch rund 19 000 Asylanträge gestellt.

Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden unterlag im Zeitablauf zwar immer wieder Schwankungen. Von 1985 bis 1993 sank er von 29 % auf rund 3 %, stieg bis 1995 auf 9 % an, sank bis 2000 auf 3 %. Seit 2005 bewegt sich die Anerkennungsquote um ein Prozent; im Jahr 2006 lag sie mit 0,8 % auf dem bislang niedrigsten Niveau. → Tab. 13

1.1.5 Demografischer Wandel

In den letzten Jahrzehnten war die demografische Lage Deutschlands durch eine geringe durchschnittliche Kinderzahl je Frau, sinkende Geburtenzahlen, eine steigende Lebenserwartung und zeitweise hohe Zuwanderung aus dem Ausland, die sich jedoch in den letzten Jahren abgeschwächt hat, geprägt.

Die Geburtenhäufigkeit ist seit über 30 Jahren durch eine geringe durchschnittliche Kinderzahl je Frau gekennzeichnet.

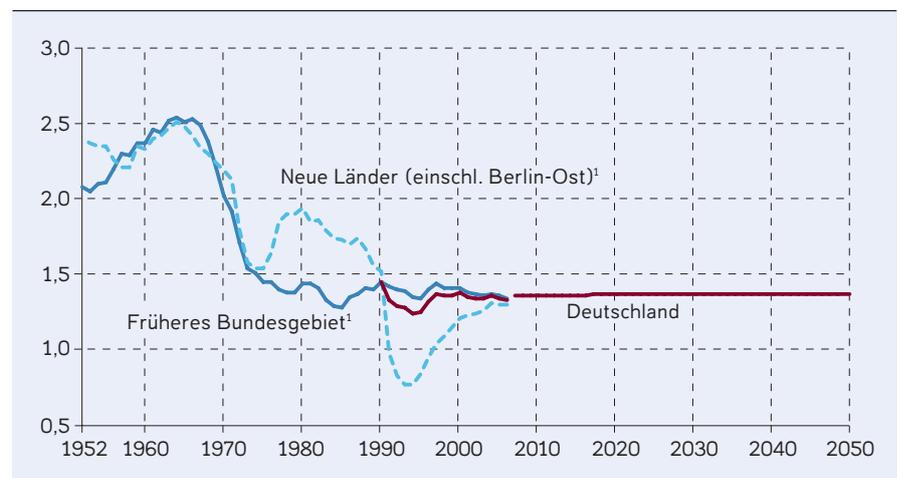
Die durchschnittliche Zahl der Kinder gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die aktuellen Geburtenverhältnisse für diesen gesamten Zeitraum gelten würden. In den alten Bundesländern betrug die durchschnittliche Kinderzahl seit Ende der 1970er Jahre rechnerisch 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau, zuvor hatte sie deutlich höher gelegen.

In der ehemaligen DDR war es in den 1970er Jahren ebenfalls zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl gekommen, dem aber bald ein

Anstieg folgte, bis Ende der 1980er Jahre die Kinderzahl wieder abnahm. Anfang der 1990er Jahre kam es im Zuge der Wende und der deutschen Vereinigung zu einem vorübergehenden Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern. Inzwischen liegt die durchschnittliche Kinderzahl im Osten Deutschlands nur noch geringfügig unter der im Westen.

→ Abb. 2

Die Lebenserwartung ist in den letzten hundert Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit lange eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Zeitraum 1871/1881 für neugeborene Jungen 35,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 38,4 Jahre. Aber schon Zehnjährige hatten eine weitere Lebenserwartung von 46,5 (Jungen) bzw. 48,2 Jahren (Mädchen). Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung – nach der Sterbetafel 2004/2006 – für Jungen 76,6 bzw. 82,1 Jahre für Mädchen. Innerhalb von 130 Jahren hat sich die Lebenserwartung neugeborener Jungen und Mädchen in Deutschland mehr als verdoppelt. Aber auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung deutlich angestiegen, verstärkt

Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffer bis 2050, Kinder je Frau

Geburtenziffer = Durchschnittliche hypothetische Zahl der lebend geborenen Kinder je Frau.

Ab 2007 Annahmen einer annähernden Konstanz aus der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

1 Seit 2000 ohne Berlin.

Tab. 14: Durchschnittliche Lebenserwartung 1871/1881 und 2004/2006

Alter in Jahren	Jungen		Mädchen	
	1871/1881	2004/2006	1871/1881	2004/2006
	in Jahren			
0	35,6	76,6	38,4	82,1
1	46,5	76,0	48,1	81,4
5	49,4	72,0	51,0	77,4
10	46,5	67,1	48,2	72,5
20	38,4	57,2	40,2	62,6
30	31,4	47,6	33,1	52,7
40	24,5	38,0	26,3	42,9
50	18,0	28,9	19,3	33,5
60	12,1	20,6	12,7	24,5
70	7,3	13,2	7,6	16,0
80	4,1	7,5	4,2	8,9
90	2,3	3,8	2,4	4,1

1871/1881: Deutsches Reich.
2004/2006: Deutschland.

in den letzten Jahrzehnten. 60-jährige Männer haben heute im Durchschnitt noch weitere 20,6 Jahre, gleichaltrige Frauen 24,5 Jahre zu erwarten. Das sind etwa 8,5 Jahre mehr bei den Männern und fast 12 Jahre mehr bei den Frauen als 1871/81 und etwa fünf Jahre mehr als 1970/72. → **Tab. 14**

In den kommenden Jahrzehnten werden der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung kennzeichnend für den demografischen Wandel sein. Dies lässt sich anhand von Bevölkerungsvorausberechnungen darstellen. 

Im Folgenden werden Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung anhand von zwei Varianten zur »mittleren« Bevölkerung dargestellt. Diese ergeben sich bei annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit von etwa 1,4 Kindern je Frau, einer Zunahme der Lebenserwartung gegenüber dem aktuellen Stand um etwa sechs bzw. sieben Jahre für neugeborene Mädchen bzw. Jungen und über 4,5 Jahre für 60-Jährige sowie den beiden Wanderungsannahmen von jährlich 100 000 bzw. 200 000 mehr Zu- als Fortzügen. Diese beiden Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich

die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Die beiden Varianten werden als Unter- und Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung bezeichnet.

Aus der Vorausberechnung ergibt sich für die nächsten Jahrzehnte folgendes Bild: Die Bevölkerungszahl nimmt ab, die Anzahl der älteren Menschen wächst über lange Zeit, die der jüngeren geht zurück und damit verschieben sich die Verhältnisse zwischen den Altersgruppen erheblich. Zu diesem Bevölkerungsrückgang kommt es, weil – wie schon seit mehr als 30 Jahren – voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten stets mehr Menschen sterben werden, als Kinder zur Welt kommen. Die angenommenen Zuwanderungen aus dem Ausland reichen nicht aus, um den Sterbefallüberschuss auszugleichen. In dieser Lage befindet sich Deutschland bereits seit 2003, da die Nettozuwanderung der letzten Jahre relativ niedrig war. Künftig wird sich das Geburtendefizit noch erheblich vergrößern. Zurzeit beträgt es etwa 150 000. Im Jahr 2020 wird es über 300 000 ausmachen und 2050 etwa 600 000 erreichen. Dabei nimmt die Zahl der Geburten von heute etwa 670 000 auf etwa 500 000 ab, während die Zahl der Sterbefälle von 820 000 auf rund 1,1 Mill. im Jahr 2050 ansteigen wird.

Die auch zukünftig sinkenden Geburtenzahlen folgen auch aus der von Generation zu Generation sinkenden Anzahl junger Frauen: Bei einer Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau bringen die Frauen weit weniger Kinder zur Welt, als es für den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre. Die jetzt geborenen Mädchenjahrgänge sind also zahlenmäßig kleiner als die ihrer Mütter. Sind diese Mädchen einmal erwachsen, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil dann auch weniger potenzielle Mütter leben. Die Zahl der Frauen im geburtenfähigen Alter (von 15 bis 49 Jahren) nimmt von

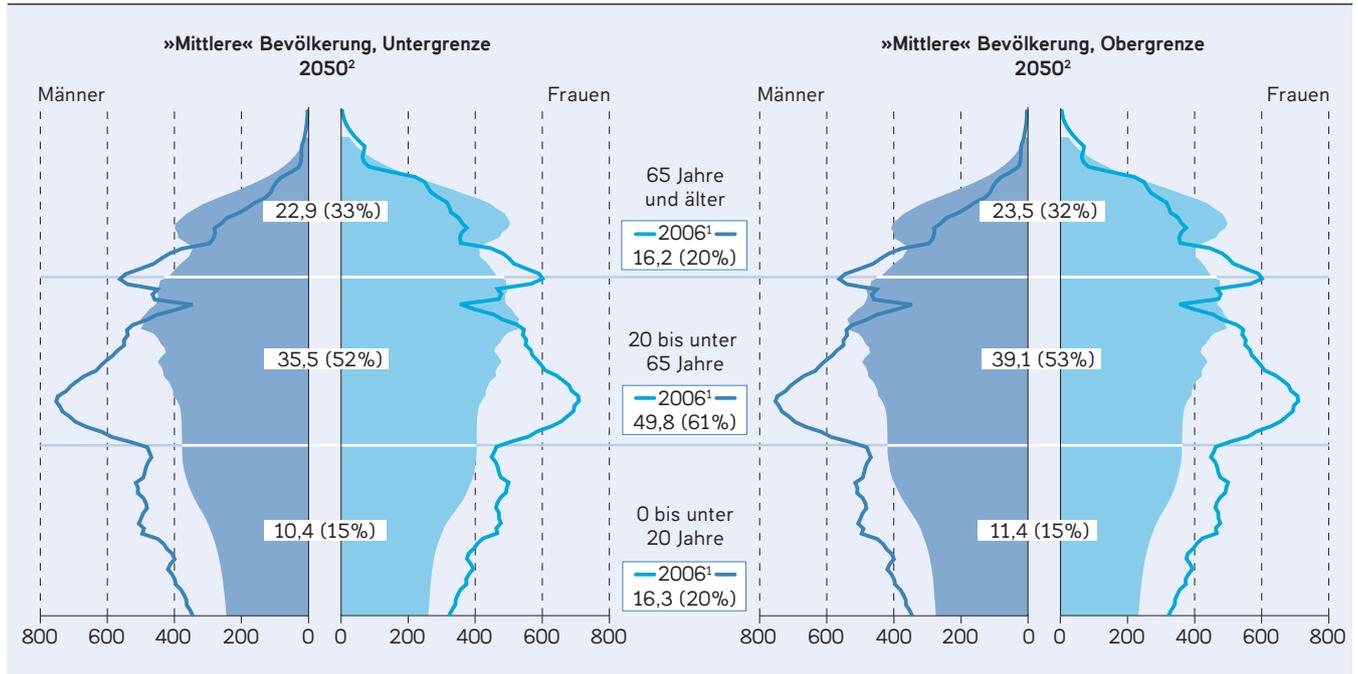
Bevölkerungsvorausberechnung

Das Ziel von Bevölkerungsvorausberechnungen ist es, mit Fortschreibungsverfahren aufzuzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln werden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen – wie das Geburtenverhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen – mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland basiert auf dem Stand zum Jahresende 2005 und zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050. Die Vorausberechnung beruht dabei auf Annahmen zur zukünftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland (Nettozuwanderung). Insgesamt ergeben sich aus drei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und jeweils zwei Annahmen zur Lebenserwartung und der Nettozuwanderung zwölf Varianten der zukünftigen Entwicklung.

Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist kostenlos unter www.destatis.de abrufbar.

Abb. 3: Altersaufbau der Bevölkerung in den Jahren 2006 und 2050, in 1 000 (in %)



1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2006.

2 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (»mittlere« Bevölkerung Unter- und Obergrenze); animierte Variante unter www.destatis.de.

19,3 Mill. Ende 2006 auf 12,1 Mill. nach der Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung und 13,4 Mill. nach der Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung im Jahr 2050 ab.

Die Zahl der Sterbefälle hängt einerseits von der Lebenserwartung und andererseits vom Altersaufbau der Bevölkerung ab. Die zukünftige Zunahme der Sterbefälle ergibt sich aus der Tatsache, dass relativ stark besetzte Jahrgänge während der Vorausrechnungsperiode in hohe Altersgruppen wechseln, dort schwächere Jahrgänge ersetzen und schließlich sterben. Diesem Effekt der aktuellen Altersstruktur steht die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung gegenüber. Sie schwächt den Anstieg der Sterbefälle ab.

Der Bevölkerungsrückgang wird zunächst moderat ausfallen. 2020 werden etwa 3 % (Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung) bzw. 1 % (Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung) weniger Menschen als 2005 in Deutschland leben, 2030 etwa 6 % bzw. 3 % weniger und 2050

schließlich rund 17 % bzw. 10 % weniger. Absolut wird sich die Einwohnerzahl von derzeit 82,3 Mill. auf 68,7 bzw. 74,0 Mill. im Jahr 2050 vermindern.

Die Relationen zwischen Alt und Jung werden sich stark verändern. Ende 2006 waren etwa 20 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen ebenfalls etwa 20 %. Die übrigen 60 % stellten Personen im sogenannten Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Im Jahr 2050 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter, über 30 % 65 Jahre oder älter und circa 15 % unter 20 Jahren alt sein.

➔ **Abb. 3**

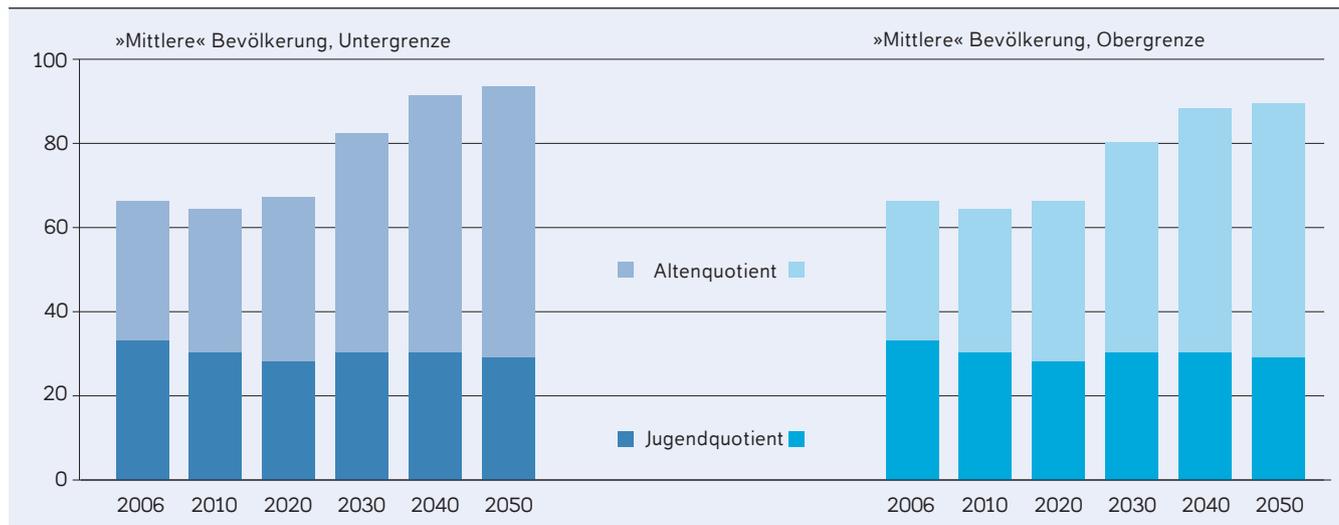
Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 20 Jahren wird schon 2010 um 7 % niedriger sein als heute und dann weiter deutlich abnehmen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Betreuungs- und Schulalter geht ebenso zurück wie die der jungen Menschen im Auszubildendenalter. Im ausbildungsrelevanten Alter von 16 bis

unter 20 Jahren sind heute etwa 3,9 Mill. junge Menschen; bereits 2010 werden es etwa eine halbe Million weniger sein.

Auch die Bevölkerung im Erwerbsalter altert und schrumpft langfristig. Bis etwa 2015 bleibt die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen stabil bei rund 50 Mill. Dabei nimmt die Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen so stark zu, dass sie die erhebliche Abnahme bei den unter 50-Jährigen ausgleicht und die Bevölkerung im Erwerbsalter insgesamt zunächst konstant bleibt. Später nimmt auch die Zahl dieser Älteren ab. Unter den Jüngeren im Erwerbsalter vermindert sich die Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen schnell, während die der 20- bis unter 30-Jährigen zunächst stabil bleibt und erst nach 2015 schrumpft. Die Bevölkerung im Erwerbsalter insgesamt beträgt 2030 noch 42 bzw. 44 Mill. und 2050 35 bzw. 39 Mill.

Damit verschiebt sich die Altersstruktur innerhalb des Erwerbsalters deutlich. Zurzeit gehören 50 % der Menschen im er-

Abb. 4: Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten



Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.
 Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.

Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2006 sowie ab 2010 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (»mittlere« Bevölkerung, Unter- und Obergrenze).

werbsfähigen Alter zur mittleren Altersgruppe von 30 bis 49 Jahren, knapp 20 % zur jungen von 20 bis 29 Jahren und 30 % zur älteren von 50 bis 64 Jahren. 2020 wird die mittlere Altersgruppe nur noch 42 % ausmachen, die ältere mit etwa 40 % aber nahezu gleich stark sein. 2050 sieht es ähnlich aus (mittlere Gruppe: 43 %, ältere Gruppe knapp 40 %). Der Anteil der 20- bis unter 30-Jährigen verändert sich nicht sehr stark. Damit wird die Bevölkerung im Erwerbsalter stark durch die Älteren geprägt sein.

Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis zum Ende der 2030er Jahre etwa um die Hälfte: von aktuell über 16 Mill. auf ca. 24 Mill. Danach wird sie leicht zurückgehen. Die Bevölkerung ab 80 Jahren nimmt unablässig zu: von knapp vier Millionen im Jahr 2006 auf zehn Millionen im Jahr 2050. Dann werden über 40 % der 65-Jährigen und Älteren mindestens 80 Jahre alt sein.

Der Alterungsprozess wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung der Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten betrachtet. Auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) entfallen heute 33 unter 20-Jährige. Dieser so genannte Jugendquo-

tient wird künftig voraussichtlich nur leicht zurückgehen und 2050 bei 29 liegen. → **Abb. 4**

Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig immer mehr Senioren gegenüberstehen. Im Jahr 2006 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) 33 Ältere (65 oder mehr Jahre). Im Jahr 2030 wird dieser Altenquotient 50 bzw. 52 und im Jahr 2050 60 bzw. 64 betragen. Auch bei einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wäre der Altenquotient für 67-Jährige und Ältere 2050 deutlich höher (56 bzw. 53) als es heute der Altenquotient für 65-Jährige und Ältere ist.

Der Gesamtquotient, das heißt das Verhältnis zwischen den Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsalter stehen, zu den Personen im Erwerbsalter wird durch die Entwicklung des Altenquotienten geprägt sein. 2006 kamen 65 unter 20-Jährige sowie ab 65-Jährige auf 100 Personen zwischen 20 und 65 Jahren, 2030 werden es 80 bzw. 82 und 2050 89 bzw. 94 sein.

Die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt, dass die Alterung

der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten nicht zu vermeiden ist. Die aktuelle Altersstruktur führt dazu, dass ab den 2020er Jahren sehr starke Jahrgänge im Rentenalter verhältnismäßig schwach besetzten Jahrgängen im Erwerbsalter gegenüberstehen werden – die Angehörigen des geburtenstärksten Jahrgangs der Nachkriegszeit 1964 werden 2029 65 Jahre alt sein. Von diesen Veränderungen werden viele Lebensbereiche betroffen sein. Sie werden nicht erst in 50 Jahren spürbar sein, sondern auch schon in den nächsten Jahrzehnten eine große Herausforderung darstellen.

1.1.6 Zusammenfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets zunächst vor allem auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 16 % entsprach. Zwischen 1950 und 1961 trug die Zuwanderung aus der ehemaligen

DDR maßgeblich zum Bevölkerungszuwachs bei. So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler Aufnahme im früheren Bundesgebiet. Zeitgleich gab es zwischen 1947 bis Anfang der 1970er Jahre erheblich mehr Geburten als Sterbefälle, die ebenfalls zur Bevölkerungszunahme im früheren Bundesgebiet beitrugen.

Seit Mitte der 1960er Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. (ab November 1990) in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderungen von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erhöhte sich in diesem Zeitraum von knapp 690 000 auf knapp 7,3 Mill. Diese Zunahme der ausländischen Bevölkerung ist zum großen Teil auf Zuwanderungsgewinne aber auch auf den Geburtenüberschuss ausländischer Personen in Deutschland zurückzuführen.

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst an und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als »Neubürger« oder »Umsiedler« bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach. Nach 1948 ging die Einwohnerzahl der ehemaligen DDR bis zum Mauerbau 1961 hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet Jahr für Jahr zurück, 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung (Mauerbau) konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorübergehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl auch bedingt durch Geburtendefizite in den 1970er Jahren unter die 17-Millionen-Grenze. Hohe Abwanderung in die alten Bundesländer und niedrige Geburten nach der Wende zusammen mit einer schwachen Außenwanderung bewirkten in den neuen Bun-

desländern zwischen 1990 und 2006 einen weiteren Rückgang der Bevölkerung um 1,5 Mill. Personen (rund 10 %).

Kennzeichnend für den demografischen Wandel werden in den kommenden Jahrzehnten der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung sein. Ausgehend von einer Bevölkerungszahl von etwa 82 Mill. wird nach der 11. koordinierten Vorausberechnung (Varianten zur »mittleren« Bevölkerung) die Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2050 auf 69 bzw. 74 Mill. Menschen absinken. Die Relationen zwischen Alt und Jung werden sich stark verändern. Ende 2006 waren etwa 20 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen ebenfalls etwa 20 %. Die übrigen rund 60 % stellten Personen im so genannten Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Im Jahr 2050 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter sein, während über 30 % 65 Jahre oder älter und ca. 15 % jünger als 20 Jahre sein werden.

2 Familie, Lebensformen und Kinder

2.1 Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertagesbetreuung

Sascha Krieger
Julia Weinmann

Familien gehören zu den ältesten Institutionen der Menschheit. Von gesellschaftlichen Veränderungen beeinflusst wandeln sich nicht nur die Strukturen von Familien, sondern auch ganz allgemein die Formen des menschlichen Zusammenlebens. Neben der traditionellen Familienform, den Ehepaaren mit Kindern, entstehen alternative Familienformen wie Lebensgemeinschaften mit Kindern oder allein erziehende Elternteile. Gleichzeitig prägen nicht-familiale Lebensformen wie

allein stehende zunehmend das Bild der Gesellschaft. Da sich der Mikrozensus auf das Beziehungsgefüge der befragten Menschen in den »eigenen vier Wänden«, also auf einen gemeinsamen Haushalt konzentriert, bleiben Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, oder Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung, das so genannte »Living Apart Together«, unberücksichtigt.

schließlich werden Eheschließungen und Scheidungen im Zeitverlauf anhand der Eheschließungs- und Scheidungsstatistik beleuchtet (2.1.2). In Abschnitt 2.1.3 und 2.1.4 richtet sich der Fokus auf Familien mit minderjährigen Kindern und die Lebenssituation von Kindern. → **Abb. 1**

Eine wesentliche Voraussetzung zur zufriedenstellenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Väter und Mütter (Abschnitt 2.1.5) ist ein ausreichendes Angebot zur Betreuung von Kindern unterschiedlicher Altersstufen. Allein Erziehenden ermöglicht dies häufig erst eine eigene Erwerbstätigkeit, ohne die nicht selten andere Leistungen (z. B. Arbeitslosengeld I) oder staatliche Transfer-

Was ist der Mikrozensus?

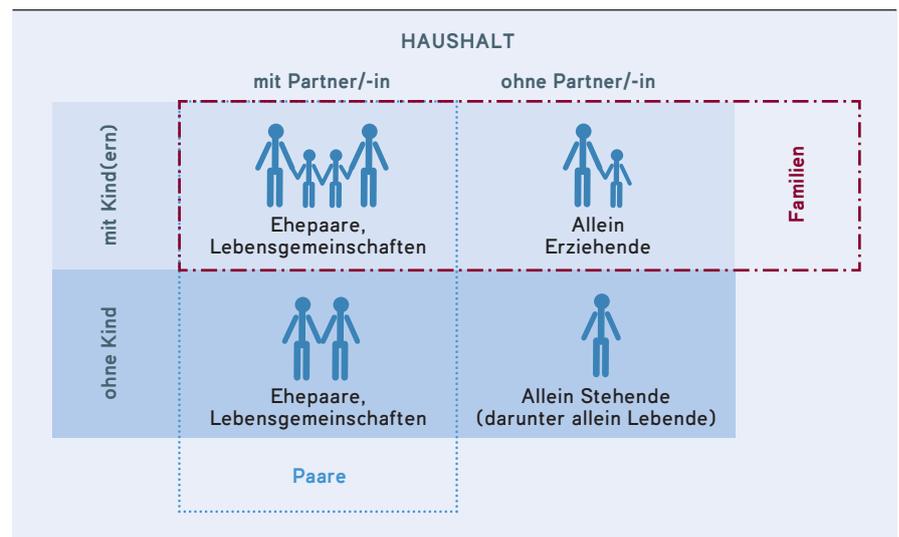


Die Datenbasis für die Abschnitte 2.1.1, 2.1.3, 2.1.4 und 2.1.5 bildet der Mikrozensus, die größte jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung Europas, an der ein Prozent der Haushalte in Deutschland teilnehmen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz. Familien und Lebensformen am Nebenwohnsitz und Menschen in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Wohnheime) werden hier nicht berücksichtigt.

Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass der Mikrozensus seit 2005 kontinuierlich über das Jahr verteilt erhoben wird. Das heißt, dass sich das gesamte Befragungsvolumen seit 2005 gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt. Die Ergebnisse des Mikrozensus geben nun Aufschluss über die Entwicklung im Durchschnitt des ganzen Erhebungsjahres. Bis einschließlich 2004 war die Erhebung auf eine feste Berichtswoche – üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April festgelegt.

Zunächst wird im Folgenden die Entwicklung der unterschiedlichen Lebensformen in den Jahren 1996 bis 2006 beschrieben (2.1.1). Dabei wird nicht explizit zwischen Lebensformen mit Kindern und ohne Kinder unterschieden. An-

Abb.1: Familien- und Lebensformen im Mikrozensus



Als Kinder zählen ledige Personen (ohne Altersbegrenzung) mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt. Lebensgemeinschaften sind nichteheliche (gemischt- und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften.

leistungen wie Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«) in Anspruch genommen werden müssen (siehe auch Kapitel 5 und 9). Im Abschnitt 2.1.6 wird die Betreuungssituation von Kindern thematisiert. Wie viele Kinder werden von Tageseinrichtungen oder von Tagesmüttern bzw. -vätern betreut? Ist die Betreuungssituation in den Ländern unterschiedlich? Abschließend wird das pädagogische Personal der Betreuungseinrichtungen in den Blick genommen: Wie viele Menschen beschäftigt der »Arbeitsmarkt« der Kinderbetreuung? Welche berufliche Qualifikation haben die Beschäftigten?

2.1.1 Familien und Lebensformen im Mikrozensus

Grundlage für die Bestimmung von Lebensformen im Mikrozensus sind die sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Eine Lebensform kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Zu den Lebensformen zählen Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, allein erziehende Elternteile sowie allein stehende Personen.

Ehepaare

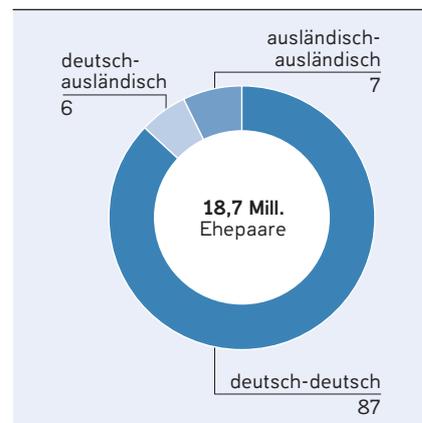
Im Jahr 2006 lebten in Deutschland insgesamt 18,7 Mill. Ehepaare. Gut vier von fünf Ehepaaren (81 % bzw. 15,1 Mill.)

wohnten im früheren Bundesgebiet. Knapp jedes fünfte Ehepaar (19 % bzw. 3,6 Mill.) lebte in den neuen Ländern (einschließlich Berlin). Seit 1996 ist die Zahl der Ehepaare deutschlandweit – mit Ausnahme von 1997 – um 920 000 zurückgegangen. Dabei war die Zahl der westdeutschen Ehepaare innerhalb der betrachteten zehn Jahre um 395 000 rückläufig. In Ostdeutschland war der Rückgang um 525 000 Ehepaare etwas stärker ausgeprägt.

2006 war das Alter der Ehemänner mit 54,5 Jahren um durchschnittlich 2,8 Jahre höher als das der Ehefrauen (51,7 Jahre). Seit 1996 hat sich das Durchschnittsalter von Ehemännern und Ehefrauen jeweils um rund drei Jahre erhöht, was unter anderem auf den steigenden Anteil älterer Personen an der Bevölkerung zurückgeht. So stieg der Anteil der Senioren (ab 65 Jahre) bei Ehemännern um 20 Prozentpunkte auf 28 % im Jahr 2006 und bei Ehefrauen um 16 Prozentpunkte auf 22 %.

Die Daten zu Ehepaaren nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner oder -partnerinnen liefern Hinweise auf die Integration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Dabei werden Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, als Deutsche ausgewiesen. Bei 87 % der

Abb. 2: Ehepaare nach Staatsangehörigkeit der Partner 2006, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

insgesamt rund 18,7 Mill. Ehepaare hatten 2006 beide Ehepartner die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei 7 % der Ehepaare besaßen beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei fast drei Vierteln (72 %) dieser Ehepaare kamen beide Ehepartner aus Nicht-EU-Staaten. Bei 6 % der Ehepaare hatte ein Ehegatte einen deutschen, der andere einen ausländischen Pass. Bei mehr als der Hälfte (54 %) dieser deutsch-ausländischen Ehepaare verfügte der Ehemann über einen deutschen und die Ehefrau über einen ausländischen Pass. → **Abb. 2**

Lebensgemeinschaften

In Deutschland ist die Zahl der Lebensgemeinschaften seit 1996 um rund ein Drittel (+32 %) auf 2,4 Mill. im Jahr 2006 gestiegen. Im früheren Bundesgebiet war dieser Anstieg stärker ausgeprägt als in den neuen Ländern. Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der Lebensgemeinschaften seit 1996 um 35 % auf 1,8 Mill. im Jahr 2006 gewachsen. In den neuen Ländern gab es im Jahr 2006 mit 641 000 Lebensgemeinschaften rund ein Viertel (+25 %) mehr Lebensgemeinschaften als 1996. **i**

Nichteheliche Lebensgemeinschaften 2006 gab es in Deutschland rund 2,4 Mill. nichteheliche (gemischtgeschlechtliche)

i Nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

In den letzten Jahren hat in Deutschland – neben dem Zusammenleben als Ehepaar – das Zusammenleben in Lebensgemeinschaften ohne kirchliche oder staatliche Eintragung an Bedeutung gewonnen. Im Mikrozensus wird zwischen nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften unterschieden. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist ein unverheiratet zusammen lebendes, gemischtgeschlechtliches Paar. Entscheidend für die Klassifizierung als Lebensgemeinschaft im Mikrozensus ist die Einstufung der Befragten selbst. Eine diesbezügliche Frage wird seit 1996 gestellt. Auch wenn sie nicht der gesetzlichen Auskunftspflicht unterliegt, ihre Beantwortung den befragten Personen also freigestellt wird, sind die diesbezüglichen Antwortausfälle inzwischen relativ gering. Ab dem Mikrozensus 2005 können durch eine veränderte Fragestellung mehrere Lebensgemeinschaften im Haushalt angegeben werden. Untersuchungen zeigen, dass es fast keine Haushalte mit zwei oder mehr (angegebenen) Lebensgemeinschaften gibt. Die ab dem Jahr 2005 beobachteten Veränderungen sind also nicht auf die ab 2005 veränderte Fragestellung zur Lebenspartnerschaft im Haushalt zurückzuführen.

Tab. 1: Nichtehele Lebensgemeinschaften nach Familienstand der Partner 2006

Familienstand des Lebenspartners	Familienstand der Lebenspartnerin				
	Insgesamt	ledig	verheiratet getrennt lebend	geschieden	verwitwet
	in 1000				
Insgesamt	2 367	1 622	55	489	201
ledig	1 670	1 426	19	175	50
verheiratet getrennt lebend	65	24	11	25	5
geschieden	536	165	22	266	83
verwitwet	95	8	/	22	62

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Lebensgemeinschaften. In 60 % dieser Lebensgemeinschaften lebten zwei ledige Partner zusammen. Danach folgten mit deutlichem Abstand nichtehele Lebensgemeinschaften zweier geschiedener Partner. Ihr Anteil an allen nichtehele Lebensgemeinschaften betrug 11 %. In jeweils 7 % der nichtehele Lebensgemeinschaften war ein Partner geschieden, der andere ledig. Mit 4 % die fünfhäufigste Paarkonstellation bildeten nichtehele Lebensgemeinschaften, in denen die Lebenspartnerin verwitwet und ihr Lebenspartner geschieden war. In 3 % der nichtehele Lebensgemeinschaften waren beide Partner verwitwet. → **Tab. 1**

2006 überwogen in Deutschland unter den 2,4 Mill. nichtehele Lebensgemeinschaften die deutsch-deutschen Paare mit 90 %. Deutsch-ausländische

Paare und ausländisch-ausländische Paare machten 8 % bzw. 2 % aller nichtehele Lebensgemeinschaften aus. Damit waren nichtehele Lebensgemeinschaften im Vergleich zu den Ehepaaren häufiger deutsch-deutsche oder deutsch-ausländische Paare und seltener ausländisch-ausländische Paare.

Im Jahr 2006 betrug das Durchschnittsalter nichtehele Lebenspartner genau 40 Jahre, das der entsprechenden Frauen 37,5 Jahre. Lebenspartner waren somit durchschnittlich 2,5 Jahre älter als Lebenspartnerinnen. Männer und Frauen in nichtehele Lebensgemeinschaften waren durchschnittlich rund 14 Jahre jünger als Ehemänner und Ehefrauen. Das Durchschnittsalter nichtehele Lebenspartner und Lebenspartnerinnen ist seit 1996 um jeweils 1,8 Jahre angestiegen.

allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner im Haushalt folgende Frage nach einer Lebenspartnerschaft gestellt: »Sind Sie Lebenspartner, Lebenspartnerin einer Person dieses Haushalts?« Damit können ab dem Mikrozensus 2005 mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erfragt werden. In den Mikrozensus 1996 bis 2004 konnte jeder Haushalt höchstens eine Lebensgemeinschaft angeben, da die entsprechende Frage ausschließlich auf eine Lebenspartnerschaft mit der Bezugsperson des Haushalts abstellte. Die Frage nach einer Lebenspartnerschaft im Haushalt ist neutral

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Unter einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wird im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft verstanden, bei der zwei Lebenspartner gleichen Geschlechts mit oder ohne Trauschein bzw. mit oder ohne notarielle Beglaubigung in einem Haushalt zusammen leben und gemeinsam wirtschaften. **i**

Über die Frage zur Lebenspartnerschaft (Fragekonzept) weist der Mikrozensus für das Jahr 2006 rund 62 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Fast zwei Drittel (63 %) der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurde von Männern geführt. 12 000 aller gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften waren zugleich eingetragene Lebenspartnerschaften. Das entsprach 19 % aller Lebensgemeinschaften von Partnern gleichen Geschlechts. Auf Grund der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind die Ergebnisse des Fragekonzepts mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben. → **Tab. 2**

Eine obere Grenze für die Zahl gleichgeschlechtlicher Paare kann im Mikrozensus mit einem Schätzverfahren bestimmt werden. Hierbei werden alle Bezugspersonen

Wie werden Lebenspartnerschaften im Mikrozensus erhoben?

Seit 1996 wird im Mikrozensus die Frage nach einer Lebenspartnerin oder einem Lebenspartner im Haushalt gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist. Zwischen 1996 und 2004 richtete sie sich an alle nicht mit der Bezugsperson des Haushalts (erste im Fragebogen eingetragene Person) verwandten oder verschwägerten Personen und lautete: »Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?« Seit 2005 wird im Mikrozensus

formuliert und lässt bewusst das Geschlecht der Befragten außer Betracht. Damit ist es auch gleichgeschlechtlichen Paaren möglich, ihre Lebensgemeinschaft anzugeben. Ab dem Mikrozensus 2006 wird zusätzlich berücksichtigt, ob es sich hierbei um eine eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem im Jahr 2001 eingeführten Lebenspartnerschaftsgesetz (LpartG) handelt. Partner von eingetragenen Lebensgemeinschaften ohne Lebenspartner im Haushalt werden unter den verheiratet getrennt Lebenden nachgewiesen. **i**

Tab. 2: Entwicklung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften

Zeitpunkt	Schätzkonzept	Fragekonzept		
		zusammen	männlich/männlich	weiblich/weiblich
in 1000				
1996	124	38	23	15
1997	114	39	22	17
1998	134	44	25	19
1999	128	41	25	16
2000	142	47	27	20
2001	147	50	29	21
2002	148	53	31	22
2003	159	58	32	26
2004	160	56	30	26
2005	173	60	36	24
2006	177	62	39	23

Ergebnisse des Mikrozensus.

Bezug des Schätzkonzepts: Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Bezug des Fragekonzepts: Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

sonen von Zweifamilienhaushalten mit familienfremden Personen ausgezählt. In diesen Zweifamilienhaushalten müssen (mindestens) zwei nicht verwandte 16-jährige oder ältere Personen gleichen Geschlechts leben, die keine Ehegatten im Haushalt haben bzw. nicht verheiratet und beide familienfremd sind. Nach diesem Schätzkonzept gab es im Jahr 2006 in Deutschland 177 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, also rund drei Mal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach dem Fragekonzept. Auch die Ergebnisse des Schätzkonzepts sind mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften sein, weil auf diesem Weg beispielsweise auch Wohngemeinschaften von Studenten ohne partnerschaftlichen Hintergrund in die Gesamtzahl eingehen.

Auch wenn die Ergebnisse des Frage- und des Schätzkonzepts zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Paare mit Vorsicht zu interpretieren sind, zeigt sich nach beiden Konzepten, dass seit 1996 ein Anstieg der Zahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu verzeichnen ist.

Allein Erziehende

Neben den Lebensgemeinschaften gehören allein erziehende Mütter und Väter

zunehmend zum Alltag. Im Jahr 2006 gab es in Deutschland insgesamt 2,7 Mill. allein erziehende Elternteile, von denen 61 % minderjährige Kinder hatten. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die 1,6 Mill. allein erziehenden Mütter und Väter, die mindestens ein im Haushalt lebendes, minderjähriges Kind betreuten. 1,2 Mill. dieser allein Erziehenden lebten im früheren Bundesgebiet und 405 000 in den neuen Ländern. Deutschlandweit gab es 2006 rund 24 % mehr allein erziehende Mütter und Väter als vor zehn Jahren.

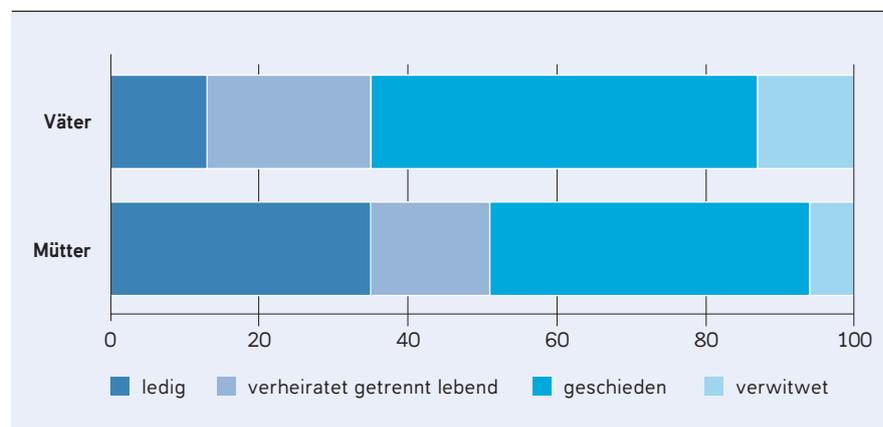
Zu den allein erziehenden Elternteilen zählen im Mikrozensus alle Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in mit

ledigen Kindern im Haushalt zusammenleben. Unerheblich für die Einstufung als »allein erziehend« ist im Mikrozensus, wer im juristischen Sinn für das Kind sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht vielmehr der aktuelle und alltägliche Lebens- und Haushaltszusammenhang.

Im Jahr 2006 waren 90 % der allein Erziehenden Frauen. Gegenüber 1996 hat sich dieser Anteil um knapp drei Prozentpunkte erhöht. Im früheren Bundesgebiet stieg der Frauenanteil der allein Erziehenden von 86 % (1996) auf 89 % (2006). In den neuen Ländern gab es anteilig mehr allein erziehende Mütter als in Gesamtdeutschland. 1996 waren 90 % und 2006 92 % der allein erziehenden Frauen.

Am häufigsten werden Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern infolge einer Scheidung zu allein Erziehenden: 2006 waren 43 % dieser Frauen und 52 % dieser Väter geschieden. Auf den weiteren Plätzen folgten bei Frauen die Ledigen mit einem Anteil von 35 %, gefolgt von verheiratet getrennt Lebenden und Verwitweten mit 16 % bzw. 6 %. Anders die Reihenfolge bei den Männern: Hier lagen die verheiratet getrennt Lebenden mit einem Anteil von 22 % auf dem zweiten Platz, gefolgt von den Ledigen und den Verwitweten, die jeweils 13 % aller allein erziehenden Väter stellten. → **Abb. 3**

Abb. 3: Allein Erziehende nach Familienstand und Geschlecht 2006, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Allein Stehende

Als allein Stehende werden im Mikrozensus ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen bezeichnet, die ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner und ohne Kinder in einem Ein- oder Mehrpersonenhaushalt leben. Sie können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen (Nichtverwandten) teilen, beispielsweise in einer Studentenwohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit verwandten Haushaltsmitgliedern leben, beispielsweise als Tante/Onkel, Schwester/Bruder oder Cousine/Cousin.

Die Zahl der allein Stehenden stieg gegenüber 1996 um 16 % auf 16,5 Mill. im Jahr 2006. Damit war 2006 jede fünfte Person (20 %) allein stehend. Im früheren Bundesgebiet war der prozentuale Zuwachs deutlich schwächer als in den neuen Ländern: So stieg die Zahl der allein Stehenden in Westdeutschland seit 1996 um 12 % auf 12,7 Mill. im Jahr 2006, in Ostdeutschland um 31 % auf 3,8 Mill.

Von den deutschlandweit 16,5 Mill. allein Stehenden waren genau 9 Mill. Frauen und 7,5 Mill. Männer. Seit 1996 stieg die Zahl allein stehender Frauen vergleichsweise leicht um 4 %, während die Zahl allein stehender Männer sich um mehr als

ein Drittel (35 %) erhöhte. Entsprechend sank der Anteil der Frauen an den allein Stehenden, der 1996 noch bei 61 % gelegen hatte, auf 54 % im Jahr 2006.

➔ **Abb. 4**

Die Unterschiede zwischen allein stehenden Frauen und Männern zeigen sich im Familienstand. 2006 waren 45 % dieser Frauen verwitwet, 36 % ledig, 15 % geschieden und 4 % verheiratet getrennt lebend. Bei den allein stehenden Männern war die Reihenfolge eine andere: Hier überwogen mit 63 % die Ledigen, gefolgt von den Geschiedenen mit 19 %, den Verwitweten mit 11 % und den verheiratet getrennt Lebenden mit 7 %. Seit 1996 sank der Anteil der Verwitweten an den allein stehenden Frauen um sieben Prozentpunkte (1996: 52 %), während der entsprechende Anteil der Ledigen um vier Prozentpunkte stieg (1996: 32 %). Bei allein stehenden Männern war die Veränderung für Verwitwete am höchsten. Deren Anteil an den männlichen allein Stehenden betrug 1996 rund 15 %, vier Prozentpunkte mehr als 2006.

Von den 16,5 Mill. allein Stehenden lebten 90 % allein (in einem Einpersonenhaushalt). Rund 6 % teilten sich den Haushalt mit Verwandten, beispielsweise einer Tante oder einem Onkel, und gegebenenfalls weiteren nicht verwandten Personen. Weitere 4 % wohnten in Haus-

Abb. 5: Allein Stehende nach Haushaltsform 2006, in %



¹ Sowie Verschwägerten und ggf. Nichtverwandten.

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

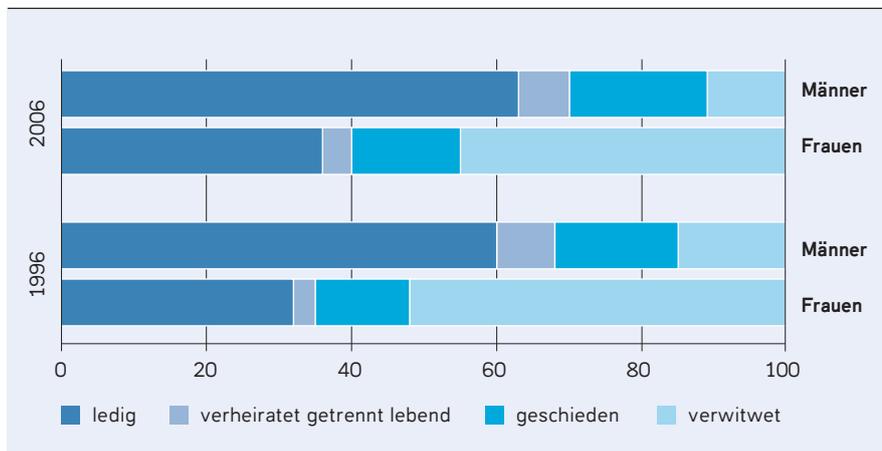
halten mit ausschließlich nicht verwandten oder verschwägerten Haushaltsmitgliedern, beispielsweise in einer Wohngemeinschaft von Studenten. Damit lebten insgesamt 10 % der allein Stehenden mit anderen Menschen unter einem Dach zusammen. ➔ **Abb. 5**

Allein Lebende

Allein Lebende sind allein Stehende, die allein in einem Einpersonenhaushalt wohnen und wirtschaften. Zwischen den allein Lebenden und den allein Stehenden in Mehrpersonenhaushalten sind deutliche Strukturunterschiede erkennbar: 2006 waren in Deutschland 18 % der allein Stehenden in Mehrpersonenhaushalten jünger als 25 Jahre, bei den allein Lebenden waren es lediglich 8 %. Von den allein Stehenden in Mehrpersonenhaushalten waren 30 % und bei den allein Lebenden sogar 36 % mindestens 65 Jahre und älter.

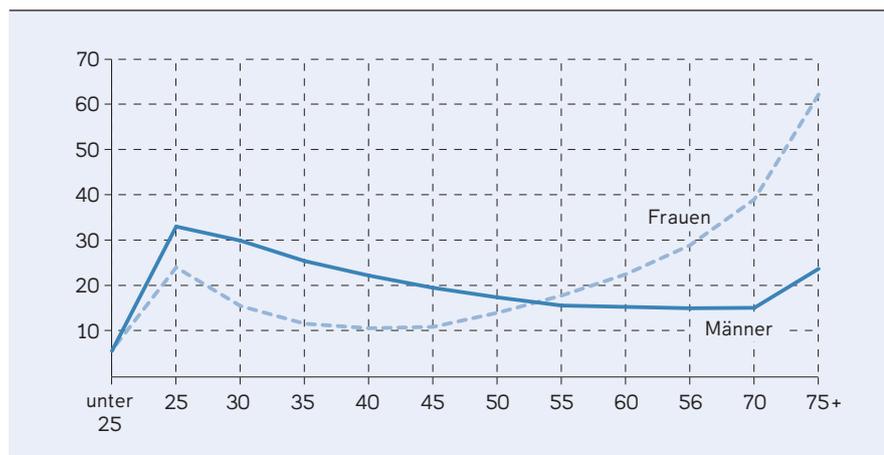
Allein Stehende in Mehrpersonenhaushalten waren zu 55 % ledig und zu 25 % verwitwet, für allein Lebende betragen die entsprechenden Anteile 48 % bzw. 30 %. Der Frauenanteil bei den allein

Abb. 4: Allein Stehende nach Familienstand und Geschlecht, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 6: Allein Lebende nach Alter und Geschlecht 2006, in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Stehenden in Mehrpersonenhaushalten war mit 55 % in etwa genauso hoch wie bei den allein Lebenden (54 %).

Jüngere Frauen und Frauen mittleren Alters (25 bis 54 Jahre) lebten 2006 seltener allein als gleichaltrige Männer. So lag die Quote der allein Lebenden bei Frauen jüngeren und mittleren Alters mit 14 % um zehn Prozentpunkte unter der entsprechenden Quote für Männer (24 %). Umgekehrt in der Altersgruppe ab 55 Jahren: Frauen in dieser Altersgruppe lebten wesentlich häufiger allein als gleichaltrige Männer. Bei älteren Frauen steigt der Anteil der allein Lebenden mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Für Männer bleibt sie bis zum 74. Lebensjahr relativ konstant und nimmt erst dann deutlich zu. → **Abb. 6**

Besonders stark waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen. Dort machte die Differenz zwischen Männern und Frauen 15 Prozentpunkte aus. Ältere Frauen ab 55 Jahren lebten zu 37 % allein, mehr als doppelt so häufig wie ältere Männer, die zu 17 % allein lebten. 62 % der Frauen ab 75 Jahren lebten allein, das war der 2,6-fache Anteil wie bei den Männern im vergleichbaren Alter (24 %). Hier wirkt sich unter anderem die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen aus.

2.1.2 Eheschließungen und Scheidungen

In Deutschland schlossen im Jahr 2006 insgesamt 374 000 Paare eine Ehe. Damit ging die Zahl der Eheschließungen weiter zurück. Nur im Jahr 1999 war es mit dem besonderen Datum 9. September 1999 und in 2002 sowie 2004 zu einem leichten Anstieg standesamtlicher Trauungen gekommen. Anfang der 1960er Jahre lag die Zahl der Eheschließungen bei rund 700 000 und ist seitdem fast kontinuierlich gesunken. In den 1980er Jahren wurde ein vorübergehender Anstieg registriert. Dieser Anstieg war auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen, das heißt, dass es vorübergehend

mehr Menschen im typischen Heiratsalter gab, und nicht auf eine Änderung des allgemeinen Heiratsverhaltens.

Unter den 374 000 standesamtlich geschlossenen Ehen des Jahres 2006 waren bei 319 000 Ehen beide Ehepartner Deutsche. 27 000 deutsche Männer schlossen mit einer ausländischen Frau die Ehe und 20 000 deutsche Frauen heirateten einen ausländischen Mann. Bei 8 000 Eheschließungen hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger. Das lässt sich daran ablesen, dass seit Mitte der 1970er Jahre in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter Lediger ständig gestiegen ist. So waren im Jahr 2006 ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 33 Jahre und die ledigen Frauen 30 Jahre alt. Bei insgesamt 63 % der Hochzeiten waren beide Personen zuvor ledig. 14 % der Ehen wurden zwischen einem geschiedenen Mann und einer geschiedenen Frau geschlossen.

Eine Ehelösung findet durch Scheidung oder durch den Tod des Ehepartners statt, wobei der zweitgenannte Fall bei weitem überwiegt. Allerdings hat der Anteil der Scheidungen an den Ehelösungen erheblich zugenommen. Im Jahr 2006 belief sich ihre Zahl auf 191 000. Damit kamen auf 10 000 bestehende Ehen etwa 104

Tab. 3: Eheschließungen und Ehescheidungen

	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt in 1000	je 1000 Einwohner	insgesamt in 1000	je 1000 Einwohner
1950	750	11,0	135	2,0
1960	689	9,5	73	1,0
1970	575	7,4	104	1,3
1980	497	6,3	141	1,8
1990	516	6,5	155	2,0
1995	431	5,3	169	2,1
2000	419	5,1	194	2,4
2002	392	4,8	204	2,5
2004	396	4,8	214	2,6
2006	374	4,5	191	2,3

Ehescheidungen. Nach den derzeitigen Verhältnissen ist damit zu rechnen, dass mehr als jede dritte Ehe im Laufe der Zeit wieder geschieden wird.

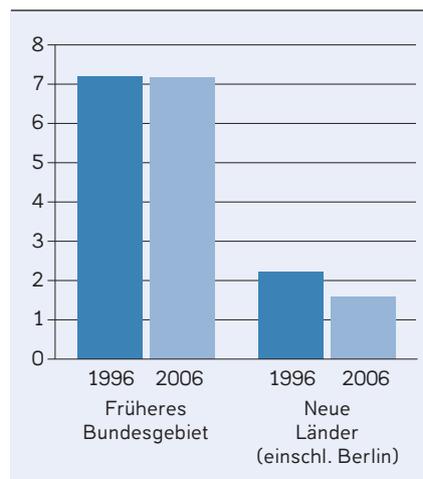
Mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 ist auch in den neuen Ländern das bundesdeutsche Scheidungsrecht in Kraft getreten. Dies hatte, ähnlich wie die Reform des Scheidungsrechts 1977 im früheren Bundesgebiet, zunächst einen starken Rückgang der Zahl der Scheidungen zur Folge: 1990 wurden in den neuen Ländern etwa ein Drittel weniger Ehen geschieden als 1989, und 1991 waren es im Vergleich zu 1989 ein Fünftel weniger. Von 1993 bis 1998 ist die Zahl der Ehescheidungen im Osten Deutschlands wieder deutlich angestiegen.

Von einer Scheidung sind häufig nicht nur die Ehepartner, sondern auch deren minderjährige Kinder betroffen. Die Hälfte der 191 000 geschiedenen Ehepartner hatte Kinder unter 18 Jahren. Insgesamt erlebten 149 000 minderjährige Kinder im Jahr 2006 die Scheidung ihrer Eltern. Bei 54 % der Ehepaare mit minderjährigen Kindern handelte es sich um das einzige minderjährige Kind des geschiedenen Paares. → **Tab. 3**

2.1.3 Im Blickpunkt des politischen Interesses: Familien und ihre Strukturen

Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften. Im Einzelnen sind das Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie allein erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. In diesem Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf Familien mit minderjährigen Kindern. Das bedeutet, dass mindestens ein minderjähriges Kind im elterlichen Haushalt aufwächst, gegebenenfalls gemeinsam mit minder- oder volljährigen Geschwistern. Familien, in denen ausschließlich volljährige Kinder leben, werden hier nicht berücksichtigt, da vor allem Familien mit

Abb. 7: Familien mit Kindern unter 18 Jahren, in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

minderjährigen Kindern im Fokus des familien- und sozialpolitischen Interesses stehen. Statistische Angaben zu Familien mit minderjährigen Kindern spielen sowohl bei der Planung staatlicher Transferleistungen (z. B. Elterngeld) als auch bei der Verbesserung der Infrastruktur (z. B. Kindergärten, Schulen) eine große Rolle. Zudem zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, dass minderjährige Kinder üblicherweise im elterlichen Haushalt wohnen. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um leibliche Kinder, Stief-, Pflege- oder Adoptivkinder handelt.

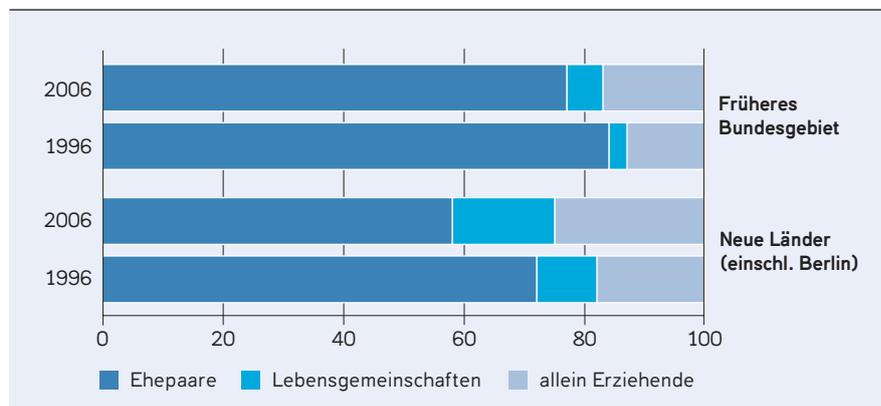
Im Jahr 2006 gab es in Deutschland 8,8 Mill. Familien, davon lebten 7,2 Mill.

(82 %) im früheren Bundesgebiet und 1,6 Mill. (18 %) in den neuen Ländern. Seit 1996 ist die Zahl der Familien in Ostdeutschland kontinuierlich, in Westdeutschland mit Ausnahme der Jahre 1997, 2000 und 2002 zurückgegangen. 1996 gab es in Deutschland noch 9,4 Mill. Familien, davon lebten rund 7,2 Mill. Familien (76 %) im früheren Bundesgebiet und 2,2 Mill. Familien (24 %) in den neuen Ländern. Damit ging die Zahl der westdeutschen Familien seit 1996 um 37 000 (1 %) zurück, die der ostdeutschen Familien sogar um 630 000 (28 %). → **Abb. 7**

Familienformen

Hinter den rückläufigen Familienzahlen in West- und Ostdeutschland stehen unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien (Ehepaare) sank, stieg die Zahl alternativer Familienformen (allein Erziehende und Lebensgemeinschaften). In den neuen Ländern wuchs die Zahl alternativer Familien gegenüber 1996 um 10 % auf 675 000 im Jahr 2006, gleichzeitig ging dort die Zahl der Ehepaare um 43 % auf 920 000 zurück. Im früheren Bundesgebiet nahm die Zahl alternativer Familien um 41 % auf 1,6 Mill. im Jahr 2006 zu, die Zahl traditioneller Familien verringerte sich um 8 % auf genau 6 Mill. in 2006. Damit war der prozentuale Zuwachs bei den alternativen Familienformen in West-

Abb. 8: Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach Familienform, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

deutschland rund vier Mal so hoch wie in Ostdeutschland (41 % gegenüber 10 %). Gleichzeitig sank die Zahl traditioneller Familien in den neuen Ländern gut fünf Mal so stark wie im früheren Bundesgebiet (43 % gegenüber 8 %).

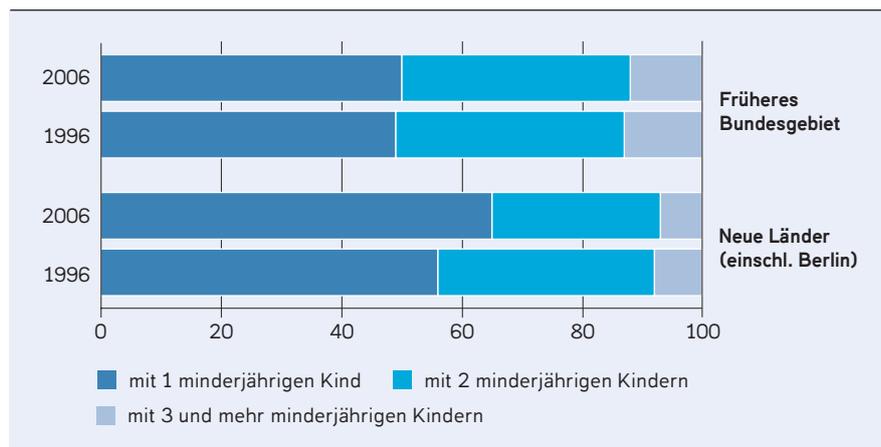
Die wachsende Bedeutung alternativer Familienformen führte zu einer Verschiebung der Familienstrukturen, bei der allerdings nach wie vor die Ehepaare mit Kindern deutlich überwiegen. 2006 waren gut drei Viertel (77 %) der in Westdeutschland lebenden Familien Ehepaare (1996: 84 %). Allein erziehende Mütter und Väter machten 17 % aller Familien aus (1996: 13 %). 6 % aller Familien waren Lebensgemeinschaften mit Kindern (1996: 3 %). In Ostdeutschland kommt Ehepaaren ebenfalls eine herausgehobene Bedeutung zu, die jedoch nicht (mehr) so herausragend ist wie in Westdeutschland. 2006 waren 58 % der ostdeutschen Familien Ehepaare (1996: 72 %). Allein Erziehende machten dort immerhin ein Viertel (25 %) aller Familien aus (1996: 18 %); Lebensgemeinschaften hatten einen Anteil von 17 % an allen Familien (1996: 10 %). Somit nahm der Anteil alternativer Familien an allen Familien im früheren Bundesgebiet zwischen 1996 und 2006 um sieben Prozentpunkte zu (1996: 16 %), in den neuen Ländern sogar um 24 Prozentpunkte (1996: 18 %).

→ Abb. 8

Familiengröße

2006 betreuten die Hälfte (50 %) der 7,2 Mill. westdeutschen Familien und 65 % der 1,6 Mill. ostdeutschen Familien ein minderjähriges Kind (1996: 49 % bzw. 56 %). Zwei minderjährige Kinder lebten in 38 % der westdeutschen Familien und 28 % der ostdeutschen Familien (1996: 38 % bzw. 36 %). Drei und mehr minderjährige Kinder wuchsen in 12 % der Familien im früheren Bundesgebiet und 7 % der Familien in den neuen Ländern auf (1996: 13 % bzw. 8 %). Demnach hat sich die Verteilung der Familien nach der Zahl der Kinder seit 1996 in Westdeutschland nur unwesentlich verändert,

Abb. 9: Familien nach der Zahl der Kinder unter 18 Jahren, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

während in Ostdeutschland Familien mit einem minderjährigen Kind heute deutlich häufiger sind als vor zehn Jahren.

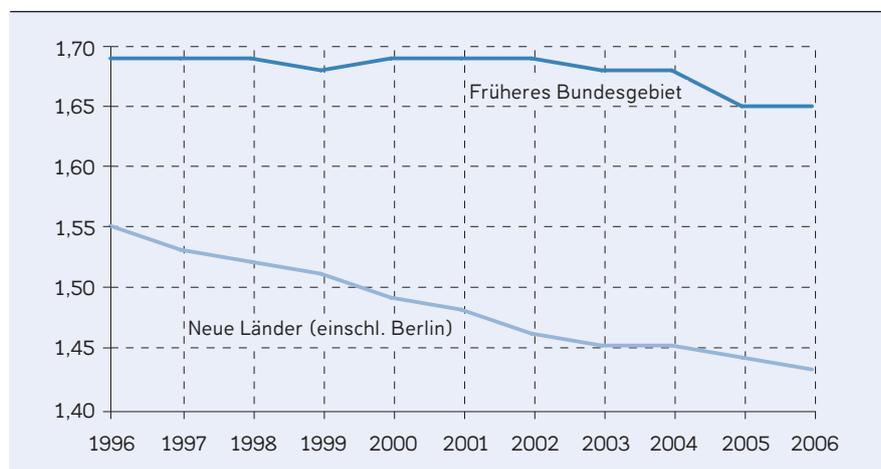
→ Abb. 9

Im früheren Bundesgebiet veränderte sich sowohl die Zahl der Familien als auch die Zahl der minderjährigen Kinder seit 1996 geringfügig. Die Zahl der Familien sank um knapp 1 % auf 7,2 Mill. im Jahr 2006. Die Zahl der minderjährigen Kinder nahm um 3 % auf 11,8 Mill. im Jahr 2006 ab. Deutlicher ausgeprägt war die Entwicklung in den neuen Ländern: Dort ging die Zahl der Familien um 28 % auf 1,6 Mill. im Jahr 2006 zurück, die Zahl

der minderjährigen Kinder sank noch stärker: um 34 % auf 2,3 Mill. im Jahr 2006.

Diese Entwicklung lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: 1996 zogen westdeutsche Familien durchschnittlich 1,69 minderjährige Kinder groß. 2006 waren es mit 1,65 minderjährigen Kindern etwas weniger. In Ostdeutschland betreuten Familien 1996 durchschnittlich 1,55 minderjährige Kinder, 2006 waren es mit 1,43 minderjährigen Kindern allerdings deutlich weniger. Somit gibt es in Ostdeutschland seit 1996 immer weniger Familien, die gleichzeitig immer weniger

Abb. 10: Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Kinder unter 18 Jahren, je Familie mit minderjährigen Kindern



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Tab. 4: Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen der Familie 2006

Monatl. Nettoeinkommen der Familie (von... bis unter... EUR)	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin)
	in 1000		
Insgesamt	8761	7166	1595
mit Angabe	8169	6635	1534
unter 1300	1210	844	365
1300–2600	3622	2899	723
2600–4500	2619	2251	368
4500 und mehr	718	642	76
Sonstige	592	531	61
	in %		
mit Angabe	100	100	100
unter 1300	14,8	12,7	23,8
1300–2600	44,3	43,7	47,1
2600–4500	32,1	33,9	24,0
4500 und mehr	8,8	9,7	5,0

Familien, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit selbständige/r Landwirt/in ist sowie Familien ohne Angabe oder ohne Einkommen fallen unter »Sonstige«.

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Minderjährige erziehen. Deutschlandweit zogen Familien im Jahr 2006 durchschnittlich 1,61 minderjährige Kinder groß (1996: 1,65 Kinder). → **Abb. 10**

Monatliches Familiennettoeinkommen

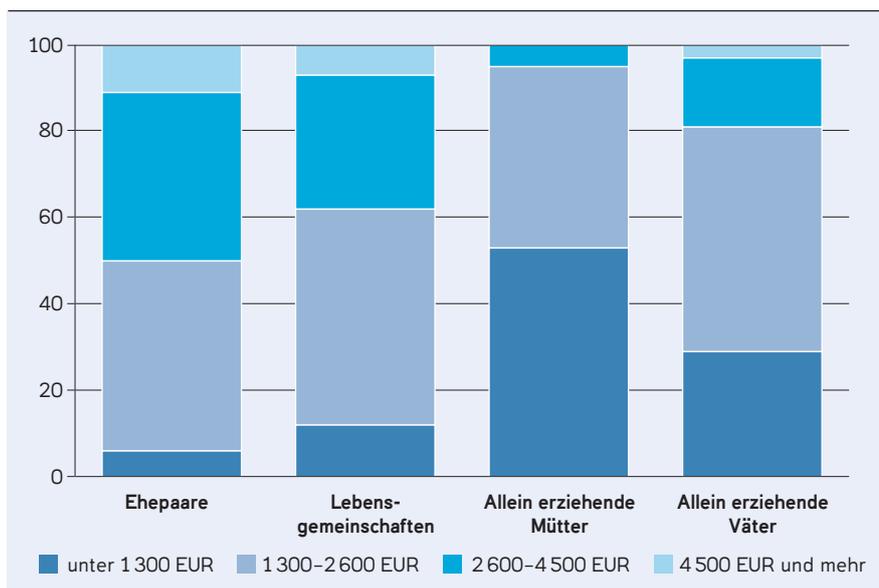
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten im Jahr 2006 in Deutschland 15 %

der 8,2 Mill. Familien mit entsprechenden Angaben ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1300 Euro. 44 % der entsprechenden Familien verfügten monatlich über 1300 bis unter 2600 Euro, 32 % über 2600 bis unter 4500 Euro und 9 % über 4500 Euro und mehr. In den neuen Ländern lagen die

Anteile der Familien in den beiden unteren Einkommensstufen (unter 1300 Euro: 24 %; 1300 bis unter 2600 Euro: 47 %) höher als im früheren Bundesgebiet (13 % bzw. 44 %). Umgekehrt waren dort die Anteile der Familien in den beiden oberen Einkommensklassen (2600 bis unter 4500 Euro: 34 %; 4500 Euro und mehr: 10 %) höher als in Ostdeutschland (24 % bzw. 5 %). → **Tab. 4**

2006 hatten Ehepaare mit minderjährigen Kindern in Deutschland zu 44 % überwiegend ein monatliches Familiennettoeinkommen von 1300 bis unter 2600 Euro. Die entsprechenden Lebensgemeinschaften verfügten zur Hälfte (50 %) ebenfalls über ein monatliches Familiennettoeinkommen dieser Höhe. Allein Erziehende lebten zu 51 % von einem monatlichen Familiennettoeinkommen von unter 1300 Euro. Während allein erziehende Väter mit Kindern unter 18 Jahren mehrheitlich (52 %) ein monatliches Familiennettoeinkommen von 1300 bis unter 2600 Euro realisierten, erzielten die entsprechenden Mütter in der Mehrzahl (53 %) ein monatliches Familiennettoeinkommen von unter 1300 Euro. → **Abb. 11**

Abb. 11: Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen und Familienform 2006, in %



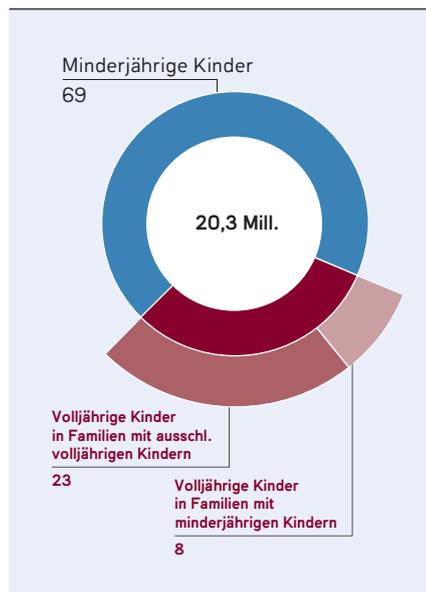
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.1.4 Lebenssituation von Kindern

2006 gab es in Deutschland 20,3 Mill. minder- und volljährige Kinder. 82 % dieser Kinder lebten im früheren Bundesgebiet, 18 % in den neuen Ländern. Von den 20,3 Mill. Kindern waren gut zwei Drittel (14,1 Mill. bzw. 69 %) minderjährig. Von den 6,2 Mill. Volljährigen lebten 26 % in Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind. 74 % lebten in Familien mit ausschließlich volljährigen Kindern. → **Abb. 12**

Zu den Kindern gehören im Mikrozensus alle ledigen Personen, die ohne Lebenspartner/-in und ohne »eigene Kinder« mit mindestens einem Elternteil in einem Haushalt zusammenleben. Neben leiblichen Kindern zählen auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder dazu. Eine allge-

Abb. 12: Kinder nach Minder- / Volljährigkeit und Familientyp 2006, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

meine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht. Da die Lebenssituation von Kindern unter 18 Jahren aus familien- und sozialpolitischer Sicht besonders interessant ist, werden hier vorrangig Daten zu minderjährigen Kindern untersucht.

2006 wurden im früheren Bundesgebiet vier von fünf (81 %) der insgesamt 11,8 Mill. minderjährigen Kinder bei einem Ehepaar groß. Jedes siebte Kind (14 %) wuchs bei einem allein erziehenden Elternteil auf und jedes 20. Kind (5 %) lebte in einer Lebensgemeinschaft. In den neuen Ländern wuchsen lediglich rund drei von fünf (61 %) der 2,3 Mill. minderjährigen Kinder bei Ehepaaren auf; gut jedes fünfte Kind (23 %) wuchs bei seiner allein erziehenden Mutter oder seinem allein erziehenden Vater heran; rund jedes sechste Kind (16 %) bei einer Lebensgemeinschaft. → **Abb. 13**

In West- und in Ostdeutschland entwickelte sich die Zahl der minderjährigen Kinder zwischen 1996 und 2006 unterschiedlich. Während sie in Westdeutschland

um 3 % auf 11,8 Mill. zurückging, sank sie in Ostdeutschland um 34 % auf 2,3 Mill.

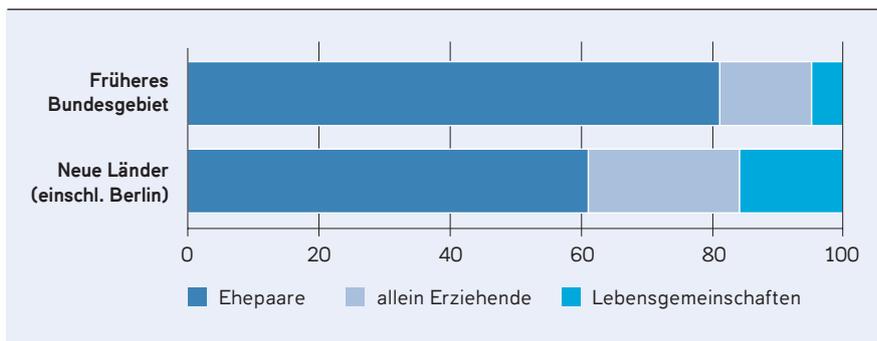
Auch die Verteilung der Kinder nach den Familienformen, in denen sie aufwachsen, hat sich in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich entwickelt. 2006 wurden Kinder im Vergleich zu 1996 häufiger in Lebensgemeinschaften und mit ihren allein erziehenden Müttern oder Vätern und seltener bei Ehepaaren groß. In Westdeutschland ging der Anteil minderjähriger Kinder, die bei Ehepaaren leben, seit 1996 um fünf Prozentpunkte zurück. In Ostdeutschland reduzierte sich dieser Anteil um 14 Prozentpunkte. Gleichzeitig lebten in beiden Teilen Deutschlands mehr minderjährige Kinder bei allein Erziehenden und in Lebensgemeinschaften. Im Vergleich zu 1996 stieg im früheren Bundesgebiet der Anteil der Kinder bei al-

lein Erziehenden um drei Prozentpunkte, der in Lebensgemeinschaften um zwei Prozentpunkte. In den neuen Ländern erhöhten sich diese Anteile im gleichen Zeitraum um jeweils sieben Prozentpunkte.

Geschwisterzahl

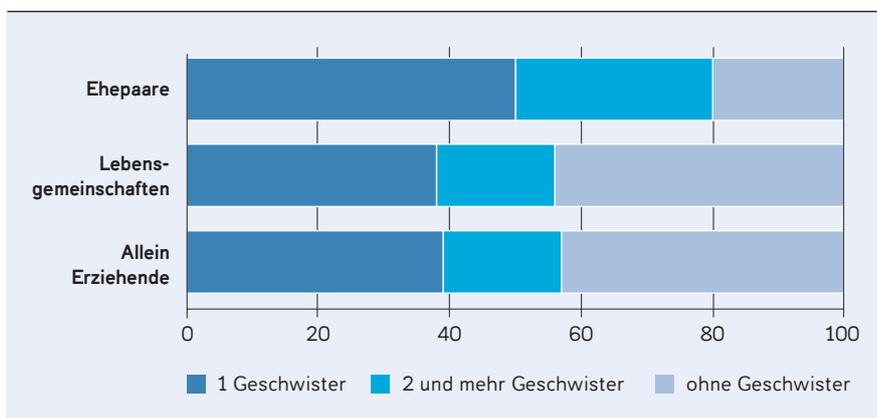
Die meisten minderjährigen Kinder in Deutschland leben mit mindestens einer minder- oder volljährigen Schwester oder einem minder- oder volljährigen Bruder gemeinsam in einem Haushalt. Da sich der Mikrozensus bei der Befragung auf die aktuellen Verhältnisse im Haushalt konzentriert, bleiben Geschwister, die bereits ausgezogen sind, außer Acht. Fast die Hälfte der 14,1 Mill. minderjährigen Kinder (47 %) wuchs gemeinsam mit einer minder- oder volljährigen Schwester bzw. einem Bruder heran. Gut ein Viertel (27 %) hatte mindestens zwei Geschwis-

Abb. 13: Minderjährige Kinder nach Familienform 2006, in %



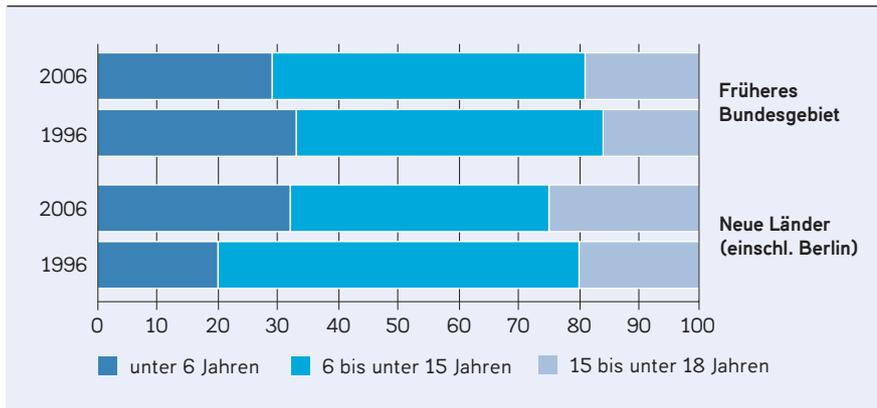
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 14: Minderjährige Kinder mit und ohne Geschwister nach Familienform und Zahl der Geschwister (ohne Altersbegrenzung), in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 15: Minderjährige Kinder nach Altersgruppen, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

ter und ein weiteres Viertel (26 %) wurde ohne weitere Geschwister im Haushalt groß. → **Abb. 14**

Mit Geschwistern im Haushalt wachsen minderjährige Kinder vor allem dann auf, wenn sie bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern leben. 2006 hatten vier Fünftel (79 %) der minderjährigen Kinder bei Ehepaaren minder- oder volljährige Geschwister. Demgegenüber wurden nur 57 % der minderjährigen Kinder bei allein erziehenden Elternteilen mit Geschwistern groß. Der entsprechende Anteil bei Lebensgemeinschaften lag nur geringfügig darunter (56 %).

Altersstruktur der Kinder

2006 waren im früheren Bundesgebiet 29 % der 11,8 Mill. minderjährigen Kinder im Vorschulalter unter sechs Jahren. 51 % der Minderjährigen waren 6 bis 14 Jahre alt und 19 % der Minderjährigen waren bereits 15 Jahre oder älter. In den neuen Ländern machten Kinder im Vorschulalter 32 % der 2,3 Mill. Kinder unter 18 Jahren aus. 43 % dieser Kinder waren 6- bis 14-Jährige und 25 % der Minderjährigen bereits 15 Jahre oder älter. Damit lag der Anteil der 6- bis 14-Jährigen an den Kindern unter 18 Jahren in Westdeutschland 2006 um neun Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland.

In Ostdeutschland hat sich die Altersstruktur der minderjährigen Kinder in den

letzten zehn Jahren stärker verändert als in Westdeutschland. Seit 1996 ist der Anteil der Kinder im Vorschulalter an allen minderjährigen Kindern in Westdeutschland um vier Prozentpunkte zurückgegangen (1996: 33 %), während er in den neuen Ländern um zwölf Prozentpunkte stieg (1996: 20 %). Umgekehrt bei den 6- bis 14-Jährigen: Deren Anteil nahm in Westdeutschland um einen Prozentpunkt zu (1996: 51 %), in Ostdeutschland um 17 Prozentpunkte ab (1996: 60 %). Dagegen stieg sowohl in West- als auch in Ostdeutschland der Anteil der 15-jährigen oder älteren Minderjährigen um drei Pro-

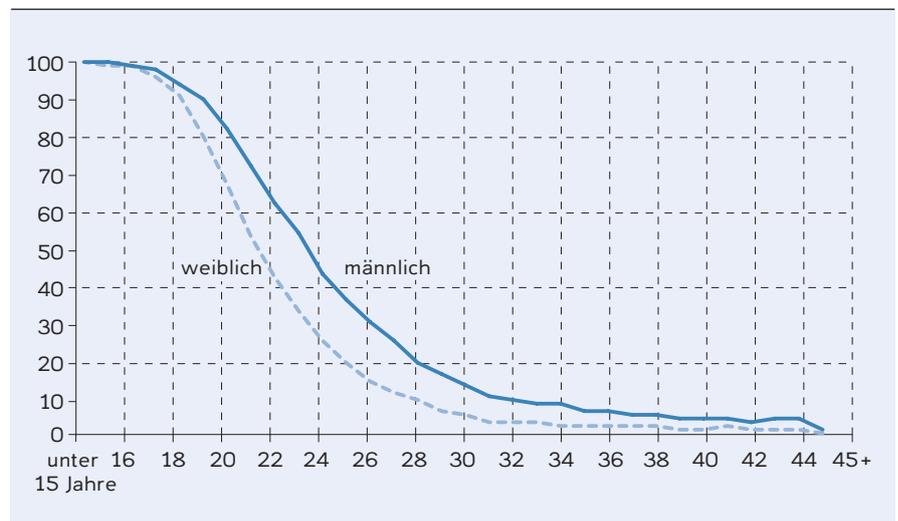
zentpunkte (1996: 16 %) bzw. um fünf Prozentpunkte (1996: 20 %). → **Abb. 15**

2006 waren in Deutschland 30 % der minderjährigen Kinder im Vorschulalter, 50 % der Minderjährigen waren im Alter von 6 bis 14 Jahren und 20 % bereits 15 Jahre oder älter. Besonders häufig im Vorschulalter waren minderjährige Kinder, wenn sie in Lebensgemeinschaften aufwuchsen. Von diesen Kindern waren 45 % noch im Vorschulalter. Das Vorschulalter bereits überschritten hatten minderjährige Kinder vor allem dann, wenn sie bei allein Erziehenden lebten. 52 % dieser Kinder waren 6- bis 14-Jährige, 25 % dieser Kinder waren bereits 15 Jahre oder älter. Lediglich 23 % der minderjährigen Kinder, die von allein Erziehenden betreut wurden, waren noch im Vorschulalter. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass das allein Erziehen in erster Linie eine ungeplante Lebensform von Müttern und Vätern ist und durch Trennung, Scheidung oder Verlust des Partners bzw. der Partnerin »mitten« in der Familienphase einsetzt.

Auszug der Kinder aus dem Elternhaus

Wie einleitend beschrieben beschränkt sich der Mikrozensus als Haushaltsstich-

Abb. 16: Kinder im elterlichen Haushalt nach Alter und Geschlecht 2006, in % der Bevölkerung des jeweiligen Alters



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

probe auf Angaben zu Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung im Haushalt leben. Kinder, die nicht im Haushalt leben bzw. den Haushalt bereits verlassen haben, werden nicht als solche in den Daten abgebildet. Die langen Ausbildungszeiten dürften mit dazu geführt haben, dass Kinder das Elternhaus immer später verlassen.

2006 waren drei von zehn (31 %) der insgesamt 20,3 Mill. minder- und volljährigen Kindern bereits 18 Jahre und älter. Junge Frauen verlassen den elterlichen Haushalt früher als ihre männlichen Altersgenossen. Bereits mit 22 Jahren wohnte deutlich weniger als die Hälfte (42 %) der weiblichen Bevölkerung noch als lediges Kind bei den Eltern. Mit 30 Jahren wohnten noch 5 % und mit 40 Jahren nur noch 1 % der Frauen im Elternhaus. → **Abb. 16**

Mit 24 Jahren lebten 2006 noch 43 % der männlichen Bevölkerung bei den Eltern. Mit 30 Jahren gehörten noch 13 % und mit 40 Jahren noch 4 % der Männer als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an. Langfristig gesehen verlassen die Kinder das Elternhaus immer später. Lebten 1972 zwei von zehn (20 %) der 25-Jährigen im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West) noch bei den Eltern, waren es 2006 deutlich mehr, nämlich fast drei von zehn (29 %).

2.1.5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für die Beantwortung der Frage »Wie vereinbaren Mütter und Väter Familie und Beruf?« werden Mütter und Väter im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren betrachtet, die angaben, in der Berichtswoche gearbeitet zu haben (»aktiv« Erwerbstätige). In der Berichtswoche vorübergehend Beurlaubte (z. B. wegen Mutterschutz, Elternzeit) zählen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zwar zu den Erwerbstätigen, jedoch gehören sie nicht zu den hier dargestellten »aktiv« Erwerbstätigen.

Tab. 5: Mütter und Väter nach Alter und Erwerbsbeteiligung 2006

	Insgesamt	Erwerbstätige			Nicht-erwerbstätige
		zusammen	aktiv Erwerbstätige	vorübergehend Beurlaubte	
in 1000					
Mütter und Väter					
Insgesamt	13 210	9 778	8 977	801	3 432
dar. 15 bis 64-Jährige	13 185	9 773	8 973	801	3 412
Mütter					
Insgesamt	7 140	4 371	3 857	514	2 769
dar. 15 bis 64-Jährige	7 135	4 370	3 856	514	2 765
Väter					
Insgesamt	6 071	5 407	5 120	287	664
dar. 15 bis 64-Jährige	6 051	5 403	5 116	287	648

Bezogen auf Elternteile im erwerbsfähigen Alter mit im Haushalt lebendem jüngstem Kind unter 15 Jahren (auch Stief-, Pflege- und Adoptivkind).

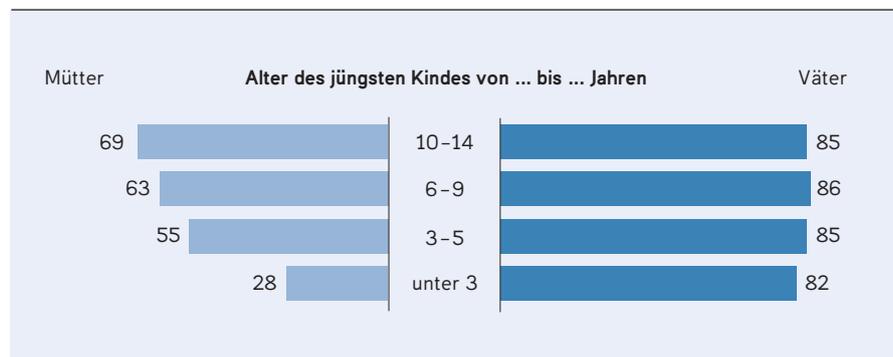
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Kinder, die jünger als 15 Jahre sind, bedürfen in höherem Maß einer Betreuung als ältere Kinder. Entsprechend sind in diesem Abschnitt Mütter und Väter als Elternteil in Familien mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren definiert. Hierzu zählen Mütter und Väter mit Kindern ausschließlich unter 15 Jahren sowie Mütter und Väter mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren und weiteren 15-jährigen und älteren Kindern. Mütter und Väter, die ausschließlich 15-jährige und ältere Kinder im eigenen Haushalt betreuen (jüngstes Kind 15 Jahre und älter), gehen nicht in die Analyse ein. → **Tab. 5**

Im Jahr 2006 gab es in Deutschland 7,1 Mill. Mütter und 6,1 Mill. Väter im erwerbsfähigen Alter, die mit mindestens einem leiblichen Kind oder einem Stief-, Pflege- oder Adoptivkind unter 15 Jahren in einem gemeinsamen Haushalt lebten. 93 % dieser Mütter und 90 % dieser Väter waren 25 bis 49 Jahre alt. Die meisten Mütter waren dabei 35 bis 39 Jahre alt (29 %). Bei den Vätern waren die 40- bis 44-Jährigen mit 28 % am häufigsten vertreten.

54 % der Mütter und 85 % der Väter waren aktiv erwerbstätig. In Abhängig-

Abb. 17: Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern nach Alter des jüngsten Kindes 2006, in %



Elternteile im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte).

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

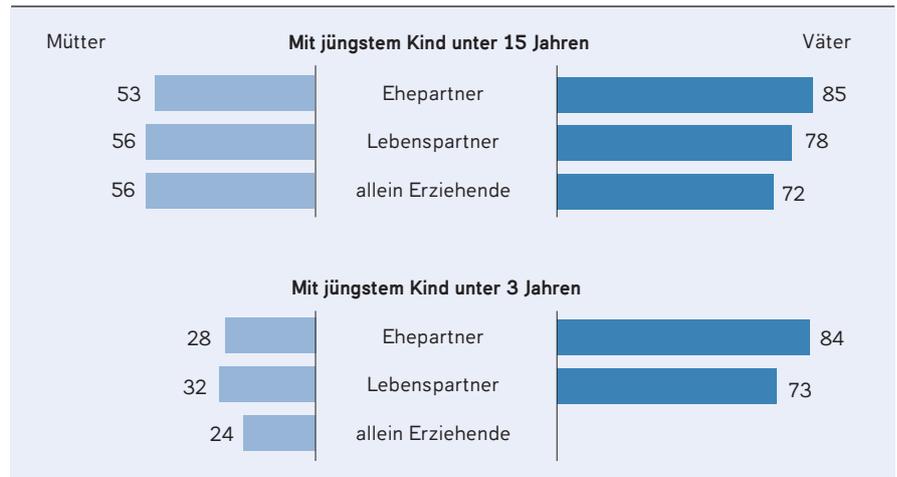
keit vom Alter des jüngsten Kindes verändert sich die Erwerbstätigenquote – hier definiert als Anteil der aktiv erwerbstätigen Mütter und Väter an allen Müttern bzw. Vätern – insbesondere von Müttern deutlich. Mit der Familiengründung gibt ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter ihren Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das Erwerbsleben zurück. 2006 waren 28 % der Mütter mit jüngstem Kind im Krippenalter von unter drei Jahren berufstätig. Erreichte das jüngste Kind das Kleinkindalter von drei bis fünf Jahren ging über die Hälfte der Mütter (55 %) einer Erwerbstätigkeit nach. Die höchste Erwerbstätigenquote von 69 % erreichten Mütter mit 10- bis 14-jährigen Kindern. Bei den Vätern ist die Beteiligung am Erwerbsleben dagegen weitgehend unabhängig vom Heranwachsen der Kinder. Sie lag im Jahr 2006 – je nach Alter des jüngsten Kindes – zwischen 82 % und 86 %, wobei sie bei Vätern mit Kindern im Krippenalter am niedrigsten war.

➔ **Abb. 17**

In Deutschland waren 2006 von 7,1 Mill. Müttern zwischen 15 und 64 Jahren 76 % Ehefrauen, 16 % allein Erziehende und 8 % Lebenspartnerinnen. Anders die Reihenfolge bei den 6,1 Mill. Vätern: Von diesen waren 89 % Ehemänner, 10 % Lebenspartner und 1 % allein Erziehende. Von allen Müttern waren Ehefrauen mit 53 % am seltensten erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote von allein erziehenden Müttern und Lebenspartnerinnen betrug jeweils 56 %. Anders bei den Vätern: Hier gingen die Ehemänner mit 85 % am häufigsten einer Erwerbstätigkeit nach. Lebenspartner beteiligten sich zu 78 % am Erwerbsleben, allein erziehende Väter zu 72 %.

Mit Kindern im Krippenalter von unter drei Jahren gingen Lebenspartnerinnen zu 32 % am häufigsten einer Erwerbstätigkeit nach. Es folgten Ehefrauen und allein erziehende Mütter mit Erwerbstätigenquoten von 28 % bzw. 24 %. Von allen

Abb. 18: Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern nach Familienform und Alter des jüngsten Kindes 2006, in %



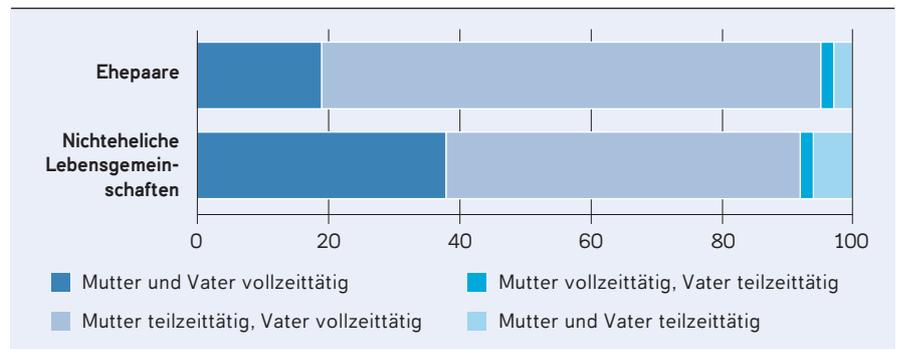
Elternteile im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte).
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Müttern schränken allein Erziehende ihre Erwerbsbeteiligung allerdings auch am stärksten ein, wenn sie Kinder unter drei Jahren aufziehen (24 % gegenüber 56 %). Die Erwerbstätigenquoten von Vätern änderten sich in Abhängigkeit vom Alter des jüngsten Kindes nur geringfügig. Bei allein erziehenden Vätern mit jüngstem Kind unter drei Jahren lag die Erwerbstätigenquote 2006 unter der Nachweisgrenze. ➔ **Abb. 18**

Für Mütter und Väter, die als Paar zusammen leben, stellt sich nicht nur die Frage, wie beide Elternteile für sich be-

trachtet Familie und Beruf vereinbaren. Von hohem Interesse ist bei Paaren mit Kindern zudem das Zusammenspiel der Partner bei der Balance von Familie und Beruf. Die dargestellten Ergebnisse konzentrieren sich dabei auf Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit jüngstem im Haushalt lebenden Kind unter 15 Jahren und zwei aktiv erwerbstätigen Partnern, die im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind. Insbesondere der Zeitumfang der Erwerbsbeteiligung unterscheidet sich deutlich. Bei gut drei Vierteln (76 %) der Ehepaare mit Kindern unter 15 Jahren stufte sich der

Abb. 19: Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften nach Vollzeit-/Teilzeittätigkeit der Partner 2006, in %



Paare mit zwei erwerbstätigen Partnern im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte) und jüngstem Kind unter 15 Jahren.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Vater bei der Befragung als vollzeit- und die Mutter als teilzeiterwerbstätig ein. Auch die Paare, die in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebten, wählten mehrheitlich diese »traditionelle« Arbeitszeitkombination (54 %). Bei 19 % der Ehepaare gingen beide Elternteile einer Vollzeittätigkeit nach, bei den Lebensgemeinschaften lag dieser Anteil mit 38 % genau doppelt so hoch. Andere mögliche Arbeitszeitaufteilungen spielten 2006 eine eher untergeordnete Rolle. → Abb. 19

2.1.6 Kindertagesbetreuung

Betreuungsangebot und Inanspruchnahme

Nach der Einführung des Rechtsanspruches auf Tagesbetreuung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr im Jahr 1996 hat der Deutsche Bundestag 2004 ein Gesetz zum bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (TAG) beschlossen. Ein Ziel dieses Gesetzes ist, für Kinder unter drei Jahren und

im schulpflichtigen Alter ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten. Bund und Länder haben 2007 als Ziel vorgegeben, bis 2013 mehr als jedem dritten Kind unter drei Jahren in Deutschland (35 %) ein Betreuungsangebot machen zu können.

Zum Stichtag am 15. März 2007 wurden in Deutschland insgesamt rund 3,1 Mill. Kinder unter 14 Jahren ergänzend zur Erziehung und Betreuung durch die Eltern in einer Kindertageseinrichtung oder in Tagespflege betreut. Der Großteil der Kinder (ca. 98 % bzw. genau 3 Mill. besuchte eine Tageseinrichtung, nur ca. 2 % (rund 73 000) wurden durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut.

Die Zahl der Tageseinrichtungen lag mit 49 000 geringfügig höher als 2006 (+1 %). Insgesamt waren in diesen Einrichtungen 426 000 Personen beschäftigt, was einen leichten Anstieg um +2,5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Die

Zahl der unmittelbar mit der Betreuung der Kinder Beauftragten, das heißt, die pädagogisch im Gruppendienst oder gruppenübergreifend tätigen Personen, sowie die als freigestellte Einrichtungsleitung tätigen Personen belief sich zusammen auf 366 000. In der Kindertagespflege waren 33 000 Personen tätig, deren Zahl mit plus 9 % gegenüber 2006 deutlich zugenommen hat.

Da in der Öffentlichkeit vor allem die ergänzende Betreuung der Kinder im Alter unter sechs Jahren diskutiert wird und zwischen den Ländern Unterschiede beim Einschulungsalter und in der Organisation der Betreuung von Schulkindern bestehen, wird im Folgenden nur die Altersklasse der unter 6-Jährigen betrachtet.

Von den rund 3,1 Mill. Kindern in Tagesbetreuung waren ungefähr 2,3 Mill. Kinder jünger als sechs Jahre. Wiederum wurde die große Mehrheit von ihnen in einer Tageseinrichtung betreut (2,2 Mill.), rund 57 000 Kinder dieser Altersgruppe

Tab. 6: Kinder unter sechs Jahren in Tagesbetreuung nach Altersgruppen und Betreuungsquoten 2007

	Insgesamt	Kinder in Tagesbetreuung davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		0 bis 3			3 bis 6		
		Anzahl	Betreuungs- quote	Ganztags- quote	Anzahl	Betreuungs- quote	Ganztags- quote
Baden-Württemberg	393 021	33 027	11,6	2,6	284 658	94,1	8,0
Bayern	449 163	35 117	10,8	2,7	303 833	87,9	18,9
Berlin	114 337	34 535	39,8	21,7	75 363	92,4	52,4
Brandenburg	139 049	23 993	43,4	27,4	53 924	94,4	47,3
Bremen	22 419	1 696	10,6	4,2	13 792	85,9	19,4
Hamburg	69 954	10 457	22,2	10,9	36 407	81,7	27,5
Hessen	231 684	19 747	12,4	4,7	151 141	91,4	25,6
Mecklenburg-Vorpommern	85 831	16 737	44,1	26,4	35 428	93,2	49,9
Niedersachsen	264 936	14 052	6,9	1,9	188 315	84,0	9,6
Nordrhein-Westfalen	584 074	31 997	6,9	3,2	424 853	86,2	21,8
Rheinland-Pfalz	144 174	11 892	12,0	3,5	101 957	94,9	20,3
Saarland	32 947	2 717	12,1	4,7	22 539	94,2	16,2
Sachsen	228 050	34 104	34,6	23,5	89 418	93,8	62,3
Sachsen-Anhalt	120 396	26 538	51,8	28,3	47 930	93,0	53,1
Schleswig-Holstein	95 065	5 890	8,3	2,4	64 945	83,4	11,2
Thüringen	79 783	18 824	37,5	31,0	48 786	95,9	84,5
Deutschland	3 054 883	321 323	15,5	7,3	1 943 289	89,3	24,3
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	2 287 437	166 592	9,9	3,2	1 592 440	88,4	17,3
Neue Länder (ohne Berlin)	653 109	120 196	41,0	26,8	275 486	94,1	60,0

Betreuungsquote: Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kinder derselben Altersgruppe. Ganztagsbetreuungsquote: Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern derselben Altersgruppe.

befanden sich in Tagespflege. Allerdings ist anzumerken, dass von der genannten Zahl an Kindern in Tagespflege ca. 7 500 diese Betreuungsform zusätzlich zu einem Besuch von Tageseinrichtungen in Anspruch nahmen. Die Zahl der unter 6-Jährigen, die ausschließlich von einer Tagesmutter bzw. einem Tagesvater stundenweise versorgt wurden, lag hingegen bei rund 49 000. → **Tab. 6**

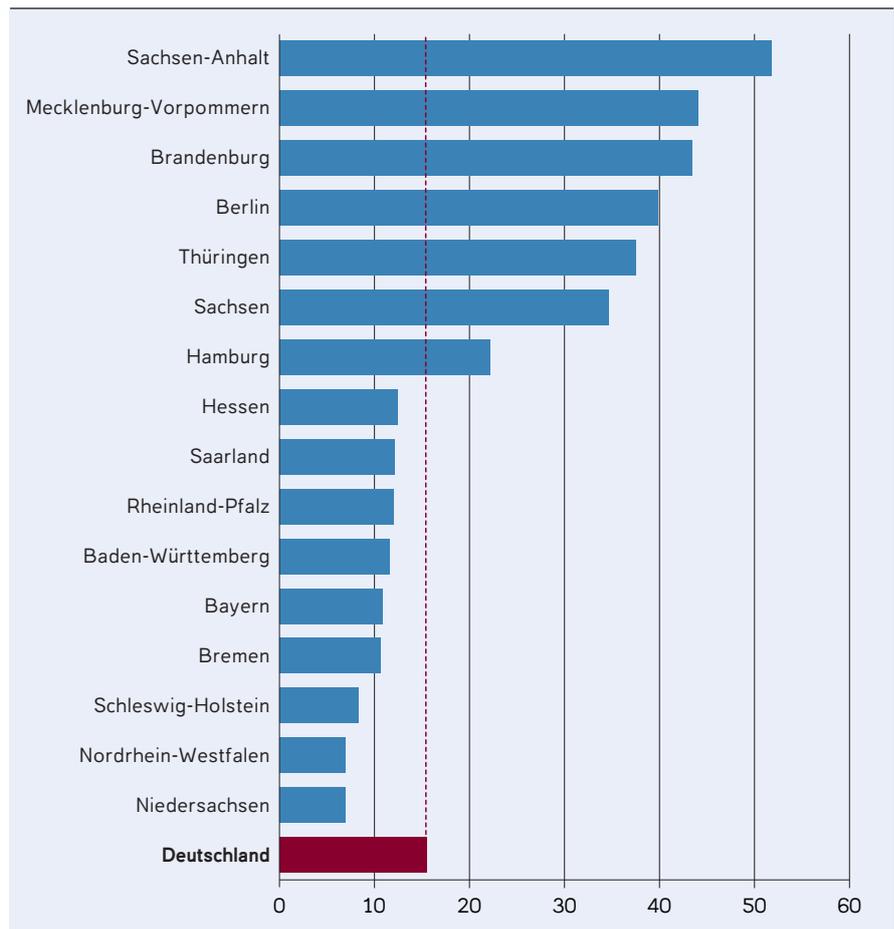
Bundesweit haben 2007 rund 321 000 Eltern von Kindern unter drei Jahren ein ergänzendes Betreuungsangebot in einer Kindertageseinrichtung oder in Form von Tagespflege in Anspruch genommen. Damit erhöhte sich der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern in dieser Altersgruppe gegenüber dem Vorjahr um fast zwei Prozentpunkte auf insgesamt 15,5 %.

Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) wurden 2007 mehr Kinder unter drei Jahren ergänzend zur elterlichen Erziehung betreut. Die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren erhöhte sich im früheren Bundesgebiet um rund 29 000 Kinder auf 167 000 (+21 %) und in den neuen Ländern um 3 000 auf 120 000 Kinder (+3 %). In Westdeutschland stieg die Betreuungsquote damit von 8 % auf rund 10 % und in Ostdeutschland von 40 % auf 41 %. Die höchste Betreuungsquote gab es in Sachsen-Anhalt (52 %), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (44 %) und Brandenburg (43 %). Die höchsten Quoten in den westdeutschen Flächenländern wiesen Hessen, das Saarland und Rheinland-Pfalz mit rund 12 % auf. Die geringsten Betreuungsquoten wurden für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (jeweils 7 %) ermittelt.

→ **Abb. 20**

Rund 2 Mill. Kinder zwischen drei und fünf Jahren wurden zum Stichtag am 15. März 2007 in Kindertagesstätten oder in Kindertagespflege ergänzend betreut. Die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe erhöhte sich auf rund 89 %, gegenüber

Abb. 20: Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung, Anteil an der entsprechenden Altersgruppe in %



87 % im Jahr 2006. Diese Zunahme der Betreuungsquote erfolgte vor dem Hintergrund einer rückläufigen Anzahl betreuter Kinder (minus 10 000; minus 0,5 %) und einem Rückgang der Zahl der Kinder insgesamt in dieser Altersgruppe. Im früheren Bundesgebiet fiel die Betreuungsquote mit 88 % etwas niedriger aus als in den neuen Ländern mit 94 % (2006: 86 % bzw. 93 %). Tagesmütter oder Tagesväter wurden für Kinder in dieser Altersgruppe kaum mehr gewählt. Lediglich 14 000 der Kinder in Kindertagesbetreuung (1 %) waren 2007 in Kindertagespflege. Das waren 2 000 Kinder mehr als im Jahr 2006 (+17 %).

Ganztagsbetreuung

Ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit Familie und Beruf ist die Möglich-

keit, Kinder auch ganztags betreuen zu lassen. Ganztagsbetreuung bedeutet, dass die Kinder mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Tageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter oder einem Tagesvater verbringen. Im Jahr 2007 wurden rund 681 000 Kinder unter sechs Jahren ganztags betreut. Das waren rund 49 000 oder 8 % mehr als im Jahr zuvor. Bezogen auf alle Kinder in dieser Altersgruppe entsprach das einem Anteil von 16 %.

Bei den unter 3-Jährigen haben Eltern von rund 152 000 Kindern Angebote der Ganztagsbetreuung als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch genommen, rund 11 % mehr als 2006. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (»Ganztagsquote«) belief sich bun-

desweit auf 7 %. Deutliche Unterschiede zeigen sich im Vergleich der neuen Länder und des früheren Bundesgebietes (jeweils ohne Berlin). Während in Ostdeutschland für mehr als ein Viertel (27 %) aller unter 3-Jährigen Ganztagsbetreuung ergänzend in Anspruch genommen wurde, betrug in Westdeutschland die Quote lediglich 3 %. Die niedrigste Quote findet sich in Niedersachsen mit 2 %, die höchste Quote gab es in Thüringen (31 %).

Für die Altersgruppe der Kinder zwischen drei bis unter sechs Jahren belief sich die Ganztagsquote bundesweit auf 24 %, das waren 529 000 Kinder (2006: 22 %, 495 000 Kinder). Auch hier lag die Ganztagsquote im Westen mit 17 % deutlich niedriger als im Osten (60 %). Wie schon bei den unter 3-Jährigen wies auch hier Thüringen mit 85 % die höchste Ganztagsquote auf, Baden-Württemberg mit 8 % die niedrigste.

Personal der Kindertageseinrichtungen

Bundesweit waren 2007 in den Kindertageseinrichtungen 426 000 Personen tätig. Rund 350 000 (82 %) von ihnen waren im Gruppendienst tätig oder mit der Förderung von Kindern nach Sozialgesetzbuch VIII/Sozialgesetzbuch XII betraut. Darüber hinaus waren etwa 17 000 Menschen (4 %) in der Verwaltung (einschließlich freigestellter Einrichtungsleitung) tätig, rund 60 000 Personen (14 %) im hauswirtschaftlichen oder technischen Bereich. Damit erhöhte sich die Zahl der unmittelbar mit der Betreuung der Kinder Beauftragten gegenüber 2006 um rund 10 000 (3 %) und gegenüber 2002 um 23 000 bzw. 7 %.

Nach wie vor ist die berufliche Kinderbetreuung in Deutschland eine Frauendomäne. Unter allen Beschäftigten, die unmittelbar mit der Betreuung der Kinder betraut waren, widmeten sich lediglich rund 10 400 Männer beruflich der Kinderbetreuung, was einem Anteil von 3 % entsprach.

339 000 (97 %) der unmittelbar mit der Kinderbetreuung Beauftragten waren hauptberuflich in einer Kindertageseinrichtung tätig. 10 000 (3 %) kamen nebenberuflich mit einer Wochenstundenzahl von bis zu 20 Stunden zum Einsatz. Von den hauptberuflich Beschäftigten waren etwa 135 000 Personen (40 %) Vollzeit tätig (entsprechend einer Wochenstundenzahl von 38,5 Stunden und mehr). Demnach lag der Anteil der hauptberuflich teilzeittätigen Pädagogen bei 60 % (über 204 000).

Das Alter der Beschäftigten ist eine wichtige Kennziffer zur Beschreibung des »Arbeitsmarktes« Kindertagesbetreuung. Hier zeigen die statistischen Ergebnisse ein eindeutiges Bild: Der Nachwuchs an Fachkräften bleibt offenbar aus, die Beschäftigten in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung werden immer älter. Von 2002 bis 2007 sank der Anteil der unter 25-jährigen in der Kinderbetreuung unmittelbar Tätigen von 17 % auf 12 %. Auch in der »mittleren« Altersgruppe zwischen 25 und 44 Jahren verringerte sich der Anteil der Beschäftigten um vier Prozentpunkte von 55 % auf 51 %. Der Anteil derjenigen, die 45 Jahre oder älter waren, erhöhte sich dagegen von 29 % auf 37 %.

Wie auch in Kindertageseinrichtungen war die Kindertagespflege fest in Frauenhand. Von den insgesamt 33 000 Tagespflegerinnen und -pflegern waren etwa 700 männlich, was einem Anteil von nur 2 % entsprach. Die meisten Tagespflegerpersonen waren zwischen 25 und 45 Jahre alt. Mit rund 19 000 Personen befanden sich mehr als die Hälfte in dieser Altersgruppe. Ältere Personen ab 45 Jahren hatten einen Anteil von 38 % (13 000). Unter 25 Jahre waren nur 1 000 Personen (4 %).

Da im Zusammenhang mit der Kindertagesbetreuung zunehmend die Aspekte der Erziehung und der frühkindlichen Förderung betont werden, muss in den Einrichtungen ausreichend qualifiziertes

Betreuungspersonal zur Verfügung stehen. 2007 verfügten 247 000 (71 %) der insgesamt 350 000 mit der Betreuung von Kindern Beschäftigten über eine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher. Kinderpflegerinnen und -pfleger stellten mit 47 000 Beschäftigten 14 % des Personals. Akademisch Ausgebildete fand man im Bereich Kindertagesbetreuung kaum. Diplom-Sozialpädagoginnen und -pädagogen oder Diplom-Sozialarbeiterinnen und -arbeiter mit (Fach-)Hochschulabschluss spielten mit gerade 9 000 Beschäftigten (3 %) eine unbedeutende Rolle. Erzieherinnen bildeten somit den Kern der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen. Sonstige Berufsausbildungen hatten eine entsprechend geringe Bedeutung. Ohne Berufsausbildungsabschluss waren 2 % der Beschäftigten.

Personal der Kindertagespflege

Tagesbetreuung Im März 2007 waren 33 000 Tagesmütter und Tagesväter in der öffentlich geförderten Kindertagespflege tätig. Unter »Förderung mit öffentlichen Mitteln« wird bei der Kindertagespflege nicht ausschließlich die Gewährung einer laufenden Geldleistung des Jugendamtes an die Kindertagespflegepersonen verstanden. Öffentliche Förderung ist unter Bezug auf die Regelungen im Sozialgesetzbuch/VIII weiter gefasst. Hierzu zählt auch die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Kindertagespflegeperson, die Beratung der Kindertagespflegeperson oder der Eltern, die Praxisbegleitung der Kindertagespflegeperson durch das Jugendamt, Kurse oder Veranstaltungen zur weiteren Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen und spezielle, im Landesrecht vorgesehene Förderungen mit öffentlichen Mitteln.

Eine fachpädagogische Berufsausbildung besaß bundesweit gut ein Drittel (34 %) der Tagespflegepersonen: 33 % in Westdeutschland und 41 % in Ostdeutschland. Bundesweit waren unter den Tagespflegepersonen mit einem fachpädagogischen Abschluss – wie bei den Einrichtungen – die Erzieherinnen mit 44 % in der Mehr-

zahl, gefolgt von den Kinderpflegerinnen mit 16 %. Sowohl in Ost- und Westdeutschland lag der Anteil derjenigen, die über eine andere, nichtpädagogische Berufsausbildung verfügten, bei je 56 %. Ein deutlicher regionaler Unterschied war allerdings unter Tagespflegepersonen festzustellen, die keinen beruflichen Abschluss hatten. Im Westen lag ihr Anteil bei 9 %, im Osten nur bei 3 %.

Ein weiteres Qualifikationskriterium der Tagespflegepersonen ist der Abschluss eines Qualifizierungskurses für diese Tätigkeit. Vom Deutschen Jugendinstitut wurde ein Curriculum von 160 Stunden Umfang entwickelt, aber auch zeitlich weniger umfangreiche Kurse werden in den Kommunen angeboten. Einen Qualifizierungskurs hatten 2007 in Westdeutschland 55 % der Tagespflegepersonen und in Ostdeutschland 75 % abgeschlossen. Dabei ist unerheblich, welche berufliche Qualifikation die Personen haben. So ist es durchaus denkbar, dass eine ausgebildete Erzieherin zusätzlich, z. B. zur Auffrischung von Kenntnissen nach einer Phase der Familientätigkeit, einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege absolviert. Bundesweit verfügten 19 000 der 33 000 Kindertagespflegerinnen und -pfleger (58 %) über einen entsprechenden abgeschlossenen Qualifizierungskurs.

2.1.7 Zusammenfassung

Im Jahr 2006 dominierte unter den Lebensformen der Bevölkerung – trotz rückläufiger Zahlen – nach wie vor das traditionelle Zusammenleben als Ehepaar. Alternative Lebensformen wie allein Erziehende und Lebensgemeinschaften nehmen zu. Auch die Zahl der allein Stehenden ist in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen.

Bei den Familien gewinnen alternative Formen des Zusammenlebens (Lebensgemeinschaften mit Kindern, allein erziehende Mütter und Väter) zunehmend an Bedeutung. Nach wie vor ist jedoch die

traditionelle Familie die mit Abstand häufigste Familienform: 2006 waren rund drei Viertel der Familien Ehepaare mit Kindern. Hinter den insgesamt rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien sank, stieg die Zahl alternativer Familienformen.

Die Betrachtung der Familien nach der Anzahl der Kinder zeigt, dass die immer weniger werdenden Familien gleichzeitig immer weniger Kinder betreuen. Im Jahr 2006 versorgte über die Hälfte der Familien in Deutschland nur ein minderjähriges Kind im Haushalt. In Ostdeutschland ist diese Tendenz deutlich stärker ausgeprägt. Hier betreuten fast zwei Drittel der Familien nur ein minderjähriges Kind.

Obwohl die alternativen Familienformen häufiger werden, leben die meisten minderjährigen Kinder nach wie vor bei ihren verheirateten Eltern, wo sie überwiegend gemeinsam mit mindestens einer minder- oder volljährigen Schwester oder einem minder- oder volljährigen Bruder im Haushalt groß werden. Töchter verlassen den elterlichen Haushalt früher als Söhne. Diese ziehen durchschnittlich etwas später aus dem elterlichen Haushalt aus.

Mütter vereinbaren Familie und Beruf – anders als die Väter – in erster Linie durch eine verminderte Beteiligung am Erwerbsleben. Mit der Familiengründung gibt ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter ihren Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das Erwerbsleben zurück. Familien, bei denen beide Elternteile einem Beruf nachgehen, wählen mehrheitlich die »traditionelle« Arbeitszeitkombination: vollzeiterwerbstätiger Vater und teilzeiterwerbstätige Mutter.

Eine wichtige Voraussetzung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es, wie anfangs beschrieben, ein ausreichendes Angebot für die Kinderbetreuung zu schaffen. In Deutschland nehmen immer

mehr Eltern ein ergänzendes Betreuungsangebot zur eigenen Erziehung und Betreuung in Anspruch. Arbeitsmarktpolitisch können so Anreize zur Nutzung des Arbeitsangebotes gut qualifizierter Frauen und Mütter sowie bevölkerungspolitisch unterstützender Anreize gesetzt werden, bestehende Kinderwünsche zu realisieren. Außerdem werden aus bildungspolitischer Perspektive im Bereich der Elementarerziehung und -bildung damit wichtige Grundlagen geschaffen.

In der Politik und in den Medien wird im Zusammenhang mit der Familie eine Reihe von Problemfeldern zum Teil kontrovers diskutiert. Die Familienfreundlichkeit von Arbeitswelt, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schule wird in Frage gestellt. Für viele Frauen erweist es sich als schwierig, Erwerbstätigkeit und die Erziehung von Kleinkindern zu vereinbaren. Weiterhin wirft der steigende Anteil alter Menschen erhebliche Probleme für das System der sozialen Sicherung auf und bringt auch hohe Anforderungen in Form von Hilfeleistungen und Unterstützung in den privaten Haushalten mit sich. Aus der zunehmenden Verbreitung nicht-ehelicher Lebensformen, bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen wird auch auf einen Bedeutungsverlust der Familie in der Bevölkerung geschlossen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, welche Lebens- und Familienformen in der Bundesrepublik vorherrschen und wie die Familie in der Bevölkerung eingeschätzt wird. Ergänzt wird die Darstellung durch Indikatoren zu Familiennetzwerken und zum subjektiven Wohlbefinden.

2.2.1 Lebens- und Familienformen

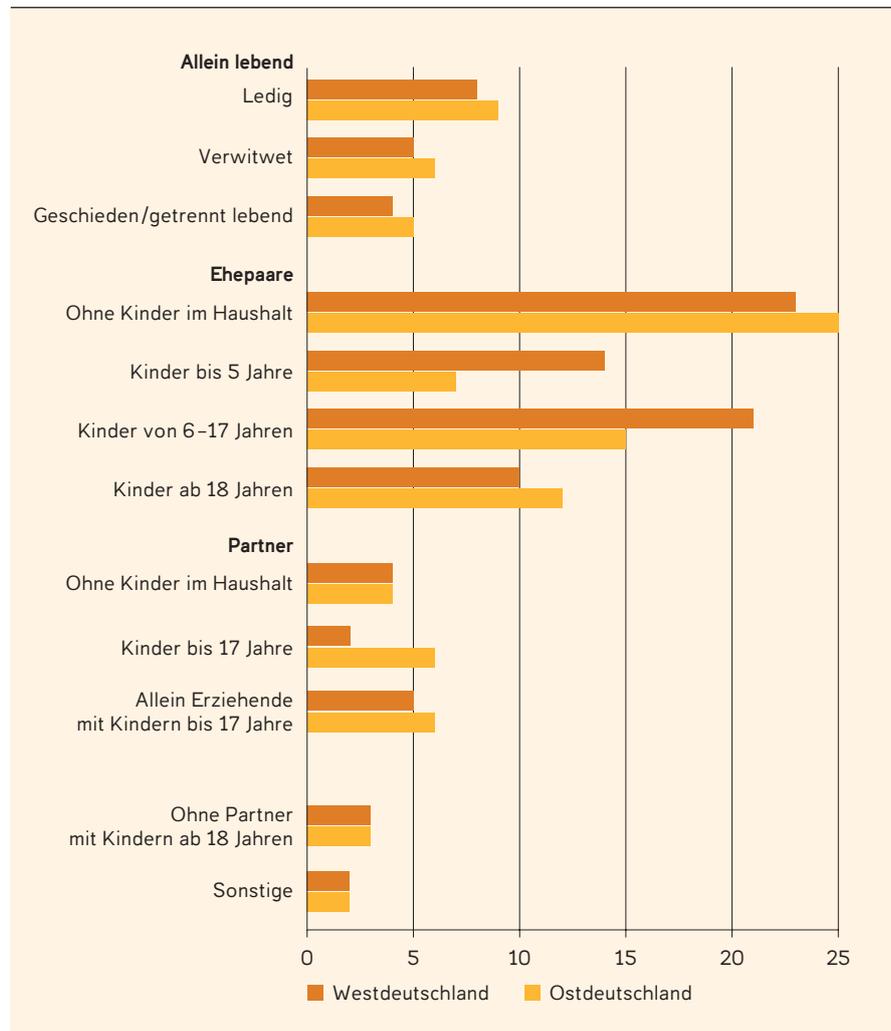
In Deutschland lebt weit über ein Drittel der Gesamtbevölkerung in einer Kernfamilie, das heißt in einer Lebensform mit zwei Ehepartnern und mindestens einem Kind, wobei der Anteil in Westdeutschland größer ist als in Ostdeutschland (45 gegenüber 34 %). Ehepaare mit minderjährigen Kindern sind in den neuen Bundesländern seltener anzutreffen als in den alten. Dies ist nicht zuletzt auf den Rückgang der Heirats- und Geburtenzahlen nach dem Ende der damaligen DDR zurückzuführen. Im Alter endet der Familienzyklus mit dem Tod eines Ehepartners: 5 % der westdeutschen und 6 %

der ostdeutschen Bevölkerung leben verwitwet und allein in einem Haushalt. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und Ehefrauen meistens jünger sind als ihre Ehemänner, überwiegend ältere Frauen in dieser Lebensform. Auch Eheaufösungen durch Scheidungen schlagen sich in der Verteilung der Lebensformen nieder. Doch durch neue Partnerschaften und Wiederverheiratung

bleibt der Umfang dieser Lebensform begrenzt. Bei den Anteilen der allein lebend Geschiedenen bzw. getrennt lebend Verheirateten, sind keine größeren Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland mit 4 bzw. 5 % festzustellen. → **Abb. 1**

So genannte »alternative« Lebensformen außerhalb der Ehe sind mittlerweile eine feste Größe in den Lebensarrangements

Abb. 1: Lebens- und Familienformen der Bevölkerung 2005, in %



Angaben zum Alter der Kinder beziehen sich auf das jüngste ledige Kind in der Familie/Lebensform.

Datenbasis: Mikrozensus 2005 (70%-Unter Stichprobe, Scientific Use File).

Tab. 1: Lebenspartnerschaften der Unverheirateten

	Altersgruppen							
	16-30 Jahre		31-45 Jahre		46-60 Jahre		61 Jahre und älter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Derzeit feste Partnerschaft ¹	53	55	60	64	45	45	18	22
Davon: Partner wohnt im Haushalt	36	45	66	69	54	64	38	71

¹ ohne Verheiratete, die mit Partner zusammenleben.

Datenbasis: SOEP 2006.

der Bevölkerung. Die größte Gruppe stellen in diesem Zusammenhang »Singles« dar. So leben in den alten Bundesländern 8 % der Personen und in den neuen Bundesländern 9 % ledig und allein in einem Haushalt. Seit dem Ende der DDR hat sich auch in Ostdeutschland diese Lebensform weiter ausgebreitet. Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern leben 4 % der Bevölkerung als unverheiratete Paare ohne Kinder. Dagegen ist die Lebensform von unverheirateten Partnern mit Kindern in Ostdeutschland (6 %) verbreiteter als in Westdeutschland (2 %).

Eine niedrige Heiratsquote bedeutet nicht, dass ledige Männer und Frauen

auf eine dauerhafte Partnerschaft verzichten. So haben in den alten und neuen Bundesländern jeweils etwa 45 % der Personen, die nicht mit einem Ehepartner zusammenleben, dennoch einen festen Lebenspartner. In den beiden mittleren Altersgruppen zwischen 31 und 60 Jahren leben auch unverheiratete Partner überwiegend in einem gemeinsamen Haushalt. Dagegen haben Lebenspartner unter 30 Jahren überwiegend getrennte Haushalte. Auch über 60-jährige unverheiratete Lebenspartner leben in den alten Bundesländern meist nicht in gemeinsamen Haushalten, wohingegen die meisten älteren unverheirateten Paare in Ostdeutschland zusammen in einem Haushalt leben. → Tab. 1

2.2.2 Familiennetzwerke

Auch die heutige Familie stellt trotz einer vielfach konstatierten Reduktion ihrer Funktionen noch eine Solidargemeinschaft dar, auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen werden kann. Hohe Mobilitätsanforderungen in Beruf und Ausbildung und die damit verbundene Veränderung der sozialen Netzwerke lassen größere räumliche Distanzen der Lebensmittelpunkte zwischen Eltern und erwachsenen Kindern erwarten. Diese Erwartung bestätigt sich für die Mehrzahl der Bundesbürger allerdings nicht. Eltern und Kinder leben auch im Erwachsenenalter überwiegend in nicht allzu weiter Entfernung voneinander.

Tab. 2: Kinder und Eltern im näheren Wohnumfeld

	Alter							
	16-30 Jahre		31-45 Jahre		46-60 Jahre		61 Jahre und älter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Kinder								
Vorhanden	15	17	65	73	79	91	82	89
Im gleichen Haus/ Nachbarschaft	13	17	60	62	48	43	28	30
Innerhalb einer Stunde erreichbar ¹	14	15	64	69	70	73	68	74
Eltern								
Vorhanden	93	99	93	92	62	68	7	9
Im gleichen Haus/ Nachbarschaft	50	50	20	19	12	17	2	2
Innerhalb einer Stunde erreichbar ¹	76	80	66	68	42	53	5	7

¹ inklusive derjenigen, die im gleichen Haus/Nachbarschaft wohnen.

Datenbasis: SOEP 2006.

Tab. 3: Wichtige Personen¹ für Kommunikation und Unterstützung

	Vertrauensperson		mögliche Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit		gelegentlich Streit/ Konflikte		unangenehme Wahrheiten sagen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Nur (Ehe-)Partner	21	16	18	15	12	10	20	20
Partner und Verwandte	30	36	32	34	9	8	23	26
Partner, Verwandte und Andere	10	9	5	6	2	2	7	7
Partner und Bekannte	7	5	5	4	2	2	6	5
Nur Verwandte	12	15	20	22	13	11	15	18
Verwandte und Andere	10	10	7	8	4	4	8	8
Andere	5	4	6	5	8	9	6	-
Niemand	6	6	8	6	50	55	15	10

¹ Typologie aus max. 3 Einzelnennungen.

Datenbasis: SOEP 2006.

Die Eltern von jungen Männern und Frauen bis 30 Jahre leben zur Hälfte in der unmittelbaren Wohnumgebung, das heißt im gleichen Haus oder in der Nachbarschaft. Fasst man den Umkreis etwas größer, bestätigt sich ebenfalls das überwiegend nahe Wohnumfeld der Generation in der Familie. Bei einem weiteren Viertel dieser Altersgruppe wohnen die Eltern zumindest im gleichen oder einem nahen Ort und sind innerhalb einer Stunde erreichbar. In den höheren Altersgruppen wirken sich räumliche Mobilität und auch die zunehmende Sterblichkeit aus: Eltern leben hier zunehmend seltener in der unmittelbaren Nachbarschaft, aber überwiegend doch im gleichen oder einem nahen Ort. Ändert man die Perspektive und nimmt die Wohnentfernung von Kindern ins Blickfeld, wird deutlich, dass bei mehr als zwei Dritteln der über 60-jährigen westdeutschen Männern und Frauen Kinder im gleichen Ort oder einem Nachbarort wohnen, bei ostdeutschen sind es fast drei Viertel; in immerhin bis zu 30 % der Fälle leben die Kinder sogar im gleichen Haus oder in der direkten Nachbarschaft. Diese räumlichen Voraussetzungen stellen eine wichtige Grundlage für Kommunikation, Hilfe und Unterstützung durch die erwachsenen Kinder dar. → **Tab. 2**

Fragt man die Bundesbürger nach den Personen, die für vertrauliche Gespräche

oder Hilfeleistungen zur Verfügung stehen, bestätigt sich der hohe Stellenwert der Familie. So sind Ehe- und Lebenspartner sowie Verwandte diejenigen, die am meisten als Vertrauenspersonen oder für mögliche Unterstützungsleistungen genannt werden. Dies trifft insbesondere für den Fall zu, dass man bei Pflegebedürftigkeit jemanden um Hilfe bitten müsste. Neben Unterstützungsleistungen ist in vielen Situationen auch Rückkopplung und Kritik zum eigenen Verhalten von Bedeutung. Auch in diesem Zusammenhang hat die Familie eine wichtige Funktion. So sind es weit überwiegend Partner und Familienangehörige, die Kritik äußern, wenn es zum Beispiel darum geht, unangenehme Wahrheiten zu sagen. Die engen Verflechtungen in der Familie haben allerdings teilweise auch ihre Schattenseiten: So werden auch belastende Konflikte und Streit mit Ehepartnern, Eltern oder Kindern wahrgenommen. Allerdings gibt gut die Hälfte der West- und Ostdeutschen an, mit niemandem belastende Konflikte zu haben. Die meisten Deutschen haben für die verschiedenen Problemlagen mehrere Ansprechpartner. Vor allem Nennungen für vertrauliche Gespräche und mögliche Hilfeleistungen sind nicht nur auf einzelne Personen konzentriert. Dass hier überwiegend Familienmitglieder beteiligt sind, unterstreicht deren Funktion als Solidargemeinschaft.

→ **Tab. 3**

2.2.3 Stellenwert von Ehe und Familie

Sinkende Heiratsneigung und geringe Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung der Familie für das emotionale Wohlbefinden zugeschrieben wird. Auf die Frage, ob man eine Familie braucht, um glücklich zu sein, oder ob man allein genauso glücklich leben kann, gibt die überwiegende Mehrheit in den alten und neuen Bundesländern an, dass man eine Familie zum Glück braucht. Über fast alle Altersgruppen hinweg findet diese Ansicht in den neuen Bundesländern eine weitere Verbreitung als in Westdeutschland, was insbesondere bei den älteren Menschen ab 60 Jahren deutlich wird. So glauben nur 10 % der ostdeutschen Befragten dieser Altersgruppe, dass man allein genauso glücklich oder glücklicher leben kann. In den alten Bundesländern ist dagegen rund ein Fünftel der Befragten dieser Meinung. Überwiegend wird der Familie dennoch eine zentrale Rolle für das persönliche Glück zugeschrieben. Die Trendbetrachtung in den alten Bundesländern zeigt sogar, dass gerade bei jungen Erwachsenen bis 30 Jahre seit den 1980er Jahren der Stellenwert der Familie gestiegen ist. Während 1984 noch weniger als die Hälfte in dieser Al-

Tab. 4: Einstellungen zu Familie und Eheschließung

	Alter							
	18-30 Jahre		31-45 Jahre		46-60 Jahre		61 Jahre und älter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Braucht man Familie zum Glück?								
Man braucht Familie zum Glück	76	72	70	79	71	76	76	86
Ohne Familie gleich glücklich /glücklicher	18	18	23	14	21	16	19	10
Unentschieden	7	11	7	7	8	7	5	4
Heirat bei dauerndem Zusammenleben?								
Ja	45	30	47	46	52	55	71	75
Nein	39	46	41	35	35	26	18	15
Unentschieden	16	24	12	20	13	18	10	10

Datenbasis: ALLBUS 2006.

tersgruppe glaubte, dass man eine Familie zum Glück braucht, vertraten im Jahr 2006 etwa drei Viertel diese Ansicht.

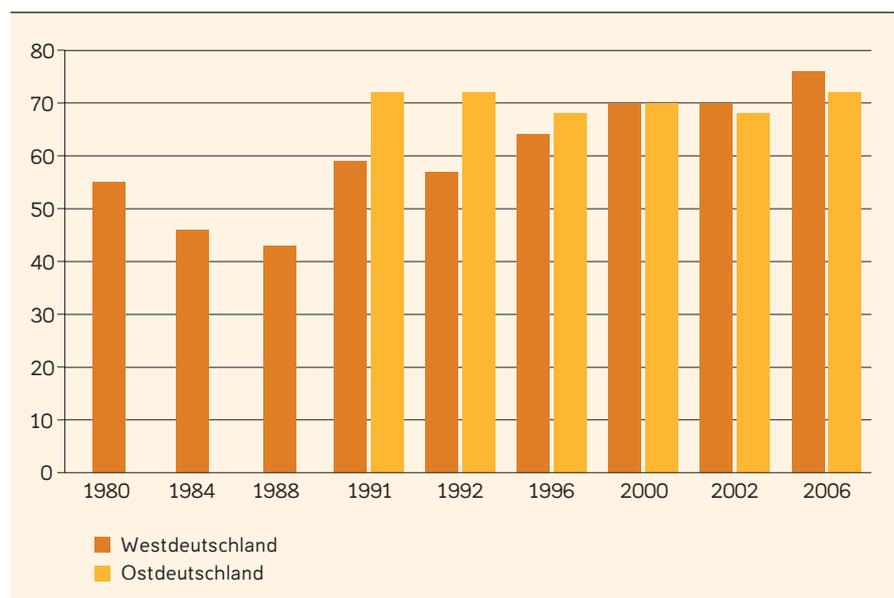
➔ Tab. 4, Abb. 2

Wann sollen Lebenspartner eine Ehe schließen? Welche Einstellungen findet man hierzu in der Gesellschaft? Weit verbreitet ist die Ansicht, dass man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt. Besonders häufig – von ungefähr dreiviertel der Befragten – wird diese Meinung von den älteren Personen über 60 Jahren vertreten. In den jüngeren Altersgruppen sind die entsprechenden Anteile kleiner. Vor allem bei den 18- bis 30-Jährigen stellt ein dauerhaftes Zusammenleben von Partnern seltener einen Grund für eine Heirat dar. In Ostdeutschland ist sogar nur ein Drittel der jüngsten Altersgruppe dieser Auffassung.

Die gesunkene Bereitschaft Kinder zu haben ist ein vieldiskutiertes familienpolitisches Problem. Politische Maßnahmen, wie eine verbesserte finanzielle Förderung von Eltern oder der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, sollen die Randbedingungen für die Kindererziehung verbessern und somit die Entscheidung für ein Kind erleichtern. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob und gebe-

nenfalls wie viele Kinder jüngere Deutsche gerne hätten. Die meisten bisher kinderlosen Männer und Frauen von 18 bis 30 Jahren äußern den Wunsch Kinder zu bekommen: 92 % in Westdeutschland und 96 % in Ostdeutschland wünschen sich Kinder. Bei den Befragten von 31 bis 50 Jahren geht dieser Anteil auf ungefähr 45 % zurück. Auch Personen, die schon Kinder haben, äußern häufig den Wunsch

nach weiteren Kindern. Der Familie wird demnach nicht nur in einem abstrakten Sinn eine hohe Bedeutung zugemessen, auch eigene Kinder sind in der Lebensplanung vorgesehen. In allen Altersgruppen überwiegt hierbei der Wunsch nach zwei Kindern. Der Wunsch nach nur einem Kind ist bei den älteren Befragten verbreiteter, drei oder mehr Kinder wünschen sich dagegen häufiger jüngere Per-

Abb. 2: Anteil der jungen Erwachsenen, der angibt »Man braucht eine Familie zum Glück«, in %

Datenbasis: ALLBUS 1980 – 2006.

Tab. 5: Kinderwünsche nach Altersgruppen

Wunsch nach (weiteren) Kindern	Alter			
	18-30 Jahre		31-50 Jahre	
	West	Ost	West	Ost
	in %			
Bei Personen mit Kindern	65	55	35	45
Bei kinderlosen Personen	92	96	45	43
1 weiteres Kind	9	16	24	41
2 weitere Kinder	73	72	67	54
3 u. mehr weitere Kinder	17	12	9	5
Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl ¹	2,1	2,0	1,9	1,6

¹ bei kinderlosen Personen.

Datenbasis: ALLBUS 2006.

sonen. Besonders selten äußern Befragte aus den neuen Bundesländern den Wunsch nach drei oder mehr Kindern. Der Anteil derjenigen Ostdeutschen, die sich ein Kind wünschen, ist dagegen größer als

der der westdeutschen Befragten. Demgemäß ist die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl in Westdeutschland mit 2,1 Kindern bei den jüngeren Befragten und 1,9 Kindern bei den älteren auch höher

Tab. 6: Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt, dem Familienleben und dem gegenwärtigen Leben 2006¹

	Tätigkeit im Haushalt		Familienleben		Leben, gegenwärtig	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Mittelwert					
Insgesamt	6,5	6,5	7,6	7,4	6,9	6,3
Allein lebend						
Ledig	6,5	6,2	6,6	6,0	6,6	5,8
Verwitwet	6,5	6,2	6,9	6,4	6,8	6,1
Geschieden/ getrennt lebend	6,0	6,7	5,9	6,2	6,1	5,9
Ehepaare						
Ohne Kinder im Haushalt	6,8	6,5	8,2	8,0	7,0	6,4
Kinder bis 5 Jahre	6,6	6,4	8,2	8,0	7,5	6,9
Kinder von 6-17 Jahren	6,5	6,5	7,9	7,7	7,0	6,4
Kinder ab 18 Jahren	6,6	6,6	7,9	7,7	6,9	6,0
Partner						
Ohne Kinder im Haushalt	6,8	6,9	7,7	7,8	6,9	6,4
Kinder bis 17 Jahre	6,5	6,7	7,4	7,7	6,9	6,6
Allein Erziehende mit Kindern bis 17 Jahren	5,9	5,7	6,4	6,7	6,2	5,7
Ohne Partner mit Kindern ab 18 Jahren	6,3	6,4	6,8	6,9	6,5	6,0
Sonstige	6,3	6,4	7,5	7,3	7,0	6,6

¹ Gemessen auf einer Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«.

Datenbasis: SOEP 2006.

als in Ostdeutschland, wo die gewünschte Kinderzahl bei den 18- bis 30-Jährigen bei 2,0, bei den 31- bis 50-Jährigen sogar nur bei 1,6 liegt. → Tab. 5

2.2.4 Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden ist nicht unabhängig von der Lebensform der Menschen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit, gemessen auf der Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«, ist in den neuen Bundesländern mit einem Wert von 6,3 im Durchschnitt geringer als in den alten Bundesländern mit 6,9 (vgl. Tab. 6). Differenzen zeigen sich auch zwischen den einzelnen Familien- und Lebensformen. Eine niedrige Lebenszufriedenheit äußern sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern Geschiedene bzw. getrennt Lebende und allein Erziehende: Die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben beträgt bei den Geschiedenen und getrennt Lebenden 6,1 im Westen und 5,9 im Osten. In den neuen Bundesländern sind die allein Erziehenden mit 5,7 Skalenpunkten sogar noch unzufriedener als die Geschiedenen und getrennt lebend Verheirateten. Aber auch in den alten Bundesländern liegt die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der allein Erziehenden deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt. Weiterhin liegt die Lebenszufriedenheit der ledigen Personen in Ostdeutschland mit 5,8 Skalenpunkten unter dem Durchschnittswert von 6,3. → Tab. 6

Der Familie kommt nicht nur in der Einschätzung der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung zu, sie wird auch mit einer hohen Zufriedenheit bewertet. Sie liegt in den alten Bundesländern um 0,7 und in den neuen Bundesländern sogar um 1,1 über dem Durchschnitt der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ehepaaren ohne Kinder und bei Ehepaaren mit kleineren Kindern am höchsten. Insbesondere

re Geschiedene und getrennt Lebende in den alten Bundesländern äußern eine geringe Familienzufriedenheit.

Tätigkeiten im Haushalt stellen zwar einen eher speziellen Aspekt der Lebensbedingungen dar, könnten aber dennoch in spezifischen Lebensformen eine erhebliche Belastung darstellen, insbesondere wenn die Versorgung kleiner Kinder zu gewährleisten ist. Die Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt liegt in den alten Bundesländern 0,4 Skalenpunkte unter und in den neuen Bundesländern 0,2 Skalenpunkte über dem durchschnittlichen Niveau der jeweiligen Lebenszufriedenheit. Auffallend ist das niedrige Zufriedenheitsniveau der ost- und westdeutschen allein Erziehenden und der Geschiedenen bzw. getrennt Lebenden in Westdeutschland.

Eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt wird überraschenderweise auch von Ehe- und Lebenspartnern mit Kindern geäußert, bei denen viel Hausarbeit anfällt. Zu einem objektiv hohen Umfang an Hausarbeit müssen offensichtlich weitere belastende Faktoren hinzukommen, damit dieser Aspekt des Lebens negativ bewertet wird. Insgesamt unterstreichen die berichteten Zusammenhänge die Bedeutung von Familie und Partnerschaft für das subjektive Wohlbefinden.

2.2.5 Zusammenfassung

Trotz erheblicher Wandlungsprozesse der Familie in Deutschland, hat die Lebensform von Ehepaaren mit Kindern immer noch die größte Verbreitung. Neben den

traditionellen Familienformen haben sich mittlerweile auch alternative Lebensformen in den alten und neuen Bundesländern etabliert. Feste Partnerschaften außerhalb der Ehe finden sich sowohl in gemeinsamen als auch getrennten Haushalten. Wenn erwachsene Kinder die elterliche Wohnung verlassen, heißt das nicht, dass sie nicht mehr oder nur noch schwer erreichbar sind. Auch erwachsene Kinder wohnen überwiegend in räumlicher Nähe zu den Eltern. Zudem sind Unterstützungsleistungen und Kommunikation innerhalb der Familie stark ausgeprägt. Die überwiegende Mehrheit junger Frauen und Männer wünscht sich eigene Kinder. Die deutsche Bevölkerung weist der Familie nicht nur einen hohen Stellenwert zu, sie äußert sich mit dem Familienleben auch hoch zufrieden.

3 Bildung

3.1 Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget

Christiane Krüger-Hemmer

3

Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch im ersten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) 2006, die den deutschen Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich erneut nur ein unterdurchschnittliches Leistungsniveau bescheinigte, werden weiterhin breit diskutiert. Was sind die Ursachen für das schlechte Abschneiden und welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden? Die Auswirkungen der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre werden unter dem Kürzel G8 von den betroffenen Gymnasiasten, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern ebenfalls kontrovers erörtert.

Wie bereits seit Jahren, ist der Lehrstellenmangel und damit auch die Zukunft des dualen Systems für die einen Ausbildungsplatz suchenden Schulabgänger, Eltern und Lehrkräfte sowie Ausbilder und Ausbilderinnen, aber auch für Politik und Wissenschaft, ein akutes Problem.

Die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen ist angesichts der bereits umgesetzten oder geplanten Einführung von Studiengebühren in nahezu allen Bundesländern ein weiteres Thema, insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten.

Die in diesem Kapitel verwendeten Bildungsdaten stammen aus der amtlichen

Schulstatistik (Schüler und Schülerinnen, Absolventen und Abgänger und Lehrkräfte), der Berufsbildungsstatistik (Auszubildende, Abschlussprüfungen), der Hochschulstatistik (Studierende, Studienanfänger, Hochschulabsolventen und -personal), dem Adult Education Survey (Teilnahme der Bevölkerung im Erwachsenenalter an unterschiedlichen Formen von Lernaktivitäten), der Europäischen Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (Teilnahme der Beschäftigten an den unterschiedlichen Formen betrieblicher Weiterbildung), dem Mikrozensus (Bildungsstand der Bevölkerung) sowie der Jahresrechnungsstatistik und der Hochschulfinanzstatistik (Bildungsausgaben).

➔ **Abb. 1**

Die Statistiken spiegeln den Einfluss der Rahmenbedingungen außerhalb des Bildungsbereichs wider, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demografischen Entwicklung aus. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre mit zum Teil deutlich mehr als einer Million Neugeborenen pro Jahr, den geburtenschwachen Jahrgängen mit durchschnittlich etwa 830 000 Neugeborenen von 1974 bis 1989 und etwa 800 000 Neugeborenen in den 1990er Jahren.

Seit 1998 sind in Deutschland jährlich weniger Geburten registriert worden. Ein drastischer Geburtenrückgang war Anfang der 1990er Jahre in den neuen Län-

dern und Berlin-Ost zu verzeichnen. Inzwischen gibt es dort wieder deutlich mehr Neugeborene.

Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor auf das Bildungsangebot und die Bildungsnachfrage. Die individuellen Bildungsentscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind ebenfalls von großer Bedeutung.

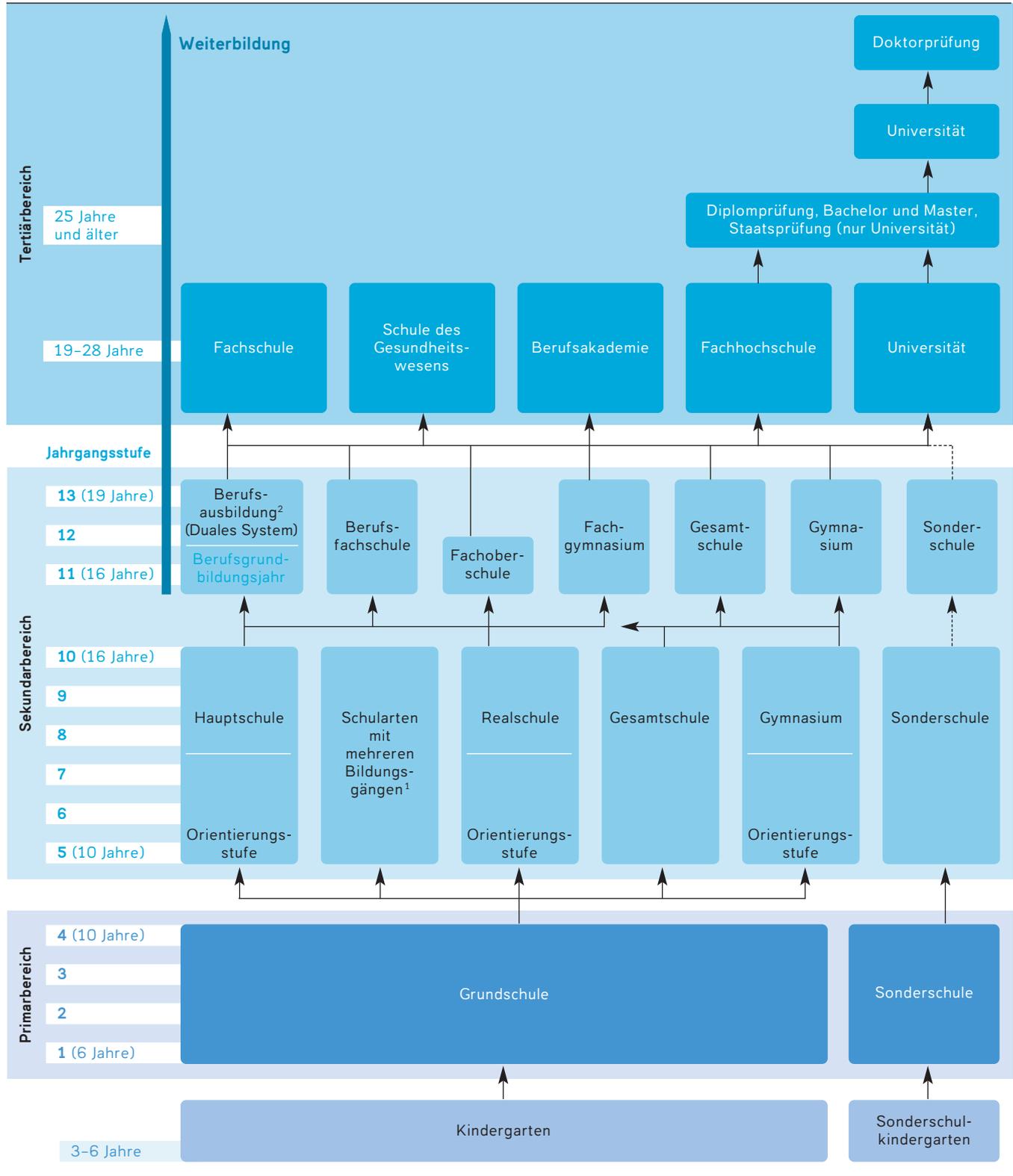
3.1.1 Allgemein bildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen der föderalistischen Staatsordnung die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu, die sie als Teil ihrer Kulturhoheit ausüben. Die Länder nutzen diese Kompetenz, um ihr Bildungssystem entsprechend den regionalen Erfordernissen sowie der gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen auszugestalten.

Schülerinnen und Schüler

Während die Regelungen für die Einschulung bis etwa 2003 bundesweit einheitlich waren, sind seitdem in mehreren Ländern Neuregelungen in Kraft getreten, die auf eine frühere Einschulung der Kinder abzielen. Diese werden teilweise begleitet von einer flexiblen Eingangsphase im Primarbereich, die es ermöglicht, dass

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



1 Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.
 2 In Berufsschule und Betrieb (Duales System).

Kinder die ersten beiden Schuljahre je nach Lernfortschritt in einer Spanne von ein bis drei Jahren durchlaufen. Durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für einen früheren Schuleintritt ist der Anteil der Sechsjährigen, die eine Schule besuchen, von 50 % im Jahr 2000 auf 59 % im Jahr 2006 gestiegen. Dabei gab es zwischen den Ländern 2006 deutliche Unterschiede: Die Spanne reichte von 46 % in Mecklenburg-Vorpommern und 49 % in Sachsen bis zu 66 % in Bremen und Brandenburg und 97 % in Berlin. Insgesamt wurden in Deutschland 2006 rund 793 000 Kinder eingeschult.

Die Einschulungszahlen wirkten sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen sank seit 2000 kontinuierlich. Dieser Rückgang wird sich (laut Prognose der Kultusministerkonferenz) bis 2020 verstärkt fortsetzen, so dass im Jahr 2020 etwa ein Siebtel weniger Schülerinnen und Schüler als im Jahr 2006 erwartet werden. → Tab. 1, Abb. 2

Deutliche Unterschiede gab es in allgemein bildenden Schulen in Ost- und Westdeutschland: In den neuen Ländern sind die Schülerzahlen aufgrund des starken Geburtenrückgangs zu Beginn der 1990er Jahre zwischen 1995 bis 2006 um 43 % zurückgegangen. Ab 2011 rechnet die Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder (KMK) mit einem leichten Wiederanstieg. Im Westen dagegen stiegen die Schülerzahlen in allgemein bildenden Schulen bis 2003 kontinuierlich an. Danach setzte ein leichter Rückgang ein, der sich laut KMK bis 2020 fortsetzen wird. Es wird erwartet, dass im Jahr 2020 im früheren Bundesgebiet annähernd ein Fünftel weniger Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen unterrichtet werden als 2006.

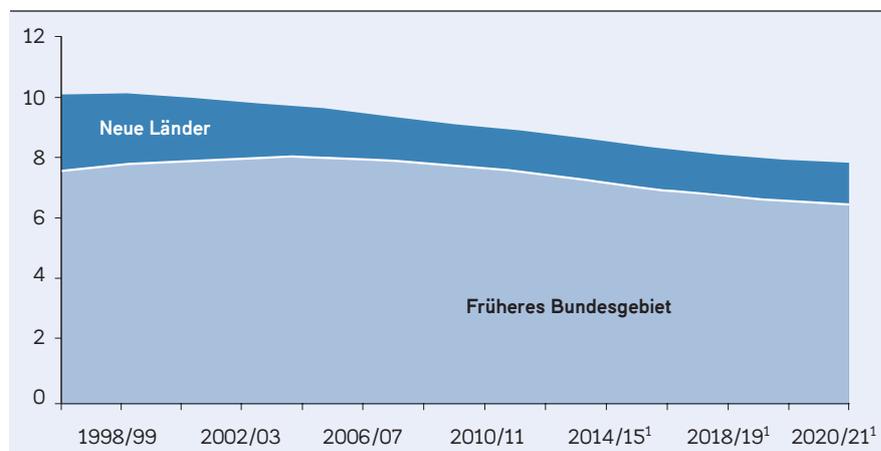
Während die Schüler eines Wohnbezirks in der Regel gemeinsam in der Grundschule unterrichtet werden, richtet sich im Anschluss daran die weitere Schullauf-

Tab. 1: Schüler/-innen in allgemein bildenden Schulen nach Schularten

	1995	2000	2006	2015 ¹	2020 ¹
	in 1 000				
Vorklassen und Schulkindergärten	83	64	29	27	27
Grundschulen	3 634	3 353	3 157	2 763	2 725
Weiterführende Schulen zusammen	5 778	6 076	5 701	5 016	4 685
Schulartunabhängige Orientierungsstufe	375	404	100	109	108
Hauptschulen	1 124	1 104	953	763	708
Schulen mit mehreren Bildungsgängen	368	429	312	320	313
Realschulen	1 175	1 263	1 301	1 123	1 036
Gymnasien	2 165	2 257	2 450	2 157	2 003
Integrierte Gesamtschulen	509	549	508	467	446
Freie Waldorfschulen	63	70	78	76	72
Förderschulen	391	420	408	368	353
Abendschulen und Kollegs	44	46	61	62	61
Insgesamt	9 931	9 960	9 356	8 237	7 851

¹ Vorausberechnung: Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder, Dokumentation 182.

Abb. 2: Schüler/-innen in allgemein bildenden Schulen, in Mill.



Neue Länder einschl. Berlin.

¹ Vorausberechnung: Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder, Dokumentation 182.

bahn der Kinder nach den schulischen Leistungen, der Empfehlung der Grundschule sowie dem Wunsch der Eltern. Der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler in weiterführenden Schulen besuchte ein Gymnasium, dieser Anteil stieg von 38 % im Jahr 1995 auf 43 % im Jahr 2006. In demselben Zeitraum sank der Anteil der jungen Leute in Hauptschulen von 19 % auf 17 %. Aufgrund der länderspezifischen Bildungspolitik gab es

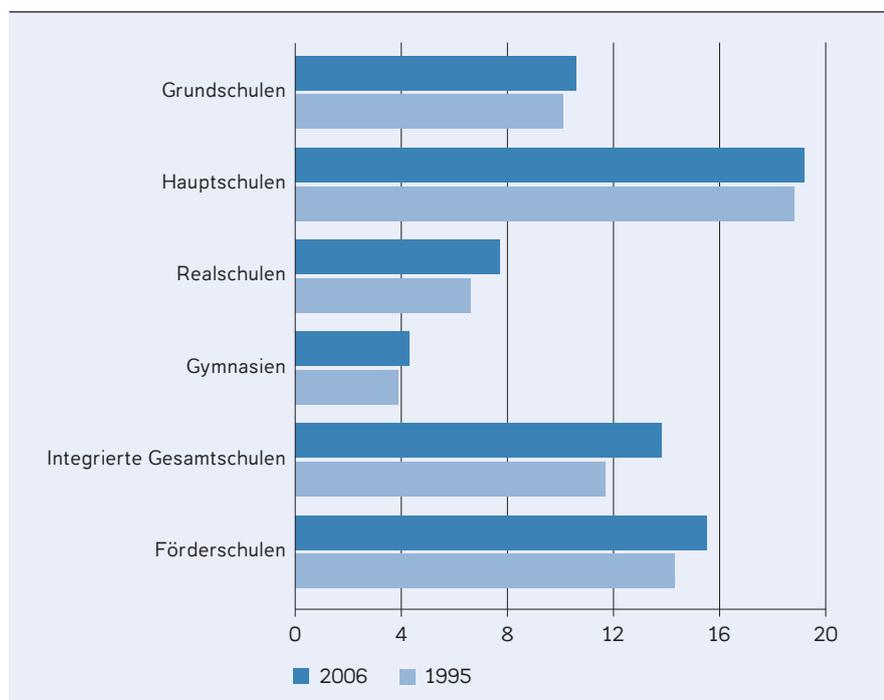
allerdings große Unterschiede in der Struktur der weiterführenden Schulen. Dabei lassen sich drei Gruppen von Ländern unterscheiden: westdeutsche und ostdeutsche Flächenländer sowie die Stadtstaaten. Allen drei Gruppen ist gemeinsam, dass mehr als zwei Fünftel aller Schülerinnen und Schüler dieses Bildungsbereichs Gymnasien besuchten. Die Verteilung auf die übrigen Schularten wich dagegen stark ab.

Tab. 2: Schüler/-innen in beruflichen Schulen nach Schularten

	1995	2000	2006	2015 ¹	2020 ¹
	in 1000				
Teilzeit-Berufsschulen	1620	1797	1669	1436	1351
Berufsvorbereitungsjahr	56	73	72	62	58
Berufsgrundbildungsjahr in Vollzeitschulischer Form	38	41	48	38	34
Berufsaufbauschulen	4	1	1	1	1
Berufsfachschulen	317	415	566	455	418
dar. Berufsausbildung	120	204	283	-	-
Fachoberschulen	78	96	130	111	104
Fachgymnasien	87	98	124	108	100
Kollegschulen	82	0	-	-	-
Berufsoberschulen/ Techn. Oberschulen	4	10	19	22	21
Fachschulen und Fachakademien	161	150	152	155	152
Insgesamt	2 446	2 682	2 782	2 388	2 239
Nachrichtlich: Schulen des Gesundheitswesens	115	113	123	-	-

¹ Vorausberechnung: Kultusministerkonferenz des Bundes und der Länder, Dokumentation 182.

Abb. 3: Ausländeranteil in ausgewählten Schularten 1995 und 2006, in %



In den westdeutschen Flächenländern lernten die Jugendlichen im Jahr 2006 außer in Gymnasien vor allem in Realschulen (27%) und Hauptschulen (20%). In

den ostdeutschen Flächenländern besuchten die Schülerinnen und Schüler vor allem Schularten mit mehreren Bildungsgängen (37%). Diese Schularten (mit län-

derspezifisch unterschiedlichen Bezeichnungen) führten zum Hauptschulabschluss oder zum Realschulabschluss. Diese Schulstruktur ist mitgeprägt von der DDR-Vergangenheit mit einer zehnjährigen Pflichtschulzeit. Sie trägt aber auch dazu bei, dass trotz der demografischen Entwicklung – insbesondere in den Flächenländern – ein wohnortnahes Schulangebot erhalten werden kann. In den Stadtstaaten wurden junge Menschen überdurchschnittlich häufig in Integrierten Gesamtschulen (23%) unterrichtet (in dieser Schulart können in der Regel alle allgemein bildenden Schulabschlüsse erworben werden).

Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Förderschulen. Diese sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. 2006 besuchten 408 000 Kinder eine Förderschule, rund 4% der insgesamt etwa 9,4 Mill. Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen.

Der überwiegende Teil (47%) dieser Schüler wurde in Klassen mit dem Förderschwerpunkt »Lernen« unterrichtet. Schüler mit sonderpädagogischer Förderung werden zum Teil auch außerhalb von Förderschulen in den übrigen allgemein bildenden Schulen (insbesondere in Grundschulen) pädagogisch gefördert, dies traf im Jahr 2006 für jeden siebten Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zu.

In den Grundschulen, in denen in der Regel alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, waren rund 49% der Schülerinnen und Schüler Jungen. In den weiterführenden Schularten war der Jungenanteil unterschiedlich: Die Spanne reichte im Jahr 2006 von 47% in Gymnasien über 50% in Integrierten Gesamt- und Realschulen sowie 56% in Hauptschulen. In Förderschulen betrug der Anteil der männlichen Schüler 64%.

In den bisherigen PISA-Studien haben in Deutschland Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund besonders schlecht abgeschnitten. Rund jeder zehnte Schüler allgemein bildender Schulen besaß im Jahr 2006 einen ausländischen Pass. Vor zehn Jahren galt dies noch für jeden elften Schüler. In den einzelnen Schularten war der Ausländeranteil sehr unterschiedlich. Die Spanne reichte von 4 % in Gymnasien, über 8 % in Realschulen, 14 % in Integrierten Gesamtschulen, 16 % in Förderschulen bis zu 19 % in Hauptschulen. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch hinsichtlich des Anteils ausländischer Schüler in den einzelnen Bundesländern. Den niedrigsten Anteil hatte Thüringen (1 %), den höchsten Berlin (16 %). → **Abb. 3**

Von den ausländischen Schülerinnen und Schülern hatten 2006 rund vier Fünftel die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Unter allen Herkunftsländern waren Schüler aus der Türkei mit 43 %, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (11 %) sowie aus Italien (7 %) und Griechenland (4 %) am stärksten vertreten.

Der größte Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Teilzeit-Berufsschule und Betrieb. Die Berufsschule im dualen System ergänzt die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Teilzeit-Berufsschule zum Teil auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen und keine andere berufliche Schule besuchen (2006: 87 000). Insgesamt wurden 2006 in Deutschland 1,7 Mill. Jugendliche in dieser Schulart unterrichtet.

→ **Tab. 2**

Neben den Berufsausbildungen im dualen System gibt es solche in Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens. Dabei handelt es sich neben den Gesundheits- und Sozialberufen, wie z. B. Ge-

sundheits- und Krankenpfleger/-in und Altenpfleger/-in vor allem um Assistentenberufe, wie kaufmännische/-r Assistent/Wirtschaftsassistent/-in oder Technische/-r Assistent/-in für Informatik. Rund 407 000 Jugendliche befanden sich 2006 in einer derartigen schulischen Ausbildung, das waren 20 % aller Jugendlichen in einer Berufsausbildung. Im Jahr 1995, als der Ausbildungsstellenmarkt noch ausgeglichen war, betrug dieser Anteil 14 %. → **Abb. 4**

In beruflichen Schulen kann auch ein allgemein bildender Abschluss erworben werden, rund 274 000 Jugendliche strebten 2006 mit dem Besuch von Fachoberschulen, Fachgymnasien oder Berufsoberschulen bzw. Technischen Oberschulen die Hochschulzugangsberechtigung an.

Abb. 4: Berufsausbildung nach Institutionen, in %

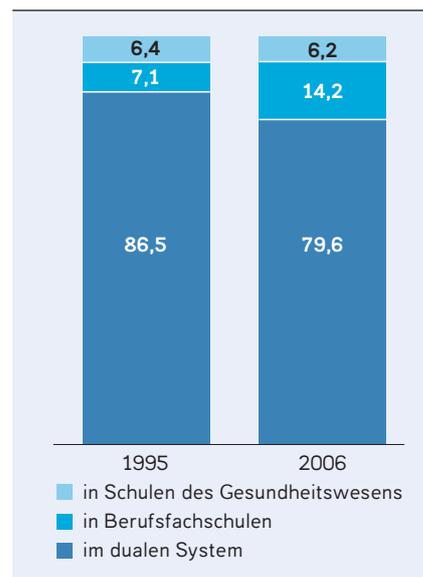
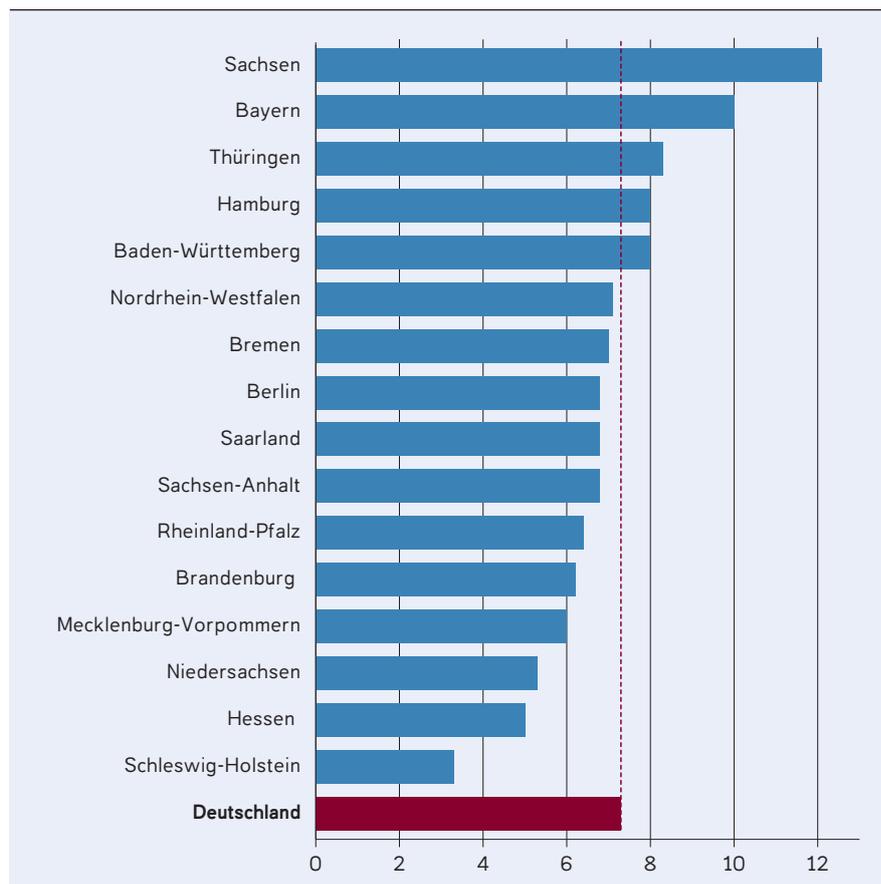


Abb. 5: Anteil der Privatschüler/-innen an Schüler/-innen insgesamt nach Ländern 2006, in %



Schüler in privaten allgemeinbildenden Schulen gemessen an Schülern in privaten und öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens).

Die Fachschulen (einschließlich Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 2006 gab es 152 000 Fachschülerinnen und Fachschüler.

Die übrigen Schüler versuchen, durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen (z. B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen soweit sie nicht berufsausbildend sind) und durch das Erreichen höherer allgemein bildender Schulabschlüsse (z. B. auch in Fachoberschulen oder Fachgymnasien) oder den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz im folgenden Jahr zu verbessern.

In den letzten Jahren ist das Interesse an Privatschulen deutlich angestiegen. Die Definition von Privatschulen ist in den jeweiligen Schulgesetzen der Länder festgelegt. In der Regel können Privatschulen von natürlichen sowie juristischen Personen des öffentlichen Rechts (wie z. B. Kirchen) errichtet und betrieben werden. Im Jahr 2006 besuchten rund 892 000 Schülerinnen und Schüler private Schulen, 42 % mehr als im Jahr 1995. Damit wurde 2006 rund jeder 16. Schüler und jede 11. Schülerin in Deutschland in einer Privatschule unterrichtet. In den Ländern war dieser Anteil unterschiedlich hoch: Die Spanne reichte von 3 % in Schleswig-Holstein bis zu 12 % in Sachsen. Die größte Gruppe unter den Privatschülern stellten mit 30 % die Gymnasiasten, gefolgt von Schülern in Berufsfachschulen (14 %), Realschulen (13 %) und Freien Waldorfschulen (9 %). → **Abb. 5**

Allgemein bildende und berufliche Abschlüsse

Nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht von neun oder zehn Jahren bzw. der Absolvierung des Sekundarbereichs II (11. bis 13. Jahrgangsstufe) endet der Besuch der allgemein bildenden Schulen mit ei-

nem oder auch ohne einen allgemein bildenden Abschluss.

Von allen Jugendlichen, die im Jahr 2006 eine allgemein bildende Schule verließen, blieb ungefähr jeder 13. ohne Abschluss. Je ein Viertel der Absolventen erwarb den Hauptschulabschluss oder die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Die übrigen (etwa 40 %) erhielten einen Realschulabschluss. In den letzten Jahren hat sich an dieser Struktur wenig geändert. Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse in Abendschulen und Kollegs nachzuholen. Im Jahre 2006 nutzten rund 15 000 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Männliche Absolventen bzw. Abgänger allgemein bildender Schulen erreichten im Jahr 2006 ein niedrigeres Abschlussniveau als weibliche: 10 % der jungen Männer gegenüber 6 % der jungen Frauen verließen die Schule ohne Abschluss. Von den männlichen Absolventen erhielten 23 % die Studienberechtigung, bei den Absolventinnen waren es 31 %. Im Jahr 1995 waren die Unterschiede ähnlich groß.

Im Zuge der Bildungsreform in den 1970er Jahren wurde zudem die Möglichkeit geschaffen, auch in beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben. Mehr als die Hälfte der Abgänger ohne Hauptschulabschluss holte diesen in beruflichen Schulen nach. Neben den rund 258 000 Absolventen mit Studienberechtigung aus allgemein bildenden Schulen (Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) erreichten im Jahr 2006 noch 157 000 Jugendliche diesen Abschluss in beruflichen Schulen.

Außerdem schlossen 2006 rund 134 000 Jugendliche ihre rein schulische Berufsausbildung erfolgreich ab. Die Ausbildung im dualen System wird mit einer Prüfung vor der zuständigen Stelle (meist Kammern) abgeschlossen.

Entsprechend den von ihnen hauptsächlich besuchten Schularten erreichen aus-

ländische Jugendliche ein deutlich niedrigeres Abschlussniveau als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler: Von den ausländischen Absolventen bzw. Abgängern verließen 17 % die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss gegenüber 7 % der deutschen. 11 % der ausländischen Jugendlichen erwarben die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, bei den deutschen waren es immerhin 28 %. Gegenüber den Vorjahren haben sich damit die Abschlüsse der Ausländer ein wenig denjenigen der Deutschen angenähert.

Lehrkräfte

2006 unterrichteten in Deutschland 668 000 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen und 124 000 an beruflichen Schulen. Zwei Fünftel der Lehrerinnen und Lehrer waren teilzeitbeschäftigt. Dieser Anteil lag 1995 noch bei 31 %. Die Altersstruktur der Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen ist unausgeglichen. Seit Mitte der 1990er Jahre ist das Durchschnittsalter von 45,9 Jahren auf 48,1 Jahre gestiegen. Rund die Hälfte der Lehrkräfte war älter als 50 Jahre, allerdings auch jede achte Lehrkraft jünger als 35 Jahre.

Von den Lehrkräften im Jahr 2006 waren rund ein Drittel Männer, 1995 lag ihr Anteil bei rund 40 %. Der Männeranteil war 2006 in Grundschulen mit 13 % am niedrigsten. Er wuchs mit ansteigendem Bildungsziel der Schularten, in Gymnasien betrug er im Jahr 2006 rund 47 %.

Ausgaben je Schüler/-in

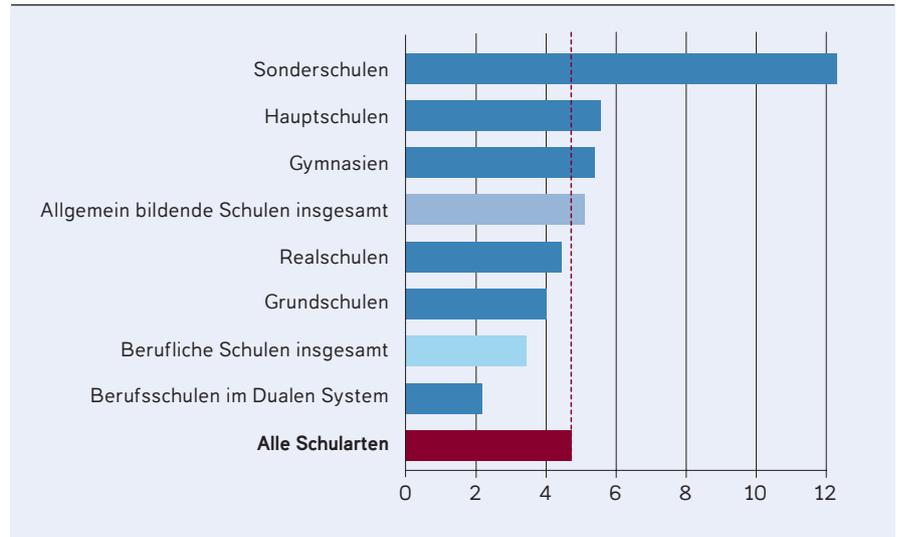
Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2005 bundesweit durchschnittlich 4 700 Euro

für die Ausbildung einer Schülerin bzw. eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Die Ausgaben je Schüler schwankten stark nach Schularten. So waren die allgemein bildenden Schulen mit 5 100 Euro teurer als die beruflichen Schulen (3 500).

Innerhalb der allgemein bildenden Schulen lagen Grundschulen (4 000 Euro) und Realschulen (4 500 Euro) unter dem Durchschnitt, Sonderschulen mit 12 300 Euro weit darüber. Für die hohen Pro-Kopf-Ausgaben der Sonderschulen ist unter anderem das günstige Betreuungsverhältnis Schüler je Lehrer ausschlaggebend. Die niedrigeren Aufwendungen von 2 200 Euro je Schüler bei den Berufsschulen im Dualen System sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen. → **Abb. 6**

Abb. 6: Ausgaben je Schüler/-in nach Schularten 2005, in 1 000 EUR



Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler

Im Jahr 2006 wurde durchschnittlich 199 000 Schülerinnen und Schülern eine Ausbildungsförderung gewährt. Davon besuchten rund 116 000 eine Berufsfachschule (einschließlich aller Formen der beruflichen Grundbildung) und knapp 24 000 eine Fachschule. Knapp zwei Drittel aller Schüler und Schülerinnen, die »Schüler-BAföG« erhielten, bekamen eine Vollförderung, also den Förderungshöchstbetrag. Ein gutes Drittel erhielt eine Teilförderung. Insgesamt wurden 717 Mill. Euro für die Schülerförderung aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler bzw. eine geförderte Schülerin 301 Euro pro Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2006 um 22 % höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 21 %. → **Tab. 3**

»Schüler-BAföG«

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten.

Derzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse zehn und von

Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts (nicht bei den Eltern) untergebrachte Schüler und Schülerinnen geleistet. »Schüler-BAföG« gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schüler und Schülerinnen in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als staatlich geprüfte/r Techniker/-in) vermitteln.



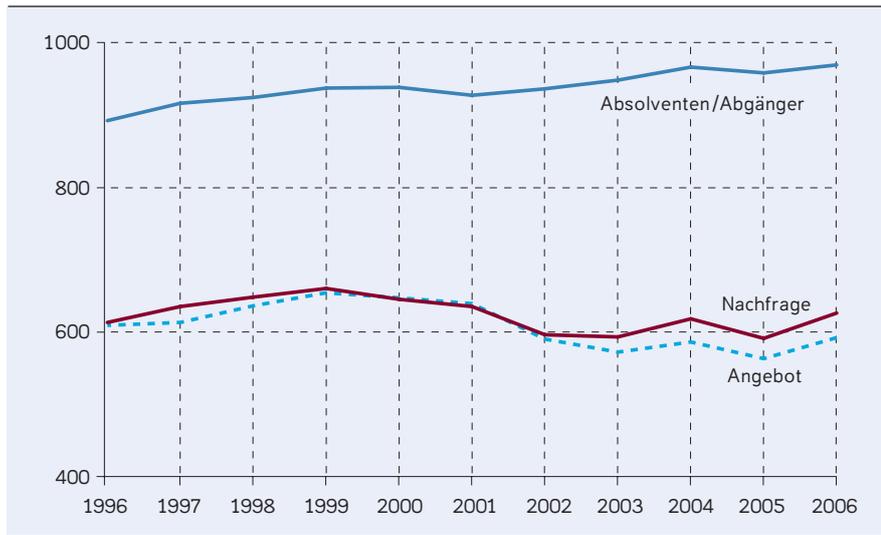
3.1.2 Betriebliche Berufsausbildung

Jugendliche im dualen System besuchen einerseits die Berufsschule, werden andererseits aufgrund der mit den ausbildenden Stellen bzw. Betrieben abgeschlossenen Ausbildungsverträge praktisch am Arbeitsplatz ausgebildet. Für die Unter-

Tab. 3: Ausbildungsförderung für Schüler/-innen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

	Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person
	in 1000	Mill. EUR	EUR je Monat
2002	163	592	302
2003	179	651	303
2004	192	698	303
2005	199	726	304
2006	199	717	301

Abb. 7: Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen sowie Absolventen und Abgänger aus allgemein bildenden Schulen, in 1000



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berufsbildungsbericht 2007.

nehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. In Zeiten konjunktureller Schwierigkeiten, verbunden mit einem Abbau der Beschäftigtenzahlen, tritt dieses Ziel jedoch in den Hintergrund und die Ausbildungsbereitschaft geht zurück.

Seit 2003 ist das Angebot an Ausbildungsplätzen deutlich niedriger als die Nachfrage. Der sinkende Bedarf an Ar-

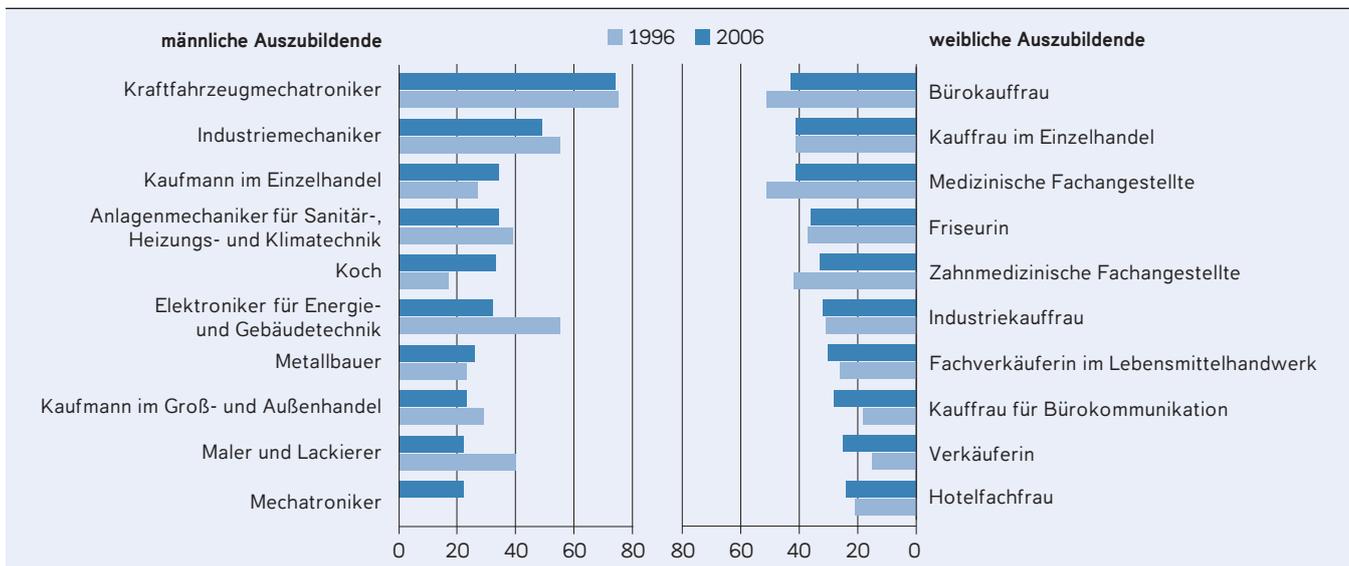
beitskräften fiel zusammen mit steigenden Absolventenzahlen aus allgemein bildenden Schulen. Mit rund zwei Fünfteln betraf der Nachfrageüberhang überproportional stark die neuen Länder (hier wurden 2006 rund ein Fünftel der neuen Ausbildungsverträge abgeschlossen), obwohl hier rund jeder dritte Ausbildungsplatz staatlich gefördert wird. Auch unterhalb der Länderebene bestehen große regionale Unterschiede. Damit ist es für die jungen Leute je nach Wohnort un-

terschiedlich schwer, ihren Wunschberuf zu erlernen.

Die Berufswahlmöglichkeiten sind unter diesen Bedingungen für die Bewerberinnen und Bewerber deutlich eingeschränkt. Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen, unter anderem auch von den erreichten Schulabschlüssen, ab.

Von den 581 000 Jugendlichen, die 2006 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaß annähernd jeder sechste (16 %) die Hochschul- oder Fachhochschulreife, mehr als ein Drittel (36 %) verfügte über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, 33 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr jeder siebte Ausbildungsanfänger (15 %) hatte vor Abschluss eines Ausbildungsvertrages eine berufliche Schule (Berufsfachschule, schulisches Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsvorbereitungsjahr) besucht, sei es um seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder um die Zeit bis zur nächsten Bewerberrunde im folgenden Jahr zu überbrücken. → [Abb. 7](#)

Abb. 8: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen, in 1000



Tab. 4: Neu abgeschlossene, vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge und bestandene Abschlussprüfungen

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	Bestandene Abschlussprüfungen
	in 1 000		
1996	579	130	488
1997	598	127	483
1998	612	135	487
1999	636	145	491
2000	623	156	503
2001	610	156	514
2002	568	151	513
2003	564	133	504
2004	572	127	493
2005	559	118	478
2006	581	119	480

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe ließ deutliche Schwerpunkte erkennen: 2006 konzentrierten sich 37 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 53 % der Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils zehn von insgesamt rund 340 anerkannten Ausbildungsberufen. Allerdings finden viele Jugendliche im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

Die Berufswahl erfolgte auch 2006 noch weitgehend geschlechtsspezifisch. Bei den jungen Männern rangierte der Beruf des Kraftfahrzeugmechatikers in der Beliebtheitsskala eindeutig an erster Stelle: Jeder 13. männliche Auszubildende ergriff ihn 2006. Ein großer Teil der Frauen entschied sich für die Berufe Bürokauffrau, Kauffrau im Einzelhandel oder medizinische Fachangestellte (jeweils jede 15.). In den Ausbildungsgängen der neuen IT-Berufe waren Frauen mit einem Anteil von nur 9 % weiterhin unterrepräsentiert. Dagegen scheinen die neuen Medienberufe für sie besonders interessant zu sein, hier betrug ihr Anteil 49 %. Insgesamt lag der Anteil der jungen Frauen im dualen System bei 40 %. Dieser Anteil war in den letzten zehn Jahren weitgehend konstant. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen System häufig

auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie z. B. Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens schulisch erfolgt.

→ Abb. 8

Von den 1,57 Mill. Jugendlichen, die sich 2006 in einer Berufsausbildung im dualen System befanden, waren rund 66 000 Ausländer. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er Jahre parallel zur Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 8 % auf 4 % gesunken (der tiefste Anteilswert seit 1988). Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemein bildender Schulen (2006: 9 %) waren Ausländer im dualen System unterrepräsentiert.

Von den ausländischen Auszubildenden besaßen im Jahr 2006 rund 38 % einen türkischen Pass, 12 % die italienische, 10 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens und 4 % die griechische Staatsangehörigkeit.

2006 haben 581 000 Jugendliche ihre Ausbildung im dualen System begonnen. Im gleichen Jahr haben 480 000 Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich mit einer bestandenen Abschlussprüfung beendet. Davon waren 23 000 externe Prüfungsteilnehmer (5 % aller erfolgreichen Prüfungsteilnehmer). Als »Externe«

können auch Personen ohne Ausbildungsvertrag zu den Abschlussprüfungen zugelassen werden, wenn sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten durch mehrjährige Tätigkeiten in dem jeweiligen Ausbildungsberuf erworben haben.

Nicht alle Ausbildungsanfänger erreichen die Abschlussprüfung, knapp ein Fünftel löst den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Ein großer Teil dieser Jugendlichen beginnt allerdings anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System. Bei den Abschlussprüfungen fielen rund 5 % der Teilnehmer endgültig durch. Damit haben in der Vergangenheit etwa drei Viertel der Ausbildungsanfänger ihre Ausbildung erfolgreich beendet. → Tab. 4

3.1.3 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Die Hochschulen sind von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, da sie wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren und mit ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen schaffen. Im Wintersemester 2007/2008 gab es in Deutschland insgesamt 391 staatlich anerkannte Hochschulen, darunter 176 Universitäten (einschließlich Theologische und Pädagogische Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 215 Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen).

Studierende, Studienanfänger und -anfängerinnen

Seit Mitte der 1960er Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang kontinuierlich angestiegen. Sie erreichten 1994 einen zwischen-

Tab. 5: Studierende und Studienanfänger/-innen

	Studierende					
	Insgesamt		Universitäten		Fachhochschulen	
	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS
	in 1 000					
1996	1 838	267	1 398	187	440	81
1997	1 824	267	1 387	186	437	81
1998	1 801	272	1 365	187	436	86
1999	1 774	291	1 331	200	443	92
2000	1 799	315	1 341	216	458	99
2001	1 869	345	1 382	237	486	108
2002	1 939	359	1 423	244	517	115
2003	2 020	378	1 468	256	552	122
2004	1 964	359	1 403	240	560	119
2005	1 986	356	1 418	238	568	118
2006	1 979	345	1 409	228	571	117
2007 ¹	1 932	359	1 361	232	571	126

Studierende im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsesemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

¹ Vorläufige Ergebnisse.

Abb. 9: Studienanfänger/-innen (1. Hochschulsesemester) nach Fächergruppen 2007



¹ Sport; Veterinärmedizin; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; sonstige Fächer.

zeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Einschriebenen stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte und die Studierendenzahlen im Wintersemester 2003/2004 mit mehr als zwei Millionen einen neuen Rekordwert erreichten. Mit 1,93 Millionen fiel die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2007/2008 um ca. 87 000 Studierende geringer aus als im Rekordjahr.

Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger stieg bis zum Studienjahr 2003 kontinuierlich an und ging in den

Studienjahren 2004 bis 2006 zunächst zurück. Insgesamt schrieben sich im Studienjahr 2007 rund 359 000 Studienanfänger an deutschen Hochschulen ein. Das waren 19 000 Erstmatrikulierte weniger als im Rekordjahr 2003, aber 14 000 mehr als im Vorjahr. → **Tab. 5**

Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren, z. B. von den persönlichen Interessen der Studienanfänger und -anfängerinnen, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (z. B. Numerusclausus-Regelungen und hochschulinterne

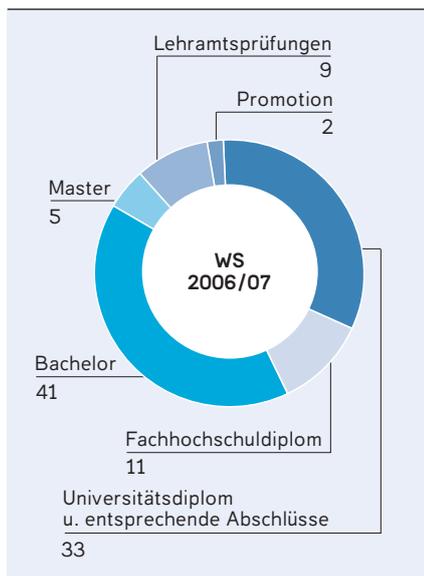
Zulassungsverfahren) beeinflusst. Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und zukünftig erwarteten Chancen, die ein Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. In den vergangenen zehn Jahren zeigten sich bei der Fächerwahl deutliche Interessenverschiebungen. Die meisten Erstsemester (33 %) schrieben sich 2007 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Diese Fächergruppe hat seit 1997 etwas an Bedeutung verloren (3 Prozentpunkte). Auch das Gewicht der Sprach- und Kulturwissenschaften (19 %) ist innerhalb der vergangenen zehn Jahre leicht gesunken. Der Anteil der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften betrug im Jahr 2007 19 % und erreichte damit einen leichten Anstieg um zwei Prozentpunkte. Auf die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften entfiel 2007 ein Anteil der Studienanfänger von 17 %. Er erhöhte sich in den letzten zehn Jahren sogar um drei Prozentpunkte.

Im Jahr 2007 war die Hälfte (50 %) derjenigen, die ein Studium aufnahmen, Frauen. Die Frauenanteile variierten allerdings je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Veterinärmedizin (82 %), Sprach- und Kulturwissenschaften (74 %), Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (67 %) sowie Kunst/Kunstwissenschaft (64 %) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 53 % nahezu ausgeglichen dar. In der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (22 %) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert. → **Abb. 9**

Die Umstellung des Studienangebots im Zuge des Bologna-Prozesses zeichnet sich zunächst in den Studienanfängerzahlen ab, setzt sich bei den Studierenden fort und wirkt sich zeitverzögert auf die Absolventenzahlen aus. Während im Win-

tersemester 2006/2007 rund 46 % der Studienanfänger (im ersten Fachsemester) ein Bachelor- oder Masterstudium begannen, waren nur 19 % der Studierenden in Bachelor- oder Masterstudiengängen eingeschrieben. Noch geringer war die Bedeutung von Bachelor- und Masterabschlüssen. Lediglich 10 % der Absolventen legten einen Bachelor- oder Masterabschluss erfolgreich ab. Aller-

Abb. 10: Studienanfänger/-innen (1. Fachsemester) nach angestrebtem Abschluss, in %



Der Bologna-Prozess

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsminister und -ministerinnen aus 29 europäischen Ländern die so genannte »Bologna-Erklärung« zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses gilt die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master, die die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollen. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse sollen Studierende und Absolventen innerhalb Europas mobiler und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden.

dings hat die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen seit 1999 erhebliche Fortschritte gemacht. Im Jahr 1999 betrug der Anteil von Bachelor und Master bei Studienanfängern lediglich 1 %. Studierende und Absolventen in Bachelor- und Masterstudiengängen waren zu Beginn der Bologna-Reform nicht nachzuweisen.   **Abb. 10**

Hochschulabsolventinnen und Absolventen

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen ist zwischen 1996 und 2002 von 237 000 um 12 % auf 209 000 gesunken. In den Folgejahren stieg die Zahl der Absolventen und erreichte 2006 mit 266 000 den aktuellen Höchststand. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2006 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben.

Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2006 erwarben 40 % (106 000) ein Universitätsdiplom oder einen gleichwertigen Abschluss, gefolgt von 31 % (82 000) Fachhochschuldiplomanden. Rund 24 000 (9 %) erlangten einen Dokortitel und weitere 10 % (26 000) legten eine Lehramtsprüfung ab. Die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master werden seit dem Prüfungsjahr 2000 statistisch erfasst. Rund 15 000 Absolventen erwarben 2006 ei-

nen Bachelor- und 11 000 einen Masterabschluss.  **Tab. 6**

Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2006 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, waren durchschnittlich 28 Jahre alt. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Die Hälfte der Erstabsolventen, die ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluss erwarben, schloss ihr Studium im Prüfungsjahr 2006 in etwas mehr als elf Semestern ab. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchten im Mittel neun Semester bis zum ersten Staatsexamen. Die mittlere Fachstudiendauer der Erstabsolventen, die ein Fachhochschuldiplom erwarben, lag bei rund neun Semestern; bei Bachelorabsolventen, deren Abschluss in der Wertigkeit dem »klassischen« Fachhochschuldiplom entspricht, war diese mit sechs Semestern deutlich kürzer.

Das Masterstudium baut in der Regel auf ein vorangegangenes Studium (in der Regel auf das Bachelorstudium) auf, gilt aber als eigenständiger Studiengang. Masterstudierende werden deshalb zu Beginn der Masterphase wieder in das erste Fachsemester eingestuft. Die mittlere Studiendauer bei Masterabsolventen ist daher mit vier Semestern deutlich kürzer als in den herkömmlichen Studiengängen.

Tab. 6: Bestandene Prüfungen an Hochschulen

	Insgesamt	Darunter					
		Diplom (U) ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen	Fachhochschulabschluss	Bachelorabschluss	Masterabschluss
		in 1000					
1996	237	111	23	28	75	-	-
1997	237	109	24	28	76	-	-
1998	228	103	25	28	71	-	-
1999	222	99	25	28	70	-	-
2000	214	95	26	27	66	-	-
2001	208	91	25	25	66	0	1
2002	209	92	24	24	66	1	2
2003	218	95	23	22	72	2	3
2004	231	98	23	23	76	6	6
2005	252	102	26	24	81	10	9
2006	266	106	24	26	82	15	11

¹ Und entsprechende Abschlussprüfungen.

Tab. 7: Hochschulpersonal

	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal		Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal
		Zusammen	darunter: Professoren/ Professorinnen	
	in 1000			
1996	482	215	38	268
1997	481	214	38	267
1998	484	216	38	267
1999	489	219	38	270
2000	489	219	38	269
2001	494	225	38	269
2002	501	232	38	270
2003	505	237	38	268
2004	499	236	38	263
2005	497	240	38	257
2006	504	249	38	255

Ohne Studentische Hilfskräfte.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Ende 2006 war mehr als eine halbe Million Menschen (504 000) an deutschen Hochschulen beschäftigt, von ihnen zählten 249 000 (49 %) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Zu beachten ist, dass das Hochschulpersonal nicht nur lehrt, sondern in einem beträchtlichen Umfang Aufgaben in den Bereichen Krankenbehandlung (Universitätskliniken) sowie Forschung und Entwicklung wahrnimmt. Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten war in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig. 68 % des wissenschaftlichen Personals waren hauptberuflich beschäftigt. Das hauptberufliche wissenschaftliche Personal setzt sich zusammen aus Professoren und Professorinnen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren gehören zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. → **Tab. 7**

Im Vergleich zu 1996 hat die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen in Deutschland um insgesamt 4 % zugenommen. Das wissenschaftliche und künst-

lerische Personal wuchs in den vergangenen zehn Jahren um insgesamt 16 % (34 300). In der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals waren deutliche Zuwächse in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (+23 %) zu verzeichnen, während sich die Professorenzahl seit 1996 kaum erhöht hat. Die Zunahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals war allerdings ausschließlich auf die steigende Zahl des teilzeitbeschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals zurückzuführen (+38 %). Die Zahl der Vollbeschäftigten ging dagegen um fast 2 % zurück. Der Zuwachs in der Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals (+32 %) war vor allem auf die wachsende Zahl der Lehrbeauftragten zurückzuführen, die seit 1996 um fast die Hälfte (+44 %) zugenommen hat. Die Zahl des Verwaltungspersonals ging dagegen um 5 % auf 255 000 zurück.

Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2005 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 31 Mrd. Euro aus. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen.

Die Ausgaben der Hochschulen werden im besonderen Maße durch die Fächerstruktur bestimmt. 46 % der Ausgaben entfielen auf die medizinischen Einrichtungen. Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften lag im Wintersemester 2005/2006 aber nur bei knapp 6 %. Demgegenüber waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften zusammen im Jahr 2005 weit über die Hälfte (52 %) aller Studierenden eingeschrieben. Allerdings betrug ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich lediglich gut 9 %.

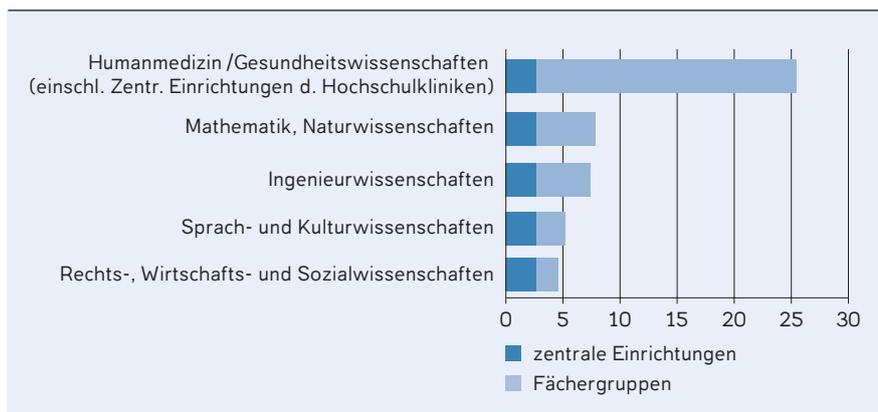
Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen von Seiten des Trägers erhalten (so genannte Grundmittel), andererseits durch Verwaltungseinnahmen sowie durch Drittmittel, die primär für Forschungszwecke eingeworben werden. Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Im Jahr 2005 betrugen die laufenden Grundmittel an deutschen Hochschulen durchschnittlich 7 200 Euro je Studierenden.

Bei Betrachtung der laufenden Zuschüsse nach Fächergruppen differierten die Angaben im Jahr 2005 von 4 500 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 25 500 Euro je Studierenden der Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften. → **Abb. 11**

Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur akademischen Ausbildung abgebaut: Fast die Hälfte der Studierenden im ersten Hochschulsemester (49 %) und etwas über

Abb. 11: Laufende Grundmittel je Studierenden nach Fächergruppen 2005, in 1 000 EUR



die Hälfte der Hochschulabsolventen im Jahr 2006 war weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2006 immerhin bereits 41 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 22 %.

51 % der im Jahr 2006 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (259 000), was in etwa dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. In beruflichen Positionen im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings

immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 32 % und in der Gruppe der hauptberuflich Beschäftigten bei 31 %. Unter der Professorenschaft ist der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren angestiegen und erreichte 2006 mit 15 % einen Höchstwert, am niedrigsten war er mit 10 % in der höchsten Besoldungsstufe der Professoren (C4).

➔ Tab. 8

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeit-

intensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre. Mit den steigenden Frauenanteilen bei Jungakademikern und dem zunehmenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern dürften sich die Karrierechancen von Frauen an deutschen Hochschulen weiter erhöhen. Aufgrund des Facharbeitskräftemangels im Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften ist absehbar, dass sich die Nachfrage nach promovierten und habilitierten Akademikern bis 2015 und darüber hinaus stärker auf diese Fächergruppen konzentrieren wird, die bislang die niedrigsten Frauenanteile in der Gruppe des wissenschaftlichen Nachwuchses aufweisen.

Ausländische Studierende

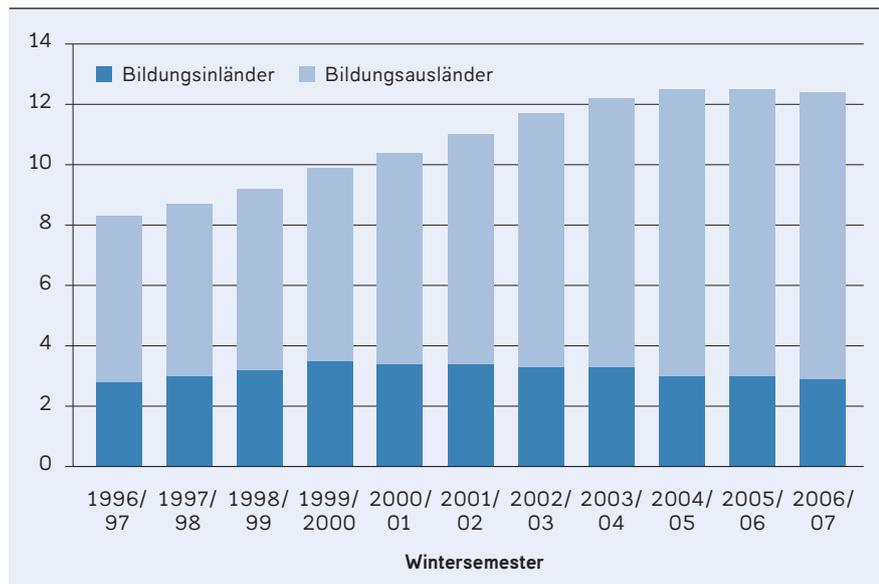
Im Wintersemester 2006/2007 waren an deutschen Hochschulen 246 000 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Studierenden hat sich seit dem Wintersemester 1996/1997 von 8 % auf 12 % erhöht. ➔ Abb. 12

Von den insgesamt 246 000 Studierenden mit ausländischer Nationalität waren knapp ein Viertel (58 000) Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwanderern, die teil-

Tab. 8: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn

	Studienanfänger	Studierende	Absolventen	Promotionen	Hochschulpersonal insgesamt	Hauptberufl. wissenschaftl. u. künstlerisches Personal	Professoren	C4-Professoren
	in %							
1996	47,9	42,6	40,7	31,1	49,2	23,0	8,5	5,1
1997	48,6	43,6	41,3	32,1	50,2	23,5	9,0	5,5
1998	48,5	44,5	42,2	33,1	50,4	24,2	9,5	5,9
1999	49,3	45,3	43,5	33,4	50,5	24,8	9,8	6,3
2000	49,2	46,1	44,8	34,3	50,8	25,6	10,5	7,1
2001	49,4	46,7	46,0	35,3	51,2	27,0	11,2	7,7
2002	50,6	47,4	47,0	36,4	51,2	27,7	11,9	8,0
2003	48,2	47,4	48,4	37,9	51,3	28,6	12,8	8,6
2004	48,8	47,7	48,7	39,0	51,2	29,2	13,6	9,2
2005	48,8	47,8	49,5	39,6	51,2	30,2	14,3	9,7
2006	49,4	47,8	50,5	40,9	51,3	31,4	15,2	9,9

Abb. 12: Anteil ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt, in %



weise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bildungsinländern bildeten Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (15 000) gefolgt von Studierenden kroatischer (4 000) und griechischer Herkunft (3 000).

An der Gesamtzahl der Studierenden hatten die Studierenden ausländischer Nationalität (Bildungsinländer) nur einen Anteil von weniger als 3 %, obwohl der Ausländeranteil in Deutschland bei insgesamt 10 % lag. Darüber hinaus entfiel ein Bevölkerungsanteil von 17 % auf Deutsche mit Migrationshintergrund. Deutsche Studierende mit Migrationshintergrund können allerdings in der Studie-

rendenstatistik nicht gesondert nachgewiesen werden. → **Abb. 13**

Bei den Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil sind und ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 100 000 auf 188 000 fast verdoppelt. Der Anteil der Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich von 5 % auf 10 % gewachsen und damit wesentlich stärker gestiegen als der Anteil der Bildungsinländer. Die meisten ausländischen Nachwuchsakademiker kamen im Wintersemester 2006/2007 aus China (26 000) gefolgt von Bulgarien und Polen mit jeweils rund 12 000 Studierenden. → **Abb. 14**

Auch für deutsche Studierende ist ein Studium im Ausland attraktiv. Im Jahr 2005 waren etwa 75 800 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Die drei beliebtesten Zielländer waren 2005 die Niederlande mit 16 % aller deutschen Studierenden im Ausland, das Vereinigte Königreich mit 15 % und Österreich mit 13 %. Es folgten die Ver-

Abb. 13: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsinländer) im Wintersemester 2006/2007

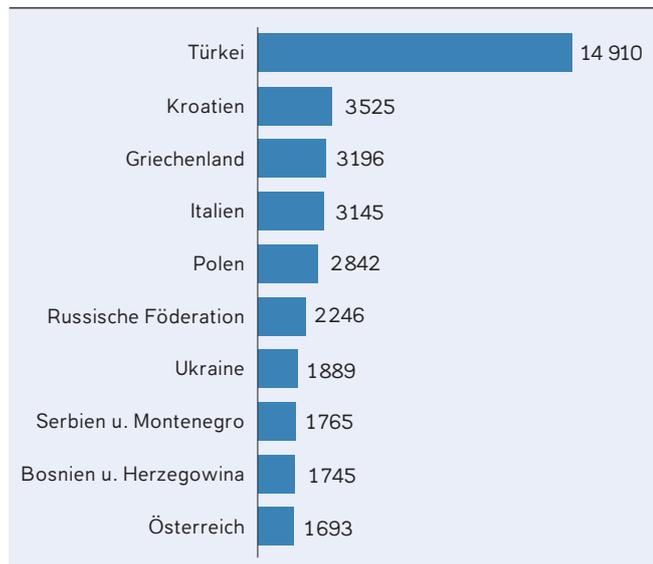
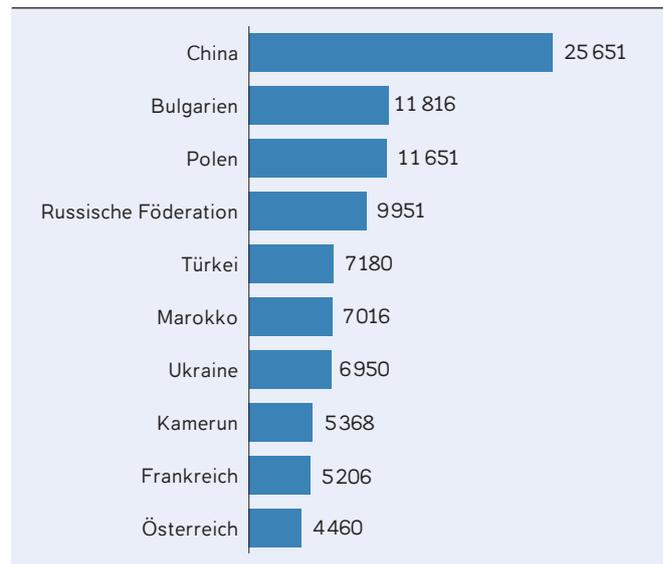


Abb. 14: Herkunftsländer ausländischer Studierender (Bildungsausländer) im Wintersemester 2006/2007



Tab. 9: Ausbildungsförderung für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

	Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person
	in 1000	Mill. EUR	EUR je Monat
Studierende			
2002	304	1 351	371
2003	326	1 446	370
2004	340	1 514	371
2005	345	1 555	375
2006	342	1 539	375
BAföG-Empfänger insgesamt (einschl. Schüler und Schülerinnen)			
2002	467	1 942	347
2003	505	2 097	346
2004	532	2 212	347
2005	544	2 280	349
2006	540	2 256	348

Ausbildungsförderung für Studierende



»Studierenden-BAföG« wird für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt. Im Hochschulbereich wird die Ausbildungsförderung je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinliches Darlehen gewährt, z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

einigen Staaten (12 %), die Schweiz (10 %) und Frankreich (9 %). Diese sechs Länder zusammen nahmen damit gut drei Viertel der im Ausland studierenden Deutschen auf.

Ausbildungsförderung für Studierende

Unter den durchschnittlich 342 000 geförderten Studierenden im Jahr 2006 waren 228 000 an Universitäten (einschließlich Pädagogischer und Theologischer Hochschulen sowie Gesamthochschulen) und 106 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. Knapp zwei Drittel aller Studierenden

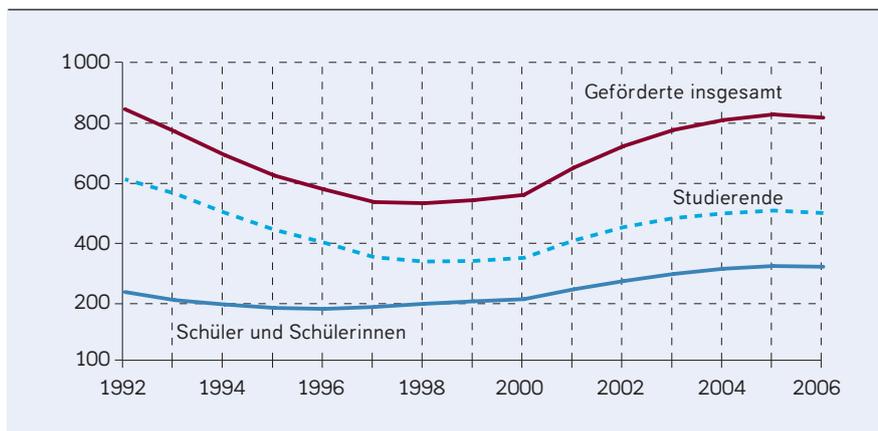
erhielten eine Teilförderung; ein gutes Drittel erhielt eine Vollförderung.

Insgesamt wurden von Bund und Ländern für die Studierendenförderung 1,54 Mrd. Euro aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Student bzw. eine geförderte Studentin 375 Euro im Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2006 um 13 % höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 14 %. [Tab. 9](#)

Abschließend soll nun noch die Gesamtförderung nach dem BAföG (einschließlich »Schüler-BAföG«) betrachtet werden. Nachdem die Zahl der Geförderten bis einschließlich 1998 zurückgegangen war, setzte im Jahr 1999 eine Trendwende ein und ihre Anzahl nahm wieder zu.

818 000 Schüler und Schülerinnen sowie Studierende erhielten 2006 Leistungen nach dem BAföG. Insgesamt wurden 2006 im Durchschnitt pro Monat 540 000 Personen unterstützt. Die Förderung erstreckte sich jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr, so dass die Zahl im Monatsdurchschnitt niedriger ausfällt als die Zahl der Geförderten insgesamt. Etwa 47 % der Geförderten erhielt eine Vollförderung und 53 % eine Teilförderung. Insgesamt wurden für die BAföG-Förderung im Jahr 2006 2,3 Mrd. Euro aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein BAföG-Empfänger 348 Euro je Monat. [Abb. 15](#)

Abb. 15: Geförderte nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), in 1000



3.1.4 Lebenslanges Lernen

In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben zu können. Lebenslanges Lernen ist erforderlich, um am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein und mit den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt zu halten. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil.

Lernaktivitäten im Erwachsenenalter

Seit 1979 wird in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine repräsentative Umfrage bei 19- bis 64-Jährigen unter dem Titel Berichtssystem Weiterbildung (BSW) durchgeführt. Bei der aktuellen Erhebung 2007 wurde das nationale Konzept in das neue Konzept des europäischen Adult Education Surveys (AES) eingebettet. Der Adult Education Survey, der als Piloterhebung in den Jahren 2005 bis 2008 in den meisten EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde, betrachtet alle Lernaktivitäten im Er-

wachsenenalter. Die mit dieser Erhebung ermittelte Bildungsbeteiligung umfasst damit die formale Bildung (Besuch von regulären Bildungsgängen in Schulen und Hochschulen), die nicht-formale Bildung und das informelle Lernen. Bei der nicht-formalen Bildung (im Folgenden kurz als Weiterbildung bezeichnet) werden fünf Veranstaltungsformen unterschieden. Informelles Lernen heißt: sich selbst etwas beibringen durch Nutzung bestimmter Medien oder durch Lernen von Personen im eigenen Umfeld. Die Tabelle zeigt Daten zu sechs verschiedenen Formen des informellen Lernens. → Tab.10

Nach den Ergebnissen der neuen Erhebung besuchten 11 % der Erwachsenen in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung eine Schule bzw. Hochschule oder waren in einer Berufsausbildung. 44 % der Befragten haben sich an mindestens einer der genannten Formen der nicht-formalen Bildung beteiligt, sich also weitergebildet. 53 % praktizierten mindestens eine Form des informellen Lernens. Insgesamt können 69 % der 19- bis 64-Jährigen als »Lernaktive« bezeichnet werden. Eine differenzierte Betrachtung der Beteiligung an den unterschiedlichen Formen der Weiterbildung zeigt, dass Erwerbstätige wesentlich aktiver waren als Nichterwerbstätige: 52 % der Erwerbstätigen haben an mindestens einer Veranstaltungsform teilgenommen, bei den Nichterwerbstätigen waren es dagegen nur 27 %. Die Teilnahmequote der Frauen an Weiterbildung lag mit 42 % geringfügig niedriger als die der Männer (46 %). Ursächlich dafür ist vor allem der geringere Erwerbstätigenanteil der Frauen. Bei erwerbstätigen Männern und Frauen bestanden kaum Unterschiede hinsichtlich der Beteiligung an beruflicher Weiterbildung. Dagegen waren Frauen in der allgemeinen Weiterbildung etwas aktiver als Männer.

38 % der befragten 19- bis 64-Jährigen nahmen in den letzten zwölf Monaten an einer oder mehreren berufsbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen teil, nur 11 % berichteten von einer Teilnahme an einer nicht-berufsbezogenen Weiterbildung.

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühten sich verstärkt um ihre Weiterbildung: 60 % der Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife beteiligten sich im betrachteten Zeitraum an mindestens einer nicht-formalen Lernaktivität. Dagegen wandten Menschen mit Hauptschulabschluss weniger Zeit für ihr Fortkommen auf: Nur 29 % nahmen an einer entsprechenden Lernaktivität teil. Ähnliche Werte zeigte ein Nachweis nach dem höchsten beruflichen Abschluss: 62 % der Akademiker bildeten sich weiter, aber nur

Tab. 10: Teilnahme an Lernaktivitäten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung (BSW-AES 2007)

	Insgesamt	Männer	Frauen
	in % der Bevölkerung im Alter von 19 bis 64 Jahren		
Formale Bildung (Schule, Hochschule, Berufsausbildung)	11	12	10
Nicht-formale Bildung (Weiterbildung)	44	46	42
Kurse, Seminare, Lehrgänge, Schulungen, die länger als einen Tag dauern	26	28	25
Vorträge, Seminare und Schulungen, die höchstens einen Tag dauern	20	22	19
Einzelunterweisung am Arbeitsplatz durch Vorgesetzte, Kollegen, Trainer oder Medienlernprogramme	11	12	11
Privatunterricht in der Freizeit (z. B. Fahrschule oder Klavierunterricht)	7	6	8
Fernunterricht/E-Learning	1	1	1
Informelles Lernen (sich selbst etwas beibringen)	53	54	52
Lesen von Büchern, Fachzeitschriften	41	42	39
Nutzung von Computer oder Internet	35	38	32
Nutzung von Fernsehen, Radio, Audio- oder Videokassette	16	15	17
Führungen in Museen oder zu historischen Orten u. ä.	8	7	9
Besuche von Büchereien oder offenen Lernzentren	7	6	8
Lernen von Familienmitgliedern, Freunden, Kollegen	19	17	21
Lernaktive (Teilnahmequote insgesamt)¹	69	71	67
Bildungsaktive (Formale und nicht-formale Bildung)	49	52	46

¹ Teilnahme an mindestens einer Lernaktivität.

Quelle: TNS-Infratest, Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland – Eckdaten zum BSW-AES 2007, München 2008.

Tab. 11: Teilnahme an Lernaktivitäten in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung nach Alter (BSW-AES 2007)

Altersgruppen	Formale Bildung	Nicht-formale Bildung	Informelles Lernen	Lernaktive ¹
	in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppen			
19-24	57	49	59	85
25-34	14	48	54	72
35-44	3	50	54	72
45-54	2	44	53	66
55-64	2	26	45	54
Insgesamt	11	44	53	69

¹ Teilnahme an mindestens einer Lernaktivität.

Quelle: TNS-Infratest, Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland – Eckdaten zum BSW-AES 2007, München 2008.

28 % der Personen ohne beruflichen Abschluss.

Die Teilnahme an regulären Bildungsgängen konzentrierte sich stark auf die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen und – in etwas schwächerem Ausmaß – auf die 25- bis 34-Jährigen. Bei der Weiterbildung und beim informellen Lernen blieben die Beteiligungsquoten – insbesondere wenn man die Erwerbstätigkeit mit in Betracht zieht – relativ konstant. → **Tab. 11**

Betriebliche Weiterbildung

Angesichts der demografisch bedingten Veränderung der Altersstruktur von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wächst in den Unternehmen der Bedarf an Maßnahmen zur beruflichen Weiterqualifizierung stetig. Durch die raschen Veränderungen der Märkte und der Arbeitswelt ist eine kontinuierliche Anpassung von bedarfsspezifischen Qualifikationen und fachlichem Know-how der Beschäftigten unverzichtbar. Informationen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen liefert die »Dritte Europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung« (CVTS3). Über die Hälfte (54 %) der Unternehmen führten im Jahr 2005 betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Lehrveranstaltungen (Lehrgänge, Kurse und Seminare) durch. Von den 46 % Unternehmen ohne Lehrveranstaltungen boten 15 % ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumindest eine der anderen Formen betrieblicher Weiterbildung (geplante Phasen der Weiterbildung am

Arbeitsplatz, Job-Rotation, Lern- und Qualitätszirkel, selbstgesteuertes Lernen, Informationsveranstaltungen) an. 31 % der Unternehmen verzichteten ganz auf Schulungsmaßnahmen. Gründe hierfür waren aus Sicht der Unternehmen vorrangig die bereits dem Bedarf des Unternehmens entsprechenden Fähigkeiten der Beschäftigten, die nur begrenzt verfügbare Zeit sowie die hohen finanziellen Belastungen für Weiterbildungsmaßnahmen. Gegenüber 1999 ging der Anteil weiterbildender Unternehmen um sechs Prozentpunkte zurück. Betrachtet man lediglich die klassischen Lehrveranstaltungen, so betrug der Rückgang sogar rund 13 Prozentpunkte.

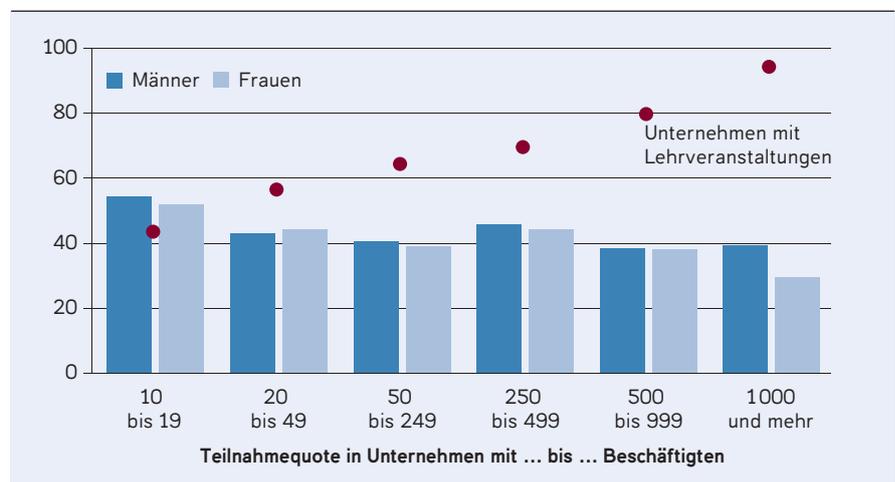
Die Chancen auf ein Weiterbildungsangebot im Unternehmen sind in den Wirt-

schaftszweigen unterschiedlich und steigen mit der Unternehmensgröße. So bot annähernd jedes (95 %) Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten 2005 Lehrveranstaltungen für seine Beschäftigten an. In der Gruppe der Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten traf dies noch auf etwa zwei Drittel zu. Lediglich 44 % der Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten offerierten Lehrveranstaltungen für die eigenen Beschäftigten. Insgesamt arbeiteten gut 78 % der Beschäftigten der in die Erhebung einbezogenen Wirtschaftsbereiche in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen.

39 % der Beschäftigten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nahmen 2005 an dieser Form der betrieblichen Weiterqualifizierung teil. Dabei lag die Teilnahmequote der Frauen mit 35 % unter jener der Männer (41 %). Insgesamt hat sich die Beteiligung der Beschäftigten 2005 gegenüber 1999 (36 %) leicht erhöht. Die Differenz zwischen den Teilnahmequoten der beiden Geschlechter blieb nahezu unverändert.

Die Teilnahmequoten variierten stark nach Unternehmensgröße. In kleinen Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten, die im Jahr 2005 Lehrveranstaltungen durchführten, nutzten mehr als die Hälfte (53 %) der Mitarbeiterinnen und

Abb. 16: Unternehmen mit Lehrveranstaltungen und Teilnahmequoten nach Unternehmensgröße und Geschlecht 2005, in %



Tab. 12: Teilnahmequoten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nach Unternehmensgröße und Altersgruppen 2005

Beschäftigte	Unter 25 Jahre	25 bis 54 Jahre	55 Jahre und älter
	in %		
10-19	50,2	56,6	32,3
20-49	36,8	47,3	23,9
50-249	40,2	42,3	24,2
250-499	49,3	47,2	28,9
500-999	39,1	40,4	26,1
1000 und mehr	25,9	37,6	28,6
Insgesamt	33,5	41,0	27,3

Mitarbeiter dieses Weiterbildungsangebot. 52 % der weiblichen Beschäftigten in diesen Unternehmen beteiligten sich an den Maßnahmen, gegenüber 54 % ihrer männlichen Kollegen. Mit steigender Beschäftigtenzahl sank die Teilnahmequote und die Diskrepanz zwischen den Teilnahmequoten von Männern und Frauen stieg an. In Großunternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten nutzten nur 30 % der Frauen und 39 % der Männer das zur Verfügung stehende Angebot. → Abb. 16

Die betriebliche Weiterbildung ist auch eine mögliche Maßnahme, um insbesondere ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Veränderungen besser vorzubereiten und ihre Beschäftigungsfähigkeit sowie mögliche Leistungs- und Innovationspotentiale zu erhalten. Jedoch wiesen ältere Beschäftigte ab 55 Jahren mit 27 % die geringste Teilnahmequote an Lehrveranstaltungen auf. Auch bei Personen unter 25 Jahren lag die Teilnahmequote mit 34 % nicht wesentlich höher. Dagegen beteiligten sich 41 % der Beschäftigten im Alter von 25 bis 54 Jahren an betrieblichen Schulungsmaßnahmen. → Tab. 12

Die älteren Beschäftigten hatten in fast allen Größenklassen die geringste Teilnahmequote. Berufsanfänger konnten in kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit eine Lehrveranstaltung besuchen. Die Hälfte junger Beschäftigter in Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten beteiligte sich an

betrieblichen Lehrveranstaltungen. In Großunternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten betrug die entsprechende Quote 26 %.

Im Durchschnitt lagen die Teilnahmezeiten je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer im Jahr 2005 bei 30 Stunden. Bezieht man die Teilnahmezeiten auf alle Beschäftigten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen, ergab sich ein Zeitaufwand von elf Stunden. Im Gegensatz zu den Teilnahmequoten waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim durchschnittlichen Zeitaufwand weniger stark ausgeprägt. Im Durchschnitt wendeten Frauen mit 28 Stunden insgesamt geringfügig weniger Zeit für Lehrveranstaltungen auf als ihre männlichen Kollegen (30 Stunden). Bei den Teilnahmezeiten je Beschäftigten war es ähnlich. Männer beteiligten sich im Schnitt etwas länger an

Weiterbildungsveranstaltungen als Frauen (zwölf Stunden gegenüber zehn Stunden bei Frauen). → Abb. 17

Nach der Unternehmensgröße variierten die Teilnahmezeiten bezogen auf die Beschäftigten insgesamt weniger stark. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten wendeten mit Abstand die meiste Zeit für Schulungsmaßnahmen auf. In den mittleren und großen Unternehmen war der Zeitaufwand jeweils niedriger. Die Teilnahmezeiten pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer lagen bei Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten am höchsten (32 Stunden). Allerdings verbrachten die Teilnehmenden in den Unternehmen der kleinsten Größenklasse mit 31 Stunden annähernd die gleiche Zeit in Lehrveranstaltungen.

Lehrveranstaltungen finden in den Unternehmen zu einer Vielzahl von Themen statt. Die Ergebnisse der CVTS3 zeigen, dass die Vermittlung von so genannten »Soft Skills« einen hohen Stellenwert in der betrieblichen Weiterbildung hat. Im Jahr 2005 entfielen die meisten Stunden in Lehrveranstaltungen auf den Themenbereich »Persönlichkeitsentwicklung und Qualitätsmanagement« (16 %), gefolgt von den eher klassischen Themen »EDV« und Fachwissen in den Bereichen »Technik und Produktion« (je 14 %). Seltener

Abb. 17: Teilnahmezeiten an Lehrveranstaltungen je Teilnehmendem und Beschäftigtem nach Unternehmensgröße 2005, in Stunden

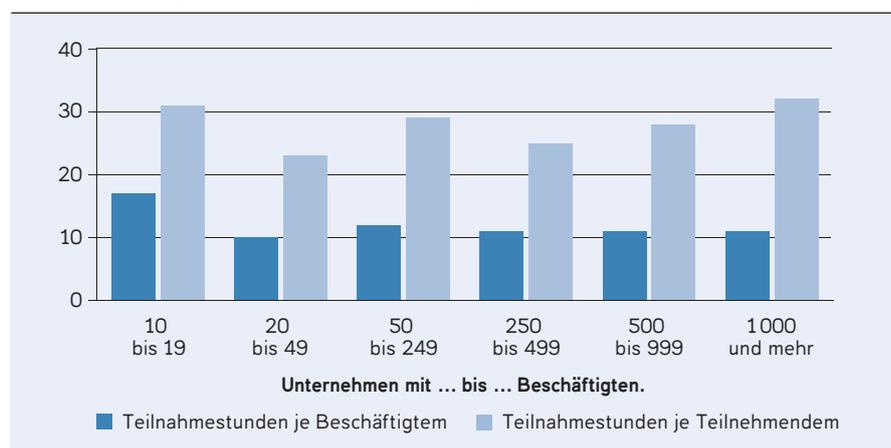


Abb. 18: Teilnahmestunden in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nach Themenbereichen 2005, in %



hatten Schulungsveranstaltungen Dienstleistungsthemen (2 %) oder den Umweltschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz (6 %) zum Inhalt. → **Abb. 18**

Den Unternehmen, die im Jahr 2005 Lehrveranstaltungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anboten, entstanden dafür Kosten in Höhe von durchschnittlich 1 697 Euro je Teilnehmenden. Je Beschäftigten wendeten diese Unternehmen im Mittel 651 Euro auf. Bezieht man die Kosten für Lehrveranstaltungen auf die Beschäftigten in allen Unternehmen, beläuft sich dieser Wert auf 504 Euro.

Die meisten Kosten im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung verursachten die Lohnkosten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Schulungsmaßnahme. Der Anteil dieser Personalausfallkosten an den Gesamtkosten lag bei 53 %. Mit einem Anteil von 29 % folgten Zahlungen und Gebühren für die Weiterbildungsveranstaltungen einschließlich der Zahlungen für externe Dozenten. Weniger bedeutend waren Kosten für Schulungsräume und Unterrichtsmaterial sowie Reisekosten und Spesen.

Die Pro-Kopf-Kosten für die betriebliche Weiterbildung variierten zwischen den

Aufstiegsförderung – »Meister-BAföG«



Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. Januar 1996 eingeführt. Zum 1. Januar 2002 trat eine Reform des AFBG – u. a. mit verbesserten Leistungen für die Geförderten – in Kraft. Das AFBG (auch »Meister-BAföG« genannt) gewährt allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes und der Länder oder sonstigen Regelungen auf eine berufliche Qualifikation vorbereiten. Hierzu gehören nach der Reform auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel bis zu 48 Monaten. Die Leistungen für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren), der erstmals ab 1. Januar 2002 in Höhe von 33 % als Zuschuss und im Übrigen (bis 2001 vollständig) als Darlehen gewährt wurde. Der Maßnahmebeitrag wird bis zu einer Höhe von 10 226 Euro gewährt. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt erhalten. Ferner ist für die Kinderbetreuung ein weiterer Zuschuss vorgesehen. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährten Darlehen sind längstens vier Jahre zins- und tilgungsfrei und anschließend zu marktüblichen Konditionen zurückzuzahlen.

Wirtschaftsbereichen erheblich. Von den Unternehmen des Gastgewerbes wurde mit 832 Euro je teilnehmender Person und 247 Euro je Beschäftigten vergleichsweise wenig ausgegeben. Deutlich höher waren die Ausgaben im Kredit- und Versicherungsgewerbe und den damit verbundenen Tätigkeiten. Ein Unternehmen dieses Bereichs investierte durchschnittlich 2 667 Euro je Teilnehmenden an Lehrveranstaltungen bzw. 1 475 Euro je Beschäftigten in die Weiterqualifizierung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Aufstiegsförderung

Im Jahr 2005, drei Jahre nach Einführung der Reform zum AFBG (1. Januar 2002), lag die Gefördertenzahl bei 141 000. Dies war gegenüber 2002 ein Anstieg von über 60 %. Im Berichtsjahr 2006 ging die Gefördertenzahl (gegenüber dem Vorjahr) wieder um knapp 4 % auf 136 000 zurück. Die Förderung wurde überwiegend

von männlichen Fachkräften genutzt (68 % aller Geförderten); 32 % der Geförderten waren Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2006 insgesamt 369 Mill. Euro, davon wurden 260 Mill. Euro als Darlehen bewilligt und 109 Mill. Euro als Zuschuss gewährt. Rund 50 000 (36 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 26 % Frauen und 74 % Männer. Eine Teilzeitfortbildung machten 86 000 Geförderte, davon 36 % Frauen und 64 % Männer. 15 % der Geförderten bildeten sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 55 % bis zu zwei Jahren und 86 % bis zu drei Jahren fort. Weitere 14 % besuchten Kurse, die länger als drei Jahre dauern. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten war die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen (35 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (30 %) und den 30- bis unter 35-Jährigen (15 %).

→ **Tab. 13**

Tab. 13: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	davon	
			Darlehen	Zuschuss
in 1000 EUR				
2002	87 756	298 772	202 700	96 071
2003	121 820	387 786	259 814	127 972
2004	133 018	378 563	257 135	121 427
2005	140 847	392 621	273 213	119 408
2006	135 915	369 045	260 257	108 788

3.1.5 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (Humankapital) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden aus dem jährlich durchgeführten Mikrozensus gewonnen, der größten

jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung Deutschlands.

Bei der 2007 durchgeführten Erhebung hatten 44 % der Befragten ab 25 Jahren einen so genannten »höherwertigen« Schulabschluss. 20 % besaßen einen Realschulabschluss; 24 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. In der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 74 % einen solchen Abschluss vorweisen (33 % Realschulabschluss, 41 % Fachhochschul-/Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 Jahren hatten dage-

gen lediglich jeweils 13 % eine Realschule und ein Gymnasium erfolgreich absolviert. → Tab. 14

Im Jahr 2007 hatten 55 % der Befragten ab 25 Jahren eine Lehre als höchsten beruflichen Bildungsabschluss. Rund 1 % besaßen einen Fachschulabschluss der in der ehemaligen DDR erworben wurde, 6 % einen Fachschulabschluss, 14 % einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und 22 % (noch) keinen beruflichen Abschluss. Von den 30- bis unter 40-Jährigen hatten immerhin 19 % ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen; unter den 60-Jährigen und Älteren befanden sich dagegen nur knapp 10 % Akademiker.

→ Tab. 15

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation Frauen mittlerweile einen höheren Bildungsabschluss nachweisen als die Männer. In der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen hatten 39 % der Männer und

Tab. 14: Allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung 2007

Altersgruppen	Insgesamt ¹	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinem Schulabschluss					Ohne allgemeinen Schulabschluss
			Haupt- (Volks-)schulabschluss	Abschluss der Polytechn. Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe	
in 1000								
25-29	4 901	17	1 070	-	1 595	2 034	16	160
30-39	10 866	/	2 767	942	2 964	3 737	39	390
40-49	13 645	/	4 294	1 848	3 230	3 731	59	454
50-59	11 020	/	4 767	1 460	1 899	2 462	44	362
60 und älter	21 079	/	14 257	403	2 696	2 747	130	680
Insgesamt	61 510	25	27 155	4 653	12 385	14 710	288	2 046
in %								
25-29	100	0,3	21,8	-	32,5	41,5	0,3	3,3
30-39	100	/	25,5	8,7	27,3	34,4	0,4	3,6
40-49	100	/	31,5	13,5	23,7	27,3	0,4	3,3
50-59	100	/	43,3	13,2	17,2	22,3	0,4	3,3
60 und älter	100	/	67,6	1,9	12,8	13,0	0,6	3,2
Insgesamt	100	0,0	44,1	7,6	20,1	23,9	0,5	3,3

Ergebnisse des Mikrozensus.

Tab. 15: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2007

Altersgruppen	Insgesamt	Mit beruflichem Bildungsabschluss						
		Lehr-/ Anlern- ausbildung	Fachschul- abschluss	Fachschul- abschluss in der ehem. DDR	Fachhoch- schul- abschluss	Hochschul- abschluss	Promotion	ohne Angaben zur Art des Abschlusses
in 1 000								
20-29	4 901	2 679	251	-	243	428	9	1 281
30-39	10 866	6 175	736	60	723	1 317	28	1 796
40-49	13 645	8 104	1 037	203	836	1 349	35	2 042
50-59	11 020	6 438	729	199	627	1 123	27	1 840
60 und älter	21 079	10 684	1 134	366	746	1 265	65	6 576
Insgesamt	61 510	34 081	3 886	829	3 175	5 482	164	13 536
in %								
20-29	100	54,7	5,1	-	5,0	8,7	0,2	26,1
30-39	100	56,8	6,8	0,6	6,7	12,1	0,3	16,5
40-49	100	59,4	7,6	1,5	6,1	9,9	0,3	15,0
50-59	100	58,4	6,6	1,8	5,7	10,2	0,2	16,7
60 und älter	100	50,7	5,4	1,7	3,5	6,0	0,3	31,2
Insgesamt	100	55,4	6,3	1,3	5,2	8,9	0,3	22,0

Ergebnisse des Mikrozensus. Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

44 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Demgegenüber besaßen im Jahr 2007 von den Personen ab 60 Jahren 19 % der männlichen, aber nur 8 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und der ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Während die in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen nur zu 15 % einen Realschulabschluss besaßen (für die Deutschen lag der entsprechende Wert bei 21 %), lagen sie mit einem Anteil von 25 % bei der Fachhochschul- und Hochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (23 %).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (26 % gegenüber 21 % bei den deutschen Frauen). 17 % der ausländischen Bevölkerung besaßen jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei den Deutschen waren es rund 2 %). Etwa die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hatte auch keinen beruf-

lichen Bildungsabschluss (55 % gegenüber 27 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss konnten 53 % der Deutschen, aber nur 29 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen (einschließlich Promotionen) waren die Anteile nahezu identisch.

3.1.6 Das Bildungsbudget für Deutschland

Die Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst die Entwicklung des Bildungswesens entscheidend. Ein zentrales Augenmerk in der bildungspolitischen Diskussion gilt daher der Mittelausstattung des Bildungswesens und der Finanzierungsstruktur. Im Folgenden werden Angaben zu den Bildungsausgaben (Bildungsbudget) dargestellt. Es orientiert sich an der Konzeption des lebenslangen Lernens. Die Ausgaben werden überwiegend den Jahresrechnungsergebnissen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) sowie den sonstigen zum finanzstatistischen Berichtskreis gehörenden Institutionen (Bundesagentur für Arbeit,

Studentenwerke, etc.) entnommen. Das nationale Bildungsbudget umfasst die Ausgaben in internationaler Abgrenzung gemäß der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) sowie zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung.

Die Ausgaben für Bildung betragen 2006 rund 142,9 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr (2005: 141,6 Mrd. Euro) war damit ein leichter Anstieg festzustellen. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sank von 6,3 % im Jahr 2005 auf 6,2 % im Jahr 2006. 

Der Rückgang entstand durch den stärkeren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Anstieg der Bildungsausgaben. Die Bildungsausgaben nach internationaler Abgrenzung beliefen sich 2006 auf rund 129,2 Mrd. Euro. Das bedeutet eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr (127,6 Mrd. Euro).

Die Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Programmen sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Bildungsgüter und -dienste



Wie setzen sich die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets zusammen?

Ausgaben für das Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung

Sie stellen die Hauptkomponente der Bildungsausgaben dar. Sie umfassen die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Schulgebäuden sowie die Ausgaben für den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Aber auch andere Einrichtungen und die Bildungsteilnehmer und deren Eltern bestreiten einen Teil der Bildungsausgaben. Hierbei handelt es sich z. B. um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (z. B. für Nachhilfeunterricht, zur Anschaffung von Taschenrechnern, Büchern, Schreibwaren). Lohn- und Gehaltskosten von Teilnehmenden an betrieblicher Aus- oder Weiterbildung werden nicht berücksichtigt. Enthalten sind auch die Ausgaben der Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung

Sie umfassen Ausgaben für Kinderbetreuung in öffentlichen Krippen und Horten, die betriebliche Weiterbildung, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung, Einrichtungen der Jugendarbeit und die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen.

außerhalb von Bildungseinrichtungen betragen 2006 13,2 Mrd. Euro.

Die zusätzlichen bildungsrelevanten Ausgaben in nationaler Abgrenzung betragen 13,7 Mrd. Euro im Jahr 2006. Gegenüber dem Vorjahr (2005: 14,0 Mrd. Euro) war ein Rückgang festzustellen. Während die

Ausgaben für die betriebliche Weiterbildung (2005: 7,9 Mrd. Euro; 2006: 8,1 Mrd. Euro) leicht zunahmen, gingen die Mittel für weitere Bildungsangebote (2005: 4,8 Mrd. Euro; 2006: 4,7 Mrd. Euro) sowie für die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung (2005: 1,3 Mrd. Euro; 2006: 0,9 Mrd. Euro) zurück. → **Tab. 16**

3.1.7 Zusammenfassung

Jeder 13. Jugendliche, der 2006 eine allgemein bildende Schule verließ, hatte keinen Abschluss. Im gleichen Jahr machten nahezu zwei Millionen Personen eine berufliche Ausbildung. Davon besuchten ein Fünftel (20 %) eine Berufsfachschule oder eine Schule des Gesundheitswesens; 1995 waren es erst 14 %. Die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer war 2006 älter als 50 Jahre. Die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen lagen 2005 bei 4 700 Euro.

2006 hatte jeder sechste Ausbildungsanfänger die Hochschul- oder Fachhochschulreife. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen Auszubildenden lag 2006 mit 4 % auf dem niedrigsten Stand seit 1988.

Im Studienjahr 2007 entschieden sich jeweils 17 % aller Studienanfänger für die Fächergruppen Ingenieurwissenschaften bzw. Mathematik/Naturwissenschaften. 46 % der Studienanfänger (1. Fachsemester) im Wintersemester 2006/2007 waren in einem Bachelor- oder Masterstudien-gang eingeschrieben, gegenüber 19 % der

Tab. 16: Bildungsausgaben der gesamten Volkswirtschaft und deren Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Ausgewählte Bildungsbereiche		Bildungsausgaben		Anteile am BIP	
		2005	2006 ¹	2005	2006 ¹
		in Mrd. EUR		in %	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	127,6	129,2	5,7	5,6
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	114,5	116,1	5,1	5,0
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	11,3	/	0,5	/
A32	ISCED 1-4 – Schulen und schulnaher Bereich	76,2	/	3,4	/
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	24,6	/	1,1	/
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	2,4	/	0,1	/
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung	13,1	13,2	0,6	0,6
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	14,0	13,7	0,6	0,6
B10	Betriebliche Weiterbildung	7,9	8,1	0,4	0,3
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	4,8	4,7	0,2	0,2
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung	1,3	0,9	0,1	0,0
A+B	Bildungsbudget insgesamt	141,6	142,9	6,3	6,2

¹ Vorläufige Angaben.

Studierenden. Das durchschnittliche Alter bei Abschluss eines Erststudiums lag im Prüfungsjahr 2006 bei 28 Jahren. Nur jede zehnte Professorenstelle (C4) an Hochschulen war 2006 mit einer Frau besetzt.

Die laufenden Grundmittel je Studierenden (laufende Finanzierung der Hochschulträger) beliefen sich 2005 auf 7 200 Euro. Im Jahr 2006 gab die öffentliche Hand 2,3 Mrd. Euro für das Studenten- und Schüler-BAföG aus, 348 Euro pro Monat je BAföG-Empfänger.

69 % der 19- bis 64-Jährigen können als »Lernaktive« bezeichnet werden, da sie in den letzten zwölf Monaten an mindestens einer Lernaktivität teilgenommen haben. 11 % haben einen regulären Bildungsgang an Schulen oder Hochschulen besucht, 44 % haben sich weitergebildet und 53 % haben mindestens eine Form des informellen Lernens praktiziert.

In Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nahmen im Jahr 2005 rund 35 % der Frauen dieses Weiterbildungsangebot wahr, gegenüber 41 % der Männer. Ältere Beschäftigte ab 55 Jahren hatten die niedrigste Teilnahmequote. In Unternehmen mit entsprechendem Angebot verbrachte jeder Teilnehmer durchschnittlich 30 Stunden in Lehrveranstaltungen.

2006 erhielten 136 000 Personen das sogenannte »Meister-BAföG«.

2007 hatten 27 % der Deutschen ab 25 Jahren (noch) keinen beruflichen Abschluss, bei den in Deutschland lebenden Ausländern waren es 55 %.

Die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets betrugen 2006 rund 142,9 Mrd. Euro. Der Anteil der Ausgaben für das Bildungsbudget am Bruttoinlandsprodukt sank damit von 6,3 % im Jahr 2005 auf 6,2 % im Jahr 2006.

Bildung gehört zu den sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts. In modernen Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland ist eine Vielzahl von sozialen Berechtigungen und Lebenschancen an Bildung und den Erwerb von Bildungszertifikaten gekoppelt: Zum einen ist Bildung als Humankapital eine essenzielle Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und daran geknüpfte Einkommenschancen sowie wohlfahrtsstaatliche Anrechte, zum anderen umfasst Bildung Wissen und psycho-soziale Kompetenzen, die für die Teilhabe am sozialen Geschehen und die Verarbeitung gesellschaftlicher Vorgaben erforderlich sind. Das an die Bildung geknüpfte Humankapital der Gesellschaftsmitglieder – gemessen an ihrem Humankapital für den Arbeitsmarkt und ihren psycho-sozialen Kompetenzen für den Alltag – ist daher eine der unabdingbaren Ressourcen für die individuelle Wohlfahrt und für die Leistungs- und Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft. So war es Ziel der vom Staat angestoßenen Bildungsexpansion seit den 1950er Jahren und der Bildungsreformen in den 1960er und 1970er Jahren, das Qualifikationsniveau in der Bevölkerung anzuheben und schließlich soziale Ungleichheiten von Bildungschancen abzubauen. Diese politischen Ziele sollten durch einen massiven Ausbau des Bildungswesens und einen deutlichen Anstieg der Bildungsbeteiligung in allen Bevölkerungsteilen realisiert werden.

Vor diesem Hintergrund werden die historischen Entwicklungen der Bildungsbeteiligung und Verteilungen von Bildungschancen beschrieben. In der strukturellen Logik des gestuften deutschen Bildungssystems und der zeitlichen Logik des Lebenslaufs werden die einzelnen Bildungsstufen und Etappen des Bildungserwerbs dabei separat betrachtet. Für die empirischen Auswertungen werden Quer-

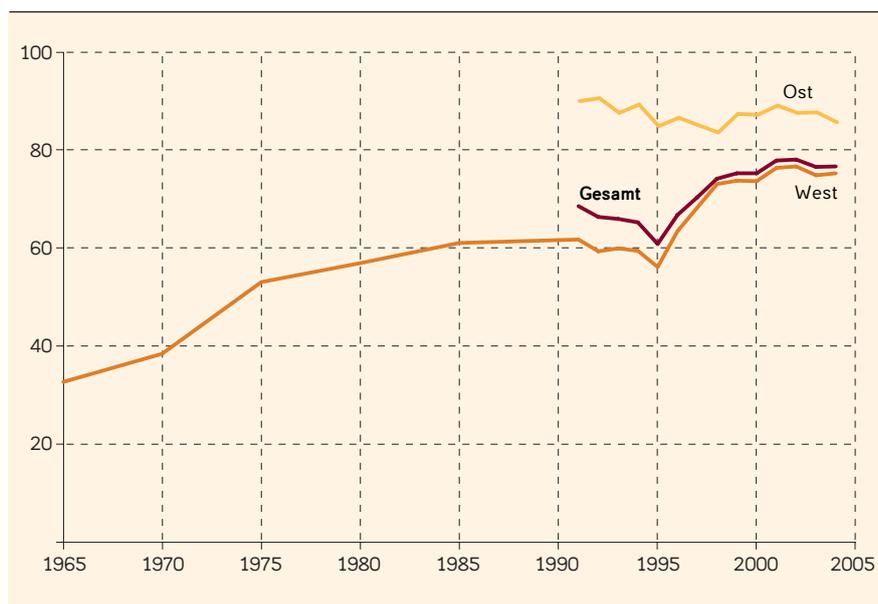
schnittsdaten der amtlichen Statistik (Volkszählung und Mikrozensus), des Gesis-ZUMA Systems sozialer Indikatoren für Deutschland und des ALLBUS sowie Längsschnittdaten der Deutschen Lebensverlaufsstudie und des Sozioökonomischen Panels (SOEP) herangezogen.

3.2.1 Kindergarten und vorschulische Betreuung

In der Bildungspolitik und deren öffentlichen Diskussion nehmen Angebot und Nutzung von vorschulischer Kinderbetreuung und Kindergarten eine herausragende Stellung ein. Hierbei wird angesichts der Befunde von TIMSS und PISA über den ausgeprägten Einfluss von Schichtzugehörigkeit auf die Lernvoraussetzungen bei der Einschulung und die schulischen Leistungen sowie die darauf basierende Chance hingewiesen, nach der Grundschule für weiterführende Schulen

(Realschule oder Gymnasium) empfohlen zu werden. Um diese Einflüsse abzuschwächen, die zu sozialen Ungleichheiten von Bildungschancen führen, sollen künftig in Kindertageseinrichtungen die frühkindliche Bildung – insbesondere die Sprachentwicklung und die Leistungsbereitschaft der Kinder – stärker gefördert werden. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund stellen eine Zielgruppe für die vorschulische Sprachförderung dar. Des Weiteren sollen die Kinder frühzeitig auf das Lernen in der Grundschule vorbereitet werden. Infolgedessen sind die Versorgungsquoten, die sich aus der Zahl verfügbarer Plätze in Kindertageseinrichtungen im Verhältnis zur Anzahl der Kinder der jeweiligen Altersgruppe berechnen lassen, im Westen Deutschlands für die Kindergärten von 78 % im Jahre 1990 auf 105 % im Jahre 2002 gestiegen. Im Osten Deutschlands stieg im gleichen Zeitraum die Versorgungsquote für Kindergärten von 113 auf 121 %.

Abb. 1: Kindergartenbesuch vor der Einschulung in Deutschland, Nutzungsquote in %



Datenbasis: Gesis-ZUMA System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland – eigene Darstellung.

Im Zeitraum von 1965 bis 1990 stieg im Westen Deutschlands die Nutzungsquote von 33 auf 62 % und danach bis 2005 auf 75 %. In Ostdeutschland ist seit 1990 eine anhaltend hohe Quote zwischen 86 und 90 % zu verzeichnen. Hier führt neben der fortgesetzten Tradition aus DDR-Zeiten das strukturelle Angebot an vorschulischer Kinderbetreuung auch zur entsprechenden Nutzung, die durch die starke Erwerbsorientierung ostdeutscher Mütter gefördert wird. Allerdings führten die anhaltende Abwanderung junger Frauen und Familien sowie der demographische Wandel nach dem Zusammenbruch der DDR über einen Geburtenrückgang und dem moderaten Wiederanstieg der Geburtenzahl ab Mitte der 1990er Jahre zu einem langsamen Rückgang der Nutzung solcher vorschulischer Einrichtungen. → Abb. 1

Analysen mit Daten des Sozioökonomischen Panels zeigen, dass nicht nur Arbeiterkinder im Vorschulalter eine geringere Nutzungsquote aufweisen als diejenigen aus höheren Sozialschichten, sondern auch, dass allenfalls zwei Drittel der Ausländerkinder im Alter zwischen drei und sieben Jahren vorschulische Einrichtungen besuchen. Auch die zunehmende Beteiligung der Kinder von Aus- und Spätaussiedlern seit den 1990er Jahren ähnelt der Entwicklung für die Migranten. Gemessen an der Partizipation ist bei den Einheimischen – im Unterschied zu den Migranten- und Immigrantenkinder – der Kindergarten zur »Regel-Einrichtung« geworden. Die soziokulturelle Distanz zu Bildungsinstitutionen in Deutschland ist möglicherweise der entscheidende Grund für die vergleichsweise niedrigen Besuchsquoten bei den Migranten und Immigranten auf der einen und bei den Arbeiterschichten auf der anderen Seite.

Offensichtlich trägt vorschulische Bildung zur Verringerung von Bildungsungleichheiten zwischen Sozialschichten bei. So haben westdeutsche Arbeiterkinder im Vergleich zu nichtteilnehmenden Arbeiter-

Tab. 1: Bildungsbeteiligung von 14-jährigen Schulkindern mit Vorschulbildung nach sozialer Herkunft

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
	in %		
Westdeutsche Kinder			
Arbeiterkinder			
Kindergartenbesuch	39	35	27
Kein Kindergartenbesuch	71	23	7
Kinder un- und angelernter Arbeiter			
Kindergartenbesuch	53	28	18
Kein Kindergartenbesuch	71	18	12
Kinder aus der oberen und unteren Dienstklasse			
Kindergartenbesuch	13	27	61
Kein Kindergartenbesuch	0	36	64
Migrantenkinder			
Arbeiterkinder			
Kindergartenbesuch	53	32	16
Kein Kindergartenbesuch	61	31	8
Kinder un- und angelernter Arbeiter			
Kindergartenbesuch	55	29	17
Kein Kindergartenbesuch	69	27	4
Kinder aus der oberen und unteren Dienstklasse			
Kindergartenbesuch	10	24	67
Kein Kindergartenbesuch	33	67	0
Ostdeutsche Kinder			
Arbeiterkinder			
Kindergartenbesuch	16	49	35
Kein Kindergartenbesuch	0	75	25

Datenbasis: SOEP 1992–2003, ungewichtete Ergebnisse.

terkinder eine 4,9-mal bessere Chance, auf das Gymnasium zu wechseln, wenn sie in der Zeit vor ihrer Einschulung einen Kindergarten oder eine Vorschule besucht haben. Umgekehrt haben sie ohne Kindergarten- oder Vorschulbesuch ein rund viermal größeres Risiko in die Hauptschule zu wechseln (71 %), als wenn sie an vorschulischer Betreuung teilnehmen (39 %). Hingegen haben Kinder un- und angelernter Arbeiter nicht nur generell die ungünstigsten Chancen, an höherer Schulbildung zu partizipieren, sondern auch die Bildungseffekte vorschulischer Betreuung sind bei ihnen äußerst gering. So haben Kinder un- und angelernter Arbeiter lediglich eine 1,6-mal bessere Chance das Gymnasium zu besuchen, wenn sie an vorschulischer Bildung teilgenommen haben, als die Nichtteilnehmer unter ihnen. Die Nichtteilnehmer unter

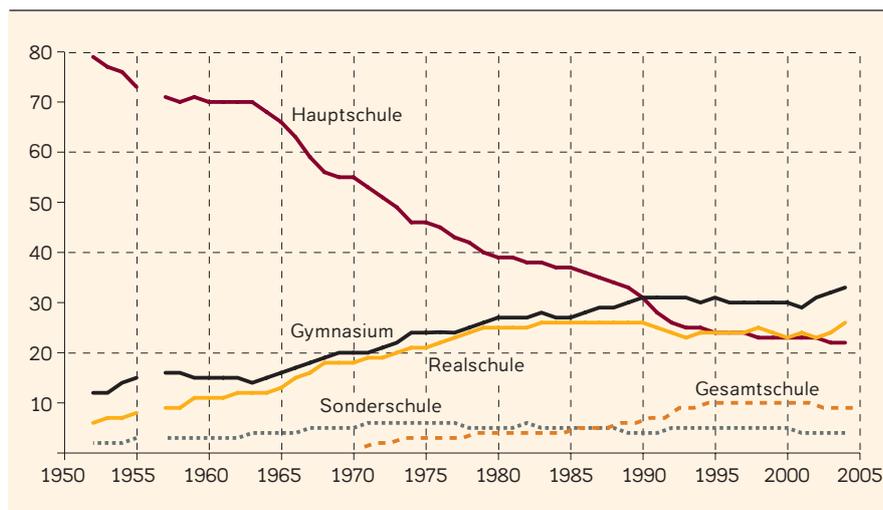
den Kindern un- und angelernter Arbeiter haben ein zwei Mal höheres Risiko, lediglich auf die Hauptschule wechseln zu können, als die Teilnehmer. Geringer sind die Chancenunterschiede bei den ostdeutschen Arbeiterkindern, die aber mehr von Kindergarten und Vorschule profitieren als die westdeutschen Arbeiterkinder. Im Vergleich zu den Kindern aus der oberen und unteren Dienstklasse bleiben sowohl einheimische als auch ausländische Arbeiterkinder in ihren Bildungschancen benachteiligt, auch wenn sie Kindergarten und Vorschule besuchen. Partizipieren die Kinder aus den höheren Sozialschichten an vorschulischer Bildung, dann bleiben die sozialen Disparitäten in den Bildungschancen weiterhin bestehen. → Tab. 1

Weiterführende Analysen für Arbeiterkinder zeigen, dass sich der Bildungseff-

fekt vorschulischer Bildung relativiert, wenn Ressourcen des Elternhauses kontrolliert werden. Hierbei ist ersichtlich, dass sich die Bildungseffekte vorschulischer Betreuung nur für Kinder qualifizierter Arbeiter (wie z. B. Facharbeiter, Meister und Poliere sowie Industriewerkmeister) ergeben, während Kinder un- und angelernter Arbeiter in ihren Bildungschancen weiterhin besonders benachteiligt sind. Ihre Benachteiligung kann gegenwärtig auch durch entsprechende Maßnahmen der vorschulischen Einrichtungen kaum ausgeglichen werden. Auch für die Migranten sollten die Bildungseffekte vorschulischer Bildung nicht überschätzt werden: Einheimische mit vorschulischer Bildung haben immer noch 2,5-mal bessere Chancen, auf das Gymnasium zu wechseln, während Migrantenkinder mit vorschulischer Bildung die gleichen Bildungschancen haben wie Einheimische ohne vorschulische Bildung. Lässt man die Differenzen zwischen den Nationalitäten unberücksichtigt, dann entsprechen die Bildungsstrukturen von Migranten denen der westdeutschen Arbeiterkinder.

Insgesamt sind positive Bildungseffekte für Migranten und einheimische Arbeiterkinder festzustellen, insbesondere in den westlichen Bundesländern. Allerdings führt die vorschulische Bildung weder zu einer Angleichung der Bildungschancen noch zu einem Ausgleich der Bildungsdefizite. Vorschulische Bildung ist zwar ein wirksames Mittel, um die im Bildungssystem benachteiligten Migranten- und Arbeiterkinder zu fördern, aber sie ist als institutionelles Programm allein nicht ausreichend, um Bildungsungleichheiten umfassend abzubauen. Andere Einflüsse wie etwa schichtspezifische Bildungsentscheidungen, Strukturen des Bildungssystems sowie die Prozesse und Mechanismen der strukturellen Selektion bei den einzelnen Bildungsübergängen sind für die Bildungschancen und Bildungserfolge letztlich bedeutsamer als die Angleichung der Lernvoraussetzungen in frühen Stadien des Bildungsverlaufs.

Abb. 2: Allgemeine Schulbildung – 13-jährige Schulkinder in weiterführenden Schullaufbahnen der Sekundarstufe I (1952–2004), in %



Datenbasis: Gesis-ZUMA System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland – eigene Darstellung.

3.2.2 Bildungsbeteiligung in der allgemein bildenden Schule

In Abbildung 2 lassen sich Struktur und Dynamik der Bildungsexpansion sowie die gestiegene Beteiligung an weiterführender Schulbildung ablesen. Von Anfang der 1950er Jahre bis Mitte der 1960er Jahre sank der Anteil der 13-jährigen Schulkinder, die im Anschluss an die Primarstufe die Hauptschule besucht haben, von 79 auf 66 %, während der Besuch der Realschule von 6 auf 13 % und der des Gymnasiums von 12 auf 16 % gestiegen ist.

Bis zum Jahr 1990 sank der Hauptschulbesuch weiter auf 31 und bis 2004 auf 22 %. Hingegen besuchten im Jahre 1990 rund 31 % der 13-Jährigen das Gymnasium und 27 % die Realschule. Während bis 2004 der Gymnasiastenanteil in dieser Altersgruppe weiter auf 33 % stieg, ging der Anteil der Übergänge in die Realschule auf 26 und der in die Hauptschule auf 22 % zurück. In der Zeit von 1971 bis 2000 ist der Anteil der 13-Jährigen, die auf die Gesamtschule gewechselt sind, auf 9 % angestiegen. → Abb. 2

Eine unbeabsichtigte Nebenfolge der Bildungsexpansion ist der zunehmend sozial

selektive Übergang auf die Hauptschule, deren Schüler als die »Kellerkinder der Bildungsexpansion« bezeichnet werden und die negativen Folgen dieser Entwicklung für das Sozial- und Lernklima in der »Restschule mit Ghetto-Charakter« zu tragen hat. So haben die Ausländerkinder bzw. Kinder mit Migrationshintergrund im Durchschnitt ein dreimal größeres Risiko, in der Hauptschule zu verbleiben, als deutsche Schulkinder. Im Zeitverlauf haben sich die Bildungschancen für Migrantenkinder weiterhin verschlechtert. In der gleichen Zeit ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ohne Hauptschulabschluss als Mindestqualifikation von der Schule abgingen, von 16 auf 9 % zurückgegangen. In Ostdeutschland lag der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss im Jahre 2003 bei 11 % und in Westdeutschland bei 8 %. Unter den Männern ist der Anteil dieser »Verlierer der Bildungsexpansion« mit 11 % deutlich höher als unter den Frauen (7 %). In den westlichen Bundesländern hat sich von 1970 bis Anfang der 1990er Jahre die Abiturientenquote von 10 auf 22 % mehr als verdoppelt und stagniert seitdem auf diesem Niveau. In Ostdeutschland ist die Abiturientenquote von 16 % im Jahre 1992 auf 25 % im Jahre 2003 angestiegen.

Diese Entwicklungen dokumentieren zweifelsohne eine enorme Bildungsexpansion in den vergangenen Jahrzehnten, die neben positiven Folgen auch zu sozial- und bildungspolitisch unerwünschten Ergebnissen geführt hat. Zweifelsohne hat die Bildungsexpansion zu mehr Bildungschancen geführt. Insbesondere die bislang benachteiligten Mädchen konnten ihre Bildungsdefizite gegenüber den Jungen mehr als wettmachen. Allerdings war die Bildungsexpansion für einzelne Sozialschichten mit unterschiedlichen Auswirkungen für die relativen Bildungschancen verbunden: So hatten – Daten der amtlichen Statistik zufolge – im Jahre 1965 die Beamtenkinder eine 19-mal bessere Chance als die Arbeiterkinder, auf das Gymnasium zu wechseln. Danach verbesserten sich die Bildungschancen bis zum Jahre 1985 zu Gunsten der Arbeiterkinder. Jedoch hatten im Jahre 1989 die Beamtenkinder immer noch elfmal bessere Chancen als die Arbeiterkinder, das Gymnasium besuchen zu können. In den 1990er Jahren verringerte sich – Analysen auf der Datengrundlage des SOEP zufolge – die Bildungsungleichheit weiterhin in geringem Maße. So hatten im Jahre 1995 die Schulkinder aus den Dienstklassen (einschließlich der Beamtenkinder) gegenüber den Kindern aus den Arbeiterschichten eine neunmal und im Jahre 2000 eine siebenmal bessere Chance, ins Gymnasium zu wechseln.

Bei frühen Bildungsübergängen haben sich zwar im Zuge der Bildungsexpansion die traditionellen Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft moderat reduziert, aber der Bildungszugang ist weiterhin von beträchtlicher Chancenungleichheit geprägt. Weiterführende Analysen belegen, dass vor allem die unteren Mittelschichten vom Ausbau des Bildungssystems profitierten sowie auch die besser gebildeten Mittelschichten mit qualifizierten Dienstleistungsberufen, die im Zuge der Bildungsexpansion und Tertiärisierung von Bildung und Berufsstruktur zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Zwar verringerte sich beim Zugang

zur Realschule generell die Chancenungleichheit nach sozialer Herkunft, aber die Chancen für den Übergang zum Gymnasium hängen immer noch von der sozialen Herkunft – also der sozialen Position des Elternhauses – ab.

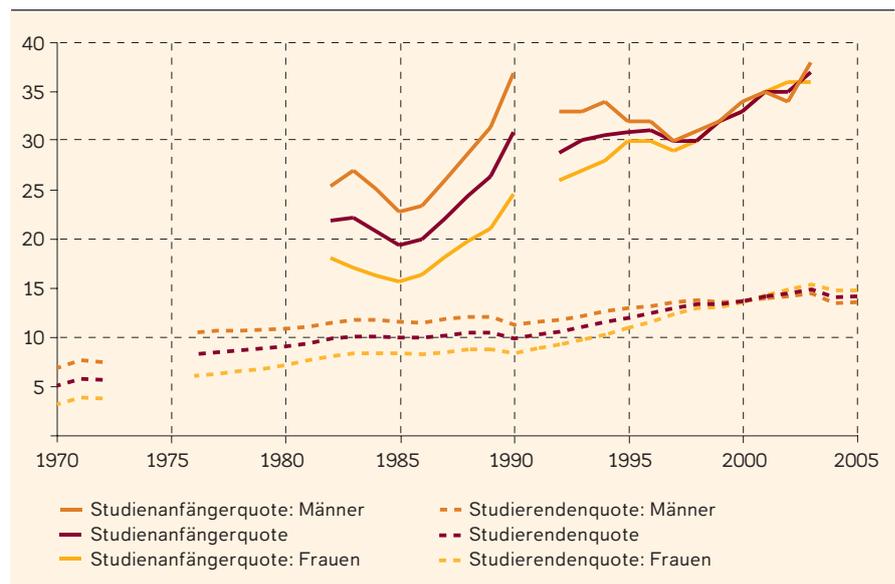
3.2.3 Entwicklung von Berufsausbildung und Studienbeteiligung

Die Bildungsexpansion fand mit einer zeitlichen Verzögerung auch an den Hochschulen statt und hält bis in die Gegenwart an. Die Studienanfängerquote für das Studium an Universitäten (einschließlich pädagogischer und theologischer Hochschulen) und Fachhochschulen (relativer Anteil der Studienanfänger an der 18- bis unter 22-jährigen Bevölkerung) ist von 19 % im Jahre 1980 auf rund 31 % bis Ende der 1980er Jahre gestiegen. Bis dahin blieben die geschlechtsspezifischen Disparitäten der Studienchancen relativ konstant. Nach 1990 ist ein Anstieg der Studienanfängerquote von 29 auf 37 % zu verzeichnen. Im Zuge dieser Entwicklung sind die Unterschiede in den Studienchancen zwischen den Geschlechtern verschwunden.

Für die unteren Sozialschichten stellt der Übergang in das Hochschulstudium eine weitere Hürde im Bildungsverlauf dar. Gemessen an den gestiegenen Studienchancen von sozial privilegierten Personen aus höheren Sozialschichten, haben sich die traditionell ungünstigen Studienchancen von Arbeiterkindern seit Anfang der 1980er Jahre kaum verändert. Die relativen Gewinne, die die Arbeiterkinder im Zuge der Bildungsexpansion zumindest beim Übergang auf die weiterführenden Schullaufbahnen in der Sekundarstufe I erzielt haben, fanden bislang keine Fortsetzung beim Übergang in den immer noch sozial exklusiven Bereich der tertiären Bildung. Im Gegenteil haben sich bei den relativen Studienchancen die Abstände zwischen höheren und niedrigeren Sozialschichten weiterhin vergrößert. Vor allem die Arbeiterkinder werden über das Angebot alternativer Ausbildungen vom Studium an den Universitäten »abgelenkt«. → Abb. 3

Die Studierendenzahl (prozentualer Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 20 und 30 Jahren) stieg von 5 % im Jahre 1970 auf über 8 % im Jahre 1980 und rund 10 %

Abb. 3: Studienchancen und Studienbeteiligung im Wandel 1970–2005, in %



Datenbasis: Gesis-ZUMA System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland – eigene Darstellung.

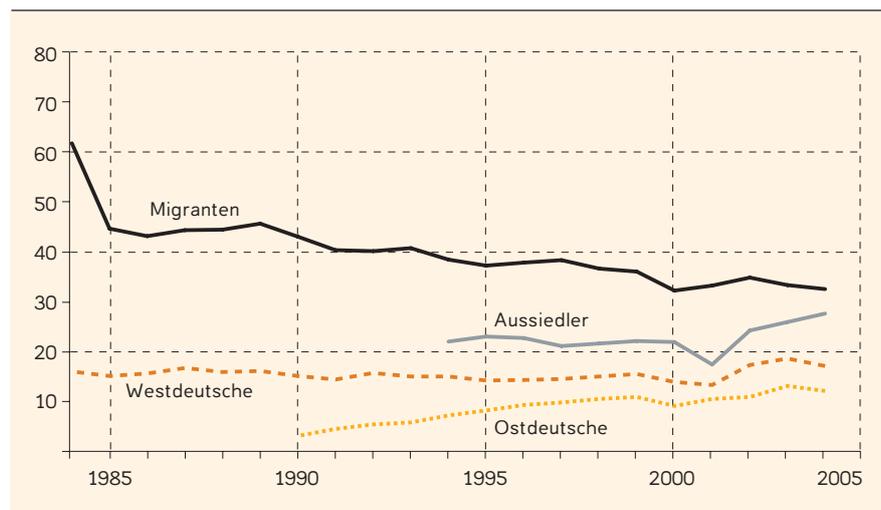
im Jahre 1990; nach der deutschen Einheit ist sie weiter bis auf 14 % im Jahre 2003 gestiegen. Hierbei haben sich im Laufe der Zeit die geschlechtsspezifischen Disparitäten deutlich verringert, so dass die noch Anfang der 1990er Jahre deutlichen Unterschiede in den Studienchancen zwischen Frauen und Männern bis zum Ende dieses Jahrzehnts verschwanden. Angesichts der gestiegenen Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich wurden bestimmte Ziele der Bildungspolitik erreicht und zum Teil übertroffen. Entgegen den häufig wiederholten Behauptungen gab es keine Bildungsinflation im Sinne der Überproduktion formal Hochqualifizierter und Akademiker.

Nach der Sekundarstufe I erfolgt entweder eine Fortsetzung der allgemeinbildenden Schulbildung oder der Wechsel in die duale Berufsausbildung. Voraussetzung für eine Berufsausbildung ist der erfolgreiche Abschluss der Schulbildung mit einem qualifizierten Abschlusszeugnis. Zwischen 50 und 60 % der deutschen Erwerbsbevölkerung verfügt über einen qualifizierten Berufsabschluss. Dieses Zertifikat ist ein Garant für hohe Erwerbschancen und niedrige Arbeitslosigkeitsrisiken. Allerdings ist der Abschluss einer Berufsausbildung ungleich zwischen Bevölkerungsgruppen verteilt.

So hängt das hohe Arbeitslosigkeitsrisiko unter den Migranten und Aussiedlern im deutschen Arbeitsmarkt eng mit einem fehlenden Berufsabschluss zusammen. Während im Jahre 1984 noch 62 % der Migranten im Alter zwischen 20 und 29 Jahren über keinen Berufsabschluss verfügten, hatten im Vergleich dazu rund 16 % der westdeutschen Frauen und Männer im selben Alter keinen Berufsabschluss erworben. → Abb. 4

Bis zum Jahre 2004 sank zwar der Anteil der 20- bis 29-jährigen Migranten ohne Berufsabschluss auf 33 %, aber sie hatten immer noch ein 2,4-mal höheres Risiko, ohne Berufsabschluss zu bleiben, als die altersgleichen Westdeutschen. Auch die

Abb. 4: Ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt? Anteile von 20- bis 29-Jährigen ohne Berufsabschluss, in %



Datenbasis: SOEP (ungewichtete und gerundete Ergebnisse).

Aussiedler haben ein höheres Risiko als die West- oder Ostdeutschen ohne Berufsabschluss um einen Arbeitsplatz konkurrieren zu müssen. Allerdings ist in Ostdeutschland im Zeitraum von 1994 – 2004 unter den 20- bis 29-Jährigen der Anteil von Personen ohne Berufsausbildung deutlich von 3 auf 12 % angestiegen. Trotz relativer Bildungserfolge in der Berufsausbildung sind die Migranten und Immigranten nach ihrer Ankunft in Deutschland gegenüber den Einheimischen weiterhin deutlich im Nachteil.

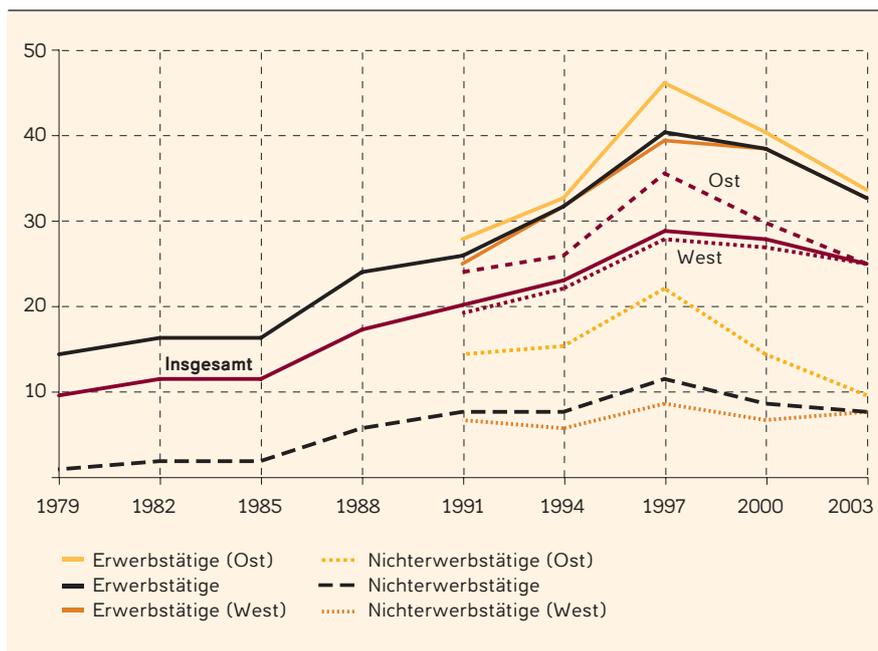
3.2.4 Berufliche Weiterbildung

Aus bildungs- und wirtschaftspolitischen und in den letzten Jahren auch aus sozialpolitischen Gründen ist die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Dies lässt sich an steigenden Teilnahmezahlen ablesen, denen zufolge in den letzten 20 Jahren für Personen im Alter von 19 bis 64 Jahren ein deutlicher Anstieg aller Teilnahmen an beruflicher Weiterbildung zu verzeichnen ist. Zwischen 1979 und 1997 ist die Teilnahmequote von 10 auf 30 % gestiegen und dann wieder auf 26 % im Jahre 2003 zurückgegangen. Generell lagen die Teilnahmequoten im Os-

ten Deutschlands mit 25 % im Jahr 1991, 37 % im Jahr 1997 und 31 % im Jahr 2000 deutlich höher als in Westdeutschland. Während sich in Westdeutschland die Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung kaum verändert hat, ist sie im Osten Deutschlands gegen Ende der 1990er Jahre um sechs Prozentpunkte zurückgegangen. Im Jahr 2003 lagen die Teilnahmequoten in beiden Teilen Deutschlands mit 26 % auf gleichem Niveau. Nichterwerbstätige partizipieren in einem geringeren Maße an der beruflichen Weiterbildung als Erwerbstätige. Während sich im Jahr 1979 rund 15 % und im Jahr 2000 rund 40 % der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland beruflich weiterbildeten, nahmen nur zwischen einem und elf Prozent der Nichterwerbstätigen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teil. In Ostdeutschland ist der Anteil der Nichterwerbstätigen, die sich beruflich weiterbilden, deutlich höher als im Westen Deutschlands. → Abb. 5

Trotz der gestiegenen Teilnahme an beruflicher Weiterbildung hat sich in der Kohortenabfolge die soziale Selektivität beim Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen nicht geändert. Weiterführende Analysen mit Daten des SOEP und der Deut-

Abb. 5: Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in Deutschland, 1979 bis 2003 (Teilnahmequoten in %)



Quelle: Kuwan, Helmut und Thebis, Frauke 2005: Berichtssystem Weiterbildung 2003. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland, Bonn: BMBF, S.22, S.34-35. Eigene Darstellung.

schen Lebensverlaufsstudie belegen zudem, dass jüngere und besser gebildete Geburtsjahrgänge immer bessere Chancen haben, sich bereits zu Beginn ihres Berufsverlaufs beruflich weiterzubilden. Auch die Bevölkerungsgruppen, die bereits vorteilhafte Karrieren- und Einkommenschancen realisiert haben oder sich in beruflichen Positionen und Beschäftigungsbereichen mit günstigen Arbeits- und Aufstiegsbedingungen befinden, weisen privilegierte Weiterbildungschancen auf. Schließlich steht der Zugang zu beruflicher Weiterbildung in direktem Zusammenhang mit erworbenen Kenntnissen aus einer ersten Ausbildung bzw. aus langjähriger Berufserfahrung. Statt einer Kompensation von Bildungsdefiziten erfolgt über berufliche Fort- und Weiterbildung eine kumulative Qualifikation bereits privilegierter Erwerbspersonen. Insgesamt verstärken sich über selektive Weiterbildungschancen bestehende herkunfts- und geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei der schulischen und beruflichen Ausbildung über den gesamten Berufs- und Lebensverlauf.

3.2.5 Zusammenfassung

Das Bildungssystem hat durch die Vermittlung von Wissen und die Vergabe von Zertifikaten einen entscheidenden Einfluss auf die soziale Platzierung seiner Absolventen und daran geknüpfte Lebenschancen: Je höher der erreichte Abschluss, desto größer die Chancen auf den gewünschten Ausbildungs- oder Studienplatz und damit im Allgemeinen auch auf die spätere berufliche Position. Trotz der herausragenden Bedeutung von Bildung für Individuum und Gesellschaft sind die Möglichkeiten, höherwertige Bildungslaufbahnen einzuschlagen und qualifizierte Bildungspatente zu erwerben, ungleich in der Bevölkerung verteilt. So hängen die Bildungschancen – der eingeschlagene Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen sowie der Erwerb von Bildungszertifikaten – wesentlich von ihrer sozialen Herkunft, also der sozioökonomischen Lage ihres Elternhauses, ab. Offensichtlich ist, dass die Bildungsexpansion über zunehmend bessere Bildungschancen für alle Sozialschichten –

und vor allem für ehemals benachteiligte Mädchen – zu einer Höherqualifizierung in der Bevölkerung geführt hat, aber nicht zum generellen Abbau von Bildungsungleichheiten hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Dieser soziale Tatbestand hat nicht zuletzt deswegen weitreichende individuelle Konsequenzen und gesellschaftliche Folgen, weil Bildung eine relevante Ressource ist, bei der auch kleine Niveauunterschiede am Anfang des Bildungsverlaufs zu großen Ungleichheiten im weiteren Verlauf des Lebens führen können.

Bei aller Unvollkommenheit der in der Nachkriegszeit initiierten Bildungsreformen sind durchaus Erfolge beim Abbau größter Bildungsungleichheiten erzielt worden. Aber bildungspolitische Programme, die vornehmlich das gesellschaftspolitische Ziel verfolgen, durch ein vermehrtes Angebot an Bildungsmöglichkeiten bestehende Bildungsungleichheiten auflösen zu wollen, haben sich als weniger erfolgreich als erhofft herausgestellt. Die Bildungsexpansion vermag für sich genommen weder einen Abbau von Bildungsungleichheiten zwischen den Sozialschichten noch eine Reduktion ungerechtfertigter Ungleichheiten von Lebenschancen zu bewirken.

4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor

4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Thomas Luh

4

Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge und Ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Volkswirtschaft insgesamt zu erfassen, aufzubereiten und die Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten werden für Analyse- und Prognosezwecke genutzt und sind Grundlage für wirtschaftspolitische und unternehmerische Entscheidungen.

Das wichtigste statistische Instrumentarium für die Wirtschaftsbeobachtung sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Sie haben die Aufgabe, für einen bestimmten, abgelaufenen Zeitraum – das sind typischerweise Jahre und Quartale – ein möglichst umfassendes, übersichtliches und hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirt-

schaftlichen Geschehens in einer Volkswirtschaft zu geben. 

Die deutschen VGR folgen den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Im ESVG 1995 werden Definitionen, Konzepte, Abgrenzungen, Begriffe, Klassifikationen sowie der Zeitpunkt und die Häufigkeit der Lieferung von VGR-Ergebnissen geregelt. Das ESVG 1995 hat als Verordnung der EU Gesetzescharakter und ist daher für alle Mitgliedstaaten verbindlich. Damit ist sichergestellt, dass europaweit harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Sie

dienen unter anderem als Grundlage für Gutachten, Wachstumsprognosen, Steuerschätzungen, Rentenanpassungen und Tarifverhandlungen. Nationale Nutzer sind in erster Linie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Bundesministerium der Finanzen, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften.

International werden VGR-Ergebnisse von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) genutzt. Eine besondere Bedeutung haben



Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

Die VGR erfassen die wirtschaftliche Tätigkeit aller Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz im Wirtschaftsgebiet haben. Das kann die gesamte Volkswirtschaft (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Bundesland) sein. Wirtschaftseinheiten sind alle Personen und Institutionen mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens relevanten Tätigkeiten (produzieren, verteilen, konsumieren, investieren, finanzieren). Da es nicht möglich ist, alle Wirtschaftseinheiten einzeln zu betrachten, werden diese nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens zu so genannten Sektoren zusammengefasst.

Unterschieden werden nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbzzweck und der Sektor »übrige Welt«. Darüber hinaus werden zur fachlichen Darstellung der Wirtschaftsstruktur die Wirtschaftseinheiten, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten ausüben, zu Wirtschafts- bzw. Produktionsbereichen zusammengefasst.

Die Ergebnisse der amtlichen VGR werden in Form eines geschlossenen Kontensystems mit doppelter Buchung aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt und in einer Vielzahl von Tabellen, die das Kontensystem ergänzen, dargestellt. In den Tabellen werden die Kontenpositionen tiefer untergliedert, teilweise nach besonderen Gesichtspunkten zusammen gefasst oder in

sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. um preisbereinigte Angaben oder um Angaben je Einwohner). Darüber hinaus werden in speziellen Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Für die Aufstellung der VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- bzw. Rechentermin vorliegen. Darüber hinaus werden die VGR administrative Daten (z. B. Finanzstatistiken, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit), Haushaltsbefragungen, Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen, sowie Informationen von Verbänden aus.

die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Europäische Kommission: Das Bruttonationaleinkommen (BNE) ist ein wichtiger Indikator für die Berechnung der EU-Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die Europäische Union. Darüber hinaus werden VGR-Daten für die Überwachung und Steuerung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik benötigt. So basieren die Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion im Wesentlichen auf Größen der VGR (öffentliches Defizit, öffentlicher Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt).

4.1.1 Das Bruttoinlandsprodukt als zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt



Drei Rechenwege führen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Eine zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt. Es ist ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung. Prinzipiell kann das Bruttoinlandsprodukt auf drei Wegen berechnet und dargestellt werden:

Die *Entstehungsrechnung* zeigt, wie die wirtschaftliche Leistung von der Produktionssseite her entstanden ist. Sie ermittelt die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und verdeutlicht, wie diese zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen haben (siehe 4.1.2).

Die *Verwendungsrechnung* beschreibt, für was das erarbeitete gesamtwirtschaftliche Ergebnis verwendet wurde. Es kann konsumiert, investiert oder exportiert werden. Das BIP lässt sich daher auch als Summe aus Konsum, Investitionen und Exporten minus Importen errechnen (siehe 4.1.3).

Mit Hilfe der *Verteilungsrechnung* kann das BIP über die bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandenen Einkommen berechnet werden.

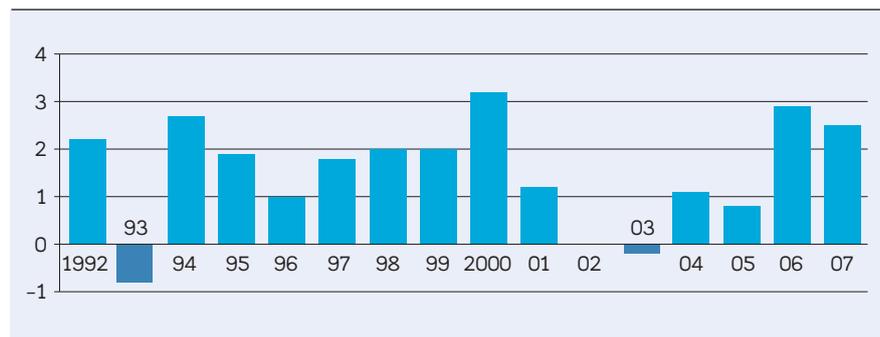
Das BIP ist gleich der Summe aus entstandenem Arbeitnehmerentgelt, entstandenem Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Produktions- und Importabgaben sowie Abschreibungen abzüglich des Saldos der Primäreinkommen aus der übrigen Welt. Alternativ könnte das BIP auch über die empfangenen Einkommen ermittelt werden (siehe 4.1.4). → **Abb. 1**

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt dargestellt. Die Zunahme oder Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung

des Volumens der gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Rechnung wird der Einfluss der Preisveränderung ausgeschaltet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet. Diese neue (im Jahr 2005 eingeführte) Methode ersetzt die früher übliche Berechnung in konstanten Preisen eines festen Preisbasisjahres. Sie gewährleistet, dass stets die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt werden. Die jährlichen Veränderungsraten des preisbereinigten Brutto-

Abb. 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts preisbereinigt, Kettenindex (2000=100) - Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %



inlandsprodukts können als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. → **Abb. 2**

In Deutschland hat das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2007 um rund 27 % zugenommen. Nach einem Boom im Jahr 2000 (+3,2 %) und einer Stagnation bzw. negativen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in 2002 und 2003 ist die deutsche Wirtschaft zuletzt wieder deutlich gewachsen: Im Vergleich zum Vorjahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in 2006 um 2,9 % und in 2007 um 2,5 %. Ausgehend vom preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt kann die Arbeitsproduktivität berechnet werden, und zwar je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde. Die Arbeitsproduktivität zeigt, wie sich die Produktivität einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschaftsbereichs im Zeitverlauf entwickelt. Bezieht man demgegenüber das nominale Bruttoinlandsprodukt auf den Arbeitseinsatz, erhält man ein Maß für die Wirtschaftsleistung unterschiedlicher Wirtschaftsgebiete in einer bestimmten Periode.

4.1.2 Die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wird die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt; man spricht daher

auch vom Produktionsansatz. Ausgehend vom Wert der von den Wirtschaftseinheiten in einer Periode produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) wird durch Abzug der Vorleistungen die Bruttowertschöpfung ermittelt. Vorleistungen sind Waren und Dienstleistungen, die im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Sie umfassen unter anderem Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Brenn- und Treibstoffe sowie Reparaturleistungen. Die Bruttowertschöpfung ist eine wichtige Kennzahl für die Leistung der Wirtschaftsbereiche. Den gedanklichen Anknüpfungspunkt für ihre Berechnung bilden die einzelnen Wirtschaftseinheiten, die zu Wirtschaftsbereichen aggregiert werden. Die in tiefer Gliederung berechnete Bruttowertschöpfung wird derzeit nach maximal 60 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht.

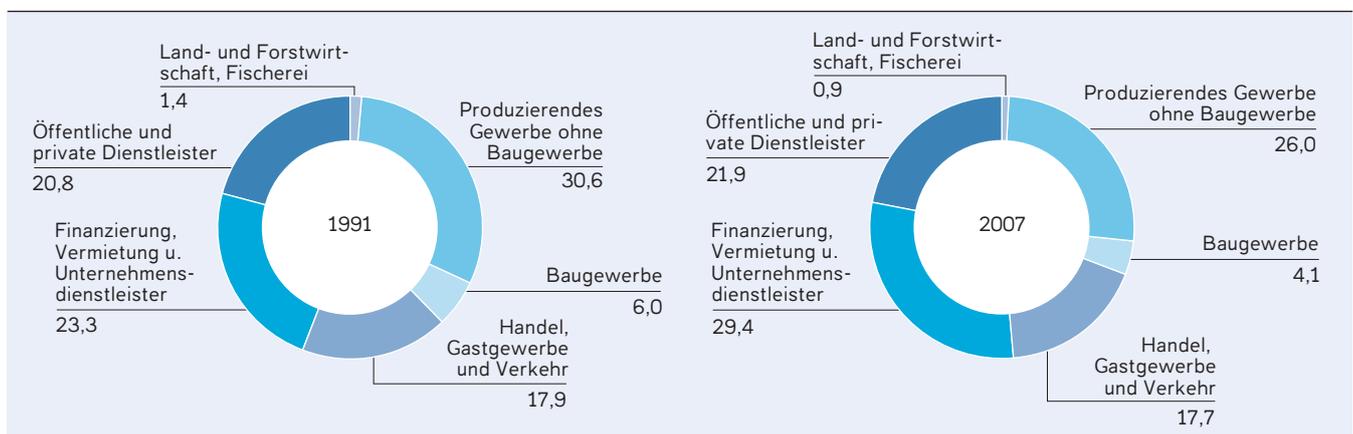
Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen

Im Jahr 2007 wurden rund 69 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von den Dienstleistungsbereichen erbracht. Bedeutsam ist insbesondere der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, auf den 29,4 % der Bruttowertschöpfung entfallen sind. Der Beitrag des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) zur gesamtwirtschaftlichen Leistung belief sich auf 26 %. Im Jahr 1991 betrug der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung noch 30,6 %. Auf den Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister entfielen seinerzeit 23,3 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, auf die Dienstleistungsbereiche insgesamt 62 %. Der Anteil des Baugewerbes ist von 6,0 % auf 4,1 %

Tab. 1: Ergebnisse der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen 2007, in jeweiligen Preisen

	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung
	in Mrd. EUR		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,20	28,27	19,93
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 766,05	1 201,38	564,67
darunter Verarbeitendes Gewerbe	1 645,67	1 136,94	508,73
Baugewerbe	210,67	122,14	88,53
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	753,91	368,64	385,27
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	986,27	348,44	637,83
Öffentliche und private Dienstleister	689,47	213,52	475,95
Alle Wirtschaftsbereiche	4 454,57	2 282,39	2 172,18

Abb. 3: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1991 und 2007, in %



Tab. 2: Erwerbstätige im Inland nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen

	Insgesamt in 1 000	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	darunter Ver- arbeitendes Gewerbe				
in % von insgesamt								
1991	38 621	3,9	29,3	27,4	7,3	24,1	9,7	25,7
2004	38 880	2,2	20,6	19,6	5,8	25,2	16,2	29,9
2005	38 846	2,2	20,3	19,3	5,6	25,1	16,5	30,3
2006	39 088	2,2	20,0	19,0	5,5	25,0	16,9	30,4
2007	39 737	2,1	19,9	19,0	5,5	24,9	17,3	30,2

zurückgegangen. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie öffentliche und private Dienstleister traten nur kleinere Veränderungen auf. → Tab. 1, Abb. 3

Die Zahlen verdeutlichen einen beträchtlichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft seit der Wiedervereinigung. Bei ihrer Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Gewichte zwischen den Wirtschaftsbereichen auch durch Auslagerungsprozesse oder den Einsatz von Leiharbeitern verschieben können, ohne dass sich die Art der Tätigkeiten bzw. der Produktionsprozesse ändert.

Die Umstrukturierungsprozesse der deutschen Wirtschaft spiegeln sich auch in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche wider. Erhebliche Verschiebungen gab es vor allem im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. Im Produzierenden Gewerbe waren 2007 rund 20 % der Erwerbstätigen beschäftigt, 1991 waren es 29,3 %. Umgekehrt ist der Anteil der Erwerbstätigen im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister – diesem Bereich werden auch die Zeitarbeitsunternehmen zugeordnet – deutlich angestiegen: von 9,7 % im Jahr 1991 auf 17,3 % in 2007. Stark rückläufig war der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1991: 3,9 %; 2007: 2,1 %) und im Baugewerbe (1991: 7,3 %;

2007: 5,5 %). 2007 waren von 100 Erwerbstätigen 30 bei öffentlichen und privaten Dienstleistern beschäftigt, 1991 waren es rund 26 von 100. Fast unverändert geblieben ist der Anteil der Erwerbstätigen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 24,1 %; 2007: 24,9 %). → Tab. 2

Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich durch Addition des Saldos aus Gütersteuern und Gütersubventionen das Bruttoinlandsprodukt. Nach den Konzepten des ESVG 1995 wird die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen bewertet. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und die Produktionswerte) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf den Gütern lastenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern). Damit das Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)

sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her gleich ist, schließt es die Nettogütersteuern ein. Aus diesem Grund müssen die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) hinzugefügt werden, um zum Bruttoinlandsprodukt zu gelangen. → Tab. 3

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) errechnet sich, indem vom Bruttoinlandsprodukt die Primäreinkommen abgezogen werden, die an die übrige Welt geflossen sind, und umgekehrt die Primäreinkommen hinzugefügt werden, die inländische Wirtschaftseinheiten von der übrigen Welt bezogen haben.

4.1.3 Die Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Inlandsproduktsberechnung zeigt, wie die inländischen Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Sie

Tab. 3: Aggregate der Entstehungsrechnung und Ableitung des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttonationaleinkommens in jeweiligen Preisen

	2004	2005	2006	2007
in Mrd. EUR				
Produktionswert	3919,20	4062,24	4274,96	4454,57
- Vorleistungen	1920,46	2035,84	2180,74	2282,39
+ Gütersteuern	223,15	225,00	234,39	258,08
- Gütersubventionen	10,69	6,80	6,41	6,46
= Bruttoinlandsprodukt	2211,20	2244,60	2322,20	2423,80
+ Saldo der Primäreinkommen mit der übrigen Welt	15,07	20,40	22,17	22,61
= Bruttonationaleinkommen	2226,27	2265,00	2344,37	2446,41

Tab. 4: Aggregate der Verwendungsrechnung, in jeweiligen Preisen

	2004	2005	2006	2007
	in Mrd. EUR			
Konsumausgaben	1723,12	1747,91	1783,38	1810,44
Private Haushalte	1269,88	1290,15	1321,56	1337,76
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	37,65	36,25	35,94	36,63
Staat	415,59	421,51	425,88	436,05
+ Bruttoinvestitionen	377,05	383,36	412,44	442,51
Bruttoanlageinvestitionen	387,25	390,82	417,11	449,56
Ausrüstungen	154,51	162,11	173,68	186,53
Bauten	207,96	203,40	217,18	235,92
Sonstige Anlagen	24,78	25,31	26,25	27,11
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	-10,20	-7,46	-4,67	-7,05
= Inländische Verwendung	2100,17	2131,27	2195,82	2252,95
+ Außenbeitrag	111,03	113,33	126,38	170,85
Exporte	847,80	917,98	1046,48	1133,04
abzüglich: Importe	736,77	804,65	920,10	962,19
= Bruttoinlandsprodukt	2211,20	2244,60	2322,20	2423,80
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Konsumausgaben	1,3	1,4	2,0	1,5
Private Haushalte	1,8	1,6	2,4	1,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,7	-3,7	-0,9	1,9
Staat	-0,3	1,4	1,0	2,4
+ Bruttoinvestitionen	0,2	1,7	7,6	7,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,9	6,7	7,8
Ausrüstungen	3,5	4,9	7,1	7,4
Bauten	-2,4	-2,2	6,8	8,6
Sonstige Anlagen	1,8	2,1	3,7	3,3
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	x	x	x	x
= Inländische Verwendung	1,1	1,5	3,0	2,6
+ Außenbeitrag	x	x	x	x
Exporte	9,9	8,3	14,0	8,3
abzüglich: Importe	7,5	9,2	14,3	4,6
= Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,5	3,5	4,4

Tab. 5: Aggregate der Verwendungsrechnung, preisbereinigt

	2004	2005	2006	2007
	Kettenindex (2000=100)			
Konsumausgaben	101,28	101,34	102,29	102,45
Private Haushalte	101,39	101,39	102,46	101,94
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	102,07	99,85	97,73	99,23
Staat	100,90	101,37	102,24	104,39
+ Bruttoinvestitionen	85,52	86,69	91,95	95,95
Bruttoanlageinvestitionen	90,07	91,01	96,56	101,39
Ausrüstungen	94,23	99,90	108,21	117,09
Bauten	85,05	82,41	85,93	87,87
Sonstige Anlagen	112,49	117,94	125,82	134,11
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	x	x	x	x
= Inländische Verwendung	97,84	98,13	99,96	100,90
+ Außenbeitrag	x	x	x	x
Exporte	125,16	134,09	150,85	162,57
abzüglich: Importe	112,72	120,27	133,74	140,19
= Bruttoinlandsprodukt	102,09	102,89	105,84	108,47
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Konsumausgaben	-0,2	0,1	0,9	0,2
Private Haushalte	0,2	0,0	1,1	-0,5
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,2	-2,2	-2,1	1,5
Staat	-1,5	0,5	0,9	2,1
+ Bruttoinvestitionen	-0,3	1,4	6,1	4,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	1,0	6,1	5,0
Ausrüstungen	4,6	6,0	8,3	8,2
Bauten	-3,8	-3,1	4,3	2,3
Sonstige Anlagen	2,1	4,8	6,7	6,6
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	x	x	x	x
= Inländische Verwendung	-0,2	0,3	1,9	0,9
+ Außenbeitrag	x	x	x	x
Exporte	10,0	7,1	12,5	7,8
abzüglich: Importe	7,2	6,7	11,2	4,8
= Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,8	2,9	2,5

können konsumiert, investiert oder exportiert werden. → **Tab. 4, 5**

Das Bruttoinlandsprodukt setzt sich aus der inländischen Verwendung und dem Außenbeitrag zusammen. Die inländische Verwendung umfasst die Konsumausgaben und die Bruttoinvestitionen. In den vergangenen Jahren entfielen jeweils knapp zwei Drittel der inländischen Verwendung auf die privaten Konsumausgaben. Unter privaten Konsumausgaben wird im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländi-

sche private Haushalte verstanden. Dazu zählen unter anderem die Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Haushaltsgeräte, für Wohnungsmieten und Energie sowie für Freizeit und Unterhaltung. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sind ebenfalls Teil der privaten Konsumausgaben. → **Tab. 6**

Auf die Konsumausgaben des Staates entfällt rund ein Fünftel der inländischen Verwendung. Sie umfassen die Aufwendungen des Staates für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung,

Gesundheitswesen und Ähnlichem, soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Knapp ein Fünftel der Güter der inländischen Verwendung wird investiert und erhöht damit den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen) oder verändert die Vorrats- und Wertsachenbestände. Die Anlage- und insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen sind eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verlauf der kommenden Jahre. Die

Tab. 6: Inländische Verwendung in jeweiligen Preisen

	Inländische Verwendung	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen
	in Mrd. EUR	in % der inländischen Verwendung			
2004	2 100,17	60,5	1,8	19,8	18,0
2005	2 131,27	60,5	1,7	19,8	18,0
2006	2 195,82	60,2	1,6	19,4	18,8
2007	2 252,95	59,4	1,6	19,4	19,6



Ansätze der Verwendungsrechnung

Zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts über die Verwendungsseite kommen grundsätzlich drei Ansätze in Betracht: Die Käufer bzw. Verwender der Güter können nach ihren Ausgaben befragt werden. Es ist aber auch möglich, die Produzenten der Waren und Dienstleistungen über ihre Lieferungen an Konsumenten, Investoren und die übrige Welt zu befragen. Schließlich können mit Hilfe der Güterstrommethode die Verwendungsstrukturen für Waren und Dienstleistungen geschätzt werden. Theoretisch führen alle drei Ansätze zum gleichen Ergebnis, so dass die Entscheidung darüber, welcher Weg in der Praxis beschritten wird, vor allem von den statistischen Gegebenheiten und den Nutzeranforderungen an die Aktualität abhängt.

Jahre 2006 und 2007 verzeichneten eine starke Zunahme der Investitionen, die wesentlich zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beigetragen haben.

Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört, wie bereits erwähnt, auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die bzw. aus der übrigen Welt dar. Von 2004 bis 2007 erzielte Deutschland hohe Exportüberschüsse, von denen entsprechend positive Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgingen. In längerfristiger Betrachtung hat Deutschland seit 1994 stets einen positiven Außenbeitrag erzielt.

4.1.4 Die Verteilungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verteilungsrechnung stellt – neben der Entstehungs- und Verwendungsrechnung – einen dritten Weg dar, um das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen zu ermitteln. Anders als beim Produktionsansatz bzw. bei der Verwendungsrechnung knüpft die Verteilungsrechnung nicht an Gütertransaktionen an, sondern geht von Einkommensarten aus. Eine Berechnung des BIP bzw. des BNE von der Einkommenseite kann sowohl bei den geleisteten (entstandenen bzw. gezahlten) als auch bei den empfangenen Einkommen ansetzen. **Tab. 7**

Der alternative Ansatz der Verteilungsrechnung geht ebenfalls von den Einkommensarten aus, knüpft aber an die empfangenen Einkommen an. Bei diesem Ansatz sind die empfangenen Einkommen der Inländer (nach Arten) zu berechnen. **Tab. 8**

In Deutschland ist eine eigenständige und in sich geschlossene Verteilungsrechnung nicht möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. über die Unternehmenseinkommen nur lückenhafte basisstatistische Informationen vorliegen. Diese Größen müssen daher aus der Entstehungsrechnung übernommen bzw. abgeleitet werden.

Tab. 7: Berechnung des BIP und des BNE über die entstandenen und verteilten Einkommen

	2004	2005	2006	2007
	in Mrd. EUR			
Betriebsüberschuss/ Selbständigeneinkommen	514,27	539,16	579,05	618,14
+ Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1 137,80	1 131,00	1 149,99	1 181,33
+ Sonstige Produktions- und Importabgaben	43,01	47,22	53,54	53,71
- Sonstige Subventionen	23,98	26,56	27,84	26,22
= Nettowertschöpfung	1 671,10	1 690,82	1 754,74	1 826,96
+ Abschreibungen	327,64	335,58	339,48	345,22
= Bruttowertschöpfung	1 998,74	2 026,40	2 094,22	2 172,18
+ Gütersteuern	223,15	225,00	234,39	258,08
- Gütersubventionen	10,69	6,80	6,41	6,46
= Bruttoinlandsprodukt	2 211,20	2 244,60	2 322,20	2 423,80
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	140,45	162,61	195,89	232,49
- Primäreinkommen an die übrige Welt	125,38	142,21	173,72	209,88
= Bruttonationaleinkommen	2 226,27	2 265,00	2 344,37	2 446,41

Tab. 8: Berechnung des Bruttonationaleinkommens über die empfangenen Einkommen

	2004	2005	2006	2007
	in Mrd. EUR			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	530,03	561,25	601,87	643,18
+ Arbeitnehmerentgelt der Inländer	1137,07	1129,90	1149,36	1181,03
= Volkseinkommen	1667,10	1691,15	1751,23	1824,21
+ Produktions- und Importabgaben an den Staat	260,20	265,49	280,43	304,00
- Subventionen des Staates	28,67	27,22	26,77	27,02
= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1898,63	1929,42	2004,89	2101,19
+ Abschreibungen	327,64	335,58	339,48	345,22
= Bruttonationaleinkommen	2 226,27	2 265,00	2 344,37	2 446,41
- Primäreinkommen aus der übrigen Welt	140,45	162,61	195,89	232,49
+ Primäreinkommen an die übrige Welt	125,38	142,21	173,72	209,88
= Bruttoinlandsprodukt	2 211,20	2 244,60	2 322,20	2 423,80

Der umfassendste Einkommensbegriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttonationaleinkommen. Es ist an die Stelle des früher benutzten Begriffs des Bruttosozialprodukts getreten und stimmt mit diesem konzeptionell überein. Das Bruttonationaleinkommen ist gleich dem von den inländischen Wirtschaftseinheiten per Saldo empfangenen Primäreinkommen und hat insbesondere als Indikator für die Berechnung der EU-Eigenmittel eine herausragende Bedeutung.

Die Beschreibung der funktionalen Einkommensverteilung knüpft an das Volkseinkommen an. Das Volkseinkommen ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die die inländischen Wirtschaftseinheiten in einer Periode em-

pfangen haben. Es setzt sich dementsprechend aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammen.

Das Volkseinkommen lag im Jahr 2007 bei 1 824,2 Mrd. Euro, das waren 22 176 Euro je Einwohner. Auf das Arbeitnehmerentgelt entfielen 1 181 Mrd. Euro, auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen 643,2 Mrd. Euro. Während sich die beiden Komponenten des Volkseinkommens zwischen 1994 und 2003 weitestgehend parallel entwickelt haben, verzeichneten seit 2004 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen ein deutlich stärkeres Wachstum als das Arbeitnehmerentgelt, so dass sich die Schere zwischen den beiden Einkommensarten zunehmend geöffnet hat. In 2007 be-

trug die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, 64,7 %. Sie ist seit dem Jahr 2000 rückläufig, seinerzeit lag sie noch bei 72,2 %. Bei der Interpretation der Lohnquote muss indessen berücksichtigt werden, dass das Arbeitnehmerentgelt ausschließlich den privaten Haushalten zufließt, während sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen auf alle volkswirtschaftlichen Sektoren verteilen und z. B. auch Arbeitnehmerhaushalte Zinsen aus Sparguthaben oder Dividenden aus Aktienbesitz beziehen. → Tab. 9

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer. Es ist ein Maß für die Kosten des Faktors Arbeit in einer Volkswirtschaft und fließt in die Kennziffern Lohnkosten und Lohnstückkosten ein. Im Jahr 2007 entfielen 19,1 % des Arbeitnehmerentgelts auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 28,3 % auf die Abzüge der Arbeitnehmer (Sozialbeiträge: 13,8 %, Lohnsteuer: 14,5 %). In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung blieben 2007 vom Arbeitnehmerentgelt 52,6 % als Nettolöhne- und -gehälter bei den Arbeitnehmern; 1991 waren es noch 56,8 %.

2007 betragen die monatlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2 262 Euro, die monatlichen Nettolöhne und -gehälter 1 471 Euro. Diese Zahlen sind Durchschnittswerte, in die alle inländischen Arbeitnehmer mit ihren Brutto- bzw. Nettolöhnen und -gehältern einfließen. → Tab. 10

Tab. 9: Verteilung des Volkseinkommens

	Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt			Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Mrd. EUR
	in Mrd. EUR	in EUR je Einwohner	in Mrd. EUR	in % vom Volkseinkommen	in EUR je Arbeitnehmer	
2004	1667,10	20 207	1137,07	68,2	32 890	530,03
2005	1691,15	20 508	1129,90	66,8	32 853	561,25
2006	1751,23	21 262	1149,36	65,6	33 205	601,87
2007	1824,21	22 176	1181,03	64,7	33 540	643,18

Tab. 10: Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländer)

	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Bruttolöhne und -gehälter	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Lohnsteuer der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter	Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer
	in Mrd. EUR						monatl. EUR
2004	1137,07	222,74	914,33	150,35	160,45	603,53	2 204
2005	1129,90	217,99	911,91	151,83	157,32	602,76	2 210
2006	1149,36	223,38	925,98	158,15	162,39	605,44	2 229
2007	1181,03	225,36	955,67	162,42	171,55	621,70	2 262

Tabelle 11 zeigt die Bruttolöhne und -gehälter im Inland nach Wirtschaftsbereichen. 2007 waren die Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) mit 46 516 Euro im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe am höchsten und im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei am niedrigsten (18 616 Euro). Die höchsten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer verzeichnete 2007 ebenfalls das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe (37 179 Euro), die niedrigsten

die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 15 491 Euro. → Tab. 11

Die Höhe der Lohnkosten und der Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer wird auch von der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer beeinflusst. Insbesondere aufgrund unterschiedlicher Teilzeitquoten gibt es hier erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen: So leisteten im Jahr 2007 die Arbeitnehmer im Pro-

duzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) im Durchschnitt 1 438 Arbeitsstunden. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wurden je Arbeitnehmer nur 1 292 Arbeitsstunden geleistet.

4.1.5 Zusammenfassung

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) geben ein umfassendes quantitatives Gesamtbild des wirtschaft-

Tab. 11: Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne und -gehälter im Inland

	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	darunter Verarbeitendes Gewerbe				
Arbeitnehmerentgelt in Mrd. EUR								
2004	1137,80	8,41	337,69	316,23	53,82	224,33	181,46	332,09
2005	1131,00	7,95	333,32	311,96	50,56	224,13	185,26	329,78
2006	1149,99	8,03	342,71	320,93	50,61	227,04	190,04	331,56
2007	1181,33	8,34	352,87	331,23	52,25	232,85	200,38	334,64
in EUR je Arbeitnehmer (Lohnkosten)								
2004	32 829	18 403	43 833	43 213	29 282	26 188	33 697	31 013
2005	32 792	18 027	44 084	43 424	29 091	26 300	34 099	30 549
2006	33 145	18 417	45 756	45 081	29 390	26 508	33 845	30 508
2007	33 474	18 616	46 516	45 883	29 840	26 752	34 288	30 538
Bruttolöhne und -gehälter in Mrd. EUR								
2004	914,75	6,95	269,38	253,67	44,18	184,33	145,62	264,29
2005	912,63	6,60	268,26	252,52	41,69	184,65	148,42	263,01
2006	926,34	6,66	272,22	256,49	41,60	186,70	154,49	264,67
2007	955,79	6,94	282,04	266,32	43,15	192,01	163,88	267,77
in EUR je Arbeitnehmer (Verdienst)								
2004	26 394	15 208	34 966	34 664	24 037	21 519	27 042	24 682
2005	26 461	14 966	35 479	35 150	23 987	21 667	27 318	24 364
2006	26 699	15 275	36 344	36 029	24 158	21 798	27 514	24 353
2007	27 083	15 491	37 179	36 892	24 643	22 060	28 042	24 436

lichen Geschehens in einer Volkswirtschaft. Für ihre Erstellung wird eine Vielzahl unterschiedlicher Basisstatistiken verwendet. Die deutschen VGR folgen den Definitionen und Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995.

Zentrale Größe der VGR ist das Bruttoinlandsprodukt, das ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung ist. Die wichtigste Kenngröße für die Leistung der Wirtschaftsbereiche ist die Bruttowertschöpfung. Von der Entstehungsseite her trug im Jahr 2007 der Bereich Finanzierung,

Vermietung und Unternehmensdienstleister 29,4 % zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei. Auf die Dienstleistungsbereiche insgesamt entfielen 69 % der Bruttowertschöpfung, auf das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) 26 %.

Den größten Anteil an der inländischen Verwendung haben mit gut 60 % die privaten Konsumausgaben. Rund 20 % der inländischen Verwendung ist in den vergangenen Jahren auf den Staatskonsum entfallen und knapp ein Fünftel der Güter wurde investiert. Zur Nachfrage bzw. Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts gehört zudem der Außenbeitrag.

Das vergleichsweise starke Wirtschaftswachstum der Jahre 2006 und 2007 wurde von den Bruttoinvestitionen und vom Außenhandel getragen.

Die funktionale Einkommensverteilung knüpft an das Volkseinkommen an, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt. Während sich die beiden Komponenten des Volkseinkommens zwischen 1994 und 2003 weitestgehend parallel entwickelt haben, sind ab 2004 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker angestiegen als das Arbeitnehmerentgelt.

4.2.1 Bedeutung der Außenwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land aber auch auf Importe – insbesondere im Energiebereich (Erdöl, Erdgas) – angewiesen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Anteil der Wareneinfuhren in Deutschland 40 % und der Anteil der Einfuhren 32 % im Jahr 2007. Die Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Volkswirtschaft wird auch daran deutlich, dass Deutschland 2007 erneut die weltweit größte Exportnation war. Bereits zum fünften Mal in Folge errang Deutschland den inoffiziellen Titel des »Exportweltmeisters«. Deutschland hatte im Jahr 2007 einen Anteil von 9,5 % an den weltweiten Exporten. Mit einem Anteil von 8,8 % an den weltweiten Exporten lag China auf Rang zwei. Den dritten Rang nahmen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 8,4 % ein. → **Tab. 1**

Einfuhrseitig nahm Deutschland mit einem Anteil von 7,5 % an den weltweiten Importen die Position zwei innerhalb der größten Importländer der Welt ein. Deutlich an der Spitze der größten Importationen lagen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 14,2 %. Auf Platz drei rangierte China mit einem Anteil von 6,7 %.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist zunehmend vom Export abhängig. Im Jahr 2005 arbeiteten 8,3 Mill. Erwerbstätige in Deutschland direkt oder indirekt für den Export, das waren 21,4 % aller Erwerbstätigen. 1995 waren es nur 15,6 %.

→ **Tab. 2**

Im Zeitraum 1995 bis 2005 ist die Zahl der vom Export abhängigen Erwerbstätigen

Tab. 1: Die wichtigsten Exporteure im weltweiten Außenhandel 2007

Rang	Land	Wert in Mrd. US-\$	Anteil am Welt-handel in %	Veränderungsrate zum Vorjahr in %
1	Deutschland	1327	9,5	+20
2	China	1218	8,8	+26
3	Vereinigte Staaten	1163	8,4	+12
4	Japan	713	5,1	+10
5	Frankreich	552	4,0	+11
6	Niederlande	551	4,0	+19
7	Italien	492	3,5	+18
8	Vereinigtes Königreich	436	3,1	-3
9	Belgien	432	3,1	+18
10	Kanada	418	3,0	+8

Quelle: World Trade Organization (WTO).

tigen um 2,4 Mill. Personen gestiegen. Dagegen waren 2005 etwa 1,3 Mill. Personen weniger für die inländische Endverwendung tätig als 1995. Seit 2000 werden Arbeitsplatzverluste, die durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität und die Verlagerung von Teilen der Produktionskette ins Ausland entstanden sind, in der Exportwirtschaft kompensiert. Allerdings reichte der Zuwachs der exportabhängigen Beschäftigung nicht aus, um die durch schwache Inlandsnachfrage und veränderte Strukturen bei der Produktion für den inländischen Markt entstandenen Arbeitsplatzverluste voll auszugleichen. Insbesondere für die Erhaltung und Gewinnung von Arbeitsplätzen in den ver-

arbeitenden Produktionsbereichen ist die Auslandsnachfrage von großer Bedeutung. In diesen Bereichen hat die Exportabhängigkeit der Beschäftigung von knapp 40 % im Jahr 1995 auf 55 % im Jahr 2005 zugenommen.

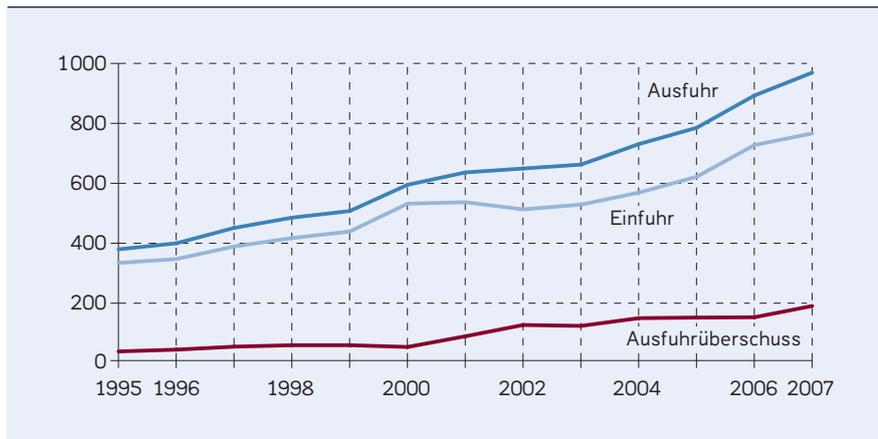
4.2.2 Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels

Im Jahr 2007 wurden Waren im Wert von 969 Mrd. Euro aus Deutschland exportiert, das waren 8,5 % mehr als 2006. eingeführt wurden gleichzeitig Waren im Wert von 772,5 Mrd. Euro. Die deutschen Importe stiegen gegenüber 2006

Tab. 2: Entwicklung der exportabhängigen Beschäftigung

	Erwerbstätige insgesamt	Vom Export abhängige Erwerbstätige	
		in Mill.	Anteil in %
1995	37,6	5,9	15,6
1996	37,5	6,1	16,1
1997	37,5	6,4	17,1
1998	37,9	6,6	17,5
1999	38,4	6,9	17,9
2000	39,1	7,3	18,7
2001	39,3	7,7	19,5
2002	39,1	7,9	20,1
2003	38,7	7,8	20,2
2004	38,9	8,1	20,8
2005	38,8	8,3	21,4

Abb. 1: Entwicklung des deutschen Außenhandels, in Mrd. EUR



um 5,2 %. Im Jahr 2006 hatten sich die Ausfuhren um 13,6 % und die Einfuhren um 16,9 % erhöht. Die deutsche Handelsbilanz – der Saldo aus Exporten und Importen – erzielte im Jahr 2007 mit einem Plus von 196,5 Mrd. Euro ein Rekordergebnis.

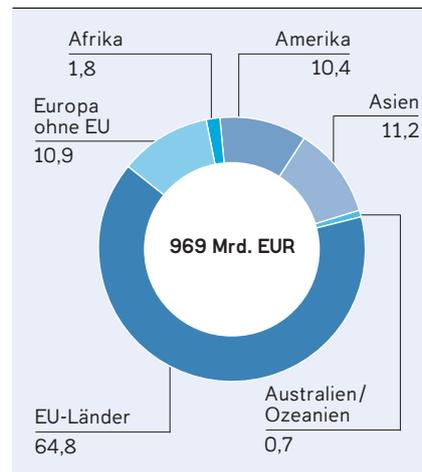
Im Vergleich zu 1995 hat sich der deutsche Außenhandel mit einem Anstieg um 140 % mehr als verdoppelt. Die deutschen Ausfuhren stiegen um 153 %, die Einfuhren haben um 127 % zugenommen. Der Handelsbilanzsaldo hat sich in diesem Zeitraum sogar mehr als vervierfacht. → **Abb. 1**

4.2.3 Außenhandel nach Kontinenten, Ländergruppen und Ländern

Über drei Viertel (76 %) aller aus Deutschland exportierten Waren gingen im Jahr 2007 in andere europäische Länder. Den Großteil seiner Außenhandelsumsätze erwirtschaftet Deutschland traditionell im Handel mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). So hatten 65 % der deutschen Exporte des Jahres 2007 ein anderes EU-Land zum Ziel. → **Abb. 2**

Von den im Jahr 2007 nach Deutschland importierten Waren kamen 72 % aus Europa. Auch bei den deutschen Importen stammte der Großteil aus den anderen EU-Ländern (60 %).

Abb. 2: Ausfuhr nach Ländergruppen 2007, in %



Vorläufige Ergebnisse.

Im Jahr 2007 gingen 11,2 % der aus Deutschland exportierten Waren nach Asien und 10,4 % nach Amerika. Afrika sowie Australien und Ozeanien spielten für die deutschen Exporte nur Nebenrollen mit Anteilen von 1,8 % bzw. 0,7 %.

Tab. 3: Die bedeutendsten Handelspartner Deutschlands

	Ausfuhr	Einfuhr
1950-1958	Niederlande	Vereinigte Staaten
1959	Vereinigte Staaten	Vereinigte Staaten
1960	Niederlande	Vereinigte Staaten
1961-1966	Frankreich	Vereinigte Staaten
1967-1972	Frankreich	Frankreich
1973-1986	Frankreich	Niederlande
1987-2007	Frankreich	Frankreich

Aus den Ländern Asiens stammten 16,5 % der deutschen Gesamteinfuhr. Aus Amerika kamen 9,1 %, aus Afrika 2,0 %, aus Australien und Ozeanien 0,3 % der deutschen Gesamtimporte.

In den Jahren 1967 bis 1972 war Frankreich sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausfuhren auf Rang eins der wichtigsten Handelspartner. Von 1973 bis 1986 war Frankreich auf Rang eins bei den deutschen Exporten, die Rangliste der wichtigsten deutschen Importländer führten die Niederlande an. Ab 1987 ist Frankreich wieder in beiden Handelsrichtungen der bedeutendste Handelspartner Deutschlands → **Tab. 3**

Im Jahr 2007 waren – wie auch im Vorjahr – neben Frankreich die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich die wichtigsten Bestimmungsländer deutscher Exporte. Von Deutschland wurden Waren im Wert von 94 Mrd. Euro (Anteil von 9,7 % an den deutschen Ausfuhren) nach Frankreich exportiert, in die Vereinigten Staaten im Wert von 73 Mrd. Euro (7,6 %) und ins Vereinigte Königreich Waren für 71 Mrd. Euro (7,3 %). Unter den 15 wichtigsten Abnehmerländern deutscher Exporte befanden sich elf Länder der Europäischen Union. Insgesamt entfielen auf die 15 wichtigsten Ausfuhrländer 74 % (714 Mrd. Euro) aller deutschen Exporte.

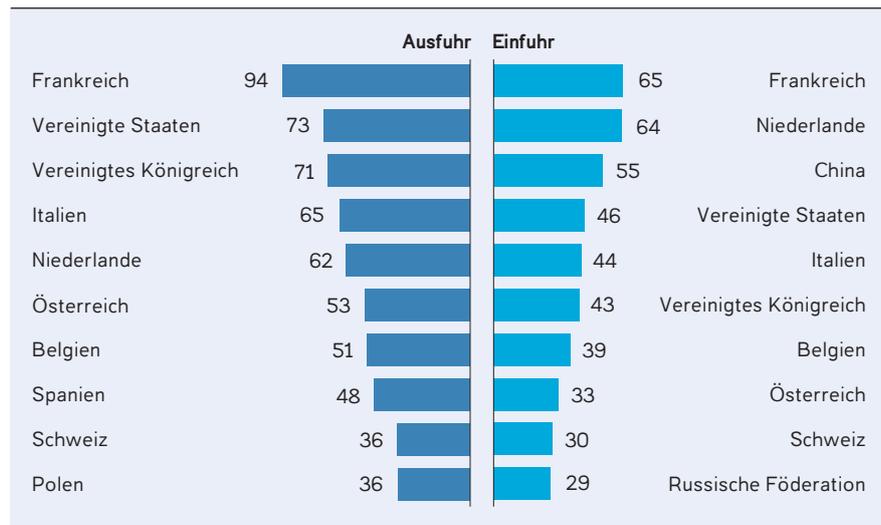
Bei den Importen sicherten sich Frankreich (65 Mrd. Euro; Anteil von 8,4 % an den gesamten deutschen Einfuhren) und die Niederlande (64 Mrd. Euro; 8,3 %) die vorderen Plätze. Auf Platz drei kam

China (55 Mrd. Euro; 7,1 %), vor den Vereinigten Staaten (46 Mrd. Euro; 5,9 %). Der Anteil der Top 15 an den deutschen Einfuhren lag im Jahr 2007 bei 73 % (561 Mrd. Euro). → **Abb. 3**

Im Gütertausch mit den 15 Top-Handelspartnern erzielte Deutschland 2007 in zehn Fällen einen Handelsüberschuss, in fünf Fällen war der Saldo negativ. Der höchste Überschuss ergab sich im Handel mit Frankreich (28,9 Mrd. Euro), gefolgt vom Handel mit den Vereinigten Staaten, der aus deutscher Sicht mit einem Plus von 27,7 Mrd. Euro abschloss. Auf den Rängen drei und vier folgten das Vereinigte Königreich (27,6 Mrd. Euro) und Spanien (27,0 Mrd. Euro). Defizitär war der Handelssaldo mit China (-24,7 Mrd. Euro), Japan (-11,0 Mrd. Euro), den Niederlanden (-2,0 Mrd. Euro), der Russischen Föderation (-0,6 Mrd. Euro) und der Tschechischen Republik (-0,2 Mrd. Euro), d.h. sie führten mehr nach Deutschland aus, als sie von dort bezogen.

Als Handelspartner gewinnt China immer größere Bedeutung. Während China im Jahr 1995 noch an 13. Stelle aller Handelspartner Deutschlands lag, hatte es im Jahr 2000 bereits die elfte Stelle aller

Abb. 3: Rangfolge der Handelspartner Deutschlands 2007, in Mrd. EUR



Vorläufige Ergebnisse.

Handelspartner Deutschlands erreicht, und im Jahr 2007 war China auf den achten Platz der Rangfolge vorgerückt. In der Rangfolge der wichtigsten Abnehmerländer deutscher Exporte lag China im Jahr 2007 auf Rang elf. Einfuhrseitig war China das drittwichtigste Importland für Deutschland. Zwischen 1995 und 2007 haben sich die deutschen Ausfuhren nach China mehr als verfünffacht; die Einfuhren chinesischer Güter nach Deutschland fast versiebenfacht.

4.2.4 Außenhandel nach Warengruppen

Im Jahr 2007 wurden insgesamt Waren im Wert von 969 Mrd. Euro aus Deutschland exportiert. Mit einem Anteil von 18,7 % waren dabei Kraftwagen und Kraftwagenteile Deutschlands wichtigstes Exportgut. Auf Rang zwei und drei der wichtigsten Exportgüter folgten Maschinen (14,3 %) und chemische Erzeugnisse (13,2 %). Diese drei Branchen machten 46,1 % der deutschen Ausfuhren aus. Insgesamt nahmen die deutschen Exporte im Jahr 2007 um 8,5 % gegenüber dem Jahr 2006 zu. Die Exporte von Metallen und Halbzeug (Rohmaterialformen) aus diesen (+11,6 %) sowie Kraftwagen und Kraftwagenteile (+8,6 %) stiegen leicht überdurchschnittlich, während sich die Exporte von chemischen Erzeugnissen und Maschinen (+6,9 % bzw. +6,7 %) unterdurchschnittlich erhöhten. → **Abb. 4**

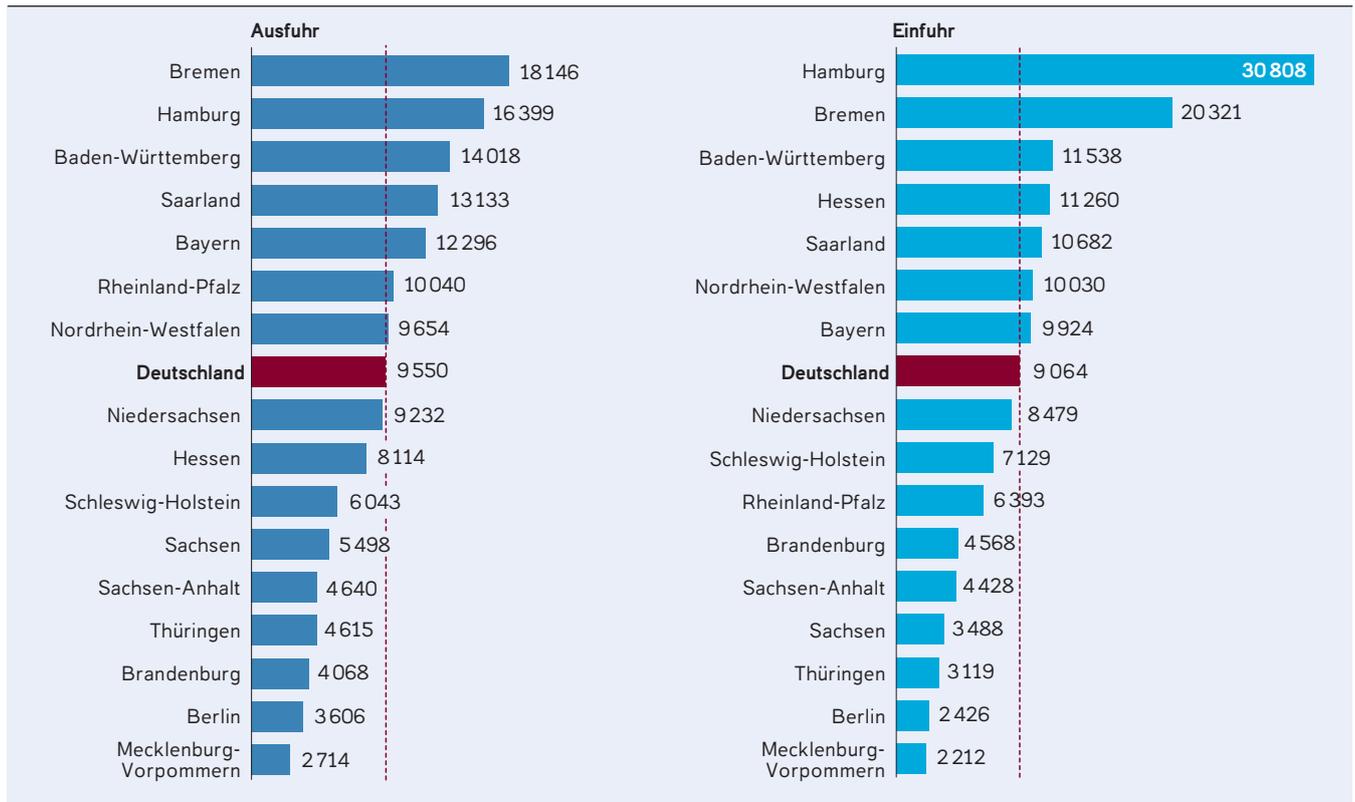
Einfuhrseitig kamen im Jahr 2007 Waren im Wert von 772 Mrd. Euro nach Deutschland. Wichtigste Importgüter waren chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von 11,7 % an den deutschen Einfuhren, Kraftwagen und Kraftwagenteile (9,9 %) sowie Metalle und Halbzeug (Rohmaterialformen) aus diesen (8,3 %). Die deutschen Importe stiegen im Jahr 2007

Abb. 4: Die zehn wichtigsten deutschen Exportgüter 2007, in Mrd. EUR



Vorläufige Ergebnisse.

Abb. 5: Pro-Kopf-Außenhandel 2007, in EUR je Einwohner



um 5,2 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Importe von Metallen und Halbzeug aus diesen (+14,7 %) und chemischen Erzeugnissen (+8,0 %) nahmen überdurchschnittlich zu.

Ost-West-Unterschiede auf. So gingen nur 6 % der Gesamtausfuhren aus den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) in das Ausland. Aus dem Westen (ein-

schließlich Berlin) waren es hingegen 75 %. Der Rest sind Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer. Bei den Einfuhren

4.2.5 Außenhandel nach Bundesländern

Die Hälfte des gesamten deutschen Außenhandels wird von den drei Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern bestritten. Im Jahr 2007 stammten 18 % der deutschen Ausfuhren aus Nordrhein-Westfalen und jeweils 16 % aus Bayern und Baden-Württemberg. Eingeführt wurden 23 % aller Waren von Nordrhein-Westfalen und je 16 % von Bayern und Baden-Württemberg.

Der Außenhandel der Bundesländer wies auch im Jahr 2007, 17 Jahre nach der Wiedervereinigung, immer noch große

Tab. 4: Ausfuhren und Einfuhren nach Bundesländern 2007

	Ausfuhren		Einfuhren	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
Nordrhein-Westfalen	174 051	18,0	180 833	23,3
Bayern	153 612	15,9	123 982	16,0
Baden-Württemberg	150 534	15,5	123 907	16,0
Niedersachsen	73 693	7,6	67 685	8,7
Hessen	49 293	5,1	68 410	8,8
Rheinland-Pfalz	40 691	4,2	25 910	3,3
Hamburg	28 767	3,0	54 042	7,0
Sachsen	23 367	2,4	14 821	1,9
Schleswig-Holstein	17 128	1,8	20 206	2,6
Saarland	13 700	1,4	11 143	1,4
Berlin	12 276	1,3	8 257	1,1
Bremen	12 049	1,2	13 493	1,7
Sachsen-Anhalt	11 329	1,2	10 813	1,4
Thüringen	10 667	1,1	7 207	0,9
Brandenburg	10 365	1,1	11 638	1,5
Meckl.-Vorpommern	4 596	0,5	3 747	0,5
Rest	182 864	18,9	30 070	3,9

betrug der Anteil der neuen Länder ebenfalls 6 % und der des früheren Bundesgebiets 90 % an den Gesamteinfuhren. Die Differenz zu 100 % umfasst für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer. → Tab. 4

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Analyse des Pro-Kopf-Außenhandels der Bundesländer. So lagen 2007 die Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit ihren großen Häfen beim Pro-Kopf-Außenhandel zwischen 71 % und 240 % über dem Bundesdurchschnitt. Die ostdeutschen Bundesländer hatten hingegen einen sehr unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Außenhandel, der zwischen 24 % und 58 % des Bundesdurchschnitts lag.

→ Abb. 5

Die ostdeutschen Länder Sachsen-Anhalt (+145,5 %), Brandenburg (+123,7 %), Thüringen (+111,3 %) und Sachsen (+76,9 %) haben bei den Exporten zwischen 2001 und 2007 deutlich zugelegt, verglichen mit den Gesamtausfuhren Deutschlands (+51,8 %). Aber auch einige westdeutsche Länder hatten hohe Wachstumsraten, z. B. Rheinland-Pfalz (+58,7 %), Bayern (+56,3 %) und Schleswig-Holstein (+53,8 %). Das geringste Exportwachstum im Vergleich zu den Gesamtausfuhren hatten die Stadtstaaten Bremen (+18,0 %) und Hamburg (+21,0 %).

Im Vergleich zu den Gesamteinfuhren Deutschlands (+42,1 %) nahmen die Importe besonders stark in den Ländern Sachsen-Anhalt (+140,9 %), Brandenburg (+95,1 %), Sachsen (+84,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+82,7 %) zu. Am schwächsten entwickelten sich die Importe in den Ländern Berlin (+24,8 %), Bremen (+25,1 %) und Hessen (+27,3 %).

4.2.6 Export-Performance – Weltmarktanteile

Die deutschen Exporte in die 25 bedeutendsten Partnerländer bei der Ausfuhr haben sich seit 1995 mehr als verdoppelt. Diese beeindruckende Entwicklung gibt jedoch keine Auskunft darüber, wie sich in den Partnerländern der Anteil der Importe aus Deutschland an deren Gesamtimporten entwickelt hat – also ob der »Marktanteil« der deutschen Waren gestiegen oder gesunken ist. Hierzu gibt ein anderer Indikator Auskunft, die so genannte Export-Performance. Wachsen die deutschen Exporte schneller als die Gesamtimporte der Partnerländer, so steigt der deutsche Export-Performance-Index. Wachsen die deutschen Exporte langsamer als die Gesamtimporte der Partnerländer, so sinkt der Export-Performance-Index. Der deutsche Export-Performance-Index ist im Jahresvergleich 2005 zu 2006 gleich geblieben. Dies bedeutet, dass die deutschen Exporte in diesem Zeitraum genauso schnell gewachsen sind wie die Gesamtimporte der Partnerländer.

Der Export-Performance-Index des Statistischen Bundesamtes basiert auf der Entwicklung der Exporte in die 25 wichtigsten der über 200 Partnerländer. Der Anteil der Exporte in diese Länder an den deutschen Gesamtexporten betrug im Jahr 2006 etwa 85 %.

Dem Rückgang der Export-Performance im Jahr 2005 ging eine Wachstumsphase voraus. Der Index stieg von 92 Punkten im Jahr 2000 auf 105 Punkte im Jahr 2004 an. Dieser Trend wurde im Jahr 2005 unterbrochen. Dies hing unter anderem mit den stark gestiegenen Rohölpreisen zusammen. Die Nachfrage nach Rohöl ist wenig preiselastisch. Ein Preis-

anstieg dieses Rohstoffs führt deshalb zu einer wertmäßigen Anteilszunahme an den Gesamtimporten der Partnerländer und damit zu Lasten anderer Importgüter. Da Deutschland kein Erdölexporteur ist, führt eine solche Verschiebung zwangsläufig zu einem Rückgang der deutschen Export-Performance. → Tab. 5

Neben den Erdölpreisen gibt es weitere Faktoren, die die Export-Performance beeinflussen. So war in den letzten Jahren zu beobachten, dass immer mehr Länder intensiv am Welthandel teilnehmen. Dadurch verschieben sich die Exportanteile auf dem Weltmarkt zuungunsten Deutschlands, dessen Marktanteil trotz steigendem Außenhandelsvolumen abnimmt. Darüber hinaus hat der Wechselkurs Einfluss auf die Export-Performance. Steigt der Euro, so sinken die Wachstumsraten der in Euro umgerechneten Importe unserer Partnerländer außerhalb der Euro-Zone und die Export-Performance steigt.

4.2.7 Unternehmen im Handel mit anderen EU-Staaten

Im Laufe des Jahres 2006 haben fast 530 000 Unternehmen Waren aus anderen EU-Mitgliedstaaten bezogen beziehungsweise in andere EU-Mitgliedstaaten geliefert. Damit ist die Zahl der im innergemeinschaftlichen Handel tätigen Unternehmen um knapp 20 000 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Mehr als 430 000 Unternehmen führten Waren aus anderen EU-Mitgliedstaaten ein, während etwa 230 000 Unternehmen als Exporteure tätig waren.

Der EU-Handel wird weiterhin von den großen Unternehmen dominiert. So er-

Tab. 5: Entwicklung des deutschen Export-Performance-Index (2005=100)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Export-Performance-Index	110	106	103	110	104	92	98	101	106	105	100	100
Index der deutschen Exporte	48	51	57	62	65	77	81	83	85	94	100	113

Tab. 6: Struktur der Unternehmen mit Umsätzen im innergemeinschaftlichen Handel 2006

Unternehmen mit Umsätzen von ... von ... bis ... im innergemeinschaftl. Handel	Importunternehmen		Exportunternehmen	
	Unternehmen	Umsätze im innergemeinschaftl. Handel	Unternehmen	Umsätze im innergemeinschaftl. Handel
	Anzahl	in Mrd. EUR	Anzahl	in Mrd. EUR
unter 100 000	353 276	5,4	153 593	3,2
100 000 bis 1 Mill.	56 116	20,9	47 283	18,4
1 Mill. bis 10 Mill.	19 088	66,7	19 791	70,2
10 Mill. bis 100 Mill.	4 192	127,8	4 856	148,5
über 100 Mill.	533	243,8	617	325,2
Insgesamt	433 205	464,6	226 140	565,5

zielten die 42 Unternehmen, die im Jahr 2006 Waren für mehr als eine Milliarde Euro exportierten, über 30 % der Umsätze in der Versendung. Bei den Wareneingängen aus anderen EU-Mitgliedstaaten erreichten 35 Unternehmen einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro und einen Anteil von knapp 22 % an den Gesamteinfuhren aus den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Mehr als 350 000 Unternehmen und damit fast 82 % aller EU-Waren beziehenden Unternehmen in Deutschland hatten Eingänge von weniger als 100 000 Euro. Der wertmäßige Anteil dieser Unternehmen an den gesamten deutschen EU-Einfuhren lag jedoch nur bei 1,2 %. Bei den Versendungen hatten über 200 000 Unternehmen einen Umsatz von weniger als einer Million Euro. Damit erreichten in der Versendung knapp 90 % aller Unternehmen einen wertmäßigen Anteil von unter 4 %. → **Tab. 6**

4.2.8 Direktinvestitionen

Statistiken über Direktinvestitionen werden in Deutschland nicht vom Statistischen Bundesamt, sondern von der Deutschen Bundesbank erhoben. Die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen gibt Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland (deutsche Direktinvestitionen im Ausland) bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland (ausländische Direktinvestitionen in Deutschland) zu einem festen Zeitpunkt. Auch bei den Direktinvestitionen nahmen die internationalen Verflechtungen zu. Sowohl bei den deutschen Direktinvestitionen, als auch bei den Investitionen von Ausländern in Deutschland, ist ein zunehmender Trend zu beobachten. Allerdings waren die deutschen Direktinvestitionen im Ausland doppelt so hoch wie die Investitionen der Ausländer in Deutschland. → **Tab. 7**

Tab. 7: Deutsche und ausländische Direktinvestitionen

	2003	2004	2005
	in Mill. EUR		
Unmittelbare und mittelbare deutschen Direktinvestitionen	657 763	679 205	784 675
Unmittelbare und mittelbare ausländischen Direktinvestitionen	312 375	375 959	389 523

Quelle: Deutsche Bundesbank.

4.2.9 Zusammenfassung

Die deutsche Wirtschaft ist stark von ihren Außenhandelsbeziehungen abhängig. Der Anteil der Warenausfuhr am Bruttoinlandsprodukt betrug 2007 40 %, der der Einfuhr 32 %.

Mit 969 Mrd. erzielte Deutschland 2007 wiederum einen Rekordexport. Seit 1995 hat der deutsche Außenhandel um 140 % zugenommen.

Der größte Teil des Außenhandels findet in Europa bzw. innerhalb der EU statt. Der wichtigste Handelspartner Deutschlands ist Frankreich, gefolgt von den Vereinigten Staaten.

Die Hälfte des gesamten deutschen Außenhandels wird von den drei Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern bestritten. Obwohl der Außenhandel in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung stark gestiegen ist, erreichten die neuen Länder (ohne Berlin) nur ca. 6 % an der Ein- und Ausfuhr Deutschlands.

Der Außenhandel Deutschlands wird von den großen Unternehmen dominiert. Die wichtigsten Ausfuhrgüter Deutschlands waren Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse. Auf sie konzentrierte sich fast die Hälfte der Ausfuhrwerte.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisänderung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Single-Haushalte sind ebenso berücksichtigt wie Rentnerehepaare oder Großfamilien. Der Verbraucherpreisindex soll ein Gesamtbild der Teuerung in Deutschland darstellen, das heißt alle Regionen, alle Haushaltstypen, alle nachgefragten Waren und Dienstleistungen einbeziehen. Er bildet die Veränderung der Verbraucherpreise umfassend ab: Berücksichtigt werden alle Ausgabegruppen – zum Beispiel Mieten, Nahrungsmittel, Bekleidung, Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie Friseur, Reinigung und Reparaturen.

Der Index dient verschiedenen Zwecken: Als Inflationsmaßstab für die Beurteilung der Geldwertstabilität innerhalb Deutschlands, zur Wertsicherung wiederkehrender Zahlungen in Wertsicherungsklauseln und zur Deflationierung von Wertgrößen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, beispielsweise zur Berechnung des realen Wachstums (siehe Kapitel 4.1). Die Entwicklung der Preise für Konsumgüter macht sich in jedem Geldbeutel bemerkbar und ist damit für alle Verbraucherinnen und Verbraucher von Bedeutung. Medien und Öffentlichkeit sprechen statt vom Verbraucherpreisindex häufiger von der Inflations- oder Teuerungsrate, welche

die Veränderung des Verbraucherpreisindex innerhalb eines Jahres ausdrückt.

4.3.1 Wie wird die Teuerungsrate berechnet?

Will man die Teuerung messen, so müssen drei zentrale Fragen beantwortet werden:

1. Welche Produkte sind für die Konsumwelt in Deutschland relevant?

Die Gesamtheit der Waren und Dienstleistungen, für die Preise erhoben werden, wird Warenkorb genannt. Die Auswahl dieser konkreten Güter erfolgt in Form von repräsentativen Stichproben. In der Regel werden zunächst repräsentative Städte, dort dann repräsentative Geschäfte und darin die am häufigsten verkauften Produktvarianten ausgewählt. Der Warenkorb enthält diejenigen Produktvarianten, die für die Konsumwelt relevant sind. Er wird laufend aktualisiert, damit immer diejenigen Produkte in die Preisbeobachtung eingehen, welche von den Konsumenten aktuell häufig gekauft werden. So wurden etwa DVD-Player, MP3-Player oder Espresso-Maschinen in den Warenkorb aufgenommen, sobald sie zu den gängigen Produktvarianten gehörten. Der Warenkorb wird somit laufend aktualisiert, unabhängig von den Zeitpunkten der turnusmäßigen Überarbeitung des Wägungsschemas.

2. Wie entwickeln sich die Preise für diese Produkte?

Für die Messung der Preisentwicklung notieren rund 600 Preiserheber und -erheberinnen in 188 Gemeinden Monat für Monat die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güterarten eine zentrale Preiserhebung im Internet. Insgesamt werden so monatlich rund über 300 000 Einzelpreise erfasst. Ein einmal für die Preisbeobachtung ausgewählter Artikel wird dann gegen einen anderen ausgetauscht, wenn er nicht mehr oder nur noch wenig verkauft wird. Beim Preisvergleich werden auch Mengenänderungen einbezogen. Verringert beispielsweise ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, so wird dies in der Preisstatistik als Preiserhöhung verbucht. Weiterhin werden auch Qualitätsänderungen berücksichtigt – zum Beispiel bei Gütern mit technischem Fortschritt.

3. Wie werden die Preisentwicklungen in der gesamten Teuerungsrate gewichtet?

Die ausgewählten Produkte werden in derzeit etwa 700 Güterarten eingeteilt. Für die Berechnung der gesamten Teuerungsrate werden die Preisentwicklungen dieser Güterarten mit dem Ausgabenanteil gewichtet, welche die privaten Haushalte im Durchschnitt für diese Güterarten ausgeben. Diese Gewichtungsinformationen sind im Wägungsschema enthalten. Beispielsweise verwenden die privaten Haushalte im Durchschnitt etwa 10 % ihrer Verbrauchsausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken – entsprechend stark gehen die Preisänderungen in diesem Bereich in den Gesamtindex ein. Das Wägungsschema wird in fünfjährigem Abstand einer turnusmäßigen Überarbeitung unterzogen. → [Abb. 1](#) 

Abb. 1: Wägungsschema 2005, ausgewählte Währungsanteile in %



4.3.2 Entwicklung der Verbraucherpreise

Im Jahr 2007 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland durchschnittlich um 2,3 %. Dies war die höchste Inflationsrate seit 1994. 2006 hatte die Teuerungsrate bei 1,6 % gelegen. Für die Beschleunigung der Preisentwicklung 2007 waren – neben der Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer zu Beginn des Jahres – vor allem die Energiepreise verantwortlich. Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verteuerten sich 2007 um genau 4 %. Bereits in den beiden Vorjahren waren erhebliche Preis-erhöhungen für Energieprodukte zu verzeichnen gewesen (2006: +8,5 % und 2005: +9,8 %). Unter den Energiepreisen stiegen die Preise für Strom 2007 gegenüber dem Vorjahr am stärksten (+ 6,9 %). Mineralölprodukte verteuerten sich 2007 gegenüber 2006 im Schnitt um 2,9 % (darunter Kraftstoffe: +4,1 %). Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die jahresdurchschnittliche Teuerung 2,2 % betragen. → **Abb. 2**

Der deutliche Anstieg der Jahresteu-erungsrate 2007 über die Zwei-Prozent-Marke war weiterhin durch sukzessive Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln (3,9 % Jahresdurchschnitt 2007) in der zweiten Jahreshälfte geprägt. Besonders deutlich verteuerten sich Milch-, Mehl- und Fettprodukte (etwa Butter 20,0 %). Zusätzlich wirkten sich bereits seit April 2007 Preisanstiege im Bildungssektor aus, vor allem wegen der Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern. Auch die Preise für alkoholische Getränke und Tabakwaren (3,3 %) entwickelten sich im Jahr 2007 überdurchschnittlich; bei anderen Güterarten wurden dagegen nur schwach steigende oder gar sinkende Preise beobachtet, beispielsweise bei Bekleidung (1,3 %), langlebigen Gebrauchsgütern (-0,1 %) und bei der Nachrichtenübermittlung (-1,1 %). → **Abb. 3**

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Januar 2007 von 16 % auf 19 % wirkte sich

Wägungsschema

Basis für die Berechnung des Wägungs-schemas ist die Einkommens- und Ver-bruchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre bei etwa 60 000 Haushalten durch-geführt wird. Die EVS umfasst alle Aus-gaben der privaten Haushalte lückenlos, so dass ihre Ergebnisse für die Ableitung der groben Gewichte für die Verbrau-cherpreisstatistik gut geeignet sind. Nicht die amtliche Statistik bestimmt also das Gewicht, mit dem die Preisänderungen von Mieten, Lebensmitteln und Computern usw. in die Berechnungen des Ver-bräucherpreisindex eingehen, sondern die Bürgerinnen und Bürger in Deutsch-

land. Um die durch die EVS ermittelten groben Vergleichsstrukturen weiter untergliedern zu können, wird die Statis-tik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) als wichtigste Quelle herangezogen. Seit dem Erhebungsjahr 2005 wer-den für die LWR 8 000 Haushalte befragt. Jeweils 2 000 Haushalte führen drei Mo-nate hintereinander ein Haushaltsbuch, in dem sie genau ihre Einnahmen und Ausgaben notieren. Die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen EVS und LWR werden anschließend anhand zusätz-licher Informationen – etwa bestimmter Verbrauchssteuerstatistiken – geprüft und an die Konzepte des Verbraucherpreisindex angepasst.



ebenfalls auf die Jahresteu-erungsrate 2007 aus, auch wenn sich der tatsächliche Ein-fluss nicht präzise bemessen lässt. Vom vollen Mehrwertsteuersatz sind viele, aber nicht alle Waren und Dienstleistungen des

privaten Verbrauchs belastet. Rein rech-nerisch hätte die vollständige Weitergabe dieser Steuererhöhung an die Verbraucher im Januar 2007 die Teuerungsrate um et-wa 1,4 Prozentpunkte erhöht.

Abb. 2: Verbraucherpreisindex seit 1994
Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %

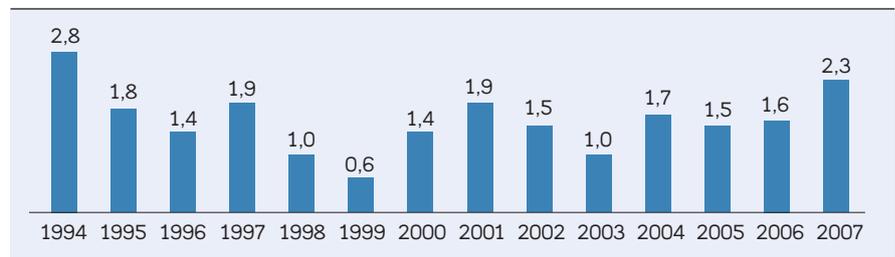


Abb. 3: Preisentwicklung 2006 und 2007, (2005=100)



VPI = Verbraucherpreisindex.

Die Finanzstatistiken liefern mit ihren umfangreichen Daten ein umfassendes und detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Diese umfassen die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Sozialversicherung. Zahlreiche öffentliche Aufgaben wurden in den vergangenen Jahren aus den öffentlichen Haushalten ausgegliedert und auf öffentliche Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem, meist kaufmännischem Rechnungswesen übertragen. Schwerpunkt bei den Ausgliederungen war zunächst vor allem die kommunale Ebene, z. B. die Bereiche Abwasser- und Abfallbeseitigung; inzwischen spielen sie jedoch auch auf Bundes- und Landesebene eine Rolle. Aus diesem Grund muss die Betrachtung der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst auch die Finanzen und das Personal der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen berücksichtigen.

Im Folgenden werden die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen als »Öffentliche Unternehmen« bezeichnet. Der Fokus richtet sich zunächst auf die Finanzen der öffentlichen Haushalte, die in einem eigenen Abschnitt über die Finanzen der öffentlichen Unternehmen ergänzt werden.



4.4.1 Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Die große Bedeutung der öffentlichen Finanzen lässt sich u. a. am hohen Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte am Bruttoinlandsprodukt von mehr als 43 % im Jahr 2006 erkennen. Eine besondere Stellung kommt der öffentlichen Haushaltswirtschaft auch in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu. Die Einhaltung der jährlichen Grenzwerte für das Staatsdefizit (3 %) und den

Stand der öffentlichen Schulden (60 %), jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sind wichtige Zielgrößen des europäischen Stabilitätspakts. Sie werden nach den international vergleichbaren Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf der Basis finanzstatistischer Daten berechnet.

Die Finanzierung der vielfältigen öffentlichen Aufgaben, die Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung zu erfüllen haben, schlagen sich in den Ausgaben der öffentlichen Haushalte nieder. Zu deren Finanzierung benötigen die öffentlichen Haushalte Einnahmen, die ihnen überwiegend aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, aber auch aus anderen Quellen zufließen. In der Vergangenheit ergab sich überwiegend ein Finanzierungsdefizit, das die öffentlichen Haushalte u. a. durch Fremdmittel (Verschuldung am Kreditmarkt) gedeckt haben. Die Belastung der öffentlichen Haushalte



Das System der Finanz- und Personalstatistiken

Zum System der Finanzstatistiken gehören die Jahresrechnungsstatistik, die vierteljährliche Kassenstatistik, die jährliche Schuldenstatistik, die Finanzvermögensstatistik, die Jahresabschlussstatistik und die vierteljährliche Erhebung der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU).

- Die Jahresrechnungsstatistik weist die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach Arten (Personalausgaben, Bauausgaben, Steuern und ähnliche) und nach Aufgabenbereichen (Soziale Sicherung, Bildung, Gesundheit, Wirtschaftsförderung und ähnliche) nach.
- Die vierteljährliche Kassenstatistik ist die aktuellste Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Im Unterschied

zur Jahresrechnungsstatistik zeigt sie die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte nur in der Gliederung nach Arten. Nur die Bauausgaben werden nach Aufgabenbereichen gegliedert. Ebenfalls nicht erfasst werden die Zweckverbände. Darüber hinaus weist die vierteljährliche Kassenstatistik auch den Schuldenstand am Ende eines Vierteljahres nach.

- Die jährliche Schuldenstatistik liefert ein abschließendes Ergebnis des Schuldenstandes in tiefer Gliederung nach Schuldarten und Laufzeiten der Kredite.
- Der Erhebung der Passiva steht die Erhebung der Finanzaktiva im Rahmen der Finanzvermögensstatistik gegenüber.
- Parallel zur Kassenstatistik werden die Vierteljahresdaten der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die zum Staatssektor zählen, erhoben.

➤ In der Jahresabschlussstatistik erfolgt die umfangreichere Erhebung der Bilanzdaten aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen einschließlich der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anlagennachweises.

Zu den Personalstatistiken gehören

- die Personalstandstatistik,
- die Versorgungsempfängerstatistik und
- die Sondereversorgungsempfängerstatistik.

Die Personalstandstatistik und die Versorgungsempfängerstatistik bilden aufgrund ihrer Struktur der Personalvergütungen und der Versorgungsleistungen die Brücke zu den Finanzstatistiken.

künftiger Jahre aus den aufgenommenen Fremdmitteln schlägt sich im öffentlichen Schuldenstand nieder, der Ende des Jahres 2006 einen Stand von 1,48 Billionen Euro erreichte. **i**

Die öffentlichen Haushalte gaben im Jahr 2006 für die Erfüllung ihrer Aufgaben 1 003,1 Mrd. Euro aus (bereinigt um Zahlungen der öffentlichen Haushalte untereinander). Pro Einwohner der Bundesrepublik Deutschland (Stand zum 30. Juni 2006) waren das Ausgaben in Höhe von 12 178 Euro. Demgegenüber standen Einnahmen von 11 993 Euro je Einwohner. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte – ohne Kredite – im Jahr 2006 auf 987,9 Mrd. Euro.

Seit den 1950er Jahren übertrafen die Ausgaben größtenteils die Einnahmen, so dass die öffentlichen Haushalte mit Ausnahme von wenigen Jahren Finanzierungsdefizite verzeichneten. Für das Jahr 1992 wiesen die öffentlichen Haushalte ein Finanzierungsdefizit von insgesamt 62,6 Mrd. Euro aus, das bis 1993 weiter auf 68,2 Mrd. Euro anstieg und danach bis Ende der 1990er Jahre auf knapp 22 Mrd. Euro sank. Der Finanzierungsüberschuss von 18,6 Mrd. Euro im Jahr 2000 stellt einen Sonderfall dar, da der Bund einmalige Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro erzielte. In den Folgejahren stiegen die Finanzierungsdefizite wieder an. Den höchsten Wert erreichten sie mit 74 Mrd. Euro im Jahr 2003. Durch deutlich höhere Steuereinnahmen und steuerähnliche Abgaben sank das Finanzierungsdefizit im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr erheblich, und zwar insgesamt um 41,8 Mrd. Euro auf 15,3 Mrd. Euro. → **Abb. 1, 2**

Das Ausgabenvolumen der öffentlichen Haushalte wird häufig in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt und dient als ein Maß für den Anteil der wirtschaftlichen Leistung des Staates an der von der Gesamtwirtschaft erbrachten Leistung. Die so genannte Staatsquote, auch Staats-

Die öffentlichen Haushalte



Die rund 17 200 öffentlichen Haushalte im Jahr 2006 umfassen den Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile), die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung.

Die öffentlichen Haushalte sind in den verschiedenen Erhebungen über die Finanzen der öffentlichen Haushalte unterschiedlich abgegrenzt. Sie variieren zudem im Zeitablauf. Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten beeinträchtigen ebenfalls die Vergleichbarkeit. Die Daten entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des jeweiligen Berichtsjahrs.

Besondere Hinweise:

Zu den Sondervermögen des Bundes gehören Lastenausgleichsfonds (aufgelöst zum 1. Januar 2005), ERP-Sondervermögen (seit 1953), Ausgleichsfonds »Steinkohle« (1990 bis 2000), Fonds »Deutsche Einheit« (1990 bis 2004), seit 1994 Bundeseisenbahnvermögen, seit 1995 Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, seit 1999 Versorgungsrücklage des Bundes sowie seit 2003 Fonds »Aufbauhilfe«.

Bis einschließlich 1997 gehörten Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen zu den öffentlichen Haushalten. Seit 1998 werden sie in Anpassung an die neue Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet.

Abb. 1: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, in Mrd. EUR

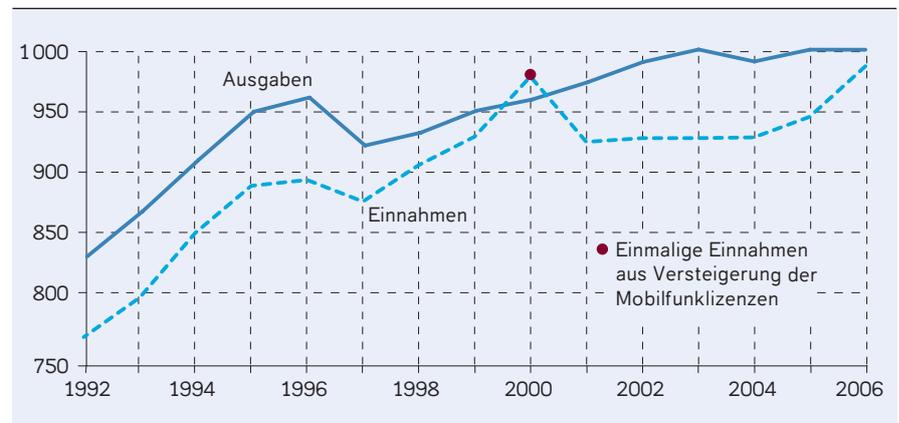
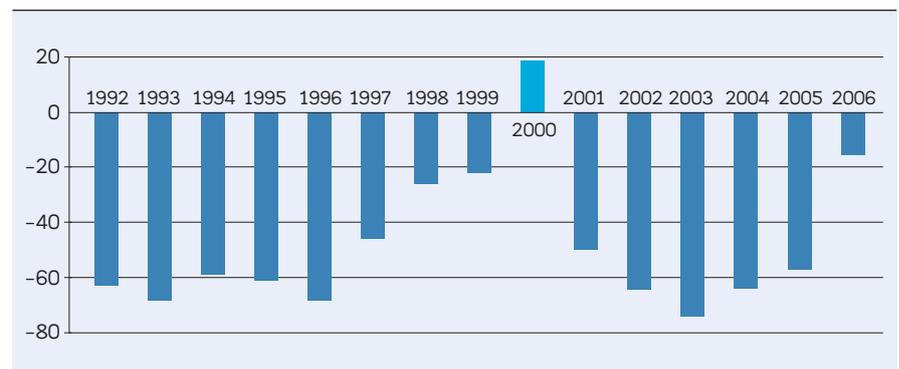


Abb. 2: Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte, in Mrd. EUR



In finanzstatistischer Abgrenzung.



Berechnung des Finanzierungssaldos in der Finanzstatistik und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Der Finanzierungssaldo wird sowohl in der Finanzstatistik als auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet, allerdings unterschiedlich abgegrenzt. Dies führt dazu, dass die Finanzierungssalden in diesen beiden Statistikbereichen unterschiedlich ausfallen. Die Abweichungen sind einerseits dadurch begründet, dass bestimmte Transaktionen in den beiden Rechensystemen unterschiedlich berücksichtigt werden. Andererseits gibt es Unterschiede im Erfassungszeitpunkt von Einnahmen und Ausgaben.

Die *Finanzstatistik* stellt die Ist-Einnahmen und die Ist-Ausgaben der Haushalte der Gebietskörperschaften, der EU-Anteile und der Sozialversicherung nach ihrer *Kassenwirksamkeit* dar. Einbezogen werden in die Einnahmen und die Ausgaben auch der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen sowie Darlehensvergaben im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird berechnet, indem

die statistisch erfassten öffentlichen Einnahmen von den Ausgaben unter Berücksichtigung der haushaltstechnischen Verrechnungen abgezogen werden. Er gibt somit im Wesentlichen an, wie hoch die Deckungslücke in den öffentlichen Haushalten ist, die durch Schuldenaufnahme am Kreditmarkt geschlossen werden muss.

Im Rahmen der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* werden die Einnahmen und die Ausgaben des Staates entsprechend den Regeln des »Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995)« nach dem Entstehungszeitpunkt der Periode zugerechnet, in der ein wirtschaftlicher Wert geschaffen, umgewandelt oder aufgelöst wird bzw., in der Forderungen oder Verbindlichkeiten entstehen, umgewandelt oder aufgehoben werden. Die periodengerechte Zuordnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen führt zu Abweichungen in den Finanzierungssalden beider Rechensysteme.

Der *Finanzierungssaldo* des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist Grundlage für die jährliche Meldung zum Staatsdefizit im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts.

ausgabenquote genannt, betrug in finanzstatistischer Abgrenzung 2006 43,2 %. Sie hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verringert. → **Tab. 1**

Betrachtet man die Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Jahr 2006 nach Ebenen, entfiel der größte Ausgabenblock mit 467 Mrd. Euro auf die Sozialversicherung. Die Sozialversicherung umfasst die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit. Der zweitgrößte Ausgabenanteil entfiel auf den Haushalt des Bundes in Höhe von 282,8 Mrd. Euro. Die Sondervermögen, einschließlich der Finanzanteile an der EU, kamen auf 34,6 Mrd. Euro. 258,7 Mrd. Euro der öffentlichen Ausgaben wurden von den 16 Bundesländern und 159 Mrd. Euro von der kommunalen Ebene getätigt. Im Zeitraum seit 1992 sind die Ausgaben der So-

zialversicherung um 45 % angestiegen. Wesentliche Gründe hierfür sind die deutsche Vereinigung (1991) und die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr

Tab. 1: Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

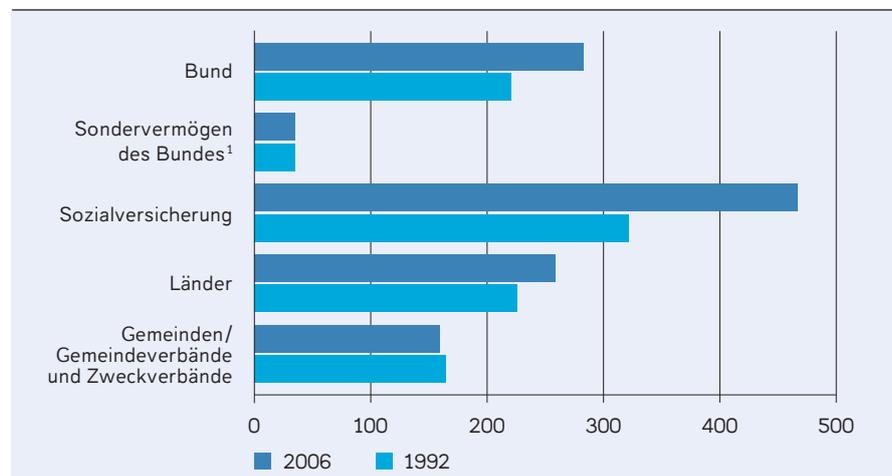
	Staatsquote
1992	50,3
1995	51,4
2000	46,6
2001	46,2
2002	46,3
2003	46,4
2004	44,9
2005	44,7
2006	43,2

In finanzstatistischer Abgrenzung.

1995. Die Relation der öffentlichen Ausgaben der Haushaltsebenen untereinander ist jedoch weitgehend stabil geblieben. → **Abb. 3**

Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung, sind sehr personalintensiv. Hohe Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern auch entsprechendes Fachpersonal. Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen daher besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern, denen in großem Umfang die Durchführung bzw. die Finanzierung personalintensiver öf-

Abb. 3: Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Körperschaftsgruppen, in Mrd. EUR



¹ Einschl. EU-Anteile.

fentlicher Aufgaben obliegt, erreichten sie 2006 einen Anteil von 37 % des Ausgabevolumens. Im kommunalen Bereich betrug der Anteil der Personalausgaben 26 %. Mit etwas mehr als 9 % war der Anteil beim Bund am niedrigsten. Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 2006 einen Betrag von 183,3 Mrd. Euro für das Personal (einschl. Pensionen und Ähnlichem) auf. Das waren etwas mehr als 18 % ihres Ausgabenvolumens. 1997 lag die Personalausgabenquote der öffentlichen Haushalte noch einen Prozentpunkt höher.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 2006 in Deutschland öffentliche Ausgaben in Höhe von 33,7 Mrd. Euro getätigt. Rund 57 % hiervon entfielen auf den kommunalen Bereich. Die Zinsausgaben erreichten 2006 ein Volumen von 65 Mrd. – davon gingen 58 % zu Lasten des Bundes.

Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte waren der laufende Sachaufwand mit etwa 231 Mrd. Euro im Jahr 2006 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel; auch sämtliche militärischen Anschaffungen waren hierin enthalten) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 451,3 Mrd. Euro.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Höhe von 1002,2 Mrd. Euro im Jahr 2005 teilten sich auf die Aufgabenbereiche wie folgt auf: Der weitaus größte Ausgabenblock entfiel auf die soziale Sicherung, die u. a. die Familien-, Sozial- und Jugendhilfe, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialversicherung einschließt. Im Jahre 2005 beanspruchten die Ausgaben hierfür einen Anteil von 57 % am gesamten Ausgabenvolumen der öffentlichen Haushalte. Weitere 11 % entfielen auf

Darstellung der Ausgaben nach Ebenen und Aufgabenbereichen

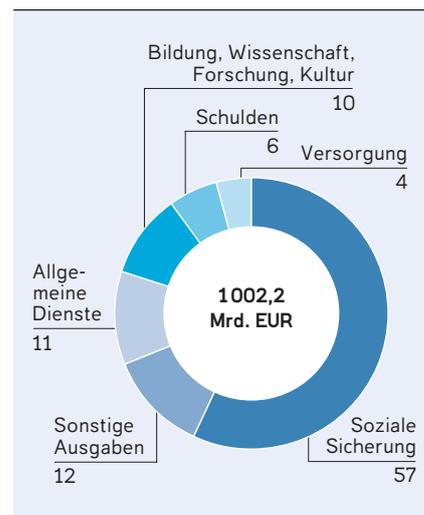


Bei der Darstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen wurden die Ergebnisse der jährlichen Rechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte verwendet. Die Ergebnisse werden nach den Rechnungsabschlüssen erstellt und schließen die kommunalen Zweckverbände in den Berichtskreis ein. Aktueller, jedoch nicht so detailliert sind die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik. Sie basieren auf vierteljährlichen Kassenabschlüssen. Sie wurden für die Darstellung nach Ebenen sowie für die öffentlichen Finanzen im Jahr 2006 verwendet.

Ausgaben für die so genannten allgemeinen Dienste wie für Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung und Rechtsschutz, politische Führung usw. Den drittgrößten Anteil am Budget beanspruchten mit rund 10 % Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, gefolgt von den Ausgaben für den Schuldendienst mit 6 %. [i¹](#) → [Abb. 4](#)

Die Aufmerksamkeit der deutschen Politik und Öffentlichkeit richtete sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Im Mai 2005 wurde vom EU-Ministerrat ein

Abb. 4: Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Aufgabenbereichen 2005, in %



ODA-Stufenplan verabschiedet, in dessen Rahmen sich Deutschland verpflichtet, den Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % zu erhöhen. Für das Berichtsjahr 2006 ergab sich – wie auch schon für das Vorjahr – eine ODA-Quote von 0,36 %. In absoluten Zahlen ausgedrückt entspricht dies ODA-Leistungen in Höhe von 8,3 Mrd. Euro, wobei sich 5,6 Mrd. Euro auf bilaterale und 2,7 Mrd. Euro auf multilaterale Zusammenarbeit bezogen. [i²](#) → [Tab. 2](#)

Mit 4,3 Mrd. Euro floss mehr als die Hälfte der Mittel (51 %) aus dem Etat des

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA = Official Development Assistance) trägt dazu bei, weltweit Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, zur Verwirklichung der Demokratie beizutragen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen.

Zur ODA zählen vor allem die Ausgaben für die technische und die finanzielle

Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, für Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe sowie Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Vereinte Nationen, EU, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken) und Schuldenerlasse.

Neben der ODA werden auch noch sonstige öffentliche und private Leistungen an Entwicklungsländer erbracht (z. B. Leistungen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, Direktinvestitionen, Exportkredite).

Tab. 2: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

	ODA-Leistungen			Anteil am Bruttonational-einkommen
	insgesamt	bilateral	multilateral	
	in Mill. EUR			in %
1991	5 852	3 886	1 966	0,39
1995	5 515	3 529	1 986	0,31
2000	5 458	2 915	2 543	0,27
2001	5 571	3 186	2 385	0,27
2002	5 650	3 531	2 119	0,27
2003	6 005	3 593	2 411	0,28
2004	6 064	3 077	2 987	0,28
2005	8 112	5 992	2 120	0,36
2006	8 313	5 604	2 709	0,36

Quelle: 1991 bis 2004 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ab 2005 Statistisches Bundesamt.

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Auswärtige Amt finanzierte Leistungen in Höhe von 0,3 Mrd. Euro. Daneben finanzieren auch die Bundesländer Leistungen zur Entwicklungszusammenarbeit. 2006 summierten sie sich auf 764,2 Mill. Euro. Die Leistungen der Bundesländer beinhalten auch die Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern. Sie betragen 717 Mill. Euro. Die Leistungen der Bundesländer ohne Studienplatzkosten beliefen sich auf 47,2 Mill. Euro. Die Höhe der Schuldenerlasse und Umschuldungen betrug 2,4 Mrd. Euro.

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: Die Erhebung von Steuern und steuerähnlichen Abgaben und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 2006 standen den öffentlichen Ausgaben von 1 003,1 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern, steuerähnlichen Abgaben und anderen Einnahmequellen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlösen für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 987,9 Mrd. Euro gegenüber. An Krediten hatten die öffentlichen Haushalte netto 33,3 Mrd. Euro (Saldo der Schuldenaufnahme und der Schuldentilgung) aufgenommen.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte im Jahr 2006 stiegen gegenüber dem

Vorjahr um 4,4 %. Der Grund war ein kräftiges Plus bei den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Die Steuereinnahmen sind die bedeutendste Einnahmenquelle für die öffentlichen Haushalte insgesamt. Im Jahr 2006 flossen 487,5 Mrd. Euro aus Steuereinnahmen (nach der Verteilung der Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage) in die öffentlichen Kassen. Für die einzelnen Haushaltsebenen ist die Bedeutung der Steuereinnahmen jedoch durchaus unterschiedlich. Während der Bund beinahe 89 % seiner Einnahmen aus Steuern erhielt und die Länder sich zu mehr als 72 % aus dieser Einnahmenquelle finanzierten, betrug der Anteil der Steuereinnahmen bei den Kommunen lediglich gut 38 %. Bei ihnen spielen Länderzuweisungen

gen, vor allem Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, eine bedeutendere Rolle. Die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Sozialversicherung, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben zählen, betragen 393,2 Mrd. Euro. Bei den übrigen Haushaltsebenen bestehen die steuerähnlichen Abgaben z. B. aus Spielbankabgaben bei den Ländern. → Abb. 5

Laut Definition sind Steuereinnahmen Geldleistungen, die keine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen auferlegt werden. Steuern werden allen auferlegt, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft. Neben der Einnahmeerzielung können Steuern auch einen Lenkungszweck haben. Das System der Steuern ist entsprechend unserer Wirtschaft äußerst vielschichtig. Im Jahr 2006 betrug die Steuereinnahmen insgesamt 526,2 Mrd. Euro und damit 37,1 Mrd. Euro bzw. 8 % mehr als in 2005. Die Steuereinnahmen lassen sich nach der Ertragskompetenz, d. h. der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften, aufgliedern. → Abb. 6

Den größten Teil der Steuern machten die Gemeinschaftssteuern aus (366,8 Mrd. Euro). Das sind Steuern, die auf mehrere

Abb. 5: Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach Arten 2006, in Mrd. EUR

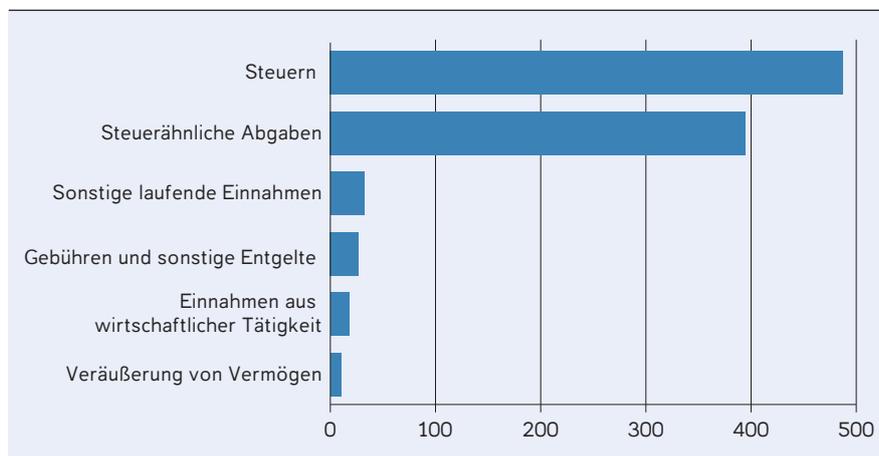
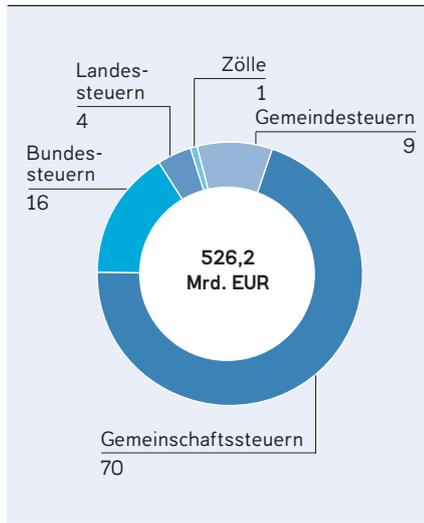


Abb. 6: Steuereinnahmen vor der Verteilung nach Ertragskompetenz, in %



Gebietskörperschaften aufgeteilt werden. Innerhalb der Gemeinschaftssteuern waren die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer mit 175,3 Mrd. Euro und die Umsatzsteuer (einschl. Einfuhrumsatzsteuer) mit 146,7 Mrd. Euro am ertragreichsten. Bei den reinen Bundessteuern (84,2 Mrd. Euro) erbrachte die Mineralölsteuer die höchsten Einnahmen (39,9 Mrd. Euro). Von den Gemeindesteuern (49,6 Mrd. Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 38,4 Mrd. Euro und bei den Landessteuern (21,8 Mrd. Euro) die Kraftfahrzeugsteuer mit 8,9 Mrd. Euro den größten Stellenwert. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer um 7,8 Mrd. Euro (80 %), der Körperschaftsteuer um 6,5 Mrd. Euro (40 %) und der Gewerbesteuer um 6,2 Mrd. Euro (19 %). Die sechs aufkommenstärksten Steuern (Lohn-, Umsatz-, Mineralöl-, Gewerbe-, Einfuhrumsatz- und Körperschaftsteuer) erbrachten somit mehr als drei Viertel aller Steuereinnahmen. Das Aufkommen der einzelnen Steuern variiert im Zeitablauf insbesondere aufgrund von Gesetzesänderungen und der Wirtschaftsentwicklung aber auch aufgrund von Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen erheblich. → **Tab. 3**

Tab. 3: Die ergiebigsten Steuern

	Ertrag steht zu	2004	2005	2006
		in Mill. EUR		
Lohnsteuer ¹	B / L / G	158 281,6	153 628,7	157 727,3
Umsatzsteuer	B / L / G / EU	104 175,4	108 439,8	111 318,2
Mineralölsteuer	B	41 781,7	40 101,0	39 916,0
Gewerbesteuer	G / B / L	28 373,0	32 128,6	38 369,4
Einfuhrumsatzsteuer	B / L / EU	32 650,6	31 272,7	35 370,2
Körperschaftsteuer	B, L	13 123,4	16 337,8	22 898,7
Veranlagte Einkommensteuer	B / L / G	5 394,5	9 765,5	17 566,3
Tabaksteuer	B	13 630,0	14 273,0	14 386,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	B / L	12 037,6	12 075,0	14 357,0
Solidaritätszuschlag	B	10 108,4	10 315,3	11 277,2
Grundsteuer B	G	9 591,1	9 896,6	10 045,3
Kraftfahrzeugsteuer	L	7 739,5	8 673,4	8 937,2

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

¹ Vor Abzug von Kindergeld.

² Vor Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

4.4.2 Länderfinanzausgleich

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen

leisten (horizontaler Finanzausgleich) und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs, der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so

Tab. 4: Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen 2006

	Länderfinanzausgleich	Bundesergänzungszuweisungen
	in Mill. EUR	
Baden-Württemberg	(-) 2 047	-
Bayern	(-) 2 085	-
Berlin	(+) 2 701	(+) 2 881
Brandenburg	(+) 608	(+) 1 982
Bremen	(+) 416	(+) 196
Hamburg	(-) 618	-
Hessen	(-) 2 411	-
Mecklenburg-Vorpommern	(+) 472	(+) 1 470
Niedersachsen	(+) 241	(+) 119
Nordrhein-Westfalen	(-) 131	-
Rheinland-Pfalz	(+) 344	(+) 223
Saarland	(+) 115	(+) 118
Sachsen	(+) 1 071	(+) 3 486
Sachsen-Anhalt	(+) 588	(+) 2 115
Schleswig-Holstein	(+) 123	(+) 120
Thüringen	(+) 613	(+) 1 962
Ausgleichsvolumen insgesamt	7 292	14 671

Länderfinanzausgleich: ausgleichspflichtig (-), ausgleichsberechtigt (+); Bundesergänzungszuweisungen: Empfänger (+).

ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. Die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs haben sich bedingt durch den starken Anstieg der Steuereinnahmen und damit der Finanzkraftmesszahlen der ausgleichspflichtigen Länder auf 7,3 Mrd. Euro erhöht. → **Tab. 4**

4.4.3 Schulden und Finanzvermögen der öffentlichen Haushalte

Soweit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ausgaben nicht durch Einnahmen der laufenden Periode oder durch in früheren Jahren gebildete Rücklagen gedeckt werden können, nehmen die öffentlichen Haushalte Schulden am Kreditmarkt auf. Da dies seit 1950 in allen Haushaltsjahren der Fall war, stiegen bis zum Jahresende 2006 die öffentlichen Schulden auf 1 480,6 Mrd. Euro. Davon entfallen 916,6 Mrd. Euro auf den Bund und seine Sondervermögen, 479,5 Mrd. Euro auf die Länder und 84,5 Mrd. Euro auf die Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände. Zu etwa drei Viertel sind die Schulden durch die Begebung von Wertpapieren am Kreditmarkt entstanden. Der Bund beschafft

sich die benötigten Mittel fast ausschließlich auf diesem Weg, in erster Linie durch die Auflage von Anleihen, Obligationen und Schatzanweisungen. Direkte Darlehen bei inländischen Banken und Versicherungen sowie ausländischen Stellen sind dagegen die bei Ländern und Gemeinden und Gemeindeverbänden bevorzugte Verschuldungsform.

Zum Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahr 1950 betrug der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte 9,6 Mrd. Euro. 1970 erreichte er 62,9 Mrd. Euro, 1990 536,2 Mrd. Euro und 2000 1 198,1 Mrd. Euro. Seit 1950 waren in keinem Jahr Schuldenrückgänge zu verzeichnen. Hohe jährliche Schuldenzuwächse waren in den Jahren 1967, 1972, 1975, 1981, 1990 und 1995 zu verzeichnen. Durch die Lasten der deutschen Vereinigung fiel der Anstieg 1995 mit 169,2 Mrd. Euro (20 %) besonders hoch aus. Diese Schulden belasten insbesondere den Bund. → **Tab. 5**

Durch die zunehmende Verschuldung und die damit verbundenen Zinszahlungen wird der finanzielle Spielraum der öffentlichen Haushalte eingeengt. Die Belastungen durch Zinszahlungen stiegen gemessen an den Steuereinnahmen (Zins-/Steuerquote) von gut 3 % in den 1950er Jahren bis über 16 % in den 1990er Jahren. Beim Bund und seinen Sonderver-

mögen nahm die Belastung viel stärker zu: Von rund 2 % in den 1950er Jahren auf über 20 % in den 1990er Jahren (auch durch Schulden infolge der deutschen Vereinigung). In den Ländern fiel der Anteil von über 6 % Anfang der 1950er Jahre zunächst auf rund 3 %, um 1980 wieder die Ausgangsposition zu erreichen und sich in den Folgejahren bei 10 % zu stabilisieren. Die Zins-/Steuerquote der Gemeinden und Gemeindeverbände startete bei 2 % und wies ab 1965 Werte über 10 % auf. Ihren Höchststand erreichte sie 1982 mit 18 %. Seit 1996 ist die Quote kontinuierlich gesunken, 2006 lag sie bei 8 %. Der Rückgang der Quote dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass die Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern und sie zudem zunehmend auf kurzfristige Kassenkredite ausweichen. Diese beiden Sachverhalte sind in den dargestellten Kreditmarktschulden nicht enthalten. → **Abb. 7**

Im Rahmen des europäischen Stabilitätspaktes ist der Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt ein wichtiges Kriterium für eine stabile Haushalts- und Finanzpolitik. Ein Anteil von 60 % gilt nach dem Maastricht-Vertrag als oberer Grenzwert, der nicht überschritten werden sollte. Für Deutschland lag der Anteil bis 1996 unter dem Grenzwert, von 1997 bis 2002 meistens leicht darüber. Seit 2003 hat Deutschland dieses Ziel jeweils deutlich verfehlt, Ende 2006 betrug die Schuldenquote: 67,6.

Das Finanzvermögen der öffentlichen Haushalte wird seit 2004 jährlich zum Stichtag 31. Dezember erhoben. Zusammen mit der Schuldenstatistik bildet die Statistik über das Finanzvermögen die Grundlage für die Stabilitätsberichterstattung durch die Deutsche Bundesbank an die Europäische Kommission. Im Jahr 2006 standen den 1 480,6 Mrd. Euro Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte ein Finanzvermögen in Höhe von 353,6 Mrd. Euro gegenüber. Davon entfielen 160 Mrd. Euro auf den Bund

Tab. 5: Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte

Stichtag	in Mill. EUR	Stichtag	in Mill. EUR
31.03.1950	9574	31.12.1996	1069247
31.03.1955	21357	31.12.1997	1119076
31.12.1960	28998	31.12.1998	1153413
31.12.1965	43160	31.12.1999	1183063
31.12.1970	62927	31.12.2000	1198145
31.12.1975	129219	31.12.2001	1203887
31.12.1980	236645	31.12.2002	1253195
31.12.1985	386811	31.12.2003	1325733
31.12.1990	536223	31.12.2004	1394954
31.12.1991	595921	31.12.2005	1447505
31.12.1995	1009323	31.12.2006	1480625

Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. Von 1950 bis 1991 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Abb. 7: Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen (Zins-/Steuerquote) der öffentlichen Haushalte, in %



und seine Sondervermögen, 104,6 Mrd. auf die Länder und ihre Sondervermögen sowie 88,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden, Gemeindeverbände, ihre Sondervermögen und kommunalen Zweckverbände. Den größten Anteil am Finanzvermögen stellten die Anteilsrechte (u. a. Aktien, Investmentzertifikate, Beteiligungen) dar; sie beliefen sich auf 125,5 Mrd. Euro. Der Bestand an vergebenen Krediten (Ausleihungen) betrug 83,8 Mrd. Euro, an Bargeld und Einlagen 60,4 Mrd. Euro und an Wertpapieren 9,5 Mrd. Euro. Die sonstigen Forderungen (u. a. an Steuern, Sozialbeiträgen, Gebühren, Zahlungsrückständen) lagen bei 74,4 Mrd. Euro. Angaben zum Sachvermögen der öffentlichen Haushalte lagen keine vor.

4.4.4 Öffentliche Unternehmen

In den 1980er Jahren begann der Staat in größerem Umfang, bestimmte Aufgaben auf Einheiten außerhalb der öffentlichen Haushalte auszulagern. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Streben nach einer effizienteren Aufgabenerfüllung. Zum anderen wurde angesichts des wachsenden Defizits der öffentlichen Haushalte die Forderung nach einem »schlanken Staat«, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt, immer stärker.

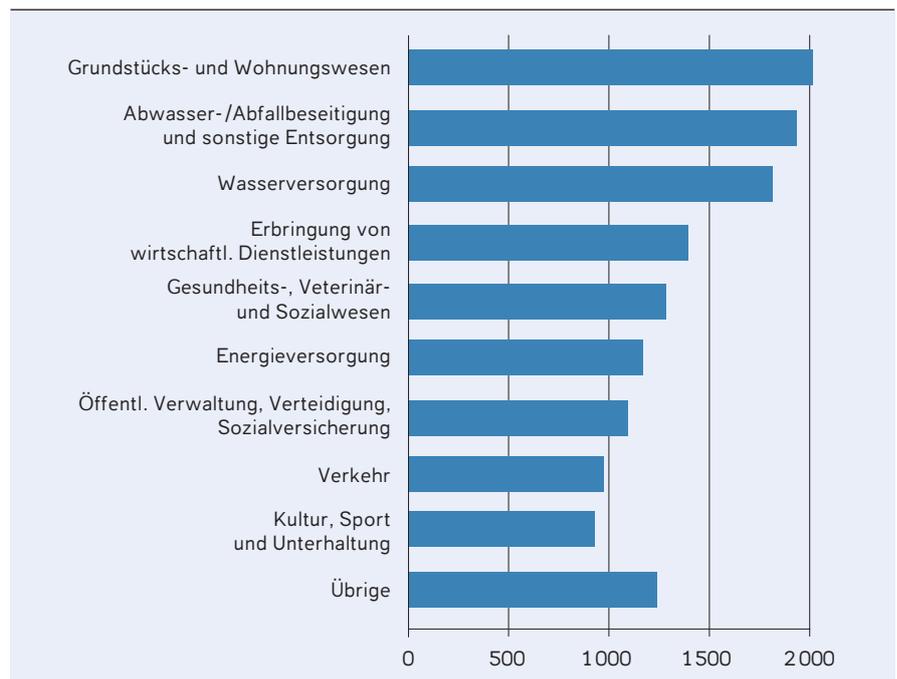
Die auf diese Weise entstehenden Einheiten – die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (im Folgenden auch als »Öffentliche Unternehmen« bezeichnet) – sind dadurch charakterisiert, dass sie sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befinden, das heißt dass Bund, Länder oder Gemeinden unmittelbar oder

mittelbar mehr als die Hälfte der Kapital- oder Stimmrechtsanteile besitzen.

Ende 2005 gab es 13 865 öffentliche Unternehmen, davon 12 432 (90 %) auf kommunaler Ebene. Der Rest verteilte sich auf Beteiligungen der Länder (8 %) und des Bundes (2 %). Die meisten öffentlichen Unternehmen wurden in der Rechtsform der GmbH (60 %) und des Eigenbetriebs (29 %) geführt. Die Schwerpunkte der öffentlichen Unternehmen lagen 2005 in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (15 %), Abwasser-/Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung (14 %), Wasserversorgung (13 %), Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (10 %), Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (9 %) und Energieversorgung (8 %). → [Abb. 8](#)

Die Bilanzsumme der öffentlichen Unternehmen lag 2005 bei rund 1,2 Billionen Euro. Die Hälfte davon, 646 Mrd. Euro, waren im Anlagevermögen gebunden. Von den Wirtschaftszweigen, in denen die öffentlichen Unternehmen schwerpunkt-

Abb. 8: Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nach wirtschaftlicher Tätigkeit 2005



Tab. 6: Vermögensstruktur öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2005

	Insgesamt		Entsorgung		Öffentliche Verwaltung ¹		Verkehr		Wasserversorgung	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
Bilanzsumme	1 167 472,7	100	92 657,3	100	59 267,0	100	80 987,9	100	40 671,2	100
Anlagevermögen	645 766,7	55,3	81 254,3	87,7	51 446,0	86,8	69 320,8	85,6	34 239,8	84,2
Umlaufvermögen	504 928,5	43,2	10 912,9	11,8	7 481,2	12,6	11 325,2	14,0	6 316,1	15,5
Sonstige Aktiva	16 777,5	1,4	490,1	0,5	339,9	0,6	342,0	0,4	115,3	0,3

1 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung.

Tab. 7: Gewinn- und Verlustrechnung öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2005

	Insgesamt		Energieversorgung		Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen		Verkehr		Grundstücks- und Wohnungswesen	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
Betriebsertrag	301 712,8	100	78 224,1	100	23 976,9	100	44 844,4	100	21 935,0	100
dar. Umsatzerlöse	257 184,7	85,2	74 421,4	95,1	12 912,4	53,9	38 368,2	85,6	19 048,3	86,8
Materialaufwand	131 850,7	43,7	55 581,0	71,1	6 557,0	27,3	20 971,7	46,8	9 920,3	45,2
Personalaufwand	84 793,5	28,1	6 652,9	8,5	11 146,2	46,5	12 818,4	28,6	2 499,2	11,4
Abschreibungen	26 154,0	8,7	3 791,4	4,8	7 17,3	3,0	4 211,0	9,4	3 796,7	17,3
Jahresergebnis	76,2	0,0	2 039,7	2,6	1 123,8	4,7	637,5	1,4	-417,5	-1,9

mäßig tätig waren, wies der Bereich Entsorgung die höchste Anlagenintensität aus (88 %), gefolgt von den Bereichen öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (87 %), Verkehr (86 %) und Wasserversorgung (84 %). → Tab. 6

Das Jahr 2005 haben die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in der Summe mit einem positiven Jahresergebnis von rund 76 Mill. Euro abgeschlossen. Dazu trugen wesentlich die Bereiche Energieversorgung (2 Mrd. Euro) und Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (1,1 Mrd. Euro) bei. Auch die Bereiche Verkehr und Entsorgung erwirtschafteten ein positives Ergebnis (637,5 Mill. Euro bzw. 552,7 Mill. Euro). Ein relativ ausgeglichenes Ergebnis verzeichnete der Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung (21,9 Mill. Euro). Negative Ergebnisse erzielten die öffentlichen Unternehmen in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (-417,5 Mill. Euro), Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (-388,9 Mill. Euro) sowie Erziehung und Unterricht (-286 Mill. Euro). → Tab. 7

Um ein umfassendes Bild über die öffentlichen Finanzen zu erhalten, müssen die

Finanzen der öffentlichen Haushalte und der öffentlichen Unternehmen zusammen betrachtet werden. Das wird derzeit noch durch die unterschiedlichen Arten des Rechnungswesens – kameral einerseits, kaufmännisch andererseits – erschwert. Einige Positionen lassen sich aber schon jetzt relativ gut miteinander vergleichen bzw. zu einem Gesamtergebnis für den öffentlichen Sektor (öffentliche Haushalte plus öffentliche Unternehmen) zusammenführen. So überstieg 2005 der Zugang an Sachanlagevermögen bei den öffentlichen Unternehmen mit 36,8 Mrd. Euro die Sachinvestitionen (Baumaßnahmen plus Erwerb von Sachvermögen) der öffentlichen Haushalte von 34 Mrd. Euro. Der Personalaufwand der öffentlichen Unternehmen belief sich auf 84,8 Mrd. Euro, die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte betragen 186,3 Mrd. Euro.

4.4.5 Personal im öffentlichen Dienst

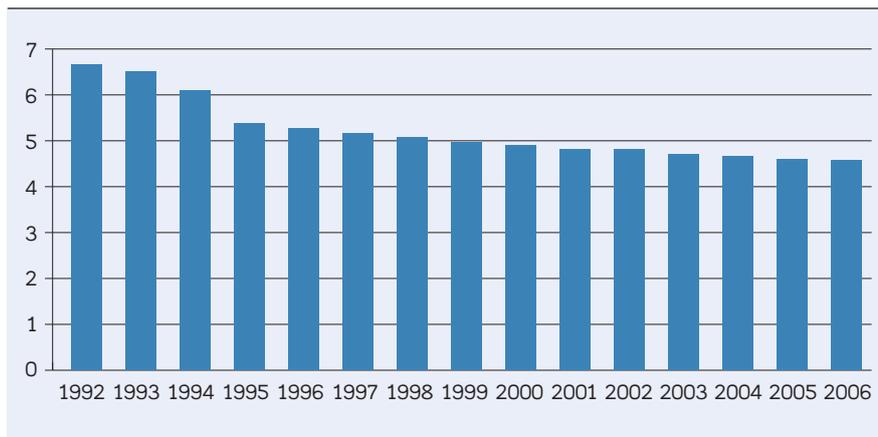
Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und Unternehmen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten Mitte 2006 in Deutschland insgesamt

5,5 Mill. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten bzw. -soldatinnen, aber ohne Grundwehrendienstleistende). Davon übten 3,9 Mill. Personen eine Vollzeit- und 1,6 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 11 000 Vollzeitkräfte (-0,3 %) weniger beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich dagegen um 47 000 Personen oder 3 % erhöht. Der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigten betrug 39 %, bei den Teilzeitbeschäftigten waren es 82 %.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn das durch die öffentliche Hand bezahlte Personal in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den 34,7 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den öffentlichen Sektor ein Anteil von knapp 16 %.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der Wiedervereinigung deutlich gesunken. Im Jahr 1992 waren noch rund 6,7 Mill. Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, am 30. Juni 2006 dagegen noch 4,6 Mill.

Abb. 9: Entwicklung des Personalstandes im öffentlichen Dienst, Beschäftigte in Mill.



Stichtag 30. Juni.

Der massive Personalrückgang im öffentlichen Dienst in den 1990er Jahren resultierte in erster Linie aus dem Zwang, die Personalausstattung der neuen Länder und der dortigen Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen, und aus der Privatisierung der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost. In den letzten Jahren gibt es auch einen Trend der Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern und der Auslagerung von kommunalen Dienstleistungen wie etwa Abfallentsorgung oder Straßenreinigung. → **Abb. 9**

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes im öffentlichen Dienst lagen Mitte 2006 bei den allgemein bildenden und beruflichen Schulen (21 %), der sozialen Sicherung (15 %), und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie dem Rechtsschutz (14 %). → **Abb. 10**

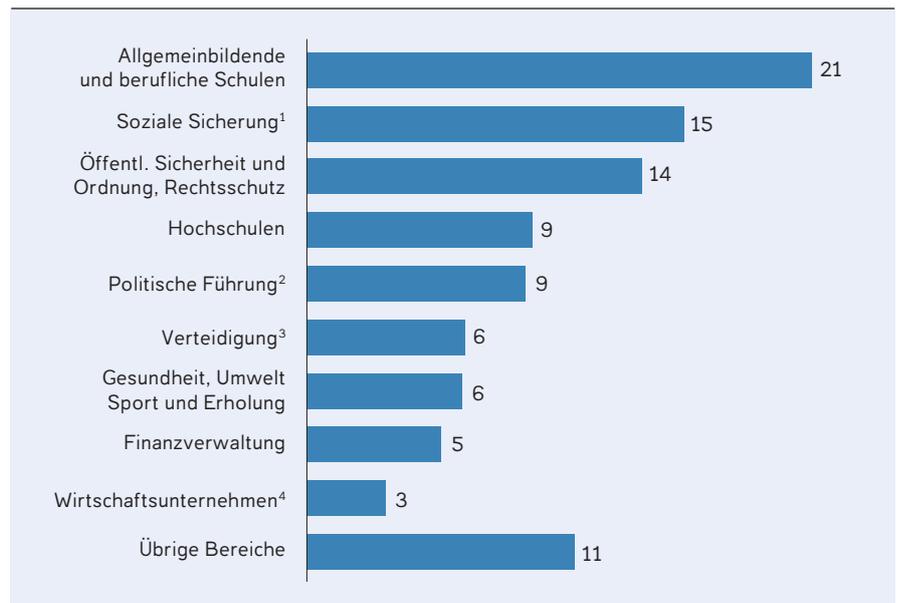
Die Gesamtzahl der pensionierten Beamten und Beamtinnen, Richter und Richterinnen sowie Berufssoldaten und Berufssoldatinnen bzw. ihrer Hinterbliebenen (zusammen: Versorgungsempfänger und -empfängerinnen) ist seit der Wiedervereinigung erheblich gestiegen. Im Zeitraum 1992 bis 2006 hat die Anzahl der Versorgungsempfänger und -empfängerinnen des öffentlichen Dienstes um rund 17 % zugenommen. Dieser Trend ist vor allem

auf den Personalaufbau im Bildungsbereich in den 1960er und 1970er Jahren im früheren Bundesgebiet zurückzuführen. Insgesamt erhielten am 1. Januar 2006 rund 1,44 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Nicht berücksichtigt sind in den Betrachtungen diejenigen Leistungsberechtigten, welche nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgt werden (so

genannte Dienstordnungs-Angestellte). Ihre Zahl lag im Jahr 2006 bei 23 900 Personen.

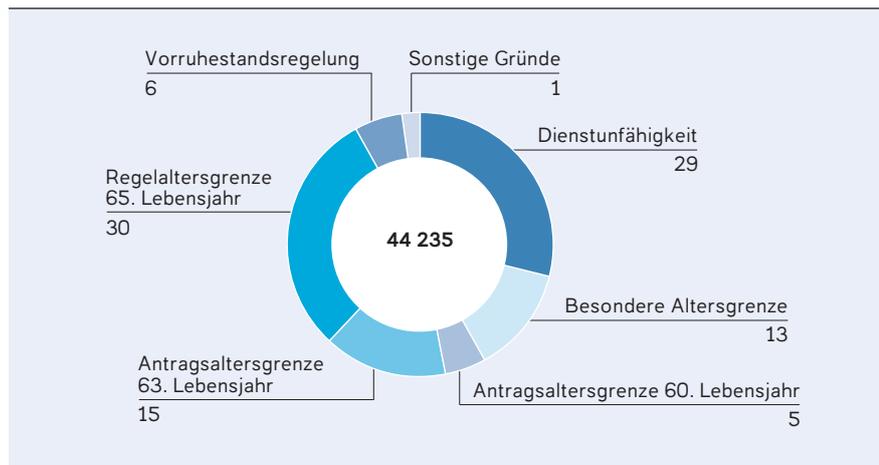
Die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen sind auf Grund der unterschiedlichen Aufgabenstruktur des aktiven Personals ungleichmäßig auf die verschiedenen Beschäftigungsbereiche verteilt. Anfang 2006 erhielten beim Bund 165 000, bei den Ländern 616 000 sowie bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden 107 000 ehemalige Bedienstete oder ihre Hinterbliebenen Versorgungsleistungen nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht. Beim Bundeseisenbahnvermögen (ehemals Deutsche Bundesbahn) wurden im Januar 2006 rund 218 000 sowie beim Bundespensions-Service für Post und Telekommunikation (ehemals Deutsche Bundespost) 270 000 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen gezählt. Die Zahl ehemaliger nach dem Krieg nicht übernommener Bediensteter des Dritten Reiches und ihre Hinterbliebenen betrug 2006 rund 40 000 Personen.

Abb. 10: Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen 2006, in %



1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.
 2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.
 3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne Grundwehrdienstleistende.
 4 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

Abb. 11: Pensionierungsgründe bei Neupensionären im unmittelbaren öffentlichen Dienst 2005, in %



Für den Eintritt des aktiven Personals in den Ruhestand sind vor allem drei Gründe zu unterscheiden: Das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze, festgestellte Dienstunfähigkeit und die Inanspruchnahme einer Vorruhestandsregelung.

Insgesamt lag die Zahl der Neupensionierten im öffentlichen Dienst bei rund 44 000. Eine Mehrheit von 63 % der Neupensionierungen erfolgte auf Grund des Erreichens einer gesetzlichen Altersgrenze. Der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit unter den Neupensionären betrug im Jahr 2005 im unmittelbaren öffentlichen Dienst (ohne Sozialversicherungsträger, Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit, rechtlich selbstständige Unternehmen in öffentlich rechtlicher Rechtsform) rund 29 %, und 6 % nahmen eine Vorruhestandsregelung in Anspruch. → **Abb. 11**

Das durchschnittliche Alter für den Ruhestandseintritt der Pensionärinnen und Pensionäre unterscheidet sich in den einzelnen Beschäftigungsbereichen des öffentlichen Dienstes. Während es bei den Beamten und Beamtinnen des Bundes 2005 bei 62 Jahren lag, gingen die Beamten und Beamtinnen der Länder und Gemeinden durchschnittlich mit 61 Jahren in den Ruhestand. Für die Soldaten und

Soldatinnen im Beschäftigungsbereich des Bundes gelten besondere Altersgrenzen, die niedriger als in den anderen Beschäftigungsbereichen sind. Sie gingen im Schnitt mit 54 Jahren in Pension. Für die Beamtinnen und Beamten im Vollzugsdienst der Länder liegt die besondere Altersgrenze bei 60 Jahren. Sie traten mit durchschnittlich 58 Jahren in den Ruhestand. Die Lehrerinnen und Lehrer, ebenfalls in der Zuständigkeit der Länder, gingen im Schnitt mit 62 Jahren in Pension. Die Ruhegehaltsbezüge hängen neben der ruhegehaltfähigen Dienstzeit von den Ruhegehaltssätzen ab. 2005 betrug der durchschnittliche Ruhegehaltssatz der Neupensionäre bei den Gebietskörperschaften 70,3 %. Er wird bei der Berechnung des Ruhegehalts auf die zuletzt für eine Mindestdauer bezogenen aktiven Dienstbezüge angewandt. Die durchschnittlichen monatlichen Bezüge betrugen im Januar 2006 bei den Ruhegehaltsempfängern und -empfängerinnen der Gebietskörperschaften rund 2 670 Euro.

4.4.6 Zusammenfassung

Die föderal strukturierte öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft spiegelt sich in der Struktur und den Daten der Finanz- und Personalstatistiken wieder. Die Finanzstatistiken haben die wichtige Auf-

gabe, ein in sich konsistentes und detailliertes Gesamtbild der öffentlichen Finanzen zu erstellen und bilden damit die Grundlage für zentrale finanz-, wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Für die Meldungen Deutschlands im Rahmen des europäischen Stabilitätspaktes haben sie eine zentrale Funktion.

Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten sowie die Tendenz, das bisherige kamerale Rechnungswesen durch auf der kaufmännischen doppelten Buchführung basierende Rechnungssysteme zu ersetzen, haben das Gesamtbild der öffentlichen Finanzen in der jüngeren Vergangenheit beeinträchtigt. Durch die Reintegration wichtiger ausgegliederter Einheiten in die finanzstatistische Berichterstattung sowie durch die Weiterentwicklung der finanzstatistischen Berichtssysteme werden die Finanzstatistiken auch weiterhin vergleichbare, detaillierte Daten über die öffentlichen Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden bereitstellen.

Die Bedeutung dieser Aufgabe wird deutlich unterstrichen durch die Anforderungen, die die gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismuskommission II) an vergleichbare Datengrundlagen über die öffentliche Finanzwirtschaft stellt.

5 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

5.1 Arbeitsmarkt

Christian Wingerter

5.1.1 Deutschland als Arbeitsgesellschaft

Erwerbsarbeit spielt in Deutschland sowohl in gesellschaftlicher als auch in individueller Hinsicht eine zentrale Rolle. Unbestritten wird Arbeit als Hauptquelle zur Sicherung des Lebensunterhalts gesehen. Nicht minder wichtig ist die Bedeutung, die der ausgeübte Beruf und die berufliche Stellung für das Selbstverständnis jedes Einzelnen und seine gesellschaftliche Position haben. Für viele ist Arbeit ein wichtiger Teil der persönlichen Selbstentfaltung. Mit der Gleichstellung der Geschlechter nimmt die Erwerbsarbeit auch für Frauen einen immer größeren Stellenwert ein und die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt seit einiger Zeit wieder zu. Das heißt, der Teil der Bevölkerung wird größer, für den Erwerbsarbeit ein wesentlicher Teil des Alltags ist. Arbeitslosigkeit ist umgekehrt nicht nur wegen der finanziellen Konsequenzen, sondern auch wegen der gesellschaftlichen Stigmatisierung ein Problem. Die mit ihr einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist nicht nur zum Konsumverzicht, sondern führen zu einer eingeschränkten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben des oder der Arbeitslosen und aller von ihm oder ihr abhängigen Personen. Eine auf den Arbeitsmarkt bezogene Perspektivlosigkeit kann darüber hinaus zu persönlichen Sinnkrisen führen.

Ebenso groß ist die Bedeutung der Erwerbsarbeit auf gesellschaftlicher Ebene.

Das Steuersystem und die Sozialversicherungssysteme finanzieren sich über Erwerbsbeteiligung. Für materiellen Wohlstand sind die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung. Dementsprechend groß ist auch die öffentliche und politische Diskussion um die Zukunft der Arbeitswelt.

Die weiterhin rasante technische Entwicklung, die zunehmende Globalisierung der Arbeitsmärkte, der demografische Wandel in Deutschland, veränderte Beschäftigungsformen, aber auch andere Ansprüche der Menschen an Arbeit und ihre Vereinbarkeit mit dem Privatleben werfen viele Fragen auf. Dabei wechseln die öffentlich-politisch diskutierten Zukunftsszenarien relativ schnell und sind stark von aktuellen Ereignissen geprägt. Beeinflusst durch eine immer weiter steigende strukturelle Arbeitslosigkeit, wurde Ende der 1990er Jahre das bevorstehende Ende der Arbeitsgesellschaft diskutiert. Wird uns durch die immer weiter steigende Produktivität bald die Arbeit ausgehen? Bislang ist die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft jedoch unangefochten. In der aktuellen Diskussion überlagern sich die Befürchtungen im Hinblick auf die Prekarisierung und Marginalisierung von Arbeitsverhältnissen sowie des Abwanderns auch qualifizierter Tätigkeiten in Länder wie China oder Indien mit der Diskussion um den Fachkräftemangel.

Um die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt angemessen analysieren zu können,

bedarf es zuverlässiger Daten und der Möglichkeit, diese in umfassende Zusammenhänge einzuordnen. Die amtlichen Arbeitsmarktstatistiken bedienen diesen Informationsbedarf durch eine kontinuierliche Arbeitsmarktberichterstattung. Mit weit zurückreichenden Zeitreihen bieten sie die Möglichkeit den historischen Kontext mit in die Analysen einzubeziehen. Dies ist im Hinblick auf die Einschätzung zukünftiger Entwicklung unverzichtbar. In den letzten zehn Jahren hat die Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen an Bedeutung gewonnen und es konnten entsprechende Datenbestände aufgebaut werden.

Dieses Kapitel beleuchtet die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung und deren Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Bildungsstand, die Rolle von Erwerbsarbeit als Unterhaltsquelle, die fortschreitende Entwicklung des Dienstleistungssektors (Tertiärisierung der Wirtschaft) und die damit einhergehende Veränderung bei traditionellen Berufen sowie das Ausmaß von Arbeits- oder Erwerbslosigkeit.

5.1.2 Wie erfasst die amtliche Statistik das Geschehen am Arbeitsmarkt?

Amtliche Zahlen über den Arbeitsmarkt liefern das Statistische Bundesamt und die Bundesagentur für Arbeit. Das Statistische Bundesamt erstellt Statistiken mit dem Zweck der Betrachtung des erwerbs-

statistischen Gesamtsystems. Es berechnet dazu unter anderem die Zahl der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Außerdem führt es jährlich die Bevölkerungsbefragung Mikrozensus mit der integrierten EU-Arbeitskräfteerhebung durch. Die Daten aus dieser Primärerhebung fließen zum einen in die oben genannte ILO-Arbeitsmarktstatistik und in die Bestimmung der Erwerbstätigenzahlen ein. Sie dienen zum anderen tiefer gehenden Untersuchungen zum Erwerbsstatus und zur Arbeitssuche mit Bezug auf sozio-demografische Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Bildungsstand.

Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit basieren vorwiegend auf Verwaltungsdaten, die im Zusammenhang mit ihren Aufgaben der Arbeitsvermittlung und Leistungserbringung für Arbeitslose und Kurzarbeiter anfallen. Dementsprechend stellt sie Statistiken zu den registrierten Arbeitslosen, den gemeldeten Stellen, zum Ausbildungsmarkt, zur Zahlung von Lohnersatzleistungen sowie der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Programmen zur Verfügung. Hinzu kommt die Beschäftigtenstatistik, die sich aus den Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger speist und insbesondere Informationen über sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte beinhaltet.

Die einzelnen Statistiken unterscheiden sich nicht nur in den angewandten Erhebungsmethoden, sondern teilweise auch in den zugrunde liegenden Konzeptionen und Begriffsabgrenzungen. Diese Unterschiede müssen beachtet werden, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Missverständnisse auftreten. Oftmals werden beispielsweise die Begriffe Erwerbslose und Arbeitslose synonym verwendet. Tatsächlich stecken dahinter unterschiedliche Konzepte, mit denen Personengruppen beschrieben werden, die nur teilweise identisch sind. 

Arbeitsmarkt: Statistische Begriffe und Konzepte

Die ILO-Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes folgt dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO), das internationale Vergleiche von Arbeitsmärkten ermöglicht. *Erwerbstätig* im Sinne der ILO-Definition ist jede Person ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig in welchem Umfang. Auch wer sich in einem Beschäftigungsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum vorübergehend nicht ausgeübt hat oder in einem Familienbetrieb mitgeholfen hat, gilt als erwerbstätig.

Als *erwerbslos* gilt (im Sinne der durch die EU konkretisierten ILO-Abgrenzung) jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig war und in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es dabei nicht an. Die Person muss in der Lage sein, eine neue Arbeit innerhalb von zwei Wochen aufzunehmen. Die Einschaltung einer Agentur für Arbeit oder eines kommunalen Trägers in die Suchbemühungen ist für die Einstufung nicht erforderlich. Fasst man Erwerbslose und Erwerbstätige zusammen, spricht man von *Erwerbspersonen*.

Arbeitslose sind Personen, die als solche amtlich registriert sind und sozialgesetzlichen Vorgaben entsprechen. Die Zahl der Arbeitslosen kann so allein durch Änderungen im Sozialgesetzbuch beeinflusst werden, wie Anfang 2005 durch die Einführung der Hartz-Gesetze geschehen. Registrierte Arbeitslose dürfen bis zu 15 Stunden pro Woche arbeiten, ohne ihren

Die in diesem Kapitel vorgestellten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes (Abschnitte 5.1.3 bis 5.1.7) stützen sich auf zwei Quellen: die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und den Mikrozensus. Obwohl beim Mikrozensus und bei der Erwerbstätigenrechnung der VGR das ILO-Konzept

Status zu verlieren. Es können Arbeitslose nach dem Rechtskreis des Zweiten und Dritten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB II und III) unterschieden werden. Letztere haben Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (in der Regel zwölf Monate), erstere beanspruchen als erwerbsfähige Personen staatliche Hilfe.

Aus den abweichenden Konzepten folgt, dass in der ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten sind, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.

Nicht jeder registrierte Arbeitslose hat tatsächlich den Wunsch nach einer Arbeit. Die Meldung bei einer Arbeitsagentur kann allein geschehen sein, um die daraus resultierenden Lohnersatzleistungen zu bekommen. Mit wenigen Ausnahmen werden alle Erwerbsfähigen, die staatliche Leistungen beziehen, als Arbeitslose gezählt. Jeder Arbeitslose muss den Vermittlungsbemühungen der zuständigen Agentur oder des zuständigen kommunalen Trägers zur Verfügung stehen.

Umgekehrt werden registrierte Arbeitslose, die Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik sind, in der Statistik nicht als Arbeitslose gezählt ebenso wie ältere Personen ohne Arbeit, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zu Verfügung stehen. Arbeitssuchende, die den Weg zur Arbeitsagentur scheuen (und damit insgesamt auf staatliche Leistungen verzichten), können in der Statistik nicht gezählt werden. Nicht registrierte Arbeitslose werden der »Stille Reserve« zugerechnet.

zur Bestimmung der Erwerbstätigen angewendet wird, ergeben sich bei den Ergebnissen Abweichungen.

Die Erwerbstätigenrechnung wird mit Priorität zur Betrachtung der Beschäftigung im Kontext der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwendet. Sie stützt sich zur Berechnung der Erwerbstätigen-



zahl auf eine Vielzahl von statistischen Quellen, um möglichst alle verfügbaren Datenquellen in die Schätzung einfließen zu lassen. Für den Mikrozensus wird eine repräsentative Stichprobe von Haushalten in Deutschland befragt. Mit ihm können auch differenziertere Analysen durchgeführt werden und er dient in seiner Anwendung stärker sozialpolitischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen.

Obwohl bei Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung das ILO-Konzept zur Bestimmung der Erwerbstätigen angewendet wird, ergeben sich bei den Ergebnissen deutliche Abweichungen. Diese sind vor allem auf die methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken zurückzuführen: Zum einen ist die Arbeitskräfteerhebung als Stichprobe mit einer statistischen Unschärfe behaftet. Da die Stichprobe des Mikrozensus sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe vergleichsweise gering. Außerdem weicht die Definition der ILO zur Erwerbstätigkeit deutlich vom Alltagsverständnis ab, indem etwa bezahlte Tätigkeiten bereits ab einem Umfang von einer Stunde pro Woche als Erwerbstätigkeit zu erfassen sind. Die Erfassung kann daher in Haushaltshebungen problematisch sein, wenn die Befragten sich beispielsweise hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht immer angeben.

Die Erwerbstätigenrechnung geht dagegen methodisch anders vor und greift im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur Geringfügigen Beschäftigung zurück. Aufgrund dieser methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken liegen die Daten für Erwerbspersonen und Erwerbstätige aus dem Mikrozensus auf einem insgesamt niedrigeren Niveau. Die längerfristigen Trends beider Statistiken zeigen dabei jedoch in die gleiche Richtung. Die Abschnitte 5.1.8 bis 5.1.10 basieren auf den Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Tab. 1: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose

Jahr	Erwerbspersonen	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ¹
				in 1 000
1991	40 823	38 664	2 159	5,3
1992	40 600	38 066	2 534	6,2
1993	40 598	37 541	3 057	7,5
1994	40 811	37 488	3 323	8,1
1995	40 774	37 546	3 228	7,9
1996	40 939	37 434	3 505	8,6
1997	41 198	37 390	3 808	9,2
1998	41 566	37 834	3 732	9,0
1999	41 742	38 339	3 403	8,2
2000	42 175	39 038	3 137	7,4
2001	42 402	39 209	3 193	7,5
2002	42 517	38 994	3 523	8,3
2003	42 551	38 633	3 918	9,2
2004	42 956	38 796	4 160	9,7
2005	43 330	38 757	4 573	10,6
2006	43 274	39 024	4 250	9,8
2007	43 303	39 694	3 609	8,3

¹ Erwerbslosenquote: Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

5.1.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

2007 gab es in Deutschland durchschnittlich rund 43,3 Mill. Erwerbspersonen. Von ihnen waren 39,7 Mill. erwerbstätig und 3,6 Mill. erwerbslos. Im Vergleich zu 1991 ist die Zahl der Erwerbspersonen um etwa 2,4 Mill. gestiegen. Kontinuierliche Zuwächse sind ab 1996 zu beobachten, während die Erwerbspersonenzahl davor weitestgehend stagnierte.

Betrachtet man die Zahlen der Erwerbstätigen und Erwerbslosen gesondert, werden konjunkturelle Entwicklungen deutlicher: Nach der deutschen Vereinigung war die Erwerbstätigenzahl rückläufig, bis sie 1997 ein Minimum von 37,4 Mill. erreichte. Nach einem Erwerbstätigenhoch im Jahr 2001 mit 39,2 Mill. ging sie parallel zur konjunkturellen Entwicklung erneut leicht zurück, blieb aber deutlich über dem Niveau von 1997. Seit 2004 ist wieder ein klarer Aufwärtstrend erkennbar.

Marginaler Beschäftigung kommt in den letzten Jahren eine größere Bedeutung zu. Sie zählt gemäß dem ILO-Konzept auch als Erwerbstätigkeit. Insgesamt stieg zwi-

schen 2003 und 2007 die Zahl der Erwerbstätigen um gut eine Million, während die Zahl der marginal Beschäftigten um 790 000 zunahm. Allerdings hat sich der Bedeutungszuwachs marginaler Beschäftigung im Rahmen des letzten konjunkturellen Aufschwungs verlangsamt: Zwischen 2003 und 2004 stieg die Zahl marginal Beschäftigter noch um eine knappe halbe Million bei einer weitestgehend stagnierenden Erwerbstätigenzahl. 2007 war im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von knapp 40 000 marginal Beschäftigten zu verzeichnen, wohingegen insgesamt 650 000 mehr Erwerbstätige gezählt wurden. Im Jahr 2007 gab es in Deutschland gut 5,9 Mill. marginal Beschäftigte. Unter marginal Beschäftigten werden alle abhängig Beschäftigten verstanden, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen.

Die Erwerbslosenzahl verzeichnete zwischen 1991 und 1997 sowie 2000 und 2005 zwei Phasen deutlicher Zunahme. In der ersten stieg sie von 2,2 auf 3,8 Mill. und in der zweiten von 3,1 auf 4,6 Mill. Die dazwischen liegende konjunkturelle Aufschwungphase führte die Erwerbslosigkeit nicht auf ihr ursprüngliches

Niveau von Anfang der 1990er Jahre zurück. Auch die durchschnittliche Erwerbslosenzahl von 2007 lag noch knapp eine halbe Million über dem letzten Tiefstwert aus 2000. Im Vergleich zu 1991 gab es 2007 1,5 Mill. mehr Erwerbslose. → **Tab. 1**

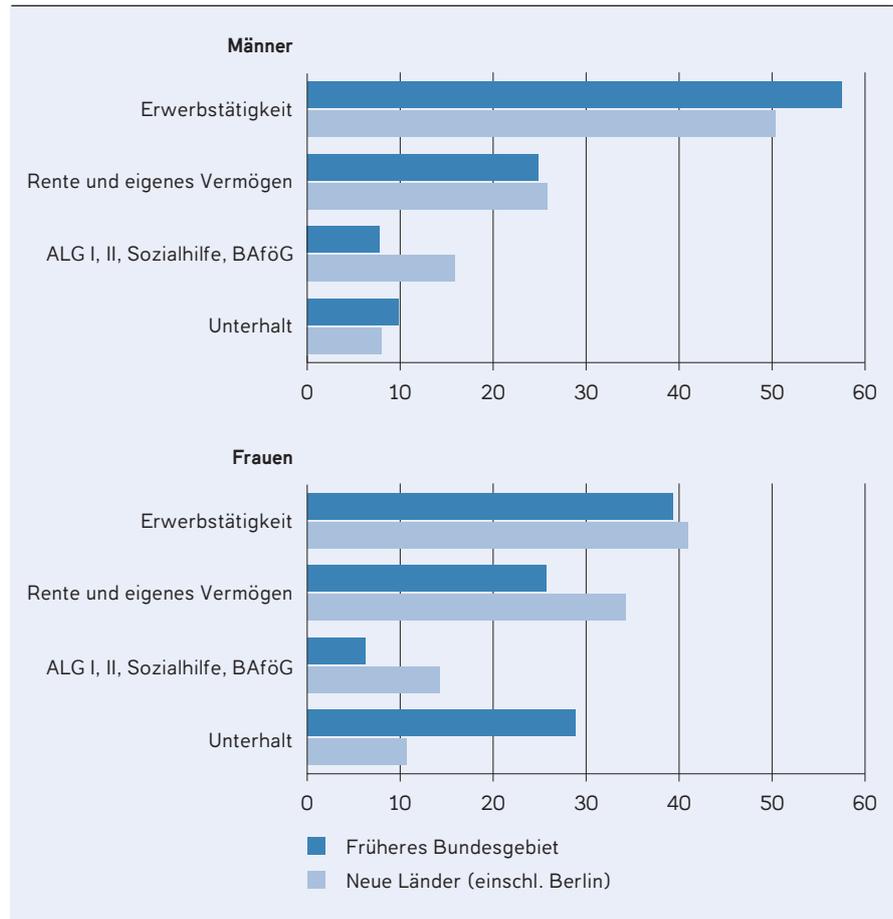
Die Zahl der registrierten Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit wies im Vergleich zur Erwerbslosenzahl einen ähnlichen Verlauf auf, allerdings auf einem höheren Niveau. Die Differenz schwankte lange zwischen 350 000 bis 750 000. Seit 2004 haben sich die Zahlen deutlich angenähert, so dass die Arbeitslosenzahl 2007 nur noch um 170 000 über der Erwerbslosenzahl lag (siehe 5.1.8).

5.1.4 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Bestritten 1996 noch 49,1 % der Personen im Alter von 15 und mehr Jahren ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, so waren dies 2006 insgesamt 47,6 %. Dies war nicht nur eine Folge der in diesem Zeitraum gestiegenen Arbeitslosigkeit. 2006 lebten 8,7 % der Bevölkerung hauptsächlich von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Bafög. Das waren gerade 0,7 Prozentpunkte mehr als 1996. Die Verschiebung der Altersstruktur spielte eine bedeutendere Rolle. Der Anteil der Personen in Deutschland, die 2006 hauptsächlich von Rente, Pension oder eigenem Vermögen lebten, ist um 1,6 Prozentpunkte auf 26,3 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, deren Unterhalt hauptsächlich von Angehörigen finanziert wurde, ist hingegen von 18,2 % auf 17,4 % gesunken.

Zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Männern und Frauen waren unterschiedliche Trends zu beobachten. 2006 verdienten im früheren Bundesgebiet 57,5 % der Männer und 39,3 % der Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. 1996 lagen die Anteile bei 61,4 % beziehungsweise 37,2 %. Somit finanzierten 2006

Abb. 1: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2006, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung 15 Jahre und älter.

mehr Frauen ihren Lebensunterhalt selbst durch Erwerbstätigkeit, gleichzeitig waren weniger auf den Unterhalt von Angehörigen angewiesen. Der entsprechende Anteil von 28,8 % lag 3,1 Prozentpunkte unter demjenigen von 1996. Im Westen lebten 9,8 % der Männer überwiegend von Unterhalt durch Angehörige. Die Bedeutung von Arbeitslosengeld oder anderen Sozialleistungen hat weder für die Männer (2006: 7,8 %) noch für die Frauen (2006: 6,2 %) im Vergleich zu 1996 merklich zugenommen. Der Anteil von Renten und Vermögenseinkommen ist im Westen bei den Frauen kaum, bei Männern um 2,5 Prozentpunkte gestiegen.

50,3 % der ostdeutschen Männer finanzierten 2006 ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch Erwerbstätigkeit. Der Ab-

stand zum Frauenanteil (40,9 %) war geringer als im Westen. Anders als im Westen war dieser Anteil bei beiden Geschlechtern rückläufig. Bei Männern sank er im betrachteten Zeitraum um genau acht Prozentpunkte und bei Frauen um 1,5 Prozentpunkte. 2006 lebten gegenüber 1996 mit 15,9 % anteilig mehr (plus drei Prozentpunkte) ostdeutsche Männer überwiegend von Sozialleistungen. Der Anteil der Frauen hat sich leicht von 14,8 % auf 14,2 % verringert. Der Prozentsatz der Frauen, die Alterseinkünfte bezogen, war mit 34,2 % im Osten deutlich größer als der der Männer (25,8 %). Er lag klar über dem Niveau im früheren Bundesgebiet. Die Gruppe der Bezieher von Alterseinkünften war bei beiden Geschlechtern in den neuen Ländern stärker gewachsen als im früheren Bundesgebiet. → **Abb. 1**

5.1.5 Beteiligung am Erwerbsleben

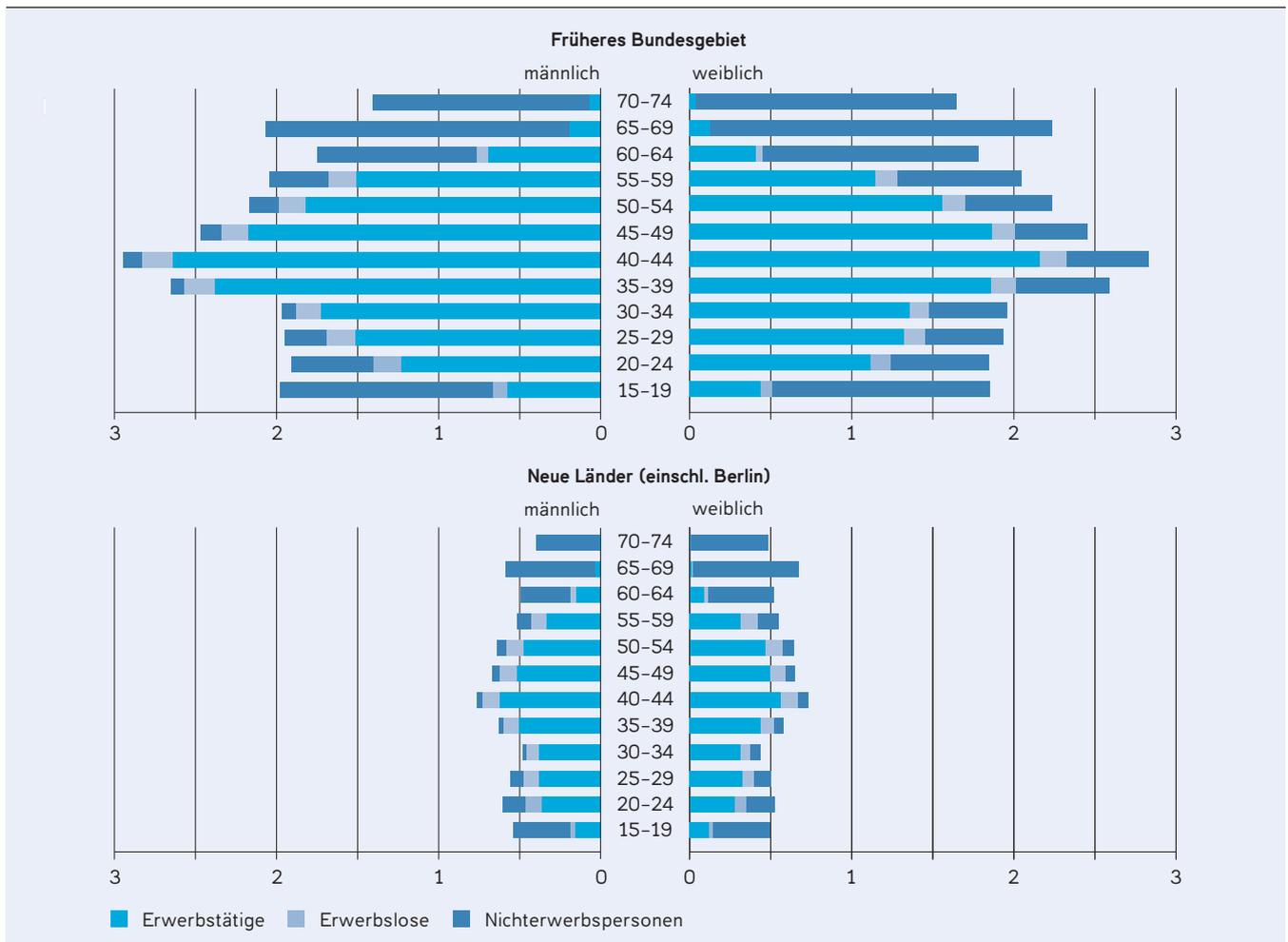
Längere Ausbildungszeiten und das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führten seit den 1990er Jahren zu stetig sinkenden Erwerbsquoten. 2006 stieg die Erwerbsquote erstmals wieder seit der deutschen Vereinigung. In jenem Jahr lag der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland mit 50,5 % um 1,6 Prozentpunkte höher als 1996 (48,9 %). Die Zunahme resultiert aus einer höheren Erwerbsquote der Frauen, die seit 1996 um knapp vier Prozentpunkte auf 44,7 % zugenommen hat, während die Erwerbsquote für die Männer mit 56,6 % weiterhin leicht rückläufig war.

Tab. 2: Erwerbsquoten nach Altersgruppen

Altersgruppen	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin)	
	1996	2006	1996	2006	1996	2006
	in %					
15-19	32,3	31,3	29,8	30,6	34,8	31,9
20-24	76,1	71,1	71,8	70,3	80,5	72,0
25-29	83,6	81,4	79,1	80,8	88,1	82,0
30-34	88,3	87,7	82,7	85,4	93,9	90,0
35-39	89,4	89,8	83,9	87,4	94,9	92,3
40-44	90,1	91,4	85,2	89,3	95,1	93,5
45-49	88,1	90,0	83,7	88,2	92,6	91,9
50-54	83,3	86,5	77,4	83,6	89,1	89,4
55-59	65,5	75,8	63,4	72,3	67,6	79,4
60-64	17,1	31,9	22,8	34,3	11,5	29,6
65-69	3,9	5,7	5,7	7,4	2,1	4,0
70-74	1,9	2,4	2,9	3,4	1,0	1,4
75 und älter	0,7	0,7	1,1	1,0	0,3	0,3

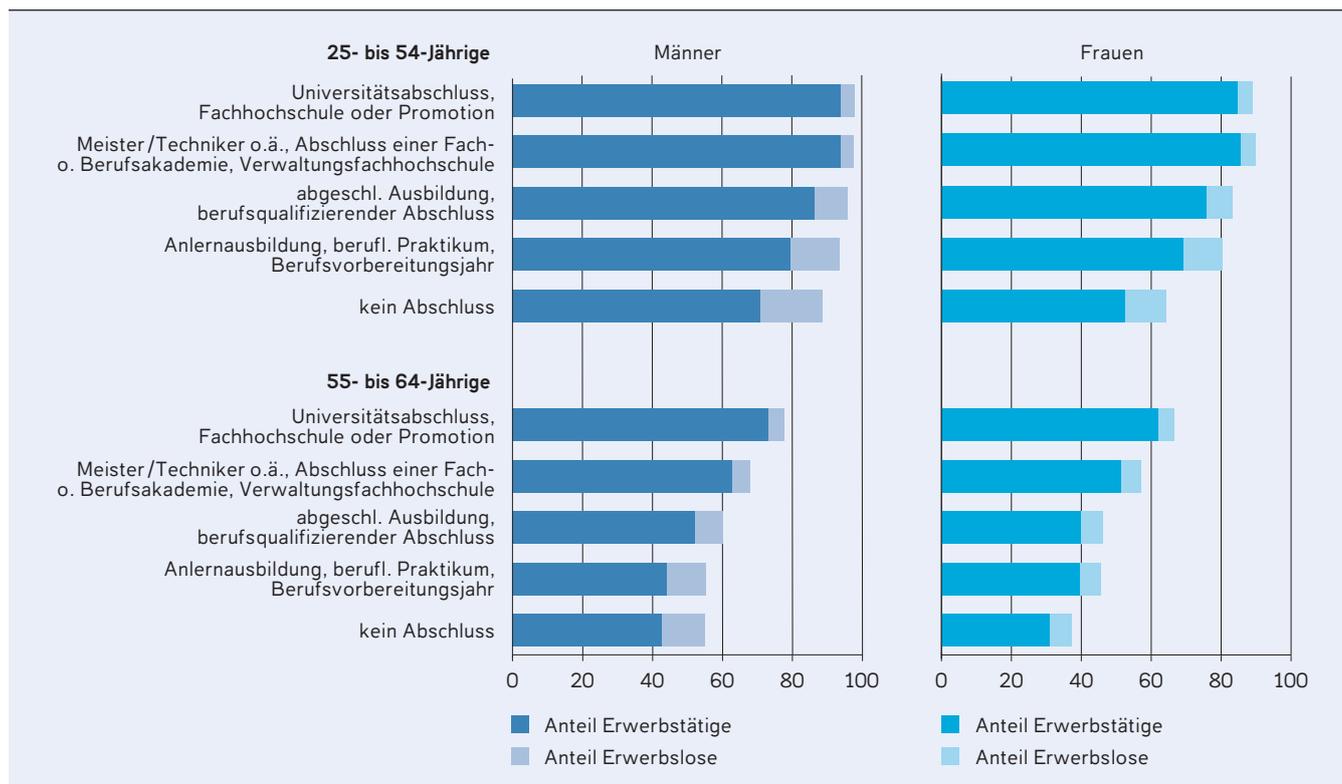
Ergebnisse des Mikrozensus.

Abb. 2: Bevölkerung nach Altersgruppen und Beteiligung am Erwerbsleben 2006, in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus.

Abb. 3: Erwerbsstatus nach dem höchsten beruflichen Abschluss 2006, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung ab 15 Jahren und nicht mehr in Bildung oder Ausbildung.

Betrachtet man nur die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren, lag die Erwerbsbeteiligung bei 74,8 %. Der entsprechende Wert lag 1996 noch bei 71,4 %. Ein differenzierterer Blick auf die Erwerbsbeteiligung einzelner Altersgruppen zeigt deutliche Zunahmen der Erwerbsquoten für die 55- bis 64-Jährigen, was die gesetzlich verschlechterten Möglichkeiten einer frühen Verrentung widerspiegelt. Bei den unter 30-Jährigen sind die Erwerbsquoten seit 1996 nochmals zurückgegangen. Am häufigsten erwerbstätig waren die 30- bis 49-Jährigen mit Quoten um 90 %. Die 50- bis 54-Jährigen waren mit 86,5 % fast noch im gleichen Ausmaß am Erwerbsleben beteiligt. → Tab. 2

1996 war die Erwerbsbeteiligung der Ostdeutschen in allen Altersgruppen unter 60 Jahren höher als in den entsprechenden westdeutschen Altersgruppen. Ein mehr oder minder deutlicher Rückgang der Quoten der unter 45-Jährigen in

Ostdeutschland und deutliche Zuwächse bei den Altersgruppen ab 30 Jahren im Westen haben zur Annäherung beigetragen. → Abb. 2

Neben Geschlecht, Alter und Region spielt der Bildungsstand eine wichtige Rolle für die Erwerbsbeteiligung. Betrachtet werden im Folgenden nur Personen, die das Bildungssystem bereits verlassen haben. In der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen befinden sich immerhin 7,9 Mill. in Bildung oder Ausbildung.

Unter den 25- bis 54-Jährigen wiesen nur Personen ohne berufliche Qualifikation Erwerbsquoten unter 80 % auf. Diejenigen, die eine Anlernausbildung oder ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert hatten, waren zu 86,7 % Erwerbspersonen. Dieser Anteil steigerte sich bis auf gut 94 % bei Personen, die über einen Hochschulabschluss verfügten. Die insgesamt hohen Quoten relativierten sich jedoch unter Berücksichtigung des Ausmaßes der Er-

werbslosigkeit, mit denen die einzelnen Bildungsgruppen konfrontiert waren. Die Erwerbslosenquoten derjenigen, die über keine anerkannte abgeschlossene Berufsausbildung verfügten, waren drei bis dreieinhalb mal größer als die Quoten von Personen mit tertiären Abschlüssen, wie Meister, Techniker, Absolventen einer Berufsakademie oder einer Hochschule mit rund 4 %. Von den Personen mit einer Anlernausbildung waren 2006 genau 74 % erwerbstätig, während dies 81,1 % der Personen mit abgeschlossener Ausbildung und rund 90 % aller Personen mit einem tertiären Abschluss waren. → Abb. 3

Die Erwerbsquoten bei 55-64-Jährigen bewegten sich zwischen 43,2 % für diejenigen ohne einen beruflichen Abschluss und 73,9 % für Hochschulabsolventen. Die Unterschiede in den Erwerbslosenquoten waren nicht so ausgeprägt wie bei den 25- bis 64-Jährigen. Diese Quoten bewegten sich in dieser Altersgruppe zwischen 4,6 % und 8,3 %.

Der grundlegende Zusammenhang von Bildung und Erwerbsbeteiligung ist für Frauen und Männer gleich, auch wenn sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen auf einem insgesamt niedrigeren Niveau befindet. Der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung zwischen hoch qualifizierten Männern und Frauen fällt kleiner aus als bei gering Qualifizierten.

5.1.6 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tief greifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen innerhalb der drei Sektoren geführt.

→ Tab. 3

Am auffälligsten ist das Schrumpfen des primären Sektors in den letzten ein- und einhalb Jahrhunderten: Vor 125 Jahren war auf dem damaligen Reichsgebiet nach Ergebnissen der Berufszählung nahezu jeder Zweite in diesem Sektor beschäftigt. 2006 war dies laut Erwerbstätigenrechnung nur noch jeder 45. oder 2,2 % aller Erwerbstätigen. Im sekundären Sektor arbeiteten 2006 ein Viertel (25,5 %) und im tertiären Sektor 72,3 % der Erwerbstätigen.

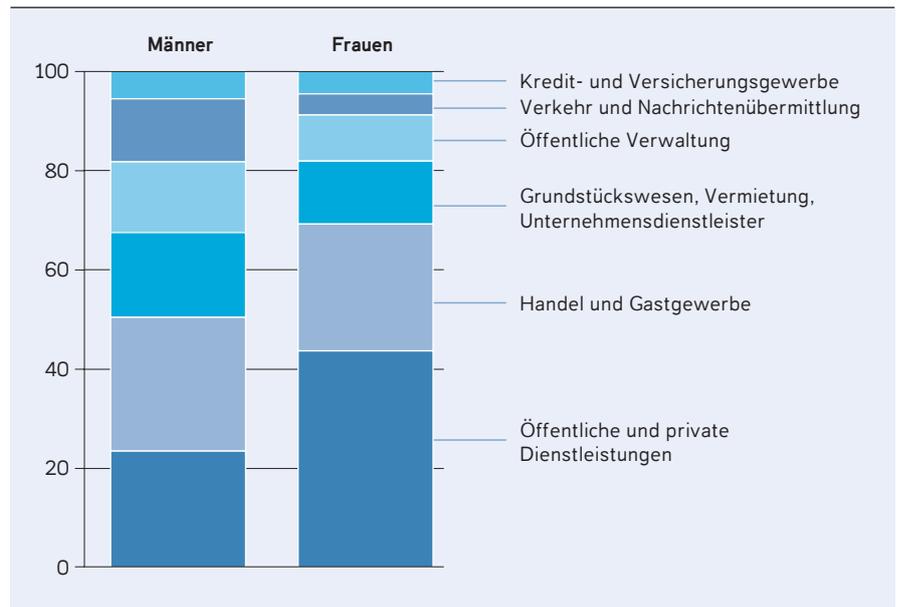
Parallel zur Abnahme im Agrarbereich stieg im Zuge der Industrialisierung in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an. Im früheren Bundesgebiet bot bis Anfang der 1970er Jahre das produzierende Gewerbe die meisten Arbeitsplätze (bis zu 50 %). Doch bereits seit Mitte der 1960er Jahre waren die Absolutzahl und der Anteil der

Tab. 3: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

	Früheres Bundesgebiet					Deutschland			
	1950	1960	1970	1980	1991	1991	1996	2001	2006
	in %								
Primärer Sektor	24,6	13,7	8,4	5,1	3,3	3,9	2,6	2,4	2,2
Sekundärer Sektor	42,9	47,9	46,5	41,1	36,1	36,6	31,7	28,3	25,5
Tertiärer Sektor	32,5	38,3	45,1	53,8	60,6	59,5	65,7	69,3	72,3

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige wurde im Zeitverlauf überarbeitet, so dass die Sektoren im Zeitverlauf nicht eindeutig abgrenzbar sind.

Abb. 4: Erwerbstätige im Dienstleistungssektor 2006, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Erwerbstätigen in diesem Sektor rückläufig. Bereits 1972 hatte der Dienstleistungssektor den sekundären Sektor in Westdeutschland in seiner Bedeutung für die Beschäftigung überholt.

Innerhalb des Dienstleistungssektors kam 2006 nach Ergebnissen des Mikrozensus den sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen mit 8,8 Mill. Erwerbstätigen und einem Anteil von 34,4 % die größte Bedeutung zu. Diese Wirtschaftsabschnitte umfassen Dienstleistungen im Bereich der kommunalen Versorgung, Dienstleistungen von Verbänden und Kirchen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen und Dienstleistungen in privaten Haushalten. Auch Forschung und Entwicklung und Erziehungsleistungen

werden diesem Bereich zugerechnet. Handel und Gastgewerbe kamen 2006 mit 26,2 % und 6,7 Mill. Erwerbstätigen zusammen die zweitgrößte Bedeutung zu. Grundstückswesen, Vermietungen und weitere gewerbliche Dienstleistungen hatten an allen Dienstleistungen einen Erwerbstätigenanteil von 14,7 % und die öffentliche Verwaltung einen Anteil von 11,5 %. Verkehr und Nachrichtenübermittlung und das Kredit- und Versicherungsgewerbe verfügten über Anteile von 8,1 % beziehungsweise 5,1 %. → Abb. 4

Der Dienstleistungssektor ist seit 1996 um 3,2 Mill. auf 25,5 Mill. Erwerbstätige im Jahr 2006 angewachsen. Die Erwerbstätigenanteile der Teilspektoren sind größtenteils gleich geblieben. Bemerkenswert

war allerdings ein Rückgang des Erwerbstätigenanteils in der öffentlichen Verwaltung um 3,5 Prozentpunkte und eine Zunahme im Abschnitt »Grundstücke, Vermietung, Unternehmensdienstleister« um 4,4 Prozentpunkte.

Im Dienstleistungssektor arbeiteten 2006 über zwei Millionen mehr Frauen als Männer. Sie waren vor allem in den Abschnitten der sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen vertreten. Im primären und sekundären Sektor dominierten männliche Erwerbstätige. Im Agrarsektor arbeiteten doppelt so viele Männer wie Frauen. Im produzierenden Gewerbe waren es sogar dreimal so viele Männer wie Frauen.

5.1.7 Berufe

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen aber auch neue Produktions- und Fertigungsverfahren haben viele Berufe und

Berufsfelder verändert. In der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes werden 369 so genannte Berufsordnungen unterschieden, in der alle existierenden Berufe eingruppiert sind. Wegen der Unterschiede bei den ausgeübten Berufen werden Männer und Frauen getrennt betrachtet.

Unter den Männern waren die meisten Erwerbstätigen Berufskraftfahrer (880 000). An zweiter Stelle standen die Tätigkeiten als Bürofachkraft und als kaufmännischer Angestellter mit knapp einer halben Million, gefolgt von 460 000 Unternehmern und Geschäftsführern. Unter den zehn am stärksten besetzten Berufsordnungen befanden sich 2006 nur drei aus dem Bereich des produzierenden Gewerbes, der Rest war den Dienstleistungsberufen zuzuordnen. Im Vergleich zur Rangfolge der zehn häufigsten Berufe im Jahr 1996 war der Rückgang der Zahl der Polizisten, Soldaten und Grenzschilder um knapp 170 000 Personen auffällig. Ent-

sprechend stellten sie nur die viertgrößte und nicht mehr die zweitgrößte Berufsordnung. Die Zahl der Berufskraftfahrer hat trotz der beibehaltenen Spitzenposition in zehn Jahren um rund 50 000 abgenommen. Elektriker und Elektroinstallateure, Konstruktionsmechaniker, Maurer, Feuerungs- und Schornsteinbauer sowie Tischler haben quantitativ ebenfalls an Bedeutung verloren. Die letzteren beiden Berufsordnungen tauchten 2006 unter den ersten zehn gar nicht mehr auf.

Die meisten Berufsordnungen stagnierten im betrachteten Zehnjahreszeitraum in ihrer Größe oder waren geschrumpft. Nur in zwei Gruppen wuchs die Zahl der Erwerbstätigen 2006 im Vergleich zu 1996. Dies waren zum einen die Hilfsarbeiter: Sie befanden sich 1996 mit 325 000 Personen auf Rang elf und belegten 2006 mit 357 000 Erwerbstätigen Rang sechs. Neu unter den ersten zehn waren außerdem die Lager- und Trans-

Tab. 4: Erwerbstätige Männer und Frauen in den zehn am stärksten besetzten Berufsordnungen 1996 und 2006

Berufsordnung 1996	Erwerbstätige in 1 000	Berufsordnung 2006	Erwerbstätige in 1 000
Männer		Männer	
1 Berufskraftfahrer	932	1 Berufskraftfahrer	882
2 Soldaten, Grenzschutz, Polizeibedienstete	624	2 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte	499
3 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte	480	3 Unternehmer, Geschäftsführer	460
4 Unternehmer, Geschäftsführer	459	4 Soldaten, Grenzschutz, Polizeibedienstete	458
5 Maurer, Feuerungs- und Schornsteinbauer	453	5 Kraftfahrzeug- und Zweiradmechaniker	376
6 Elektriker, Elektroinstallateure	423	6 Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	357
7 Konstruktionsmechaniker u. zugeh. Metallbauer	396	7 Elektriker, Elektroinstallateure	334
8 Kraftfahrzeug- und Zweiradmechaniker	384	8 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst)	328
9 Tischler	356	9 Lager- und Transportarbeiter	317
10 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst)	349	10 Konstruktionsmechaniker u. zugeh. Metallbauer	280
Frauen		Frauen	
1 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte	1 137	1 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte	1 368
2 Verkäuferinnen	668	2 Gebäudereinigerinnen/Raumpflegerinnen	779
3 Krankenschwestern, Hebammen	664	3 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst)	696
4 Sekretärinnen	660	4 Krankenschwestern, Hebammen	677
5 Gebäudereinigerinnen/Raumpflegerinnen	616	5 Sprechstundenhelferinnen	552
6 Büro- u. kaufmännische Sachbearbeiterinnen	537	6 Verkäuferinnen	541
7 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst)	526	7 Nahrungs- und Genussmittelverkäuferinnen	467
8 Sprechstundenhelferinnen	484	8 Erzieherinnen	445
9 Erzieherinnen	396	9 Büro- und kaufmännische Sachbearbeiterinnen	406
10 Nahrungs- und Genussmittelverkäuferinnen	392	10 Altenpflegerinnen	370

Ergebnisse des Mikrozensus.

portarbeiter mit 317 000 Erwerbstätigen auf Platz neun.

Die erwerbstätigen Frauen konzentrierten sich in ihren ausgeübten Berufen stärker auf einzelne Berufsordnungen, die ausnahmslos dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen sind. Sie waren 2006 am häufigsten als Bürofachkräfte und kaufmännische Angestellte tätig. Die zugehörige Berufsordnung umfasste fast 1,4 Mill. Frauen. Ebenfalls unter den zehn am stärksten besetzten Berufsordnungen befanden sich Büro- und kaufmännische Sachbearbeiterinnen und Verwaltungsfachleute im mittleren Dienst. Zusammen umfassen diese vom Tätigkeitsfeld her sehr ähnlichen drei Ordnungen knapp 2,5 Mill. Frauen. Sie gehören zu der übergeordneten Berufsgruppe der Büroberufe, in der sich 2006 insgesamt rund 3,3 Mill. Frauen befanden. In dieser Berufsgruppe ist es zu Verschiebungen gekommen. Die Zahl der Sekretärinnen hat sich seit 1996 nahezu halbiert und umfasste 2006 nur noch 342 000 Personen. Befanden sich die Sekretärinnen 1996 noch auf Platz vier der am stärksten besetzten Berufsordnungen, waren sie 2006 nicht einmal mehr unter den ersten zehn zu finden.

Weitere quantitativ bedeutende Berufsordnungen waren Gebäudereinigerinnen und Raumpflegerinnen auf Rang zwei sowie die Krankenschwestern auf Rang vier. Die meisten der 1996 am stärksten besetzten Berufsordnungen bei Frauen haben bis 2006 an Umfang gewonnen. Dabei haben Altenpflegerische Berufe merklich zugelegt und befanden sich mit 370 000 erwerbstätigen Frauen erstmals unter den zehn größten Berufsordnungen. Die Berufsordnung der Gebäudereinigerinnen und Raumpflegerinnen ist in der Rangordnung aufgestiegen und stellte 2006 die zweitgrößte Gruppe dar, während sie 1996 noch den fünften Rang einnahm. Neben den Sekretärinnen ist die Zahl der Verkäuferinnen zurückgegangen. Sie sank in den letzten zehn Jahren um 130 000. → Tab. 4

5.1.8 Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In diesem und den folgenden Abschnitten werden Ergebnisse für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) dargestellt.

Auf Grund verwaltungsrechtlicher Maßnahmen und Reformen, wobei an dieser Stelle nur kurz auf die bedeutendsten eingegangen werden kann, ist die Aussagekraft der Zeitreihen zu den Arbeitslosen eingeschränkt. Ab 1. Januar 2005 haben sich mit der Überarbeitung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB II) in Deutschland die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik geändert. Aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe folgt zum einen eine deutliche Ausweitung der Zahl der Arbeitslosen, auch wenn die Definition von Arbeitslosigkeit im SGB III unverändert blieb. Seit der Reform zählen prinzipiell alle Personen ohne Arbeit, die staatliche Hilfe beanspruchen, erwerbsfähig und zwischen 15 und 65 Jahren alt sind, als erwerbslos. Ausgenommen sind nur Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (z. B. durch Krankheit, oder Schüler, Studierende, Wehrpflichtige Zivildienstleistende).

Durch diese Umstellung sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Für die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II sind neben den Arbeitsagenturen auch kommunale Träger verantwortlich. Die Bundesagentur für Arbeit führt die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter. Die in der Umstellungsphase von den kommunalen Trägern nicht gelieferten oder unplausiblen Daten wurden durch Schätzungen ergänzt oder korrigiert.

Auf Grund der folgenden historischen Betrachtung ab den 1950er Jahren beziehen sich die dargestellten Arbeitslosenquoten

nur auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen und fallen damit höher aus als die üblicherweise ausgewiesenen Quoten. Der Blick auf die Arbeitslosenzahlen seit Anfang der 1950er Jahre zeigt, dass es auch zu Zeiten der Vollbeschäftigung Arbeitslose gab. Vollbeschäftigung ist nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (zum Beispiel Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und friktionelle Arbeitslosigkeit (vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel) lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise so lange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der 1960er Jahre wurde im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen erheblich über der Zahl der offenen Stellen. Mit Ausnahmen von 1978 bis 1980 bewegt sie sich seit 1975 über der Millionen-Grenze.

Im Jahr 1983 waren erstmals sogar mehr als zwei Millionen Menschen als arbeitslos registriert. 1990 bis 1992 fiel für das frühere Bundesgebiet auf Grund der positiven Impulse durch die deutsche Vereinigung die Arbeitslosenzahl noch einmal unter die Zwei-Millionen-Marke. 1991 waren im früheren Bundesgebiet 1,6 Mill. Arbeitslose registriert, was einer Arbeitslosenquote von 6,2 % entspricht. Im gesamten Deutschland waren 1991 2,6 Mill. oder 7,3 % der Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Der nach der deutschen Vereinigung stattfindende Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist nicht allein auf die wirtschaftlich schwache Situation in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Ab 1992 sind auch in Westdeutschland die Arbeits-

Tab. 5: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten im früheren Bundesgebiet

Jahresdurchschnitt	Registrierte Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquoten ¹
	in 1000		in %
1950 ²	1868,5	118,5	11,0
1960 ²	270,7	465,1	1,3
1970	148,8	794,8	0,7
1980	888,9	308,3	3,8
1990	1883,1	313,6	7,2
1991	1596,5	324,8	6,2
1993	2149,5	236,0	8,0
1994	2426,3	226,8	9,0
1995	2427,1	260,3	9,1
1996	2646,4	265,7	9,9
1997	2870,0	277,7	10,8
1998	2751,5	336,4	10,3
1999	2604,7	381,4	9,6
2000	2381,0	448,6	8,4
2001	2320,5	436,3	8,0
2002	2498,4	377,8	8,5
2003	2753,2	291,9	9,3
2004	2782,8	239,0	9,4
2005	3246,7	324,8	11,0
2006	3007,1	435,7	10,2
2007	2485,9	488,7	8,4

Bis einschl. 1990 Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet einschl. Berlin-West; ab 1991 ohne Berlin-West.

1 Arbeitslosenquoten bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

2 1950 und 1960 ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

losenquoten merklich gestiegen. 1997 lag die Arbeitslosenquote im Westen bei 10,8 % und erreichte nach einem Rückgang durch die konjunkturelle Belebung zu Anfang des Jahrhunderts 2005 einen neuen Höchstwert von genau 11 %.

Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern ist hauptsächlich auf die Anpassung der Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Dadurch wurden zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. So waren im zweiten Halbjahr 1990 in Ostdeutschland durchschnittlich rund 640 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote von 6,6 % entsprach. Demgegenüber waren nur etwa 31 000 offene Stellen gemeldet. Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bereits auf 10,2 % erhöht. Bis zum Jahr 1997 stieg die Arbeitslosenquote stark an und bewegte sich seitdem konstant auf relativ hohem Niveau. Die Zahl der registrierten

Arbeitslosen in Ostdeutschland betrug seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 1,5 und 1,6 Mill. und die Arbeitslosenquote lag zwischen 18,5 % und 20,6 %. Erst seit 2006 ist die Arbeitslosenzahl in Ostdeutschland wieder merklich rückläufig und sank 2007 auf eine Quote von 16,8 % beziehungsweise 1,3 Mill. Arbeitslose. → Tab. 5

Die Entwicklung im gesamten Deutschland zeichnet sich ab dem Jahr 1994 durch zweistellige Arbeitslosenquoten aus, die trotz einer positiven Entwicklung zwischen den Jahren 1998 und 2001 nicht mehr unterschritten wurden. Die Arbeitslosenzahlen bewegten sich in diesem Zeitraum um den Wert von vier Millionen. → Tab. 6

Seit den 1970er Jahren besteht, erst für das frühere Bundesgebiet und später für ganz Deutschland, der Trend einer unabhängigen von Konjunkturzyklen zuneh-

menden strukturellen Arbeitslosigkeit. Dabei war die Arbeitslosigkeit mit jeder Rezession gestiegen, ohne dass sie in der anschließenden Aufschwungphase wieder auf das ursprüngliche Niveau sinken konnte. Vor Beginn der letzten wirtschaftlichen Schwächephase im Jahr 2001 lag die Arbeitslosenzahl bei 3,9 Mill.. Sie stieg bis 2005 an und erreichte zu diesem Zeitpunkt ihren bisherigen Höchststand von 4,9 Mill. (genau 13 %). Dabei muss der Effekt des Hartz IV-Gesetzes mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe berücksichtigt werden, der die Arbeitslosenzahl nach Schätzungen um zusätzliche 380 000 erhöhte. Seitdem sank die Zahl der Arbeitslosen merklich. Allein von 2006 auf 2007 um rund 16 %. 2007 waren im Jahresdurchschnitt 3,8 Mill. Personen arbeitslos gemeldet. Das sind weniger Arbeitslose als 2001. Damit durchbricht die Entwicklung der Arbeitslosenzahl 2007 erstmals den Trend der letzten vier Jahrzehnte. Die Arbeitslosenquote lag 2007 bei 10,1 %.

2007 waren durchschnittlich 1,5 Mill. und damit 33 % nach SGB III und 2,5 Mill. oder 67 % nach SGB II als arbeitslos registriert (S.110). Der Rückgang von 2006 auf 2007 betrifft Arbeitslose beider Rechtskreise, die Arbeitslosen nach SGB III profitierten allerdings stärker von der konjunkturellen Belebung. Ihre Zahl sank um 25 %, während die der Arbeitslosen nach SGB II lediglich um 11 % zurückging. 1,4 Mill. Personen waren 2007 länger als zwölf Monate arbeitslos. Das waren 17 % weniger als ein Jahr zuvor.

Die Zahl der offenen Stellen lag 2007 bei rund 621 000, 2005 waren nur 413 000 registriert. Seit 2005 ist die Zahl der offenen Stellen stetig gestiegen, wobei sich der Zuwachs 2007 abgebremst hat. Wie bei den Zahlen über registrierte Arbeitslose, handelt es sich bei den Zahlen für offene Stellen ausschließlich um bei der Arbeitsvermittlung gemeldete zu besetzende Arbeitsplätze. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ermittelt über verschiedene Wege weitere zu besetzende Stellen

Tab. 6: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten in Deutschland

Jahres- durchschnitt	Registrierte Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosenquote ¹		
	Insgesamt	Männer	Frauen		Insgesamt	Männer	Frauen
	in 1000				in %		
1991	2 602,2	1 280,6	1 321,6	362,8	7,3	6,4	8,5
1992	2 978,6	1 411,9	1 566,7	356,2	8,5	7,1	10,2
1993	3 419,1	1 691,6	1 727,6	279,5	9,8	8,6	11,3
1994	3 698,1	1 863,1	1 835,0	284,8	10,6	9,5	12,0
1995	3 611,9	1 850,6	1 761,3	321,3	10,4	9,6	11,4
1996	3 965,1	2 111,5	1 853,5	327,3	11,5	11,0	12,1
1997	4 384,5	2 342,4	2 042,1	337,1	12,7	12,2	13,3
1998	4 280,6	2 273,4	2 007,3	421,6	12,3	11,9	12,8
1999	4 100,5	2 160,5	1 940,0	456,3	11,7	11,3	12,2
2000	3 889,7	2 053,4	1 836,3	515,4	10,7	10,5	10,9
2001	3 852,6	2 063,9	1 788,7	507,1	10,3	10,4	10,2
2002	4 061,3	2 239,9	1 821,4	452,0	10,8	11,3	10,3
2003	4 376,8	2 446,2	1 930,6	354,8	11,6	12,4	10,8
2004	4 381,3	2 448,7	1 932,6	285,6	11,7	12,5	10,8
2005	4 860,9	2 605,7	2 254,8	413,1	13,0	13,4	12,7
2006	4 487,2	2 337,9	2 149,2	564,2	12,0	12,0	12,0
2007	3 776,4	1 900,3	1 873,4	621,4	10,1	9,8	10,4

¹ Arbeitslosenquoten bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

und kommt so zu einer Zahl, die noch einmal um rund die Hälfte größer ist als die ihr gemeldeten Stellen. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hat mittels einer repräsentativen Betriebsbefragung für das dritte Quartal 2007 einen Einschaltungsgrad der BA von 51 % ermittelt. Das heißt, 51 % aller zu besetzenden Stellen (einschließlich der geförderten Beschäftigung) werden der BA tatsächlich gemeldet.

5.1.9 Fluktuation am Arbeitsmarkt

Von Januar bis Dezember 2007 wurden in Deutschland 8,2 Mill. Menschen als Arbeitslose registriert. Für 8,8 Mill. registrierte Arbeitslose endete die Arbeitslosigkeit. 4,1 Mill. der Neuzugänge im Jahr 2007 waren dem Rechtskreis SGB III zuzurechnen und 4,1 Mill. dem Rechtskreis SGB II (IS.110). Die entsprechenden Abgangszahlen waren 4,2 Mill. und 4,7 Mill. Das heißt, die Fluktuation unter den Arbeitslosen nach SGB III war gemessen am Bestand höher als die Fluktuation der an-

deren Arbeitslosengruppe. Entsprechend lagen die Abgangsraten 2007 im Rechtskreis SGB III bei genau 27 % gegenüber 15,4 % bei SGB II. Die Abgangsraten werden als Abgänge je Monat geteilt durch die entsprechende Bestandszahl berechnet.

Neue Arbeitslose kamen 2007 zu gut 40,4 % aus einer Erwerbstätigkeit. Genau 20 % befanden sich vorher in Bildung oder Ausbildung und 32,6 % waren Nichterwerbspersonen. Genau 7 % der Arbeitslosenzugänge waren nicht zuzuordnen. Die Struktur der Abgänger aus der Arbeitslosigkeit stellte sich ähnlich dar. 38,9 % beendeten ihre Arbeitslosigkeit mit einer neuen Erwerbstätigkeit, wohingegen 33,7 % zu Nichterwerbspersonen wurden. 17,2 % beendeten ihre Arbeitslosigkeit, indem sie sich in Bildung oder Ausbildung begaben. Bei 10,2 % der Arbeitslosen war nichts über den Verbleib nach Beendigung der Arbeitslosigkeit bekannt. Diese Quoten sind allerdings nur beschränkt aussagekräftig, da vielfältige Gründe hinter einem Zu- oder Abgang

stecken können. So befanden sich beispielsweise viele Personen, die von der Arbeitslosigkeit in eine Ausbildung wechselten, in einer Bildungsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit. Entsprechend zählten diese Personen später als Zugang aus Ausbildung, wenn sie im Anschluss an die Bildungsmaßnahme nicht gleich Arbeit fanden. Arbeitslose nach SGB III, die wegen Krankheit vorübergehend nicht vermittlungsfähig sind, werden als Abgang als Nichterwerbsperson gezählt und nach Genesung wieder als Zugang. Viele Arbeitslose nach SGB II, die ihre Arbeitslosigkeit auf Grund einer Erwerbstätigkeit beendeten, waren als Ein-Euro-Jobber tätig.

2007 hat sich die abgeschlossene Verweildauer in Arbeitslosigkeit gegenüber 2006 von 40,4 auf 42,1 Wochen erhöht. Sie berechnet sich als durchschnittliche Dauer, nach der die Arbeitslosigkeit beendet wird. Diese Verlängerung ist trotz der verbesserten Situation am Arbeitsmarkt nicht unplausibel. Wegen der besseren Situation finden gekündigte Arbeitnehmer häufiger direkt eine neue Arbeit. In der Gruppe der Arbeitslosen verbleiben Personen, die größere Schwierigkeiten haben, eine neue Stelle zu finden. Als weitere Gründe für die verlängerte Verweildauer sind der milde Winter zum Jahreswechsel 2006/2007 und das neu eingeführte Saison-Kurzarbeitergeld, das zur Reduzierung der kurzfristigen saisonalen Arbeitslosigkeit führt, zu nennen.

Als analoge Kenngröße für die Angebotsseite des Arbeitsmarktes kann die so genannte Vakanzzeit betrachtet werden. Sie misst die Zeit, die zwischen dem gewünschten und dem tatsächlichen Besetzungstermin einer gemeldeten offenen Stelle vergeht und gibt Aufschluss darüber, wie angespannt der Arbeitsmarkt ist. Die Vakanzzeit der im Dezember 2007 als besetzt gemeldeten Stellen lag bei 73 Tagen im Vergleich zu 64 Tagen im Vorjahresmonat. Demnach ist es im Laufe des Jahres 2007 schwerer geworden, freie Stellen zu besetzen.

Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals auf Kurzarbeit über. Die höchsten Kurzarbeiterzahlen waren im Zeitraum der letzten 30 Jahre um 1975 (773 000) und im Zeitraum 1981 bis 1984 (Jahresdurchschnitt 1983: 675 000) zu verzeichnen. Im gesamten Bundesgebiet erreichte die Kurzarbeiterzahl 1991 und 1993 mit 1 761 000 sowie 948 000 noch einmal Höchstwerte. Dieser Stand reduzierte sich aber in den Folgejahren erheblich und pendelte seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 86 000 und 280 000. Zuletzt wurde 2004 das Transferkurzarbeitergeld anstelle des Strukturarbeitergeldes eingeführt und 2006 durch das Saison-Kurzarbeitergeld ergänzt. Das Transferkurzarbeitergeld hat wegen der kürzeren maximalen Bezugsdauer tendenziell zu einer Senkung der Kurzarbeiterzahlen geführt. Das Saisonkurzarbeitergeld bewirkt ein weniger starkes saisonal bedingtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Winter. 2006 wurde mit 66 000 Kurzarbeitern im Jahresdurchschnitt ein neuer Tiefststand verzeichnet. Für Ostdeutschland stehen Ergebnisse zur Kurzarbeit ab Berichtsmontat Oktober 1990 zur Verfügung. In der Folge des vorübergehend ausgedehnten Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erreichte die Zahl der aus betrieblichen Gründen verkürzt arbeitenden Personen im Jahresdurchschnitt 1991 mit 1,6 Mill. einen Höhepunkt. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 2006 arbeiteten im Osten Deutschlands knapp 13 000 Menschen in Kurzarbeit.

5.1.10 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Es gibt Maßnahmen passiver und aktiver Arbeitsmarktpolitik. Passive Arbeitsmarktpolitik gleicht die Einkommensverluste aus Arbeitslosigkeit aus und besteht im Wesentlichen aus Arbeitslosengeld I und II. Die Bezieher von Arbeitslosengeld I

und II sind allerdings nicht unmittelbar mit den registrierten Arbeitslosen der Rechtskreise SGB III und SGB II gleichzusetzen.

Nach vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit bezogen 2007 durchschnittlich 6,3 Mill. Menschen Lohnersatzleistungen. Das waren 450 000 oder 7 % weniger als im Jahr zuvor. 1,1 Mill. bezogen Arbeitslosengeld I und 5,3 Mill. Arbeitslosengeld II. Von der Gruppe aller Leistungsempfänger waren 3,2 Mill. und damit 52 % arbeitslos gemeldet. Die entsprechenden Anteile für die Bezieher von Arbeitslosengeld I und II waren 74 % beziehungsweise 48 %. Die Zahl der Erwerbstätigen, die ergänzend zum Lohn Arbeitslosengeld II bezogen, kann auf Jahresbasis noch nicht ausgewiesen werden. Im November 2007 waren 1,3 Mill. oder 25 % Arbeitslosengeld II-Empfänger erwerbstätig. Insgesamt hat die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II, die nicht als Arbeitslose registriert waren, seit 2006 um über 200 000 zugenommen und lag 2007 bei 2,8 Mill. (vgl. auch Kapitel 9.3). Weitere Gründe, um Lohnersatzleistungen zu empfangen und nicht als arbeitslos gezählt zu werden, sind die Inanspruchnahme vorruhestandsähnlicher Regelungen, der Schulbesuch, die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und wenn man wegen Betreuungspflichten keine Erwerbstätigkeit aufnehmen kann. Für den Rechtskreis SGB III zählt zusätzlich der Grund, arbeitsunfähig erkrankt zu sein.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik versucht einen Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage herzustellen. Hier kam es ab 2003 im Rahmen der Hartz-Reformen zu Veränderungen und Einführung zahlreicher Instrumente. Zu diesen Instrumenten gehören neben dem bereits genannten Kurzarbeitergeld die Förderung der beruflichen Weiterbildung, Einstiegsqualifizierungen, Beschäftigung schaffende Maßnahmen, Eingliederungszuschüsse für förderbedürftige Arbeitnehmer, Entgeltzuschüsse für ältere Arbeitnehmer und erweiterte Vermittlungsmöglichkeiten

für Arbeitslose. Zu letzterem Instrument gehören auch die Personal-Service-Agenturen. Die Förderung der Selbständigkeit über den so genannten Existenzgründerzuschuss (Ich-AG) ist mittlerweile ausgelaufen. Arbeitsmarktpolitische Instrumente führen allein durch ihren Einsatz zu einer statistischen Entlastung des Arbeitsmarktes. So werden beispielsweise Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen nicht als Arbeitslose gezählt.

Wegen der rückläufigen Arbeitslosenzahlen ist 2007 auch die Zahl der Teilnehmer an Maßnahmen zurückgegangen, während der Anteil der Teilnehmerzahl an den Arbeitslosen gestiegen ist. Da Zahlen auf Jahresbasis noch nicht vorliegen, beziehen sich die folgenden Angaben auf den Dezember 2007. Insgesamt gab es in diesem Monat 1 516 000 Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Den größten Anteil hatten beschäftigungsbegleitende Leistungen wie Eingliederungszuschüsse und Maßnahmen zur Förderung der Selbständigkeit mit 354 000 Geförderten. In Beschäftigung schaffenden Maßnahmen befanden sich 353 000 Teilnehmer, an Maßnahmen zur Berufsberatung und Einstiegsqualifizierung nahmen 299 000 Personen teil und an beruflicher Weiterbildung und Trainingsmaßnahmen 233 000. Im Vergleich zum Dezember 2006 ging die Zahl der geförderten Personen um 4,5 % zurück. Besonders stark war der Rückgang bei den beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen (13,4 %) und bei Beschäftigung schaffenden Maßnahmen einschließlich der Personal-Service-Agenturen (7,5 %). Gestiegen ist hingegen die Förderung nach § 16, Abs. 2 SGB II (20,8 %), die individuell günstigere Rahmenbedingungen für die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen soll.

5.1.11 Zusammenfassung

Entgegen der gegen Ende der 1990er Jahre aufkommenden Vermutungen, in

Deutschland könne die Arbeit ausgehen, spielt Erwerbstätigkeit quantitativ betrachtet heute eine so große Rolle wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. 2007 lebten in Deutschland über 43 Mill. Erwerbspersonen und die Erwerbsquote lag über 50 %. Dies ist mit Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahren zu großen Teilen auf eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen zurückzuführen. Für einzelne Altersgruppen hat die Erwerbsbeteiligung die 90 %-Marke erreicht. Marginaler Beschäftigung kommt in den letzten Jahren eine größere Bedeutung zu. Allerdings zeigt sich auch, dass in Phasen mit deutlich positiver Konjunktorentwicklung mehr reguläre als marginale Beschäftigung entsteht.

Sowohl die Erwerbslosen- als auch die Arbeitslosenzahlen sind seit 2006 im Rahmen der jüngsten konjunkturellen Belebung wieder rückläufig. Mit Blick auf die Arbeitslosenzahlen scheint sich anzu-

deuten, dass der Trend einer unabhängig vom Konjunkturzyklus zunehmenden strukturellen Arbeitslosigkeit durchbrochen ist.

Frauen lebten 2006 häufiger als noch vor zehn Jahren vom eigenen Einkommen und waren seltener vorwiegend auf die Unterstützung durch Angehörige angewiesen.

Die Erwerbsbeteiligung war 2006 auch für Personen ohne Berufsabschluss relativ hoch. Gering Qualifizierte sind allerdings einem deutlich größeren Risiko ausgesetzt, erwerbslos zu sein, so dass sich die Erwerbstätigenanteile der Gruppe ohne Berufsabschluss und der mit einem Hochschulabschluss um 30 Prozentpunkte unterschieden.

Der Anteil der im Dienstleistungssektor Tätigen ist auch in den letzten Jahren gestiegen und lag 2006 bei über 72 %. Innerhalb des wachsenden Dienstleistungs-

sektors ist die Zahl der in der öffentlichen Verwaltung Beschäftigten sowohl absolut als auch relativ gesehen rückläufig. Zwischen 1996 und 2006 hat die Zahl der Erwerbstätigen in Berufen, die eine geringere Qualifikation voraussetzen, an Bedeutung gewonnen. Bei den Männern waren dies Hilfsarbeiter sowie Lager- und Transportarbeiter, bei den Frauen Gebäudereinigerinnen und Raumpflegerinnen. Auffällig ist auch die Zunahme altentpflegerischer Berufe bei den Frauen.

Die Hartz-Reformen haben zu einer Ausweitung der statistisch erfassten Arbeitslosigkeit geführt und zu einer veränderten Gewichtung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Beschäftigungsbegleitenden Leistungen wie Eingliederungszuschüssen und Maßnahmen zur Förderung der Selbständigkeit kam 2007 eine große Bedeutung zu. Das Instrument des Kurzarbeitergeldes wurde ab Mitte der 1990er Jahre immer seltener eingesetzt.

Der Beitrag untersucht für den Zeitraum der letzten 15 Jahre ausgewählte Aspekte der Integration in den Arbeitsmarkt in Ost- und Westdeutschland. So wird der Frage nachgegangen, ob und inwieweit sich die Arbeitsmarktstrukturen in West- und Ostdeutschland nach über eineinhalb Jahrzehnten Gemeinsamkeit angeglichen haben. In einem ersten Überblick steht die Arbeitsmarktlage von Personen in unterschiedlichen Lebensphasen im Vordergrund. Anschließend wird auf die Rolle der Bildungsabschlüsse für die Beschäftigungschancen aus Sicht von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen eingegangen. Bildung kommt nicht allein für Fragen der Entlohnung, sondern ganz allgemein zur Arbeitsmarktintegration eine ganz zentrale Rolle zu. Bekannt ist, dass Personen mit einer geringen Ausbildung wesentlich häufiger arbeitslos sind als jene mit einer guten Ausbildung. Wie schätzen Personen unterschiedlicher Qualifikation ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt ein? Schließlich wird der Frage zum Erwerbsumfang nachgegangen und der Frage, inwieweit Vollzeit oder Teilzeit als Beschäftigungsformen gewünscht werden. In diesem Zusammenhang können einerseits Tendenzen im Hinblick auf die

Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erkennbar und andererseits Auswirkungen traditioneller Geschlechterrollen in West- und Ostdeutschland aufgezeigt werden.



5.2.1 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Menschen befinden sich je nach Alter in verschiedenen Lebensphasen, die ihre Erwerbsorientierung beeinflusst. Hinzu kommt, dass für beide Geschlechter gleiche Ereignisse – wie etwa Heirat und Familienbildung – unterschiedliche Auswirkungen auf das Erwerbsverhalten haben können, die in der traditionellen Arbeitsteilung im Haushalt bedingt sind. Nachfolgend wird die Situation am Arbeitsmarkt für Frauen und Männer nach drei Altersgruppen untersucht: Jüngere (16- bis 34-Jährige), Personen mittleren Alters (35- bis 55-Jährige) und Ältere (56- bis unter 65-Jährige).

Jüngere Menschen stehen am Anfang ihrer beruflichen Karriere, wobei es zunächst um einen erfolgreichen Übergang vom Bildungs- ins Erwerbssystem geht,

der möglichst ausbildungsadäquat und ohne längere Phasen der Erwerbslosigkeit erfolgen sollte. Eine gute Ausbildung und der weitgehend nahtlose Einstieg in das Berufsleben spielt für diese Altersgruppe eine zentrale Rolle. In Ostdeutschland befinden sich Jüngere häufiger als in Westdeutschland in einer beruflichen Ausbildung – insbesondere Männer. Die schulische wie akademische Ausbildung gewinnt insbesondere bei den Frauen in Ostdeutschland und Männern in Westdeutschland an Bedeutung (zuletzt 14 bzw. 12 %). Nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Bildungsbeteiligung nimmt die Erwerbstätigkeit unter den Jüngeren ab. Aber auch die Arbeitslosigkeit hat im Beobachtungszeitraum bei den Männern zugenommen; insgesamt liegt sie unter den Jüngeren in Ostdeutschland nach wie vor höher als in Westdeutschland. Am geringsten ist sie im Jahr 2006 bei den jungen Frauen in Westdeutschland. Hier waren 2006 12 % der Frauen in Mutterschutz/Elternzeit (15 % in Ostdeutschland). Im Zeitverlauf hat Teilzeitarbeit bei den Frauen in beiden Teilen Deutschlands rasant an Bedeutung gewonnen.

Personen mittleren Alters stehen üblicherweise in der Kernphase ihres beruflichen Lebens. Die Ausbildung ist abgeschlossen, häufig leben Kinder in den Haushalten, die versorgt werden müssen, und die Kosten für den Lebensunterhalt steigen. In dieser Lebensphase werden die Auswirkungen der traditionellen geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung im Haushalt besonders sichtbar: Während die meisten Männer vollzeitlich sind, gehen Frauen in Westdeutschland überwiegend einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach, um Beruf und Familie vereinbaren zu können (40 %). In Ostdeutschland folgt das Erwerbsverhalten weniger traditionellen Mustern; hier sind die meisten Frauen Vollzeit erwerbstätig (42 %), nicht-

Erwerbstätigkeit



Der Beitrag basiert auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels für die Jahre 1996, 2001 und 2006 und beschränkt sich auf die Altersgruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 16 bis 64 Jahren. Wenn im Folgenden Erwerbstätige und Nichterwerbstätige unterschieden werden, so bezieht sich diese Abgrenzung auf die Selbsteinstufung der Befragten, ob sie zum Zeitpunkt der Befragung (überwiegend am Ende des ersten und Anfang des zweiten Quartals) eine bezahlte Beschäftigung von mindestens einer Stunde pro Woche ausgeübt haben. Zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos Gemeldete werden nur dann als Arbeitslose ausgewiesen, wenn sie gegenwärtig keinerlei Beschäftigung nachgehen. Das hier gewählte Erwerbskonzept ist also eng an die von der International Labor Organisation (ILO) empfohlenen Kriterien angelehnt. Bei der Gruppe der Nichterwerbstätigen wird unterschieden, ob sie als arbeitssuchend gemeldet sind, sich selbst um eine Beschäftigung bemühen, aufgrund von Mutterschutz/Elternzeit keine Beschäftigung ausüben oder aus anderen Gründen derzeit keine Aktivitäten unternehmen, eine Beschäftigung aufzunehmen.

erwerbstätige Frauen sind stark erwerbsorientiert und melden sich meistens arbeitslos (17 %, Westdeutschland 7 %). In Westdeutschland ist dagegen der Anteil der Frauen mittleren Alters, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Befragung nicht mehr erwerbstätig werden wollen, mit 11 % mehr als doppelt so hoch als in Ostdeutschland. Insgesamt hat im Beobachtungszeitraum in beiden Regionen eine Annäherung der Erwerbsmuster von Frauen stattgefunden: In Ostdeutschland hat sich der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen zwischen 1996 und 2006 mehr als verdoppelt. In Westdeutschland wollen nur noch halb so wenige Frauen auf absehbare Zeit nicht erwerbstätig bleiben. Die Erwerbsmuster von Männern in beiden Teilen Deutschlands waren hingegen in dieser Altersgruppe von Anfang sehr ähnlich. Bestehende Differenzen sind vor allem auf die unterschiedliche Arbeitsmarktlage zurückzuführen. In Ostdeutschland sind 2006 16 % der Männer arbeitslos gemeldet, in Westdeutschland liegt der Anteil bei 6 %.

Das gesetzliche Rentenalter liegt derzeit bei 65 Jahren. Ältere Erwerbstätige, die hier die Altersgruppe der 56- bis 64-Jährigen umfassen, nähern sich also dem Ende ihrer aktiven Erwerbszeit. In Ostdeutschland haben sich in dieser Lebensphase bereits 45 % der Männer vom Arbeitsmarkt zurückgezogen (Westdeutschland »nur« 28 %). Nur noch 42 % sind erwerbstätig (Westdeutschland 63 %). Der Anstieg der Erwerbstätigkeit seit 1996 war bei den Männern in Ostdeutschland mit 5 Prozentpunkten nur halb so hoch wie in Westdeutschland, wo vielfach auch das Altersteilzeitgesetz dafür sorgte, dass ein gleitender Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand verwirklicht werden konnte. Auch bei den Frauen ist der Anteil der Erwerbstätigen im Beobachtungszeitraum gestiegen. Die Erwerbsquote der Frauen in Westdeutschland liegt mit 45 % mittlerweile über der der Männer in Ostdeutschland – allerdings sind Frauen in erheblichem Umfang »nur« teilzeitbeschäftigt. Im Unterschied zu den

Tab. 1a: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland, Altersgruppe: 16 bis 34 Jahre

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1996	2001	2006	1996	2001	2006
	in %					
Männer						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	81	82	72	81	80	71
Vollzeit beschäftigt	66	65	54	65	59	47
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	7	10	9	1	6	10
In Berufsausbildung (Lehre)	9	8	10	15	15	14
Nicht erwerbstätig	19	18	28	19	20	29
Erziehungsurlaub (Elternzeit) ²	0	0	0	0	0	0
In Ausbildung	7	8	12	5	7	8
Arbeitslos gemeldet ³	6	5	10	10	11	14
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	5	5	6	4	3	6
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	1	1	0	0	0	0
Frauen						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	62	65	60	65	63	54
Vollzeit beschäftigt	42	37	33	41	35	28
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	15	19	20	13	18	15
In Berufsausbildung (Lehre)	5	9	8	10	9	10
Nicht erwerbstätig	38	35	40	35	38	46
Mutterschutz/Erziehungsurlaub (Elternzeit) ²	10	13	12	12	11	15
In Ausbildung	7	7	10	8	10	14
Arbeitslos gemeldet ³	7	4	7	14	12	12
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	9	7	8	2	4	4
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	6	4	4	1	1	1

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

- 1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.
- 2 Für 1996 gelten die gesetzlichen Regelungen zum Erziehungsurlaub, seit Januar 2001 das Gesetz zur Elternzeit.
- 3 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: Sozio-Oekonomisches Panel 1996, 2001, 2006.

Männern hat bei den Frauen Teilzeitarbeit enorm an Bedeutung gewonnen, vor allem in Ostdeutschland. Auch spielt die Arbeitsmarktlage bei den Frauen eine wichtige Rolle, allerdings schlägt sie sich in Ostdeutschland nicht wie bei den Männern in höheren Rückzügen vom Arbeitsmarkt, sondern in einer mit 15 % fast dreimal so hohen Arbeitslosenquote nieder.

Im Vergleich der drei Beobachtungsjahre 1996, 2001 und 2006 haben sich also

wichtige strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt vollzogen: Die Erwerbsarbeit hat stark an Bedeutung hinzugewonnen. Insbesondere Frauen und Ältere gehen immer häufiger einer Beschäftigung nach. Die Erwerbsorientierung von Frauen in Ostdeutschland ist nach wie vor sehr hoch und liegt deutlich über der in Westdeutschland; dort nimmt die Erwerbsorientierung der Frauen aber weiterhin zu. Jüngere sind zwar insgesamt weniger erwerbstätig, dies kann jedoch zu einem erheblichen Anteil auf den

Tab. 1b: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland, Altersgruppe: 35 bis 55 Jahre

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1996	2001	2006	1996	2001	2006
	in %					
Männer						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	91	91	89	85	82	79
Vollzeit beschäftigt	87	88	84	84	80	71
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	4	3	5	1	2	9
In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	0	1	0
Nicht erwerbstätig	9	9	11	15	18	21
Erziehungsurlaub (Elternzeit) ²	0	0	0	0	0	0
Arbeitslos gemeldet ³	6	5	6	12	15	16
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	1	1	1	1	1	1
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	2	3	4	2	2	4
Frauen						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	67	73	73	76	79	74
Vollzeit beschäftigt	32	37	33	58	55	42
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	36	36	40	17	23	32
In Berufsausbildung (Lehre)	0	0	0	1	1	0
Nicht erwerbstätig	33	27	27	24	22	26
Mutterschutz/Erziehungsurlaub (Elternzeit) ²	1	4	4	0	1	2
Arbeitslos gemeldet ³	7	4	7	18	15	17
Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert	6	5	5	1	1	1
Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe	19	14	11	4	5	5

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen. 2 Für 1996 gelten die gesetzlichen Regelungen zum Erziehungsurlaub, seit Januar 2001 das Gesetz zur Elternzeit. 3 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: Sozio-Oekonomisches Panel 1996, 2001, 2006.

Tab. 1c: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland, Altersgruppe: 56 bis 64 Jahre

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1996	2001	2006	1996	2001	2006
	in %					
Männer						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	53	49	63	37	41	42
Vollzeit beschäftigt	52	43	53	34	34	36
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	2	6	6	3	7	4
In Altersteilzeit ²	-	-	4	-	-	2
Nicht erwerbstätig	47	51	37	63	59	58
Arbeitslos gemeldet ³	13	9	9	20	20	13
Sonstige nicht Erwerbstätige	34	42	28	44	39	45
Frauen						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Erwerbstätig ¹	33	38	45	20	28	35
Vollzeit beschäftigt	18	18	19	13	20	14
Teilzeit/geringfügig beschäftigt	15	19	22	7	9	18
In Altersteilzeit ²	-	-	4	-	-	3
Nicht erwerbstätig	67	62	55	81	72	64
Arbeitslos gemeldet ³	6	6	6	16	17	15
Sonstige nicht Erwerbstätige	61	57	49	65	55	50

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen. 2 Altersteilzeit nur 2006 erfragt.

3 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: Sozio-Oekonomisches Panel 1996, 2001, 2006.

Anstieg bei der Ausbildung zurückgeführt werden. Zudem sind arbeitslose Jugendliche auf der Suche nach einer Anstellung. Der Rückzug vom Arbeitsmarkt ist in dieser Gruppe keine Option. Teilzeitarbeit hat sich bei den Frauen in den drei untersuchten Altersgruppen ausgebreitet, bei den Männern scheint diese Beschäftigungsform erst in jüngster Zeit, allerdings nur auf sehr niedrigem Niveau, an Akzeptanz zu gewinnen. → Tab. 1a,b,c

5.2.2 Beschäftigungschancen und Qualifikation

Dem Wunsch nach Erwerbstätigkeit stehen vielfach Barrieren auf dem Arbeitsmarkt gegenüber. Gemessen an der Frage, ob es »leicht, schwierig oder praktisch unmöglich sei, eine geeignete Stelle zu finden«, wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt aus Sicht der Nichterwerbstätigen eher pessimistisch beurteilt. Dieser subjektive Indikator spiegelt von daher auch die jeweilige konjunkturelle Gesamtlage des Arbeitsmarktes wider, und im Jahr 2006 war der jüngste Aufschwung noch nicht am Arbeitsmarkt angekommen. Generell halten es die allermeisten Nichterwerbstätigen für schwierig oder praktisch unmöglich eine Stelle zu finden – in Ostdeutschland aufgrund der größeren Arbeitsmarktprobleme häufiger als in Westdeutschland; dies sei »praktisch unmöglich« meinen Frauen öfter als Männer. Dass es »leicht« sei, eine Stelle zu finden, wird von Nichterwerbstätigen damit nur vergleichsweise selten geäußert, am häufigsten im Jahr 2001.

Personen mit einer hohen formalen Qualifikation haben gewöhnlich größere Optionen als jene, die nur über eine geringe oder gar keine Qualifikation verfügen. Sie sind häufiger als andere erwerbstätig, und ihr Anteil unter den Nichterwerbstätigen ist dementsprechend sehr gering. Jene selektive Gruppe Nichterwerbstätiger jedoch, die trotz ihrer guten Ausbildung keine Beschäftigung gefunden hat, sieht sich erheblichen Problemen auf dem Ar-

Tab. 2: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Nichterwerbstätigen

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Eine Stelle zu finden, wäre ...					
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich	leicht	schwierig	praktisch unmöglich
Männer¹	in %					
1996						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	17	55	28	11	68	22
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	13	51	37	7	60	33
Hochschule, Universität ³	0	87	14	0	51	49
2001						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	27	54	19	20	64	17
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	6	49	46	3	51	46
Hochschule, Universität ³	(8)	(42)	(50)	(1)	(43)	(56)
2006						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	15	66	19	17	59	24
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	8	61	31	3	61	37
Hochschule, Universität ³	(5)	(35)	(60)	(27)	(39)	(34)
Frauen¹						
1996						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	13	48	39	9	62	29
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	13	50	37	1	58	42
Hochschule, Universität ³	6	63	31	0	53	47
2001						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	16	44	40	11	70	20
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	22	46	32	4	60	36
Hochschule, Universität ³	21	52	28	10	64	26
2006						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	19	59	22	8	61	31
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	15	66	20	1	58	41
Hochschule, Universität ³	12	64	24	13	68	19

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

Lesart: Von allen westdeutschen nicht erwerbstätigen Frauen und Männern ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die eine Erwerbstätigkeit beabsichtigen, halten es 1996 13% der Frauen und 12% der Männer für leicht, eine geeignete Stelle zu finden.

1 Nichterwerbstätige im Alter von 18 bis einschließlich 64 Jahren.

2 Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Bildungsabschluss«.

3 Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Ziffern in Klammer: geringe Fallzahlen.

Datenbasis: Sozio-Oekonomisches Panel 1996, 2001, 2006.



beitsmarkt gegenüber. Sie schätzt ihre Situation teilweise nicht besser ein als andere mit geringerer Ausbildung. Offenbar spielen für die Beschäftigungschancen dieser Gruppe über die formale Bildung hinausgehende Faktoren eine wichtige Rolle – dies können z. B. gute Ausbildungen in nicht nachgefragten Berufen und Entwertungen von Abschlüssen aufgrund längerer Erwerbsunterbrechungen sein. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass z. B. Frauen in Westdeutschland mit einem Hochschul-/Universitätsabschluss in den Jahren 1996 und 2001 seltener als jene mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung meinen, eine Stelle zu finden sei »praktisch unmöglich«.

Im Jahr 2006 hat sich hier die Situation in den drei Qualifikationsgruppen jedoch weitgehend angeglichen. Insgesamt zeigen sich aufgrund der unterschiedlichen »Selektion« von gut und geringer Ausgebildeten in die Nichterwerbstätigkeit kaum größere Unterschiede in den subjektiven Arbeitsmarktchancen Nichterwerbstätiger. Insgesamt ging im Beobachtungszeitraum bei den Frauen stärker als bei den Männern der Anteil derer zurück, die meinten, es sei praktisch unmöglich eine Stelle zu finden. → Tab. 2

Bei den Erwerbstätigen sieht die Situation anders aus. Werden diese nach ihrer Einschätzung befragt, wie schwierig es wäre, eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden, äußern sie sich grundsätzlich positiver als Nichterwerbstätige. Das ist auch zu erwarten, denn Beschäftigte sind »Insider« auf dem Arbeitsmarkt und können aus der Erwerbstätigkeit heraus eine Stelle suchen. Sie verfügen damit zugleich über eine aktuellere Berufserfahrung als Nichterwerbstätige. Die Ergebnisse für Hochqualifizierte unter Erwerbstätigen belegen erwartungsgemäß deren besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings ist es in Ostdeutschland auch für erwerbstätige Akademiker/-innen nicht immer leicht eine gleichwertige Stelle zu finden: Im Jahr 2006 meinen 29 % der Frauen (West 21 %) es sei praktisch un-

Tab. 3: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Erwerbstätigen

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Eine Stelle zu finden, wäre ...					
	leicht	schwierig	praktisch unmöglich	leicht	schwierig	praktisch unmöglich
Männer¹ 1997¹	in %					
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	24	58	18	15	74	11
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	19	57	25	14	65	21
Hochschule, Universität ³	14	60	26	9	63	27
2001						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	32	54	14	28	60	12
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	27	54	19	17	63	20
Hochschule, Universität ³	37	44	19	19	54	28
2006						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	20	58	22	22	65	14
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	13	62	26	8	69	23
Hochschule, Universität ³	23	58	20	17	53	30
Frauen¹ 1997¹						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	22	57	22	11	74	16
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	22	62	16	10	61	29
Hochschule, Universität ³	21	55	25	6	68	26
2001						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	37	49	14	30	64	6
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	32	52	16	11	65	24
Hochschule, Universität ³	27	52	21	8	65	27
2006						
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	24	61	15	16	71	13
mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	16	61	22	8	64	29
Hochschule, Universität ³	24	55	21	10	61	29

Frage: »Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden?«

Lesart: Von allen westdeutschen erwerbstätigen Frauen und Männern ohne abgeschlossene Berufsausbildung halten es 2001 37 % der Frauen und 32 % der Männer für leicht, eine geeignete Stelle zu finden.

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

1 Wurde 1996 im SOEP nicht erfragt, stattdessen werden Angaben aus dem Jahr 1997 verwendet.

2 Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Bildungsabschluss«.

3 Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule

Datenbasis: Sozio-Oekonomisches Panel 1996, 2001, 2006.

möglich eine gleichwertige Stelle zu finden, nur ein Zehntel (West 24 %) hält dies für leicht. In etwas abgeschwächter Form ist dieses Phänomen auch bei den Männern zu beobachten. Hier ist zu berücksichtigen, dass viele einstmals in der DDR erworbene hohe Qualifikationen nach der Wende entwertet wurden. Erwerbstätige ohne abgeschlossene Berufsbildung sehen ihre Lage vergleichsweise optimistisch. Bei ihnen ist ausschlaggebend, dass sie keine großen Ansprüche an die ihnen gebotenen Tätigkeiten stellen können und auch einfachste Tätigkeitsangebote annehmen, die nur sehr geringe Verdienstmöglichkeiten und Absicherungen beinhalten. Eine Abwertung ihrer Qualifikation erfolgt in diesen einfachen Tätigkeiten nicht oder zumindest in weit geringerem Maße als bei den höher oder gar Hochqualifizierten.

Insgesamt ist es nach Einschätzung der Erwerbstätigen im Beobachtungszeitraum zuletzt wieder etwas schwieriger geworden, bei Verlust des gegenwärtigen Arbeitsplatzes eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden. Für diese Einschätzung mag auch von Bedeutung sein, dass auf flexibleren Arbeitsmärkten lebenslange qualifizierte Vollzeitstellen immer weniger garantiert werden können und zuvor fest Beschäftigten bei einem Jobwechsel möglicherweise auch zeitlich begrenzte oder Teilzeittätigkeiten akzeptieren werden müssen. → **Tab. 3**

5.2.3 Bereitschaft zu Teilzeitarbeit

Auf dem Arbeitsmarkt üben immer mehr Menschen eine Teilzeitarbeit aus, vor allem Frauen. Diese Beschäftigungsform wird aber vielfach aus Mangel an Alternativen nur als Notlösung akzeptiert und wird keineswegs von allen gewünscht. Befragt nach ihrem Interesse an Voll- und Teilzeitarbeit äußern mehr als die Hälfte der nichterwerbstätigen Frauen in Westdeutschland eine Präferenz für reduzierte Wochenarbeitszeiten. Frauen in Ost-

Tab. 4: Nichterwerbstätige¹ und ihr Interesse an Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung

	Interesse an ...			
	Vollzeitbeschäftigung	Teilzeitbeschäftigung	Beides recht	Weiß noch nicht
	in %			
Westdeutschland				
Männer				
1996	78	5	10	7
2001	73	6	12	10
2006	76	6	14	5
Frauen				
1996	24	48	16	12
2001	25	53	12	9
2006	24	54	17	6
Ostdeutschland				
Männer				
1996	75	3	20	2
2001	81	3	11	5
2006	71	6	19	4
Frauen				
1996	48	16	34	3
2001	49	20	25	5
2006	43	26	27	4

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

Frage: »Wären Sie an einer Vollzeit- oder einer Teilzeitbeschäftigung interessiert, oder wäre Ihnen beides recht?«

¹ Nichterwerbstätige im Alter von 18 bis einschließlich 64 Jahren.

Datenbasis: Sozio-Oekonomisches Panel 1996, 2001, 2006.

deutschland hingegen möchten eher Vollzeit arbeiten (43 %, West 24 %). An Teilzeitarbeit ist nur etwa ein Viertel interessiert – das ist gegenüber 1996 allerdings ein Anstieg von zehn Prozentpunkten. Einem weiteren guten Viertel der nichterwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland wären beide Beschäftigungsformen recht. Während bei den (westdeutschen) Frauen Aspekte der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der gewünschten Beschäftigungsform überwiegen, sind bei den Männern wohl die wachsenden Flexibilitätserfordernisse des Arbeitsmarktes die Ursache dafür, dass Teilzeitarbeit zumindest in Erwägung gezogen wird: Explizit besteht bei den Männern kaum Interesse an Teilzeitarbeit, einem knappen Fünftel in Ostdeutschland und 14 % in Westdeutschland ist immerhin »beides recht« – also Voll- und Teilzeit. → **Tab. 4**

5.2.4 Zusammenfassung

»Der« Arbeitsmarkt und »die« Beschäftigungschancen sind keineswegs einheitliche Gebilde, sondern werden sehr stark geprägt durch Alter, Geschlecht, Qualifikation und regionaler Verortung der Erwerbspersonen. Zudem verändern Rahmenbedingungen – wie die konjunkturelle Lage oder auch die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen – und individuelle Ereignisse – wie, z. B. die Familiengründung – Situation und beruflichen Erwartungen im Zeitverlauf.

Im Jahr 2006 hat sich die Arbeitsmarktwirklichkeit zwischen West- und Ostdeutschland in vielen Bereichen angeglichen. Dort, wo Differenzen bestanden, sind diese meist geringer geworden. Während bei den Männern vor allem die Ar-

beitsmarktlage entscheidend für strukturelle Unterschiede ist, kommen bei den Frauen Unterschiede in der Erwerbsorientierung hinzu. Insbesondere Frauen mit Kindern haben in Ostdeutschland eine weitaus größere Arbeitsmarknähe als in Westdeutschland. Teilzeitarbeit wird immer öfter ausgeübt. Während diese Entwicklung in Westdeutschland vor allem durch Verhaltensänderungen der Frauen in Form einer wachsenden Erwerbsbeteiligung bedingt ist, sind die Ursachen in Ostdeutschland zu einem erheblichen Teil in der Arbeitsmarktlage begründet, die zu einem Abschmelzen der Vollzeitstätigkeiten führte. Die im Zeitverlauf zunehmen-

de Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kann zudem mit als Erklärung dafür herangezogen werden, dass mittlerweile auch ein nicht zu vernachlässigender Anteil nichterwerbstätiger Männer Teilzeitarbeit zumindest als Beschäftigungsoption für möglich hält.

Die Beschäftigungschancen werden aus der subjektiven Sicht im Jahr 2006 allgemein als schwierig eingeschätzt, von den Nichterwerbstätigen noch mehr als von den Erwerbstätigen und in Ostdeutschland häufiger als in Westdeutschland. Anhaltende Arbeitslosigkeit ist für alle Betroffenen eine schwierige Situation. Für

junge Menschen aber, die gleich zu Beginn des Berufslebens diese Erfahrung machen, kann der mangelnde Aufbau von Wissen ihre beruflichen Chancen im weiteren Erwerbsleben erheblich mindern. Ausbildungsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten für die jüngere Generation sind aber nicht nur aus der individuellen Perspektive dringlich. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels kommt neben der Qualifikation nachwachsender Arbeitskräfte zugleich auch der Schaffung sowie dem Erhalt entsprechender Arbeitsplätze Älterer eine zentrale gesellschaftliche Rolle zu.

Für viele Menschen sind Verdienste der wichtigste Teil ihres Einkommens. Verdienste sind Arbeitseinkommen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Tätigkeiten regelmäßig beziehen. Sie entscheiden über den Lebensstandard und die Möglichkeiten der Sozialen Sicherung von Familien und Alleinstehenden. Für den Arbeitgeber stellen die Verdienste der Arbeitnehmer Kosten dar. Sie machen zusammen mit den so genannten Lohnnebenkosten die Arbeitskosten aus. Gesamtwirtschaftliche Angaben über Arbeitnehmerentgelt, Brutto- und Nettolöhne und -gehälter für Deutschland finden Sie in Kapitel 4: Wirtschaft und öffentlicher Sektor.

5.3.1 Tarifverdienste

Rund die Hälfte der Arbeitnehmer in Deutschland wurden 2006 nach Tarif bezahlt. Für diese Beschäftigten gelte Ta-

rifverträge Verdienste und Arbeitsbedingungen. Tarifverträge werden von den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften abgeschlossen und sind ausschließlich für ihre Mitglieder bindend (Tarifbindung). Tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer dürfen von den tariflichen Regelungen nur zu Gunsten der Beschäftigten abweichen. Aber auch viele nicht-tariflich gebundene Unternehmen und Arbeitnehmer orientieren sich am jeweiligen Branchentarifvertrag. **i**

Tarifverdienste 1996–2006

Die durchschnittlichen tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie bei Bund, Ländern und Gemeinden erhöhten sich in den Jahren 1996 bis 2006 in Deutschland um 21,9%. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum um 15,1%.

Von den Tariferhöhungen profitierten jedoch nicht alle Beschäftigten gleichermaßen. Überdurchschnittliche Tariferhöhungen gab es beispielsweise für die Arbeitnehmer in der Metallindustrie und im Maschinenbau mit 26,4% oder im Fahrzeugbau mit genau 25%. Deutlich niedriger fielen die Tariferhöhungen in anderen Bereichen wie dem Gastgewerbe (18,7%) oder bei Bund, Ländern und Gemeinden (19,2%) aus. Im Baugewerbe lagen sie mit genau 15% und im Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas mit 11,5% unter dem Anstieg der Verbraucherpreise.

Die Tarifverdienste der Arbeitnehmer sind im letzten Jahrzehnt jedoch nicht gleichmäßig gestiegen: Von 1996 bis 2004 lagen die durchschnittlichen Tariferhöhungen der Arbeitnehmer über dem Anstieg der Verbraucherpreise, 2004 bis 2006 darunter.

Tarifabschlüsse 2007

Die 2007 abgeschlossenen Tarifverträge brachten den Beschäftigten durchschnittlich Einkommenserhöhungen von 2,3%; auch die Verbraucherpreise lagen um 2,3% höher als im Vorjahr.

Dies beruhte hauptsächlich auf den hohen Tarifabschlüssen in der Metallindustrie, der Chemischen Industrie und der Bauindustrie von bis zu 4,1%. Aber auch andere Tarifverträge, z. B. für die Energieversorgung oder die Druckindustrie brachten den Beschäftigten Einkommenserhöhungen von 3% und mehr.

Im Hotel und Gaststättengewerbe, bei Banken und Versicherungen sowie im Ernährungsgewerbe wurden jedoch deutlich niedrigere Abschlüsse erzielt. Im öffentlichen Dienst gab es keine Tariferhöhungen. **➔ Tab. 1**

i Wie entwickelt sich die Tariflandschaft in Deutschland?

Bisher war das deutsche Tarifsysteem von Flächentarifverträgen geprägt, die die Arbeits- und Einkommensbedingungen für eine gesamte Branche und Region verbindlich regelten. Das ist heute noch so. Die Tariflandschaft in Deutschland ist jedoch im Wandel:

Die Flächentarifverträge enthalten zunehmend Öffnungsklauseln, die ergänzende Abschlüsse auf Betriebsebene erlauben. So konnten im Jahr 2007 Betriebe im Baugewerbe bei schlechter wirtschaftlicher Lage erstmals durch Firmentarifvertrag vom tariflich vereinbarten Lohn im Flächentarifvertrag abweichen, in der Chemischen Industrie Einmalzahlungen in Höhe von 9,8% eines Monatsgehalts reduzieren und im Metallgewerbe die zweite Stufe der Tariferhöhung verschieben.

In der Vergangenheit wurden Tarifverträge am Ende ihrer Laufzeit in der Regel zeitnah verhandelt und neu abgeschlossen. Das ist seit einigen Jahren z. B. im Handwerk, den Dienstleistungen und im Hotel- und Gaststättengewerbe nicht mehr selbstverständlich.

Zunehmend gewinnen Haus- und Firmentarifverträge (Tarifverträge, die von einem einzelnen Arbeitgeber mit den Arbeitnehmervertretern, z. B. Betriebsräten, abgeschlossen werden) an Bedeutung. Sonder- und Einmalzahlungen nehmen zu und die Tarifbindung geht zurück. Der Einfluss der Tarifverträge geht jedoch weit darüber hinaus, da sich auch viele nicht-tariflich gebundene Unternehmen und Arbeitnehmer am jeweiligen Branchentarifvertrag orientieren.

Tab. 1: Ausgewählte Tarifabschlüsse nach Wirtschaftsbereichen 2007

	Tariferhöhungen in %
Metallindustrie (Deutschland)	+4,1
Eisen- und Stahlindustrie (Nordrhein-Westfalen)	+3,8
Chemische Industrie (Deutschland)	+3,6
In den neuen Länder zusätzlich zur Anpassung an die Westgehälter	+1,6
Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie (Bayern; Hessen; Niedersachsen und Bremen; Baden-Württemberg; Sachsen; Sachsen-Anhalt)	+3,6
Groß- und Außenhandel (Schleswig-Holstein; Hamburg; Niedersachsen; Nordrhein-Westfalen; Hessen; Baden-Württemberg; Bayern; Berlin, Sachsen; Sachsen-Anhalt; Thüringen)	+3,0 bis +3,3
Papiergewerbe (neue Länder und Berlin-Ost)	+3,2
Bauhauptgewerbe (Deutschland)	+3,1
Energie- und Versorgungswirtschaft (Ost)	+3,1
Druckindustrie (Nordrhein-Westfalen; Baden-Württemberg; Bayern; Sachsen; Sachsen-Anhalt; Thüringen)	+3,0
Ernährungsgewerbe	
Bäckerhandwerk (Bayern)	+2,7
Fleischerhandwerk (Nordrhein-Westfalen)	+2,0
Brauereien (Thüringen)	+0,8
Wach- und Sicherheitsgewerbe (Hessen)	+2,3
Kraftfahrzeuggewerbe (Niedersachsen, Baden-Württemberg)	+1,9
Privates Bankgewerbe	+1,5
Gastgewerbe (Nordrhein-Westfalen)	+1,4
Wohnungswirtschaft (Deutschland)	+0,9

Tarifverdienste nach Branchen und Regionen

Die Höhe der Tarifverdienste unterschied sich erheblich zwischen den einzelnen Branchen und Regionen. In der Chemischen Industrie, der Metallindustrie sowie bei Banken und Versicherungen erhielten die Beschäftigten in der Regel höhere Tarifverdienste als im Handel, den Dienstleistungen oder der Bekleidungs- und der Ernährungsindustrie.

Der unterste Tariflohn für kaufmännische Angestellte mit einer abgeschlossenen dreijährigen Berufsausbildung lag 2007 beispielsweise in der bayrischen Schuhindustrie bei 1 559 Euro und in der Erdöl- und Erdgasindustrie im früheren Bundesgebiet bei 2 422 Euro.

In der Chemischen Industrie erhielten diese Beschäftigten ein tarifliches Mindestentgelt zwischen 2 133 Euro in den neuen Ländern und 2 467 Euro in Westfalen;

im Groß- und Außenhandel lag ihr Tarifverdienst zwischen 1 339 Euro in Sachsen und 1 853 Euro in Hessen.

In den gewerblichen Berufen betrug der unterste Tariflohn pro Stunde für Fachkräfte mit Berufsausbildung beispielsweise für Dachdeckerfachgesellen deutschlandweit 15,42 Euro, für Facharbeiter in der Druckindustrie 15,58 Euro im früheren Bundesgebiet und 14,35 Euro in den neuen Ländern. Deutlich niedrigere Tarifverdienste galten für Gesellen im Friseurgewerbe in Niedersachsen und Bremen (8,45 Euro), für Kraftfahrer sowie Handwerker im privaten Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen (10,36 Euro) oder für Fachkräfte im Elektrohandwerk (Niedersachsen: 11,16 Euro; Thüringen: 8,92 Euro).

Diese Unterschiede galten auch für weniger qualifizierte Angestellte. So lag der tarifliche Monatsverdienst für Küchenhilfen im Hotel- und Gaststättengewerbe bei 1 109 Euro in Sachsen und 1 384 Euro in Bayern. Im Bankgewerbe erhielten Reinigungskräfte deutschlandweit laut Tarifvertrag 1 853 Euro. Im Einzelhandel verdienten ungelernete Angestellte zwischen 6,56 Euro (Niedersachsen) und 7,06 Euro (Mecklenburg-Vorpommern) je Stunde. Einige Tariflöhne lagen damit unter dem derzeit kontrovers diskutierten Vorschlag für einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro.

Tab. 2: Mindestlöhne in Deutschland am 1. Januar 2008

	Früheres Bundesgebiet (einschl. Berlin)	Neue Länder
	in EUR	
Baugewerbe		
Werker, Maschinenwerker	10,40	9,00
Fachwerker, Maschinisten, Kraftfahrer	12,50	9,80
Maler und Lackierer		
ungelernte Arbeitnehmer	7,85	7,15
gelernte Arbeiter, Gesellen	10,73	9,37
Dachdecker	10,20	10,20
Abbruch- und Abwrackgewerbe		
Hilfskräfte	9,49	8,80
Fachwerker, Abbruch-, Bohr- u. Sägehelfer	11,60	9,80
Elektrohandwerk ¹	9,40	7,90
Gebäudereinigung	8,15	6,58
Briefdienstleister		
Allgemein	8,40	8,00
Briefzusteller	9,80	9,00

¹ Neue Länder (einschl. Berlin).

5.3.2 Mindestlöhne

In Deutschland gab es am 1. Januar 2008 keinen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, sondern nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen und Berufe. Am 1. Januar 2008 galten Mindestlöhne in fünf Bauberufen sowie in der Gebäudereinigung und für Briefdienstleister. → [Tab. 2](#)

Um branchenweite Mindestlöhne einzuführen, müssen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften einer Branche auf einen tariflichen Mindestlohn einigen und gemeinsam beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales die so genannte »Allgemeingültigkeit« beantragen. Nur wenn

Abb. 1: Gesetzliche Mindestlöhne in der EU (brutto) pro Monat, in EUR



Quelle: Eurostat, Stand: Anfang 2007.

mindestens die Hälfte aller Arbeitnehmer der Branche bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt ist und ein öffentliches Interesse besteht, kann der Tarifvertrag als allgemeingültig erklärt werden. Die Mindestlöhne gelten dann für alle Arbeitnehmer dieser Branche.

In der Europäischen Union hatten am 1. Januar 2007 20 der 27 Länder einen gesetzlichen Mindestlohn. Seine Höhe variierte von Land zu Land. Am niedrigsten waren die monatlichen Mindestlöhne in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Sie betragen Anfang 2007 zwischen 92 Euro in Bulgarien und 288 Euro in der Tschechischen Republik. In den südeuropäischen Ländern lag der Mindestlohn monatlich zwischen 470 Euro in Portugal und 668 Euro in Griechenland. Deutlich höhere Mindestlöhne gab es in den westeuropäischen Ländern. Sie reichten von 1 254 Euro in Frankreich bis zu 1 570 Euro in Luxemburg. → [Abb. 1](#)

Die verschiedenen Mindestlohniveaus spiegeln die wirtschaftliche Leistungskraft und die Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern wider. Die Höhe des Mindestlohns ist aber auch eine politische Entscheidung: Gemessen am durchschnittlichen Bruttoverdienst der Arbeitnehmer in der Industrie und im Dienstleistungssektor schwankte der Mindestlohn Anfang 2007 zwischen 33 % (Rumänien) und 52 % (Irland) der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste.

5.3.3 Bruttoverdienste

Die Daten über die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer bilden tatsächlich gezahlte Bruttolöhne und -gehälter ab, die sich zum Teil deutlich von den Tarifverdiensten unterscheiden. So sind beispielsweise nicht alle Arbeitgeber in Deutschland tarifgebunden oder das Tarifniveau wird aufgrund der wirtschaftlichen Lage des Betriebes über- oder unterschritten. Die Ergebnisse der Verdiensterhebung zeigen, wie sich die Verdienste vollzeitbeschäftig-

ter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe entwickeln. Erfasst wurden bis zum Jahr 2006 nur regelmäßige Verdienste, keine Einmal- und Sonderzahlungen.

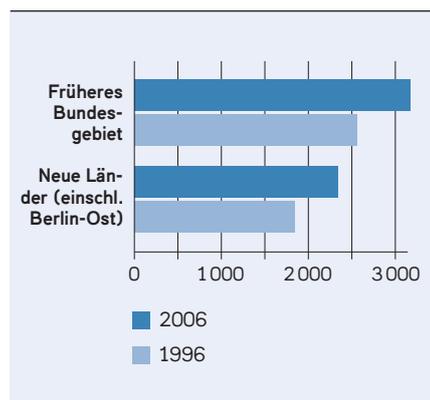
Bruttoverdienste 2006

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verdienten 2006 im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Deutschland durchschnittlich 3 077 Euro brutto im Monat, genau 25 % mehr als 1996. Zum Vergleich: Die Tarifverdienste stiegen in diesem Zeitraum um 21,9 %, die Verbraucherpreise um 15,1 %.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der durchschnittliche Monatsverdienst 2006 im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe bei 2 304 Euro brutto. Im früheren Bundesgebiet waren es 3 173 Euro. Der Verdienstabstand zwischen Ost- und Westdeutschland ist von 1996 bis 2006 geringfügig von 27,1 % auf 27,4 % gestiegen. Neben den noch bestehenden tariflichen Verdienstunterschieden zwischen Ost und West tragen auch die strukturellen Unterschiede zum Verdienstabstand bei: So ist im Westen der Anteil der Arbeitnehmer, die z. B. in besonders gut zahlenden Branchen oder als Fach- und Führungskräfte arbeiten, höher als im Osten. Zudem ist die Tarifbindung der Unternehmen im Osten niedriger als im Westen. In Folge wird häufiger weniger als der Tarifverdienst gezahlt. → [Abb. 2](#)

Frauen verdienten im Durchschnitt weniger als Männer. 2006 lag der Verdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Deutschland 20 % unter dem ihrer männlichen Kollegen. Es bestanden allerdings Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost verdienten 11,7 % weniger als die Männer, im früheren Bundesgebiet waren es 20,1 %.

Abb. 2: Bruttomonatsverdienste, in EUR

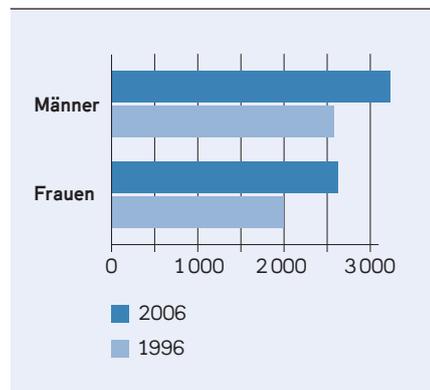


Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe je Vollzeitarbeitnehmer.

Dies bedeutet nicht, dass Frauen im gleichen Unternehmen für die gleiche Tätigkeit weniger Geld erhielten als ihre Kollegen. Vielmehr unterscheiden sich Männer und Frauen auch heute noch in ihrer Berufswahl; sie arbeiten schwerpunktmäßig in anderen Branchen und üben andere Tätigkeiten aus. → [Abb. 3](#)

Angestellte im Produzierenden Gewerbe verdienen durchschnittlich 2006 in Deutschland 52,7 % mehr als Arbeiterinnen und Arbeiter. Diese Differenz hat in den letzten Jahren zugenommen. Gegenüber 1996 stieg der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Angestellten

Abb. 3: Bruttomonatsverdienste nach Geschlecht, in EUR



Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe je Vollzeitarbeitnehmer.

um 23,9 %, der Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen nur um 19,8 %. Im Osten entwickelten sich Angestellten- und Arbeiterverdienste noch weiter auseinander: 2006 verdienten Angestellte 27,9 % mehr als 1996, Arbeiter und Arbeiterinnen lediglich 19,5 %.

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe wurde weniger verdient als im Produzierenden Gewerbe. 2006 erzielten die Angestellten dieser Dienstleistungsbereiche in Deutschland durchschnittlich 3062 Euro brutto, 881 Euro weniger als die Angestellten im Produzierenden Gewerbe. Die Bruttoverdienste hängen auch davon ab, wie qualifiziert die Tätigkeiten sind, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an ihrem Arbeitsplatz ausüben. → [Tab. 3](#)

Bruttomonatsverdienste nach Leistungsgruppen

Arbeiterinnen und Arbeiter werden anhand der Kenntnisse, die erforderlich sind, um die beruflichen Tätigkeiten auszuführen, in Facharbeiter (Leistungsgruppe 1), Angelernte (Leistungsgruppe 2) und Ungelernte (Leistungsgruppe 3) eingeteilt. Facharbeiter und Facharbeiterinnen erreichen deutlich höhere Verdienste als Angelernte und Ungelernte: 2006 waren es in Deutschland durchschnittlich 2837 Euro brutto, 17,1 % mehr als angelernte (Leistungsgruppe 2) und 26,5 % mehr als ungelernete Kräfte (Leistungsgruppe 3).

Über 60 % der Männer, aber nur knapp 15 % der Frauen übten im Jahr 2006

Tab. 3: Bruttomonatsverdienste 2006

Wirtschaftsbereich/ Arbeitnehmergruppe	Insgesamt	Männer	Frauen
Deutschland			
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	3077	3234	2587
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	3083	3193	2578
Arbeiter	2582	2670	1980
Angestellte	3943	4258	3073
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	3062	3403	2598
Früheres Bundesgebiet			
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	3173	3330	2662
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	3185	3292	2671
Arbeiter	2669	2754	2055
Angestellte	4030	4327	3156
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	3138	3480	2653
Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)			
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	2304	2388	2108
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer insgesamt	2285	2358	2042
Arbeiter	1994	2071	1611
Angestellte	3026	3363	2509
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
Angestellte	2365	2543	2202

Tab. 4: Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe nach Leistungsgruppen 2006

Leistungsgruppe	Anteile der Leistungsgruppen an den Arbeiter- /innen			Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	in %			in EUR		
Deutschland						
Insgesamt	100	100	100	2 582	2 670	1 980
1	54,9	60,8	14,9	2 837	2 856	2 304
2	31,7	29,9	43,7	2 352	2 438	1 947
3	13,4	9,3	41,4	2 084	2 205	1 897
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt	100	100	100	2 669	2 754	2 055
1	55,1	61,0	12,6	2 930	2 942	2 495
2	30,9	29,4	41,8	2 450	2 528	2 052
3	14,0	9,6	45,6	2 129	2 256	1 935
Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)						
Insgesamt	100	100	100	1 994	2 071	1 611
1	53,6	59,2	25,9	2 191	2 221	1 848
2	37,3	34,1	53,2	1 804	1 887	1 542
3	9,1	6,7	20,9	1 614	1 689	1 493

Facharbeitertätigkeiten aus; umgekehrt waren über 40 % der Frauen, aber nur einer von zehn Männern mit ungelerten Tätigkeiten beschäftigt.

Arbeiterinnen verdienten durchschnittlich 25,8 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen war der Verdienstabstand jedoch deutlich geringer. Facharbeiterinnen erhielten durchschnittlich 19,3 % weniger als Facharbeiter, angelernte Arbeiterinnen 20,1 % weniger als angelernte Arbeiter und ungelernete Arbeiterinnen genau 14 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Hätten die Anteile der Frauen bei Facharbeiterinnen, Angelernten und Ungelernten genauso hoch gelegen wie bei den Männern, dann hätte der Verdienstabstand 19,1 % betragen. → Tab. 4

Angestellte werden in fünf Leistungsgruppen eingeteilt. Zusätzlich zu den erforderlichen Kenntnissen werden auch die mit der Tätigkeit verknüpfte Selbstständigkeit, Verantwortung und Dispositionsbefugnis berücksichtigt. Bei den Angestellten zeigten sich vergleichbare Strukturen wie bei den Arbeiterinnen und

Arbeitern: Frauen waren bei qualifizierten Tätigkeiten unterdurchschnittlich und bei weniger qualifizierten Tätigkeiten

überdurchschnittlich vertreten. Bei den Angestellten, die besondere Erfahrungen haben und selbstständige Leistungen in verantwortungsvollen Tätigkeiten erbrachten, allerdings bei eingeschränkter Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe II) waren genau 46 % der Männer aber nur 18,4 % der Frauen vertreten. Demgegenüber waren 0,8 % der Männer, aber 3,6 % der Frauen mit Aufgaben betraut, die keine Berufsausbildung erforderten (Leistungsgruppe V). Für Leitende Angestellte (Leistungsgruppe I) werden in der Laufenden Verdiensterhebung keine Daten erhoben.

Angestellte Frauen erhielten ein um 27,8 % geringeres Durchschnittsgehalt als ihre männlichen Kollegen. Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen war ihr Verdienstabstand – wie bei den Arbeitern – geringer. Wären in den einzelnen Leistungsgruppen genauso viele Frauen wie Männer tätig gewesen, hätten die durchschnittlichen Frauenverdienste 15,2 % unter denen der Männer gelegen. → Tab. 5

Tab. 5: Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe nach Leistungsgruppen 2006

Leistungsgruppe	Anteile der Leistungsgruppen an den Angestellten			Bruttomonatsverdienste		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	in %			in EUR		
Deutschland						
Insgesamt	100	100	100	3 943	4 258	3 073
II	38,7	46,0	18,4	4 997	5 087	4 368
III	45,3	44,3	48,0	3 536	3 708	3 096
IV	14,4	8,8	30,0	2 572	2 818	2 374
V	1,6	0,8	3,6	2 079	2 305	1 950
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt	100	100	100	4 030	4 327	3 156
II	39,5	46,6	18,4	5 076	5 153	4 501
III	45,1	44,1	48,1	3 604	3 763	3 178
IV	13,9	8,5	29,7	2 628	2 861	2 432
V	1,6	0,8	3,8	2 105	2 335	1 973
Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)						
Insgesamt	100	100	100	3 026	3 363	2 509
II	30,6	38,9	18,0	3 917	4 058	3 443
III	47,6	47,7	47,5	2 852	3 057	2 535
IV	20,2	12,5	32,0	2 170	2 439	2 010
V	1,5	0,8	2,5	1 805	1 965	1 726

Tab. 6: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen 2006

	Bruttomonats-	Anteil der	Bruttomonats-	Anteil der	Bruttomonats-	Anteil der
	verdienst	Frauen ¹	verdienst	Frauen ¹	verdienst	Frauen ¹
	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %
	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung v. Spalt- und Brutstoffen	4 128	15,1	4 269	14,2	3 329	20,1
Fahrzeugbau	3 540	10,9	3 608	10,7	2 590	14,1
Energie- und Wasserversorgung	3 513	17,2	3 635	14,4	3 005	29,0
Chemische Industrie	3 428	27,1	3 497	26,5	2 729	33,5
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen; Elektrotechnik usw.	3 322	26,7	3 423	25,7	2 398	36,6
Maschinenbau	3 281	12,8	3 349	12,8	2 398	12,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	3 051	26,7	3 124	25,7	2 391	35,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 945	6,4	3 014	4,1	2 617	16,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 869	13,4	2 964	13,2	2 148	15,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 683	15,5	2 800	14,4	2 150	20,3
Herstellung von Gummi- u. Kunststoffwaren	2 675	21,4	2 747	20,6	1 972	28,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 657	29,4	2 785	27,1	1 987	41,4
Hoch- und Tiefbau	2 592	5,5	2 728	5,1	2 074	6,8
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	2 500	23,8	2 613	22,8	1 767	30,3
Holzgewerbe	2 430	11,1	2 518	10,1	1 974	16,6
Bekleidungsgewerbe	2 450	68,2	2 498	67,2	1 438	89,3
Ledergewerbe	2 451	47,4	2 568	45,6	1 402	63,7
Textilgewerbe	2 310	37,3	2 490	32,8	1 530	56,7
Produzierendes Gewerbe insgesamt	3 083	17,9	3 185	17,2	2 285	23,2

¹ An allen Arbeitnehmern.

Frauenverdienste waren also auch deshalb niedriger, weil Frauen wesentlich häufiger Tätigkeiten in niedrigeren Leistungsgruppen ausübten als ihre männlichen Kollegen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede weniger stark ausgeprägt.

Bruttoverdienste nach Wirtschaftszweigen

Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen im Produzierenden Gewerbe bestanden große Verdienstunterschiede. Die Spanne reichte 2006 in Deutschland von 4 128 Euro in der Kokerei, Mineralölverarbeitung und Herstellung von Brutstoffen bis 2 310 Euro im Textilgewerbe. In diesen Wirtschaftszweigen waren jedoch nur wenige Menschen beschäftigt.

Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach der Höhe der durchschnittlichen Brutto-

monatsverdienste stimmte in den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet weitgehend überein. Die Wirtschaftszweige unterschieden sich jedoch hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Beschäftigung. Im Osten waren im Hoch- und Tiefbau 12,7 % aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Produzierenden Gewerbes beschäftigt, im Westen genau 6 %. Im Westen dominierte der Fahrzeug- und Maschinenbau. Die unterschiedliche Verteilung auf die Wirtschaftszweige beeinflusste den Durchschnittsverdienst im Produzierenden Gewerbe jedoch kaum.

In Deutschland schwankte der Anteil der Frauen an den Beschäftigten der einzelnen Wirtschaftszweige 2006 im Produzierenden Gewerbe zwischen 5,5 % im Hoch- und Tiefbau und 68,2 % im Bekleidungsgewerbe. In Wirtschaftszweigen mit einem niedrigen Durchschnittsver-

dienst waren meist viele Frauen beschäftigt. Auch hier lag ein wichtiger Grund für das niedrigere Verdienstniveau der Frauen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost arbeiteten in den am schlechtesten zahlenden Wirtschaftszweigen ebenfalls überdurchschnittlich viele Frauen. Ihr Anteil an den Beschäftigten lag sogar deutlich höher als im früheren Bundesgebiet.

➔ Tab. 6

Bruttoverdienste nach Berufen

Zwischen den einzelnen Berufen bestanden erhebliche Verdienstunterschiede. Die meisten angestellten Männer und Frauen arbeiteten als Bürofachkräfte (siehe Kapitel 5.1.7). Die Männer verdienten 2006 in diesem Beruf 3 640 Euro brutto, Frauen 25 % weniger. Am zweithäufigsten waren Männer als Geschäftsführer und Filialleiter tätig; sie erzielten durchschnittlich 6 428 Euro brutto im Monat. Frauen verdienten in diesem Beruf 31 %

Tab. 7: Bruttomonatsverdienste der am stärksten besetzten Berufe

	2002	2003	2004	2005	2006
	EUR				
Angestellte/Männer					
Bürofachkräfte	3 359	3 428	3 509	3 584	3 640
Geschäftsführer, Filialleiter und andere	5 932	6 053	6 197	6 330	6 428
Datenverarbeitungsfachleute	4 352	4 441	4 546	4 644	4 716
Bankfachleute	3 890	3 969	4 063	4 150	4 215
Sonstige Techniker	3 692	3 768	3 857	3 940	4 001
Angestellte/Frauen					
Bürofachkräfte	2 507	2 573	2 646	2 705	2 751
Verkäuferinnen	1 813	1 861	1 914	1 956	1 990
Bankfachleute	2 779	2 852	2 933	2 998	3 049
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	2 563	2 630	2 705	2 765	2 812
Sekretärinnen	2 997	3 076	3 164	3 234	3 289
Arbeiter/Männer					
Kraftfahrzeugführer	2 347	2 396	2 440	2 465	2 506
Elektroinstallateure, -monteure	2 515	2 567	2 614	2 642	2 686
Lager-, Transportarbeiter	2 170	2 215	2 256	2 279	2 318
Metallarbeiter	2 423	2 473	2 518	2 544	2 587
Maschinenschlosser	2 721	2 778	2 828	2 858	2 906
Arbeiter/Frauen					
Arbeiterinnen im Versand	1 731	1 777	1 813	1 827	1 854
Elektrogeräte-, Elektroteilemontierinnen	1 987	2 039	2 080	2 096	2 127
Hilfsarbeiterinnen	1 691	1 736	1 771	1 784	1 811
Kunststoffverarbeiterinnen	1 773	1 820	1 857	1 871	1 899
Metallarbeiterinnen	1 919	1 970	2 010	2 025	2 055

weniger. Besonders häufig arbeiteten Männer auch als Bankfachleute, sonstige Techniker und Datenverarbeitungsfachleute.

Angestellte Frauen waren am häufigsten als Bürofachkraft, Verkäuferin, Bankfachfrau, Groß- und Einzelhandelskauffrau sowie Sekretärin tätig. Die durchschnittlichen Bruttoverdienste lagen zwischen 3 289 Euro (Sekretärinnen) und 1 990 Euro (Verkäuferinnen).

Manche Berufe konnten als typische Frauenberufe gelten: In den Büroberufen waren 62 % der Beschäftigten Frauen. Dazu zählten Bürofachkräfte, Sekretärinnen, Buchhalterinnen, Bürohilfskräfte, Te-

lefonistinnen und Datentypistinnen. In einzelnen Büroberufen waren bis zu 90 % der Beschäftigten Frauen. Auch im Handel waren 59 % der Verkäufer und Verkäuferinnen sowie 79 % der Kassierer und Kassiererinnen weiblich. In den meisten der genannten Berufe wurde unterdurchschnittlich verdient. Nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer verdienten hier schlechter als in anderen Berufen.

In den fünf häufigsten Arbeiterberufen lagen die Bruttoverdienste der Männer zwischen 2 318 (Lager- und Transportarbeiter) und 2 906 Euro (Maschinenschlosser); bei den Frauen zwischen 1 811 (Hilfsarbeiterin) und 2 127 Euro (Elektro-

geräte- oder Elektroteilemontiererin). Die Verdienstunterschiede zwischen den Berufen waren niedriger als bei den Angestellten.

Am häufigsten waren männliche Arbeiter als Kraftfahrzeugführer (siehe 5.1.7) tätig und erzielten einen Bruttomonatsverdienst in Höhe von 2 506 Euro. Es folgten Elektroinstallateure und -monteure, Lager- und Transportarbeiter, Metallarbeiter und Maschinenschlosser. Die Frauen waren am häufigsten im Versand beschäftigt; ihr Bruttomonatsverdienst lag durchschnittlich bei 1 854 Euro. Arbeiterinnen waren auch besonders häufig als Elektrogeräte- oder Elektroteilemontiererin, Hilfsarbeiterinnen, Kunststoffverarbeiterinnen und Metallarbeiterinnen tätig. → Tab. 7

5.3.4 Nettoverdienste nach Haushaltstypen (Modellrechnungen)

Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist von besonderem Interesse, was ihnen nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge netto zur Verfügung steht. Das Statistische Bundesamt berechnet mit Hilfe von Modellannahmen Nettoverdienste für ausgewählte Haushaltstypen. Hierbei werden Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag sowie Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung vom Bruttoverdienst abgezogen und das gesetzliche Kindergeld addiert. Für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost werden gesonderte Werte berechnet, da die Verdienste im Osten deutlich niedriger liegen als im Westen.

Der Anteil des Bruttomonatsverdienstes, über den die Haushaltstypen frei verfügen können, schwankt erheblich. Die geringsten Abzüge im Jahr 2006 entfielen auf den Haushaltstyp »Arbeiterehepaar mit zwei Kindern und Mann als Alleinverdiener« in den neuen Ländern und Berlin-Ost 2006. Von deren Bruttomonats-

verdienst in Höhe von 2071 Euro verblieben 91,2 % (1 889 Euro) zur freien Verfügung. Die höchsten Abzüge fielen auf allein stehende Angestellte im früheren Bundesgebiet. Ihnen blieben 2006 von 3 595 Euro brutto nach den Abzügen noch 54,2 % (1 949 Euro netto).

Der Verdienstabstand zwischen Beschäftigten in Ost und West liegt bei den Bruttoverdiensten deutlich über den Nettoverdiensten. Ursache hierfür ist, dass die Pflichtbeiträge, insbesondere die Lohn- und Einkommenssteuer, durch den progressiven Verlauf des Steuersatzes,

im Osten deutlich unter denen im Westen liegen.

Der Ost-West-Verdienstabstand lag 2006 bei den Nettoverdiensten zwischen 17,2 % (allein verdienender Angestellter mit Ehefrau und zwei Kindern, ein-

Tab. 8: Durchschnittliche Nettomonatsverdienste 2006, Ergebnisse von Modellrechnungen

		Einzelperson	Ehepaar, beide mit jeweiligem Durchschnittsverdienst, ohne Kinder	Ehepaar mit 2 Kindern, Mann mit Durchschnittsverdienst, Ehefrau nicht arbeitend
Arbeiter /-innen		Früheres Bundesgebiet		
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 669	4 809	2 754
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	519	863	200
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	347	625	358
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	232	418	233
+ Kindergeld	EUR	-	-	308
Nettomonatsverdienst	EUR	1 571	2 902	2 272
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	in %	58,9	60,3	82,5
Angestellte		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)		
Bruttomonatsverdienst	EUR	3 595	6 814	3 964
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	869	1 605	571
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	467	886	515
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	310	558	301
+ Kindergeld	EUR	-	-	308
Nettomonatsverdienst	EUR	1 949	3 765	2 884
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	in %	54,2	55,3	72,8
Arbeiter /-innen		Früheres Bundesgebiet		
Bruttomonatsverdienst	EUR	1 994	3 682	2 071
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	296	500	50
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	259	479	269
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	169	313	171
+ Kindergeld	EUR	-	-	308
Nettomonatsverdienst	EUR	1 270	2 390	1 889
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	in %	63,7	64,9	91,2
Angestellte		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)		
Bruttomonatsverdienst	EUR	2 679	5 308	2 981
- Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	EUR	522	1 033	269
- Renten und Arbeitslosenversicherung	EUR	348	690	388
- Kranken- und Pflegeversicherung	EUR	228	451	246
+ Kindergeld	EUR	-	-	308
Nettomonatsverdienst	EUR	1 581	3 134	2 387
Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst	in %	59,0	59,0	80,1

Verdienste der Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe.

schließlich Kindergeld) und 19,2 % (allein stehender Arbeiter oder allein stehende Arbeiterin ohne Kinder). Der Verdienstabstand bei den vergleichbaren Bruttoverdiensten lag in beiden Fällen bei rund 25 %. → Tab. 8

5.3.5 Arbeitskosten und Lohnnebenkosten

Verdienste sind für Arbeitnehmer der wichtigste Bestandteil des persönlichen Einkommens. Für die Arbeitgeber stellen sie Kosten dar. Sie sind der Preis für die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer. Die durchschnittlichen Kosten für eine in deutschen Betrieben des Produzierenden Gewerbes und der marktbestimmten Dienstleistungen gearbeitete Stunde sind zwischen 1996 und 2006 um 21,8 % auf rund 28,70 Euro gestiegen. Zum Vergleich: Die Tarifverdienste stiegen im gleichen Zeitraum um 21,9 %, die Bruttomonatsverdienste der Vollbeschäftigten um genau 25 %.

Die Bruttoverdienste machen zwar den größten Teil der Arbeitskosten aus, dazu kommen aber noch die so genannten Lohnnebenkosten. In Deutschland wird

dieser Begriff uneinheitlich gebraucht. Das Statistische Bundesamt verwendet eine bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) übliche Definition. Bruttoverdienste kommen den Arbeitnehmern »direkt« zugute, sie werden deshalb international als direkte Kosten bezeichnet. Weniger sichtbar für die Arbeitnehmer sind Kosten, welche die Arbeitgeber noch zusätzlich zahlen: die »indirekten« Kosten, für die nun der Begriff »Lohnnebenkosten« verwendet wird. Der größte Teil der Lohnnebenkosten sind Aufwendungen der Arbeitgeber, um den Sozialschutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finanzieren. **i**

Seit 1966 sind die Lohnnebenkosten im früheren Bundesgebiet im Produzierenden Gewerbe deutlich von 18,2 % auf 33,4 % der Bruttoverdienste im Jahr 2004 angewachsen. Das Wachstum stammt vor allem aus den per Gesetz vorgeschriebenen Beiträgen der Arbeitgeber zur Finanzierung der Sozialversicherungen. Das sind zunächst die weitgehend paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung (siehe Kapitel 9). Hinzu kommen die ausschließlich vom Arbeitgeber getragenen Kosten

für die Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Mutterschutz, die gesetzliche Unfallversicherung und für Umlagen zur Finanzierung von Insolvenzgeld und weiteren Leistungen. → Abb. 4

Diese gesetzlichen Lohnnebenkosten wuchsen am stärksten in den 1970er Jahren, als das soziale Netz ausgebaut wurde. Zum einen erhöhten sich die paritätischen Beitragssätze deutlich. Zum anderen wurden Leistungen eingeführt, die ausschließlich vom Arbeitgeber zu finanzieren sind, etwa 1970 die volle Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, 1972 die Winterbauförderung im Baugewerbe (heute Wintergeld) und 1974 das Konkursausfallgeld (heute Insolvenzgeld).

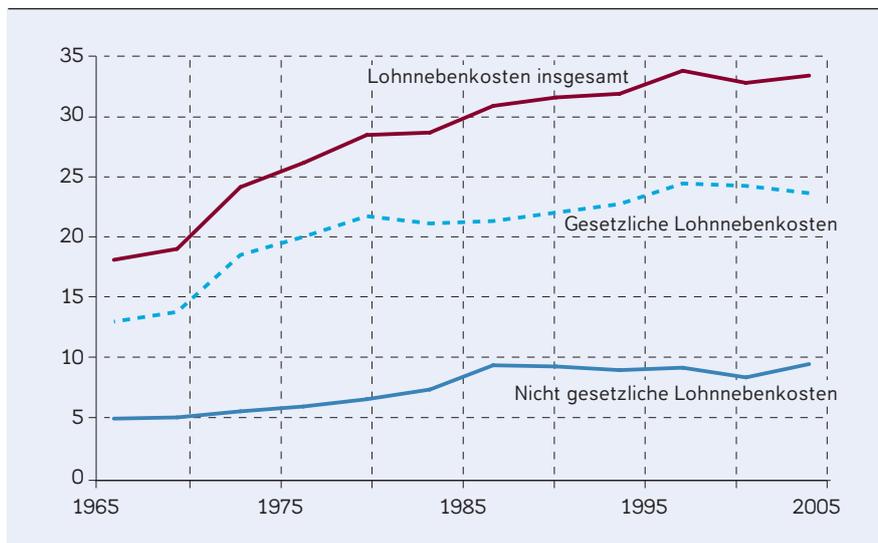
In den 1990er Jahren stiegen die Beitragssätze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung im Zuge der deutschen Vereinigung. 1995 wurde die Pflegeversicherung eingeführt. Seitdem sind die gesetzlichen Lohnnebenkosten auf ca. 24 % des Bruttoverdienstes abgesunken, was u. a. stagnierenden Beitragssätzen, beitragsfreien Verdienstbestandteilen und geringeren Entgeltfortzahlungsleistungen aufgrund des abnehmenden Krankenstands zuzuschreiben ist.

Auch die nicht gesetzlich geregelten Lohnnebenkosten wuchsen seit 1966 von 5,1 % auf 9,6 % der Bruttoverdienste. Gestiegen sind die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung von 3,3 % (1966) auf 5,7 % (2004) und die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung einschließlich der Verdienste und Sozialabgaben für Auszubildende von 1,3 % (1966) auf 2,1 % (2004). Seit den 1980er Jahren wuchsen auch die Aufwendungen für Entschädigungen und Abfindungen wegen Personalabbaus (1966: 0,0 %, 2004: 1,5 %).

Lohnnebenkosten im EU-Vergleich

2004 lagen die Lohnnebenkosten in Deutschland für alle Unternehmen der Privatwirtschaft mit etwa 33 Euro auf

Abb. 4: Lohnnebenkosten, in % der Bruttoverdienste



Früheres Bundesgebiet. Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen im Produzierenden Gewerbe.



Was sind »Lohnzusatzkosten«?

In Deutschland werden in der Öffentlichkeit oft Begriffe wie Lohnnebenkosten, Lohnzusatzkosten oder Personalzusatzkosten verwendet, ohne dass dabei stets eindeutig wäre, was gemeint ist. Das Statistische Bundesamt verwendet den Begriff »Lohnnebenkosten« für die international einheitlich definierten »indirekten« Arbeitskosten.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom November 2005 setzte sich die Bundesregierung das Ziel, die »Lohnzusatzkosten« dauerhaft unter 40 % zu senken. Dabei sind mit »Lohnzusatzkosten« die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung gemeint. Sie werden in Prozent des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts per Gesetz festgelegt. Im Vergleich zu den gesetzlichen »Lohnnebenkosten« des Statistischen Bundesamtes sind hier zum einen auch die Beiträge der Arbeitnehmer enthalten, zum anderen aber alle nicht paritätisch finanzierten Aufwendungen der Arbeitgeber ausgeschlossen, wie zum Beispiel die gesetzliche Unfallversicherung oder die Entgeltfortzahlung.

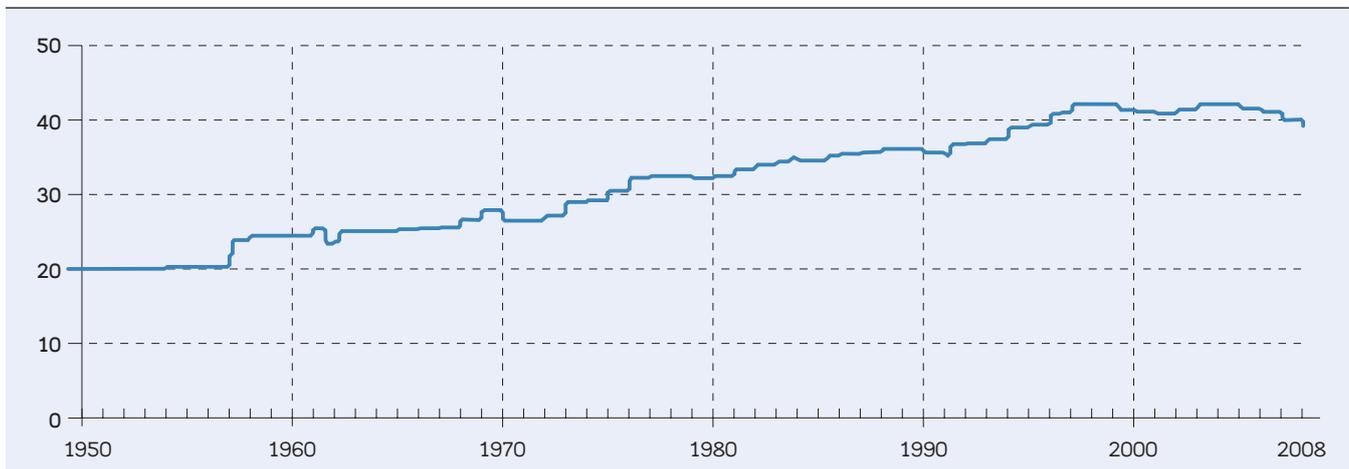
Die Entwicklung der Lohnzusatzkosten verlief ähnlich zu den Lohnnebenkosten. Der höchste Stand wurde 1997/1998 und 2003/2004 mit 42,1 % erreicht. Für 2007 ergaben sich 40,0 %, sofern man den zusätzlichen Beitragssatz zur Krankenversicherung von 0,9 % nicht mitzählt, den seit dem 1. Juli 2005 allein Arbeitnehmer zahlen. Für 2008 rechnet die Bundesregierung

damit, durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 % auf 3,3 % die paritätisch gezahlten Beitragssätze auf weniger als 40 % zu bringen. → **Abb. 5**

Die Bundesregierung beabsichtigt mit der Senkung der Lohnzusatzkosten in erster Linie Wachstum und Beschäftigung zu stimulieren. Wachsen die Beiträge der Sozialpartner zu den Sozialversicherungen, treiben sie einen immer größeren Keil zwischen die Kosten, welche die Arbeitgeber für einen Arbeitsplatz tragen, und die Verdienste, welchen den Arbeitnehmern netto nach Abzug aller Pflichtabzüge verbleiben. Aus Sicht der meisten Ökonomen können hohe Sozialabgaben Arbeit zu teuer machen für Arbeitgeber und zu wenig lohnend für Arbeitnehmer. Beides schade dem Aufbau neuer Arbeitsplätze.

Nach Berechnungen der OECD für das Jahr 2006 lag dieser »Abgabenkeil« in Deutschland für einen allein stehenden, kinderlosen Durchschnittsverdiener bei 52,5 %. Von dem Geld, das der Arbeitgeber für diesen Arbeitsplatz ausgab, floss damit etwas mehr als die Hälfte an Staat und Sozialkassen und nur 47,5 % auf das Konto des Arbeitnehmers. Das war der zweithöchste Abgabenkeil unter den OECD-Ländern nach Belgien (55,4 %), weit höher als etwa in den USA mit 28,9 % oder im Vereinigten Königreich mit 33,9 %. Die Sozialversicherungsbeiträge bzw. Lohnzusatzkosten machten zwar den größten Teil davon aus, aber die OECD bezog auf Arbeitnehmerseite auch die Lohnsteuern und auf Arbeitgeberseite weitere Lohnnebenkosten ein.

Abb. 5: Lohnzusatzkosten, in % des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts



Früheres Bundesgebiet. Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung ohne zusätzliche oder erhöhte Beiträge für Arbeitnehmer.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Statistisches Taschenbuch 2007.

100 Euro Bruttoverdienst im Mittelfeld der Staaten der Europäischen Union. Etwa 29 Euro entfielen dabei auf Beiträge der Arbeitgeber, um den Sozialschutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finanzieren. Davon waren 23 Euro gesetzlich veranlasst: 20 Euro als

Beiträge für die Sozialversicherungen und drei Euro als Leistungen der Entgeltfortzahlung für Krankheit und Mutterschutz. Weitere sechs Euro entfielen auf tariflich bzw. freiwillig gewährte Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung und sonstige betriebliche Sozialleistungen.

Die deutschen Arbeitgeber finanzierten im Jahr 2004 über diese Teile der Lohnnebenkosten 36,3 % der gesamten Sozialleistungen. Dieser Finanzierungsanteil lag nach Angaben Eurostats unter den Staaten der Europäischen Union ebenfalls im Mittelfeld.

5.3.6 Zusammenfassung

Verdienste sind für viele Menschen der wichtigste Teil ihres Einkommens und entscheiden über den Lebensstandard und die Möglichkeiten der sozialen Absicherung. Viele Arbeitnehmer werden nach Tarif oder zumindest in Anlehnung an die jeweiligen Branchentarifverträge bezahlt.

Von 1996 bis 2006 nahmen die Tarifverdienste durchschnittlich um 21,9 % zu. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum um 15,1 %. Von diesen Tarifierhöhungen profitierten jedoch nicht alle Beschäftigten gleichermaßen. Überdurchschnittliche Tarifierhöhungen gab es beispielsweise in der Metallindustrie und im Maschinenbau, unterdurchschnittliche im Gastgewerbe und im Bau. Die 2007 abgeschlossenen Tarifabschlüsse brachten den Beschäftigten in Deutschland durchschnittliche Einkommenserhöhungen von 2,3 %.

In Deutschland gibt es keinen branchenübergreifenden Mindestlohn, sondern nur branchenspezifische Mindestlöhne. Am

1. Januar 2008 galten Mindestlöhne in fünf Bauberufen sowie in der Gebäudereinigung und bei den Briefdienstleistern. Demgegenüber haben 20 der 27 EU-Länder einen gesetzlichen Mindestlohn.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdienten 2006 im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in Deutschland durchschnittlich 3 077 Euro brutto im Monat, 25 % mehr als 1996. Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in den neuen Ländern lagen 2006 mit 2 304 Euro um 27 % niedriger als im früheren Bundesgebiet (3 173 Euro). Frauen verdienten im Schnitt ein Fünftel weniger als Männer; Angestellte durchschnittlich 52,7 % mehr als Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer werden auch stark davon bestimmt, in welchem Beruf und in welchem Wirtschaftszweig jemand arbeitet und wie qualifiziert die Tätigkeiten sind, die Mitarbeiter an ihrem Arbeitsplatz ausführen. So verdienten 2006 Facharbeiter 26,5 % mehr als Ungelernte. Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste im Produzieren-

den Gewerbe lagen zwischen 4 128 Euro (Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen) und 2 310 Euro (Textilgewerbe).

Die geringsten Pflichtabzüge vom Bruttoeinkommen fallen bei dem Haushaltstyp »Arbeiterehepaar mit zwei Kindern und Mann als Alleinverdiener« in den neuen Ländern und Berlin-Ost an. 2006 verbleiben von 2 071 Euro Bruttoeinkommen 91,2 % netto. Einem allein stehenden Angestellten im früheren Bundesgebiet verblieben dagegen von 3 595 Euro brutto noch 54,2 % netto.

Die Bruttoverdienste machen in Deutschland den größten Teil der Arbeitskosten aus. Dazu kommen die so genannten Lohnnebenkosten. Seit 1966 sind die Lohnnebenkosten im Produzierenden Gewerbe von 18,2 % auf 33,4 % gestiegen. Die Lohnnebenkosten lagen 2004 in Deutschland mit 33 Euro auf 100 Euro Bruttoverdienst im Mittelfeld der EU.

5.4 Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit

Michael Braun
Evi Scholz

Welche Bedeutung die Deutschen der Arbeit und einzelnen Arbeitsplatzmerkmalen zuschreiben und wie die Realität am Arbeitsplatz aussieht, hat Konsequenzen für die Arbeitszufriedenheit. Diese ist wiederum mitentscheidend dafür, in welchem Umfang der oder die Einzelne einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchte und wie lange er oder sie im Erwerbsleben verbleiben will. Da in Zukunft durch den demografischen Wandel eher ein Mangel an Arbeitskräften als an Arbeitsplätzen zu erwarten ist, kommt der Suche nach Reserven für den Arbeitsmarkt eine besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Erwerbstätige auch mehr Stunden als bisher arbeiten würden oder mit einem späteren Renteneintrittsalter einverstanden wären. Um diese Fragen zu beantworten, untersuchen wir im Folgenden die diesbezüglichen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland und betrachten, soweit es die Datenlage ermöglicht, jeweils die zeitliche Entwicklung.

5.4.1 Ansprüche an die Arbeit und Realität am Arbeitsplatz

Welche Arbeitsplatzmerkmale sind den Deutschen wichtig und wie sieht die Realität für die Erwerbstätigen aus? Das Wichtigste für die Menschen ist ein »sicherer Arbeitsplatz«, unabhängig von Geschlecht oder Region. In Ostdeutschland wird dabei der Sicherheit des Arbeitsplatzes eine noch größere Bedeutung beigemessen als in Westdeutschland. Danach folgt in der Rangfolge der Wichtigkeit der Arbeitsplatzmerkmale eine »interessante« und »unabhängige« Arbeit; auch hier gibt es kaum regionale oder Geschlechtsunterschiede. Abgesehen von einer Abnahme der Wichtigkeit bei den Frauen in Westdeutschland sind die Veränderungen über die Zeit hinweg eher gering. Ein »hohes Einkommen« gehört nicht zu den wichtigsten Zielen der Menschen, allerdings hat ein hohes Einkommen im Osten im Unterschied zum Westen an Bedeutung gewonnen. Auch die As-

pekte »anderen helfen« zu können oder einen »Nutzen für die Gesellschaft« zu leisten sind im Osten in den letzten Jahren wichtiger geworden. Letzteres deutet darauf hin, dass der höhere Stellenwert, den die Ostdeutschen diesen sozialen Merkmalen beimessen, offensichtlich kein Relikt aus DDR-Zeiten ist. → Tab.1

Die herausragende Bedeutung eines sicheren Arbeitsplatzes gilt im Jahre 2006 praktisch für alle Alters- und Bildungsgruppen. Es gibt kaum Personen, die einen sicheren Arbeitsplatz nicht für wichtig oder sehr wichtig halten. Eine besondere Bedeutung hat die Arbeitsplatzsicherheit aber für die Jüngeren – besonders in Westdeutschland – und für Personen mit niedrigeren Schulabschlüssen. → Tab.2

Die Realität des Arbeitslebens entspricht den Ansprüchen aber nicht in allen Punkten. Nur etwa ein Drittel der Erwerbstätigen in Westdeutschland geht uneingeschränkt davon aus, dass ihr Arbeitsplatz sicher ist, während zwei Drittel dies für sehr wichtig halten, in Ostdeutschland weniger als ein Fünftel. Allerdings sind die Ost-West-Unterschiede in den letzten neun Jahren deutlich geringer geworden. Die Angleichung findet dabei von beiden Seiten aus statt: Eine leichte Abnahme der wahrgenommenen Arbeitsplatzsicherheit in Westdeutschland auf etwa 30 % geht einher mit einer deutlichen Zunahme in Ostdeutschland von 6 auf 16 %. Betrachtet man das Arbeitseinkommen, dann hält nur eine verschwindend kleine Minderheit ihr Einkommen uneingeschränkt für hoch, wobei dies im Westen auf etwas mehr Erwerbstätige zutrifft als im Osten. Nimmt man hier auch noch diejenigen hinzu, die der Aussage mit Einschränkungen zustimmen, so ergibt sich folgendes Bild: Während ca. 30 % der westdeutschen Männer und 20 % der west-

Tab. 1: Wichtigkeit von Arbeitsplatzmerkmalen

Erwerbstätige Befragte	Sicherer Arbeitsplatz	Hohes Einkommen	Interessante Arbeit	Unabhängige Arbeit	Anderen helfen	Nutzen für Gesellschaft
sehr wichtig in %						
Westdeutschland						
Männer						
1989	60	31	54	48	15	20
1997	63	15	50	44	13	12
2006	69	19	50	44	20	16
Frauen						
1989	61	21	54	47	27	23
1997	69	11	57	45	19	16
2006	63	13	45	38	20	17
Ostdeutschland						
Männer						
1997	72	19	47	32	14	12
2006	74	32	52	47	27	22
Frauen						
1997	78	21	46	40	23	12
2006	77	26	49	42	35	36

Datenbasis: ISSP 1989, 1997, 2005 (Erhebungsjahr 2006).

Tab. 2: Wichtigkeit eines sicheren Arbeitsplatzes 2006

Erwerbstätige Befragte	Sicherheit des Arbeitsplatzes				
	Sehr wichtig	Wichtig	Weder noch	Nicht wichtig	Überhaupt nicht wichtig
in %					
Westdeutschland					
Alter					
Unter 35 Jahre	77	21	2	0	0
35 bis 49 Jahre	63	34	3	0	0
50 Jahre und älter	65	34	1	1	0
Bildung					
Hauptschulabschluss	75	24	1	0	0
Realschulabschluss	66	33	1	0	0
Abitur	59	36	4	1	0
Ostdeutschland					
Alter					
Unter 35 Jahre	75	23	2	0	0
35 bis 49 Jahre	77	21	1	0	0
50 Jahre und älter	71	29	0	0	0
Bildung					
Hauptschulabschluss	82	18	0	0	0
Realschulabschluss	76	23	2	0	0
Abitur	71	29	0	0	0

Datenbasis: ISSP 2005 (Erhebungsjahr 2006).

deutschen Frauen angeben, ein hohes Einkommen zu erhalten, sind dies in Ostdeutschland für Männer und Frauen gleichermaßen nur etwas mehr als 10 %. Veränderungen über die Zeit hat es in diesem Punkt praktisch nicht gegeben. Bei den Merkmalen »interessante« und »unabhängige« Arbeit sind die regionalen Unterschiede demgegenüber weitgehend verschwunden, wobei sich die Angleichung durch eine stärkere Verbesserung der Beurteilung im Osten ergeben hat. Hinsichtlich der sozialen Aspekte ihrer Arbeit, besonders aber der Gelegenheit anderen helfen zu können, scheinen insbesondere die ostdeutschen Frauen vorteilhafte Arbeitsbedingungen vorzufinden. → Tab. 3

Ob der eigene Arbeitsplatz sicher erscheint, wird in den verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen im Jahre 2006 zum Teil ganz unterschiedlich beurteilt. In Westdeutschland sind es insbesondere die Älteren, die ihren Arbeitsplatz als sicher erachten, während dies aber für die Jüngeren besonders wichtig ist. In Ostdeutschland sind die Unterschiede zwischen den Generationen eher gering. Wei-

terhin sind es eher die Personen mit höheren Schulabschlüssen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten, während diejenigen mit niedrigeren Abschlüssen dies für besonders wichtig ansehen. Wie weitergehende Analysen zeigen, verhalten sich die Wichtigkeitseinstufungen und die

Arbeitsplatzrealität hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherheit und eines hohen Einkommens spiegelbildlich zueinander: Je ungünstiger die Realität erscheint, desto wichtiger wird das entsprechende Arbeitsplatzmerkmal. Besonders ungünstig stellt sich die Lage für Erwerbstätige mit ausgeprägtem Wunsch nach einem hohen Einkommen dar: Sie erzielen eher niedrige Arbeitsplatzsicherheit und führen zudem eine nur wenig interessante und wenig unabhängige Tätigkeit aus. → Tab. 4

Der gestiegenen wahrgenommenen Arbeitsplatzsicherheit in Ostdeutschland entsprechend ist dort auch der Anteil derjenigen, die sich überhaupt keine Sorgen um den Arbeitsplatz machen, innerhalb der letzten neun Jahre von einem Zehntel auf ein Viertel der Erwerbstätigen gestiegen. Dieser Anteil liegt aber noch immer deutlich unter dem im gleichen Zeitraum praktisch unveränderten der Westdeutschen von fast 40 %. Umgekehrt hat sich der Anteil der Ostdeutschen, die sich große Sorgen um den Arbeitsplatz machen, im gleichen Zeitraum nahezu halbiert und liegt jetzt mit etwa einem Zehntel auf dem westdeutschen Niveau. → Tab. 5

Tab. 3: Arbeitsplatzcharakteristika

Erwerbstätige Befragte	Sicherer Arbeitsplatz	Hohes Einkommen	Interessante Arbeit	Unabhängige Arbeit	Anderen helfen	Nutzen für Gesellschaft
starke Zustimmung in %						
Westdeutschland						
Männer						
1989	39	6	28	32	14	23
1997	29	3	30	38	16	22
2006	28	3	36	43	22	28
Frauen						
1989	36	5	37	33	26	31
1997	35	4	30	32	23	28
2006	33	2	35	37	27	25
Ostdeutschland						
Männer						
1997	6	1	25	30	18	28
2006	16	1	32	40	21	32
Frauen						
1997	6	1	27	28	29	23
2006	17	3	38	40	35	33

Datenbasis: Datenbasis: ISSP 1989, 1997, 2005 (Erhebungsjahr 2006).

Tab. 4: Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes 2006

Erwerbstätige Befragte	»Meine Berufsstellung ist sicher.«				
	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Weder noch	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu
Westdeutschland	in %				
Alter					
Unter 35 Jahre	23	42	19	12	3
35 bis 49 Jahre	26	43	16	10	5
50 Jahre und älter	42	36	11	9	2
Bildung					
Hauptschulabschluss	27	42	17	10	4
Realschulabschluss	27	42	15	12	4
Abitur	40	38	13	7	3
Ostdeutschland					
Alter					
Unter 35 Jahre	20	35	22	15	8
35 bis 49 Jahre	16	36	28	15	5
50 Jahre und älter	15	41	18	17	10
Bildung					
Hauptschulabschluss	15	42	12	12	19
Realschulabschluss	15	32	30	17	6
Abitur	20	49	13	12	6

Datenbasis: ISSP 2005 (Erhebungsjahr 2006).

Tab. 5: Angst vor Arbeitsplatzverlust

Erwerbstätige Befragte	Große Sorgen	Etwas Sorgen	Wenig Sorgen	Gar keine Sorgen
Westdeutschland				
Männer				
1997	9	23	31	36
2006	8	25	31	36
Frauen				
1997	11	18	29	42
2006	8	18	34	40
Ostdeutschland				
Männer				
1997	21	44	25	10
2006	12	30	33	25
Frauen				
1997	20	34	36	10
2006	12	28	36	24

Datenbasis: ISSP 1997, 2005 (Erhebungsjahr 2006).

5.4.2 Arbeitszufriedenheit

Die Bewertungen der einzelnen Teilaspekte einer Arbeit gehen – mit unterschiedlichen Gewichten – in die allgemeine Arbeitszufriedenheit ein. Weitergehende Analysen zeigen, dass die Zufriedenheit besonders davon abhängt, inwieweit man die eigene Arbeit für interessant oder unabhängig hält. In Ostdeutschland wirkt

sich darüber hinaus auch die Arbeitsplatzsicherheit auf die Arbeitszufriedenheit aus, während nur in Westdeutschland das Einkommen eine Rolle spielt. Ob man anderen helfen kann oder eine gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet, hat auf die Zufriedenheit praktisch keinen Einfluss. Da die Arbeit aber zunehmend als interessant und unabhängig eingeschätzt wird, verwundert es auch

nicht, dass die Arbeitszufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands – sowohl bei den Männern als auch den Frauen – gestiegen ist, im Osten dabei stärker als im Westen. Im Osten sind zwar immer noch weniger Menschen als im Westen mit ihrem Beruf im Allgemeinen völlig zufrieden, nimmt man aber die sehr Zufriedenen noch hinzu, ergeben sich kaum noch Unterschiede: Etwa die Hälfte der Menschen ist entweder völlig oder sehr zufrieden. Auch der Anteil der eher Unzufriedenen ist 2006 in beiden Landesteilen vergleichbar. Wirklich Unzufriedene gibt es nur in geringer Zahl, und dies in beiden Teilen Deutschlands. → Tab. 6

5.4.3 Wunsch nach längerer oder kürzerer Arbeitszeit

Als Folge des demografischen Wandels ist für die Zukunft ein starker Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen absehbar. Damit wird die Frage aufgeworfen, inwieweit zurzeit Nichterwerbstätige eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten bzw. ob die bereits Erwerbstätigen bereit wären, länger zu arbeiten. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Wochen- als auch die Lebensarbeitszeit.

Zu den beiden betrachteten Zeitpunkten – 1997 und 2006 – ist jeweils etwa die Hälfte der ganztags Erwerbstätigen mit dem zeitlichen Umfang der ausgeübten Erwerbstätigkeit zufrieden, 30–40 % würden sogar lieber weniger arbeiten und 7 % bis 18 % lieber mehr. Bei den Teilzeiterwerbstätigen in Westdeutschland ist dagegen der Anteil, der mehr arbeiten möchte, beträchtlich und hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht. Von den Rentnern wären 2006 im Westen etwa ein Fünftel und im Osten ein Drittel bereit, (mehr) zu arbeiten. Schließlich ist von den Hausfrauen/Hausmännern in Westdeutschland nur ein Drittel für die Beibehaltung des Status quo, fast zwei Drittel würden gerne ein wenig oder sogar viel mehr arbeiten. Offensichtlich ist es also – neben den Arbeitslosen –

Tab. 6: Arbeitszufriedenheit

Erwerbstätige Befragte	Allgemeine Arbeitszufriedenheit			
	Völlig zufrieden	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Weder/noch bis unzufrieden
	in %			
Westdeutschland				
Männer				
1989	10	35	42	13
1997	8	31	44	18
2006	14	36	36	15
Frauen				
1989	12	31	40	17
1997	10	30	41	20
2006	18	30	39	13
Ostdeutschland				
Männer				
1997	4	23	46	27
2006	8	38	40	13
Frauen				
1997	7	27	45	21
2006	15	34	40	11

Datenbasis: ISSP 1989, 1997, 2005 (Erhebungsjahr 2006).

Tab. 7: Wunsch, mehr oder weniger Zeit mit Arbeit zu verbringen nach Erwerbsstatus

	Mehr	Genauso viel	Weniger
	in %		
Westdeutschland			
Vollzeit Erwerbstätige			
1997	8	52	39
2006	18	53	29
Teilzeit Erwerbstätige			
1997	11	69	20
2006	35	53	12
Rentner			
1997	29	51	20
2006	21	55	25
Hausfrauen /-männer			
1997	69	25	5
2006	57	36	7
Ostdeutschland¹			
Vollzeit Erwerbstätige			
1997	7	45	47
2006	17	53	30
Rentner			
1997	33	59	7
2006	30	42	28

Frage: »Angenommen, Sie könnten die Einteilung Ihrer Zeit verändern, d. h. mit bestimmten Dingen mehr Zeit und mit anderen Dingen weniger Zeit verbringen. Mit welchen der unten genannten Dinge würden Sie gerne **mehr** Zeit verbringen, mit welchen würden Sie gerne **weniger** Zeit verbringen und mit welchen würden Sie gerne **genauso viel** Zeit wie jetzt verbringen? Wie ist das ... A mit einer bezahlten Arbeit?«

1 Teilzeit Erwerbstätige sowie Hausfrauen/Hausmänner in Ostdeutschland wegen geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen.

Datenbasis: ISSP 1997, 2005 (Erhebungsjahr 2006).

auch einem großen Teil der Teilzeit-Beschäftigten, der Rentner oder der Hausfrauen/Hausmänner wegen fehlender passender Stellenangebote oder wegen der problematischen Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Zeit (noch) nicht möglich, ihre Arbeitswünsche zu verwirklichen. Zugleich nimmt über die letzten Jahre der Anteil von Vollzeit-Erwerbstätigen, die lieber etwas weniger arbeiten möchten, deutlich ab. Im Endergebnis ergibt sich somit ein erhebliches Arbeitskräftepotenzial. → Tab. 7

Berücksichtigt man, dass mit einer Veränderung der Arbeitsstunden auch Einkommensveränderungen einhergehen, so ziehen knapp zwei Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland eine Beibehaltung des Status quo vor. Ein weiteres knappes Drittel möchte länger arbeiten und mehr Einkommen erzielen. Nur eine kleine Gruppe möchte auch dann noch weniger arbeiten, wenn mit der Arbeitszeitreduzierung Einkommensverluste verbunden sind. Die Bereitschaft, für mehr Geld auch mehr zu arbeiten, hat sich dabei in Ostdeutschland bei Männern und Frauen gleichermaßen deutlich erhöht. → Tab. 8

Hinsichtlich der Arbeitszeitpräferenzen unterscheiden sich Männer und Frauen nur in Ostdeutschland. Weitergehende Analysen zeigen, dass viele Frauen, die eine Teilzeitstelle haben, lieber mehr arbeiten würden. Die (wenigen) Männer mit einer Teilzeitstelle bevorzugen demgegenüber den Status quo. Personen mit höherer Bildung, Ältere und Frauen in der Familienphase würden lieber weniger arbeiten. Insbesondere Frauen, die eine Beeinträchtigung ihres Familienlebens durch die Erwerbsarbeit wahrnehmen, tendieren zu einer Verkürzung ihrer Arbeitszeit. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang aber die Ansprüche an die Arbeit und die wahrgenommenen Qualitäten des eigenen Arbeitsplatzes: Diejenigen, denen Arbeitsplatzsicherheit und hohes Einkommen wichtig sind, würden lieber mehr arbeiten. Diejenigen, denen eine interessante

Tab. 8: Trade-off zwischen Arbeitszeit und Einkommen bei Erwerbstätigen

Erwerbstätige Befragte	Mehr Stunden – mehr Geld	Genauso viel wie bisher	Weniger Stunden – weniger Geld
Westdeutschland	in %		
Männer			
1997	23	66	11
2006	29	64	7
Frauen			
1997	18	73	9
2006	26	66	8
Ostdeutschland			
Männer			
1997	28	68	4
2006	41	56	4
Frauen			
1997	18	74	8
2006	30	64	6

Frage: »Denken Sie bitte an die Anzahl Ihrer Arbeitsstunden und an das, was Sie einschließlich regulärer Überstunden in Ihrem Hauptberuf verdienen. Wenn Sie zwischen den folgenden drei Möglichkeiten wählen könnten, welche würden Sie bevorzugen?«

Datenbasis: ISSP 1997, 2005 (Erhebungsjahr 2006).

oder unabhängige Arbeit viel bedeuten, allerdings eher weniger. Andererseits ziehen Personen, die tatsächlich eine interessante oder unabhängige Arbeit haben, eine Verlängerung der Arbeitszeit vor. Das Gegenteil gilt für solche, die ein hohes Einkommen und eine hohe Arbeitsplatzsicherheit haben. Arbeitsplatzsicherheit und hohes Einkommen auf der einen und interessante oder unabhängige Arbeit auf der anderen Seite wirken sich demnach entgegengesetzt aus, je nachdem ob es sich um einen Anspruch an die Arbeit oder ein Merkmal des eigenen Arbeitsplatzes handelt.

5.4.4 Einstellung zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Wenn es um eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit geht, geben gut zwei Drittel der unter 65-Jährigen an, dass es ihnen etwas ausmachen würde, wenn das Renteneintrittsalter heraufgesetzt würde. Dieser Befund trifft sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland zu und für Frauen wie Männer gleichermaßen. Unter den ostdeutschen Frauen sind es sogar 80 %, die nur bis zum 65. Lebensjahr arbeiten möchten. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist folglich nicht die

Option, die im Allgemeinen von den Deutschen gewünscht wird, unabhängig davon, um wie viele Jahre es sich dabei handelt. Am ehesten zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit bereit sind die westdeutschen Männer: 17 % wären sogar bereit, bis zum 68. Lebensjahr oder noch länger zu arbeiten; jeweils weitere 11 % sind mit einer Rente ab 66 oder ab 67 einverstanden. Das Arbeitskräftepotenzial, das sich durch Akzeptanz einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit ergibt, liegt insgesamt bei ca. einem Drittel der Bevölkerung. Weitergehende Analysen zeigen, dass die Bereitschaft, länger im Erwerbsleben zu verbleiben, in den einzelnen Altersgruppen unterschiedlich

Tab. 9: Bereitschaft zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei unter 65-Jährigen 2006

	Rente ab 65	Rente ab 66	Rente ab 67	Rente ab 68+
Westdeutschland	in %			
Männer				
61	11	11	17	
Frauen	68	11	9	12
Ostdeutschland				
Männer	69	9	7	14
Frauen	80	7	7	6

Frage: »Würde es Ihnen persönlich etwas ausmachen, länger als bis 65 zu arbeiten? Ja, würde mir etwas ausmachen/Nein, ich würde auch bis 66 arbeiten/Nein, ich würde auch bis 67 arbeiten/Nein, ich würde notfalls auch länger arbeiten.«

Datenbasis: ISSP 2005 (Erhebungsjahr 2006).

ist und darüber hinaus mit zunehmender Bildung steigt. Insbesondere die Altersgruppe der 51- bis 55-Jährigen ist nur in geringem Maße bereit, länger als bis 65 Jahre zu arbeiten (23 %). Ob die Erwerbstätigkeit eine Vollzeit- oder Teilzeit-Tätigkeit ist, ändert hingegen den grundsätzlichen Befund nicht. Aber für die Bereitschaft, auch eine längere Lebensarbeitszeit zu akzeptieren, macht es einen erheblichen Unterschied, ob jemand derzeit überhaupt Arbeit hat: Der Anteil derer, die dazu bereit wären, liegt bei den Arbeitslosen bei über 40 %.

→ Tab. 9

5.4.5 Zusammenfassung

In Deutschland ist in den letzten Jahren eine recht positive Entwicklung festzustellen, was die Erfüllung der Ansprüche der Beschäftigten an das Erwerbsleben und die Arbeitszufriedenheit betrifft. Auch die Sorge um den Arbeitsplatz ist zurückgegangen. Da sich diese Entwicklungen besonders stark in Ostdeutschland zeigen, sind die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen zurückgegangen. Weiterhin würden diejenigen, die zurzeit nicht oder weniger als ganztags erwerbstätig sind, vielfach gerne mehr als bisher zu arbeiten. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung kann sich auch vorstellen, über das 65. Lebensjahr hinaus erwerbstätig zu sein. Das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland ist also beachtlich.

6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

Jürgen Angele
Kristina Kott
Julia Weinmann

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen bei den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte die Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), die im jährlichen Turnus durchgeführt werden. Es werden die zum Zeitpunkt der Erstellung des Datenreports aktuell vorliegenden Ergebnisse der LWR 2005 herangezogen. Bei den Einnahmen der Haushalte wurde außerdem auf Daten des Mikrozensus und auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen. Die Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern entstammen ebenfalls den Laufenden Wirtschaftsrechnungen und zwar den Ergebnissen zum 1. Januar 2006.

Die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wie viel Geld den Haushalten zur Verfügung steht, wie viel sie davon ausgeben und wie viel sie davon sparen.

Hierfür werden Aufzeichnungen der Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten genutzt, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine repräsentative Beurteilung der Einkommenssituation und der Konsumgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über deren Lebensstandard. 

Exakte Angaben, wie viele Haushalte überschuldet sind, gibt es nicht. Je nach Definition, aber auch nach Interessenlage, schwanken die Expertisen zur Zahl der absoluten oder relativ überschuldeten Haushalte zwischen knapp unter 3 Mill. bis weit über 3 Mill. Die Einführung der neuen Insolvenzordnung im Rahmen der Neuerungen im Insolvenzrecht vom 1. Ja-

nuar 1999 eröffnet privaten Schuldern durch Inanspruchnahme eines Insolvenzverfahrens die Möglichkeit, von ihren Restschulden befreit zu werden. Informationen zur Überschuldung von Privatpersonen und zur Privatinsolvenz bietet der Abschnitt 6.1.4. Die Daten zu diesem Abschnitt beruhen auf den Auskünften der Insolvenzgerichte und der Schuldnerberatungsstellen.

6.1.1 Einnahmen der privaten Haushalte

Verteilung und Entwicklung der Haushaltseinkommen

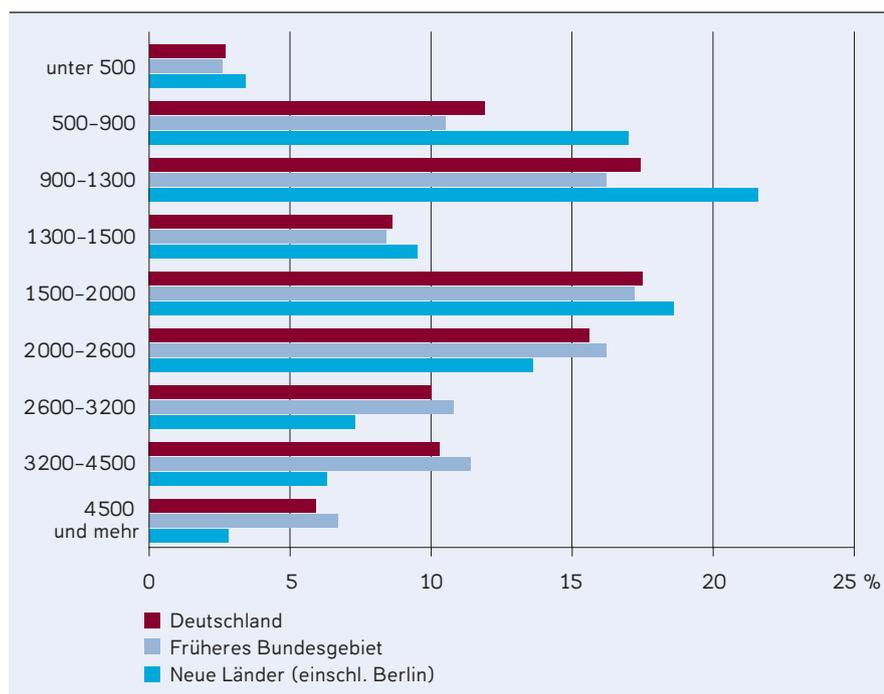
Im Mikrozensus wird nach dem persönlichen monatlichen Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied gefragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, sodass sich für die Analyse weniger die absolute Höhe, als die Struktur der Einkommen eignet.

Nach den Mikrozensusergebnissen hatten im Jahr 2006 in Deutschland 26 % aller Haushalte, die entsprechende Angaben zum Einkommen machten, zwischen 900 und 1 500 Euro zur Verfügung. 33 % standen netto monatlich 1 500 bis 2 600 Euro zur Verfügung. In der Einkommensklasse von 2 600 bis 4 500 Euro befanden sich 20 % der Haushalte, während 6 % über 4 500 Euro hatten. Am anderen Ende der Skala mussten 15 % der Haus-

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) werden die privaten Haushalte – mit Ausnahme der Haushalte von Selbstständigen und Landwirten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr – jährlich zu ihren Einnahmen und Ausgaben, Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. In der Erhebung sind nur solche Haushalte vertreten, die sich auf Grund von Werbemaßnahmen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes bereit erklärten, freiwillig Angaben zu machen. Zur Anschreibung der Einnahmen und Ausgaben führen jeweils 2 000 Haushalte drei Monate hintereinander ein Haushaltsbuch. Die Ergebnisse werden für die Neufestsetzung des Wägungsschemas der Verbraucherpreisstatistik verwendet und dienen als Datenbasis für die Verwendungsrechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Abb. 1: Einkommensverteilung 2006, monatliches Haushaltsnettoeinkommen, in EUR



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. Ohne Selbstständige in der Landwirtschaft und ohne Haushalte, die keine Angaben zum Einkommen machten.

halte mit weniger als 900 Euro auskommen, wobei einem Anteil von rund 3 % der Haushalte nach eigenen Angaben weniger als 500 Euro zur Verfügung standen.

Zwischen den alten und neuen Bundesländern war die Einkommensverteilung 2006 weiterhin unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 62 % der Haushalte monatlich über 1 500 Euro zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern und Berlin erst 49 %. → **Abb. 1**

Die Haushalte mit geringen Einkommen waren überwiegend Einpersonenhaushalte. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitragen.

Verteilung des Haushaltseinkommens nach sozialer Stellung

Differenziert man nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers des jeweiligen Haushalts, so verfügten die

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung 2006

Stellung im Beruf des Haupteinkommensbeziehers	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... EUR			
	unter 900	900-1 500	1 500-2 600	2 600 und mehr
Anteile der Haushalte in %				
Deutschland				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	7,7	14,7	26,0	51,6
Beamte/Beamtinnen	0,7	4,4	26,4	68,6
Angestellte	6,4	20,2	34,8	38,5
Arbeiter/Arbeiterinnen	9,3	24,1	44,3	22,3
Nichterwerbspersonen	21,3	36,1	31,8	10,8
Insgesamt	14,7	26,0	33,1	26,2
Früheres Bundesgebiet				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	6,6	12,7	25,0	55,7
Beamte/Beamtinnen	0,5	3,9	25,8	69,7
Angestellte	5,6	19,3	34,5	40,6
Arbeiter/Arbeiterinnen	7,5	21,9	45,8	24,8
Nichterwerbspersonen	20,7	34,8	31,6	12,8
Insgesamt	13,1	24,6	33,4	29,0
Neue Länder einschl. Berlin				
Selbstständige u. mithelfende Familienangehörige	11,8	21,7	29,8	36,7
Beamte/Beamtinnen	/	6,8	29,1	62,6
Angestellte	9,8	24,2	36,4	29,6
Arbeiter/Arbeiterinnen	15,4	31,3	39,4	13,9
Nichterwerbspersonen	23,1	40,3	32,2	4,4
Insgesamt	20,3	31,1	32,1	16,4

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Haushalte von Beamtinnen und Beamten in Deutschland – gemessen am Nettoeinkommen – gemäß ihren Angaben zum Mikrozensus 2006 zu 69 % über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 600 Euro oder mehr. Bei den Haushalten von Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 52 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 39 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten 22 %. Dagegen verfügten nur rund 11 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 2 600 Euro und mehr. → **Tab. 1**

Haushaltsnettoeinkommen, Realeinkommen

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden die Durchschnittseinkommen privater Haushalte berechnet, indem die in den VGR ermittelten makroökonomischen Einkommensgrößen auf sozioökonomische Haushaltsgruppen aufgeteilt werden.

Im Jahr 2005 hatten die privaten Haushalte in Deutschland im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 33 700 Euro. Gegenüber 1991 (26 000 Euro) flossen durchschnittlich 30 % mehr Einkommen in die Haushaltskassen. Je Verbrauchereinheit standen im Jahr 2005 durchschnittlich 22 500 Euro für Konsum und Sparen zur Verfügung (1991: 16 700 Euro). Die Einkommen je Verbrauchereinheit sind seit dem Jahr 1991 um 35 % gestiegen. **i**

Real, das heißt nach Abzug der Preissteigerungen für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, stand den Haushalten im Jahr 2005 im Durchschnitt etwas weniger Geld zur Verfügung als 1991 (2 %). Je Verbrauchereinheit hat sich das reale Durchschnittseinkommen zwischen 1991 und dem Jahr 2005 um 2 % erhöht.

Die unterschiedliche Entwicklung der Einkommen je Haushalt und je Verbrauchereinheit ist dadurch bedingt, dass sich die durchschnittliche Zahl der Verbrau-

Einkommen je Verbrauchereinheit



Die Einkommen je Verbrauchereinheit berücksichtigen im Gegensatz zu den Einkommen je Haushaltsmitglied, dass sich die Kosten für die Lebenshaltung nicht proportional zur Zahl der Personen im Haushalt entwickeln. So ist eine bessere Vergleichbarkeit der Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe gegeben, aber auch bei gleicher Haushaltsgröße wird ein differenzierterer Einkommensvergleich erreicht, da die Zusammensetzung der Haushalte nach Erwachsenen und Kindern berücksichtigt wird. Zur Berechnung der Verbrauchereinheiten wurde die neue OECD-Skala verwandt, der folgende Äquivalenzziffern zugrunde liegen: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, 0,5 für jede weitere Person ab 15 Jahren und 0,3 für Kinder unter 15 Jahren.

Tab. 2: Netto-Jahreseinkommen in Deutschland 2005

Haushalte nach sozialer Stellung der Bezugspersonen	EUR je Haushalt	EUR je Verbrauchereinheit
Privathaushalte insgesamt	33 700	22 500
darunter Haushalte von ...		
Selbstständigen	106 900	62 900
Arbeitnehmern	35 900	22 100
Beamten	42 800	25 800
Angestellten	38 200	24 500
Arbeitern	30 200	17 600
Nichterwerbstätigen	21 200	15 700
Nachrichtlich		
Nichterwerbstätigen 2004	20 900	15 400
Arbeitslosengeld/-hilfeempfänger	18 100	11 600
Rentner	20 900	15 900
Pensionäre	28 600	21 500
Sozialhilfeempfänger	13 800	10 600

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

chereinheiten je Haushalt von 1,56 im Jahr 1991 auf 1,50 im Jahr 2005 verringert hat. → **Tab. 2**

Selbstständigenhaushalte erzielten mit einem durchschnittlichen Nettoeinkommen von 106 900 Euro im Jahr 2005 (1991: 77 200 Euro) die höchsten Durchschnittseinkommen. Je Verbrauchereinheit waren dies 62 900 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Selbstständige – im Gegensatz zu Arbeitnehmern – in der Regel ihre Altersvorsorge aus ihrem Nettoeinkommen bestreiten müssen und es sich um eine sehr heterogene Gruppe von Einkommensbezieherinnen und -bezieher handelt: Von Kleingewerbetreibenden, selbstständigen Landwirten bis hin zu freiberuflich tätigen Ärzten, Anwälten, Architekten und anderen Selbstständigen.

Arbeitnehmerhaushalte kamen im Jahr 2005 auf durchschnittlich 35 900 Euro (je Verbrauchereinheit 22 100 Euro). Dabei lagen Beamtenhaushalte mit 42 800 Euro vor den Angestelltenhaushalten (38 200 Euro) und den Arbeiterhaushalten (30 200 Euro). Je Verbrauchereinheit stand Beamtenhaushalten mit 25 800 Euro ein etwas höherer Betrag zur Verfügung als Angestelltenhaushalten mit rund 24 500 Euro, Arbeiterhaushalte kamen auf 17 600 Euro.

Für die Nichterwerbstätigenhaushalte lagen bei Redaktionsschluss noch keine differenzierten Ergebnisse für 2005 vor. Im Jahr 2004 hatten Pensionärshaushalte mit 21 500 Euro und Rentnerhaushalte mit 15 900 Euro durchschnittlich wesentlich höhere Einkommen je Verbrauchereinheit erzielt, als die Haushalte von



Haushaltsnettoeinkommen

Die in Tabelle 2 dargestellten Nettoeinkommen der privaten Haushalte schließen die von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich empfangenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie empfangene laufende Transfers, wie z. B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld ein. Die direkten Steuern und Sozialbeiträge sowie die Zinsen auf Hypotheken- und Konsumentenkredite sind abgezogen. Die Zuordnung zu einer Haushaltsgruppe richtet sich nach dem überwiegenden Einkommen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher.

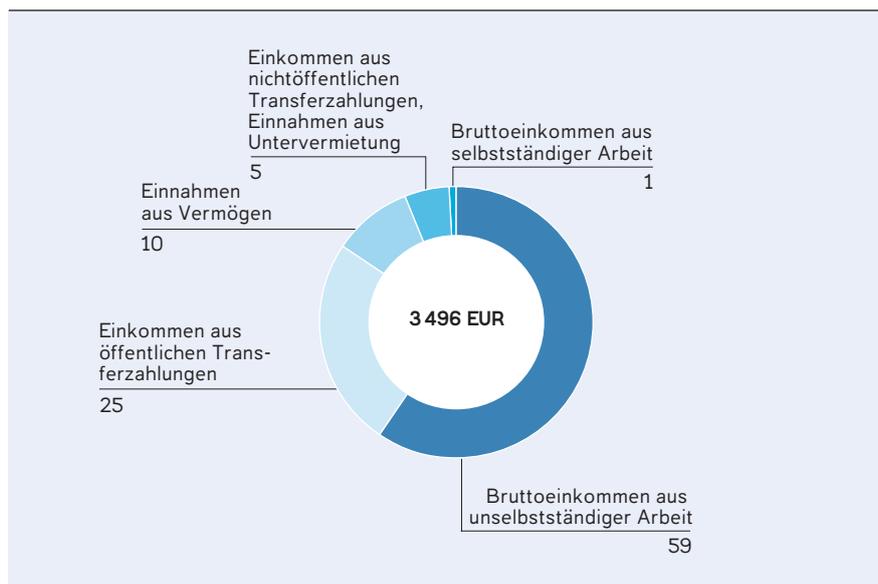
Die tatsächlichen Einkommen der einzelnen Haushalte können nach oben und unten erheblich von den hier dargestellten Durchschnittswerten abweichen.

Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfeempfängern (11 600 Euro) und Sozialhilfeempfängern (10 600 Euro), die klar am unteren Ende der Einkommensskala rangierten.

Struktur der Haushaltsbruttoeinkommen

Eine erste wichtige Bezugsgröße für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt. Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2005 auf 3 496 Euro. Rund drei Fünftel des Bruttoeinkommens bzw. 2 087 Euro stammten aus Einkünften aus unselbstständiger Tätigkeit. Rund ein Viertel bzw. 869 Euro des Bruttoeinkommens bezogen die privaten Haushalte in Deutschland auf die öffentlichen Transferleistungen wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatlichen Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II bzw. Sozialgeld. Einnahmen aus Vermögen in Höhe von 334 Euro (10 %) sowie Einnahmen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung (185 Euro bzw. 5 %)

Abb. 2: Struktur des monatlichen Bruttoeinkommens privater Haushalte 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

hatten einen wesentlich geringeren Anteil am Haushaltseinkommen. **Abb. 2**

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost existierten auch 2005 bei den Bruttoeinkommen noch erhebliche Unterschiede. Im Durchschnitt verfügte ein Haushalt im Westen über ein monatliches Bruttoeinkommen von 3 665 Euro, im Osten standen dagegen mit lediglich 2 766 Euro nur 75 % des Westniveaus zur

Verfügung. Auch bei der Zusammensetzung der Bruttoeinkommen zeigen sich Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern: Im Osten entfiel fast ein Drittel (32 %) der Bruttoeinkünfte auf Leistungen der öffentlichen Hand gegenüber knapp einem Viertel (24 %) im früheren Bundesgebiet. Dafür waren in den neuen Ländern die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit (57 %) sowie aus Vermögen (6 %) niedriger als im Westen (60 % bzw. 10 %). **Tab. 3**

Tab. 3: Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2005

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
	EUR	%	EUR	%
Erfasste Haushalte (Anzahl)	6 095		1 484	
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	28 838		6 717	
Haushaltsbruttoeinkommen	3 665	100	2 766	100
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 207	60,2	1 569	56,7
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	21	0,6	(16)	(0,6)
Einnahmen aus Vermögen	371	10,1	177	6,4
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	867	23,7	879	31,8
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen u. Untervermietung	200	5,5	125	4,5

Ergebnisse der LWR.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt Aufschlüsse über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen zu. Nach Abzug von Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und unter Zurechnung der Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstigen Einnahmen ergeben sich die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen – die Geldeinkünfte, die den privaten Haushalten zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung stehen. Die Steuer- und Abgabenglast lag mit durchschnittlich 729 Euro bei 21 % des Bruttoeinkommens. 2005 betragen die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Haushalte in Deutschland durchschnittlich 2 816 Euro je Monat. Dabei verfügten die Haushalte im früheren Bundesgebiet über ein monatliches ausgabefähiges Einkommen von 2 946 Euro; in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag es mit 2 255 Euro bei 77 % des Westniveaus. → **Tab. 4**

6.1.2 (Konsum-) Ausgaben privater Haushalte

Den größten Teil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen (71 %) wendeten die Haushalte für den Privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Bekleidung, Reisen und anderes auf. 2005 gaben deutsche Haushalte für Konsumzwecke im Durchschnitt monatlich 1 996 Euro aus. Die Konsumausgaben ostdeutscher Haushalte waren mit 1 685 Euro zwar niedriger als die der Haushalte im Westen (2 069 Euro), bedingt durch das geringere ausgabefähige Einkommen lag die Konsumquote mit 75 % jedoch höher als im früheren Bundesgebiet (70 %).

Die mit Abstand höchsten Ausgaben tätigten die Privathaushalte für den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung: Dafür wurde 2005 fast ein Drittel (33 %) des Konsumbudgets

Tab. 4: Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte 2005

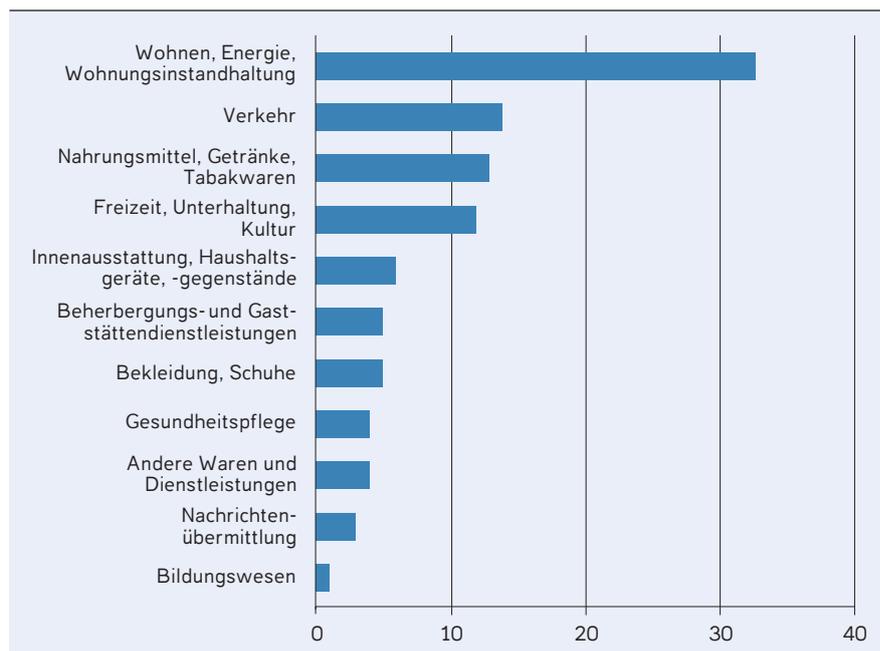
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 579	6 095	1 484
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35 555	28 838	6 717
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR			
Haushaltsbruttoeinkommen	3 496	3 665	2 766
abzüglich:			
Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	353	385	217
Pflichtbeiträge z. Sozialversicherung	376	387	329
Haushaltsnettoeinkommen	2 766	2 893	2 220
zuzüglich:			
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	50	53	35
Ausgabefähige Einkommen u. Einnahmen	2 816	2 946	2 255

Ergebnisse der LWR.

ausgegeben. Den zweitgrößten Ausgabenbereich bildeten die Verkehrsausgaben mit einem Anteil von 14 % an den privaten Konsumausgaben, dicht gefolgt von den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (13 %). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (siehe auch Kapitel 13.1.3 »Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten«) wurden anteilig 12 %

aufgewendet. Mit deutlicherem Abstand folgten dann die Ausgaben für Innenausstattung und Haushaltsgeräte und -gegenstände (6 %), Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (5 %), Bekleidung und Schuhe (5 %) sowie Gesundheitspflege (4 %). Am Schluss standen die Ausgaben für das Bildungswesen mit unter einem Prozent. → **Abb. 3**

Abb. 3: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

Tab. 5: Konsumausgaben privater Haushalte 2005, nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher

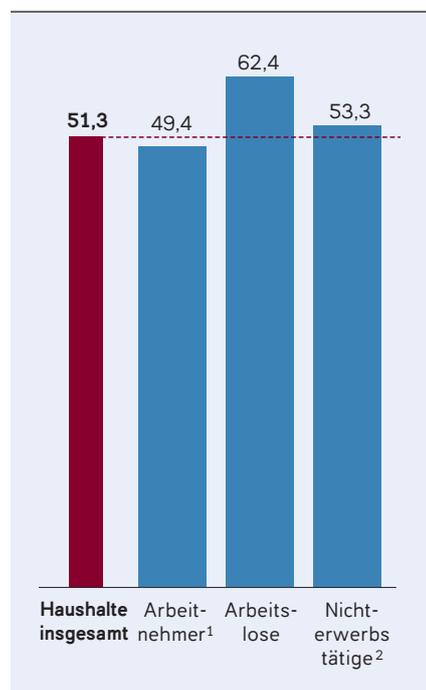
	Arbeitnehmer ¹		Arbeitslose		Nicht-erwerbstätige ²	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Private Konsumausgaben	2 343	100	1 205	100	1 678	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	313	13,4	202	16,8	219	13,0
Bekleidung und Schuhe	123	5,2	46	3,8	65	3,9
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	722	30,8	503	41,8	612	36,5
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	161	6,9	56	4,7	88	5,2
Gesundheitspflege	78	3,3	21	1,7	104	6,2
Verkehr	348	14,9	139	11,6	187	11,2
Nachrichtenübermittlung	74	3,2	56	4,7	45	2,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	274	11,7	101	8,4	202	12,0
Bildungswesen	20	0,8	(5)	(0,4)	4	0,3
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	134	5,7	37	3,1	83	5,0
Andere Waren und Dienstleistungen	96	4,1	37	3,1	68	4,0

Ergebnisse der LWR.

1 Beamte/Beamtinnen, Angestellte, und Arbeiter(innen).

2 Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner(innen), Sozialhilfeempfänger(innen), Altenteiler(innen), nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen, Studierende im eigenen Haushalt.

Abb. 4: Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

1, 2 Definitionen siehe Tab. 5.

Obwohl die privaten Haushalte 2005 in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost im Monat durchschnittlich 384 Euro weniger für den Privaten Konsum als die westlichen Haushalte ausgaben, ist die Konsumstruktur bis auf wenige Ausgabenbereiche nahezu identisch. Größere Unterschiede ergaben sich bei den Ausgabenanteilen für den Verkehr (West: 13 %, Ost: 15 %) und bei der Gesundheitspflege (West: 4 %, Ost: 3 %).

Neben den regionalen Unterschieden werden die Verbrauchsstrukturen auch von der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher, dem Haushaltstyp sowie dem Haushaltsnettoeinkommen bestimmt. Während die Unterschiede im Konsumniveau der Haushalte im Vergleich nach den sozialen Stellungen der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher zum Teil beträchtlich sind, ist die Konsumstruktur praktisch identisch. Mit zunehmender Höhe der Konsumausgaben nimmt der Anteil der Aufwendungen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen ab. Die Gruppe der Arbeitnehmerhaushalte, die 2005 mit durchschnittlich 2 343 Euro im Monat die höchsten Konsumausgaben

aufwies, gab zwar am meisten für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen aus (1 158 Euro); anteilig am Konsumbudget waren das aber nur 49 %. Bei den Haushalten von Nicht-erwerbstätigen betrug der Anteil bereits 53 % ihrer Konsumausgaben in Höhe von 1 678 Euro. Die Haushalte von arbeitslosen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher hatten mit 1 205 Euro zwar die geringsten monatlichen Konsumausgaben, dafür war der Ausgabenanteil für Ernährung, Bekleidung und Wohnen mit 62 % (751 Euro) am höchsten. → Tab. 5, Abb. 4

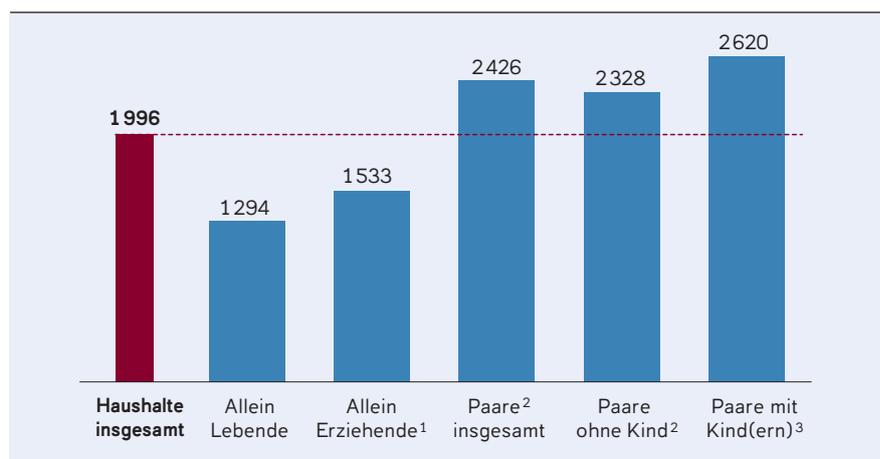
Rund ein Drittel (33 %, 662 Euro) der Privaten Konsumausgaben wendeten die privaten Haushalte in Deutschland für den Ausgabenbereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung auf. Mit 722 Euro gaben die Arbeitnehmerhaushalte 31 % ihrer Ausgaben für diesen Bereich aus. Bei den Haushalten von Nicht-erwerbstätigen machten diese Ausgaben mit 612 Euro bereits einen Anteil von 37 % aus. Die Arbeitslosenhaushalte gaben für das Wohnen mit 503 Euro zwar am wenigsten aus, der Anteil an deren gesamten Konsumausgaben war mit 42 % jedoch am höchsten.

Die Verkehrsausgaben waren bei den Arbeitnehmerhaushalten mit 348 Euro monatlich mehr als doppelt so hoch wie bei den Haushalten von Arbeitslosen (139 Euro) und von Nichterwerbstätigen (187 Euro).

Die unterschiedliche Höhe bei den Ausgabenbeträgen und -anteilen im Bereich Gesundheitspflege lässt sich im Wesentlichen wohl darauf zurückführen, dass bei der Gruppe der Arbeitnehmer die Beamtenhaushalte sowie bei den Nichterwerbstätigen die Pensionärshaushalte viele Zahlungen für medizinische Leistungen vorstrecken müssen, die anschließend über ihre private Kasse bzw. öffentliche Beihilfen zurückerstattet werden.

Der Vergleich ausgewählter Haushaltstypen zeigt deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur der privaten Konsumausgaben. Die höchsten monatlichen Konsumausgaben tätigten im Jahr 2005 die Haushalte von Paaren mit Kind(ern) mit durchschnittlich 2 620 Euro gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 2 328 Euro monatlich. Unter dem Bundesdurchschnitt (1 996 Euro) lagen die monatlichen Konsumausgaben der Haushalte

Abb. 5: Private Konsumausgaben nach Haushaltstypen 2005 je Monat, in EUR



Ergebnisse der LWR.

- 1 Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.
- 2 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.
- 3 Ledige(s) Kind(er) der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder der Ehepartner(innen) unter 18 Jahren.

von allein Erziehenden (1 533 Euro) und allein Lebenden (1 294 Euro). Berücksichtigt man, dass in einem Haushalt von allein Erziehenden mindestens zwei Personen leben, waren bei diesem Haushaltstyp die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben am niedrigsten. Die allein Erziehenden wendeten mit 57 % den größten Teil ihres Konsumbudgets für Ernährung, Bekleidung und Wohnen auf.

Am niedrigsten lag der Grundversorgungsanteil bei den Haushalten von Paaren ohne Kind (49 %). Hinsichtlich der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse lassen sich erhebliche Unterschiede für die einzelnen Haushaltstypen nachweisen: Während Paarchaushalte mit Kind(ern) rund 15 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, wa-

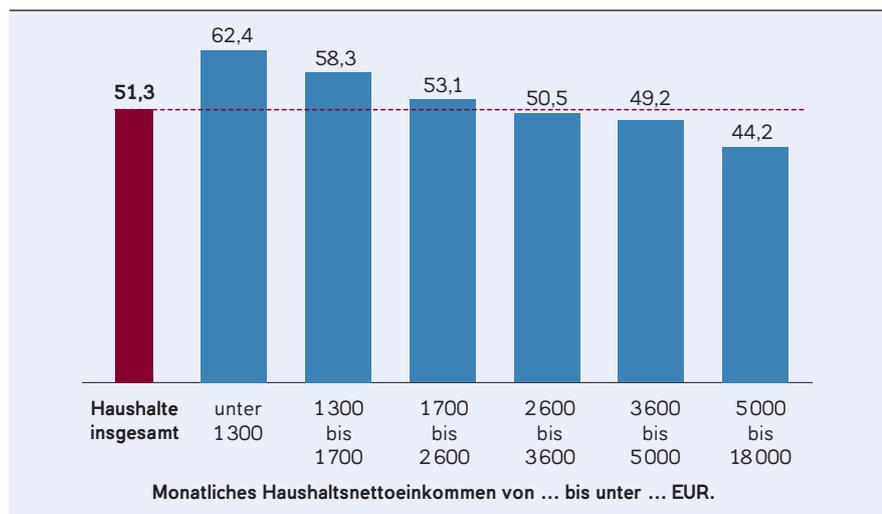
Tab. 6: Konsumausgaben privater Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2005

	Allein Lebende		Allein Erziehende ¹		Paare ²					
					insgesamt		ohne Kind		mit Kind(ern) ³	
	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %
Private Konsumausgaben	1 294	100	1 533	100	2 426	100	2 328	100	2 620	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	149	11,5	227	14,8	337	13,9	307	13,2	395	15,1
Bekleidung und Schuhe	55	4,3	84	5,5	115	4,7	100	4,3	145	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	496	38,3	564	36,8	761	31,4	729	31,3	824	31,4
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	64	4,9	83	5,4	171	7,1	163	7,0	187	7,1
Gesundheitspflege	55	4,3	35	2,3	107	4,4	125	5,4	72	2,8
Verkehr	145	11,2	159	10,4	336	13,8	332	14,3	343	13,1
Nachrichtenübermittlung	46	3,5	71	4,6	65	2,7	58	2,5	79	3,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	151	11,6	161	10,5	291	12,0	281	12,1	311	11,9
Bildungswesen	5	0,4	(24)	(1,6)	16	0,6	4	0,2	39	1,5
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen.	65	5,0	60	3,9	137	5,7	141	6,1	130	5,0
Andere Waren und Dienstleistungen	64	5,0	66	4,3	91	3,7	88	3,8	96	3,7

Ergebnisse der LWR.

- 1 Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.
- 2 Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.
- 3 Ledige(s) Kind(er) der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder der Ehepartner(innen) unter 18 Jahren.

Abb. 6: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2005, in %



Ergebnisse der LWR.

ren es bei den allein Lebenden nur 12 %. Diese hatten aber mit 38 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, gefolgt von den allein Erziehenden mit 37 %. Paare mit Kind(ern) hatten mit 31 %, wie auch Paare ohne Kind, einen wesentlich geringeren Wohnkostenanteil. → Tab. 6, Abb. 5

Haushalte in denen Kinder leben weisen höhere Ausgaben für Bildung und Nachrichtenübermittlung auf als die anderen

Haushaltstypen: Die Haushalte von allein Erziehenden gaben durchschnittlich mit 24 Euro im Monat fast fünfmal so viel für Bildung aus, wie die Haushalte von allein Lebenden (fünf Euro). Bei den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) waren es sogar 39 Euro. Auch die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung lagen bei den »Kinderhaushalten« über dem Bundesdurchschnitt. Von allen Haushaltstypen wiesen die Haushalte von allein Erziehenden die geringsten Ausgabenanteile für Ver-

kehr (10 %), Freizeit und Kultur (11 %) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (4 %) auf. Die höchsten Anteile in diesen Ausgabenbereichen wiesen die kinderlosen Paarhaushalte auf (siehe auch Kapitel 13.1).

Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1300 Euro gaben im Jahr 2005 durchschnittlich 964 Euro im Monat für den Privaten Konsum aus. Fast viermal so viel (3753 Euro) wendete die Einkommensgruppe mit dem höchsten Haushaltsnettoeinkommen von 5000 bis unter 18000 Euro für ihren Konsum auf. Mit ansteigendem Haushaltsnettoeinkommen steigen zwar die Ausgaben für die Grundbedürfnisse zum Teil um ein Mehrfaches an. Gleichzeitig nimmt deren Anteil an den gesamten Konsumausgaben ab: Während die Haushalte der untersten Einkommensgruppe durchschnittlich 62 % (601 Euro) ihrer monatlichen Konsumausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnen und Bekleidung aufwendeten, machten diese Ausgaben bei den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe anteilig lediglich 44 % (1661 Euro) aus. Nur das »Grundbedürfnis« Bekleidung und Schuhe weist mit zunehmenden Einkommen auch steigende Ausgabenanteile auf, was

Tab. 7: Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2005

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR											
	unter 1300		1300-1700		1700-2600		2600-3600		3600-5000		5000-18000	
	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %
Private Konsumausgaben	964	100	1316	100	1767	100	2282	100	2791	100	3753	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	145	15,1	193	14,7	249	14,1	315	13,8	360	12,9	436	11,6
Bekleidung und Schuhe	34	3,6	57	4,3	76	4,3	107	4,7	146	5,2	207	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	422	43,7	518	39,3	613	34,7	730	32,0	868	31,1	1018	27,1
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	43	4,4	59	4,5	104	5,9	131	5,7	194	6,9	305	8,1
Gesundheitspflege	27	2,8	43	3,2	56	3,1	88	3,9	119	4,3	236	6,3
Verkehr	83	8,6	129	9,8	243	13,7	332	14,5	415	14,9	560	14,9
Nachrichtenübermittlung	42	4,4	51	3,8	57	3,2	69	3,0	75	2,7	94	2,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	93	9,6	141	10,7	207	11,7	276	12,1	323	11,6	469	12,5
Bildungswesen	(4)	(0,4)	(6)	(0,5)	9	0,5	17	0,7	19	0,7	29	0,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	31	3,2	58	4,4	81	4,6	128	5,6	163	5,8	252	6,7
Andere Waren und Dienstleistungen	40	4,2	62	4,7	73	4,1	90	3,9	108	3,9	148	3,9

Ergebnisse der LWR.

darauf zurückzuführen sein dürfte, dass höhere Einkommen größere Spielräume für »Luxuskäufe« ermöglichen. → **Abb. 6**

Die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung stiegen wie auch die Ausgaben für Wohnen und Nahrung mit zunehmendem Nettoeinkommen an, waren aber prozentual gesehen rückläufig. So wendeten die Haushalte mit der niedrigsten Einkommensklasse dafür anteilig im Durchschnitt über 4 % (42 Euro monatlich) auf, während es bei der höchsten Einkommensklasse unter 3 % (94 Euro monatlich) waren.

Bei allen anderen Ausgabepositionen stiegen mit zunehmenden Einkommen das monatliche Ausgabenniveau sowie die entsprechenden Anteile am Konsumbudget. Die Haushalte mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen gaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur das Fünffache (469 Euro, 13 %) dessen aus, was die Haushalte mit dem geringsten monatlichen Einkommen (93 Euro, 10 %) ausgaben. Gegenüber den Haushalten mit einem Einkommen von 1 700 bis unter 2 600 Euro (207 Euro, 12 %) war es mehr als das Doppelte. Auch für Bekleidung und Schuhe, Innenausstattung, Bildung, Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie Gesundheitspflege gaben die in der Statistik nachgewiesenen Höchstverdiener mit monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro sechs bis neun Mal mehr aus als die Niedrigverdiener mit Haushaltsnettoeinkommen unter 1 300 Euro. → **Tab. 7**

6.1.3 Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z. B. die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, der Besitz von Fahrzeugen sowie von Geräten der Unter-

Ausstattungsgrad und Ausstattungsbestand



Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 73 % Mobiltelefonen, dass 73 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Anzahl der Haushalte, in denen ein entsprechendes Gebrauchsgut vorhanden ist, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 114 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Bei einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Anzahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

haltungselektronik (unter anderem Videokamera/Camcorder, CD-Player, DVD-Player, Videorecorder). Auch die Anschaffung von bzw. Ausstattung mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wie Personalcomputer, Mobiltelefon oder Internetzugang lassen wichtige Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. **i**

Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten

Elektrische und seit einigen Jahren elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der LWR erfragt werden. »Traditionelle« elektrische Haushaltsgeräte wie der Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2006 bei 99 %. Gut zwei Drittel der Haushalte (68 %) besaßen im

Jahr 2006 ein Mikrowellengerät. Rund 62 % der privaten Haushalte konnten ihr verschmutztes Geschirr in eine Geschirrspülmaschine stellen. Mit Ausstattungsgraden von 64 % für das frühere Bundesgebiet und 52 % für die neuen Länder und Berlin-Ost ist bei den Geschirrspülmaschinen allerdings ein größeres regionales Gefälle zu beobachten. Ein noch größeres Gefälle zeigte sich bei der Ausstattung mit Wäschetrocknern. Bei einem Ausstattungsgrad von 35 % im Bundesdurchschnitt standen sich hier Anfang 2006 Werte von 39 % (West) und 17 % (Ost) gegenüber. → **Tab. 8**

Bestimmend für die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist unter anderem die Haushaltsgröße. Anfang 2006 lag der Ausstattungsgrad von Einpersonenhaushalten deutlich unter den für diese drei Güter ermittelten Durchschnitts-

Tab. 8: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2006

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	6 281	1 490
Hochgerechnete Haushalte (1000)	35 555	28 838	6 717
	%		
Geschirrspülmaschine	61,6	63,7	52,4
Mikrowellengerät	68,0	68,0	67,8
Wäschetrockner	34,5	38,6	16,7

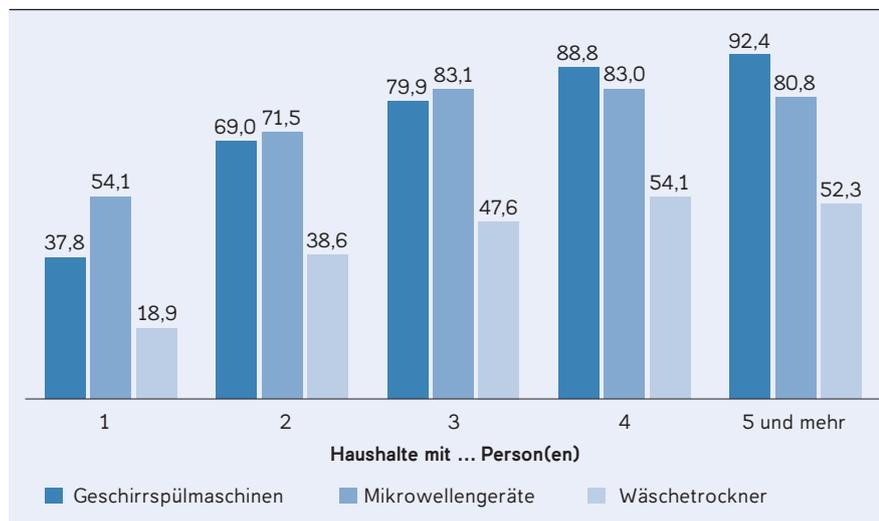
Ergebnisse der LWR.

werten. Mit zunehmender Personenzahl im Haushalt werden technische Haushaltshilfen verstärkt in Anspruch genommen. Für alle drei Güter lagen die Ausstattungsgrade von Drei-, Vier- sowie Fünf- und Mehrpersonenhaushalten jeweils deutlich über den Durchschnittswerten aller Haushalte. Beispielsweise standen Geschirrspülmaschinen in 92 % der Haushalte mit fünf und mehr Personen, verglichen mit dem durchschnittlichen Ausstattungsgrad von 62 %. In 81 % dieser Haushalte mit fünf und mehr Personen gab es Mikrowellengeräte (Bundesdurchschnitt: 68 %) und in 52 % gab es einen oder mehrere Wäschetrockner (Bundesdurchschnitt: 35 %). → **Abb. 7**

Ausstattung mit Gütern der Unterhaltungselektronik

Im Rahmen der LWR wird der technologische Wandel in der Unterhaltungselektronik dadurch erfasst, dass auch der Besitz neu entwickelter Produkte wie CD-Player/-Recorder, DVD-Player/-Recorder sowie MP3-Player erfragt wird. Bei Videokamera (Camcorder) und Fotoapparat wird zwischen analogen und digitalen Geräten unterschieden. Erstmals wurde im Jahr 2006 der Besitz von Flachbildfernsehern und Spielkonsolen erfasst.

Abb. 7: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten nach Haushaltsgröße (Personen) 2006, in %



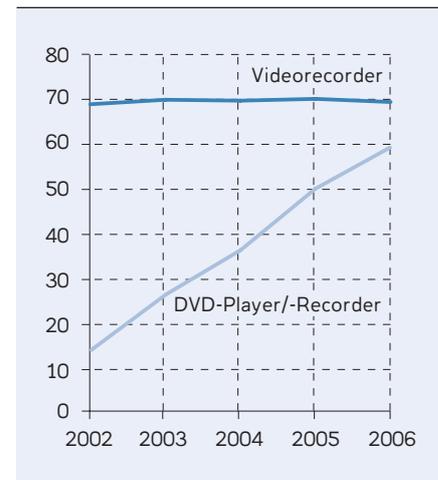
Ergebnisse der LWR.

Anfang 2006 besaßen 95 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens einen Farbfernseher, so dass hier nahezu von einer Vollausstattung mit diesen Geräten gesprochen werden kann. 43 % der Haushalte besaßen mehr als einen Fernsehapparat. Die erstmalige Frage nach dem Besitz von Flachbildfernsehern ergab, dass 5 % aller privaten Haushalte bereits ein solches Gerät besaßen.

Neben dem Videorecorder hat in den zurückliegenden Jahren der DVD-Player/-Recorder an Bedeutung für die privaten Haushalte gewonnen. Der Anteil der Haushalte, die im Besitz eines Videorecorders waren, lag in den Jahren 2002 bis 2006 relativ gleich bleibend bei etwa 70 %. Die Anzahl der Haushalte mit DVD-Player/-Recorder stieg in diesem Zeitraum sprunghaft von rund 5 Mill. Haushalten – das waren 14 % der privaten Haushalte – auf 21 Mill. Haushalte (59 %) an. Anfang 2006 gab es ein Ausstattungsgefälle zwischen West und Ost: Während im früheren Bundesgebiet 60 % der Haushalte einen DVD-Player/-Recorder besaßen, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 56 % der Haushalte. → **Abb. 8**

Anfang 2006 besaßen rund 85 % der Haushalte einen Fotoapparat. Die Unter-

Abb. 8: Ausstattung privater Haushalte mit Videorecordern und DVD-Playern, in %



Ergebnisse der LWR.

scheidung nach digitalen und analogen Geräten ergab folgendes Bild: Zwischen 2004 und 2006 hat sich der Verbreitungsgrad digitaler Fotoapparate mehr als verdoppelt. Anfang 2004 fotografierte fast jeder fünfte Haushalt (20 %) digital; zu Beginn des Jahres 2006 waren es knapp 42 %. Dennoch war der Ausstattungsgrad mit digitalen Geräten geringer als der Ausstattungsgrad mit analogen Geräten (74 %).

Am Jahresanfang 2006 besaß jeder fünfte Haushalt (20 %) einen Camcorder (Videokamera). Seit dem Jahr 2004 ist der Ausstattungsgrad nahezu gleich geblieben. → **Abb. 9**

Geräte der modernen Unterhaltungselektronik finden sich vor allem in Haushalten von allein Erziehenden und Paaren mit Kindern. Während 77 % der privaten Haushalte Anfang 2006 einen CD-Player/-Recorder besaßen, waren 88 % der Haushalte von allein Erziehenden und 92 % der Haushalte von Paaren mit Kindern mit einem solchen Gerät ausgestattet. Bei MP3-Playern ist der höhere Ausstattungsgrad noch auffälliger: Während Anfang 2006 im Bundesdurchschnitt jeder fünfte Haushalt einen MP3-Player besaß, konnte bereits in jedem zweiten Al-

leinerziehendenhaushalt und in 44 % der Paarhaushalte mit Kindern Musik über dieses Medium abgespielt werden. Die erstmals Anfang 2006 erfragten Spielkonsolen waren in nur 14 % aller privaten Haushalte in Deutschland vorhanden. Aber bereits jeder dritte Haushalt mit Kindern besaß ein solches Gerät. → **Tab. 9**

Ausstattung mit Telefon und Navigationssystem

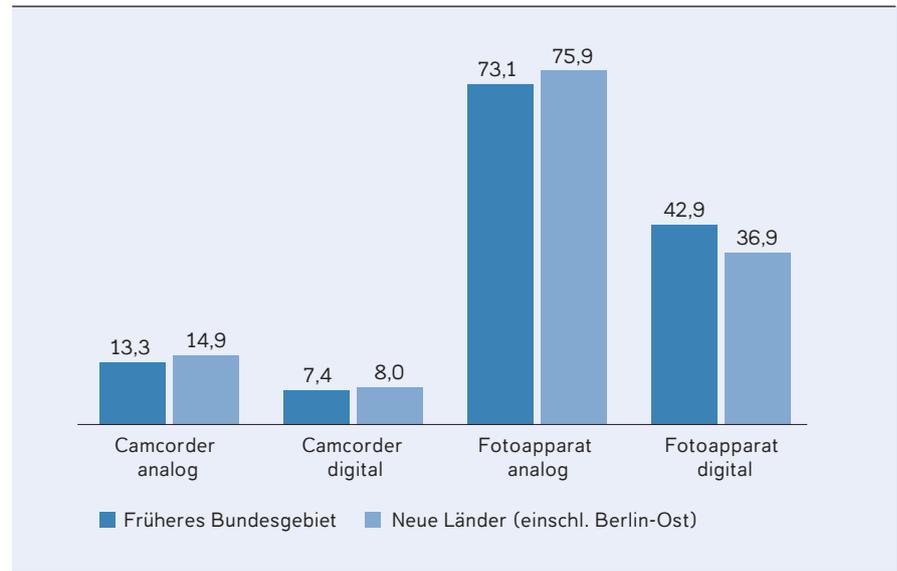
In den privaten Haushalten in Deutschland nahm die Ausstattung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Die privaten Haushalte partizipierten jedoch unterschiedlich an den neuen Technologien. Die Ausstattung privater Haushalte mit Computer und Internetzugang sowie deren Nutzung wird ausführlich in Kapitel 13.1 beschrieben.

Nach den Ergebnissen der LWR hatten Anfang 2000 nahezu alle privaten Haushalte in Deutschland ein Festnetztelefon (96 %). Mit einem Ausstattungsgrad von 30 % waren Mobiltelefone noch längst nicht so verbreitet. Bis zum Jahr 2006 hat sich das Bild stark gewandelt. Zwischen 2000 und 2006 vervierfachte sich die Zahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone von 12,2 Mill. auf 48,7 Mill. Anfang 2006 besaßen 81 % der Haushalte in Deutschland ein Handy. Zwischen West und Ost war der Ausstattungsgrad etwa gleich hoch. → **Abb. 10**

Während immer mehr Mobiltelefone zum Einsatz kamen, sank der Ausstattungsgrad bei Festnetztelefonen im Bundesdurchschnitt von 96 % im Jahr 2000 auf 95 % in 2006. Offensichtlich gibt es vermehrt Haushalte, die nur noch auf Mobiltelefone zurückgreifen und auf stationäre Telefone verzichten.

Noch deutlicher ist der technologische Wandel an den Ausstattungsbeständen ablesbar. Im Jahr 2000 gab es durchschnittlich 103 Festnetztelefone je 100 Haushalte im Vergleich zu 36 Mobiltele-

Abb. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Fotoapparaten und Camcordern 2006, in %



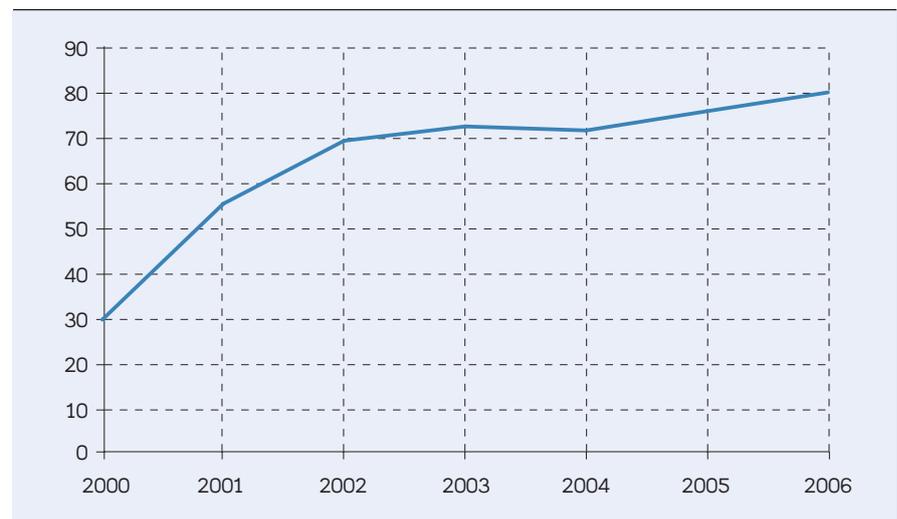
Ergebnisse der LWR.

Tab. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik nach Haushaltstyp 2006

	Haushalte insgesamt	Allein Lebende	Allein Erziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
	in %				
Spielkonsolen	14,4	(3,9)	(38,6)	5,9	34,0
MP3-Player	22,8	8,7	49,5	12,0	43,7
CD-Player/Recorder	76,9	67,3	88,0	74,8	91,8
DVD-Player/Recorder	59,3	39,8	76,0	56,9	84,4

Ergebnisse der LWR.

Abb. 10: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Mobiltelefon, in %



Ergebnisse der LWR.

fonen. Anfang 2006 hatte sich das Ausstattungsverhältnis dieser beiden Kommunikationsmedien bereits umgekehrt: Auf durchschnittlich 124 Festnetztelefonie in 100 Haushalten kamen bereits 137 Handys. → **Tab. 10**

Je nach Alter wird lieber mit Handy oder im Festnetz telefoniert. Mit steigendem Alter der Haupteinkommensbezieher war

Tab. 10: Ausstattungsbestand privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefonen

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
	2000	2006	2000	2006	2000	2006
	Anzahl je 100 Haushalte					
Festnetztelefon	102,8	124,0	104,2	127,8	97,0	107,9
Mobiltelefon	35,5	137,1	35,9	137,2	33,9	136,8

Ergebnisse der LWR.

Tab. 11: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefonen nach dem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher 2006

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher von ... bis unter ... Jahren							
		unter 25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-70	70-80	80 u. mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	(43)	379	1 469	2 147	1 701	831	905	296
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35 555	(408)	2 291	6 859	9 355	7 300	3 694	4 152	1 496
		Ausstattungsgrad je 100 Haushalte							
Festnetztelefon	95,2	(77,5)	88,8	94,1	95,2	96,2	97,2	97,9	97,4
Mobiltelefon	80,6	(92,4)	94,5	92,9	88,4	82,7	68,9	58,4	31,7

Ergebnisse der LWR.

der Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen höher, während der Ausstattungsgrad an Handys kontinuierlich abnahm. So betrug die durchschnittlichen Ausstattungsgrade mit Mobiltelefon bei den Haushalten der Altersklassen zwischen 25 und unter 55 Jahren zwischen 88 % und 95 %. Von den Haushalten der 65-bis unter 70-Jährigen hatten 69 % ein Mobiltelefon und von den 80-Jährigen und Älteren nicht einmal jeder dritte Haushalt (32 %). → **Tab. 11**

Bei allen Haushaltstypen – mit Ausnahme der allein lebenden Männer – gab es Anfang 2006 einen Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen von deutlich über 90 %. Dagegen unterschied sich die Verfügbarkeit von Mobiltelefonen bei den einzelnen Haushaltstypen erheblich. Haushalte mit Kindern erreichten die höchsten Ausstattungsgrade mit Mobiltelefonen: Paare mit Kindern waren zu jeweils 96 % mit Handys ausgerüstet; bei den allein Erziehenden waren es 94 %. Selbst die Paare ohne Kind besaßen zu 85 % ein Handy und waren

damit überdurchschnittlich ausgestattet. Deutlich unterdurchschnittlich war dagegen die Verbreitung von Mobiltelefonen bei den allein Lebenden. Rund 74 % der allein lebenden Männer verfügten Anfang 2006 über ein Mobiltelefon, bei den allein lebenden Frauen waren es 60 %. → **Tab. 12**

Haushalte mit Kindern besaßen generell mehr als ein Handy. Beim Typ »Paare mit Kind(ern)« kamen Anfang 2006 durchschnittlich 214 Geräte auf 100 Haushalte, das heißt in jedem der mit Mobiltelefon ausgestatteten Haushalte gab es im Durchschnitt zwei Handys. Ähnlich

Tab. 12: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon 2006, nach Haushaltstyp

	Haushalte insgesamt	Allein Lebende		Allein Erziehende	Paare	
		Frauen	Männer		ohne Kind	mit Kind(ern)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	1 305	682	215	2 824	1 179
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35 555	9 255	4 222	1 178	10 285	5 259
		Ausstattungsgrad je 100 Haushalte				
Festnetztelefon	95,2	94,9	86,9	92,5	97,6	96,3
Mobiltelefon	80,6	59,6	73,6	94,1	85,3	95,9
		Ausstattungsbestand je 100 Haushalte				
Festnetztelefon	124,0	101,9	97,9	104,4	129,7	146,2
Mobiltelefon	137,1	61,8	82,9	157,3	129,7	214,3

Ergebnisse der LWR.

Tab. 13: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Navigationssystem nach Haushaltsnettoeinkommensklassen 2006

	Haushalte insgesamt	Mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR					
		unter 1300	1300-1700	1700-2600	2600-3600	3600-5000	5000-18000
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7771	1133	963	2171	1720	1284	500
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35555	11691	4675	10623	5140	2416	1010
		Ausstattungsgrad je 100 Haushalte					
Navigationssystem	7,7	/	(4,6)	9,2	12,1	19,4	29,8

Ergebnisse der LWR.

hoch ist der Ausstattungsbestand bei den allein Erziehenden mit durchschnittlich 157 Mobiltelefonen je 100 Haushalte.

Anfang 2006 wurde die Ausstattung privater Haushalte mit Navigationssystemen zum zweiten Mal erfragt. 8 % der privaten Haushalte in Deutschland besaßen ein solches Gerät. Im Vergleich zum Ausstattungsgrad Anfang 2005 (4 %) war das eine Zunahme von gut drei Prozentpunkten. Obwohl Navigationssysteme als Aktionsangebote mittlerweile auch von Lebensmitteldiscountmärkten angeboten werden, ist für den Besitz eines Navigationsgerätes immer noch die Höhe des Haushaltseinkommens von Bedeutung. Die Ausstattung mit Navigationssystemen steigt mit zunehmendem Einkommen kontinuierlich an. Während Anfang 2006 die Anzahl der Haushalte mit Navigationssystem in den beiden untersten Einkommensklassen zu gering war, um gesicherte Aussagen zuzulassen, waren nur rund 9 % der Haushalte mit einem Einkommen von 1700 Euro bis unter 2600 Euro monatlich im Besitz eines Navigationssystems. Dagegen konnten sich knapp 30 % der Haushalte mit mehr als 5000 Euro monatlichem Einkommen von einem eigenen Navigationssystem leiten lassen. → **Tab. 13**

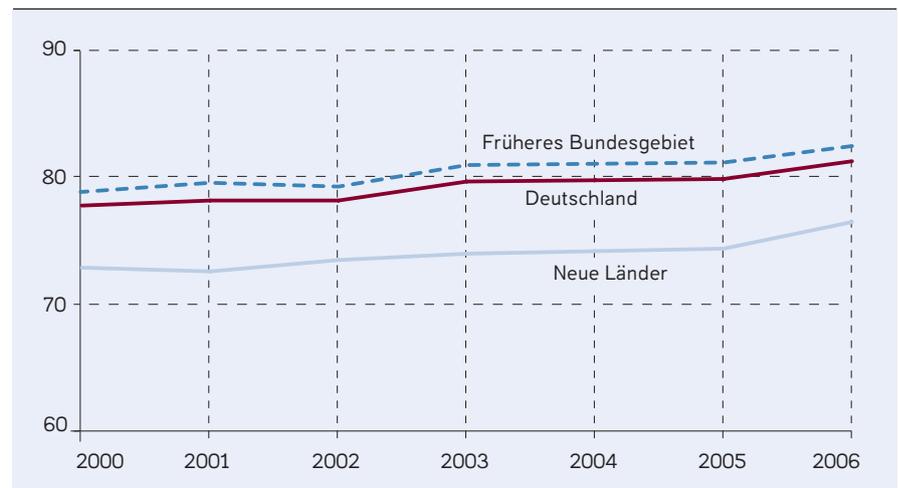
Ausstattung mit Fahrzeugen

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen liefern Informationen über die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrrädern und Personenkraftwagen (Pkw) und damit auch über die Mobilitätsmöglichkeiten der Haushalte.

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrrädern nimmt weiterhin zu. Zu Beginn des Jahres 2006 standen 66,8 Mill. Fahrräder in den privaten Haushalten in Deutschland.

Im Vergleich zum Jahr 2000 (60,8 Mill.) war das ein Plus von zehn Prozent. Mit 81 % im Jahr 2006 war der Ausstattungsgrad in Deutschland gegenüber dem Jahr 2000 (78 %) um knapp vier Prozentpunkte gestiegen. → **Abb. 11**

Abb. 11: Ausstattung privater Haushalte mit Fahrrädern, in %



Ergebnisse der LWR.
Neue Länder einschl. Berlin-Ost.

Tab. 14: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Fahrrädern nach Haushaltsgröße 2006

	Haushalte insgesamt	Davon mit ... Person(en)				
		1	2	3	4	5 und mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7771	1987	3217	1268	972	327
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35555	13478	12238	4891	3655	1294
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte	81,2	66,5	85,7	94,6	96,9	98,0
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte	187,8	87,2	181,4	268,2	370,3	476,1

Ergebnisse der LWR.

Tab. 15: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2006

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Erfasste Haushalte (Anzahl)	7 771	6 281	1 490
Hochgerechnete Haushalte (in 1000)	35 555	28 838	6 717
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	77,0	78,0	72,9
fabrikneu gekauft	35,9	36,2	34,4
gebraucht gekauft	46,9	47,7	43,6
geleast	3,0	3,3	(1,7)
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	102,2	103,3	97,5
fabrikneu gekauft	40,5	41,0	38,4
gebraucht gekauft	58,6	58,9	57,3
geleast	3,2	3,5	(1,9)

Ergebnisse der LWR.

Fast in allen Haushalten in denen Kinder lebten waren Fahrräder zu finden. Der Ausstattungsgrad lag 2006 bei den allein Erziehenden und bei Paaren mit Kindern mit rund 96 % nahezu gleich hoch. Von den Einpersonenhaushalten waren nur 67 % mit Fahrrädern ausgestattet (Männer: 75 %, Frauen: 63 %). Paare ohne Kind lagen mit 84 % etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Der Durchschnittshaushalt besaß Anfang 2006 zwei Fahrräder. Mit der Zahl der Haushaltsmitglieder steigt der Ausstattungsbestand. Bezieht man die Anzahl der vorhandenen Fahrräder auf die Zahl der Haushaltsmitglieder, so waren die Vier-Personenhaushalte am besten ausgestattet. Auf 100 Personen kamen rechnerisch 92,5 Fahrräder. Bei den Haushalten der allein Lebenden waren die Ausstattungsbestände mit 87 Fahrrädern am niedrigsten.

→ Tab. 14

Fahrräder waren im Jahr 2006 bei fast allen Altersklassen gleichermaßen beliebt. In den einzelnen Altersgruppierungen von »unter 25« bis »unter 65 Jahren« betragen die Ausstattungsgrade zwischen 82 % und 90 %. 76 % der Haushalte der 65-

bis unter 70-Jährigen besaßen mindestens ein Fahrrad und in 65 % der Haushalte von 70- bis unter 80-Jährigen gab es Fahrräder. Selbst bei den über 80-Jährigen hatten noch knapp 42 % der Haushalte ein Fahrrad. Wobei die Ausstattung mit einem Fahrrad nichts über dessen tatsächliche Nutzung verrät.

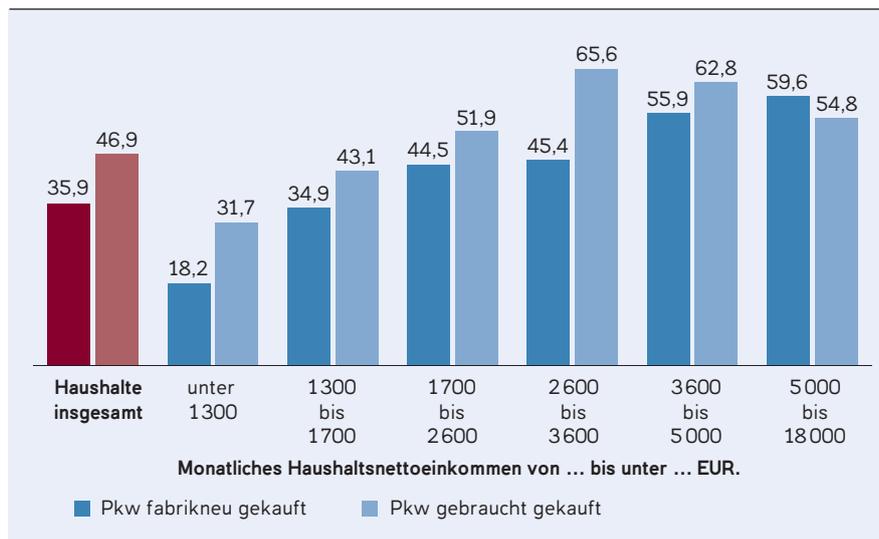
Anfang 2006 besaßen 77 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens ei-

nen neuen, gebrauchten oder geleasten Personenkraftwagen. Im Jahr 2000 lag der Ausstattungsgrad mit 74 % noch drei Prozentpunkte niedriger. Im früheren Bundesgebiet stieg er von 75 % auf 78 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 70 % auf 73 %. → Tab. 15

Seit dem Jahr 2000 kauften die privaten Haushalte in Deutschland verstärkt Gebrauchtwagen, so dass die Ausstattung mit gebrauchten Pkw von 43 % Anfang 2000 bis auf 47 % Anfang 2006 kontinuierlich gestiegen ist. Gleichzeitig stagnierte der Anteil der Haushalte, die im Besitz von neu gekauften Pkw waren, in diesem Zeitraum bei 36 %.

Von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, ist vor allem das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts. Mit steigendem Nettoeinkommen nimmt der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Neuwagen stark zu: So lag dieser in der höchsten Einkommensklasse (5 000 bis unter 18 000 Euro) mit rund 60 % weit über dem Durchschnitt von 36 %. Im Gegensatz dazu betrug er in der niedrigsten Einkommensklasse (unter 1 300 Euro) nur 18 %. → Abb. 12

Abb. 12: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach Haushaltsnettoeinkommen, in %



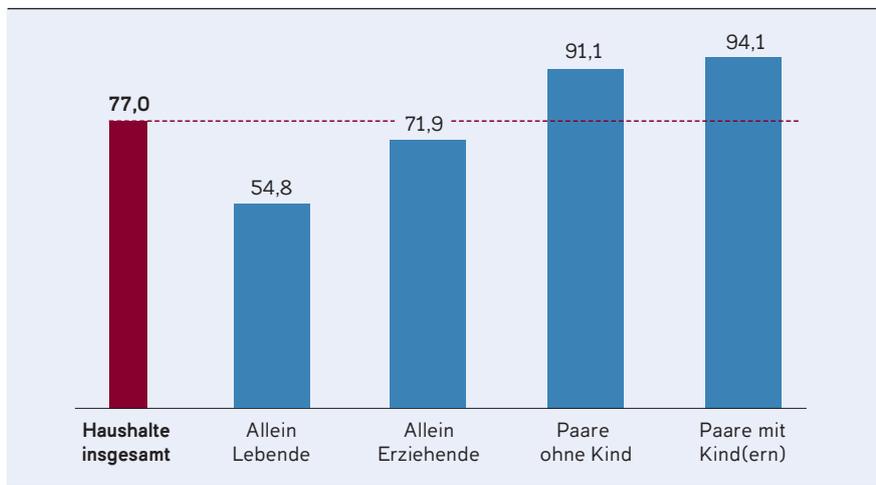
Ergebnisse der LWR.

Tab. 16: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach dem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher 2006

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher von ... bis unter ... Jahren							
		unter 25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-70	70-80	80 u. mehr
Ausstattungsgrad (in %)	77,0	(61,6)	77,1	84,6	82,6	78,6	72,4	67,0	43,0
Ausstattungsbestand (Anzahl je 100 Haushalte)	102,2	(73,8)	97,8	115,1	121,9	105,6	83,0	74,0	44,3

Ergebnisse der LWR.

Abb. 13: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach Haushaltstypen 2006, in %



Ergebnisse der LWR.

Bei der Ausstattung mit Pkw gibt es ein Altersgefälle, das sich sowohl in Richtung der Haushalte mit älteren als auch jüngeren Haupteinkommensbezieherinnen bemerkbar macht. Die 80-Jährigen und Älteren (43 %) bzw. die 70- bis unter 80-Jährigen (67 %) sowie auch die unter 25-Jährigen (62 %) waren deutlich geringer mit Pkw ausgestattet, als die Altersgruppen von 35 bis unter 65 Jahre. In diesen Altersgruppen wurden Anfang 2006 Ausstattungsgrade von über 78 % und auch Ausstattungsbestände von weit mehr als 100 Pkw je 100 Haushalte erreicht. → **Tab. 16**

Bei Paaren lag 2006 der Ausstattungsgrad mit Pkw (92 %) sehr viel höher als bei Haushalten von allein Erziehenden (72 %) und allein Lebenden (55 %). Den höchsten Ausstattungsgrad hatten mit 94 %

Paare mit Kind(ern). Paare ohne Kind lagen mit 91 % nur knapp dahinter. Allein lebende Frauen verfügten seltener über einen Pkw als allein lebende Männer: Während knapp 60 % der allein lebenden Männer einen Pkw besaßen, waren es bei den Frauen rund 53 %. → **Abb. 13**

6.1.4 Überschuldung und Privatsolvenz

Verlässliche Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen, nicht Haushalten, liefern die Gerichte. Bei diesen Personen sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatsolvenz bleibt.

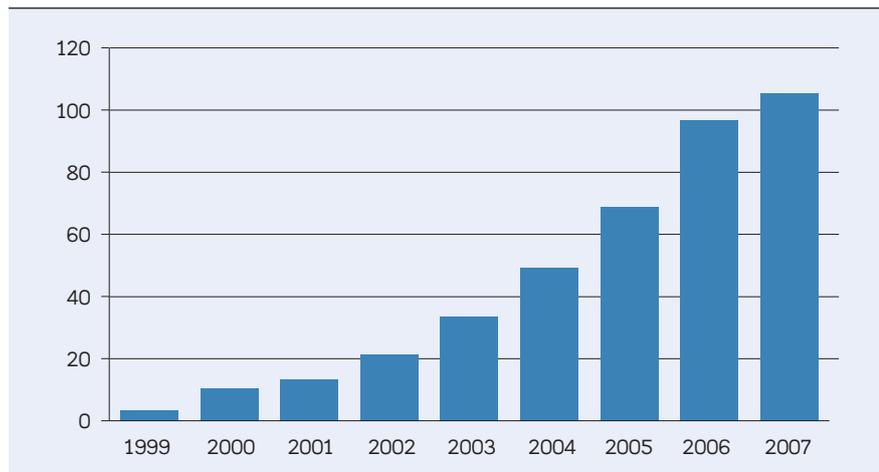
Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 nutzten fast 400 000

Privatpersonen ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer Wohlverhaltensphase von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Die Zahlungsunfähigkeit von weiteren 300 000 Personen, die ebenfalls als absolut überschuldet gelten, ist auf das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit zurückzuführen. Diese Personen haben die gleiche Möglichkeit, ihre Schulden gerichtlich regulieren zu lassen wie die Verbraucher. Die Gesamtzahl dieser Privatsolvenzen hat von Jahr zu Jahr erheblich zugenommen, und immer neue Fälle kommen hinzu. Dabei muss der Auslöser nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. Viele Personen können erst jetzt von den Schuldnerberatungsstellen auf die Option der gerichtlichen Schuldenregulierung aufmerksam gemacht werden. → **Abb. 14**

Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um zumindest die sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen herauszufinden sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, wurden erstmals zum Jahresende 2006 Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung konnte ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schulden-situation von Privatpersonen geleistet werden.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in soziale wirtschaft-

Abb. 14: Verbraucherinsolvenzen, in 1 000



liche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt auf eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen ab und soll sie in die Lage versetzen, ihr Leben künftig eigenständig zu gestalten. Aber auch Präventionsmaßnahmen zu erörtern, gehört zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Von 124 der knapp 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie Kommunen stehen, waren für das Jahr 2006 die Daten von 33 000 Personen übermittelt worden. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein, manchmal ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten, oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sind auszuräumen. Für die Teilnahme an der Erhebung ab 2008 haben knapp 300 Beratungsstellen ihre Teilnahme signalisiert, sodass die Datenbasis sich auf 80 000 Personen erhöhen dürfte.

Menschen die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Status, und nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen

der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Arbeitslosigkeit wurde für 30 % der beratenen Personen als Grund für ihre finanziellen Schwierigkeiten genannt. Bei mehr als einem Fünftel waren kritische Lebensereignisse wie Scheidung, Trennung, Tod eines Partners oder Krankheit und Unfall Auslöser der Misere. Selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten, beispielsweise wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung, gescheiterter Immobilienfinanzierung oder unerlaubter Handlungen waren bei 13 % der beratenen Personen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Bei 10 % der beratenen Personen war der Grund für die

Überschuldung im Scheitern der Selbstständigkeit zu suchen. → [Abb. 15](#)

Über 40 % aller beratenen Personen hatten nicht mehr als vier Gläubiger. Im Durchschnitt hatten alle einbezogenen Personen Schulden in Höhe von 37 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung und die Verbindlichkeiten aus früherer Selbstständigkeit enthalten sind. Diese Schulden sind überwiegend höher als andere Schuldenarten. Hat eine Person mit Immobilienbesitz Schulden, denen sie nicht mehr nachkommen kann, belaufen sich diese durchschnittlich auf 160 000 Euro. Personen, die aufgrund ihrer früheren Selbstständigkeit für Verbindlichkeiten aufkommen müssen, schulden ihren Gläubigern im Durchschnitt 96 000 Euro. Bei Ausschluss der Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und der ehemals Selbstständigen lässt sich eine Schuldenlast von durchschnittlich 22 000 Euro errechnen.

Geht man von der Annahme aus, dass überschuldete Haushalte, die keine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen, ähnliche Schuldenstrukturen aufweisen, kann man das gesamte Schuldenvolumen der privaten Haushalte in Deutschland schätzen. Legt man die Expertise zugrunde, die mit knapp unter 3 Mill. die niedrigste Zahl an überschuldeten Haushalten ermittelt

Abb. 15: Ausgewählte Auslöser für die Überschuldung 2006, in %

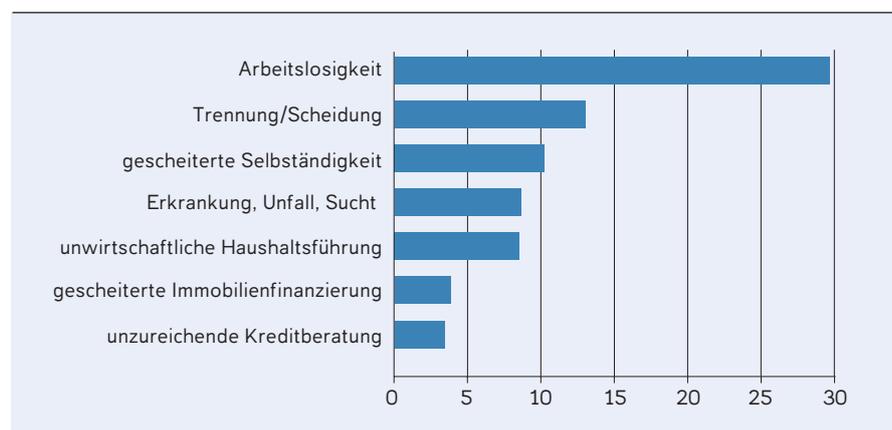
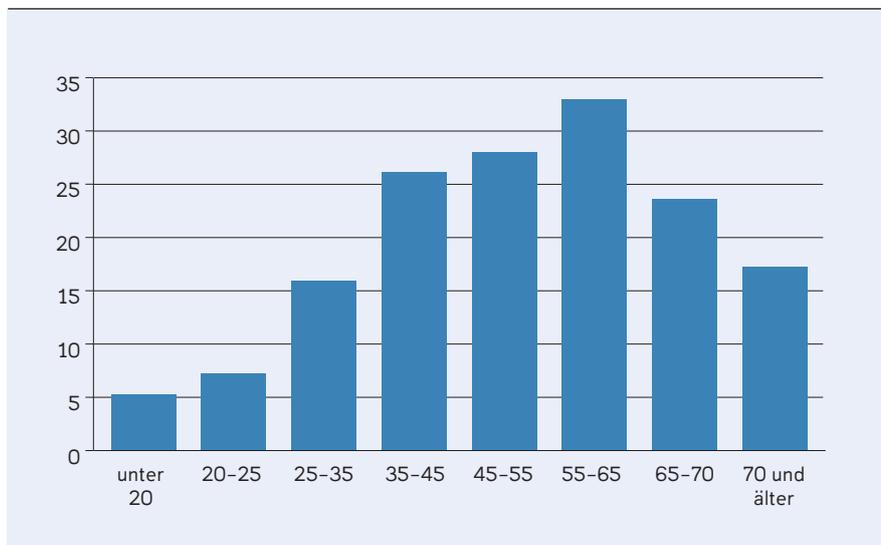


Abb. 16: Durchschnittliche Schulden nach Altersklassen, in 1 000 EUR



Ohne Selbständige und Personen mit Immobilienschulden.

hat, so würde sich – bei einer durchschnittlichen Schuldenlast von 22 000 Euro – das gesamte Schuldenvolumen überschuldeter Haushalte (ohne Selbständige und Hypothekenschuldner) auf schätzungsweise 65 bis 70 Milliarden Euro belaufen. Erkenntnisse aus den finanziellen Ergebnissen der Insolvenzverfahren führen zu dem Schluss, dass der größte Teil dieser Forderungen uneinbringbar ist.

Auch bei den Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekverbindlichkeiten haben noch früher selbstständig waren, entfallen knapp die Hälfte aller Schulden auf Banken in Form von Raten- und Dispositionskrediten. Mit großem Abstand folgen die Schulden bei öffentlichen Gläubigern wie Finanzämtern sowie nicht geleistete Mietzahlungen, mit Anteilen von 6 % bzw. 4 %. Personen, die ihren Verpflichtungen für in Anspruch genommene Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, stehen bei ihren Banken im Durchschnitt mit 21 000 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei einer anderen Privatperson, so belaufen sich diese auf über 10 000 Euro. Für nicht geleistete Unterhaltsverpflichtungen ergibt sich ein durchschnittlicher Rückstand von 6 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was die Art und die Höhe der Schulden angeht. Aus den vielfältigen Erkenntnissen, die diese Statistik bietet, sind einige beispielhaft herausgegriffen: So sind die unter 20-jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (13 000 Euro), aber sie weisen mit 1 900 Euro die höchsten nicht beglichenen Telefonrechnungen aller Altersklassen auf. Die 65- bis 70-jährigen Personen haben unter allen Altersklassen mit 3 900 Euro die höchsten Schulden bei Versandhäusern. Die höchsten Mietrückstände besitzen die 55- bis 65-Jährigen sowie die allein erziehenden Frauen und Männer. Ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachgekommen sind vor allem allein lebende Männer, die im Durchschnitt mit über 6 000 Euro im Zahlungsverzug sind. → [Abb. 16](#)

6.1.5 Zusammenfassung

Zwischen den alten und neuen Ländern war die Einkommensverteilung 2006 weiterhin unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet 62 % der Haushalte monatlich über 1 500 Euro zur Verfügung hatten, waren es in den neuen Ländern

und Berlin erst 49 %. Das Haushaltseinkommen ist sehr stark von der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers abhängig. 69 % der Beamtenhaushalte verfügten 2006 nach den Ergebnissen des Mikrozensus über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 600 Euro oder mehr. Bei den Haushalten von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren es 52 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten 39 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten 22 %. Dagegen verfügten nur 11 % der Nichterwerbspersonenhaushalte über ein Nettoeinkommen von 2 600 Euro und mehr. Obwohl die Haushaltsnettoeinkommen seit 1991 um ca. 30 % gestiegen sind, lagen sie 2005 real 2 % unter dem Niveau von 1991.

Rund 60 % der Haushaltsbruttoeinkommen stammten aus Erwerbseinkünften. Im Osten war der Anteil an öffentlichen Transferleistungen an den Einkommen mit 32 % am Bruttoeinkommen um acht Prozentpunkte höher als im Westen.

2005 wurden etwa 70 % der ausgabenfähigen Einnahmen für den privaten Konsum verwendet. Mit ca. einem Drittel hatten die Wohnkosten den größten Anteil an den privaten Konsumausgaben. Die Ausgaben für Nahrungsmittel und Verkehr waren fast gleich hoch (13 bzw. 14 %). Je geringer das Haushaltseinkommen, desto größer war der Anteil der Ausgaben für die Grundbedürfnisse Wohnen, Essen und Bekleidung. Haushalte in denen Kinder leben weisen höhere Ausgaben für Bildung und Nachrichtenübermittlung auf als andere Haushaltstypen.

Die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern lässt Schlüsse auf den erreichten materiellen Wohlstand zu. Bei vielen elektrischen Haushaltsgeräten war Anfang 2006 Vollversorgung erreicht, ebenso bei herkömmlichen Unterhaltungsgeräten (wie z. B. bei Fernsehern). Mit neueren elektronischen Unterhaltungsgeräten sind Haushalte mit Kindern besser ausgestattet als der Durchschnittshaushalt.

In vielen Haushalten sind mittlerweile mehrere Handys vorhanden. Ob mit dem Handy oder im Festnetz telefoniert wird, hängt stark vom Alter des Hauptverdieners ab.

In drei von vier Haushalten gab es 2006 einen Pkw und in 81 % der Haushalte mindestens ein Fahrrad. Im Osten war der Ausstattungsgrad bei Fahrrädern und bei Autos rund fünf Prozentpunkte geringer

als im Westen. Von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, ist vor allem die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens des Haushalts. Von den Pkw der privaten Haushalte in Deutschland waren 2006 rund 40 % fabrikneu gekauft. In 2007 gab es rund 105 000 Verbraucherinsolvenzen. Schätzungen gehen von knapp 3 Mill. überschuldeten Haushalten aus. Die Gesamtschulden werden auf ca.

70 Milliarden Euro veranschlagt. Die durchschnittliche Schuldenlast betrug (ohne Hypothekenverbindlichkeiten und Schulden aus ehemaliger Selbstständigkeit) 22 000 Euro. Hauptgründe für Überschuldung waren Arbeitslosigkeit (30 %), Trennung/Scheidung (13 %) und gescheiterte Selbstständigkeit (10 %). Je nach Alter und Lebenssituation unterscheiden sich die Schulden in der Höhe und im Verschuldungsgrund.

6.2 Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik

Einkommen ist die zentrale Ressource der Bürger für die Erreichung und Sicherung eines gewünschten Lebensstandards und wirkt sich nicht zuletzt auch auf das Niveau der wahrgenommenen Lebensqualität aus. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft kann somit auch wesentlich darüber Auskunft geben, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen an der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind oder von einem Ausschluss gefährdet sind. In einer langjährigen Betrachtung hat sich in Deutschland der Abstand zwischen Armen und Reichen in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöht. In diesem Kapitel wird mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) diese langjährige Einkommensentwicklung beschrieben. Neben dem Einkommensverlauf werden dabei auch die Angleichung der Einkommensverhältnisse seit der deutschen Wiedervereinigung sowie die Einkommensverteilung und Einkommensungleichheit im zeitlichen Verlauf

betrachtet. Ein besonderes Augenmerk gilt dem unteren Rand der Einkommensverteilung – der Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Armut. Schließlich wird das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland dargestellt. 

6.2.1 Einkommensentwicklung und Verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (arithmetisches Mittel) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP bei der Bevölkerung in Deutschland nominal von monatlich 1 088 EUR im Jahr 1993 auf 1 316 EUR im Jahr 2001 und bis 2006 weiter auf 1 437 EUR gestiegen. Die entsprechenden Jahreseinkommen liegen im Jahr 2006 bei 18 850 EUR.¹ → [Tab. 1](#)

Die auf den Realeinkommen basierenden Steigerungsraten zeigen seit Beginn der

1990er Jahre ein insgesamt gesehen eher geringes Einkommenswachstum mit deutlichen konjunkturellen Schwankungen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre sind infolge des Vereinigungsbooms sowie der hohen Einkommenszuwächse der neuen Länder zunächst insgesamt positive Einkommenszuwächse zu beobachten, die sich mit Abflachen der Konjunktur in der Mitte der 1990er Jahre verringern. Gegen Ende der 1990er Jahre erfolgt ein abermaliger kurzer Einkommensanstieg. In den Jahren 2001 bis 2005 weisen die Einkommen der privaten Haushalte real keine nennenswerten Steigerungen mehr auf beziehungsweise sind gesunken.

Die Betrachtung von Mittelwerten allein sagt noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Ein allgemeiner Indikator zur Beschreibung der Einkommensverteilung sind die Einkommensanteile, über die einzelne Einkommensgruppen verfügen. Hier zeigt sich, dass

Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt.

Die erhobenen Monateinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen ab, für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte.

Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das direkt erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in seiner ursprünglichen Form (der Anteil der Haushalte ohne Angaben beträgt zwischen 4 und 7 %) als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr; fehlende Werte werden geschätzt [imputiert]) präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in so genannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland

	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
	Mittelwert in EUR						
Äquivalenzeinkommen im Monat							
Nominal (Mean)	802	937	1088	1195	1316	1409	1437
Real (Mean)	1045	1193	1273	1318	1392	1409	1413
Steigerungsrate real (in %) ²	-	14,2	6,7	3,5	5,6	1,2	0,3
Real (Median)	952	1085	1156	1191	1263	1250	1254
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr							
Nominal (Mean)	10819	12459	14317	15731	17497	18422	18850
Real ³ (Mean)	14233	16118	17271	17624	18838	18780	18850
Steigerungsrate real (in %) ²		13,2	7,2	2,0	6,9	-0,3	0,4
Real (Median)	12789	14596	15562	15659	16924	16709	16539
Preisindizes³							
Alte Bundesländer	69,7	72,6	83,2	89,7	94,2	100,0	101,7
Neue Bundesländer	-	-	81,6	89,8	94,2	100,0	101,7

1 Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland. *Quelle:* Destatis 2007.

2 Prozentuale Steigerungsrate gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitpunkt.

3 Bei Jahresangaben sind die Preisindizes jeweils bezogen auf das Einkommensjahr (Vorjahr).

Datenbasis: SOEP 1985–2006.

die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) langjährig über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügen. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils stetig zurück und liegt nun im Jahre 2006 bei 9,3 %. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) haben demgegenüber langjährig etwa 35 % des monatlichen Gesamtein-

kommens zur Verfügung, seit Beginn der 2000er Jahre stieg der Anteil allmählich auf 36,8 % an. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit deutlich erhöht, die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter geöffnet. Dies geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß, hervor. Am Ende der 1990er Jahre

hat sich die gesamtdeutsche Ungleichheit der Einkommen erhöht² und ist nach dem Jahr 2000 weiter gestiegen. Inzwischen ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit auf einem der höchsten Niveaus der vergangenen Jahrzehnte angelangt. → **Tab. 2**

Die jahresbezogenen Einkommen sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte. Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto) und Rentenzahlungen errechnen, die sich vor Eingriff des Staates in Form von direkten Steuern und Sozialtransfers ergeben. Die relative Differenz beider Koeffizienten illustriert so die Reduktion an Ungleichheit, die durch staatliche Eingriffe erreicht wird. Hier wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen und Renten erheblich gestiegen ist – der Gini-Koeffizient hat sich von 1993 bis 2006 von 0,334 auf 0,396 erhöht.

Diese erhebliche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit und Renten erzielten Markteinkommen hat dann auch zu einer Zunahme der Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen im Haushalt geführt. Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markteinkommen wie auch der Nettoeinkommen stagnierte einige Jahre auf diesem erhöhten Niveau, um dann ab 2005 nochmals deutlich anzusteigen. Die langjährig zu beobachtende Zunahme an Ungleichheit ging zunächst in erster Linie auf eine zunehmende Spreizung der Markteinkommen zurück; ab 2005 allerdings wirken sich darüber hinaus offenbar auch die Reformprozesse im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung aus. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit hat sich in den letzten beiden Jahren etwas verringert, sie liegt aber weiterhin höher als noch in den 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre.

Tab. 2: Einkommensungleichheit in Deutschland

	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)							
Einkommensanteile in der Bevölkerung							
Ärmste 20 %	9,7	10,1	9,9	10,1	9,9	9,4	9,3
Reichste 20 %	35,0	34,5	34,9	34,4	34,9	36,1	36,8
Gini	0,254	0,246	0,250	0,241	0,248	0,265	0,273
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)							
Gini (Markteinkommen und Renten im Haushalt)	0,332	0,317	0,334	0,351	0,352	0,381	0,396
Gini (Haushaltsnettoeinkommen)	0,267	0,257	0,267	0,268	0,269	0,292	0,309
Gini-Verminderung durch Umverteilung, in %	19,6	18,9	20,1	23,6	23,6	23,4	22,0

1 Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Datenbasis: SOEP 1985–2006.

Tab. 3: Schichtung der Bevölkerung nach relativen Einkommenspositionen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet, in % des Median	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
	in %						
Höherer Wohlstand (> 200 %)	3,8	3,6	3,8	3,4	3,9	4,2	4,7
Relativer Wohlstand (150–200 %)	7,2	7,3	8,5	7,6	8,5	8,3	8,1
Gehobene Einkommenslage (125–150 %)	11,6	11,5	9,8	10,1	9,0	9,8	9,5
Mittlere bis gehobene Einkommenslage (100–125 %)	18,5	18,5	18,5	18,3	18,4	16,6	16,1
Untere bis mittlere Einkommenslage (75–100 %)	25,8	27,2	27,1	28,8	28,3	26,4	25,2
Prekärer Wohlstand (50–75 %)	24,0	23,7	23,6	23,9	22,7	23,9	25,0
Relative Armut (0–50 %)	9,1	8,3	8,8	7,9	9,1	10,8	11,4

¹ Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Datenbasis: SOEP 1991–2006.

6.2.2 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher, die etwas detaillierter beschrieben wird. Bei der Einkommensschichtung werden verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zum jeweiligen Mittelwert betrachtet. → **Tab. 3**

Damit kann der bei der Einkommensungleichheit beschriebene Trend differenziert werden. Der Bevölkerungsanteil in der untersten Einkommensgruppe hat sich in Deutschland im Verlauf der 1990er Jahre zunächst vermindert, steigt dann aber wieder an. Die Bevölkerungsanteile im relativen und höheren Wohlstand weisen nach dem vereinigungsbedingten Rückgang zu Beginn der 1990er Jahre wiederum höhere Werte in den 2000er Jahren auf. Der Bevölkerungsumfang im mittleren Einkommensbereich ist nach einer kurzfristigen Zunahme gegen Ende der 1990er Jahre wieder auf das langjährig weitgehend stabile Niveau zurückgefallen, um dann allerdings weiter zu fallen. Hier scheint sich anzudeuten, was unter dem Begriff der schrumpfenden Mittelschicht diskutiert wird: während die Bevölkerungsanteile am unteren und am oberen Ende der Einkommensschich-

tung zumindest in den letzten beiden Jahren zunehmen, gehen die entsprechenden Anteile in den mittleren Schichten zurück. Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf dem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Defi-

inition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Darüber hinaus werden in diesem Abschnitt auch weitere früher verwendete, auf dem arithmetischen Mittel basierende Schwellenwerte zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem so genannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) ausgewiesen. Die auf den Median bezogenen Armutsgrenzen sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen und unteren Rand der Verteilung und liefern somit robustere Ergebnisse als die aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Schwellenwerte.

Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Real-

Tab. 4: Armut und Niedrigeinkommen

	1985 ¹	1989 ¹	1993	1997	2001	2005	2006
	in %						
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)							
75 %-Mittelwert (Niedrigeinkommen)	33,1	32,0	32,4	31,8	31,8	34,7	36,4
50 %-Mittelwert (Armut)	9,1	8,3	8,8	7,9	9,1	10,8	11,4
Armutsschwelle 60 %-Median							
FGT(0) (Armutquote)	13,5	10,7	11,6	11,0	11,4	12,8	13,9
FGT(1) (Armutintensität)	2,8	2,4	2,6	2,2	2,5	2,9	3,0
FGT(2) (Armutintensität)	1,0	0,9	1,0	0,7	0,8	1,0	1,0
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)							
Armutsschwelle 60 %-Median							
FGT(0) (Armutquote)	13,1	11,9	13,1	12,9	13,2	17,0	18,2
FGT(1) (Armutintensität)	3,2	3,1	3,7	3,8	3,9	5,0	5,5
FGT(2) (Armutintensität)	1,5	1,5	1,8	2,0	1,9	2,4	2,5

¹ Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Die Armutslücke (poverty-gap) ist ein Maß für den durchschnittlichen Einkommensabstand, der zur Überwindung der Armutsgrenze fehlt, die normalisierte Armutslücke gibt den prozentualen Abstand zur Armutsgrenze an. Das FGT(1)-Maß beschreibt die Armutintensität als Produkt von Armutquote und normalisierter Armutslücke. Das FGT(2)-Maß schließlich bezieht darüber hinausgehend die Ungleichheit innerhalb der Armutspopulation ein und bemisst die Armutintensität, indem es diejenigen innerhalb der Armutspopulation am stärksten gewichtet, die am intensivsten von Armut betroffen sind.

Datenbasis: SOEP 1991–2006.

einkommen zu Preisen von 2005. Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des so genannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote, die den Umfang der Armutpopulation in Prozent ausweist, werden weitere Kennziffern der Armutsintensität ausgewiesen, die aus der Armutlücke abgeleitet sind. → Tab. 4

Gemessen an der medianbasierten Armutsschwelle auf Grundlage der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen lebten im Jahr 2006 13,9 % der gesamtdeutschen Bevölkerung in Armut und insgesamt 36,4 % im Niedrigeinkommensbereich (75 % Schwelle). Die einfache Armutsintensität FGT(1) – diese misst den durchschnittlichen prozentualen Abstand zur Armutsschwelle im Mittel der gesamten Bevölkerung – beträgt 3,0 %. Alle Indizes haben sich gegenüber den Vorjahren vergrößert, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und Armut ist auf eines der

höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnte angestiegen; zugleich haben sich die Einkommen der Armen immer weiter von der Armutsschwelle entfernt und die Intensität der Armut hat sich erhöht.

Legt man die jahresbezogene Einkommensberechnung zugrunde, so ergeben sich höhere Armutswerte: im Jahr 2006 lag die Armutsquote nach diesem Einkommenskonzept bei 18,2 %, die FGT(1)- und FGT(2)-Maße weisen eine Armutsintensität von 5,5 % bzw. 2,5 % aus. Auch hier verweisen alle Indikatoren in langjähriger Betrachtung auf eine Zunahme der Betroffenheit und eine wachsende Intensität der Armut hin.

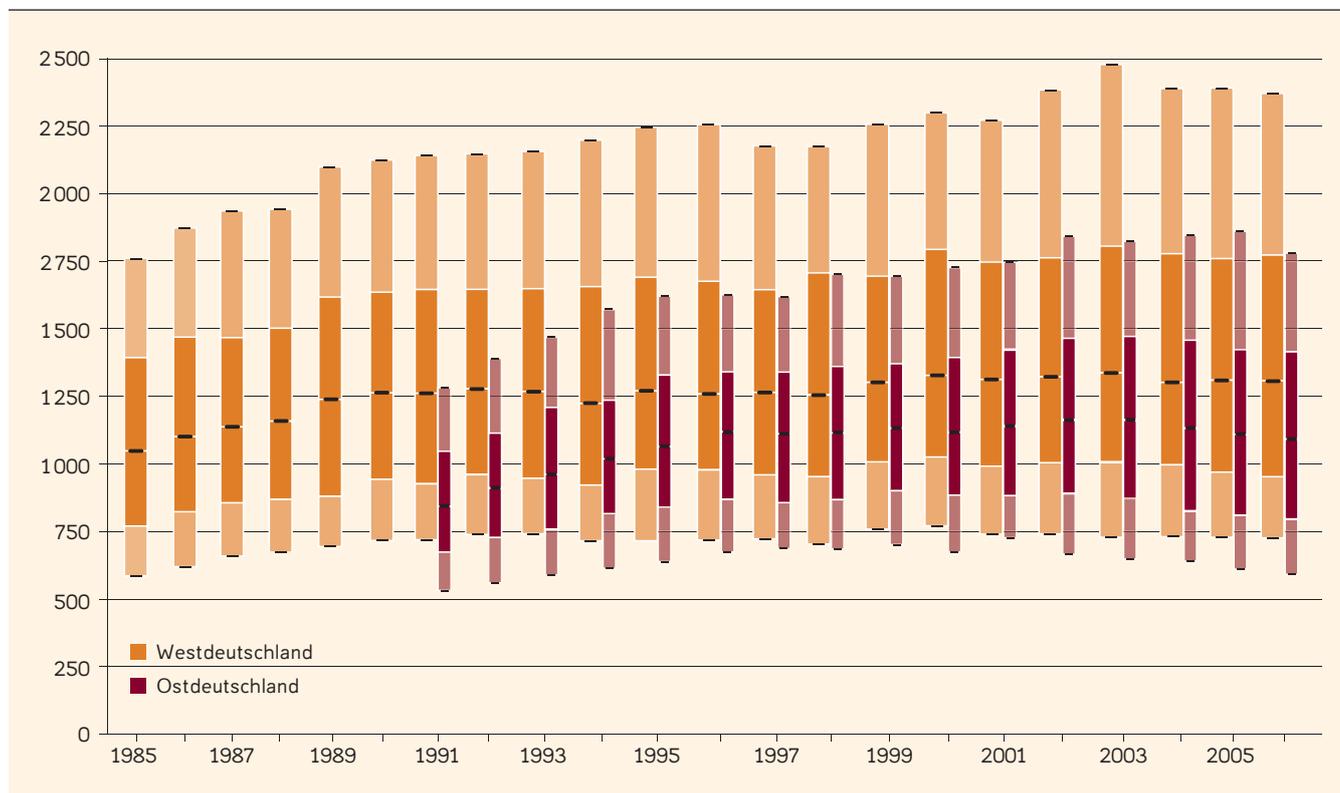
6.2.3 Einkommen und Armut in regionaler Differenzierung

Bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind auch heute noch erhebliche Unterschiede zwischen

alten und neuen Bundesländern zu beobachten. Daneben zeigen sich aber auch weitere regional unterschiedliche Entwicklungen.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwelle dokumentieren. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die Breite der so genannten Boxplots zeigt den jeweiligen Bevölkerungsumfang an; die mittlere Linie der Blöcke stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellewert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwelle wieder, die zusammen 50 % der Bevölkerung mit mittlerem Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die so genannten Dezilsschwelle, die die jeweils

Abb. 1: Entwicklung des monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens, in EUR



reichsten bzw. ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst. → Abb. 1

Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich die Verteilung der Realeinkommen in den neuen Ländern vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen angeglichen hat. In den letzten Jahren ist jedoch wiederum eine zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Osteinkommen zu beobachten. Die Realeinkommen in den alten Ländern wiesen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre noch höhere Wachstumsraten auf, die sich seit Beginn der 1990er Jahre deutlich abflachten. Vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich ist in den letzten Jahren sogar ein Rückgang zu beobachten.

In den alten Ländern haben sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen langjährig stufenweise erhöht. In den neuen Ländern waren die Einkommen im Vergleich dazu von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 1990er Jahre erfolgte hier ein Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den letzten Jahren ist auch in den neuen Ländern ein neuerlicher Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen, ohne allerdings das höhere Ungleichheitsniveau der alten Länder zu erreichen. Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in den neuen Ländern weit weniger ausgeprägt ist als in den alten Ländern, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt. Im Jahr 2002 erreichten erstmalig mehr als 10 % der Bevölkerung in den neuen Ländern Einkommensverhältnisse, die oberhalb des mittleren Einkommensbereichs in den alten Ländern liegen. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Ländern besteht demzufolge vor allem in der geringeren Spreizung der hö-

heren Einkommen. Bei einer differenzierteren Betrachtung treten aber auch innerhalb der westdeutschen Einkommensentwicklung regionale Unterschiede zutage; insbesondere bei den Stadtstaaten zeichnet sich dabei eine prekäre Entwicklung ab. Die langfristige Erhöhung der Ungleichheit hat jedoch alle Regionen er-

fasst, wobei die Einkommensverteilung in Ostdeutschland weiterhin homogener ist. Die Armutsquoten sind insbesondere in Ostdeutschland in den letzten Jahren überproportional gestiegen und liegen inzwischen nahezu doppelt so hoch wie in den südwestlichen Flächenländern.

→ Tab. 5a

Tab. 5a: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen, 2001 und 2006

Armutsschwelle nach EU-Definition: 60% Median	Bevölkerung insgesamt			
	Gesamtdeutschland		Ostdeutschland	
	2001	2006	2001	2006
	Armutquote in %			
Bevölkerung insgesamt	11,4	13,9	15,3	22,7
Geschlecht				
Männlich	10,8	13,1	14,9	22,6
Weiblich	12,0	14,7	15,7	22,8
Alter				
Bis 10 Jahre	15,4	16,3	20,5	30,2
11-20 Jahre	16,4	18,7	22,2	33,6
21-30 Jahre	15,8	19,2	23,0	28,5
31-40 Jahre	9,5	11,4	15,1	23,3
41-50 Jahre	8,9	14,2	14,5	28,0
51-60 Jahre	9,1	13,0	14,9	25,7
61-70 Jahre	8,7	8,9	7,2	8,7
71 Jahre und älter	9,8	11,2	7,4	7,2
Nationalität				
Deutsch	10,1	13,2	14,9	22,6
Nicht deutsch	27,5	22,8	67,0	40,2
Region¹				
Nord-West	10,1	12,3	-	-
Süd-West	10,7	11,7	-	-
Stadtstaaten	13,5	14,1	14,9	23,7
Ost	15,4	22,6	15,4	22,6
Gemeindegrößenklasse				
Unter 2000 Einwohner	14,0	16,5	15,3	21,2
2000-20000 Einwohner	11,4	12,8	13,9	20,2
20000-100000 Einw.	10,5	13,6	17,2	24,4
100000-500000 Einw.	12,2	17,0	16,1	25,1
Über 500000 Einwohner	10,8	12,0	14,9	23,6
Mieter-Status				
Eigentümerhaushalt	6,2	6,8	9,9	13,4
Mieterhaushalt	16,0	20,5	18,9	28,7

¹ Nord-West: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein; Süd-West: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland; Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg; Ost: Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern.

Datenbasis: SOEP 2001, 2006.

Tab. 5b: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen, 2001 und 2006

	Bevölkerung insgesamt			
	Gesamtdeutschland		Ostdeutschland	
	2001	2006	2001	2006
	Armutquote in %			
Insgesamt, Bevölkerung ab 18 Jahren	10,4	13,3	14,1	21,4
Familienstand				
Verh./zusammenlebend	7,1	8,2	7,4	12,7
Verh./getrennt lebend	21,3	23,9	30,5	24,2
Ledig	13,9	18,5	21,9	33,3
Geschieden	19,7	26,9	34,6	36,7
Verwitwet	9,9	10,3	5,7	6,2
Bildungsabschluss				
Hauptschule, ohne Abschluss	20,6	26,3	24,1	34,5
RS, FHS, Gymnasium ohne Abschluss	10,7	12,4	18,0	29,5
Hauptschule, mit Abschluss	8,9	13,2	14,0	21,9
Realschule, mit Abschluss	7,8	11,7	14,8	24,1
FHS, Gymnasium mit Abschluss	9,8	11,9	14,9	17,4
Sonstiges	20,9	19,9	35,5	38,7
FH, Uni	4,1	4,7	5,1	7,8
In Lehre, Schule, Studium	15,0	10,0	21,4	21,0
Erwerbsstatus				
Erwerbstätig, Vollzeit	4,0	4,6	6,2	8,2
Erwerbstätig, Teilzeit	11,4	13,3	18,9	21,5
Arbeitslos	39,9	57,0	43,2	67,8
In Ausbildung	22,3	21,7	22,5	28,2
Nicht erwerbstätig	11,0	11,2	9,7	12,6
Berufliche Stellung				
Un- /angelernter Arbeiter	13,5	18,1	21,0	39,7
Facharbeiter, Meister	4,9	8,8	6,4	15,5
Selbstständige	10,9	10,6	21,5	16,8
Auszubildende, Volontäre	19,5	24,2	23,4	33,0
Einfache Angestellte	5,6	10,9	8,7	19,2
Qualifizierte Angestellte	1,8	4,0	2,8	6,2
Leitende Angestellte	0,9	0,6	0,6	0,9
Einfache/mittlere Beamte	1,1	0,2	6,4	0,0
Gehobene/höhere Beamte	0,5	0,4	1,6	0,6

Datenbasis: SOEP 2001, 2006.

6.2.4 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Der anhaltende Anstieg der Armutsquoten hat inzwischen auch breitere Bevölkerungsschichten erfasst. Die Zunahme der Armutbetroffenheit gegenüber 2001

bezieht sich nicht mehr nur auf sozial gefährdete Gruppen. Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Kennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haus-

haltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung der Jahre 2001 und 2006. Die gesamtdeutsche Armutsquote lag 2001 bei 11,4 % und steigt bis 2006 auf 13,9 %. Betrachtet man getrennt lediglich Ostdeutschland, so wird eine außerordentliche Betroffenheit deutlich: Im Jahre 2001 lag die Armutsquote im Osten mit 15,3 % etwa vier Prozentpunkte über dem gesamtdeutschen Niveau; im Jahre 2006 liegt die Quote bei 22,7 % und somit um neun Prozentpunkte über dem Durchschnitt. → Tab. 5a,b,c

Frauen sind etwas mehr als Männer von Einkommensarmut betroffen, in Ostdeutschland sind die Quoten jedoch praktisch gleich hoch. Mit zunehmendem Alter sinkt die Betroffenheit von Armut. Am höchsten sind die Armutsquoten im Jahr 2006 in der Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren. In Ostdeutschland lebt im Jahr 2006 jeder dritte Jugendliche (11 bis 20 Jahre) in unzureichenden Einkommensverhältnissen. Die niedrigste Armutsquote ist 2001 und 2006 bei der Altersgruppe von 61 bis 70 Jahren zu finden; dies ist auch ein Indiz für die weitgehend gute Absicherung der heutigen Rentner gegen Altersarmut. In Ostdeutschland findet man bei den Älteren die niedrigsten Quoten; die derzeitige Rentnergeneration profitiert dabei noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktteilnahme aus der Zeit vor der Vereinigung.

Verheiratet zusammen Lebende sind nach wie vor am geringsten von Armut betroffen, bei Ledigen und Geschiedenen hat sich das Armutsrisiko deutlich erhöht. Für Personen ohne Bildungsabschluss bzw. mit geringer Bildung hat sich das 2001 bereits überproportionale Armutsrisiko noch weiter erhöht. Aber auch bei Personen mit hohem Bildungsstand ist das vormals sehr niedrige Armutsrisiko leicht angestiegen.

Arbeitslose tragen nach wie vor ein überproportionales Armutsrisiko. Sie sind im Jahr 2006 mit 57,0 % in Gesamtdeutschland und mit 67,8 % in Ostdeutschland

Tab. 5c: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen, 2001 und 2006

	Bevölkerung insgesamt			
	Gesamtdeutschland		Ostdeutschland	
	2001	2006	2001	2006
	Armutsquote in %			
Insgesamt	11,4	13,9	15,3	22,7
Haushaltsgröße				
1-Personen-Haushalt	14,8	19,9	21,2	27,8
2-Personen-Haushalt	7,9	9,2	11,7	15,0
3-Personen-Haushalt	11,1	14,4	14,8	28,6
4-Personen-Haushalt	8,2	13,2	10,6	18,2
5- und mehr Personen-Haushalt	23,0	18,4	34,8	40,6
Alter des Haushaltsvorstands				
Bis 45 Jahre	14,9	19,3	22,5	30,0
46-65 Jahre	11,1	14,1	17,0	27,9
66 Jahre und älter	9,8	10,6	8,8	10,9
Personengruppen				
Haushaltsvorstand	11,6	15,0	16,1	22,9
(Ehe-)Partner	7,4	8,9	9,5	16,1
Kind(er) bis 17 Jahre	15,2	16,5	21,2	30,3
Kind(er) ab 18 Jahre	12,9	16,7	16,9	27,1
Weitere Haushaltsmitglieder	25,2	17,2	23,6	23,1
Haushaltstypen				
Singlehaushalt	14,8	20,0	21,2	27,8
Paarhaushalt ohne Kind	5,7	7,2	7,3	10,4
Paarhaushalt mit minderjährigen Kinder	10,7	13,3	14,0	24,9
Einelternerhaushalt	36,7	35,4	47,6	54,8
Elternhaushalt mit erwachsenen Kinder	11,8	12,8	14,0	21,5
Sonstige Mehrpersonenhaushalte	21,5	8,0	19,2	24,2
Haushalts-/Lebenszyklus				
Haushaltsvorstand bis 34 Jahre				
Singlehaushalt	20,1	26,1	30,5	32,8
Paarhaushalt ohne Kind	7,7	9,8	17,3	14,1
Haushaltsvorstand 35-54 Jahre				
Singlehaushalt	13,0	20,4	25,8	37,2
Paarhaushalt ohne Kind	4,5	8,6	12,2	25,6
Paarhaushalt mit Minderjährigen		K.		
Mit 1 Kind	7,3	13,9	13,4	26,1
Mit 2 Kindern	8,7	12,4	8,4	19,6
Mit 3 und mehr Kindern	23,3	13,9	35,5	38,1
Einelternerhaushalt				
Mit 1 Kind	27,9	31,4	38,7	53,9
Mit 2 und mehr Kindern	48,1	39,6	63,2	56,5
Elternhaushalt mit erwachsenen Kinder	11,8	12,8	14,0	21,5
Haushaltsvorstand 55-74 Jahre				
Paarhaushalt ohne Kind	5,4	5,8	4,1	6,3
Singlehaushalt	13,4	18,3	18,9	26,7
Haushaltsvorstand 75 Jahre und älter				
Paarhaushalt	6,7	6,7	6,5	2,1
Singlehaushalt	13,8	15,2	11,2	7,6
Sonstige	21,5	8,0	19,2	24,2

Datenbasis: SOEP 2001, 2006.

die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Im Vergleich zu 2001 hat sich die Quote nochmals erheblich erhöht. Die niedrige Armutsquote bei Vollzeitbeschäftigten sowie die mittlere Armutsquote bei Nichtbeschäftigten hat sich gegenüber dem Jahr 2001 im Niveau gehalten oder sogar tendenziell verringert; die seit 2001 erfolgte Erhöhung der Armutsziffern erfasste vor allem Teilzeitbeschäftigte und Arbeitslose.

Nach den Auszubildenden und Volontären finden sich innerhalb der beruflichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeitern. Bei beiden Gruppen hat sich das Armutsrisiko gegenüber 2001 weiter erhöht. Insbesondere un- und angelernte Arbeiter in Ostdeutschland befinden sich in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei Facharbeitern und einfachen Angestellten ist das Armutsrisiko gegenüber 2001 zum Teil deutlich gestiegen, wogegen Beamte sowie qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko tragen. Die in den letzten Jahren zunehmenden Armutsquoten haben demzufolge insbesondere gering Qualifizierte sowie Arbeiter und einfache Angestellte erfasst.

Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann zeigt sich, dass insbesondere bei jungen Haushalten das Armutsrisiko gestiegen ist. Die niedrigsten Armutsquoten sind bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Single- sowie vor allem bei Einelternhaushalten zu finden. Mehr als jeder dritte Einelternhaushalt in Gesamtdeutschland und mehr als jeder zweite in Ostdeutschland lebt in Armut. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der starke Anstieg der Armutsquote bei jungen allein Lebenden ins Auge. Zudem hat sich die Armutsquote bei jungen Familien mit einem oder zwei Kind(ern) erhöht, wogegen die Armutsquote bei Familien mit drei Kindern gesunken ist. Ältere Paarhaushalte ohne Kinder haben ein geringes Armuts-

risiko. Bei Singlehaushalten im Alter von über 55 Jahren hat sich das Armutsrisiko 2006 gegenüber 2001 leicht erhöht. Ungeachtet der insgesamt rückläufigen Altersarmut gibt es offenkundig innerhalb dieser Population weiterhin Gruppen mit erhöhten Armutsrisiken.

6.2.5 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität bzw. die Dynamik gibt Auskunft über die Chancen und Risiken der Einkommensverbesserung bzw.

-verschlechterung in einer Gesellschaft. Deshalb ist die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ein entscheidender Hinweis dafür, ob es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen zu gelangen. Bei so genannten Mobilitätsmatrizen wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten (hier: vierjähriger Abstand) in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommenschichten gewechselt ist.

Tab. 6: Einkommensdynamik: Quintilmatrizen im Zeitverlauf Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt

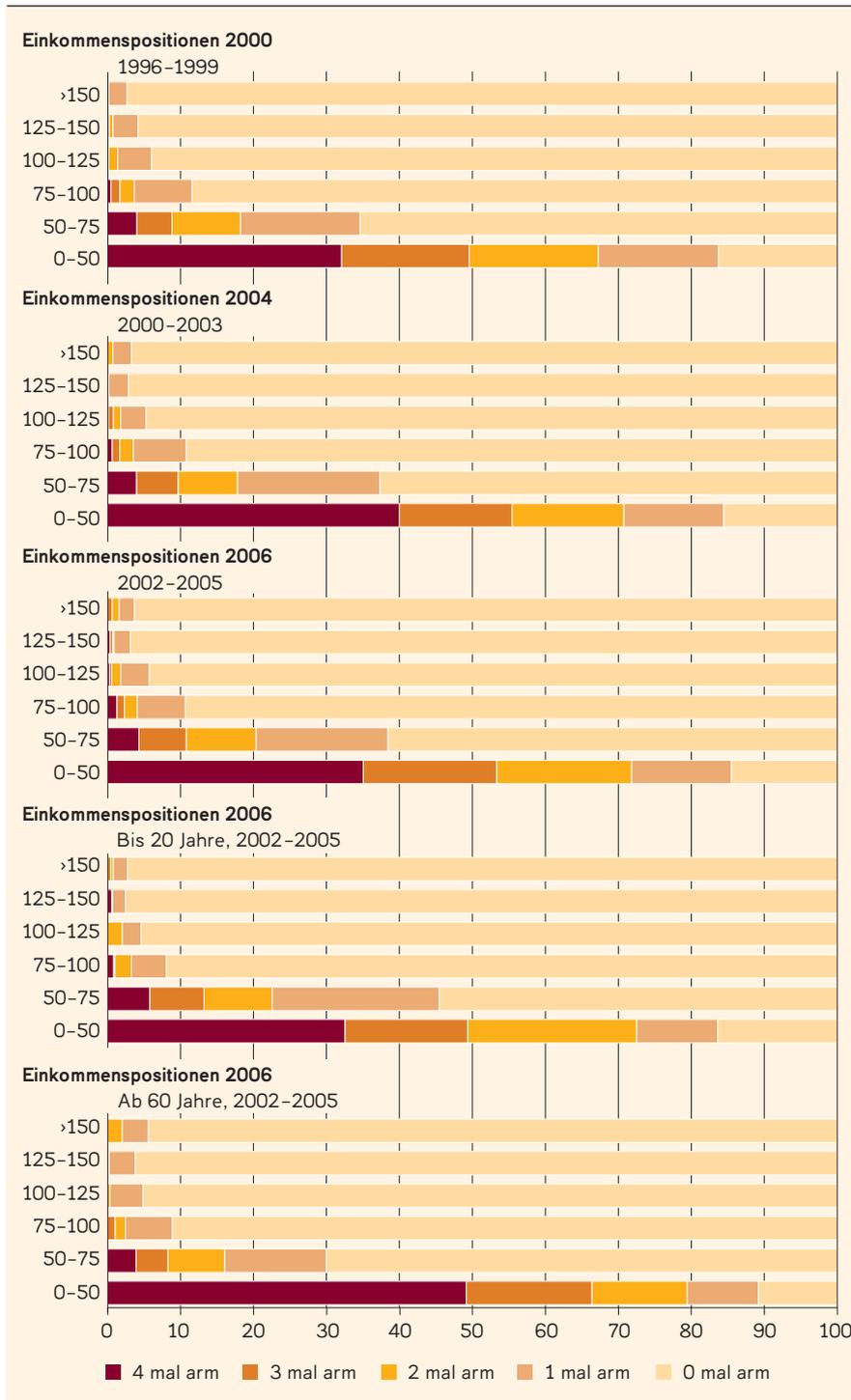
Von der Bevölkerung im Ausgangsquantil (z. B. 1. Quintil) im Jahr A waren drei Jahre später, im Jahr B, xx,x % der Bevölkerung im Quintil (z. B. 2. Quintil)							
Ausgangsquantil	Übergang in Quintil	1985-1988 ¹	1989-1992 ¹	1993-1996	1997-2000	2001-2004	2003-2006
in %							
1. Quintil	1. Quintil	58,1	57,6	59,5	58,9	62,0	63,9
1. Quintil	2. Quintil	22,4	19,0	23,7	22,8	23,6	22,8
1. Quintil	3. Quintil	9,9	12,9	10,7	12,2	8,7	8,7
1. Quintil	4. Quintil	7,1	8,2	4,6	5,1	4,0	3,6
1. Quintil	5. Quintil	2,6	2,3	1,6	1,0	1,7	1,0
2. Quintil	1. Quintil	25,5	25,3	22,4	25,4	21,8	23,6
2. Quintil	2. Quintil	36,6	39,0	39,1	40,4	43,5	44,7
2. Quintil	3. Quintil	23,8	21,7	24,4	23,4	22,4	20,4
2. Quintil	4. Quintil	11,1	10,3	10,8	8,7	8,7	8,8
2. Quintil	5. Quintil	3,0	3,7	3,8	2,2	3,6	2,4
3. Quintil	1. Quintil	9,9	11,5	8,4	9,2	8,6	6,3
3. Quintil	2. Quintil	23,6	26,2	25,5	24,0	22,9	20,5
3. Quintil	3. Quintil	36,4	36,9	36,3	37,8	43,4	42,4
3. Quintil	4. Quintil	22,1	20,2	24,1	22,8	19,8	25,2
3. Quintil	5. Quintil	8,0	5,1	5,7	6,1	5,4	5,6
4. Quintil	1. Quintil	5,3	5,6	5,9	5,4	3,4	4,7
4. Quintil	2. Quintil	11,4	9,1	9,1	8,2	9,3	7,4
4. Quintil	3. Quintil	22,9	22,5	21,5	21,8	22,6	21,2
4. Quintil	4. Quintil	38,0	43,8	43,3	46,0	43,7	45,4
4. Quintil	5. Quintil	22,4	19,1	20,3	18,7	21,0	21,3
5. Quintil	1. Quintil	2,8	1,0	3,8	2,2	2,3	2,0
5. Quintil	2. Quintil	4,4	3,6	2,6	2,5	3,6	3,8
5. Quintil	3. Quintil	5,2	7,3	7,7	4,8	5,9	5,1
5. Quintil	4. Quintil	20,9	19,9	19,4	21,5	17,9	21,4
5. Quintil	5. Quintil	66,7	68,2	66,6	69,0	70,3	67,7

¹ Nur Westdeutschland.

Quintil = 20 % der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung;
1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil; 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil.

Datenbasis: SOEP 1985-2006.

Abb. 2: Betroffenheit von Armut im Zeitverlauf, in %



Hier zeigt sich, dass sich das Risiko, im untersten Quintil zu verbleiben, über die Jahre hinweg deutlich erhöht hat. Der Übergang von der untersten in gehobene Einkommenslagen hat sich entsprechend

verringert. In den letzten Jahren erhöhte sich auch der Verbleib im zweiten und dritten Quintil. Im zweiten Quintil geht dies zeitweilig mit einem Rückgang des Übergangs in niedrigere Einkommensla-

gen einher, im mittleren Einkommensbereich ist dies bis zum jüngsten Zeitfenster jedoch eher mit einem nachlassenden Aufstieg in höhere Einkommensschichten verbunden. Der Verbleib im obersten Einkommensquintil hat sich in den letzten Jahren ebenfalls erhöht; dabei haben sich vor allem Abstiege in das benachbarte vierte Quintil zunächst verringert, um aktuell wieder anzusteigen – der Umfang an weiter entfernten Einkommensabstiegen ist jedoch ungefähr gleich geblieben.

→ Tab. 6

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Armut persönlich erfahren hat. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder einem anderen Haushalt gemacht wurden. Die Grafik weist die individuelle Armutserfahrung für die Ausgangsjahre 2000 (1996 bis 1999), 2004 (2000 bis 2003) und 2006 (2002 bis 2005) aus; für das Jahr 2006 wird diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 20 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren nochmals getrennt dargestellt.

→ Abb. 2

Die Ergebnisse zeigen, dass etwa 85 % der Personen, die im Jahr 2006 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, bereits in den vier Vorjahren (2002 bis 2005) zumindest einmal von Armut betroffen waren, darunter sind gut ein Drittel der Personen in diesem Zeitraum dauerhaft arm. Die unterste Einkommensschicht setzt sich im Jahr 2006 demnach in folgender Weise zusammen: 35 % aller Personen in dieser Einkommensschicht sind permanent arm, 37 % haben in dieser Periode einen Verlauf in die und aus der Armut erlebt und weitere 14 % sind meist erstmalig im prekären Einkommensbereich und haben zuvor keinerlei Armutserfahrung gemacht. Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommensschicht im Jahr 2000 noch in folgender

Weise zusammen: 33 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 52 % hatten einen vorübergehenden Armutsverlauf und weitere 16 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Der Anteil an Personen die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, hat zugenommen, wobei insbesondere mehrfache oder dauerhafte Armutserfahrungen zugenommen haben.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75 %-Schwelle) hat noch etwas mehr als ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze gelebt. Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich überdurchschnittlicher Einkommen finden sich noch ca. 4 % an Personen, die zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht hatten. Insgesamt ist aber die Armutserfahrung der höheren Einkommensschichten ge-

sunken. Vor allem Personen mit mehr als einmaligen Armutsperioden sind in den mittleren und höheren Einkommenspositionen immer seltener zu finden.

Die Muster der Armutsdauer variieren mit dem Lebensalter. Kinder und Jugendliche befinden sich in der Querschnittsbetrachtung häufiger in Armut als erwerbsfähige Erwachsene. Hinsichtlich des Profils der zurückliegenden Armutserfahrung erscheint in dieser Altersgruppe insbesondere der hohe Anteil an dauerhaft Armen im untersten Einkommenssegment sowie der sehr geringe Anteil an Armutserfahrungen bei höheren Einkommenspositionen bemerkenswert; offenkundig fällt ein Herauswachsen aus Armut in mittlere oder höhere Einkommenspositionen in dieser Altergruppe nicht leicht. Ältere weisen zwar insgesamt im Querschnitt keine überdurchschnittlichen Armutserfahrungen mehr auf. Wer allerdings im Alter ab 60 Jahren im unteren Einkommensbereich angelangt ist, der hat derzeit offenkundig nur noch geringe Chancen, wieder in höhere Einkommenspositionen zu gelangen.

1 Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind allerdings die Unterschiede in den Preisniveaus im zeitlichen Verlauf sowie die, insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung, bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen den alten und neuen Ländern noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen zum Basisjahr 2005 durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden.

2 Bei gesamtdeutscher Betrachtung war unmittelbar nach der Vereinigung, als die Einkommen der alten und neuen Länder noch weiter voneinander entfernt lagen, der Gini-Koeffizient höher als bei alleiniger Betrachtung der westdeutschen Verteilung und ist im Zuge der Einkommensangleichung der neuen Länder im Verlauf der 1990er Jahre zunächst gesunken.

7 Sozialstruktur und soziale Lagen

7.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung

Roland Habich
Heinz-Herbert Noll

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung finden gegenwärtig nicht nur im Kontext der Reformen der Sozialsysteme, sondern auch der durch den globalen Wettbewerb veränderten wirtschaftlichen Situation und der Einkommensentwicklung große Aufmerksamkeit. Mit den veränderten Rahmenbedingungen sind politische Diskussionen und Konflikte verbunden, aber auch unmittelbare Konsequenzen für die Verteilung des Wohlstands sowie die soziale Lage und Stellung verschiedener Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie. Zudem ist neuerdings auch die Strukturierung der Gesellschaft in soziale Klassen und Schichten wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, nachdem deren Existenz zuvor von manchen Sozialwissenschaftlern zunehmend in Frage gestellt und die »klassenlose« oder »entschichtete« Gesellschaft als Folge einer weitgehenden Individualisierung proklamiert worden war. 

insgesamt 18 soziale Lagen von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur im Jahre 2006 in West- und Ostdeutschland. Durch den Vergleich mit dem Jahr 1991 in Ostdeutschland bzw. 1990 in Westdeutschland können zudem die Richtung des sozialen Wandels insgesamt sowie insbesondere auch die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland in dieser speziellen Periode der gesellschaftlichen Transformation betrachtet werden. Das Interesse richtet sich vor allem auch darauf, inwieweit mit den unterschiedlichen sozialen Lagen auch unterschiedliche objektive Lebensbedingungen einhergehen und welche Unterschiede in Dimensionen der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung mit den verschiedenen sozialen Lagen verbunden sind. → [Abb. 1](#)

Weitreichende Konsequenzen für die Sozialstruktur waren mit den massiven Umwälzungen verbunden, die nach 1990 auf

dem ostdeutschen Arbeitsmarkt stattgefunden haben. Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft hat sich infolge der gesellschaftlichen Transformation zunächst eine zerklüftete Beschäftigungsstruktur entwickelt, die sich erst im Zeitverlauf mehr und mehr an die westdeutschen Strukturen angenähert hat. Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR im Verlauf des Transformationsprozesses zumeist ungewollte neue Lebensformen geworden. Eine Veränderung der Sozialstruktur in Westdeutschland in vergleichbarer Größenordnung stellt lediglich die Abnahme des Anteils der Nichterwerbstätigen dar, d. h. vor allem ein Rückgang des Anteils von Hausfrauen und damit einhergehend die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Dabei ist zugleich ein bemerkenswerter Anstieg von qualifizierten Angestelltenpositionen festzustellen. → [Tab. 1](#)

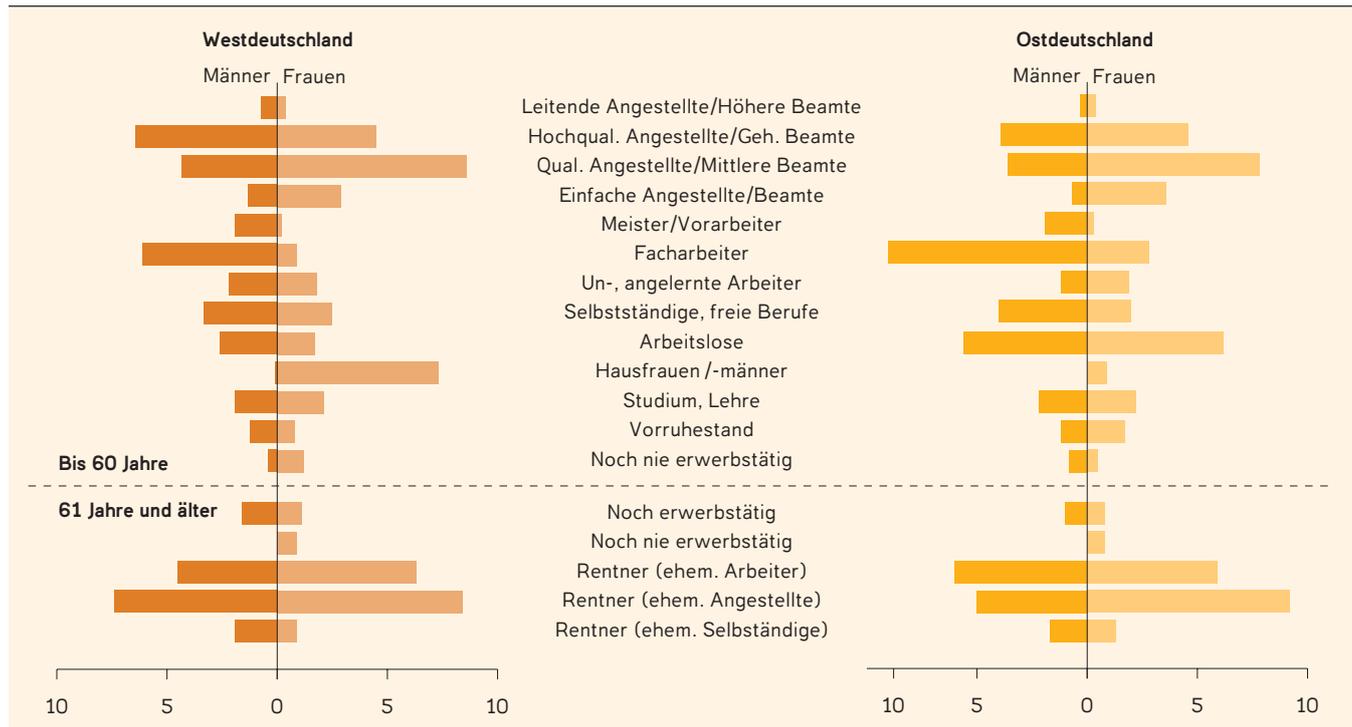
7.1.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein übergreifendes Bild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das auf die Konzepte der sozialen Lage, der Klassenlage und der subjektiven Schichteinstufung zurückgreift. Für die Unterscheidung von sozialen Lagen wird die erwachsene Bevölkerung zunächst getrennt nach Männern und Frauen, in unter und über 60-Jährige sowie nach ihrer Stellung zum und im Erwerbsleben aufgegliedert. Daraus ergeben sich

Konzepte der Struktur sozialer Ungleichheit

Konzepte wie »soziale Schichtung«, »Klassenlagen« oder »soziale Lagen« beziehen sich auf die Strukturen der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft und auf die Position von Personen in der Statushierarchie. Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen ausdrückt. Die Klassenlage von Personen und Haushalten ist demgegenüber spezifischer und verweist auf Positionen in der vertikalen Statushierarchie, die mit typischen Erwerbs- und Lebenschancen verbunden sind. Das Konzept der »soziale Lage« umfasst darüber hinaus auch weitere Ungleichheitsdimensionen, darunter auch so genannte neue soziale Ungleichheiten, die alte, Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen können. Dabei werden neben objektiven Merkmalen der Benachteiligung zum Teil auch subjektive Merkmale betrachtet.

Abb. 1: Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland 2006, in %



Datenbasis: ALLBUS, kumuliert.

Tab. 1: Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland 1990/91 bis 2006

	Ost		West		Ost		West	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1991		1990		2006			
in %								
Bis 60 Jahre								
Leit. Ang./Höhere Beamte	0,8	0,3	1,3	0,4	0,3	0,4	0,7	0,4
Hochqual. Ang./Geh. Beamte	5,5	6,8	7,3	3,2	3,9	4,6	6,4	4,5
Qual. Ang./Mittl. Beamte	2,3	10,9	5,1	6,8	3,6	7,8	4,3	8,6
Einf. Ang./Beamte	1,7	4,6	1,3	4,0	0,7	3,6	1,3	2,9
Meister/Vorarbeiter	4,3	0,9	2,0	0,2	1,9	0,3	1,9	0,2
Facharbeiter	11,9	5,0	6,6	0,6	9,0	2,8	6,1	0,9
Un-, angelernte Arbeiter	1,9	1,7	2,2	1,6	1,2	1,9	2,2	1,8
Selbstständige, freie Berufe	2,8	2,3	3,6	1,8	4,0	2,0	3,3	2,5
Arbeitslose	2,9	4,9	0,7	1,0	5,6	6,2	2,6	1,7
Hausfrauen/-männer	-	1,2	0,1	11,6	-	0,9	0,1	7,3
Studium, Lehre	1,0	0,5	4,8	2,6	2,2	2,2	1,9	2,1
Vorruhestand	1,9	3,5	1,1	1,2	1,2	1,7	1,2	0,8
Noch nie/nicht erwerbstätig	0,2	0,2	0,7	2,6	0,8	0,5	0,4	1,2
61 Jahre und älter								
Noch erwerbstätig	1,1	0,3	1,2	0,4	1,0	0,8	1,6	1,1
Noch nie erwerbstätig	-	-	0,0	1,9	0,0	0,0	0,0	0,9
Rentner (ehem. Arbeiter)	3,9	3,3	4,0	4,7	6,0	5,9	4,5	6,3
Rentner (ehem. Angestellte)	3,6	5,4	4,5	5,9	5,0	9,2	7,4	8,4
Rentner (ehem. Selbstständige)	0,7	1,6	1,6	1,4	1,7	1,3	1,9	0,9
	100		100		100		100	

- Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, kumuliert.

Tab. 2: Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland nach sozialen Lagen 2006

Soziale Lagen	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Wohneigentum ²		Eigene wirtschaftliche Lage ist sehr gut/gut ³	
	West			Ost			West	Ost	West	Ost
	Unterstes	Mittleres	Oberstes	Unterstes	Mittleres	Oberstes				
	in %									
Bis 60 Jahre										
Leitende Ang./ Höhere Beamte	0	10	65	-	-	-	67	-	79	-
Qualifizierte Ang./ Geh. Beamte	2	14	53	10	16	35	66	59	61	62
Qualifizierte Ang./ Mittlere Beamte	4	27	29	13	26	16	56	60	45	39
Einf. Ang./ Beamte	15	23	14	20	29	7	43	64	31	23
Meister/ Vorarbeiter	3	26	26	0	15	20	65	71	33	67
Facharbeiter	8	23	17	18	21	7	51	63	36	24
Un-, angelernte Arbeiter	34	16	15	39	26	6	38	41	26	15
Selbstständige, freie Berufe	12	11	39	11	13	28	67	65	39	37
Arbeitslose	61	12	3	75	5	1	20	38	10	3
Hausfrauen/ -männer	20	25	10	-	-	-	68	-	38	-
Studium/Lehre	29	21	26	38	18	15	65	48	49	40
Vorruhestand	20	17	27	50	14	7	63	45	41	10
Noch nie/nicht erwerbstätig	57	5	10	-	-	-	30	-	44	-
61 Jahre und älter										
Noch erwerbstätig	3	10	56	-	-	-	67	65	49	65
Rentner (ehem. Arbeiter)	25	25	6	28	28	0	58	54	41	39
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	6	29	27	21	35	6	62	47	59	51
Rentner (ehem. Selbstständige)	26	17	31	27	23	0	84	69	54	53

- Fallzahl zu gering.

1 Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf.

2 Anteil der Personen, die angeben, dass sie im eigenem Haus/ in der eigene Wohnung (auch Familienbesitz) wohnen.

3 Eigene wirtschaftliche Situation ist „sehr gut“ oder „gut“.

Datenbasis: ALLBUS 2006.

In Westdeutschland dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik insofern bereits über einen längeren Zeitraum als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet werden kann, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR mittlerweile teilweise aufgelöst, wenngleich Arbeiterpositionen – vor allem bei den Männern – hier nach wie vor einen größeren Stellenwert haben.

Ein Zeitvergleich (West 1990 bis 2006; Ost 1991 bis 2006) verdeutlicht die Unterschiede zwischen den vielfältigen Umbrüchen während der Transformation in Ostdeutschland und der eher kontinuierlichen, undramatischen Entwicklung im Westen. Im Osten finden sich markante Veränderungen in fast allen sozialen Lagen, wobei sich die Probleme des Arbeitsplatzabbaus in einem anhaltend hohen Bestand an Arbeitslosen – insbesondere bei den Frauen – sowie in den

vergleichsweise hohen Anteilen der Rentner manifestieren. Positiv hat sich dagegen der Anteil der Selbstständigen entwickelt, der diesen Daten zufolge im Jahr 2006 bei den Männern im Osten sogar größer ist als in Westdeutschland.

Die Erwerbsquoten in Ostdeutschland entsprechen inzwischen in etwa den Erwerbsquoten in Westdeutschland. Dabei ist aber zu bedenken, dass in der DDR die vollzeitige Erwerbstätigkeit von Män-

nen und Frauen die Norm war und in Ostdeutschland auch heute noch eine ausgeprägte Arbeitsorientierung zu beobachten ist. Deshalb kommt dem erzwungenen Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit hier auch eine besondere Bedeutung zu. → Tab. 2

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit in den objektiven Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich unter anderem in Einkommensunterschieden, im allgemeinen Lebensstandard – z. B. gemessen am Wohneigentum – sowie in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Dabei zeigt sich, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft erwartungsgemäß auch eine vorteilhaftere

materielle Situation verbunden ist. Selbstständige, freie Berufe sowie hoch qualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte befinden sich überwiegend im oberen Segment der Einkommensverteilung, während die Zugehörigkeit zu Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigeren Einkommen verbunden ist. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen Lagen in Ost- und Westdeutschland, dann sind die Differenzen bei den (Fach-)Arbeitern und einfachen Angestellten geringer als bei höher qualifizierten Gruppen.

Die Betrachtung des Anteils von Wohneigentümern als einem Indikator für den allgemeinen Lebensstandard verdeutlicht, dass mit den differentiellen sozialen Lagen auch Unterschiede in den Möglichkeiten und Beschränkungen der Ressourcenverwendung einhergehen: In Ost- und

Westdeutschland finden sich unterdurchschnittliche Eigentümerquoten vor allem in den durch wenig qualifizierte Arbeiter- und Angestelltenberufe bestimmten sozialen Lagen.

Die differentiellen materiellen Verhältnisse, die mit den sozialen Lagen verbunden sind, manifestieren sich auch in der subjektiven Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Während Personen in privilegierten sozialen Lagen ihre wirtschaftliche Situation vorwiegend auch als »sehr gut« oder »gut« bewerten, fällt die Bewertung bei Personen in schlechteren sozialen Lagen erwartungsgemäß weniger günstig aus. Dabei zeigt sich, dass diese positiven Bewertungen in den letzten Jahren in nahezu allen sozialen Lagen rückläufig waren. → Tab. 3

Mit den unterschiedenen sozialen Lagen gehen auch ausgeprägte Differenzen in der subjektiven Beurteilung einher, ob man glaubt einen gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard zu erhalten. Es zeigt sich, dass soziale Lagen, die durch Arbeiterpositionen bestimmt sind, aber vor allem Arbeitslose seltener als andere einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten glauben. Unter den Arbeitslosen sind es in Westdeutschland nur 35 % und in Ostdeutschland sogar weniger als 20 %, die ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht betrachten.

Die einzelnen sozialen Lagen repräsentieren auch unterschiedliche soziale Positionen in der subjektiv wahrgenommenen vertikalen Gliederung der Gesellschaft, wie an ihrer Einstufung auf der »Unten-Oben-Skala« (1 bis 10) abzulesen ist. Am höchsten ordnen sich erwartungsgemäß leitende und höhere Angestellte und Beamte ein, aber auch diejenigen, die in ihrem zurückliegenden Erwerbsleben eine solche Position ausgeübt haben (Rentner) oder den Aufstieg in eine entsprechenden Positionen für die Zukunft erwarten (noch in Ausbildung). Ganz unten ordnen sich dagegen un- und angelernte

Tab. 3: Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in West- und Ostdeutschland nach sozialen Lagen 2006

Soziale Lagen	Gerechter Anteil am Lebensstandard		Einstufung auf der Unten-Oben-Skala ¹	
	Anteil »gerecht/mehr als gerecht«			
	West	Ost	West	Ost
	in %		Mittelwert	
Bis 60 Jahre				
Leit. Ang./Höhere Beamte	83	-	6,6	
Qual. Ang./Geh. Beamte	78	58	6,4	6,1
Qual. Ang./Mittl. Beamte	65	42	5,7	5,3
Einf., Ang./Beamte1	53	46	5,2	5,0
Meister/Vorarbeiter	55	38	5,9	5,4
Facharbeiter	59	26	5,3	5,0
Un-, angelernte Arbeiter	52	24	4,6	4,7
Selbstständige, freie Berufe	71	46	6,3	5,6
Arbeitslose	35	18	4,3	3,8
Hausfrauen/-männer	67	-	5,7	-
Studium, Lehre	73	70	6,1	5,5
Noch nie/nicht erwerbstätig	65	-	5,0	-
61 Jahre und älter				
Noch erwerbstätig	81	45	6,0	5,8
Rentner (ehem. Arbeiter)	56	33	5,0	4,8
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	74	39	5,9	5,3
Rentner (ehem. Selbstständige)	62	32	5,8	5,1

¹ Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10.
- Fallzahl zu gering

Datenbasis: ALLBUS 2006.

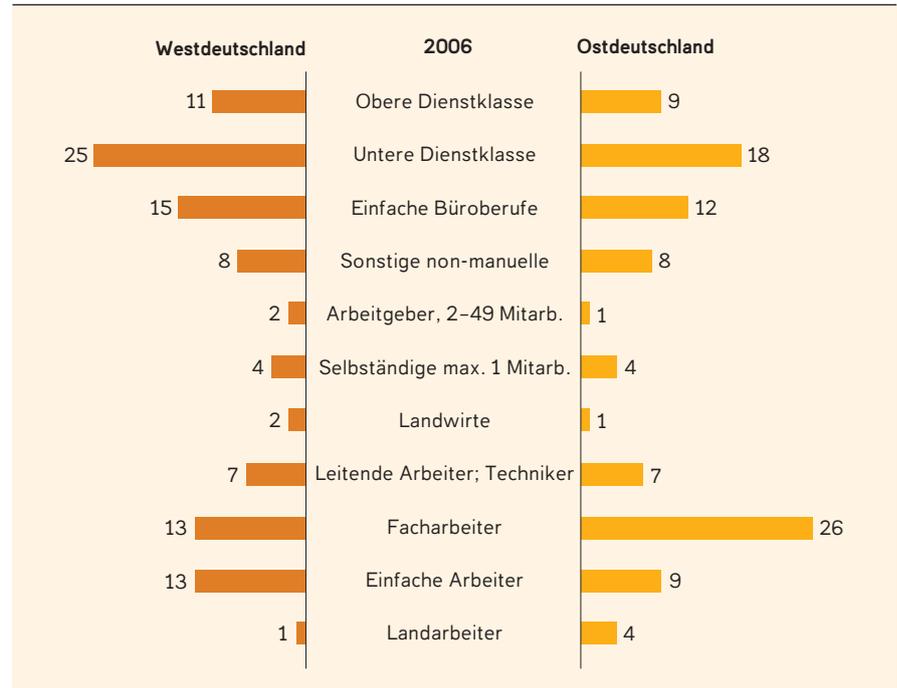
Arbeiter – auch ehemalige im Ruhestand – sowie Arbeitslose ein. Die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der höchsten und niedrigsten Einstufung beträgt immerhin mehr als zwei Skaleneinheiten. Bemerkenswert ist der Befund, dass sich die Ostdeutschen auch im Jahr 2006 mit Ausnahme der ungelerten Arbeiter durchgängig niedriger einstufen als die Westdeutschen. → Tab. 3

7.1.2 Klassenlagen

Neben dem Konzept der sozialen Lage wird für sozialstrukturelle Analysen – insbesondere Analysen zur sozialen Mobilität oder zum Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg – vielfach auch das auf Max Weber zurückgehende Konzept der Klassenlage verwendet. Die beiden Konzepte weisen Ähnlichkeiten, aber auch einige Unterschiede auf. Sowohl das Konzept der sozialen Lage als auch das der Klassenlage betonen die Zentralität des Erwerbssystems und gehen davon aus, dass die Position auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf die Lebenschancen der Gesellschaftsmitglieder insgesamt nachhaltig prägt. Die Unterschiede liegen insbesondere darin, dass sich das Konzept der Klassenlage bei der Klassifizierung der Personen allein auf Merkmale der Berufstätigkeit stützt, die eigene aktuelle oder frühere, oder auch die des Partners/der Partnerin. (Siehe hierzu auch das nachfolgende Kapitel »Soziale Mobilität«, an dem sich die hier verwendete Operationalisierung und Unterscheidung von insgesamt elf Klassenlagen orientiert.)

Betrachtet man die Verteilung der Bevölkerung auf die elf unterschiedenen Klassenlagen, dann zeigt sich, dass die Klassenstrukturen in West- und Ostdeutschland mittlerweile (2006) überraschend große Ähnlichkeiten, aber weiterhin auch charakteristische Unterschiede aufweisen. Die Unterschiede manifestieren sich insbesondere in etwas

Abb. 2: Klassenlagen in West- und Ostdeutschland 2006, in %



Datenbasis: ALLBUS, kumuliert.

geringeren Anteilen der Bevölkerung in Ostdeutschland, die auf die beiden Dienstklassen und die einfachen Büroberufe entfallen, sowie deutlich höhere Anteile, die den Klassenlagen der Facharbeiter und Landarbeiter zugeordnet sind. Insgesamt entfällt im Jahr 2006 einschließlich der sogenannten »Arbeiterelite« mit 46 % fast die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung auf Arbeiterklassenlagen (Westdeutschland 34 %), darunter 26 % auf die der Facharbeiter. In Westdeutschland entfällt dagegen mit 36 % mehr als ein Drittel der Bevölkerung auf die beiden Dienstklassen gegenüber 27 % in Ostdeutschland. In fast der Hälfte der unterschiedenen elf Klassenlagen – einschließlich der Selbständigen – sind zwischen West- und Ostdeutschland praktisch keine Unterschiede mehr festzustellen. → Abb. 2

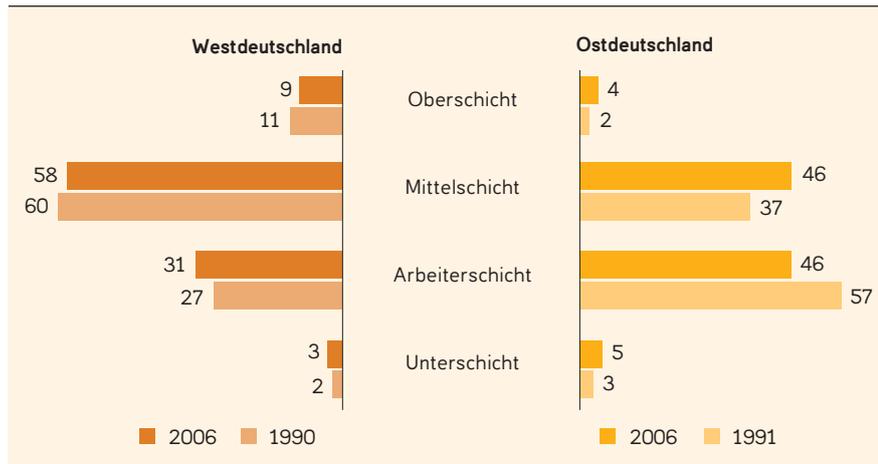
7.1.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine relevante Ergänzung des im Wesentlichen auf objektiven Informationen zur

Stellung zum und im Erwerbsleben beruhenden Bildes der Lebenslagen- und Klassenstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren – Fragen, die auch im Jahre 2006 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von Interesse sind. → Abb. 3

In Westdeutschland ordnete sich im Jahr 2006 ca. ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung der Unter- oder Arbeiterschicht zu, knapp 60 % der Mittelschicht und ein Zehntel der oberen Mittel- oder Oberschicht. In Ostdeutschland stuft sich auch 2006 noch gut die Hälfte der Bevölkerung in die Unter- oder Arbeiterschicht ein, 46 % identifizieren sich mit der Mittelschicht und lediglich 4 % mit der

Abb. 3: Subjektive Schichteinstufung 2006, in %



Datenbasis: ALLBUS, kumuliert.

oberen Mittel- oder Oberschicht. Der Unterschicht im engeren Sinne betrachtet sich in West wie Ost mit 3 bzw. 5 % nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung zugehörig.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich der alten und neuen Bundesländer ergeben, sind damit auch heute

noch beachtlich. Die in den ostdeutschen Bundesländern zu beobachtende pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, nähert sich nur sehr langsam der zwiebelförmigen – für Mittelschichtgesellschaften charakteristischen – Verteilung in den alten Bundesländern an. Die subjektive Schichteinstufung und die sich daraus ergebenden Unterschiede in der Schichtstruktur haben sich im Zeitverlauf – trotz der vor allem in Ostdeutschland nach 1990 stattgefundenen enormen sozialstrukturellen Umwälzungen – erstaunlich wenig verändert. Allerdings deuten die jüngsten Ergebnisse für 2006 eine abnehmende Identifizierung mit der Arbeiterschicht und eine zunehmende Identifizierung mit der Mittelschicht an, so dass sich die Arbeiter- und die Mittelschicht hier nun zum ersten Mal die Waage halten. Ob sich damit bereits ein signifikanter Wandel in der Wahrnehmung der eigenen Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft abzeichnet, kann jedoch noch nicht abschließend beurteilt werden.

→ Tab. 4

Auch in Westdeutschland hat der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen von 2004 auf 2006 leicht abgenommen, nachdem zuvor allerdings eine Zunahme zu beobachten war. Betrachtet man die Entwicklung über den gesamten Zeitraum seit 1980, dann zeigt sich jedoch, dass die subjektive Schichteinstufung in Westdeutschland über die vergangenen 25 Jahre weitgehend unverändert geblieben, d.h. außer zyklischen Schwankungen kein Trend zu beobachten ist. Aktuelle Thesen über das Entstehen einer »neuen Unterschicht« und ein Schrumpfen der Mittelschicht finden auf der Grundlage der subjektiven Schichtidentifikation jedenfalls keine empirische Bestätigung.

Die subjektive Schichtzugehörigkeit wird nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt, sondern hängt darüber hinaus nicht unwesentlich von dem jeweils zu-

Tab. 4: Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1980–2006

	Unterschicht	Arbeiter-schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-, Oberschicht
	in %			
Westdeutschland				
1980	1	30	59	10
1982	1	35	55	10
1984	1	33	55	11
1986	1	27	62	11
1988	2	32	57	10
1990	2	27	60	11
1991	1	24	63	13
1992	2	26	60	12
1994	1	28	58	12
1996	2	30	58	11
1998	2	30	56	12
2000	1	28	61	10
2004	2	33	55	10
2006	3	31	58	9
Ostdeutschland				
1991	3	57	37	2
1992	3	52	42	3
1994	2	56	39	3
1996	5	55	39	1
1998	6	52	40	2
2000	2	50	45	3
2004	4	54	39	3
2006	5	46	46	4

Datenbasis: ALLBUS, kumuliert, ohne Ausländer.

Tab. 5: Subjektive Schichtzugehörigkeit nach sozialen Lagen 2006

Soziale Lagen	Subjektive Schichtzugehörigkeit					
	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	Unter- /Arbeiter- schicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht	Unter-/- Arbeiterschicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht
in %						
Bis 60 Jahre						
Leit. Ang. /Höhere Beamte	29	43	29	13	58	29
Qual. Ang. /Geh. Beamte	14	75	11	10	71	18
Qual. Ang. /Mittl. Beamte	32	61	6	23	69	6
Einf. Ang. /Beamte	51	38	7	33	60	4
Meister/Vorarbeiter	50	42	4	35	60	5
Facharbeiter	72	26	2	63	33	1
Un-, angelernte Arbeiter	88	6	0	58	27	1
Selbstständige, freie Berufe	17	76	2	21	64	15
Arbeitslose	61	18	1	44	38	2
Hausfrauen/-männer	50	50	0	31	58	9
Studium/Lehre	18	76	4	13	69	17
Vorruhestand	40	40	3	48	40	8
Noch nie/nicht erwerbstätig	64	36	0	19	68	3
61 Jahre und älter						
Noch erwerbstätig	25	75	0	26	68	0
Rentner (ehem. Arbeiter)	73	23	1	59	34	3
Rentner (ehem. Angestellte, Beamte)	29	65	2	17	71	10
Rentner (ehem. Selb.)	61	29	6	24	62	15

Datenbasis: ALLBUS, kumuliert

grunde liegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. Dennoch wird die subjektive Schichteinstufung auch maßgeblich durch den faktischen sozioökonomischen Status bzw. die soziale Lage bestimmt, in Ostdeutschland allerdings stärker als in Westdeutschland. Personen, die eine Arbeiterposition einnehmen oder früher eingenommen haben, identifizieren sich – insbesondere in Ostdeutschland – auch subjektiv weit überwiegend mit der Arbeiterschicht. Personen mit einem Angestellten- oder Beamtenstatus sowie Selbstständige ordnen sich dagegen mehr-

heitlich der Mittelschicht zu. In die obere Mittel- und Oberschicht stufen sich zu größeren Anteilen insbesondere leitende und höhere Angestellte und Beamte ein, in Westdeutschland darüber hinaus auch Selbstständige, Personen, die sich noch in einer Ausbildung befinden sowie ehemalige Beamte, Angestellte und Selbstständige. → **Tab. 5**

Ostdeutsche identifizieren sich auch gegenwärtig noch über alle soziale Lagen hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar der Oberschicht. Dieser

Befund deutet darauf hin, dass die weiterhin bestehenden auffälligen West-Ost-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung nur partiell mit Unterschieden in der Verteilung auf die verschiedenen Statuslagen erklärt werden können. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüges deshalb tendenziell niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt.



Zentrale Bereiche des Lebens wie Einkommen, Gesundheit, Arbeitslosigkeit oder politische Teilhabe sind in unserer Gesellschaft nicht zufällig verteilt. Vielmehr gibt es Gruppen in der Gesellschaft, die sich hinsichtlich solcher Lebensbereiche in eher vorteilhaften bzw. eher benachteiligten Lagen befinden. Zur Beschreibung dieser Lagen können verschiedene Maße herangezogen werden (vgl. Kap. 7.1). Ein international gebräuchliches Maß hierfür ist die Klassenlage bzw. Klassenposition einer Person. Die Klassenposition einer Person wirkt sich aber nicht nur auf die eigene Lebensführung aus. Sie beeinflusst – insbesondere in Deutschland – im hohen Maße die Bildungs- und Berufschancen der Kinder einer jeweiligen Person, und damit die spätere Klassenposition dieser Kinder (vgl. Kap. 3.2). Eltern mit einer vorteilhaften Klassenposition gelingt es viel häufiger, ihren Kindern durch gute Bildung und durch zusätzliche Unterstützung den Zugang zu vorteilhaften Klassenpositionen zu ermöglichen. Eltern in eher nachteiligen Klassenpositionen können ihren Kindern nicht so viele Ressourcen mit auf den Lebensweg geben. In der Tendenz nehmen ihre Kinder später selbst eher benachteiligte Klassenpositionen ein. Dadurch kommt es zwischen den Generationen nur in begrenztem Umfang zu sozialen Auf- oder Abstiegen.

Auf- bzw. Abstiege zwischen den Generationen sind Ausdruck der (intergenerationalen) sozialen Mobilität in einer Gesellschaft: Soziale Mobilität beschreibt das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen in einer anderen Klassenposition befinden als ihre Elterngeneration. D. h., es wird untersucht, wie gut es Kindern aus weniger vorteilhaften Klassenpositionen gelingt, für sich selbst vorteilhafte Klassenpositionen zu erreichen bzw. inwieweit Kinder mit vorteilhafter Klassen-

herkunft später in weniger vorteilhafte Klassenpositionen absteigen. Der Umfang der sozialen Mobilität kann somit auch als Maß für die Chancengleichheiten für Kinder aus verschiedenen Klassen interpretiert werden.

Im Folgenden werden vier Aspekte der sozialen Mobilität in Deutschland näher untersucht: Hatten bereits die Eltern die gleiche Klassenposition, die ihre Kinder heute einnehmen? In welchem Ausmaß werden Klassenpositionen der Eltern direkt an ihre Kinder weitervererbt? Wie hoch ist das Ausmaß der Auf- und Abstiege in Deutschland? Und was bedeuten diese Auf- und Abstiege für die Chancengleichheit in der deutschen Gesellschaft? Bei der Beantwortung dieser Fragen wird ein besonderes Augenmerk auf die zeitliche Entwicklung der sozialen Mobilität, auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland und auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet.

7.2.1 Besetzung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

Für die folgenden Untersuchungen wurden verschiedene Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1976 bis 2006 zusammengefasst. Die betrachteten Personen waren zwischen 18 und 64 Jahre alt, hatten aus Vergleichsgründen alle die deutsche Staatsangehörigkeit und waren zum Zeitpunkt der Befragung entweder berufstätig oder arbeitsuchend. Für Ostdeutschland werden Bevölkerungsumfragen ab 1991 berücksichtigt. Als Maß für die soziale Herkunft, d. h. für die Position der Elterngeneration, wird die Klassenposition des Vaters zu dem Zeitpunkt herangezogen, als die jeweiligen Befragten 15 Jahre alt waren (Angaben zur Mutter wurden leider nicht oder nur lü-

ckenhaft erhoben). Tabelle 1 beschreibt den Grad der Selbstrekrutierung bestimmter Klassenpositionen, d. h. den Anteil der Befragten, deren Väter bereits eine identische Klassenposition innehatten. Dabei werden sieben Klassenpositionen unterschieden: Obere Dienstklasse (z. B. leitende Angestellte, freie Berufe); untere Dienstklasse (z. B. hochqualifizierte Angestellte, gehobene Beamte); einfache Büroberufe (z. B. Sekretärinnen, Buchhalter); Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern (in Handel und Handwerk); Landwirte; Facharbeiter (auch Meister und Techniker) und schließlich die Klasse der ungelernen Arbeiter und Angestellten.

Am anschaulichsten kann der Grad der Selbstrekrutierung anhand der Betrachtung der Landwirte (Männer) in Westdeutschland dargestellt werden: Ca. 80 bis 90 % der Landwirte haben einen Vater, der ebenfalls Landwirt war, d. h. fast alle heutigen Landwirte kommen aus einer Bauernfamilie. Auch bei Arbeiterpositionen findet man eine beachtliche Selbstrekrutierungsquote. Über die Hälfte der heutigen Facharbeiter in Westdeutschland (51 %) haben auch einen Facharbeiter zum Vater. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahrzehnten angewachsen, d. h. die Klasse der heutigen Facharbeiter ist bezüglich ihrer sozialen Herkunft homogener geworden. Die Gruppe der Selbstständigen ist dagegen im Laufe des letzten Jahrzehnts deutlich heterogener geworden: Hatten die Selbstständigen in den 1970er- und 1980er Jahren noch Selbstrekrutierungsraten von ca. 35 %, so ist der Anteil im letzten Jahrzehnt auf unter 20 % gesunken. Bei allen anderen Klassen zeigen sich recht stabile Selbstrekrutierungsraten. Für Frauen in Westdeutschland sind hohe Selbstrekrutierungsraten unter den Landwirtinnen und bei Facharbeiterinnen zu finden. Diese fallen jedoch etwas geringer aus als bei

westdeutschen Männern. Bei den einzelnen Klassenpositionen ergeben sich keine deutlichen Veränderungen über die Zeit. Lediglich bei Facharbeiterinnen scheint es wie bei den Männern zu einem Anstieg der Selbstrekrutierung zu kommen.

Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind aufgrund der Fallzahlen und der besonderen Umbruchsituation in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mit Vorsicht zu interpretieren. Es werden daher in den Tabellen nur solche Werte ausgewiesen, die auf einer ausreichenden Fallzahl basieren. Die meisten Beschäftigten in Ostdeutschland befinden sich in der oberen und unteren Dienstklasse sowie in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelernten Arbeiter und Angestellten. Bei den Männern kann für die obere Dienstklasse eine deutliche Zunahme der Selbstrekrutierungsrate festgestellt werden: Während kurz nach der Wende nur ca. 17 % der Mitglieder dieser Klasse auch aus einem solchen Elternhaus kamen, waren es in der Periode 2000/2006 bereits 26 % und damit genauso viele wie in Westdeutschland. Bei der Klasse der ungelernten Arbeiter und Angestellten findet man einen leichten Rückgang in Ostdeutschland, die Befunde für die anderen Klassenpositionen sind stabil. Jedoch zeigt sich, dass die Klasse der Facharbeiter in Ostdeutschland noch homogener ist als in Westdeutschland, knapp 60 % der ostdeutschen Facharbeiter hatten bereits einen Facharbeiter als Vater. Bei den Frauen in Ostdeutschland erkennt man eine leichte Tendenz zu mehr Selbstrekrutierung in den beiden Dienstklassen und eine deutliche Tendenz bei den Facharbeiterinnen. Die ostdeutschen Facharbeiterinnen haben eine ähnliche Rate wie ostdeutsche Facharbeiter, und eine deutlich höhere Rate als westdeutsche Facharbeiterinnen. Lediglich bei den ungelernten Arbeiterinnen und Angestellten zeigt sich für ostdeutsche Frauen eine deutliche Abnahme der Selbstrekrutierungsraten. Insgesamt sind die Selbstrekrutierungsraten im Westen recht stabil mit Ausnahme der Klasse der Selbst-

Tab. 1: Selbstrekrutierungsraten – Anteil von Männern und Frauen, deren Väter eine identische berufliche Position innehatten

	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1976-1980	1981-1990	1991-1999	2000-2006	1991-1999	2000-2006
	in %					
Männer						
I. Obere Dienstklasse	28	26	28	26	17	26
II. Untere Dienstklasse	18	17	17	17	19	20
III.a Einfache Büroberufe	12	13	14	10	--	--
IV.ab Selbstständige bis 49 Mitarbeiter	36	35	19	17	--	--
IV.c Landwirte	91	93	92	80	--	--
V/VI. Facharbeiter (Meister/Techniker)	46	49	54	51	57	59
VII.ab/III.b Ungelernte Arbeiter/Angestellte	38	35	33	35	32	27
Frauen						
I. Obere Dienstklasse	31	35	30	35	23	25
II. Untere Dienstklasse	18	15	16	16	15	19
III.a Einfache Büroberufe	13	12	13	10	--	--
IV.ab Selbstständige bis 49 Mitarbeiter	21	18	23	13	--	--
IV.c Landwirte	76	65	63	70	--	--
V/VI. Facharbeiter (Meister/Techniker)	43	44	50	50	53	62
VII.ab/III.b Ungelernte Arbeiter/Angestellte	27	30	26	30	34	21

-- Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, 1976-2006.

ständigen und der Facharbeiter. In Ostdeutschland dagegen werden die Klassen tendenziell homogener, mit Ausnahme der ungelernten Arbeiter und Angestellten.

Angesichts der weiterhin angespannten Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist zu prüfen, aus welchen Herkunftsklassen sich die große Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland rekrutiert. Zusätzliche – hier nicht im Einzelnen dargestellte – Analysen zeigen, dass von den heute arbeitslosen Männern und Frauen in Ostdeutschland mehr als drei Viertel einen Vater aus der Facharbeiterklasse bzw. der Klasse der ungelernten Arbeiter und Angestellten haben. In Westdeutschland entstammen ca. zwei Drittel einem solchen Haushalt. In beiden Landesteilen rekrutiert sich die Gruppe der arbeitslosen Männer und Frauen damit überproportional stark aus den beiden (Arbeiter-)klassen, in Ostdeutschland ist dies

noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. → Tab. 1

7.2.2 Vererbung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

In Tabelle 2 wird die Vererbung einer Klassenposition vom Vater auf den Sohn bzw. die Tochter dargestellt. Die Zahlen geben an, wie groß der Anteil der Personen ist, deren Väter z.B. die obere Dienstklassenposition innehaben und die selbst wiederum eine Position in der oberen Dienstklasse erreichen. Aus dieser Perspektive stellt nicht mehr die Klassenposition der Befragten die Prozentuierungsgrundlage dar, sondern die Klassenposition des Vaters. Deutlich wird dies erneut bei den Landwirten: Obwohl fast alle heutigen Landwirte einen Landwirt zum Vater haben (siehe oben), wird nur ca. jeder siebte Sohn eines Landwirtes in West-



deutschland ebenfalls Landwirt. Ähnliche Vererbungsraten findet man in der Klasse der Selbstständigen und etwas stärker in der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Die höchsten Vererbungsraten gibt es in der oberen Dienstklasse und in der Klasse der Facharbeiter: Etwa 43 % der Väter in der oberen Dienstklasse haben im jüngsten Beobachtungszeitraum ihre vorteilhafte Position an ihren Sohn weiter »vererbt«, von den Facharbeitervätern waren es ca. 40 %, die ihre Arbeiterposition an ihren Sohn weitergegeben haben. Die niedrigste Vererbungsrate ist in der Klasse der einfachen Büroberufe (ca. 10 %) zu beobachten. Für die meisten Klassen haben sich Vererbungsraten in den vergangenen Jahrzehnten als weitgehend stabil erwiesen. Lediglich den Vätern der unteren Dienstklasse ist es zunehmend weniger gelungen, ihre Position an ihren Sohn weiterzugeben. In der Facharbeiterklasse deutet sich ebenfalls eine Entwicklung hin zu abnehmenden Vererbungsraten an. Es bleibt abzuwarten, ob es sich dabei um einen robusten Trend handelt.

Da die Klassenpositionen auf beruflichen Positionen beruhen und es diesbezüglich nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, sind die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Töchter eher niedriger als die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Söhne. Ausnahmen hiervon gibt es für westdeutsche Frauen bei der unteren Dienstklasse, bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen und vor allem in der Klasse der einfachen Büroberufe. Mehr als jede dritte Tochter eines Vaters aus dieser Klasse nimmt ebenfalls eine Position in der Klasse der einfachen Bürotätigkeiten ein. Bei den Söhnen waren es nur 10 %.

Noch etwas höher als bei den einfachen Büroberufen sind die Vererbungsraten für westdeutsche Frauen in der unteren Dienstklasse und bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen. Ca. zwei Fünftel der Töchter nehmen die gleiche Klassenposition ein wie ihre jeweiligen

Väter. Doch während es bei der unteren Dienstklasse und bei den einfachen Bürotätigkeiten nur leichte Schwankungen über die Zeit gibt, findet man bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen eine deutliche Abnahme der Vererbungsraten von 47 % auf 38 %. Genau entgegengesetzt ist der Trend in der oberen Dienstklasse. In den 1970er Jahren gelang es nur 15 % der Töchter aus dieser Klasse, ebenfalls eine solche vorteilhafte Position zu erreichen. Bis zur aktuellsten Beobachtung hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt: Ca. ein Drittel der Frauen schafft es heute, diese vorteilhafte Position aus dem Elternhaus zu behaupten. Zwar haben die Söhne hier nach wie vor noch einen Vorsprung gegenüber den Töchtern, doch dieser Unterschied wird stetig kleiner. Die übrigen Klassen der Selbstständigen, Landwirte und Facharbeiter werden in Westdeutschland selten an die Töchter weitergegeben (ca. 10 %), und dies verändert sich auch nicht über die Zeit. Die entscheidenden Entwicklungen finden also am oberen und unteren Ende der Klassenskala statt. Westdeutschen Frauen gelingt es in zunehmendem Maße, ebenso gute Positionen wie ihre Väter einzunehmen. Gleichzeitig gelingt es ihnen immer häufiger, wenig vorteilhafte Positionen zu vermeiden.

Für Ostdeutschland können aufgrund der Fallzahlen für einige Klassenpositionen keine gesicherten Aussagen getroffen werden. Bei den Klassen, für die gesicherte Erkenntnisse vorliegen, fällt auf, dass für ostdeutsche Männer die Vererbungsraten meist etwas geringer sind als für westdeutsche Männer. Insbesondere in der oberen Dienstklasse gelingt es den ostdeutschen Männern deutlich seltener, eine ebenso vorteilhafte Position wie die ihrer Väter einzunehmen. Nur 23 % der ostdeutschen Männer vermögen die oberste Klassenposition zu behaupten, im Westen sind es dagegen 43 %. Die Vererbungsrate in der unteren Dienstklasse ist in Ostdeutschland mit ca. 24 % ähnlich wie die Vererbungsrate in der oberen Dienstklasse. Zwar gibt es auch für die untere

Dienstklasse Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, jedoch gleichen sich die jeweiligen Raten über die Jahrzehnte hinweg allmählich an. Deutliche Veränderungen sind in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen zu verzeichnen. Während im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung ca. zwei Drittel der ostdeutschen Facharbeitersöhne ebenfalls eine Position in der Facharbeiterklasse einnahmen, ist dieser Anteil auf 52 % gefallen. Die abnehmende Vererbungsrate bei gleichzeitiger Zunahme der Selbstrekrutierungsrate deutet auf ein deutliches Schrumpfen solcher Positionen in Ostdeutschland hin. Bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen hingegen kam es zu einem starken Anstieg der Vererbungsraten. Während in den 1990er Jahren ca. 17 % aus der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen mit der gleichen Position vorlieb nehmen mussten, ist dieser Anteil in diesem Jahrzehnt auf 26 % angewachsen.

Für ostdeutsche Frauen sind innerhalb der ausgewiesenen Klassenpositionen kaum signifikante Veränderungen festzustellen. In der unteren Dienstklasse ist eine leichte Zunahme der Vererbungsraten von 36 auf 40 % zu beobachten. Bemerkenswert ist dabei, dass die Vererbungsraten in dieser Klasse für Frauen in Ost- und Westdeutschland mittlerweile nahezu identisch sind. Bei den Männern hingegen ist dieser Angleichungsprozess noch nicht so weit fortgeschritten. In der Klasse der Facharbeiter findet man bei ostdeutschen Frauen einen Rückgang der Vererbungsrate von 23 auf 18 %. Damit liegt die Vererbungsrate aber immer noch deutlich über dem Niveau für westdeutsche Frauen. Schließlich gelingt es ostdeutschen Frauen aus ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen in zunehmendem Maße, eine solche Position für sich selbst zu vermeiden. Während für Männer hier ein Anstieg der Vererbungsraten zu beobachten ist, sinkt die Rate für ostdeutsche Frauen von 38 auf 31 %.

Tab. 2: Vererbungsraten – Anteil von Männern und Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihr Vater, nach sozialer Herkunft

	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1976-1980	1981-1990	1991-1999	2000-2006	1991-1999	2000-2006
in %						
Männer						
I. Obere Dienstklasse	44	47	47	43	24	23
II. Untere Dienstklasse	37	34	31	31	20	24
III.a Einfache Büroberufe	11	12	13	10	--	--
IV.ab Selbstständige bis 49 Mitarbeiter	21	27	18	18	--	--
IV.c Landwirte	21	21	28	14	--	--
V/VI. Facharbeiter (Meister/Techniker)	49	48	48	40	65	52
VII.ab/III.b Ungelernte Arbeiter/Angestellte	25	23	22	27	17	26
Frauen						
I. Obere Dienstklasse	15	24	28	33	22	20
II. Untere Dienstklasse	41	37	39	39	36	40
III.a Einfache Büroberufe	38	41	42	34	--	--
IV.ab Selbstständige bis 49 Mitarbeiter	12	9	15	10	--	--
IV.c Landwirte	12	11	10	10	--	--
V/VI. Facharbeiter (Meister/Techniker)	9	9	10	9	23	18
VII.ab/III.b Ungelernte Arbeiter/Angestellte	47	44	38	38	38	31

-- Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, 1976-2006.

Bei der bisherigen Betrachtung einzelner Klassenpositionen fällt der zeitliche Wandel meist eher moderat aus. Bei westdeutschen Männern kommt es lediglich in der unteren Dienstklasse zu einer merklichen Verringerung der Vererbungsraten und somit zu mehr sozialer Mobilität für Kinder aus diesen Elternhäusern. Bei westdeutschen Frauen ragen zwei Trends deutlich heraus. Töchter aus der oberen Dienstklasse und aus der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten stellen sich jeweils besser, erstere durch zunehmende Vererbungsraten, letztere durch abnehmende Vererbungsraten. In Ostdeutschland ist vor allem der starke Rückgang der Vererbungsraten in der Klasse der Facharbeiter bemerkenswert.

Die Betrachtung einzelner Klassenpositionen lässt keine Schlüsse darauf zu, welche Klassenpositionen die Söhne und Töchter einnehmen, wenn sie nicht in die

Fußstapfen ihres Vaters getreten sind. Es sollen daher im Folgenden nicht einzelne Klassenpositionen betrachtet werden, sondern es wird versucht, ein Gesamtbild der sozialen Mobilität aufzuzeigen. Eine solche Gesamtbetrachtung ermöglicht auch eine Aussage darüber, ob diejenigen, die nicht die Klassenposition ihrer Väter übernehmen, eher vorteilhaftere oder eher weniger vorteilhafte Klassenpositionen erreichen als ihre Väter. → Tab. 2

7.2.3 Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen

Um Auf- und Abstiege zu untersuchen, ist es erforderlich, die einzelnen Klassenpositionen in einer Rangfolge anzuordnen. Die vorteilhafteste Klassenlage erfahren diejenigen, die eine Position in der oberen Dienstklasse einnehmen. Etwas weniger gut, aber immer noch mit vielen Vortei-

len ausgestattet (z. B. Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen, Karriereaussichten), sind Positionen in der unteren Dienstklasse. Am unteren Ende der Klassenhierarchie befinden sich ungelernete Arbeiter- bzw. Angestelltenpositionen. In solchen Positionen sind die Menschen schlecht gegen Arbeitsplatzverlust abgesichert, und es werden ihnen kaum Karrieremöglichkeiten geboten. Die verbleibenden Klassenlagen (einfache Büroberufe, Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern, Landwirte und Facharbeiter) lassen sich nur sehr schwer in eine Rangfolge bringen. Sie werden daher in einer großen – recht heterogenen – Gruppe zusammengefasst, die zwischen der unteren Dienstklasse und den ungelerten Arbeiter- bzw. Angestelltenpositionen angesiedelt wird. Es werden daher insgesamt vier verschiedene Hierarchiestufen unterschieden: obere Dienstklasse, untere Dienstklasse, eine heterogene Gruppe mit mittleren Klassenpositionen und die Klasse der ungelerten Arbeiter- bzw. Angestellten.

Die oberste Zeile in Tabelle 3 beschreibt das Ausmaß der Gesamtmobilität, d. h. wie groß der Anteil der Personen ist, die eine andere Position einnehmen als ihre Väter. Es fällt auf, dass Frauen aufgrund spezifischer Berufspräferenzen und Erwerbsmöglichkeiten – im Vergleich zu ihren Vätern – generell eine höhere Gesamtmobilität aufweisen als Männer. In Westdeutschland bleiben die Gesamtmobilitätsraten praktisch konstant, in Ostdeutschland sind sie im Vergleich zu den 1990er Jahren leicht gestiegen. Bei den Männern zeigt sich, dass die Mobilitätsrate in Ostdeutschland niedriger ist als in Westdeutschland, während sich die Gesamtmobilität für Frauen in Ost und West nicht unterscheidet. Teilt man die Gesamtrate auf in vertikale Mobilität (Auf- und Abstiege) und in horizontale Mobilität (Mobilität auf der gleichen Hierarchieebene, z. B. von Facharbeitern zu einfachen Büroberufen), so zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede über die Zeit. Bei den westdeutschen Männern ist der Anteil an vertikaler Mobilität in den



letzten 30 Jahren um sechs Prozentpunkte (von 51 auf 57 %) gestiegen, während die horizontale Mobilität um vier Prozentpunkte abgenommen hat. Somit erhöht sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen von 3,3 auf 5,2 zugunsten der vertikalen Mobilität, d. h. vertikale Mobilität kommt heute 5,2-mal so häufig vor wie horizontale Mobilität. In Ostdeutschland dagegen sinkt dieses Verhältnis für Männer von 5,7 auf 4,3. Dies liegt insbesondere an dem Anstieg der Mobilität innerhalb der mittleren Klassenpositionen von 9 auf 12 %. Bei den ostdeutschen Frauen ist dieser Trend noch stärker ausgeprägt. Das Ausmaß an vertikaler Mobilität ist geringfügig um drei Prozentpunkte gesunken, die horizontale Mobilität um sechs Prozentpunkte auf 17 % gestiegen, so dass das Verhältnis zwischen vertikaler und horizontaler Mobilität nur noch 3,5 zu 1 beträgt. Die Zunahme der horizontalen Mobilität in Ostdeutschland hat ihre Ursachen vor allem in dem Schrumpfen der Facharbeiterpositionen. Töchter von ostdeutschen Facharbeitern nehmen heute verstärkt Positionen in einfachen Büroberufen an, die Söhne machen sich selbstständig oder tendieren auch zu einfachen Büroberufen. Bei westdeutschen Frauen schwanken die Werte über die letzten Jahrzehnte hinweg. Das Ausmaß an horizontaler Mobilität nimmt zunächst zu, sinkt dann aber seit den 1980er Jahren. Das Ausmaß der vertikalen Mobilität verändert sich dagegen kaum. Insgesamt kommt es daher von der Tendenz her in den letzten Jahrzehnten – wie bei den westdeutschen Männern auch – zu einem zunehmenden Übergewicht von vertikaler Mobilität gegenüber der horizontalen Mobilität.

Die jeweils unteren Hälften der Teiltabellen zeigen an, ob es sich bei den vertikalen Bewegungen um Aufstiege oder um Abstiege im Klassengefüge gehandelt hat. Der zunehmende Anteil an vertikaler Mobilität für westdeutsche Männer resultiert sowohl aus einer Zunahme von Aufstiegen als auch aus einer Zunahme der Abstiege, wobei der Trend zu Abstiegen et-

Tab. 3: Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten

	Westdeutschland				Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2006	1991–1999	2000–2006
	in %					
Männer						
Gesamtmobilität	66	65	66	68	59	63
Vertikale Mobilität	51	50	54	57	50	51
Horizontale Mobilität	15	15	12	11	9	12
Verhältnis vertikale/horizontale Mobilität	3,3	3,4	4,5	5,2	5,7	4,3
Vertikale Mobilität						
Aufwärtsmobilität	36	35	37	39	32	26
Abwärtsmobilität	15	15	17	19	18	25
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	2,4	2,3	2,2	2,0	1,7	1,0
Frauen						
Gesamtmobilität	77	78	78	77	74	77
Vertikale Mobilität	59	57	60	61	63	60
Horizontale Mobilität	18	21	18	16	11	17
Verhältnis vertikale/horizontale Mobilität	3,3	2,8	3,3	3,7	6,0	3,5
Vertikale Mobilität						
Aufwärtsmobilität	26	29	32	37	37	31
Abwärtsmobilität	33	29	27	24	26	29
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	0,8	1,0	1,2	1,5	1,4	1,1

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, 1976–2006.

was stärker ausgeprägt ist. Es gibt auch heute immer noch doppelt so viele Aufstiege wie Abstiege (Verhältnis 2,0 zu 1), jedoch ist dieses Verhältnis in den vergangenen 30 Jahren für westdeutsche Männer etwas ungünstiger geworden. Bei westdeutschen Frauen ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Es gelingt ihnen heute sehr viel häufiger als früher, eine bessere Klassenposition einzunehmen als ihre Väter. Während in den 1970er Jahren nur ca. 26 % der westdeutschen Frauen eine bessere Klassenposition hatten als ihre Väter, stieg dieser Anteil bis heute auf 37 %. Gleichzeitig sank die Häufigkeit von Abstiegen deutlich von 33 auf 24 %. Setzt man die Auf- und Abstiege ins Verhältnis zueinander, so verändert sich dieses Verhältnis von 0,8 auf 1,5. Für Frauen waren in den 1970er Jahren Abstiege im Klassengefüge häufiger als Aufstiege. Dies hat sich über die Zeit jedoch nachhaltig geändert; heute kommen Aufstiege für Frauen eineinhalb mal so häufig vor wie Abstiege. Tatsächlich erfahren Frauen im Westen heute mit ungefähr gleicher Häufigkeit einen Aufstieg wie Männer. Nur die etwas häufigeren Abstiege lassen sie den Männern gegenüber noch leicht benachteiligt erscheinen. Der Trend spricht jedoch klar zugunsten der Frauen: Für Westdeutschland ist zu erwarten, dass die Frauen die Männer in den nächsten Jahren einholen werden.

Für Ostdeutschland dagegen ist der Befund sowohl für Männer als auch für Frauen wenig ermutigend. Während im Nachwendezehnt ca. jeder dritte Sohn eine bessere Klassenposition erreichte als der Vater, gelingt dies im heutigen Jahrzehnt nur noch jedem vierten Sohn. Gleichzeitig nahmen Abstiege deutlich zu. In den 1990er Jahren nahm nur jeder sechste Sohn eine schlechtere Position ein als der Vater. Heute betrifft das jeden vierten Sohn. Auf- und Abstiege kommen mittlerweile im Osten gleich häufig vor,

der Quotient zwischen Auf- und Abstiegen ist von 1,7 im vorherigen Jahrzehnt auf 1,0 im jetzigen Jahrzehnt gesunken. Im Vergleich hierzu erfahren Söhne in Westdeutschland heute doppelt so häufig Aufstiege wie Abstiege.

Bei den ostdeutschen Frauen geht die Entwicklung in die gleiche Richtung wie bei ostdeutschen Männern, wenn auch etwas weniger ausgeprägt. Bei den Frauen nimmt der Anteil der Aufstiege merklich von 37 auf 31 % ab, das Ausmaß an Abstiegen hat gleichzeitig leicht von 26 auf 29 % zugenommen. Somit ergibt sich auch für Frauen ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen Auf- und Abstiegen (1,1 zu 1), auch hier geht der Trend in eine wenig vorteilhafte Richtung für die Betroffenen. Während sich westdeutsche Frauen immer besser stellen, teilen ostdeutsche Frauen die weniger guten Aussichten mit den ostdeutschen Männern. In beiden Landesteilen nähern sich somit die Unterschiede zwischen Männern und Frauen einander an. In Ostdeutschland ist jedoch das Niveau, auf dem sich Männer und Frauen angleichen, deutlich weniger vorteilhaft für die Betroffenen als in Westdeutschland. → Tab. 3

7.2.4 Chancengleichheit in der Gesellschaft

Die bisher dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Mobilitätserfahrungen von Männern und Frauen seit Mitte der 1970er Jahre in Westdeutschland und seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland. Ein wesentlicher Faktor für die soziale Mobilität in dieser Zeit waren die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Die Anzahl der Facharbeiterpositionen ist in dieser Zeit gesunken, während zusätzliche Positionen vor allem bei einfachen Büroberufen und in der oberen Dienstklasse geschaffen wurden. Im Vergleich zu den Klassenpositionen der Väter ist dieser Wandel noch ausgeprägter: Facharbeiterpositionen und Positionen in der Landwirtschaft haben stark abgenommen.

Gleichzeitig gab es zunehmend mehr Positionen in den beiden Dienstklassen und der Klasse der einfachen Büroberufe. Dieser strukturell bedingte Wandel beeinflusst die individuellen Mobilitätsmöglichkeiten. Wenn z. B. Facharbeitersöhne aufgrund der abnehmenden Nachfrage nach Facharbeitern nicht mehr die gleiche Position wie ihre Väter einnehmen können, müssen sie zwangsläufig in andere Positionen ausweichen. Ein Teil der sozialen Mobilität – und damit auch mancher Auf- und Abstiege – beruht somit auf den Veränderungen in der Erwerbsstruktur.

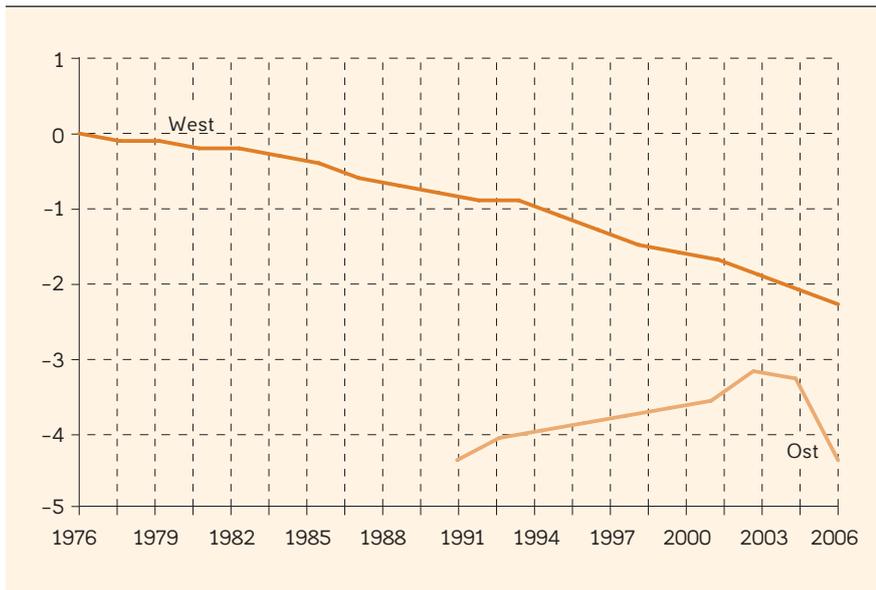
Will man aber eine Aussage über die Chancengleichheit in der Gesellschaft treffen, muss man die Auf- und Abstiegschancen einer Person mit einer bestimmten Klassenherkunft mit den Auf- und Abstiegschancen einer Person mit einer anderen Klassenherkunft vergleichen. Man kann z. B. fragen, ob Personen aus der Facharbeiterklasse die gleichen Chancen haben, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, wie Personen, die bereits aus der oberen Dienstklasse kommen – und inwieweit sich diese Chancen über die Zeit verändert haben. Es ist denkbar, dass sich für beide die Chancen erhöht haben, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, da die Zahl entsprechender Positionen zugenommen hat. Wenn sich aber die Chancen für Personen aus Facharbeiterfamilien im genau gleichen Ausmaß erhöhen wie die Chancen der Personen aus der oberen Dienstklasse, dann bliebe die Chancengleichheit bzw. Chancengleichheit zwischen den beiden Herkunftsklassen nach wie vor unverändert.

Abschließend werden daher im Folgenden Chancengleichheiten bzw. Chancengleichheiten zwischen Personen mit unterschiedlicher Klassenherkunft untersucht. Die dabei berechneten Chancenverhältnisse geben an, ob z. B. Personen aus der Facharbeiterklasse, verglichen mit Personen aus der oberen Dienstklasse, die gleichen Chancen haben, selbst wieder in der Facharbeiterklasse bzw. in der oberen

Dienstklasse zu landen. Für die 1970er Jahre in Westdeutschland zeigt sich, dass Personen aus der oberen Dienstklasse ca. 26-mal so große Chancen hatten, die obere Dienstklasse statt die Facharbeiterklasse zu erreichen, wie Personen aus der Facharbeiterklasse. Diese großen Chancengleichheiten sind charakteristisch für Deutschland. Im Vergleich mit anderen industrialisierten Ländern weist Deutschland mit die höchsten Chancengleichheiten auf.

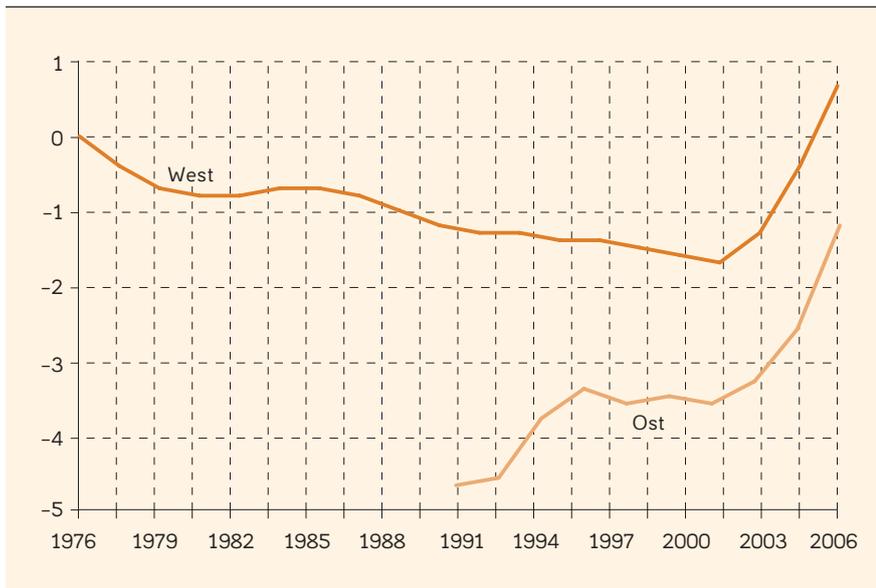
Die folgende Analyse beschreibt die Entwicklung der Chancengleichheiten in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren. Hierzu wurden für sämtliche Kombinationen von Klassenpositionen die oben dargestellten Chancenverhältnisse berechnet und diese in einem Modell zusammengefasst. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt. Abbildung 1 zeigt für Männer die Entwicklung der Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und der eigenen Klassenposition. Die Stärke des Zusammenhangs ist auf der y-Achse dargestellt. Für das erste Jahr der Analyse, 1976, wurde dieser Zusammenhang auf den Wert »0« als Ausgangsniveau festgesetzt. Die Abweichung zu diesem Wert gibt dann die prozentuale Veränderung zu diesem Ausgangsniveau an, wobei negative Werte bedeuten, dass der Zusammenhang schwächer wird. Die dargestellte Linie ist eine an die einzelnen Jahresbeobachtungen angepasste Regressionskurve. Man kann für Männer in Westdeutschland sehen, dass die Stärke des Zusammenhangs im gesamten Zeitraum kontinuierlich abnimmt. Für die neuesten Daten im Jahr 2006 hat sich der ursprüngliche Zusammenhang zwischen der Herkunftsklasse und der eigenen Klassenposition um ca. 24 % verringert. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition hat sich somit deutlich abgeschwächt, d. h. die Chancengleichheit für Männer in Westdeutschland hat sich im betreffenden Zeitraum erhöht. Für ostdeutsche Männer ist dagegen eine umgekehrte Entwicklung zu be-

Abb. 1: Relative Veränderung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position für Männer in Ost- und Westdeutschland, in %



Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, 1976–2006.

Abb. 2: Relative Veränderung der Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position für Frauen in Ost- und Westdeutschland, in %



Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, 1976–2006.

obachten. Hier hat sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition im Zeitverlauf etwas verstärkt, d. h. die Bedeutung der Herkunftsklasse für die eigene spätere

Klassenposition hat zugenommen. Lediglich gegen Ende des Beobachtungszeitraums scheint sich diese Entwicklung wieder umzukehren, aber es wäre verfrüht, bereits von einer nachhaltigen

Trendumkehr zu sprechen. In jedem Fall ist der Einfluss der Herkunftsklasse in Ostdeutschland nach wie vor weniger stark ausgeprägt als in Westdeutschland, auch wenn eine Annäherung stattgefunden hat.

Bei den Frauen (Abb. 2) zeigten sich nach der Wiedervereinigung ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Für ostdeutsche Frauen ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition deutlich schwächer. Allerdings hat dieser Zusammenhang über die Zeit zugenommen. Während der Zusammenhang zwischen Herkunft und eigener Klassenposition in den Nachwendejahren verglichen mit dem Ausgangsniveau im Jahr 1976 nur ca. halb so groß war wie für westdeutsche Frauen, ist der Zusammenhang heute – verglichen mit dem westdeutschen Ausgangsniveau – nur noch um ca. 14 % niedriger, d. h. die Chancengleichheit hat für ostdeutsche Frauen abgenommen. Für westdeutsche Frauen ist kein klarer Trend zu beobachten. Ob sich die in der jüngsten Vergangenheit andeutende Zunahme des Zusammenhangs zwischen Herkunftsklasse und eigener Klassenposition als nachhaltig erweist, bleibt abzuwarten. → Abb. 1,2

7.2.5 Zusammenfassung

Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Klassenlage hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor einen starken Einfluss auf die spätere Klassenposition von Männern und Frauen in Deutschland. Viele Personen, die heute eine bestimmte Klassenposition innehaben, kommen aus Familien, in denen bereits der Vater die gleiche Klassenposition hatte. Dies trifft insbesondere für Landwirte und Facharbeiter zu, aber auch abgeschwächt für die obere Dienstklasse und die Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestellten. Über die Zeit gab es hier nur wenige Veränderungen,

die insbesondere die Facharbeiterpositionen und im Osten die Dienstklassenpositionen betreffen. Bei der Vererbung von Klassenpositionen zeigen sich generell ebenfalls nur wenige Entwicklungen. Hervorzuheben ist allerdings die günstige Entwicklung für westdeutsche Frauen, die verstärkt vorteilhafte Positionen behaupten und unvorteilhafte Positionen vermeiden können. Bei der Gesamtbetrachtung von Auf- und Abstiegen zeigt sich mit Ausnahme der westdeutschen Frauen ein genereller Trend hin zu mehr Abstiegen. Gleichzeitig nehmen in Ostdeutschland die Aufstiege ab, so dass es dort sowohl für Frauen als auch für Männer mittlerweile genauso viele Aufstiege wie Abstiege gibt. In Westdeutschland dage-

gen kommen Aufstiege knapp doppelt so häufig vor wie Abstiege. Dies gilt momentan insbesondere für Männer. Die westdeutschen Frauen holen diesbezüglich aber deutlich auf. Insgesamt zeigen diese Trends, dass es weiterhin einen deutlichen Unterschied zwischen den Situationen in Ostdeutschland und Westdeutschland gibt. Die Mobilitätserfahrungen in Ost und West werden sich nach den vorliegenden Daten in absehbarer Zeit auch nicht angleichen.

Die Betrachtung der tatsächlichen Chancengleichheit – bereinigt um strukturelle Einflüsse – zeigt für westdeutsche Männer einen klaren kontinuierlichen Trend hin zu einem abnehmenden Einfluss der

sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition. Diesen Trend findet man nicht für westdeutsche Frauen. Im Osten dagegen hat sich der Einfluss der sozialen Herkunft im letzten Jahrzehnt spürbar vergrößert. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit für Männer und Frauen hat stark abgenommen, es kommt bei beiden Geschlechtern zu einer deutlichen Annäherung an das Westniveau. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese gegenläufigen Trends auf einem gemeinsamen Niveau einpendeln werden oder ob die ungünstigeren Rahmenbedingungen in Ostdeutschland dazu führen, dass der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition in den kommenden Jahren noch wichtiger wird als in Westdeutschland.

7.3 Lebenssituationen und -einstellungen von Kindern und Jugendlichen

Jürgen Schupp
C. Katharina Spieß

In diesem Kapitel werden in einem ersten Teil ausgewählte Aspekte der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland präsentiert. Dabei wird insbesondere auf die Betreuungssituation von Kindern eingegangen. Ein solcher Schwerpunkt ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass in Deutschland mehr denn je über die außerhäusige Betreuung von Kindern diskutiert wird: Damit soll einerseits beiden Elternteilen eine Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglicht werden, und zum anderen sollen allen Kindern – unabhängig von ihrem familialen Hintergrund – gleichwertige Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen. Welche Bedeutung hat dabei die familiäre und welche die außerfamiliäre Betreuung? Für Jugendliche wird analysiert, inwiefern sie durch die Familie und außerschulische Akteure schulisch unterstützt werden. Dieser Aspekt ist vor der gesellschaftlichen Debatte zu sehen, inwiefern Schule in ihrem Bildungsauftrag durch andere Institutionen unterstützt wird bzw. andere Akteure Funktionen

Datenbasis



Die Angaben dieses Abschnitts beruhen auf Analysen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 2001 bis 2006. Kinder werden – soweit nicht anders ausgewiesen – als Personen unter 16 Jahren definiert. Seit dem Jahr 2003 werden im SOEP altersspezifische Mutter-Kind-Fragebögen verwendet, die es ermöglichen die Betreuungssituation von Kindern detaillierter darzustellen. Als Jugendliche wird die Altersgruppe der 16-jährigen definiert. Jugendliche dieses Alters erhalten im SOEP seit dem Jahr 2000 einen speziellen Fragebogen, mit dem einerseits retrospektiv Informationen zur gesamten Kindheit und zum Schulbesuch erhoben, aber auch verschiedene Einstellungen der Jugendlichen abgefragt werden.

Tab. 1: Form der Haushaltszusammensetzung von Kindern und Jugendlichen

	Bis 2 Jahre		3–6 Jahre		7–9 Jahre		10–15 Jahre		Gesamt	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Alleinerziehende	in %									
Insgesamt	8	16	16	13	14	25	14	23	13	19
Mit 1 Kind	1	5	5	5	6	11	5	15	4	9
Mit 2 und mehr Kindern	7	11	10	8	8	15	9	8	9	10
Paare										
Insgesamt	90	83	81	86	84	74	83	77	84	80
Mit 1 Kind	39	38	18	30	12	16	13	15	18	24
Mit 2 und mehr Kindern	51	44	64	57	73	58	69	61	65	56
Mehrgenerationenfamilien/Sonstige	2	2	3	1	2	1	4	1	3	1

Datenbasis: SOEP 2006, querschnittsgewichtet.

übernehmen, die eigentlich der Schule zuzuordnen sind. In einem zweiten Teil werden Einstellungen von Jugendlichen zu wichtigen Bereichen ihres gegenwärtigen Lebens und zu ihrer Zukunft untersucht. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist von Interesse, wie Jugendliche über Familie und Kinder denken. Wenn Deutschland, wie es auf politischer Ebene diskutiert wird, familien- und kinderfreundlicher geworden ist bzw. werden will, so könnte sich dies in den Einstellungen der Jugendlichen widerspiegeln.

(13 %). Sowohl Kinder, die mit beiden Elternteilen als auch Kinder, die nur mit einem Elternteil zusammenleben, wachsen mehrheitlich mit Geschwistern auf. Nur ein sehr geringer Anteil aller Kinder – je nach Alter 1 bis 4 % – lebt in einem Mehrgenerationenhaushalt. Erwartungsgemäß erhöht sich mit steigendem Alter der Kinder die Chance mit einem Geschwisterkind zusammenzuleben. Ebenfalls nimmt mit dem Alter der Anteil der Kinder zu, die nur mit einem Elternteil zusammenleben. → [Tab. 1](#)

7.3.1 Familien- und Haushaltssituation

Ein wesentlicher Teil der Lebenssituation von Kindern ist die Art und Zusammensetzung des Haushaltes, in dem sie leben. Aus Tabelle 1 wird deutlich, dass sowohl in Ost- als auch Westdeutschland mehr als 80 % aller Kinder im Alter unter 16 Jahren mit zwei Elternteilen zusammenleben. Im Osten ist der Anteil der Kinder, die in Haushalten mit nur einem Elternteil aufwachsen, mit 19 % höher als im Westen

7.3.2 Formelle und informelle Betreuungsformen von Kindern

Kinder können grundsätzlich allein durch ihre Eltern oder andere Erwachsene, wie zum Beispiel Großeltern, die im Haushalt des Kindes leben, betreut werden. Neben diesen familialen Betreuungsformen unterscheidet man außerfamiliäre Betreuungsformen. Diese wiederum lassen sich in formelle und informelle Betreuungsformen unterscheiden. Als formelle Betreuungsformen wird üblicherweise die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung

Tab. 2: Informelle und formelle Betreuungsformen von Kindern¹

	Betreuung durch ...				
	nur Kita, Kiga und Hort	nur Schule	nur Externe	Kita, Kiga, Hort und Externe	Schule und Externe
	in %				
Westdeutschland					
bis 3 Jahre	13	-	77	11	-
3 bis 6 Jahre	55	8	2	33	2
7 bis 9 Jahre	1	75	0	1	24
Ostdeutschland					
bis 3 Jahre	38	-	33	29	-
3 bis 6 Jahre	60	3	1	34	2
7 bis 9 Jahre	2	60	0	0	38

¹ Die Angaben beziehen sich nur auf Kinder, die nicht nur durch Personen, die im Haushalt des Kindes leben, betreut werden.

Datenbasis: SOEP 2006, querschnittsgewichtet.

tung, einem Hort oder bei einer Tagespflege bezeichnet. Als informelle Betreuungsformen bezeichnen wir hier die Betreuung des Kindes in Privathaushalten durch Personen, die außerhalb des Haushalts des Kindes leben. Dies können Großeltern, Nachbarn oder Freunde sein, in einigen Fällen zählen hierzu auch bezahlte Formen der Kinderbetreuung.

Untersucht man die Betreuungssituation von Kindern in Ost- und Westdeutschland, so bestätigt sich für die Altersgruppe der unter 3-jährigen Kinder, die außerfamilial betreut werden, das bekannte Ergebnis: In Ostdeutschland besuchen sehr viel mehr Kinder eine Kindertageseinrichtung als in Westdeutschland. In Ostdeutschland werden deutlich mehr als die Hälfte der unter 3-jährigen, die entweder

eine Kita besuchen oder eine Betreuung durch Personen erfahren, die außerhalb des Haushalts leben, formell betreut: 38 % ausschließlich formell sowie weitere 29 % formell und informell. Bei der Gruppe der Kleinkinder, die außerfamilial betreut werden und in Westdeutschland leben, liegt lediglich in knapp jedem vierten Fall eine formelle Betreuung vor: 13 % ausschließlich formell und 11 % formell und informell. Es fällt außerdem auf, dass die betrachtete Gruppe der Kleinkinder in Westdeutschland in mehr als drei Viertel aller Fälle ausschließlich informell betreut wird gegenüber lediglich einem Drittel in Ostdeutschland. → Tab. 2

In der Altersgruppe der 3- bis 6-jährigen Kinder, die nicht nur familial betreut werden, sind die Unterschiede zwischen Ost-

und Westdeutschland deutlich kleiner: In beiden Regionen werden über 50 % nur formell betreut und etwa ein Drittel der Kinder sowohl formell als auch informell. Im schulpflichtigen Alter der 7- bis 9-jährigen Kinder werden in Ostdeutschland etwa nur jedes dritte und in Westdeutschland lediglich jedes vierte Kind neben dem Schulbesuch auch informell betreut. In Westdeutschland sind es demnach vorrangig Personen, die im Haushalt des Kindes leben, die die Betreuung der Schulkinder am Nachmittag übernehmen, vermutlich in der Regel die Mütter – es sei denn die Kinder besuchen eine Ganztagschule.

Für Kinder im ersten Lebensalter zeigt sich eine Vielfalt von Betreuungsformen. Mehrheitlich ist sowohl in Westdeutschland (95 %) als auch in Ostdeutschland (93 %) die Mutter die Hauptbetreuerperson für Kleinkinder. Allerdings werden nur 8 % (West) bzw. 12 % (Ost) der Kinder ausschließlich durch die Mutter betreut. Es zeigt sich zudem, dass das Betreuungseingagement der (Ehe-)Partner in West- und in Ostdeutschland im Vergleich der Zeiträume 2003/04 und 2005/06 um 7 Prozentpunkte in Westdeutschland und um 10 Prozentpunkte in Ostdeutschland angestiegen ist. Betrachtet man den gesamten Zeitraum, werden Kleinkinder in Ostdeutschland in knapp 80 % und in Westdeutschland in gut 80 % der Fälle auch vom Vater betreut. Großeltern leisten in rund der Hälfte der Fälle ebenfalls



Tab. 3a: Betreuungsformen von Kindern im ersten Lebensjahr

	Mutter ist Hauptbetreuerperson	Betreuung durch ...							
		(Ehe-) Partner	Großeltern	Geschwister	andere Verwandte	Tagesmutter	Krippe	Andere	nur Mutter
		in %							
Westdeutschland									
gesamt	95	82	50	10	10	2	0	10	8
2003-2004	94	79	54	9	10	3	0	14	11
2005-2006	95	86	46	10	10	2	0	4	5
Ostdeutschland									
gesamt	93	77	47	9	9	1	6	5	12
2003-2004	93	71	27	9	7	0	9	6	22
2005-2006	93	81	61	8	10	2	3	4	5

Datenbasis: SOEP 2003-2006, querschnittsgewichtet.

wichtige Beiträge zu der alltäglichen Betreuung von Kleinkindern, die allerdings für den Zeitraum 2003/04 bis 2005/06 in Westdeutschland tendenziell abgenommen, dagegen in Ostdeutschland deutlich zugenommen haben. Neben Geschwistern folgen weitere Verwandte als relevante Betreuungspersonen von Kleinkindern. Eine Betreuung in Krippen oder durch Tagesmütter erfolgt bei Kleinkindern hingegen lediglich in weniger als 10 % aller Fälle. → **Tab. 3a**

Betrachtet man die Betreuungsformen von Kindern im dritten und vierten Lebensjahr, dann zeigt sich, dass weniger als 5 % der Kinder in diesem Alter ausschließlich durch ihre Mütter betreut werden. In Westdeutschland erfolgt die Unterstützung in 76 % durch den (Ehe-) Partner der Mutter, in Ostdeutschland lediglich in 61 % der Fälle. Bei 9 % der 2- und 3-jährigen Kinder engagiert sich auch der nicht im gleichen Haushalt lebende Vater des Kindes (Ostdeutschland 6 %). Weiterhin stellen Großeltern in West- wie Ostdeutschland in nahezu 50 % der Fälle eine wichtige verwandtschaftliche Betreuungsressource dar, neben der Verfügbarkeit älterer Geschwister (rund 10 %). Markante Ost-West-Unterschiede finden sich hingegen in der Inanspruchnahme formeller Betreuungsangebote: Während in Westdeutschland etwa jedes vierte 2- bzw. 3-jährige Kind in einer Kindertageseinrichtung betreut wird, trifft dies in Ostdeutschland auf 85 % der Kinder in dieser Altersgruppe zu. → **Tab. 3b**

7.3.3 Wichtigkeit von Beziehungen

Wie wichtig Jugendlichen ihre Eltern, Familie und Freunde sind, unterscheidet sich nicht nur im Vergleich von Ost- und Westdeutschland, sondern verändert sich auch im Zeitverlauf. In Ost- und Westdeutschland stellt wenig überraschend die Mutter für Jugendliche die allerwichtigste Person dar: Mehr als 95 % aller Jugendlichen betrachten die Mutter als wichtig bis sehr wichtig für ihr Leben. → **Tab. 4**

Tab. 3b: Betreuungsformen von Kindern im dritten und vierten Lebensjahr

Betreuung durch ...	West	Ost
	in %	
(Ehe-) Partner	76	61
Vater (falls nicht im HH)	9	6
Großeltern	48	42
Geschwister	10	9
Anderer Verwandte	10	3
Tagesmutter	4	9
Kinderfrau	5	3
Krippe, KiGa, KiTa	26	85
Anderer	15	8
Nur durch Mutter	4	1

Datenbasis: SOEP 2005–2006, querschnittsgewichtet.

Interessanterweise steigt sowohl in Ost- wie Westdeutschland die Bedeutung des Vaters in den Zeiträumen von 2001 bis 2003 auf 2004 bis 2006 (Westdeutschland von 87 % auf 90 %, Ostdeutschland von 81 % auf 88 %). Aber auch der beste Freund oder die beste Freundin spielt mit rund 90 % eine ähnlich große Rolle in der Wichtigkeit der Beziehungen von Jugend-

lichen. Zwar geben rund 40 % der Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland an, (noch) keinen festen Freund oder feste Freundin zu haben, aber wenn eine feste Freundschaft vorhanden ist, so wird sie von rund 90 % der Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland als wichtig angesehen. Fragt man nach anderen Personen im Beziehungsnetzwerk von Jugendlichen, so folgen in Ost- und Westdeutschland Geschwister in der Wichtigkeit noch vor Mitgliedern einer Clique, der man angehört. Die vergleichsweise geringe Wichtigkeit von Lehrern bei Jugendlichen ist in West- und in Ostdeutschland im Untersuchungszeitraum etwas gesunken und liegt für den Zeitraum 2004 bis 2006 in Westdeutschland bei rund 16 % und in Ostdeutschland bei 12 %.

7.3.4 Qualität der Beziehung zu den Eltern

Vor dem Hintergrund, dass Mutter und Vater die wichtigsten Bezugspersonen für Jugendliche darstellen, ist auch von Interesse, in welchen konkreten Situationen die Eltern für Jugendliche eine besondere

Tab. 4: Wichtigkeit von Beziehungen bei Jugendlichen

	2001–2003		2004–2006	
	West	Ost	West	Ost
	»sehr wichtig« oder »wichtig« in %			
Mein Vater ¹	87	81	90	88
Meine Mutter	96	98	97	96
Mein Bruder/ meine Schwester ¹	88	85	88	89
Anderer verwandte Person	56	67	66	68
Mein fester Freund/ meine feste Freundin ¹	87	88	90	90
Mein bester Freund/ meine beste Freundin ¹	90	92	93	87
Ein Lehrer/eine Lehrerin	20	17	16	12
Meine Clique/ Gruppe der ich angehöre ¹	81	80	81	73
Eine sonstige Person ¹	48	51	49	44

Frage: Wie wichtig sind für Ihr Leben derzeit folgende Menschen?

¹ Bei diesen Antwortkategorien geben jeweils mehr als 5% der Befragten an, eine solche Person sei nicht in ihrem Umfeld vorhanden. Die jeweiligen Prozentsätze werden hier nicht gesondert ausgewiesen.

Datenbasis: SOEP 2001–2006, querschnittsgewichtet.

Tab. 5a: Jugendliche und ihre Beziehung zur Mutter

	Wie häufig kommt es vor, dass ...				
	Ihre Mutter Probleme anspricht	Ihre Mutter Ihnen Anerkennung zeigt	Ihre Mutter Ihnen Vertrauen zeigt	Ihre Mutter Ihnen Liebe zeigt	Sie sich mit Ihrer Mutter streiten
	»Sehr häufig« oder »häufig« in %				
Westdeutschland					
2001–2003	41	75	77	76	21
2004–2006	45	70	74	83	23
Ostdeutschland					
2001–2003	42	75	78	87	16
2004–2006	40	67	79	82	12

Datenbasis: SOEP 2001–2006, querschnittsgewichtet.

Rolle spielen. In West- wie Ostdeutschland gibt rund vier Fünftel aller Jugendlichen an, dass ihre Mütter ihnen häufig oder sehr häufig Liebe zeigen; in Westdeutschland steigt dieser Wert im beobachteten Zeitraum leicht an, während er in Ostdeutschland etwas sinkt. Dieses emotionale Verhältnis wird auch durch den zweiten Indikator »(sehr) häufig Vertrauen zeigen« bestätigt. Rund drei Viertel aller Mütter in West- wie Ostdeutschland bringen – im Urteil der Jugendlichen – ihren Kindern gegenüber Vertrauen auf. In Hinblick auf den Indikator »(sehr) häufig Anerkennung zeigen« zeigt sich in Ost- wie Westdeutschland ein vergleichbares Bild. Dass Mütter auf die Probleme der Jugendlichen aktiv eingehen, geben in West- wie Ostdeutschland rund 40 % an, während häufiger Streit in Ostdeutschland nur von einer Minderheit von deutlich weniger als 20 % berichtet wird. In

Westdeutschland liegt dieser Wert hingegen leicht über 20%. → Tab. 5a

Vergleicht man die Qualität der Beziehung der Jugendlichen zu ihren Müttern und zu ihren Vätern so zeigt sich, dass die Qualität der Beziehung zu den Vätern – an den hier verwendeten Indikatoren gemessen – nicht so gut ist wie die Qualität der Beziehung zu den Müttern. In West- wie Ostdeutschland geben deutlich weniger Jugendliche an, dass ihnen ihr Vater Liebe, Vertrauen oder Anerkennung zeigt: Die Anteile sind jeweils rund 10 Prozentpunkte niedriger als bei der entsprechenden Frage im Hinblick auf die Mütter. Lediglich bei der Häufigkeit von Streit zeigen sich keine entsprechenden Unterschiede; in Westdeutschland geben sogar weniger Jugendliche an, sich mit ihrem Vater zu streiten als mit ihrer Mutter.

→ Tab. 5b

Tab. 5b: Jugendliche und ihre Beziehung zum Vater

	Wie häufig kommt es vor, dass ...				
	Ihr Vater Probleme anspricht	Ihr Vater Ihnen Anerkennung zeigt	Ihr Vater Ihnen Vertrauen zeigt	Ihr Vater Ihnen Liebe zeigt	Sie sich mit Ihrem Vater streiten
	»Sehr häufig« oder »häufig« in %				
Westdeutschland					
2001–2003	28	62	71	67	15
2004–2006	30	61	67	68	17
Ostdeutschland					
2001–2003	29	59	68	66	15
2004–2006	29	54	69	63	15

Datenbasis: SOEP 2001–2006, querschnittsgewichtet.

7.3.5 Unterstützung in der Schule durch Mutter und Vater

Die Qualität der Beziehung zu den Eltern wird allerdings nicht nur durch »emotionale« Aspekte bestimmt, sondern auch durch konkrete Unterstützungsleistungen, die Eltern den Jugendlichen gegenüber aufbringen. Dabei kommt der Unterstützung der Eltern in schulischen Belangen eine besondere Bedeutung zu. In Westdeutschland geben 70 % der Jugendlichen und in Ostdeutschland 74 % der Jugendlichen an, dass sich die Eltern um Schulleistungen kümmern. Im Jahr 2004 bis 2006 geben 70 % in Westdeutschland und 85 % in Ostdeutschland an, dass die Eltern sie bei den Hausaufgaben unterstützen. Dabei ist bemerkenswert, dass dieser Anteil in Ostdeutschland über die betrachteten Zeiträume konstant ist, während er in Westdeutschland von 81 % auf 70 % zurückgegangen ist.

Etwas mehr als die Hälfte aller Jugendlichen in West- wie Ostdeutschland berichten von Problemen mit den Eltern wegen ihrer schulischen Leistungen. Als eine Strategie zur Lösung von Schulproblemen ist die Inanspruchnahme von Nachhilfe vor allem in Westdeutschland gestiegen. Lag der Anteil im Zeitraum von 2001 bis 2003 noch bei 30 %, so ist er für den Zeitraum von 2004 bis 2006 auf 38 % angestiegen. In Ostdeutschland liegt der Anteil derjenigen, die Nachhilfe in Anspruch nehmen, lediglich bei rund 15 % und hat sich über die Zeit kaum verändert. → Tab. 6

7.3.6 Einstellungen zu Partnerschaft und eigenen Kindern

Betrachtet man die Einstellungen der 16-jährigen Jugendlichen zur Partnerschaft, so zeigt sich, dass sich in Ost- wie Westdeutschland jeder Vierte in diesem Alter noch nicht auf die Entscheidung zwischen Partnerschaft und Alleinleben festlegen kann. Diejenigen, die eine klare Präferenz zum partnerschaftlichen Zusammenle-

ben haben, sind zwar deutlich in der Mehrzahl, aber der Anteil sinkt in Westdeutschland von 55 % (für die Periode 2001 bis 2003) auf 50 % (für die Periode 2004 bis 2006), während er in Ostdeutschland konstant bei 56 % liegt. Sowohl in West- als auch Ostdeutschland gibt nur ein sehr kleiner Anteil (deutlich

unter 5 %) von Jugendlichen an, alleine glücklicher leben zu können. → Tab. 7

Bei der Frage, ob man in Zukunft eigene Kinder braucht, um wirklich glücklich zu sein, sind Jugendliche in diesem Alter – wie bei der Frage zur Partnerschaft – in mehr als einem Viertel der Fälle noch un-

entschieden und können sich noch nicht festlegen. In den beiden betrachteten Zeiträumen geben etwa 35 % der Jugendlichen in Westdeutschland an, dass man Kinder braucht, um glücklich zu sein. In Ostdeutschland ist dieser Anteil im Vergleich der beiden betrachteten Zeiträume von 33 % auf 39 % gestiegen. In West- wie Ostdeutschland sind es weniger als 10 % der Jugendlichen, die von sich behaupten, ohne eigene Kinder glücklicher leben zu können. → Tab. 8

Tab. 6: Unterstützung von Schülern durch Eltern und andere außerschulische Angebote

	Bezahlte Nachhilfe erhalten	Eltern kümmern sich ziemlich bis sehr stark um Schulleistungen	Eltern unterstützen pers. bei Hausaufgaben u. Lernen ¹	Probleme mit den Eltern schulischer Leistungen
	in %			
Westdeutschland				
2001-2003	30	78	81	53
2004-2006	38	70	70	55
Ostdeutschland				
2001-2003	14	73	85	58
2004-2006	16	74	85	61

¹ Gezählt wurden Antworten, bei denen mindestens ein Elternteil Schularbeit unterstützt.

Datenbasis: SOEP 2001-2006, querschnittsgewichtet.

Tab. 7: Einstellung Jugendlicher zur Partnerschaft

	Man braucht einen Partner/ eine Partnerin	Man kann allein genauso glücklich leben	Man kann allein glücklicher leben	Unentschieden/ weiß nicht
	in %			
Westdeutschland				
2001-2003	55	19	3	23
2004-2006	50	24	3	24
Ostdeutschland				
2001-2003	56	17	4	23
2004-2006	57	17	1	25

Frage: Glauben Sie, dass man eine Partnerin / einen Partner braucht, um wirklich glücklich zu sein, oder glauben Sie, man kann alleine genauso glücklich oder glücklicher leben?

Datenbasis: SOEP 2001-2006, querschnittsgewichtet.

Tab. 8: Einstellung Jugendlicher zu Familie

	Man braucht eigene Kinder	Man kann ohne Kind genauso glücklich leben	Man kann ohne Kind glücklicher leben	Unentschieden/ weiß nicht
	in %			
Westdeutschland				
2001-2003	35	32	8	26
2004-2006	36	32	4	28
Ostdeutschland				
2001-2003	33	29	7	31
2004-2006	39	30	6	25

Frage: Glauben Sie, dass man eigene Kinder braucht, um wirklich glücklich zu sein, oder glauben Sie, man kann ohne ein eigenes Kind genauso glücklich oder glücklicher leben?

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

Datenbasis: SOEP 2001-2006, querschnittsgewichtet.

7.3.7 Zusammenfassung

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass für Kinder und Jugendliche Familienangehörige heute nach wie vor eine hohe Bedeutung haben und zwar sowohl in Hinblick auf direkte »Unterstützungsleistungen« als auch im Hinblick auf emotionale Werte. Eine weiterhin zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern, wird diese Tendenzen vermutlich nicht gravierend ändern. Vielmehr weist die Beschreibung der Lebenssituation von Kindern und die Einstellungen der Jugendlichen darauf hin, wie wichtig es ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es erlauben, dass beide Elternteile Familie und Beruf vereinbaren können. Dies heißt auch, dass Eltern neben der Erwerbstätigkeit Zeit für die Familie benötigen. Ein weiterer Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren in Westdeutschland ist demnach ebenso wichtig, wie familienfreundliche Arbeitszeiten für beide Elternteile bzw. beide Großeltern. Denn mit einem künftig zunehmenden Rentenalter wird es auch immer mehr Großeltern geben, die Familien- und Erwerbsarbeit miteinander verbinden werden. Kinder- und jugendbezogene Leistungen müssen verstärkt auf familienbezogene Maßnahmen im weiteren Sinne und im Sinne familienintegrierender Ansätze umgebaut werden; nur so können Lebenssituationen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, die ein erfolgreiches Heranwachsen und Erwachsenwerden ermöglichen.

7.4 Lebenssituation von Älteren

Heinz-Herbert Noll
Stefan Weick

Die Lebensbedingungen und Lebensqualität der älteren Bevölkerung rücken um so stärker in den Mittelpunkt des Interesses, je größer der Anteil der Bevölkerung ist, der sich in dieser Phase des Lebenszyklus befindet und desto mehr Lebenszeit jeder Einzelne in der Phase des Ruhestands und des »Lebensabends« verbringt. Im Vergleich zu 1970 hat sich die weitere mittlere Lebenserwartung eines bzw. einer 60-Jährigen in Westdeutschland mittlerweile um rund fünf Jahre auf 21 Jahre bei den Männern und 24 Jahre bei den Frauen verlängert. In Ostdeutschland ist die Lebenserwartung ebenfalls deutlich gestiegen und hat sich zunehmend den westdeutschen Werten angenähert. Informationen zur Qualität des Lebens im Alter im Allgemeinen sowie der Qualität der zusätzlich gewonnenen Jahre im Besonderen sind daher gerade auch für die Gesellschaftspolitik von wachsender Bedeutung.

Gestützt auf ausgewählte Indikatoren untersucht der vorliegende Beitrag, wie sich die Lebenssituation und Lebensqualität im Alter im Vergleich zu der jüngeren Erwachsenenpopulation darstellen und über die Zeit verändern. Von besonderem Interesse ist zudem, wie sich Lebenssituation und Lebensqualität von jüngeren und älteren Alten unterscheiden. Der Fokus der Betrachtung richtet sich auf verschiedene Aspekte von Haushalt und Partnerschaft, Lebensstandard und Mobilität, den Gesundheitszustand sowie das subjektive Wohlbefinden.

In diesem Beitrag wird für die auf das Jahr 2006 bezogenen Analysen eine Altersklassifizierung verwendet, die innerhalb der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren fünf Altersgruppen von jüngeren Alten, älteren Alten und Hochbetagten unterscheidet sowie die unter 60-Jährigen als Vergleichsgruppe umfasst. Auf-

grund der geringeren Stichprobengröße von früheren SOEP-Erhebungen muss für Zeitvergleiche eine weniger differenzierte, lediglich zwei Gruppen von Alten unterscheidende Altersklassifikation (60 bis 74 und 75 bis 99 Jahre) verwendet werden.

7.4.1 Familien- und Haushaltssituation

Partnerschaft und Haushaltskonstellation sind zweifellos Faktoren, die das Leben im Alter entscheidend prägen und mit zunehmendem Alter drastischen Verände-

Tab. 1: Familienstand, Partnerschaft und Haushaltsgröße nach Altersgruppen

	17-59 Jahre	60-64 Jahre	65-69 Jahre	70-74 Jahre	75-79 Jahre	80+ Jahre
	in %					
Westdeutschland						
Familienstand						
Ledig	35	7	6	5	4	6
Verheiratet	55	73	69	62	55	30
Geschieden	10	10	11	6	5	7
Verwitwet	1	10	13	27	36	57
Lebensform						
Verheiratet, zus. lebend	52	71	68	60	54	29
Verheiratet, getr. lebend	3	2	1	2	1	1
Unverheiratet, zus. lebend	12	3	3	2	2	1
Unverheiratet, Partner nicht im gleichen Haushalt lebend	12	4	4	6	3	2
Ohne Partner	21	20	23	29	40	67
Haushaltsgröße						
1-Personen-Haushalte	17	23	26	36	41	64
2-Personen-Haushalte	28	60	66	60	56	33
3- und Mehr-Personen-Haushalte	55	18	8	4	4	4
Ostdeutschland						
Familienstand						
Ledig	41	6	2	3	2	4
Verheiratet	44	77	71	68	51	32
Geschieden	13	11	9	9	6	5
Verwitwet	1	6	18	20	41	59
Lebensform						
Verheiratet, zusammen lebend	42	73	70	68	51	32
Verheiratet, getrennt lebend	3	4	1	0	0	0
Unverheiratet, zus. lebend	18	7	4	2	11	8
Unverheiratet, Partner nicht im gleichen Haushalt lebend	13	1	2	3	5	1
Ohne Partner	24	15	23	28	34	59
Haushaltsgröße						
1-Personen-Haushalte	18	19	25	30	38	55
2-Personen-Haushalte	28	72	70	68	61	43
3- und Mehr-Personen-Haushalte	54	9	5	3	1	3

Datenbasis: SOEP 2006.

rungen unterworfen sind. Während rund 70 % der 60- bis 64-Jährigen mit einem Ehepartner zusammen leben, ist das unter den 75 bis 79-Jährigen nur noch bei ca. 50 % und bei den 80-Jährigen und Älteren gar nur noch bei etwa 30 % der Fall. Entsprechend nimmt der Anteil der Verwitweten mit steigendem Alter rasch zu. Der Anteil der Geschiedenen ist in der älteren Bevölkerung derzeit noch vergleichsweise gering, weist aber im Zeitverlauf eine steigende Tendenz auf. In Westdeutschland leben nur geringe Anteile der alten Bevölkerung mit einem Partner unverheiratet zusammen, in Ostdeutschland erreicht der Anteil in der Gruppe der 75 bis 79-Jährigen ein Maximum von immerhin 11 %. Auch Partnerschaften mit nicht im eigenen Haushalt lebenden Personen spielen in der hier betrachteten Bevölkerungsgruppe nur eine unwesentliche Rolle. Während in der Gruppe der 60 bis 64-Jährigen noch rund 80 % über einen Ehe- oder sonstigen

Partner verfügen, sind unter den 80-Jährigen und Älteren in Westdeutschland zwei Drittel und in Ostdeutschland rund 60 % ganz ohne Partner. → Tab.1

Die alterstypischen Veränderungen des Familienstandes und der Partnerschaftssituation manifestieren sich auch in der Größe der Haushalte und deren Veränderung mit steigendem Alter: Während sich der Anteil der 1-Personen-Haushalte bei den 60- bis 64-Jährigen mit 23 % (Ost: 19 %) noch kaum vom Durchschnitt der jüngeren Bevölkerung unterscheidet, steigt der Anteil der 1-Personen-Haushalte über 41 % (Ost: 38 %) bei den 75- bis 79-Jährigen auf nahezu zwei Drittel bei den 80-Jährigen und Älteren (Ost: 55 %). Drei- und Mehr-Personen-Haushalte bilden heute – bei abnehmender Tendenz – nur noch für eine Minderheit der Altenbevölkerung den Lebenskontext und spielen im höheren Lebensalter kaum noch eine Rolle.

7.4.2 Lebensstandard und Mobilität

Verwendet man die relative Einkommensposition, ein Maß, dass das eigene Einkommen – berechnet als Haushaltsäquivalenzeinkommen – in Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringt, als zusammenfassenden Indikator für den Lebensstandard, ergibt sich für die ältere Bevölkerung eine vergleichsweise günstige Situation: Bezogen auf den Einkommensdurchschnitt der Bevölkerung in Gesamtdeutschland nehmen die 60- bis 64-jährigen Westdeutschen mit einem Wert von 118 % die günstigste Position ein. Für die ältere Bevölkerung verschlechtert sich die relative Einkommensposition mit zunehmendem Alter bis auf 96 % bei den 80-Jährigen und Älteren, was zum Teil auf die geringeren Versorgungsansprüche von verwitweten Frauen zurückzuführen sein dürfte. In Ostdeutschland verfügen die 60-Jährigen und Älteren dagegen über 82 bis 88 % des gesamtdeutschen durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens. Ihre Einkommensposition ist damit teilweise sogar etwas besser als die der Erwachsenenbevölkerung der unter 60-Jährigen.. → Tab.2

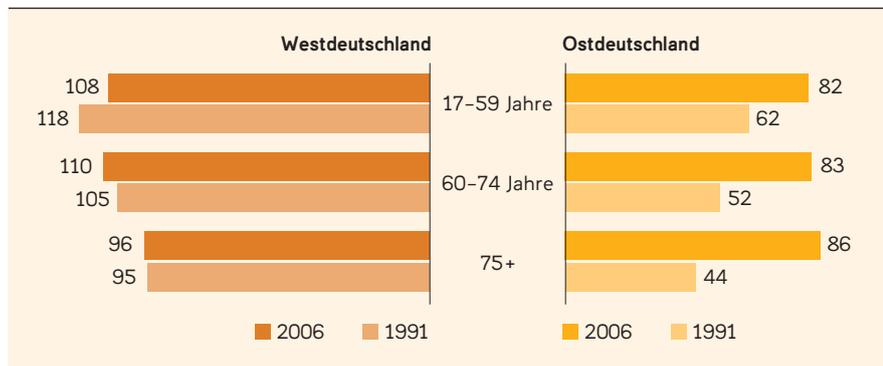
Tab. 2: Relative Einkommensposition nach Altersgruppen

	17-59 Jahre	60-64 Jahre	65-69 Jahre	70-74 Jahre	75-79 Jahre	80+
	Arithmetisches Mittel					
Gesamt	103	111	102	98	95	94
Westdeutschland	108	118	106	102	97	96
Ostdeutschland	82	82	86	81	88	83

Gesamtdeutschland = 100 (arithmetisches Mittel).

Datenbasis: SOEP 2006.

Abb. 1: Relative Einkommenspositionen verschiedener Altersgruppen, Arithm. Mittel



Datenbasis: SOEP 1991/2006.

Gesamtdeutschland = 100 (arithmetisches Mittel).

Die vorteilhafte Einkommenssituation der älteren Bevölkerung in Ostdeutschland kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man ihre relative Einkommenssituation am Durchschnittseinkommen der ostdeutschen Bevölkerung bemisst. Relativ zum ostdeutschen Durchschnitt erreicht das Einkommen der 60- bis 74-Jährigen 103 %, das der ältesten Gruppe sogar 106 % (tabellarisch nicht ausgewiesen). Eindeutig als Gewinner der Transformationsprozesse nach der deutschen Wiedervereinigung erweist sich die ältere ostdeutsche Bevölkerung, wenn man die relative Einkommensposition im Vergleich mit 1991 betrachtet. Damals erreichten die 60- bis 74-Jährigen 89 % und die 75- bis 99-Jährigen lediglich 73 % des durchschnittlichen ostdeutschen Äquivalenzeinkommens. Gemessen am gesamtdeutschen

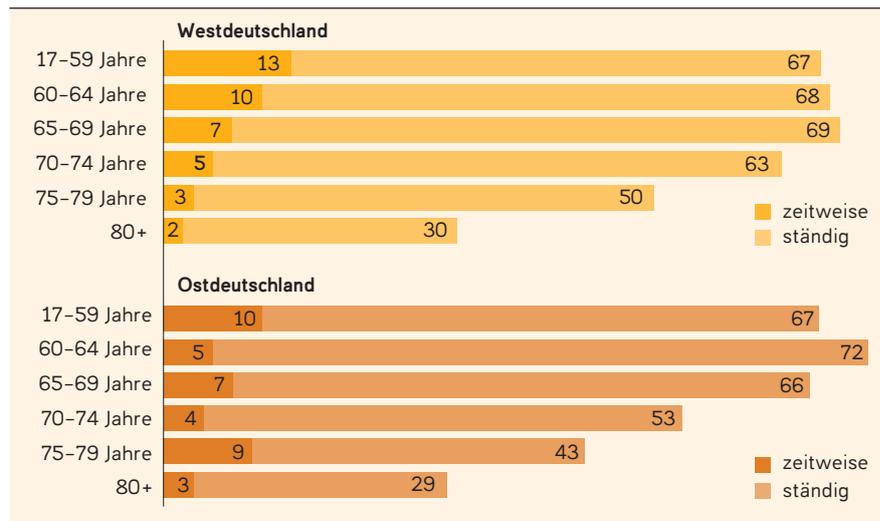
Durchschnittseinkommen haben sich die 60- bis 74-jährigen Ostdeutschen sogar von 52 % auf 83 % und die 75-Jährigen und Älteren von 44 % auf 86 % verbessert. Aber auch in Westdeutschland hat die ältere Bevölkerung ihre relative Einkommensposition im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte leicht verbessert. → **Abb. 1**

Die alltägliche Mobilität steht und fällt in hohem Maße – insbesondere außerhalb der Städte – mit der Verfügbarkeit über einen PKW. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, nimmt der Anteil derjenigen, die regelmäßig über einen eigenen PKW verfügen und insofern in ihren Mobilitätsmöglichkeiten nicht eingeschränkt sind, erwartungsgemäß mit steigendem Alter kontinuierlich ab, in Westdeutschland von 69 % (Ostdeutschland 66 %) bei den 65- bis 69-Jährigen auf etwa 50 % (Ostdeutschland 43 %) bei den 75- bis 79-Jährigen und auf 30 % (Ostdeutschland 29 %) bei den 80-Jährigen und Älteren. → **Abb. 2**

7.4.3 Gesundheitszustand und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen

Mehr als in jeder anderen Phase des Lebenszyklus wird die Lebensqualität im Alter vom individuellen Gesundheitszustand und den aus physischen und psychischen Krankheiten resultierenden Beeinträchtigungen des Aktivitätspotentials und des subjektiven Wohlbefindens bestimmt. Dementsprechend messen ältere Menschen der Gesundheit auch subjektiv eine herausragende Bedeutung bei. Körperliche Gebrechen und dauerhafte Behinderungen, aber auch psychische Symptome nehmen in der Regel mit dem Alter zu und führen zu nachhaltigen Verschlechterungen der Lebenssituation in vielfacher Hinsicht, bis hin zur Pflegebedürftigkeit vor allem bei den Hochbetagten, von der ca. 30 % der Bevölkerung im Alter von 80 Jahren und darüber betroffen sind.

Abb. 2: Verfügbarkeit über PKW in verschiedenen Altersgruppen 2005, in %



Datenbasis: SOEP 2005.

Tab. 3a: Gesundheitszustand, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen nach Altersgruppen

Westdeutschland	17-59 Jahre	60-64 Jahre	65-69 Jahre	70-74 Jahre	75-79 Jahre	80+
	in %					
Gesundheitszustand gegenwärtig						
Sehr gut	12	6	4	5	1	2
Gut	43	32	27	24	15	13
Zufriedenstellend	31	40	41	41	46	39
Weniger gut	10	16	21	21	28	33
schlecht	3	6	8	9	10	14
Beeinträchtigung beim Treppensteigen						
Stark	5	13	20	24	31	51
Ein wenig	24	44	43	48	53	37
Gar nicht	71	43	38	28	16	12
Beeinträchtigung bei anstrengenden Tätigkeiten						
Stark	8	21	27	33	39	58
Ein wenig	30	46	46	49	51	34
Gar nicht	62	33	28	19	10	9
Niedergeschlagen in den letzten 4 Wochen	17	11	12	15	13	19
Starke körperliche Schmerzen in den letzten 4 Wochen	11	17	22	22	22	35
Einschränkung soz. Kontakte wegen Gesundheit	7	7	8	9	14	20
Arztbesuche in letzten 3 Monaten	62	73	81	89	86	89
Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr	9	14	16	19	24	25

Datenbasis: SOEP 2006.

Tab. 3b: Gesundheitszustand, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen nach Altersgruppen

Ostdeutschland	17-59 Jahre	60-64 Jahre	65-69 Jahre	70-74 Jahre	75-79 Jahre	80+
	in %					
Gesundheitszustand gegenwärtig						
Sehr gut	12	2	1	0	1	3
Gut	45	27	24	16	19	8
Zufriedenstellend	30	45	46	40	38	45
Weniger gut	11	20	20	32	28	23
Schlecht	3	5	10	13	15	22
Beeinträchtigung beim Treppensteigen						
Stark	5	19	22	26	34	51
Ein wenig	30	55	47	58	50	40
Gar nicht	65	27	31	16	15	9
Beeinträchtigung bei anstrengenden Tätigkeiten						
Stark	9	24	27	37	38	56
Ein wenig	37	59	50	52	53	42
Gar nicht	55	18	22	12	10	3
Niedergeschlagen in den letzten 4 Wochen	19	13	12	16	12	28
Starke körperliche Schmerzen in den letzten 4 Wochen	10	21	23	24	30	37
Einschränkung sozialer Kontakte wegen Gesundheit	7	6	7	9	15	24
Arztbesuche in letzten 3 Monaten	60	80	88	92	92	92
Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr	10	16	14	26	28	36

Datenbasis: SOEP 2006.

Vor allem gesundheitsbedingte Beeinträchtigungen von Alltagsaktivitäten führen vielfach zu unmittelbaren Lebensqualitätseinbußen. Während sich z. B. in Westdeutschland fast drei Viertel aller 17- bis 59-Jährigen (Ostdeutschland 65 %) durch ihren Gesundheitszustand beim Treppensteigen gar nicht beeinträchtigt fühlen, sinkt dieser Anteil bereits auf 43 % bei den 60- bis 64-Jährigen (Ostdeutschland 27 %) und sogar bis auf lediglich 12 % (Ostdeutschland 9 %) bei den 80-Jährigen und Älteren, von denen jeder Zweite angibt, beim Treppensteigen sehr stark beeinträchtigt zu sein. Ganz ähnlich nimmt auch der Anteil derjenigen, die angeben, bei anstrengenden Tä-

tigkeiten durch ihren Gesundheitszustand nicht beeinträchtigt zu sein, mit steigendem Alter rasch ab. Gesundheitsbedingte Einschränkungen sozialer Kontakte werden in relevantem Umfang erst im höheren Alter berichtet, in Westdeutschland von 14 % (Ostdeutschland 15 %) der 75- bis 79-Jährigen sowie 20 % (Ostdeutschland 24 %) der Hochbetagten. → Tab. 3a, 3b

Darüber hinaus kann die Lebensqualität aber auch durch Symptome körperlicher und psychischer Krankheiten stark beeinträchtigt werden, die ebenfalls mit steigendem Alter zunehmen: Niedergeschlagenheit ist offenbar eine Beeinträchtigung des Wohlbefindens, von dem im höheren

Alter bis zu einem knappen Fünftel der Befragten betroffen sind (im Osten mit 28 % mehr als ein Viertel), die aber andererseits auch in der jüngeren Bevölkerung in nennenswertem Umfang verbreitet ist und hier sogar geringfügig häufiger vorkommt als bei den jüngeren Alten. Dagegen ist das Erleiden starker körperlicher Schmerzen, das von etwa einem Drittel der über 80-Jährigen berichtet wird, ein Symptom, das in West- und Ostdeutschland mit zunehmendem Alter gleichermaßen an Verbreitung gewinnt.

Dass sich der Gesundheitszustand mit zunehmendem Alter im Allgemeinen verschlechtert, wird durch eine Vielzahl von Indikatoren belegt. Allerdings finden sich Hinweise darauf, dass der durch das Alter bedingte Anstieg der Gesundheitskosten offenbar geringer ist als vielfach angenommen und behauptet wurde. Beide hier verwendeten Indikatoren der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen steigen mit dem Alter jedoch deutlich an: Der Anteil derjenigen, die angeben, in den letzten drei Monaten einen Arzt aufgesucht zu haben, steigt in Westdeutschland von 73 % (Ostdeutschland 80 %) bei den 60- bis 64-Jährigen auf 89 % (Ostdeutschland 92 %) bei den 80-Jährigen und Älteren, beträgt aber lediglich 62 % (Ostdeutschland 60 %) in der Vergleichsgruppe der jüngeren Bevölkerung. Ein ähnlicher Zusammenhang mit dem Alter ist festzustellen, wenn man die »Krankenhausaufenthalte im letzten Jahr« betrachtet, was auf etwa jeden vierten 80-Jährigen und Älteren in Westdeutschland zutrifft, gegenüber etwa jedem Achten im Alter von 60 bis 69 Jahren und lediglich jedem zehnten 17- bis 59-Jährigen. In Ostdeutschland berichtet jeweils ein größerer Anteil von einem Krankenhausaufenthalt als in den westlichen Bundesländern.

7.4.4 Subjektives Wohlbefinden

Die mit dem Alterungsprozess einhergehenden Gesundheitsbeeinträchtigungen

manifestieren sich nicht zuletzt auch in der subjektiven Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes und in der Zufriedenheit mit der Gesundheit: Während in West- wie in Ostdeutschland etwa 13 % der 17- bis 59-Jährigen ihren Gesundheitszustand als »weniger gut« oder »schlecht« bezeichnen, gilt das für gut 40 % der 75- bis 79-Jährigen sowie für die Hälfte der über 80-Jährigen. Auch die

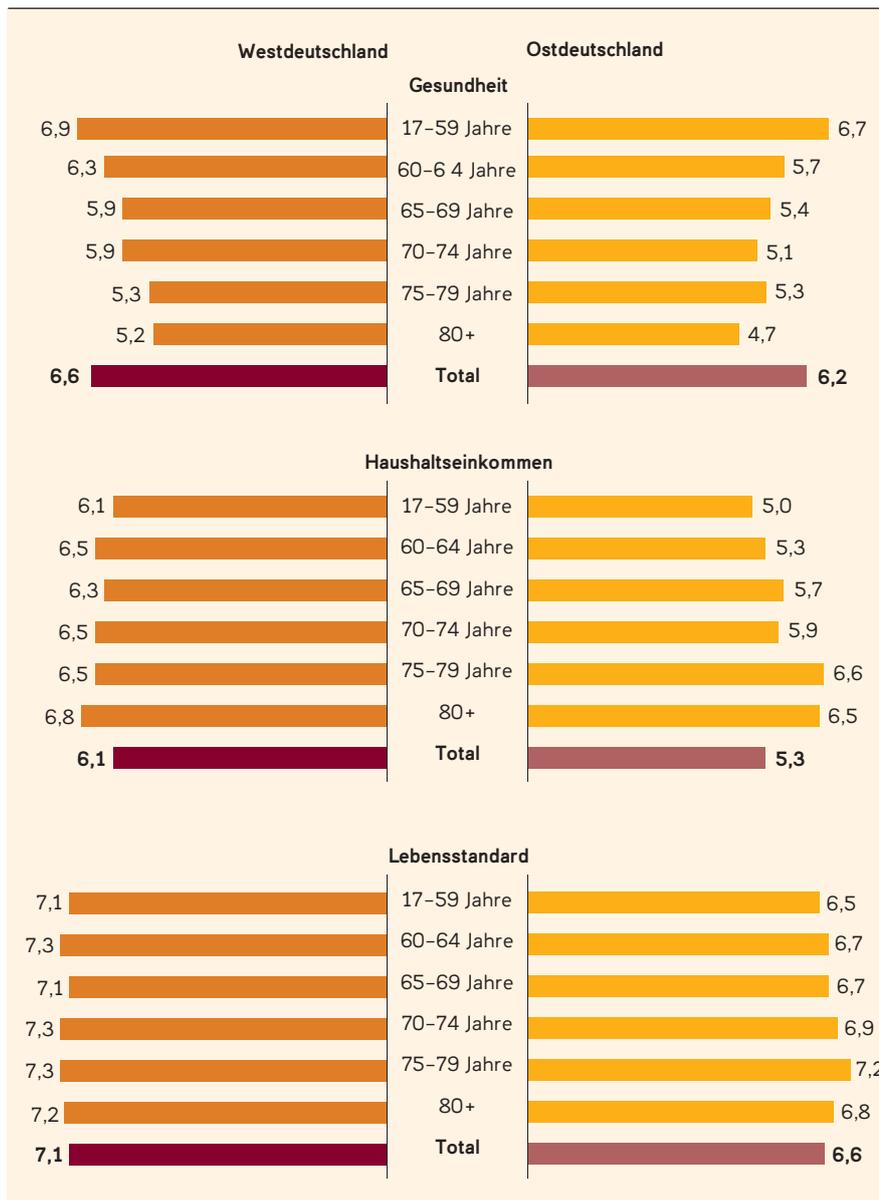
Zufriedenheit mit der Gesundheit nimmt mit steigendem Alter deutlich ab: In Westdeutschland erreicht sie bei den 60- bis 64-Jährigen einen Wert von 6,3 auf einer von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala, gegenüber einem Wert von 6,9 bei den 17- bis 59-Jährigen und geht bei den über 80-Jährigen bis auf 5,2 zurück. In Ostdeutschland sind die Zufriedenheits-

differenzen zwischen den Altersgruppen noch drastischer. Die Differenz in der Gesundheitszufriedenheit zwischen den über 80-Jährigen (4,7) und dem Durchschnitt der 17- bis 59-Jährigen (6,7) beträgt hier sogar zwei volle Skalenpunkte. → **Abb. 3**

Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist gerade für ältere Menschen ein Aspekt, der das subjektive Wohlbefinden wesentlich mitbestimmt, stellt dabei aber dennoch nur eine Komponente neben anderen dar. Deutlich zufriedener als mit ihrer Gesundheit sind ältere Menschen mit ihrem Haushaltseinkommen. Das entspricht ihrer – bereits festgestellten – vergleichsweise günstigen faktischen Einkommenssituation und materiellen Lage. Die Population der 60-Jährigen und Älteren ist mit ihrem Haushaltseinkommen im Vergleich mit der jüngeren Bevölkerung überdurchschnittlich zufrieden. Am zufriedensten sind in Westdeutschland die über 80-Jährigen mit einem Wert von 6,8 auf der von 0 bis 10 reichenden Skala gegenüber 6,5 bei den 60- bis 64-Jährigen. In Ostdeutschland – wo die Differenzen zwischen den Altersgruppen besonders ausgeprägt sind – äußern sich 75- bis 79-Jährige am zufriedensten (6,6), dagegen liegt das Zufriedenheitsniveau bei den 60- bis 64-Jährigen bei einem Wert von nur 5,3. → **Abb. 3**

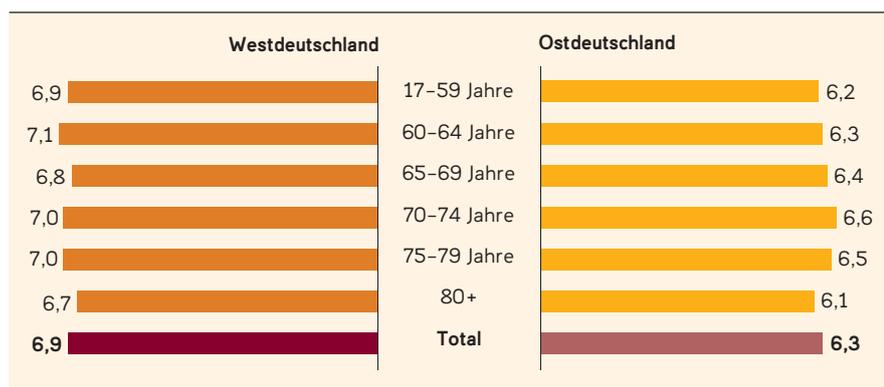
Während die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen in Westdeutschland im Vergleich zu 1992 in allen unterschiedenen Altersgruppen um mehr als 0,5 Skalenpunkte abgenommen hat, ist in Ostdeutschland in diesem Zeitraum ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der sich in der ältesten Altersgruppe auf mehr als einen Skalenpunkt beläuft. Die für die ältere ostdeutsche Bevölkerung besonders ausgeprägten absoluten und relativen Einkommensverbesserungen schlagen sich auch in deutlichen Zufriedenheitsgewinnen nieder. Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ist über die meisten Altersgruppen hinweg – in West- und Ostdeutschland – noch höher als die mit dem Einkommen. In Westdeutschland finden

Abb. 3: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensaspekten nach Altersgruppen, Durchschnitt auf einer Skala von 0–10



Datenbasis: SOEP 2006.

Abb. 4: Lebenszufriedenheit nach Altersgruppen, Durchschnitt auf einer Skala von 0-10



Datenbasis: SOEP 2006.

sich hier auch nur geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen und kaum Veränderungen über die Zeit. Auch in Ostdeutschland sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen nicht sehr ausgeprägt. Allerdings hat in Ostdeutschland die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard zwischen 1992 und 2006 deutlich zugenommen. → Tab. 4

Die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wird vielfach als ein globaler, viele einzelne Aspekte und Facetten der Lebensumstände und des Lebensverlaufs zusammenfassend bilanzierender Indikator für das subjektive Wohlbefinden verwendet. Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, unterscheidet sich die Lebenszufriedenheit der älteren Bevölkerung entgegen der all-

gemeinen Erwartung kaum von jüngeren Altersgruppen. Eine geringfügig unter dem durchschnittlichen Niveau liegende Zufriedenheit ist allenfalls für die Hochbetagten im Alter von 80 Jahren und darüber zu beobachten. Im Zeitverlauf ist für Westdeutschland ein leichter Rückgang der Lebenszufriedenheit für sämtliche Altersgruppen zu beobachten, in Ostdeutschland eine weitgehende Konstanz in der älteren Bevölkerung sowie ein geringfügiger Anstieg bei den 17- bis 59-Jährigen. → Abb. 4

Weitergehende, multivariate Analysen zu den Wirkungen und Einflussstärken ausgewählter Merkmale der Lebensumstände auf die Lebenszufriedenheit führen zu einigen bemerkenswerten Einsichten: Zunächst bestätigt sich die Erwartung, dass sich der Gesundheitszustand – gemessen über dessen subjektive Einschätzung – massiv auf die Lebenszufriedenheit auswirkt und die Stärke dieses Einflusses mit dem Lebensalter noch zunimmt. Daraus folgt gleichzeitig auch, dass die Zufriedenheit mit dem Leben ceteris paribus mit dem Alter sogar zunimmt, wenn Verschlechterungen des Gesundheitszustandes außer Acht gelassen werden. Wie nicht anders zu erwarten, mindert auch die Tatsache der Pflegebedürftigkeit – von der weit überwiegend ältere Alte betroffen sind – die Lebenszufriedenheit nachhaltig.

Tab. 4: Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensaspekten nach Altersgruppen und im Zeitvergleich

Westdeutschland	1984			1992			2006		
	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75+	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75+	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75+
	Mittelwert								
Zufriedenheit mit...									
Gesundheit	7,3	5,6	5,1	7,1	5,8	5,0	6,9	6,0	5,2
HH-Einkommen	6,3	6,8	6,8	6,6	6,8	6,9	6,1	6,4	6,6
Lebensstandard	-	-	-	7,1	7,1	7,0	7,1	7,3	7,2
Lebenszufriedenheit	7,4	7,5	7,2	7,3	7,3	7,0	6,9	7,0	6,8

Ostdeutschland	1992			2006		
	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75+	17-59 Jahre	60-74 Jahre	75+
	Mittelwert					
Zufriedenheit mit...						
Gesundheit	7,0	5,5	4,4	6,7	5,4	5,0
HH-Einkommen	4,8	5,1	5,3	5,0	5,6	6,5
Lebensstandard	5,7	5,8	5,6	6,5	6,8	7,0
Lebenszufriedenheit	6,0	6,4	6,1	6,2	6,4	6,3

Datenbasis: SOEP 1984, 1992, 2006.

7.4.5 Zusammenfassung

Alles in allem machen die Ergebnisse deutlich, dass sich ältere Menschen in ihrer Lebensqualität in vielfacher Hinsicht – wenn auch nicht durchgängig und nicht nur negativ – von jüngeren unterscheiden. Insbesondere hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer materiellen Verhältnisse geht es der älteren Bevölkerung in Deutschland derzeit vergleichsweise gut. Deutliche Verbesserungen ihrer absoluten und relativen Einkommensposition haben insbesondere die höheren Altersgruppen in den östlichen Bundes-

ländern erfahren, was sich auch in ihrem subjektiven Wohlbefinden niederschlägt. Die aus gesellschaftspolitischer Sicht besonders interessierenden Defizite in der Lebensqualität älterer Menschen im Vergleich zu jüngeren Bevölkerungsgruppen betreffen vor allem die immateriellen Aspekte des Lebens. Deutliche Einbußen in der Lebensqualität stellen sich insbesondere bei den älteren Alten, d. h. den Altersgruppen ab 70 Jahren, ein, die sich von den jüngeren Alten hinsichtlich einer Vielzahl der verwendeten Indikatoren negativ unterscheiden.

Für manche Beobachter überraschend ist die auch im hohen Lebensalter nur unwesentlich sinkende Zufriedenheit mit

dem Leben insgesamt. In der Gesamtbilanz der Lebenszufriedenheit werden die im höheren Lebensalter negativ zu Buche schlagenden Aspekte – wie z. B. Beeinträchtigungen der Gesundheit – offenbar durch positiv bewertete Wohlfahrtskomponenten – wie z. B. eine im Durchschnitt vergleichsweise günstige materielle Lage – wenigstens teilweise kompensiert. Dass es älteren Menschen in der Regel anscheinend gelingt, das Niveau ihres subjektiven Wohlbefindens weitgehend aufrechtzuerhalten, mag darüber hinaus jedoch auch auf Prozesse der Anpassung und der Revision von Wertorientierungen, d. h. der Reduzierung von Erwartungen und der Abwertung von in früheren Phasen des

Lebenszyklus wichtigeren und der Höherbewertung von in früheren Lebensphasen weniger wichtigen Aspekten zusammenhängen. Auch wenn die vielfach gestellte Frage, ob die durch eine steigende Lebenserwartung gewonnenen Jahre lebenswert seien, pauschal kaum beantwortet werden kann, ist offensichtlich, dass ihre Qualität mit dem Gesundheitsstatus steht und fällt.

7.5 Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen in Deutschland

Ingrid Tucci

Mit der Berufung der Zuwanderungskommission wurde ab dem Jahre 2000 die Anerkennung Deutschlands als Zuwanderungsland offiziell. Die Bundesrepublik steht faktisch seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges großen Zuwanderungswellen gegenüber mit der Folge, dass sich Menschen aus verschiedenen Ländern der Welt hier niedergelassen haben. Neben den so genannten Gastarbeitern aus der Türkei, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und den Ländern des damaligen Jugoslawiens sind nach dem Fall der Mauer viele Spätaussiedler aus Rumänien, Polen und den Gebieten der GUS-Staaten nach Deutschland übersiedelt. Anfang der 1990er Jahre stellten viele Flüchtlinge aus den durch Krieg gezeichneten Balkan-Gebieten Asylanträge in Deutschland. So wurden 1995 20 % der Asylersanträge von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und 2006 20 % der Asylersanträge von Flüchtlingen aus dem Irak und der Türkei gestellt.

Nach den Daten des Mikrozensus 2006 leben in Deutschland 15,1 Mill. Menschen mit Migrationshintergrund, entweder weil sie selbst zugewandert sind oder

weil sie in Migrantenfamilien in Deutschland aufgewachsen sind. Die Anzahl der Migrantenachkommen wird auf ca. 4,3 Mill. geschätzt. Davon sind etwa 1,8 Mill. in Deutschland geboren, besitzen jedoch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Insgesamt haben 18,4 % der Bevölkerung in Deutschland einen direkten bzw. indirekten Migrationshintergrund. Spätaussiedler und ihre Familien machen die größte Zuwanderergruppe aus, gefolgt von den türkischen bzw. den italienischen Migranten und deren Kindern. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die im Januar 2000 in Kraft trat, wurden Elemente des »ius soli«, d. h. des Territorialprinzips, in das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht eingeführt. So wurden zwischen 2000 und 2006 knapp über eine Million Menschen eingebürgert. Die Personen türkischer Herkunft bildeten in diesen Jahren die größte Gruppe unter den Eingebürgerten.

Migranten und ihre Nachkommen nehmen in unterschiedlicher Weise am Leben der deutschen Gesellschaft teil. Dies hängt sowohl von ihrem rechtlichen Aufenthaltsstatus als auch von ihrem sozialen Status ab. So sind zum Beispiel Mi-

grantenfamilien aus den Rekrutierungsländern stark durch ihre soziale Herkunft aus Arbeiterfamilien geprägt. Spätaussiedler sind – je nachdem aus welchem Land sie kommen – unterschiedlich gut ausgebildet. So verfügen Spätaussiedler aus Polen zum Beispiel über bessere deutsche Sprachkenntnisse als solche aus Ländern der damaligen Sowjetunion, die dort als Minderheit ihre Sprache offiziell nicht sprechen durften. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist daher sehr heterogen. Insofern ist es sinnvoll verschiedene Herkunftsgruppen zu unterscheiden: Die (Spät-)aussiedler, die Zuwanderer aus der Türkei, die Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbestaaten, die heute zur EU gehören (Italien, Spanien, Griechenland, Portugal) sowie die Zuwanderer aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Zusätzlich wurde die Kategorie »Migrantenachkommen« gebildet. Im Folgenden wird die Lebenssituation dieser Gruppen in den Jahren 2001 und 2006, auch im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung auf Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht. Folgende Lebensbereiche werden betrachtet: Allgemeine Lebensbedingungen, Bildungssituation, Beschäftigungsstruktur und soziale Integration. Die Analysen beziehen sich auf die neuen und auf die alten Bundesländer. 

7.5.1 Ausgewählte Merkmale der Lebensbedingungen

Betrachtet man zunächst lebensformenspezifische Indikatoren, so sind bereits einige Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen erkennbar. Personen mit Migrationshintergrund sind sowohl 2001 als auch 2006 häufiger verheiratet. Deutsche (22 %) leben 2006 häufiger in Part-

Die Lebenssituation von vier Herkunftsgruppen wird dargestellt: Die (Spät-)aus-siedler, die Zuwanderer aus der Türkei, die Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbestaaten, die heute zur EU gehören (Italien, Spanien, Griechenland, Portugal) sowie die Zuwanderer aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Diese Gruppen enthalten nicht nur Zuwanderer, die eine direkte Migrationserfahrung haben, sondern auch Ausländer oder Eingebürgerte, die in Deutschland geboren wurden. Insofern wird hier zum Teil auch der Begriff »Personen mit Migrationshintergrund« verwendet. Die Situation der Nachkommen von Migranten wird in einigen Abschnitten gesondert dargestellt. Dabei werden Ergebnisse für die gesamte Gruppe der Migrantenachkommen präsentiert oder die Analyse beschränkt sich auf die beiden größten Gruppen der Nachkommen türkischer Migranten und Nachkommen der (Spät-)Aussiedler. Bei den Migrantenachkommen handelt es sich um die 16- bis 45-Jährigen, die entweder schon in Deutschland geboren wurden oder die als Minderjährige nach Deutschland zugewandert sind und in Deutschland die Schule besucht haben.



Tab. 1: Ausgewählte Merkmale der Lebenssituation von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
	2001	2006	der Türkei		Südwesteuropa		dem ehemaligen Jugoslawien		2001	2006
			2001	2006	2001	2006	2001	2006		
	in %									
Familienstand										
Verheiratet	54	52	77	79	65	68	68	62	62	58
In Partnerschaft	19	22	7	6	13	10	9	17	12	15
Ledig	14	13	12	12	17	16	15	15	13	14
Geschieden	5	5	3	2	2	3	4	4	4	5
Verwitwet	9	7	0	1	3	4	3	2	8	8
Nationalität										
In Deutschland geboren	-	-	17	20	19	28	12	18	0	0
Deutsche Nationalität	-	-	8	15	4	5	11	15	98	98
Armutgefährdungsquote (60 % des Medianeinkommens)										
	11	16	24	26	11	15	33	32	23	21
	Mittelwert									
Aufenthaltsdauer in Deutschland (in Jahren)	-	-	21	24	27	34	21	25	15	18
Monatliches Haushaltsäquivalenzeinkommen (in EUR)	1537	1678	1020	1135	1348	1479	1095	1060	1230	1320
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,4	2,4	4,0	3,9	3,3	3,3	3,0	3,0	2,9	2,8
Wohnfläche pro Person	46,4	48,4	24,2	24,6	31,0	33,4	28,1	34,6	34,2	36,9

Datenbasis: SOEP 2001 und 2006.

nerschaften als Zuwanderer und Aussiedler. Dies deutet auf eine gewisse Stabilität der Familiensituation der Migranten hin. Dabei finden sich die höchsten Heiratsquoten bei Migranten aus der Türkei und aus Südwesteuropa, was auf die Wichtigkeit traditioneller Partnerschaftsformen hinweist. Diese beiden Zuwanderergruppen leben auch in größeren Haushalten als die anderen betrachteten Gruppen. Zwischen 2001 und 2006 ist der Anteil der deutschen Staatsbürger unter den Personen mit Migrationshintergrund gestiegen, mit einem Anstieg von 8 auf 15 % besonders auffällig bei Personen mit türkischem Hintergrund. Demgegenüber stagniert der entsprechende Anteil bei Migranten aus südwesteuropäischen Staaten in diesem Zeitraum, was zum Teil damit erklärt werden kann, dass der Anreiz die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, für EU-Bürger eher gering ist. Diese Personen sind als EU-Bürger ge-

genüber Drittstaatsangehörigen in vieler Hinsicht besser gestellt. Das Freizügigkeitsprinzip macht es auch möglich, zwischen Herkunfts- und Ankunftsgesellschaft zu pendeln. → Tab. 1

Bei den untersuchten Zuwanderergruppen variieren nicht nur die Lebensformen, sondern auch die Einkommenssituation, insbesondere, wenn man das Armutsrisiko betrachtet. Migranten aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sind dabei besonders stark von Armut betroffen. Ihre Lage hat sich zwischen 2001 und 2006 nicht verändert. Etwa ein Drittel von ihnen lebt unter der Armutsgrenze. Personen türkischer Herkunft und (Spät-)Aussiedler sind stärker von Armut betroffen als Einheimische oder Migranten aus den europäischen Anwerbestaaten. Auch wenn Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt geringere finanzielle Ressourcen aufweisen als ein-

heimische Deutsche, hat sich das verfügbare Haushaltseinkommen für nahezu alle Gruppen zwischen 2001 und 2006 leicht erhöht; die Ausnahme bilden Migranten aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Die im Durchschnitt schlechtere finanzielle Situation erschwert auch den Zugang zu angemessenen Wohnungen. So verfügen beispielweise die Personen türkischer Herkunft über eine halb so große Wohnfläche wie Einheimische. Die Wohnungsversorgung hat sich zwischen 2001 und 2006 für fast alle betrachteten Gruppen mit Ausnahme der Türken verbessert, was auf die besonderen Schwierigkeiten dieses Personenkreises beim Zugang zu angemessenem Wohnraum hinweist. Darüber hinaus trägt auch die Tatsache, dass ein Großteil der Zuwandererfamilien in größeren Städten lebt, zu den Schwierigkeiten bei Zugang zu bezahlbaren und adäquaten Wohnungen zu finden.



7.5.2 Bildung und Ausbildung

Der Vergleich des Bildungsniveaus von Zuwanderern und Einheimischen wird nicht zuletzt durch die Herkunftsunterschiede erschwert. So kamen Zuwanderer, die im Rahmen der Rekrutierung von Arbeitskräften nach Deutschland immigrierten, häufig aus ländlichen Regionen und waren in der Regel niedrig quali-

sich der Anteil derer, die über einen (Fach-)Hochschulabschluss verfügen, von 5 auf 10 % verdoppelt. Die Zahl derer, die ohne Ausbildung das Bildungssystem verlassen haben, ist in diesem Zeitraum jedoch für alle Gruppen relativ stabil geblieben. → Tab.2

In Bezug auf die Nachkommen der Migranten stellt sich die Frage, inwieweit

leichte Zunahme der erzielten schulischen Qualifikation. Verfügt im Jahr 2001 nur 17 % über das Abitur, sind es 2006 22 %. Die Nachkommen der türkischen Migranten verfügen dagegen in beiden Jahren dreimal so oft wie Einheimische der gleichen Altersgruppe über einen Hauptschulabschluss bzw. einen Abschluss der Pflichtschule. Die Nachkommen der Aussiedler erreichen bessere Bil-

Tab. 2: Bildungsniveau von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler	
			der Türkei		Südwesteuropa		dem ehemaligen Jugoslawien			
	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006
	in %									
Allgemeine Bildung										
Ohne Schulabschluss										
Insgesamt	1	1	18	19	16	11	21	15	6	6
Frauen	1	1	22	25	17	14	27	19	7	6
Haupt-/Pflichtschule										
Insgesamt	44	39	55	51	60	57	51	49	52	49
Frauen	45	39	48	48	56	46	45	43	51	50
Realschule										
Insgesamt	31	33	19	24	16	19	21	26	32	32
Frauen	33	35	20	17	18	24	23	28	32	31
Abitur										
Insgesamt	24	27	8	7	8	12	6	9	11	13
Frauen	21	25	10	9	8	16	4	10	10	13
Berufliche Bildung										
Ohne Abschluss										
Insgesamt	19	19	59	60	56	52	46	41	28	30
Frauen	24	23	70	76	68	63	54	50	36	38
Berufsausbildung										
Insgesamt	64	63	36	30	37	40	49	51	54	53
Frauen	62	62	25	20	25	27	44	41	45	47
Akadem. Abschluss										
Insgesamt	17	19	5	10	7	8	4	8	17	17
Frauen	14	15	5	4	7	10	2	9	19	15

Datenbasis: SOEP 2001 und 2006.

fiziert. (Spät-)Aussiedler sind dagegen etwas besser qualifiziert. Insgesamt liegt beispielsweise der Anteil der Personen ohne Schulabschluss bei allen Zuwanderergruppen über dem entsprechenden Anteil bei den Einheimischen. Die Schulbildung von (Spät-)Aussiedlern ist am ehesten mit derjenigen der Einheimischen vergleichbar, und im Zeitvergleich ist eine Zunahme ihrer Qualifizierung festzustellen. Für Personen mit türkischer Herkunft hat

sich deren Bildungsniveau an das der einheimischen Vergleichsgruppen angeglichen hat. In Tabelle 3 wird dazu das Bildungsniveau der Nachkommen der türkischen Migranten und der Aussiedler mit dem der Einheimischen verglichen. Die Analyse beschränkt sich aus Gründen der Vergleichbarkeit auf die Altersgruppe der 16- bis 45-Jährigen. Im Beobachtungszeitraum zeigt sich für Migranten nachkommen insgesamt tatsächlich eine

dungsabschlüsse als die der türkischen Migranten. Sie verfügen häufiger über das Abitur und auch häufiger über einen akademischen Abschluss. → Tab.3

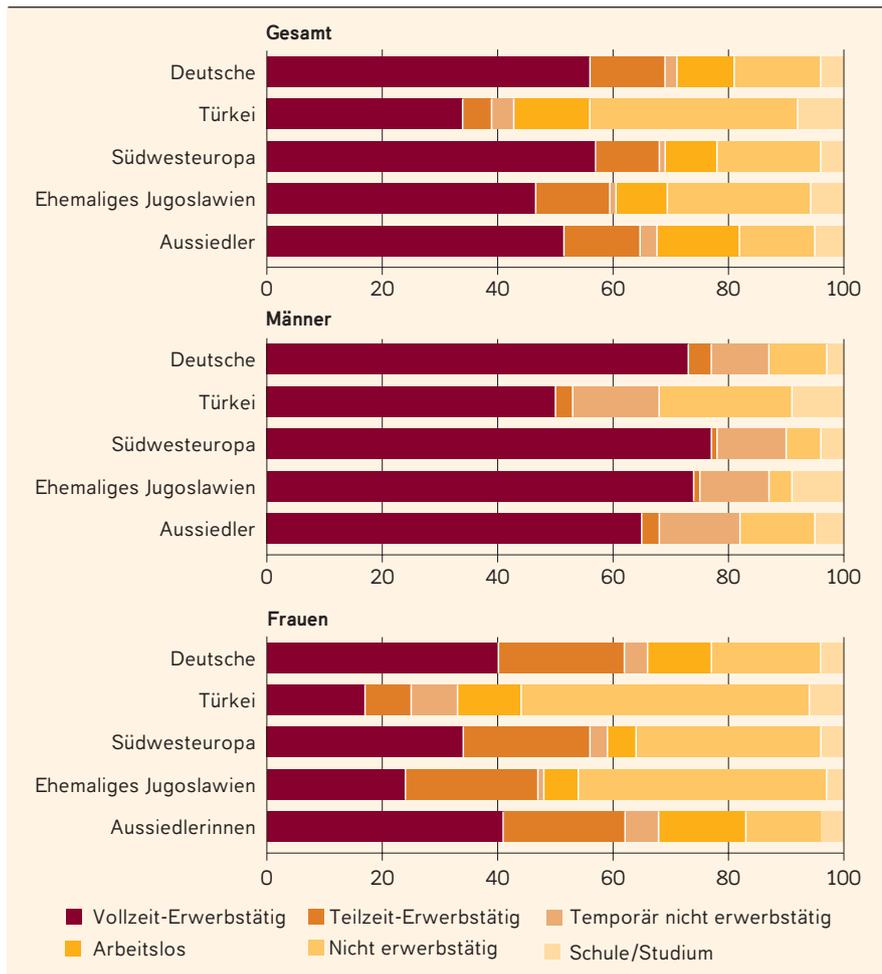
Eine gute schulische und berufliche Ausbildung ist für die Platzierung am Arbeitsmarkt und für den weiteren Lebensweg entscheidend. In dieser Hinsicht sind also die Nachkommen türkischer Migranten besonders benachteiligt.

Tab. 3: Bildungsniveau von Nachkommen der Migranten im Vergleich zu Deutschen

	Deutsche 14–45-Jährige		Herkunft der Nachkommen von Migranten				Nachkommen von Migranten Gesamt	
			der Türkei		Aussiedler			
	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006
	in %							
Allgemeine Bildung								
Ohne Abschluss	2	1	2	4	0	0	4	3
Haupt-/Pflichtschule	25	23	64	63	37	33	51	46
Realschule	41	40	21	16	36	39	27	29
Abitur	33	36	13	16	27	28	17	22
Berufliche Bildung								
Ohne Abschluss	16	19	44	57	37	35	42	43
Berufsausbildung	66	62	55	40	54	51	53	49
Akademischer Abschluss	18	18	1	3	9	14	5	8

Datenbasis: SOEP 2001 und 2006.

Abb. 1: Erwerbsstatus von Deutschen und Personen mit Migrationshintergrund, in %



Datenbasis: SOEP 2006.

7.5.3 Beschäftigungsstruktur und Arbeitssituation

Eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Integration aller Bevölkerungsgruppen kommt dem Arbeitsmarkt zu. In diesem Abschnitt soll dementsprechend die Frage beantwortet werden, ob sich Personen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, auf die Stellung innerhalb des Erwerbssystems sowie auf einige Aspekte der Qualität des Arbeitsplatzes systematisch und gegebenenfalls durchgängig von der deutschen Bevölkerung unterscheiden.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich von der einheimischen Bevölkerung bereits im Hinblick auf die erste Dimension, dem Zugang zum Arbeitsmarkt. Betrachtet man die Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, ist festzustellen, dass türkische Migranten 2006 fast doppelt so häufig nicht erwerbstätig sind wie einheimische Deutsche. Dies ist zum Teil auf den hohen Anteil an nicht erwerbstätigen Frauen in dieser Gruppe zurückzuführen. Fast zwei Drittel der Frauen türkischer Herkunft sind nicht erwerbstätig bzw. arbeitslos. Dabei sind diese allerdings in gleichem Ausmaß wie Frauen in den anderen Gruppen von Arbeitslosigkeit betroffen. Dabei könnte auch eine Rolle spielen, dass sich Frauen türkischer Herkunft eher selten arbeitslos melden. Sie sind auch in sehr geringem Ausmaß teilzeitbeschäftigt und generell weit unterdurchschnittlich am Arbeitsmarktgeschehen beteiligt. Auch wenn von den Frauen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens nur jede Vierte erwerbstätig ist, unterscheiden sie sich von den Frauen türkischer Herkunft insofern, dass sie dreimal häufiger als diese teilzeitbeschäftigt sind. Dass Personen mit Migrationshintergrund auch dann auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, wenn sie über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, zeigt sich bei Aussiedlern, die ein besonders hohes Arbeitslosigkeitsrisiko zu tragen haben. Auch bei männlichen Aussiedlern ist der Anteil der

Vollzeiterwerbstätigen vergleichsweise niedrig. Von den Männern mit türkischem Migrationshintergrund arbeitet nur jeder Zweite Vollzeit, während dieser Anteil bei der entsprechenden Gruppe der Aussiedler knapp zwei Drittel beträgt.

➔ Abb. 1

Die zweite hier interessierende Dimension betrifft Aspekte der Stellung im Erwerbssystem. Damit sind Unterschiede des beruflichen Status (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige) sowie die

Verteilung nach Sektoren und Wirtschaftszweigen angesprochen. Migranten der ersten, so genannten Gastarbeitergeneration waren überwiegend als Industriearbeiter tätig. Sie sind auch heute im Vergleich zu einheimischen Deutschen noch überproportional häufig als Arbeiter tätig. Dies gilt sowohl für Frauen als auch für Männer. Besonders bemerkenswert ist der Anstieg des Anteils an Selbstständigen unter türkischen Migranten, der den Zuwachs bei den anderen Gruppen deutlich übertrifft. Die Mehrheit der

erwerbstätigen Deutschen ist als mittlere Angestellte beschäftigt, während die Mehrheit der Migranten, unabhängig von der Herkunftsgruppe, in Arbeiterberufen tätig ist. Im Zeitverlauf ist jedoch eine Verschiebung der Beschäftigungsstruktur der Zuwanderer von den Arbeiterberufen zu einfachen Angestelltenberufen zu beobachten. Dennoch sind Personen mit Migrationshintergrund in der mittleren und höheren Angestellten- bzw. Beamten-Ebene weiterhin unterrepräsentiert. Die Nachkommen der Migranten

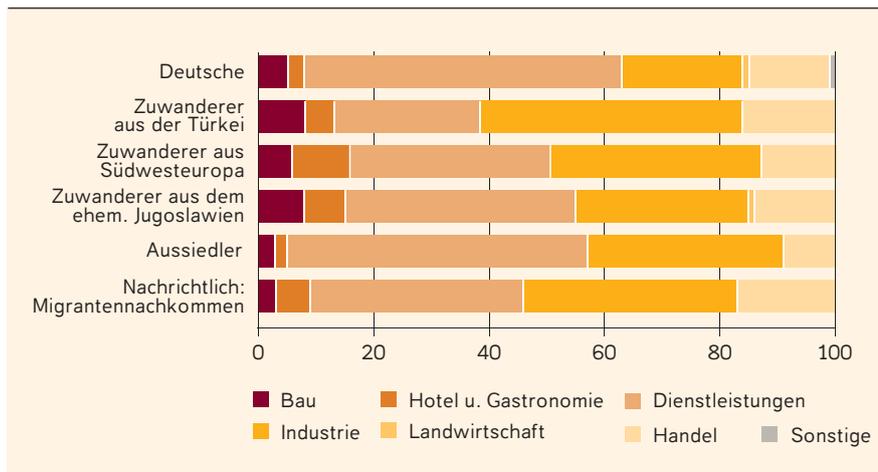
Tab. 4: Berufliche Stellung von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern sowie von Nachkommen der Migranten

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler		Nachkommen von Migranten ¹
	2001	2006	der Türkei		Südwesteuropa		dem ehemaligen Jugoslawien		2001	2006	
			2001	2006	2001	2006	2001	2006			
	in %										
Insgesamt											
Arbeiter	12	11	55	40	41	41	48	37	39	39	24
Facharbeiter/ Meister	15	14	23	25	22	20	22	10	21	17	22
Einfache Angestellte/ Beamte	5	4	3	10	4	4	4	13	6	9	10
Mittlere Angestellte/ Beamte	40	41	13	12	15	19	18	32	21	22	33
Höhere Angestellte/ Beamte	17	18	2	3	5	8	4	5	8	7	5
Selbstständige	11	12	5	10	13	8	4	4	5	6	6
Männer											
Arbeiter	11	11	52	36	35	34	46	32	34	40	26
Facharbeiter/ Meister	24	22	31	32	35	31	34	17	35	32	32
Einfache Angestellte/ Beamte	3	2	1	4	1	1	1	6	4	2	3
Mittlere Angestellte/ Beamte	27	27	8	11	13	15	5	32	10	7	26
Höhere Angestellte/ Beamte	22	23	1	4	6	8	7	6	8	9	6
Selbstständige	13	15	7	12	11	11	6	6	8	10	7
Frauen											
Arbeiterinnen	13	12	64	50	52	50	50	43	44	38	23
Facharbeiterinnen/ Meisterinnen	5	4	2	9	2	2	7	0	4	3	7
Einfache Angestellte/ Beamte	7	6	7	23	8	9	7	21	9	16	19
Mittlere Angestellte/ Beamte	55	57	25	13	19	26	32	31	32	35	42
Höhere Angestellte/ Beamte	11	13	2	0	3	8	0	3	9	5	3
Selbstständige	8	9	0	5	16	4	3	1	2	3	6

1 16 bis 45 Jahre.

Datenbasis: SOEP 2001 und 2006. Ohne mithelfende Familienangehörige, Praktikanten und Auszubildende.

Abb. 2: Sektorale Verteilung, in %



Datenbasis: SOEP 2006. Migrantennachkommen: 16 bis 45 Jahre.

arbeiten insgesamt verstärkt als Angestellte, wobei Frauen dabei häufiger als einfache Angestellte tätig sind als die Männer. → Tab. 4

Der Arbeitsmarktsegmentierung entlang ethnischer Herkunft entspricht auch eine unterschiedliche Verteilung in Wirtschaftssektoren. Während die Mehrheit der einheimischen Deutschen und der Aussiedler im Dienstleistungssektor arbeitet, sind insbesondere Zuwanderer aus der Türkei überwiegend im industriellen Sektor tätig. Für die anderen Zuwanderergruppen und die Migrantennachkom-

men ist darüber hinaus im Zeitverlauf eine leichte Angleichung an die sektorale Verteilung der Einheimischen zu beobachten. Im Hinblick auf einzelne Wirtschaftszweige sind Zuwanderer aus den klassischen Anwerbeländern in der Gastronomie- und Hotelbranche überrepräsentiert, was auf die Existenz einer Nischenökonomie hinweist. → Abb. 2

Einen zentralen objektiven Indikator für die Qualität eines Arbeitsplatzes stellt zweifellos das erzielte Arbeitseinkommen dar. Betrachtet man die Arbeitseinkommen in den untersuchten Gruppen, ist zu-

nächst festzustellen, dass das Nettoarbeitskommen der Migranten in beiden Erhebungsjahren unterhalb des Durchschnitts der deutschen Erwerbstätigen liegt. Aussiedler und Zuwanderer aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens beziehen die niedrigsten Einkommen und ihr Anteil im unteren Bereich ist mit weniger als der Hälfte des Durchschnitts mit etwa einem Drittel sehr hoch. Auch die finanzielle Lage eines erheblichen Anteils der erwerbstätigen Migrantennachkommen ist als prekär zu bezeichnen; jeder Dritte befindet sich im Niedrigeinkommensbereich.

Im Zeitraum von 2001 bis 2006 ist das durchschnittliche Arbeitseinkommen bei allen untersuchten Gruppen mehr oder weniger gestiegen. Für Zuwanderer aus Südwesteuropa und auch aus der Türkei kann dabei sogar ein deutlicher Anstieg im Hocheinkommensbereich verzeichnet werden. Zugleich nahm unter türkischen Erwerbstätigen aber auch der Anteil an Niedrigeinkommensbeziehern von 17% auf 24% erheblich zu, was auf eine gewisse Polarisierung der sozialen Lage dieser Gruppe hindeutet. → Tab. 5

Ein weiterer objektiver Indikator für die Qualität des Arbeitsplatzes ist die zeitliche Befristung des Arbeitsvertrages. Nach

Tab. 5: Arbeitseinkommen von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern sowie den Nachkommen der Migranten

	Deutsche		Zuwanderer aus ...						Aussiedler		Nachkommen von Migranten ¹
	2001	2006	der Türkei		Südwesteuropa		dem ehemaligen Jugoslawien		2001	2006	
			2001	2006	2001	2006	2001	2006			
	EUR										
Durchschnittliches Nettoarbeitseinkommen	1 399	1 520	1 275	1 384	1 284	1 467	1 136	1 145	1 147	1 205	1 159
	in %										
Anteil < 50 % des arithmetischen Mittels (Niedrigeinkommen)	22	24	17	24	23	21	24	33	33	32	34
Anteil > 200 % des arithmetischen Mittels (Hocheinkommen)	7	9	1	5	3	7	1	1	4	3	2

¹ 16 bis 45 Jahre. Ohne mithelfende Familienangehörige, Praktikanten und Auszubildende.

Datenbasis: SOEP 2001 und 2006.

den Daten des SOEP sind im Jahr 2006 etwa 90 % aller deutschen Arbeitnehmer in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis beschäftigt. Lediglich Zuwanderer aus Südwesteuropa mit einem Anteil von 80 % befristet Beschäftigten und Migrantennachkommen mit einem Anteil von 83 % schneiden diesbezüglich etwas schlechter ab. Die anderen Gruppen unterscheiden sich dagegen nur wenig von den deutschen Beschäftigten. Eine systematische Benachteiligung der Personen mit Migrationshintergrund ist hier nicht erkennbar. → Tab. 6

Die subjektive Dimension der Arbeitsqualität wird durch die »Zufriedenheit mit der Arbeit« und durch »Sorgen um den Arbeitsplatz« erfasst. Dabei sind bemerkenswerte Befunde festzuhalten, die im Wesentlichen den Unterschieden entsprechen, wie sie bereits für die objektiven Indikatoren berichtet wurden. Beschäftigte mit einem türkischen Migrationshintergrund verfügen – gemessen an ihrer subjektiven Wahrnehmung und Be-

Tab. 6: Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszufriedenheit von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern sowie den Nachkommen der Migranten

	Deutsch	Zuwanderer aus ...			Aussiedler	Nachkommen von Migranten ¹
		Türkei	Südwesteuropa	ehem. Jugoslawien		
in %						
Vertragsart						
Befristet	10	13	20	8	12	17
Unbefristet	90	87	80	92	88	83
Sorgen um Arbeitsplatz						
Große Sorgen	18	33	24	21	28	24
Einige Sorgen	44	48	36	38	48	42
Keine Sorgen	38	19	40	40	24	35
Mittelwert						
Zufriedenheit m. d. Arbeit	6,8	5,8	6,3	7,3	6,8	7,3

1 16 bis 45 Jahre. Nur abhängig Beschäftigte.

Datenbasis: SOEP 2006.

wertung – über die »schlechtesten« Arbeitsplätze. Mit einem Wert von 5,8 auf der Skala von 0 bis 10 liegt ihre durchschnittlichen Arbeitszufriedenheit nicht nur einen ganzen Skalenpunkt unter dem deutschen Mittelwert, sondern sie machen sich auch die meisten Sorgen um die

Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Fast jeder Zweite macht sich »einige Sorgen« um den Arbeitsplatz, ein weiteres Drittel sogar »große Sorgen«.

Diese wahrgenommene Unsicherheit dürfte auch damit zusammenhängen, dass die

Tab. 7: Erfahrung von Benachteiligung wegen der Herkunft, Überblick über Freundschaften sowie den Presselesegewohnheiten von Zuwanderern und Aussiedlern sowie den Nachkommen der Migranten

	Zuwanderer aus ...						Aussiedler		Nachkommen von Migranten ¹	
	der Türkei		Südwesteuropa		dem ehemaligen Jugoslawien		2001	2006	2001	2006
	2001	2006	2001	2006	2001	2006				
in %										
Häufige Erfahrung von Benachteiligung wegen der Herkunft	8	8	0	4	4	7	5	5	6	8
Freundschaften										
Mindestens ein deutscher Freund	43	46	72	59	63	59	79	78	69	60
Alle drei Freunde nicht-deutscher Herkunft	57	54	28	41	37	41	21	22	31	40
Zeitung lesen²										
Überwiegend aus dem Herkunftsland	32	35	22	17	11	17	3	17	2	3
Sowohl als auch	34	39	23	26	28	39	27	18	21	32
Überwiegend deutsche Zeitungen	34	27	55	57	60	44	70	65	77	66

1 16 bis 45 Jahre.

2 Angaben aus 2000. Die Fragen zur Benachteiligungserfahrung und zu den Lesegewohnheiten werden nur an ausländische Staatsbürger und an diejenigen, die später die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, gerichtet.

Datenbasis: SOEP 2001 und 2006.

Mehrheit dieses Personenkreises im industriellen Sektor beschäftigt ist und somit einer größeren Gefahr einer Kündigung in Folge von strukturellen Veränderungen ausgesetzt ist. Mit den hier ausgewiesenen Indikatoren scheinen Beschäftigte aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens mit über die »besten« Arbeitsplätze zu verfügen. Ihre Arbeitszufriedenheit übersteigt sogar den Wert der deutschen Vergleichsgruppe, und bei den wahrgenommenen Sorgen um den Arbeitsplatz äußern sie sich ähnlich wie die deutschen Beschäftigten.

7.5.4 Kulturelle Orientierung und Erfahrung von Benachteiligung

In diesem Abschnitt werden Prozesse der kulturellen und sozialen Partizipation und der gesellschaftlichen Integration im Längsschnitt betrachtet. Die Fragen nach der Herkunft der drei besten Freunde und nach der Art der Zeitungslektüre sind Indikatoren für den Grad der kulturellen Orientierung. Daneben ist die soziale Distanz zwischen ethnisch-kulturellen Grup-

pierungen in der Gesellschaft ein wichtiger Indikator für die Integration. Die Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft gibt schließlich Aufschluss darüber, wie bestimmte Minderheiten sich von der Mehrheit im Alltag behandelt fühlen. → Tab. 7

Über die Erfahrung, wegen der Herkunft benachteiligt worden zu sein, berichten unterschiedliche Herkunftsgruppen in unterschiedlichem Maße. Dabei geben Migrantennachkommen und Personen mit türkischem Hintergrund mit jeweils 8 % in beiden Jahren (2001 und 2006) an, häufig Situationen erlebt zu haben, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft abgewiesen bzw. benachteiligt wurden. Obwohl dieser Anteil vergleichsweise niedrig erscheint, wird damit dennoch sichtbar, dass das Heranwachsen und Zusammenleben in Deutschland nicht vor Praktiken der sozialen Distanzierung schützt.

Die Mehrheit der Zuwanderer hat allerdings in ihrem engen Freundeskreis Kontakt zu Deutschen. Zwischen 2001 und 2006 ist dabei aber lediglich bei türki-

schen Zuwanderern und bei Migrantennachkommen ein Anstieg der freundschaftlichen Kontakte zu Deutschen zu verzeichnen, während bei den anderen die Anteile rückläufig sind. Dies gilt auch für Migrantennachkommen. Betrachtet man schließlich den Indikator Lesegewohnheiten der Zuwanderer, dann wird deutlich, dass die damit erfassten kulturellen Orientierungen weder durchweg einseitig auf das Herkunftsland noch einseitig auf Deutschland bezogen sind. Bei allen Gruppen, außer bei Aussiedlern, ist dabei der Anteil derer, die sowohl Zeitungen aus Deutschland als auch aus ihrem Herkunftsland lesen, im Zeitverlauf angestiegen. Eine Tendenz zur kulturellen »Re-Orientierung« an das Herkunftsland gibt es allerdings bei Aussiedlern, von denen 2001 nur 3 % angaben, überwiegend Zeitschriften aus dem Herkunftsland zu lesen. Dieser Anteil ist bis zum Jahr 2006 auf immerhin 17 % angestiegen. Dementsprechend ist der Anteil derer, die überwiegend Zeitungen aus Deutschland lesen, bei fast allen Gruppen – außer bei den südwesteuropäischen Migranten – gesunken.

7.6 Einstellungen und Kontakte zu Ausländern

Michael Blohm
Martina Wasmer

In Deutschland lebten Ende 2006 ungefähr sieben Millionen ausländische Staatsbürger, die Mehrzahl von ihnen seit langem – die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei 17 Jahren. Die Frage, ob die Integration der ausländischen Bevölkerung in die deutsche Gesellschaft gelungen ist, wird in letzter Zeit intensiv diskutiert, wobei häufig eher skeptische Töne zu vernehmen sind. Von »Parallelgesellschaften« ist die Rede, »Leitkultur«-Debatten werden geführt oder sogar das Ende des Multikulturalismus ausgerufen. Um ein Bild davon zu erhalten, wie es aus Sicht der deutschen Bevölkerung um das Verhältnis zwischen Einheimischen und Ausländern bestellt ist, wird im Folgenden untersucht, wie die Deutschen die hier lebenden Ausländer sehen, welche

Einstellungen sie ihnen gegenüber haben und inwieweit Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern in unterschiedlichen Lebensbereichen bestehen.

7.6.1 Einstellungen zu Ausländer diskriminierenden Forderungen

In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wurde seit 1980 wiederholt die Zustimmung zu verschiedenen Aussagen erfasst, die restriktive bzw. diskriminierende Forderungen gegenüber Ausländern beinhalten. Im Einzelnen sind dies: ob die in Deutschland lebenden Ausländer ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen sollten, ob sie wieder in ihre

Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ob ihnen jede politische Betätigung in Deutschland untersagt werden sollte und ob sie sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten.

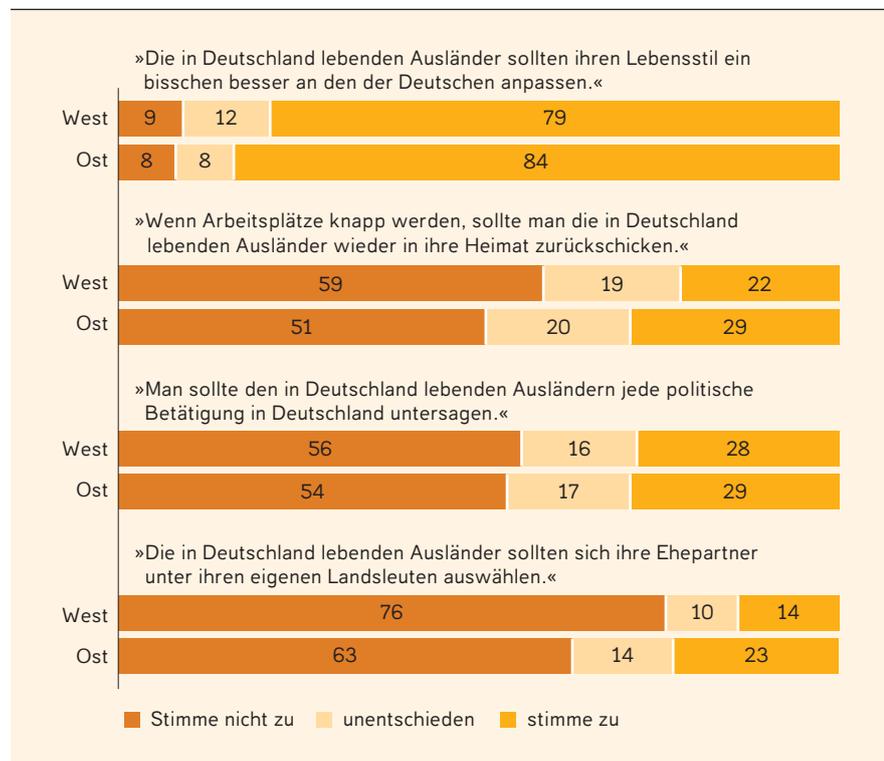
Mit Abstand am meisten Zustimmung findet im Jahr 2006 die vergleichsweise gemäßigte Forderung nach »ein bisschen« mehr Lebensstilanpassung der hier lebenden Ausländer, die von einer deutlichen Mehrheit der befragten erwachsenen Deutschen unterstützt wird. Den anderen Aussagen, in denen Ausländern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abgesprochen wird, stimmen die meisten Befragten eher nicht zu. Das gilt insbesondere für die Forderung nach Endogamie, also danach, dass die Ausländer »unter sich« heiraten sollten, von der sich knapp drei Viertel der Westdeutschen und etwas weniger als zwei Drittel der Ostdeutschen distanzieren. Im Allgemeinen äußern sich die Ostdeutschen weniger ausländerfreundlich als die Westdeutschen. Lediglich im Hinblick auf die Einstellung zu einem Verbot jeglicher politischer Betätigung für Ausländer gibt es keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. → **Abb. 1**

Einstellungsunterschiede zwischen Männern und Frauen sind nur vereinzelt festzustellen. Im Osten stimmen Frauen den Forderungen nach Heirat innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe, nach einem Heim schicken der Ausländer bei knapper Arbeit sowie nach der Untersagung politischer Betätigungen überraschenderweise jeweils etwas stärker zu als Männer.

→ **Tab. 1**

Während das Geschlecht der Befragten kaum eine Rolle spielt, sind diskriminierende Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern in ver-

Abb. 1: Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern, in %



Skala von 1 »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 »stimme voll und ganz zu«. Stimme nicht zu: Skalenwerte 1, 2 und 3; unentschieden: Skalenwert 4; stimme zu: Skalenwerte 5, 6 und 7.

Datenbasis: ALLBUS 2006.

Tab. 1: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen¹

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten	Lebensstil anpassen	In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp	Keine politische Betätigung	Unter sich heiraten
	Zustimmung in %							
Insgesamt	79	22	28	14	84	29	29	23
Geschlecht								
Männer	80	21	28	15	82	24	26	20
Frauen	79	23	28	14	85	34	32	27
Altersgruppen								
18-39 Jahre	74	18	23	9	80	29	28	14
40-59 Jahre	77	18	24	9	82	29	30	23
60 Jahre und älter	86	29	36	25	90	29	29	33
Schulabschluss								
Hauptschule	85	31	38	23	87	39	36	38
Mittlere Reife	77	18	24	9	83	31	30	21
Fachhochschul-/ Hochschulreife	73	12	16	6	80	14	19	10

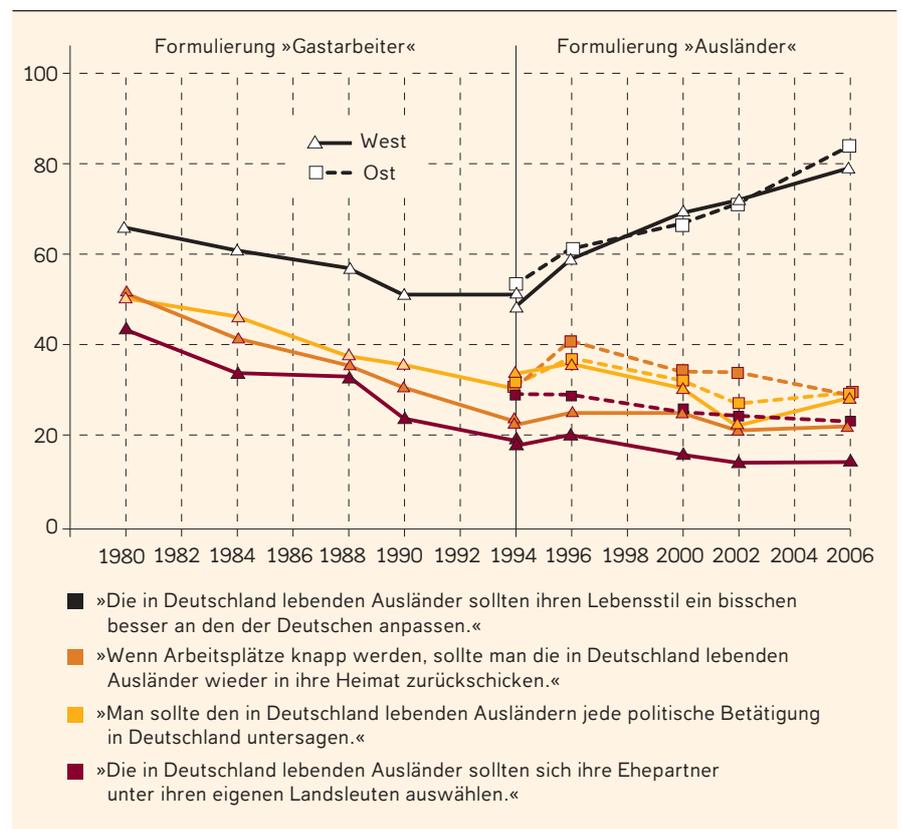
¹ Anteil derjenigen, die der Aussage zustimmen.

Datenbasis: ALLBUS 2006.

schiedenen Alters- und Bildungsgruppen unterschiedlich weit verbreitet. Bei Befragten ab 60 Jahren sind diskriminierende Einstellungen weiter verbreitet als bei jüngeren. So stimmt von den älteren westdeutschen Befragten jeder Vierte der Endogamieforderung zu, gegenüber einem Anteil von weniger als 10 % in den anderen beiden Altersgruppen. Generell spielt das Alter im Westen eine größere Rolle als im Osten, wo nur bei zwei der vier Forderungen ein Alterseffekt zu erkennen ist. Die beiden jüngeren Altersgruppen unterscheiden sich – anders als in früheren Jahren – in ihren Meinungen kaum voneinander.

In West und Ost gilt: je gebildeter desto »ausländerfreundlicher«. Lediglich die Forderung nach einer etwas stärkeren Anpassung der Ausländer an deutsche Gepflogenheiten wird von den Personen mit höherer formaler Bildung mittlerweile fast genauso häufig unterstützt wie von den Personen mit einem niedrigeren allgemeinbildenden Schulabschluss. Dies war bei der letzten Erhebung 2002 noch an-

Abb. 2: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern, Zustimmung in %



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996, 2000, 2002 und 2006.



Tab. 2: Wahrnehmung kultureller Unterschiede und Sozialer Distanz zu Italienern und Türken

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Italiener		Türken		Italiener		Türken	
	1996	2006	1996	2006	1996	2006	1996	2006
	in %							
Lebensstilunterschiede zu Deutschen »stark«	22	17	67	70	33	21	65	70
Als Nachbar unangenehm	6	5	33	38	13	9	43	49
Einheirat unangenehm	17	11	54	53	30	17	58	57

Beurteilung des Ausmaßes, in dem sich der Lebensstil der jeweiligen Nationalität von dem der Deutschen unterscheidet, (Siebenstufige Antwortskala von 1 »überhaupt nicht« bis 7 »sehr stark«. »Stark«: Skalenpunkte 5 bis 7) sowie Beurteilung, wie angenehm oder unangenehm dem Befragten ein Angehöriger dieser Nationalität als Nachbar wäre bzw. wie angenehm oder unangenehm es dem Befragten wäre, wenn ein Angehöriger dieser Nationalität in die eigene Familie einheiraten würde (Siebenstufige Antwortskala von -3 »sehr unangenehm« bis +3 »sehr angenehm«. »Unangenehm«: Skalenpunkte -3 bis -1).

Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006.

ders. Damals war der Anteil der hier Zustimmenden unter den Befragten mit Abitur deutlich niedriger als unter den Hauptschulabsolventen (mit 56 % gegenüber 84 % um 28 Prozentpunkte im Westen und mit 51 % gegenüber 87 % sogar um 36 Prozentpunkte im Osten).

Was den Wandel der Einstellungen über die Zeit angeht, so ist in den alten Bundesländern von 1980 bis 1994 ein – mehr oder weniger starker – kontinuierlicher Rückgang der Zustimmung zu allen vier Aussagen zu beobachten, so dass man für diesen Zeitraum eine zunehmend tolerante Haltung gegenüber Ausländern konstatieren kann. Seit 1994 ist das Bild weniger eindeutig. Höchstens noch bei den zwei Aussagen zum Politikverbot und zur Heirat innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe ist tendenziell eine Fortsetzung des liberalen Trends zu beobachten. Die Forderung, Ausländer bei einer angespannten Arbeitsmarktsituation in ihre Heimat zurückzuschicken, findet 2006 in etwa genauso viel Anklang wie schon 1994. Auffällig ist vor allem die Entwicklung bei der Forderung nach »ein bisschen mehr« Lebensstilanpassung, also bei der Aussage, die im Unterschied zu den anderen nicht direkt eine Diskriminierung oder Ausgrenzung der Ausländer thematisiert und somit auch nicht unbedingt als »ausländerfeindlich« zu bewerten ist. Hier ist seit 1994 eine starke Zunahme der Zustimmungsqoten zu verzeichnen, so dass der Ausgangswert des Jahres 1980 (66 %) mit 79 % im Jahre

2006 inzwischen weit übertroffen wird. Auch im Osten Deutschlands ist seit 1994 der gleiche Trend zu beobachten. → **Abb. 2**

7.6.2 Wahrnehmung kultureller Unterschiede und soziale Distanz zu Ausländern

Für 1996 und 2006 liegen auch Informationen dazu vor, inwieweit Unterschiede im Lebensstil verschiedener Ausländer- und Zuwanderergruppen im Vergleich zu dem der Deutschen wahrgenommen werden. Bezogen auf die beiden zahlenmäßig bedeutsamsten Nationalitäten, die Türken (die gut ein Viertel aller Ausländer in Deutschland stellen) und die Italiener (etwa 8 %) sehen im Jahr 2006 17 % der westdeutschen und 21 % der ostdeutschen Befragten starke Lebensstilunterschiede zwischen Italienern und Deutschen, aber 70 % große kulturelle Unterschiede zu den Türken. Im Vergleich zu 1996 sind für die beiden Nationalitäten Veränderungen in unterschiedliche Richtungen zu verzeichnen, so dass die Differenz im Zeitverlauf größer geworden ist. Eine vergleichbare Entwicklung ist auch bei der sozialen Distanz der Deutschen zu diesen Gruppen zu beobachten, die mit zwei Fragen erfasst wird. Die eine Frage zielt darauf ab, wie angenehm oder unangenehm es dem Befragten wäre, einen Angehörigen der jeweiligen Fremdgruppe als Nachbarn zu haben, die andere darauf, wie (un-)angenehm es ihm wäre, wenn ein Angehöriger der jeweiligen Gruppe in

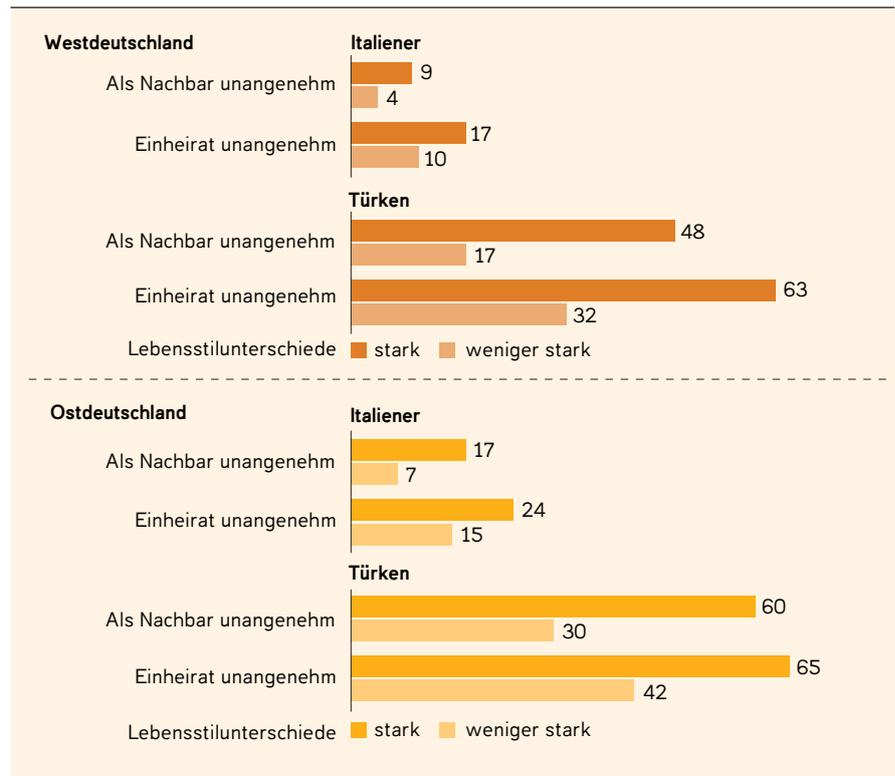
seine Familie einheiraten würde. Ein Italiener als Nachbar war und ist kaum einem der deutschen Befragten unangenehm. Die Vorstellung, dass ein Italiener in die eigene Familie einheiratet, war bereits 1996 nur für 17 % der Westdeutschen mit negativen Gefühlen verbunden; 2006 ist dies noch seltener (11 %) der Fall. Auch bei den Ostdeutschen ist die 1996 noch deutlich erkennbare Skepsis – 30 % gaben damals an, dass ihnen dies unangenehm wäre – inzwischen weitgehend verschwunden (17 %). Weitaus größer ist die soziale Distanz gegenüber den Türken. Die Einheirat eines Türken in die eigene Familie wäre der Mehrheit der Befragten mehr oder weniger unangenehm. Der Anteil derjenigen, denen ein türkischer Nachbar unangenehm wäre, ist seit 1996 sogar angestiegen, im Westen von 33 auf 38 % und im Osten von 43 auf 49 %. → **Tab. 2**

Auch diese Einstellungen gegenüber spezifischen Nationalitäten sind in verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen unterschiedlich weit verbreitet. Der Bildungseffekt ist allerdings geringer als bei den Ausländer diskriminierenden Forderungen und nur bei der Haltung zur Einheirat eines Türken in die eigene Familie stark ausgeprägt. Im Westen sehen ältere Befragte stärkere kulturelle Unterschiede zwischen Deutschen und Türken und äußern sich auch bei den Fragen zur sozialen Distanz häufiger negativ. Im Osten lässt sich eine solche Altersabhängigkeit der sozialen Distanz nicht so eindeutig

feststellen, gegenüber Türken weisen eher die Jüngeren eine ablehnende Haltung auf. Zwischen Männern und Frauen gibt es wiederum fast keine Einstellungsunterschiede. Lediglich die Einheirat eines Italieners in die eigene Familie wird von Frauen etwas positiver bewertet. → Tab. 3

In beiden Landesteilen offenbaren diejenigen Befragten eine größere soziale Distanz, die glauben, dass sich die jeweilige Nationalität in ihrem Lebensstil stark von den Deutschen unterscheidet. Im Allgemeinen ist unter diesen Personen der Anteil derer, denen ein Italiener bzw. Türke als Nachbar oder Familienmitglied unangenehm wäre, jeweils in etwa doppelt so hoch wie bei denen, die von weniger stark ausgeprägten kulturellen Unterschieden ausgehen. Eine große Rolle spielt die wahrgenommene Andersartigkeit des Lebensstils im Fall der Akzeptanz, die in Westdeutschland einem türkischen Nachbarn entgegengebracht wird. Probleme mit der Vorstellung von Türken als Nachbarn haben hier 48 % derer, die starke Lebensstildifferenzen sehen, ge-

Abb. 3: Soziale Distanz in Abhängigkeit von wahrgenommenen kulturellen Unterschieden, in %



Datenbasis: ALLBUS, 2006.

Tab. 3: Wahrnehmung kultureller Unterschiede und Soziale Distanz zu Italienern und Türken in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	Lebensstilunterschiede zu Deutschen »stark«		Als Nachbar unangenehm		Einheirat unangenehm		Lebensstilunterschiede zu Deutschen »stark«		Als Nachbar unangenehm		Einheirat unangenehm	
	Italiener	Türken	Italiener	Türken	Italiener	Türken	Italiener	Türken	Italiener	Türken	Italiener	Türken
	in %											
Insgesamt	17	70	5	38	11	53	21	70	9	49	17	57
Geschlecht												
Männer	18	69	6	40	13	55	22	69	8	47	19	56
Frauen	16	70	4	37	9	51	19	71	10	52	15	58
Altersgruppen												
18-39 Jahre	18	65	3	33	7	42	19	73	8	51	15	53
40-59 Jahre	16	67	4	34	9	50	21	71	9	49	17	57
60 Jahre u. älter	17	77	8	48	17	67	21	67	10	48	19	61
Schulabschluss												
Hauptschule	19	75	7	46	18	64	26	72	13	57	25	67
Mittlere Reife	17	66	4	36	8	50	20	69	9	48	17	56
Fachhochschul-/Hochschulreife	14	64	2	30	4	40	16	70	4	42	7	46

Datenbasis: ALLBUS 2006.

Tab. 4: Kulturelle Bereicherung durch Anwesenheit der Ausländer

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1996	2006	1996	2006
	in %			
Stimme zu	37	44	34	39
Unentschieden	23	22	22	22
Stimme nicht zu	41	34	44	39

Skala von 1 »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 »stimme voll und ganz zu«. »Stimme nicht zu«: Skalenwerte 1, 2 und 3; »unentschieden«: Skalenwert 4; »stimme zu«: Skalenwerte 5, 6 und 7

Datenbasis: ALLBUS 1996 und 2006.

Tab. 5: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern

	In eigener Familie und Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- und Bekanntenkreis	Kontakt, egal wo
		in %			
Westdeutschland	30	49	45	55	78
Ostdeutschland	12	22	12	24	42

Datenbasis: ALLBUS 2006.

genüber nur 17 % derer, die keine oder zumindest keine starken Unterschiede wahrnehmen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Deutschen generell Probleme mit der Multikulturalität haben. Auch unter denen, die durchaus einen ei-

genen, von dem der Deutschen stark unterschiedlichen türkischen Lebensstil erkennen, äußert im Westen immerhin eine Mehrheit von 52 %, dass ihnen ein Türke als Nachbar gleichgültig oder sogar angenehm wäre. → [Abb. 3](#)

Die Wahrnehmung kultureller Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen, sagt noch nichts darüber aus, wie diese Unterschiede bewertet werden. Rückschlüsse darauf lässt die Bewertung der Aussage zu, dass die in Deutschland lebenden Ausländer die hiesige Kultur bereichern. Dieser Aussage stimmen im Jahr 2006 44 % in den alten und 39 % in den neuen Bundesländern eher zu. Ein im Osten gleich großer, im Westen etwas kleinerer Anteil (34 %) der befragten Deutschen sieht dies eher nicht so. Die Meinungen darüber, wie das Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen in der deutschen Gesellschaft zu bewerten ist, gehen also auseinander, wobei keine klare Mehrheitsmeinung zu erkennen ist. → [Tab. 4](#)

Bemerkenswert ist, dass der Anteil derer, die die Anwesenheit der Ausländer als eine kulturelle Bereicherung für Deutschland empfinden, gegenüber 1996 zugenommen hat. Dies erscheint auf den ersten Blick als ein gewisser Widerspruch zum eingangs dargestellten starken Anstieg bei der Forderung nach Lebensstilanpassung. Allerdings gilt es hier wohl

Tab. 6: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	In eigener Familie u. Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- u. Bekanntenkreis	In eigener Familie u. Verwandtschaft	Am Arbeitsplatz	In der Nachbarschaft	Im Freundes- u. Bekanntenkreis
	in %							
Insgesamt	30	49	45	55	12	22	12	24
Geschlecht								
Mann	31	56	45	58	12	24	13	27
Frau	28	42	44	51	12	20	11	22
Altersgruppen								
18-39 Jahre	36	66	51	72	16	36	16	38
40-59 Jahre	32	60	49	60	12	24	11	23
60 Jahre und älter	21	17	34	33	8	5	9	14
Schulabschluss								
Hauptschule	26	39	40	44	9	7	10	10
Mittlere Reife	29	52	48	58	12	22	10	25
Fachhochschul-/ Hochschulreife	36	60	49	68	16	38	18	42

Datenbasis: ALLBUS 2006.

den genauen Wortlaut zu berücksichtigen: es wird ja nur »ein bisschen« mehr Anpassung verlangt, keine vollständige Aufgabe der kulturellen Eigenständigkeit.

7.6.3 Kontakte zu Ausländern

Begegnungen zwischen Deutschen und Ausländern können in verschiedenen Lebensbereichen stattfinden, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft, in der Familie oder im Freundes- und Bekanntenkreis. Generell werden im Osten für alle diese Kontexte seltener Kontakte zu Ausländern berichtet, was angesichts des weitaus geringeren Ausländeranteils in den neuen Bundesländern – ca. 2 % gegenüber ca. 9 % im Westen – nicht verwundert. Während im Westen 78 % der Befragten mindestens in einem der Lebensbereiche über Kontakte mit Ausländern verfügen, haben 58 % der Ostdeutschen in keinem der vier Bereiche Kontakte mit Ausländern. Am häufigsten – mit 55 % im Westen und 24 % im Osten – sind Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis. Diese Kontakte

sind als Indikator für eine gelungene Integration insofern von besonderer Bedeutung, als es sich hier um freiwillige, selbst gewählte Beziehungen handelt. → Tab. 5

Kontakte mit Ausländern in den verschiedenen Bereichen sind in West und Ost unter Jüngeren und Personen mit höherer Bildung stärker verbreitet. Dies gilt insbesondere für Kontakte am Arbeitsplatz sowie im Freundes- und Bekanntenkreis. In Westdeutschland geben 72 % der 18- bis 39-Jährigen an, Kontakte zu Ausländern im Freundeskreis zu haben, während lediglich 33 % der über 59-Jährigen solche Kontakte haben. In Ostdeutschland liegen die entsprechenden Werte bei 38 bzw. 14 %. → Tab. 6

Eine interessante Frage ist, ob sich Personen mit Kontakten zu Ausländern und solche ohne Kontakte in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern unterscheiden. Es zeigt sich, dass diejenigen, die Kontakte zu Ausländern haben, den vier Ausländer diskriminierenden Aussagen weitaus seltener zustimmen. So stimmen

nur 11 % (West) bzw. 14 % (Ost) der Befragten mit Kontakten zu Ausländern der Forderung zu, dass Ausländer unter sich heiraten sollen, gegenüber 27 % (West) bzw. 30 % (Ost) der Befragten ohne Kontakte. In allen ausgewählten Bevölkerungsgruppen gehen Kontakte zu Ausländern mit positiveren Einstellungen zu dieser Bevölkerungsgruppe einher. → Tab. 7

7.6.4 Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es zwar keine Hinweise auf ein generell ausländerfeindliches Meinungsklima in Deutschland gibt – die Zustimmungswerte zu den diskriminierenden Forderungen sind nicht allzu hoch und es ist auch keine Tendenz hin zu einer größeren Befürwortung solcher Forderungen zu erkennen; gleichzeitig wird der Ruf der Deutschen nach mehr Assimilationsbereitschaft der hier lebenden Ausländer jedoch unverkennbar lauter, möglicherweise eine implizite Kritik am bisherigen Beitrag der Ausländer zu den Bemühun-



Tab. 7: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	Lebensstil anpassen		In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp		Keine politische Betätigung		Unter sich heiraten		Lebensstil anpassen		In Heimat schicken, wenn Arbeit knapp		Keine politische Betätigung		Unter sich heiraten	
	in %															
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Kontakt zu Ausländern																
Insgesamt	77	87	18	36	24	39	11	27	81	86	22	34	23	34	14	30
Geschlecht																
Männer	78	85	18	33	25	38	11	28	80	84	21	27	23	29	12	25
Frauen	76	88	18	38	24	40	10	26	81	87	24	40	22	38	15	34
Altersgruppen																
18–39 Jahre	74	80	16	37	21	42	8	18	77	84	23	36	22	37	8	22
40–59 Jahre	76	84	16	32	22	33	8	16	82	81	20	36	23	34	14	30
60 Jahre und älter	84	89	24	37	33	41	19	33	86	91	26	30	24	31	26	35
Schulabschluss																
Hauptschule	82	91	26	42	34	47	18	35	83	89	37	39	32	37	28	41
Mittlere Reife	77	79	16	28	23	29	8	14	83	83	25	36	23	35	14	26
Fachhochschul-/Hochschulreife	71	84	10	24	14	24	5	15	75	88	12	17	18	21	7	14

Datenbasis: ALLBUS 2006.

gen um Integration. Diese Entwicklung kann verschiedene Ursachen haben. Möglicherweise hat sich das Verhalten der hier lebenden Ausländer tatsächlich geändert und sie ziehen sich heute stärker aus der Aufnahmegesellschaft in eigene Parallelgesellschaften zurück. Die zunehmende Kritik könnte aber auch Ausdruck veränderter Maßstäbe sein. Es ist vorstellbar, dass man heute mehr Anpassung als in den 1980er Jahren erwartet, zum einen gerade weil es inzwischen außer Frage steht, dass Ausländer zumeist keine »Gastarbeiter« sind, sondern auf Dauer hier lebende Mitbürger, deren erfolgreiche Integration auch Anpassungsleistungen erforderlich macht; zum anderen mögen hier auch öffentliche Diskurse in Medien und Politik (Stichworte: »Kopftuchstreit«, »Leitkultur«-Debatte) meinungsbildend gewirkt haben.

Viele Deutsche haben heute Kontakt zu Ausländern, und dieser Anteil hat im Laufe der Zeit deutlich zugenommen.

Solche Kontakte gehen im Allgemeinen mit einer ausländerfreundlichen Haltung einher. Bei einer differenzierteren Betrachtung des Meinungsbilds zeigt sich jedoch auch, dass es in der deutschen Bevölkerung gegenüber Türken – anders als z. B. gegenüber Italienern – nach wie vor gewisse Vorbehalte gibt. Die hier lebenden Türken werden von vielen als »anders«, eigenen Sitten und Gebräuchen verhaftet wahrgenommen. Und die Tatsache, dass vor allem Befragte, die einen stark vom deutschen abweichenden Lebensstil zu erkennen glauben, am liebsten auf Distanz zu den Türken gehen, spricht dafür, dass diese Andersartigkeit in der Regel eher negativ bewertet wird. Bemerkenswert ist zudem, dass sich die negativen Einstellungen gegenüber Türken im Vergleich zu 1996 sogar leicht verstärkt haben. Hier mögen auch die zwischenzeitlich teilweise heftig geführten Diskussionen über den Islam und seinen Platz in der deutschen Gesellschaft eine Rolle gespielt haben.

8 Wohnverhältnisse und Wohnkosten

8.1 Wohnen und Bautätigkeit

Jens Dechent
Kerstin Kortmann
Ulrike Timm

In Deutschland werden Daten über das Wohnen in regelmäßigen Abständen im Rahmen des Mikrozensus, der jährlich durchgeführten Haushaltsstichprobe erhoben, an der ein Prozent der Privathaushalte in Deutschland teilnehmen. Alle vier Jahre findet im Rahmen des Mikrozensus eine Zusatzerhebung zur »Wohnsituation der Haushalte« statt. Neueste Angaben zum Wohnen und zur Wohnsituation privater Haushalte, die aus der Zusatzerhebung von 2006 vorliegen, werden im folgenden Abschnitt »Struktur des Wohnungsbestandes und Wohnsituation der Haushalte« vorgestellt. Unterschiedliche Datenquellen können aufgrund von stichproben- und erhebungsmethodischen

Unterschieden zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Daher weichen die Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung (Kapitel 8.1.1) in geringem Ausmaß von denen des Sozioökonomischen Panels (siehe Kapitel 8.2) ab.

Im zweiten Abschnitt »Bautätigkeit, Baukosten und Preisentwicklung« werden die Entwicklungen im Wohnungsbau anhand der Baufertigstellungen und der Baukosten aufgezeigt. Abschließend wird die Preisentwicklung bei Häusern und Bauland anhand von Kennzahlen der Preisstatistik dargestellt, bei deren Berechnung auch Angaben zu Ausstattung und Qualität berücksichtigt werden. 

8.1.1 Struktur des Wohnungsbestandes und Wohnsituation der Haushalte

Insgesamt gab es 2006 in Deutschland 39,3 Mill. Wohnungen in Wohngebäuden. Gegenüber 1998 ist der Wohnungsbestand um 2,8 Mill. Wohnungen gewachsen. Der weitaus größte Teil der Wohnungen in Deutschland, knapp 60 %, stammt aus der Zeit zwischen 1949 und 1990.

In Ost- und Westdeutschland ist die Altersstruktur der Bauten unterschiedlich. Im Westen sind fast zwei Drittel der Wohnungen zwischen 1948 und 1990 entstanden. Im Osten waren es nur 43 % als Folge der geringeren Neubautätigkeit in der ehemaligen DDR. Im Osten fand sich hingegen ein deutlich höherer Anteil an noch älteren Wohnungen. Fast jede vierte Wohnung lag in einem Gebäude, das 1918 oder früher gebaut worden war; im früheren Bundesgebiet traf das nur auf etwa jede zehnte Wohnung zu.  **Abb. 1**

Generell gab es im Westen einen größeren Anteil von kleineren Gebäuden (Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus) als im Osten. 30 % aller Wohnungen in den alten Bundesländern befanden sich in einem Einfamilienhaus, im Osten waren es nur 22 %. Im Osten dominierten dagegen größere Mehrfamilienhäuser: Jede zweite Wohnung lag dort in einem Gebäude mit sieben oder mehr Wohnungen, im Westen war es nur jede vierte.  **Tab. 1**

Hinweise zur Mikrozensus-Zusatzerhebung

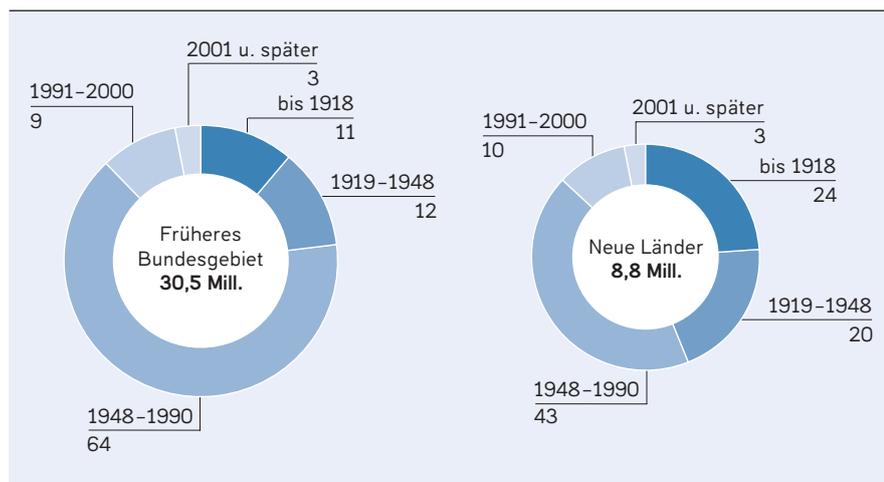
Seit der letzten Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation hat es grundlegende methodische Änderungen im Erhebungskonzept des Mikrozensus gegeben. Seit 2005 wird der Mikrozensus nicht mehr in einer festen Berichtswoche im April, sondern kontinuierlich über das Jahr verteilt mit gleitender Berichtswoche erhoben. Das heißt, dass das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt wird. Auch methodische Änderungen in der Abfrage der Mieten zwischen 2002 und 2006 haben Einfluss auf die zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Um dennoch Zeitvergleiche vornehmen zu können, wurden für 2002 die

durchschnittlichen Mieten neu berechnet. Sie unterscheiden sich deshalb von den Werten in vorangegangenen Veröffentlichungen.

Im Jahr 2001 fand in Berlin eine Gebietsreform statt. Durch die Neugliederung der Bezirke unter Aufhebung der früheren Ost-West-Trennung kann eine Darstellung in der bisherigen Gliederung (früheres Bundesgebiet; neue Länder und Berlin-Ost) nicht mehr erfolgen. In der neuen Gliederung wird daher das gesamte Land Berlin zu den neuen Ländern gerechnet.



Abb. 1: Wohnungen in Wohngebäuden nach dem Baujahr 2006, in %



Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Tab. 1: Wohnungen in Wohngebäuden nach Gebäudegröße 2006

	Wohnungen insgesamt	Davon in Wohngebäuden mit ...			
		1 Wohnung (Einfamilienhaus)	2 Wohnungen (Zweifamilienhaus)	3-6 Wohnungen	7 und mehr Wohnungen
	in 1000	in %			
Deutschland	39 338	28	18	23	31
Früheres Bundesgeb.	30 498	30	20	24	26
Neue Länder	8 840	22	11	17	50

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Tab. 2: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Gebäudegröße und Eigentumsverhältnis 2006

	Wohnungen insgesamt	Davon in Wohngebäuden mit ...			
		1 Wohnung (Einfamilienhaus)	2 Wohnungen (Zweifamilienhaus)	3-6 Wohnungen	7 und mehr Wohnungen
	in 1000	in %			
Eigentümerwohneinh.	15 062	61	20	11	9
Mietwohneinheiten	211 36	6	17	30	46

Insgesamt waren 42 % der bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden von Eigentümern bewohnt, das entspricht etwa 15 Mill. Wohneinheiten. Seit der letzten Zusatzerhebung 2002 ist die Eigentüm-

erquote nahezu konstant geblieben. Der allergrößte Teil befand sich in Einfamilienhäusern (61 %), nur 9 % der von Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen lagen in Gebäuden mit sieben und mehr

Wohnungen. Bei den Mietwohneinheiten verhielt es sich umgekehrt, fast jede zweite befindet sich in Gebäuden mit sieben oder mehr Wohnungen, und nur bei 6 % der Mietwohneinheiten handelte es sich um Einfamilienhäuser. → Tab. 2

Im Jahr 2006 betrug die durchschnittliche Wohnfläche 90 Quadratmeter. Dabei handelt es sich um die durchschnittliche Quadratmeterzahl pro Wohnung, nicht pro Person. Mietwohneinheiten mit durchschnittlich 71 Quadratmetern waren deutlich kleiner als von Eigentümern genutzte Wohnungen mit 118 Quadratmetern. Dies ist vor allem dadurch zu erklären, dass Eigentümerwohneinheiten zum großen Teil Einfamilienhäuser sind, Mietwohneinheiten jedoch Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, was sich auf die durchschnittliche Größe der Wohnfläche niederschlägt. Dementsprechend verfügten zwei Drittel der Eigentümerwohnungen über eine Fläche von 100 Quadratmetern oder mehr, aber nur 13 % der Mietwohnungen. → Tab. 3

Insgesamt waren die Wohnungen im Osten – unabhängig, ob von Eigentümern oder Mietern bewohnt – etwas kleiner als im Westen: durchschnittlich 77 Quadratmeter gegenüber 94 Quadratmeter im Westen. Während im Westen 39 % aller Wohnungen 100 Quadratmeter oder größer waren, waren es im Osten nur 22 % der Wohnungen. Dort war hingegen jede dritte Wohnung kleiner als 60 Quadratmeter, im Westen traf dies nur auf jede fünfte zu.

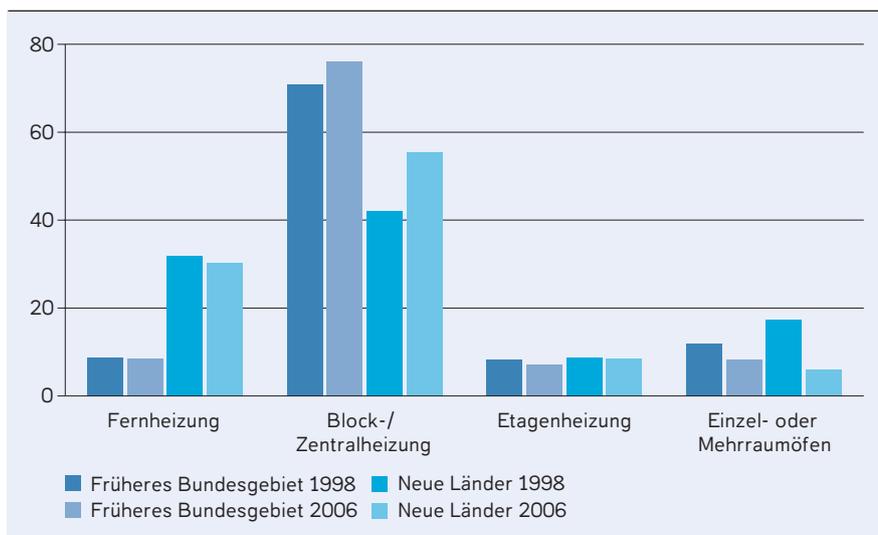
Der deutlichste Unterschied in der Beheizung der Wohnungen zwischen West und Ost liegt in der starken Verbreitung der Fernheizungen im Osten. Die Versorgung mit Fernwärme aus zentralen Heizkraftwerken stellte insbesondere in den DDR-Plattenbau-Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre eine effiziente Möglichkeit der Heizung dar. Entsprechend verfügten 30 % der Wohnungen im Osten über eine Fernheizung, während die Fernwärme im Westen nur eine untergeordnete Rolle spielte (9 %). → Abb. 2

Tab. 3: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Fläche 2006

	Insgesamt	Miet- und Eigentümerwohnungen					Durchschnittl. Fläche
		davon mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²					
		unter 40	40-60	60-80	80-100	100 und mehr	
	in 1000	in %					in m ²
Deutschland	36 198	5	18	25	17	35	90
Mietwohnungen	21 136	8	28	34	17	13	71
Eigentümerwohnungen	15 062	1	3	12	18	66	118
Früheres Bundesgebiet	28 444	4	15	24	18	39	94
Mietwohnungen	15 754	7	24	34	19	15	73
Eigentümerwohnungen	12 690	1	3	12	17	68	120
Neue Länder	7 754	6	28	29	14	22	77
Mietwohnungen	5 382	9	38	34	11	7	64
Eigentümerwohnungen	2 372	1	6	16	21	57	105

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Abb. 2: Bewohnte Wohnungen nach Heizungsart 1998 und 2006, in %



Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Tab. 4: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach Heizungsart 2006

	Deutschland		Früheres Bundesgeb.		Neue Länder	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
Insgesamt	36 198	100	28 444	100	7 754	100
Wohnungen überwiegend beheizt mit ...						
Fernheizung	4 793	13	2 429	9	2 364	30
Block-/Zentralheizung	25 912	72	21 636	76	4 276	55
Etagenheizung	2 715	7	2 055	7	660	9
Einzel- o. Mehrraumöfen	2 777	8	2 324	8	454	6

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Die Zahl der Wohnungen, die mit Einzel- oder Mehrraumöfen (dazu zählen auch Nachtspeicherheizungen) beheizt werden, hat seit 1998 am stärksten abgenommen, von 4,4 Mill. Wohnungen im Jahr 1998 auf 2,8 Mill. Wohnungen 2006. Das entspricht einer Abnahme um 37 %. Im Osten ist dies in noch stärkerem Maße zu beobachten: Waren dort 1998 noch knapp 1,1 Mill. Wohnungen mit Einzel- oder Mehrraumöfen beheizt, waren es 2006 nur noch 454 000 – fast 60 % weniger. Gleichzeitig erfuhren Block- oder Zentralheizungen vor allem in den neuen Ländern den stärksten Zuwachs (um 59 %, von 2,7 Mill. auf 4,3 Mill. Wohnungen). → [Tab. 4](#)

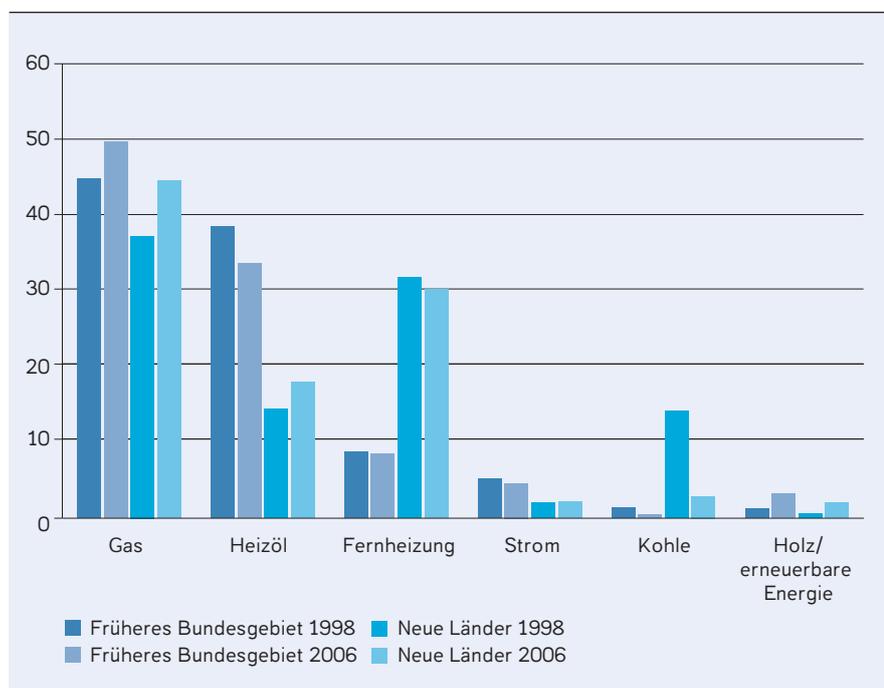
Bei der Energiequelle für die Heizung spielt Gas die wichtigste Rolle (49 % der Wohnungen werden mit Gas beheizt), gefolgt von Heizöl (30 %). Während im Osten Deutschlands der Anteil der Wohnungen, die mit Gas beheizt wurden, nur unwesentlich unter dem Anteil im Westen lag (45 % im Vergleich zu 50 %), war die Ölheizung ein eher westdeutsches Phänomen: 34 % aller westdeutschen, aber nur 18 % aller ostdeutschen Wohnungen wurden mit Öl beheizt. Insgesamt 3 % der Wohnungen wurden mit erneuerbaren Energien wie Holz, Sonnenenergie oder einer Wärmepumpe beheizt. → [Tab. 5](#)

Tab. 5: Bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden nach überwiegend verwendeter Energieart 2006

	Deutschland		Früheres Bundesgeb.		Neue Länder	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
Insgesamt	36 198	100	28 444	100	7 754	100
Wohnungen über- wiegend beheizt mit ...						
Fernwärme	4 793	13	2 429	9	2 364	30
Gas	17 579	49	14 130	50	3 449	44
Elektrizität	1 463	4	1 294	5	169	2
Heizöl	10 914	30	9 528	34	1 386	18
Kohle	370	1	148	1	222	3
Holz oder erneuer- bare Energien	1 078	3	914	3	163	2

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Abb. 3: Bewohnte Wohnungen nach Energieart der Heizung, in %



Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Bei der Heizenergie ist in Ost und West ein unterschiedlicher Trend erkennbar. Während im früheren Bundesgebiet der Trend weg vom Öl, hin zu Gas oder auch zu erneuerbaren Energien ging, war in den neuen Ländern eine deutliche Zunahme der Brennstoffe Gas, Heizöl und auch Strom zu verzeichnen. Dafür hat im Osten seit 1998 die Beheizung mit Kohle um 75 % abgenommen. Auf recht niedri-

gem Niveau verzeichneten die erneuerbaren Energien sowohl im Westen als auch insbesondere im Osten sehr hohe Zuwächse. Insgesamt hat sich der Anteil der Wohnungen, die damit beheizt werden, seit 1998 fast verdreifacht. → **Abb. 3**

Ein wichtiges Merkmal im Zusammenhang mit der Wohnsituation sind die Mieten. In der vorliegenden Darstellung wur-

den als Mieten die Bruttokaltmieten verwendet, also die Nettokaltmiete der Wohnung zuzüglich der kalten Nebenkosten (Betriebskosten), wie z. B. Müllabfuhr, Wasser, Hausmeister. Nicht zur Bruttokaltmiete gehören die Kosten für Heizung und Warmwasser (z. B. Gas, Fernwärme).

Die durchschnittliche Wohnungsmiete 2006 betrug 410 Euro, das entspricht einer durchschnittlichen Quadratmetermiete von 5,94 Euro. Bei der Interpretation dieser Beträge muss beachtet werden, dass es sich hier um sämtliche gezahlten Mieten handelt, das heißt, sie beinhalten auch langjährig vermietete Wohnungen, deren Miethöhe deutlich unter dem Niveau der Mieten bei Neuvermietungen liegen kann.

Dies zeigt sich deutlich an den Quadratmeterpreisen in Abhängigkeit vom Einzugsjahr der Haushalte: In Wohnungen, die seit mehr als 25 Jahren vom selben Haushalt bewohnt werden, betrug die Quadratmetermiete nur 5,34 Euro. Zum Vergleich: Wer erst 2005 eine Wohnung bezogen hat, zahlte durchschnittlich 6,31 Euro, also gut 18 % mehr. → **Tab. 6**

Je kleiner die Wohnung, desto höher lag der Preis pro Quadratmeter. Wohnungen bis 40 Quadratmeter wiesen einen Quadratmeterpreis von 7,45 Euro auf, für Wohnungen mit 100 Quadratmeter oder mehr mussten nur 5,50 Euro bezahlt werden. Damit haben die kleinen Wohnungen einen um 36 % höheren Quadratmeterpreis als die großen Wohnungen. Ähnliches gilt auch für das Alter der Wohnungen. Für Wohnungen in Neubauten, die 2001 oder später gebaut sind, ist der Quadratmeterpreis 28 % höher als für Wohnungen in Altbauten von vor 1919.

Je größer die Personenzahl im Haushalt, desto eher lebt der Haushalt »in den eigenen vier Wänden«. Während im Jahr 2006 fast drei Viertel aller Einpersonenhaushalte zur Miete (als Hauptmieter) lebten, waren es nur 40 % der Haushalte mit fünf oder mehr Personen. → **Tab. 7**

Tab. 6: Höhe der Mieten in bewohnten Mietwohnungen 2006

	Durchschnittliche Bruttokaltmiete in EUR je	
	Wohnung	m ²
Deutschland	410	5,94
Größe von ... bis unter ... m ²		
unter 40	232	7,45
40-60	313	6,20
60-80	403	5,94
80-100	504	5,83
100 u. mehr	663	5,50
Baujahr		
bis 1918	404	5,44
1919-1948	385	5,64
1948-1990	398	5,97
1991-2000	499	6,63
2001 u. später	569	6,94
Einzugsjahr		
vor 1981	370	5,34
1981-1990	395	5,56
1991-1998	415	5,87
1999-2002	425	6,07
2003-2004	422	6,22
2005 o. später	417	6,31

Dabei war der Anteil der Mieterhaushalte in den neuen Bundesländern und Berlin für Haushalte aller Größen deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Insbesondere bei Einpersonenhaushalten war im Westen der Anteil der Wohneigentümer (29 %) fast doppelt so hoch wie im Osten (15 %).

Ein wesentliches Merkmal der Wohnsituation von Haushalten ist die Wohnfläche, die dem Haushalt zur Verfügung steht. Allein lebende Menschen verfügten im Jahr 2006 im Durchschnitt über 68 Quadratmeter, 71 Quadratmeter im früheren Bundesgebiet und 59 Quadratmeter in den neuen Ländern und Berlin. Insgesamt wohnten immerhin 27 % der Einpersonenhaushalte in einer Wohnung mit 80 Quadratmetern oder mehr, aber nur 11 % in einer Wohnung mit weniger als 40 Quadratmetern.

Die größten Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland fanden sich bei großen Wohnungen (größer als 80 Quadratmeter), die von kleinen Haushalten bewohnt wurden. Der Anteil der Einpersonenhaushalte mit einer großen Wohnung war im Westen (31 %) beinahe doppelt so hoch wie im Osten (15 %). Bei Haushalten mit fünf oder mehr Personen näherten sich die Anteile der Haushalte, die große Wohnungen bewohnten, hingegen stark an (90 % im Westen gegenüber 85 % im Osten).

Haushalte mit Kindern hatten in den neuen Ländern durchschnittlich 19 Quadratmeter weniger Wohnfläche zur Verfügung als im früheren Bundesgebiet (95 Quadratmeter im Vergleich zu 114 Quadratmetern). Während im Westen immerhin 78 % der Haushalte mit Kindern in Wohnungen mit über 80 Quadratmetern Wohnfläche lebten, waren es im Osten nur 60 %. → Tab. 8

Im Zeitvergleich ist damit die einem Haushalt zur Verfügung stehende Wohnfläche seit 1998 um 4 % gestiegen. Den größten Zuwachs hatten Haushalte mit vier Personen zu verzeichnen: Hatten sie 1998 noch 112 Quadratmeter zur Verfügung, waren es 2006 bereits 122 Quadratmeter, das entspricht einem Zuwachs von knapp 9 %. In den neuen Ländern fiel die Vergrößerung der Wohnfläche seit 1998 bei allen Haushaltsgrößen deutlich stärker aus als im früheren Bundesgebiet. Bei den 3- und 4-Personen-Haushalten betrug der Zuwachs in der Wohnfläche sogar 12 %. → Abb. 4

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt zur Struktur des Wohnungsbestandes erwähnt, hängt das Mietniveau des Haushaltes sehr stark von der Dauer des Mietverhältnisses ab. Daher sind die ermittelten durchschnittlichen Mieten nicht mit denen bei Neuvermietung zu vergleichen.

Tab. 7: Haushalte in Wohnungen nach Eigentumsverhältnis 2006

	Eigentümer-Haushalte	Hauptmieter-Haushalte	Haushalte insgesamt
	in %		
Deutschland			
Haushalte mit			
1 Person	26	74	100
2 Personen	48	52	100
3 Personen	51	49	100
4 Personen	61	39	100
5 u. mehr Personen	60	40	100
Früheres Bundesgebiet			
Haushalte mit			
1 Person	29	71	100
2 Personen	52	48	100
3 Personen	52	48	100
4 Personen	62	38	100
5 u. mehr Personen	62	38	100
Neue Länder			
Haushalte mit			
1 Person	15	85	100
2 Personen	36	64	100
3 Personen	46	54	100
4 Personen	53	47	100
5 u. mehr Personen	50	50	100

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.
Haushalte insgesamt: Eigentümer und Hauptmieterhaushalte ohne Untermieterhaushalte.

Tab. 8: Haushalte in Wohnungen nach Wohnfläche 2006

	Haushalte in Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²					Insgesamt	Durchschnittl. Fläche je Wohnung
	unter 40	40-60	60-80	80-100	100 und mehr		
	in %					in %	m ²
Deutschland							
Haushalte mit							
1 Person	11	33	28	13	14	100	68
2 Personen	1	12	28	20	39	100	94
3 Personen	-	5	22	21	51	100	107
4 Personen	/	2	12	18	68	100	122
5 und mehr Personen	/	1	9	16	74	100	134
Zusammen	5	18	25	17	35	100	90
Nachrichtlich: Haushalte mit Kindern ¹	-	5	20	20	54	100	111
Früheres Bundesgebiet							
Haushalte mit							
1 Person	11	29	29	14	17	100	71
2 Personen	1	9	26	21	43	100	99
3 Personen	-	4	20	21	55	100	110
4 Personen	/	1	11	17	70	100	124
5 und mehr Personen	/	1	8	15	75	100	136
Zusammen	4	15	24	18	39	100	94
Nachrichtlich: Haushalte mit Kindern ¹	-	4	18	20	58	100	114
Neue Länder							
Haushalte mit							
1 Person	15	46	24	8	7	100	59
2 Personen	1	23	36	17	23	100	80
3 Personen	/	8	29	21	41	100	95
4 Personen	/	3	19	21	56	100	108
5 und mehr Personen	/	/	13	21	64	100	117
Zusammen	6	28	29	15	23	100	77
Nachrichtlich: Haushalte mit Kindern ¹	/	11	29	20	40	100	95

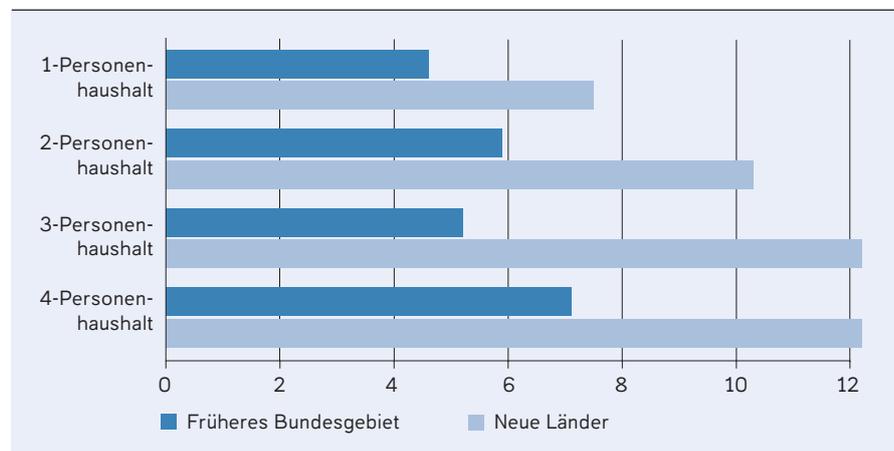
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

¹ Unter 18 Jahren.

Insgesamt zahlten 2006 mehr als ein Viertel der Haushalte weniger als 300 Euro Miete (Bruttokaltmiete). Nur jeder zwanzigste hat für seine Wohnung 750 Euro oder mehr bezahlt. Insgesamt ist die durchschnittliche Miete seit 2002 nur leicht angestiegen (von 405 Euro auf 410 Euro).

Auch beim Mietniveau sind Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern erkennbar. Während im Westen nur 23 % der Hauptmieterhaushalte im Jahr 2006 eine Miete (Bruttokaltmiete) von weniger als 300 Euro für ihre Wohnung bezahlten, waren es im Osten 40 %. Entsprechend beträgt die durchschnittliche Miete mit 353 Euro in den neuen Ländern

Abb. 4: Zuwachs der durchschnittlichen Wohnfläche pro Haushalt für ausgewählte Haushaltsgrößen, in %



Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

nur 82 % der Miete im früheren Bundesgebiet (430 Euro). Für die neuen Länder bedeutet dies aber eine deutliche Zunahme der durchschnittlichen Mieten um 29 Euro im Vergleich zu 2002, die allerdings zum Teil durch die neue Gliederung der statistischen Daten (Einbeziehung von ganz Berlin in die neuen Länder) zu erklären ist. → **Tab. 9**

8.1.2 Bautätigkeit, Baukosten und Preisentwicklung

Die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit wird hier anhand der Baufertigstellungen in neuen Wohngebäuden dargestellt. Wohnungsfertigstellungen in Nichtwohngebäuden und der Wohnungsbau in Wohnheimen werden dabei nicht berücksichtigt. 2006 waren dies zusätzlich rund 5 000 Wohnungen. Anschließend wird die Entwicklung der Baukosten anhand von Daten der Bautätigkeitsstatistik beschrieben. Aus der Sicht der Privathaushalte ist die Preisentwicklung im Immobiliensektor von besonderem Interesse, da diese Finanzierungsplanungen und Anlageentscheidungen maßgeblich beeinflusst. Daher werden im Anschluss die Preisveränderungen für Häuser und Bauland im Zeitverlauf mit den Kennzahlen der Preisstatistik dargestellt.

Im Wohnungsbau waren in der Vergangenheit schon immer starke Schwankungen zu beobachten. Nachdem der Wohnungsneubau in den Jahren vor der deutschen Vereinigung kontinuierlich abnahm, setzte Anfang der 1990er Jahre eine Belebung ein. 1995 wurde bundesweit der Höchststand seit der deutschen Einheit mit rund 518 000 fertig gestellten Neubauwohnungen erreicht. Seither gingen die Fertigstellungen fast ausnahmslos Jahr für Jahr zurück. 2006 wurden nur noch 220 000 neue Wohnungen gebaut.

Während im früheren Bundesgebiet der Höchststand im Jahr 1994 mit rund 438 000 Einheiten erreicht wurde, erzielten die neuen Länder noch bis 1997 Zu-

Tab. 9: Hauptmieterhaushalte nach Haushaltsgröße und monatlicher Miete 2006

	Haushalte mit einer monatlichen Bruttokaltmiete von ... bis unter ... EUR					Durchschnittl. Miete je Wohnung EUR
	unter 300	300-500	500-750	750 und mehr	insgesamt	
	in %					
Deutschland						
Haushalte mit						
1 Person	43	46	10	2	100	342
2 Personen	18	54	22	6	100	440
3 Personen	10	50	31	9	100	492
4 Personen	7	41	39	14	100	546
5 u. mehr Personen	5	34	45	16	100	577
Zusammen	28	48	19	5	100	410
Nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	10	47	32	10	100	504
Früheres Bundesgeb.						
Haushalte mit						
1 Person	37	49	12	2	100	358
2 Personen	14	52	27	7	100	465
3 Personen	8	47	35	10	100	512
4 Personen	6	38	41	15	100	561
5 u. mehr Personen	4	33	46	17	100	585
Zusammen	23	49	22	6	100	430
Nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	8	45	36	11	100	523
Neue Länder						
Haushalte mit						
1 Person	58	37	4	1	100	299
2 Personen	28	58	11	3	100	379
3 Personen	15	60	20	5	100	433
4 Personen	11	51	29	9	100	485
5 u. mehr Personen	/	45	38	12	100	531
Zusammen	40	47	10	3	100	353
Nachrichtlich:						
Haushalte mit Kindern ¹	17	56	21	6	100	438

Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

¹ Unter 18 Jahren.

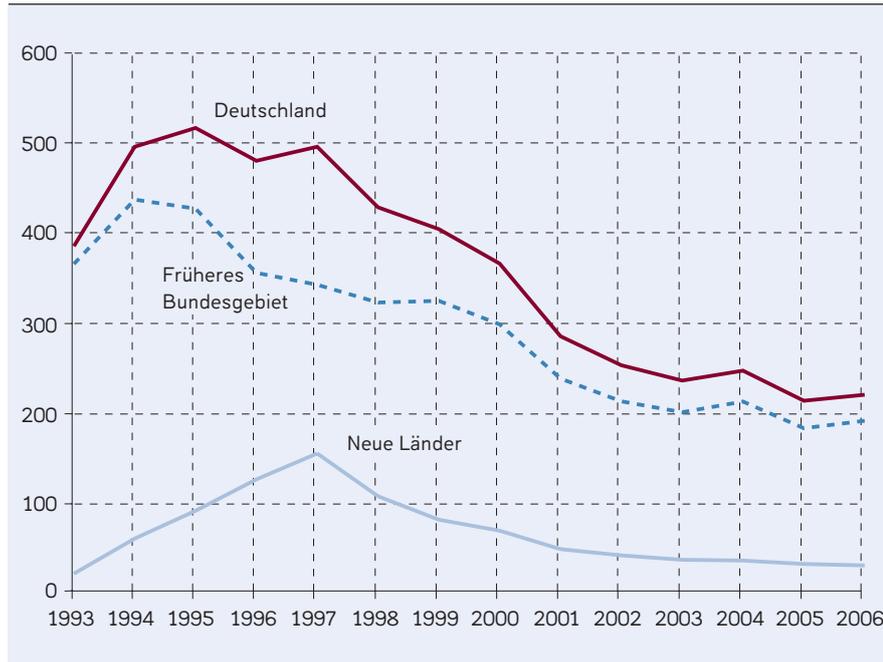
wächse. Der Höchststand lag 1997 im Osten bei 154 000 Wohnungen. 2006 wurden im früheren Bundesgebiet rund 191 000 und in den neuen Ländern rund 29 000 Wohnungen gebaut. Nur 1993 war die Zahl der fertig gestellten Wohnungen im Osten mit knapp 20 000 Neubauwohnungen noch niedriger. → **Abb. 5**

Bis einschließlich 1997 wurden die meisten Wohnungen (ca. 60 %) in Wohnhäusern mit drei oder mehr Wohnungen fertig gestellt. Seit 1996 ging allerdings der Bau von größeren Einheiten im Wes-

ten und ab 1998 auch im Osten zurück, so dass wesentlich weniger Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entstanden. Gegenüber dem Höchststand von 1995 (312 000 Wohnungen bundesweit) waren es 2006 nur noch 70 000 Wohnungen, etwa 30 % der Neubauten insgesamt. Im Osten betrug der Anteil sogar nur knapp 17 %. → **Abb. 6**

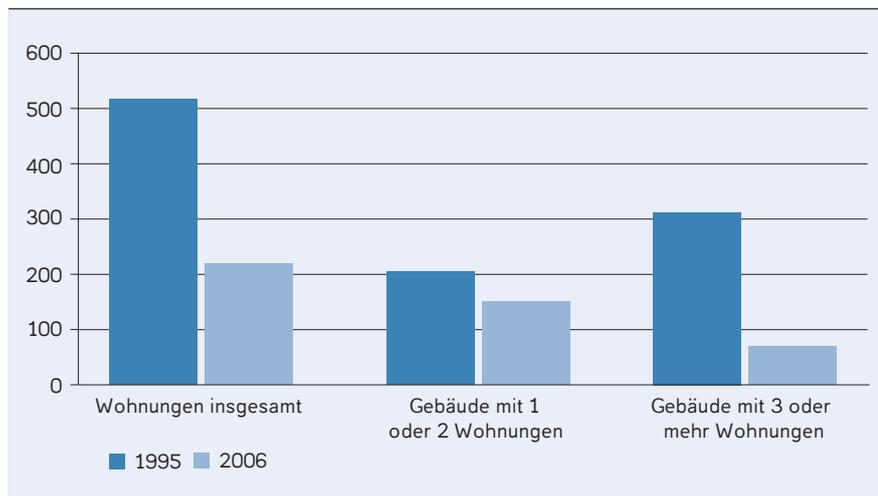
Bei den Gebäuden mit einer oder zwei Wohnungen gingen die Fertigstellungen in den letzten Jahren ebenfalls zurück, aber erst ab 2000 und weniger stark

Abb. 5: Fertig gestellte Wohnungen in Wohngebäuden (Neubauten), in 1 000



Ab 2005: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Abb. 6: Fertig gestellte Wohnungen in Wohngebäuden (Neubauten) nach Gebäudegröße, in 1 000



als bei den Mehrfamilienhäusern. Vergleicht man den Stand von 2006 (150 000 Wohnungen bundesweit) mit dem Höchststand von 1999 (237 000 Wohnungen), so wurde gut ein Drittel weniger gebaut.

Die durchschnittliche Größe der fertig gestellten Neubauwohnungen nahm in den

letzten Jahren weiter zu. Nachdem in den Jahren 1995 und 1996 mit 89 Quadratmetern die niedrigsten Quadratmeterzahlen pro Wohnung ermittelt wurden (früheres Bundesgebiet: 89 bzw. 91 Quadratmeter, neue Länder: 87 bzw. 83 Quadratmeter pro Wohnung), stieg die Wohnfläche bis ins Jahr 2005 auf 117 Quadratmeter an (früheres Bundesgebiet: 118

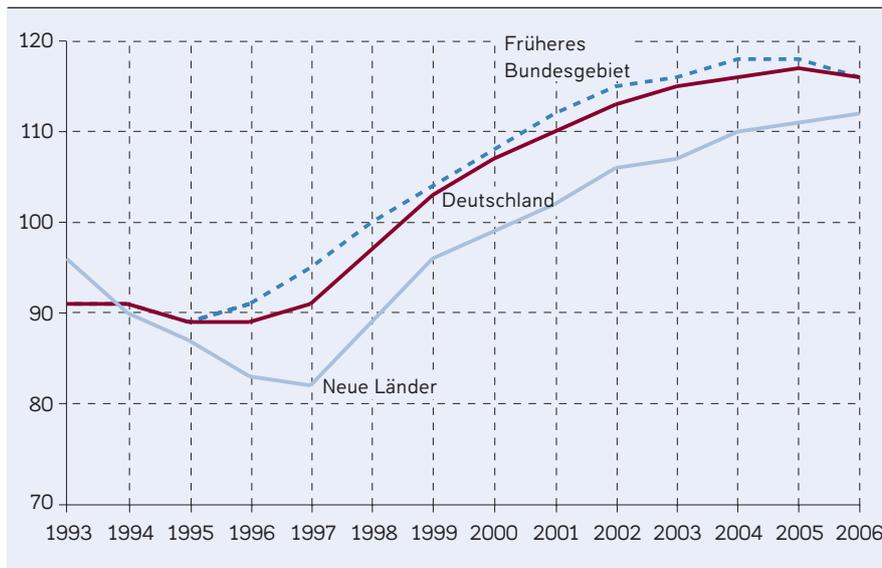
Quadratmeter, neue Länder: 111 Quadratmeter). Erst im Jahr 2006 konnte für Deutschland und für das frühere Bundesgebiet ein leichter Rückgang der Wohnungsgrößen festgestellt werden. Im Jahr 2006 waren die fertig gestellten Wohnungen durchschnittlich 116 Quadratmeter groß (früheres Bundesgebiet: 116 Quadratmeter, neue Länder: 112 Quadratmeter). → [Abb. 7](#)

Bei den Ein- und Zweifamilienhäusern gab es eine ähnliche Entwicklung wie im Neubau insgesamt. 1996 hatte jede fertig gestellte Neubauwohnung in Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland durchschnittlich 120 Quadratmeter Wohnfläche (früheres Bundesgebiet: 124 Quadratmeter, neue Länder: 109 Quadratmeter). 2006 lag die durchschnittliche Wohnungsgröße in Ein- und Zweifamilienhäusern bei 133 Quadratmetern (früheres Bundesgebiet: 136 Quadratmeter, neue Länder: 120 Quadratmeter).

Auch bei den Mehrfamilienhäusern sind die fertig gestellten Wohnungen seit Mitte der 1990er Jahre immer größer geworden. Nur 2006 ist ein leichter Rückgang zu erkennen. Waren es in Deutschland 1996 noch 68 Quadratmeter durchschnittliche Wohnungsgröße pro fertig gestellter Wohnung (früheres Bundesgebiet: 69 Quadratmeter, neue Länder: 67 Quadratmeter), so wurden 2006 rund 79 Quadratmeter pro Wohnung ermittelt (früheres Bundesgebiet: 79 Quadratmeter, neue Länder: 72 Quadratmeter).

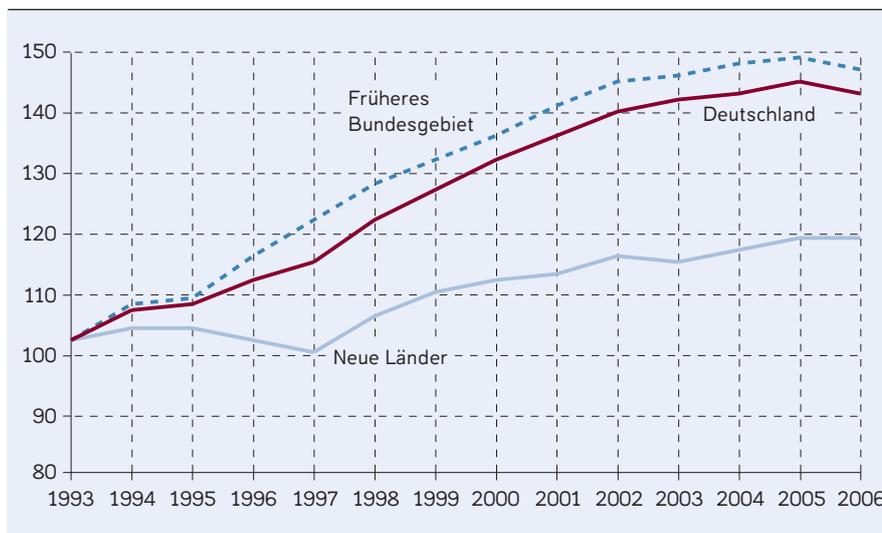
Die durchschnittlichen Baukosten je Wohnung stiegen im Laufe der letzten Jahre trotz kleinerer Schwankungen stetig an. Allerdings wurden die Wohnungen auch immer größer. 1993 lagen die Kosten sowohl im Bundesdurchschnitt als auch im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch bei 102 000 Euro pro Wohnung; 2006 wurden bereits durchschnittliche Kosten von 143 000 Euro ermittelt (früheres Bundesgebiet: 147 000 Euro, neue Länder: 119 000 Euro). → [Abb. 8](#)

Abb. 7: Wohnfläche je Wohnung in Wohngebäuden (Neubauten), in m²



Ab 2005: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Abb. 8: Baukosten je Wohnung in Wohngebäuden (Neubauten), in 1000 EUR



Ab 2005: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

Die Kosten für eine neue Wohnung in einem Ein- oder Zweifamilienhaus sind wesentlich höher. Hier kostete 1993 eine Wohnung 142 000 Euro (früheres Bundesgebiet: 144 000 Euro, neue Länder: 119 000 Euro). 2006 musste ein Bauherr bereits 164 000 Euro für eine solche Neubauwohnung ausgeben (früheres Bundesgebiet: 172 000 Euro, neue Länder: 127 000 Euro).

Die Baukosten für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern waren mit 97 000 Euro pro Wohnung im Jahr 2006 wesentlich niedriger. Sie sind aber auch im Durchschnitt kleiner und häufig anders ausgestattet. Im früheren Bundesgebiet betragen die Baukosten 99 000 Euro und in den neuen Ländern 75 000 Euro. Während im früheren Bundesgebiet zwischen 1993 (72 000 Euro pro Wohnung) und

2006 nur steigende Preise zu verzeichnen waren, bewegten sich die Preise in den neuen Ländern sowohl nach oben als auch nach unten. 2006 beliefen sich die Kosten in den neuen Ländern für eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus z. B. auf 75 000 Euro, nachdem bereits 2005 rund 86 000 Euro erreicht waren. 2006 lagen sie damit nur 5 000 Euro höher als 1993.

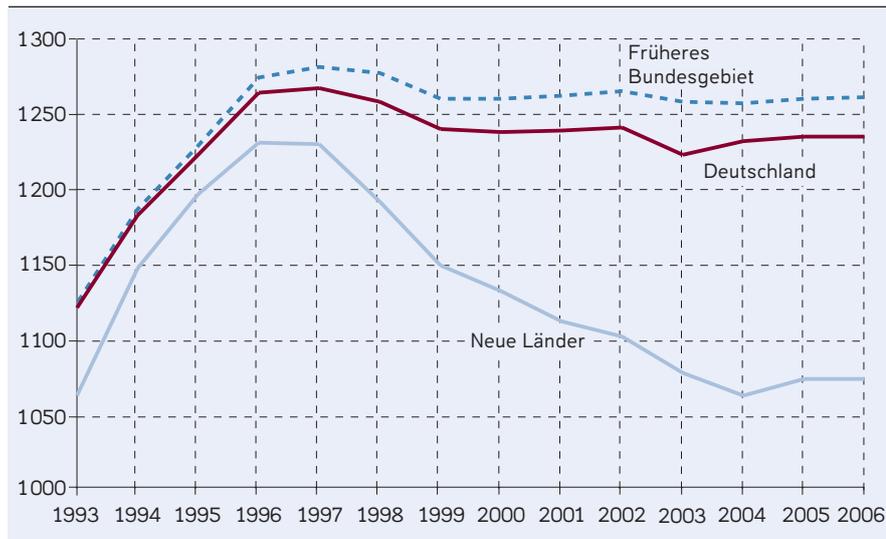
Von 1993 bis 1997 ist der Preis für den Quadratmeter fertig gestellter Wohnfläche von 1 122 Euro im Bundesdurchschnitt auf 1 267 Euro gestiegen. Bis 2006 fiel dann der Preis allmählich auf 1 235 Euro. 2006 kostete ein Quadratmeter neu gebauter Wohnfläche im Osten 1 075 und im Westen 1 261 Euro. → [Abb. 9](#)

Die Kosten pro Quadratmeter fertig gestellter Wohnfläche in Gebäuden mit einer oder zwei Wohnungen entsprechen im Verlauf weitgehend denen der Wohnungen insgesamt. Sie erreichten in Deutschland 1996 mit 1 310 Euro pro Quadratmeter ihren Höchststand. Mit 1 235 Euro pro Quadratmeter wurde 2006 genau der Durchschnitt aller Häusertypen erreicht. Im früheren Bundesgebiet mussten jedoch mit 1 265 Euro für den Quadratmeter 207 Euro mehr aufgewendet werden als in den neuen Ländern (1 058 Euro). Im Jahr 1996 betrug die Differenz zwischen Ost und West lediglich 87 Euro (früheres Bundesgebiet: 1 330 Euro, neue Länder: 1 243 Euro).

Bei Mehrfamilienhäusern stiegen die Baukosten pro Quadratmeter Wohnfläche in Deutschland nach der deutschen Vereinigung zunächst von Jahr zu Jahr bis auf durchschnittlich 1 220 Euro im Jahr 1997. Bis 2006 (1 236 Euro) traten dann nur noch kleinere Schwankungen auf. Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch die Kurve des früheren Bundesgebiets.

In den neuen Ländern sind die Kosten nach der deutschen Vereinigung schneller gestiegen als im Westen. In den Jahren 1995 bis 1997 lagen die Baukosten in den

Abb. 9: Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche (Neubauten), in EUR



Ab 2005: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

neuen Ländern bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sogar leicht über den Durchschnittswerten im früheren Bundesgebiet. 1997 kostete im früheren Bundesgebiet der Quadratmeter Wohnfläche in Mehrfamilienhäusern 1 215 Euro, in den neuen Ländern 1 231 Euro. Von 1998 bis 2004 fielen dann aber bei den Mehrfamilienhäusern in den neuen Ländern die durchschnittlichen Quadratmeterkosten deutlich ab. Im Jahr 2004 musste ein Bauherr nur noch 1 095 Euro für den Quadratmeter bezahlen. Nach einem kurzen Anstieg im Jahr 2005 fielen die Baukosten im Jahr 2006 im Osten auf 1 044 Euro; dem tiefsten Wert nach 1993.

Für eine Vielzahl der Haushalte stellt der Kauf oder der Bau der eigenen Immobilie eine große und oft auch einmalige Transaktion dar, die gut geplant sein muss. Aus Sicht der privaten Haushalte hängt nicht nur die Entscheidung zum Erwerb einer Immobilie von der Preisentwicklung ab. Preisveränderungen bei Immobilien beeinflussen auch das Konsumverhalten der privaten Haushalte, deren Finanzierungsplanungen und weitere Anlageentscheidungen. Die aktuelle Immobilienkrise in den USA hat zudem vor Augen geführt, welchen Einfluss die Immobilienpreisentwicklung auf die Finanzmarktstabilität

und auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat. Während die Bautätigkeitsstatistik Informationen über die absolute Höhe der Baukosten für Ein- und Mehrfamilienhäuser liefert, können zeitliche Preisveränderungen besser anhand von Indizes (Kennzahlen) dargestellt werden, in die Angaben zur Ausstattung und zur Qualität einfließen.

Der Häuserpreisindex zeigt die Preisentwicklung neu gebauter, von privaten Haushalten selbst genutzter Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen. Hierbei werden die drei in Deutschland bedeutenden Segmente des Wohngebäudebaus berücksichtigt. Nach wie vor am weitesten verbreitet unter privaten Haushalten ist der Eigenbau. Der Eigenbau repräsentiert in diesem Fall den individuellen Neubau, also das klassische, konventionelle Bauen unter Einschaltung eines Architekten und der damit verbundenen Inanspruchnahme einzelner Bauleistungen von Bauunternehmen. Im Marktsegment des Fertigteilbaus erwirbt der Konsument ein standardisiertes Fertighaus vom Fertighaushersteller. Als Fertighäuser werden grundsätzlich Häuser bezeichnet, die industriell vorgefertigt sind, in Teilen an die Baustelle geliefert und dort endmon-

tiert werden. Schließlich ist noch ein weiteres Segment des Wohnungsneubaus anzuführen, das den Erwerb neu erstellter, schlüsselfertiger Häuser und Wohnungen direkt von Bauträgern umfasst.

In der Zeitspanne von 2000 bis 2006 erhöhte sich der Häuserpreisindex insgesamt um 1,2 %. Dabei verzeichnete der Index bei den Jahresergebnissen von 2000 bis 2003 noch einen Rückgang um 1,2 %, bevor dann seit Beginn des Jahres 2004 bis Ende 2006 wieder ein Anstieg der Preise um 2,4 % beobachtet werden konnte.

Der Eigenbau wird mit dem Preisindex für konventionell erstellte Einfamiliengebäude dargestellt. Dieser Index wird im Rahmen der Statistik der Bauleistungspreise ermittelt, neben anderen Preisindizes für Wohngebäude, Bürogebäude, gewerbliche Betriebsgebäude, Straßen, Brücken im Straßenbau sowie für Ortskanäle. Die Statistik basiert auf einer Preiserhebung für rund 200 ausgewählte Bauleistungen – vergleichbar mit dem »Warenkorb« beim Verbraucherpreisindex. Die Preiserhebung erfolgt bei baugewerblichen Unternehmen.

Die Preise für den Eigenbau verteuerten sich von 2000 bis 2006 um 4,4 %. Dabei blieben die Preise – abgesehen von geringfügig schwankenden unterjährig Preisveränderungsraten – bis Ende 2003 unverändert. Erst mit Beginn des Jahres 2004, insbesondere ab dem 2. Quartal 2004, erhöhten sich die Preise für den Eigenbau spürbar.

Das Marktsegment des Fertigteilbaus wird beim Häuserpreisindex durch eine Nachweisung in der Erzeugerpreisstatistik erfasst. Für die Berechnung des Preisindex werden bei ausgewählten Fertighausherstellern Preise für so genannte Typenhäuser erhoben. Als Typenhäuser werden spezielle Fertighäuser bezeichnet, die sich dadurch auszeichnen, dass Form und Grundriss der Häuser anhand der Vorplanung durch Architekten und Statiker bereits vorgegeben sind und nicht ohne

weiteres verändert werden können. Im Gegensatz zu der Abfrage von Preisen für einzelne Bauleistungen erfolgt hier die Preiserhebung für komplette Häuser.

Die Preise für standardisierte Fertighäuser erhöhten sich im Zeitraum von 2000 bis 2006 um 5,1 % und stiegen somit noch stärker als die Preise für den Eigenbau. Im Gegensatz zum konventionellen Bauen war im Fertigteilbau jedoch ein weitestgehend stetiger Anstieg der Preise zu beobachten, gleichbedeutend mit einer mittleren jährlichen Wachstumsrate von etwas mehr als 0,8 %.

Das Marktsegment des schlüsselfertigen Bauens wird anhand einer Erhebung von Daten der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte abgedeckt. In Deutschland existieren rund 1 000 dieser Gremien, die teilweise auf Kreis-, teilweise auf Gemeindeebene organisiert sind. Grundsätzlich ist es Aufgabe der Gutachterausschüsse, den Grundstücksmarkt transparent zu gestalten, indem Bürgern, Behörden und Unternehmen durch Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte und sonstige Wertermittlungsdaten wichtige Informationen über die Werte unbebauter und bebauter Grundstücke und über Marktzusammenhänge vermittelt werden. Zu diesem Zweck werden so genannte Kaufpreissammlungen geführt.

Verglichen mit den deutlichen Preissteigerungen in den beiden Marktsektoren Eigenbau und Fertigteilbau entwickelten sich die Preise für das schlüsselfertige Bauen zwischen 2000 und 2006 beachtlich rückläufig. Auf Grundlage der Jahresergebnisse nahmen die Preise für schlüsselfertig erstellte Neubauten im genannten Zeitraum um 6,9 % ab. Dies entspricht einem mittleren jährlichen Preisrückgang von knapp 1,2 %. → Abb. 10

Der Preisindex für bestehende Wohngebäude spiegelt die Entwicklung der Preise für gebrauchte Ein- und Zweifamilienhäuser sowie bestehende Eigentumswohnungen wider. Er wird ebenfalls

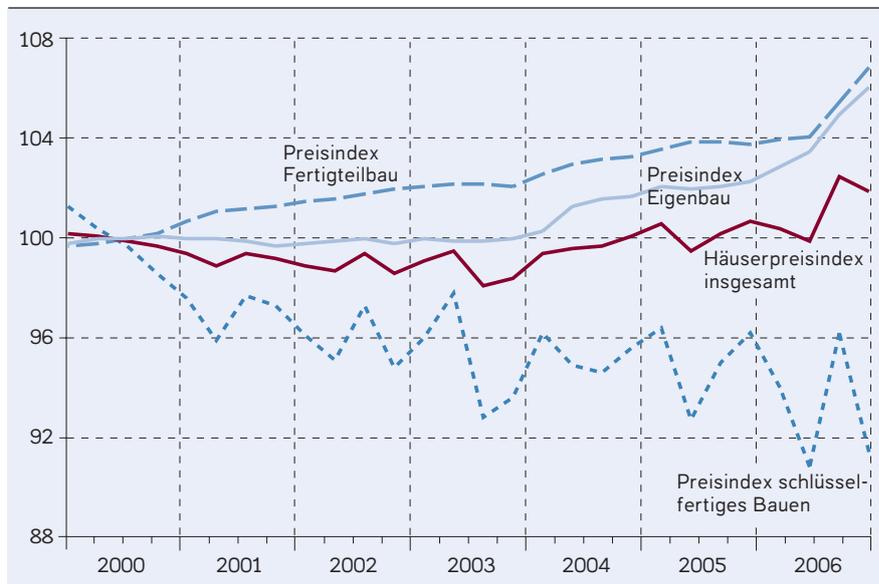
anhand von bei den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte erhobenen Daten berechnet. Im Gegensatz zu der Preisentwicklung bei neu gebauten Häusern und Wohnungen entwickelten sich die Preise gebrauchter Wohnimmobilien im Zeitraum 2000 bis 2006 beachtlich rückläufig. So lag der Preisindex für bestehende Wohngebäude im Jahr 2006 um 3,0 % unter dem Stand des Jahres 2000.

→ Abb. 11

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland erfasst die Verkäufe von unbebauten

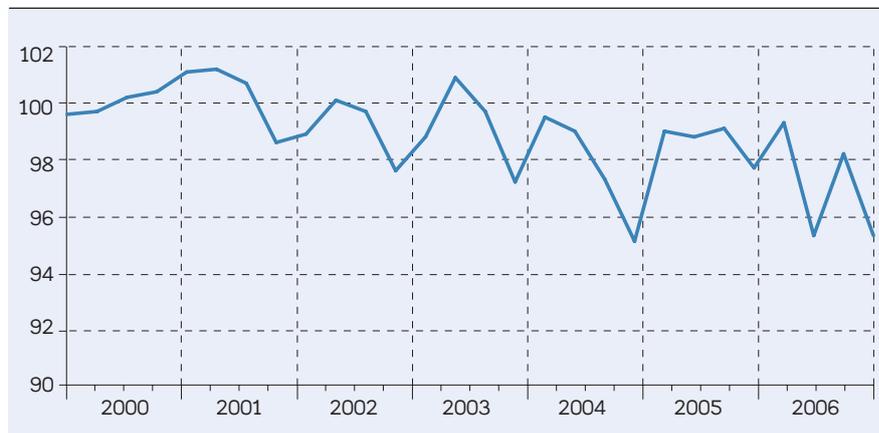
Grundstücken mit einer Fläche ab 100 Quadratmetern. Im Jahr 2006 wurden in Deutschland rund 69 000 Verkäufe von unbebautem Bauland statistisch erfasst. Danach wurden nahezu 97 Quadratkilometer Bauland veräußert. Die Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Baugebieten sowie Art und Größe des Grundstücks. Typisch ist, dass sich mit der steigenden Einwohnerzahl in den Städten und Gemeinden die Kaufwerte für Bauland stark erhöhen. Differenziert man nach Baugebieten, wurden die höchst-

Abb. 10: Häuserpreisindex (Neubau)



2000=100.

Abb. 11: Entwicklung des Preisindex für bestehende Wohngebäude



2000=100.

ten Verkaufserlöse in Geschäftsgebieten und die niedrigsten in Dorf- und Industriegebieten erzielt.

Aus Sicht der privaten Haushalte sind insbesondere die Kaufwerte für baureifes Land, also Flächen, die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften baulich nutzbar und von den Gemeinden für die Bebauung vorgesehen sind, von Bedeutung. Im

Tab. 10: Kaufwerte für baureifes Land nach Ländern 2006

	Durchschnittl. Kaufwert
	in EUR/m ²
Berlin	437,49
Hamburg	389,71
Bayern	233,16
Baden-Württemberg	174,78
Nordrhein-Westfalen	139,00
Hessen	135,44
Bremen	132,00
Schleswig-Holstein	106,96
Rheinland-Pfalz	100,25
Saarland	70,63
Niedersachsen	69,24
Mecklenburg-Vorpommern	53,48
Brandenburg	50,76
Sachsen	47,36
Sachsen-Anhalt	36,56
Thüringen	35,80
Deutschland	122,85

Jahr 2006 wurden rund 58 000 Verkäufe von unbebautem baureifem Land statistisch erfasst. Dies entspricht einer veräußerten Fläche an baureifem Land von 52 Quadratkilometern. Je Veräußerungsfall wechselten 895 Quadratmeter baureifes Land den Besitzer. Der durchschnittliche Kaufwert betrug rund 123 Euro pro Quadratmeter. ➔ **Tab. 10**

Neben den Ausgaben für das Bauwerk als solches bzw. für den eigentlichen Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum werden Bauherren oder Käufer bzw. Besitzer von Wohneigentum noch durch weitere nicht zu unterschätzende Kostenfaktoren belastet. Hierzu zählen insbesondere Ausgaben für Großreparaturen und für

Instandsetzungsmaßnahmen sowie die mit dem Immobilienerwerb verbundenen Transferkosten, also Nebenkosten wie Maklergebühren, Grunderwerbsteuer sowie Notargebühren. Mit der Entwicklung von Preisindizes zur Erfassung der sonstigen Kosten wurde bereits begonnen. Erste Ergebnisse hierzu dürften voraussichtlich Ende 2008 vorliegen.

8.1.3 Zusammenfassung

In Deutschland gab es 2006 knapp 39 Mill. Wohnungen in Wohngebäuden. Die Wohnsituation zwischen Ost und West ist noch unterschiedlich, obwohl Annäherungstendenzen zu beobachten sind. In den neuen Ländern lag die Hälfte aller Wohnungen in einem Wohngebäude mit sieben oder mehr Wohnungen, ein doppelt so hoher Anteil wie im früheren Bundesgebiet. Insgesamt befanden sich im Jahre 2006 in Deutschland mehr als ein Viertel aller Wohnungen in Einfamilienhäusern.

Mietwohnungen sind kleiner als von Eigentümern bewohnte Wohnungen. Während die durchschnittliche Wohnfläche in allen bewohnten Wohnungen 90 Quadratmeter betrug, verfügten zwei Drittel der von Eigentümern bewohnten Wohnungen über 100 Quadratmeter oder mehr. Bei den vermieteten Wohnungen weisen dagegen nur 14 % eine Fläche von mehr als 100 Quadratmeter auf. Die Eigentümerquote ist mit 42 % in den letzten Jahren relativ konstant geblieben.

In den vergangenen Jahren wurden die Heizungssysteme der Wohnungen modernisiert. Die Zahl der Wohnungen, die mit Einzel- oder Mehrraumöfen (z. B. Nachtspeicheröfen) beheizt werden, hat sich seit 1998 stark reduziert, in den neuen Ländern um fast 60 %. Dafür war im selben Zeitraum eine hohe Zunahme von Block- oder Zentralheizungen, vor allem in den neuen Ländern, zu verzeichnen. Die Beheizung mit erneuerbaren Energien befindet sich zwar gemessen an der Ge-

samtzahl der Wohnungen noch auf einem relativ niedrigen Niveau, hat sich aber in den letzten acht Jahren fast verdoppelt, in den neuen Ländern sogar verdreifacht, während dort gleichzeitig die Kohleheizungen um 75 % zurückgegangen sind.

Je länger man seiner Mietwohnung treu bleibt, umso günstiger wohnt man. In Wohnungen, die seit mehr als 25 Jahren vom selben Haushalt bewohnt werden, betrug die Quadratmetermiete 2006 nur 5,34 Euro. Wer hingegen erst 2005 eine Wohnung bezogen hat, zahlte durchschnittlich 6,31 Euro, also gut 18 % mehr.

Allein lebende Menschen verfügten im Durchschnitt über 68 Quadratmeter. Insgesamt wohnten im früheren Bundesgebiet immerhin 31 % der Einpersonenhaushalte in einer Wohnung mit 80 Quadratmeter oder mehr, in den neuen Ländern waren es nur 15 %. Seit 1998 hat die durchschnittliche Wohnfläche pro Haushalt um knapp 4 % zugenommen, von 87 Quadratmeter auf 91 Quadratmeter. Pro Person betrug der Zuwachs sogar 10 %, von 39 Quadratmeter im Jahr 1998 auf 43 Quadratmeter pro Person im Jahr 2006.

Derzeit bewegt sich der Wohnungsneubau mit rund 200 000 neuen Wohnungen auf dem niedrigsten Niveau seit der deutschen Vereinigung. Insbesondere der Neubau von großen Wohneinheiten geht kontinuierlich zurück. Zu dieser Entwicklung dürfte neben Sättigungseffekten auch die Reform der Wohnungsbauförderung beitragen.

Die Wohnungsgröße ist bei den Neubauten in den letzten Jahren weiter gestiegen. Neben anderen Faktoren sind die größeren Wohnflächen Ursache für die gestiegenen Baukosten je Wohnung.

Der Häuserpreisindex hat sich moderat erhöht. Der Preisindex für Fertighäuser ist in den letzten Jahren stärker gestiegen als der Preisindex für das konventionelle Bauen.

8.2 Wohnverhältnisse und Wohnkosten

Joachim Frick
Judith Schubert

Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt seit 1990 ist gekennzeichnet von massiven privaten Investitionen und hohen staatlichen Subventionen sowie einer Reihe von institutionellen Veränderungen. Dabei haben vor allem die Wohneigentumsförderung und die Grundmietverordnungen, insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, einen starken Einfluss auf den Prozess der Annäherung der Wohnverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland ausgeübt. Gegenstand der folgenden Analysen ist die Entwicklung im Zeitraum bis 2006 anhand einer Reihe von objektiven und subjektiven Indikatoren zu Wohneigentum, Wohnraumversorgung, Mieten, Qualität des Woh-

nungsbestandes und der Zufriedenheit mit der Wohnsituation.

8.2.1 Wohneigentum

In Ostdeutschland kam es nach 1990 zu einem deutlichen Anstieg der Eigentümerquote. Durch diverse Maßnahmen zur Wohneigentumsförderung ist der Anteil von sehr niedrigen 25 % im Jahr 1991 auf immerhin 33 % im Jahr 2006 gestiegen. Dennoch liegt die Eigentümerquote in den neuen Bundesländern noch um rund elf Prozentpunkte unter der in den alten Bundesländern (vgl. Tab. 1). Im internationalen Vergleich befindet sich

Deutschland mit einer Quote von knapp 43 % trotz des Anstiegs der letzten Jahre weit hinter europäischen Spitzenreitern, wie z. B. Irland mit einer Eigentümerquote von rund 80 %. → Tab. 1

Die Differenzierung nach dem Alter des Haushaltsvorstandes und nach Haushaltstypen verweist auf einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Eigentümerstatus und Lebenszyklus. In Westdeutschland hat sich im Zeitraum 1991 bis 2006 der Anteil der jungen Eigentümer bis 40 Jahre kaum verändert, auch der Anteil der Eigentümer im Alter von 41 bis 65 Jahre ist nur leicht gestiegen. Der Gesamtanstieg der Eigentümerquote um knapp fünf

Tab. 1: Eigentumsquote¹ privater Haushalte in Deutschland 1991–2006

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1996	2001	2006	1991	1996	2001	2006
	in %							
Insgesamt	39,9	40,0	42,5	44,7	24,8	26,0	32,8	33,4
Ausgewählte Haushaltstypen								
Allein stehend, Mann	15,7	21,2	22,1	26,3	13,0	10,1	18,3	17,8
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	21,1	18,5	19,6	22,3	8,7	7,2	14,5	13,1
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	30,5	33,0	38,6	41,2	14,3	11,4	19,4	17,7
(Ehe-)Paare ohne Kinder	45,0	46,4	51,3	53,9	31,0	30,4	38,7	42,1
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	45,3	49,1	50,7	52,6	25,1	34,3	42,6	47,1
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	69,9	62,5	67,8	68,7	42,4	41,7	58,8	62,6
Alleinerziehende	38,8	30,1	26,5	25,9	12,5	16,3	18,2	14,9
Alter des Haushaltsvorstandes								
Bis 40 Jahre	23,8	25,3	22,8	23,5	20,8	21,6	22,7	21,5
41–65 Jahre	50,3	48,4	52,0	53,1	29,1	32,6	39,7	42,5
66 Jahre und älter	42,3	45,1	51,3	55,7	23,4	19,8	32,4	32,4
Einkommensquintil²								
Unterstes Quintil	28,2	25,5	26,2	25,2	24,7	19,5	23,9	21,0
Zweites Quintil	34,8	33,8	37,1	39,1	24,7	28,2	36,7	29,8
Mittleres Quintil	34,8	38,3	43,2	41,4	22,5	28,4	32,7	41,9
Viertes Quintil	41,6	43,6	45,3	52,4	28,7	29,1	37,2	38,9
Oberstes Quintil	50,2	52,7	54,8	58,3	28,5	27,9	42,2	48,8
Haushalte mit Arbeitslosen	20,0	30,5	28,4	21,5	25,9	30,9	30,9	28,4

1 Anteil der Haushalte in selbst genutztem Wohneigentum an allen Haushalten.

2 Jedes Quintil umfasst 20% aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1991, 1996, 2001 und 2006.

Prozentpunkte in Zeitraum 1991 bis 2006 ist also vor allem auf den Anstieg der Eigentümer in der Altersklasse über 65 Jahre (42 % im Jahr 1991 bzw. 56 % im Jahr 2006) zurückzuführen. In Ostdeutschland dagegen verzeichnet auch die mittlere Altersklasse eine starke Zunahme der Eigentumsquote (29 % im Jahr 1991 bzw. 43 % im Jahr 2006). Der Anteil der über 65-jährigen Eigentümer steigt im selben Zeitraum um neun Prozentpunkte auf 32 %.

Im Durchschnitt aller Haushalte gibt es nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West, für jüngere Haushalte gilt dies aber nicht. Ebenso hat sich der Eigentümeranteil der ostdeutschen Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren bis zum Jahr 2006 dem Niveau in Westdeutschland bis auf knapp sechs Prozentpunkte weitgehend angeglichen. Vermutlich haben spezifische Anreizstrukturen (z. B. Wohneigentumsförderung und Baukindergeld) und die Stadt-Umland-Wanderungen im Falle von Berlin diese Entwicklung begünstigt. Die derzeit noch bestehenden Unterschiede sind insbesondere bei Haushalten von älteren (weiblichen) Singles bzw. (Ehe-)Paaren in der nachelterlichen

Phase zu finden – Lebensphasen, in denen üblicherweise auch kein Wohneigentum mehr erworben wird.

Im Zeitverlauf 1991 bis 2006 hat der Zusammenhang von Wohneigentum (serwerb) und Einkommen in West- wie Ostdeutschland weiter zugenommen. Dieser Befund basiert sowohl auf einem sinkenden Eigentümeranteil im untersten Einkommensfünftel als auch auf steigenden Anteilen in den oberen Einkommensgruppen. So lebten in Westdeutschland 1991 im obersten (untersten) Quintil 50 % (28 %) aller Haushalte in selbst genutztem Eigentum, im Jahr 2006 sogar 58 % (nur noch 25 %) der Haushalte. Dieser Unterschied in der Eigentümerquote zwischen dem untersten und obersten Einkommens-Fünftel der Bevölkerung war in Ostdeutschland 1991 noch marginal (lediglich 4 Prozentpunkte), liegt im Jahr 2006 aber bereits bei rund 28 Prozentpunkten.

8.2.2 Wohnsituation

Der Zustand der Wohngebäude in Ostdeutschland hat sich nach Auskunft der

Bewohner deutlich verbessert (vgl. Tabelle 2). Bei Betrachtung des gesamten bewohnten Bestandes zeigen sich im Jahre 2006 nur noch geringe Ost-West-Unterschiede. Der Anteil aller Haushalte in den neuen Ländern, der den Zustand des von ihnen bewohnten Gebäudes als »gut« bewertet, hat sich innerhalb von 15 Jahren von 35 % auf 71 % mehr als verdoppelt. Nur noch knapp 4 % bewerten den Zustand als »ganz renovierungsbedürftig«. Die entsprechenden Werte für die alten Länder liegen bei 69 % (»gut«) bzw. 3 % (»ganz renovierungsbedürftig«).

Erwartungsgemäß bestehen allerdings deutliche Unterschiede zwischen Mietern und Eigentümern. Wohnen nimmt bei Eigentümern oft einen höheren Stellenwert ein, und sie haben eine höhere Bindung an das Eigentum, was insgesamt zu mehr Investitionen in Substanzerhalt und -verbesserung führt. Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Eigentümern können zudem den niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern geschuldet sein, wodurch weitere Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zurückgestellt werden müssen.

Tab. 2: Zustand der Wohngebäude in Deutschland 1991–2006

Beurteilung des Gebäudezustandes durch den Haushaltsvorstand	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1996	2001	2006	1991	1996	2001	2006
	in %							
Insgesamt								
Gut	68,2	62,9	70,9	69,0	34,5	39,4	65,7	70,5
Teilweise renovierungsbedürftig	28,7	33,7	26,8	28,3	49,7	43,8	27,7	25,9
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	3,1	3,4	2,4	2,7	15,8	16,8	6,5	3,7
Eigentümer								
Gut	79,2	75,2	81,1	78,3	51,4	57,1	68,7	68,6
Teilweise renovierungsbedürftig	19,4	23,9	18,4	21,1	41,8	38,3	27,4	29,5
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	1,4	1,0	0,6	0,6	6,8	4,7	3,9	1,8
Hauptmieter								
Gut	60,5	54,3	63,0	61,1	28,5	32,9	64,2	71,4
Teilweise renovierungsbedürftig	35,2	40,6	33,3	34,4	52,5	45,8	27,9	23,9
Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif	4,4	5,1	3,8	4,4	19,0	21,3	7,9	4,7

Datenbasis: SOEP 1991, 1996, 2001 und 2006.

Tab. 3: Wohnraumversorgung privater Haushalte in Deutschland 1991–2006

Haushaltsmerkmal	Wohnfläche je Haushaltsmitglied				Anteil der Haushalte mit Wohnraum-Unterversorgung ¹			
	Westdeutschland		Ostdeutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1991	2006	1991	2006	1991	2006	1991	2006
	Mittelwert in m ²				in %			
Insgesamt	46	54	32	45	8,4	4,5	14,4	2,8
Wohnstatus								
Eigentümer	51	61	37	51	5,2	2,1	9,4	2,9
Hauptmieter	43	48	31	42	10,5	6,3	15,1	2,9
Ausgewählte Haushaltstypen								
Allein stehend, Mann	61	72	51	58	0,0	0,0	0,0	0,0
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	66	69	49	63	0,0	0,0	0,0	0,0
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	66	80	45	61	0,0	0,0	0,0	0,0
Ehe-)Paare ohne Kinder	44	52	32	40	2,7	1,3	2,0	1,1
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	28	32	21	30	27,7	15,1	40,0	12,0
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	34	38	25	31	7,1	3,7	12,2	5,2
Alleinerziehende	43	39	28	33	7,2	4,3	6,7	2,8
Alter des Haushaltsvorstandes								
Bis 40 Jahre	39	46	26	42	14,7	7,5	31,5	4,8
41–65 Jahre	46	51	33	44	8,2	4,5	6,5	3,0
66 Jahre und älter	58	68	41	51	0,4	0,8	0,5	0,0
Einkommensquintil²								
Unterstes Quintil	44	45	35	40	13,8	11,5	12,8	5,7
Zweites Quintil	42	48	28	45	13,5	6,7	17,1	1,6
Mittleres Quintil	43	50	28	45	10,8	3,9	15,4	2,3
Viertes Quintil	45	55	34	47	5,2	1,4	9,5	0,2
Oberstes Quintil	55	67	39	58	2,6	0,3	/	4,4

/ : Fallzahl zu gering (n<10).

1 Unterversorgung liegt vor, falls die Zahl der Haushaltsmitglieder die Zahl der Wohnräume (über sechs Quadratmeter, ohne Küche und Bad) übersteigt.

2 Jedes Quintil umfasst 20% aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1991 und 2006.

In Westdeutschland veränderte sich die Beurteilung des Gebäudezustands durch die Bewohner kaum, lediglich ein leichter Rückgang um zwei Prozentpunkte bei der Einschätzung der Wohngebäude als »gut« im Vergleich zum Wert von 2001 ist festzustellen. Im Jahre 2006 schätzten westdeutsche Eigentümer ihr Gebäude zu rund 78 % als »gut« und zu etwa 21 % als »teilweise renovierungsbedürftig« ein; bei den Mietern sind dies rund 61 % bzw. 34 %.

In Ostdeutschland hat sich die Qualität der Wohnungen dank massiver Investitionen in den Wohnungsbau erheblich verbessert. Dementsprechend fiel die Beurteilung des Gebäudezustands zunehmend positiv aus. Vor allem der Anteil

der Mieterhaushalte, die den Gebäudezustand als »gut« bewerteten, hat sich mit 71 % (2006) gegenüber dem Wert von 1991 um das 2,5-fache erhöht und lag damit sogar zehn Prozentpunkte über dem Wert in Westdeutschland (61 %). Nur noch 24 % der ostdeutschen Mieter schätzten den Gebäudezustand im Jahr 2006 als »teilweise renovierungsbedürftig« ein, dieser Anteil hat sich seit 1991 mehr als halbiert. Um drei Viertel ist der Anteil derer zurückgegangen, die den Gebäudezustand als »ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif« bewerteten; das waren 2006 nur noch 5 %. Diese Veränderungen sind zum Teil auf den Auszug aus baufälligen Gebäuden zurückzuführen, die nun häufig leer stehen bzw. ab-

gerissen worden sind, sowie auf die Abriss- und Rückbaumaßnahmen im Rahmen des Programms »Stadtumbau Ost«. Bei den ostdeutschen Eigentümern bleibt die Einschätzung des Zustands der Gebäude gegenüber dem Jahr 2001 weitgehend gleich. Hier bewerten 69 % der Eigentümer ihr Haus im Jahr 2006 als »gut«, 30 % als »teilweise renovierungsbedürftig«.

Die insgesamt festzustellende Übereinstimmung der Einschätzung des Gebäudezustands in West- und Ostdeutschland ergibt sich somit aus dem niedrigeren Anteil der ostdeutschen Eigentümer, die ihre Gebäude derzeit eher weniger gut bewerten als jene in Westdeutschland, und dem gleichzei-

tig höheren Anteil von Mieterhaushalten in Ostdeutschland, die die Qualität der bewohnten Mietgebäude höher einschätzen als in den alten Ländern. → Tab. 2

8.2.3 Wohnraumversorgung

Bezüglich der Wohnraumversorgung bestehen trotz bemerkenswerter Fortschritte auch weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Großzügiger

dimensionierte Wohnflächen bei Neubauten seit Beginn der 1990er Jahre haben dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Wohnungsgröße pro Kopf in Ostdeutschland inzwischen 45 Quadratmeter beträgt, rund 13 Quadratmeter mehr als noch 1991 (vgl. Tab. 3). Die durchschnittliche Wohnfläche ist in den alten Bundesländern jedoch immer noch rund 9 Quadratmeter größer als in Ostdeutschland. Mietwohnungen in Westdeutschland sind im Jahre 2006 mit 76

Quadratmeter sogar rund 12 Quadratmeter größer als im Osten. Haushalten in selbst genutztem Wohneigentum steht in Ost- wie Westdeutschland mehr Wohnfläche (9 bzw. 13 Quadratmeter) zur Verfügung als Mietern. → Tab. 3

Erwartungsgemäß leben Mehrpersonenhaushalte (insbesondere solche mit Kindern) in deutlich beengteren Verhältnissen. Analog zu den Befunden zur Eigentümerquote steigt auch die verfügbare

Tab. 4: Wohnungsmieten der Hauptmieter in Deutschland 1991–2006

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland					Ostdeutschland					Ost in % von West ² 2006 %
	Brutto-Kaltmiete in EUR/m ²				Index ¹ 2006	Brutto-Kaltmiete in EUR/m ²				Index ¹ 2006	
	1991	1996	2001	2006		1991	1996	2001	2006		
	Mittelwert					Mittelwert					
Insgesamt	4,01	5,37	5,98	6,38	100	0,50	4,44	5,33	5,68	100	89
Gebäudezustand³											
Gut	4,17	5,65	6,09	6,59	103	0,54	5,09	5,76	5,94	105	90
Teilw. renovierungsbedürftig	3,79	5,07	5,87	6,08	95	0,50	4,26	4,73	5,16	91	85
Ganz renovierungsbedürftig	3,59	4,79	5,25	5,85	92	0,45	3,76	4,01	4,38	77	75
Baujahr											
Vor 1949	3,61	4,81	5,50	5,92	93	0,43	4,06	5,02	5,43	96	92
1949 bis 1971	3,95	5,18	5,89	6,25	98	0,48	4,53	5,30	5,64	99	90
1972 bis 1980	4,66	5,94	6,26	6,63	104	0,58	4,60	5,31	5,90	104	89
1981 bis 1990 (für 1991: ab 1981)	4,96	6,20	6,57	7,03	110	0,62	4,46	5,16	5,35	94	76
1991 und später	-	6,94	6,98	7,29	114	-	6,14	6,69	6,52	115	89
Wohndauer											
Bis 4 Jahre	4,35	6,01	6,34	6,58	103	0,55	4,68	5,66	5,64	99	86
5 bis 11 Jahre	4,02	5,13	5,92	6,45	101	0,53	4,42	5,13	5,94	105	92
12 und mehr Jahre	3,65	4,80	5,48	6,00	94	0,46	4,27	5,01	5,45	96	91
Gemeindegröße											
Bis unter 20 000 Einw.	3,69	4,97	5,19	5,69	89	0,45	4,37	5,13	5,44	96	96
20 000 bis 100 000 Einw.	3,87	4,93	5,87	6,19	97	0,50	4,41	5,16	5,39	95	87
100 000 bis 500 000 Einw.	4,00	5,39	5,98	6,36	100	0,52	4,56	5,53	5,90	104	93
500 000 Einwohner und mehr	4,34	5,97	6,72	7,19	113	0,56	4,41	5,60	6,22	110	87
Ausstattung mit modernem Heizsystem											
Ja	4,15	5,52	6,07	6,43	101	0,56	4,63	5,46	5,76	101	90
Nein	3,14	4,32	5,02	5,31	83	0,44	4,15	4,29	3,82	67	72
Nachrichtlich:											
Bruttokaltmiete in EUR/Wohnung	271	370	426	465	-	28	253	335	351	-	75
Wohnfläche in m ²	71	72	74	76	-	58	61	63	64	-	84

1 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro m² = 100.

2 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro m² in Westdeutschland = 100.

3 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

Datenbasis: SOEP 1991, 1996, 2001 und 2006.

Wohnfläche je Haushaltsmitglied mit zunehmendem Alter des Haushaltsvorstandes. Auch hier zeigt sich im Ost-West-Vergleich bei der Wohnraumversorgung junger Haushalte (Bezugsperson bis 40 Jahre) mit 46 Quadratmeter in den alten Ländern und 42 Quadratmeter in den neuen Ländern eine weitgehende Übereinstimmung, während diese Differenz bei älteren Haushalten noch rund 17 Quadratmeter beträgt (68 Quadratmeter gegenüber 51 Quadratmetern).

Ein alternativer Indikator zur Wohnraumversorgung ist das Maß »Wohnräume pro Kopf« (Wohnräume ohne Bad, Küche und Kammern mit weniger als 6 Quadratmeter Fläche). Im Zeitverlauf 1991 bis 2006 ist hier in West- und in Ostdeutschland eine deutliche Verbesserung zu beobachten. Gegenwärtig steht in lediglich noch 5 bzw. 3 % aller Haushalte weniger als ein Wohnraum pro Kopf zur Verfügung. Vor allem in ostdeutschen Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren und Haushalten mit jungen Bezugspersonen ist diese Form der »Wohnraum-Unterversorgung« um mehr als zwei Drittel bzw. vier Fünftel zurückgegangen. Hierin spiegeln sich die demographische Entwicklung mit der Abnahme der Geburten und die Veränderung der Lebensformen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich zwischen 1991 und 2006 im Osten von 2,39 auf 2,01 verringert, im Westen von 2,25 auf 2,14.

8.2.4 Wohnungsmieten

Die Entwicklung der Wohnungsmieten in Ostdeutschland ist bis zum Jahre 2006 durch einen deutlichen Anstieg des Mietenniveaus gekennzeichnet. Ausgehend von lediglich 0,50 Euro pro Quadratmeter im Frühjahr 1991 war die durchschnittliche Bruttokaltmiete bis zum Jahre 1996 bereits auf 4,44 Euro pro Quadratmeter gestiegen, danach hat sich die Mietsteigerung aber deutlich abgeschwächt. Die durchschnittliche Bruttokaltmiete erreicht im Jahr 2006 knapp 5,70 Euro pro Quadratmeter.

Dies entspricht einer Steigerung der durchschnittlichen Quadratmetermiete seit dem Jahr 2001 um 7 %; in der Periode 1996 bis 2001 waren dies noch rund 20 % (vgl. Tab. 4). Die entsprechende Mietsteigerung in den alten Bundesländern in der jüngsten Periode (2001 bis 2006) betrug ebenfalls 7 %. Seit 2001 liegt das ostdeutsche Mietniveau im Mittel bei 89 % des westdeutschen Vergleichswertes. Pro Wohnung hatten ostdeutsche Mieter 2006 im Schnitt 25 % weniger zu bezahlen als westdeutsche Mieter bzw. 351 Euro im Vergleich zu 465 Euro. Dieser beträchtliche Unterschied ergibt sich auch daraus, dass Mietwohnungen in Ostdeutschland im Durchschnitt nach wie vor kleiner sind als in Westdeutschland. → Tab. 4

Wohnungsmieten variieren im Allgemeinen aufgrund von wohnungsbezogenen Kriterien wie Lage, Ausstattung und Qualität des bewohnten Gebäudes sowie der Wohndauer eines Haushaltes. Erwartungsgemäß sind die Mieten in Neubauten jeweils am höchsten. Auch in Ostdeutschland bestimmt sich die Miethöhe vorrangig nach dem Baujahr. Die Ausstattung der Mietwohnungen mit vollständigen Sanitäranlagen und einem mo-

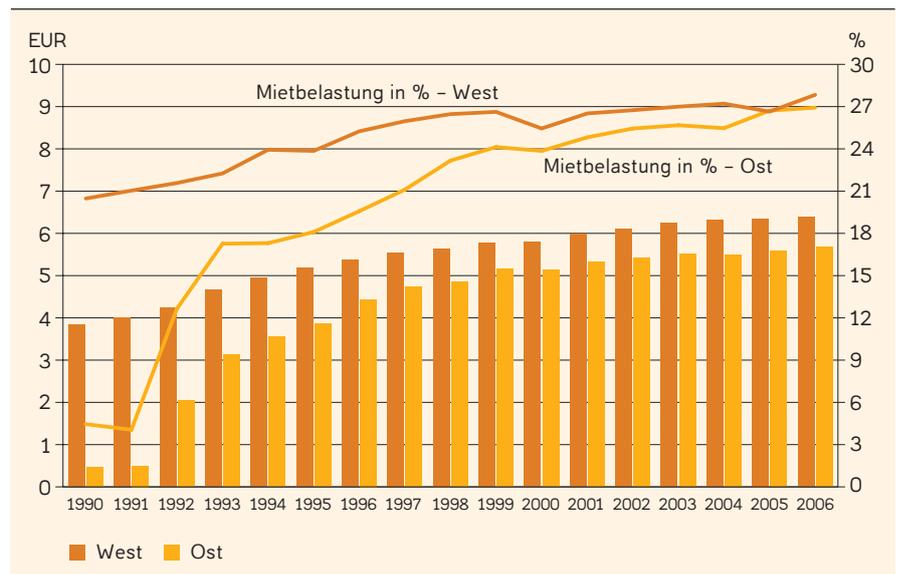
dernen Heizsystem ist im Jahr 2006 auch in Ostdeutschland sehr weit fortgeschritten. Das Fehlen einer solchen Ausstattung führt in West wie Ost zu Mietabschlägen von rund einem Fünftel bzw. einem Drittel gegenüber dem Durchschnitt. Die Spreizung der Mieten zwischen kleineren Gemeinden und Großstädten, die im Laufe der 1990er Jahre in Westdeutschland weiter zugenommen hat, ist in Ostdeutschland noch geringer ausgeprägt.

8.2.5 Entwicklung von Einkommen und Mietbelastung

Die Wohnkostenbelastungsquote von Mieterhaushalten beschreibt den Anteil des Haushaltsnettoeinkommens, den Mieter für die Bruttokaltmiete aufbringen müssen. Diese Quote hat sich für Hauptmieter in Ostdeutschland, in Reaktion auf die oben beschriebenen Veränderungen bei Qualität und Preis von Mietwohnungen, im Zeitraum 1990 bis 2006 von lediglich 4 % auf fast 27 % mehr als verdreifacht. → Abb. 1

Diese Entwicklung wird definitionsgemäß auch von der Einkommenssituation der

Abb. 1: Entwicklung von Miete und Mietbelastung in Ost- und Westdeutschland 1990–2006, EUR/m²



Datenbasis: SOEP 1990-2006.

privaten Haushalte beeinflusst (siehe auch Kapitel 6). Eine nach Wohnstatus differenzierte Analyse der Äquivalenzeinkommen in der 5-Jahresperiode 2001 bis 2006 zeigt eine für Eigentümer und Mieter tendenziell gegenläufige Entwicklung: Während die preisbereinigten Einkommen aller privaten Haushalte in Westdeutschland um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr steigen und in Ostdeutschland zumindest gleich bleiben, nehmen die Einkommen von Eigentümern in Westdeutschland überdurchschnittlich um 1,7 % und in Ostdeutschland um 1,5 % zu (vgl. Tabelle 5). Dagegen stagnieren die Einkommen der Hauptmieter in Westdeutschland (+0,3 %) und sind in Ostdeutschland sogar leicht rückläufig (-0,7 %). Hier spiegelt sich unter anderem die bereits genannte, zunehmende Einkommensabhängigkeit des Erwerbs von Wohneigentum wider. So scheint es in den letzten Jahren insbesondere den ökonomisch besser gestellten Mieterhaushalten gelungen zu sein, unter anderem dank entsprechender Förderungsmaßnahmen Wohneigentum zu bilden, was wiederum unter sonst gleichen Bedingungen das Durchschnittseinkommen der (verbleibenden) Mieterhaushalte senkt. Diese Entwicklung ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt. → Tab. 5

Als Ergebnis der Entwicklung steigender Mieten und stagnierender bzw. sinkender Einkommen von Mieterhaushalten ist die Wohnkostenbelastung von Hauptmietern von 2001 bis 2006 in Westdeutschland im Durchschnitt um einen Prozentpunkt auf 28 %, in Ostdeutschland um zwei Prozentpunkte auf 27 % gestiegen (vgl. Tabelle 6). Für Mieter im untersten Einkommensquintil ist die Wohnkostenbelastung in West- wie Ostdeutschland von 2001 bis 2006 um rund drei Prozentpunkte gestiegen, während sie für die oberen drei Quintile in etwa gleich geblieben oder sich leicht um einen Prozentpunkt reduziert hat. Insgesamt sind die Mietbelastungsquoten von Haushalten im obersten Einkommensquintil in Ost- und in Westdeutschland mit lediglich 14 % bzw. 18 % weniger als halb so hoch als die des untersten Einkommensfünftels (37 % bzw. 42 %).

Deutliche Unterschiede in der Mietbelastung finden sich bei Betrachtung verschiedener Familien- bzw. Haushaltstypen. So liegen die durchschnittlichen Belastungsquoten von (Ehe-)Paaren ohne Kinder (oft auch Personen in der nachelterlichen Phase) weit unter dem Durchschnitt. Dies gilt aufgrund der häufig hohen Erwerbsbeteiligung auch für voll-

ständige Familien mit erwachsenen Kindern. Paare mit minderjährigen Kindern weisen indes durchschnittliche Wohnkostenbelastungsquoten auf. → Tab. 6

Von sozialpolitischer Bedeutung sind die einkommensschwachen Haushalte mit Arbeitslosen oder von Alleinerziehenden, deren Mietbelastung bei jeweils rund einem Drittel des Haushaltsnettoeinkommens liegt. Bei den Arbeitslosen in Westdeutschland erreicht diese Quote im Jahre 2006 sogar 37 % (2001: 34 %), in Ostdeutschland 35 % (2001: 29 %). Auch die Wohnkostenbelastung der allein erziehenden Ostdeutschen hat zwischen 2001 und 2006 um knapp vier Prozentpunkte zugenommen.

Bei der Bewertung dieser Entwicklung muss berücksichtigt werden, dass die Zahl der Wohngeldbezieher im Rahmen der Hartz-Reformen und der Einführung von ALG (Arbeitslosengeld) II zum 1. Januar 2005 stark rückläufig ist (vgl. rechte Spalten von Tab. 6). Infolge dieser Maßnahmen sinkt der Anteil der arbeitslosen Wohngeldempfänger im Zeitraum von 1996 bis 2006 in Westdeutschland um sieben und in Ostdeutschland sogar um zehn Prozentpunkte auf nur noch 10 % bzw. 19 %. Der Bezug von Wohn-

Tab. 5: Äquivalenzeinkommen¹ privater Haushalte nach Wohnstatus in Deutschland 1991–2006

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1996	2001	2006	1991	1996	2001	2006
	in EUR (in Preisen des Jahres 2000)							
Insgesamt	1 356	1 392	1 437	1 514	777	1 086	1 123	1 125
Wohnstatus								
Eigentümer	1 477	1 573	1 594	1 732	798	1 128	1 201	1 290
Hauptmieter	1 285	1 278	1 325	1 346	778	1 075	1 088	1 048
	Durchschnittliche jährliche Veränderung gegenüber Vorperiode, in %							
Insgesamt	-	0,5	0,6	1,1	-	7,9	0,7	0,0
Wohnstatus								
Eigentümer	-	1,3	0,3	1,7	-	8,3	1,3	1,5
Hauptmieter	-	-0,1	0,7	0,3	-	7,6	0,2	-0,7

¹ Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen im Befragungsmonat des jeweiligen Erhebungsjahres.

Datenbasis: SOEP 1991, 1996, 2001 und 2006.

Tab. 6: Mietbelastung und Wohngeldbezug von Hauptmietern 1991–2006

Haushaltsmerkmal	Mietbelastungsquote in % des Haushaltsnettoeinkommens								Anteil der Haushalte m. Bezug v. Wohngeld in % aller Haushalte			
	Westdeutschland				Ostdeutschland				Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1991	1996	2001	2006	1991	1996	2001	2006	1996	2006	1996	2006
	in %								in %			
Insgesamt	21,1	25,3	26,5	27,9	4,1	19,6	24,8	26,9	7,2	4,2	11,7	8,1
Ausgewählte Haushaltstypen												
Allein stehend, Mann	20,2	26,0	27,0	29,2	5,2	24,4	26,5	27,9	6,3	4,7	20,0	9,0
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	26,0	31,2	30,3	32,9	6,9	26,8	34,5	34,5	5,5	4,1	15,3	14,8
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	28,6	30,0	33,6	35,0	6,1	23,4	27,1	28,3	10,7	6,1	12,8	3,1
(Ehe-)Paare ohne Kind	16,7	21,4	22,4	23,5	3,1	16,3	20,7	21,5	2,6	2,4	2,0	3,8
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	18,9	23,4	23,6	24,2	3,1	16,0	22,8	27,1	8,0	3,9	11,6	6,4
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	16,5	19,4	19,9	22,1	2,6	13,3	17,7	23,6	1,2	2,7	1,5	1,8
Allein Erziehende	26,8	29,5	32,7	30,7	4,9	23,2	28,5	32,2	24,7	7,9	27,7	22,8
Alter des Haushaltsvorstandes												
Bis 40 Jahre	20,0	26,0	25,7	26,7	3,6	19,4	26,5	28,5	8,7	3,8	15,6	11,7
41–65 Jahre	19,8	23,3	25,7	27,4	3,8	18,7	23,8	27,2	4,5	4,3	9,8	9,2
66 Jahre und älter	25,2	27,5	30,2	31,4	5,4	21,6	24,3	24,4	8,9	5,1	9,3	1,7
Einkommensquintil¹												
Unterstes Quintil	35,5	38,4	38,8	41,8	5,5	29,0	34,0	37,2	26,0	14,1	34,1	20,5
Zweites Quintil	24,6	25,9	27,9	29,3	3,1	18,8	23,6	25,4	5,0	4,2	6,1	4,2
Mittleres Quintil	20,1	23,0	24,0	24,4	2,4	16,4	19,9	21,1	2,3	0,4	0,8	1,1
Viertes Quintil	16,5	19,6	21,3	21,0	2,2	13,0	18,7	18,9	0,5	0,3	0,2	0,0
Oberstes Quintil	14,5	17,9	18,4	18,0	1,5	10,9	15,7	14,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Haushalte mit Arbeitslosen	23,3	32,0	34,2	37,0	4,3	23,1	28,8	34,9	17,5	10,2	29,1	18,9
Haushalte mit Wohngeldbezug	-	38,4	41,7	40,9	-	32,3	39,1	35,5	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Jedes Quintil umfasst 20% aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1991, 1996, 2001 und 2006.

geld konzentriert sich erwartungsgemäß auf Haushalte im untersten Einkommensquintil. In den alten Ländern bezieht in dieser Gruppe etwa jeder siebte Haushalt Wohngeld, in den neuen Ländern jeder fünfte. Trotzdem wenden Mieterhaushalte mit Wohngeldbezug rund 41 % (West) bzw. 36 % (Ost) ihres monatlichen Einkommens für die Bruttokaltmiete auf.

Der Anteil der Haushalte, die Wohngeld beziehen, ist 2006 mit 4 % in Westdeutschland halb so hoch wie in den neuen Ländern (8 %). Darin kommt zum Ausdruck, dass in den neuen Ländern der subjektbezogenen Förderung durch Wohngeld

höhere Bedeutung als wohnungspolitisches Instrument beigemessen wird als in den alten Ländern, wo eher (noch) der soziale Wohnungsbau dominiert.

8.2.6 Wohnzufriedenheit

Eine umfassende Beurteilung der Wohnsituation durch die privaten Haushalte ergibt sich aus dem Indikator »Wohnzufriedenheit«. Allgemein sind selbst nutzende Eigentümer, die dem Lebensbereich »Wohnen« oft eine höhere Bedeutung beimessen als Mieter, auch überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation (vgl.

Tab. 7). In beiden Teilen Deutschlands hat sich die Wohnzufriedenheit von Eigentümern seit 1991 kaum verändert; gemessen auf der Zufriedenheitsskala (von 0 = »ganz und gar unzufrieden« bis 10 = »ganz und gar zufrieden«) liegt diese 2006 in den alten Ländern bei 8,3 Punkten und in den neuen Ländern bei 8,0 Punkten. Mieterhaushalte erreichen im Durchschnitt in Ost- und in Westdeutschland 7,2 bzw. 7,1 Punkte. Im Gegensatz zur leicht rückläufigen Entwicklung im Zeitraum von 1991 bis 2006 bei westdeutschen Hauptmietern hat sich die durchschnittliche Wohnzufriedenheit ostdeutscher Mieter seit dem Jahr 1991 um

0,6 Skaleneinheiten verbessert. Weitere Analysen belegen, dass dies mit den Qualitätsverbesserungen im Wohngebäudebestand durch Modernisierungsarbeiten

und dem Umzug in Neubauten zusammenhängt. Darüber hinaus ist die Versorgung mit Wohnraum eine zentrale Determinante der Wohnzufriedenheit: Bei

Unterversorgung sinkt die Wohnzufriedenheit in West wie Ost auf ein weit unterdurchschnittliches Niveau von lediglich 6,4 bzw. 5,8 Punkte ab. → Tab. 7

Tab. 7: Wohnzufriedenheit¹ in Deutschland 1991–2006

Haushaltsmerkmal	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1996	2001	2006	1991	1996	2001	2006
	Mittelwert							
Insgesamt	7,7	7,6	7,8	7,6	6,9	6,8	7,5	7,4
Wohnstatus								
Eigentümer	8,5	8,4	8,4	8,3	7,9	7,8	8,1	8,0
Gebäudezustand²								
Gut	8,7	8,7	8,7	8,5	8,6	8,5	8,5	8,4
Teilweise renovierungsbedürftig	7,7	7,4	7,5	7,5	7,4	7,3	7,5	7,3
Ganz renovierungsbedürftig	6,8	6,1	6,1	6,6	4,9	5,1	4,7	4,4
Hauptmieter	7,3	7,2	7,3	7,1	6,6	6,4	7,3	7,2
Gebäudezustand²								
Gut	7,9	7,9	7,8	7,6	7,9	7,8	7,9	7,7
Teilweise renovierungsbedürftig	6,5	6,6	6,5	6,5	6,7	6,2	6,5	6,1
Ganz renovierungsbedürftig	5,1	4,9	4,6	4,2	4,6	4,5	5,0	4,7
Ausgewählte Haushaltstypen								
Allein stehend, Mann	7,2	6,9	7,2	7,1	6,7	5,9	7,1	6,9
Allein stehend, Frau bis 64 Jahre	7,6	7,5	7,7	7,5	6,7	6,3	7,4	7,6
Allein stehend, Frau ab 65 Jahre	8,3	7,8	8,1	7,9	7,3	7,8	8,0	7,7
(Ehe-)Paare ohne Kind	8,1	7,9	8,0	7,9	7,4	7,2	7,8	7,8
(Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre	7,4	7,6	7,6	7,6	6,5	6,4	7,3	7,2
(Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre	8,2	8,0	7,9	8,0	7,1	6,8	7,7	7,5
Allein Erziehende	7,5	7,3	7,1	7,0	6,3	6,2	6,7	6,9
Alter des Haushaltsvorstandes								
Bis 40 Jahre	7,1	7,2	7,4	7,3	6,3	6,3	7,3	7,1
41–65 Jahre	7,9	7,7	7,8	7,6	7,2	6,7	7,4	7,5
66 Jahre und älter	8,4	8,0	8,2	8,0	7,4	7,6	8,1	7,8
Einkommensquintil³								
Unterstes Quintil	7,3	7,0	7,1	7,0	6,9	6,4	6,9	6,7
Zweites Quintil	7,8	7,6	7,6	7,6	6,9	6,9	7,6	7,6
Mittleres Quintil	7,9	7,8	7,8	7,6	6,9	7,1	7,8	7,8
Viertes Quintil	7,7	7,7	7,9	7,8	7,3	6,9	7,9	7,7
Oberstes Quintil	7,8	8,1	8,3	8,1	6,1	6,8	8,2	8,0
Wohnraumversorgung								
Unterversorgung ⁴	6,3	6,7	6,4	6,4	5,5	5,6	6,4	5,8
Wohnraumgleichgewicht	7,3	7,0	7,0	7,0	6,7	6,6	7,1	7,1
Gut versorgt ⁵	8,0	7,9	8,0	7,8	7,4	7,1	7,8	7,6

1 Mittelwert der Angaben des Haushaltsvorstandes auf einer Skala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden).

2 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

3 Jedes Quintil umfasst 20% aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

4 Weniger als ein Wohnraum (über sechs Quadratmeter, ohne Küche und Bad) pro Haushaltsmitglied.

5 Mehr als ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied.

Datenbasis: SOEP 1991, 1996, 2001 und 2006.

8.2.7 Zusammenfassung

Eine Gesamtschau objektiver und subjektiver Indikatoren zur Wohnsituation in Ost- und Westdeutschland zeigt im Untersuchungszeitraum 1991 bis 2006 eine insgesamt positive Entwicklung. Im Gegensatz z. B. zur Arbeitsmarktentwicklung (siehe Kapitel 5) wurde hier inzwischen eine weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen erreicht. Von zentraler Bedeutung im weiteren Prozess ist daher neben den Veränderungen institutioneller Rahmenbedingungen, wie z. B. der Abschaffung der Wohneigentumsförderung ab 2006, die

Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (siehe Kapitel 6). Die in den letzten Jahren verstärkte Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland spiegelt sich auch in der Analyse der Wohnsituation privater Haushalte: Während Wohneigentümer tendenziell über überdurchschnittlich hohe und stärker steigende Einkommen verfügen, steigt die Wohnkostenbelastung einkommensschwächerer Mieterhaushalte aufgrund realer Einkommensverluste weiter an. Dies stellt eine sozialpolitische Herausforderung im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung zum Bezug von Wohngeld dar.

9 Gesundheit und soziale Sicherung

9.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesundheitsversorgung

Karin Böhm

»Warten auf die nächste Reform«, so überschreibt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das Kapitel zur gesetzlichen Krankenversicherung in seinem Jahrestgutachten 2007/2008. Ein Slogan, der bereits die vergangenen Gesundheitsreformen begleitete, wird von den Fachleuten auch auf die jüngste Reform übertragen. Der Reformprozess im Gesundheitswesen Deutschlands muss sich ihrer Meinung nach fortsetzen, um die künftigen Herausforderungen, die sich u. a. aus der Alterung der Gesellschaft, den weiteren medizinischen und technischen Neuerungen sowie den daraus resultierenden ökonomischen Zwängen ergeben, meistern zu können.

Reformbestrebungen im Gesundheitswesen reichen in Deutschland viele Jahre zurück. Gemeinsam ist ihnen die Suche nach einem bedarfsgerechten und finanzierbaren Gesundheitssystem. Mit finanzierbar waren dabei in erster Linie möglichst niedrige Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an die Krankenkassen gemeint, um die Lohnnebenkosten der Unternehmen zu begrenzen. Den Auftakt entsprechender gesetzgeberischer Eingriffe machte 1977 das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz. Die Beitragssatzstabilität hatte in den weiteren Reformschritten bis hin zum Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2004 Priorität, auch wenn Aspekte der Qualität und Effizienz in der medizinischen Ver-

sorgung im Zeitverlauf immer bedeutsamer wurden. Ein entscheidender Perspektivwechsel gegenüber der lange Zeit vorherrschenden Diskussion um den Kostenfaktor Gesundheitswesen ging mit der Betonung des Wachstums- und Beschäftigungspotentials des Gesundheitswesens für die Wirtschaft in Deutschland einher.

Mit der jüngsten Gesundheitsreform 2007, die im Wesentlichen am 1. April 2007 in Kraft getreten ist, wurde eine Pflicht für alle Einwohnerinnen und Einwohner eingeführt, eine Krankenversicherung abzuschließen. Nach Angaben des Mikrozensus waren im ersten Quartal 2007 rund 211 000 Menschen nicht krankenversichert und besaßen auch keinen sonstigen Anspruch auf Krankenversicherung. Zusätzlich wurden Reformen in den Bereichen Versorgungsstrukturen, Kassenorganisation, Finanzordnung und private Krankenversicherung angestoßen. Der Gesetzgeber hat damit vor allem folgende Ziele verbunden: Verbesserung der Qualität der Versorgung, Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch mehr Transparenz, Intensivierung des Wettbewerbs, Abbau von Bürokratie und vor allem Ausweitung der Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten.

Die Reformmaßnahmen im Gesundheitswesen Deutschlands zeigen direkte und indirekte Wirkungen in der Entwicklung wichtiger gesundheitsstatistischer Kennziffern wie beispielsweise dem Ausgabenanteil der privaten Haushalte an den Ge-

sundheitsausgaben insgesamt oder den Verweildauern und Personalbelastungszahlen im Krankenhaus.

Die Angaben zur Gesundheit stammen aus gesundheitsbezogenen Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie aus Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dabei handelt es sich um den Mikrozensus (Fragen zur Gesundheit), die Krankenhausstatistik, die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik), die Statistik schwerbehinderter Menschen, die Pflegestatistik, die Todesursachenstatistik, die Gesundheitspersonalrechnung und Gesundheitsausgabenrechnung.

Die Gesundheitspersonalrechnung und die Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes sind im Unterschied zu den anderen genannten gesundheitsbezogenen Erhebungen Sekundärstatistiken. Dies sind Datenquellen, die im Bereich des Gesundheitswesens verfügbare Daten zur Ermittlung des Gesundheitspersonals und der Gesundheitsausgaben zusammenfassen und so einen Mehrwert an Informationen schaffen. Somit entstehen keine zusätzlichen Erhebungen und Belastungen von Auskunftgebenden. Dies gilt auch für die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik, die auf Angaben aus der Datensammlung nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz aufbaut. Die Zeiträume, für die Angaben aus den genannten Erhebungen vorliegen, sind unterschiedlich, da die Erhebungen zu ver-

schiedenen Zeitpunkten eingeführt wurden und mit unterschiedlicher Periodizität durchgeführt werden.

9.1.1 Krankheit und Unfallverletzung

Im Jahr 2005 bezeichneten sich insgesamt 13 % der Bevölkerung, die Angaben zur Gesundheit machten, als krank (12 %) oder unfallverletzt (1 %). Dieser Wert lag erwartungsgemäß höher als bei der letzten Befragung im Jahr 2003 (11 %), da durch die neue Erhebungsmethode im Mikrozensus erstmals saisonale Veränderungen berücksichtigt werden konnten, die beispielsweise durch bestimmte Erkältungskrankheiten in den Wintermonaten auftreten.

Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus



Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Haushaltsstichprobe, an der ein Prozent der Privathaushalte in Deutschland teilnehmen. Im Jahr 2005 fand erstmals eine Mikrozensus-Erhebung mit gleitender Berichtswoche statt, bei der das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt wurde. Frühere Erhebungen wurden in einer festgelegten Befragungswoche im April durchgeführt.

Die gesundheitsbezogenen Fragen beziehen sich auf Krankheit und Unfallverletzung am Befragungstag oder in den vier Wochen davor, Rauchverhalten sowie Körpergröße und -gewicht. Die Stichprobe für das Zusatzprogramm zur Gesundheit war erstmals so groß wie für das feste Grundprogramm des Mikrozensus. Die Beantwortung der Gesundheitsfragen war freiwillig. Die Stichprobenergebnisse wurden auf die Bevölkerungszahl hochgerechnet. Anteilswerte beziehen sich auf die Bevölkerung mit Angaben zu den entsprechenden Fragen.

Die Ergebnisse aus der unterjährigen Befragung 2005 zeigen bei den Fragen zu Krankheit insbesondere für das erste und vierte Quartal höhere Anteile. Diese saisonalen Effekte führen zu einem erhöhten Jahresdurchschnitt. Es sind nicht mehr Kranke geworden, die Krankheiten wurden nur über das ganze Jahr vollständiger als zuvor erfasst. Daher werden im Folgenden die Werte für den Jahresdurchschnitt 2005 zu Kranken und Unfallverletzten separat betrachtet. Auf einen Vergleich mit Vorjahresergebnissen wird aus methodischen Gründen überwiegend verzichtet.

Das Alter der Befragten ist erwartungsgemäß eine wichtige Einflussgröße auf den Gesundheitszustand. Mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg der gesundheitlichen Beschwerden zu beobachten. Während der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei Personen im Alter von 15 bis 39 Jahren im Jahr 2005 rund 9 % betrug, lag er bei den 40- bis 64-Jährigen bereits bei 12 %. Von den über 65-Jährigen bezeichnete sich fast jeder Vierte (22 %) als krank oder unfallverletzt. Insgesamt waren Frauen mit einem Anteil von 13 % etwas häufiger von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen als Männer mit 12 %. Diese Differenz ist im Wesentlichen mit dem höheren Anteil kranker Frauen über 65 Jahren zu erklären. In dieser Altersgruppe lag der Anteil bei 23 %, gleichaltrige Männer waren weniger häufig krank (21 %).

Die Art der Erkrankung wurde nicht erfragt, allerdings wurde bei den Angaben zu einer Unfallverletzung die Frage nach der Art des Unfalls gestellt. Insgesamt traten 2005 am häufigsten Freizeitunfälle (30 %) auf, gefolgt von häuslichen Unfällen mit 27 % und Arbeitsunfällen mit einem Anteil von 20 %. Männer erlitten zu 32 % Freizeitunfälle, an zweiter Stelle folgten Arbeits- oder Dienstatunfälle (ohne Wegeunfälle) mit 29 %. In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-jährigen Männer waren sogar 54 % aller Unfälle Freizeitunfälle, für Männer über 65 Jahre stan-

den mit 47 % die häuslichen Unfälle an erster Position.

Für Frauen lauerten die meisten Gefahren im häuslichen Bereich: Mit 37 % standen Unfälle im Haushalt an erster Stelle. Die zweite Position nahmen hier die Freizeitunfälle mit 26 % ein. Besonders die Altersgruppe der unter 15-jährigen Mädchen war dabei gefährdet: 52 % ihrer Unfälle ereigneten sich in der Freizeit. Demgegenüber war es für ältere Frauen im Haushalt noch gefährlicher – 59 % der Unfälle von über 65-Jährigen ereigneten sich dort.

Die meisten Kranken und Unfallverletzten nahmen wegen ihrer gesundheitlichen Beschwerden ärztliche Hilfe in Anspruch, 2005 waren es 89 %. Nachdem sich dieser Anteil von 1995 (89 %) auf 2003 (83 %) kontinuierlich verringert hatte, war nun wieder ein Zuwachs zu verzeichnen. Der Anteil der gesundheitlich beeinträchtigten Personen, die sich trotz ihrer Krankheit nicht in ärztliche Behandlung begaben, betrug 10 %. Drei Viertel (77 %) und damit die überwiegende Zahl der Kranken und Unfallverletzten konnten ambulant behandelt werden. 12 % wurden 2005 stationär im Krankenhaus betreut.

9.1.2 Diagnosen und Behandlung der Krankenhauspatientinnen und -patienten

Diagnosen

Für das Berichtsjahr 2006 wurden insgesamt rund 17 Mill. vollstationäre Krankenhausfälle in der Krankenhausdiagnostik erfasst. Es handelte sich hierbei um alle Krankenhausfälle einschließlich Sterbe-, Stundenfälle und gesunde Neugeborene. Der Vergleich mit den Vorjahren zeigt, dass sich der Trend der letzten Jahre fortgesetzt hat: War die Zahl der Fälle von 2000 bis 2002 noch um knapp 180 000 gestiegen, lag die Anzahl der Behandlungsfälle im Jahr 2006 insgesamt sogar unter dem Niveau des Jahres 2000.

Auffällig dabei ist, dass sich dieser Trend über beide Geschlechter hinweg uneinheitlich zeigte: Während die Anzahl der Behandlungsfälle bei den Frauen zwischen 2000 und 2006 um 525 000 (6 %) zurückgegangen ist, ist sie bei den Männern nur um knapp 1 300 gefallen. Ob es sich bei diesen Daten um Effekte der demografischen Entwicklung handelt, zeigen die standardisierten Raten: Zwischen 2000 und 2006 ist die standardisierte Zahl der Behandlungsfälle sowohl insgesamt zurückgegangen (um 7 %), als auch bei beiden Geschlechtern rückläufig. Die Zahl der Behandlungsfälle bei Frauen ist um 8 % auf 20 400 Behandlungsfälle je 100 000 Einwohner gesunken, die der Männer um 6 % auf 17 000 Behandlungsfälle je 100 000 Einwohner. 

Die häufigste Ursache für einen Krankenhausaufenthalt waren 2006 (wie bereits im Vorjahr) Krankheiten des Kreislaufsystems. Nahezu 2,6 Mill. Behandlungsfälle waren dieser Krankheitsgruppe zuzuordnen, was einem Anteil von 15 % an allen Fällen entsprach. Im Vergleich zu 1995 hat sich die Zahl dieser Behandlungsfälle um fast 3 % erhöht. An zweiter Stelle folgten die Neubildungen (Krebserkrankungen). Sie stellten nach den Krankheiten des Kreislaufsystems die wichtigsten Diagnosen mit insgesamt über 1,8 Mill. Fällen (11 % an allen Behandlungsfällen) dar. Im Vergleich zu 1995 ist ihre Zahl 2006 um fast 3 % zurückgegangen. An dritter Stelle lagen Krankheiten des Verdauungssystems mit über 1,7 Mill. Fällen und einem Anteil von 10 % an allen Diagnosen. Im Gegensatz zu den beiden ersten genannten Diagnosen ist die Anzahl der Behandlungsfälle der Krankheiten des Verdauungssystems im Vergleich der Jahre 1995 und 2006 stark gestiegen – und zwar um rund 15 %.

Der höchste Zuwachs war bei den Krankheiten des Nervensystems zu beobachten, er betrug fast 92 % (1995: 350 000 Fälle; 2006: 672 000 Fälle). An diesen Wert reichte keine Steigerungsrate der anderen

Krankheitsgruppen heran. Die infektiösen und parasitären Krankheiten haben sich innerhalb der Dekade um 56 % erhöht, und auch die Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes stiegen nur um rund ein Drittel ihres Wertes von 1995 (37 %). Starke Rück-

gänge waren nur bei den Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde mit 26 % und den Krankheiten des Urogenitalsystems (23 %) festzustellen. Im direkten Vergleich blieb lediglich der Bereich der Krankheiten der Haut und der Unterhaut konstant.

Die Diagnosestatistik und ihre Erweiterung um die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik)

Die Diagnosen der Krankenhauspatientinnen und -patienten bilden das gesamte vollstationäre Geschehen in den deutschen Krankenhäusern ab. Diese amtliche Statistik wird seit 1993 jährlich als Vollerhebung von den Statistischen Landesämtern erhoben, im Statistischen Bundesamt zusammengeführt und als Bundesstatistik veröffentlicht. Alle Krankenhäuser in Deutschland sind auskunftspflichtig. Erfasst werden alle Patientinnen und Patienten, die im Berichtsjahr aus der vollstationären Behandlung eines Krankenhauses entlassen werden. Bei mehrfach im Berichtsjahr vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten wird jeder einzelne Krankenhausaufenthalt als ein Fall nachgewiesen (Fallzahlenstatistik). Nicht nachgewiesen werden die vor- und nachstationären, teilstationären und ambulanten Behandlungsfälle. Die Angaben zur Diagnosestatistik entnehmen die Krankenhäuser der vorhandenen Patientendokumentation. Die Diagnoseangaben werden differenziert nach Hauptdiagnosen, Alter, Geschlecht, Verweildauer und Fachabteilungen dargestellt. Aufgrund geschlechts- und altersspezifischer Unterschiede im Hinblick auf die Lebenserwartung werden die Ergebnisse teilweise standardisiert und so um den demografischen Effekt bereinigt. Dadurch sind vom Bevölkerungsaufbau unabhängige Aussagen möglich.

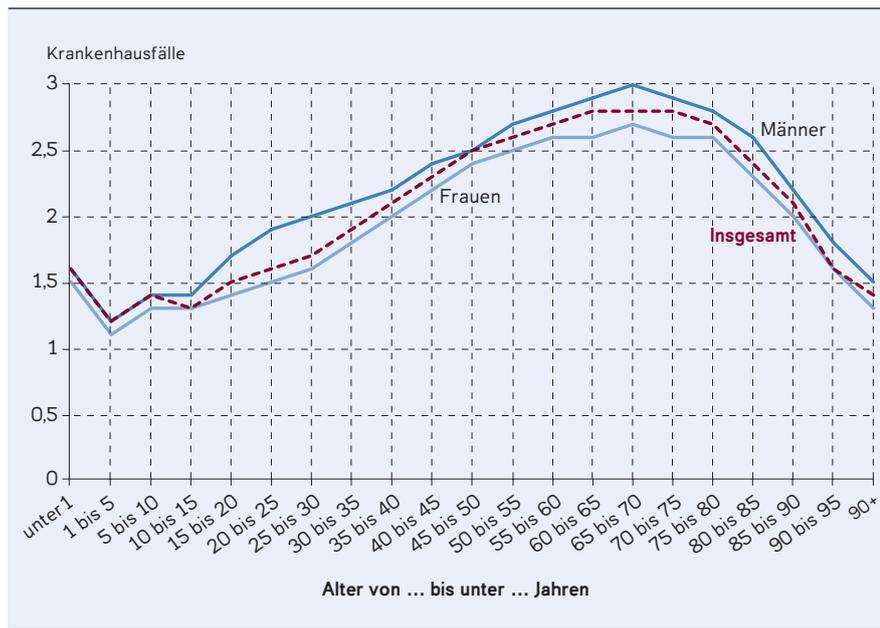
Seit nunmehr drei Jahren wird die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten um die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik ergänzt. Hintergrund ist die Novellierung der Krankenhausfinanzierung im

Jahr 2000, in deren Rahmen eine Umstellung des Vergütungssystems auf Fallpauschalen basierende DRG (Diagnosis Related Groups) vorgenommen wurde. Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntgG (Krankenhausentgeltgesetz) unterliegen (ohne psychiatrische Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist wie auch die Diagnosestatistik eine jährliche Vollerhebung, jedoch werden die Daten nicht direkt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, sondern vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) erhoben. Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das InEK schicken und dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung stellen (Sekundärstatistik).

Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Diese umfassen auch die im Krankenhaus verstorbenen Patientinnen und Patienten, nicht jedoch vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette) unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Neben grundlegenden Daten zu den Krankenhäusern (z. B. Art, Trägerschaft, aufgestellte Betten) sind insbesondere Angaben zu Operationen und Prozeduren, Art und Höhe der berechneten Entgelte sowie Haupt- und Nebendiagnosen Gegenstand der Erhebung.



Abb. 1: Durchschnittliche Anzahl der Operationen und Behandlungsmaßnahmen pro Krankenhausfall 2006



Operationen und medizinische Behandlungsmaßnahmen

Nach den Ergebnissen der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) wurden bei den vollstationär in Krankenhäusern versorgten Patientinnen und Patienten 2006 insgesamt rund 37,6 Mill. Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 4 %. Auf einen Krankenhausfall entfielen damit im Durchschnitt 2,3 Maßnahmen dieser Art. In allen Altersgruppen war die durchschnittliche Anzahl der Operationen und Prozeduren pro Krankenhausfall bei Männern durchweg höher als bei Frauen. → **Abb. 1**

Werden die erfolgten Maßnahmen nach einzelnen Kapiteln des Operationen- und Prozedurenschlüssels (OPS) aufgeschlüsselt, lagen die Operationen mit 34 % (12,6 Mill. Nennungen) an erster Stelle, an zweiter Stelle folgten mit 27 % nichtoperative therapeutische Maßnahmen (10,2 Mill. Nennungen). An dritter Stelle standen mit 21 % diagnostische Maßnahmen (8,1 Mill. Nennungen). Der größte Anstieg gegenüber dem Vorjahr erfolgte vor

allem bei der bildgebenden Diagnostik (z. B. Röntgen) mit einem Zuwachs von 8 % auf rund 15 %. → **Abb. 2**

Spitzenreiter unter den durchgeführten Operationen waren auch im Jahr 2006 Operationen an den Bewegungsorga-

nen (3,3 Mill.), gefolgt von Operationen am Verdauungstrakt (2 Mill.) sowie Operationen an Haut und Unterhaut (0,9 Mill.). Eine detailliertere Betrachtung der Operationen zeigt, dass bei Frauen am häufigsten die Rekonstruktion weiblicher Geschlechtsorgane nach einer Ruptur/Dammriss (224 400 Fälle) erfolgte, die arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken (146 400 Fälle) sowie andere Operationen am Darm (141 000 Fälle). Im Jahr zuvor wurde die Episiotomie (Dammschnitt) und Naht am dritthäufigsten durchgeführt, die 2006 Platz sechs der Rangskala der häufigsten Operationen belegte.

Bei Männern lag der Verschluss einer Hernia inguinalis (Leistenbruch: 153 600 Fälle) an erster Stelle, an zweiter Stelle wie bei den Frauen die arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken (135 500) sowie an dritter Stelle andere Operationen an Blutgefäßen (121 300 Fälle). Die chirurgische Wundtoilette und Entfernung von erkranktem Gewebe rutschte bei den Männern von Platz drei im Jahr 2005 auf Platz vier der häufigsten Operationen im Jahr 2006. → **Abb. 3**

Abb. 2: Operationen und Behandlungsmaßnahmen der Krankenhauspatientinnen und -patienten 2006, in %

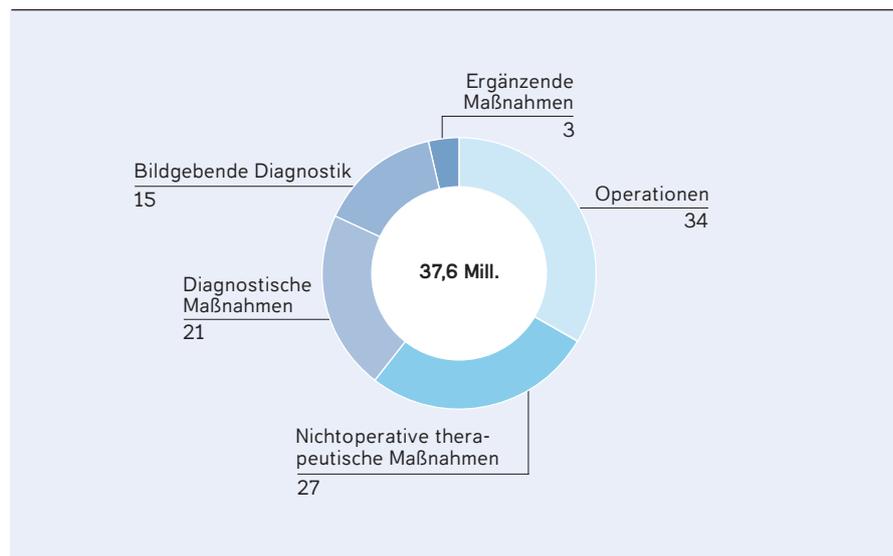
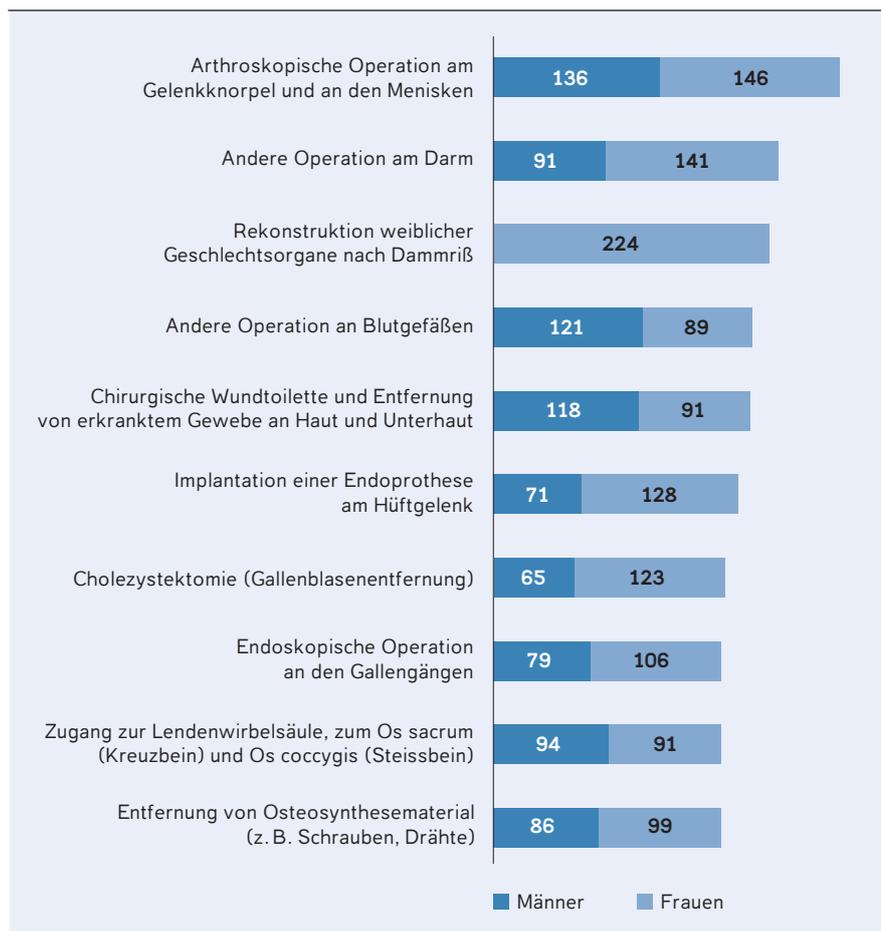


Abb. 3: Die zehn häufigsten Operationen der Krankenhauspatientinnen und -patienten 2006, in 1 000



9.1.3 Schwerbehinderung und Pflegebedürftigkeit

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer ist eine Behinderung eine Beeinträchtigung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben. Als schwerbehindert gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr zuerkannt wurde.

Am 31. Dezember 2005 waren bei den Versorgungsämtern 6,8 Mill. amtlich anerkannte schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von rund 8 % an der Bevölkerung. Über die Hälfte (52 %) waren Männer. → Tab. 1

Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So waren gut die Hälfte (53 %) der schwerbehinderten Menschen 65 Jahre und älter; knapp über ein Fünftel (21 %) gehörte der Altersgruppe von 55 bis unter 65 Jahren an. Dagegen fiel der Anteil der unter 25-Jährigen mit 4 % gering aus.

Die Schwerbehindertenquote (die Wahrscheinlichkeit schwerbehindert zu sein)

stieg dabei mit zunehmendem Alter an. Während bei den 25- bis unter 35-Jährigen fast jeder Fünfte schwerbehindert war, hatte in der Gruppe der ab 75-Jährigen jeder Vierte einen Schwerbehindertenausweis.

Männer waren – insbesondere in der Gruppe der älter als 55-Jährigen – eher schwerbehindert als Frauen. Dies ist zu einem gewissen Teil dadurch erklärbar, dass Männer im Allgemeinen häufiger am Erwerbsleben teilnehmen als Frauen und dass Erwerbstätige bzw. Arbeitsuchende ein größeres Interesse an einer Anerkennung der Behinderteneigenschaft haben können als Nichterwerbspersonen. Denn ein Schwerpunkt der Leistungen des Schwerbehindertenrechts betrifft Regelungen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt oder für einen früheren Übergang zur Rente. → Abb. 4

Die weitaus meisten Behinderungen (83 % der Fälle) waren krankheitsbedingt. In 5 % der Fälle war die Behinderung angeboren und bei 2 % wurde das Leiden durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht. Weitere 1 % der schwerbehinderten Menschen hatten dauernde Schäden im Krieg, im Wehr- oder Zivildienst erlitten. Der Rest (9 %) entfiel auf sonstige, mehrere und ungenügend bezeichnete Ursachen.

Schwerbehinderte Menschen litten am häufigsten unter körperlichen Behinderungen (66 %): Bei 26 % der Personen waren die inneren Organe bzw. Organsysteme betroffen. Bei 14 % waren Arme und Beine in ihrer Funktion eingeschränkt, bei weiteren 13 % Wirbelsäule und Rumpf. Der Anteil der Querschnittlähmungen lag

Tab. 1: Schwerbehinderte Menschen 2005

	Insgesamt in 1000	Im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 25	25 bis 55	55 bis 65	65 und mehr
	in %				
Männer	3 528	4,5	22,2	23,1	50,2
Frauen	3 237	3,5	21,0	18,8	56,6
Insgesamt	6 765	4,0	21,6	21,1	53,3

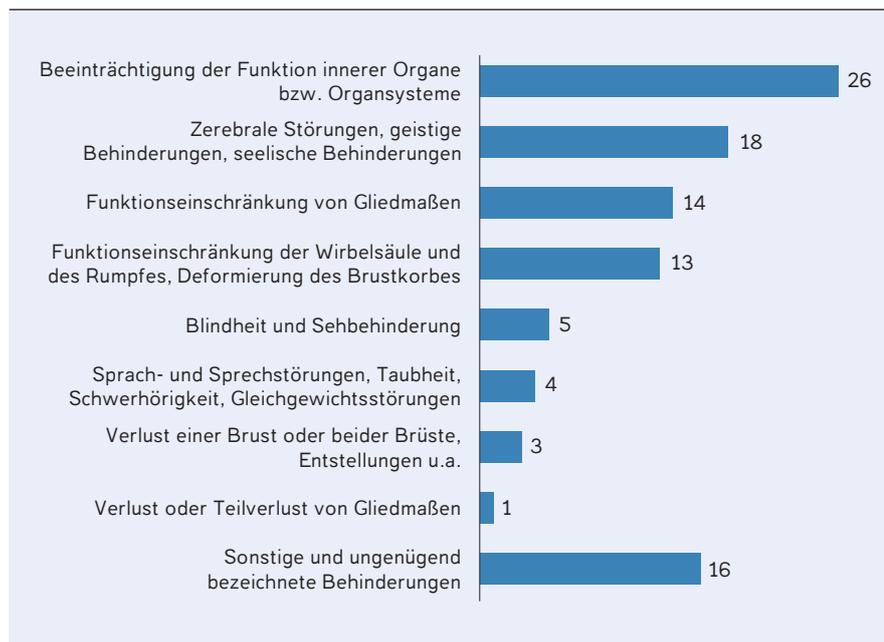
Abb. 4: Schwerbehinderte Menschen 2005, Anteil an der jeweiligen Bevölkerung in %



deutlich unter einem Prozent (0,2 %). In 5 % der Fälle lag Blindheit bzw. Sehbehinderung vor. 4 % litten unter Schwerhörigkeit, Gleichgewichts- oder Sprachstörungen. Auf geistige oder seelische Be-

hinderungen entfielen zusammen 9 % der Fälle, auf zerebrale Störungen ebenfalls 9 %. Bei den übrigen Personen (16 %) war die Art der Behinderung nicht ausgewiesen. → Abb. 5

Abb. 5: Schwerbehinderte Menschen nach Art der schwersten Behinderung 2005, in %



Pflegebedürftigkeit

Pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (Sozialgesetzbuch – SGB XI) sind Personen, die im täglichen Leben auf Dauer – wegen einer Krankheit oder Behinderung – in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen. Die Entscheidung über das Vorliegen der Pflegebedürftigkeit treffen die Pflegekassen bzw. das private Versicherungsunternehmen.

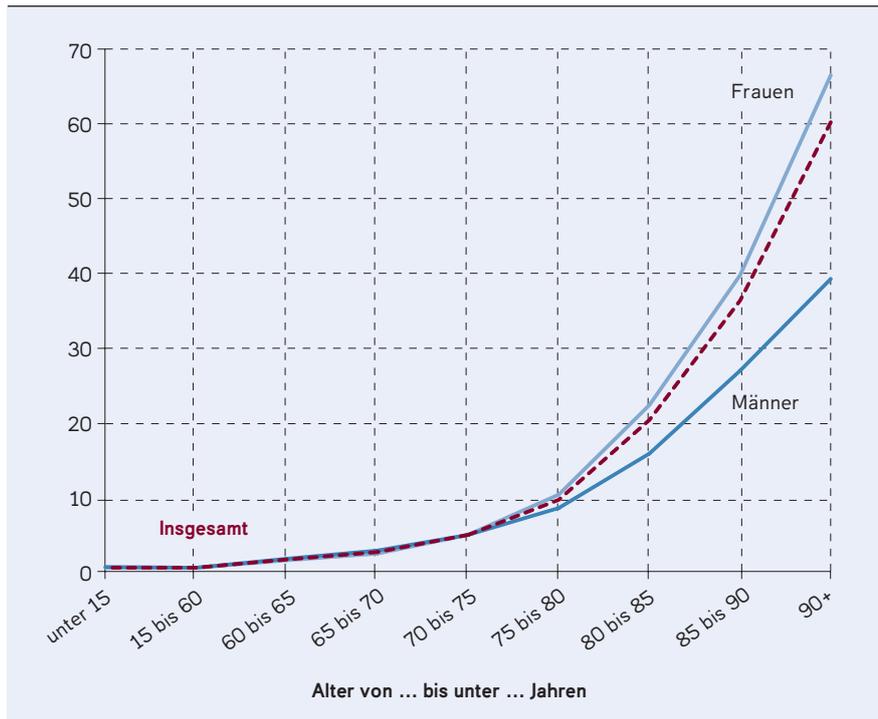
Im Dezember 2005 waren 2,13 Mill. Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des SGB XI. Die Mehrheit (82 %) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter; ein Drittel (33 %) 85 Jahre und älter. Die überwiegende Zahl (68 %) der Pflegebedürftigen waren Frauen.

Seit der ersten Durchführung der Statistik war auf Bundesebene durchgängig eine Zunahme bei der Zahl der Pflegebedürftigen zu beobachten: Sie betrug im Jahr 1999 2,02 Mill. und stieg auf 2,13 Mill. im Jahr 2005 an. Ein wichtiger Faktor für den Anstieg war die zunehmende Alterung der Bevölkerung. So waren im Jahr 1999 3,6 % der Bevölkerung 80 Jahre und älter. Im Jahr 2005 waren es 4,5 %.

Mit zunehmendem Alter sind Menschen in der Regel eher pflegebedürftig. Während bei den 70- bis unter 75-Jährigen »nur« jeder zwanzigste (5 %) pflegebedürftig war, wurde für die ab 90-Jährigen die höchste Pflegequote ermittelt: Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Menschen dieser Altersgruppe betrug dabei 60 %. Auffallend ist, dass Frauen etwa ab dem 80. Lebensjahr eine deutlich höhere Pflegequote aufwiesen – also eher pflegebedürftig sind als Männer dieser Altersgruppen. So beträgt z. B. bei den 85- bis unter 90-jährigen Frauen die Pflegequote 40 %, bei den Männern gleichen Alters hingegen lediglich 27 %. → Abb. 6

Neben Unterschieden in der gesundheitlichen Entwicklung bei Frauen und Männern kann ein Faktor für diesen Verlauf der Pflegequoten auch das differierende

Abb. 6: Pflegequoten 2005, Anteil an der jeweiligen Bevölkerung in %



Antragsverhalten bei Männern und Frauen sein: Ältere Frauen leben häufiger alleine. Bei Pflegebedarf kann somit schneller die Notwendigkeit bestehen, einen Antrag auf Leistungen zu stellen, während die pflegebedürftigen Männer zunächst häufig z. B. von ihren Frauen versorgt werden. Insofern könnte zunächst auf eine Antragstellung verzichtet werden.

Die Pflegequoten variierten zwischen den einzelnen Bundesländern: Sie sind dabei im Alter in Baden-Württemberg häufig am niedrigsten. Dort betrug z. B. der Anteil der Pflegebedürftigen bei den 85- bis unter 90-Jährigen 31 %. Auch Hamburg hat in dieser Altersgruppe eine Quote von rund 31 %. Die höchsten Werte lagen hingegen in Brandenburg (46 %) und Mecklenburg-Vorpommern (47 %) – also im Nordosten Deutschlands – vor: Hier waren die Menschen im Alter eher pflegebedürftig als im Bundesdurchschnitt.

Auch beim Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt bestehen –

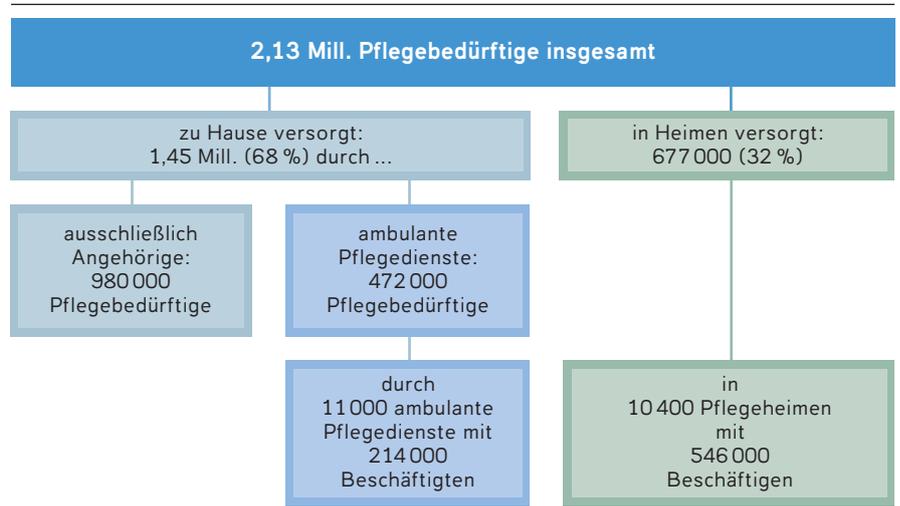
bedingt durch die unterschiedlichen Alters- und Geschlechtsstrukturen der Bevölkerung sowie den differierenden Pflegequoten – Unterschiede. In Bremen und Sachsen-Anhalt waren 3,1 % der Bevölkerung pflegebedürftig. Der Anteil in Baden-Württemberg betrug hingegen lediglich 2,1 %.

Mehr als zwei Drittel (68 % oder 1,45 Mill.) der Pflegebedürftigen wurden im Dezember 2005 in Deutschland zu Hause versorgt. Davon erhielten 980 000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 472 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. 677 000 (32 %) Pflegebedürftige wurden in Pflegeheimen betreut. → **Abb. 7**

Zwischen den Bundesländern zeigen sich auch bei den Versorgungsstrukturen zum Teil deutliche Unterschiede: Die stärkste Bedeutung hat die Pflege in Heimen in Schleswig-Holstein: 40 % aller Pflegebedürftigen wurden dort stationär versorgt. In Hessen hingegen wurden nur rund 26 % und in Brandenburg 27 % der Pflegebedürftigen in Heimen betreut. In Deutschland waren es insgesamt 32 %.

Auf Bundesebene zeigt sich im Zeitvergleich ein Trend hin zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste: Im Vergleich zu 1999 betrug der Anstieg in den Heimen 18 % (103 000 Pflegebedürftige) und bei den ambulanten Pflegediensten 14 % (56 000) und der Rückgang bei den Pflegegeld-

Abb. 7: Pflegebedürftige nach Versorgungsart 2005



empfangern 5 % (47 000). Durch diese Entwicklung sank auch der Anteil der zu Hause Versorgten von 72 % (1999) auf über 69 % (2003) und auf 68 % im Jahr 2005.

Bundesweit gab es im Dezember 2005 rund 10 400 zugelassene voll- bzw. teilstationäre Pflegeheime. Im Schnitt betreute ein Pflegeheim dabei 65 Pflegebedürftige. Die meisten Heime (9 400) boten vollstationäre Dauerpflege an.

Personal in Pflegeeinrichtungen

In den Heimen waren insgesamt 546 000 Personen beschäftigt – Teilzeitkräfte machten dabei mehr als die Hälfte (54%) der Beschäftigten aus. Die Mehrzahl (85 %) waren Frauen. Die meisten Beschäftigten hatten ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich Pflege und Betreuung: 68 % wurden hier eingesetzt. Krankenschwester bzw. Krankenpfleger oder Altenpfleger bzw. Altenpflegerin waren dabei die wichtigsten Ausbildungsabschlüsse. Zusammen hatte von den im Bereich Pflege und Betreuung Tätigen fast jeder Zweite (48 %) entweder einen Abschluss als Altenpfleger/in (32 %), Krankenschwester/Krankenpfleger (15 %) oder Kinderkrankenschwester bzw. -pfleger (1 %).

In den insgesamt 11 000 im Dezember 2005 zugelassenen ambulanten Pflegediensten arbeiteten 214 000 Personen. 71 % von ihnen waren teilzeitbeschäftigt, der Frauenanteil lag bei 88 %. Der Haupteinsatzbereich des Personals war die Grundpflege: Hier hatten zwei Drittel (69 %) der Beschäftigten ihren Arbeitsschwerpunkt.

9.1.4 Todesursachen

Die Todesursachenstatistik ist eine elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren. Zu diesem Zwecke werden die Todesursachen aller Gestorbenen in der amtlichen Todesursachenstatistik erfasst und fließen in die Todesursachenstatistik des Bundes und der Länder ein.

Allgemeine Sterblichkeit

Die allgemeine Sterblichkeit in Deutschland ist zwischen 1990 und 2006 kontinuierlich gesunken. Insgesamt sank die altersstandardisierte Sterbeziffer von 1 127 auf 777 Sterbefälle je 100 000 Einwohner. Dies entsprach einem Rückgang um über 31 %. Der Rückgang fiel bei den Männern mit 35 % größer aus als bei den Frauen mit 31 %. Insgesamt betrachtet lag die Sterblichkeit bei den Frauen im Jahr 2006 mit 796 Fällen je 100 000 Einwohner höher als die der Männer (717 Fälle).

Die positive Entwicklung der Sterblichkeit findet nicht überall in Deutschland in gleichem Maße statt. So ist sie in den neuen Ländern seit 1990 zwar um insgesamt 40 % zurückgegangen, lag aber mit 824 Sterbefällen weiterhin über der Sterblichkeit in den alten Ländern mit 767 Sterbefällen je 100 000 Einwohner. In den beiden Ländern Mecklenburg-Vorpommern (1 071 Sterbefälle) und Sachsen-Anhalt (1 069 Sterbefälle) war diese Rate am höchsten, in Baden-Württemberg mit 863 Sterbefällen am niedrigsten. Bezogen auf die nach Geschlechtern differenzierte Sterberate fanden sich dieselben drei Länder wieder: Bei Männern betrug sie in Baden-Württemberg 822 und bei Frauen 880 je 100 000 Einwohner. In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hingegen lag sie bei 1 082 bzw. 1 056 bei den Männern und 1 065 bzw. 1 079 bei den Frauen. → **Tab. 2**

Beim Vergleich der ostdeutschen mit den westdeutschen Ländern zeigt sich, dass sowohl Unterschiede zwischen den Geschlechtern als auch zwischen den Altersgruppen bestehen. Die Sterbeziffer lag in den neuen Ländern insgesamt um 7 % über der im früheren Bundesgebiet. Auffällig hierbei war der große Unterschied zwischen Männern und Frauen. Männer hatten in den neuen Ländern eine um 13 % und Frauen nur eine um 4 % höhere Sterbeziffer als in den alten Ländern. Es liegt die Vermutung nahe, dass sich die Unterschiede insbesondere bei der älteren

Tab. 2: Regionale Sterbeziffern 2006, Sterbefälle je 100 000 Einwohner

	Insges.	Männer	Frauen
Baden-Württemberg	692,9	629,5	717,1
Bayern	762,8	692,4	791,5
Berlin	774,7	721,7	797,7
Brandenburg	837,9	793,6	846,9
Bremen	777,4	746,2	774,3
Hamburg	762,6	704,7	785,6
Hessen	736,5	663,6	765,4
Mecklenburg-Vorpommern	851,5	834,0	837,6
Niedersachsen	784,2	722,1	802,3
Nordrhein-Westfalen	799,7	736,2	820,1
Rheinland-Pfalz	786,9	712,2	815,6
Saarland	867,4	797,1	891,6
Sachsen	773,0	748,0	769,3
Sachsen-Anhalt	870,9	848,7	863,4
Schleswig-Holstein	784,2	713,4	812,1
Thüringen	840,0	806,2	841,8
Deutschland	776,6	716,8	795,7
Früheres Bundesgebiet¹	766,9	701,4	790,4
Neue Länder	823,7	795,4	820,8

¹ Einschl. Berlin.

Generation bemerkbar machen, da sich die Lebensweise der Jüngeren stark angeglichen haben dürfte. Dies trifft zu: Bei den über 65-jährigen Ostdeutschen lag die Sterbeziffer um 6 % höher als in den alten Ländern. Eine weitere interessante Altersgruppe ist die der unter 65-Jährigen. Hier zeigt sich, dass die Sterbeziffer in den neuen Ländern insgesamt um 13 % über der in den alten Ländern lag. Dies wurde allerdings nur durch die 22 % höhere Sterbeziffer der unter 65-jährigen Männern bedingt. Die in den neuen Ländern lebenden Frauen hatten hingegen sogar eine fast 4 % niedrigere Sterbeziffer als die im früheren Bundesgebiet lebenden Frauen.

Überraschend ist, dass die Sterbeziffer bei den unter 15-Jährigen in den neuen Ländern um 11 % unter derjenigen im früheren Bundesgebiet lag. In den neuen Ländern hatten die unter 15-jährigen Mädchen sogar eine um fast 16 % niedrigere Sterbeziffer als die unter 15-jährigen Mädchen im früheren Bundesgebiet.

Häufigste Todesursachen

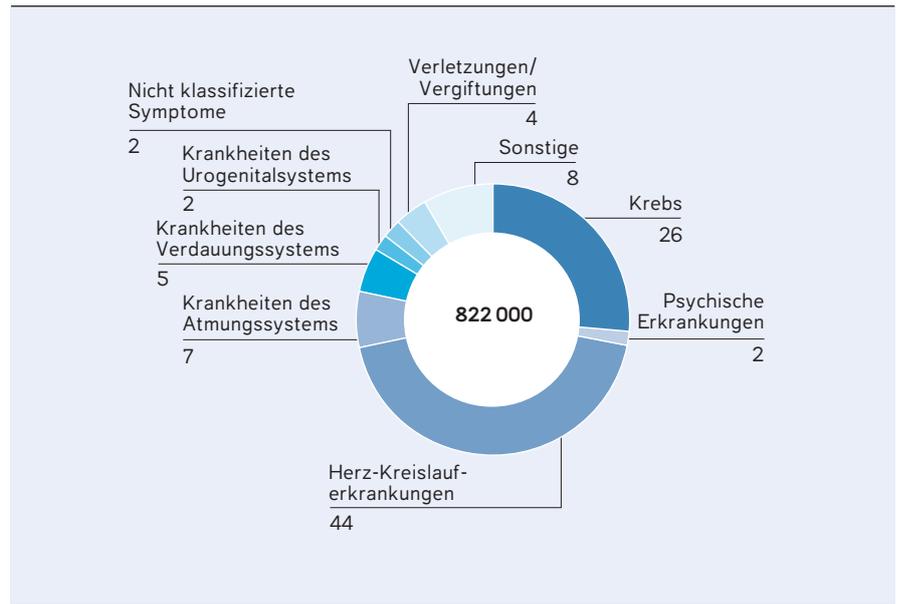
Aufgrund des 1998 vollzogenen Wechsels der Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD) lassen sich für den Zeitraum 1990 bis 2006 keine direkten Vergleiche einzelner Diagnosen anstellen. Aus diesem Grunde werden im Folgenden nur die Ergebnisse des Jahres 2006 angezeigt.

Die häufigste Todesursache (Einzeldiagnose) war bei Männern wie Frauen gleich, es handelte sich um die chronische ischämische Herzkrankheit. Sie war für die meisten Todesfälle im Jahr 2006 verantwortlich. An ihr verstarben ca. 78 000 Personen, davon 34 000 männlich und 44 000 weiblich. → Abb. 8

Vier der zehn häufigsten Todesursachen waren dem Bereich der Herz-Kreislauf-erkrankungen zuzuordnen. Es handelte sich dabei um die chronische ischämische Herzkrankheit, den akuten Myokardinfarkt, die Herzinsuffizienz und den Schlaganfall. Allein an diesen vier Erkrankungen starben 2006 insgesamt 91 000 Männer und über 122 000 Frauen. Weitere wichtige Todesursachen waren den Krebsleiden zuzuordnen. Bei den Männern waren es die »Bösartigen Neubildungen« der Bronchien und Lunge, der Prostata und des Dickdarms, die Ursache für 49 000 Sterbefälle waren. Bei den Frauen waren es die »Bösartigen Neubildungen« der Brustdrüse (Brustkrebs), der Bronchien und Lunge sowie des Dickdarms. Hieran verstarben insgesamt 39 000 Frauen.

Die Sterblichkeit bestimmter Krankheitsgruppen ist im Zeitraum 1990 bis 2006 gesunken. Vor allem die Sterbeziffer in Bezug auf angeborene Fehlbildungen und Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode (Zeitraum zwischen der 28. Schwangerschaftswoche und dem siebten Tag nach der Geburt) haben, ist um 49 % bzw. 45 % gesunken. Auch die Sterblichkeit bei Krankheiten des Kreislaufsystems, zu denen die Herz-Kreislauf-erkrankungen zählen, konnte um ein Viertel ge-

Abb. 8: Krankheitsbedingte Todesursachen 2006, in %



senkt werden. Demgegenüber stehen aber einige Krankheitsgruppen, bei denen eine andere Entwicklung stattgefunden hat. Dies betrifft zum einen den Bereich der »Bösartigen Neubildungen« (Krebs), da hier lediglich das Niveau des Jahres 1990 gehalten werden konnte. Starke Zuwächse waren bis 2006 in folgenden Bereichen zu finden: Die Sterblichkeit durch bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten ist zwischen den Jahren 1990 und 2006 um 63 % gestiegen, die durch psychische Störungen und Verhaltensstörungen hat um 38 % und die durch Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane um 49 % zugenommen.

Die Sterblichkeit an äußeren Ursachen (Verletzungen, Vergiftungen) hat im betrachteten Zeitraum um ein Drittel (33 %) abgenommen. Allerdings bestand hier ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen: Während die Sterbeziffer bei den Frauen lediglich bei 29,1 Sterbefällen je 100 000 Einwohner lag, betrug sie bei den Männern fast 50. In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das, dass im Jahr 2006 insgesamt 32 000 Personen an Verletzungen und Vergiftungen gestorben sind. Davon waren 20 000 Männer und 12 000 Frauen.

Eine Unterposition der »Äußeren Ursachen« stellt der Suizid dar. Rund 9 800 Personen erlagen im Jahr 2006 der vorsätzlichen Selbstbeschädigung (1990 waren es noch 13 900 Fälle). Der Anteil der Männer an den Sterbefällen durch Suizid war sehr hoch, er lag bei 74 %.

Vorzeitige Sterblichkeit

Die vorzeitige Sterblichkeit beschreibt die Sterbeziffer derjenigen Personen, die vor dem 65. Lebensjahr verstorben sind. In der Literatur wird diese Kennziffer auch häufig als Potential Years of Life Lost (PYLL) bezeichnet. Die Daten zeigen eine positive Entwicklung im Vergleich der Jahre 1990 und 2006. So ist die vorzeitige Sterblichkeit insgesamt um fast 34 % auf 197 Sterbefälle je 100 000 Einwohner zurückgegangen. Da in erster Linie Männer von der vorzeitigen Sterblichkeit betroffen waren, lag deren Sterbeziffer mit 246 Fällen um über 100 Fälle höher als die der Frauen (141 Fälle). In den neuen Ländern lag die vorzeitige Sterblichkeit nach wie vor sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen über der im früheren Bundesgebiet. Durch das höhere Ausgangsniveau fiel der Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit in den neuen Ländern um über zehn Prozentpunkte hö-

her aus als im früheren Bundesgebiet (-31 % in den alten und -43 % in den neuen Ländern).

Sterbealter

Das Sterbealter gibt einen wichtigen Hinweis auf die Lebensqualität und den Lebensstandard eines Landes. Es darf nicht mit der Lebenserwartung gleichgesetzt, kann aber als Ergänzung und weitere Information herangezogen werden. Im Jahr 2006 lag das Sterbealter durchschnittlich bei 76,5 Jahren. Frauen starben im Schnitt mit 80,3 Jahren und damit um über acht Jahre später als Männer mit 72,2 Jahren. Im Vergleich der Jahre 1990 und 2006 war dies ein Anstieg um rund 4 %, wobei von dieser Entwicklung gleichermaßen Männer wie Frauen profitiert haben. Am ältesten wurden die Menschen in den beiden Ländern Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein; das durchschnittliche Sterbealter im Jahre 2006 betrug hier

77,1 Jahre. Im Durchschnitt drei Jahre früher (mit 74,1 Jahren) verstarben die Einwohnerinnen und Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns. Aber auch hier gleichen sich wie auch in anderen Bereichen die Daten an: Zwar verstarben die Menschen in den alten Ländern nach wie vor in einem höheren Alter als in den neuen Ländern (76,7 Jahre gegenüber 75,7 Jahre), jedoch war der Abstand vergleichsweise gering. Das Sterbealter erhöhte sich in den neuen Ländern im Vergleich der beiden Jahre 1990 und 2006 stärker (um 4 %) als im früheren Bundesgebiet (3%). → **Tab. 3**

Tab. 3: Durchschnittliches Sterbealter 2006

	Sterbealter 2006 in Jahren	Veränderung 1990-2006 in %
Baden-Württemberg	77,1	+3,8
Bayern	76,9	+3,6
Berlin	75,4	+1,1
Brandenburg	75,1	+4,6
Bremen	76,3	+3,1
Hamburg	76,9	+2,4
Hessen	76,9	+2,9
Mecklenburg-Vorpommern	74,1	+5,6
Niedersachsen	76,7	+2,7
Nordrhein-Westfalen	76,4	+3,5
Rheinland-Pfalz	76,9	+3,5
Saarland	76,1	+3,7
Sachsen	76,8	+3,6
Sachsen-Anhalt	75,4	+4,6
Schleswig-Holstein	77,1	+2,5
Thüringen	75,8	+4,3
Deutschland	76,5	+3,4
Früheres Bundesgebiet¹	76,7	+3,2
Neue Länder	75,7	+4,3

¹ Einschl. Berlin.

Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit bezeichnet die Rate der im ersten Lebensjahr versterbenden Kinder. Sie ist ein wichtiges Maß für den allgemeinen Lebensstandard und die Qualität der medizinischen Versorgung. Sie wird im Folgenden sowohl als absolute Zahl als auch über die Zahl der Todesfälle je 1 000 Lebendgeborene dargestellt.

Die Säuglingssterblichkeit ist in den 1990er Jahren weiterhin kontinuierlich gesunken und lag 2006 bei 3,8 Sterbefällen je 1 000 Lebendgeborenen. Dabei haben Jungen mit 4,1 Sterbefällen schlechtere Überlebenschancen als Mädchen mit 3,5 Sterbefällen je 1 000 Lebendgeborene. Im Jahr 2006 starben insgesamt 2 579 Säuglinge im ersten Lebensjahr, davon waren 1 429 Jungen und 1 150 Mädchen. Der Rückgang der absoluten Zahl der Säuglingssterbefälle zwischen 1990 und 2006 entsprach einer Minderung um 60 %, wobei bei Jungen aufgrund des insgesamt höheren Niveaus der Zahlen ein größerer Rückgang (-62 %) zu verzeichnen war als bei Mädchen (-57 %).

Auch von Bundesland zu Bundesland variierte die Säuglingssterblichkeit. Grundsätzlich konnte sie in jedem Land deutlich gesenkt werden. Die größten Rückgänge hatten die neuen Länder mit insgesamt 55 % zu verzeichnen. Hier waren es insbesondere Länder wie Sachsen und Bran-

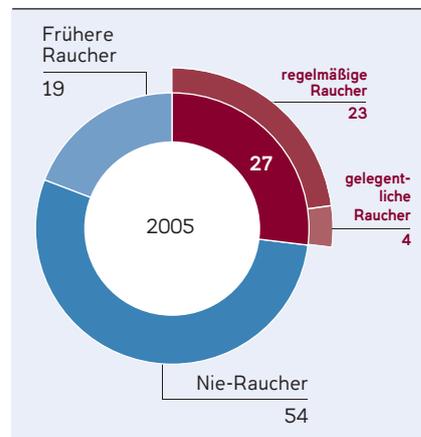
denburg, die mit jeweils etwa 61 % die größten Rückläufe zu verzeichnen hatten. Dies ist in diesem Fall nicht mit einem höheren Ausgangsniveau zu erklären, da die Sterbefälle je 1 000 Lebendgeborene Anfang der 1990er Jahre auch in den neuen Ländern auf einem niedrigen Niveau waren. Die höchste Rate mit 4,7 Sterbefällen je 1 000 Lebendgeborene (308 Sterbefälle) hatte Niedersachsen, die geringste Rate mit 2,6 Sterbefällen Sachsen (84 Sterbefälle).

9.1.5 Gesundheitsrelevante Faktoren

Rauchen

Die Warnungen vor den gesundheitlichen Risiken des Rauchens werden nach wie vor von vielen Bürgern ignoriert. Im Jahr 2005 bekannten sich 27,2 % der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren, die Auskunft zu dieser Frage gaben, zum Rauchen. Das waren fast so viele wie im Jahr 2003 (27,4 %) und nur geringfügig weniger als 1995 und 1999 mit 28,3 %. Insgesamt betrug die Raucherquote bei den Männern rund 32 %, sie ist seit 1995 (36 %) stetig gesunken. Die Raucherquote der Frauen ist über die betrachteten Jahre konstant geblieben (2005: 22 %). In jeder Altersstufe rauchten Frauen weniger häufig als Männer. → **Abb. 9**

Abb. 9: Raucher und Nichtraucher 2005, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter.

Bei den regelmäßigen Rauchern zeigten sich deutlichere Unterschiede bei der Betrachtung von Alter und Geschlecht. Insgesamt rauchten im Jahr 2005 23 % aller Befragten regelmäßig, 28 % der Männer und 19 % der Frauen. Ein Rückgang über die betrachteten Jahre war nur bei den regelmäßig rauchenden Männern zu verzeichnen: 1995 und 1999 betrug der Anteil noch 31 % (2003: 30 %). Für beide Geschlechter fanden sich in der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen die höchsten Anteile mit 38 % bzw. 30 %.

Für das individuelle Gesundheitsrisiko durch Rauchen ist die Menge des Tabakkonsums mit ausschlaggebend. Nach der täglich durchschnittlich gerauchten Menge wurden nur Zigarettenraucher gefragt, die auch im Jahr 2005 den Großteil der Raucher (97 %) ausmachten. Mehr als drei Viertel (77 %) der regelmäßigen Zigarettenraucher gaben an, im Durchschnitt 5 bis 20 Zigaretten am Tag zu rauchen. Mehr als 20 Zigaretten am Tag rauchten 16 %, dabei gab es geschlechtsspezifische Unterschiede: Jeder Fünfte (20 %) der männlichen regelmäßigen Zigarettenraucher fiel in diese Kategorie, bei den regelmäßigen Zigarettenraucherinnen war es nur jede Neunte (11 %). Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation sind diese als starke Raucher einzustufen.

Die Gruppe der Nichtraucher (72,8 %) setzt sich aus »Nie-Rauchern« (53,9 %) und ehemaligen Rauchern (18,9 %) zusammen. Der Anteil der Nichtraucher wuchs mit zunehmendem Alter der Befragten, der niedrigste Wert ist mit 59,7 % (52,2 % Nie-Raucher und 7,5 % Ex-Raucher) bei den 20- bis 24-Jährigen zu finden. 90,7 % der über 65-Jährigen waren Nichtraucher, dabei haben 66,1 % nie geraucht, 24,6 % waren ehemalige Raucher. Da der Raucheranteil bei Frauen geringer war als bei Männern, gab es mehr Nichtraucher unter den Frauen (77,6 %) als unter den Männern (67,8 %). Dabei haben 63,8 % der Frauen noch nie geraucht, bei den Männern beträgt dieser Anteil nur 43,5 %.

Körpermaße

Nach Einstufung der Weltgesundheitsorganisation war im Jahr 2005 jeder zweite Erwachsene (ab 18 Jahren) übergewichtig (50 %), was eine Zunahme gegenüber den Vorjahren bedeutet (1999: 48 %, 2003: 49 %). Starkes Übergewicht hatten 2005 sogar 14 % der erwachsenen Bevölkerung. Männer waren im Jahr 2005 zu 58 % und Frauen zu 42 % übergewichtig. Starkes Übergewicht lag bei 14 % der Männer und bei 13 % der Frauen vor. 

Untergewicht (das heißt ein Body-Mass-Index kleiner als 18,5) ist weitaus weniger verbreitet als Übergewicht. Gleichwohl gehen auch davon erhebliche gesundheitliche Gefährdungen aus. Frauen waren 2005 wesentlich häufiger (4 %) von Untergewicht betroffen als Männer (1 %). Junge Frauen im Alter von 18 bis unter 20 Jahren waren sogar zu 14 % untergewichtig, 20- bis unter 25-Jährige noch zu 11 %.

In allen Altersgruppen waren Männer häufiger übergewichtig als Frauen. Über-

Berechnung und Bewertung des Body-Mass-Index

Aus der angegebenen Körpergröße und dem Körpergewicht wird der Body-Mass-Index (BMI) berechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch die Körpergröße (in Metern, quadriert) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert von über 30 als stark übergewichtig und mit einem Wert von unter 18,5 als untergewichtig. Geschlecht und Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

gewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet und nimmt mit zunehmendem Alter epidemische Ausmaße an. Bereits bei den 20- bis 24-Jährigen war jeder vierte Mann (26 %) und jede sechste Frau (16 %) übergewichtig. Bei den 65- bis 69-jährigen Männern mit fast drei Vierteln (74 %) und bei den 70- bis 74-jährigen Frauen mit knapp zwei Drit-

Abb. 10: Personen mit Übergewicht (Body-Mass-Index über 25) 2005, Anteil an der jeweiligen Bevölkerung in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

teln (64 %) erreichten die Fälle von Übergewicht ihre Spitzenwerte. → **Abb.10**

Ein Zusammenhang kann zwischen dem Übergewicht und dem Rauchverhalten der Befragten festgestellt werden. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen waren ehemalige Raucher deutlich häufiger übergewichtig als aktive Raucher. Im Jahr 2005 hatten 71 % der ehemals rauchenden Männer einen BMI von mehr als 25, der Anteil bei den aktiven Rauchern betrug 51 %. Für Frauen gilt vergleichbares: Ex-Raucherinnen waren zu 43 % übergewichtig, Raucherinnen zu 33 %.

9.1.6 Stationäre Versorgung: Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Die medizinische Versorgung in Deutschland wird durch drei große Akteure geprägt: Die Erbringer ambulanter Leistungen (beispielsweise in Praxen niedergelassener Ärzte und in Apotheken), die Erbringer stationärer Leistungen (in Krankenhäusern, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeheimen) sowie die Leistungserbringer vorgelagerter Marktstufen (Hersteller von medizinisch-technischen Geräten und von Arzneimitteln). Letztere kommen dabei in der

Regel nicht direkt mit den Nachfragern gesundheitlicher Güter und Leistungen in Kontakt.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst das Leistungsangebot und die Inanspruchnahme der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen beschrieben. Daran schließt sich eine Untersuchung der Anzahl und Struktur der Beschäftigten im gesamten Gesundheitswesen an.

Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind Gegenstand der jährlich durchgeführten, seit 1991 bundeseinheitlichen Krankenhausstatistik. Sie erfasst in erster Linie Angaben über die sachliche und personelle Ausstattung der Häuser (z. B. Anzahl der Häuser, aufgestellte Betten und medizinische Großgeräte sowie ärztliches und nichtärztliches Personal). Darüber hinaus ermöglicht die Erhebung patientenbezogener Daten (Fallzahl und Berechnungs-/ Belegungstage bzw. Pflorgetage) Aussagen über leistungsbezogene Kennziffern der Einrichtungen (Nutzungsgrad der Betten und durchschnittliche Verweildauer).

Ausstattung der Krankenhäuser

Im Jahr 2006 standen in insgesamt 2 104 Krankenhäusern rund 510 800 Betten für

die stationäre Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Gegenüber 1991 ist die Zahl der Krankenhäuser in Folge von Schließungen und Fusionen um 13 % gesunken; annähernd jedes vierte Krankenhausbett (23 %) wurde abgebaut. → **Tab.4**

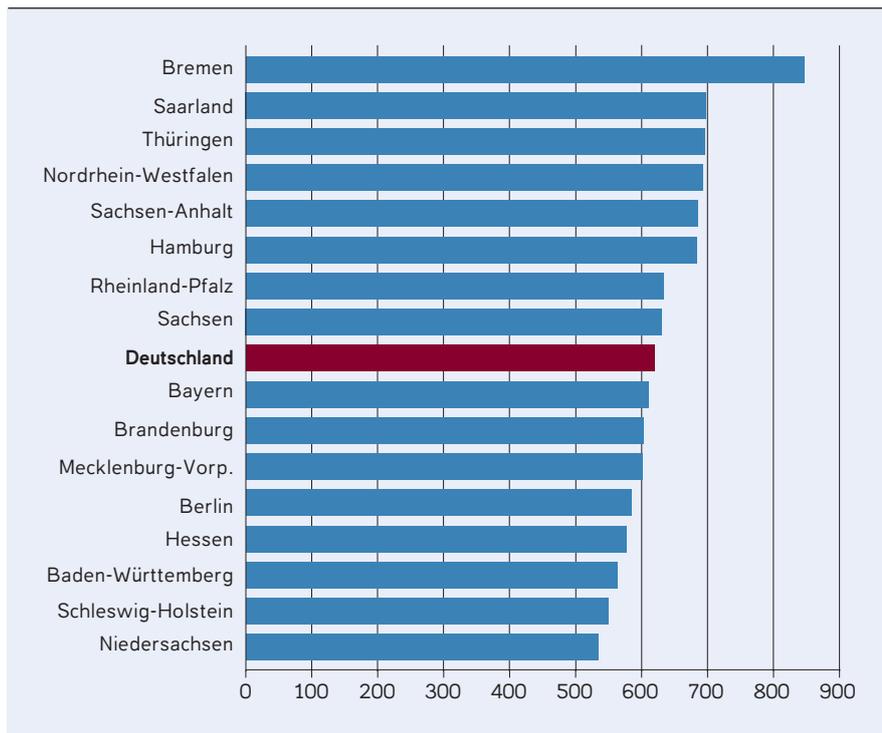
Auf Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, entfielen 2006 ein Fünftel (21 %) aller Krankenhäuser und sogar ein Viertel (25 %) aller aufgestellten Betten. Für die Beurteilung des Versorgungsangebots in den einzelnen Bundesländern ist jedoch die absolute Zahl der Häuser bzw. der Betten wenig aussagekräftig. Zu Vergleichszwecken wird die Zahl der Häuser und Betten je 100 000 Einwohner ermittelt. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2,6 Krankenhäusern und 620 Betten je 100 000 Einwohner. Die Zahl der Häuser je 100 000 Einwohner sank im Vergleich zu 1991 um 15 %; um mehr als ein Viertel (26 %) verringerte sich die Zahl der Betten je 100 000 Einwohner.

Insgesamt zeigte sich bei der Krankenhausedichte ein deutliches West-Ost-Gefälle: Während im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) im Jahr 2006 durchschnittlich 2,7 Krankenhäuser je 100 000 Einwohner zur Verfügung standen, waren es in den neuen Ländern le-

Tab. 4: Krankenhäuser, Betten und Patientenbewegungen

	Krankenhäuser					Patientenbewegung			
	insgesamt		Betten insgesamt		durchschn. Bettenzahl	Fallzahl	Berechnungs-/ Belegungstage	durchschn. Verweildauer	durchschn. Bettenauslastung
	Anzahl	je 100 000 Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohner	je Haus	in 1 000	in 1 000	in Tagen	in %
1991	2 411	3,0	665 565	832	276	14 577	204 204	14,0	84,1
1995	2 325	2,8	609 123	746	262	15 931	182 627	11,4	82,1
2000	2 242	2,7	559 651	681	250	17 263	167 789	9,7	81,9
2001	2 240	2,7	552 680	671	247	17 325	163 536	9,4	81,1
2002	2 221	2,7	547 284	664	246	17 432	159 937	9,2	80,1
2003	2 197	2,7	541 901	657	247	17 296	153 518	8,9	77,6
2004	2 166	2,6	531 333	644	245	16 802	146 746	8,7	75,5
2005	2 139	2,6	523 824	635	245	16 539	143 244	8,7	74,9
2006	2 104	2,6	510 767	620	243	16 833	142 251	8,5	76,3
Veränderung von 1991 zu 2006, in %	-12,7	-15,3	-23,3	-25,5	-12,1	+15,5	-30,3	-39,5	-9,2

Abb. 11: Betten je 100 000 Einwohner in Krankenhäusern 2006



diglich 1,9 Krankenhäuser je 100 000 Einwohner.

Ein Krankenhaus in Deutschland verfügte im Jahr 2006 über durchschnittlich 243 Betten (1991: 276). Die höchste durchschnittliche Bettenzahl je Krankenhaus gab es in Bremen mit 402 Betten, die niedrigste in Schleswig-Holstein mit 162 Betten.

Im Stadtstaat Bremen war auch das Angebot an Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner mit 847 am höchsten. Mit deutlichem Abstand folgte das Saarland mit 698 Betten je 100 000 Einwohner. Auf den Plätzen drei und vier lagen Thüringen und Nordrhein-Westfalen mit 695 und 693 Betten je 100 000 Einwohner. Die geringste Bettendichte wies Niedersachsen mit 534 Betten je 100 000 Einwohner auf.

→ **Abb. 11**

Informationen zum Personal in Krankenhäusern werden zum einen als Beschäftigtenzahl (so genannte Kopfzahl) zum 31. Dezember eines Berichtsjahres, zum

anderen in Form von Vollzeitäquivalenten (so genannte Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) erhoben. Die Beschäftigtenzahl berücksichtigt im Unterschied zum Vollzeitäquivalent allerdings keine unterschiedlichen Beschäftigungsmodelle, z. B. Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung. Um dem Rechnung zu tragen, werden die Beschäftigten auf die volle tarifliche Arbeitszeit, das heißt in Vollkräfte, umgerechnet.

Der Vergleich der Personalausstattung deutscher Krankenhäuser nach Ländern basiert auf der Personalbelastungszahl. Diese Kennziffer gibt die Anzahl der durchschnittlich pro Vollkraft im Berichtsjahr zu versorgenden Betten bzw. Fälle an. Die Personalbelastungszahl wurde jeweils für das ärztliche und das nichtärztliche Personal sowie innerhalb dieser Beschäftigtengruppe für den Pflegedienst der Krankenhäuser ermittelt. Dem Pflegedienst kommt im Bereich der Krankenhäuser eine besondere Bedeutung zu, da ihm alleine 45 % des nichtärztlichen Personals zuzurechnen sind.

In allen genannten Beschäftigtengruppen ist die Personalbelastung nach Anzahl der jahresdurchschnittlich zu versorgenden Betten zurückgegangen. Dies ist in erster Linie Folge des kontinuierlichen Bettenabbaus in der Vergangenheit. Im Pflegedienst sank die Personalbelastung 2006 gegenüber 1991 um 24 %, im nichtärztlichen Dienst insgesamt um 19 %. Demgegenüber hat sich die Personalbelastung im ärztlichen Dienst nahezu halbiert (-46%). Dieser Effekt ist auf die parallel zum Bettenabbau verlaufende Zunahme der Vollkräfte im ärztlichen Dienst zurückzuführen. → **Tab. 5**

Die Personalbelastung nach Anzahl der im Jahresdurchschnitt zu versorgenden Patienten hat im Pflegedienst und dem nichtärztlichen Dienst im Vergleich zu 1991 um 26 % bzw. 35 % zugenommen. Dies ist auf die höhere Fallzahl (bzw. Patientenzahl) einerseits und den gleichzeitigen Rückgang der Zahl der Vollkräfte in diesen Beschäftigtengruppen zurückzuführen. Im ärztlichen Dienst, in dem sich die Zahl der Vollkräfte positiv entwickelt hat, lag die Personalbelastung nach Fällen um 11 % unter der Personalbelastung von 1991.

Im Bundesdurchschnitt hatte eine Vollkraft im ärztlichen Dienst 1 150 Betten und 136 Fälle im Berichtsjahr 2006 zu betreuen. Im Jahr 1991 waren es noch 2 145 Betten und 153 Fälle. Die Rangliste nach Ländern führte Brandenburg mit einer Personalbelastung von 1 347 Betten und 156 Fällen an. Auf den weiteren Plätzen rangierten Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Rheinland-Pfalz. In den Stadtstaaten war die Personalbelastung des ärztlichen Personals am geringsten. Die wenigsten Betten (873) und Fälle (104) hatten Berliner Krankenhausärzte zu versorgen.

Das Krankenhauspersonal im nichtärztlichen Dienst hatte 2006 im Jahresdurchschnitt je Vollkraft 213 Betten und 25 Fälle zu versorgen. 1991 waren es noch 262

Tab. 5: Ärztliches und nichtärztliches Personal der Krankenhäuser

	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt			Personalbelastungszahl je Vollkraft					
	davon			nach Betten ²			nach Fällen ³		
	Ärztlicher Dienst	Nichtärztlicher Dienst ¹		Ärztlicher Dienst	Nichtärztlicher Dienst ¹		Ärztlicher Dienst	Nichtärztlicher Dienst ¹	
zusammen		darunter Pflegedienst	zusammen		darunter Pflegedienst	zusammen		darunter Pflegedienst	
1991	95 208	780 608	326 072	2 145	262	626	153	19	45
1995	101 590	785 974	350 571	1 798	232	521	157	20	45
2000	108 696	725 889	332 269	1 544	231	505	159	24	52
2001	110 152	722 379	331 472	1 485	226	493	157	24	52
2002	112 763	720 778	327 384	1 418	222	489	155	24	53
2003	114 105	709 834	320 158	1 345	216	480	152	24	54
2004	117 681	688 307	309 510	1 247	213	474	143	24	54
2005	121 610	674 488	302 346	1 178	212	474	136	25	55
2006	123 715	668 200	299 328	1 150	213	475	136	25	56
Veränderung von 1991 zu 2006, in %	+29,9	-14,4	-8,2	-46,4	-18,6	-24,1	-11,1	+34,9	+25,8

1 Ohne Personal der Ausbildungsstätten und ohne Schüler/-innen und Auszubildende.

2 Anzahl der durchschnittlich pro Vollkraft im Berichtsjahr zu versorgenden Betten.

3 Anzahl der durchschnittlich pro Vollkraft im Berichtsjahr zu versorgenden Fälle.

Betten, aber nur 19 Fälle. Die ersten drei Plätze im Ländervergleich 2006 belegten Brandenburg, Thüringen und Sachsen; die Personalbelastung lag bei bis zu 253 Betten und 29 Fällen. Die wenigsten Betten (188) und Fälle (22) hatte eine nicht-ärztliche Vollkraft in Baden-Württemberg zu versorgen.

Eine Vollkraft im Pflegedienst war im Bundesdurchschnitt für 475 (1991: 626) Betten und 56 Krankenhausfälle zuständig (1991: 45). Die meisten Betten und Fälle hatten die Pflegekräfte in Brandenburg (516 Betten/60 Fälle), Thüringen (512 Betten/59 Fälle) und Sachsen (502 Betten/59 Fälle) zu versorgen. Das Pflegepersonal in Bremen hatte mit 407 Betten und 51 Fällen die niedrigste Personalbelastung im Ländervergleich.

Leistungen und Auslastung der Krankenhäuser

16,8 Mill. Patientinnen und Patienten wurden 2006 vollstationär im Krankenhaus behandelt, davon allein knapp ein Viertel (23 %) in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern; die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage lag bei 142,3 Mill. Gegenüber 1991 ist die Fallzahl um 16 % gestiegen; zugleich ist die Zahl der Berech-

nungs-/Belegungstage um 30 % zurückgegangen.

Aus der Division von Berechnungs- und Belegungstagen durch die Anzahl der Patientinnen und Patienten (Fälle) wird die durchschnittliche Verweildauer berechnet, die im Jahr 2006 im Bundesdurchschnitt bei 8,5 Tagen lag. Die Liegezeiten im Krankenhaus haben sich gegenüber 1991, als ein Aufenthalt noch durchschnittlich genau 14 Tage dauerte, drastisch verkürzt. Die längste durchschnittliche Verweildauer ergab sich im Jahr 2006 mit 8,7 Tagen in den Krankenhäusern Nordrhein-Westfalens, die kürzeste mit 7,8 Tagen in den Krankenhäusern Mecklenburg-Vorpommerns. Die Verweildauer im Krankenhaus wird wesentlich von der Diagnose der Krankenhauspatientinnen und -patienten und damit der Fachabteilung, in der sich diese aufhalten, beeinflusst. Während ein Krankenhausaufenthalt in der allgemeinen Fachabteilung »Augenheilkunde« im Durchschnitt 3,6 Tage dauerte, mussten Patientinnen und Patienten in der allgemeinen Fachabteilung »Herzchirurgie« mit 10,7 Tagen annähernd dreimal so lange im Krankenhaus bleiben. Die längste Zeit verbrachten Patientinnen und Patienten in psychi-

atrischen Fachabteilungen. Ein Aufenthalt in der »Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie« dauerte im Jahr 2006 sogar bis zu 42,5 Tage.

Während die Entwicklung der Fallzahl ein Indiz für die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung mit entsprechend erhöhter Krankheitsanfälligkeit ist, lässt sich die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer mit dem medizinischen Fortschritt einerseits und den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich andererseits erklären.

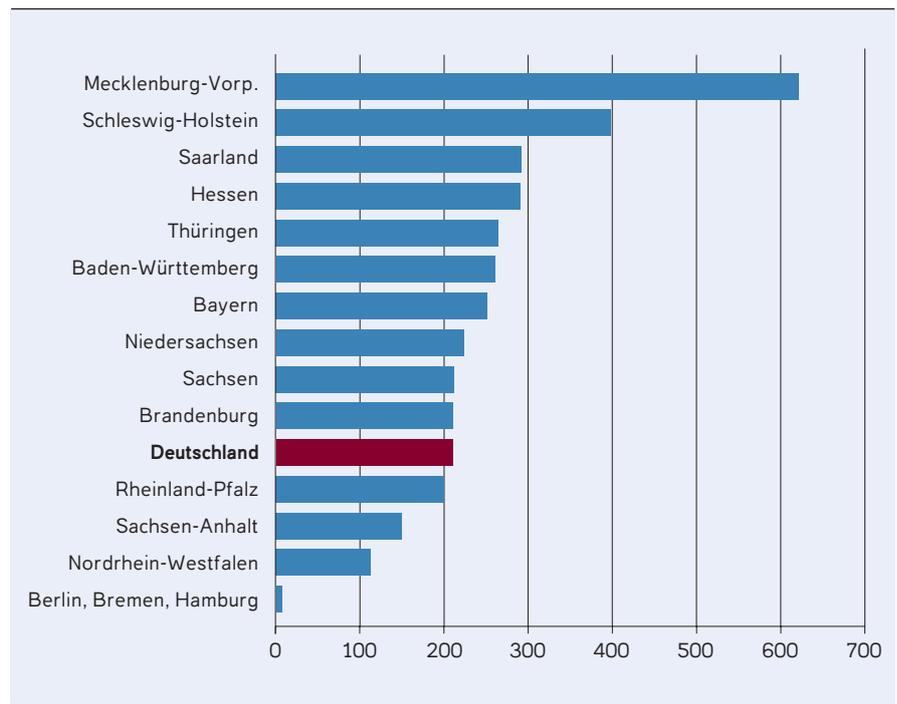
Im Jahr 2006 waren die Krankenhausbetten zu 76 % (1991: 84 %) ausgelastet. In diesem Wert kommt das Verhältnis aus tatsächlicher Bettenbelegung und maximaler Bettenbelegung zum Ausdruck. In den Bundesländern schwankte die Bettenauslastung zwischen 81 % in Berlin und 72 % in Rheinland-Pfalz. In allen psychiatrischen Fachabteilungen lag die Bettenauslastung über 90 % (maximal 91 % in der »Psychiatrie und Psychotherapie«). Im Bereich der allgemeinen Fachabteilungen hatte die »Herzchirurgie« mit 87 % die höchste, die »Kinderchirurgie« mit 61 % die geringste Bettenauslastung.

Ausstattung von Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Für Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahmen gab es im Jahr 2006 in Deutschland 1255 Einrichtungen mit rund 172 700 Betten. Von 1991 bis 1996 stieg die Zahl der Einrichtungen um 19 %, die Zahl der Betten nahm bis 1998 um ein Drittel (33 %) des Ausgangswertes im Jahr 1991 zu. Seitdem ist sowohl die Zahl der Einrichtungen als auch der Betten rückläufig. Insgesamt ist die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Zeitraum 1991 bis 2006 um 6 % und die Zahl der darin aufgestellten Betten um 20 % gestiegen. Absolut betrachtet lag der Schwerpunkt der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Jahr 2006 mit 298 Einrichtungen und 31 300 Betten in Bayern. → **Tab. 6**

Je 100 000 Einwohner standen im Bundesdurchschnitt 1,5 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und 210 Betten zur Verfügung. Die Einrichtungsdichte ist gegenüber 1991 unverändert geblieben, die Bettendichte um 30 Betten gestiegen. Im Ländervergleich lag Mecklenburg-Vorpommern mit 3,7 Einrichtungen je 100 000 Einwohner deutlich an der Spitze, gefolgt von Schleswig-Holstein mit 2,7 und Bayern auf Rang drei mit 2,4 Einrichtungen je 100 000 Einwohner. Nord-

Abb. 12: Betten je 100 000 Einwohner in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2006



rhein-Westfalen war der Flächenstaat mit der niedrigsten Versorgungsquote von lediglich 0,7 Einrichtungen je 100 000 Einwohner.

Auch beim Bettenangebot belegten die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein die vorderen

Plätze, was sich aus dem dort traditionellen Kur- und Bäderwesen erklärt. Dabei war die Zahl der Betten je 100 000 Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern mit 621 fast dreimal so hoch wie der Bundesdurchschnitt, in Schleswig-Holstein mit 398 Betten annähernd doppelt so hoch. Die Flächenstaaten Sach-

Tab. 6: Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Betten und Patientenbewegung

	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen					Patientenbewegung			
	insgesamt		aufgestellte Betten insgesamt		durchschn. Bettenzahl	Fallzahl	Pflege-tage	durchschn. Verweil-dauer	durchschn. Betten-auslastung
	Anzahl	je 100 000 Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohner	je Haus	in 1000	in 1000	in Tagen	in %
1991	1181	1,5	144 172	180	122	1 473	45 729	31,0	86,9
1995	1373	1,7	181 633	222	132	1 896	58 820	31,0	88,7
2000	1393	1,7	189 822	231	136	2 046	52 852	25,8	76,1
2001	1388	1,7	189 253	230	136	2 097	53 514	25,5	77,5
2002	1343	1,6	184 635	224	137	2 041	52 107	25,5	77,3
2003	1316	1,6	179 789	218	137	1 900	49 204	25,9	75,0
2004	1294	1,6	176 473	214	136	1 889	47 442	25,1	73,5
2005	1270	1,5	174 479	212	137	1 814	46 774	25,8	73,4
2006	1255	1,5	172 717	210	138	1 837	47 011	25,6	74,6
Veränderung von 1991 zu 2006, in %	+6,3	+3,2	+19,8	+16,3	+12,7	+24,7	+2,8	-17,5	-14,2

sen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen bildeten wie bereits bei der Zahl der Einrichtungen je 100 000 Einwohner die Schlusslichter mit 150 und 113 Betten zur Vorsorge oder Rehabilitation je 100 000 Einwohner. → **Abb. 12**

Im Bundesdurchschnitt verfügte eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung 2006 über 138 Betten (1991: 122). Die größten Einrichtungen gemessen an der Zahl der durchschnittlich aufgestellten Betten lagen in den neuen Bundesländern, angeführt von Sachsen mit durchschnittlich 201 und Brandenburg mit 198 Betten je Einrichtung. In Bayern waren die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit durchschnittlich 105 Betten gerade halb so groß.

Die zahlenmäßige Belastung des ärztlichen Personals in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ist sowohl hinsichtlich der zu versorgenden Betten als auch der Fälle deutlich höher als im Krankenhausbereich. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Versorgung der Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen weniger zeit- und betreuungsintensiv ist als im Krankenhaus. → **Tab. 7**

Die Personalbelastung nach Betten ist für alle betrachteten Beschäftigtengruppen trotz einer um 20 % höheren Bettenzahl im Vergleich zu 1991 gesunken, weil die Zahl der Vollkräfte deutlich stärker gestiegen ist. Auch die Personalbelastung nach Fällen hat abgenommen. Die Zahl der Vollkräfte im ärztlichen Dienst und im Pflegedienst hat mit genau 37 % bzw. 58 % gegenüber 1991 deutlich stärker zugenommen als die Zahl der Fälle mit 25 %. Lediglich für das Personal im nichtärztlichen Dienst insgesamt ergibt sich eine im Vergleich zu 1991 um 9 % höhere Personalbelastung nach Fällen.

Eine ärztliche Vollkraft einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung hatte 2006 durchschnittlich 5 800 Betten und 226 Fälle zu betreuen. 1991 waren es noch 7 700 Betten und 249 Fälle. Schleswig-Holstein lag im Ländervergleich an der Spitze mit 7 400 Betten und 320 Fällen, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (7 100 Betten und 288 Fälle) und Niedersachsen (6 700 Betten und 274 Fälle). Die geringste Belastung ergab sich für das ärztliche Personal der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit 3 200 Betten und 94 Fällen (55 % bzw. 42 % im Vergleich zum Bundesdurchschnitt).

Auf eine einzelne Vollkraft im nichtärztlichen Dienst von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entfielen durchschnittlich 571 Betten und 22 Fälle jährlich. Im Jahr 1991 waren es noch 634 Betten, aber nur 20 Fälle.

Die höchste Personalbelastung bestand 2006 in Schleswig-Holstein mit 732 Betten und 32 Fällen; das sind 28 % bzw. 45 % mehr als im Bundesdurchschnitt. Auch hinsichtlich der Personalbelastung des nichtärztlichen Dienstes bildeten die Stadtstaaten mit 320 Betten und 10 Fällen je Vollkraft (56 % bzw. 45 % weniger im Vergleich zum Bundesdurchschnitt) das Schlusslicht im Ländervergleich.

Leistungen und Auslastung von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Zahl der Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen lag 2006 bei 1,8 Mill. und damit um 25 % höher als 1991 (1,5 Mill. Patienten). Die meisten Rehabilitationspatientinnen und -patienten (335 000 Fälle bzw. 18 %) wurden 2006 in Bayern behandelt. Insgesamt verbrachten die Patientinnen und Patienten 47 Mill. Pflegetage in den Einrichtungen, 1,3 Mill. Pflegetage mehr als 1991.

Tab. 7: Ärztliches und nichtärztliches Personal der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

	Vollkräfte im Jahresdurchschnitt			Personalbelastungszahl je Vollkraft					
	davon			nach Betten ²			nach Fällen ³		
	Ärztlicher Dienst	Nichtärztlicher Dienst ¹		Ärztlicher Dienst ¹	Nichtärztlicher Dienst ¹		Ärztlicher Dienst ¹	Nichtärztlicher Dienst ¹	
zusammen		darunter Pflegedienst	zusammen		darunter Pflegedienst	zusammen		darunter Pflegedienst	
1991	5 926	72 148	13 103	7 717	634	3 490	249	20	112
1995	8 284	91 605	18 004	7 100	642	3 267	229	21	105
2000	8 299	89 547	21 010	6 368	590	2 516	247	23	97
2001	8 441	90 856	21 773	6 340	589	2 458	248	23	96
2002	8 347	90 593	21 911	6 243	575	2 378	245	23	93
2003	8 229	88 291	21 448	5 979	557	2 294	231	22	89
2004	7 995	84 949	20 831	5 934	558	2 277	236	22	91
2005	8 073	83 474	20 889	5 794	560	2 239	225	22	87
2006	8 117	82 372	20 724	5 792	571	2 268	226	22	89
Veränderung von 1991 zu 2006, in %	37,0	14,2	58,2	-24,9	-10,0	-35,0	-9,1	9,2	-21,2

1 Ohne Personal der Ausbildungsstätten und ohne Schüler/-innen und Auszubildende.

2 Anzahl der durchschnittlich pro Vollkraft im Berichtsjahr zu versorgenden Betten.

3 Anzahl der durchschnittlich pro Vollkraft im Berichtsjahr zu versorgenden Fälle.

Daraus ergibt sich eine rechnerische Verweildauer von 25,6 Tagen im Bundesdurchschnitt; im Jahr 1991 lag diese noch bei genau 31 Tagen. Die längste Zeit mit durchschnittlich 33,5 Tagen verbrachten die Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen der Stadtstaaten; die kürzeste Verweildauer mit 23,1 Tagen ergab sich für Schleswig-Holstein. In der Fachabteilung »Allgemeinmedizin« dauerte der Aufenthalt in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung lediglich 20,5 Tage. Mehr als dreimal so lange (durchschnittlich 64,9 Tage) hielten sich Patientinnen und Patienten in der Fachabteilung »Psychiatrie und Psychotherapie« auf.

Die Betten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren 2006 zu 75 % (1991: 87 %) ausgelastet. Die höchste Auslastung gab es in brandenburgischen Einrichtungen mit 88 %, die niedrigste in Thüringen mit lediglich 68 %. Nach Fachabteilungen waren die in der Fachabteilung »Psychiatrie und Psychotherapie« aufgestellten Betten zu genau 86 % ausgelastet, gefolgt von der »Frauenheilkunde und Geburtshilfe« mit 86 %. In der Fachabteilung »Physikalische und Rehabilitative Medizin« waren die Betten gerade einmal zu 52 % ausgelastet.

9.1.7 Gesundheitspersonal

Für eine hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung ist qualifiziertes Fachpersonal unverzichtbar. Zudem wird im Gesundheitswesen eine große Zahl an Personen beschäftigt, die nicht in der unmittelbaren Patientenversorgung, sondern beispielsweise als Küchenpersonal, Reinigungskräfte oder Handwerker tätig sind. Daher hat das Gesundheitswesen eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Die Gesundheitspersonalrechnung ermittelte für den Stichtag am 31. Dezember 2006 rund 4,3 Mill. Beschäftigte im Gesundheitswesen. Dies entsprach 11 % aller Beschäftigten in Deutschland. Sämtliche Angaben zu den Beschäftigten bezie-

hen sich auf Beschäftigungsfälle, das heißt Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens werden unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit mehrfach gezählt. Bis auf ehrenamtlich Tätige und Beauftragte aus anderen Sektoren (z. B. von einer Reinigungsfirma beschäftigtes Reinigungspersonal in Krankenhäusern) berücksichtigt die Gesundheitspersonalrechnung alle im Gesundheitswesen tätigen Personen.

Gesundheitspersonal nach Berufen

Beim Gesundheitspersonal werden fünf Berufsgruppen unterschieden: Gesundheitsdienstberufe, soziale Berufe, Gesundheitshandwerker, sonstige Gesundheitsfachberufe und andere Berufe im Gesundheitswesen. Zu den anderen Berufen zählen alle Beschäftigten, die nicht einer der übrigen vier Berufsgruppen zugeordnet werden können (z. B. Küchen- oder Reinigungspersonal in Krankenhäusern sowie Kurierdienste).

Zwischen den Jahren 2001 und 2006 wuchs die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen kontinuierlich um insgesamt 169 000 oder 4 %. Ein Großteil des Zuwachses geht vor allem auf den Beschäftigungsanstieg in den Gesundheitsdienstberufen mit insgesamt 130 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zurück. Einen Gesundheitsdienstberuf üben diejenigen Beschäftigten aus, die in der unmittelbaren Patientenversorgung tätig sind; hierzu zählen beispielsweise Ärzte und Gesundheits- und Krankenpfleger. Im Jahr 2006 arbeitete über die Hälfte des Gesundheitspersonals (2,3 Mill. Personen oder 56 %) in einem Gesundheitsdienstberuf. Mit rund einem Drittel des Gesundheitspersonals bildeten die Beschäftigten in anderen Berufen die zweitgrößte Gruppe im Gesundheitswesen. Im Jahr 2006 übten rund 1,4 Mill. Personen einen anderen Beruf im Gesundheitswesen aus. Gegenüber 2001 war in dieser Berufsgruppe ein Beschäftigungsrückgang von 23 000 Stellen oder fast 2 % zu verzeichnen. Dies ist zum Teil auf das sogenann-

te »Outsourcing« zurückzuführen, bei dem Unternehmenseinheiten und Leistungsprozesse an externe Dienstleister ausgelagert werden. Einen sozialen Beruf übten im Jahr 2006 rund 344 000 Personen aus, das sind 8 % des Gesundheitspersonals. In dieser Berufsgruppe gab es zwischen den Jahren 2001 und 2006 einen starken Zuwachs von 64 000 Beschäftigten bzw. um 23 %. Dieser geht vor allem auf den steigenden Bedarf an Altenpflegekräften zurück, wobei zu berücksichtigen ist, dass nur ein Teil der Altenpfleger und -pflegerinnen in der Gesundheitspersonalrechnung erfasst wird. Aufgrund der Abgrenzung des Gesundheitswesens fließt zwar das Altenpflegepersonal der Altenpflegeheime, nicht aber das der Altenwohnheime mit ein. Im Gesundheitshandwerk bzw. in sonstigen Gesundheitsfachberufen waren im Jahr 2006 rund 5 % des Gesundheitspersonals (23 000 Beschäftigte) tätig. In beiden Berufsgruppen gab es zwischen den Jahren 2001 und 2006 keinen eindeutigen Trend. Daher änderte sich die Beschäftigtenzahl (–2 000 bzw. –2 %) bei den Gesundheitshandwerkern und bei den sonstigen Gesundheitsfachberufen (–1 000 bzw. –1 %) nur unwesentlich.

Besonders charakteristisch für das Gesundheitspersonal ist der hohe Frauenanteil. Im Jahr 2006 arbeiteten 3,1 Mill. Frauen im Gesundheitswesen, ihr Beschäftigungsanteil lag bei 72 %. Der Frauenanteil variierte jedoch stark zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Besonders hoch war er bei Arzthelfern und zahnmedizinischen Fachangestellten (99 %), pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten (98 %) und medizinisch-technischen Assistenten (93 %). Bei den Ärzten war der Frauenanteil mit 40 % und bei den Zahnärzten mit 39 % eher niedrig. Beschäftigungszuwächse gab es in den zurückliegenden Jahren in beiden Berufsgruppen allerdings fast ausschließlich bei den Frauen: Im Jahr 2006 gab es 13 000 Ärztinnen aber nur knapp 500 Ärzte mehr als im Jahr 2001. Auch bei den Zahnärztinnen gab es zwischen den Jahren 2001

Tab. 8: Gesundheitspersonal nach Berufen und Geschlecht

	2001			2006		
	Beschäftigte		Vollzeit- äqui- valente	Beschäftigte		Vollzeit- äqui- valente
	insge- samt	Frauen- anteil		insge- samt	Frauen- anteil	
	in 1 000	in %	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000
Berufe insgesamt	4 137	71,1	3 302	4 306	72,3	3 315
Gesundheitsdienstberufe	2 169	78,3	1 728	2 299	79,1	1 776
Ärzte	298	37,4	269	311	40,0	281
Zahnärzte	64	36,6	61	66	38,7	61
Apotheker	55	63,3	45	57	64,5	45
Arztshelfer/zahnmedizinische Fachangestellte	492	98,9	388	522	99,1	398
Gesundheits- und Krankenpfleger	702	84,9	533	717	85,6	519
medizinisch-technische Assistenten	86	92,2	68	87	92,5	66
Physiotherapeuten, Masseure, med. Bademeister	121	73,4	99	144	72,0	112
therapeutische Berufe	54	80,3	42	77	82,5	59
soziale Berufe	280	86,0	228	344	86,2	264
Altenpfleger	262	86,8	212	321	87,3	246
Gesundheitshandwerker	137	47,9	125	134	50,0	121
Zahntechniker	68	51,7	62	66	50,5	59
sonst. Gesundheitsfachberufe	88	73,2	69	89	70,8	70
pharmazeutisch-kauf- männische Angestellte	47	98,4	33	44	98,0	31
andere Berufe im Gesundheitswesen	1 464	59,8	1 152	1 440	60,4	1 084

und 2006 mit einem Zuwachs von 2 000 einen leichten Beschäftigungsanstieg, hingegen blieb die Zahl der Zahnärzte nahezu konstant. Im Gesundheitshandwerk und in den anderen Berufen im Gesundheitswesen belief sich der Frauenanteil im Jahr 2006 auf 50 % bzw. 60 %. → **Tab. 8**

Die Zahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten im Gesundheitswesen, das so genannte Vollzeitäquivalent, lag im Jahr 2006 bei rund 3,3 Mill. Obwohl das Gesundheitspersonal zwischen den Jahren 2001 und 2006 um insgesamt 169 000 Beschäftigte gestiegen ist, wuchs das Vollzeitäquivalent im gleichen Zeitraum nur um 13 000 oder weniger als 1 %. Hierdurch wird deutlich, dass sich das Beschäftigungsvolumen im Gesundheitswesen zwischen den Jahren 2001 und 2006 kaum verändert hat. In Berufsgruppen mit vielen Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten unterscheidet sich das Vollzeitäquivalent stark

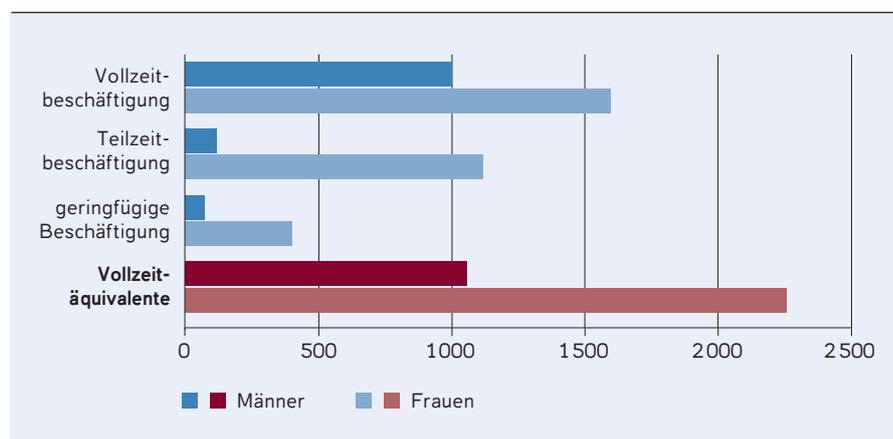
von der Zahl der Beschäftigten. Weiter gibt die Relation des Vollzeitäquivalents zu den Beschäftigten innerhalb einer Berufsgruppe an, ob ein hoher Anteil an Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten vorliegt: Im Jahr 2006 fiel diese Relation bei den Ärzten und Zahnärzten mit 0,90

bzw. 0,93 und bei den Zahn Technikern mit 0,90 besonders hoch aus, da hier überwiegend Vollzeit gearbeitet wird. Vergleichsweise niedrig war die Relation des Vollzeitäquivalents zu den Beschäftigten im Jahr 2006 bei den pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten (0,70), den Gesundheits- und Krankenpflegern (0,72) und den anderen Berufen im Gesundheitswesen (0,75).

Insgesamt gingen im Jahr 2006 rund 60 % des Gesundheitspersonals einer Vollzeitbeschäftigung, 29 % einer Teilzeitbeschäftigung und 11 % einer geringfügigen Beschäftigung nach. Während die Vollzeitbeschäftigung zwischen den Jahren 2001 und 2006 um insgesamt 107 000 oder 4 % zurückgegangen ist, hat die Teilzeitbeschäftigung um 131 000 oder 12 % und die geringfügige Beschäftigung um 144 000 oder 44 % zugenommen.

Auch bei der Beschäftigungsart zeigten sich im Jahr 2006 innerhalb des Gesundheitswesens deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Mit einem Anteil von 84 % waren Männer wesentlich häufiger vollzeitbeschäftigt als Frauen (51 %). Dagegen übten lediglich 10 % der Männer, jedoch 36 % der Frauen eine Teilzeit-tätigkeit aus. Zudem gingen Frauen mit 13 % mehr als doppelt so häufig einer geringfügigen Beschäftigung nach wie Männer (6 %). Die Relation des Vollzeit-

Abb. 13: Gesundheitspersonal nach Art der Beschäftigung und Geschlecht 2006, in 1000



äquivalents zu den Beschäftigungsverhältnissen fiel daher im Jahr 2006 bei den Männern mit 0,89 deutlich höher aus als bei den Frauen (0,73). → **Abb. 13**

Gesundheitspersonal nach Einrichtungen

In der Gesundheitspersonalrechnung werden sieben Einrichtungen unterschieden: Gesundheitsschutz, ambulante Einrichtungen, stationäre- und teilstationäre Gesundheitsversorgung, Rettungsdienste, Verwaltung, sonstige Einrichtungen und die Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens. Zu den sonstigen Einrichtungen zählen u. a. Ausbildungsstätten und Forschungseinrichtungen.

Der weitaus größte Teil des Gesundheitspersonals arbeitete in ambulanten sowie stationären und teilstationären Einrichtungen. Im Jahr 2006 waren in beiden Einrichtungsarten jeweils 1,8 Mill. Personen beschäftigt, was zusammen 84 % des Gesundheitspersonals ausmachte.

Im ambulanten Sektor stieg die Beschäftigtenzahl zwischen den Jahren 2001 und 2006 um insgesamt 108 000 oder 6 %. Beschäftigungszuwächse vollzogen sich in allen ambulanten Einrichtungen mit Ausnahme des Gesundheitshandwerks und des Einzelhandels. Hier waren im Jahr 2006 rund 5 000 Personen bzw. 3 % weniger beschäftigt als im Jahr 2001. Insgesamt wuchs das Gesundheitspersonal in stationären und teilstationären Einrichtungen zwischen den Jahren 2001 und 2006 mit 41 000 Beschäftigten oder 2 % schwächer als im ambulanten Sektor. Zudem gab es zwischen den einzelnen stationären und teilstationären Einrichtungen eine recht unterschiedliche Entwicklung: Während das Personal in Einrichtungen der stationären und teilstationären Pflege zwischen den Jahren 2001 und 2006 kontinuierlich anstieg (86 000 Beschäftigte bzw. 18 %), ging das Personal in Krankenhäusern um insgesamt 37 000 Beschäftigte (3 %) und das Personal in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen um 7 000 Beschäftigte (4 %)

Tab. 9: Gesundheitspersonal nach Einrichtungen und Geschlecht

	2001			2006		
	Beschäftigte		Vollzeit- äqui- valente	Beschäftigte		Vollzeit- äqui- valente
	insge- samt	darunter Teilzeit		insge- samt	darunter Teilzeit	
in 1000	in %	in 1000	in 1000	in %	in 1000	
Einrichtungen insgesamt	4 137	26,7	3 302	4 306	28,7	3 315
Gesundheitsschutz	42	22,8	35	41	25,4	33
ambulante Einrichtungen	1 697	25,1	1 374	1 805	28,2	1 399
Arztpraxen	646	23,4	530	668	26,0	524
Zahnarztpraxen	315	22,5	261	330	24,9	262
Apotheken	168	26,5	132	170	29,0	132
stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 749	32,1	1 332	1 790	32,6	1 333
Krankenhäuser	1 109	30,1	833	1 072	27,4	792
Vorsorge-/Rehabilitations- einrichtungen	164	28,2	137	157	27,3	125
stationäre/teilstationäre Pflege	475	38,3	362	561	44,0	416
Rettungsdienste	46	16,9	40	47	20,0	39
Verwaltung	217	15,6	189	208	19,1	172
sonstige Einrichtungen	98	20,9	83	111	24,4	90
Vorleistungsindustrien	288	15,7	250	303	18,7	250
Frauenanteil						
Einrichtungen insgesamt	2 943	34,4	2 211	3 115	35,9	2 258
Gesundheitsschutz	28	29,4	22	27	32,8	21
ambulante Einrichtungen	1 267	31,3	972	1 380	33,8	1 016
Arztpraxen	507	28,3	398	529	30,6	396
Zahnarztpraxen	253	27,1	200	268	29,0	204
Apotheken	137	31,3	103	139	33,7	103
stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 357	38,6	991	1 399	38,7	995
Krankenhäuser	834	37,3	594	805	34,0	559
Vorsorge-/Rehabilitations- einrichtungen	122	34,5	97	117	32,9	88
stationäre/teilstationäre Pflege	402	42,5	300	477	48,1	347
Rettungsdienste	15	35,5	12	16	38,8	11
Verwaltung	87	29,8	67	83	33,8	60
sonstige Einrichtungen	58	30,2	46	70	33,0	53
Vorleistungsindustrien	130	28,1	101	139	30,9	102

zurück. Allerdings vollzog sich der Beschäftigungsrückgang in Krankenhäusern vor allem zwischen den Jahren 2002 und 2005. Von 2005 auf 2006 konnte wieder ein leichter Zuwachs von 1 000 Beschäftigten in Krankenhäusern registriert werden.

In den Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens gab es im Jahr 2006 rund 303 000 Beschäftigte (7 %), in der Verwaltung 208 000 (5 %), in Rettungs-

diensten 47 000 (1 %) und in sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens 111 000 (3 %). Nur das Verwaltungspersonal war zwischen den Jahren 2001 und 2006 mit 8 000 Beschäftigten oder 4 % rückläufig. → **Tab. 9**

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten variierte stark zwischen den Einrichtungen des Gesundheitswesens: In der ambulanten Gesundheitsversorgung belief er sich im Jahr 2006 auf 77 %. Hier waren

vor allem in den Zahnarztpraxen und Apotheken mit jeweils 81 % und in den Arztpraxen mit 79 % besonders viele Frauen beschäftigt. Auch im stationären und teilstationären Sektor arbeiteten mit einem Frauenanteil von 78 % deutlich mehr Frauen als Männer. Hier war der Frauenanteil im Jahr 2006 in der stationären und teilstationären Pflege mit 85 % besonders hoch. Im Gegensatz dazu arbeiteten in Rettungsdiensten (34 %), in der Verwaltung (40 %) und in den Vorleistungsindustrien (46 %) im Jahr 2006 deutlich weniger Frauen als Männer.

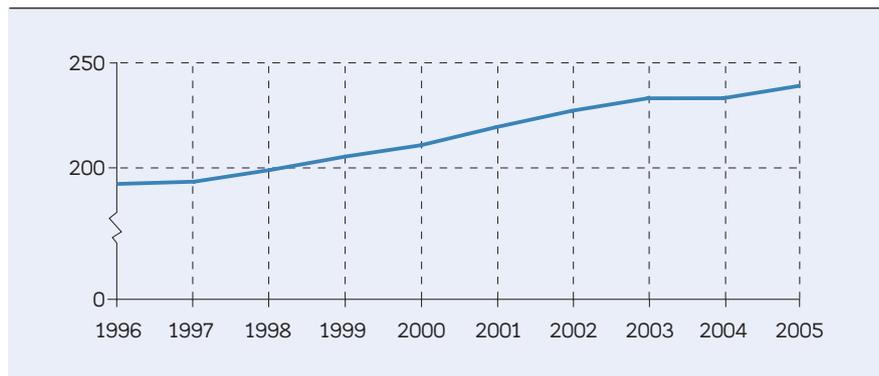
In den Einrichtungen des Gesundheitswesens ist die Teilzeitbeschäftigung unterschiedlich stark vertreten: In der stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung gingen im Jahr 2006 mit 33 % mehr Personen einer Teilzeitbeschäftigung nach als im ambulanten Sektor (28 %). Dies ist vor allem auf den geringen Anteil an Teilzeitbeschäftigten im Gesundheitshandwerk/-einzelhandel (14 %) zurückzuführen. In der Verwaltung und in den Vorleistungsindustrien fiel der Teilzeitanteil im Jahr 2006 mit jeweils 19 % ebenfalls niedrig aus.

9.1.8 Ausgaben für Gesundheit

Seit 1992 wird in der Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes jährlich der gesamte volkswirtschaftliche Ressourcenverbrauch ermittelt, der im Laufe eines Jahres für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit aufgewendet wurde. Die Gesundheitsausgabenrechnung ist ein dreidimensionales Rechensystem, in dem die Käufe für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen den Ausgabenträgern, den Leistungen und den diese Leistungen erbringenden Einrichtungen zugeordnet werden.

Im Jahr 2005 beliefen sich die gesamten Ausgaben für Gesundheit auf insgesamt 239,4 Mrd. Euro. Davon entfielen 230,3 Mrd. Euro auf die laufenden Gesund-

Abb. 14: Entwicklung der Gesundheitsausgaben, in Mrd. EUR



heitsausgaben und 9,1 Mrd. Euro wurden in Gebäude und Ausrüstungsgüter des Gesundheitswesens investiert. Im so genannten erweiterten Leistungsbereich des Gesundheitswesens, der nicht Bestandteil der Gesundheitsausgaben ist, wurden für Einkommensleistungen, wie z. B. Krankengelder oder vorzeitige Renten bei Erwerbsunfähigkeit, weitere 60,8 Mrd. Euro aufgewendet. Weitere Elemente des erweiterten Leistungsbereiches sind die Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen, für die 15,3 Mrd. Euro ausgegeben wurden. Darunter versteht man z. B. Eingliederungshilfen für behinderte Menschen oder die Leistungen der Haushaltshilfen, die durch Krankheit beeinträchtigte Menschen in ihren alltäglichen Aufgaben unterstützen. Für Forschung im Bereich des Gesundheitswesens wurden 2,7 Mrd. Euro aufgewendet, die Ausgaben für Ausbildung – vornehmlich im Hochschulbereich – beliefen sich auf 1,8 Mrd. Euro.

Die dargestellte Zeitreihe bildet die letzten zehn vorliegenden Berichtsjahre ab. Zwischen 1996 und 2005 sind die Gesundheitsausgaben nominal (in jeweiligen Preisen) von 194,9 Mrd. Euro um insgesamt 44,5 Mrd. Euro bzw. 22,8 % angestiegen. → **Abb. 14**

Um diese Entwicklung richtig einschätzen zu können, benötigt man Informationen, wie sich andere ökonomisch bedeutsame Größen verhalten haben. So hat sich beispielsweise der allgemeine Verbraucher-

preisindex in diesem Zeitraum um 13,3 % erhöht, das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) ist um 19,6 % gewachsen. Im Ergebnis ist daher der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den letzten zehn Jahren von 10,4 % auf 10,7 % gestiegen und spiegelt somit die wachsende Bedeutung des Gesundheitswesens für die Volkswirtschaft wider.

Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern

Die Analyse der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern geht der Frage nach, welche Institutionen die Käufe von Gütern und Dienstleistungen im Gesundheitswesen finanzieren. Eine besondere

Tab. 10: Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern 2005

Ausgabenträger	Mill. EUR	%
Öffentliche Haushalte	13 623	5,7
Gesetzliche Krankenversicherung	135 868	56,8
Soziale Pflegeversicherung	17 888	7,5
Gesetzliche Rentenversicherung	3 478	1,5
Gesetzliche Unfallversicherung	3 997	1,7
Private Krankenversicherung	22 023	9,2
Arbeitgeber	10 081	4,2
Private Haushalte/ private Organisationen ohne Erwerbszweck	32 399	13,5
Insgesamt	239 357	100,0

Bedeutung kommt dabei in Deutschland den Sozialversicherungen zu.

Die gesetzliche Krankenversicherung trug im Jahr 2005 56,8 % der Gesundheitsausgaben, das entspricht 135,9 Mrd. Euro. Der zweitgrößte Ausgabenträger waren die privaten Haushalte/privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Sie wendeten 32,4 Mrd. Euro auf und hatten einen Anteil von 13,5 % an den gesamten Gesundheitsausgaben.

Mit 22 Mrd. Euro bzw. 9,2 % folgte die private Krankenversicherung an dritter Stelle vor der sozialen Pflegeversicherung mit Ausgaben in Höhe von 17,9 Mrd. Euro (7,5 %). → **Tab. 10**

Die Ausgaben der privaten Haushalte/privaten Organisationen ohne Erwerbszweck haben sich im Zeitraum 1996 bis 2005 um 13,3 Mrd. Euro erhöht. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 6,1 %. Diese Steigerungsrate liegt deutlich über der Wachstumsrate der gesamten Gesundheitsausgaben, die im Durchschnitt bei jährlich 2,3 % lag. Ebenfalls überdurchschnittlich gesteigert haben sich die Gesundheitsausgaben der privaten Krankenversicherung um 7,4 Mrd. Euro oder 4,7 % jährlich und die Ausgaben der Arbeitgeber, unter die vor allem die Beihilfeleistungen und der betriebliche Gesundheitsdienst fallen. Diese Ausgaben wuchsen von 1996 bis 2005 um 2 Mrd. Euro bzw. 2,5 % jährlich auf 10,1 Mrd. Euro. Für die gesetzliche Krankenversicherung ergab sich ein Anstieg von 19,7 Mrd. Euro (bzw. 1,8 % jährlich). Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung wiesen nach starken Anstiegen in den ersten Jahren nach ihrer Einführung geringe Zuwächse von zuletzt 1,6 % auf.

Aus dieser Entwicklung resultiert eine Veränderung der Anteile der einzelnen Ausgabenträger im betrachteten Zeitraum. Die Anteile der privaten Haushalte sowie privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der privaten Krankenversi-

cherung an den Gesundheitsausgaben sind von 1996 bis 2005 um 3,7 bzw. 1,7 Prozentpunkte angestiegen.

Entsprechend sind die Anteile der gesetzlichen Krankenversicherung (-2,8 Prozentpunkte) und der meisten anderen Ausgabenträger gesunken. Diese Verschiebung spiegelt die vom Gesetzgeber gewünschte Stärkung der Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten wider, indem der Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung begrenzt und die Zuzahlungen der privaten Haushalte zu den erbrachten Leistungen erhöht wurden. Sie ist der aus der wachsenden Einnahmen-Ausgaben-Problematik der gesetzlichen Krankenversicherung resultierenden »Kostendämpfungspolitik« geschuldet. Andererseits haben auch das geänderte Inanspruchnahmeverhalten von Gesundheitsgütern und -dienstleistungen als Folge eines erhöhten Gesundheitsbewusstseins der Patientinnen und Patienten das Gewicht der Ausgaben der privaten Haushalte erhöht.

Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten

Die Struktur der erbrachten Güter und Dienstleistungen des Gesundheitswesens kann mithilfe der Leistungsarten analysiert werden. Die Ausgaben für »Waren« lagen im Jahr 2005 mit 64,6 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 27 % der Gesundheitsausgaben vor allen anderen Leistungsarten. Unter dem Begriff Waren versteht man die Ausgaben für Arzneimittel (inklusive Verbandmittel), Hilfsmittel, Zahnersatz sowie den sonstigen medizinischen Bedarf. Knapp hinter den Waren liegen ärztliche Leistungen mit 64,4 Mrd. Euro bzw. 27 %. Die therapeutischen und pflegerischen Leistungen nahmen den dritten Rang ein (57,6 Mrd. Euro bzw. 24 %). Danach folgten Ausgaben für Unterkunft/Verpflegung (17,7 Mrd. Euro bzw. 7 %) sowie die Verwaltungsleistungen (13,1 Mrd. Euro bzw. 5 %). → **Tab. 11**

Die Aufwendungen für Waren sind zudem von 1996 bis 2005 besonders stark

Tab. 11: Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten 2005

Leistungsarten	Mill. EUR	%
Prävention/Gesundheitsschutz	8 991	3,8
Ärztliche Leistungen	64 394	26,9
Pflegerische/therapeutische Leistungen	57 561	24,0
Unterkunft/Verpflegung	17 676	7,4
Waren	64 580	27,0
Arzneimittel	39 469	16,5
Hilfsmittel	10 486	4,4
Zahnersatz	5 129	2,1
sonstiger medizinischer Bedarf	9 496	4,0
Transporte	3 963	1,7
Verwaltungsleistungen	13 114	5,5
Investitionen	9 077	3,8
Insgesamt	239 357	100,0

gestiegen (um 14,1 Mrd. Euro). Mit rund 2,8 % Wachstum pro Jahr haben sie damit überdurchschnittlich stark zugenommen. Aufgrund der Vielzahl von Eingriffen des Gesetzgebers zur Beschränkung der Ausgaben in diesem Leistungssegment ist das Wachstum im Zeitverlauf allerdings nicht konstant verlaufen. Die einzelnen Komponenten dieser Leistungsart trugen zum Ausgabenanstieg ganz unterschiedlich bei: Von 1996 bis 2005 haben sich die Ausgaben für Arzneimittel inklusive Verbandmittel um 11,7 Mrd. Euro (oder 4,0 % jährlich), für Hilfsmittel um 1,0 Mrd. Euro (1,1 % jährlich) und für den sonstigen medizinischen Bedarf um 2,2 Mrd. Euro (2,9 % jährlich) erhöht. Für Zahnersatz wurden dagegen mit 5,1 Mrd. Euro im Jahr 2005 sogar um 0,7 Mrd. Euro weniger aufgewendet als 1996.

Die Ausgaben für pflegerische und therapeutische Leistungen sind im betrachteten Zeitraum um 10,4 Mrd. Euro gestiegen (2,2 % jährlich), die Ausgaben für ärztliche Leistungen wuchsen um 11 Mrd. Euro. Mit einem mittleren Anstieg von 2,1 % pro Jahr erhöhten sich damit diese Ausgaben im Vergleich zu den gesamten Gesundheitsausgaben unterdurchschnittlich.

Gesundheitsausgaben nach Einrichtungen

Die Ausgaben fallen innerhalb des Gesundheitswesens in verschiedenen Einrichtungen an – z. B. in Arztpraxen, in Krankenhäusern, aber auch in Apotheken oder im (teil-)stationären Pflegebereich. Kurz: Überall dort, wo Patienten versorgt oder Leistungen für ihre Gesundheit erbracht werden. Die Leistungsschwerpunkte liegen dabei ganz eindeutig auf den Einrichtungen der ambulanten und (teil-)stationären Gesundheitsversorgung: Insgesamt 115,5 Mrd. Euro betragen die Ausgaben für Gesundheitsleistungen der ambulanten Einrichtungen im Jahr 2005, was einem Anteil von 48 % an den gesamten Gesundheitsausgaben entspricht. Zu den bedeutsamsten ambulanten Einrichtungen gehörten dabei die Arztpraxen (35,2 Mrd. Euro), Apotheken (34,8 Mrd. Euro) und Zahnarztpraxen (15,2 Mrd. Euro). Für Güter und Dienstleistungen des Gesundheitshandwerks und des Einzelhandels wurden 14,7 Mrd. Euro aufgewendet. Dahinter lagen die Praxen sonstiger medizinischer Berufe, z. B. Praxen

von Physiotherapeuten, in denen 7,1 Mrd. Euro ausgegeben wurden. → **Tab. 12**

87,4 Mrd. Euro bzw. 37 % wurden für die (teil-)stationären Einrichtungen, zu denen u. a. Krankenhäuser (62,1 Mrd. Euro) und (teil-)stationäre Pflegeheime (18,1 Mrd. Euro) zählen, aufgewendet.

Die Einrichtung Verwaltung, bei der hauptsächlich die Verwaltungsausgaben der Ausgabenträger nachgewiesen werden, erbrachte 2005 Leistungen in Höhe von 14,6 Mrd. Euro (6 %). Weitere 7,3 Mrd. Euro (3 %) fielen für Leistungen der sonstigen Einrichtungen und privaten Haushalte an. Hier sind insbesondere die Pflege von Angehörigen und das damit verbundene Pflegegeld, Taxifahrten für Krankentransporte oder der betriebliche Gesundheitsdienst enthalten.

Von 1996 bis 2005 haben sich die Ausgaben für ambulante und (teil-)stationäre Einrichtungen um 23,2 Mrd. Euro bzw. 15,9 Mrd. Euro erhöht. Die mittleren jährlichen Wachstumsraten beliefen sich dabei auf 2,5 % (ambulanter Sektor) und 2,2 % (stationärer Sektor).

Tab. 12: Gesundheitsausgaben nach Einrichtungen 2005

Einrichtungen	Mill. EUR	%
Gesundheitsschutz	1985	0,8
Ambulante Einrichtungen	115 494	48,3
Arztpraxen	35 183	14,7
Zahnarztpraxen	15 187	6,3
Praxen sonstiger medizin. Berufe	7 052	2,9
Apotheken	34 796	14,5
Gesundheitshandwerk/-einzelhandel	14 668	6,1
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	87 424	36,5
Krankenhäuser	62 107	25,9
stationäre/teilstationäre Pflege	18 110	7,6
Rettungsdienste	2 567	1,1
Verwaltung	14 621	6,1
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7 284	3,0
Ausland	906	0,4
Investitionen	9 077	3,8
Insgesamt	239 357	100,0

Für die Einrichtung Verwaltung wurden im Jahr 2005 rund 3,5 Mrd. Euro mehr aufgewendet als 1996. Dies entsprach im Durchschnitt einem jährlichen Wachstum von 3,1 %. Weitere überdurchschnittliche Ausgabeanstiege pro Jahr gab es bei den Rettungsdiensten (4,3 %) und den Leistungen, welche für deutsche Versicherte im Ausland aufgewendet wurden (4,5 %). Hinter den dort erbrachten Leistungen steht eine Vielzahl von Leistungserbringern, die in der Gesundheitsausgabenrechnung in der Einrichtung »Ausland« dargestellt werden.

Gesundheitsausgaben im internationalen Vergleich

Grundlage für den internationalen Vergleich der Gesundheitsausgaben sind die Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Definition der Gesundheits-

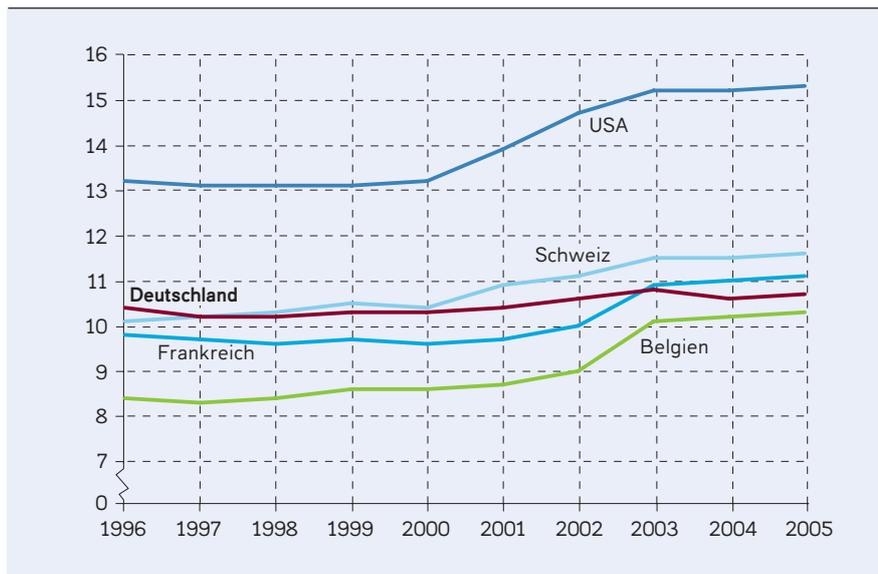
ausgaben in Deutschland ist dabei auf die von der OECD entwickelte Begriffsdefinition abgestimmt. Internationale Vergleiche zu den Gesundheitsausgaben werden für gewöhnlich mithilfe der Kennziffern »Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP)« und »Gesundheitsausgaben je Einwohner in US-Dollar Kaufkraftparitäten« durchgeführt. Diese Indikatoren können allerdings nicht die Unterschiede der Gesundheitssysteme messen. Internationalen Vergleichen von Gesundheitssystemen anhand von reinen ausgabenbezogenen Indikatoren sind daher Grenzen gesetzt.

Deutschland befindet sich beim internationalen Vergleich des Anteils der Gesundheitsausgaben am BIP der OECD-Staaten unter den Top 5. Wie bereits in den vergangenen Jahren lagen im Jahr 2005 die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 15,3 % auf Platz eins. Es folgten die Schweiz mit 11,6 % und Frankreich mit 11,1 %. In Deutschland wurden 10,7 % des BIP für Gesundheitsleistungen aufgewendet, gefolgt von Belgien mit 10,3 %. → **Abb. 15**

Bei Analysen von Zeitreihen muss beachtet werden, dass nicht nur ein Anstieg oder Rückgang der Gesundheitsausgaben Einfluss auf die Kennziffer hat, sondern auch die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes ein Absinken oder Ansteigen des Indikators bewirken kann. Von einer normativen Wertung dieses Indikators sollte abgesehen werden. Weder kann ein hoher Wert dieses Indikators als per se gut noch ein niedriger Wert als per se schlecht interpretiert werden. Zur Wertung der »Performance« eines Gesundheitssystems müssen noch viele andere Faktoren wie Qualität der Versorgung und Effizienz des Systems zusätzlich berücksichtigt werden.

Vergleicht man die Gesundheitsausgaben der OECD-Staaten in US-Dollar Kaufkraftparitäten je Einwohner, befindet sich Deutschland mit 3 290 US-Dollar pro Kopf im Jahr 2005 im Mittelfeld. Auch

Abb. 15: Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP, in %



BIP=Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: OECD, Gesundheitsdaten 2007.

bei diesem Vergleich wendeten die Vereinigten Staaten mit rund 6 400 US-Dollar pro Kopf am meisten für Gesundheitsleistungen auf. Mit 5 560 US-Dollar folgte Luxemburg. Norwegen und die Schweiz gaben mit 4 360 US-Dollar bzw. 4 180 US-Dollar schon erheblich weniger aus.

Der Anstieg der Gesundheitsausgaben in den vergangenen Jahren ist kein deutsches Phänomen und lässt sich in allen westlichen Industrienationen beobachten. Auffallend dabei ist, dass im Vergleich mit anderen OECD-Staaten Deutschland bei beiden Kennziffern nur ein sehr geringes Wachstum zu verbuchen hatte. Von einer »Kostenexplosion« im deutschen Gesundheitswesen – wie vielfach in den Medien heraufbeschworen – kann vor diesem Hintergrund nicht gesprochen werden.

9.1.9 Zusammenfassung

Das Gesundheitswesen in Deutschland durchläuft seit Jahren erhebliche Veränderungen seiner Organisations-, Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen. Die Anforderungen aus dem demografischen

Wandel und die Möglichkeiten durch den medizinisch-technischen Fortschritt haben daran maßgeblichen Anteil. Mit den gesundheitsstatistischen Angaben lassen sich das Ausmaß und die zeitliche Entwicklung dieser Veränderungen anschaulich aufzeigen:

Mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg der gesundheitlichen Beschwerden zu beobachten. Während der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei Personen im Alter von 15 bis 39 Jahren im Jahr 2005 rund 9 % betrug, lag er bei den 40- bis 64-Jährigen bereits bei 12 %. Von den über 65-Jährigen bezeichnete sich fast jeder Vierte (22 %) als krank oder unfallverletzt.

Die Zahl der Behandlungsfälle im Krankenhaus wegen einer Krankheit des Kreislaufsystems hat weiter zugenommen: seit 1995 um fast 3 % auf 2,6 Mill. Behandlungsfälle im Jahr 2005. Eine Verdoppelung der Fallzahlen gab es seit 1995 bei den Krankheiten des Nervensystems. Im Jahr 2005 wurden 695 000 Fälle mit einer Krankheit des Nervensystems aus vollstationärer Krankenhausbehandlung entlassen. Bei den vollstationär in Kran-

kenhäusern versorgten Patientinnen und Patienten wurden im Berichtsjahr 2006 insgesamt rund 37,6 Mill. Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 4 %. Auf einen Krankenhausfall entfielen damit im Durchschnitt 2,3 Maßnahmen dieser Art. In allen Altersgruppen war die durchschnittliche Anzahl der Operationen und Prozeduren pro Krankenhausfall bei Männern durchweg höher als bei Frauen. Im Zeitraum von 1991 bis 2006 wurde jedes vierte Krankenhausbett abgebaut und die Verweildauer für einen stationären Krankenhausaufenthalt hat sich um 5,5 Tage auf durchschnittlich 8,5 Tage verkürzt.

In Deutschland waren 2005 6,8 Mill. Menschen amtlich als Schwerbehinderte registriert, das entsprach einem Anteil von rund 8 % an der Bevölkerung. Die Wahrscheinlichkeit schwerbehindert zu sein steigt mit zunehmendem Alter an. In der Gruppe der ab 75-Jährigen hatte jeder Vierte einen Schwerbehindertenausweis, in der Altersgruppe zwischen 25 bis unter 35 Jahre war nur jeder Fünfzigste betroffen.

Im Dezember 2005 waren 2,13 Mill. Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des SGB XI. Die Mehrheit (82 %) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter; ein Drittel (33 %) 85 Jahre und älter. Die höchste Pflegequote wurde mit 60 % bei den ab 90-Jährigen ermittelt. Frauen waren ab dem 80. Lebensjahr deutlich pflegebedürftiger als Männer dieser Altersgruppen. Bei den 85- bis unter 90-jährigen Frauen lag die Pflegequote bei 40 %, bei den Männern gleichen Alters bei 27 %.

Die allgemeine Sterblichkeit in Deutschland ist zwischen 1990 und 2006 kontinuierlich gesunken. Die positive Entwicklung der Sterblichkeit fand nicht überall in Deutschland in gleichem Maße statt. So ist sie in den neuen Ländern seit 1990 zwar um insgesamt 40 % zurückgegangen, liegt aber mit 824 Sterbefällen

weiterhin über der Sterblichkeit in den alten Ländern mit 767 Sterbefällen je 100 000 Einwohner.

Mit 4,3 Mill. Beschäftigten war im Jahr 2006 jeder neunte Beschäftigte in Deutschland im Gesundheitswesen tätig. Zwischen den Jahren 2001 und 2006 wuchs die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen kontinuierlich um insgesamt 169 000 oder 4 %.

Die Ausgaben für Gesundheit beliefen sich im Jahr 2005 auf insgesamt 239,4 Mrd. Euro oder 10,7 % des Bruttoinlandsproduktes. Dieser Anteil ist gegenüber dem Jahr 1996 (10,4 %) gestiegen. Auch er spiegelt die größer gewordene Bedeutung des Gesundheitswesens für die Volkswirtschaft wider.

Fachleute gehen davon aus, dass die Nachfrage nach Gesundheitsgütern und -leistungen zukünftig weiter steigen wird, da Menschen älter werden und viele

Krankheiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen eine Altersabhängigkeit aufweisen. Außerdem erweitern sich durch den Fortschritt im Gesundheitswesen die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten. Mit steigendem Lebensstandard nehmen die Gesundheitsbedürfnisse der Menschen zu.

Auch wenn mit der Einführung des Gesundheitsfonds ab dem 1. Januar 2009 die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung neu gestaltet werden wird und neben dem Alter und Geschlecht auch schwerwiegende und kostenintensive chronische Krankheiten im Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen berücksichtigt werden, hängt die Frage der Finanzierbarkeit einer weiter steigenden Nachfrage nach Gesundheitsgütern und -leistungen entscheidend auch vom verantwortungsvollen Umgang der Akteure im Gesundheitswesen mit diesen Mitteln ab.

9.2 Gesundheit, Einstellungen und Verhalten

Hanfried H. Andersen
Markus Grabka
Johannes Schwarze

Die Sicherstellung einer umfassenden Versorgung mit medizinischen Leistungen für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung ist ein zentrales Ziel der deutschen Gesundheitspolitik. Angesichts der demographischen Entwicklung, dem medizinisch-technischen Fortschritt und der wirtschaftlichen Entwicklung muss dabei weiterhin der gleiche Zugang zu den verschiedenen Einrichtungen des gesundheitlichen Versorgungssystems gewährleistet werden, unabhängig von Alter und Geschlecht, von Ausbildung, Einkommen oder Wohnort.

Mit dem 2007 in Kraft getretenen Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) wurden Maßnahmen beschlossen, die den Wettbewerb fördern und die Interessen und Wünsche von Patienten und Versicherten stärken sollen. Angesichts dieser Umbruchsituation ist die dauerhafte und detaillierte Beobachtung von Gesundheitszustand und gesundheitsbezogener Lebensqualität, von Indikatoren der Inanspruchnahme des Versorgungssystems und die Erfassung der individuellen Präferenzen von Versicherten und Patienten mehr denn je von Bedeutung, denn deren Berücksichtigung ist eine entscheidende Bedingung für die erfolgreiche Umsetzung der eingeleiteten Reformen.

9.2.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes und der gesundheitsbezogenen Lebensqualität

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization; WHO) definiert Gesundheit als einen Zustand des vollkommenen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens. Zwar wurde häufig kritisiert, dass nur wenige Menschen diesen Zustand der Vollkommenheit je erreichen werden und dies auch nur für eine kurze Zeit, gleichwohl hat

diese Definition weltweit einen erheblichen Einfluss darauf gehabt, welche Aspekte bei einer Einschätzung der Gesundheit berücksichtigt werden sollten. Wegweisend war zum einen die Überzeugung, dass Gesundheit mehr ist als die Abwesenheit von Krankheiten. Zum anderen macht der Begriff Wohlbefinden deutlich, dass es auch auf die subjektive Bewertung ankommt, ob und inwieweit Gesundheit dieser umfassenden Bedeutung gerecht wird.

Die allgemeine Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes ist deshalb nur eine Dimension der umfassenderen WHO-Definition; aus der Sicht der Gesundheitsökonomie bildet sie eine »quasi-objektive« Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes ab. Ein Blick auf die Altersgruppen bestätigt den Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Gesundheitszustand und der Einschätzung durch die Befragten, denn mit höherem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, an einer oder an mehreren Krankheiten zu leiden. Mit steigendem Bildungsniveau und höherem Einkommen wird der Gesundheitszustand positiver beurteilt. Dies lässt den Schluss zu, dass Bevölkerungsgruppen mit weniger qualifizierten Berufsabschlüssen und niedrigerem Einkommen einen im Durchschnitt schlechteren Gesundheitszustand haben.

Frauen beurteilen ihren Gesundheitszustand im Allgemeinen kritischer als Männer. Diese Unterschiede spiegeln allerdings nicht unbedingt reale Morbiditätsdifferenzen wider. Bisher gibt es für diese Differenzen noch keine umfassenden und allgemein akzeptierten Erklärungen. Weitgehend angeglichen haben sich die Einschätzungen in den beiden Landesteilen Deutschlands, die beobachtbaren Differenzen sind nur noch marginal.

➔ Tab. 1

Gesundheit in dem umfassenden Sinne der WHO-Definition wird vor allem als Konzept »gesundheitsbezogener Lebensqualität« mit einer Reihe unterschiedlicher Instrumente empirisch erfasst. Das international meist verbreitete Instrument ist der SF 12 (Short Form 12). Dies ist ein generisches, d. h. ein die einzelnen Krankheitsarten übergreifendes Instrument. Selbstverständlich beeinflusst das Vorhandensein von Krankheiten die gesundheitsbezogene Lebensqualität in unterschiedlicher Weise, aber immer gilt auch, dass die Menschen bei vergleichbaren Krankheiten sich in ihrer Lebensqualität nicht auch in gleichem Maße beeinträchtigt fühlen. 

Der SF 12 – Ein Maß für die gesundheitsbezogene Lebensqualität

Der SF 12 berücksichtigt Aspekte aus acht gesundheitsrelevanten Bereichen, die zwei übergeordneten Dimensionen des physischen und psychischen Wohlbefindens zugeordnet werden. Beim körperlichen bzw. physischen Wohlbefinden werden neben der allgemeinen Beurteilung des Gesundheitszustands auch die Einschätzungen der körperlichen Funktionsfähigkeit und der körperlichen Rollenfähigkeit einbezogen. Beim psychischen Wohlbefinden werden z. B. die Bewertungen der sozialen Funktionsfähigkeit, der emotionalen Rollenfunktion und der Vitalität berücksichtigt. Der Grad des physischen und des psychischen Wohlbefindens werden in Skalen abgebildet, bei denen ein Wert von etwa 50 jeweils dem Durchschnitt der erwachsenen Bevölkerung insgesamt entspricht. Je höher der Wert, desto besser wird die gesundheitsbezogene Lebensqualität beurteilt.

Tab. 1: Bewertung des Gesundheitszustandes nach sozio-demographischen Merkmalen

	Bewertung des Gesundheitszustandes								
	Gut			Zufriedenstellend			Schlecht		
	2002	2004	2006	2002	2004	2006	2002	2004	2006
	in %								
Insgesamt	48	48	47	34	32	34	18	20	19
Geschlecht									
Männer	51	50	49	33	32	33	16	18	18
Frauen	45	45	45	35	33	35	20	22	20
Alter									
Unter 40 Jahre	69	71	67	24	21	25	7	8	8
40 bis 59 Jahre	47	46	44	36	35	37	17	19	19
60 Jahre und älter	23	24	26	45	42	42	32	35	33
Berufsbildung									
Ohne Abschluss	46	48	47	32	29	31	22	23	22
Mittlerer Abschluss	46	46	44	36	34	36	18	20	20
Fachhoch-, Hochschule	54	53	54	33	31	33	13	16	14
Erwerbstätigkeit									
Voll erwerbstätig	60	59	58	30	29	32	9	12	10
Teilzeit beschäftigt	50	53	48	39	33	38	12	14	14
Nicht erwerbstätig	36	38	37	37	35	36	27	28	27
Verfügbares monatliches Haushaltsnettoeinkommen									
Keine Angabe	53	53	50	33	29	33	14	17	17
Bis unter 1000 Euro	36	36	34	34	32	37	30	32	29
1000 bis 1999 Euro	41	40	40	37	35	37	22	25	23
2000 bis 2999 Euro	49	51	49	35	32	34	16	17	17
Mehr als 3000 Euro	59	57	59	31	30	29	10	13	11
Kassenwechsler (nur GKV)									
Ja	61	56	59	32	29	30	7	15	12
Nein	47	47	46	34	32	34	18	20	19
Region									
Westdeutschland	48	48	47	34	32	34	18	20	19
Ostdeutschland	46	45	46	35	34	34	18	21	20

Datenbasis: SOEP 2002, 2004, 2006.

Abbildung 1 zeigt die Werte für das physische und psychische Wohlbefinden nach Altersgruppen und Geschlecht. Insbesondere in den Altersgruppen ab 70 Jahren wird das physische Wohlbefinden deutlich schlechter beurteilt. Zudem zeigt sich, dass Frauen mit Ausnahme der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen ihr körperliches Wohlbefinden etwas schlechter als Männer einschätzen. ➔ **Abb. 1**

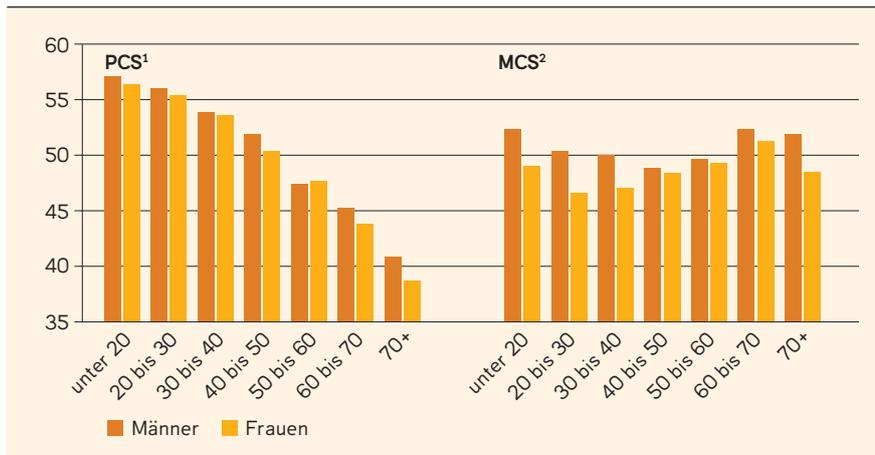
Die alters- und geschlechtsspezifischen Verteilungen des psychischen Wohlbefin-

dens unterscheiden sich deutlich von denen der körperlichen Dimension der gesundheitsbezogenen Lebensqualität. Zunächst gilt für Frauen wie für Männer, dass das psychische Wohlbefinden mit steigendem Alter zunächst etwas schlechter beurteilt wird, in den mittleren Jahren (zwischen 40 und 50) durchschnittlich am niedrigsten ist, dann wieder steigt und in der Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen den höchsten Wert erreicht. Für beide Geschlechter gilt auch: In jüngeren Jahren wird das physische Wohlbefinden

besser als das psychische beurteilt. Ab etwa 50 Jahren unterscheiden sich die Werte der beiden Dimensionen immer stärker: Die Differenz zwischen physischem und psychischem Wohlbefinden steigt. Ebenso wird ein weiterer Unterschied deutlich: Frauen beurteilen in allen Altersgruppen ihr psychisches Wohlbefinden schlechter als Männer.

In den Abbildungen 2 und 3 werden die alters- und geschlechtsspezifischen Werte der beiden Dimensionen gesundheitsbe-

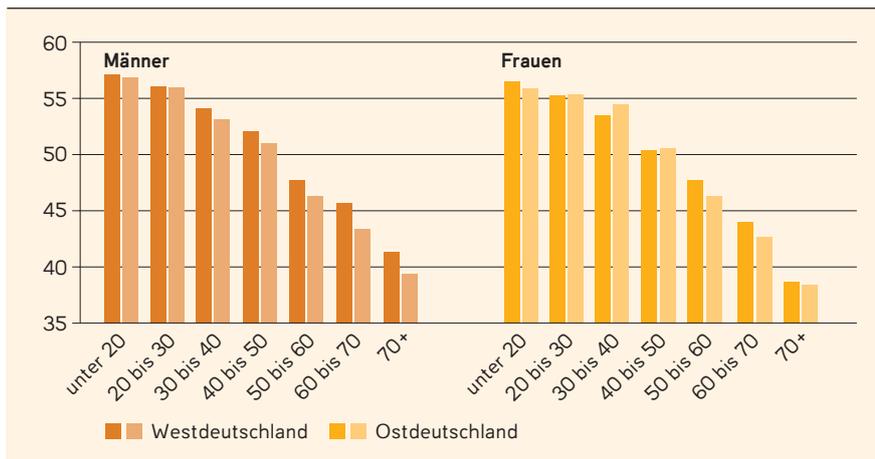
Abb. 1: Physisches und psychisches Wohlbefinden nach Alter und Geschlecht 2006



1 Physisches Wohlbefinden (Physical health component summary scale - PCS).
2 Psychisches Wohlbefinden (Mental health component summary scale - PCS).

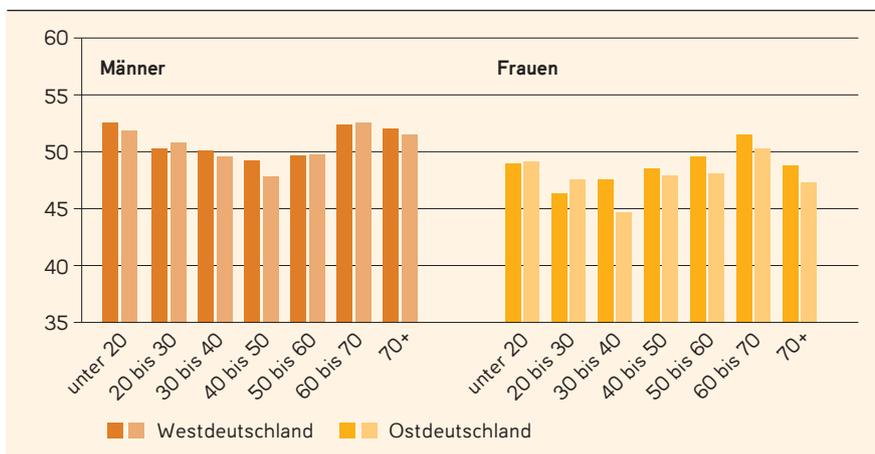
zogener Lebensqualität nach West- und Ostdeutschland differenziert. Bei den Werten des physischen Wohlbefindens ergibt sich folgendes Bild: Die ostdeutschen Männer schätzen in allen Altersgruppen ihre physisches Wohlbefinden etwas schlechter ein als die westdeutschen Männer. Bei den Frauen differieren die Altersgruppen: Während sich in jüngeren Jahren die Werte weitgehend gleichen, sinkt im höheren Alter das körperliche Wohlbefinden bei den Frauen im Osten stärker als im Westen. → [Abb. 2](#)

Abb. 2: Physisches Wohlbefinden nach Alter, Geschlecht und Region 2006



Regionale Unterschiede in der Beurteilung des psychischen Wohlbefindens bestehen vor allem bei den Frauen. Während die einzelnen Altersgruppen bei den Männern kein einheitliches Bild zeigen, es insgesamt aber nur geringe Unterschiede gibt, zeigt sich bei den Frauen eine einheitliche Tendenz. In allen Altersgruppen ab 30 Jahren beurteilen die Frauen in Ostdeutschland ihr psychisches Wohlbefinden schlechter als im Westen. Vor allem die ostdeutschen Frauen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren zeigen ein weit unterdurchschnittliches psychisches Wohlbefinden. → [Abb. 3](#)

Abb. 3: Psychisches Wohlbefinden nach Alter, Geschlecht und Region 2006



9.2.2 Übergewicht und Adipositas in Deutschland (Body-Mass-Index)

Adipositas (Fettsucht) gehört unbestritten zu den größten Risikofaktoren für eine Reihe von Krankheiten. So besteht ein deutlicher Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes. Deshalb ist die kontinuierliche Beobachtung des Körpergewichts in der Bevölkerung eine wichtige Aufgabe der Gesundheitsberichterstattung und der (Primär-)Prävention. Das international am weitesten verbreitete Instrument zur Einteilung nach Gewichtsklassen ist der Body-Mass-Index (BMI). Dieser berechnet sich aus dem Körpergewicht in Kilogramm dividiert durch die Körpergröße in Metern im Quadrat. In Tabelle 2 sind Kategorien aufgeführt, die einer Fest-

Tab. 2: Body-Mass-Index in Deutschland

Kategorie	BMI	Risiko für Begleiterkrankungen	2002	2004	2006
			in %		
Untergewicht	< 18,5	niedrig	3	3	3
Normalgewicht	18,5 – 24,9	durchschnittlich	49	48	47
Übergewicht	> 25				
Präadipositas	25 – 29,9	gering erhöht	35	35	35
Adipositas Grad I	30 – 34,9	erhöht	11	11	12
Adipositas Grad II	35 – 39,9	hoch	2	2	3
Adipositas Grad III	> 40	sehr hoch	1	1	1

Datenbasis: SOEP 2002, 2004, 2006.

legung durch die WHO entsprechen. Gezeigt werden auch die jeweiligen Risiken für Begleiterkrankungen, die von der WHO formuliert worden sind. → Tab. 2

Umstritten ist, ob bereits die Gruppe »Präadipositas« – immerhin mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung – als Zielgruppe für Aktionen zur Gewichtsreduzierung gehören sollte. Unstrittig dagegen ist, dass diejenigen, die einen BMI von 30 und mehr aufweisen und als adipös (fettsüchtig) zu bezeichnen sind, mit einem erheblichen Risiko für Begleiterkrankungen rechnen müssen.

In der Tabelle 3 wird deshalb eine nach Alter, Geschlecht und Region differenzierte Aufschlüsselung nur für diejenigen Personen dargestellt, die einen BMI von

30 und mehr aufweisen. Wie an den Werten insgesamt deutlich wird, ist der Anteil der Adipösen von 2002 auf 2006 auf gut 15 % gestiegen, wobei die Steigerung bei den Männern höher ist als bei den Frauen. Die Steigerungen entsprechen weitgehend internationalen Trends. → Tab. 3

Der Anteil der Übergewichtigen steigt zunächst mit zunehmendem Alter an, um dann im höheren Alter wieder leicht zurückzugehen. Erhebliche Unterschiede in den Anteilen von Übergewichtigen bestehen zwischen Männern und Frauen und zwischen den einzelnen Altersgruppen. Während sich in den Altersgruppen der 20- bis unter 40-Jährigen die Anteile der Übergewichtigen bei Männern und Frauen weitgehend gleichen, sind in der Gruppe der 40- bis unter 60-Jährigen die ent-

sprechenden Anteile der Männer höher als die der Frauen. Im Alter ab 60 Jahren neigen insgesamt die Frauen stärker zur Adipositas.

In der vergleichenden Betrachtung zeigt sich, dass Adipositas in den neuen Bundesländern ein größeres Problem ist als in den alten, wenngleich die Unterschiede in 2006 etwas geringer geworden sind. Die noch bestehenden Differenzen sind vor allem auf den deutlich höheren Anteil adipöser Frauen in Ostdeutschland zurückzuführen.

Tabelle 4 zeigt den Zusammenhang zwischen der Einschätzung der gesundheitsbezogenen Lebensqualität und den verschiedenen BMI-Gruppen. Das körperliche und das psychische Wohlbefinden sowie die Neigung zur Adipositas variieren vor allem mit dem Alter. → Tab. 4

Mit höherem Gewicht nimmt das körperliche Wohlbefinden deutlich ab. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass Übergewicht im höheren Lebensalter häufiger auftritt und der Rückgang der physischen Dimension der gesundheitsbezogenen Lebensqualität auch durch das Lebensalter beeinflusst wird. Ein differenzierteres Bild zeigt der Zusammenhang zwischen dem

Tab. 3: Adipositas (BMI > 30) nach Geschlecht, Alter, Region

	2002			2004			2006		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	in %								
Bevölkerung	14	13	14	14	14	14	16	16	15
Altersgruppen									
Über 20	2	2	2	3	3	3	3	5	2
20 bis unter 30	6	6	7	7	6	7	7	7	7
30 bis unter 40	10	11	9	10	11	10	11	11	11
40 bis unter 50	14	15	14	16	16	15	17	19	15
50 bis unter 60	16	18	15	17	19	16	20	23	18
60 bis unter 70	20	19	20	21	22	21	22	21	23
70 und älter	17	13	19	17	14	18	19	17	20
Region									
West	13	13	13	14	14	14	15	16	15
Ost	16	15	16	17	16	17	17	16	17

Datenbasis: SOEP 2002, 2004, 2006.

Tab. 4: Physisches und psychisches Wohlbefinden nach Körpergewicht 2006

BMI	PCS (Physisches Wohlbefinden)	MCS (Psychisches Wohlbefinden)	Alter
	Mittelwerte		
< 18,5	51,6	46,0	37
18,5 bis unter 25	51,5	48,7	44
25 bis unter 30	48,1	50,5	52
30 bis unter 35	45,0	50,3	54
35 bis unter 40	42,1	48,2	52
40 und höher	40,4	47,1	52

Datenbasis: SOEP 2006.

psychischen Wohlbefinden und dem Körpergewicht. Bei leichtem bis mittlerem Übergewicht ist das psychische Wohlbefinden im Durchschnitt höher als bei Unter- oder Normalgewichtigen. Dies deutet darauf hin, dass das immer wieder beschworene »Wohlfühlgewicht« eher bei leichtem bis mittlerem Übergewicht als bei Normalgewicht liegen dürfte.

9.2.3 Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen

Indikatoren zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen dokumentieren nicht nur das Krankheitsgeschehen der Bevölkerung, sondern bilden auch eine wichtige Basis zur Einschätzung der Versorgungssituation. Struktur und Entwicklung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen geben zudem auch Hinweise für die Beurteilung der Kosten im Gesundheitswesen sowie auf Versorgungsdefizite, Überkapazitäten und Ineffizienzen. Diese Indikatoren stellen damit auch eine empirische Basis zur Beurteilung der Bedarfsgerechtigkeit dar.

Die ambulante Inanspruchnahme wird hier mit zwei Indikatoren beschrieben. Die »Quartalsinanspruchnahme« bezieht sich auf den Anteil derjenigen Personen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben. Der Indikator »Kontakthäufigkeit pro Patient im letzten Quartal« bezieht sich stärker auf einzel-

ne Krankheitsepisoden und sagt auch etwas aus über die Entscheidungen der Ärzte und ihr therapeutisches Handeln. Die Kontakthäufigkeiten innerhalb der Krankheitsepisoden werden deshalb auch durch das Überweisungs- bzw. Wiederbestellverhalten der jeweiligen Ärzte bestimmt. → Tab. 5

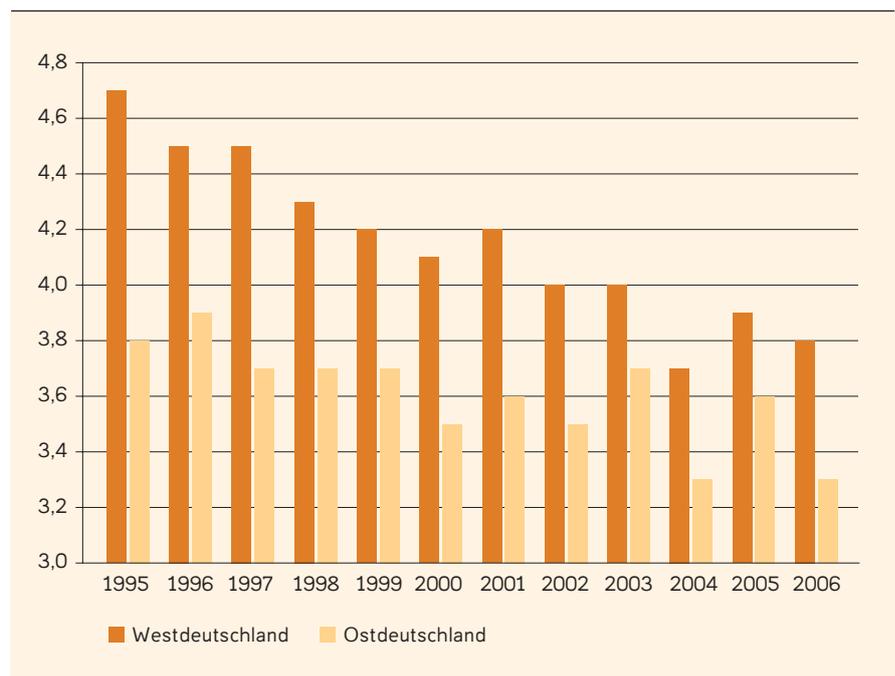
Tabelle 5 zeigt, dass etwa 70 % der Bevölkerung mindestens einmal im Quartal zum Arzt gehen. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Auch

die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den einzelnen Altersgruppen sind im Verlauf der Jahre ähnlich geblieben. Stets gilt, dass Frauen häufiger zum Arzt gehen als Männer. Je schlechter die Einschätzung des Gesundheitszustandes, desto größer der Wert der Quartalsinanspruchnahme. Dieser Zusammenhang gilt auch für die Häufigkeit der Arztkontakte.

Der Zusammenhang zwischen ambulanter Inanspruchnahme und Körpergewicht macht deutlich, dass das Risiko für Begleiterkrankungen mit steigendem Übergewicht zunimmt. So zeigt die Gruppe der Adipösen höhere Werte bei der Quartalsinanspruchnahme und eine überdurchschnittliche Kontaktfrequenz.

Bemerkenswert ist insgesamt die rückläufige Entwicklung der Arztkontakte seit 1995. In Abbildung 4 wird deshalb die Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal von 1995 bis 2006 für Ost- und Westdeutschland dargestellt. → Abb. 4

Abb. 4: Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal



Tab. 5: Arztbesuche und durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal

	Arztbesuche			Kontaktfrequenz		
	2002	2004	2006	2002	2004	2006
	Mittelwert					
Insgesamt	69	69	68	3,9	3,6	3,7
Geschlecht						
Männer	61	61	62	3,7	3,4	3,7
Frauen	75	76	74	4,0	3,8	3,7
Alter						
Unter 40 Jahren	59	58	59	3,3	2,9	3,1
40 bis 59 Jahre	64	64	65	3,8	3,6	3,7
60 Jahre und älter	84	86	83	4,5	4,2	4,3
Berufsbildung						
Ohne Abschluss	67	67	68	3,9	3,6	4,0
Mittlerer Abschluss	70	70	69	4,0	3,7	3,7
Fachhoch-, Hochschule	69	69	67	3,6	3,4	3,3
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	60	59	60	3,3	3,1	3,1
Teilzeit beschäftigt	71	71	69	3,3	3,2	3,9
Nicht erwerbstätig	76	76	75	4,4	4,1	4,1
Verfügbares monatliches Haushaltsnettoeinkommen						
Keine Angabe	62	63	65	3,4	3,2	3,8
Bis unter 1000 EUR	73	72	68	4,7	4,0	3,9
1000 bis unter 2000 EUR	72	73	72	4,0	3,9	3,9
2000 bis unter 3000 EUR	66	67	67	4,1	3,7	3,8
Mehr als 3000 EUR	67	66	66	3,3	3,1	3,3
Kassenwechsler (nur GKV)						
Ja	62	64	66	3,2	3,0	3,0
Nein	69	69	68	3,9	3,7	3,7
Region						
Westdeutschland	68	68	68	4,0	3,7	3,8
Ostdeutschland	72	72	69	3,5	3,3	3,3
Gesundheitszustand						
Sehr gut	42	45	46	2,4	1,9	2,3
Gut	57	58	57	2,6	2,5	2,4
Zufriedenstellend	76	75	74	3,5	3,3	3,3
Weniger gut	92	89	90	5,7	5,2	5,3
Schlecht	94	96	95	9,9	8,0	9,0
Body-Mass-Index						
Untergewicht	68	67	70	4,5	3,8	3,4
Normalgewicht	66	66	65	3,7	3,4	3,6
Übergewicht						
Präadipositas	70	70	69	4,0	3,7	3,7
Adipositas	75	76	77	4,5	4,2	4,2

Datenbasis: SOEP 2002, 2004, 2006.

Insgesamt zeigen die Daten einen kontinuierlichen Trend zu einer Senkung der Zahl der Arztbesuche, wobei der relativ starke Rückgang von 2003 auf 2004 auf die Einführung der Praxisgebühr zurückzuführen sein dürfte. In den darauf folgenden Jahren steigt die Zahl der Arztkontakte aber wieder auf das Niveau der Vorjahre an. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Zahl der Kontakte in den neuen Bundesländern stets niedriger ist als im Westen. Möglicherweise zeigt sich immer noch der Einfluss der in der DDR vorherrschenden Form der ambulanten Versorgung durch Polikliniken. Diese Form der Versorgung wies deutliche Parallelen auf zu Strukturen, wie sie mit den neuen Formen der Versorgung (integrierte Versorgung; medizinische Versorgungszentren) angestrebt werden.

9.2.4 Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte

Die stationäre Inanspruchnahme wird ebenfalls durch zwei Indikatoren abgebildet. Die erste Kennziffer erfasst den Anteil derjenigen Personen, die im letzten Jahr mindestens eine Nacht als Patient im Krankenhaus verbracht haben. Die zweite Kennziffer ist die Gesamtzahl der im letzten Jahr pro Patient verbrachten Nächte im Krankenhaus. Da die niedergelassenen Ärzte über die stationäre Einweisung entscheiden, ist die Höhe des Anteils derer, die mindestens einmal im Jahr im Krankenhaus waren, auch vom Verhalten der Ärzte abhängig. Die Gesamtzahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte – die Verweildauer – ist ein zentraler Indikator für die stationäre Versorgung. Von der Verringerung der Verweildauer verspricht man sich eine deutliche Senkung der Ausgaben für das Gesundheitswesen, denn die Ausgaben für die stationäre Versorgung machen ein Drittel der gesamten Gesundheitsausgaben aus. → Tab. 6

Von 2004 auf 2006 sind sowohl die Häufigkeit der stationären Einweisungen wie

die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte etwas gesunken. Es wird zu beobachten sein, ob diese Entwicklung einen Trend einleitet, der auf die Erfolge der Bemühungen »ambulant vor stationär« deuten könnte. Allerdings zeigen die

Werte für West- und Ostdeutschland von 2004 bis 2006 leicht unterschiedliche Entwicklungen. Während im Westen sowohl die Häufigkeit der stationären Einweisungen wie die Zahl der im Krankenhaus verbrachten Nächte leicht gesunken

ist, sind die Werte für den Osten bezogen auf die Häufigkeit der stationären Einweisungen leicht gestiegen.

9.2.5 Zusammenfassung

Internationale Vergleichsstudien zeigen weiterhin, dass die Kosten für die Gesundheitsversorgung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach den USA und der Schweiz am höchsten sind. Gleichwohl nimmt Deutschland im Vergleich der Qualität der Gesundheitsversorgung in einzelnen Bereichen keinen vorderen Rangplatz ein. Dennoch kann die Gesundheitsversorgung insgesamt als durchaus zufriedenstellend beurteilt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die im internationalen Vergleich bisher breite Abdeckung gesundheitlicher Risiken durch das deutsche Krankenversicherungssystem. Allerdings wird sich diese Abdeckung im Zuge des nachhaltigen Umbaus des Gesundheitssystems ebenso ändern wie die finanzielle Belastung für die Versicherten und Patienten. Deshalb wird ständig zu prüfen sein, ob das Prinzip der Sicherstellung eines gleichen Zugangs zu den Einrichtungen des medizinischen Versorgungssystems durch die eingeleiteten Reformen nicht gefährdet wird.

Tab. 6: Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr und Dauer des Aufenthalts, pro Patient

	Krankenhausaufenthalt			Durchschnittliche Anzahl der Nächte		
	2002	2004	2006	2002	2004	2006
	Anteil in %			Mittelwert		
Insgesamt	13	13	12	15	15	14
Geschlecht						
Männer	11	11	11	16	16	15
Frauen	14	14	13	14	13	13
Alter						
Unter 40 Jahren	10	9	8	9	10	8
40 bis 59 Jahre	10	10	10	14	15	13
60 Jahre und älter	19	20	20	18	17	16
Berufsbildung						
Ohne Abschluss	13	12	12	15	17	13
Mittlerer Abschluss	13	14	13	15	15	14
Fachhoch-, Hochschule	11	12	10	12	11	13
Erwerbstätigkeit						
Voll erwerbstätig	10	10	9	10	10	9
Teilzeit beschäftigt	9	9	10	12	8	10
Nicht erwerbstätig	16	16	16	18	17	16
Verfügbares monatliches Haushaltsnettoeinkommen						
Keine Angabe	13	12	13	12	14	13
Bis unter 1 000 EUR	15	16	16	17	20	15
1 000 bis unter 2 000 EUR	14	14	13	17	16	15
2 000 bis unter 3 000 EUR	11	13	12	14	14	14
Mehr als 3 000 EUR	11	10	9	12	11	9
Kassenwechsler (nur GKV)						
Ja	9	9	12	15	8	13
Nein	13	13	12	15	15	14
Region						
Westdeutschland	13	13	12	14	14	13
Ostdeutschland	13	12	13	16	15	15
Körpergewicht						
Untergewicht	14	13	16	14	21	20
Normalgewicht	12	11	10	13	14	13
Übergewicht						
Präadipositas	13	14	14	15	14	14
Adipositas	15	16	15	17	16	14

Datenbasis: SOEP 2002, 2004, 2006.

9.3 Soziale Sicherung

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland hat das Ziel, allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Hierzu gehören das Schaffen von gleichen Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, sowie der Schutz und die Förderung der Familie.

Ein hoher Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit) fließt daher heute in die soziale Sicherung. Seit einigen Jahren wird jedoch – auch angesichts von Finanzierungsproblemen – eine rege Debatte über Reformen der Sozialsysteme geführt. Ein Beispiel hierfür ist die zum 1. Januar 2005 beschlossene Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe oder die zum 1. Juli 2008 in Kraft getretene Reform der Pflegeversicherung. Auch die Familienpolitik steht im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion: So wurde zum 1. Januar 2007 das Bundeserziehungsgeld durch das Bundeselterngeld abgelöst. Zudem wird der Ausbau des Angebots an Tagesbetreuungsplätzen für unter 3-Jährige angestrebt.

9.3.1 Das Sozialbudget

Einen Überblick über das System der sozialen Sicherung bietet das Sozialbudget der Bundesregierung. Hier werden jährlich die verschiedenen Leistungen des Sicherungssystems zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 2006 für Deutschland auf rund 700 Mrd. Euro. Die Sozialleis-

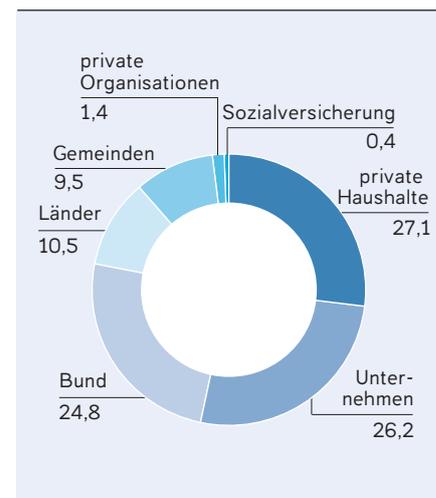
tungsquote, das Verhältnis dieser Sozialleistungen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2006 für Deutschland 30,3 %. 

Wer finanziert das soziale Netz? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die Arbeitgeber und die privaten Haushalte. 2006 hatten die so genannten »Allgemeinen Systeme« der sozialen Sicherung, die die Sozialversicherungen umfassen, den größten Anteil am Sozialbudget. Die Leistungen der Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie für Arbeitsförderung und die Altersversorgung beliefen sich dabei zusammen auf 463,5 Mrd. Euro. Die »indirekten Leistungen« waren mit einem Wert von 72,4 Mrd. Euro der zweitgrößte Posten des Sozialbudgets. Hierzu gehören insbesondere sozialpolitisch motivierte Steuererleichterungen wie das Splittingverfahren für Ehegatten und der Familienleistungsausgleich. Die »Förder- und Fürsorgesysteme« bildeten den drittgrößten Block im Sozialbudget. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kinder- und Erziehungsgeld, Ausbildungsförderung, Wohngeld und Vermögensbildung zusammengefasst.

Durch »Leistungssysteme der Arbeitgeber« wurden insgesamt 56,5 Mrd. Euro aufge-

wendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen). Die »Leistungssysteme des öffentlichen Dienstes« hatten 2006 mit 49,8 Mrd. Euro einen Anteil von knapp 7 % am Sozialbudget. Wie bei den »Allgemeinen Systemen« steht auch hier die Altersversor-

Abb. 1: Finanzierung des Sozialbudgets 2006, in %



Geschätzt.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mai 2007.

Darstellung im Sozialbudget

Um eine Vergleichbarkeit der einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 4) zu ermöglichen, werden für die Darstellung im Sozialbudget die Leistungen und deren Finanzierung bereinigt.

Aus diesem Grund und wegen methodischer Unterschiede weichen die Angaben (z. B. zur Rentenversicherung) von den in folgenden Abschnitten dargestellten Angaben ab. Beispielsweise werden im Sozialbudget die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfänger/-innen sozialer Leistungen bereinigt.



Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets 2006

	Leistungen insgesamt	Finanzierung durch		
		Sozialbeiträge der Versicherten	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln
	in Mrd. EUR	in Mill. EUR		
Sozialbudget insgesamt¹	700,2	194 460	240 591	282 668
Allgemeine Systeme¹	463,5	184 438	155 711	130 162
Rentenversicherung	240,0	70 953	73 320	78 257
Private Altersvorsorge	-	2 907	-	562
Krankenversicherung	146,8	74 792	42 220	5 384
Pflegeversicherung	18,0	10 682	6 440	-
Unfallversicherung	11,2	1 294	8 980	376
Arbeitsförderung ²	83,2	23 810	24 750	45 583
Sondersysteme	6,8	5 690	510	2 456
Alterssicherung der Landwirte	3,1	680	-	2 456
Versorgungswerke	3,6	5 010	510	-
Leistungssysteme des öffentlichen Dienstes	49,8	71	22 983	24 183
Pensionen	35,7	71	12 129	21 813
Familienzuschläge	3,0	-	-	2 287
Beihilfen	11,2	-	10 854	83
Leistungssysteme der Arbeitgeber	56,5	4 259	61 387	597
Entgeltfortzahlung	25,3	-	25 281	-
Betriebliche Altersversorgung	19,1	3 426	26 130	-
Zusatzversicherung	9,5	833	8 714	507
Sonstige Arbeitgeberleistungen	2,7	-	1 261	90
Entschädigungssysteme	4,3	-	-	4 427
Soziale Entschädigung	3,4	-	-	3 563
Lastenausgleich	0,1	-	-	61
Wiedergutmachung	0,7	-	-	718
Sonstige Entschädigungen	0,1	-	-	86
Förder- und Fürsorgesysteme	48,5	-	-	48 488
Sozialhilfe ¹	21,9	-	-	21 917
Jugendhilfe	19,0	-	-	19 001
Kindergeld	0,2	-	-	244
Erziehungsgeld	3,1	-	-	3 055
Ausbildungsförderung	1,8	-	-	1 839
Wohngeld	1,7	-	-	1 681
Förderung der Vermögensbildung	0,8	-	-	750
Indirekte Leistungen	72,4	-	-	72 354
Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA)	35,7	-	-	35 654
Familienleistungsausgleich (FLA)	36,7	-	-	36 700

Geschätzt.

1 Konsolidiert um die umgeleiteten Sozialbeiträge für Empfänger/-innen sozialer Leistungen zwischen den Institutionen. Ohne Beiträge des Staates. Entsprechend sind die Gesamtsummen des Sozialbudgets niedriger als die addierten Werte aus den einzelnen Institutionen.

2 Einschl. der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mai 2007.

gung, und zwar die des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund. Die Bedeutung der »Entschädigungssysteme« verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. 2006 wurden 4,3 Mrd. Euro für Entschädigungen verschiedener Art ausgegeben. → Tab. 1, Abb. 1

Die so genannten »Sondersysteme«, das heißt die Alterssicherung der Landwirte (2006: 3,1 Mrd. Euro) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (2006: 3,6 Mrd. Euro), umfassten zusammen fast 1 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung dieser Berufsgruppen.

9.3.2 Gesetzliche Rentenversicherung

Die Alters- und die Hinterbliebenenversicherung werden in Deutschland von folgenden Institutionen geleistet: gesetzliche Rentenversicherung, Pensionen im öffentlichen Dienst, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, Altershilfe für Landwirte, Versorgungswerke (z. B. für Landwirte), Zusatzversicherung für einzelne Berufe sowie vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen. Im Zuge der Einführung der Riester-Rente zum Jahresbeginn 2002 wurde zudem das System der privaten Vorsorge gestärkt. Wichtigster und umfassendster Bereich ist die gesetzliche Rentenversicherung. 2006 lagen ihre Leistungen nach dem Sozialbudget bei 240 Mrd. Euro.

Von den Mitte 2006 gezahlten 24,5 Mill. Renten waren 76 % Versichertenrenten, 24 % gingen an die Hinterbliebenen der Versicherten (Hinterbliebenenrente). Von den Gesamtausgaben für Leistungen waren die Rentenzahlungen mit 217,1 Mrd. Euro 2006 der größte Posten. Darüber hinaus wurden 13,9 Mrd. Euro für die Krankenversicherung der Rentnerinnen und Rentner aufgebracht und weitere 4,7 Mrd. Euro für Leistungen zur Teilhabe.

Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente in der allgemeinen Rentenversicherung lag 2006 für Männer bei 945 Euro, für Frauen bei 517 Euro. Der Unterschied in der Rentenhöhe ergibt sich u. a. dadurch, dass die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausführten. Außerdem haben viele Frauen – vor allem aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit zeitweise unterbrochen oder frühzeitig beendet. → **Tab. 2**

Die Renten in Deutschland sind in ihrer Höhe breit gestreut. Im Jahr 2006 waren Versichertenrenten bei Männern von 1 253 Euro und mehr am häufigsten

(26 %), bei den Versichertenrenten der Frauen war die Größenklasse von 501 Euro bis 752 Euro am häufigsten anzutreffen (31 %). → **Tab. 3**

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem so genannten »Umlageverfahren«. Das bedeutet, dass die Beschäftigten von heute im Rahmen des »Generationenvertrages« die Renten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von gestern bezahlen.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beitragshöhe beträgt momentan 19,9 % des Bruttolohns. Durch

die Beitragseinnahmen wurden insgesamt rund 70 % der Gesamteinnahmen finanziert. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von 26 %. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge oder Erstattungen anderer Institutionen, haben einen nur geringen Anteil an der Gesamtfinanzierung. Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, werden die weiterhin diskutierten Schwierigkeiten deutlich: Nur solange das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant bleibt oder die Zahl der Beitragszahler sogar größer wird, funktioniert das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Tritt jedoch eine Entwicklung ein, in deren Folge dieses Verhältnis ungünstiger wird, das heißt im Durchschnitt immer weniger Beitragszahler für die Finanzierung einer Rente aufkommen müssen, sind geeignete Maßnahmen notwendig, die die Versorgung der Menschen im Alter sicherstellen.

9.3.3 Gesetzliche Krankenversicherung

Zur Sicherung im Bereich der Gesundheit dienen folgende Institutionen des Sozialbudgets: die gesetzliche Kranken- und die Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod sowie die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (z. B. Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten).

Die gesetzliche Krankenversicherung spielt für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind die in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis Beschäftigten, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mit-

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherung 2006

	Deutschland	Allgemeine Rentenversicherung	Knappschaftliche Rentenversicherung
	in 1000		
Rentenbestand ¹	24 465	23 433	1 031
	in Mrd. EUR		
Einnahmen	261,2	246,6	14,6
dar. Beiträge (Soll)	180,5	179,5	1,1
Ausgaben	247,7	233,1	14,6
	in EUR		
Durchschnittliche Versichertenrente			
Frauen	519	517	712
Männer	964	945	1 250

¹ Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Tab. 3: Die Verteilung der Renten nach Betragsgruppen 2006

Rentenbetrag in EUR/Monat von ... bis unter...	Versichertenrenten				Renten wegen Todes Witwen-/Witwerrenten	
	Männer		Frauen		in 1000	in %
	in 1000	in %	in 1000	in %		
unter 50	104	1,2	86	0,8	187	3,4
50-251	590	7,1	2 436	23,6	839	15,5
251-501	651	7,8	2 434	23,6	1 379	25,4
501-752	1 038	12,5	3 183	30,9	1 992	36,7
752-1 002	1 737	20,8	1 519	14,7	874	16,1
1 002-1 253	2 049	24,6	476	4,6	133	2,5
1 253 und mehr	2 167	26,0	170	1,6	19	0,4
Insgesamt	8 336	100	10 304	100	5 423	100

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Juli 2006.

Tab. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

Art der Ausgaben	2005	2006
	in Mrd. EUR	
Ausgaben insges.	143,8	148,0
Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte	30,6	31,6
Arzneimittel, Heil- u. Hilfsmittel, Zahnersatz	36,1	36,8
Krankenhausbehandlung	47,2	48,6
Krankengeld	5,9	5,7
Verwaltungskosten	8,2	8,1

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

arbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbstständigen pflichtversichert.

Im Jahresdurchschnitt standen 2006 insgesamt 70,4 Mill. Bürgerinnen und Bürger unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 28,8 Mill. waren Pflichtmitglieder, 4,8 Mill. freiwillige Mitglieder und 16,9 Mill. Rentnerinnen bzw. Rentner. 19,9 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich 2006 nach der Berechnung für das Sozialbudget (siehe Tab. 1) auf rund 147 Mrd. Euro. Den stärksten Kostenblock bildeten die Krankenhausbehandlungen mit rund 48,6 Mrd. Euro. → **Tab. 4**

9.3.4 Soziale Pflegeversicherung

Seit 1995 ist das Sozialsystem mit der Pflegeversicherung um eine weitere Säule ergänzt worden. Sie soll Schutz vor den finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit bieten. Ihre Leistungen sollen den Betroffenen ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben erlauben. Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtversicherung – gesetzlich Versicherte sind in der Regel über ihre Krankenkasse in der zugehörigen

Pflegekasse versichert, privat Versicherte bei ihrem privaten Versicherungsunternehmen. Seit April 1995 gibt es Leistungen für die häusliche (ambulante) Pflege, seit Juli 1996 auch für die stationäre Pflege in Heimen (zur Versorgung von Pflegebedürftigen siehe Kapitel 9.1.3). Die Höhe der Zahlungen der gesetzlichen Pflegeversicherung richtet sich nach dem jeweiligen Hilfebedarf, der in drei Stufen eingeteilt ist. Zudem ist entscheidend, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erfolgt.

Für die stationäre Pflege liegen die monatlichen Leistungen der Pflegeversicherung seit dem 1. Juli 2008 in der Pflegestufe III bei 1 470 Euro. In der ambulanten Pflege unterscheidet man Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Bei Pflegesachleistungen erfolgt die Pflege durch einen Vertragspartner der Pflegekassen, z. B. durch eine Sozialstation. Mit dem Pflegegeld kann der oder die Betroffene die pflegerische Versorgung, z. B. durch Angehörige, selbst sicherstellen. Pflegegeld wird monatlich in der Pflegestufe III in Höhe von 675 Euro gewährt, Pflegesachleistungen in der Pflegestufe III für häusliche Pflegehilfe werden in Höhe von 1 470 Euro gewährt. Kombinationen aus Geld- und Sachleistungen sind bei ambulanter Pflege möglich. Durch die zur Jahresmitte 2008 erfolgte Pflegereform sind auch zukünftig weitere Anhebungen der Leistungen vorgesehen.

2006 waren in der sozialen Pflegeversicherung 70 Mill. Personen versichert. Leistungen aus der Pflegeversicherung erhielten rund 2 Mill. gesetzlich versicherte Pflegebedürftige. 1,3 Mill. (67 %) von ihnen wurden ambulant versorgt und 0,7 Mill. (34 %) stationär. 53 % der Pflegebedürftigen erhielten Leistungen der niedrigsten Leistungsstufe: der Pflegestufe I. Der Pflegestufe II waren 35 % zugeordnet und der Stufe III (einschl. Härtefälle) 13 %. Von den Ausgaben entfielen 48 % auf Leistungen im Bereich der vollstationären Pflege. 22 % wurden für Pflegegeld und 13 % für Pflegesachleistungen verwendet. 16 % entfielen auf übrige Leis-

tungsausgaben sowie Verwaltungs- und sonstige Ausgaben.

Im Sozialbudget wurden die Leistungen der Pflegeversicherung 2006 mit 18 Mrd. Euro verbucht. Dies entspricht – verglichen mit der Renten- bzw. Krankenversicherung (240 bzw. 147 Mrd.) – einem eher geringen Anteil. Finanziert wird die Pflegeversicherung je zur Hälfte durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Um den Beitrag von Arbeitgeberseite zu gewährleisten, war in den meisten Bundesländern ein gesetzlicher Feiertag im Jahr weggefallen. Bis Mitte 1996 lag der Beitrag bei einem Prozent des Bruttoarbeitsentgelts; mit der Einführung der stationären Pflegeleistungen wurde er auf 1,7 % erhöht. Die Rentnerinnen und Rentner zahlen seit dem 1. Januar 2005 den vollen Beitragssatz von 1,7 %. Zum 1. Juli 2008 erfolgte eine Beitragserhöhung von weiteren 0,25 %.

Seit dem 1. Januar 2005 müssen Versicherte und Rentner, die keine Kinder haben, einen erhöhten Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von zusätzlich 0,25 % pro Monat zahlen. Betroffen davon sind alle, die nach dem 31. Dezember 1939 geboren wurden und älter als 23 Jahre alt sind. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung werden keine öffentlichen Mittel zugewiesen.

9.3.5 Leistungen bei Arbeitslosigkeit/Arbeitsförderung

Mit der so genannten »Hartz IV-Reform« ist die soziale Sicherung von arbeitslosen Personen zum Jahresbeginn 2005 umstrukturiert worden. Dadurch entstand ein zweigliedriges System der sozialen Sicherung für arbeitslose bzw. bedürftige Personen, dessen erste Stufe aus einer lohnabhängigen Versicherungsleistung – dem Arbeitslosengeld I – besteht. Die zweite Stufe der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit bildet seit Jahresbeginn 2005 die steuerfinanzierte Fürsorgeleistung »Grundsicherung für Arbeitsuchende«.

Das Arbeitslosengeld I ist im Sozialgesetzbuch (SGB) III geregelt. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I sind gegeben, wenn man arbeitslos ist, sich persönlich bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet hat und gewisse Anwartschaftszeiten durch ein vorangegangenes versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis erfüllt hat. Die Höhe des Arbeitslosengeldes I richtet sich nach dem versicherungspflichtigen Entgelt, welches der Arbeitslose im Durchschnitt des letzten Jahres vor Eintritt der Arbeitslosigkeit erhalten hat. Arbeitslose mit mindestens einem Kind im Sinne des Steuerrechts erhalten 67 % des letzten Nettoentgelts, alle weiteren Arbeitslosen 60 %. Die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes I richtet sich nach der Dauer der vorangegangenen Versicherungszeiten und dem Alter der arbeitslosen Personen. Sie liegt zwischen mindestens 6 Monaten und höchstens 18 Monaten.

Im Jahresdurchschnitt 2006 erhielten rund 1,4 Mill. Menschen Arbeitslosengeld I. Von den Gesamtausgaben der Arbeitsförderung nach dem SGB III (44,2 Mrd. Euro) wurden rund 22,9 Mrd. Euro für das Arbeitslosengeld I aufgewendet. Weitere Leistungen der Arbeitsförderung nach dem SGB III sind beispielsweise Eingliederungszuschüsse, Förderung der beruflichen Weiterbildung, Existenzgründungszuschüsse, Kurzarbeitergeld. Zusätzliche Informationen zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie ausführliche Angaben zum Arbeitsmarkt sind in Kapitel 5 enthalten.

Bei der zweiten Stufe der sozialen Absicherung von erwerbsfähigen Personen handelt es sich um die Grundsicherung für Arbeitsuchende (gesetzlich geregelt im SGB II). Diese Leistung konzentriert sich auf Hilfebedürftige, die entweder keine Arbeit haben oder deren Einkommen nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Anders als das Arbeitslosengeld I ist die Grundsicherung für Arbeitsuchende keine Versicherungsleistung, sondern eine steuerfinanzierte Fürsorge-

leistung. Somit orientiert sich die Anspruchshöhe nicht am letzten Arbeitslohn, sondern ausschließlich am erforderlichen Bedarf der leistungsberechtigten Personen, um den notwendigen Lebensunterhalt abzusichern. Ausführliche Informationen im folgenden Abschnitt.

9.3.6 Mindestsicherungssysteme

Mit den Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden finanzielle Hilfen des Staates bezeichnet, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt werden. Darunter fallen folgende Sozialleistungen:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II,
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII,

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Am Jahresende 2006 erhielten in Deutschland insgesamt rund 8,3 Mill. Menschen die oben genannten Transferleistungen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten. Damit waren rund 10 % der in Deutschland lebenden Menschen auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Verlauf des Jahres 2006 sind für diese Leistungen Kosten in Höhe von insgesamt 45,6 Mrd. Euro entstanden. ➔ Tab. 5

Vor allem Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Ländern waren verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung an-

Tab. 5: Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2006 und Bruttoausgaben 2006

Leistungsart	Empfänger/-innen	Ausgaben	Ausgaben je Einwohner ¹
	Anzahl	in Mrd. EUR	in EUR
Leistungen nach dem SGB II insgesamt	7 283 493	40,5 ²	491,7
Arbeitslosengeld II	5 310 821	x	x
Sozialgeld	1 972 672	x	x
Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII insgesamt	763 809	3,7	44,0
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	81 818	0,5	5,6
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	681 991	3,2	38,3
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	193 562	0,9	10,3
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge	59 849	0,5 ³	6,4 ³
Insgesamt	8 300 713	45,6	552,4

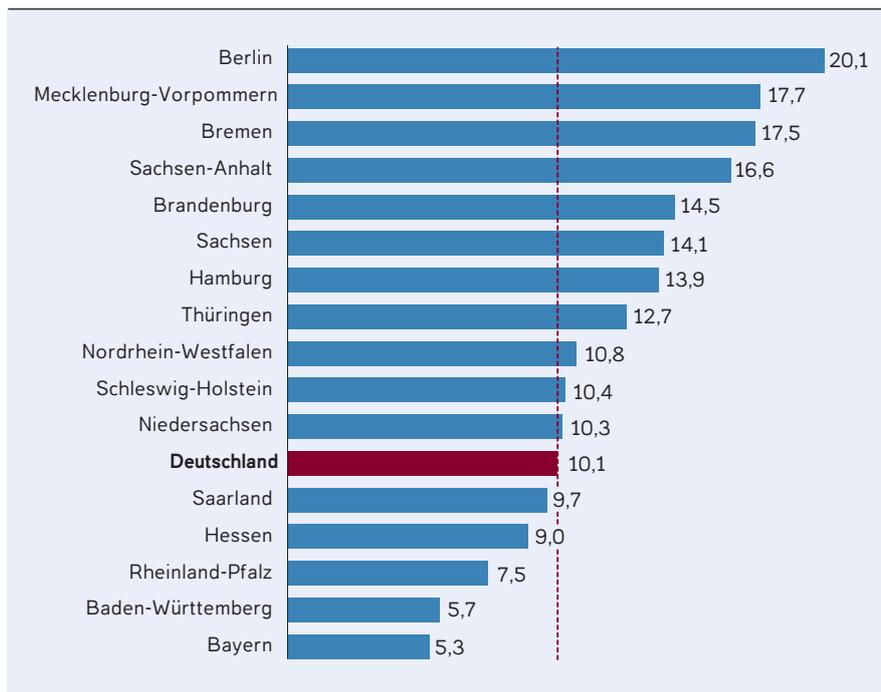
1 Bruttoausgaben für die jeweilige Sozialleistung pro Person und Jahr. Einwohner: durchschnittliche Bevölkerung im Jahr 2006.

2 Ausgaben für Leistungen, die unmittelbar für Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden (passive Leistungen).

3 Gesamtausgaben der Kriegsopferfürsorge. Exakte Untergliederung der Ausgaben nach »laufenden Leistungen« nicht möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Abb. 2: Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung 2006, Anteil an der Gesamtbevölkerung, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

gewiesen. In Berlin erhielten mit rund 20 % relativ gesehen die meisten Personen Leistungen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Die niedrigsten Bezugsquoten waren in den südlichen Bundesländern festzustellen. So erhielten in Baden-Württemberg am Jahresende 2006 etwa 5,7 % der Einwohner Leistungen der Mindestsicherungssysteme. Bayern wies mit 5,3 % die niedrigste Mindestsicherungsquote auf. → **Abb. 2**

Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II

Der mit Abstand größte Teil der Empfänger und Empfängerinnen und damit auch der Ausgaben für Mindestsicherungsleistungen entfiel auf das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II. Arbeitslosengeld II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten

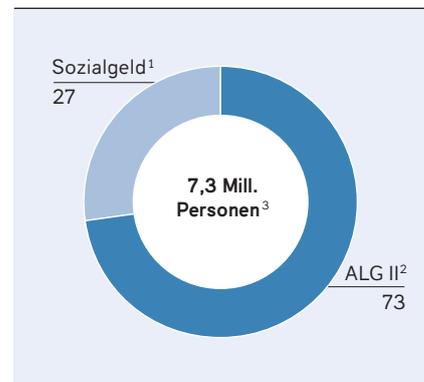
Sozialgeld. An insgesamt etwa 7,3 Mill. Personen wurden am Jahresende 2006 diese umgangssprachlich mit »Hartz IV« bezeichneten Leistungen der »Grundsicherung für Arbeitsuchende« nach dem SGB II ausgezahlt. Die Ausgaben für passive Leistungen – das sind Leistungen, die unmittelbar zur Deckung des Lebensunterhalts verwendet werden – beliefen sich im Verlauf des Jahres 2006 auf rund 40,5 Mrd. Euro. → **Abb. 3**

Insgesamt verteilten sich die Leistungsempfängerinnen und -empfänger auf 3,8 Mill. Bedarfsgemeinschaften. Die meisten Bedarfsgemeinschaften bestanden aus einer Person (52 % bzw. 2 Mill. Bedarfsgemeinschaften). Die durchschnittliche Bedarfsgemeinschaftsgröße lag bei 1,9 Personen. In ungefähr jeder dritten Bedarfsgemeinschaft lebten Kinder unter 15 Jahren (früheres Bundesgebiet: 34 %, neue Länder: 27 %). Als kinderreich können etwa 4 % aller Bedarfsgemeinschaften bezeichnet werden. In ihnen wohnten drei oder mehr Kinder unter 15 Jahren.

Unter den 7,3 Mill. registrierten SGB II-Empfängerinnen und -empfängern befanden sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit am Jahresende 2006 etwa 1,3 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Bezogen auf die ausländische Bevölkerung bis 64 Jahre entspricht dies einer Quote von knapp 20 %. Jede(r) fünfte in Deutschland lebende Ausländer bzw. Ausländerin in dieser Altersklasse war auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Die Bezugsquote von ausländischen Leistungsempfängern war am Jahresende 2006 in den neuen Ländern mit rund 23 % höher als im früheren Bundesgebiet. Dort lag sie bei knapp 19 %.

In den Stadtstaaten und den neuen Ländern waren deutlich mehr Personen auf die Leistungen nach SGB II angewiesen, als in den westdeutschen Flächenländern. Die höchste Quote war am Jahresende 2006 mit 22 % in Berlin festzustellen. Deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 11 % lagen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie alle ostdeutschen Länder. Die Bezugsquoten in den westdeutschen Flächenländern beliefen sich auf Werte zwischen 5 % in Bayern und 12 % in Nordrhein-Westfalen. → **Abb. 4**

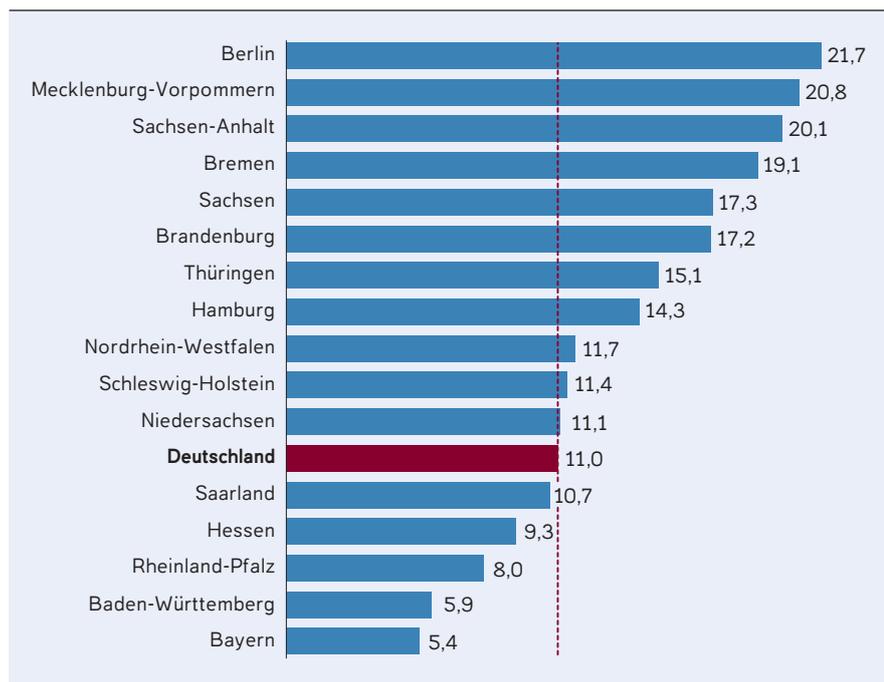
Abb. 3: Empfängergruppen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II 2006, in %



- 2 Mill. Personen (nicht erwerbsfähig, zu 96 % Kinder unter 15 Jahren).
- 5,3 Mill. Personen (erwerbsfähig, 15 bis unter 65 Jahre alt).
- In 3,8 Mill. Bedarfsgemeinschaften.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abb. 4: Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II 2006, Anteil an der Bevölkerung bis unter 65 Jahre, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Wie oben bereits angesprochen, erhalten nicht erwerbsfähige Familienangehörige von Arbeitslosengeld II-Empfängern das sogenannte »Sozialgeld«. Am Jahresende 2006 wurden rund 2 Mill. Sozialgeldempfänger und -empfängerinnen registriert. Der Anteil an allen Hartz IV-Empfängern lag damit bei 27 %. Mit 1,9 Mill. Personen bestand diese Gruppe zu 96 % aus Kindern unter 15 Jahren. Der Kinderanteil an allen Beziehern und Bezieherinnen von Hartz IV-Leistungen lag im Bundesdurchschnitt bei 26 %. In den neuen Ländern war er mit 22 % niedriger als in den alten Bundesländern (28 %). Fast 17 % aller in Deutschland lebenden Kinder unter 15 Jahren bezogen Leistungen nach dem SGB II.

Etwa 5,3 Mill. der insgesamt 7,3 Mill. Empfänger und Empfängerinnen waren am Jahresende 2006 erwerbsfähig. Das entspricht 73 % aller Empfänger von Hartz IV-Leistungen. Diese Personengruppe erhielt Arbeitslosengeld II. Männer und Frauen bezogen diese Leistung etwa zu gleichen Anteilen. Zur differenzierten Betrachtung der Geschlechterver-

teilung können unterschiedliche Altersklassen gebildet werden und zwar eine Altersklasse, die den Beginn des Erwerbslebens abbildet (15 bis unter 25 Jahre), eine vergleichsweise lange »mittlere« Altersklasse (25 bis unter 50 Jahre) und zwei weitere Altersklassen, die das Ende des Erwerbslebens darstellen. Es fällt auf, dass der Anteil der Männer an den Leistungsbeziehern mit steigendem Alter deutlich wächst. → **Abb. 5**

Lag der Männeranteil bei den »Berufseinsteigern« unter den ALG II-Empfängern noch bei knapp 47 %, so betrug er bei denen, die kurz vor dem Ende ihres Erwerbslebens standen ungefähr 54 %.

Wesentlich deutlicher fällt der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei den allein Erziehenden ALG II-Empfängern aus. Von den insgesamt ca. 611 000 allein Erziehenden ALG II-Empfängern waren 94 % weiblich. In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen, in der knapp 69 000 allein Erziehende statistisch erfasst wurden, betrug ihr Anteil sogar 98 %.

Mit der Reform des sozialen Sicherungssystems zum Jahresbeginn 2005 war vornehmlich das Ziel verknüpft, Arbeitslosigkeit – insbesondere strukturelle und lang andauernde Arbeitslosigkeit – in Deutschland zu bekämpfen. Die Grundversicherung für Arbeitsuchende ist folglich darauf ausgerichtet, den Bedürftigen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt soweit möglich zu erleichtern. Doch nicht jeder erwerbsfähige Hilfebedürftige ist gleichzeitig auch arbeitslos gemeldet und steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Von den Ende 2006 registrierten 5,3 Mill. erwerbsfähigen ALG II-Empfängern waren mit 2,5 Mill. Personen nur knapp die Hälfte (47 %) tatsächlich arbeitslos gemeldet. Die anderen erwerbsfähigen Leistungsempfänger waren erwerbstätig, gingen noch zur Schule bzw. absolvierten eine Ausbildung, nahmen an Eingliederungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen teil oder standen aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen bzw. aus familiären Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung.

Abb. 5: Männer- und Frauenanteil an den Empfängern von ALG II 2006, in %



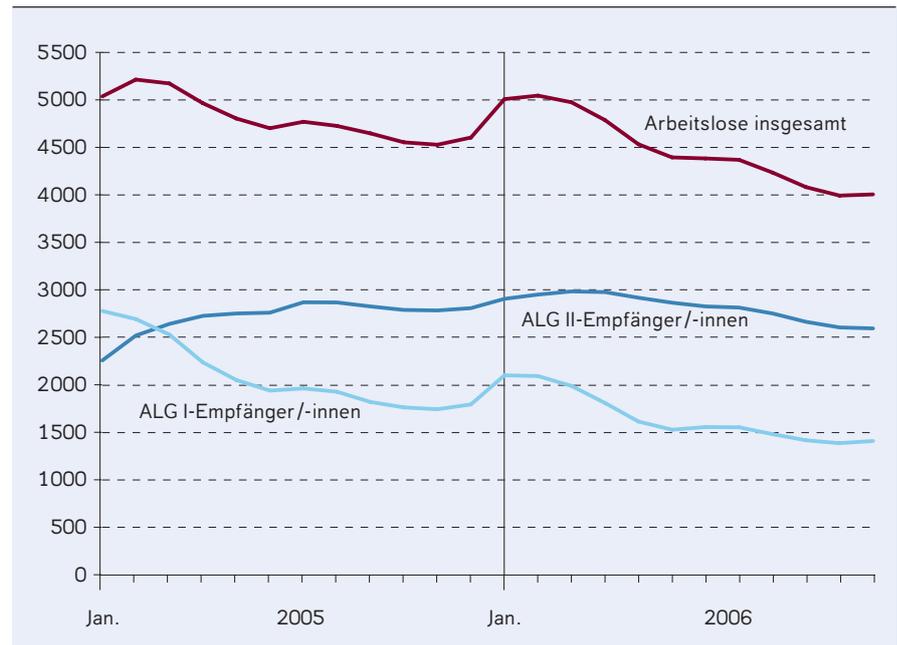
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Statistischen Bundesamtes.

Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit erzielten im Januar 2007 etwa 20 % der ALG II-Empfänger (das entspricht 1,1 Mill. Leistungsbeziehern) gleichzeitig eigenes Erwerbseinkommen. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen dieser Personengruppe lag bei etwa 617 Euro im Monat. Differenziert man die Einkünfte dieser Personengruppe in unterschiedliche Klassen, so ist festzustellen, dass von den rund 1,1 Mill. ALG II-Empfängern mit Erwerbseinkommen lediglich knapp die Hälfte mehr als 400 Euro brutto je Monat verdiente (536 000 Personen), die andere Hälfte der Leistungsbezieher (51 %) war geringfügig beschäftigt und verdiente weniger als 400 Euro monatlich.

Es stellt sich die Frage, wie sich die Arbeitslosenzahlen seit der Einführung des SGB II entwickelt haben (siehe auch Kapitel 5.1). In den ersten beiden Jahren nach der Einführung des SGB II ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland spürbar gesunken. Die Umstrukturierung der sozialen Sicherungssysteme ging Anfang 2005 jedoch zunächst mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit einher. Waren im Dezember 2004 etwa 4,5 Mill. Menschen arbeitslos, stieg ihre Zahl im Januar 2005 unmittelbar nach der Umstellung um etwa 575 000 Personen oder 11,4 % auf rund 5 Mill. an. Analysen der Bundesagentur für Arbeit zur Folge beruht der unerwartet hohe Sprung der Arbeitslosenzahl zu einem großen Teil auf einem statistischen Effekt, dem so genannten »Hartz IV-Effekt«. Personen, die 2004 noch überwiegend der so genannten »stillen Reserve« des Arbeitsmarktes zugeordnet wurden, wurden mit der Umstrukturierung erstmals statistisch als arbeitslos erfasst. Mit »stiller Reserve« sind Personen gemeint, die zwar faktisch arbeitslos, jedoch nicht als solche bei der Arbeitsagentur gemeldet waren.

Die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende hatte zur Folge, dass sich in größerem Umfang ehemalige erwerbsfähige Sozialhilfebezieher/-innen arbeits-

Abb. 6: Arbeitslose seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

los melden mussten, um ihre Ansprüche auf Transferleistungen nicht zu verlieren. Früher ist die Arbeitslosmeldung in einer Agentur für Arbeit häufig unterblieben oder wurde nicht erneuert. Außerdem mussten sich aufgrund des Bedarfsgemeinschaftsprinzips auch nicht erwerbstätige Partner/-innen und Angehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfebeziehern/-innen arbeitslos melden, wenn ihnen die Arbeit zuzumuten war. Wegen zeitverzögerter Erfassung verteilte sich die Umstellung auf mehrere Monate. Insgesamt schätzt die Bundesagentur für Arbeit, dass die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2005 allein durch den »Hartz IV-Effekt« jahresdurchschnittlich um 380 000 Personen angestiegen ist. Im Februar desselben Jahres erreichte die Arbeitslosenzahl ihren Höhepunkt mit 5,2 Mill., um in den darauf folgenden Monaten kontinuierlich zu sinken. Am Jahresende 2006 waren noch etwa 4 Mill. Menschen arbeitslos gemeldet. → Abb. 6

Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist vor allem auf das Sinken der Empfänger und Empfängerinnen von Arbeitslosen-

geld I zurückzuführen. Die Bundesagentur für Arbeit begründet diese Entwicklung mit der größeren Arbeitsmarktnähe der Arbeitslosengeld I-Bezieher. So profitierten diese Leistungsbezieher eher von einem konjunkturellen Aufschwung als die Empfänger von ALG II. In der Gruppe der ALG II-Empfänger sind häufig Langzeitarbeitslose vertreten. Als langzeitarbeitslos gelten Personen, die ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet waren.

Darüber hinaus wurden unter den ALG II-Empfängern und Empfängerinnen deutlich mehr Ausländer und deutlich mehr Geringqualifizierte registriert als bei den ALG I-Empfängern. Im Zusammenhang mit einer lang andauernden Arbeitslosigkeit wirkt sich dies erschwerend für die Aufnahme einer Beschäftigung aus.

Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII

Etwa 764 000 Personen erhielten am Jahresende 2006 laufende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Die Bruttoausgaben für diese Leistungen be-

trugen insgesamt rund 3,7 Mrd. Euro. Die Sozialhilfe bildet das unterste soziale Auffangnetz für bedürftige ältere Menschen und für Personen, die aufgrund einer schweren Erkrankung oder einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung nicht mehr ins reguläre Erwerbsleben integriert werden können sowie deren im Haushalt lebende Kinder unter 15 Jahren. Bei den laufenden Leistungen der Sozialhilfe wird zwischen der »laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt« und der »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung« unterschieden.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten am Jahresende 2006 in Deutschland rund 306 000 Personen, knapp 0,4 % der Bevölkerung. 82 000 Personen (27 % der Empfänger insgesamt) bezogen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (bis Ende 2004 so genannte »Sozialhilfe im engeren Sinne«). Der Anteil dieser Hilfebezieherinnen und -bezieher an der Bevölkerung lag bei 0,1 %.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII »Sozialhilfe« soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken (»soziokulturelles Existenzminimum«). Infolge des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (»Hartz IV«) ging die Zahl der Hilfebezieher drastisch zurück. Ende 2004, also unmittelbar vor Inkrafttreten von »Hartz IV«, hatten noch rund 2,9 Mill. Personen oder 3,5 % der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen.

Rund 70 000 oder 86 % der 82 000 Hilfebezieherinnen und -bezieher außerhalb von Einrichtungen waren Deutsche, 12 000 oder 14 % waren Ausländerinnen und Ausländer. Die Empfängerdichte der Ausländer (1,6 Hilfebezieher je 1 000 Einwohner) lag höher als die der Deutschen (0,9 Hilfebezieher je 1 000 Einwohner). Die Untergliederung der ausländischen Hilfeempfänger zeigt, dass 17 % aus Staa-

ten der Europäischen Union kamen, weitere 13 % waren Asylberechtigte und 2 % Bürgerkriegsflüchtlinge. Der mit 68 % größte Anteil entfiel auf den Personenkreis der »sonstigen Ausländer«, welcher in der Statistik nicht detaillierter untergliedert ist.

Etwas mehr als die Hälfte der Leistungsempfänger (50,4 %) war männlich. Mit Blick auf die Altersklassen lässt sich feststellen, dass rund 19 % der Empfänger und Empfängerinnen Kinder unter 18 Jahren waren, knapp 76 % der Empfänger waren im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Gut 5 % der Empfänger waren 65 Jahre und älter.

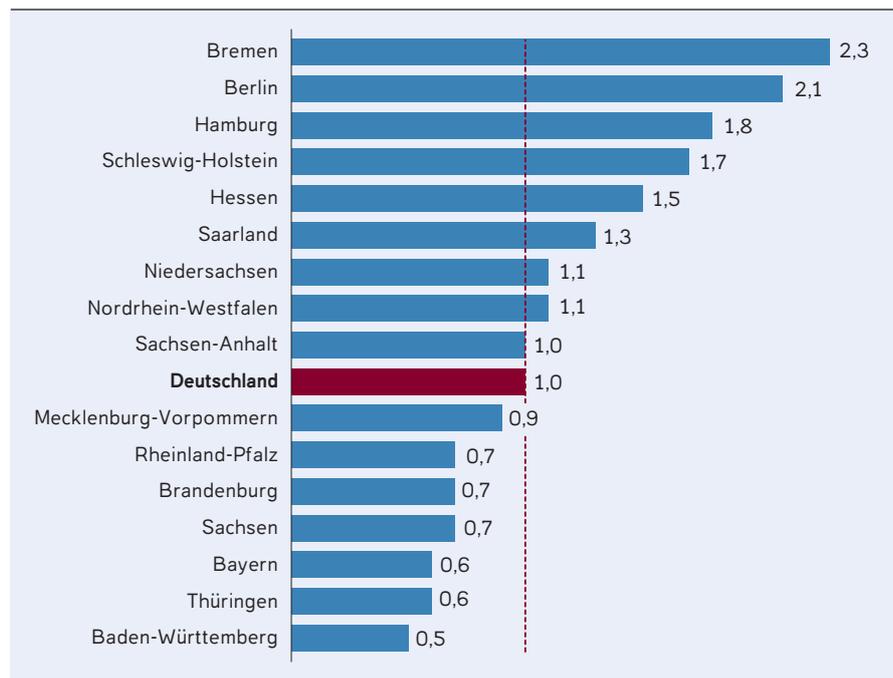
In den neuen Ländern (ohne Berlin) lag die Empfängerdichte mit 0,8 Empfängern je 1 000 Einwohnern leicht unterhalb der Dichte für das frühere Bundesgebiet (1,0 Empfänger je 1 000 Einwohner, ohne Berlin). Im Westen lässt sich wie in den Vorjahren auch 2006 ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle bei den Sozialhilfedichten feststellen, das heißt höhere Dichten im

Norden und der Mitte Deutschlands und niedrigere Dichten im Süden (mit Ausnahme des Saarlandes). Unter den Flächenländern wiesen Schleswig-Holstein (1,7 je 1 000 Einwohner) und Hessen (1,5 je 1 000 Einwohner) die höchsten Empfängerdichten auf.

Die niedrigsten Dichten verzeichneten Baden-Württemberg (0,5 je 1 000 Einwohner) und Bayern (0,6 je 1 000 Einwohner). Die höchste Empfängerdichte gab es – wie in den Vorjahren – Ende 2006 in den Stadtstaaten Bremen (2,3 je 1 000 Einwohner) und Berlin (2,1 je 1 000 Einwohner). Im Osten lag die Empfängerdichte in Thüringen mit 0,6 Empfängern je 1 000 Einwohner am niedrigsten und damit auf dem gleichen Niveau wie in Bayern, in Sachsen-Anhalt war sie mit 1,0 je 1 000 Einwohner am höchsten. → **Abb. 7**

Die rund 82 000 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen lebten in 73 000 Bedarfsgemeinschaften (alle Haushaltsangehörigen, die in die gemeinsame Berechnung des

Abb. 7: Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt 2006, je 1 000 Einwohner



Empfänger/-innen, außerhalb von Einrichtungen.

Sozialhilfeanspruchs einbezogen werden). Die durchschnittliche Anzahl der Empfänger pro Bedarfsgemeinschaft lag damit bei 1,1. Knapp drei Viertel der Bedarfsgemeinschaften (74 %) waren Einpersonenhaushalte. Etwa 15 % entfielen auf Zweipersonenhaushalte, die restlichen 11 % waren Haushalte mit drei und mehr Personen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen in Form von Regelsätzen, Mehrbedarfzuschlägen und durch die Übernahme der Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt. Darüber hinaus können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Alterssicherung übernommen werden. Die Summe der vorgenannten Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch. Im Durchschnitt errechnete sich für eine Sozialhilfebedarfsgemeinschaft außerhalb von Einrichtungen zum Jahresende 2006 ein monatlicher Bruttobedarf von 643 Euro, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 219 Euro wurden pro Bedarfsgemeinschaft durchschnittlich 424 Euro – also etwa zwei Drittel des Bruttobedarfs – monatlich ausbezahlt.

Die Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften bezogen in mehr als der Hälfte der Fälle (58 %) ein oder mehrere Einkommen, die ganz oder zum Teil auf die Sozialhilfe angerechnet wurden. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die Rente wegen Erwerbsminderung mit 35 %, das Kindergeld mit 30 % sowie die Altersrente (24 %).

Die Bruttoausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen beliefen sich im Jahr 2006 auf 502 Mill. Euro. Im Jahr 2004, also vor In-

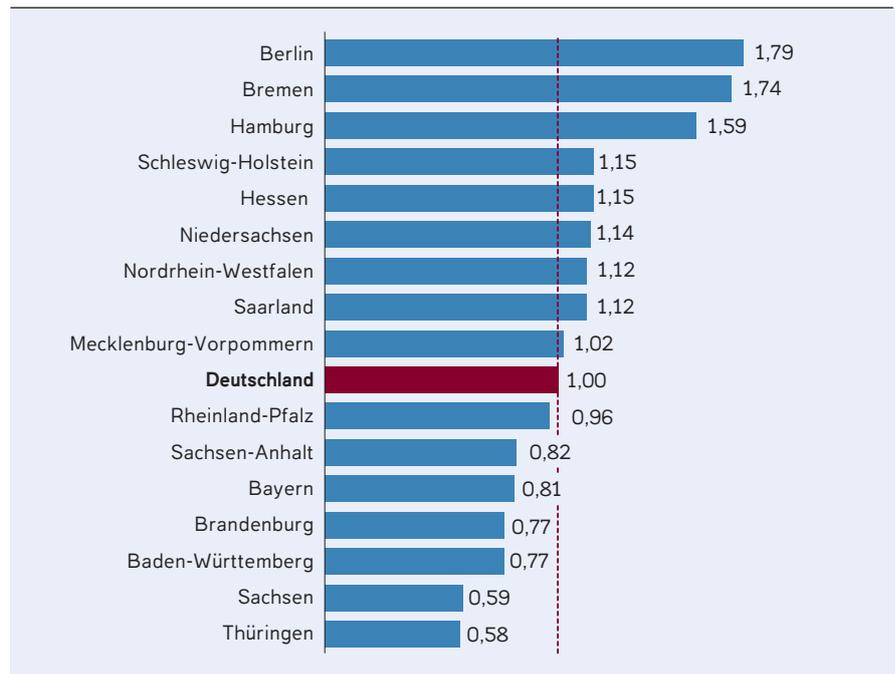
krafttreten von »Hartz IV«, wurden brutto noch 9,8 Mrd. Euro für diese Hilfeart ausgegeben.

Neben den Bezieherinnen und Beziehern außerhalb von Einrichtungen gab es am Jahresende 2006 noch rund 224 000 Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt in einer Einrichtung, z. B. Wohn- oder Pflegeheime, erhielten. Dies entspricht 73 % der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt. Gegenüber dem Jahresende 2004 hat sich die Zahl der Empfänger dieser Hilfeleistung aufgrund gesetzlicher Änderungen damit mehr als vervierzehnfacht: So wurden bis Ende 2004 auch die Kosten des reinen Lebensunterhalts in einer Einrichtung (Unterkunft, Verpflegung) im Rahmen der stationären Leistung oder Maßnahme (z. B. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder Hilfe zur Pflege) als Bedarf anerkannt. Seit 2005 werden der Lebensunterhalt und die Maßnahmen für diesen Personenkreis jeweils als separate Leistungen bewilligt. Dadurch werden behinderte und pflegebedürftige Menschen

in Einrichtungen nun auch in der Statistik über die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt erfasst, sofern sie diesen Bedarf nicht durch Renteneinkünfte oder in anderer Weise decken können. Die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen werden aufgrund von überschneidender Erfassung in den Statistiken nicht in die Gesamtzahl der Mindestsicherungsbezieher (siehe Tab. 5) einbezogen.

Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren sowie ab 65-Jährige, sofern sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können. Am Jahresende 2006 erhielten in Deutschland rund 682 000 Personen Leistungen der »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung«. Das waren 52 000 Empfängerinnen und Empfänger (8,2 %) mehr als im Vorjahr. Ende 2006 war in Deutschland 1 % der Menschen ab 18 Jahren auf diese Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII angewiesen.

Abb. 8: Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2006, Anteil an der Bevölkerung ab 18 Jahren in %



Wie in den Vorjahren war auch 2006 eine höhere Inanspruchnahme dieser Sozialhilfeleistung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) festzustellen: Hier lag die Quote der Grundsicherungsempfänger bei 1,0 %, während sie in den neuen Ländern 0,7 % betrug. Die höchsten Bezugsquoten wiesen die Stadtstaaten Berlin (1,8 %), Bremen (1,7 %) und Hamburg (1,6 %) auf, die niedrigsten Thüringen und Sachsen (je 0,6 %). → **Abb. 8**

Von den insgesamt 682 000 Grundsicherungsempfängern waren rund 311 000 Personen oder 46 % im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und erhielten Leistungen der Grundsicherung aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen. 371 000 Personen oder 54 % waren 65 Jahre und älter. Damit konnten 2,3 % aller Personen dieser Altersgruppe ihren Lebensunterhalt nur mit Hilfe von Grundsicherungsleistungen abdecken.

Betrachtet man nun ausschließlich die älteren Grundsicherungsbezieher ab 65 Jahren, fallen neben den Ost-West-Differenzen insbesondere auch geschlechtsspezifische Unterschiede auf: Ende 2006 bezogen in Deutschland 2,6 % aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen, bei den Männern waren es 1,8 %. Während im früheren Bundesgebiet 2,8 % der Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen erhielten, waren es in den neuen Ländern lediglich 1,3 %. Bei den Männern im Rentenalter lag die Bezugsquote bei 1,9 % im früheren Bundesgebiet und bei 0,8 % in den neuen Ländern. Ursache für geringere Grundsicherungsquoten der älteren Personen in den ostdeutschen Bundesländern könnte die höhere Erwerbsbeteiligung – vor allem auch der Frauen – in der ehemaligen DDR sein. Dies führt zu höheren Rentenansprüchen, die meist zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter ausreichen. Als weitere mögliche Ursachen für geringere Bezugsquoten in Ostdeutschland

kommen ein niedrigerer Ausländeranteil sowie ein geringeres Mietenniveau als im Westen der Bundesrepublik in Betracht.

Der Anteil der Ausländer und Ausländerinnen an der Gesamtzahl der Empfänger von Grundsicherungsleistungen lag Ende 2006 bei 14 %. Betrachtet man die Ausländerquote unter den Grundsicherungsempfängern, ergibt sich folgendes Bild: Während 1,6 % der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit am Jahresende 2006 Grundsicherungsleistungen erhielten, waren es bei den Deutschen nur 0,9 %. Vor allem bei älteren Ausländern zeigte sich eine vergleichsweise hohe Inanspruchnahme dieser Sozialleistung. 13 % der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ab 65 Jahren erhielten Grundsicherung. Damit lag die Quote bei ihnen etwa siebenmal höher als bei den Deutschen in dieser Altersgruppe (1,8 %). Gründe dafür könnten vor allem geringere Einkommen der Ausländerinnen und Ausländer in ihrer Erwerbszeit sowie kürzere Versicherungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sein, wodurch die Bedürftigkeit wahrscheinlicher ist als bei den Deutschen.

Die monatlichen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden wie die Leistungen nach dem SGB II und der Hilfe zum Lebensunterhalt nach Regelsätzen erbracht. Neben dem Regelsatz werden sowohl die angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung als Bedarf anerkannt als auch eventuell anfallende Beiträge für Kranken-/Pflegeversicherung und Mehrbedarfzuschläge. Die Gesamtsumme dieser Bedarfpositionen ergibt den Bruttobedarf, also den Betrag, den der jeweilige Antragsteller für seinen Lebensunterhalt monatlich benötigt. Zieht man hiervon das anrechenbare Einkommen des Empfängers ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch.

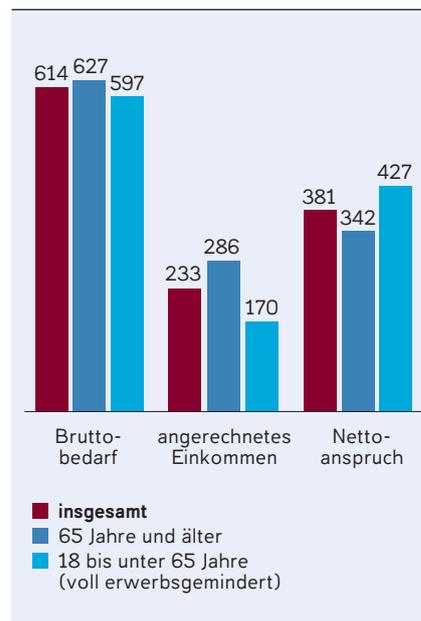
Im Durchschnitt errechnete sich für einen Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum Jahres-

ende 2006 ein monatlicher Bruttobedarf von 614 Euro (plus 1,5 % gegenüber dem Vorjahr), wovon mehr als 40 % auf die Kosten für Unterkunft und Heizung entfiel (262 Euro; plus 3,8 % gegenüber dem Vorjahr). Den größeren Anteil am Bruttobedarf hatte der Regelsatz, welcher mit durchschnittlich 309 Euro in die Bedarfsberechnung einbezogen wurde. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 233 Euro (plus 4,1 % gegenüber dem Vorjahr) wurden im Schnitt monatlich 381 Euro je Leistungsberechtigten ausgezahlt (Nettoanspruch). Der durchschnittliche Nettoanspruch lag damit genauso hoch wie im Vorjahr.

Für voll erwerbsgeminderte Personen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren ergaben sich im Durchschnitt ein monatlicher Bruttobedarf von 597 Euro und ein Nettoanspruch von 427 Euro je Monat, für Personen ab 65 Jahren ein monatlicher Bruttobedarf von 627 Euro und ein Nettoanspruch von 342 Euro je Monat.

→ **Abb. 9**

Abb. 9: Durchschnittliche monatliche Leistung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2006, in EUR



Ohne Bremen.

2006 lagen in den neuen Ländern der Bruttobedarf (einschl. Unterkunfts- und Heizkosten) sowie auch der Nettoanspruch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Dies war auch schon in den Vorjahren der Fall.

In den ersten Jahren nach Einführung des Grundsicherungsgesetzes sind die Empfängerzahlen stark angestiegen: Seit dem ersten Erhebungsstichtag am Jahresende 2003, als rund 439 000 Grundsicherungsempfänger gemeldet wurden, hat sich die Zahl bis zum Jahresende 2006 um rund 55 % erhöht. Grund dafür dürfte beispielsweise sein, dass es in der Anfangszeit bei den durchführenden Kommunen teilweise zu einem nicht unerheblichen Rückstand hinsichtlich der Antragsbearbeitung gekommen ist. Mit einem Zuwachs von 8 % im Jahr 2006 gegenüber 2005 war die Veränderungsrate aber deutlich niedriger als in den jeweiligen Vorjahren (jeweils knapp 20 % mehr Empfänger und Empfängerinnen).

Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2006 brutto rund 3,16 Mrd. Euro auf. Netto – nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – verblieben rund 3,07 Mrd. Euro. Dies entspricht 17 % der Sozialhilfeausgaben nach dem SGB XII insgesamt. Die Nettoausgaben haben sich seit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2003 mehr als verdoppelt. Damals lagen sie bei rund 1,35 Mrd. Euro.

Asylbewerberleistungen

In Deutschland lebende Asylbewerber und -bewerberinnen erhalten seit 1993 anstelle von Sozialhilfe bei Bedarf Asylbewerberleistungen, um ihren Lebensunterhalt und spezielle Bedarfssituationen zu sichern. Sowohl die Empfängerzahlen als auch die Ausgaben sind in den letzten Jahren deutlich gesunken. Am Jahresende 2006 erhielten rund 194 000 Personen

laufende Asylbewerberleistungen (Regelleistungen), die Bruttoausgaben im Jahr 2006 lagen hierfür bei etwa 0,9 Mrd. Euro.

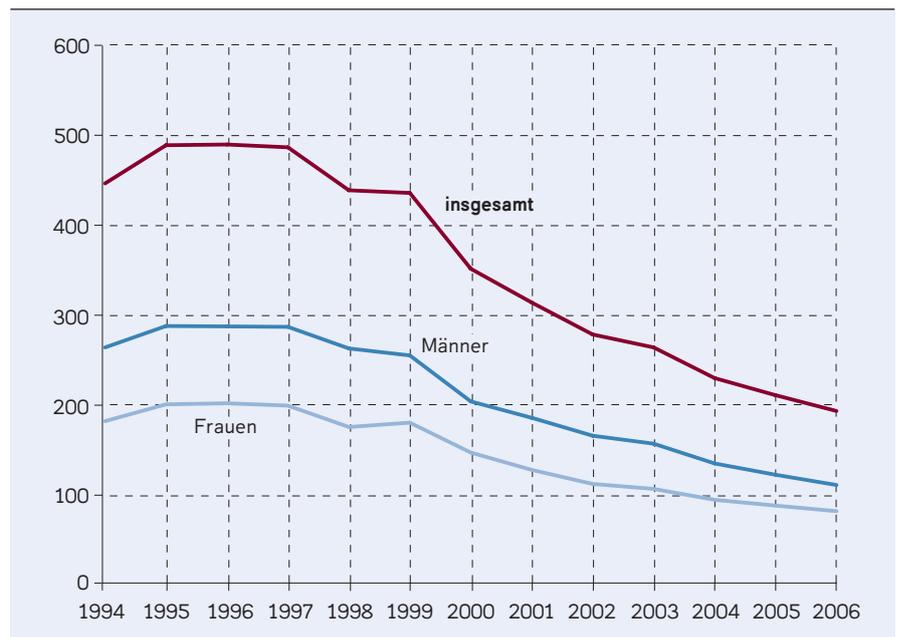
Die von der amtlichen Statistik nachgewiesenen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) umfassen die so genannten Regelleistungen und die besonderen Leistungen. Die Regelleistungen dienen zur Deckung des täglichen Bedarfs und werden entweder in Form von Grundleistungen oder als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Die Grundleistungen sollen den notwendigen Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts durch Sachleistungen decken. Unter besonderen Umständen können anstelle der Sachleistungen auch Wertgutscheine oder andere vergleichbare unbare Abrechnungen sowie Geldleistungen erbracht werden. Zusätzlich erhalten die Leistungsempfänger einen monatlichen Geldbetrag (Taschengeld) für die persönlichen Bedürfnisse des

täglichen Lebens. Die so gewährte individuelle Hilfeleistung ist insgesamt geringer als die korrespondierenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt. Die besonderen Leistungen werden in speziellen Bedarfssituationen gewährt. Dazu gehören unter anderem Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, Leistungen in Form von Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten sowie sonstige Leistungen.

Die Zahl der Regelleistungsempfänger ist seit dem Jahr 1997 kontinuierlich gesunken. Wie oben schon angesprochen erhielten zum Jahresende 2006 in Deutschland noch 194 000 Personen in 101 000 Haushalten Leistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs. Die Zahl der Leistungsbezieher ist gegenüber dem Vorjahr um rund 8 % zurückgegangen und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik im Jahr 1994. → **Abb. 10**

Rund 58 % der Empfänger waren männlich. Über die Hälfte der Leistungsem-

Abb. 10: Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, in 1000



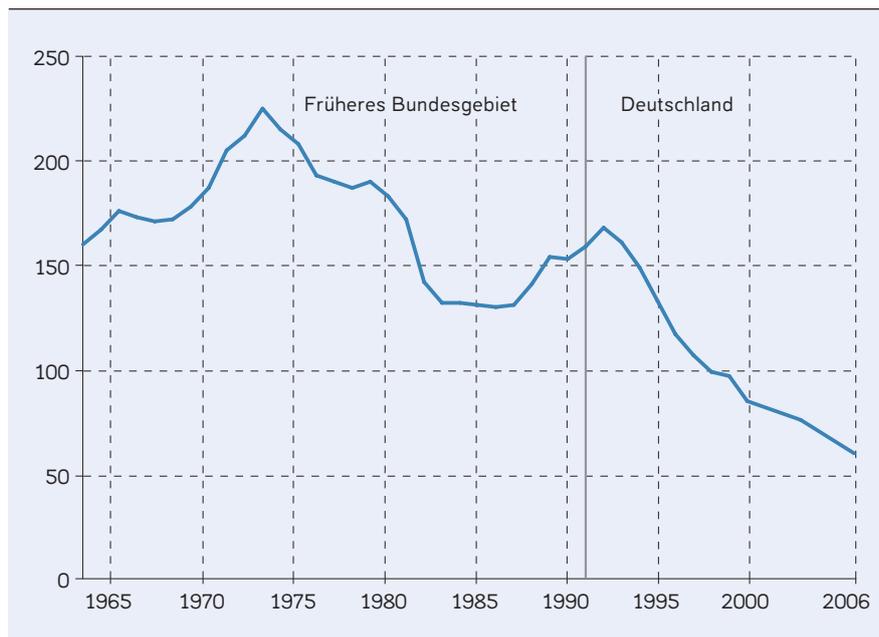
pfänger (100 000 bzw. 52 %) war jünger als 25 Jahre. Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug 25,6 Jahre. Mehr als die Hälfte der Regelleistungsempfänger (57 %) war zum Jahresende 2006 dezentral untergebracht, während die übrigen Empfänger in Gemeinschaftsunterkünften oder Aufnahmeeinrichtungen lebten.

Mit einem Anteil von 43 % stammten die meisten Bezieherinnen und Bezieher von Regelleistungen aus Europa, gefolgt von Personen aus Asien (38 %) und aus Afrika (12 %). Betrachtet man ausschließlich die Empfänger von Regelleistungen aus Europa, so bildeten Personen aus Serbien und Montenegro mit 65 % den mit Abstand größten Anteil. Am zweithäufigsten unter den Europäern erhielten Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit Regelleistungen (17 %), gefolgt von Menschen aus der Russischen Föderation (8 %) und Bosnien-Herzegowina (5 %). Unter den asiatischen Herkunftsländern erhielten mit einem Anteil von 17 % am häufigsten Personen aus dem Irak Regelleistungen, gefolgt von Personen aus Syrien und dem Libanon (jeweils 12 %), Afghanistan (11 %) und dem Iran (9 %).

Neben den vorgenannten Regelleistungen wurden noch 66 000 Fälle gemeldet, denen zum Jahresende 2006 besondere Leistungen nach dem AsylbLG gewährt wurden (-10,2 % gegenüber 2005). Die Empfänger besonderer Leistungen erhalten in den allermeisten Fällen auch zugleich Regelleistungen. Es handelte sich beinahe ausschließlich um Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt. Die Empfänger besonderer Leistungen waren im Durchschnitt 26,4 Jahre alt, 57 % waren männlich.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG betrugen im Jahr 2006 in Deutschland 1,17 Mrd. Euro, nach Abzug der Einnahmen (insbesondere Erstattungen von Sozialleistungsträgern) in Höhe von 21,6 Mill. Euro beliefen sich die reinen Ausgaben auf 1,14 Mrd. Euro. Ge-

Abb. 11: Empfänger/-innen laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge, in 1000



genüber dem Vorjahr gingen die Nettoausgaben somit um 6,5 % zurück. Der größte Teil der Bruttoausgaben wurde für Regelleistungen aufgewandt (0,85 Mrd. Euro). Entsprechend der Entwicklung der Empfängerzahl lagen im Jahr 2006 auch die Ausgaben auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik.

Kriegsofopferfürsorge

Eine weitere Sozialleistung, die zur Mindestsicherung beiträgt, ist die Kriegsofopferfürsorge. Sie wird in erster Linie Personen gewährt, die bei militärischen Diensten geschädigt wurden. Unter entsprechenden Voraussetzungen können neben Opfern des Krieges auch Soldaten, Zivildienstleistende, Opfer von Gewalttaten, Impfgeschädigte sowie politische Häftlinge in der ehemaligen DDR anspruchsberechtigt sein.

Aufgabe der Kriegsofopferfürsorge ist es, sich der Beschädigten und ihrer Familienmitglieder sowie der Hinterbliebenen in allen Lebenslagen anzunehmen, um die Folgen der Schädigung oder des Verlustes von Angehörigen (zumindest materiell)

angemessen auszugleichen oder zu mildern.

Die Zahlen der Leistungsempfänger und der Ausgaben für diese Mindestsicherungsleistung sind seit Mitte der 1990er Jahre stark rückläufig. Am Jahresende 2006 erhielten rund 60 000 Personen Kriegsofopferfürsorge, die Bruttoausgaben beliefen sich auf rund 531 Mill. Euro.

➔ Abb. 11

Auf der Ebene der Bundesländer fielen im Jahr 2006 die höchsten Ausgaben in Nordrhein-Westfalen (195 Mill. Euro), Bayern (76 Mill. Euro) und Hessen (56 Mill. Euro) an. In den neuen Ländern musste nur ein Bruchteil dieser Beträge für die Kriegsofopferfürsorge aufgewendet werden, da dort auch die Empfängerzahlen deutlich niedriger waren als im früheren Bundesgebiet. Dies spiegelt sich auch in dem Indikator »Ausgaben je Einwohner« auf Länderebene wider. In Nordrhein-Westfalen lag er bei 11 Euro, in den neuen Ländern bei 1 bis 2 Euro. Im Bundesdurchschnitt wurden 6 Euro je Einwohner ausgegeben.

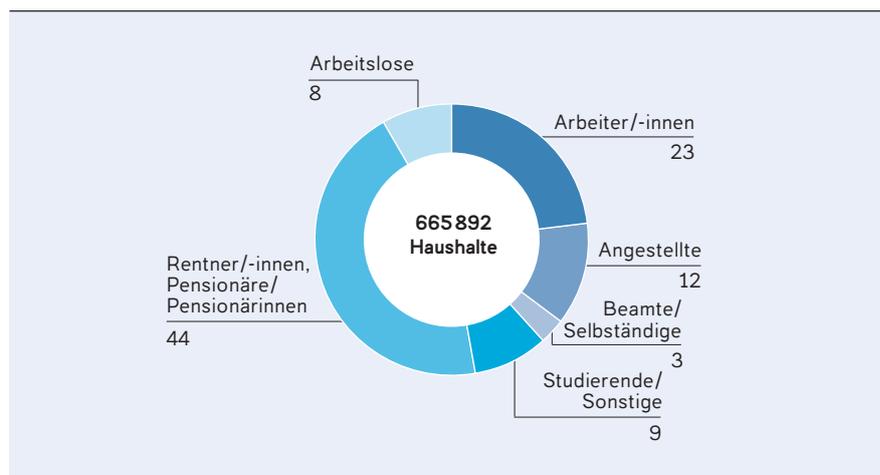
9.3.7 Förderungssysteme

Wohngeld

Wohngeld ist ein je zur Hälfte von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird (gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes) einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. **i**

Zum Jahresende 2006 bezogen in Deutschland rund 666 000 Haushalte Wohngeld; gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 15 %. Somit bezogen Ende 2006 noch 1,7 % aller privaten Haushalte Wohngeld (Vorjahr: 2,0 %). Mit den Daten bis Ende 2004, als noch rund 3,5 Mill. Haushalte Wohngeld bezogen, sind diese Angaben nicht mehr vergleichbar. Mieter erhalten das Wohngeld als Mietzuschuss, selbst nutzende Eigentümer erhalten Lastenzuschuss, das heißt einen Zuschuss zur Belastung (Aufwendungen für Kapitaldienst und Bewirtschaftung) des Eigentums. 89 % der Empfängerhaushalte erhielten 2006 ihr Wohngeld als Mietzuschuss und die restlichen 11 % als Lastenzuschuss. Das

Abb. 12: Haushalte mit Bezug von Wohngeld nach sozialer Stellung des Antragstellers 2006, in %



Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2006 auf rund 1,2 Mrd. Euro, dies entspricht einem Rückgang um 6 % gegenüber dem Vorjahr. Je Einwohner wurden im Jahr 2006 in Deutschland rund 14 Euro für Wohngeldleistungen ausgegeben. Im Jahr 2004, dem Jahr vor der Reform, beliefen sich die Gesamtausgaben für das Wohngeld noch auf 5,2 Mrd. Euro.

Ende 2006 waren rund 8 % der Empfänger von Wohngeld arbeitslos. Aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig waren 53 % der Empfänger. Dabei handelte es sich hier überwiegend (44 %) um Rent-

nerinnen und Rentner. Einer beruflichen Tätigkeit gingen 38 % der Wohngeldempfänger nach. **➔ Abb. 12**

Gut die Hälfte aller Wohngeldempfänger lebte am Jahresende 2006 allein (52 %), weitere 15 % lebten in Zwei-Personen-Haushalten und 9 % in Drei-Personen-Haushalten. In den übrigen 24 % der Empfängerhaushalte wohnten vier oder mehr Personen. **➔ Abb. 13**

Das Wohngeld in Form eines Mietzuschusses wird überwiegend an kleinere Haushalte gezahlt, das Wohngeld in Form des Lastenzuschusses kommt dagegen eher den größeren Haushalten zugute. So wird der Mietzuschuss zu 71 % an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt, wobei bereits mehr als die Hälfte der Mietzuschussempfänger (56 %) allein lebt. Bei den Lastenzuschussempfängern handelt es sich dagegen mehrheitlich (69 %) um Familien mit drei oder mehr Personen.

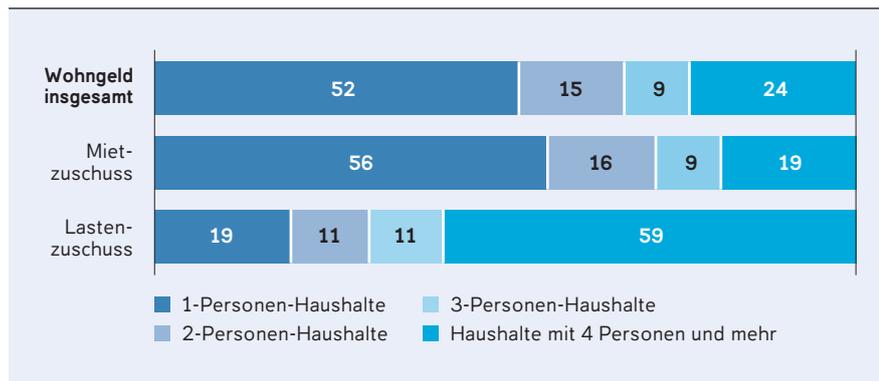
Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfängerhaushalt von Wohngeld belief sich zum Stichtag am 31. Dezember 2006 auf 91 Euro. An die Lastenzuschussempfänger, die in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen hatten, wurden im Durchschnitt mit 119 Euro deutlich höhere Beträge gezahlt als an die

Änderungen beim Wohngeld ab 1. Januar 2005

Infolge des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (»Hartz IV«) ergaben sich auch für das Wohngeldrecht erhebliche Veränderungen. Seit diesem Zeitpunkt entfällt für Empfänger staatlicher Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II »Grundsicherung für Arbeitsuchende« oder Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII »Sozialhilfe«) sowie Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft das Wohngeld. Die angemessenen Unterkunftskosten der Empfänger dieser Transferleistungen werden seitdem im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, so dass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Allerdings hatten diese Gesetzesänderungen zur Folge, dass sich ab 2005 der Kreis der Wohngeldberechtigten und damit auch die Zahl der in der Wohngeldstatistik erfassten Haushalte deutlich reduzierten.



Abb. 13: Haushalte mit Bezug von Wohngeld nach Art des Wohngeldes und Haushaltsgröße 2006, in %



Empfänger von Mietzuschuss mit 87 Euro. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zu Grunde liegende Gesamteinkommen ist. → Tab. 6

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Antragsteller getragen werden. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen tatsächlichen Wohnkosten von 370 Euro auf 279 Euro.

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen,

Zuschläge und Vergütungen, z. B. die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung und Ähnliches. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, weswegen hier zuweilen auch von der »Bruttokaltmiete« gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung des Wohnraums, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die monatliche Bruttokaltmiete der Mietzuschussempfänger betrug Ende 2006 durchschnittlich 5,90 Euro je Quadratmeter Wohnfläche, die monatliche Belas-

tung der Lastenzuschussempfänger lag mit durchschnittlich 4,32 Euro je Quadratmeter Wohnfläche niedriger.

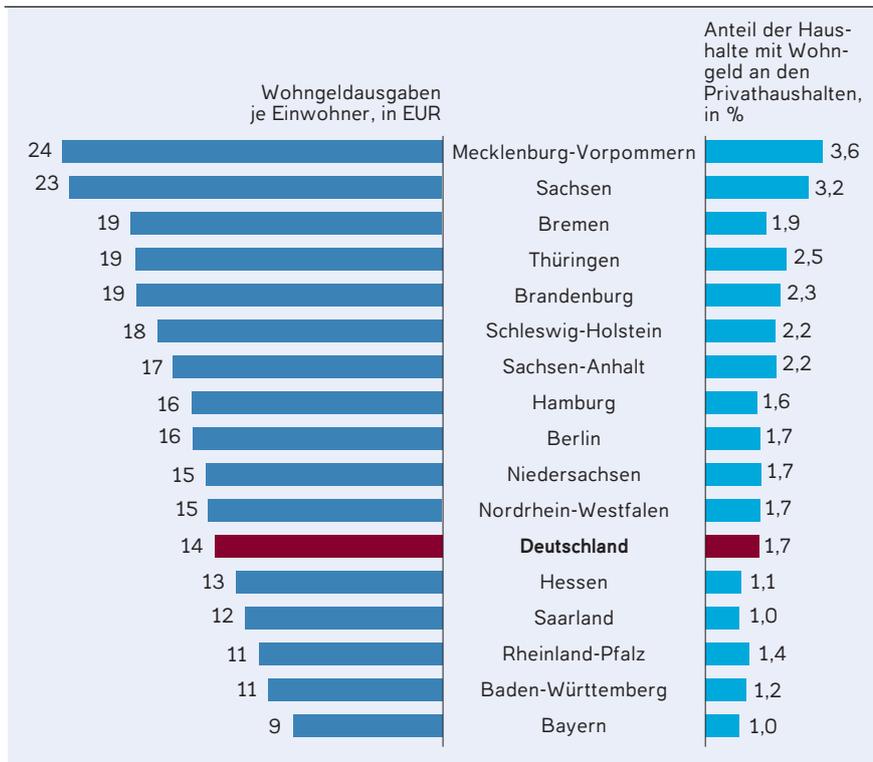
Bei der Wohngeldbezugsquote waren ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während (gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte) im früheren Bundesgebiet mit Berlin 1,5 % der privaten Haushalte zum Jahresende 2006 Wohngeld bezogen, waren dies in den neuen Bundesländern 2,8 %. In den alten Bundesländern gab es vor allem in den nördlichen Ländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger. Schleswig-Holstein wies dabei mit 2,2 % die höchste Bezugsquote auf, es folgten Bremen (1,9 %), Berlin (1,7 %), Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (je 1,7 %) sowie Hamburg (1,6 %). Die geringsten Bezugsquoten wurden Ende 2006 im Saarland und in Bayern (je 1,0 %) sowie Hessen (1,1 %) und Baden-Württemberg (1,2 %) ermittelt. In den neuen Ländern wies – wie im Vorjahr – Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Wohngeldempfängern (3,6 %) auf, in Sachsen-Anhalt (2,2 %) wurden die niedrigsten Bezugsquoten festgestellt. → Abb. 14

Im Bundesdurchschnitt lag der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch 2006 bei 91 Euro. In den alten Bundes-

Tab. 6: Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes 2006

Art des Zuschusses/ Haushaltsgröße	Wohngeldhaushalte insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... EUR			Durchschnittl. Wohngeldanspruch pro Monat in EUR
	Anzahl	in %	unter 50	50 – 150	150 und mehr	
			in % von Spalte 1			
Insgesamt	665 892	100,0	32,9	50,4	16,6	91
Mietzuschuss	591 285	88,8	34,1	50,7	15,2	87
Lastenzuschuss	74 607	11,2	24,0	48,0	28,1	119
Haushalte...						
von allein Stehenden	345 871	51,9	45,3	50,8	3,9	63
mit 2 Familienmitgliedern	100 011	15,0	29,7	55,3	15,0	89
mit 3 Familienmitgliedern	62 171	9,3	21,6	53,0	25,4	110
mit 4 Familienmitgliedern	83 114	12,5	15,4	52,0	32,6	126
mit 5 Familienmitgliedern	46 412	7,0	10,4	43,7	45,9	150
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	28 313	4,3	6,4	29,5	64,2	204

Abb. 14: Wohngeld nach Ländern 2006



ländern betrug er rund 96 Euro und in den neuen Bundesländern 79 Euro. Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Empfängerhaushalte von Wohngeld belief sich im Dezember 2006 auf 5,58 Euro je Quadratmeter Wohnfläche. In den alten Bundesländern lagen die durchschnittlichen Wohnkosten je Quadratmeter bei 5,72 Euro, in den neuen Bundesländern betrug sie 5,15 Euro.

In den Ländern mit dem höchsten Anteil an Wohngeldempfängern wurden im Jahr 2006 auch im Allgemeinen die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Mecklenburg-Vorpommern auf 24 Euro und waren damit knapp dreimal so hoch wie in Bayern (9 Euro je Einwohner).

Elterngeld

Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld löst das bis dahin geltende Erziehungsgeld ab. Das Elterngeld beträgt 67 % des durchschnittlichen Nettoehal-

tes der letzten zwölf Monate vor Geburt des Kindes, sofern die Erwerbstätigkeit vollständig aufgegeben wird. Bei einer Reduzierung der Arbeitszeit durch Teilzeitarbeit beträgt das Elterngeld 67 % der Differenz zwischen Voll- und Teilzeitgehalt. Der Höchstsatz liegt in beiden Fällen bei 1 800 Euro, der Mindestbetrag bei 300 Euro. Der Mindestbetrag wird auch gezahlt, wenn vor der Geburt des Kindes kein Einkommen erzielt wurde. Je nach Familiensituation erhöht sich der Betrag um einen Geschwisterbonus und/oder einen Mehrlingszuschlag. Gewährt wird das Elterngeld für mindestens 12 Monate. Durch die Inanspruchnahme von so genannten »Partnermonaten« kann die Bezugsdauer auf 14 Monate verlängert werden. Eine Verlängerung der Bezugsdauer auf bis zu 24 Monate ist bei Halbierung des Elterngeldsatzes möglich.

Anspruch auf Elterngeld haben Mütter und Väter,

- > die ihre Kinder nach der Geburt selbst betreuen und erziehen,

- > nicht mehr als 30 Stunden in der Woche erwerbstätig sind,
- > mit ihren Kindern in einem Haushalt leben und
- > einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben.

Auch die Ehe- oder Lebenspartner/-innen, die das Kind nach der Geburt betreuen (auch wenn es nicht ihr eigenes ist) können unter denselben Voraussetzungen Elterngeld erhalten.

Die Statistik über das Elterngeld wird vierteljährlich durchgeführt. Im Jahr 2007 wurden Angaben zu den Anträgen erhoben und ab 2008 werden diese durch die beendeten Leistungsbezüge ersetzt. Von Januar bis Dezember 2007 wurden insgesamt rund 571 000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Auch wenn der Anteil der Frauen unter den Empfängern von Elterngeld (89 %) deutlich über dem der Männer (11 %) liegt, so scheint das Elterngeld für Väter attraktiv zu sein. Beim Erziehungsgeld, das an Einkommensgrenzen gekoppelt war, wurden zuletzt 3 % der Anträge für Väter bewilligt. Der Männeranteil ist nach Einführung des Elterngeldes kontinuierlich von zunächst 7 % im ersten Quartal auf 12 % im vierten Quartal 2007 angestiegen. Der quartalsweise Anstieg ist unter anderem damit zu erklären, dass Väter im Jahresverlauf verstärkt Anträge für die Partnermonate stellten. → Tab. 7

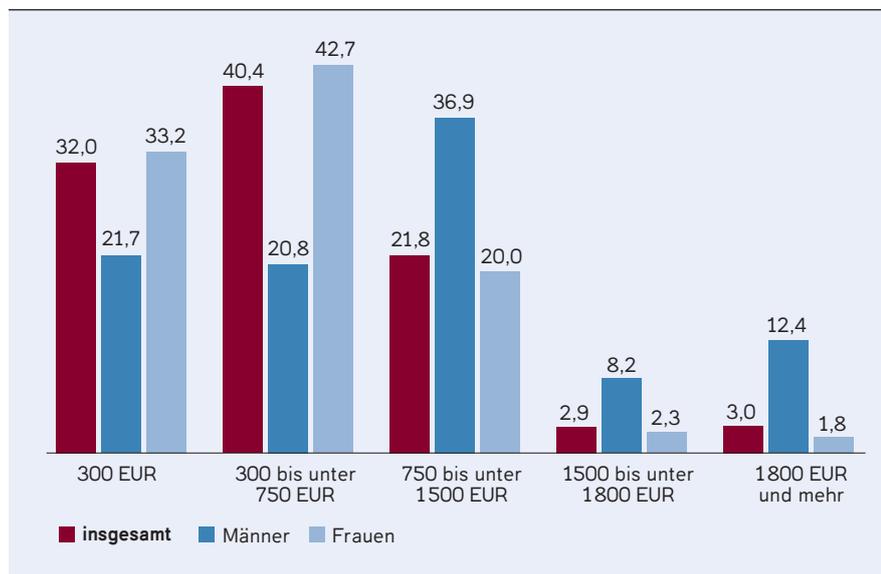
Elterngeld ist in West- und Ostdeutschland gleichermaßen attraktiv für Väter, die Anteile lagen mit 10 % in West- und in Ostdeutschland nahezu gleichauf. Der Anteil der für Männer bewilligten Elterngeldanträge lag 2007 mit 13 % in Berlin am höchsten, gefolgt von Bayern und Brandenburg (12 %). Weniger attraktiv scheint das Elterngeld für Väter im Saarland zu sein, dort lag der Anteil nur bei 6 %.

80 % der bewilligten Elterngeldanträge bezogen sich auf zwölf Monate und 7 %

Tab. 7: Bewilligte Elterngeldanträge 2007

	Insgesamt	Männer		Frauen	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Baden-Württemberg	70 380	7 471	10,6	62 909	89,4
Bayern	94 705	11 753	12,4	82 952	87,6
Berlin	24 782	3 301	13,3	21 481	86,7
Brandenburg	16 377	1 918	11,7	14 459	88,3
Bremen	4 663	472	10,1	4 191	89,9
Hamburg	13 582	1 545	11,4	12 037	88,6
Hessen	45 199	4 637	10,3	40 562	89,7
Mecklenburg-Vorpommern	11 574	1 055	9,1	10 519	90,9
Niedersachsen	55 618	5 223	9,4	50 395	90,6
Nordrhein-Westfalen	123 938	12 238	9,9	111 700	90,1
Rheinland-Pfalz	26 243	2 428	9,3	23 815	90,7
Saarland	5 737	356	6,2	5 381	93,8
Sachsen	28 121	2 738	9,7	25 383	90,3
Sachsen-Anhalt	15 117	1 337	8,8	13 780	91,2
Schleswig-Holstein	19 736	1 763	8,9	17 973	91,1
Thüringen	15 639	1 777	11,4	13 862	88,6
Deutschland	571 411	60 012	10,5	511 399	89,5
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	459 801	47 886	10,4	411 915	89,6
Neue Länder (ohne Berlin)	86 828	8 825	10,2	78 003	89,8

Abb. 15: Bewilligte Anträge 2007 nach der Höhe des Elterngeldanspruchs im ersten Monat, in %



auf zwei Monate. Mehr als die Hälfte der Väter (60 %) beantragte im Jahr 2007 das Elterngeld für zwei Monate, 18 % nahmen eine »Babyzeit« von zwölf Monaten. Bei den Müttern ergibt sich ein anderes Bild: 87 % von ihnen beanspruchen Elterngeld für zwölf Monate, weniger als 1 % für zwei Monate.

Wie bereits erläutert beträgt das Elterngeld für erwerbstätige Mütter und Väter 67 % des wegfallenden Nettogehalts, wenn die Arbeitszeit ganz oder teilweise reduziert wird, mindestens jedoch 300 Euro und maximal 1 800 Euro. Nicht Erwerbstätige erhalten ebenfalls den Mindestbetrag in Höhe von 300 Euro.

Den Mindestbetrag des Elterngeldes erhielten bundesweit 282 000 Mütter und Väter (49 %), deren Anträge 2007 bewilligt wurden. Während auch die Hälfte der Frauen (52 %) den Mindestbetrag in Anspruch genommen hat, sind es bei den Männern nur gut ein Viertel (28 %). In mehr als insgesamt jedem dritten Fall (36 %) erhöhte sich der Mindestbetrag um einen Geschwisterbonus und/oder einem Mehrlingszuschlag, so dass der tatsächlich Anspruch über 300 Euro lag.

➔ **Abb. 15**

Während nur jeder fünfte Vater, dessen Elterngeldantrag bewilligt wurde, einen Anspruch von genau 300 Euro hatte, war dies bei jeder dritten Mutter der Fall. Einen monatlichen Anspruch von mehr als 1 000 Euro hatten 45 % der Väter, jedoch nur 13 % der Mütter. Die unterschiedlich hohen Zahlbeträge für Väter und Mütter hängen damit zusammen, dass Väter, die Elterngeld erhalten, häufiger als Mütter vorher erwerbstätig waren und in der Regel ein höheres Einkommen erzielten.

Kinder- und Jugendhilfe

Mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz als Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 1991 die Kinder- und Jugendhilfe neu geordnet. Konkret schlägt sich dies darin nieder, dass erzieherische Hilfen innerhalb der Familie gegenüber der Unterbringung außerhalb der Familie als Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe bevorzugt werden (sollten). Verschiedene Hilfearten stellen im Gesamtsystem der erzieherischen Hilfe unterschiedliche Ansätze dar, um in unterschiedlichen Problemlagen und Lebenssituationen Eltern und Kindern eine passende Unterstützung zu bieten.

Das Spektrum der erzieherischen Hilfe ist weit gefächert. Es umfasst einerseits familienunterstützende Hilfe, die einen Verbleib der jungen Menschen in der Familie ermöglichen (»ambulante Hilfe«), und andererseits familienersetzende Hilfen,

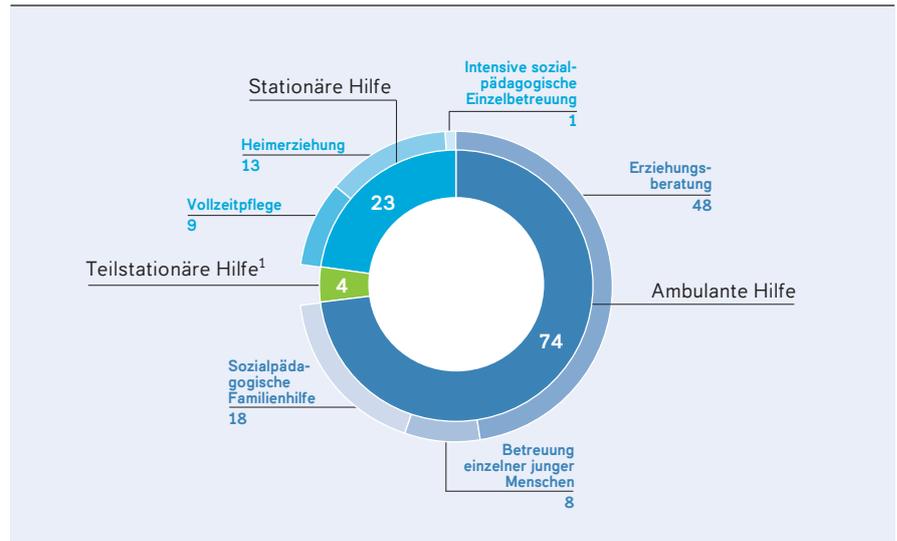
die außerhalb des Elternhauses erbracht werden (überwiegend »stationäre Hilfen«). Zu den ambulanten Hilfen zählen Erziehungsberatung, Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand oder Betreuungshelfer, soziale Gruppenarbeit und sozialpädagogische Familienhilfe. Zu den Hilfen, die außerhalb des Elternhauses erfolgen, zählen Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie und Heimerziehung oder Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform. Intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung wird ein eigenständiges Profil zwischen ambulanter und stationärer Hilfe zugewiesen.

Wenn eine »dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist«, räumt das Kinder- und Jugendhilfegesetz als Aachtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) den Sorgeberechtigten einen Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung ein. In Krisensituationen – z. B. bei Erziehungsschwierigkeiten, Trennung oder Scheidung der Eltern, Gewalt unter Jugendlichen, Drogenkonsum – bietet Kinder- und Jugendhilfe eine ganze Reihe von spezifischen Unterstützungen an, und zwar für Eltern, Mädchen und Jungen und für junge Erwachsene.

Die Leistungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes richten sich an »junge Menschen«, das heißt Personen, die noch nicht 27 Jahre alt sind. Die für die Kinder- und Jugendhilfe infrage kommende Zielgruppe der jungen Menschen in der entsprechenden Altersgruppe umfasste 2006 23,2 Mill. Personen, das sind 28 % der bundesdeutschen Bevölkerung. Im Jahr 2006 erhielten insgesamt 651 000 junge Menschen in Deutschland eine erzieherische Hilfe nach dem SGB VIII (beendete und am Jahresende bestehende Hilfen). Gegenüber 1991 hat sich die Zahl der Hilfen um 79 % erhöht.

Kinder- und Jugendhilfe hilft jungen Menschen zum größten Teil innerhalb

Abb. 16: Erzieherische Hilfen nach Hilfearten 2006, in %



1 Erziehung in einer Tagesgruppe.

ihrer Familie. So wurden im Jahr 2006 fast drei Viertel der erzieherischen Hilfen innerhalb der Familie geleistet, und zwar als Erziehungsberatung (48 %), Betreuung einzelner junger Menschen (8 %) oder Sozialpädagogische Familienhilfe (18 %). Knapp ein Viertel der erzieherischen Hilfen fand außerhalb der Herkunftsfamilie statt in Form von Heimerziehung (13 %), Vollzeitpflege (9 %) oder intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (1 %). Schließlich wurden noch 4 % der Hilfen teilstationär, und zwar in einer Tagesgruppe geleistet. Hier wird die Fremdunterbringung dadurch vermieden, dass die Kinder und Jugendlichen in ihrer Familie bleiben, aber wochentags zeitweise außerhalb des Elternhauses betreut werden. ➔ **Abb. 16**

Unter den ambulanten Hilfen wird die Erziehungsberatung am häufigsten in Anspruch genommen. Im Jahr 2006 beendeten 311 000 junge Menschen eine Erziehungsberatung. Gegenüber 1991 hat sich die Zahl der beendeten Beratungen verdoppelt. Erziehungsberatung ist die zahlenmäßig bedeutendste Hilfeart im Gesamtspektrum der erzieherischen Hilfen. Die Nachfrage nach dieser Hilfe wuchs in den vergangenen Jahren kontinuierlich. Die Beratungen je 10 000 junger Men-

schen (Beratungsquote) nahmen zwischen 1991 und 2006 von 59 auf 134 zu.

Hilfe für einzelne junge Menschen in Problem- und Konfliktsituationen wird durch Erziehungsbeistände bzw. Betreuungshelfer oder in sozialer Gruppenarbeit geleistet. Im Jahr 2006 haben 53 000 junge Menschen (+162 % gegenüber 1991) eine der vorgenannten individuellen Betreuungsleistungen erhalten (beendete und über den Jahreswechsel andauernde Hilfen).

Eine Sonderstellung unter den ambulanten Hilfearten nimmt die sozialpädagogische Familienhilfe ein. Hier ist die ganze Familie Adressat der Hilfe, wobei eine Unterstützung im gesamten Familienalltag angeboten wird. Zu diesem Zweck kommt eine Fachkraft in die Familie und bietet kontinuierliche Unterstützung bei der Erziehung, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und bei Schwierigkeiten mit außen Stehenden an. Damit soll unter anderem auch die Unterbringung minderjähriger Kinder außerhalb der Familien vermieden werden. 2006 wurden rund 53 000 Familien durch eine sozialpädagogischen Familienhilfe unterstützt (beendete und am Jahresende bestehende Hilfen), im Vergleich zu 1991 beläuft sich

die Zunahme auf 305 %. In diesen Familien lebten rund 117 000 minderjährige Kinder (1991 rund 33 000). Bezogen auf 10 000 Familien mit minderjährigen Kindern erhöhte sich die Quote innerhalb der vergangenen 16 Jahre von 14 auf 59.

Bis 2006 wurden die am Jahresende bestehenden erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses nur im Abstand von fünf Jahren erhoben. Erst ab 2007 werden auch diese Hilfen jährlich am 31. Dezember gezählt. Daher wird nachfolgend auf die Ergebnisse der Erhebung zum Jahreswechsel 2005/2006 zurückgegriffen. Am Jahresanfang 1991 wurden insgesamt 115 000 bestehende Hilfen außerhalb des Elternhauses registriert. Zum Jahreswechsel 2005/2006 hat sich der Bestand auf 131 000 erhöht, ein Anstieg um knapp 14 %. Die einzelnen Hilfearten nahmen während dieses Zeitraums eine deutlich unterschiedliche Entwicklung. Während die Zahl der Hilfen in einer Tagesgruppe von 6 000 auf 16 500 um 173 % anstieg, erhöhte sich die Zahl der jungen Menschen in Vollzeitpflege um 15 % von 43 900 auf 50 400. Im Gegensatz dazu reduzierte sich die Zahl der im Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform untergebrachten jungen Menschen um 4 % (2 500) auf 61 800. Die intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuungen verzeichneten den größten Zuwachs (plus 236 %), allerdings bezogen auf eine geringe Ausgangszahl von rund 700 Hilfen Anfang 1991. Nach 16 Jahren waren es 2 300.

Differenziert nach Ländern ergeben sich deutliche Unterschiede in der Häufigkeit der gewährten Hilfen. Dies trifft sowohl auf die ambulanten Hilfen wie auch auf die Hilfen außerhalb des Elternhauses zu. Betrachtet man, um die unterschiedliche Zahl junger Menschen insgesamt in den Ländern unberücksichtigt lassen zu können, die Quote der begonnenen Hilfen je 1 000 junge Menschen unter 21 Jahren, so wurden die meisten ambulanten Hilfen in Mecklenburg-Vorpommern gewährt. Hier liegt die Quote bei 6,4. Die relativ

wenigsten ambulanten Hilfen haben 2006 in Schleswig-Holstein begonnen. Mit 1,9 Hilfen je 1 000 junge Menschen unter 21 Jahren lag die Quote hier um mehr als zwei Drittel niedriger als in Mecklenburg-Vorpommern. Die Erziehungsberatungen sind hier nicht enthalten. Sie werden anschließend gesondert betrachtet, da für diese Hilfeart erst ab dem Berichtsjahr 2007 Ergebnisse zu begonnenen Hilfen vorliegen werden.

Mit einer Quote von 2,0 haben Baden-Württemberg und Bayern den relativ ge-

ringsten Wert an begonnenen Hilfen außerhalb des Elternhauses. Die relativ meisten dieser Hilfen wurden bei einer Quote von 4,3 in Berlin gewährt. In fast allen Ländern ist die Quote der Hilfen außerhalb des Elternhauses aber niedriger als die Quote der ambulanten Hilfen. Nur in Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen wurden relativ mehr Hilfen außerhalb des Elternhauses neu gewährt.

➔ Abb. 17

Während sich die relative Häufigkeit von ambulanten Hilfen und Hilfen außerhalb

Abb. 17: Begonnene ambulante Hilfen und Hilfen außerhalb des Elternhauses 2006, je 1 000 junge Menschen unter 21 Jahren

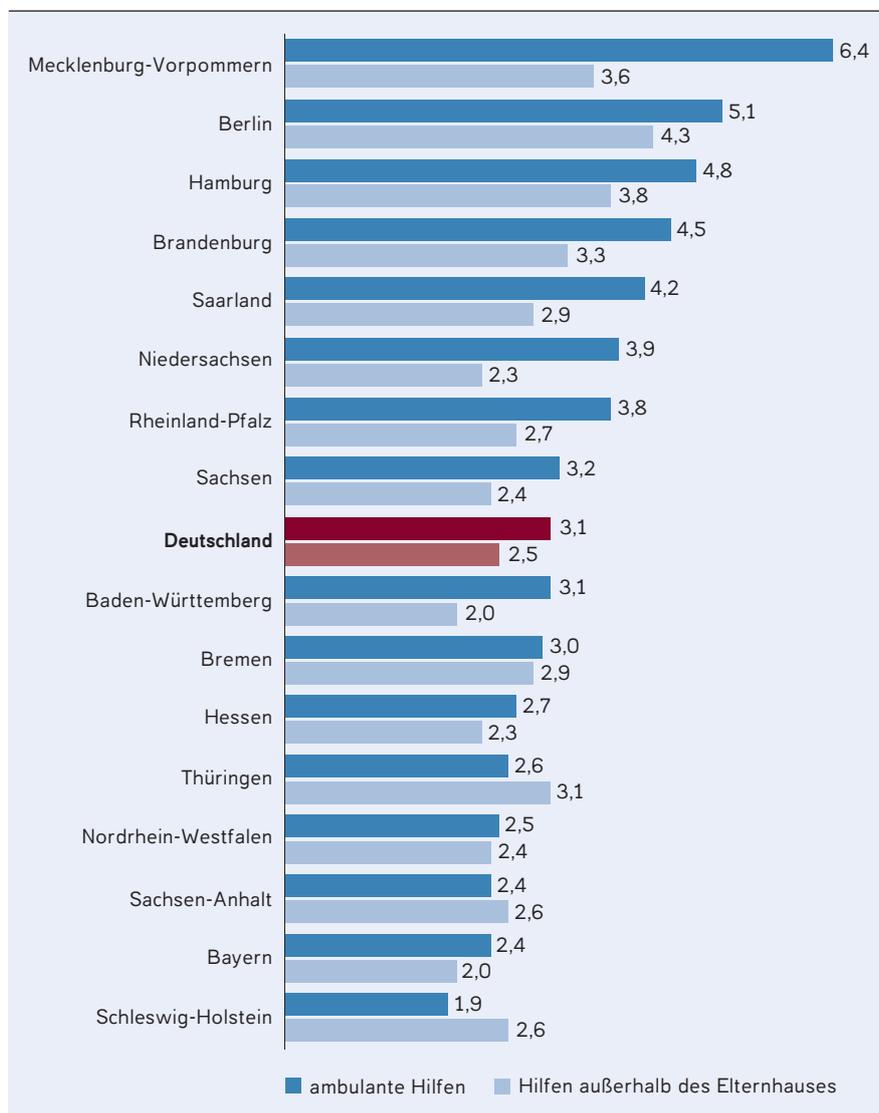
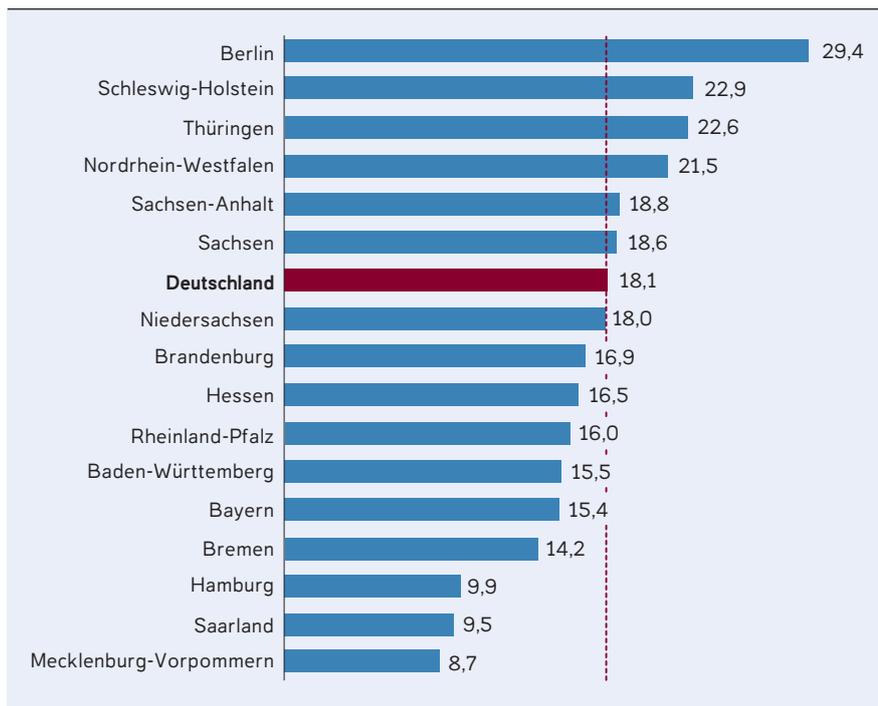


Abb. 18: Beendete institutionelle Erziehungsberatungen je 1000 junge Menschen unter 21 Jahren 2006



des Elternhauses im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) deutlich unterscheiden, gibt es bei den Erziehungsberatungen keinen Unterschied zwischen Ost und West. Die Quoten betragen jeweils rund 18 beendete Beratungen je 1000 junge Menschen unter 21 Jahren. Dabei treten aber deutliche Differenzen auf Länderebene auf. Die geringste Quote mit neun Beratungen findet sich in Mecklenburg-Vorpommern während die Quote in Berlin mit 29 mehr als dreimal so hoch liegt. → **Abb. 18**

Die unterschiedlichen Häufigkeiten einzelner Hilfearten in den Ländern hängen unter anderem davon ab, dass belastende Lebenssituationen für Kinder und Eltern regional nicht gleich verteilt sind. Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II und Sozialhilfebezug, insbesondere von Minderjährigen (siehe Abschnitt 9.3.6), sind in einigen Ländern (vor allem den Stadtstaaten) häufiger anzutreffen. Auch Trennung und Scheidung und daraus resultierende Situationen des allein Erziehens sind nicht in allen Ländern gleich zahl-

reich. Dabei gilt, dass keiner dieser Gründe zwingend einen Bedarf an erzieherischer Hilfe verursacht. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und allein Erziehende erziehen ihre Kinder auch ohne vom Jugendamt vermittelte professionelle pädagogische Unterstützung. Sozioökonomische Belastungen stellen zwar wichtige Gründe in dem vielschichtigen Faktorenbündel dar, das zur Inanspruchnahme von erzieherischer Hilfe führt, aber sie sind nicht die einzigen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Wahrnehmungsweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern bei der Gewährung von erzieherischer Hilfe eine Rolle spielen, die bei durchaus ähnlich gelagerten Problemsituationen unterschiedliche Hilfeentscheidungen treffen (können).

Die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe weist Ausgaben nach, die aus öffentlichen Mitteln für Zwecke der Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) – Kinder- und Jugendhilfe – geleis-

tet werden, sowie die entsprechenden Einnahmen. Diese werden getrennt für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII und für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe erfasst (unter anderem Kindertageseinrichtungen). Die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen werden gegliedert nach Hilfeart und Art der Ausgabe erhoben.

Für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wendeten die öffentlichen Träger im Jahr 2006 brutto 20,9 Mrd. Euro auf. Mehr als die Hälfte dieser Ausgaben fielen im Bereich der Kindertagesbetreuung an (11,8 Mrd. Euro). Leistungen der Hilfe zur Erziehung kosteten die Träger der Kinder- und Jugendhilfe 2006 insgesamt 5,6 Mrd. Euro. Davon entfielen rund 3,4 Mrd. Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform.

9.3.8 Zusammenfassung

Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 2006 auf rund 700 Mrd. Euro. Die Sozialleistungsquote, das Verhältnis der Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2006 für Deutschland 30,3 %. Auf die allgemeinen Systeme, die hauptsächlich Sozialversicherungen umfassen, entfielen 464 Mrd.

Die gesetzliche Rentenversicherung tätigte Leistungen in Höhe von 240 Mrd. Euro. Mitte 2006 wurden 24,5 Mill. Renten gezahlt, 76 % Versichertenrenten und 24 % Hinterbliebenenrenten. Die Rentenhöhe war breit gestreut. Die durchschnittliche Versichertenrente lag 2006 für Frauen bei 517 und für Männer bei 945 Euro.

Die gesetzliche Krankenversicherung tätigte 2006 Ausgaben in Höhe von 147 Mrd. Euro. In ihr waren 2006 rund 70 Mill. Bürgerinnen und Bürger versichert. Im Sozialbudget erbringt die Pflegeversi-

cherung Leistungen in Höhe von 18 Mrd. Euro. 2006 erhielten rund 2 Mill. gesetzlich Versicherte Leistungen aus der Pflegeversicherung.

Für die Arbeitsförderung nach dem SGB III wurden 2006 rund 44 Mrd. ausgegeben. Auf rund 23 Mrd. beliefen sich die Ausgaben für Arbeitslosengeld I. Im Durchschnitt bezogen 2006 1,4 Mill. Menschen Arbeitslosengeld I.

7,3 Mill. Personen in 3,8 Mill. Bedarfsgemeinschaften erhielten 2006 Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Die Ausgaben für diesen Personenkreis zur Deckung des Lebensunterhalts beliefen sich 2006 auf rund 40 Mrd. Euro. In den Staatstaaten und den neuen Bundesländern waren erheblich mehr Personen auf Leistungen nach »Hartz IV« angewiesen. Fast 17 % der in Deutschland lebenden Kinder unter 15 Jahren erhalten Sozialgeld nach SGB II.

Die Sozialhilfe in ihrer bisherigen Form hat durch die Reform der sozialen Sicherungssysteme zum Jahresbeginn 2005 an Bedeutung verloren. Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten 2006 rund 306 000 Personen. Auch die Zahl der Empfänger von Asylbewerberleistungen ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. 2006 erhielten noch rund 194 000 Personen derartige Leistungen.

Am Jahresende 2006 bekamen in Deutschland rund 682 000 Personen Leistungen der »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung«. Ende 2006 war in Deutschland rund 1 % der Menschen ab 18 Jahren auf diese Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII angewiesen. 371 000 von ihnen waren älter als 65 Jahre. Das heißt 2,3 % der ab 65-Jährigen konnten ihren Lebensunterhalt nur mit Hilfe der Grundsicherung abdecken.

Ab Januar 2007 wurde das Erziehungsgeld durch das Elterngeld abgelöst. Von Januar bis Dezember 2007 wurden insgesamt rund 571 000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Unter den Empfängern von Elterngeld waren knapp 11 % Männer.

Männer erhalten in der Regel wesentlich höhere Leistungen als Frauen. Sie beantragen jedoch – im Gegensatz zu den Frauen (87 %) – zu einem erheblich geringeren Teil (18 %) Elterngeld für zwölf Monate, während mehr als die Hälfte (60 %) das Elterngeld für eine Dauer von zwei Monaten beantragte.

Kinder- und Jugendhilfe hilft jungen Menschen zum größten Teil innerhalb ihrer Familie. So wurden im Jahr 2006 fast drei Viertel der erzieherischen Hilfen innerhalb der Familie geleistet, und zwar als Erziehungsberatung (48 %), Betreuung einzelner junger Menschen (8 %) oder Sozialpädagogische Familienhilfe (18 %). Für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wendeten die öffentlichen Träger im Jahr 2006 brutto 20,9 Mrd. Euro auf. Mehr als die Hälfte dieser Ausgaben fielen im Bereich der Kindertagesbetreuung an (11,8 Mrd. Euro).

288

9.4 Einstellungen zum Sozialstaat und zur Sozialpolitik

Wolfgang Glatzer
Geraldine Hallein-Benze

Die sozialen Sicherungssysteme befinden sich in Deutschland nach einer langen Phase der kontinuierlichen Expansion gegenwärtig in einem Umstrukturierungsprozess, der sich sowohl auf die Leistungs- als auch die Finanzierungsseite bezieht. Damit verbunden ist eine Neubewertung des Sozialstaats und der Sozialpolitik durch die Bevölkerung. Im Sozialstaatsurvey, einer seit 2005 jährlich durchgeführten repräsentativen Um-

frage, werden Informationen zu zentralen Aspekten der Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat und zur Sozialpolitik erhoben. Untersucht wird der Stellenwert des Sozialstaats für die soziale Sicherung sowie die Verantwortung des Einzelnen für die eigene soziale Sicherung (1), die Priorität verschiedener Sozialstaatsziele sowie ihrer Finanzierung (2) sowie das Vertrauen in die verschiedenen Einzelsysteme des sozialen Sicherungs-

systems (3). Ein weiterer Aspekt ist die Beurteilung der Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Steuern und Sozialabgaben (4). Schließlich ist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den sozialpolitischen Aktivitäten und Prozessen für die Legitimierung des Sozialstaates von Interesse (5). Die Einstellungen der Bürger zur sozialen Sicherung werden nachfolgend überwiegend für die Jahre 2005 und 2006, dargestellt.

Tab. 1: Akteure und ihre Verantwortung für die soziale Sicherung in Deutschland

	Staat		Private Haushalte		Arbeitgeber		Andere Einrichtungen	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	»sehr stark verantwortlich« in %							
Region								
Westdeutschland	50	49	29	26	22	24	9	9
Ostdeutschland	61	56	29	25	23	23	7	7
Geschlecht								
Männer	51	50	30	27	23	24	8	8
Frauen	54	50	28	25	22	23	9	10
Altersgruppen								
18–34 Jahre	59	62	28	23	21	22	9	9
35–59 Jahre	53	51	30	26	25	23	9	9
60 Jahre und älter	45	41	29	27	21	26	9	10
Bildung¹								
Niedrig	50	52	24	23	25	27	13	11
Hoch	50	47	34	29	21	21	7	8
Erwerbsstatus								
Erwerbstätige	54	54	29	24	24	24	9	7
Selbstständige/Freiberufler	49	41	36	36	19	20	11	7
Arbeitslose	61	56	29	21	29	29	9	8
Rentner/Pensionäre	46	41	28	28	21	25	9	10
Einkommensquintile²								
Unterstes Quintil	57	50	27	22	26	24	12	8
Oberstes Quintil	46	43	36	31	19	21	8	9

1 Index höchster Schulabschluss/höchster Berufsabschluss.

2 Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.

Frage: »Es wird ja zur Zeit viel darüber diskutiert, wie stark der Staat, die privaten Haushalte, die Arbeitgeber oder andere Einrichtungen wie z. B. Kirchen oder Wohlfahrtsverbände für die soziale Sicherung verantwortlich sein sollten.

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Institutionen, ob diese für die soziale Sicherung sehr stark verantwortlich, mitverantwortlich, weniger verantwortlich oder auf keinen Fall verantwortlich ist.«

Datenbasis: Sozialstaatsurvey 2005, 2006.

9.4.1 Der Stellenwert des Sozialstaats

Zu den wichtigsten Errungenschaften des deutschen Sozialstaats gehören die Absicherung von Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Altersarmut und Pflegebedürftigkeit. Seit der Einführung sozialpolitischer Institutionen (1883) sind neben dem Staat auch die Arbeitgeber und die privaten Haushalte in die Verantwortung für die soziale Sicherung eingebunden. In den letzten Jahren sind verstärkt politische Bemühungen erkennbar, den Staat zu entlasten und die Bürger stärker an der Bereitstellung sozialer Leistungen zu beteiligen. Aus der Sicht der Bürger liegt die Zuständigkeit für die soziale Sicherung jedoch mit klarer Akzentsetzung beim Staat. → Tab. 1

Eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland schreibt dem Staat die Haupt- und Mitverantwortung für die soziale Sicherung zu. In Gesamtdeutschland haben 52 % der Befragten die Auffassung, dass der Staat überwiegend verantwortlich für die soziale Sicherung sei. Mit wenigen Ausnahmen schreiben die übrigen Befragten dem Staat eine Mitverantwortung zu. Nur wenige entlassen also den Staat weitgehend aus seiner Verantwortung für die soziale Sicherung. In den neuen Bundesländern wird dem Staat eine noch größere Bedeutung für die soziale Sicherung zugemessen als in den alten Bundesländern. Während es im Westen im Jahr 2006 49 % sind, die den Staat als »sehr stark verantwortlich« sehen, sind es im Osten 56 %.

Ein Blick auf die verschiedenen Altersgruppen verdeutlicht, dass die 18- bis 34-Jährigen dem Staat eine höhere Verantwortung für die soziale Sicherung attestieren als Angehörige älterer Generationen. Die Bedürftigen – z. B. Arbeitslose oder niedrige Einkommensgruppen – schreiben dem Staat eine höhere Verantwortung zu als die Bessergestellten. Aber in allen Bevölkerungsgruppen ist die Zuschreibung der Verantwortung an den

Tab. 2: Verantwortung des Einzelnen für Bereiche der sozialen Sicherung in Deutschland

	Verantwortung des Einzelnen					
	Viel mehr/mehr Verantwortung		Gleichbleibende Verantwortung		Weniger/keine Verantwortung	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	in %					
Lebensstandard im Alter						
Gesamt	65	65	30	29	6	7
Westdeutschland	67	65	29	28	5	7
Ostdeutschland	61	61	33	33	6	6
Pflege im Alter und bei Krankheit						
Gesamt	60	58	33	34	7	9
Westdeutschland	61	58	32	34	7	8
Ostdeutschland	56	55	36	36	8	9
Gesundheitliche Versorgung						
Gesamt	54	52	38	37	9	10
Westdeutschland	54	54	38	36	8	10
Ostdeutschland	52	49	39	41	9	10
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit						
Gesamt	53	52	39	38	8	10
Westdeutschland	53	52	38	38	8	10
Ostdeutschland	51	51	40	39	9	10
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit						
Gesamt	52	52	39	39	9	9
Westdeutschland	53	43	38	38	9	9
Ostdeutschland	46	47	43	42	10	11

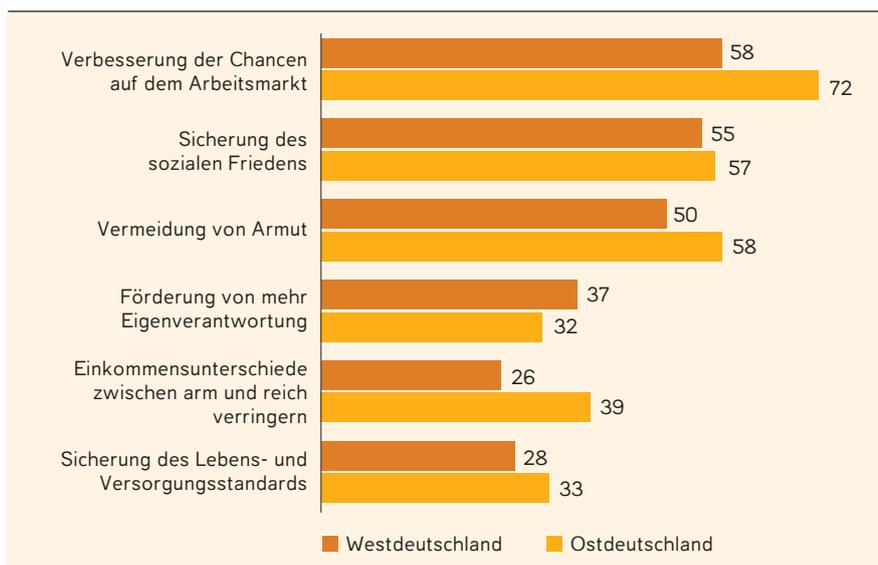
Frage: »Es wird ja auch diskutiert, dass die Menschen selbst in größerem Ausmaß private Verantwortung für die Absicherung von Risiken übernehmen sollten. Inwieweit sollte der Einzelne für die folgenden Dinge mehr Verantwortung übernehmen, d. h. auch mehr Eigenfinanzierung leisten?«

Datenbasis: Sozialstaatssurvey 2005, 2006.

Staat relativ hoch. Daneben gelten sowohl die Arbeitgeber als auch die privaten Haushalte bzw. Individuen als wichtige mitverantwortliche Akteure zur Gestaltung der sozialen Sicherung in Deutschland. Voraussetzung für ein funktionierendes System sozialer Sicherung ist offensichtlich nach Ansicht eines großen Anteils der Bevölkerung ein verantwortungsvoll handelnder Staat. Die in den letzten Jahren stärker betonte Mitverantwortlichkeit der privaten Haushalte bzw. Individuen stößt trotz der Betonung der staatlichen Verantwortung auf Resonanz in der Bevölkerung, allerdings mit deutlichen Unterschieden je nach Sicherungsaspekt. → Tab. 2

Es zeigt sich, dass der Eigenverantwortungsgedanke, wenn er in ein staatliches Sicherungssystem eingerahmt ist, in der Bevölkerung breite Zustimmung findet. Die Mehrheit der Befragten ist bereit, mehr Verantwortung für die Absicherung von sozialen Risiken zu übernehmen, auch wenn dies mehr Eigenfinanzierung bedeutet. Insbesondere die Absicherung des Lebensstandards im Alter sowie eine angemessene Pflege werden in West- und Ostdeutschland besonders häufig genannt, wenn es um Bereiche für mehr Eigenverantwortung geht. Insgesamt stimmen die Ergebnisse von 2006 mit denen von 2005 weitgehend überein, was darauf hindeutet, dass es sich hier nicht um

Abb. 1: Wichtigkeit von Sozialstaatszielen 2006 in West- und Ostdeutschland, in %



Frage: »Ein Sozialstaat kann ja mehrere Ziele verfolgen. Bitte geben Sie für jede der folgenden Zielsetzungen an, ob Sie dieses Ziel für sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder unwichtig halten.«

Antwortkategorie »sehr wichtig«

Datenbasis: Sozialstaatsurvey 2006.

kurzfristig schwankende Meinungen, sondern eher um feste Strukturen handelt. Komplementär zur staatlichen Zuständigkeit wird die private Verantwortung für die Absicherung von sozialen Risiken von weiten Teilen der Bevölkerung als notwendig erachtet.

9.4.2 Sozialstaatliche Ziele

Der Sozialstaat zeichnet sich durch eine Betonung sozialpolitischer Zielsetzungen aus. Welche Einstellung die Bevölkerung dem Sozialstaat entgegenbringt und wie hoch die Akzeptanz des Staates ist, hängt nicht unerheblich davon ab, welche Ziele der Staat verfolgt und in welchem Maße diese umgesetzt werden. Das Spektrum von sozialstaatlichen Zielen hängt ausgehend von allgemeinen Gerechtigkeitszielen bis hin zu speziellen Zielsetzungen vom jeweiligen historischen Kontext ab.

→ Abb. 1

Betrachtet man die Sozialstaatsziele, die als »sehr wichtig« eingeschätzt werden, so zeigt sich, dass verbesserte Arbeitsmarktchancen unter den Bedingungen

struktureller Arbeitslosigkeit die höchste Priorität bei der Bevölkerung haben. Die Sicherung des sozialen Friedens und die Armutsvermeidung nehmen als klassische sozialstaatliche Ziele ebenfalls eine herausgehobene Stellung ein. Auf weniger Zustimmung stoßen die Förderung von mehr Eigenverantwortung und die Verringerung der Einkommensunterschiede. An letzter Stelle unter den vorgegebenen Zielen steht die Sicherung des Lebens- und Versorgungsstandards. In den neuen Bundesländern stoßen die meisten der betrachteten sozialstaatlichen Ziele auf noch breitere Zustimmung.

Viele sozialstaatliche Ziele stehen in engem Zusammenhang mit Ausgaben des Staates; ihre Akzeptanz erfordert, dass finanzielle Mehraufwendungen des Staates befürwortet werden. Viele aktuell diskutierte sozialpolitische Zielsetzungen erfordern auch aus der Sicht der Bevölkerung Ausgabensteigerungen des Staates.

→ Tab. 3

Vor allem Familien und Kinder sollten noch stärker als bisher unterstützt werden. Hohe Zustimmungswerte erhalten Mehrausgaben für die Pflege im Alter

und bei Krankheit sowie die gesundheitliche Versorgung. Im Vergleich zu den anderen sozialstaatlichen Zielen betrachten viele Personen den Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit als weniger wichtig. Insgesamt genießt die Sicherung des Lebensstandards nicht die gleiche Wertschätzung wie die in der Öffentlichkeit geforderten Zuwendungen für Familien und höhere Ausgaben für die Bereiche Pflege und Gesundheit. Wie bereits im Jahr 2005 ist der Anteil der Ostdeutschen, der sich für Mehrausgaben in verschiedenen sozialpolitischen Teilbereichen ausspricht, auch im Jahr 2006 höher als der entsprechende Anteil der Westdeutschen.

9.4.3 Vertrauen in sozialpolitische Einrichtungen

Im sozialpolitischen Bereich ist Vertrauen aus mehreren Gründen von besonderer Bedeutung: Wer im Lebensalter von 20 Jahren in die Rentenversicherung einzahlt, muss darauf vertrauen können, dass er 45 Jahre später eine angemessene Rente erhält; wer in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, muss darauf vertrauen können, dass er im Bedarfsfall mit der Arbeitslosenunterstützung überleben kann usw. Einzahlungen und Inanspruchnahme von Leistungen fallen in der Regel weit auseinander und deshalb spielt die Vertrauensbildung eine große Rolle. Das Vertrauen der Bevölkerung in die einzelnen sozialen Sicherungssysteme kann als Indikator für die Akzeptanz der verschiedenen Einrichtungen des Sozialstaats gewertet werden. → Tab. 4

Es lassen sich große Unterschiede hinsichtlich des Vertrauens der Bevölkerung zur Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende feststellen. In beiden Beobachtungsjahren bringen die Menschen der gesetzlichen Krankenversicherung nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen entgegen. Dagegen wird der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung

ein vergleichsweise geringes Vertrauen entgegengebracht. Ungünstig schneidet die Grundsicherung für Arbeitsuchende in 2005 und 2006 ab, was auch mit der Reformierung dieses Sicherungssystems zusammenhängen dürfte.

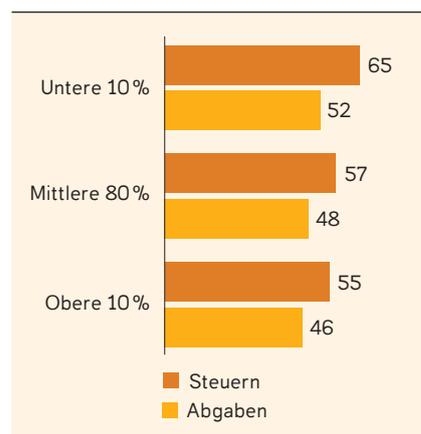
Es ist denkbar, dass die Beurteilungen in einem engen Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion stehen. Insbesondere die umstrittene »Hartz IV«-Reform hat vermutlich das differenzierte sozialpolitische Meinungsklima geprägt.

9.4.4 Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben

Die bisherigen Ergebnisse haben verdeutlicht, dass die Bevölkerung dem Staat eine hohe Verantwortung für die soziale Sicherung zuspricht und dass sie entsprechende Staatsausgaben billigt. Die Aufwendungen für das System der sozialen Sicherung werden über einkommensabhängige Sozialbeiträge und Steuern finanziert, die in der öffentlichen Diskussion oft als überhöht und senkungsbedürftig angesehen werden. Inwieweit die Bevölkerung die Gesamtbelastung als tragbar einstuft, ist für die Legitimität des Sozialstaates von Bedeutung. → **Abb. 2**

In Deutschland wird die Steuerbelastung von einer Mehrheit der Bevölkerung als zu hoch empfunden (58 %), die Sozialabgaben werden von der Hälfte als zu hoch angesehen (51 %). Bei aller kritischen Betrachtung von Steuern und Sozialabgaben bedeutet dies immerhin, dass die Sozial-

Abb. 2: Belastung durch Steuern u. Abgaben nach dem Einkommensniveau der privaten Haushalte in Deutschland 2006, in %



Fragen: »Unser Sozialstaat erzielt die notwendigen Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben. Zunächst zu den Steuern: Empfinden Sie die Steuern, die Sie zahlen, als viel zu hoch, eher zu hoch, angemessen, eher zu niedrig oder viel zu niedrig? Wie ist es mit den Sozialabgaben, also z. B. den Beiträgen zur Kranken- und Rentenversicherung. Sind die Abgaben, die Sie zahlen, viel zu hoch, eher zu hoch, angemessen, eher zu niedrig oder viel zu niedrig?«

Antwortkategorien »viel zu hoch« und »eher zu hoch«

Datenbasis: Sozialstaatssurvey 2006.

Tab. 3: Ziele, für die der Staat mehr oder weniger ausgeben sollte

	Viel mehr/ etwas mehr		Gleich viel		Etwas weniger/ viel weniger	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	in %					
Familien und Kinder unterstützen						
Gesamt	78	78	20	18	2	3
Westdeutschland	77	78	21	19	3	4
Ostdeutschland	83	83	16	15	1	2
Pflege im Alter und bei Krankheit						
Gesamt	67	70	30	27	3	3
Westdeutschland	66	70	30	27	4	3
Ostdeutschland	70	73	28	25	2	2
Gesundheitliche Versorgung						
Gesamt	58	65	35	30	7	5
Westdeutschland	56	64	37	31	7	5
Ostdeutschland	68	73	28	24	4	3
Grundsicherung für Bedürftige						
Gesamt	55	56	39	36	6	8
Westdeutschland	53	55	40	37	7	8
Ostdeutschland	64	63	32	32	4	6
Lebensstandard im Alter						
Gesamt	50	56	41	37	9	8
Westdeutschland	49	55	41	37	10	8
Ostdeutschland	55	57	39	37	6	6
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit						
Gesamt	50	53	42	39	8	8
Westdeutschland	49	52	43	39	8	9
Ostdeutschland	58	56	37	37	5	7
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit						
Gesamt	42	38	44	43	14	19
Westdeutschland	41	38	44	42	15	20
Ostdeutschland	49	43	40	44	11	13

Frage: »Und für welche Ziele sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben? Bitte geben Sie für die folgenden Bereiche an, ob die Regierung sehr viel mehr ausgeben, etwas mehr ausgeben, die Ausgaben auf dem jetzigen Stand halten, etwas weniger oder viel weniger ausgeben sollte. Bedenken Sie dabei, dass höhere Ausgaben auch höhere Steuern und Abgaben erfordern können.«

Datenbasis: Sozialstaatssurvey 2005, 2006.

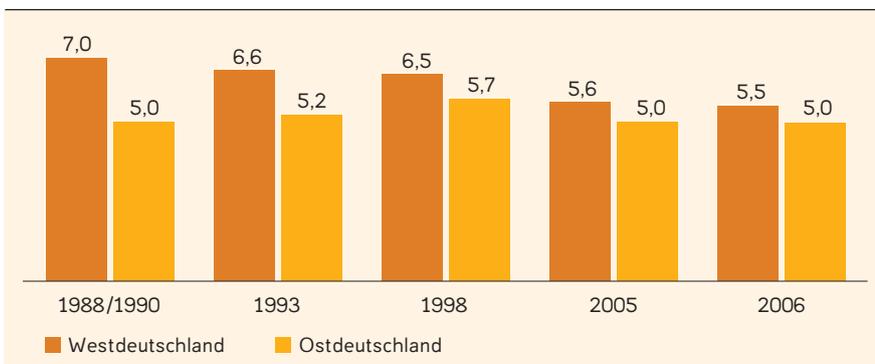
Tab. 4: Vertrauen in die Einrichtungen der sozialen Sicherung in Deutschland

	Krankenversicherung		Arbeitslosenversicherung		Rentenversicherung		Grundsicherung für Arbeitssuchende	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	»großes Vertrauen« und »etwas Vertrauen« in %							
Region								
Westdeutschland	73	67	44	47	34	33	28	34
Ostdeutschland	73	69	47	51	41	39	26	32
Geschlecht								
Männer	73	67	44	49	35	34	29	34
Frauen	73	68	44	47	36	34	27	33
Altersgruppen								
18–34 Jahre	78	69	46	50	25	24	31	39
35–59 Jahre	71	65	39	45	26	26	24	31
60 Jahre und älter	75	70	51	51	59	54	32	34
Bildung								
Niedrig	70	68	47	47	42	44	24	33
Hoch	73	66	43	50	33	29	28	36
Erwerbsstatus								
Erwerbstätige	71	66	39	47	25	25	23	30
Selbstständige/ Freiberufler	67	57	37	45	20	17	29	33
Arbeitslose	76	65	51	50	37	32	30	34
Rentner/Pensionäre	74	70	50	50	61	55	32	35
Einkommensquintile								
Unterstes Quintil	71	67	45	46	34	35	25	35
Oberstes Quintil	72	69	39	54	38	34	30	37

Frage: »Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen der sozialen Sicherung und Sie sagen mir bitte bei jeder Einrichtung, wie groß das Vertrauen ist, dass Sie ihr entgegenbringen.«

Datenbasis: Sozialstaatsurvey 2005, 2006.

Abb. 3: Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung, Mittelwerte



Frage: »Ich benenne Ihnen jetzt verschiedene Lebensbereiche. Bitte sagen Sie mir, wie zufrieden oder unzufrieden Sie alles in allem damit sind. Hierfür gibt es Werte von 0 bis 10. Wenn Sie ganz und gar zufrieden sind, dann geben Sie bitte 10 an, und wenn Sie ganz und gar unzufrieden sind 0. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.«

Skala 0–10, Mittelwerte

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1988 bis 1998; Sozialstaatsurvey 2005, 2006.

abgaben von der Hälfte der Bevölkerung als angemessen (bzw. teilweise sogar als zu niedrig) angesehen werden. Die Finanzierungsbereitschaft für den Sozialstaat ist bei einem großen Teil der Bevölkerung durchaus vorhanden.

Bei einer Betrachtung der Dezile der Einkommensverteilung zeigt sich, dass die Personen mit den höchsten 10 % der Haushaltseinkommen ihre Steuern und Sozialabgaben deutlich positiver beurteilen als die Personen mit den niedrigsten 10 % der Haushaltseinkommen. Wer also höhere Einkommen bezieht, betrachtet die Steuer- und Abgabenbelastung weniger kritisch als die Bezieher niedriger Einkommen. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland uneinheitlich beurteilt, aber keinesfalls von großen Mehrheiten abgelehnt wird.

9.4.5 Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung

Die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung stellt einen Indikator für die Leistungen der sozialen Sicherung dar, an dem sich ablesen lässt, inwieweit der Sozialstaat die mit ihm verbundenen Ziele und Erwartungen aus der Sicht der Bürger erfüllt. Betrachtet man die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung im Zeitverlauf, zeigt sich für West- und Ostdeutschland eine unterschiedliche Entwicklung. Während sich in Westdeutschland ein kontinuierlicher Rückgang ergibt, ist die Entwicklung in Ostdeutschland weniger eindeutig. Seit der Wiedervereinigung, die von hohen Kosten, struktureller Arbeitslosigkeit und demografischen Spannungen begleitet war, ist die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung in Westdeutschland drastisch gesunken. Demgegenüber stieg die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung in den neuen Bundesländern bis 1998 zunächst an, um danach jedoch wieder zurückzugehen. Zwischen den neuen und alten Bundesländern zeichnet sich damit ein Angleichungsprozess nach unten ab. → **Abb. 3**

Tab. 5: Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung

	Eher zufrieden ¹	
	2005	2006
	in %	
Region		
Westdeutschland	51	48
Ostdeutschland	37	38
Geschlecht		
Männer	51	50
Frauen	46	44
Altersgruppen		
18-34 Jahre	51	50
35-59 Jahre	45	42
60 Jahre und älter	53	51
Bildung		
Niedrig	44	39
Hoch	52	54
Erwerbsstatus		
Erwerbstätige	46	44
Selbstständige/ Freiberufler	48	49
Arbeitslose	36	27
Rentner/Pensionäre	52	50
Einkommensquintile		
Unterstes Quintil	41	37
Oberstes Quintil	62	63

¹ Werte zwischen 6 und 10 auf der Zufriedenheitsskala vom 0 bis 10.

Datenbasis: Sozialstaatssurvey 2005, 2006.

Neben dem Trendverlauf ist von Interesse, wie die soziale Sicherung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen bewertet wird. Dabei sind erhebliche Unterschiede festzustellen. Bei Geringverdienern, Menschen mit niedrigem Schul- bzw. Berufsabschluss und Erwerbslosen ist die Unzu-

friedenheit mit der sozialen Sicherung stark ausgeprägt. Im Geschlechtervergleich weisen Frauen niedrigere Zufriedenheitswerte als Männer auf. Ein Blick auf die Altersgruppen verdeutlicht, dass insbesondere die 35- bis 59-Jährigen mit dem System der sozialen Sicherung weniger zufrieden sind. Eine naheliegende Erklärung könnte sein, dass diese Gruppe die Hauptlast an Steuern und Sozialbeiträgen aufzubringen hat und in der Regel keine oder nur geringe sozialen Leistungen bezieht. → Tab. 5

9.4.6 Zusammenfassung

Die Wahrnehmung und Bewertung des Sozialstaats in Deutschland stellt eine eigene und wichtige Dimension der »Sozialstaatsbeobachtung« dar. Insbesondere lassen sie Identifikation und Akzeptanz erkennen und erlauben Rückschlüsse auf die Unterstützungsbereitschaft in schwierigen Situationen. Nach wie vor genießt der deutsche Sozialstaat bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Vor allem Geringverdiener, Menschen mit niedriger Allgemein- und Berufsbildung sowie Bürger aus Ostdeutschland schreiben dem Staat die Hauptverantwortung für das System der sozialen Sicherung zu. Ein hohes Maß an Mitverantwortung attestiert die Bevölkerung aber auch anderen Akteuren, etwa den Arbeitgebern und privaten Haushalten.

Die Hauptziele des Sozialstaats werden von der Bevölkerung weitgehend geteilt: bessere Zugangschancen zum Arbeits-

markt, sozialer Frieden, Vermeidung von Armut. Eine Bereitschaft, die Staatsausgaben auszuweiten, ist generell vorhanden, vor allem dann, wenn sie Familien und Kindern zugute kommen. Die Einrichtungen der sozialen Sicherung genießen unterschiedliches Vertrauen, was sicherlich mit der jeweiligen öffentlichen Diskussion und dem unterschiedlichen Problemdruck zusammenhängt. Ein großes Maß an Vertrauen wird der gesetzlichen Krankenversicherung entgegengebracht.

Die gegenwärtige Steuer- und Abgabenbelastung trennt die Bevölkerung in zwei Hälften: Einer Hälfte ist sie eher zu hoch und für die andere Hälfte erscheint sie angemessen. In einer solchen Situation ist es schwierig, einen Zukunftspfad zwischen mehr und weniger Staat zu finden.

Ein Blick auf die Zufriedenheit der Bürger mit dem System der sozialen Sicherung von 1988 bis 2006 verdeutlicht langfristig einen Zufriedenheitsverlust, der auch mit dem anhaltenden Problemdruck seit der Wiedervereinigung zusammenhängt. Die ermittelten Einstellungsmuster zum Sozialstaat sind in West- und Ostdeutschland ähnlich, allerdings sind die höheren Erwartungen an den Sozialstaat in den neuen Bundesländern nicht zu übersehen.

10 Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung

10.1 Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung

Stefan Brings

Kriminalität und innere Sicherheit sind zentrale gesellschaftspolitische Themen in einem demokratischen Staat. Kriminalität verursacht hohe volkswirtschaftliche Schäden und bedroht die freiheitliche demokratische Grundordnung in ihren elementaren Grundregeln für ein friedliches Zusammenleben. Bereits die subjektive Furcht vor Kriminalität beeinträchtigt objektiv die Lebensqualität, weil sie dazu führt, bestimmte soziale Aktivitäten oder Orte aus Sicherheitserwägungen zu meiden. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch Polizei und Justiz ist daher zentral für die Legitimation des Rechtsstaats bei seinen Bürgern.

Die Kriminalitätslage und -entwicklung zu beschreiben, die Tätigkeit von Polizei und Justiz abzubilden sowie die Auswirkungen von (straf-)rechtlichen Maßnahmen zu messen, ist Gegenstand der amtlichen Kriminal- und Justizstatistiken. Hierzu gehören unter anderem die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts über registrierte Straftaten und polizeilich ermittelte Tatverdächtige, die Personenstatistiken der Statistischen Ämter über Verurteilte, Strafgefangene und der Bewährungshilfe unterstellte Personen. Außerdem gehören die Justizstatistiken über die Geschäftsabwicklung bei Staatsanwaltschaften und Gerichten, auch

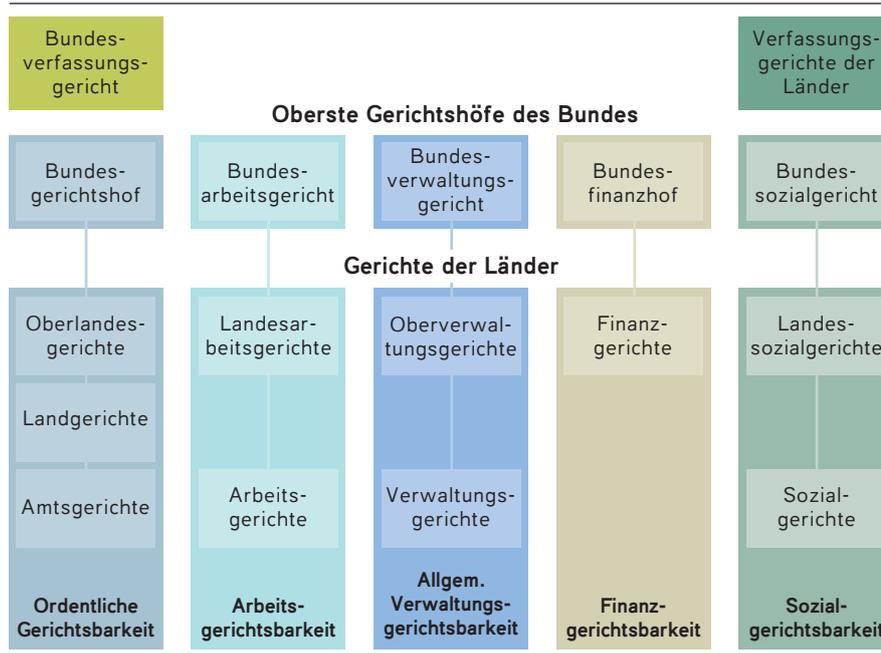
außerhalb des Strafrechts dazu, denn zur öffentlichen Sicherheit und zur Akzeptanz des Rechtsstaats tragen nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sondern gleichermaßen die Justizorgane in den anderen Gerichtsbarkeiten bei. Deshalb wird in diesem Kapitel auch darüber berichtet, wie die so genannte »dritte Gewalt« etwa in der Arbeits-, Verwaltungs- oder Zivilgerichtsbarkeit Recht spricht und gestaltet. → **Abb. 1**

10.1.1 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfasst zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Gerichtsinstanzen überprüfen zu lassen. Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.

Am 31. Dezember 2006 gab es in Deutschland insgesamt 808 ordentliche Gerichte,

Abb. 1: Organe der Rechtsprechung



Quelle: Erich Schmidt, Zahlenbilder Nr. 129010.

Tab. 1: Richter und Richterinnen bei ordentlichen Gerichten und Fachgerichten 2006

	Insgesamt	Männer	Frauen
Richterinnen und Richter insgesamt¹	20 138 ²	13 446 ²	6 693 ²
Bundesdienst	455 ²	373 ²	82 ²
Landesdienst	19 683	13 073	6 610
Ordentliche Gerichte³	14 918	9 850	5 068
Arbeitsgerichte	1 054	701	354
Verwaltungsgerichte	2 030	1 461	570
Sozialgerichte	1 476	917	559
Finanzgerichte	629	490	139

1 Arbeitskraftanteile, daher rundungsbedingte Differenzen möglich.

2 Einschl. 13 Richter und drei Richterinnen beim Bundesverfassungsgericht sowie 15 Richter bei den Truppendienstgerichten.

3 Einschl. Bundespatentgericht.

Tab. 2: Ausgewählte Verfahren nach Art der Gerichte

	2005	2006
Zivilgerichte (ohne Familiengerichte)¹		
Erledigte Zivilverfahren (1. Instanz)	1 879 496	1 740 871
Erledigte Zivilverfahren (Rechtsmittelinstanz)	123 462	121 674
Familiengerichte¹		
Familienverfahren (1. Instanz)	553 183	540 185
Erledigte Familienverfahren (Rechtsmittelinstanz)	28 269	26 832
Strafgerichte¹		
Erledigte Strafverfahren (1. Instanz)	905 876	864 231
Erledigte Strafverfahren (Rechtsmittelinstanz)	62 349	62 235
Verwaltungsgerichte¹		
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (1. Instanz)	205 318	164 912
Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (Rechtsmittelinstanz)	22 425	21 428
Arbeitsgerichte¹		
Erledigte arbeitsrechtliche Klagen	563 873	476 906
Sozialgerichte¹		
Erledigte sozialrechtliche Klagen	299 885	306 051
Finanzgerichte¹		
Erledigte finanzrechtliche Klagen	60 285	53 410
Bundesverfassungsgericht (1. und 2. Senat)		
Erledigte Verfahren	5 060	6 174
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	4 967	5 918
Eingereichte Normenkontrollen	34	78

Die Gesamtzahl der an deutschen Gerichten erledigten Gerichtsverfahren liegt höher als die Summe der hier (für ausgewählte Verfahren) angegebenen Werte.

¹ Ohne Bundesgerichte.

die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 121 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 141 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als »Hüter der Verfassung« einen besonderen Rang. Es ist zugleich Gericht und Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten, die sich jeweils aus acht Richterinnen und Richtern zusammensetzen, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlausschuss) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre. Sie können nicht wieder gewählt werden.

An den so genannten ordentlichen Gerichten (für die Zivil-, Familien- und Strafgerichtsbarkeit) sowie an den Fachgerichten in Deutschland waren 2006 insgesamt 20 100 Richterinnen und Richter tätig, davon 19 700 im Landesdienst. Die Zahl der Staatsanwälte und -anwältinnen betrug zu diesem Zeitpunkt 5 100. Außerdem wirkten insgesamt 135 800 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (11 000 mehr als zwei Jahre zuvor), 7 100 Anwaltsnotarinnen und -notare (jeweils Mitglieder der Rechtsanwaltskammern) sowie 1 600 (hauptberufliche) Notarinnen und

Notare (jeweils zum Stichtag 1. Januar 2007) an der Rechtsprechung mit. → **Tab.1**

Die in der Rechtspflege arbeitenden Personen sahen sich allein bei ordentlichen Gerichten einem Geschäftsanfall von rund 3,1 Mill. Gerichtsverfahren (ohne Bußgeldverfahren) gegenüber, die 2006 in der ersten Instanz neu anhängig wurden. Demgegenüber wurden 2006 rund 1,7 Mill. Zivilverfahren, 540 000 Familiengerichtsverfahren und 864 000 Strafverfahren in der Eingangsstanz erledigt. Dazu kamen noch rund 122 000 Zivilverfahren, 27 000 Familiengerichtsverfahren sowie 62 000 Strafverfahren, die 2006 in der Rechtsmittelinstanz erledigt wurden.

→ **Tab.2**

10.1.2 Straffälligkeit

»Kriminalitätswirklichkeit« und registrierte Kriminalität

Kriminalstatistiken messen nur das so genannte Hellfeld der Kriminalität, also diejenigen Straftaten, die der Polizei bekannt geworden sind. Über das Dunkelfeld der unentdeckten, nicht registrierten Straftaten, können nur Vermutungen angestellt werden. Ohnehin ist die Bewertung, welches Verhalten kriminell und mit Strafe bedroht ist, zwischen Gesellschaften und über die Zeit veränderlich. Die »Kriminalitätswirklichkeit« ist somit Ergebnis eines Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesses.

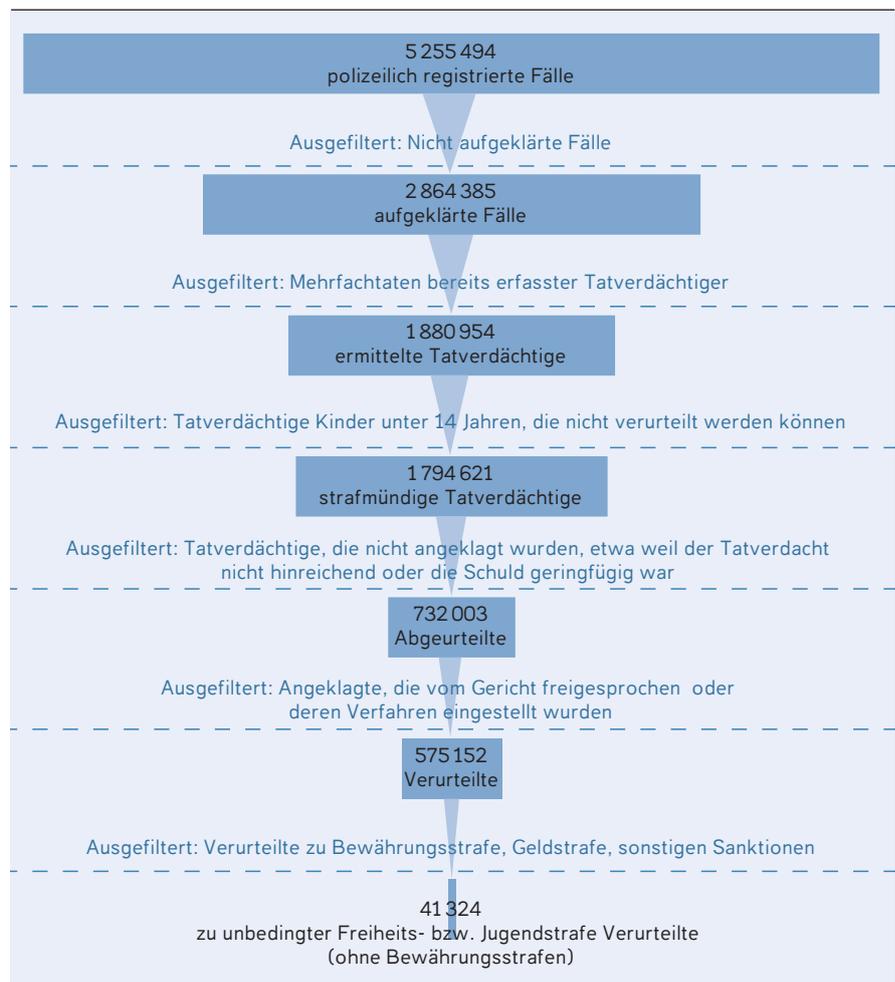
Zwischen Dunkelfeld und Hellfeld gibt es keinen konstanten Zusammenhang: Änderungen in der registrierten Kriminalität können ebenso eine geänderte Kriminalitätswirklichkeit wie eine geänderte Verfolgungsintensität oder eine geänderte soziale Kontrolle widerspiegeln. Durch so genannte Dunkelfeldstudien, etwa allgemeinen Bevölkerungsumfragen zu Opfererlebnissen, konnte gezeigt werden, dass beispielsweise die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung bei Körperverletzungsdelikten zu Anfang dieses Jahrzehnts deutlich höher lag als zwanzig Jahre zuvor. Die

gestiegene Zahl der registrierten Gewaltdelikte in den letzten Jahrzehnten ist somit auch eine Folge der Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld.

Die Anzeigebereitschaft wird nicht nur von sozialen Normen, sondern auch von der subjektiven Bewertung der Strafverfolgungsbehörden sowie von Versicherungsbedingungen beeinflusst. Die Erwartung, dass der Schaden reguliert wird, erhöht ebenso die Anzeigebereitschaft wie ein schwerer Schaden oder ein fremder Täter. Dagegen werden Straftaten in der Familie erheblich seltener angezeigt. Ein überdurchschnittlich großes Dunkelfeld

besteht auch bei der Kriminalität gegen Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten oder einen Kontakt mit den Strafverfolgungsbehörden vermeiden wollen. Obwohl die Anzeigewahrscheinlichkeit abhängig von Tätern, Opfern sowie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist und die Größe des Dunkelfelds von Delikt zu Delikt variiert, lassen sich Gesetzmäßigkeiten feststellen, die gleichermaßen für das Dunkelfeld wie für die registrierte Kriminalität gelten. So werden Männer häufiger Opfer als Frauen und jüngere Menschen häufiger Opfer als ältere. Gewaltdelikte sind relativ seltene Ereignisse.

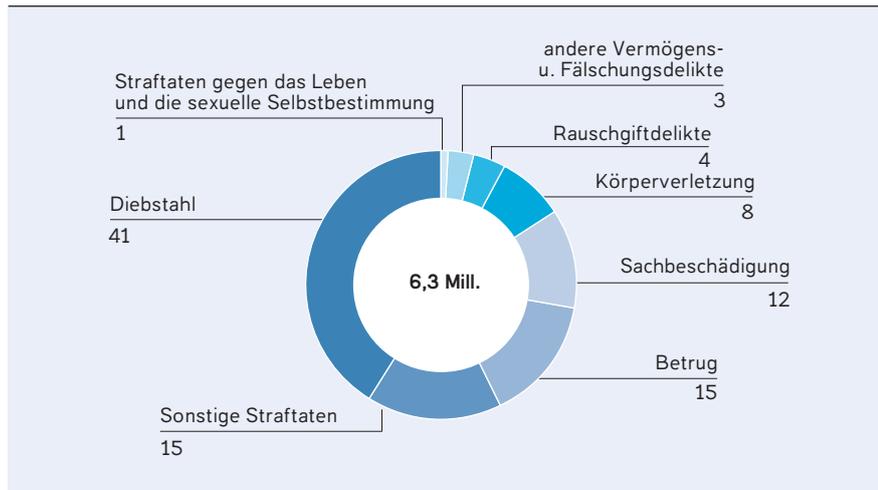
Abb. 2: Ausfilterung (bei der statistischen Erfassung) im Strafverfahren 2006



Daten für das frühere Bundesgebiet einschl. Berlin. Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik); Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik 2006).

Abb. 3: Polizeilich registrierte Straftaten nach Deliktgruppen 2006, in %



Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik).

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote

	Bekannt gewordene Straftaten		Aufklärungsquote in %
	insgesamt	je 100 000 Einwohner	
1980	3 815 774	6 198	44,9
1990	4 455 333	7 108	47,0
2000	6 264 723	7 625	53,2
2004	6 633 156	8 037	54,2
2005	6 391 715	7 747	55,0
2006	6 304 223	7 647	55,4

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 2000 Deutschland.

Quelle: Bundeskriminalamt.

Opfer eines einfachen Diebstahls oder einer Sachbeschädigung sind in größerer Zahl anzutreffen.

Die Verfolgung der registrierten Kriminalität durch die Strafverfolgungsbehörden ist ein mehrstufiger Bewertungs- und Ausfilterungsprozess. Etwa die Hälfte der von der Polizei registrierten Straftaten wird aufgeklärt, das heißt der Staatsanwaltschaft wird nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen mindestens ein bekannter Tatverdächtiger benannt. Wiederum gut 60 % aller staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren werden eingestellt, weil die Staatsanwaltschaft den Tatverdacht nicht ausreichend begründet sieht oder die Strafbarkeit nicht gegeben ist. Auch kann die Staatsanwaltschaft etwa gegen Auflagen ein Verfahren einstel-

len, wenn dies auch aus präventiver Sicht angezeigt ist. → [Abb. 2](#)

Die letzte Stufe der Ausfilterung und Bewertung bilden die strafgerichtlichen Entscheidungen. Von den Personen, gegen die die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben oder einen Strafbefehl beantragt hat, werden rund 80 % auch verurteilt. Von diesen Personen werden rund 10 % zu einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Tatermittlung und Aufklärungsquote

2006 sind bei deutschen Polizeidienststellen 6,3 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekannt geworden (1 % weniger als im Jahr 2005), davon 5,3 Mill. im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost). Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts

zeigt, konnten von den gemeldeten Straftaten in den alten Ländern 55 % und in den neuen Ländern 59 % aufgeklärt werden. 1980 waren von 3,8 Mill. registrierten Straftaten im früheren Bundesgebiet 45 % aufgeklärt worden.

Auch wenn nicht alle ermittelten Straffälligen oder alle Opfer von Straftaten zur registrierten Bevölkerung in Deutschland gehören, ermöglicht die Umrechnung der Straftatenzahl auf je 100 000 Einwohner einen zeitlichen Vergleich, auf den eine veränderte Bevölkerungszahl keinen Einfluss hat. 1980 wurden im früheren Bundesgebiet 6 200 Straftaten je 100 000 Einwohner bekannt, 2006 wurden dort wie auch im vereinten Deutschland insgesamt rund 7 600 Straftaten je 100 000 Einwohner gezählt. Diese sind seit 2004 leicht rückläufig. → [Tab. 3](#)

2006 sind insgesamt 2,6 Mill. Diebstahlsfälle bekannt geworden, das waren gut 41 % aller polizeilich registrierten Delikte. Demgegenüber machten die rund 2 500 Fälle von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag nur 0,04 % an der polizeilich registrierten Gesamtkriminalität aus. Die Aufklärungsquote ist in der Regel auch von der Schwere des Verbrechens oder des Vergehens abhängig. So wurden z. B. 2006 nur 30 % der Diebstähle ohne erschwerende Umstände (z. B. Ladendiebstahl), jedoch 95 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt. → [Abb. 3](#)

Für die Straftaten, die 2006 aufgeklärt wurden, hat die Polizei insgesamt 2,3 Mill. Tatverdächtige ermittelt, darunter 1,7 Mill. Männer. 78 % aller Tatverdächtigen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekannt gewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Tab. 4: Verurteilte nach Straftatengruppen im früheren Bundesgebiet

	1980	1990	2000	2005	2006
	in%				
Straftaten im Straßenverkehr	45,0	37,4	28,6	24,2	23,5
Straftaten gegen die Person	8,4	8,6	11,9	14,2	15,0
Mord und Totschlag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
gegen die sex. Selbstbestimmung	0,8	0,7	0,9	1,0	1,0
gegen die körperliche Unversehrtheit	4,5	4,7	7,1	9,0	9,7
andere gegen die Person ¹	3,1	3,2	3,8	4,2	4,3
Straftaten gegen das Vermögen	32,4	38,7	41,3	44,6	44,3
Diebstahl und Unterschlagung	22,2	22,9	20,5	18,5	18,0
Betrug, Untreue, Urkundenfälschung	7,3	12,7	17,1	22,3	22,2
andere gegen das Vermögen ²	2,9	3,1	3,7	3,9	4,1
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	2,3	2,4	2,6	2,9	3,0
Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	2,0	3,5	6,2	6,6	6,9
Übrige Verbrechen und Vergehen	9,9	9,5	9,4	7,5	7,4

Ab 1995 einschl. Berlin.

1 Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Beleidigung usw.

2 Z. B. Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung.

Nach Abschluss dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muss das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Dieses Strafverfahren kann dann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, dass von einer Strafe abgesehen wird.

Der beschriebene Prozess der Ausfilterung macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, dass eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfasst wird, aber nur einmal im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die zu den Verurteilten nur bedingt vergleichbar. Tatverdächtigen- und Verurteiltenstatistik unterscheiden sich auch hinsichtlich der abgebildeten Deliktstruktur. Die Verurteiltenstatistik weist durchschnittlich schwerere Delikte nach als die Tatverdächtigenstatistik, da

die leichteren Fälle seltener an die Strafgerichte weitergeben werden.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 2006 im früheren Bundesgebiet einschl. Gesamt-Berlin 751 400 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 23 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 77 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen. Da in den neuen Ländern die Strafverfolgungsstatistik derzeit noch nicht umfassend durchgeführt wird, können leider keine Ergebnisse für Gesamtdeutschland vorgelegt werden. → **Tab. 4**

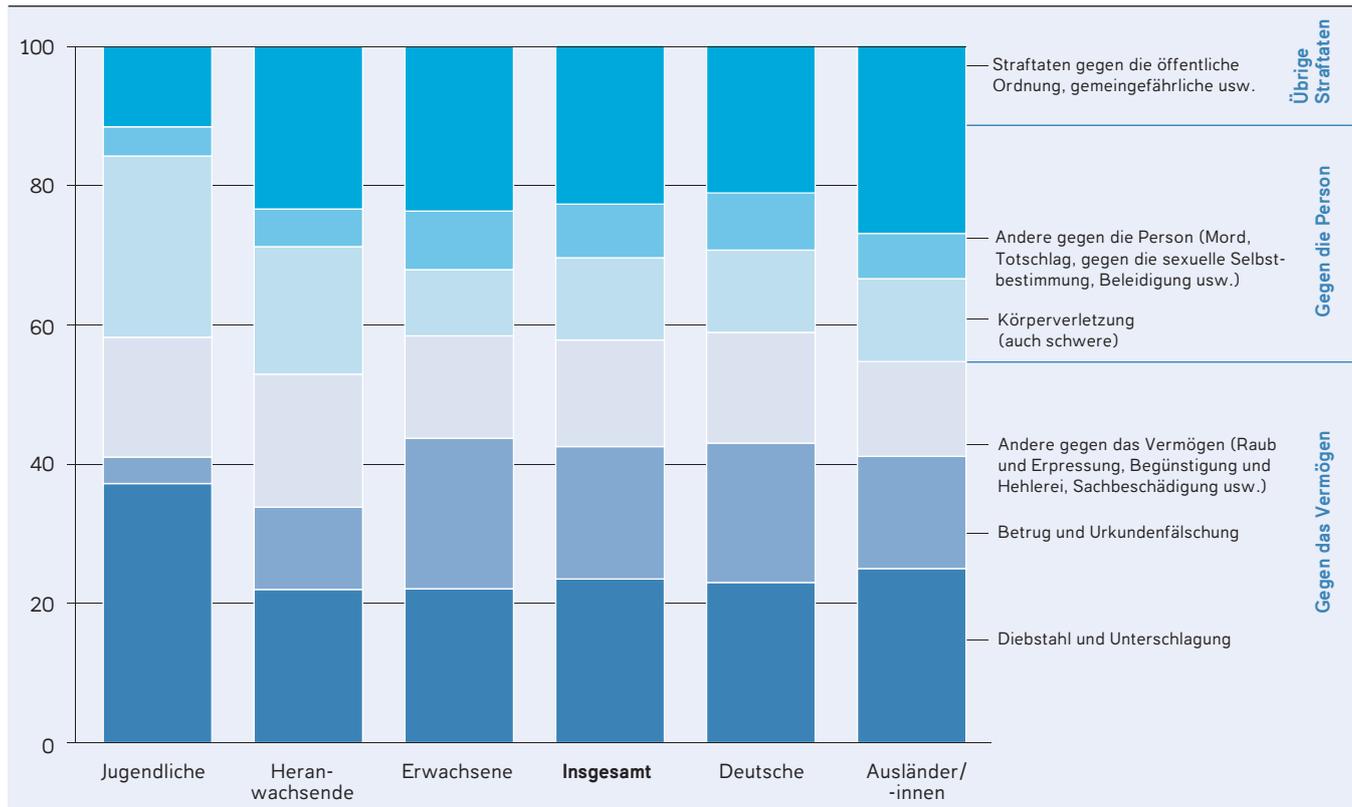
Der Anteil der Personen, die wegen eines Straßenverkehrsdelikts verurteilt wurden, ist im letzten Vierteljahrhundert erheblich zurückgegangen, und zwar um 22 Prozentpunkte von 45 % (1980) auf 23 % (2006). Leicht rückläufig war auch der Anteil der Diebstahlsdelikte um vier Prozentpunkte im gleichen Zeitraum. Dagegen hat die Bedeutung von Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit um fünf Prozentpunkte und vor allem von Betrugsdelikten (um 15 Prozentpunkte) zugenommen.

Die Deliktstruktur ist nicht nur über die Zeit veränderlich, sondern unterscheidet sich auch zwischen den Bevölkerungs-

gruppen. Insgesamt haben von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, 2006 etwa 23 % ein Diebstahlsdelikt (einschl. Unterschlagung) und 12 % ein vorsätzliches Körperverletzungsdelikt begangen. Es zeigt sich jedoch, dass sich die genannten Delikte ungleichmäßig über die Altersgruppen verteilen. Bei Jugendlichen von 14 bis unter 18 Jahren machten 2006 die Diebstahlsdelikte 37 % und die vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte weitere 26 % aller Verurteilungen aus. Jugenduntypische Delikte sind dagegen Betrug und Urkundenfälschung: Für 4 % der Jugendlichen, aber für 22 % aller Erwachsenen war eine solche Straftat Grund der 2006 erfolgten strafgerichtlichen Verurteilung. → **Abb. 4**

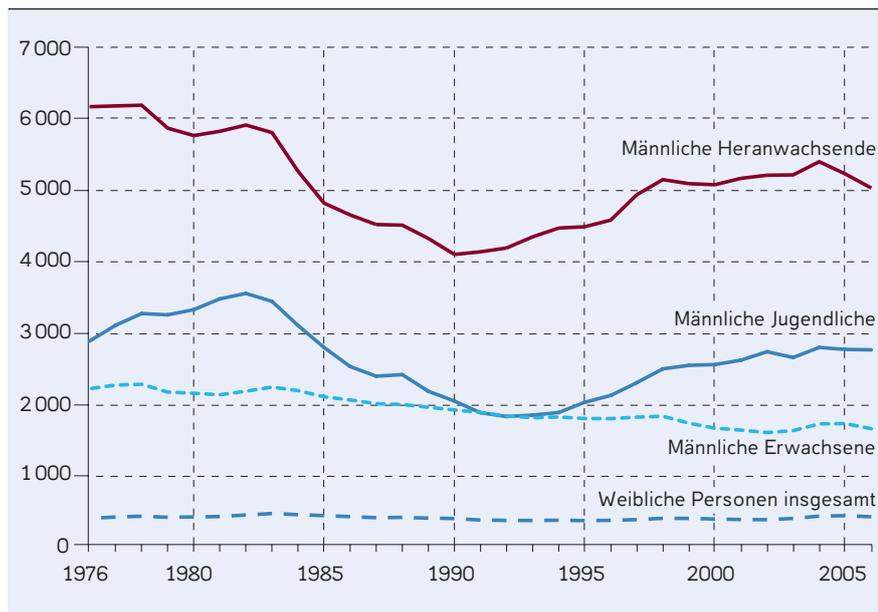
Von je 100 000 strafmündigen Deutschen, die im früheren Bundesgebiet wohnten, wurden 2006 insgesamt 1 100 Personen verurteilt. Diese so genannte Verurteiltenziffer, die den Anteil von verurteilten Personen an der Wohnbevölkerung angibt, ermöglicht Vergleiche bezüglich der gerichtlich registrierten Kriminalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die ausländische Bevölkerung kann eine solche Ziffer nicht berechnet werden, weil ein erheblicher Teil der statistisch erfassten ausländischen Verurteilten nicht zur Wohnbevölkerung in Deutschland gehört. Die nicht bei den Einwohnerbehörden gemeldeten ausländischen Verurteilten würden zu einer unzutreffenden Überhöhung der Verurteiltenziffern für die in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen führen. Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild, das entsprechend auch für die ausländische Wohnbevölkerung gelten dürfte: Männer wurden 2006 mehr als fünfmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende etwa dreimal so häufig wie Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteiltenziffern in den vergangenen zwei Jahrzehnten, so zeigt sich insbesondere bei den männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden eine

Abb. 4: Wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilte nach Deliktgruppen 2006, in %



Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin. Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Abb. 5: Wegen Verbrechen und Vergehen verurteilte Deutsche 2006, je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe



Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West, ab 1995 einschl. Berlin.

wechselhafte Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität: Nachdem die entsprechenden Verurteilenziffern in den 1980er Jahren teilweise deutlich zurückgingen, sind sie seit Beginn der 1990er Jahre bis 2005 wieder gestiegen. → **Abb. 5**

Kinder unter 14 Jahren können in Deutschland strafrechtlich nicht belangt werden. Straffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Heranwachsende werden nach Jugendstrafrecht abgeurteilt, das den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt. Auf freiheitsentziehende Strafen wird bei Jugendlichen nur nach besonders schweren oder wiederholten Straftaten erkannt.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 2006 im früheren Bundesgebiet 105 900 Personen nach Jugendstrafrecht und 645 500 Personen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Zu einer Freiheitsstrafe nach all-

Tab. 5a: Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen im früheren Bundesgebiet

	1980	1990	2000	2005	2006
Freiheitsstrafe	104 850	102 454	125 305	127 981	124 663
davon bis einschl. 1 Jahr	91 268	85 587	97 903	97 429	93 896
mehr als 1 bis einschl. 5 Jahre	12 560	15 870	25 729	28 742	28 958
mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre	968	941	1 566	1 711	1 715
lebenslang	54	56	107	99	94
Strafarrest ¹	868	292	252	52	31
Geldstrafe (allein)	494 114	512 343	513 336	545 971	520 791
Insgesamt	599 832	615 089	638 893	674 004	645 485

Ab 1995 einschl. Berlin.

¹ Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

Tab. 5b: Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen und sonstige Maßnahmen im früheren Bundesgebiet

	1980	1990	2000	2005	2006
Jugendstrafe	17 982	12 103	17 753	16 641	16 886
Zuchtmittel (z. B. Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	98 090	50 193	69 892	82 516	82 233
Erziehungsmaßregeln (z. B. Erteilung von Weisungen zur Lebensführung)	16 577	14 978	6 195	7 498	6 783
Verurteilte insgesamt	132 649	77 274	93 840	106 655	105 902

Ab 1995 einschl. Berlin. – Strafen und Maßnahmen können nach Jugendstrafrecht nebeneinander angeordnet werden. In dieser Tabelle wird aber nur die jeweils schwerste Sanktion für die Verurteilten ausgewiesen.

gemeinem Strafrecht wurden 124 700 straffällige Personen verurteilt, in 87 100 Fällen (70 %) wurde diese zur Bewährung ausgesetzt. Zu einer Geldstrafe als schwerster Strafe wurden 2006 knapp 520 800 Personen verurteilt.

Mit einem Anteil von vier Fünfteln an allen Sanktionen ist die Geldstrafe statistisch betrachtet die Regelstrafe nach allgemeinem Strafrecht. Das Verhältnis von Freiheits- und Geldstrafen ist seit 1980 weitgehend unverändert. Allerdings wurden 2006 deutlich seltener kurze Freiheitsstrafen mit einer Dauer bis einschließlich einem Jahr ausgesprochen als 1980. Der Anteil der kurzen an allen Freiheitsstrafen ging von 87 % auf 75 % zurück. → **Tab. 5a**

Eine freiheitsentziehende Jugendstrafe nach Jugendstrafrecht wurde gegen 16 900 Personen verhängt, wobei in 60 % der Fälle die Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die am häufigsten nach

Jugendstrafrecht verhängte Sanktion sind die so genannten Zuchtmittel. Diese umfassen so unterschiedliche Sanktionen wie Jugendarrest, der in einer geschlossenen Jugendarrestanstalt vollstreckt wird und bis zu vier Wochen dauern kann, Auflagen (etwa gemeinnützige Arbeitsleistungen zu erbringen oder einen Geldbetrag zu entrichten) und Verwarnungen. Die mildeste Sanktion des Jugendstrafrechts ist die Erziehungsmaßregel, mit der etwa die Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs oder Weisungen zur Lebensführung angeordnet werden können. → **Tab. 5b**

Mit Erziehungsmaßregeln als schwerster Sanktion wurden 2006 rund 6 % aller nach Jugendstrafrecht verurteilten Personen belegt, 1980 waren es noch 12 %. Dagegen wurden im gleichen Zeitraum verhältnismäßig häufiger Jugendliche und Heranwachsende zu Zuchtmitteln verurteilt. 2006 lag ihr Anteil an allen nach Jugendstrafrecht verhängten (schwersten) Sanktionen bei 78 %. → **Abb. 6**

Insgesamt sind seit 1980 die Verurteilungen von Beschuldigten in Strafsachen sowohl nach allgemeinem als auch nach Jugendstrafrecht zugunsten informeller Entscheidungen zurückgedrängt worden. Das heißt, dass zunehmend häufiger Strafverfahren durch Staatsanwaltschaft oder Gericht eingestellt werden, etwa weil die Straftat als geringfügig bewertet wird. 2006 wurden etwa 43 % der formell und informell sanktionierten Personen verurteilt, 1981 waren es noch 64 %.

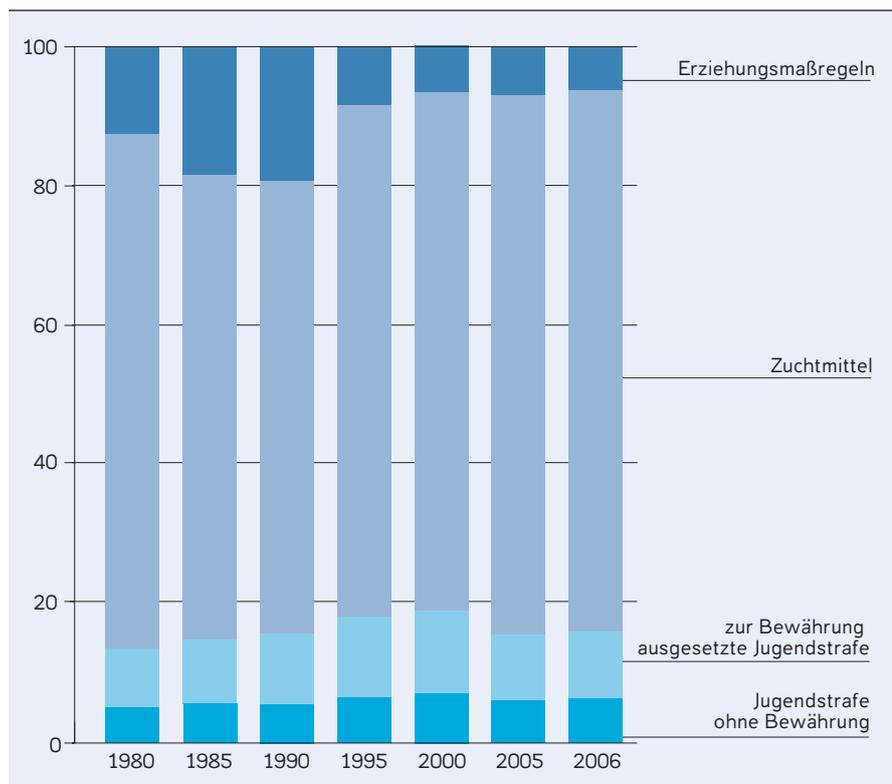
Obwohl sich bei den formellen Sanktionen das Verhältnis von stationären, also unmittelbar freiheitsentziehenden, und nicht (unmittelbar) freiheitsentziehenden Sanktionen in den letzten Jahrzehnten nur geringfügig verändert hat, bewirkte der beschriebene absolute Anstieg der Verurteiltenzahlen seit Mitte der 1990er Jahre einen Anstieg der Gefangenzahlen. Bei einem nur leicht höheren Anteil der unbedingten, also nicht zur Bewährung ausgesetzten Freiheits- und Jugendstrafen von 6 % 2006 gegenüber 5 % 1990 hat der über die Strafverfolgungsstatistik messbare, unmittelbare jährliche Zugang in den Strafvollzug absolut von 37 100 im Jahr 1990 auf 44 300 im Jahr 2006 zugenommen.

Strafvollzug

In den deutschen Justizvollzugsanstalten saßen am 30. November 2006 rund 76 600 Personen ein (ohne Hafturlauber), darunter 72 600 Männer und 3 100 Frauen. Der Frauenanteil lag somit (wie in den Vorjahren) bei rund 5 %. Ein vergleichsweise höherer Frauenanteil ergab sich bei den Abschiebungshäftlingen (12 %) und den Personen mit Ersatzfreiheitsstrafe (7 %), die dann vollzogen wird, wenn eine Geldstrafe nicht geleistet wird oder nicht geleistet werden kann. Demgegenüber befanden sich unter den Sicherungsverwahrten ausschließlich Männer. → **Tab. 6**

Ende 2006 befanden sich 66 800 Gefangene im geschlossenen und 9 800 im offenen Vollzug (13 %). Der offene Vollzug,

Abb. 6: Verurteilte nach Jugendstrafrecht nach der schwersten verhängten Sanktion, in %



Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West, ab 1995 einschl. Berlin.

mit dem die Reintegration von Straftätern in die Gesellschaft gefördert werden soll, ist in den Ländern unterschiedlich stark ausgebaut. Während Ende 2006 in Thüringen 4 % aller Gefangenen im offenen Vollzug einsaßen, waren es gleichzeitig in Berlin und Nordrhein-Westfalen 22 %. → **Abb. 7,8**

Die Gefangenen verteilen sich am 30. November 2006 auf insgesamt 80 000 Haftplätze in 195 organisatorisch selbstän-

digen Anstalten. Die Belegungsquote lag damit bei 96 %. Die rund 67 800 Haftplätze im geschlossenen Vollzug waren zu 99 % ausgelastet. Dabei hat sich der Auslastungsgrad in den letzten Jahren leicht reduziert: Ende 2003 lag er insgesamt bei 101 %, im geschlossenen Vollzug bei 104 %. Ein wesentlicher Grund für die leichte Entspannung war die rückläufige Zahl bei Untersuchungs- und Abschiebehäftlingen.

Tab. 6: Einsitzende in deutschen Justizvollzugsanstalten nach Art des Vollzugs am 30.11.2006

	Insgesamt	Männer	Frauen
Strafgefangene	60 744	57 607	3 137
mit Freiheitsstrafe	54 112	51 269	2 843
mit Jugendstrafe	6 632	6 338	294
Sicherungsverwahrte	398	398	-
Untersuchungshäftlinge	13 330	12 560	770
Abschiebungshäftlinge	798	702	96
Sonstige Freiheitsentziehung	1 359	1 296	63
Einsitzende insgesamt	76 629	72 563	4 066

Ohne vorübergehend abwesende Personen wie Hafturlauber.

Zum 30. November 2006 saßen 13 300 Untersuchungs- und 800 Abschiebungshäftlinge in den deutschen Justizvollzugsanstalten ein. Drei Jahre zuvor waren es noch 16 800 Untersuchungshäftlinge und 1 600 Abschiebehäftlinge gewesen. Demgegenüber stieg die Zahl der Strafgefangenen im selben Zeitraum leicht an: 60 700 Personen verbüßten eine Freiheits- bzw. Jugendstrafe, drei Jahre zuvor waren es noch 59 100.

Der zahlenmäßige Anstieg bei den Strafgefangenen folgt dem oben beschriebenen längeren Trend: Bereits seit 1992 werden kontinuierlich mehr Einsitzende mit Freiheits- und Jugendstrafe gezählt. Seitdem hat sich ihre Zahl von rund 40 000 um die Hälfte erhöht. Dabei ist die Höhe des Anstiegs auch durch die Entwicklung in den neuen Ländern mit bestimmt. Dort wurden nach einer weitgehenden Amnestie infolge der deutschen Vereinigung und dem Aufbau des Justizwesens zunächst erheblich mehr Personen in den Strafvollzug eingewiesen als entlassen.

Rückfälligkeit

Nach einer 2004 veröffentlichten Auswertung des Bundeszentralregisters, in das unter anderem rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen einzutragen sind, wurden gut ein Drittel der im Bezugsjahr 1994 verurteilten Personen im Laufe der folgenden vier Jahre nicht wieder strafrechtlich registriert. Fast zwei Drittel wurden im genannten Zeitraum somit nicht wieder straffällig und ihre Eintragung wird aus dem Register gelöscht.

Personen, die lediglich zu einer Geldstrafe (30 %) verurteilt wurden, hatten mit rund 30 % ein deutlich geringeres Risiko als Personen mit Bewährungsstrafen (46 %) oder als solche mit Verurteilungen zu freiheitsentziehenden Strafen (59 %). Generell gilt, dass Personen, die zu eingriffsintensiveren Sanktionen verurteilt wurden, ein höheres Rückfallrisiko aufweisen. Allerdings macht das Gericht bereits die Entscheidung, ob etwa eine

Abb. 7: Belegungsfähigkeit und Belegung im geschlossenen Justizvollzug am 30.11.2006, in 1 000

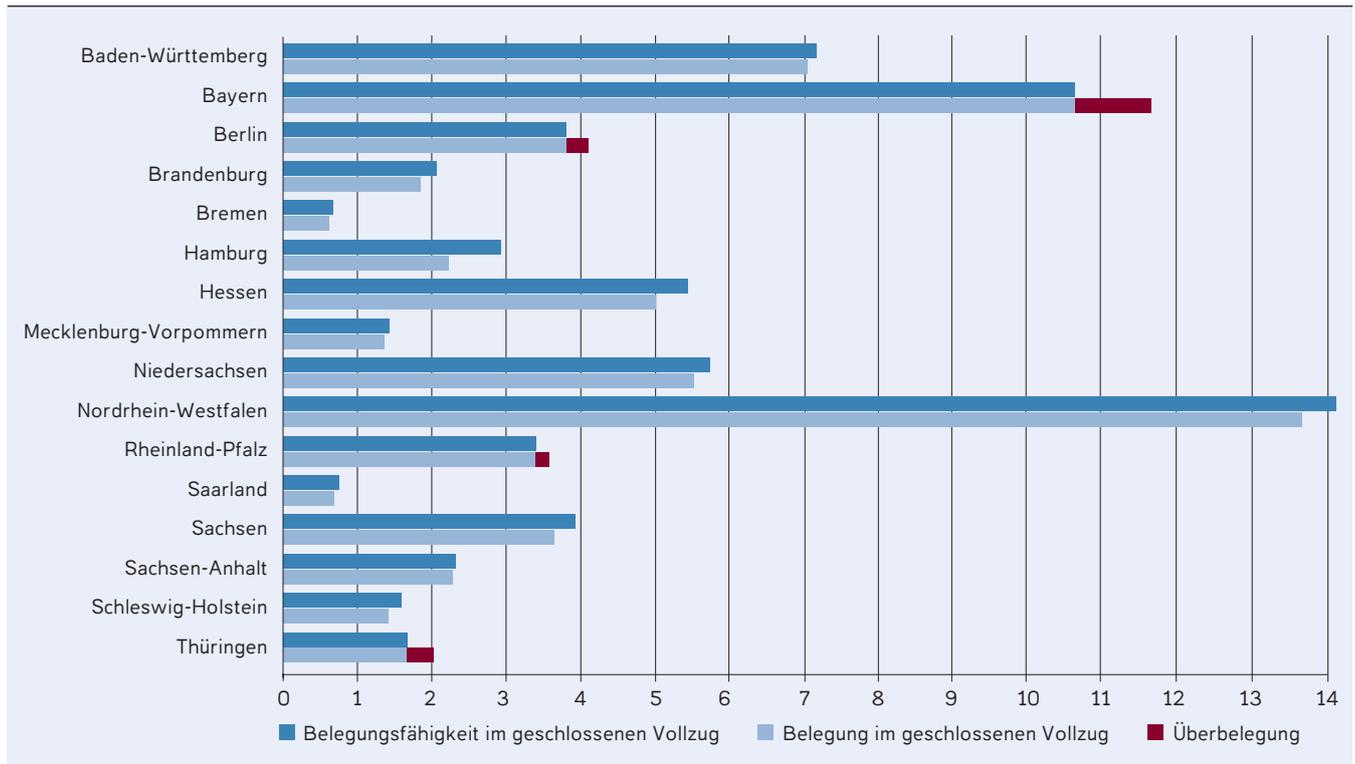
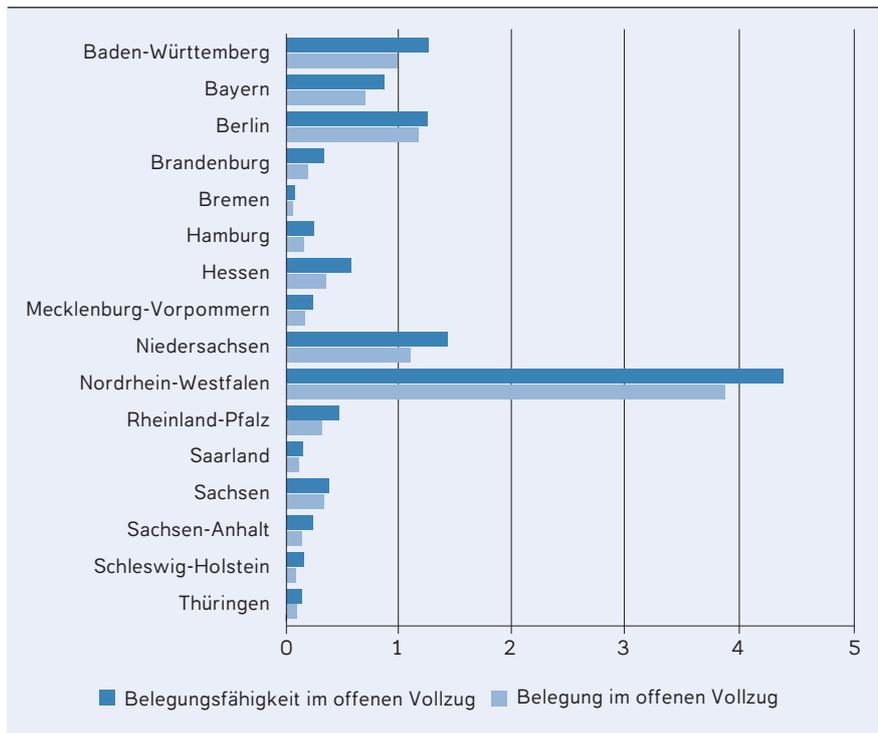


Abb. 8: Belegungsfähigkeit und Belegung im offenen Justizvollzug am 30.11.2006, in 1 000



freiheitsentziehende Sanktion zur Bewährung ausgesetzt werden kann, auch von der Sozialprognose für den Täter abhängig. Zu Freiheitsstrafe verurteilte Personen haben häufig bereits eine gewisse kriminelle Karriere hinter sich, die das Rückfallrisiko erhöht.

10.1.3 Zusammenfassung

Die amtlichen Kriminalstatistiken beschreiben nur einen Ausschnitt der Kriminalitätswirklichkeit, nämlich Straftaten, die bekannt und verfolgt wurden. Änderungen der registrierten Kriminalität könnten aber ebenso eine geänderte Kriminalitätswirklichkeit wie eine geänderte Verfolgungsintensität oder eine geänderte soziale Kontrolle widerspiegeln. Langzeitstudien haben gezeigt, dass insbesondere bei Gewaltdelikten die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. In der Folge ist die Zahl der registrierten Körper-

verletzungsdelikte im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert auch dadurch angestiegen, dass mehr Straftaten aus dem Dunkelfeld bekannt geworden sind.

Seit 1980 ist die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten erheblich angestiegen: Wurden 1980 noch 6 200 Straftaten (ohne Verstöße im Straßenverkehr) je 100 000 Einwohner erfasst, waren es 2006 rund 7 600. Die erhöhte Zahl polizeilich registrierter Straftaten hat sich aber nur abgeschwächt auf die Verurteilungszahlen ausgewirkt. Stattdessen hat die Justiz vermehrt Strafverfahren eingestellt, etwa weil sich der Tatverdacht nicht erhärten ließ oder die Schuld als gering bewertet wurde.

Die Deliktstruktur der Hellfeldkriminalität hat sich in den letzten Jahrzehnten

verschoben. Wie die Strafverfolgungsstatistik zeigt, waren Straßenverkehrsdelikte stark rückläufig. Körperverletzungsdelikte und Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz wurden dagegen häufiger registriert. Gegenläufig entwickelt haben sich in den letzten Jahrzehnten die zunehmend bedeutsamen Betrugsdelikte einerseits und die Eigentumsdelikte andererseits. Trotzdem war Diebstahl oder Unterschlagung auch 2006 noch in einem von fünf Fällen der Grund für eine strafgerichtliche Verurteilung.

Die Geldstrafe ist statistisch gesehen in Deutschland heute die Regelstrafe nach allgemeinem Strafrecht: Im Durchschnitt werden derzeit etwa vier von fünf Verurteilten nach allgemeinem Strafrecht mit Geldstrafe belegt. Entsprechende Relationen ergeben sich im Jugendstrafrecht

für die so genannten Zuchtmittel. Obwohl sich der Anteil der unbedingten Freiheitsstrafen an allen formellen Sanktionen in den letzten Jahren nur unwesentlich geändert hat, bewirkte der Anstieg der Verurteilungszahlen seit Anfang der 1990er Jahre mittelbar auch einen erheblichen Anstieg der Strafgefängenzahlen.

Die überwiegende Mehrzahl der Straftäter bleibt nach einer justiziellen Sanktion strafrechtlich unauffällig. Dabei gilt, dass Täter mit eingriffsintensiveren Sanktionen ein höheres Rückfallrisiko aufweisen.

10.2 Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit

Jörg Dittmann

Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens in der Gesellschaft gibt. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit, namentlich die Unversehrtheit der Rechtsordnung und der grundlegenden Einrichtungen des Staates sowie von Gesundheit, Ehre, Freiheit und Vermögen seiner Bürger, macht daher eine wesentliche Komponente der individuellen Wohlfahrt und der gesellschaftlichen Lebensqualität aus.

Für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit werden primär die faktische Kriminalitätsbelastung und die objektiven Risiken, Opfer einer Straftat zu werden, herangezogen. Aber auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger, das heißt Kriminalitätsängste und Besorgnisse gewinnen als Maßstab für die Gewährleistung oder Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit an Bedeutung. In den politischen Programmen und praktischen Maßnahmen der Kriminalprävention – etwa bei der Gestaltung öffentlicher Räume – wird das Sicherheitsempfinden der Bürger ebenfalls zunehmend berücksichtigt. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen objektiver Kriminalitätsbelastung und subjektivem Sicherheitsempfinden vielschichtig.

Neben tatsächlichen Kriminalitätsrisiken sowie eigenen Opfererlebnissen oder Opfererfahrungen von Angehörigen, beeinflussen eine Reihe zusätzlicher Faktoren die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. Dazu gehören gesellschaftliche Aspekte wie die Berichterstattung in den Medien, lokale Maßnahmen der Kriminalprävention (z. B. Polizeistreifen im Wohngebiet) sowie das Erscheinungsbild des Wohnumfeldes (wie der Verfall der Wohnviertel).

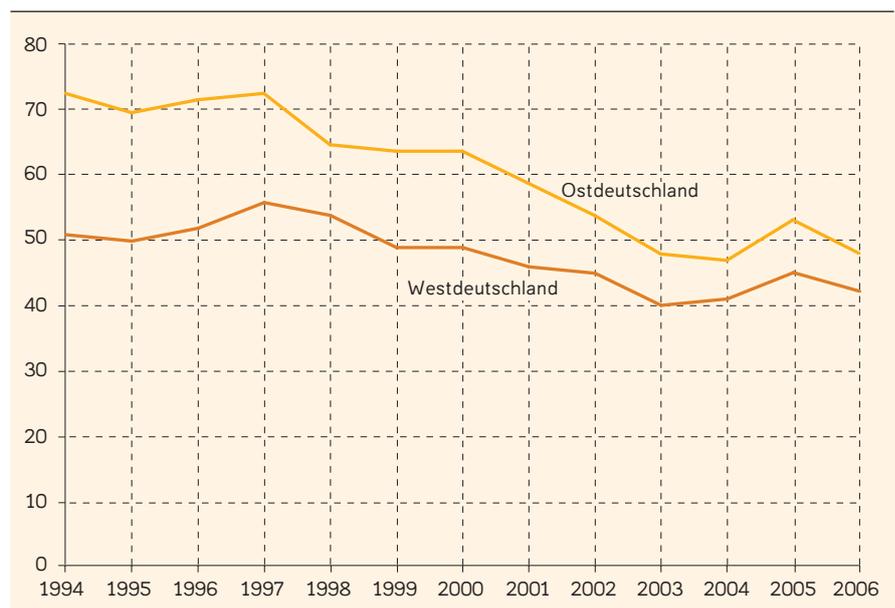
Für die Einschätzung der öffentlichen Sicherheit sind zudem individuelle Merkmale von Bedeutung, insbesondere Sicherheitsansprüche und Toleranzniveau gegenüber Kriminalität, Ängstlichkeit und Verletzbarkeit und die Einschätzung der Möglichkeiten, sich selbst zu schützen und Risiken vorzubeugen. Zudem kann – wie die Umbruchphase in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung belegt – eine allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung die Furcht vor Kriminalität erhöhen.

Anhand verschiedener Indikatoren wird im Folgenden untersucht, wie groß die Kriminalitätsbetroffenheit ist und wie die öffentliche Sicherheit aus der Sicht der Bürger wahrgenommen wird. Das Interesse liegt dabei nicht allein auf Ausmaß, Veränderung und Unterschieden innerhalb Deutschlands, sondern schließt den Vergleich mit anderen europäischen Ländern ein.

10.2.1 Wahrnehmung der Kriminalität im Zeitverlauf

Die Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit hat sich in Deutschland in den letzten Jahren nennenswert verändert. Im Vergleich zu Mitte der 1990er Jahre ist die Furcht vor Kriminalität und die Einschätzung, Opfer einer Straftat zu werden, zurückgegangen. Auch wird Kriminalität weniger als gesellschaftliches Problem wahrgenommen. So sind die Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung im eigenen Land seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eindeutig rückläufig. Die damals noch beachtlichen Unterschiede im Kriminalitätsempfinden zwischen Ost- und Westdeutschen sind dabei deutlich geringer geworden. Mit 73 % lag das Besorgnisniveau im Jahr 1994 bei den Ostdeutschen mehr als 20 Prozentpunkte über den Kriminalitätssorgen der Westdeutschen. Diese Unterschiede sind durch den stärkeren Rückgang in den neuen

Abb. 1: Kriminalitätssorgen, 1994 bis 2006, »Große Sorgen« in %



Datenbasis: SOEP 1994–2006.

Bundesländern zunehmend geringer geworden. Nachdem im Jahre 2005 in beiden Regionen ein leichter Anstieg zu beobachten war, liegt im Jahr 2006 das Ausmaß an Besorgnis auf dem Niveau von 2003 und 2004. Insgesamt ist die Kriminalitätsbesorgnis in den neuen Bundesländern mit 48 % gegenwärtig um 6 Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern. → Abb. 1

10.2.2 Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung

Die öffentliche Sicherheit wird von den Bürgern unterschiedlich erlebt und wahrgenommen. Hinsichtlich der persönlichen Betroffenheit von Kriminalität zeigt sich für Deutschland, dass ältere Menschen und Frauen seltener von Erfahrungen als Opfer berichten als andere Bevölkerungsgruppen. Zudem ist das Opferrisiko für Gewaltdelikte in den verschiedenen Altersgruppen sowie bei Männern und Frauen in Westdeutschland weiterhin höher als in Ostdeutschland. In der Altersgruppe der über 60-Jährigen hat die Polizei im Jahre 2006 in Westdeutschland 63 Opfer und in Ostdeutschland 48 Opfer von Gewaltkriminalität pro 100 000 Einwohner (der jeweils gleichen Altersgruppe) registriert. Bei den Frauen wurden im gleichen Jahr in Westdeutschland 182 weibliche Gewaltopfer und in Ostdeutschland 121 Frauen als Gewaltopfer pro 100 000 Einwohner registriert. Im Vergleich dazu lag die Belastungszahl bei den Männern in Westdeutschland bei 466 und in Ostdeutschland bei 374 polizeilich bekannt gewordenen Gewaltopfern pro 100 000 Einwohner. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist darauf hin, dass sich das Opferrisiko im Bereich Gewaltkriminalität im letzten Jahrzehnt vor allem bei jungen Menschen nennenswert erhöht hat. 1996 registrierte die Polizei in Westdeutschland unter den 18- bis 21-Jährigen 825 Gewaltopfer pro 100 000 Einwohner. 2006 waren es mit 1 394 fast doppelt so viele. Ein ähnlicher Anstieg zeigt sich auch in Ostdeutschland. Diese

Anstiege dürften nicht allein auf eine gestiegene Anzeigebereitschaft bei den Opfern oder in der Bevölkerung und Veränderungen in der Polizeiarbeit zurückzuführen sein, sondern auch mit einem tatsächlichen Anstieg in den Kriminalitäts- und Opferzahlen zusammenhängen.

→ Tab. 1

Obwohl Frauen und ältere Menschen seltener von Kriminalität betroffen sind, fürchten sie sich mehr davor als Männer und Jüngere. In der Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2006 gaben 35 % der Westdeutschen über 60 Jahre und 48 % der Ostdeutschen der gleichen Altersgruppe an, dass sie sich etwas oder sehr

Tab. 1: Opfer von Gewaltkriminalität in Deutschland

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1996	2006	1996	2006
	Pro 100 000 Einwohner der gleichen Alters- bzw. Geschlechtergruppe			
Insgesamt	248,5	320,9	227,1	245,5
Geschlecht				
Männer	361,7	465,9	349,9	374,3
Frauen	141,1	182,2	111,3	121,2
Alter				
Unter 14 Jahre	112,7	146,0	123,2	123,3
14 bis unter 18 Jahre	899,2	1 120,3	695,5	874,1
18 bis unter 21 Jahre	824,8	1 394,4	720,1	952,9
21 bis unter 60 Jahre	269,8	347,7	237,0	259,8
60 Jahre und älter	77,5	62,8	66,8	47,8

Gewaltkriminalität umfasst folgende Straftaten: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberische Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriff auf den Luft- und Seeverkehr.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS 2006, Tabelle 91.

Tab. 2: Kriminalitätsfurcht¹

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Unsicher in %	
Insgesamt	24	36
Geschlecht		
Männer	12	22
Frauen	36	49
Alter		
18-34 Jahre	20	30
35-44 Jahre	19	31
45-59 Jahre	20	31
60 Jahre und älter	35	48
Wohnumfeld		
Land	17	31
Kleinstadt	30	39
Großstadt	26	34

¹ Frage: »Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?«
Antwortkategorien: »sehr sicher«, »ziemlich sicher«, »etwas unsicher«, »sehr unsicher«.

Datenbasis: Eurobarometer 66.3 (2006).

unsicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrer Wohngegend unterwegs sind. Dagegen fürchten sich unter den 18- bis 34-Jährigen lediglich 20 % der Westdeutschen und immerhin 30 % der Ostdeutschen vor Kriminalität. → Tab. 2

Die höhere Furcht bei Frauen und bei älteren Menschen erklärt sich im Wesentlichen dadurch, dass sich beide Personengruppen im Falle einer Opferwerdung verletzbarer fühlen und ihre Möglichkeiten zur Bewältigung von Gefahren als gering einschätzen. Die Kriminalitätsfurcht steigt jedoch nicht linear mit dem Alter. Im Eurobarometer 2006 sind die Anteile der Personen, die sich vor Kriminalität fürchten, in den verschiedenen Altersgruppen unter 60 Jahren etwa gleich hoch.

Eine regionale Differenzierung innerhalb Deutschlands zeigt, dass die Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland auch weiterhin höher ist als in Westdeutschland; zudem wird deutlich, dass sich Groß-

städter mehr vor Kriminalität fürchten als Personen, die auf dem Land leben. Allerdings steigt die Kriminalitätsfurcht auch hier nicht linear mit dem Urbanisierungsgrad. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland sind Kriminalitätsängste in den kleinstädtischen Gebieten sogar größer als in den Großstädten.

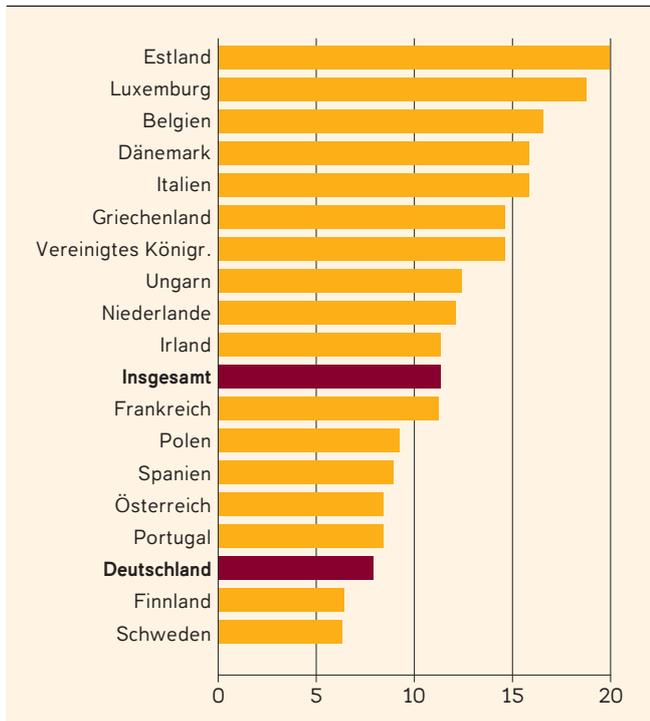
10.2.3 Kriminalitätsbetroffenheit und Kriminalitätsfurcht im europäischen Vergleich

Wie wird die öffentliche Sicherheit in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erlebt und wahrgenommen? Was die Kriminalitätsbetroffenheit, speziell die Opferwerdung im Bereich Einbruch anbelangt, so liegt die Opferrate in Deutschland mit 8 % – wie bereits in den vergangenen Jahren – deutlich unter dem Durchschnitt der 18 untersuchten europäischen Länder von 11 %. Beim Überfall liegt die Viktimisierungs-

rate in Deutschland mit 12 % über dem europäischen Durchschnitt von 10 %. Die höchsten Viktimisierungsraten finden sich hierzu in Irland, in den Niederlanden sowie im Vereinigten Königreich. → Abb. 2,3

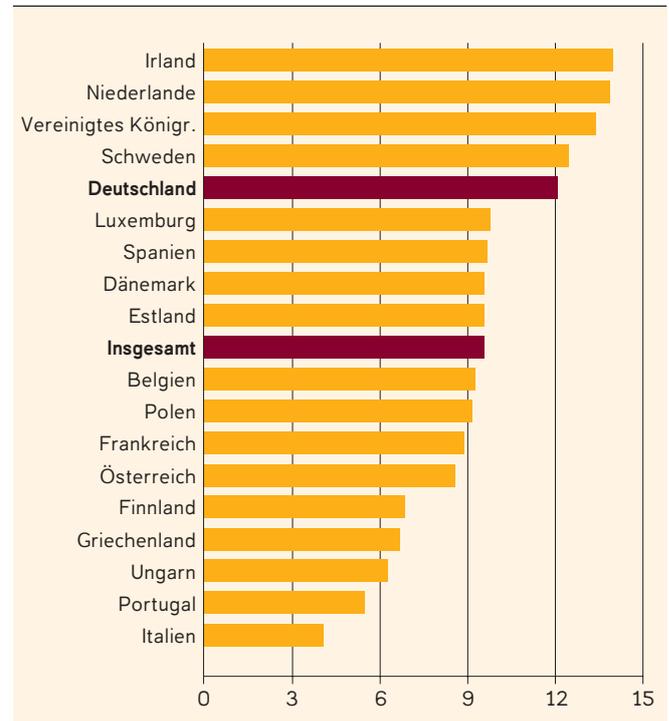
Auch das Sicherheitsempfinden unterscheidet sich zum Teil recht deutlich zwischen den europäischen Ländern, und es deckt sich nicht ohne weiteres mit der dort herrschenden Kriminalitätsbetroffenheit. Die Niederlande gehören neben Finnland, Slowenien und Dänemark zu den Ländern mit der niedrigsten Kriminalitätsfurcht, obwohl die Bürger dortzulande überdurchschnittlich häufig von Einbruchs- und Überfallsdelikten berichten. Mit Ausnahme von Slowenien und dem Vereinigten Königreich bestehen die größten Unterschiede in den Kriminalitätsbesorgnissen zwischen den EU-Ländern Nord- und Osteuropas. Kriminalitätsbesorgnisse sind in Litauen und Bulgarien am stärksten ausgeprägt. In den südeuropäischen Ländern, insbesondere

Abb. 2: Opfer eines Einbruchs/-versuchs in den letzten 5 Jahren, in %



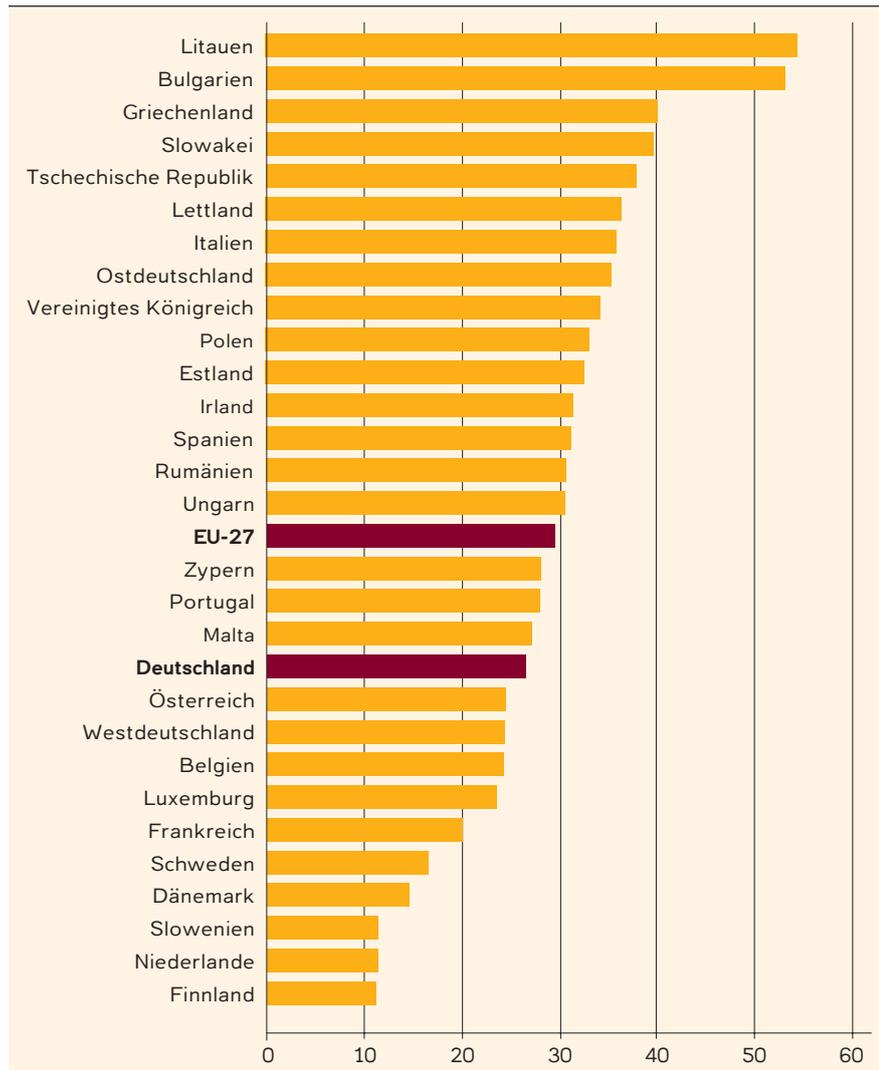
Datenbasis: European International Crime and Safety Survey (EUICS) 2005.

Abb. 3: Opfer eines Überfalls in den letzten 5 Jahren, in %



Datenbasis: European International Crime and Safety Survey (EUICS) 2005.

Abb. 4: Kriminalitätsfurcht im europäischen Vergleich¹, in %



1 »Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen –, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?«
Ausgewiesen wird Prozentanteil »etwas unsicher« und »sehr unsicher«.

Datenbasis: Eurobarometer 66.3 (2006).

in Griechenland und in Italien, ist die Kriminalitätsfurcht wiederum höher als in den meisten Ländern Mitteleuropas.

Obwohl die Kriminalitätsfurcht vor allem in den neuen Bundesländern gesunken ist, ist Deutschland mit Blick auf Kriminalitätsängste weiterhin zweigeteilt. Gegenwärtig liegt die Kriminalitätsfurcht in Westdeutschland im Durchschnitt der meisten mitteleuropäischen Länder, wohingegen die Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland mit dem Niveau der osteuropäischen Länder Polen, Tschechische

Republik und Lettland, aber auch Italien und dem Vereinigten Königreich vergleichbar ist. → **Abb. 4**

10.2.4 Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

Ein weiterer wichtiger subjektiver Indikator der öffentlichen Sicherheit ist die Zufriedenheit der Bürger mit den Institutionen, die von staatlicher Seite mit der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit betraut sind. Parallel zum Rückgang in der wahrgenommenen persönlichen Kriminalitätsbedrohung und der abnehmenden Besorgnis über die nationale Kriminalitätsentwicklung ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland gestiegen. Im Wohlfahrtssurvey des Jahres 2001 waren 70 % der Westdeutschen mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. 1993 lag der entsprechende Anteil dagegen noch bei 43 %. Die Zufriedenheit mit den Institutionen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit ist auch gegenwärtig hoch. Im ALLBUS des Jahres 2006 wurden die Bürger um eine Einschätzung des staatlichen Erfolgs bei der Kriminalitätsbekämpfung gebeten. 54 % der West- und 45 % der Ostdeutschen schätzten die staatliche Kriminalitätsbekämpfung als sehr oder ziemlich erfolgreich ein. → **Tab. 3**

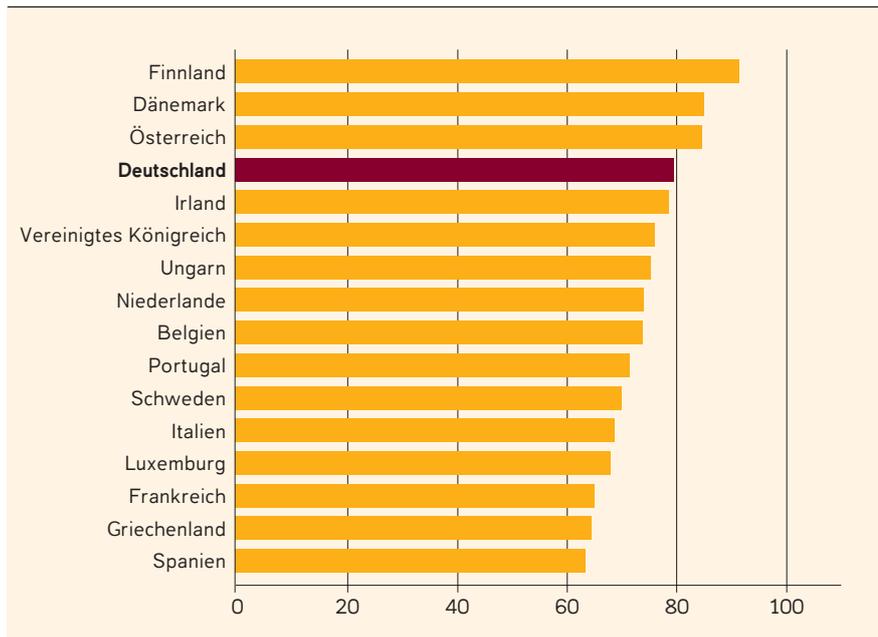
Im europäischen Vergleich sind die Deutschen überdurchschnittlich mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. So waren in Deutschland im Jahre 2004 gerade einmal 20 % der Befragten mit der Arbeit der lokalen Polizei unzufrieden (vgl. Abb. 5). Im Vergleich mit 15 anderen europäischen Ländern sind lediglich die skandinavischen Länder Finnland und Dänemark sowie Österreich mit der Polizeiar-

Tab. 3: Einschätzung staatlicher Erfolge im Kampf gegen Kriminalität

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	in %	
Sehr erfolgreich	7	6
Ziemlich erfolgreich	47	39
Weder noch	26	29
Ziemlich erfolglos	17	22
Sehr erfolglos	3	4

Datenbasis: ALLBUS 2006.

Abb. 5: Zufriedenheit mit der lokalen Polizeiarbeit¹, in %



¹ »Unter Berücksichtigung aller Umstände: Wie gut ist Ihrer Meinung nach die Polizei in Ihrem Bereich bei der Kontrolle des Verbrechens?«
Ausgewiesen wird Prozentanteil »sehr gut« und »ziemlich gut«.
Antwortkategorien: »sehr gut«, »ziemlich gut«, »ziemlich schlecht«, »sehr schlecht«.

Datenbasis: EUICS 2005.

beit noch zufriedener als Deutschland. Insgesamt ist ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. In Spanien, Griechenland und Italien ist die Unzufriedenheit mit der Polizeiarbeit mit am größten. → **Abb. 5**

10.2.5 Zusammenfassung

Nachdem die wahrgenommene Kriminalitätsbedrohung zwischen Mitte der 1990er Jahre und Anfang der 2000er Jahre in

Deutschland deutlich gesunken ist, bewegt sich das Ausmaß der subjektiven Kriminalitätsbedrohung gegenwärtig auf gleichbleibendem Niveau.

Ältere Menschen und Frauen bilden weiterhin die Bevölkerungsgruppen mit der höchsten Kriminalitätsfurcht, obwohl sie faktisch seltener Opfer von Kriminalität werden. Das Opferrisiko für Gewaltdelikte ist in allen Altersgruppen sowie bei Männern und Frauen in Westdeutschland

höher als in Ostdeutschland. Die Kriminalitätsfurcht ist in Ostdeutschland jedoch weiterhin stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Aber die Unterschiede haben sich seit Mitte der 1990er Jahre deutlich verringert.

Im internationalen Vergleich liegt die Furcht vor Kriminalität in Westdeutschland knapp unter dem europäischen Durchschnitt und in Ostdeutschland deutlich über dem Durchschnitt. Die Opferquote für Einbruchsdelikte ist hierzulande im Vergleich zu 17 anderen europäischen Ländern weiterhin niedrig. Bedingt auch durch einen Anstieg in der Gewaltkriminalität in den letzten Jahren steht Deutschland im Hinblick auf Überfallsdelikte im europäischen Vergleich etwas schlechter da.

Die Mehrheit der Deutschen ist mit der öffentlichen Sicherheit, die der Staat durch die Kriminalitätsbekämpfung gewährleistet, zufrieden. Im europäischen Vergleich wird die Arbeit der Polizei hierzulande wesentlich positiver bewertet als in den meisten EU-Mitgliedsstaaten.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass trotz leichter Schwankungen in den letzten beiden Jahren die Deutschen der öffentlichen Sicherheit gegenwärtig ein besseres Zeugnis ausstellen als noch vor einem Jahrzehnt.

11 Räumliche Mobilität und regionale Disparitäten

11.1 Verkehr und Verkehrsinfrastruktur

Uwe Reim

Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt

Verkehr bedeutet Mobilität von Gütern und Personen, Verkehr ermöglicht nationale und internationale Arbeitsteilung, Tourismus und Freizeitaktivitäten. Verkehr heißt aber auch Belastung, z. B. durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung. In einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist die immense Bedeutung des Sektors Verkehr durch seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 3,6 % nur unzureichend beschrieben, da die funktionale Seite des Verkehrs hierbei unberücksichtigt bleibt.

Zwischen Verkehr, Wirtschaft und Gesellschaft bestehen enge Wechselwirkungen. Die Entwicklung der Industriegesellschaften, das Ausmaß der internationalen Arbeitsteilung und der wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaften, die Globalisierung der Weltwirtschaft, aber auch das Entstehen eines Tourismus- und Freizeitgewerbes wären ohne technische Innovationen im Verkehr und ohne massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sicherlich nicht möglich gewesen. Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung waren in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland besonders stark: Beide wiesen annähernd gleiche Wachstumsraten auf. In den 1980er Jahren blieb die Verkehrsentwicklung hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, verzeichnete aber weiterhin erhebliche Zuwachsraten.

Seit der deutschen Vereinigung wächst der Personenverkehr in Deutschland etwas geringer als das Inlandsprodukt: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg von 1991 bis 2006 um rund 24 %, die Anzahl der beförderten Personen lag im Jahr 2006 um 13 % und die dabei erbrachte Beförderungsleistung um 16 % höher als 1991. Im Güterverkehr dagegen ist die Beförderungsleistung um rund 56 % und damit wesentlich stärker als das Inlandsprodukt gestiegen. Die beförderte Gütermenge lag nur um rund 12 % höher als 1991, da insbesondere am Anfang dieses Jahrtausends die Transporte von Baustoffen aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft mengenmäßig stark zurückgegangen sind.

Die über lange Zeit vorherrschende positive Grundeinstellung zum Verkehr ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte durch eine kritischere Einschätzung abgelöst worden. Die negativen Auswirkungen des Verkehrs, etwa durch Flächenverbrauch für Verkehrsinfrastruktur, Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Klimabeeinflussung (siehe Kapitel 12: Umwelt und Nachhaltigkeit) Lärm sowie Todesopfer, Verletzte und Sachschäden durch Verkehrsunfälle, werden nicht mehr als unvermeidbar akzeptiert. Während die Erhöhung der Verkehrssicherheit bereits seit langem als äußerst wichtige Aufgabenstellung erkannt worden war, rückten seit Beginn der 1980er Jahre Umweltschutz sowie Kooperation und Integration der Verkehrsträger in den Vordergrund des Interesses.

Die Verkehrspolitik ist daher gefordert, im Spannungsfeld zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und der Unternehmen zu befriedigen und gleichzeitig die unerwünschten Folgen des Verkehrs auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Im Mittelpunkt der Kritik steht vor allem der Straßenverkehr, aber auch immer mehr der Luftverkehr. Eisenbahn, Binnenschiff und Seeschiff werden dagegen als relativ umweltfreundliche Transportmittel betrachtet. Es ist daher erklärtes politisches Ziel, möglichst viel Straßen- und Luftverkehr auf Schiene und Wasserstraßen zu verlagern. Mittels einer integrierten und nachhaltigen Verkehrspolitik sollen dabei die verschiedenen Verkehrsträger und -netze miteinander verknüpft werden, um die Kapazität des gesamten Verkehrsnetzes und die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger besser zu nutzen.

11.1.1 Verkehrsinfrastruktur

Für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Schon frühzeitig wurde in der Bundesrepublik Deutschland die öffentliche – das heißt eine für alle zu gleichen Bedingungen zugängliche Verkehrsinfrastruktur – als wichtiger Standortfaktor erkannt und finanziell gefördert. Im Vordergrund stand zunächst der Verkehrswegebau für den Güterverkehr. Die nach Ende des Zweiten Weltkriegs

rasch wieder hergestellten Bahnsysteme leisteten einen wichtigen Beitrag zum schnellen Wiederaufbau der Städte und zum Wirtschaftswachstum. Der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise (Wirtschaftswunder) führte bald zu einer massiven Zunahme des Pkw-Individualverkehrs. Dieser Entwicklung wurde durch einen prioritären Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen, der von Streckenstilllegungen im Schienenverkehr vor allem in ländlichen Gebieten begleitet war.

Eisenbahnnetz

1990 betrug die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes etwa 30 000 km, zu Beginn der 1950er Jahre waren es noch mehr als 38 000 km gewesen. Die Deutsche Reichsbahn brachte im Zuge der deutschen Vereinigung ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Im Jahr 2006 hat sich der Gesamtumfang des Eisenbahnnetzes wieder auf rund 38 000 km verringert, da trotz einer Reihe von Neubaumaßnahmen insbesondere Nebenstrecken in den neuen Ländern, auf denen die Nachfrage erheblich nachgelassen hatte, stillgelegt wurden. In das Netz wird seit einigen Jahren allerdings wieder verstärkt investiert. So erhöhte sich der Kilometer-Anteil elektrifizierter Strecken von 38 % (1991) auf 52 % (2006). Außerdem wurde hauptsächlich in den 1990er Jahren der Bau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes vorangetrieben. Dieses Netz wurde im Jahr 2002 um den Abschnitt Köln – Frankfurt (180 km) ergänzt; seit der Fußball-Weltmeisterschaft im Juni 2006 rollen auf der Neubaustrecke Nürnberg – Ingolstadt ICE-Züge und verbinden München mit Nürnberg. Es ermöglicht Reisegeschwindigkeiten von bis zu 300 Stundenkilometern und hat sich zwischenzeitlich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für den innerdeutschen Flugverkehr entwickelt.

Straßennetz

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Autobahnen, Bundes-, Landes-

und Kreisstraßen) hatte 2006 eine Länge von etwa 231 000 km, davon entfielen 12 000 km (rund 5 %) auf Autobahnen. Damit verfügt Deutschland nach den USA über eines der längsten Autobahnnetze der Welt und über das längste in Europa. Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte hat allerdings die Diskussion über die Grenzen einer Ausweitung des Straßennetzes zur Bewältigung des Lkw-Güterverkehrs und des Pkw-Individualverkehrs aufgrund begrenzter finanzieller Mittel und der begrenzten Verfügbarkeit von Flächen in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland zugenommen.

Die Straßenbaumaßnahmen wurden seit Anfang der 1980er Jahre zunehmend auf den Erhalt der Infrastruktur, die einen hohen volkswirtschaftlichen Wert darstellt, und auf punktuelle Ausbaumaßnahmen des vorhandenen Netzes (z. B. Lückenschlüsse, den Bau von Ortsumgehungen oder von dritten Spuren auf Autobahnen) konzentriert. Der Anstieg der Straßenslängen um 2 % seit 1991 ist daher vor allem auf unverzichtbare Neubauten in den neuen Ländern zurückzuführen.

Anforderungen durch EU-Erweiterung

Im Zuge der deutschen Vereinigung und der Grenzöffnungen zu Osteuropa setzte die Verkehrspolitik neue Schwerpunkte der Verkehrsinfrastrukturplanung. In den letzten Jahren hat vor allem der politische und ökonomische Wandel in Mittel- und Osteuropa mit dem Beitritt weiterer Staaten zur Europäischen Union (unter anderem Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik, siehe Kapitel 16: Europäische Union) Deutschland weitaus stärker als früher zu einer Drehscheibe der Verkehrsströme in der Mitte Europas gemacht. Daher erhielt neben der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der neuen Bundesländer auch der Neu- und Ausbau von über das Gebiet der neuen Länder verlaufenden Ost-West-Verkehrsverbindungen hohe Priorität. Zu erwähnen sind vor allem 17 besonders wichtige Vorhaben, die der Bund seit 1991 finanziert: die »Verkehrsprojekte

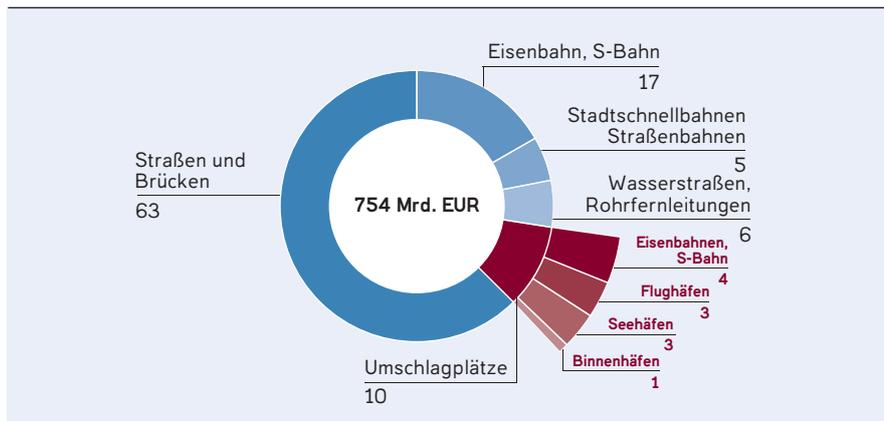
Deutsche Einheit« (VDE). Dazu zählen sieben Straßenverkehrsprojekte, neun Schienenverkehrsprojekte sowie der Ausbau der Wasserstraßenverbindung Hannover – Magdeburg – Berlin. Sechs Schienen- und zwei Straßenprojekte sind fertig gestellt, die übrigen befinden sich im Bau. Von den Gesamtinvestitionen von 38 Mrd. Euro waren bis Ende 2005 mit rund 26 Mrd. Euro knapp 70 % realisiert.

Parallel zur nationalen Verkehrspolitik wurden auf Ebene der Europäischen Union Leitlinien für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T-Programm) mit dem Ziel des Ausbaus einer staatenübergreifenden Verkehrsinfrastruktur erarbeitet, für das auch ergänzende Finanzmittel der EU bereitstehen. Der Schwerpunkt des Programms, das sich aus einer größeren Zahl von Einzelprojekten (z. B. den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit) mit jeweils erheblichem Investitionsvolumen zusammensetzt, liegt auf Straßen- und Schienenverbindungen zwischen West- und Osteuropa, weil auf diesen Routen der stärkste Verkehrszuwachs erwartet wird. Die Realisierung des Transeuropäischen Netzes erfolgt entsprechend der Verfügbarkeit nationaler Haushaltsmittel der Mitgliedstaaten und umfasst nach Schätzungen der EU-Kommission bis zum Jahr 2020 Gesamtinvestitionen von rund 600 Mrd. Euro.

Zusammensetzung und Wert der Verkehrsinfrastruktur

Neben Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen zählen zur Verkehrsinfrastruktur auch Bahnhöfe, Terminals des kombinierten Verkehrs, Flughäfen, Binnenhäfen, Seehäfen und Rohrleitungen, die erst in ihrer Gesamtheit ein modernes Verkehrssystem bilden. Im vergangenen Jahrzehnt wurde mit dem 1992 eröffneten Main-Donau-Kanal eine durchgehende »nasse« Verkehrsverbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer geschaffen. Im selben Jahr wurde der neue Flughafen München in Betrieb genommen, der sich schnell zu einem weiteren Drehkreuz des stark anwachsenden

Abb. 1: Wert der Verkehrsinfrastruktur 2005, Bruttoanlagevermögen in Preisen von 2000, in %



Tab. 1: Länge der innerdeutschen Verkehrswege

	1995	2000	2005	2006
	in 1 000 km			
Straßen				
Straßen des überörtlichen Verkehrs	228,6	230,7	231,5	231,5
darunter Autobahnen	11,1	11,5	12,2	12,4
Gemeindestraßen ¹	413	413	413	413
Schienenstrecken				
Eisenbahnstrecken	45,1	41,7	38,2	38,2
darunter elektrifiziert	18,9	19,5	19,9	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,9	3,1	3,1	3,2
Bundeswasserstraßen				
Rohölleitungen	7,5	7,5	7,5	7,5
	2,5	2,4	2,4	2,4

¹ 1. Januar 1993.

internationalen Luftverkehrs auf deutschem Boden entwickelt hat. Der Flughafen Schönefeld am südlichen Rand von Berlin soll bis 2011 zum Großflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) ausgebaut werden; der erste Spatenstich hierfür erfolgte 2006. BBI ist eines der größten im Bau befindlichen Verkehrsinfrastrukturprojekte Deutschlands. Dieser Flughafen soll den Flugverkehr des Flugplatzes Berlin-Tempelhof und den des Flughafens Berlin-Tegel vollständig übernehmen. Daneben haben einige Flughäfen (z. B. Hahn) in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung durch so genannte »Low-Cost-Carrier« genommen.

Maßnahmen zur effizienten Nutzung der Gesamtinfrastruktur werden in der Förderung des kombinierten Verkehrs, in der

Initiative »from Road to Sea/Waterways« und im Einsatz der Verkehrstelematik gesehen. Beim kombinierten Verkehr übernehmen Eisenbahnen und Binnenschiffe den Ferntransport, Lkws dagegen das Sammeln und Verteilen der Güter im Nahverkehr. »From Road to Sea/Waterways« bedeutet die Verlagerung von Transporten vor allem von der Straße auf die Küsten- und Binnenschifffahrt. Kombiniertes Verkehr und »from Road to Sea/Waterways« zielen auf einen veränderten Modal Split (Anteile der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr) hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern. Mit Verkehrstelematik (dem Einsatz von Kommunikations-, Informations- und Leittechnologien im Verkehrsbereich) wird daneben vor allem die effiziente Auslastung sowie die Vernet-

zung von Verkehrswegen und -mitteln und damit auch eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit im Rahmen der bestehenden Infrastruktur angestrebt. Zu erwähnen ist hier das europäische zivile Satellitennavigationssystem Galileo, für das eines von drei Kontrollzentren in Deutschland angesiedelt wird und dessen erster Testsatellit 2005 gestartet wurde.

Auch die Länder, Kreise und Kommunen beteiligen sich an den Kosten für Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die finanzielle Hauptlast trägt aber nach wie vor der Bund. Das Bundeskabinett hat 2003 den Bundesverkehrswegeplan 2003 (BVWP) beschlossen, der als Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument für den Zeitraum 2001 bis 2015 für die drei Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 150 Mrd. Euro vorsieht, davon knapp 83 Mrd. Euro für die Erhaltung der Bestandsnetze und rund 66 Mrd. Euro für den Neu- und Ausbau der Schienenwege des Bundes, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen.

Insgesamt hatte die Verkehrsinfrastruktur nach Schätzungen 2005 einen Wert von rund 754 Mrd. Euro. Größte Einzelposition waren mit 471 Mrd. Euro und einem Anteil von knapp 63 % Straßen und Brücken. Umschlagplätze wie Bahnhöfe, Häfen und Flugplätze wurden auf 75 Mrd. Euro geschätzt (10 %), die übrigen 208 Mrd. Euro (28 %) entfielen auf das Schienen- und Wasserstraßennetz sowie auf Rohölleitungen. → **Abb. 1, Tab. 1,2**

11.1.2 Fahrzeugbestände

Anzahl und Struktur inländischer Fahrzeugbestände sind ein wichtiger Maßstab für die Mobilität der Menschen in einer Volkswirtschaft. Angesichts des heutigen hohen Anteils von ausländischen Fahrzeugen am inländischen Verkehr lässt sich aber nur mit größeren Unsicherheiten von

Änderungen inländischer Fahrzeugbestände auf entsprechende Entwicklungen des Verkehrsvolumens schließen. Hinzu kommt in der Schifffahrt und in der Luftfahrt, dass zahlreiche von inländischen Unternehmen eingesetzte Schiffe bzw. Flugzeuge nicht im Inland, sondern im Ausland registriert und somit nicht als inländische Fahrzeugbestände angesehen werden.

Kraftfahrzeuge

Anfang 2007 waren in Deutschland 55,5 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkws, Lkws, Sattelschlepper, Omnibusse, Motorräder, sonstige Krafträder und andere Kfz) zugelassen. Das seit vielen Jahren ungebrochene Wachstum führte 2007 zu einem neuen Höchststand des Kraftfahrzeugbestandes in Deutschland. Auf 100 in Deutschland lebende Personen kommen derzeit statistisch betrachtet 67 Kraftfahrzeuge. Die größte Kfz-Gruppe bilden mit 46,6 Mill. Fahrzeugen und einem Anteil von 84 % am Kfz-Bestand die Pkws. Bereits seit dem Jahre 1996 finden rechnerisch alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkws Platz. Mit weitem Abstand hinsichtlich der Bestände folgten den Pkws genau 4 Mill. Krafträder (7 %) und 2,6 Mill. Lastkraftwagen (5 %).

Im Jahr 1962 besaß lediglich ein Viertel der Haushalte im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, 2006 waren es mehr als drei Viertel (78 %). In den neuen Bundesländern verfügten 2006 rund 73 % der Haushalte über mindestens einen eigenen Pkw.

Der Pkw-Bestand wächst weiter: 2007 lag er um 1 % über dem entsprechenden Vorjahreswert und rund 13 % über dem Wert von 1997. Eine starke Bestandsausweitung erlebten in diesem Zehnjahresvergleich Krafträder (Motorräder, Roller, Leichtkrafträder etc.): Ihre Anzahl lag 2007 um rund 1,4 Mill. (57 %) höher als 1997.

Ein Ende des Pkw-Wachstums ist nicht in Sicht. Im Rahmen der im November 2007 im Auftrag des Bundesministeriums für

Tab. 2: Entwicklung der Verkehrsausgaben des Bundes

	Verkehrsausgaben insgesamt Mill. EUR	Anteil der Gesamtausgaben in %	darunter	
			für Bundesfernstraßen Mill. EUR	Anteil der Verkehrsausgaben in %
1950	269	4,2	105	39,2
1960	1841	8,7	869	47,2
1970	5722	12,7	2612	45,6
1980	12416	11,2	3492	28,1
1990	13273	8,2	3438	25,9
2000	19986	8,2	5070	25,4
2004	19517	7,8	5848	30,0
2005	20449	7,9	6151	30,1

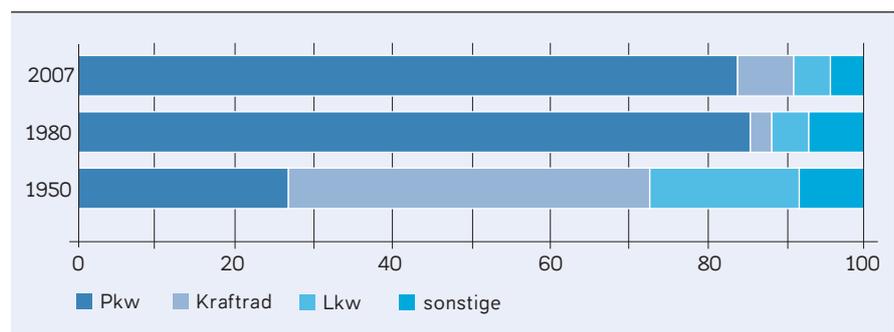
Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Tab. 3: Kraftfahrzeugbestand

	Zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge				
	insgesamt	darunter			
		Personenkraftwagen	Krafträder	Omnibusse	Lastkraftwagen
	in 1000				
1950	2021	540	930	15	385
1960	8004	4489	1892	33	681
1970	16783	13941	229	47	1028
1980	27116	23192	738	70	1277
1990	35748	30685	1414	70	1389
2000	50726	42423	3179	85	2491
2006	54910	46090	3903	84	2573
2007	55511	46570	3969	84	2604

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.
Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

Abb. 2: Anteil der Fahrzeugarten am Kraftfahrzeugbestand, in %



Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegten »Verkehrsprognose 2025« rechnen die Experten damit, dass der Pkw-Bestand bis zum Jahr 2025 auf 51,1 Mill. steigen wird. Bezogen auf die Zahl der Einwohner über 18 Jahre wird erwartet, dass die Pkw-Dichte in Deutschland auf

737 Pkw je 1000 Erwachsene (2007:684) ansteigen wird. → Tab. 3, Abb. 2

Fahrräder

Das am meisten in den Haushalten verbreitete Fahrzeug ist allerdings das Fahrrad. 2006 hatten 81 % der Haushalte in

Tab. 4: Bestand an Schienenfahrzeugen

	Eisenbahn-Fahrzeuge			Straßenbahn-, Stadtschnell- und U-Bahn-Fahrzeuge	
	Lokomotiven, Triebwagen, Triebköpfe	Güterwaggons	Personenwagen	Straßenbahnen	Stadtbahnen- und U-Bahnen
1950	13 700	270 000	25 100	10 200	400
1960	12 000	272 700	22 000	11 700	1 400
1970	10 500	282 500	18 200	6 600	1 600
1980	10 200	287 400	14 500	4 400	2 400
1990	8 900	206 800	11 500	2 900	3 500
2000	13 700	131 400	13 900	4 900	4 400
2005	13 200	100 600	12 000	8 700 ¹	

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

¹ 2004.

Deutschland Fahrräder. Dabei sind Haushalte mit zwei Kindern am besten mit Fahrrädern ausgestattet: Hier waren in 97 % der Haushalte Fahrräder vorhanden. Im Bundesdurchschnitt kamen 2006 auf 100 Haushalte 188 Fahrräder. Bei Paaren mit zwei Kindern verfügten 100 Haushalte durchschnittlich über 376 Fahrräder. Dies bedeutet, dass bei diesem Haushaltstyp nahezu jedes Familienmitglied ein eigenes Fahrrad hatte. Insgesamt besaßen die Haushalte rund 67 Mill. Fahrräder.

Schienenfahrzeuge

Der Fahrzeugpark im Eisenbahnverkehr ist insgesamt geschrumpft. So wurde der Bestand an Personenwagen seit 1950 um mehr als die Hälfte verringert, allerdings werden heute wesentlich modernere Waggons mit höherer Sitzplatzkapazität genutzt.

Die Zahl der im früheren Bundesgebiet eingesetzten Lokomotiven und Triebwagen sank zwischen 1950 und 1990 um rund ein Drittel. Dieser Bestandsabbau ging einher mit der Inbetriebnahme leistungsfähigerer Triebfahrzeuge. Seit der deutschen Vereinigung liegt der Bestand an Lokomotiven und Triebwagen allerdings wieder wesentlich höher, sodass die Fahrzeugzahl 2005 zahlenmäßig nur um 500 Einheiten unter dem Wert von 1950 lag.

Güterwaggons wurden dagegen in den ersten Jahren nach der deutschen Vereini-

gung stark abgebaut. Ihr Bestand lag 1991 noch bei 317 600 Einheiten, die aktuelle Zahl von 100 600 Güterwaggons war um rund zwei Drittel niedriger, wobei insbesondere 2002 nochmals hohe Rückgänge zu verzeichnen waren.

Zahlreiche Großstädte – vor allem im früheren Bundesgebiet – schafften in den 1960er und 1970er Jahren ihre Straßenbahnen ab und bauten stattdessen das Straßennetz für den Individualverkehr aus oder ersetzten die Straßenbahnen durch Omnibuslinien. In den 1980er Jahren wurde die Rolle der Straßenbahnen und ihrer speziellen Varianten (der Stadtschnellbahnen und U-Bahnen) in den Förderprogrammen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs neu bewertet.

Städte mit einem noch intakten und flächendeckenden Straßenbahnnetz modernisierten seitdem ihre Gleise und vor allem ihren Fahrzeugpark. Die Zahl der Straßenbahnfahrzeuge hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Ein großer Teil der verbleibenden Fahrzeuge wurde jedoch grundlegend modernisiert, durch größere Neufahrzeuge ersetzt oder durch Stadt- und U-Bahnen abgelöst. Auch das Angebot an Fahrzeugen in Niederflerbauweise, die ein komfortables Ein- und Aussteigen ermöglichen, hat stetig zugenommen. 2004 waren insgesamt knapp 8 700 Straßen-, Stadt- und U-Bahnen im Einsatz. → Tab. 4

Schiffe

Der zur deutschen Flagge zählende Binnenschiffsbestand zur Güterbeförderung hat sich in der Vergangenheit stetig verringert. Betrachtet man die Struktur dieses Schiffsbestandes, zeigt sich, dass hauptsächlich veraltete, kleine und nicht flexibel einsetzbare Binnenschiffe aus dem Verkehr genommen wurden. Die heute eingesetzten Güterschiffe sind wesentlich leistungsfähiger als früher. Sie verfügen über eine höhere Ladekapazität und Motorleistung, weisen teilweise eine größere Transportsicherheit auf (z. B. Doppelhüllen-Tankschiffe) und sind zumeist mit Radar für einen Betrieb »rund um die Uhr« ausgestattet. Die Zahl der Spezialschiffe unter anderem für Containertransporte und »Roll-on-roll-off-Ladungen« nimmt seit Jahren stetig zu. Auch die Zahl der Passagierschiffe ist angestiegen. Diese dienen weitgehend Ausflugs- und Flusskreuzfahrten und sind damit vor allem zur Urlaubs- und Freizeitgestaltung von Privatpersonen bestimmt.

Wie in der Binnenschifffahrt ist auch im Seeverkehr tendenziell eine kontinuierliche Verringerung des Schiffsbestandes unter deutscher Flagge bei gleichzeitiger Modernisierung der Flotte feststellbar. Im Unterschied zur Binnenschifffahrt hat zur langfristigen Abnahme des Seeschiffsbestandes allerdings auch das Ausflaggen von Schiffen, das heißt die Registrierung der Schiffe in einem anderen Staat, beigetragen. Die ausgeflaggten (unter fremder Flagge fahrenden) Schiffe werden in der Regel weiterhin unter deutschem Management bzw. deutschem wirtschaftlichen Einfluss betrieben. Um diese Ausflaggung zu verringern und vollzogene Ausflaggungen wieder rückgängig zu machen, wurden in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen von staatlicher Seite durchgeführt, die 2004 und insbesondere 2005 zu einer Niveauerhöhung des Bestandes der unter deutscher Flagge fahrenden Handelsschiffe geführt haben. Allerdings setzte sich 2006 der grundsätzliche Rückgang, wenn auch verlangsamt, weiter fort. Aktuell zählen 423 Tro-

ckenfrachter, 45 Tankschiffe und 106 Passagierschiffe zur deutschen Seeschiff-flotte. → **Tab. 5**

Luftfahrzeuge

Die Fahrzeugbestandsentwicklung in der Luftfahrt ist in den vergangenen Jahrzehnten ähnlich dynamisch wie im Straßenverkehr verlaufen. Nach Rückgängen zu Anfang dieses Jahrtausends nimmt der Bestand seit 2004 wieder zu und liegt inzwischen bei knapp 12 500 Einheiten. Quantitativ größte Gruppe sind die kleinen ein- und zweimotorigen Flugzeuge sowie Motorsegler, also Fahrzeugtypen, die ausschließlich oder überwiegend privat (zur aktiven Freizeitgestaltung) genutzt werden. 2006 lag deren Bestand erstmals über 10 000 Einheiten. Die nächst größere Klasse der Flugzeuge (bis 20 Tonnen Startgewicht) wird hauptsächlich für Geschäftsflüge eingesetzt; bei dieser Größenklasse lag der Bestand um die Jahrtausendwende bei rund 900 Einheiten. Nach stärkeren Rückgängen in den Jahren 2003 und 2004 sind derzeit 827 Luftfahrzeuge dieser Kategorie registriert. Flugzeuge der höchsten Gewichtsklasse, die heute nahezu ausnahmslos über Turbinenantrieb verfügen, werden von der gewerblichen Luftfahrt zur Beförderung von Personen, Fracht und Post eingesetzt. Hier waren in den vergangenen Jahren in der Regel deutliche Wachstumsraten zu verzeichnen: So war der Bestand im Jahr 2006 um 17 % höher als im Jahr 2000. Im Bereich des Arbeitsflugs – hierzu zählen neben dem Einsatz von Luftfahrzeugen im Hochbau oder in der Landwirtschaft auch Verkehrsüberwachungs- und Rettungsflüge – hat sich der Hubschrauber als dominierendes Fluggerät durchgesetzt. → **Tab. 6**

11.1.3 Verkehrsleistungen

Beförderung im Personenverkehr

Der Pkw ist das beherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. Im früheren Bundesgebiet wurden bereits ab Mitte der 1950er Jahre mehr

Tab. 5: Schiffsbestand

	Binnenschiffe ¹				Seeschiffe (Handelsschiffe)		
	Frachtschiffe		Schub- u. Schleppschiffe	Passagierschiffe	Trockenfrachter	Tanker	Passagierschiffe
	Motor-schiffe	Leichter. Kähne u. Schuten					
1950	1958	3477	913	494	1595	38	104
1960	4560	2931	788	491	2434	103	169
1970	5190	1146	448	515	2315	131	178
1980	3190	622	341	670	1211	138	146
1990	2207	516	267	628	858	94	112
2000	1333	1236	450	924	520	38	131
2005	1306	1151	442	1000	447	44	112
2006	1277	1138	443	1013	423	45	106

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

¹ Ab 2000.

Quelle: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest.

Tab. 6: Luftfahrzeugbestand des zivilen Luftverkehrs

	Insgesamt ¹	Flugzeuge mit einem Startgewicht				Hub-schrauber
		bis 2 t	über 2 t bis 20 t	über 20 t		
				zusammen	darunter mit Strahltriebwerken	
1960	1111	975	83	38	4	14
1970	3792	3263	288	115	100	126
1980	7769	6565	685	153	146	366
1990	9158	7702	682	306	284	468
2000	12272	9950	907	595	556	820
2005	12249	9961	804	680	634	804
2006	12459	10112	827	698	674	822

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 2000 Deutschland.

¹ Nur motorisierte Luftfahrzeuge, einschl. Motorsegler (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt.

Fahrten mit dem eigenen Pkw als mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen. Auch die deutsche Vereinigung bewirkte keine Trendumkehr im Personenverkehr. In den neuen Bundesländern, in denen zu DDR-Zeiten kein mit dem Westen vergleichbares Wachstum des Pkw-Individualverkehrs zugelassen worden war (die Pkw-Dichte betrug mit 237 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner nur ca. 50 % des Westniveaus), nahmen Ausstattung von und Fahrten mit Pkws nach der deutschen Vereinigung in kürzester Zeit stark zu. Insgesamt entfielen 2006 in Deutschland 83 % des motorisierten Verkehrsaufkommens auf Fahrten mit dem Pkw.

Im Jahr 2006 wurde der motorisierte Individualverkehr mit Pkw und Motorrä-

dern von Fahrern und Mitfahrern rund 57 Mrd. Mal genutzt. Durchschnittlich wurden je Einwohner 694 Fahrten pro Jahr bzw. knapp zwei Fahrten pro Tag unternommen. Im Zehnjahresvergleich ist die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs seit 1996 um fast 6 % angestiegen, nicht zuletzt aufgrund der immer noch steigenden Motorisierung der privaten Haushalte.

Die verhaltene Konjunktorentwicklung und steigende Kraftstoffpreise führten zwar 2003 und 2005 zu leichten Rückgängen, sie konnten die generell steigende Tendenz aber nur verlangsamen, so dass 2006 der zweithöchste Wert in der Motorisierung seit der deutschen Vereinigung registriert wurde. → **Tab. 7**



Beförderungsleistung

Die Beförderungsleistung im Personenverkehr wird in der Maßeinheit Personenkilometer (Pkm) gemessen und durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahrt- bzw. Reiseweiten) errechnet. Fahrten z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Die Beförderungsleistung im Güterverkehr berücksichtigt neben der Beförderungsmenge auch die zurückgelegte Entfernung. Sie ist das Produkt aus der Beförderungsmenge und der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit Tonnenkilometer (tkm). Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Fahrgäste

Die Zahl der Fahrgäste spiegelt in der Verkehrsstatistik die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten »beförderten Personen« entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt. Da Fahrgäste im Verlauf einer Fahrt zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln des öffentlichen Verkehrs umsteigen können, ist die Addition der dargestellten Fahrten nach Verkehrsmitteln höher als die Gesamtzahl der Fahrgäste.

Öffentlicher Nahverkehr

Zum öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zählen Verkehre mit Bussen und Straßenbahnen, in denen Fahrgäste im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr befördert werden. Im Zweifelsfall gilt die Fahrgastbeförderung als Nahverkehr, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt. Auch der Eisenbahnverkehr, der von bestimmten Zugkategorien (z. B. S-Bahn, Regionalbahn) abgewickelt wird, gehört zum ÖPNV.

Den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen nahmen die Fahrgäste in Deutschland 2006 knapp 10,7 Mrd. Mal in Anspruch. Durchschnittlich wurden somit je Einwohner jährlich rund 130 Fahrten unternommen. Dabei wurden im Nahverkehr durchschnittlich neun Kilometer und im Fernverkehr knapp 300 Kilometer lange Strecken gefahren. Die Beförderungsleistung – als Produkt aus den beförderten Personen und der Fahrweite – lag damit bei 161 Mrd. Personenkilometern (Pkm).

Mit den Unternehmen des öffentlichen Linien-Nahverkehrs fuhren 2006 rund 10,5 Mrd. Fahrgäste (Anteil an der Gesamtzahl der Fahrgäste: 98 %). Da Fahrgäste bei einer Fahrt auch zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln eines Unternehmens umsteigen können, wurde dabei 2,1 Mrd. Mal die Eisenbahn, 3,5 Mrd. Mal die Straßenbahn (einschl. Stadt-, U-Bahnen, Hochbahnen) und 5,5 Mrd. Mal der Bus genutzt. Überproportionale Zuwächse konnte 2006 dabei der Eisenbahnnahverkehr mit einem Anstieg der Zahl der Fahrgäste um 4 % verbuchen. Auch Straßenbahnen beförderten mehr Personen (+1 %), während der Busverkehr einen leichten Rückgang der Fahrgastbeförderungen (–1 %) verzeichnete.

123 Mill. Fahrgäste reisten im Linien-Fernverkehr mit Eisenbahnen und Omni-

bussen (Anteil: 1 %), davon 120 Mill. Mal mit der Eisenbahn und 3 Mill. Mal mit Linienbussen. Im Reiseverkehr mit Omnibussen fuhren 88 Mill. beziehungsweise 1 % der Fahrgäste.

68 % der privaten Haushalte in Deutschland nutzen Dienstleistungsangebote zur öffentlichen Personenbeförderung. 2005 gaben diese Haushalte dafür durchschnittlich rund 48 Euro im Monat aus. Im Vergleich dazu bezahlten die privaten Haushalte im Schnitt 103 Euro monatlich allein für Kraftstoffe und Schmiermittel, wenn sie das Auto oder das Motorrad nutzten.

Im Luftverkehr konnte sich 2006 der in den Vorjahren zu beobachtende Aufwärtstrend leicht abgeschwächt fortsetzen. Mit insgesamt 154,5 Mill. Passagieren starteten bzw. landeten 8,3 Mill. Personen oder 6 % mehr als 2005. Mehr als vier Fünftel (85 %) aller Fluggäste nutzten das Flugzeug für Auslandsreisen. Diese nahmen 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 6 % auf 131,3 Mill. Passagiere zu, wobei jeweils rund die Hälfte der Fluggäste ein- bzw. ausreiste. Wichtigstes Ziel im Auslandsluftverkehr blieb – vor allem tourismusbedingt – Spanien. Dorthin flogen aus Deutschland 10,6 Mill. Passagiere. Größter deutscher Flughafen und eines der bedeutenden internationalen Drehkreuze in der europäischen

Tab. 7: Personenverkehr nach Verkehrszweigen

	Beförderte Personen und Beförderungsleistung						
	Motorisierter Individualverkehr ¹		Öffentlicher Straßenpersonenverkehr		Eisenbahnverkehr		Luftverkehr
	Mill.	Mrd. Pkm Inland	Mill.	Mrd. Pkm	Mill.	Mrd. Pkm Inland	Mill.
1950	4 300	30,7	4 367	25,0	1 470	31,9	0,4
1960	15 300	161,7	6 418	48,5	1 400	40,9	4,9
1970	23 120	350,6	6 170	58,4	1 053	39,2	21,3
1980	34 209	477,4	6 730	73,9	1 167	41,0	35,9
1990	38 600	601,8	5 878	65,0	1 172	44,6	62,6
2000	55 430	849,6	7 865	77,3	2 000	75,4	120,4
2005	56 293	875,7	9 104	82,5	2 159	76,8	146,2
2006	57 140	888,3	9 104	81,8	2 243	79,0	154,5

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

¹ Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Reiseverhalten der Deutschen

Spanien war das beliebteste Reiseziel der Deutschen im Ausland: 8,9 Mill. Private Reisen mit vier und mehr Übernachtungen wurden 2007 dorthin unternommen. An zweiter Stelle der Beliebtheitsskala lag Italien, das Ziel für 8,1 Mill. Reisen war, gefolgt vom Nachbarland Österreich, das 7,3 Mill. Mal bereist wurde. In Länder außerhalb Europas unternahmen die Deutschen rund 7,2 Mill. Reisen, darunter 1,4 Mill. in die Vereinigten Staaten.

Das bevorzugte Transportmittel bei privaten Reisen im In- und Ausland war das Auto. Es war 2007 bei mehr als der Hälfte (55 %) aller Reisen mit vier und mehr Übernachtungen das Hauptverkehrsmittel. Mit dem Flugzeug wurden 27 % aller Reisen unternommen. Die Bahn war bei knapp einem Zehntel (9 %) der Reisen das Hauptverkehrsmittel, Busse bei 8 %.

Beliebteste Reiseziele im Ausland mit vier und mehr Übernachtungen 2007

	Mill.	In % aller Reisen
Spanien	8,9	8,9
Italien	8,1	8,1
Österreich	7,3	7,4
Türkei	3,4	3,4
Frankreich	3,0	3,0
Schweiz	2,1	2,1
Griechenland	2,1	2,1
Reisen ins Ausland insgesamt	57,3	57,5

Quelle: ETI, T.I.P. 2007 (Erhebung über die touristische Nachfrage).

Hauptverkehrsmittel bei Reisen mit vier oder mehr Übernachtungen 2007

	Mill.	In % aller Reisen
Pkw ¹	54,6	54,8
Flugzeug	27,0	27,1
Bahn	8,9	8,9
Bus	7,8	7,9

¹ Eigenes Auto oder gemietet.

Quelle: ETI, T.I.P. 2007 (Erhebung über die touristische Nachfrage).

Luftfahrt ist Frankfurt am Main. Hier wurden im Jahr 2006 52,4 Mill. Fluggäste und damit 30 % aller Passagiere abgefertigt.  → **Abb. 3**

Prognose des motorisierten Personenverkehrs bis 2025

Gemäß der 2007 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegten Verkehrsprognose 2025 wird damit gerechnet, dass der motorisierte Personenverkehr weiter wächst. Die Dominanz des Pkw-Individualverkehrs wird anhalten, allerdings wird auch für die Eisenbahnen und insbesondere für den Luftverkehr mit höheren Wachstumsraten gerechnet. Der öffentliche Straßenpersonenverkehr wird zurückgehen. Prognostiziert wird, dass die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Verkehrsleistung im motorisierten Personenverkehr zwischen 2004 und 2025 um 19 % von 1 091 auf 1 303 Mrd. Pkm steigen wird.

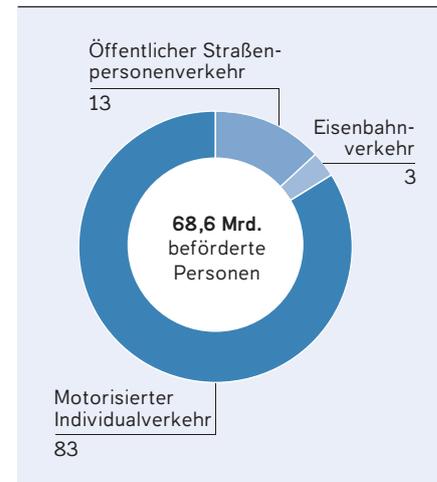
Für die einzelnen Verkehrsträger werden bis 2025 folgende Wachstumsraten der Personenkilometer erwartet:

- Pkw (einschl. motorisierte Zweiräder) + 16 %,
- Omnibusse, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen – 5 %,
- Eisenbahn + 26 %,
- Luftverkehr + 112 %.

Fußgänger und Fahrradfahrer

Gemessen an der Zahl der zurückgelegten Wege kommt auch dem Fußgänger- und dem Fahrradverkehr eine hohe Bedeutung zu. Zusätzlich zu den bereits genannten knapp 69 Mrd. Fahrten bzw. Flügen mit motorisierten Verkehrsmitteln werden knapp 32 Mrd. Wege aus eigener Kraft zurückgelegt, zusammen also rund 100 Mrd. Wege im Jahr. Das entsprach 1 200 Wegen je Person im Jahr bzw. rund drei Wegen je Person und Tag. Von der Gesamtzahl der Wege entfielen 68 % auf den motorisierten Verkehr, 23 % auf den Fußgängerverkehr und 9 % auf den Fahrradverkehr. Bei zu Fuß oder auf dem Fahrrad zurückgelegten kürzeren Strecken ist allerdings die Verkehrsleistung

Abb. 3: Personenverkehr nach Verkehrszweigen 2006, in %



Außerdem Luftverkehr 0,2 %.

mit ca. 70 Mrd. Pkm wesentlich geringer als im motorisierten Verkehr.

Die Verkehrsprognose 2025 geht davon aus, dass die Verkehrsleistung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs sinken wird. Erwartet wird, dass im Jahr 2025 zu Fuß 36,2 Mrd. Pkm und per Fahrrad 29 Mrd. Pkm zurückgelegt werden. Das sind im nicht-motorisierten Verkehr zusammen 65,2 Mrd. Pkm (2004: 69,2 Mrd. Pkm). Gegenüber 2004 wäre das ein Rückgang des Fahrradverkehrs um rund 5 % und eine Abnahme des Fußgängerverkehrs um rund 7 %. Als ursächlich hierfür wird unter anderem der höhere Anteil älterer Person, die häufiger motorisierte Verkehrsmittel bevorzugen, und die weitere Abwanderung städtischer Bevölkerung in das Umland betrachtet, womit die Zahl der zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbaren Ziele sinkt.

Zu welchen Zwecken werden insgesamt rund 100 Mrd. Wege im Jahr zurückgelegt? Rund ein Drittel aller Wege erfolgt aus Freizeit- und anderen privaten Gründen. Ein weiteres Drittel entfällt auf den Einkaufsverkehr und knapp 15 % auf den Berufsverkehr, also Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Der Ausbildungsverkehr, also die Wege zwischen Wohnung und Schule bzw. Ausbildungsstätte,

trägt rund 8 % zur Gesamtzahl der Wege bei. Die übrigen Wege verteilen sich auf Geschäfts-, Dienst- und Urlaubsreisen.

Beförderung im Güterverkehr

Vor mehr als hundert Jahren (1896) wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Lkws verdrängten binnen kurzer Zeit die bis dahin vorherrschenden Pferdefuhrwerke. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos.

In der Vergangenheit wurde der Lkw-Einsatz im früheren Bundesgebiet und noch stärker in der damaligen DDR durch zahlreiche Reglementierungen quantitativ begrenzt. Insbesondere Anfang der 1990er Jahre kam es zu wichtigen Liberalisierungsmaßnahmen, allerdings bestanden noch bis zum Inkraft-Treten des neuen Güterkraftverkehrsgesetzes 1998 Einschränkungen in Form von Kontingenten, Konzessionen und der Nahzonenregelung. Es ist sicherlich nicht zuletzt auf diese administrativen Reglementierungen zurückzuführen, dass bis Anfang der 1980er Jahre im früheren Bundesgebiet mehr Güter mit der Bahn als im Lkw-Fernverkehr transportiert wurden. Seit der deutschen Vereinigung

wurde der Marktanteil der Lkws am gesamten Güterfernverkehr stetig ausgebaut, während der Bahnanteil heute niedriger liegt als 1991. Das Binnenschiff als weiterer direkter Konkurrent von Lkw und Eisenbahn im Güterfernverkehr konnte sein Frachtvolumen bis heute in etwa halten, sein Marktanteil ging jedoch ebenfalls zurück.

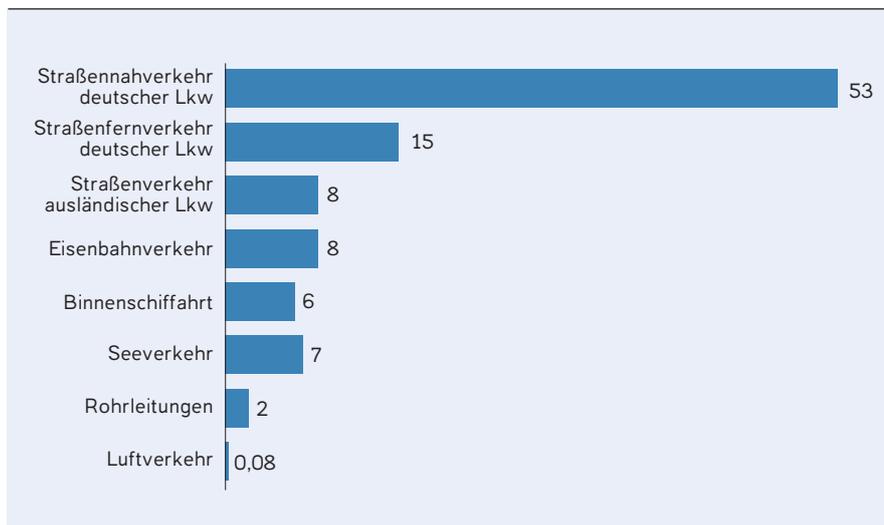
Im Jahr 2006 wurden in Deutschland rund 4,2 Mrd. Tonnen Güter per Lkw, Eisenbahn, Schiff, Flugzeug und in Rohrleitungen transportiert; dabei wurde eine Beförderungsleistung von 619 Mrd. Tonnenkilometern erbracht.

Lkws beförderten 2006 auf deutschen Straßen 3,25 Mrd. Tonnen Güter, gefolgt von den Eisenbahnen mit 346 Mill. Tonnen, dem Seeverkehr mit 299 Mill. Tonnen und der Binnenschifffahrt mit 243 Mill. Tonnen. Das Jahr 2006 war für alle genannten Verkehrsträger ein Jahr des Wachstums, besonders stark für die Eisenbahn, die 9 % an Tonnage hinzu gewann. Aufgrund des Wachstums der Weltwirtschaft und einer sich intensivierenden weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit boomt der Seeverkehr bereits seit vielen Jahren. Aktuell legte seine Tonnage um rund 6 % zu. Aber auch die Beförderungsmenge im Straßengüterverkehr

legte zu. Während der Fernverkehr inländischer und ausländischer Lkws seit Jahren stark ansteigt, stagnierte der Nahverkehr aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft zwischen 2002 und 2005. Mit dem Anziehen der Baukonjunktur im Jahr 2006 nahm die Beförderungsmenge im Nahverkehr deutlich zu, sodass die Gesamttonnage im Straßengüterverkehr um 6 % höher lag als im Vorjahr. → Tab. 8.9

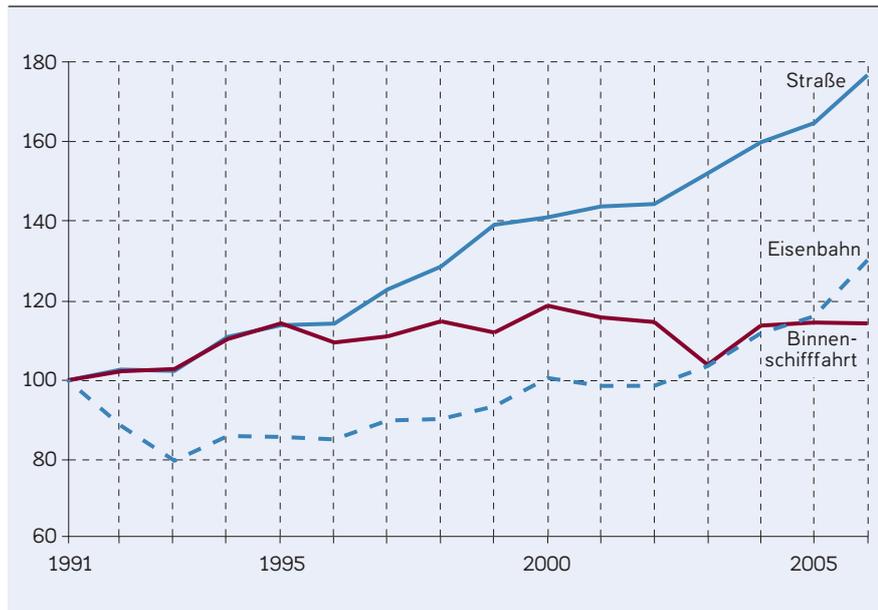
Der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – der Modal Split – hatte sich von 1991 bis 1999 zugunsten der Straße verschoben. Der Anteil der Straße an der Beförderungsmenge lag 1991 bei 77 %, im Jahr 1999 dagegen bei 80 %. Seitdem ist der Anteil der Straße rückläufig und lag 2006 mit 77 % wieder auf dem Stand von 1991, was insbesondere auf den starken Rückgang der Transporte von Baustoffen, die die Entwicklung der Beförderungsmenge im Straßengüterverkehr entscheidend mitbestimmen, zurückzuführen ist. Der Anteil der Eisenbahn sank von 11 % (1991) auf 8 % (2006). Die Binnenschifffahrt konnte ihren Anteil von 6 % halten. Der Seeverkehr konnte seine Marktanteile ausbauen und erbrachte 2006 7 % der Beförderungsmenge, der Anteil des Transports von Rohöl in Rohrleitungen liegt seit 1991 relativ konstant bei 2 %. Im Luftverkehr wurde mit 0,1 % deutlich unter einem Prozent der gesamten Beförderungsmenge transportiert. → Abb. 4

Abb. 4: Güterverkehr nach Verkehrszweigen 2006, beförderte Gütermenge, in %



Dagegen zeigte sich bei den tonnenkilometrischen Leistungen der Landverkehrsträger im mittelfristigen Vergleich eine eindeutige Entwicklung des Modal Split zugunsten der Straße. Während der Straßengüterverkehr seit 1991 (bis auf eine Wachstumspause im Jahr 1993) ungebrochen gewachsen ist, mussten seine wichtigen Konkurrenten Eisenbahn und Binnenschiff seit der deutschen Vereinigung in manchen Jahren Rückgänge hinnehmen. Die Beförderungsleistung aller Verkehrsträger ist von 1991 bis 2006 um 56 % gestiegen, die tonnenkilometrische

Abb. 5: Entwicklung der Beförderungsleistung im Güterverkehr, 1991=100



Leistung des Straßengüterverkehrs lag 2006 dagegen um knapp 76 % höher als 1991. Die Straße konnte damit ihren Anteil an der gesamten Beförderungsleistung von 62 % (1991) auf 70 % im Jahr 2006 erhöhen. Dagegen gingen die Anteile der Eisenbahn von 21 % auf 17 % und der Binnenschifffahrt von 14 % auf 10 % zurück. Seit einigen Jahren hat die Eisenbahn, die ihren geringsten Anteil mit 15 % im Jahr 1999 hatte, ihre relative Position zwar langsam, aber stetig wieder verbessert. Die Binnenschifffahrt, die sich um die Jahrtausendwende mit etwa 13 % und in den Jahren 2003 bis 2005 mit etwa 11 % an der gesamten Beförderungsleistung beteiligte, büßte 2006 nochmals einen knappen Prozentpunkt ein. → Abb. 5

Prognose des Güterverkehrs bis 2025

Der Güterverkehr wird aller Voraussicht nach weiter stark wachsen. Gemäß der bereits erwähnten »Verkehrsprognose 2025« von 2007 wird erwartet, dass die Beförderungsleistung auf der Straße, mit der Eisenbahn und dem Binnenschiff zwischen 2004 und 2025 von rund 548 Mrd. tkm um insgesamt 71 % auf 937 Mrd. tkm steigen wird. Diese absolute Zunahme ist nach Auffassung der Experten nicht zu beeinflussen, lediglich die Verteilung dieser Beförderungsleistung auf die drei genannten Verkehrsträger. Im Einzelnen ergeben sich folgende Wachstumsprognosen für die Beförderungsleistung:

- > Lkw (Fern- und Regionalverkehr) + 84 %,
- > Lkw (Nahverkehr) + 11 %,
- > Eisenbahn + 65 %,
- > Binnenschiff + 26 %.

11.1.4 Verkehrsunfälle

Eine negative Folge des Verkehrs ist die hohe Zahl an Verkehrsoffern, die jährlich verletzt oder getötet werden. So starben in Deutschland im Jahr 2006 im Luftverkehr 39 Passagiere und Besatzungsmit-

Tab. 8: Güterverkehr der Verkehrswege

	Eisenbahnverkehr		Binnenschifffahrt		Seeverkehr	Luftverkehr
	Mill. t	Mrd. tkm im Inland	Mill. t	Mrd. tkm im Inland	Mill. t	Mill. t
1950	208,8	34,9	71,9	16,7	25,7	0,0
1960	317,1	53,1	172,0	40,4	77,2	0,1
1970	378,0	71,5	240,0	48,8	131,9	0,4
1980	350,1	64,9	241,0	51,4	154,0	0,7
1990	303,7	61,8	231,6	54,8	143,5	1,3
2000	309,4	82,7	242,2	66,5	238,3	2,2
2005	317,3	95,4	236,8	64,1	281,0	2,9
2006	346,1	107,0	243,5	64,0	299,2	3,2

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West; ab 2000 Deutschland.

Tab. 9: Straßengüterverkehr

	Deutsche Lkw				Ausländische Lkw	
	Fernverkehr im Inland		Nahverkehr im Inland		Mill. t	Mrd. tkm
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm		
1991	583,0	130,9	2185,0	65,1	150,7	49,7
1995	628,8	145,4	2536,5	71,8	181,7	62,5
2000	519,7	171,5	2474,1	79,1	250,5	95,7
2005	601,7	196,3	2140,5	75,4	335,7	132,7
2006	639,9	208,9	2258,9	80,0	352,0	143,0

Nahverkehr bis einschl. 1995: Beförderungen innerhalb eines Umkreises von 75 Kilometern Luftlinie um den Standort des Fahrzeugs. Ab 2000 Beförderungen im Nah- und Regionalbereich bis 150 km Fahrtstrecke; Fernverkehr jeweils übriger Verkehr.

Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Kraftfahrt-Bundesamt, BVU Beratergruppe Verkehr und Umwelt.

glieder, im Eisenbahnverkehr wurden 186 Personen getötet.

Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten wurden allerdings bei Straßenverkehrsunfällen registriert: 2006 wurden bei rund 328 000 Unfällen mit Personenschaden (3 % weniger als im Vorjahr) rund 5 091 Menschen getötet (-5 %) und mehr als 420 000 verletzt (-3 %). Im Durchschnitt des Jahres 2006 starben bei Unfällen in Deutschland pro Tag 14 Personen im Straßenverkehr, weitere 1 157 wurden verletzt. Die Zahl der Verkehrstoten war seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 noch nie so niedrig wie 2006. Im Jahr 1972 lag sie mit fast 21 000 Verkehrstoten im Bereich des heutigen Bundesgebietes mehr als viermal so hoch. Zu dieser positiven Entwicklung haben viele Faktoren beigetragen: Neben der Gurtpflicht und Helmpflicht, verbesserter Fahrzeugtechnik (z. B. Airbags, ABS), der weitgehenden Trennung geschützter und ungeschützter Verkehrsteilnehmer und anderen Verbesserungen im Straßenbau hat sicher auch ein verändertes Fahrverhalten eine Rolle gespielt. Auch für 2007 wird ein weiterer, allerdings nur leichter Rückgang bei der Zahl der Verkehrstoten erwartet.  → **Tab. 10**

Deutlich weniger Verkehrstote gab es 2006 in Hamburg (-35 %), Nordrhein-Westfalen (-16 %), Niedersachsen (-11 %) sowie Sachsen-Anhalt (-10 %). Mehr Verkehrsteilnehmer als im Jahr 2005 starben auf den Straßen in Schleswig-Holstein (+16 %), Berlin und Thüringen (jeweils +10 %), Baden-Württemberg (+8 %) und Hessen (+3 %). In Bremen und im Saarland blieb die Zahl der Getöteten unverändert.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen starben in Deutschland im vergangenen Jahr 62 Personen je einer Mill. Einwohner im Straßenverkehr. Im Vergleich zu diesem Bundesdurchschnitt wurden in den Stadtstaaten Hamburg (16), Berlin (22) und Bremen (24) wesentlich weniger Personen je eine Mill. Einwohner bei Straßenver-

kehrsunfällen getötet. Nach wie vor weit über dem Durchschnitt für Deutschland lagen Mecklenburg-Vorpommern mit 109, Brandenburg mit 102, Thüringen mit 93 und Sachsen-Anhalt mit 89 Todesopfern je eine Mill. Einwohner. Die insgesamt niedrigeren Werte für die Stadtstaaten im Vergleich zu den Flächenstaaten sind auch auf die unterschiedliche Siedlungsstruktur zurückzuführen. In den Stadtstaaten, die nur das Gebiet einer Stadt und gegebenenfalls ein engeres Umland umfassen, gibt es hauptsächlich »Innerortsunfälle«, die wegen der niedrigeren Geschwindigkeiten, die dort gefahren werden, auch weniger folgenschwer sind.

→ **Abb. 6**

53 % der Verkehrstoten kamen 2006 als Pkw-Insassen zu Schaden. 18 % der Getöteten waren Motorrad-, Mofa- und Mopedfahrer oder -fahrerinnen, 14 % Fußgänger oder Fußgängerinnen, 10 % Fahrradfahrer und -fahrerinnen. Rund 6 % kamen als übrige Verkehrsteilnehmer

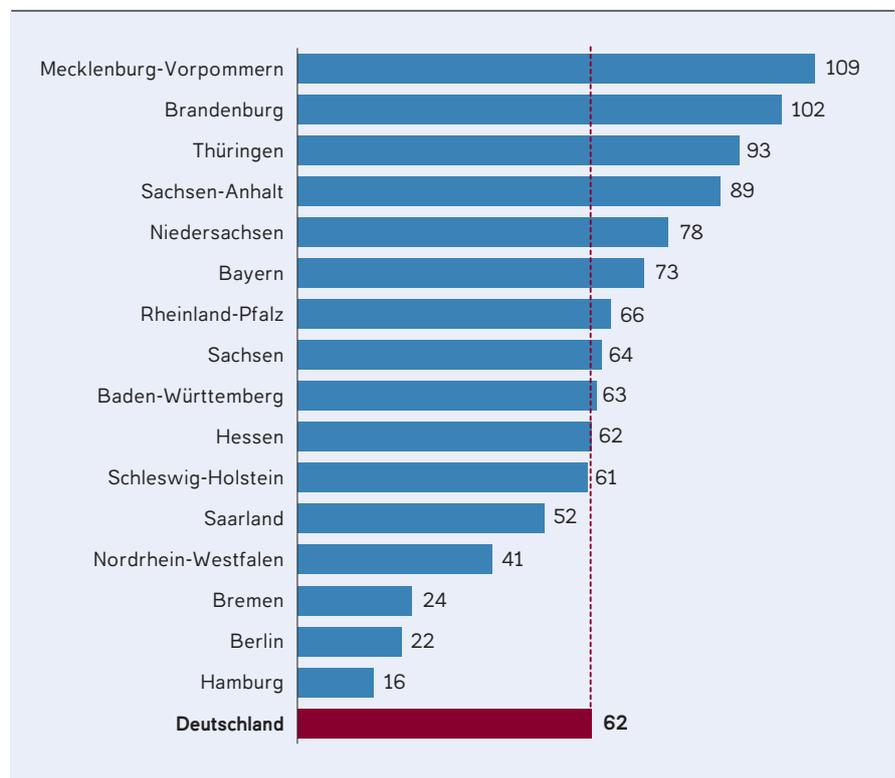
Verunglückte, Getötete und Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik



Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die bei einem Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

und -teilnehmerinnen ums Leben. Im Vergleich zu 2005 wurden weniger Pkw-Insassen (-5 %), weniger Motorradfahrer und -fahrerinnen (-8 %) und vor allem Fahrradfahrer und -fahrerinnen (-16 %), aber mehr Fußgänger und Fußgängerinnen (+4 %) und sonstige Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen (+9 %), getötet. Mitverantwortlich für die insgesamt rückläufige Zahl der verunglückten Zwei-

Abb. 6: Straßenverkehrsunfälle 2006, Getötete je 1 Mill. Einwohner



radfahrer im Jahr 2006 dürften dabei die im Vergleich zum Vorjahr schlechteren Witterungsbedingungen gewesen sein.

Besonders unfallgefährdet sind junge Pkw-Insassen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. 20 % der Verkehrstoten sind aus dieser Altersgruppe. Auch ältere Menschen über 65 Jahren zählen mit einem Anteil von 23 % an den Verkehrstoten häufig zu den Opfern. Die Zahl der getöteten Kinder unter 15 Jahren erreichte 2006 den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 1953. Trotzdem starben noch 136 Kinder (-14 % gegenüber 2005).

Nach wie vor ereignen sich die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (68 %). Aufgrund der Verkehrsdichte und des größeren Anteils ungeschützter Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen Straßen besonders hoch. Auf die innerhalb der

Ortschaften niedrigeren Fahrgeschwindigkeiten ist es jedoch zurückzuführen, dass hier nur 27 % der Getöteten registriert wurden. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) ereigneten sich 26 % der Personenschadensunfälle, aber 60 % der Verkehrstopfer kamen hier ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6 % aller Unfälle mit Personenschaden und 13 % der Getöteten gezählt. → **Tab.11**

Als Hauptunfallursache wird seit Jahren die »nicht angepasste Geschwindigkeit« festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch »Alkoholeinfluss« eine bedeutende Rolle. Einige Unfallursachen zeigen eine deutliche Geschlechtsabhängigkeit. Frauen verursachen weniger häufig als Männer Unfälle durch »nicht angepasste Geschwindigkeit«, durch »Überholfehler« oder »Alkoholeinfluss«. Dagegen missachten sie öfter die Vorfahrt.

Tab. 10: Straßenverkehrsunfälle

	Unfälle mit Personenschaden	Getötete	Schwerverletzte	Leichtverletzte
1955	.	14041	392 891	
1960	.	16477	502 316	
1970	414 362	21 332	578 032	
1980	412 672	15 050	540 916	
1990	389 350	11 046	510 931	
2000	382 949	7 503	102 416	401 658
2005	336 619	5 361	76 952	356 491
2006	327 984	5 091	74 502	347 835

Getötete: Bis 1970 im Gebiet der ehemaligen DDR innerhalb von 72 Stunden an den Unfallfolgen Gestorbene, ab 1980 innerhalb von 30 Tagen Gestorbene.

Tab. 11: Straßenverkehrsunfälle in Deutschland und die dabei Getöteten nach Ortslage 2006

	Unfälle mit Personenschaden	Getötete insgesamt	Darunter Kinder unter 15 Jahren
Innerhalb von Ortschaften	221 504	1 384	59
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen)	86 046	3 062	58
Auf Autobahnen	20 434	645	19
Insgesamt	327 984	5 091	136

Ökonomische und demographische Prozesse tragen zu einer stärkeren Auseinanderentwicklung der unterschiedlichen Räume in Deutschland bei. Die wirtschaftsstärksten Agglomerationen sind zu Metropolregionen avanciert und erhalten verstärkte Aufmerksamkeit. Abwanderung, Alterung und periphere Lage sind dagegen Merkmale problematischer Wirtschafts- und Lebensräume. In einigen strukturschwachen Regionen geraten bereits heute technische und kulturelle Infrastrukturen an die Tragfähigkeitsgrenzen, und grundlegende Dienstleistungen sind kaum noch aufrechtzuerhalten. Wachsende regionale Ungleichheiten beinhalten die Gefahr, Räume zu schaffen, in denen die Menschen schlechtere Lebenschancen vorfinden und von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden.

Auf EU-Ebene und auf Bundesebene wurde bislang mit enormen Ausgleichszahlungen und Förderungen schrittweise eine wirtschaftliche und soziale Annäherung von Staaten und Regionen erreicht. Die auf »Gleichwertigkeit« ausgelegten Mechanismen der Regulierung auf der Nationalstaatenebene und auf europäischer Ebene können Disparitäten jedoch nur in bedingtem Maße und zunehmend schlechter ausgleichen. Unter dem Motto »Stärken stärken« sollen Fördermittel vorrangig in Metropolregionen gelenkt werden. Diese Regionen sollen mit ihrer Kraft auch die weniger starken mitziehen und zu weiterer Entwicklung befähigen. In der raumordnerischen Diskussion steht infolgedessen das verfassungsmäßig verankerte Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen in Frage, und Mindeststandards einer ausreichenden Daseinsvorsorge werden in den Mittelpunkt gerückt.

Regionen versuchen sich unter den veränderten Rahmenbedingungen neu auf-

zustellen, endogene Potentiale zu ermitteln, diese gezielt zu fördern und eine zukunftsfähige Entwicklung anzustoßen. Die Akteure aus der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik orientieren sich an einer Stärkung regionaler Cluster, der Kopplung von Forschung, Existenzgründung und Verwertungsketten oder Regionalmarketing. Vorhandenes Humanvermögen, Infrastruktur und politische Akteure beeinflussen maßgeblich die regionalen Entwicklungen. Für die Sicherung von Lebensstandard und Lebensqualität spielen Regionen damit eine zunehmende Rolle.

Regionen werden unterschiedlich definiert. Sie beziehen sich in verwaltungspolitischer Hinsicht auf eine mittlere Ebene zwischen der Gemeinde und dem Bundesstaat, das heißt auf Länder, Bezirke und Kreise. Zugleich wird mit Region ein Verflechtungsraum bezeichnet, der wirtschaftlich, geographisch und kulturell bestimmt ist. Bislang liegen jedoch nur für verwaltungsmäßig abgegrenzte Raumeinheiten ausreichend statistische Informationen zu Lebensbedingungen und Lebensstandard vor.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) unterteilt darüber hinaus in Zentral-, Zwischen- und Peripherieräume. Daneben wird zwischen den drei siedlungsstrukturellen Typen Agglomeration, verstädterter und ländlicher Raum unterschieden, die in einem zweiten Schritt tiefer gegliedert werden: Agglomerationen in Kernstädte, hoch verdichtete Kreise, verdichtete Kreise und ländliche Kreise, die durchaus in großer Nähe zu Agglomerationen existieren (z. B. rund um Berlin oder auch Braunschweig). Die verstädterten Räume werden unterteilt in Kernstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, verdichtete Kreise und ländliche Kreise. Im ländlichen Raum gibt es Kreise höherer (zwischen 100 und 150 Einwohner

pro Quadratkilometer) und geringerer Dichte (unter 100 Einwohner pro Quadratkilometer).

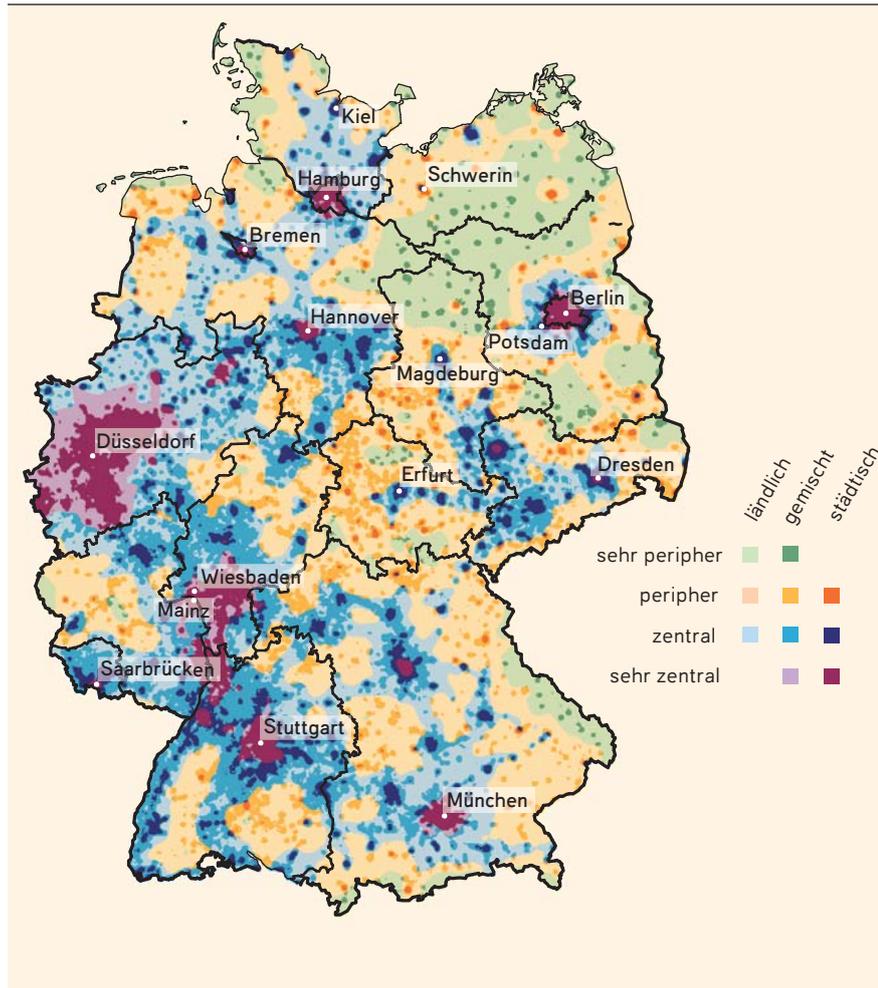
Um die Lebensverhältnisse in den Regionen zu ermitteln, werden im Folgenden Bevölkerung- und Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftskraft, Haushaltseinkommen und die Wohnverhältnisse untersucht. Ein Ziel der empirisch orientierten Bestandsaufnahme regionaler Disparitäten besteht darin zu überprüfen, inwieweit sich die Lebensbedingungen in den Regionen West- und Ostdeutschlands voneinander unterscheiden.

11.2.1 Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur

In Deutschland lebt die Bevölkerung auf unterschiedlich dicht besiedeltem Gebiet. Der ostdeutsche Norden und Teile Niedersachsens weisen eine Bevölkerungsdichte von weniger als 50 Einwohner pro Quadratkilometer auf (Kreise Müritztal, Mecklenburg-Strelitz, Lüchow-Dannenberg, Altmarkkreis, Prignitz, Salzwedel, Ostprignitz-Ruppin, Demmin, Parchim, Uckermark und Uecker-Randow). Am dichtesten besiedelt sind die Städte Berlin, München und Herne mit mehr als 3 000 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Eine dünne Besiedlung ist neben einem durch Land- und Forstwirtschaft geprägten Siedlungs- und Landschaftsraum der entscheidende Indikator für ländliche Regionen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist dabei sehr gering (1,8 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten). Lediglich in fünf Kreisen geht der Anteil über die 10 %-Marke hinaus (Straubing-Bogen 13 %, Mecklenburg-Strelitz 11 %, Demmin 11 %, Lüchow-Dannenberg 11 % und Andernach 10 %), wobei der Anteil in den drei zuerst

Abb. 1: Raumtypisierung



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung); Geometrische Grundlage: BKG (Bundesamt für Kartographie und Geodäsie), 31. Dezember 2005.

genannten Kreisen von 1995 bis 2004 um mehr als 20 % gefallen ist (nicht tabellarisch ausgewiesen). Ostdeutsche Länder haben mit Ausnahme von Sachsen einen vergleichsweise hohen Anteil an ländlichen Regionen. In westdeutschen Bundesländern weisen Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen beachtlichen Anteil ländlicher Gebiete auf. → **Abb. 1**

Abbildung 1 stellt dar, wie sich die Bundesrepublik Deutschland in städtisch-ländliche Gebiete sowie in zentrale und peripher gelegene Räume untergliedert. Auf diese Weise werden unabhängig von administrativen Grenzen genauere Beschreibungen ländlicher Räume möglich und Probleme insbesondere peripherer

Gebiete bis auf Gemeindeebene deutlicher erkennbar.

Im innerdeutschen Maßstab zeigt sich, dass überdurchschnittliche Distanzen zum nächsten Oberzentrum oder zur nächsten Autobahn wirtschaftliche Ansiedlungen, Absatzmärkte und Zugangschancen der Bevölkerung zu Infrastrukturen behindern. Die periphere Lage eines Kreises wird an der durchschnittlichen Pkw-Fahrzeit vom Kreis zum nächsten Oberzentrum gemessen. In ländlichen Räumen hat der Pkw eine höhere Bedeutung, um die Einrichtungen von Oberzentren (zum Beispiel Theater, Museen, Fachkliniken, Hochschulen oder Regionalbehörden) zu erreichen als in dichter besiedelten Re-

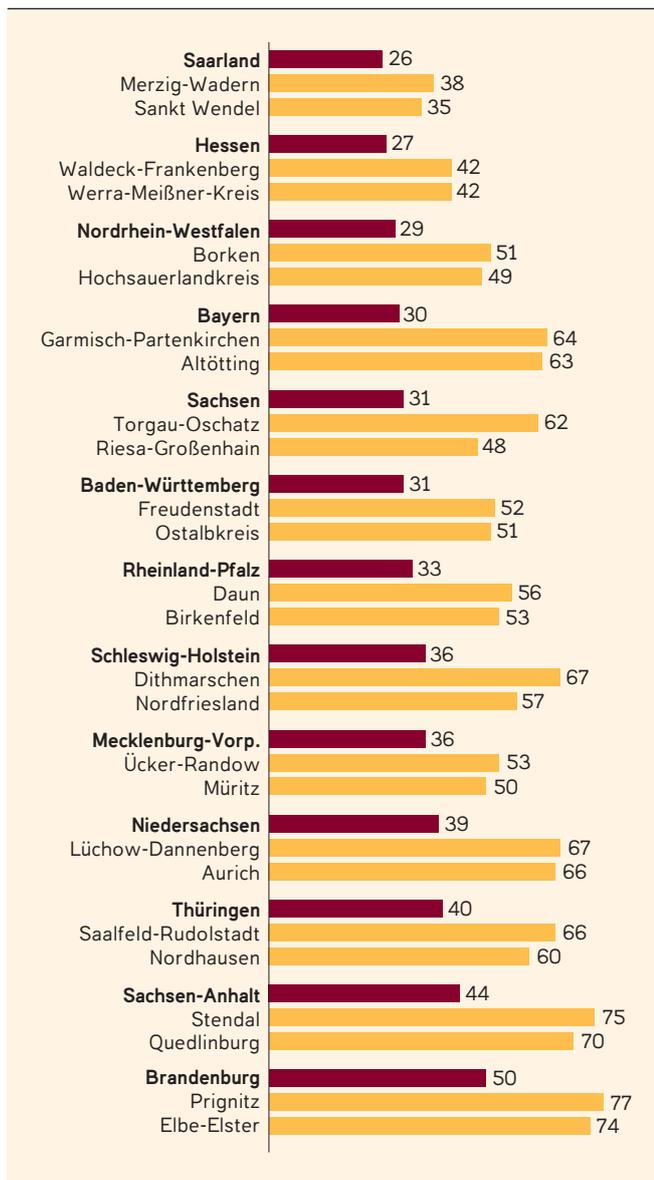
gionen, in denen der öffentliche Nahverkehr ausgebaut ist und zudem kurze Taktzeiten aufweist.

In Abbildung 2 sind in jedem Bundesland die Kreise mit den längsten Fahrzeiten zum nächsten Oberzentrum aufgeführt. Dünne Besiedlung und landschaftliche Besonderheiten (Mittelgebirge, Alpen) erhöhen die Fahrzeiten. In ostdeutschen ländlichen Kreisen ist die Distanz zu einem Oberzentrum im Mittel höher als in ländlichen Kreisen Westdeutschlands. Die Länder sind in der durchschnittlichen Fahrzeit von einem Kreis zum nächsten Oberzentrum angeordnet. Die Flächenländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern weisen mit ihren Agglomerationen eine gute Erreichbarkeit auf, während Sachsen-Anhalt und Brandenburg im Mittel durch lange Fahrzeiten geprägt sind. In den Kreisen Prignitz, Stendal und Elbe-Elster beträgt die durchschnittliche Fahrtzeit zum nächsten Oberzentrum etwa einviertel Stunden. → **Abb. 2**

Die Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2004 ist in 20 der 26 schwer erreichbaren Kreise niedriger als im jeweiligen Landesdurchschnitt. In den vier Bundesländern mit guter Erreichbarkeit liegt auch das BIP der vergleichsweise entfernten Kreise nicht unter dem Durchschnitt (nicht tabellarisch ausgewiesen). Lediglich in einem der entlegenen Kreise liegt das BIP über dem bundesdeutschen Durchschnitt (Altötting als Wallfahrtsstadt mit 35,4-Tausend Euro pro Einwohner).

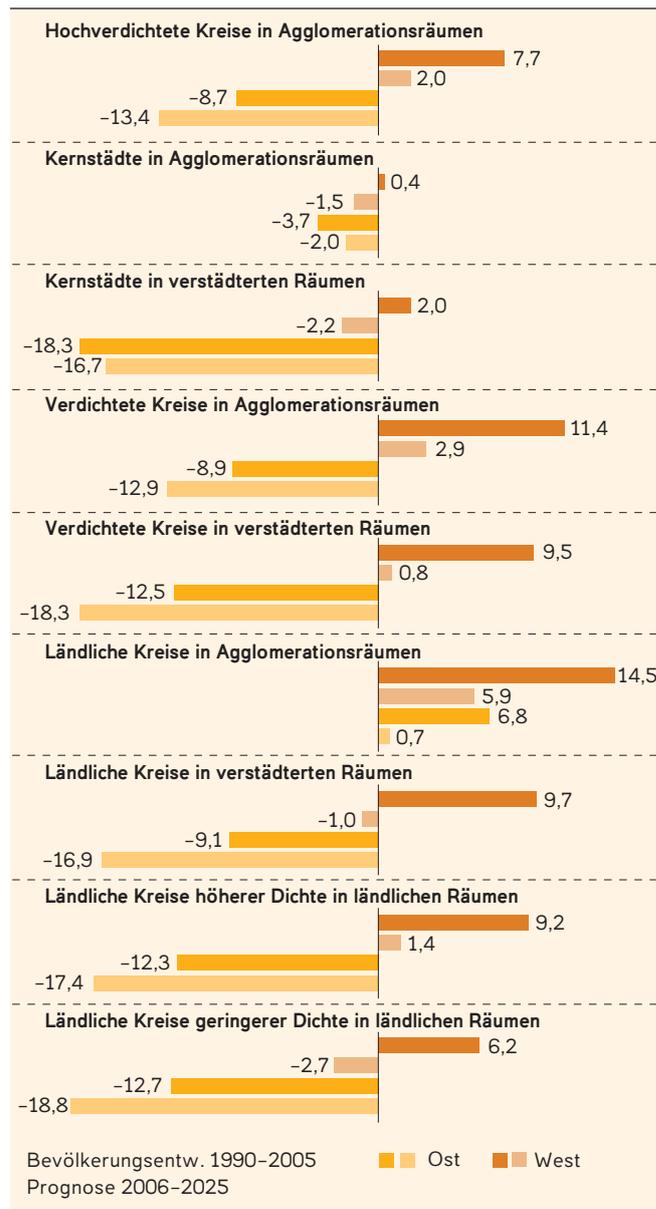
Ein bedeutendes Problem stellt der Ärztemangel dar, da in ländlichen Kreisen geringerer Dichte 2004 etwa 774 Einwohner pro Arzt versorgt werden mussten. Die Einwohnerdichte beträgt dabei in Ostdeutschland nur 57 Personen pro Quadratkilometer (83 in Westdeutschland), und die Anzahl der Allgemeinärzte sank von 1995 bis 2004 stärker als in anderen Regionen (-11 % Ost, -2 % West).

Abb. 2: Durchschnittliche Pkw-Fahrtzeit zum nächsten Oberzentrum 2006, in Min.



Datenbasis: INKAR-Datenbank des BBR 2006.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung und Prognose, in %



Datenbasis: INKAR-Datenbank des BBR 2006.

11.2.2 Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den verschiedenen regionalen Typen im letzten Jahrzehnt unterschiedlich. In Ostdeutschland (ohne Berlin) ist durch die geringe Geburtenrate und die fortwährende Ost-West-Wanderung in nur 15 Jahren (1990 bis 2005) ein Bevölkerungsverlust von 9,5 % (Quelle: Statistisches Bundesamt) zu konstatieren, der al-

le Kreistypen betrifft, mit Ausnahme der ländlichen Kreise in Agglomerationsräumen (+6,8 %), die von der Suburbanisierung profitierten. Die Suburbanisierungswelle rund um Berlin, Leipzig und Dresden hält seit 2003 jedoch nur noch in Berlin an, so dass auch hier kein großes Wachstum mehr erwartet wird. In Abbildung 3 ist die Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2005 und als Prognose von 2006 bis 2025 dargestellt. → **Abb. 3**

Die bisherige Schrumpfung betraf vor allem die Kernstädte in verstäderten Räumen; beispielsweise in den Jahren 1995 bis 2005: Cottbus -15 %, Halle -17 %, Gera -16 % und Magdeburg -13 % sowie einzelne, besonders stark deindustrialisierte Städte (Hoyerswerda -29 %, Frankfurt/Oder -21 % und Suhl -20 %). Bevölkerungsverluste verzeichneten auch die ohnehin sehr dünn besiedelten ländlichen Räume im Norden sowie im Wes-

ten Thüringens und entlang der Elbe in Sachsen-Anhalt. Die verdichteten Kreise in verstäderten Räumen wiesen mit –12,5 % ebenfalls einen hohen Bevölkerungsverlust auf. Höhere Werte galten insbesondere für die Kreise Altenburger Land, Vogtland, Greiz, Weimarer Land, Gotha, Weißenfels, Eisleben, Quedlinburg, Kamenz, Bautzen oder Löbau-Zittau. Insgesamt haben von 2000 bis 2005 83 % der Gemeinden in Ostdeutschland Bevölkerungsverluste aufzuweisen, so dass sich die vorangegangene Schrumpfung der 1990er Jahre fortgesetzt hat und eine regionale Polarisierung der demographischen Entwicklung zu konstatieren ist. In Ostdeutschland weisen lediglich die Stadtregionen Leipzig, Dresden, Berlin und Erfurt/Weimar/Jena Bevölkerungsgewinne auf. Nach den Prognosen wird sich die Schrumpfung in vielen ostdeutschen Regionen in den nächsten 20 Jahren zudem deutlich beschleunigen.

In Westdeutschland ist überwiegend eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Hier sind die ländlichen Kreise sowohl in Agglomerationsnähe als auch in peripheren Lagen und auch die (hoch-)verdichteten Kreise gewachsen. Die These einer generellen Reurbanisierung in Deutschland, des Zuzugs in die Stadtkerne, wird durch die Daten allerdings nicht bestätigt. Kernstädte in Agglomerationsräumen hatten von 1990 bis 2005 keinen Bevölkerungsgewinn zu verzeichnen, bis 2025 wird nunmehr sogar ein Verlust von 1,5 % prognostiziert. Lediglich einzelne wirtschaftsstarke und/oder attraktive Städte konnten bislang von überregionalen Wanderungsbewegungen profitieren.

Die demographischen Prozesse, die sich bis 2025 zuverlässig berechnen lassen, bewirken in Westdeutschland keine großen Verschiebungen mehr, in Ostdeutschland jedoch eine dynamische Fortsetzung der Trends und damit eine weitere Auseinanderentwicklung von West- und Ostdeutschland. Die Prognosen für die verschiedenen Arten ländlicher Räume in Ostdeutschland gehen von einem Bevöl-

Tab. 1: BIP pro Erwerbstätigen nach Bundesländern und ihren stärksten bzw. schwächsten Kreisen

BIP pro Erwerbstätigen in EUR		BIP pro Erwerbstätigen in EUR	
Deutschland	57 724	Niedersachsen	54 124
Hamburg	79 208	Northeim, Landkreis	47 584
Hessen	66 251	Rotenburg (Wümme), Landkreis	48 084
Limburg-Weilburg, Landkr.	51 522	Wesermarsch, Landkreis	61 749
Vogelsbergkreis	53 942	Wittmund, Landkreis	43 319
Main-Taunus-Kreis	76 171	Saarland	54 031
Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt	83 179	Merzig-Wadern, Landkreis	49 541
Bremen	64 493	Neunkirchen, Landkreis	51 663
Bayern	62 702	St. Wendel, Landkreis	57 339
Freyung-Grafenau, Landkr.	47 823	Saarpfalz-Kreis	57 388
Garmisch-Partenkirchen, Landkreis	48 654	Berlin	51 090
Fürth, Kreisfreie Stadt	76 361	Sachsen-Anhalt	48 805
München, Landkreis	117 108	Sangerhausen, Kreis	42 436
Baden-Württemberg	60 353	Quedlinburg, Kreis	42 486
Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis	49 947	Ohrekreis	57 281
Emmendingen, Landkreis	52 397	Merseburg-Querfurt, Kreis	68 208
Mannheim, Universitätsstadt, Kreisfreie Stadt	69 475	Brandenburg	47 653
Stuttgart, Landeshauptstadt, Kreisfreie Stadt	70 192	Frankfurt (Oder), Kreisfreie Stadt	42 457
Nordrhein-Westfalen	57 807	Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt	42 623
Bottrop, Kreisfreie Stadt	41 217	Uckermark, Landkreis	56 221
Höxter, Kreis	47 780	Teltow-Fläming, Landkreis	64 846
Rhein-Kreis Neuss	76 503	Sachsen	44 987
Düsseldorf, Kreisfreie Stadt	78 874	Mittlerer Erzgebirgskreis	37 420
Schleswig-Holstein	56 024	Hoyerswerda, Kreisfreie Stadt	39 371
Ostholstein, Landkreis	47 557	Chemnitzer Land, Landkreis	49 571
Schleswig-Flensburg, Landkr.	48 817	Dresden, Kreisfreie Stadt	50 212
Steinburg, Landkreis	61 819	Mecklenburg-Vorpommern	44 757
Stormarn, Landkreis	64 778	Ostvorpommern, Kreis	38 300
Rheinland-Pfalz	54 946	Uecker-Randow, Kreis	40 451
Cochem-Zell, Landkreis	46 179	Rostock, Kreisfreie Stadt	49 774
Neustadt an der Weinstraße, Kreisfreie Stadt	47 040	Demmin, Kreis	52 741
Mainz-Bingen, Landkreis	65 718	Thüringen	44 415
Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt	83 928	Gera, Kreisfreie Stadt	39 667
		Unstrut-Hainich-Kreis	41 010
		Jena, Kreisfreie Stadt	49 586
		Sömmerda, Kreis	61 773

Datenbasis: Genesis; VGR der Länder, Kreisberechnungen, 2005.

kerungsverlust von mindestens –17 % aus, mit Ausnahme der agglomerationsnahen ländlichen Kreise (1 %). Für die ostdeutschen Kernstädte verstädterter Regionen ist ebenfalls mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Einwohnerzahl zu rechnen (–16,7 %). Setzt sich dieser Trend fort, verlieren sie weiterhin pro Jahr ein Prozent, das heißt von 1990 bis 2025 mehr als ein Drittel ihrer Bevölkerung. Anpassungsleistungen an techni-

scher Infrastruktur, öffentlichen Diensten, sozialer und kultureller Infrastruktur sind erforderlich und müssen auch bei sinkenden Einnahmen bewältigt werden. Auch auf dem Immobilienmarkt sind Auswirkungen, z. B. in Form von erheblichen Leerständen, zu erwarten. Die Attraktivität schrumpfender Städte und Regionen wird weiter leiden, sodass es schwierig sein wird, junge Menschen langfristig zu binden. Auch lassen sich Migranten eher

in wirtschaftsstarken städtischen Regionen nieder, sodass keine Entlastung ostdeutscher schrumpfender Räume durch Zuwanderer und deren höhere Geburtenraten zu erwarten ist.

Vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung wird in der Raumordnungsprognose 2030 vorhergesagt, dass die Altersgruppe der Personen unter 20 Jahren wegen des Geburtenrückgangs Anfang der 1990er Jahre und der Wanderungsverluste in Ostdeutschland von 1990 bis 2020 um etwa 40 % zurückgehen wird (auf 2,8 Mill.). Während diese Altersgruppe in hochverdichteten Kreisen in Agglomerationen um weniger als 10 % abnehmen wird, beträgt die Abnahme in Kernstädten verdichteter Räume 53 % und in ländlichen Kreisen knapp 50 %. In vielen Regionen Ostdeutschlands wird der Anteil älterer Menschen entsprechend sehr hoch sein.

Die Prognosen gehen insgesamt von einem weiteren Bevölkerungszuwachs vor allem in Agglomerationsnähe aus. Die Anzahl schrumpfender Gemeinden und Kreise, in denen jedoch ein geringerer Bevölkerungsanteil lebt, wird dabei in beiden Landesteilen zunehmen.

11.2.3 Wirtschaftskraft und Beschäftigung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit geben Auskunft über die Wirtschaftskraft. Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der ökonomische Rückstand drücken sich nach wie vor auch in einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt aus (BIP: 44 400 Euro pro Erwachsenen in Thüringen bis zu 48 800 Euro pro Erwachsenen in Sachsen-Anhalt und 51 100 Euro pro Erwachsenen in Berlin bis zu 79 200 Euro pro Erwachsenen in Hamburg im Jahr 2005).

Hessen, Bayern und Baden-Württemberg sind die Flächenländer mit dem höchsten

Tab. 2: Beschäftigtenindikatoren im interregionalen Vergleich

	Beschäftigtenquote		Anteil weiblicher Beschäftigter		Anteil hochqualifizierter Beschäftigter	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
in %						
Agglomerationsräume						
Kernstädte	65	48	45	51	13	15
Hochverdichtete Kreise	44	41	42	47	9	10
Verdichtete Kreise	40	41	46	47	6	10
Verstädterte Räume						
Kernstädte	71	60	46	53	11	14
Verdichtete Kreise	43	40	44	49	6	9
Ländliche Kreise						
In Agglomerationsräumen	36	37	45	48	5	9
In verstädterten Räumen	41	39	44	47	5	8
Höherer Dichte in ländlichen Räumen	46	44	45	49	6	9
Geringerer Dichte in ländlichen Räumen	43	39	44	50	4	8
Insgesamt	49	44	44	50	9	11

Datenbasis: Unveröffentlichte Daten des BBR, demnächst: Inkar 2008.

Wohlstand, gemessen am BIP, in kleinräumiger Betrachtung weisen die westdeutschen Kreise München (Landkreis: 117 100 Euro pro Erwachsenen), Ludwigshafen am Rhein (83 900 Euro pro Erwachsenen) und Frankfurt am Main (83 200 Euro pro Erwachsenen) das höchste BIP auf. Die wirtschaftsschwächsten Landkreise sind Mittlerer Erzgebirgskreis (37 400 Euro pro Erwachsenen) und Ostvorpommern (38 300 Euro pro Erwachsenen). In Tabelle 1 ist das BIP für die Länder und einzelne Kreise dargestellt. → Tab. 1

In den Ländern mit hohem Bruttoinlandsprodukt ist die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als in den Ländern mit niedrigem, das heißt in Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher als im Westen und im Norden etwas höher als im Süden. Während in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz die Arbeitslosenquoten 2007 bei max. 6,5 % lagen, betragen sie in den ostdeutschen Ländern zwischen 13,2 % in Thüringen und 16,5 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Hinblick auf die Beschäftigtenquoten zeigt sich, dass in Westdeutschland Kern-

städte mit deutlichem Abstand vor den anderen Kreistypen liegen. Die niedrigsten Werte mit unter 40 % weisen ländliche und verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen auf. In Ostdeutschland ist die Beschäftigtenquote ebenfalls in Kernstädten in verstädterten Räumen am höchsten (60 %). Die übrigen Regionstypen liegen etwa 20 Prozentpunkte darunter.

Die Beschäftigungsquote von Frauen unterscheidet sich in Westdeutschland nicht stark nach Kreistypen und liegt zwischen 42 und 46 %. In Ostdeutschland ist die Frauenerwerbstätigkeit noch weiter verbreitet als im Westen und weist daher generell ein höheres Niveau auf (zwischen 53 % in Kernstädten und 47 % in ländlichen Kreisen verstädterter Räume). Insgesamt bieten vor allem ländliche Räume in Ostdeutschland vergleichsweise geringere Arbeitsmarktchancen. → Tab. 2

In allen ostdeutschen Ländern (inkl. Berlin) ist von 1995 bis 2004 die Anzahl der Beschäftigten stark gefallen (im Durchschnitt: -19,5 %). Bayern ist das einzige Bundesland, welches in diesem Zeitraum einen Zuwachs zu verzeichnen hat (0,8 %). Die westdeutschen Länder weisen jeweils

Tab. 3: Entwicklung der Zahl der SV-Beschäftigten 1995–2004, nach Ländern und Kreisen mit niedrigsten und höchsten Werten

Bundesland	Durchschnitt	Kreise mit niedrigsten Werten	in %	Kreise mit höchsten Werten	in %
Bayern	0,8	Wunsiedel im Fichtelgebirge	-21	Freising	26
		Hof (Landkreis)	-20	Erlangen-Höchstadt	23
Baden-Württemberg	0	Pforzheim	-15	Heilbronn (Landkreis)	16
		Zollernalbkreis	-13	Böblingen	9
Saarland	-0,5	Saarbrücken	-5	Saarlouis	5
		Neunkirchen	-5	Sankt-Wendel	5
Rheinland-Pfalz	-1	Südwestpfalz	-16	Alzey-Worms	25
		Pirmasens	-13	Kaiserlautern (Landkreis)	15
Hessen	-1,3	Werra-Meißner-Kreis	-18	Main-Taunus-Kreis	10
		Vogelsbergkreis	-13	Hochtaunuskreis	6
Hamburg	-2				
Niedersachsen	-2,3	Goslar	-18	Wolfsburg	26
		Holzminden und Osterode	-15	Vechta	19
Nordrhein-Westfalen	-3,7	Remscheid	-18	Münster	9
		Recklinghausen	-17	Paderborn	7
Schleswig-Holstein	-4,8	Neumünster	-12	Pinneberg	2
		Lübeck	-9	Stormarn	0
Bremen	-6,8	Bremerhaven	-14	Bremen	-5
Berlin	-16,9				
Thüringen	-18,1	Suhl	-31	Wartburgkreis	-6
		Kyffhäuserkreis	-29	Jena	-8
Sachsen	-18,8	Hoyerswerda	-41	Kamenz	-2
		LeipzigerLand	-38	Zwickau	-8
Mecklenburg-Vorpommern	-20,8	Mecklenburg-Strelitz	-35	Bad-Doberan	-1
		Uecker-Randow	-35	Rügen	-9
Brandenburg	-21,5	Oberspreewald-Lausitz	-42	Teltow-Fläming	-2
		Spree-Neiße	-34	Postdam-Mittelmark	-9
Sachsen-Anhalt	-22,9	Bitterfeld	-41	Ohrekreis	-1
		Mansfelder Land	-31	Saalkreis	-2

Datenbasis: BBR: Inkar 2006.

ein breites Spektrum an Kreisen mit Beschäftigtenzu- und -abnahme auf, es zeigt sich ein kleinräumiges Muster (vgl. in Niedersachsen Wolfsburg mit +26 % und Goslar mit -18 %, oder in Nordrhein-Westfalen Paderborn mit +7 % und Remscheid mit -18 %). → Tab. 3

In Ostdeutschland zeigt sich ein ganz anderes Bild als in Westdeutschland. Es gibt hier keinen Kreis, der einen Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen hat. Die geringsten Verluste gibt es in Bad Doberan nahe der Ostsee und im Ohrekreis (jeweils -1 %). Der Beschäftigungsabbau ist teilweise dramatisch. Im Berichtszeitraum von 1995 bis 2004 haben insgesamt 31 Kreise mehr als jeden vierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verloren, Bitterfeld, Hoyerswerda und Oberspreewald sogar 41 %.

11.2.4 Lebensstandard

Für die Betrachtung des Lebensstandards werden die Indikatoren Haushaltseinkommen und Arbeitnehmerentgelte herangezogen. Bezogen auf die Flächenstaaten liegen diese in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern über denjenigen in den norddeutschen Ländern. Die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) differieren 2004 um etwa 500 Euro zwischen Schleswig-Holstein und Hessen (2 531 Euro und 3 012 Euro). In Ostdeutschland sind kaum länderspezifische Unterschiede festzustellen; die Entgelte liegen dabei zwischen 2 256 Euro in Brandenburg (durch die Nähe zu Berlin bedingt) und 2 128 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. Nach wie vor besteht ein ausgeprägtes Einkommensgefälle zwischen West- und Ostdeutschland.

Die Haushaltseinkommen in Deutschland differieren 2005 in den alten Ländern am stärksten zwischen den »Speckgürteln« in Agglomerationen und dünn besiedelten ländlichen Kreisen (1 640 Euro und 1 376 Euro; neue Länder: 1 225 Euro bzw. 1 157 Euro). Angesichts geringerer Lebenshaltungskosten auf dem Land bedeuten die nominellen Unterschiede jedoch keine gleich starke Reduktion der Kaufkraft. Die Arbeitnehmerentgelte unterscheiden sich entsprechend. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland tritt dabei in den jeweiligen Kreistypen jedoch deutlich stärker hervor als beim Haushaltseinkommen, das auch Transferzahlungen berücksichtigt. → Tab. 4

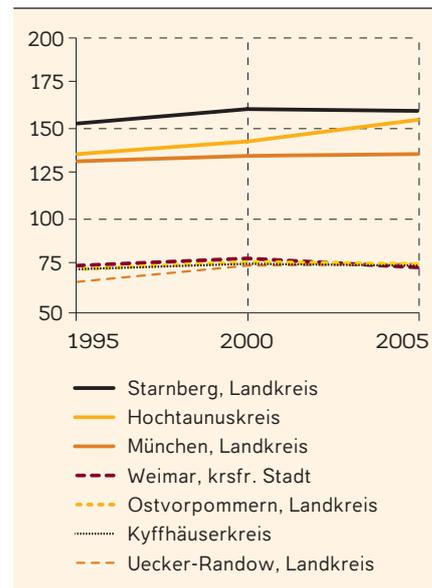
Bei der Untersuchung der Haushaltseinkommen in den einzelnen Kreisen fällt auf, dass sich am oberen Ende der Rang-

folge seit zehn Jahren dieselben Kreise befinden. Die höchsten Einkommen haben die Haushalte seit 1995 in den Landkreisen Starnberg, München und Hochtaunuskreis. Bis auf einige Ausnahmen (besonders negative Entwicklung in den kreisfreien Städten Weimar und Jena und im Landkreis Köthen) bleiben auch die Strukturen am unteren Ende der Rangfolge erhalten. Der Kyffhäuserkreis und die Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern weisen seit Jahren bundesweit mit jeweils 13 200 Euro pro Jahr die geringsten Haushaltseinkommen auf. Dabei sind besonders hohe Zuwächse bei den Haushaltseinkommen in den Kreisen zu verzeichnen, die ohnehin die höchsten Haushaltseinkommen aufweisen. Im Landkreis Starnberg betrug das durchschnittliche Haushaltseinkommen 2005 das 1,6-fache des Bundesdurchschnitts, während es in der kreisfreien Stadt Weimar lediglich das 0,7-fache betrug. → **Abb. 4**

In Bezug auf den Wohnstandard haben die ostdeutschen Regionen deutlich aufgeholt, wobei die regionsspezifischen Unterschiede nicht sehr ausgeprägt sind (Wohnfläche zwischen 35,8 Quadratmeter pro Person und 39 Quadratmeter). Westdeutsche verfügen über 41,5 Quadratmeter im Durchschnitt, wobei in Kernstädten der Agglomerationen 38 Quadratmeter erreicht werden und 46,5 Quadratmeter in dünn besiedelten ländlichen Regionen.

Der objektive Lebensstandard kommt auch in der Zufriedenheit der Bürger zum Ausdruck. So findet auch das Gefälle in den hier vorgestellten Regionstypen seinen Niederschlag im subjektiven Wohlbefinden. Die Regionen in Deutschland unterscheiden sich deshalb nicht nur hinsichtlich objektiver Aspekte, sondern sie bieten ihren Bürgern auch ein unterschiedliches Ausmaß an Lebensqualität.

Abb. 4: Verfügbares Einkommen priv. Haushalte einschließlich priv. Organisationen ohne Erwerbszweck - Jahressumme, in %



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.

Tab. 4: Lebensstandard nach Kreistypen

	Haushaltseinkommen		Arbeitnehmerentgelte		Wohnfläche pro Person ¹		Ein- und Zweifamilienhäuser	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in EUR				in m ²		in % aller Wohngebäude	
Agglomerationsräume								
Kernstädte in Agglomerationsräumen	1607	1230	3112	2588	38,0	39,0	63	53
Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	1640	1225	2856	2080	40,7	36,5	84	72
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	1610	1217	2657	2103	42,6	35,8	90	77
Verstädterte Räume								
Kernstädte in Verstäderten Räumen	1453	1181	2926	2302	40,1	38,3	70	58
Verdichtete Kreise in Verstäderten Räumen	1503	1185	2665	2116	42,7	37,8	88	80
Ländliche Kreise								
In Agglomerationsräumen	1458	1234	2469	2183	43,1	37,5	93	86
In verstäderten Räumen	1449	1180	2553	2131	44,6	38,4	92	85
Höherer Dichte in ländlichen Räumen	1431	1188	2617	2179	44,0	37,8	89	84
Geringerer Dichte in ländlichen Räumen	1376	1157	2522	2093	46,5	38,5	92	85

¹ Werte für 2004.

Datenbasis: 2005.

Quelle: Informationen des BBR, demnächst Inkar 2008.

12 Umwelt und Nachhaltigkeit

12.1 Umweltökonomische Trends und Nachhaltigkeit

Regina Hoffmann-Müller
Ursula Lauber

Neben dem wirtschaftlichen Geschehen, mit dem sich die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) beschäftigen, ist die Betrachtung der Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Umwelt von großer Bedeutung. Letztere ist Gegenstand der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) des Statistischen Bundesamtes. Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, dass eine Volkswirtschaft für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten (Produktion und Konsum) nicht nur Arbeit und produziertes Vermögen einsetzt, sondern auch nicht produziertes Naturvermögen. Zu den Naturvermögensbestandteilen zählen vor allem Rohstoffe, wie Energieträger, Erze, andere Mineralien und Wasser, sowie die Bodenfläche als Standort für Produktions-, Konsum- und sonstige Freizeitaktivitäten. Ein weiterer wichtiger

Bestandteil des Naturvermögens sind die Ökosysteme und sonstige natürliche Systeme (z.B. die Atmosphäre), die »Dienstleistungen« für wirtschaftliche Aktivitäten zur Verfügung stellen. Dazu gehören die Aufnahme und der Abbau der bei der Produktion oder beim Konsum entstandenen Rest- und Schadstoffe, wie Luftemissionen, Abfälle und Abwasser.

Die politische Bedeutung eines nachhaltigen Wirtschaftens im Hinblick auf die Lebenssituation künftiger Generationen wird unterstrichen durch die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2002. Bestandteil dieser Strategie ist die Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung anhand von Indikatoren. Diese wurden teilweise mit quantifizierten Zielwerten versehen, um die

Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit messbar zu machen. Das Statistische Bundesamt hat im Auftrag der Bundesregierung im »Indikatorenbericht 2006« die bisherige Entwicklung der Indikatoren dargestellt. Am Beispiel der umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren wird im Folgenden über die aktuelle Entwicklung berichtet und dabei auch auf die Chancen zur Erreichung der gesetzten Ziele eingegangen.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit hat zum Ziel, mit dem Denken und Handeln von heute die Lebenssituation der gegenwärtigen Generation stetig zu verbessern, ohne dadurch die Zukunftsperspektive künftiger Generationen zu verschlechtern. Dabei sind drei Aspekte von Nachhaltigkeit gleichermaßen zu berücksichtigen:



Umweltökonomische Gesamtrechnung

Anfang der 1990er Jahre wurde im Statistischen Bundesamt mit den so genannten Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) begonnen. Sie stehen in einem engen Bezug zu den schon länger bestehenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die die wirtschaftlichen Aktivitäten unserer Volkswirtschaft – Produktion und Konsum – und deren Einsatzfaktoren (Kapital und Arbeit) statistisch erfassen. Darüber hinaus gehören zu den Einsatzfaktoren jedoch auch die »Schätze« und Leistungen der Natur. Die UGR erweitern daher den – in Geldwert gemessenen – Begriff des Kapitalvermögens um das Naturver-

mögen, das in diesem Fall aber nur in physischen Größen gemessen wird. Aus den Rechnungen der UGR ergeben sich statistische Informationen über die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt. Dabei wird den folgenden Fragen nachgegangen:

➤ *Welche wirtschaftlichen Aktivitäten verursachen welche Belastungen der Umwelt?* Solche Aktivitäten sind z. B. die Entnahme von Rohstoffen aus der Umwelt (z. B. Energieträger wie Kohle oder Erdgas, dazu Wasser und sonstige Rohstoffe) oder die Abgabe nicht verwertbarer Stoffe aus der Wirtschaft an die Umwelt (Luftemissionen, wie CO₂, NO_x, SO₂, Abfälle und Abwasser), aber auch

die Nutzung der Flächen und der Ökosysteme für Siedlungs- und Verkehrszwecke sowie andere Aktivitäten.

- *Wie verändert sich infolgedessen der Umweltzustand oder das Naturvermögen?* Diese Veränderungen sind quantitativer Natur (z. B. werden die Rohstoffvorkommen geringer), haben aber auch viele qualitative Aspekte (die Luftqualität verschlechtert sich auf Grund von Schadstoffemissionen).
- *Was geben Staat und Wirtschaft für Umweltschutz aus?*
Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen machen es möglich, die Verwirklichung des Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung zu überprüfen.

- der Schutz der Umwelt vor einer übermäßigen Nutzung durch Wirtschaft und Haushalte,
- der Erhalt einer funktionsfähigen Wirtschaft und
- der Schutz lebenswerter sozialer Bedingungen.

Um diese Aspekte miteinander zu verknüpfen, ist eine integrierende Vorgehensweise erforderlich, denn die verschiedenen Belange von Nachhaltigkeit können durchaus in Konkurrenz zueinander geraten. Mit Hilfe eines Gesamtrechnungsverfahrens ist es möglich, die statistische Entwicklung der verschiedenen Merkmale in der erforderlichen Weise zueinander in Beziehung zu setzen. **1**

12.1.1 Umweltökonomische Trends

Die Frage, wie nachhaltig Wirtschaft und Gesellschaft mit der Umwelt umgehen, wird nicht allein durch die absoluten Zahlen zu Umweltnutzungen und -belastungen beantwortet, sondern vor allem durch die Kenntnis darüber, in welche Richtung sich deren Trends bewegen: Hat sich die Situation im Zeitablauf verbessert oder verschlechtert? Im Folgenden werden die umweltökonomischen Trends der letzten zehn Jahre zwischen 1995 und 2005 (teilweise 2006) dargestellt. In den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen liegt das Augenmerk auf Nutzung und Verbrauch der Umweltressourcen Primärenergie, Rohstoffe, Wasser und Bodenfläche sowie auf den Emissionen von Schadstoffen in die Luft und der Abgabe von Abwasser. Zum Vergleich mit der gesamten Wirtschaftsentwicklung werden auch ökonomische Faktoren wie Bruttoinlandsprodukt (BIP), Arbeitsstunden oder Abschreibungen einbezogen.

In den Jahren zwischen 1960 bis 1980 war die Umweltnutzung in Deutschland noch im Anstieg begriffen. Seit den 1980er Jahren sind der jährliche Verbrauch von Ressourcen und die Abgabe von Emissionen jedoch rückläufig. Für den hier näher betrachteten Zeitraum 1995 bis 2006

war für fast alle untersuchten Faktoren eine rückläufige Umweltnutzung – wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung und Geschwindigkeit – feststellbar.

➔ **Abb. 1**

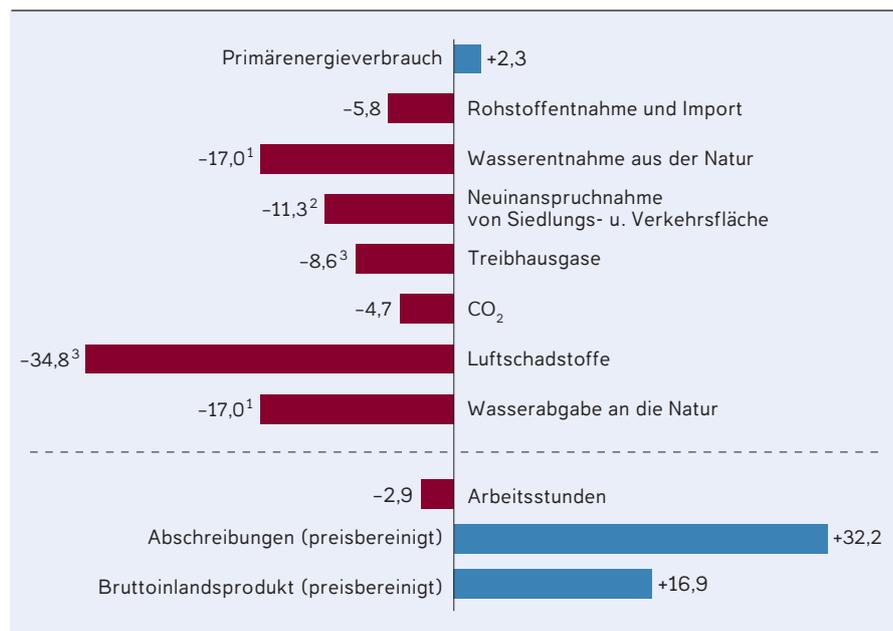
Bei der Ressourcennutzung lag der Energieverbrauch im Jahr 2006 um 2,3 % höher als 1995; unter Berücksichtigung witterungsbedingter Schwankungen kann aber von einer stagnierenden Entwicklung ausgegangen werden. Etwas besser zeigt sich die Situation beim Rohstoffverbrauch, der im Jahr 2006 um 5,8 % niedriger lag als 1995. Er änderte sich im Zeitablauf allerdings vor allem aufgrund konjunkturbedingter Schwankungen der Nachfrage, insbesondere nach Baumaterialien, und weniger aufgrund politischer Maßnahmen.

Beim Wasser lagen die entnommenen und wieder abgegebenen Mengen im Jahr 2004 mit –17 % deutlich unter den Werten von 1995. Der Rückgang hängt mit einer veränderten Nachfrage aufgrund wasserrechtlicher Vorschriften sowie

stark gestiegenen Wasser- und Abwasserpreisen zusammen. Die Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche ist zwischen 1996 und 2006 um 11,3 % zurückgegangen. Aussagekräftiger ist hier allerdings der Vergleich von Vierjahresdurchschnittswerten: So hat die Neuinanspruchnahme der betreffenden Flächen von durchschnittlich 120 Hektar/Tag (1993 bis 1996) auf 113 Hektar/Tag (2003 bis 2006) abgenommen. Der leichte Rückgang darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Gesamtumfang dieser Flächen weiterhin täglich in beachtlichem Ausmaß zunimmt.

Im Vergleich zu 1995 wurden in 2005 deutlich weniger Schadstoffe in die Luft abgegeben. Bei den Treibhausgasen (darunter CO₂, N₂O, CH₄) betrug der Rückgang insgesamt –8,6 %. Dabei ging allein das Kohlendioxid (CO₂), das von der Menge her bedeutendste Treibhausgas, um –4,7 % (43,2 Mill. Tonnen) auf zuletzt 878 Mill. Tonnen in 2006 zurück. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Entwicklung der CO₂-Emissio-

Abb. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke, 1995 gegenüber 2006, in %



1 Veränderung 2004 gegenüber 1995.
 2 Veränderung 2006 gegenüber 1996.
 3 Veränderung 2005 gegenüber 1995.

Tab. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke

	Maßeinheit	1995	2000	2003	2006
Primärenergieverbrauch	Petajoule	14 269	14 401	14 460	14 598
Rohstoffentnahme und Import ¹	Mill. t	1 455	1 410	1 342	1 371
Wasserentnahme aus der Natur ²	Mill. m ³	48 831	44 929	40 537 ³	-
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	42 052 ⁴	43 939	45 141	46 438
Treibhausgase	Mill. t CO ₂ -Äquivalent	1 096	1 020	1 031	1 001 ⁵
dar.: Kohlendioxid (CO ₂)	Mill. t	921	883	901	878
Abschreibungen (preisbereinigt)	Mrd. EUR	270	308	323	339
Arbeitsstunden	Mrd. Std.	58	58	56	56
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)	Mrd. EUR	1 848	2 063	2 146	2 322

1 Nur verwertete Entnahme. 4 1996.
 2 Einschl. Fremd- und Regenwasser. 5 2005.
 3 2004.

nen etwas günstiger verlief als die Entwicklung des Energieverbrauchs, der die CO₂-Emissionen maßgeblich verursacht. Ein Grund hierfür war der verstärkte Einsatz von – in Relation zum Energiepotential – kohlenstoffärmeren Energieträgern, also z. B. der Ersatz von Kohle und Heizöl durch Erdgas, aber auch der zunehmende Einsatz von CO₂-neutralen Energiequellen (Kernenergie, erneuerbare Energien). Besonders deutlich haben die Emissionen von Luftschadstoffen (SO₂, NO_x, NMVOC [flüchtige Kohlenwasserstoffe], NH₃) abgenommen. Im Jahr 2005 wurden fast 35 % weniger Luftschadstoffe in die Umwelt abgegeben als 1995.

→ Tab. 1

Interessante Unterschiede ergeben sich, wenn man die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der Zeiträume 1995 bis 2000 und 2000 bis 2006 getrennt betrachtet. → Abb. 2

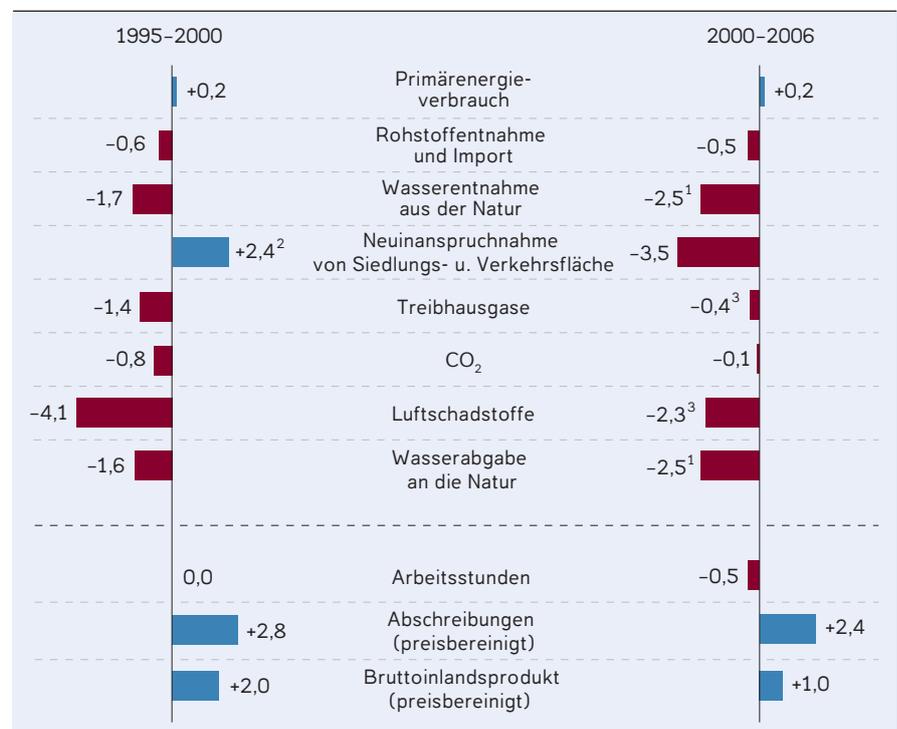
Während sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre noch zwei Umweltfaktoren (Energieverbrauch sowie die Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche) in die falsche Richtung entwickelten, also im jährlichen Durchschnitt zu- statt abnahmen, traf dies zwischen 2000 und 2006 nur noch für den Energieverbrauch zu. Alle anderen Faktoren entwickelten sich in die richtige Richtung. Hervorzuheben ist dabei der Rückgang der durchschnittlichen jährlichen Neu-

inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche. In den anderen Fällen schwächte sich die positive Entwicklung der 1990er Jahre in den Jahren zwischen 2000 und 2006 erkennbar ab. Die Rohstoffentnahme ging im Jahresdurchschnitt nur noch um –0,5 % statt um –0,6 % zurück, die Treibhausgasemissionen sanken

im Durchschnitt nur noch um –0,4 % statt um –1,4 % und die CO₂-Emissionen stagnierten nahezu bei –0,1 %, verglichen mit einem Rückgang um jährlich –0,8 % im Zeitraum von 1995 bis 2000. Auch die jährliche Reduktion bei den Luftschadstoffen war im Zeitraum 2000 bis 2006 im Durchschnitt nur noch etwa halb so hoch wie im Fünfjahreszeitraum davor. Neben dem erwähnten Temperatureffekt ist die Abschwächung der Entwicklung auch auf andere Faktoren zurückzuführen. So sind vor allem die einfacheren und kostengünstigeren Maßnahmen, die zu deutlichen Verbesserungen führten, bereits in der Vergangenheit umgesetzt worden. Im Hinblick auf die Luftemissionen sind dies z. B. der Einsatz von Katalysatoren bei Fahrzeugen oder die Rauchgasreinigung in Kraftwerken.

Die Darstellung der Umweltnutzung und ihrer Veränderungen steht zunächst für sich, indem sie Anhaltspunkte zur Beur-

Abb. 2: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke, durchschnittliche jährliche Veränderung, in %



1 Veränderung 2004 gegenüber 2000.
 2 Veränderung 2000 gegenüber 1996.
 3 Veränderung 2005 gegenüber 2000.

teilung der Nachhaltigkeit bei der Umweltnutzung gibt. Die Entwicklungen bei der Umweltnutzung können darüber hinaus zu den ökonomischen Entwicklungen in Bezug gesetzt werden, um Fragen zu beantworten wie: Ändern sich die Umweltbelastungen parallel zu den ökonomischen Faktoren? Gingen Wachstum oder Rückgang des Bruttoinlandsprodukts mit einer parallelen Entwicklung bei der Ressourcennutzung oder der Schadstoffabgabe einher?

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Zeitraum von 1995 bis 2006 um 16,9 % gestiegen (siehe Abb. 1). Gleichzeitig ging das Arbeitsvolumen – gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden – um 2,9 % zurück. Dies bedeutet, dass mit weniger Arbeit mehr Wirtschaftsleistung erbracht wurde oder, anders ausgedrückt, mit dem Faktor Arbeit wurde »effizienter« umgegangen. Die Kapitalnutzung – gemessen an den preisbereinigten Abschreibungen – ist dagegen um 32,2 % angestiegen, d. h. die Kapitalproduktivität ist gesunken und die gestiegene wirtschaftliche

Leistung wurde mit einem vergleichsweise höheren Kapitaleinsatz erzielt.

Die Effizienz bei der Nutzung von Einsatzfaktoren wird auch als »Produktivität« bezeichnet. Die Produktivität ergibt sich aus dem Quotienten von wirtschaftlicher Leistung (preisbereinigtes BIP) eines Jahres und dem Einsatzfaktor (hier z. B. Arbeit) für dasselbe Jahr. Auch für die Umweltnutzung ist eine Steigerung der Produktivität erwünscht. Der Umweltverbrauch sollte also nicht im gleichen Maße steigen wie das Wirtschaftswachstum, sondern beide Entwicklungen sollten sich »entkoppeln« – im günstigsten Fall bis zu einem absoluten Rückgang des Umweltverbrauchs. Dabei muss man sich bei der Darstellung der Produktivität als Effizienzmaß darüber im Klaren sein, dass die absolute Entwicklung des Umweltfaktors hinter dem Quotienten versteckt bleibt. Die Produktivität kann steigen (z. B. bei einem größeren Wachstum des BIP), ohne dass sich die Umweltbelastungen verringern. Deshalb ist es sinnvoll, immer auch die Entwicklung der

einzelnen Umweltfaktoren selbst zu betrachten.

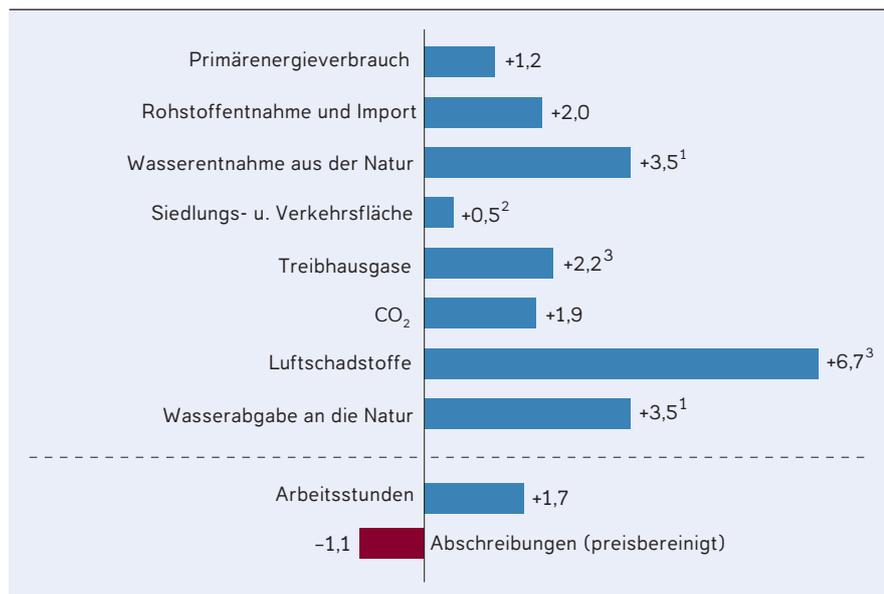
Von 1995 bis 2006 hat für alle betrachteten Umweltfaktoren eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltnutzung stattgefunden, das heißt die Umweltnutzung hat sich nicht im selben Maße verändert wie die wirtschaftliche Entwicklung. Die Produktivitäten sind gestiegen, mit den gleichen Umweltressourcen konnte also eine höhere wirtschaftliche Leistung erzielt werden.

➔ Abb. 3

Die Produktivität stieg zwischen 1995 und 2006 insgesamt beim Primärenergieverbrauch um 16,2 % und beim Rohstoffverbrauch um 25,3 % an. Durchschnittlich waren das jährlich 1,2 % bei der Energieproduktivität und 2,0 % bei der Rohstoffproduktivität. Noch positiver war die Produktivitätsentwicklung bei den Treibhausgasen (24,8 % insgesamt oder 2,2 % jährlich) und bei den Luftschadstoffen (91,2 % insgesamt oder 6,7 % jährlich). Die Produktivität der Nutzung von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke hat zwischen 1996 und 2006 um 4,8 % insgesamt oder 0,5 % jährlich zugenommen. Eine hohe durchschnittliche Produktivitätssteigerung zeigte sich beim Wasser (Entnahme und Abgabe) mit einer jährlichen Zunahme um 3,5 %. Interessant ist hier der Vergleich mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die sich im Gesamtzeitraum um 20,4 % oder 1,7 % jährlich erhöhte. Dieser Wert liegt damit zwischen den entsprechenden Zahlen für die Entwicklung der Energie- und der Rohstoffproduktivität, aber über dem durchschnittlichen jährlichen Produktivitätszuwachs bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Beim Vergleich der beiden Teilzeiträume 1995 bis 2000 und 2000 bis 2006 zeigt sich, dass es für alle betrachteten Einsatzfaktoren in den Jahren nach 2000 zu einer beträchtlichen Abschwächung des Effizienzgewinnes kam. Dies gilt auch für die Arbeitsproduktivität. ➔ Abb. 4

Abb. 3: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke 1995 bis 2006, durchschnittliche jährliche Veränderungen der Produktivität, in %



1 Veränderung 2004 gegenüber 1995.

2 Veränderung 2006 gegenüber 1996.

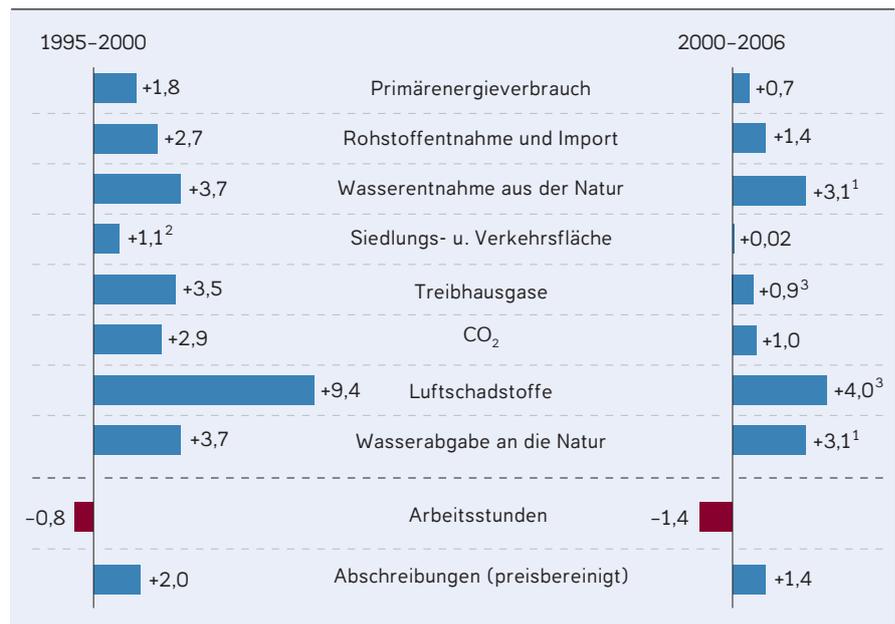
3 Veränderung 2005 gegenüber 1995.

12.1.2 Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren

Im April 2002 hat die Bundesregierung unter dem Titel »Perspektiven für Deutschland« eine nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung veröffentlicht. Das Kernstück der Nachhaltigkeitsstrategie bilden »21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert«, mit denen die Politik diejenigen Themenfelder und Problemfelder definiert hat, die unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten als besonders bedeutsam angesehen werden. Zum Teil wurden die Indikatoren mit quantifizierten Zielwerten versehen, um die Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit messbar zu machen. Ein erster so genannter Fortschrittsbericht mit der Darstellung der Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsindikatoren wurde im Herbst 2004 veröffentlicht. Im April 2007 folgte der aktualisierte »Indikatorenbericht 2006«, der im Auftrag der Bundesregierung erstmals durch das Statistische Bundesamt erstellt wurde und 2008 fortgeschrieben wird. 

Die Analyse von Ursache-Wirkungsbeziehungen ist bei der Indikatorenbericht-

Abb. 4: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke, durchschnittliche jährliche Veränderung der Produktivität, in %



1 Veränderungen 2004 gegenüber 2000.

2 Veränderungen 2000 gegenüber 1996.

3 Veränderungen 2005 gegenüber 2000.

erstattung eine wichtige Grundlage zur Formulierung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Rund die Hälfte der Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie können im engeren oder weiteren Sinne als umweltbezogen angesehen

werden. Alle umweltbezogenen Indikatoren sind mit einem politischen Entwicklungsziel versehen. Die vorgegebenen Zeitpunkte zur Erreichung der Ziele liegen im Zeitraum zwischen den Jahren 2010 und 2020.

Liste der Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

- 1a Energieproduktivität
- 1b Rohstoffproduktivität
- 2 Treibhausgasemissionen
- 3a Anteil erneuerbarer Energien am (Brutto-)Stromverbrauch
- 3b Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch
- 4 Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche
- 5 Artenvielfalt und Landschaftsqualität
- 6 Staatsdefizit
- 7 Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt
- 8 Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- 9a 25-Jährige ohne Abschluss der Sekundarstufe II und ohne Ausbildungsplatz
- 9b 25-Jährige mit abgeschlossener Hochschulbildung
- 9c Studienanfängerquote
- 10 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner
- 11a Gütertransportintensität
- 11b Personentransportintensität
- 11c Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung
- 11d Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung
- 12a Stickstoffüberschuss
- 12b Anbaufläche des ökologischen Landbaus
- 13 Schadstoffbelastung der Luft
- 14a Vorzeitige Sterblichkeit (unter 65 Jahren)
- 14b Zufriedenheit mit der Gesundheit
- 15 Wohnungseinbruchdiebstahl
- 16 Erwerbstätigenquote
- 17 Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder
- 18 Durchschnittlicher Lohn von Frauen
- 19 Ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
- 20 Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen
- 21 Einfuhr der EU-15 aus Entwicklungsländern

Die umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren (kursiv) werden durch das Statistische Bundesamt im Internet regelmäßig aktualisiert (www.destatis.de).

Stand: Indikatorenbericht 2006.

Tab. 2: Soll-Ist Vergleich umweltbezogener Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie

Nr.	Indikator	Aktuelles Jahr, aktueller Wert	Zieljahr und Zielwert	Durchschnittliche jährliche Veränderung (% oder %-Punkte)		Bewertung
				Trend 2000 bis aktueller Rand (Ist-Entwicklung)	SOLL zur Erreichung des Ziels (Soll-Entwicklung)	
1a	Energieproduktivität ¹ 1990 = 100	2006 129,7	2020 200	2000-2006 0,7	2006-2020 3,1	■
1b	Rohstoffproduktivität 1994 = 100	2006 130,4	2020 200	2000-2006 1,4	2006-2020 3,1	■
2	Treibhausgasemissionen Mill. t CO ₂ -Äquivalente; Basiswert = 100	2005 81,3	2010 79	2000-2005 -0,4	2005-2010 -0,6	■
3a	Erneuerbare Energien Anteil am Primärenergieverbrauch (%)	2006 5,8	2010 4,2	2000-2006 0,5	2006-2010 -	■
3b	Erneuerbare Energien Anteil am Stromverbrauch (%)	2006 11,6	2010 12,5	2000-2006 0,9	2006-2010 0,2	■
4	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (ha pro Tag)	2006 106	2020 30	2000-2006 -3,5	2006-2020 -8,6	■
5	Artenvielfalt und Landschafts- qualität(%) 1975 = 100	2005 74	2015 100	2000-2005 0,7	2005-2015 3,0	■
11a	Gütertransportintensität ¹ 1999 = 100	2005 110,3	2010 98	2000-2005 2,0	2005-2010 -2,3	■
11b	Personentransportintensität ¹ 1999 = 100	2005 94,5	2010 90	2000-2005 -0,1	2005-2010 -1,0	■
11c	Anteil des Schienenverkehrs an d. Güterbeförderungsleistung (%)	2005 17,2	2015 25	2000-2005 0,0	2005-2015 0,8	■
11d	Anteil der Binnenschifffahrt an d. Güterbeförderungsleistung (%)	2005 11,5	2015 14	2000-2005 -0,5	2005-2015 0,2	■
12a	Stickstoffüberschuss Gesamtbilanz (kg/ha)	2004 103,9	2010 80,0	2000-2004 -3,8	2004-2010 -4,3	■
12b	Anbaufläche des Ökolandbaus Anteil an der landwirtschaft- lichen Nutzfläche (%)	2006 4,9	2010 20	2000-2006 0,3	2006-2010 3,8	■
13	Schadstoffbelastung der Luft (gemittelter Index) 1990 = 100	2005 44,9	2010 30	2000-2005 -2,3	2005-2010 -7,7	■

Bei Verlängerung des Trends.

Stand: November 2007.

¹ Datenstand Bruttoinlandsprodukt: August 2007.

- Ziel erreicht oder erreichbar (Abweichung kleiner 5 %).
- Entwicklung in die richtige Richtung, aber Ziel würde um 5 bis 15 % verfehlt.
- Entwicklung in die richtige Richtung, aber Ziel wäre nicht erreichbar.
- Entwicklung in die falsche Richtung, Ziel wäre nicht erreichbar.

Anhand von Zielwerten kann die Bewertung des gewünschten Fortschritts bei der nachhaltigen Entwicklung konkreter werden: Wie weit sind die Indikatoren noch von ihren Zielen entfernt? Und können die Ziele im geplanten Zeitraum erreicht werden? Als »Ist-Entwicklung« wurde die durchschnittliche jährliche Entwicklung der einzelnen Indikatoren »am aktuellen Rand«, das heißt für den Zeitraum ab 2000 bis zum jeweils aktuell vorliegenden Jahreswert berechnet. Der Zeitraum zwi-

schen 2000 und 2005 bzw. 2006 wurde für die Bewertung herangezogen, weil der Trend in der jüngeren Vergangenheit am ehesten als Erwartungswert für die künftige jährliche Veränderung dienen kann.

➔ **Tab. 2**

Diesen Werten wurde die durchschnittliche jährliche Entwicklung gegenübergestellt, die in der noch verbleibenden Zeit bis zum Zieljahr erforderlich wäre, um die Ziele zu erreichen – sie kenn-

zeichnet die »Soll-Entwicklung«. Im Ergebnis zeigt sich, dass bei lediglich vier (grün) der insgesamt 14 umweltbezogenen Indikatoren das Ziel entweder bereits erreicht wurde (dies gilt für einen Indikator zur erneuerbaren Energie) oder bei gleich bleibender Entwicklungsgeschwindigkeit erreicht werden könnte (dies gilt für den zweiten Indikator zur erneuerbaren Energie sowie für die Indikatoren zu den Treibhausgasemissionen und zum Stickstoffüberschuss in der Landwirt-

schaft). Bei dieser Einstufung ist eine Abweichung von unter 5 % vom Zielwert zugelassen.

Einer der Indikatoren (Schadstoffbelastung der Luft) entwickelte sich in die richtige Richtung, würde das Ziel aber ohne zusätzliche Maßnahmen um 5 bis 15 % verfehlen (gelb). Weitere sieben Indikatoren entwickelten sich ebenfalls in die richtige Richtung, aber das Tempo der Entwicklung war eindeutig zu gering, um den jeweiligen Zielen in der verbleibenden Zeit auch nur nahe zu kommen (rot). Betroffen sind die Indikatoren zur Ressourcenproduktivität (Energie- und Rohstoffproduktivität), zur Siedlungs- und Verkehrsfläche, zur Artenvielfalt und Landschaftsqualität, zur Personentransportintensität, zum Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung und zur Anbaufläche des Ökologischen Landbaus. In zwei Fällen ist die Situation besonders negativ (violett): Die Indikatoren zur Gütertransportintensität und zum Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung entwickelten sich beide in die falsche Richtung, entfernten sich also sogar vom Ziel. Bei der Mehrzahl der umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren genügt demzufolge der erreichte Fortschritt bislang nicht den Ansprüchen der Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Tendenzen bei der Indikatorenentwicklung waren in der Periode 1995 bis 2000 vielfach anders als im Zeitraum ab dem Jahr 2000. Unter anderem schlugen

sich konjunkturelle Einflüsse nieder, da die Jahre 2001 bis 2005 durch eine relativ schwache wirtschaftliche Entwicklung geprägt waren. Dadurch fiel die Entwicklung bei den hier nicht diskutierten wirtschaftlichen Indikatoren wie Pro-Kopf-Einkommen, Investitionsquote, Staatsdefizit und Erwerbstätigenquote relativ ungünstig aus, während einige umweltbezogene Indikatoren, bei denen der Bezug zum Bruttoinlandsprodukt eine geringere Rolle spielt (wie Treibhausgasemissionen, Siedlungs- und Verkehrsfläche und Schadstoffbelastung der Luft) eher begünstigt wurden.

Die hier getroffenen Bewertungen geben einen allgemeinen Überblick zum Entwicklungstrend der Indikatoren in der Form, wie sie von der Bundesregierung 2002 definiert wurden. Bei genauerer Betrachtung kann sich im Einzelfall zeigen, dass die Einschätzungen aus unterschiedlichen Gründen zu relativieren sind. Beispielsweise wurde die festgestellte Erhöhung der Energieproduktivität (Indikator 1a) zu einem erheblichen Teil nicht auf einen sparsameren Umgang mit der Energie in den einzelnen Branchen erreicht, sondern ist auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zurückzuführen. Ebenso ist z. B. der festgestellte Anstieg der Rohstoffproduktivität (Indikator 1b) in der Vergangenheit nicht auf einen im Durchschnitt sparsameren Einsatz der Rohstoffe zurückzuführen, sondern fast ausschließlich auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen.

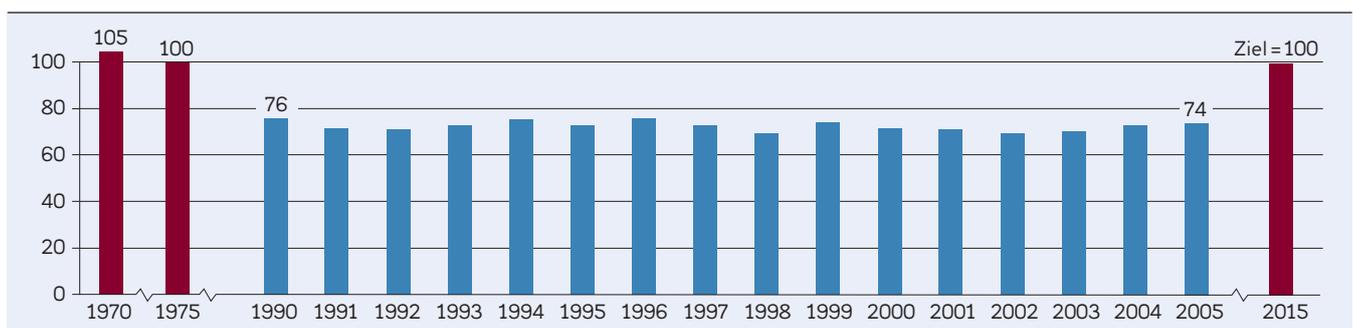
Artenvielfalt und Landschaftsqualität (Indikator 5)

Als Beispiel für einen umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikator wird Indikator 5 zu Artenvielfalt und Landschaftsqualität hier ausführlicher vorgestellt (Stand: Indikatorenbericht 2006). Der Indikator beruht auf Berechnungen des Bundesamtes für Naturschutz.

Eine große Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturlandwirtschaft und bildet eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen. Natur und Landschaft in Deutschland sind durch Jahrhunderte lange Nutzung geprägt. Zur Erhaltung der daraus entstandenen Vielfalt reicht Naturschutz allein auf besonders geschützten Flächen nicht aus. Es sind nachhaltige Formen der Landnutzung in der Gesamtlandschaft, eine Begrenzung von Emissionen und ein schonender Umgang mit der Natur erforderlich. Auf diese Weise kann die Artenvielfalt erhalten und zugleich die Lebensqualität des Menschen gesichert werden.

Der Indikator gibt Auskunft über die Artenvielfalt, die Landschaftsqualität und die Nachhaltigkeit der Landnutzung. Für die Berechnung des Indikators wird die Entwicklung der Bestände von 59 ausgewählten Vogelarten erfasst, die den Zustand der wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten und Meere sowie

Abb. 5: Artenvielfalt und Landschaftsqualität, Index 2015 = 100



Die historischen Werte für 1970 und 1975 sind Schätzwerte. Werte einiger Vogelarten in den Lebensräumen der Küsten/Meere und Alpen für 2003–2005 extrapoliert.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz.

die Alpen). Ein Expertengremium hat für jede einzelne Vogelart Bestandszielwerte für das Jahr 2015 festgelegt, die erreicht werden können, wenn die gesetzlichen Vorgaben im Naturschutz und die Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Aus dem Grad der Zielerreichung bei allen 59 Vogelarten wird jährlich ein Wert für den Gesamtindikator berechnet. Gegenüber dem Fortschrittsbericht 2004 wurde die Datengrundlage des Indikators durch Ergänzung von Datenreihen und die Integration der Alpenregion verbessert. → **Abb. 5**

Der Wert des Indikators für die Artenvielfalt lag im Jahr 1990 deutlich unter den Schätzwerten, die für die Jahre 1970 und 1975 angenommen werden. In den folgenden 15 Jahren hat sich der Indikatorwert dagegen kaum noch verändert. Im Jahr 2005 lag er bei 74 % des Zielwerts für 2015. Eine Zielerreichung zum vorgegeben Zeitpunkt ist angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren ohne zusätzliche Anstrengungen nicht absehbar.

Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind die Intensivierung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, die Zerschneidung der Landschaft durch Verkehrsstrassen, die Versiegelung von Flächen sowie Stoffeinträge (z. B. Säurebildner oder Nährstoffe). Im Siedlungsbereich ist dieser negative Trend auf Verluste an naturnahen Flächen und dörflichen Strukturen durch Bautätigkeit und Flächenversiegelung zurückzuführen. In den Alpen wirkten sich ebenfalls die zunehmende Siedlungstätigkeit, die Intensivierung der Landwirtschaft und die Aufgabe traditioneller Bewirtschaftungsformen (z. B. auf Almen) negativ aus. Dagegen zeigt der Teilindikator für Binnengewässer eine leicht positive Entwicklung, was im Zusammenhang steht mit einer vielerorts deutlichen Verbesserung der Wasserqualität.

Die Veränderung des Klimas, die wesentlich durch die Emission von Treibhausgasen verursacht wird, verschiebt bereits

heute die Verbreitungsgebiete vieler Arten und beginnt – besonders aufgrund heißer und trockener Sommer – die Landschaften in Deutschland umzuformen. Der vom Menschen verursachte Klimawandel könnte zukünftig die Artenvielfalt sowie das Artenspektrum durch Einwanderung und Aussterben von Tier- und Pflanzenarten stark verändern.

Es ist ebenfalls zu erwarten, dass sich Landschaft und Artenvielfalt in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel (Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzungen in Abwanderungsgebieten) oder dem zunehmenden Anbau von Energiepflanzen ändern.

12.1.3 Umweltschutzausgaben

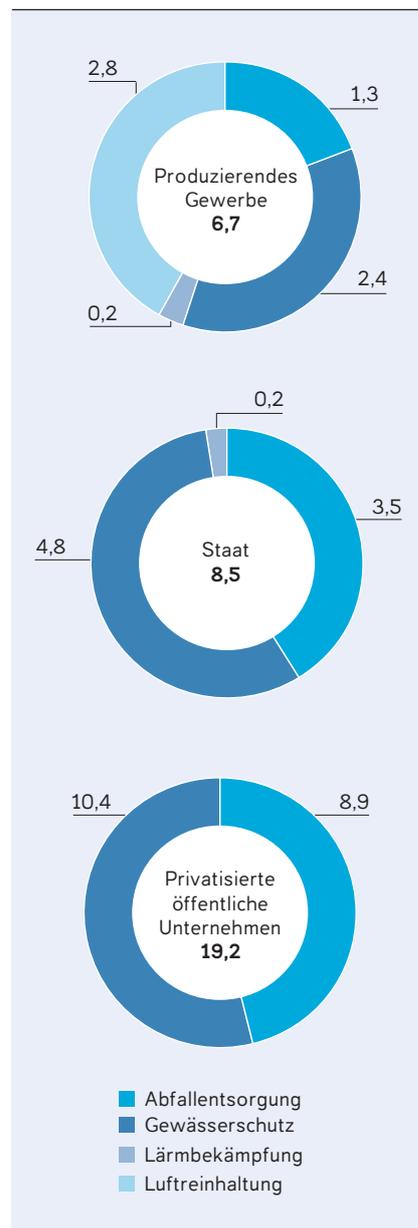
Ein wichtiger Ansatzpunkt für die statistische Beschreibung von Umweltschutzmaßnahmen sind monetäre Größen, wie die Ausgaben für Umweltschutzeinrichtungen. Die Ausgaben für Umweltschutz umfassen die Investitionen und laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen in den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung. Einbezogen sind die Ausgaben des Staates, des Produzierenden Gewerbes und die der privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 34,4 Mrd. Euro an Umweltschutzausgaben getätigt, das waren 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Davon entfielen 6,7 Mrd. Euro auf das Produzierende Gewerbe, 8,5 Mrd. Euro auf die öffentlichen Haushalte (Staat) und 19,2 Mrd. Euro auf die privatisierten öffentlichen Unternehmen. In allen Umweltbereichen waren rund 28 % investive Umweltschutzausgaben, während die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Umweltschutzeinrichtungen mit 72 % eindeutig überwogen.

Die Analyse der Ausgabenströme nach Umweltbereichen macht die Dominanz

des Gewässerschutzes und der Abfallbeseitigung deutlich, die beide in erster Linie beim Staat oder den öffentlichen Unternehmen angesiedelt sind. Auf diese beiden Umweltschutzbereiche entfielen im Jahr 2004 rund 91 % der gesamten Umweltschutzausgaben. Die Maßnahmen für die Luftreinhaltung, die sich fast ausschließlich im Produzierenden Gewerbe finden, erreichten einen Ausgabenanteil

Abb. 6: Umweltschutzausgaben nach Umweltschutzbereichen 2004 in jeweiligen Preisen, in Mrd. EUR



von 8 %. Lärmschutzausgaben stellten 1 % der Gesamtausgaben dar. → Abb. 6

Im Vergleich von 2004 zu 1995 sind die Umweltschutzausgaben um 1,1 Mrd. Euro zurückgegangen. Dies ist auf einen deutlichen Rückgang der Investitionen des Staates und des Produzierenden Gewerbes für Umweltschutz zurückzuführen. Beim Produzierenden Gewerbe haben die Investitionen zwischen 1995 und 2004 um 38 % abgenommen. In den Produktionsprozess integrierte Investitionen waren mit einem Wert von 0,5 Mrd. Euro in 2004 relativ gering. Kostenintensivere, dem Produktionsprozess in der Regel nachgeschaltete Umweltschutzanlagen, so genannte »End-of-pipe-Anlagen«, machten immer noch den höheren Anteil an den Gesamtinvestitionen aus (rund 1,1 Mrd. Euro). Der Staat tätigte 2004 Investitionen für den Umweltschutz in Höhe von 2,6 Mrd. Euro, bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen waren es 5,3 Mrd. Euro.

steuer. Die »Ökosteuer« wurde in Deutschland zum 1. April 1999 eingeführt. Sie umfasste eine schrittweise Erhöhung der Energiebesteuerung durch Anhebung der Mineralölsteuersätze (bis 2003) und die Einführung der Stromsteuer. Bereits zuvor war die Mineralölsteuer im Laufe der 1990er Jahre mehrfach angehoben und die Kraftfahrzeugsteuer auf eine andere Basis gestellt worden.

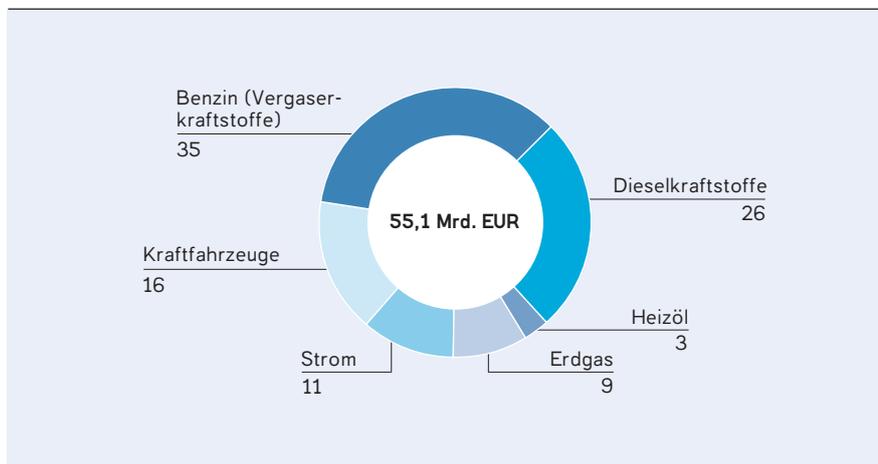
Im Jahr 2006 beliefen sich die umweltbezogenen Steuereinnahmen auf 55,1 Mrd. Euro. Davon entfielen 39,9 Mrd. Euro auf die Energiesteuer, 8,9 Mrd. Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6,3 Mrd. Euro auf die Stromsteuer. Von 1991 bis 2006 hat sich das Aufkommen an umweltbezogenen Steuern um 85 % erhöht. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer um 65,2 %, die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 58,8 %. Die Einnahmen aus der Stromsteuer, die erst 1999 eingeführt wurde, haben sich seit-

12.1.4 Zusammenfassung

Nur bei vier der insgesamt 14 umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren wurde das Entwicklungsziel bereits erreicht oder ließe sich bei gleich bleibender Entwicklungsgeschwindigkeit erreichen (Indikatoren zu erneuerbaren Energien, Treibhausgasemissionen und Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft). Bei einem Indikator (Schadstoffbelastung der Luft) kann das gesetzte Ziel nur erreicht werden, wenn zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Weitere sieben Indikatoren entwickelten sich zwar in die richtige Richtung, aber das Tempo der Entwicklung ist zu gering, um den jeweiligen Zielen in der verbleibenden Zeit auch nur nahe zu kommen. Dazu gehören die Indikatoren zur Energie- und Rohstoffproduktivität, Siedlungs- und Verkehrsfläche, Artenvielfalt und Landschaftsqualität, Personentransportintensität, zum Schienenverkehr sowie zum ökologischen Landbau. Zwei Indikatoren (Gütertransportintensität und Binnenschifffahrt) entwickeln sich in die falsche Richtung.

Bei der Mehrzahl der umweltbezogenen Indikatoren genügt also der bisherige Entwicklungsfortschritt noch nicht zur Erreichung der vorgegebenen Ziele. Der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte »Indikatorenbericht 2006« wird Ende 2008 im Rahmen des »Fortschrittsbericht 2008 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie« aktualisiert.

Abb. 7: Umweltbezogene Steuereinnahmen 2006, in %



In der Diskussion über Maßnahmen zum Umweltschutz sind neben den Umweltschutzausgaben die umweltbezogenen Steuern von besonderem Interesse. Sie gehören zu den wirtschaftlichen Instrumenten in der Umweltpolitik. Zu den Umweltsteuern rechnen in Deutschland die Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer), die Kraftfahrzeugsteuer und die Strom-

her mehr als verdreifacht. Die gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte sind von 1991 bis 2006 um rund 44 % gestiegen. Der Anteil umweltbezogener Steuern am Gesamtaufkommen in Deutschland lag 2006 bei 10,6 % und damit deutlich höher als 1991 (8,8 %), aber niedriger als im Vorjahr (2005: 11,3 %). → Abb. 7

12.2.1 Energieerzeugung und -verbrauch

Vor dem Hintergrund der sich gegenwärtig im Wandel befindlichen Energiewirtschaft kommt dem Bereich Energie ein besonderes Gewicht zu. Steigende Energiepreise, der Klimawandel und die Sicherheit der Energieversorgung werden den Energiemarkt in Deutschland und Europa in den kommenden Jahren verändern. Dabei wird nicht nur der verstärkte Einsatz von umweltfreundlicheren Energien, wie Windenergie oder Biomasse, zu Neuerungen führen. Auch die Versorgungsstruktur wird sich langfristig verändern. Entsprechende Maßnahmen müssen ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich gestaltet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsfaktors Energie am Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden. 

Veränderungen des Primärenergieverbrauchs

Im Jahr 1991 betrug der Primärenergieverbrauch (PEV) 14 611 Petajoule (PJ), er

ist im Jahr 2006 mit 14 598 PJ um nur 0,1 % niedriger. Allerdings vollzog sich die leichte Abwärtsbewegung nicht linear, sondern – in Abhängigkeit von Konjunktur und Wirtschaftsstruktur, von Witterung und Temperatur sowie zuletzt von der Energiepreisentwicklung und der Klimaschutzdebatte – ungleichmäßig und teilweise wellenförmig. So hat sich in den Jahren 1991 bis 1994 der PEV vor allem in den neuen Ländern stark reduziert, da dort in den ersten Jahren nach der Vereinigung rund ein Drittel des Verbrauchs eingespart wurde. Ab dem Jahr 2000 wurde die Entwicklung des Energieverbrauchs in Deutschland hauptsächlich durch die Witterung – man denke an den relativ kalten Winter im Jahr 2001 – und die durchweg schwache konjunkturelle Entwicklung beeinflusst. Daraus ergab sich einerseits eine temporär höhere Energienachfrage aus dem Wärmebereich, andererseits eine verminderte Nachfrage aus sinkender Konsum- und Investitionsneigung. Doch lässt sich (wie bereits erwähnt) eine parallele Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und des

Primärenergieverbrauchs schon seit den 1990er Jahren nicht mehr nachweisen.

Ab dem Jahr 2004 spielen die Energiepreise als Einflussfaktor auf den Energieverbrauch eine zunehmende Rolle. Die stark gestiegenen Energiepreise dürften sich verbrauchsmindernd ausgewirkt haben, denn allein von 2004 bis 2005 sank der PEV um 1,4 %. Dagegen beeinflusste das gegenüber dem Vorjahr leicht höhere Temperaturniveau die Veränderung des PEV nur wenig. → [Abb. 1](#)

Struktur des Primärenergieverbrauchs (Energieträgermix)

In den Industrieländern, so auch in Deutschland, bestimmen die klassischen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Gas, Kernenergie und Wasserkraft) nach wie vor das Bild. Die Zusammensetzung des PEV hat sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten nur wenig verändert. Nach wie vor ist Mineralöl der mit Abstand wichtigste Energieträger; sein Anteil lag 1991 bei 37,8 % und sank auf 35,5 % im Jahr 2006. Aufgrund der gestiegenen Ölpreise und des anhaltenden Rückgangs des Bestandes an Fahrzeugen mit Ottomotor entwickelte sich insbesondere der Absatz von Benzin rückläufig. Die steigende Zahl der mit Diesel betriebenen Personenkraftwagen konnte jedoch den Abwärtstrend beim Absatz von leichtem Heizöl nicht stoppen. So ging der Mineralölverbrauch insgesamt um genau 7 % auf 5 179 Petajoule (PJ) zurück.

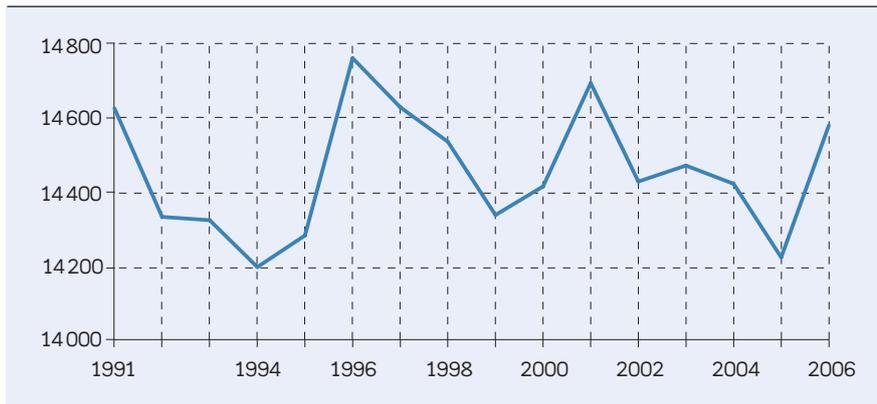
Hingegen konnte Erdgas seinen Anteil von 16,5 % auf 22,5 % oder 3 285 PJ im Beobachtungszeitraum kontinuierlich steigern, was vor allem auf seinen vermehrten Einsatz in Kraftwerksneubauten und auf die hohe Zahl von Erdgasanschlüssen in Wohnungsneubauten zurückzuführen ist. Im Jahr 2006 waren allerdings verstärkte Energieeinsparungen im Haus-

Primärenergieverbrauch

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich im Wesentlichen zwei Größen heranziehen: Zum einen der Primärenergieverbrauch (PEV), zum anderen der Endenergieverbrauch (EEV). Der PEV ist der Verbrauch von Energieträgern vor der Umwandlung; über 90 % der erfassten Energieträger befinden sich im Rohzustand und werden erst durch Umwandlungsprozesse in einen für Verbrauchszwecke nutzbaren Zustand überführt.

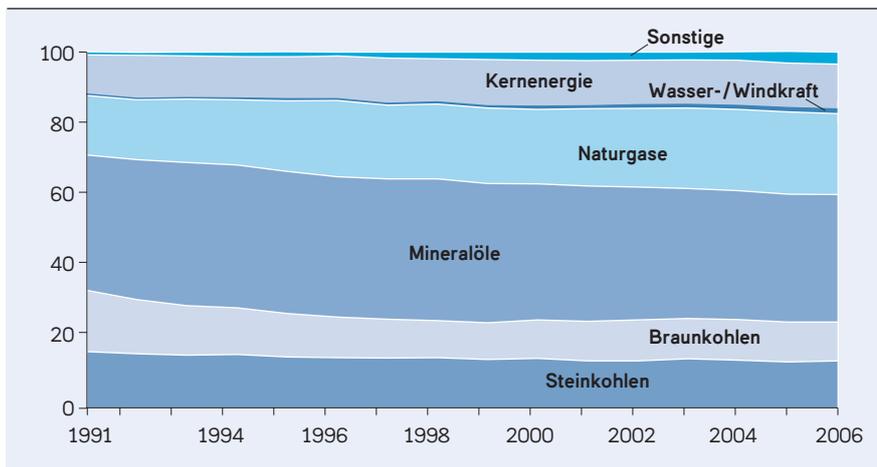
Im EEV wird der Verbrauch sowohl von Primärenergieträgern als auch von Sekundärenergieträgern bei den Letztverbrauchern erfasst. Der Einsatz für nicht-energetische Zwecke (z. B. in der Petrochemie) wird nicht berücksichtigt. Eine Unterscheidung beider Größen ist deshalb wichtig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muss, bei der Energieverluste entstehen. Der Anteil des EEV am PEV beträgt etwa zwei Drittel. Die Berechnungen des PEV und EEV werden von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen auf Basis von amtlichen Statistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchgeführt. In die Berechnungen gehen außerdem Verbandsstatistiken sowie Arbeiten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energienstatistik und Ergebnisse von Untersuchungen wissenschaftlicher Institute ein.

Abb. 1: Entwicklung des Primärenergieverbrauchs 1991 bis 2006, in Petajoule (PJ)



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

Abb. 2: Anteile der Energieträger am Primärenergieverbrauch 1991 bis 2006, in %



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

Elektrizitätswirtschaft



Besonderes Kennzeichen der deutschen Elektrizitätswirtschaft ist die Vielfalt der Anbieterstruktur. Während der Strommarkt der europäischen Nachbarländer noch durch quasimonopolistische Marktstrukturen geprägt ist, gibt es in Deutschland nahezu 1 000 Stromversorger. Diese Unternehmen unterscheiden sich hinsichtlich Größe, Integrationsgrad, Struktur, Leistungsangebot, Eigentümer und Rechtsform. Dabei wird zwischen den Unternehmen der allgemeinen Versorgung, der industriellen Kraftwirtschaft und den privaten Stromerzeugern unterschieden. Stromversorgungsunternehmen erzeugen oder beziehen Strom, beliefern Weiterverteiler und Letztverbraucher über Netzgesellschaften. Zur industriellen Kraftwirtschaft zählen jene Unternehmen, die mit eigenen Kraftwerken ihren Strom- und Wärmebedarf ganz oder teilweise selber decken. Daneben beziehen diese Unternehmen auch Strom aus dem Netz der allgemeinen Versorgung oder geben den so genannten Überschussstrom an das Netz ab. Als private Stromerzeuger hatten in der Vergangenheit die Betreiber von Wasserkraftwerken die größte Bedeutung. Mit verstärkter Förderung der erneuerbaren Energien sind eine Vielzahl von Betreibern von Stromerzeugungsanlagen auf Basis von Wind und Biomasse hinzugekommen.

haltsbereich in Folge von Wärmedämmung und sparsameren Geräten, aber auch Substitutionseffekte aufgrund des vermehrten Einsatzes von Zusatzheizungen (z. B. Einzelöfen mit Holz, Solarkollektoren für die Warmwasseraufbereitung) zu beobachten.

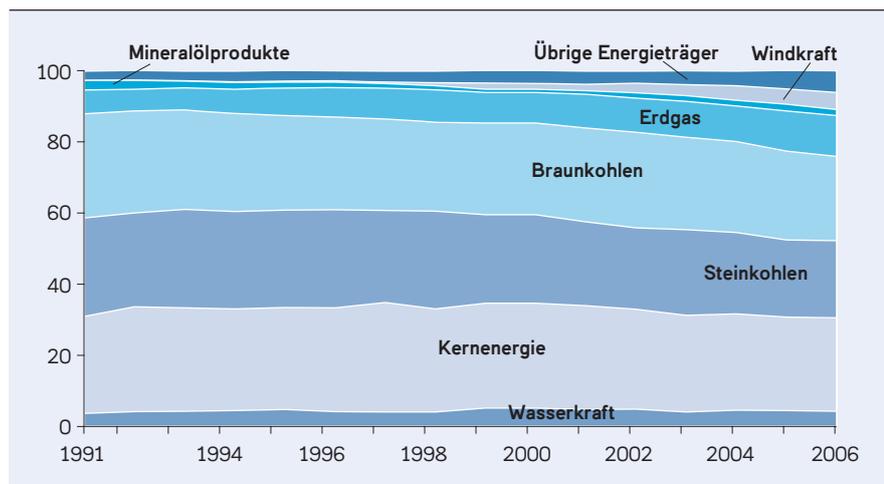
Die Stein- und Braunkohlen haben in der gleichen Zeitspanne an Bedeutung verloren. Der Anteil der Steinkohlen sank von 15,9 % auf 13,2 %; 2006 wurden 1 923 PJ Steinkohle verbraucht. Gründe hierfür sind der geringere Einsatz in Kraftwerken und in der Stahlindustrie. Im Wärmemarkt spielt die Steinkohle nur eine untergeordnete Rolle. Obwohl auch der Anteil der Braunkohlen am PEV von 17,2 % auf 10,8 % aufgrund neuer Kraftwerkstechniken und eines geänderten Heizverhaltens der privaten Haushalte erheblich zurückging, ist die Braunkohle mit einem Verbrauch von 1 574 PJ nach wie vor der wichtigste heimische Energieträger.

Die Kernenergie konnte im Beobachtungszeitraum ihren Anteil durch Effizienzsteigerungen von 11 % im Jahr 1991 auf 12,5 % im Jahr 2006 (1 826 PJ) leicht erhöhen. Bedeutende Zuwächse waren bei den sonstigen Energieträgern zu verzeichnen; ihr Anteil stieg von 1,2 % im Jahr 1991 auf 4,8 % in 2006. Grund hierfür ist die deutliche Zunahme der erneuerbaren Energieträger, den wichtigsten Energieträgern unter der Sammelposition »Sonstige«. → **Abb. 2**

Struktur der Stromerzeugung (Energieträgermix)

Die Bruttostromerzeugung betrug im Jahr 1991 540,2 Terawattstunden (TWh) und stieg bis zum Jahr 2006 um fast 18 % auf 636,8 TWh an. Bedeutendster Energieträger ist mit 167,4 TWh die Kernenergie, die damit einen Anteil von 26,3 % an der Stromerzeugung hat. Grund hierfür ist die stetig hohe Ausnutzungsdauer. Zweitwichtigster Energieträger ist mit 151,1 TWh an der Stromerzeugung nach wie vor die Braunkohle, auch wenn sich seit

Abb. 3: Struktur der Bruttostromerzeugung 1991 bis 2006, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie; Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft; Statistik der Kohlenwirtschaft; Arbeitsgruppe Stromerzeugung.

1991 ihr Anteil von 29,3 % auf 23,7 % reduziert hat. Die Stromerzeugung aus Braunkohle konzentriert sich aus technischen Gründen auf reviernahe Standorte; Schwerpunkte sind das Rheinland, die Lausitz und Mitteldeutschland. An allen Standorten wurde neu gebaut, und es wurden erhebliche Modernisierungen vorgenommen, die zu Effizienz- und Wirkungsgradsteigerungen und damit zu Verbrauchsminderungen führten. Weit umfangreichere Absatzeinbußen musste die Steinkohle hinnehmen; ihr Anteil an der Stromerzeugung sank von 149,8 TWh oder 27,8 % auf 137,9 TWh oder 21,7 %.

Die deutschen Kohlekraftwerke liegen im Wesentlichen im früheren Bundesgebiet. In den neuen Bundesländern konzentriert sich die Stromerzeugung aus Steinkohle auf den Kraftwerksneubau in Rostock. Bezogen auf die Gesamtversorgung in Deutschland decken die Braun- und Steinkohlenkraftwerke mit 45,4 % immer noch knapp die Hälfte des Strombedarfs ab und sind somit neben der Kernenergie eine der beiden tragenden Säulen einer sicheren und effizienten Stromversorgung. Dem Trend der letzten Jahre entsprechend konnte die Stromerzeugung mit

Erdgas weiter gesteigert werden. Sie liegt nun bei 73,4 TWh, ihr Anteil an der Stromerzeugung stieg von 6,7 % auf 11,5 % im Jahr 2006. Die Stromerzeugung aus Mineralölprodukten ging hingegen von 14,8 TWh auf 10,5 TWh zurück, Mineralölprodukte werden bei der Stromerzeugung fast überwiegend für die Zünd- und Stützfeuerung benötigt.

Die energetische Nutzung der Wasserkraft ist vom natürlichen Dargebot im jeweiligen Wassereinzugsgebiet und der Jahreszeit abhängig. Insofern sind Vergleiche nur bedingt aussagefähig. Der Anteil an der Stromerzeugung lag 1991 mit 19,2 TWh bei 3,6 % und stieg 2006 auf 26,8 TWh oder 4,2 %. Größter Gewinner im Energiemix zur Stromerzeugung ist die Windkraft. Betrug ihr Anteil 1991 kaum messbare 0,02 %, so wurden im Jahr 2006 mit 30,7 TWh 4,8 % an der gesamten Erzeugung erreicht. Die Stromerzeugung aus sonstigen Energieträgern, wie Abfällen, Biomasse und ab 2000 auch Photovoltaik, konnte im Beobachtungszeitraum verdoppelt werden; ihr Anteil lag in 2006 nun bei 6,1 %.

➔ Abb. 3, Tab. 1

Der internationale Stromhandel hat sich weiter intensiviert, konkurriert aber um begrenzte Leitungskapazitäten beispielsweise an den Ost- und Westgrenzen Deutschlands. Hinzu kommen die benötigten Kapazitäten für den Abtransport des mit Windkraft erzeugten Stroms. Dennoch haben sich die Lieferungen von und nach Deutschland innerhalb von anderthalb Jahrzehnten jeweils verdoppelt. Der so genannte Stromimportsaldo, also der Strombezug aus dem Ausland abzüglich der Stromabgabe ins Ausland, war 1991 mit -0,6 TWh noch nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2006 hingegen übertrafen die Lieferungen ins Ausland die Bezüge aus dem Ausland um 19,8 TWh.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung ist 2006 auf 11,7 % gewachsen. Somit ist das Ziel von 12,5 % im Jahr 2010 schon fast erreicht.

Tab. 1: Bruttostromerzeugung nach Energieträgern

Energieträger	1991	1995	2000	2005	2006 ¹
	in Mrd. kWh				
Wasserkraft	19,2	25,2	29,4	26,7	26,8
Kernenergie	147,4	154,1	169,6	163,0	167,4
Steinkohlen	149,8	147,1	143,1	134,1	137,9
Braunkohlen	158,3	142,6	148,3	154,1	151,1
Erdgas	36,3	41,1	49,2	71,0	73,4
Mineralölprodukte	14,8	9,1	5,9	11,6	10,5
Windkraft	0,1	1,5	9,5	27,7	30,7
Übrige Energieträger	14,3	16,1	21,5	32,9	39,1
Bruttostromerzeugung insgesamt	540,2	536,8	576,5	620,6	636,8
Stromimportsaldo	-0,6	4,8	3,1	-8,5	-19,8
Bruttostromverbrauch	539,6	541,6	579,6	612,1	617,0

¹ Vorläufige Angaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie; Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft; Statistik der Kohlenwirtschaft; Arbeitsgruppe Stromerzeugung.

Erneuerbare Energieträger

Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern wird seit den 1990er Jahren staatlich gefördert, zuletzt durch ein am 1. August 2004 in Kraft getretenes Gesetz, das den erneuerbaren Energien einen Vorrang einräumt (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG). In ihm wird die vorrangige Pflicht zur Abnahme, Übertragung und Vergütung des Stroms durch die Netzbetreiber rechtlich verankert. Ferner enthält das EEG unter anderem eine Regelung über den bundesweiten Ausgleich des abgenommenen und vergüteten Stroms zwischen den Netzbetreibern und den Stromlieferanten im weitesten Sinne. Die im Gesetz festgelegten Vergütungssätze sind abhängig von der Art der Anlage sowie auch vom Jahr der Inbetriebnahme. Der Vergütungszeitraum, für den die Vergütungssätze in der gesetzlich fixierten Höhe garantiert werden, beträgt in der

Regel 20 Jahre. Damit wurden die Bedingungen, zu denen Netzbetreiber den aus erneuerbaren Energien eingespeisten Strom zu vergüten haben zu Gunsten der Betreiber solcher Anlagen weiter verbessert. Dank der äußerst günstigen Rahmenbedingungen für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern wird Deutschland das von der EU vorgegebene und im EEG fixierte Ziel, den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien im Jahr 2010 auf 12,5 % zu steigern, erreichen. Schon jetzt gibt es ein politisches Ziel der Bundesregierung, diesen Anteil auf mindestens 20 % im Jahr 2020 zu steigern.

Zu den erneuerbaren Energieträgern gehören die Wasserkraft (ohne die aus Pumpspeichern mit künstlichem Zufluss gewonnene Energie), die Windenergie, die Solarenergie, die Umgebungswärme, die Biomasse und die Geothermie.

Im Jahr 1991 betrug dieser Anteil (fast ausschließlich durch regenerative Wasserkraft erzeugt) 3,2 %; Wind und Biomasse spielten damals nur eine ganz geringe Rolle.

Die Bruttostromerzeugung aus erneuerbarer Wasserkraft, das heißt aus Lauf- und Speicherkraftwerken sowie Pumpspeicherkraftwerken mit natürlichem Zufluss, schwankt zwischen den einzelnen

Jahren aufgrund des unterschiedlichen Wasserdargebotes ganz erheblich, unter anderem aufgrund der inzwischen auch regional stark variierenden Niederschläge. In den letzten Jahren wurde ein geringer Zubau primär im Bereich der Kleinwasserkraft und durch Modernisierung bestehender Anlagen realisiert. 2006 speisten die Wasserkraftwerke 20 TWh Strom ins Netz der allgemeinen Versorgung ein. Der Anteil der Stromerzeugung aus Was-

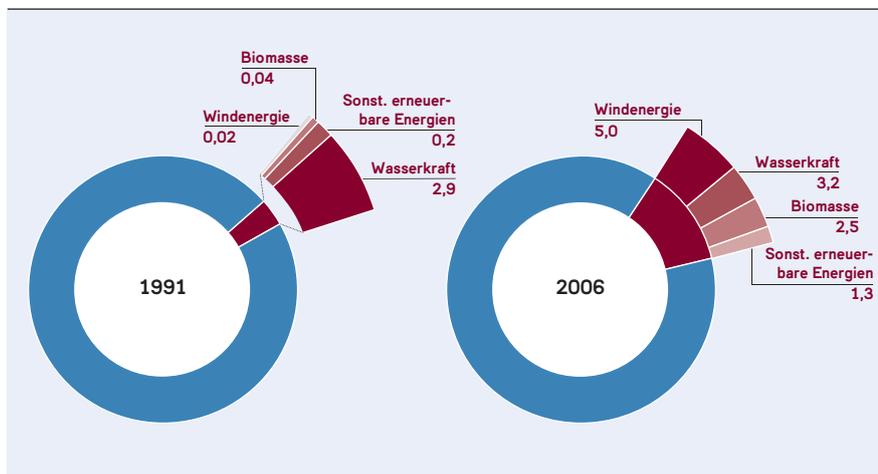
serkraftwerken, der unter das EEG fällt, ist relativ gering und beträgt nur etwa ein Fünftel der gesamten wassertechnischen Stromerzeugung. 

Das stärkste Wachstum verzeichnete in den betrachteten Jahren die Windenergie. Mit 20,6 Gigawatt (GW) installierter Leistung im Jahr 2006 lag Deutschland weltweit vorn; 30,7 TWh Strom haben diese Anlagen produziert, das waren rund 5,0 % der gesamten Stromerzeugung. Regionale Schwerpunkte des Ausbaus lagen in Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Insgesamt stieg die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von 17,5 TWh im Jahr 1991 auf 72,1 TWh in 2006, das ist eine viermal so große Menge.  **Abb. 4**

Auch in den kommenden Jahren wird der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung weiter wachsen. Der Ausbau der Wasserkraftwerke dürfte sich auf die Modernisierung und den Ersatz vorhandener Anlagen beschränken; dabei wird eine Leistungssteigerung mit einer weiteren Verbesserung des gewässerökologischen Zustandes angestrebt. Bei der Windkraft wird die Entwicklung von Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee ein neuer Schwerpunkt sein. Aber auch an Land (»Onshore«) wird es darum gehen, den Stromertrag vorhandener Windkraftanlagen durch Modernisierung (»Repowering«) erheblich zu steigern. Die Stromerzeugung aus Sonnenenergie mit Solarzellen hat sich durch die Förderung im Rahmen des EEG innerhalb von zwei Jahren verdreifacht. Gut 2,2 TWh Solarstrom wurde 2006 erzeugt.

Technische Innovation und wachsende Märkte werden auch weiterhin dazu führen, dass Strom aus Photovoltaik-Anlagen mit jedem Jahr kostengünstiger wird. Der Renner der Zukunft unter den erneuerbaren Energien dürfte aber mit ihrem gewaltigen Potential die Biomasse sein. Bereits jetzt liefert sie mit 15,5 TWh einen wichtigen Beitrag zur sicheren Elektrizitätsversorgung. Aber nicht nur zur

Abb. 4: Anteile der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern am Bruttostromverbrauch, in %



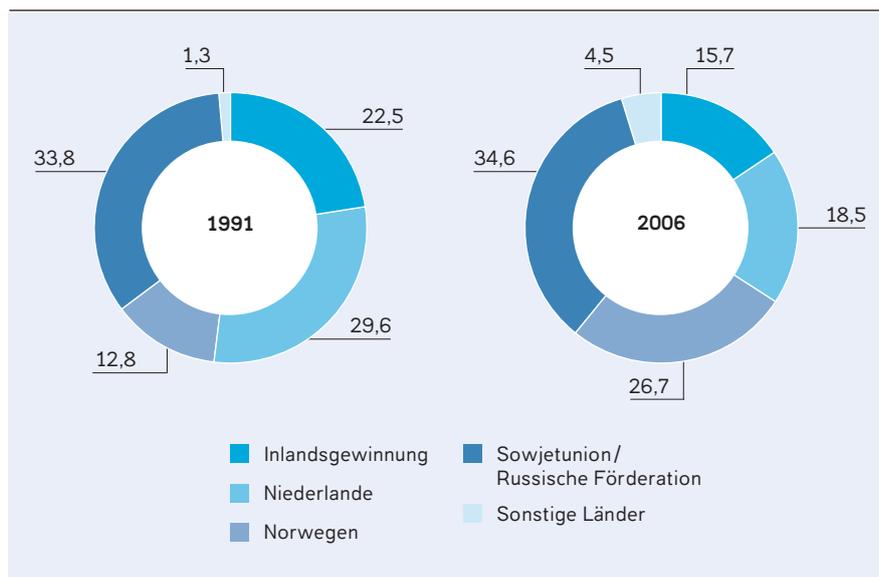
Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien – Statistik.

Stromerzeugung, sondern auch zur Wärmenutzung in den privaten Haushalten und in der Industrie leistet die Biomasse in Form von Holz oder anderen nachwachsenden Rohstoffen ihren Beitrag. Hinzu kommt ihre Nutzung als Biokraftstoffe, ob in reiner Form oder als Beimischungen zu herkömmlichen Kraftstoffen. Diese Biotreibstoffe als Untergruppe der Biomasse können in Zukunft zu einer national unabhängigeren Energieversorgung beitragen. Dies kann nicht nur in Form des bereits bekannten Biodiesels erfolgen, sondern auch durch Bioethanol, Biomethanol, Biogas, Bio-ETBE, Biowasserstoff oder synthetische Biotreibstoffe. Aber auch reines Pflanzenöl kann, sofern für den entsprechenden Motorentyp geeignet und die entsprechenden Emissionsanforderungen erfüllend, als Biokraftstoff eingesetzt werden.

Versorgungssicherheit

Nach einer Phase der Fokussierung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung besinnt man sich nun auf die Notwendigkeit einer Balance im energiepolitischen Dreieck aus Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit. Dabei erlangt das Thema Versorgungssicherheit angesichts der fundamental veränderten Angebots- und Nachfrageverhältnisse nicht nur auf den internationalen Ölmärkten, sondern auch bei Erdgas wachsende Bedeutung und steht in der internationalen Politik jetzt ganz oben auf der Agenda. Besonderes Kennzeichen der deutschen Energieversorgung ist seit langem die hohe und stetig wachsende Importabhängigkeit. So mussten 2006 drei Viertel des Energiebedarfs durch Einfuhren gedeckt werden, 1991 war es »nur« etwas über 50 %. Bei Mineralöl, dem nach wie vor wichtigsten Energieträger in der deutschen Volkswirtschaft, bestand sowohl 1991 als auch 2006 mit 97 % eine überproportional hohe Importquote. Bei Erdgas liegt der Anteil gegenwärtig bei 84 % (1991: 77 %), bei Steinkohle liegt die Quote inzwischen bei 67 % im Vergleich zu 20 % im Jahr 1991. Die Einfuhren von Braunkohle sind

Abb. 5: Inlandsgewinnung und Erdgasimporte 1991 und 2006 nach ausgewählten Staaten, in %



mit einem Anteil von unter 1 % sehr gering. Wasser- und Windkraft sowie die sonstigen Energieträger werden der Inlandsgewinnung zugeordnet. Kernbrennstoffe werden zwar zu 100 % aus importiertem Uran gewonnen; die Stromerzeugung daraus wird jedoch gemäß der international geltenden Konvention als inländische Erzeugung bewertet.

Deutschlands eigene Energiebasis beschränkt sich im Wesentlichen auf Kohle und erneuerbare Energieträger. Der größte Teil des Erdgases und Erdöls muss – wie bereits erörtert – importiert werden. Hauptlieferländer für Erdgas waren 2006 Russland mit 35 %, gefolgt von Norwegen mit 27 % und den Niederlanden mit 18 %. Die restlichen Bedarfsmengen werden überwiegend aus Dänemark und dem Vereinigten Königreich importiert. Die Bezugsstaaten haben sich seit 1991 nicht grundlegend geändert. Allerdings stiegen die Erdgasimporte in den letzten anderthalb Jahrzehnten um fast 80 % auf 1 007,6 Mrd. kWh. → **Abb. 5**

Angesichts dieser hohen Importabhängigkeit von derzeit 84 % gilt es, jede Abhängigkeit von einzelnen Produzenten zu vermeiden. Der Bezug des Erdgases aus

dem Ausland erfolgt überwiegend auf Basis langfristiger Verträge zwischen den Lieferanten und den auf dem deutschen Markt tätigen Gasversorgungsunternehmen. Die Laufzeit der Verträge beträgt in der Regel mehr als 20 Jahre. Manche Lieferverträge mit großen europäischen Erdgasproduzenten reichen sogar bis 2030 und damit weit in die Zukunft. Die physischen Lieferungen nach Deutschland erfolgen über leistungsfähige Pipelinesysteme, die Transportentfernungen von mehr als 5 000 km überbrücken. Weitere Möglichkeiten des Erdgasbezugs werden sondiert. Im Blickpunkt stehen insbesondere Lieferländer aus Nordafrika und dem Nahen Osten, entsprechende Vertragsabschlüsse würden zu einer weiteren Diversifizierung der Bezugsquellen beitragen. Kommt es zu einem Abschluss beispielsweise mit Katar – dort liegt mit dem North Gas Field das größte Naturgasfeld der Erde – so müssen neue Transportwege und -mittel erschlossen und genutzt werden. Erdgas kann auch per Schiff in verflüssigter Form (als »Liquified Natural Gas« – LNG) transportiert werden. Hierzu wird das Gas in Verflüssigungsanlagen in unmittelbarer Nähe der Verladehäfen auf –160°C abgekühlt. Im Zielhafen des Importlandes wird es wieder in einen gas-

förmigen Zustand zurückgeführt und in das Erdgasleitungssystem eingespeist. In Deutschland gibt es bisher kein LNG-Terminal. Kürzlich wurden jedoch die Voraussetzungen für den Bau eines Flüssiggasterminals in Wilhelmshaven geschaffen. Darüber hinaus wird auch in die inländische Erdgasförderung weiter investiert.

Auch bei den Rohölimporten ist die Konzentration auf wenige Rohöllieferländer sehr hoch. So kommen seit 1994 wert- und mengenmäßig um die 73 % aller Rohölimporte aus den gleichen vier Staaten. Die Russische Föderation liegt dabei mit einem Anteil von zuletzt etwa einem Drittel aller deutschen Erdöleinfuhren an erster Stelle, gefolgt von Norwegen mit 16 %, dem Vereinigten Königreich mit 14 % und Libyen mit 11 %. Vor 1994, genauer gesagt im Zeitraum zwischen 1991 und 1993, deckten diese Länder im Schnitt etwa 55 % der Öleinfuhren ab. Am meisten konnte von diesem Konzentrationsprozess in Deutschland die Russische Föderation profitieren, die ihren Anteil nahezu verdoppelte. Am wenigsten profitierte Libyen von dieser Entwicklung

und exportiert heute etwa ein Viertel weniger nach Deutschland als noch im Jahre 1991.

Die Zusammensetzung der Plätze fünf bis zehn hat sich über die Jahre verändert. Im Jahr 2006 waren die zehn wichtigsten Erdöl-Lieferländern die Russische Föderation, Norwegen, das Vereinigte Königreich, Libyen, Kasachstan, Syrien, Saudi-Arabien, Nigeria, Algerien und Aserbaidschan. **i**

Seit 1995 haben sich die Einfuhrpreise für Erdgas verdreifacht. Die Tonne eingeführtes Rohöl kostet viermal so viel wie 1995. → **Tab. 2**

Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen

Im Jahr 1991 betrug der Endenergieverbrauch (EEV) noch 9 366 Petajoule (PJ) und sank bis 2006 um 0,6 % auf 9 423 PJ. Der Energiebedarf für die Verbrauchergruppen »Industrie«, »private Haushalte«, »Gewerbe, Handel, Dienstleistungen« und »Verkehr« entwickelte sich in der Vergangenheit jedoch unterschiedlich. → **Abb. 6**

Tab. 2: Preisentwicklung der Erdgas- und Erdölimporte

	Erdgas EUR /Terajoule	Erdöl EUR /Tonne
1995	1857	95
1996	1821	119
1997	2 145	128
1998	1 648	87
1999	1 622	121
2000	2 859	227
2001	3 790	204
2002	3 159	190
2003	3 430	192
2004	3 310	222
2005	4 373	307
2006	5 861	379

1991 lag die Industrie mit einem Anteil von 28,8 % an der Spitze der Verbrauchergruppen, gefolgt von den privaten Haushalten mit 26,8 % und dem Verkehrssektor mit 25,9 %. Bis 2006 hatten die privaten Haushalte jedoch aufgeholt. 2006 lag der Anteil der Industrie bei 28,3 % und der privaten Haushalte bei 28,5 %. Der Anteil des Verkehrs betrug 28 %. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Geräten und dem relativ sparsamen Einsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

Wichtigste Endenergieverbraucher in der Industrie sind derzeit die Metallherzeugung und -verarbeitung mit knapp 30 %, die Chemische Industrie mit 20 % und das Papiergewerbe mit etwas über 7 % Anteil am EEV der Industrie. Bezieht man jedoch den nichtenergetischen Verbrauch mit ein, so liegt die Chemische Industrie mit Abstand vorn. Die bedeutendsten Energieträger waren mit 961 PJ die Gase (Erdgas und hergestellte Gase) und mit 865 PJ Strom. Die privaten Haushalte haben mehr Mineralöl und Mineralölprodukte (731 PJ) verbraucht als Strom (510 PJ). Spitzenreiter ist auch hier das Erdgas (1 017 PJ), das hauptsächlich zur Wärmeerzeugung eingesetzt wird.

i Europäische Energiepolitik

Die internationalen Energiemärkte leiden zunehmend an der wachsenden Importabhängigkeit, besondere bei Erdgas und Erdöl. Der weltweit steigende Energiebedarf, verbunden mit unvorhersehbaren Preisschwankungen, und die politisch schwierige Lage in einigen Förderregionen erfordern neue Strategien in der Energiepolitik. Schon Anfang März 2005 hatte die EU-Kommission ihr neues energiepolitisches Grundsatzpapier »Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie« vorgelegt.

Nach ihrer Auffassung sind steigende Energieimportabhängigkeiten, höhere Energiepreise und der Klimawandel gemeinsame Probleme der EU-Mitgliedstaaten, die eine europäische Antwort erfordern. Nach einer breiten Debatte

hat die Kommission 2006 einen Endbericht erstellt sowie konkrete Schlussfolgerungen und Vorschläge erarbeitet, die dem europäischen Rat im Frühjahr 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt wurden. In einem anspruchsvollen Aktionsplan für eine künftige gemeinschaftliche Energiepolitik setzen die Staats- und Regierungschefs unter deutscher Ratspräsidentschaft die vier Schwerpunkte:

- Gemeinsamer Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarkt
- Versorgungssicherheit
- Gemeinsame Energieaußenpolitik
- Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Darüber hinaus sind in dem Energieaktionsplan diverse Vorschläge zur Förderung der Energietechnologien enthalten.

Abb. 6: Entwicklung des Endenergieverbrauchs 1991 bis 2006, in Petajoule (PJ)



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

12.2.2 Luftbelastung und Luftreinhaltung

Die Luftbelastung ist im Vergleich zur Klimaproblematik ein altes Umweltthema. Luftreinhaltung als Gegenstand der nationalen Politik manifestierte sich erstmalig umfassend im Ersten Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 durch Festlegung von Grundprinzipien der Umweltpolitik. Im Bundes-Immissionsschutzgesetz von 1974 (BImSchG) kam es dann zu einer systematischen Regelung, insbesondere der Emissionsbegrenzung nach dem Stand der Technik für Neuanlagen und für bestehende Anlagen in Belastungsgebieten.

Die 1980er Jahre waren gekennzeichnet durch umfassende Sanierungsprogramme für alle Kraftwerke und größere Industrieanlagen. In den 1990er Jahren wurden die Emissionsquellen in den neuen Ländern saniert oder stillgelegt und durch neue Anlagen mit Emissionsminderungseinrichtungen nach dem Stand der Technik ersetzt.

Im Laufe der Zeit wechselten mit fortschreitenden Erfolgen in der Luftreinhaltung auch die relevanten Schadstoffe: In den 1960er Jahren waren es Ruß und grober Staub (Ziel: »Blauer Himmel über der Ruhr«), in den 1970er Jahren standen Schwefeldioxid (Problem: saurer Regen),

später sommerlicher Photosmog mit der Leitsubstanz Ozon im Vordergrund und ab Mitte der 1990er Jahre wurde zunehmend der Feinstaub bedeutsam.

In der Luftreinhaltung ist es schwer, eindeutige Ursache- und Wirkungszusammenhänge zu erkennen. Zwischen einzelnen Emissionsquellen und der Luftqualität in ihrer Umgebung besteht oft kein eindeutiger Zusammenhang, denn Luftverunreinigungen werden in der Atmosphäre weit transportiert und chemisch umgewandelt. So tragen andere als die ursprünglich emittierten Verunreinigungen fern der Quelle zur Luftverschmutzung bei. **i**

Emissionen von Luftschadstoffen

Als wichtigste Luftschadstoffe werden die Substanzen Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und flüchtige organische Verbindungen ausgenommen Methan (NMVOC) angesehen. Diese Stoffe sind verantwortlich für die Überdüngung und Versauerung der Ökosysteme und für die Bildung von Sommersmog.

In Deutschland ist der Energieverbrauch für die Entstehung von SO₂ und NO_x von entscheidender Bedeutung. NMVOC werden vor allem durch den Einsatz von Lösemitteln freigesetzt. Die Ammoniakemission lässt sich beinahe ausschließlich auf landwirtschaftliche Aktivitäten zurückführen.

Im Jahr 2005 beliefen sich die Emissionen der genannten Luftschadstoffe auf etwa 3,9 Mill. Tonnen. Diese setzten sich zusammen aus Schwefeldioxid mit 560 000 Tonnen, 1,4 Mill. Tonnen an Stickoxiden und 1,3 Mill. Tonnen an flüchtigen organischen Verbindungen (NMVOC). Ammoniak trug 619 Tsd. Tonnen zur Emissionsfracht bei. **➔ Abb. 7**

Die Inanspruchnahme der Natur als Senke für Luftschadstoffe ist seit Mitte der 1990er Jahre weiter zurückgegangen, jedoch nicht so erheblich wie am Anfang



»Saubere Luft für Europa«

Da ein wesentlicher Anteil der Schadstoffbelastung durch weiträumige Transporte mit der Luft aus Nachbarländern verursacht wird, ist die Gestaltung der grenzüberschreitenden Luftreinhaltungspolitik von besonderer Bedeutung für die Luftqualität in Deutschland. Die thematische Strategie »Saubere Luft für Europa« der Europäischen Kommission hat es zum Programm erhoben, alle für das Thema Luftqualität relevanten Aspekte koordiniert anzugehen. Beispielsweise legt die so genannte NEC-Richtlinie (Richtlinie 2001/81/EG vom 23. Oktober 2001) nationale Emissionshöchstmengen für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und flüchtige organische

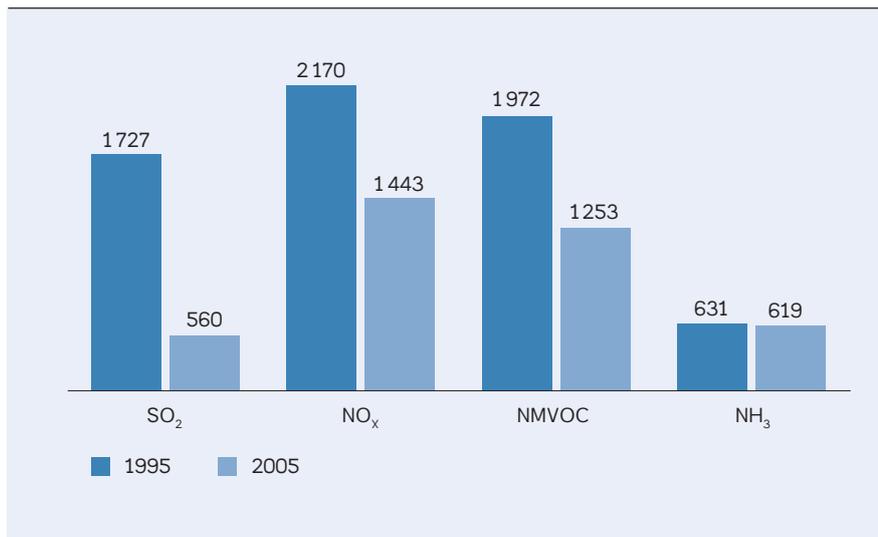
Verbindungen (ohne Methan und NMVOC) fest, die nach dem Jahre 2010 nicht mehr überschritten werden dürfen.

Die EU-Kommission wird voraussichtlich im Jahr 2008 eine Fortschreibung der NEC-Richtlinie bis zum Jahr 2020 vorschlagen. Neben neuen nationalen Emissionsobergrenzen für die bisher geltenden Stoffe wird erwogen, auch für Feinstaub (PM_{2,5}) nationale Emissionsobergrenzen festzulegen.

NEC ist die Abkürzung für »National Emission Ceiling«. Näheres zur Strategie »Saubere Luft für Europa – Clean Air for Europe (CAFE)« unter EU:

<http://ec.europa.eu/environment/air/cafe/index.htm>

Abb. 7: Emissionen von Luftschadstoffen, in 1 000 Tonnen



der 1990er Jahre. Besonders stark war der Rückgang bei Schwefeldioxid (SO₂) um 68 % oder 1,2 Mill. Tonnen. Der Ausstoß von NMVOC verminderte sich um rund 36 % (719 000 Tonnen). Der Stickoxidausstoß (NO_x) ging um 33 % (726 000 Tonnen) zurück. Der NH₃-Ausstoß blieb stabil. Gegenüber dem Vorjahr sind weiterhin Abnahmen zu verzeichnen. So zeigt Schwefeldioxid eine Abnahme um etwa 70 000 Tonnen (–11 %), NMVOC geht um 43 000 Tonnen zurück (–3 %) und NH₃ um 7 000 Tonnen (–1 %). NO_x nahm im letzten Jahr noch einmal um 14 % (–231 000 Tonnen) ab.

79,2 % der gesamten direkten NO_x-Emissionen im Jahr 2005 wurden durch die Produktion verursacht und 20,8 % durch den Konsum der privaten Haushalte. Auf das Produzierende Gewerbe entfielen 37,4 % der gesamten NO_x-Emissionen, 19,5 % davon stammten aus dem Produktionsbereich »Erzeugung von Strom und Gas«. Die Dienstleistungen, zu denen unter anderem die Verkehrsdienstleistungen gehören, hatten einen Anteil von 31,8 %.

Bei den SO₂-Emissionen ergab sich folgendes Bild: 90,2 % der gesamten direkten SO₂-Emissionen im Jahr 2005 wurden durch die Produktion verursacht und 9,8 % durch den Konsum der privaten

Haushalte. Dabei entfielen 86,7 % der gesamten Emissionen auf das Produzierende Gewerbe. Fast die Hälfte (47,7 %) stammten aus dem Produktionsbereich »Erzeugung von Strom und Gas«. Die Dienstleistungen insgesamt hatten einen Anteil von lediglich 3,1 %.

Bei den flüchtigen Kohlenwasserstoffen (NMVOC) ergab sich ein ähnliches Bild wie bei Schwefeldioxid. 84,8 % der Emissionen entstammen aus der Produktion, wobei das Produzierende Gewerbe für 70,2 % verantwortlich ist, und 15,2 % verursachten die privaten Haushalte.

Zwischen 1995 und 2005 gingen die NO_x-Emissionen (Produktion und Konsum) um 726 000 Tonnen auf 1,4 Mill. Tonnen zurück. Der direkte Stickoxidausstoß der privaten Haushalte (Konsum) ist im betrachteten Zeitraum um über 50 % (331 000 Tonnen) gesunken. Die entsprechenden direkten Emissionen in der inländischen Produktion verminderten sich um 395 000 Tonnen.

Bei Schwefeldioxid (SO₂) ist mehr als Dreiviertel (–889 000 Tonnen) der gesamten Verminderung dem Bereich »Erzeugung von Strom und Gas« zuzurechnen. Sie ist vor allem ein Resultat der Rauchgasentschwefelung in Kraftwerken.

Bei NMVOC lieferten das Produzierende Gewerbe und die privaten Haushalte große Beiträge zur Emissionsminderung mit 290 000 Tonnen bzw. 339 000 Tonnen. Die prozentuale Reduzierung liegt bei den privaten Haushalten bei 64 %, beim Produzierenden Gewerbe jedoch nur bei 26 %. Der Dienstleistungssektor konnte seine NMVOC-Emissionen sogar um 65 % reduzieren (–75 000 Tonnen). Bei Ammoniak (NH₃) ist von 1995 bis 2005 nur ein geringer Rückgang von 2 % festzustellen.

12.2.3 Flächennutzung

Die Umweltrelevanz des Themas Flächennutzung hängt zusammen mit der begrenzten Ressource Boden und der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen (SuV). Der zunehmende SuV-Anteil an der Bodenfläche im Verhältnis zum Anteil der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die zunehmende Landschaftszerschneidung durch Verkehrstrassen sind mit negativen Umweltauswirkungen verbunden. Zu nennen sind hier beispielsweise Konflikte zwischen Verkehrswachstum und Erholungsnutzung, der Lebensraumverlust und die Barrierewirkung für wildlebende Tierarten sowie die Ausbreitung von Schadstoffen.

Die Bodenfläche Deutschlands wurde im Jahr 2004 wie folgt genutzt: Für Landwirtschaftszwecke wurde mit 53 % der größte Flächenanteil in Anspruch genommen, gefolgt von der Waldfläche mit 29,8 %. Für Siedlungs- und Verkehrszwecke wurden 12,8 % der Fläche benötigt. Von Wasserflächen waren 2,3 % und von sonstigen Flächen (z. B. militärisches Übungsgelände) 2,1 % der Bodenfläche bedeckt. Für die SuV liegen inzwischen für 2006 aktuellere Zahlen vor: Ihr Anteil an der Bodenfläche Deutschlands ist auf 13,0 % gestiegen. 

Die Beobachtung und Steuerung der Entwicklung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke spielt

Flächenerhebung



Die Flächenangaben beruhen auf der Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster der Länder. Eine umfassende Flächenerhebung (bundeseinheitlich mindestens 17 Bodennutzungsarten) findet für Deutschland in seinen heutigen Grenzen seit 1992 alle vier Jahre statt. Die letzte Erhebung wurde im Jahr 2004 durchgeführt. Seit 2001 wird zudem jährlich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (fünf Bodennutzungsarten) erhoben. Erhebungstichtag ist jeweils der 31. Dezember.

Erhebungseinheiten sind die Gemeinden, das heißt deren Bodenflächen stellen die kleinsten Gebietseinheiten dar, zu denen Angaben über die dort anzutreffenden Nutzungsarten existieren. Bezogen auf die Gemeindeflächen lassen sich damit auch summarische Aussagen über die Zu- oder Abnahme bestimmter Flächennutzungsarten machen. Nicht möglich sind allerdings Aussagen darüber, welche Nutzungsart sich zu Lasten welcher anderen verändert hat.

eine wichtige Rolle in der bereits erwähnten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Als Indikator dient die durchschnittliche tägliche Zunahme der SuV. Betrachtet man die letzten Erhebungszyklen, so stieg diese Größe von 120 Hektar/Tag (Durchschnitt von 1993–1996) auf 129 Hektar/Tag (1997–2000) an um wieder bis auf 113 Hektar/Tag (2003–2006) zurückzugehen. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine Reduktion des täglichen Zuwachses der SuV auf 30 Hektar/Tag im Jahr 2020.

Die Entwicklung der SuV in den letzten Jahren weist also in die angestrebte Richtung. Beeinflusst sein dürfte sie insbesondere durch den deutlichen Einbruch bei den Bauinvestitionen ab dem Jahr 2001. In Anbetracht dieses vermuteten Zusammenhangs und der derzeit günstigeren konjunkturellen Entwicklung kann jedoch noch nicht von einer deutlichen Trendumkehr bei der Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke gesprochen werden.

Die SuV setzte sich 2006 aus folgenden Nutzungsarten zusammen: Gebäude- und Freifläche (Flächen mit Gebäuden und unbebaute Flächen, die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind) 52 %, Betriebsfläche (ohne Abbauand) 1,7 %, Verkehrsfläche 38,0 %, Erholungsfläche 7,6 %

und Friedhöfe 0,8 %. Die nähere Betrachtung dieser Kategorien zeigt, dass »Siedlungs- und Verkehrsfläche« und »versiegelte Fläche« nicht gleichgesetzt werden können, da in die SuV auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen.

Angaben zum Versiegelungsgrad der SuV lassen sich nicht unmittelbar aus der amtlichen Flächenstatistik ableiten. Ein im Jahr 2007 vorgestelltes Schätzverfahren zur Bodenversiegelung ergibt einen Versiegelungsgrad der SuV von 43 bis 50 %.

Zur Erreichung des Ziels, die SuV-Zunahme auf maximal 30 Hektar/Tag im Jahr 2020 zu reduzieren, sieht die Bundesregierung in erster Linie die Länder und Kommunen gefordert, die im Rahmen ihrer Raumordnungs- und Bauleitplanung Festlegungen über die Flächenwidmung treffen. Zur nachhaltigen Entwicklung der Siedlungsstruktur wird einerseits ein quantitativer Ansatz verfolgt. In diesem Zusammenhang spielen Stichworte wie flächensparendes Bauen, kompakte Stadt, Bündelung von Infrastruktur, Bereitstellung von Ausgleichsflächen und Entsiegelung von nicht mehr genutzten Flächen eine Rolle. Andererseits setzt man auf die Berücksichtigung des qualitativen Aspekts bei der Bereitstellung von Flächen. So kann beispielsweise die Verbesserung des Wohnumfeldes in Innenstädten die Bereitschaft der Bevölkerung steigern, das Wohnen in der Stadt wieder als attraktive Alternative zum Haus im Grünen anzuerkennen. Gleichzeitig ist es von Bedeutung, das Landschaftsbild und den Erholungswert des Freiraums im Umfeld der Stadtregionen zu verbessern. In ländlichen Regionen ist die Erhaltung von unzerschnittenen landschaftlichen Freiräumen von besonderer Bedeutung. → Tab. 3

Tab. 3: Bodenfläche nach Nutzungsarten

	1992	1996	2000	2004
	in km ²			
Gebäude- u. Freifläche	20 733	21 937	23 081	23 938
Betriebsfläche oder Abbauand	550	620	732	754
Erholungsfläche	2 255	2 374	2 659	3 131
Verkehrsfläche	16 441	16 786	17 118	17 446
dar. Straße, Weg, Platz	14 815	15 005	15 264	15 583
Landwirtschaftsfläche	195 112	193 075	191 028	189 324
Waldfläche	104 536	104 908	105 314	106 488
Wasserfläche	7 837	7 940	8 085	8 279
Flächen anderer Nutzung	7 630	7 497	7 219	5 925
darunter Friedhof	327	335	350	352
Bodenfläche insgesamt	356 970	357 030	357 031	357 050
Nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrsfläche	40 305	42 052	43 939	45 621

12.2.4 Waldschäden, Schutzgebiete

Waldschäden

Seit Ende der 1970er Jahre wurden in Deutschland zunehmend flächenhafte Waldschäden registriert, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Windwurf, Schneebruch, Wildschäden und sonstige bekannte Ursachen zurückführen lassen.

Zur Beurteilung des Zustandes der Wälder werden seit 1984 jährlich Waldschadenserhebungen durch die Landesforstverwaltungen durchgeführt. Um die Schadensentwicklung über lange Zeiträume beobachten und den Umfang der Schäden vergleichen zu können, sind die Abgrenzungen nach verschiedenen Schadensklassen bis heute beibehalten worden, wengleich die einzelnen Schadstufen nach der Entlaubung/Entnadelung und Vergilbung inzwischen differenzierter betrachtet werden.

Nach den jährlichen Waldzustandserhebungen sind die Ursachen für diese Schäden vielschichtig. Neben den Dauerbelastungen durch Luftschadstoffe und aufgrund von Standortfaktoren beeinflussen auch andere Faktoren, etwa Witterungsextreme wie Trockenperioden oder Temperaturstürze sowie unterschiedlicher Befall mit Schadorganismen den jeweiligen Kronenzustand der Waldbäume.

In den letzten 20 Jahren hat sich das Wissen über die Waldökosysteme und über das Ausmaß ihrer Belastung sowie über die Auswirkungen der Luftverunreinigung auf unsere Wälder deutlich erweitert. Zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität führten zu gesünderen Wäldern. Jedoch sind 20 Jahre für das Leben des Waldes eine relativ geringe Zeitspanne und die erfolgreiche Schadstoffreduzierung in der Luft bedeutet nicht gleichzeitig auch eine Reduzierung der über viele Jahrzehnte angesammelten Schadstoffeinträge in die Böden. Damit die Wälder angesichts der sich än-

Tab. 4: Flächenanteil der Waldschadensstufen nach Baumarten

	Fichte	Kiefer	Buche	Eiche	Alle Baumarten
	in %				
	ohne Verlichtung				
2000	34	39	21	21	35
2002	33	38	26	26	35
2004	26	34	14	17	28
2005	27	34	16	15	29
2006	39	31	16	17	32
2007	33	33	15	14	30
	Warnstufe				
2000	41	48	39	44	42
2002	41	49	42	45	44
2004	39	49	31	38	41
2005	42	47	40	34	42
2006	34	51	36	38	40
2007	39	54	46	37	45
	deutliche Kronenverlichtung				
2000	25	13	40	35	23
2002	26	13	32	29	21
2004	35	17	55	45	31
2005	31	19	44	51	29
2006	27	18	48	45	28
2007	28	13	39	49	25

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

dernden Klimabedingungen mit immer häufiger werdenden Extremwetterbedingungen wie Orkane, Hochwasser – wie im Sommer 2002 – oder Trockenheit – wie im Sommer 2003 – ohne größere Schäden überstehen können, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um sie gesünder und damit widerstandsfähiger zu machen.

Unbesehen aller regionalen und baumartenspezifischen Unterschiede zeigen die Ergebnisse der Waldschadenserhebung der letzten Jahre, dass sich die seit 1991 zu beobachtende allmähliche Verbesserung des Kronenzustandes nicht weiter fortsetzen konnte. Die deutlichen Schäden sind von 30 % im Jahr 1991 auf 21 % im Jahr 2002 zurückgegangen. Eine weitere Reduzierung konnte seitdem nicht erreicht werden; nach einem neuerlichen Anstieg lag der Anteil der betreffenden Schäden im Jahr 2007 bei 25 %. 45 % der Waldfläche waren 2007 schwach geschädigt (Warnstufe), ohne erkennbare

Schadmerkmale waren 30 %. Die Waldschadenserhebung belegt zudem, dass ältere Bäume von Kronenverlichtungen wesentlich stärker betroffen sind als junge.

→ Tab. 4

Für einzelne Baumarten stellen sich die Schadmerkmale recht unterschiedlich dar: Die Fichte ist die häufigste Baumart in Deutschland. Sie nimmt mehr als ein Viertel der Waldfläche (28 %) ein. Nach einer anfänglichen Verschlechterung ihres Zustandes Anfang der 1990er Jahre (1992: 30 %) und einer darauf folgenden Verbesserung (1996: 22 %) stagnierten die deutlichen Schäden in den Folgejahren auf einem Niveau um 25 % und erreichten 2004 mit 35 % ihren bisher höchsten Wert. Bis 2007 hat sich der betreffende Anteil an geschädigten Bäumen wieder auf 28 % verringert.

Mit einem Anteil von 23 % an der Waldfläche ist die Kiefer die zweithäufigste Baumart in Deutschland. Bei ihr hat der

Anteil der deutlichen Schäden von 1991 bis 1998 kontinuierlich abgenommen und zum Ende dieser Zeitspanne mit 10 % das niedrigste Niveau aller Baumarten erreicht. Aber auch hier konnte sich die Entwicklung nicht fortsetzen. Der Anteil der Kiefernfläche mit deutlichen Schäden erreichte im Jahr 2005 mit 19 % einen neuen Höchststand. Im Jahr 2007 lag der Anteil der deutlichen Kronenverlichtung bei 13 %. Er hat sich gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozentpunkte vermindert. Die Kiefer bleibt aber die Baumart mit dem geringsten Anteil in der höchsten Schadstufe.

Die Buche ist mit 15 % Anteil an der Waldfläche die am weitesten verbreitete Laubbaumart in Deutschland. Nachdem der Anteil deutlich geschädigter Bäume über einen längeren Zeitraum um 30 % lag, stieg er im Jahr 2004 auf 55 % und ging jetzt wieder auf 39 % (2007) zurück. Wie in den Vorjahren setzte sich auch in 2007 die Erholung der Buche von den Folgen des heißen und trocknen Sommers 2003 fort.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Kronenverlichtung bei der Eiche bis zum Jahr 1996 (47 %) ständig zugenommen (1984: 9 %). Die Eiche entwickelte sich zu der am meisten geschädigten Baumart. Seit dem Jahr 1997 war zwischenzeitlich eine kontinuierliche Verbesserung des Kronenzustandes der Eichen festzustellen (2002: 29 %). Auch hier ist jedoch in den Folgejahren wieder eine deutliche Verschlechterung eingetreten. Der Anteil der Eichen mit deutlichen Schäden erreichte 2005 einen neuen Höchststand von 51 %; nach einer Erholung (45 %) im Jahr 2006 ist 2007 ein erneuter Anstieg auf 49 % zu verzeichnen.

Schutzgebiete

Bisher haben sich die Naturschutzbemühungen stark auf die Ausweisung von Schutzgebieten konzentriert. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass ein System voneinander isolierter Schutzgebiete inmitten eines dicht genutzten und besiedelten

Landes Probleme wie anhaltende Artenverluste, Destabilisierung von Ökosystemen und Landschaftsverbrauch nicht aufhalten kann. Vor diesem Hintergrund wurde das Jahr 1995 vom Europarat – zum zweiten Mal seit 1970 – zum »Europäischen Naturschutzjahr« erklärt, und die Mitgliedsländer wurden aufgerufen, den Naturschutz nicht auf die Ausweisung und Pflege von Schutzgebieten zu beschränken.

Vielmehr soll »Naturschutz auf der ganzen Fläche« angewendet werden, weil das gesamte System nur intakt zu halten ist, wenn Naturschutzbelange bei allen Flächennutzungen Berücksichtigung finden. Inwieweit dieser Grundgedanke nachhaltigen Naturschutzes in Zukunft realisiert werden wird, erscheint offen. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie enthält den Indikator »Artenvielfalt und Landschaftsqualität«. Für das Berichtsjahr 2005 zeigte sich, dass die Artenvielfalt noch weit von dem als Ziel gesetzten Wert entfernt ist und in absehbarer Zeit voraussichtlich auch nicht erreicht werden kann (siehe Kapitel 12.1). Im vorliegenden Report können darüber hinaus keine Angaben über die Qualität von Natur und Landschaft auf der ganzen Fläche gemacht werden, da das statistische Verfahren zu einer entsprechenden bundesweiten Erhebung (die sogenannte Ökologische Flächenstichprobe) bislang nicht umgesetzt werden konnte.

Das Bundesnaturschutzgesetz definiert verschiedene Arten von Schutzgebietskategorien. Dies sind unter anderem Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete sowie als so genannte Großschutzgebiete die Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke. Abgesehen von ihrer Größe unterscheiden sie sich durch unterschiedliche Schutzziele und Nutzungseinschränkungen. Die Flächen können sich teilweise überlagern. Unter die strengste Schutzgebietskategorie fallen die Naturschutzgebiete und die Nationalparke. Sie sollen einen besonderen Schutz von Natur und Landschaft für Le-

bensgemeinschaften oder Lebensstätten aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder Schönheit gewährleisten. Teilweise sind innerhalb von Naturschutzgebieten andere Nutzungen (wie z. B. Land- u. Forstwirtschaft, Freizeit) zugelassen.

Ende 2005 waren 3,3 % des Bundesgebietes (1,2 Mill. Hektar) als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Die ausgewiesene Fläche schwankte in den Bundesländern zwischen 1,8 % der Landesfläche (Hessen) und 8 % (Hamburg); der Durchschnitt für das Bundesgebiet betrug 2,9 %. In welchem Maße ein Schutz gewährleistet werden kann, wird unter anderem auch von der Flächengröße eines Schutzgebietes beeinflusst. Kleine Gebiete sind den Einflüssen ihrer Umgebung stärker ausgesetzt als große. Die Naturschutzgebiete in Deutschland waren mit durchschnittlich 151 Hektar relativ klein, 61 % sind kleiner als 50 Hektar und nur 14 % umfassen eine Fläche von 200 Hektar und mehr.

Die Schutzkategorie der Nationalparke umfasst großräumige Ausschnitte charakteristischer natürlicher Großlandschaften, die überwiegend die Voraussetzung von Naturschutzgebieten erfüllen. Sie sollen sich in einem vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand befinden und insbesondere der Erhaltung eines möglichst artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestandes dienen. In 2007 existierten in der Bundesrepublik Deutschland 14 Nationalparke mit einer Fläche von insgesamt 962 000 Hektar. Ohne Berücksichtigung der marinen Bereiche bedeckten sie 0,54 % des Bundesgebietes. Nationalparke können wegen ihrer Größe in den »Kernzonen« den Schutzgebietsstatus von Naturschutzgebieten übertreffen, aber in Teilbereichen durch starken Tourismus und andere menschliche Nutzungen entwertet werden. Die meisten der bestehenden Nationalparke befinden sich noch im Zustand eines »Entwicklungs-Nationalparke« und

erfüllen erst in Teilen die Kriterien für eine großflächige, ungestörte Naturentwicklung.

Biosphärenreservate sind Gebiete, die im Rahmen des UNESCO-Umweltprogramms »Der Mensch und die Biosphäre« geschaffen wurden. Das weltweite Netzwerk soll alle wichtigen Haupt-ökosystemtypen der Erde erfassen. In Biosphärenreservaten sollen die Natur geschützt, Ökosystemforschung betrieben sowie naturferne in naturnahe und natürliche Lebensgemeinschaften und Lebensräume überführt werden. Die traditionelle und langfristig tragfähige Wirtschaftsweise der einheimischen Bevölkerung wird ausdrücklich in das Konzept einbezogen. Die Gebiete eignen sich daher besonders, um nachhaltige Landnutzungskonzepte anzuwenden. Biosphärenreservate sind in Schutzzonen untergliedert. Diese sind durch die im Bundesnaturschutzgesetz festgelegten Schutzgebietskategorien für den Naturschutz unterschiedlich stark geschützt. 2006 gab es in Deutschland 14 Biosphärenreservate mit einer Fläche von insgesamt fast 1,7 Mill. Hektar; abzüglich der Wasser- und Wattflächen entspricht das 2,8 % der terrestrischen Landesfläche. Der Zustand jedes Biosphärenreservates soll alle zehn Jahre von der UNESCO (MAB-Nationalkomitee) überprüft werden.

Mit einer Gesamtfläche von mehr als 8,5 Mill. Hektar bedeckten die 94 Naturparks im Jahr 2006 23,9 % der Gesamtfläche Deutschlands. Naturparks sind großräumige Landschaftsausschnitte, die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen sind. Sie sind daher weniger als Schutzkategorie, sondern eher als Planungskategorie im raumordnerischen Sinne zur Sicherung und Entwicklung einer landschaftsbezogenen Erholung anzusehen. Innerhalb der Naturparke liegt der Flächenanteil der Schutzgebiete bei rund 53 %, die Naturschutzgebiete umfassen dabei 4,2 %.

Tab. 5: Schutzgebiete in Deutschland

Typ	Anzahl	Fläche km ²	Anteil an der Staatsfläche in %	Bemerkung
Nationalparks ¹	14	9622	0,54	Ohne Wasserflächen der Nord- u. Ostsee
Biosphärenreservate ²	14	16719	2,8	Nur terrestrische Fläche (Landfläche)
Naturschutzgebiete ³	.	11854	3,3	Ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee
Naturparks ²	94	85000	23,9	
Landschaftsschutzgebiete ³	7383	107000	29,9	

Quelle: Bundesamt für Naturschutz. Eine Addition der Flächen der unterschiedlichen Schutzgebiete ist nicht möglich, da sie sich in erheblichem Umfang überschneiden.

1 Stand April 2007.

2 Stand 2006.

3 Stand Dezember 2005.

Landschaftsschutzgebiete sind eine im Vergleich zu Naturschutzgebieten schwächere Schutzkategorie. Ihr Ziel ist der Schutz und der Erhalt von Natur und Landschaft zur Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wegen der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen ihrer Erholungsbedeutung. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik gab es 2005 insgesamt 7383 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von 10,7 Mill. Hektar (29,9 % des Bundesgebietes). Beim Landschaftsschutz bestehen häufig Defizite, da viele Nutzerinteressen (wie Land- und Forstwirtschaft, Siedlungs- und Verkehrsfläche) mit dem Schutzzwecken konkurrieren.

Als weitere Schutzgebietstypen sind Naturwaldreservate (ausgewiesen nach Landeswaldgesetzen) und Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung für Wat- und Wasservogel zu nennen. International bedeutsame Lebensräume für Wat- und Wasservogel können das Prädikat »Europareservat« vom Internationalen Rat für Vogelschutz verliehen bekommen. Hier müssen Kernbereiche als Naturschutzgebiete gesichert sein, die Jagd teilweise verboten und andere Beunruhigungen, beispielsweise durch Wassersport und Sportfischerei, ausgeschlossen sein.

Viele Schutzgebiete sind zu klein und isoliert und sind dem Nutzungsdruck von außen (»Randeffekte«) ausgesetzt; die Wechselbeziehungen zwischen ihren Bewohnern sind erschwert. Um diesen Austausch zu ermöglichen, sieht das Bundesnaturschutzgesetz seit 2002 die Einrichtung eines Biotopverbundsystems vor, das bundesweit im Minimum 10 % der Landesfläche umfassen soll. Hier sollen unter anderem bestehende Schutzgebiete wie Nationalparke, besonders geschützte Biotoptypen, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate eingehen. → Tab. 5

12.2.5 Wassernutzung

Wasser ist lebensnotwendig für die Existenz von Mensch und Tier und spielt auch eine bedeutende Rolle im Wirtschaftskreislauf. Durch die Entnahme von Wasser aus der Natur kann der natürliche Wasserkreislauf gestört und durch die Abgabe von Wasser an die Natur in Form von Abwasser können Ökosysteme belastet werden.

Im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) stellen die Wasserflussrechnungen die Bilanzierung der Wasserflüsse – von der Entnahme von Wasser aus der Natur, über die Inanspruchnahme im Wirtschaftskreislauf und

Tab. 6: Wasserfluss zwischen Natur und Wirtschaft und innerhalb der Wirtschaft 2004

		Wasser- verteilung	Abwasser- beseitigung	Sonstige Wirtschafts- bereiche	Private Haushalte	Insgesamt
2004 in Mill. m³						
	Aus der Natur entnommen	5 660	4 221	30 629	28	40 537
	Fremd-/Regenwasser	-	4 221	-	-	4 221
	Grund-/Oberflächenwasser, etc.	5 660	-	30 629	28	36 316
+	Fremdbezug	-5 019	7	1 821	3 182	-9
=	Wassereinsatz	641	4 228	32 450	3 209	40 528
+/-	Wassereinsatz in abzgl. Wasser- ausbau aus anderen Materialien	-	-	296	-156	140
=	Abgabe von Wasser an die Natur	641	4 228	32 154	3 365	40 388
Veränderung 2004 gegenüber 1995 in %						
	Aus der Natur entnommen	-3,9	-15,7	-19,2	-41,2	-17,0
	Fremd-/Regenwasser		15,7	-	-	-15,7
	Grund-/Oberflächenwasser, etc.	-3,9	-	-19,2	-41,2	-17,1
+	Fremdbezug	-0,7	-30,1	2,7	-2,6	17,4
=	Wassereinsatz	-23,3	-15,7	-18,2	-3,1	-17,0
+/-	Wassereinsatz in abzgl. Wasser- ausbau aus anderen Materialien	-	-	-9,9	5,3	-22,4
=	Abgabe von Wasser an die Natur	-23,3	-15,7	-18,2	-2,8	-17,0

bei den privaten Haushalten, bis zur Abgabe von Wasser an die Natur – für alle Wirtschaftsbereiche dar. Um die gesamte Wasserentnahme der Wirtschaft und der privaten Haushalte nach dem Konzept der UGR zu berechnen, werden die Daten der Wasserstatistik um Zuschätzungen für einzelne Wirtschaftsbereiche oder -gruppen, wie Landwirtschaft und Dienstleistungen, ergänzt. Zur Entnahme von Wasser aus der Natur gehört auch das Fremd- und Regenwasser.

Das jährliche Wasserangebot wird in Deutschland im langjährigen Durchschnitt auf 188 Mrd. m³ geschätzt, davon wurden 2004 40,5 Mrd. m³ Wasser für den Einsatz in den Wirtschaftsbereichen und für den Konsum der privaten Haushalte aus der Natur entnommen. Davon waren 36,3 Mrd. m³ Grund-, Oberflächen- und Quellwasser sowie Uferfiltrat und 4,2 Mrd. m³ Fremd- und Regenwasser. 40,4 Mrd. m³ Wasser wurden in Form von Abwasser oder Verdunstung an die Natur abgegeben. → **Tab. 6**

Die Entnahme von Wasser aus der Natur ist 2004 gegenüber 1995 um 17 % zu-

rückgegangen. Die Gründe für den sparsameren Umgang mit Wasser sind vielfältig. Die Wirtschaftsbereiche haben die Mehrfach- und Kreislaufnutzung von Wasser bei der Produktion erhöht (siehe auch weiter unten), Wasser durch andere Materialien substituiert und moderne wassersparende Technik eingesetzt. Auch in den privaten Haushalten werden vermehrt Haushaltsgeräte verwendet, die weniger Wasser benötigen.

Von dem gesamten Wassereinsatz in Höhe von 40,5 Mrd. m³ Wasser entfielen 92 % im Jahre 2004 auf die Produktion und 8 % auf die privaten Haushalte. Weit mehr als die Hälfte des Wassereinsatzes im Inland entfiel auf den Wirtschaftsbereich »Energieversorgung« (57 %), wo es fast ausschließlich zur Kühlung verwendet wurde. Nennenswerte Anteile am Gesamtwassereinsatz hatten auch die Wirtschaftsbereiche »Chemische Industrie« (9 %), »Kohlenbergbau« (4 %), »Metallerzeugung und -bearbeitung« (2 %), »Papiergewerbe« (1 %) und die »Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei« (1 %). Beim Wassereinsatz des Bereichs »Gewinnung von Kohle und Torf« handelt es sich fast aus-

schließlich um ungenutzt abgeleitetes Grundwasser, bei dem Wirtschaftsbereich »Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei« dominiert das Bewässerungswasser.

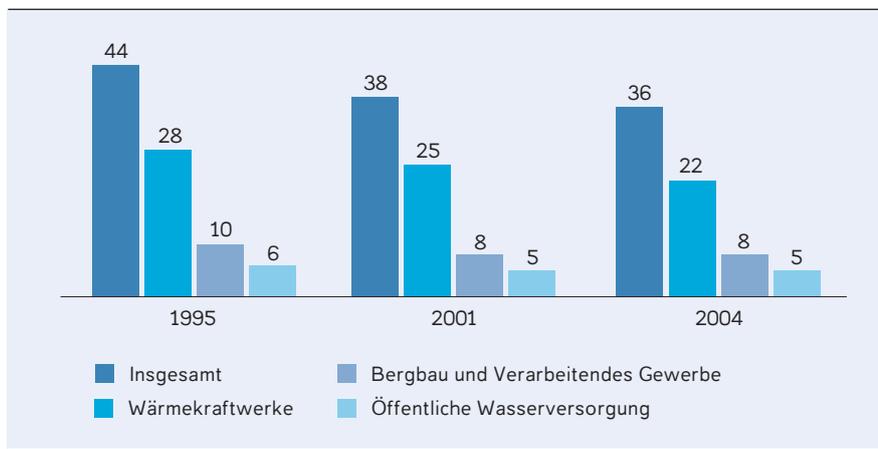
Als Basis für die Bilanzierung der Wasserflüsse dienen die Erhebungen der Wasserwirtschaft nach dem Umweltstatistikgesetz. Im Folgenden werden Ergebnisse für den öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich dargestellt. Dabei steht nicht der Gesamtrechnungsansatz im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern die Daten werden nach den Nutzungsbereichen der Wasserstatistik betrachtet.

Im Jahr 2004 wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund 36 Mrd. m³ Wasser gewonnen, davon allein 83 % aus Oberflächengewässern einschließlich Uferfiltrat. Weitere 17 % stammten aus den Grund- und Quellwasservorkommen. Dieses ist aufgrund seiner Qualität von vorrangiger Bedeutung für die öffentliche Trinkwasserversorgung. Dementsprechend ist es mit einem Anteil von 74 % die überwiegend genutzte Ressource für die Wassergewinnung der öffentlichen Wasserversorgung. → **Tab. 7**

Tab. 7: Struktur der Wassergewinnung 2004

Wirtschaftszweig	Wassergewinnung insgesamt	Grund- und Quellwasser	Oberflächenwasser	Uferfiltrat
	Mill. m ³			
Öffentliche Wasserversorgung	5 372	3 953	1 134	284
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	7 715	2 043	5 203	469
Wasserversorgung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	22 470	37	22 407	27
Insgesamt	35 557	6 033	28 744	780

Abb. 8: Entwicklung der Wassergewinnung 1995 bis 2004, in Mrd. m³



Den größten Teil des insgesamt in Deutschland geförderten Wassers benötigen jedoch die Wärmekraftwerke für die öffentliche Elektrizitätsversorgung.

Die im Jahr 2004 der Natur entnommene Wassermenge fiel um fast 2 Mrd. m³ geringer aus als die im Jahr 2001 ent-

nommenen 38 Mrd. m³. Dieser Rückgang um 6,5 % entspricht dem langjährigen Trend eines rückläufigen Frischwassereinsatzes. → [Abb. 8](#)

Der gesunkene Frischwasserbedarf ist unter anderem auf eine sparsamere Nutzung des Wassers bei Produktionsprozessen

durch den Einsatz neuer Technologien zurückzuführen. So stieg zwischen 2001 und 2004 die Menge des im Kreislauf genutzten Wassers im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung um 16,2 %. Die einmalige Nutzung von Wasser in diesen Betrieben ging im selben Zeitraum dagegen um 8,1 % zurück.

Das entnommene Wasser wird überwiegend wieder als Abwasser in die Natur zurückgeleitet. Weiterhin gelangen über die öffentlichen Kanalisations- und Abwasserbehandlungssysteme 5 Mrd. m³ Fremd- und Niederschlagswasser in die Oberflächengewässer. Am insgesamt in Gewässer eingeleiteten Abwasser machte der Kühlwasseranteil 2004 rund 70 % aus. Dieses Abwasser bleibt in der Regel unbehandelt. Es fließt – zwar in der Regel nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund. Weitere 30 % des Abwassers stammen aus dem häuslichen und industriellen Sektor und wurden während der Nutzung unterschiedlich stark verunreinigt. Diese Abwässer beeinflussen je nach Belastung die Wasserqualität der Flüsse und Seen. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern indirekt auch das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

Mit ca. 10 Mrd. m³ wird rund ein Viertel der Abwassermenge in öffentlichen und industriellen Kläranlagen behandelt. Wäh-

Tab. 8: Abwasserbeseitigung 2004

Wirtschaftszweig	Direkt eingeleitetes Abwasser insgesamt ¹	Behandeltes Abwasser	Darunter biologisch	Unbehandeltes Abwasser	Darunter Kühlwasser
	in Mill. m ³				
Öffentliche Abwasserbeseitigung	9 449 ²	9 410	9 404	39	x
Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	5 853	866	653	4 987	4 087
Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	21 905	41	1	21 864	21 859
Insgesamt	37 208	10 317	10 058	26 891	25 946

¹ In ein Gewässer oder in den Untergrund.

² Einschl. Niederschlags- und Fremdwasser.

rend im industriellen Bereich neben der biologischen Reinigung auch mechanische, chemische oder chemisch-physikalische Verfahren eine Rolle spielen, gibt es bei der Öffentlichen Abwasserbeseitigung heute fast nur noch biologische Verfahren mit Zusatzstufen. Nahezu 100 % des in öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen anfallenden Abwassers wurde biologisch gereinigt. Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 2004 größtenteils durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Rund 95 % der Bevölkerung sind an ein mittlerweile ca. 515 000 km langes Kanalnetz – das entspricht knapp dem 13-fachen Erdumfang – angeschlossen. Etwa 5 % der Bevölkerung sind an dezentrale Kleinkläranlagen oder abflusslose Gruben angeschlossen. → Tab. 8

12.2.6 Abfallaufkommen und -verwertung

Abfallaufkommen

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz fordert in erster Linie die Vermeidung von Abfällen. In zweiter Linie ist die stoffliche oder energetische Verwertung der Beseitigung von Abfällen immer vorzuziehen.

Um die Effizienz dieser umweltpolitischen Strategie messen zu können, wird, basierend auf den durchgeführten Abfallstatistiken, ein Gesamtaufkommen aller entsorgten Abfälle in Deutschland in Form einer Abfallbilanz berechnet. Demnach stellen die Abfallgruppen Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle, Bergematerial aus dem Bergbau sowie Abfälle aus Produktion und Gewerbe die grundlegenden Eckpfeiler des Gesamtaufkommens dar.

Bei der Addition der einzelnen Erhebungsbereiche ergeben sich auf Grund der mehrstufigen Abfallbehandlung zwangsläufig auch Mehrfachzählungen bei den Abfallmengen. Bei den im Folgenden dargestellten Ergebnissen sind diese Mehrfachzählungen herausgerechnet worden

(Nettomethode). Dadurch wird dem Gedanken Rechnung getragen, dass die entstandene Menge an Abfall nicht künstlich erhöht wird.

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 331,9 Mill. Tonnen Abfälle an Entsorgungsanlagen angeliefert. Bau- und Abbruchabfälle mit 56 % machten über die Hälfte des Abfallaufkommens in Deutschland aus. Betrachtet man jedoch die absoluten Zahlen, ist in den letzten Jahren ein Rückgang dieser Abfälle zu verzeichnen. Wurden im Jahr 2003 noch 223,4 Mill. Tonnen Bau- und Abbruchabfälle an Entsorgungsanlagen angeliefert, waren es im Folgejahr nur rund 187,5 Mill. Tonnen. Im Jahr 2005 sank die Menge weiter auf 184,9 Mill. Tonnen. Der rückläufige Trend bei der entsorgten Abfallmenge hängt neben dem Wegfall der Erhebung über die Verwendung von Bauabfällen bei öffentlichen Baumaßnahmen hauptsächlich mit der schleppenden Baukonjunktur und dem damit verbundenen Rückgang der Bau- und Abbruchabfälle zusammen.

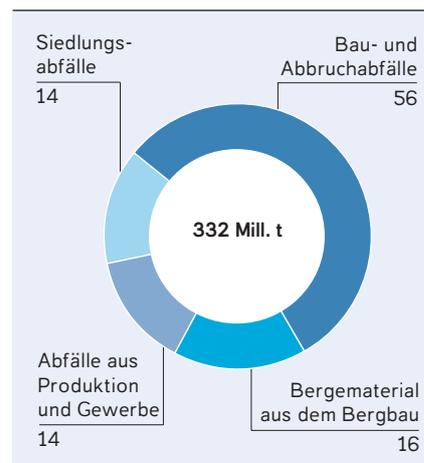
→ Abb. 9

Siedlungsabfälle

Die Siedlungsabfälle, die mit einer Summe von 46,6 Mill. Tonnen im Jahr 2005 immerhin 14 % des Aufkommens ausmachten, beinhalten die Haushaltsabfälle und die sonstigen Siedlungsabfälle. 

Die Haushaltsabfälle betragen 2005 rund 41,4 Mill. Tonnen. An der mengenmäßigen Entwicklung der Haushaltsabfälle können Veränderungen im Verhalten der privaten Endverbraucher festgestellt wer-

Abb. 9: Zusammensetzung des Abfallaufkommens 2005, in %



den. In den Jahren 2002 bis 2005 nahm der Anteil der getrennt gesammelten Wertstoffe an allen Haushaltsabfällen zu. Er stieg von 40 % (18,8 Mill. Tonnen) im Jahr 2002 auf 42 % (17,3 Mill. Tonnen) in 2005. Daraus kann geschlossen werden, dass sich das Bewusstsein der Bevölkerung im Hinblick auf die Wiederverwertbarkeit der Abfälle geschärft hat und der Trend zur verstärkten Abfalltrennung der Haushaltsabfälle geht. Bei der Betrachtung des Aufkommens an Haushaltsabfällen je Einwohner ist in den letzten Jahren ein leichter Rückgang zu erkennen.

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland 498 kg Haushaltsabfälle pro Kopf an Abfallentsorgungsanlagen angeliefert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der über die öffentliche Müllabfuhr eingesammel-

Siedlungsabfälle

Abfälle aus Haushaltungen, wie z. B. Hausmüll, Sperrmüll, Verpackungen, Garten- und Parkabfälle sowie andere Abfälle, die auf Grund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushaltungen ähnlich sind, z. B. hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Marktabfälle, Straßenkehrschutt.

Haushaltsabfälle

sind bestimmte Siedlungsabfälle, die als überwiegend haushaltstypisch definiert werden, zum Beispiel Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden, wie Sperrmüll, Abfälle aus der Biotonne und getrennt gesammelte Fraktionen, wie z. B. Glas, Papier und Verpackungen. 

te Hausmüll von 207 kg pro Einwohner im Jahr 2002 auf 169 kg pro Einwohner im Jahr 2005 zurückgegangen. Die entsorgte Menge an Abfällen aus der Biotonne ist seit 2002 relativ konstant mit durchschnittlich 44 kg pro Einwohner und Jahr. → **Tab.9**

Die sonstigen Siedlungsabfälle mit 5,1 Mill. Tonnen im Jahr 2005 sind zum größten Teil hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die nicht über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden, kleine Mengen an nicht biologisch abbaubaren Garten- und Parkabfällen sowie Straßenreinigung- und Marktabfälle. Die eingesammelten Verpackungen sind ein Teil des oben genannten, an Entsorgungsanlagen gelieferten Abfallaufkommens. Es wird unterschieden zwischen den bei privaten Endverbrauchern eingesammelten

Tab. 9: Entwicklung des Haushaltsabfallaufkommens

	2002	2003	2004	2005
	kg je Einwohner			
Nicht gefährliche Haushaltsabfälle insgesamt	562	529	520	498
davon				
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle ¹	207	192	189	169
Sperrmüll	36	32	31	26
Abfälle aus der Biotonne	42	42	44	46
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	50	47	51	48
Andere getrennt gesammelte Fraktionen zusammen	227	217	205	210
Einwohner zum Jahresende (in 1 000)	82 537	82 532	82 501	82 438

¹ Über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt.

Verkaufsverpackungen, die gleichzeitig zu den genannten, getrennt eingesammelten Fraktionen der Haushaltsabfälle zählen,

und den Transport- und Umverpackungen, die den Abfällen aus Produktion und Gewerbe zugeschlagen werden.

Die Beeinträchtigung der Umwelt und der Verbrauch an natürlichen Ressourcen durch die Wirtschaft und die Lebensweise der Menschen findet in der öffentlichen Diskussion immer stärker Beachtung und hat in den letzten drei Jahrzehnten zu einem erhöhten Problembewusstsein in Deutschland geführt. Inzwischen besteht weitgehend Konsens darüber, dass Lebensqualität und Lebensgrundlagen nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der zukünftigen Generationen gefährdet sind, wenn Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch nicht erheblich vermindert werden. Der Druck auf politische Entscheidungsträger und Wirtschaftsunternehmen, die verschiedenen Umweltprobleme durch entsprechende Maßnahmen anzugehen, hat in dieser Zeit zugenommen. So wurden insbesondere in den 1990er Jahren zahlreiche Verordnungen zum Schutz der Umwelt erlassen, und durch technische Fortschritte konnten umweltfreundlichere Produkte und Produktionsverfahren erzielt werden. Diese Maßnahmen haben in mehreren Bereichen zu deutlichen Verbesserungen der Umweltqualität geführt, so zum Beispiel zu einem Rückgang der Emissionen von Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxid und Staub, zu einer Verbesserung der Wasserqualität und zu einer Verminderung des Energieverbrauchs.

Es stellt sich die Frage, wie sich vor dem Hintergrund dieser Erfolge beim Schutz und beim Zustand der Umwelt subjektive Wahrnehmungen und Beurteilungen der Umweltproblematik verändert haben. Diese Frage ist von nicht unerheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung des Zustands der Umwelt, denn jeder einzelne Bürger kann durch entsprechende Lebensstile und Verhaltensweisen zum Schutz der Umwelt beitragen, was jedoch ein entsprechendes Problembewusstsein voraussetzt.

Im Folgenden wird daher zunächst untersucht, wie sich wahrgenommene Umweltbeeinträchtigungen und -gefährdungen im Einzelnen sowie Bewertungen des Zustandes und des Schutzes der Umwelt insgesamt im letzten Jahrzehnt in West- und Ostdeutschland entwickelt haben und welche Umweltprobleme in Deutschland im Vergleich zu den übrigen EU-Mitgliedsländern besonders stark wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden Veränderungen in umweltrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen analysiert. Die zentrale Fragestellung besteht darin, wie das gegenwärtige Problembewusstsein für Umweltbelange und die Bereitschaft der Bürger, persönlich dafür einzutreten, einzuschätzen sind.

12.3.1 Wahrnehmung und Bewertung von Umwelt(problem)en

Für eine Reihe konkreter Umweltprobleme kann untersucht werden, inwieweit sich die Bürger davon persönlich beeinträchtigt fühlen bzw. inwieweit sie die Umwelt überhaupt gefährdet sehen. In Deutschland ist die subjektive Beeinträchtigung durch Lärm, Luftverschmutzung und Mangel an Grünflächen in den letzten Jahren geringer geworden. In Ostdeutschland ist der Anteil der Personen, die eine starke bis sehr starke Beeinträchtigung durch Luftverschmutzung am Wohnort wahrnehmen, zwischen 1994 und 2004 deutlich von 18 auf 4 % gesunken und liegt damit auf einem genau-

Tab. 1: Beeinträchtigungen durch Umweltprobleme am Wohnort in West- und Ostdeutschland

Jahr	Anteil mit »sehr starker« und »starker« Beeinträchtigung am Wohnort durch...					
	Lärmbelästigung		Luftverschmutzung		Mangel an Grünflächen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
1994	10	17	9	18	3	10
1999	7	11	6	8	2	3
2004	6	7	4	4	2	3
2004 – Ortsgröße						
Bis 2 000 Einwohner	4	6	2	3	1	3
2 000 bis 20 000 Einwohner	5	7	3	5	2	4
20 000 bis 100 000 Einwohner	7	9	4	3	2	4
100 000 bis 500 000 Einwohner	9	9	6	3	3	4
500 000 und mehr Einwohner	8	10	5	7	2	4
2004 – Altersgruppen						
18–34 Jahre	7	7	4	4	3	4
35–44 Jahre	6	8	4	4	2	3
45–59 Jahre	6	7	4	3	2	4
60 Jahre und älter	6	7	3	4	2	3

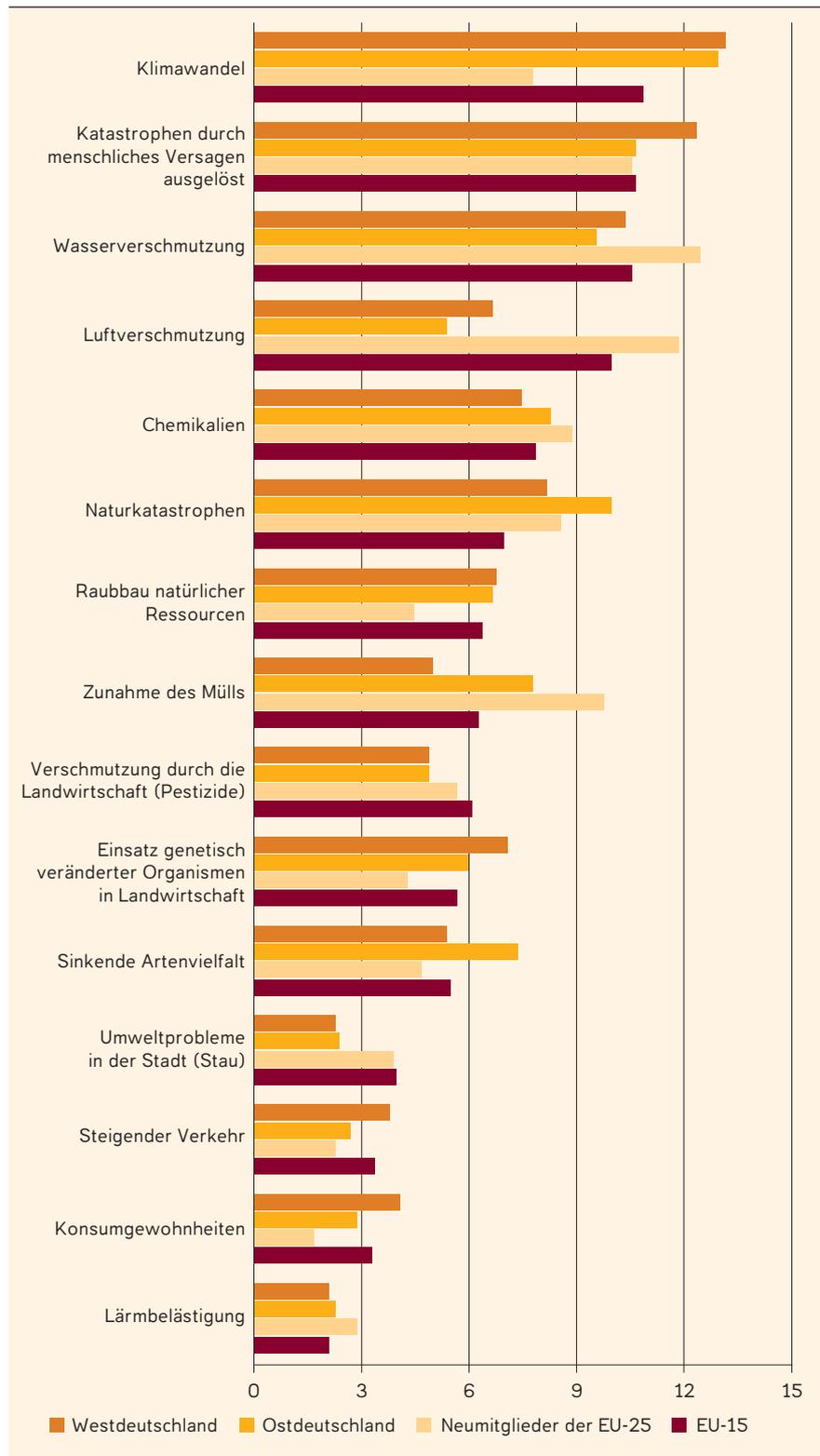
Datenbasis: SOEP 1994, 1999, 2004.

so niedrigen Niveau wie in Westdeutschland. Auch im Hinblick auf Lärm und Grünflächen hat sich die Situation in Ostdeutschland in der Wahrnehmung der Bürger erheblich verbessert, so dass kaum noch Unterschiede zu Westdeutschland bestehen. Nach wie vor sind für beide Regionen in den Großstädten größere Beeinträchtigungen festzustellen als in den kleineren Gemeinden. Jüngere fühlen sich etwas stärker durch die genannten Umweltprobleme an ihrem Wohnort beeinträchtigt als Ältere. → Tab. 1

Betrachtet man, welche Umweltprobleme in den EU-Mitgliedsländern besonders stark wahrgenommen werden, so zeigt sich, dass sich die EU-Bürger im Durchschnitt vor allem um die »klassischen« Umweltprobleme wie Wasser- und Luftverschmutzung sorgen sowie um nicht näher spezifizierte Umweltbelastungen, die durch menschliches Fehlverhalten auftreten. Dagegen sind die Sorgen um Lärmbelastigung, um Konsumgewohnheiten der Menschen und um steigenden Verkehr im EU-Durchschnitt am geringsten. Beim Vergleich der wahrgenommenen Umweltprobleme zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern fällt auf, dass die Bürger in den alten Mitgliedsländern für globale Umweltthemen wie den Klimawandel stärker sensibilisiert sind. Im Durchschnitt der früheren EU-15 Länder wird der Klimawandel gegenwärtig sogar als das wichtigste Umweltproblem genannt. Für die Gefährdung der Umwelt durch die Veränderung des Klimas sind die Bürger in den neuen Mitgliedsländern hingegen deutlich weniger sensibilisiert.

Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen in der Wahrnehmung von Umweltproblemen kleine Unterschiede. In den neuen Bundesländern werden sinkende Artenvielfalt, Naturkatastrophen und Zunahme des Mülls stärker wahrgenommen, wohingegen die Menschen in den alten Bundesländern etwas stärker sensibilisiert sind für Katastrophen durch menschliches Versagen, Luft- und Wasserverschmutzung, steigender Verkehr

Abb. 1: Umweltprobleme unserer Zeit aus Sicht der EU-Bürger



»Bitte nennen Sie anhand dieser Liste die fünf Umweltaspekte, über die Sie sich die meisten Sorgen machen.« Dargestellt ist jeweils der Prozentanteil an allen Nennungen.

Datenbasis: Eurobarometer 62.1 (2004).

sowie für Umweltbelastungen, die auf den Einsatz veränderter Organismen in der Landwirtschaft zurückgehen. → Abb. 1

12.3.2 Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Schutz der Umwelt

Die bisherige Darstellung hat gezeigt, dass verschiedene Umweltprobleme von der Bevölkerung zum Teil sehr differenziert beurteilt werden. Wie fällt jedoch eine zusammenfassende Bewertung der Umweltproblematik aus? Hierzu werden zwei Indikatoren im Zeitverlauf betrachtet: die Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt (in der Region) und die Sorgen um den Schutz der Umwelt. Es kann zum einen davon ausgegangen werden, dass beide Bewertungen durch die objektiv vorhandenen Umweltbelastungen beeinflusst werden und die Besorgnis um den Schutz der Umwelt darüber hinaus auch von den wahrgenommenen Umweltschutzmaßnahmen. Zum anderen sind derartige Bewertungen – vermutlich in noch stärkerem Maße als die Beurteilung einzelner, konkreter Umweltprobleme – aber auch davon abhängig, welchen Stellenwert die Bevölkerung der Umwelt beimisst und wie hoch das Umweltproblembewusstsein ist.

Die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand hat sich in Ostdeutschland zwischen 1990 und 2003 von einem sehr niedrigen Skalenwert von 3,1 auf einen Wert von 6,3 deutlich verbessert. Trotz des starken Anstiegs sind die Ostdeutschen mit dem Umweltzustand weiterhin etwas unzufriedener als die Westdeutschen. In Westdeutschland hat die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand im gleichen Zeitraum leicht um 0,6 Punkte von 6,3 auf 6,9 zugenommen. → Abb. 2a, 2b

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland war der Anstieg der Zufriedenheit bis 2003 von einem Rückgang der Sorgen um den Schutz der Umwelt in der Bevölkerung begleitet. Sorgen sich 1992 56 %

Abb. 2a: Sorgen um die Umwelt in West- und Ostdeutschland, in %



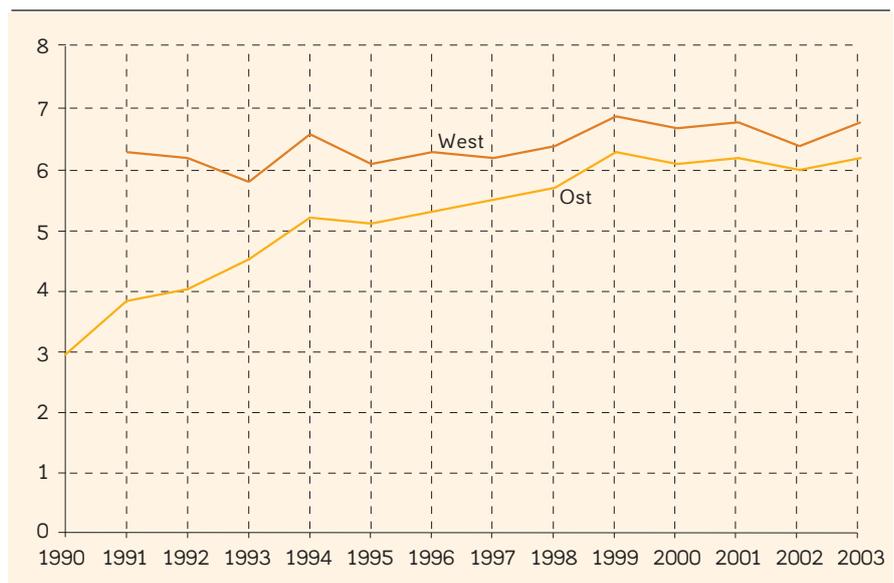
Sorgen um den Umweltschutz: ausgewiesen »große Sorgen« in %.
Datenbasis: SOEP 1990–2006.

der Ost- bzw. 57 % der Westdeutschen um den Umweltschutz, waren es 1999 nur noch 22 % in den neuen und 23 % in den alten Bundesländern – das waren die niedrigsten Werte im Untersuchungszeitraum. Nach einem leichten Anstieg in den darauf folgenden Jahren sorgten sich im Jahr 2006 mit 26 % in Ostdeutschland und 27 % in Westdeutschland immer noch deutlich geringere Bevölkerungsanteile um den Schutz der Umwelt als Anfang der 1990er Jahre. Die Besorgnis um den

Umweltschutz verminderte sich jedoch nicht kontinuierlich, sondern war von Schwankungen unterbrochen. Auffallend ist jedoch, dass die Entwicklungen im Osten und Westen mit wenigen Ausnahmen parallel verliefen.

Ein erster starker Rückgang der Sorgen um den Umweltschutz kann zwischen 1992 und 1994 beobachtet werden. In dieser Zeit sanken die Anteile in der westdeutschen Bevölkerung mit großen

Abb. 2b: Umweltzufriedenheit in West- und Ostdeutschland, Mittelwerte



1 Mittelwerte der Skala von 0 = »ganz und gar unzufrieden«, bis 10 = »ganz und gar zufrieden«.
Datenbasis: SOEP 1990–2003.

Tab. 2: Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt und Sorgen um den Umweltschutz in West- und Ostdeutschland in Abhängigkeit von Merkmalen der Wohngegend

	Zufriedenheit mit dem Umweltzustand ¹						Sorgen um den Umweltschutz ²	
			Eher zufrieden		Eher unzufrieden		Große Sorgen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Mittelwert ³		in %					
Insgesamt	6,9	6,3	78	69	9	14	23	23
Beeinträchtigung durch Lärm								
Sehr stark/stark	6,1	5,8	63	58	19	24	30	29
Gering/gar nicht	7,0	6,5	81	73	8	12	21	22
Luftverschmutzung								
Sehr stark/stark	5,6	5,0	53	42	27	36	36	39
Gering/gar nicht	7,0	6,5	82	73	7	11	21	21
Mangel an Grünflächen								
Sehr stark/stark	6,0	5,4	63	51	20	33	37	36
Gering/gar nicht	7,0	6,4	80	72	8	12	22	22
Ortsgröße								
Bis 2000 Einwohner	7,0	6,4	77	72	8	13	23	21
2 000 bis 20 000 Einwohner	7,0	6,3	80	67	8	14	20	23
20 000 bis 100 000 Einwohner	6,9	6,1	79	66	8	17	21	22
100 000 bis 500 000 Einwohner	6,7	6,4	76	72	11	12	23	26
500 000 und mehr Einwohner	6,7	6,1	75	65	11	20	25	35

1 2003.

2 2004.

3 Mittelwert der Skala von 0 = »ganz und gar unzufrieden«, bis 10 = »ganz und gar zufrieden«.

Datenbasis: SOEP 2003, 2004.

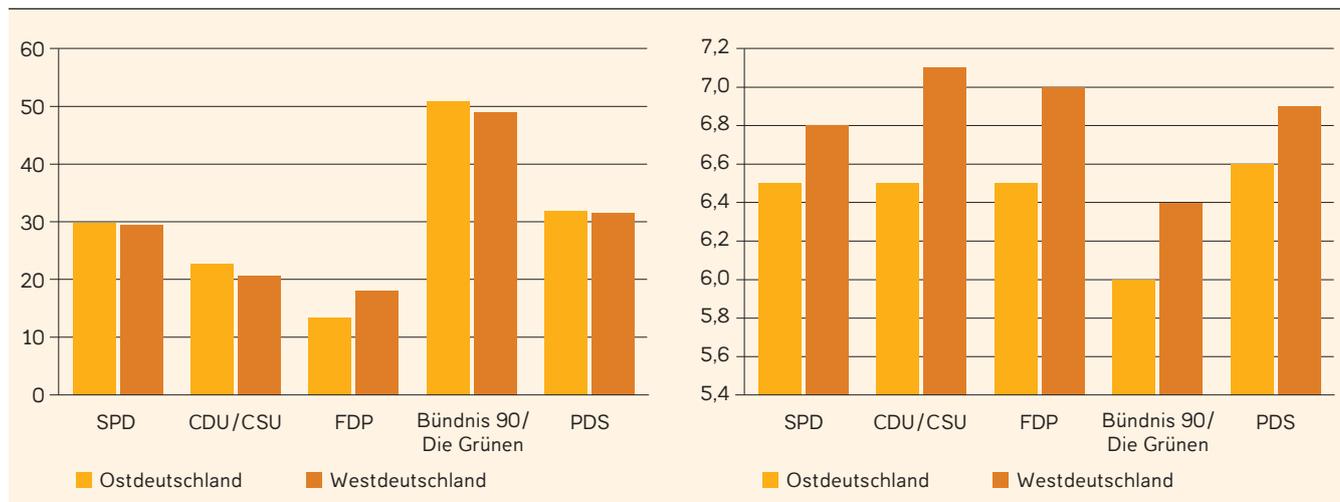
Sorgen um den Umweltschutz von 56 auf 38 % und in den neuen Bundesländern von 57 auf 37 %. Möglicherweise haben Sorgen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung die Umweltproblematik in den Hintergrund gedrängt. Auch in der Folgezeit dürften Änderungen in der Besorgnis um die Umwelt nicht allein das Ergebnis einer objektiven Verminderung von Umweltbelastungen und einer Steigerung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sein, sondern mit Bedeutungsverchiebungen zwischen verschiedenen Aspekten der Lebensverhältnisse zusammenhängen: Insbesondere sind Besorgnisse um die eigene wirtschaftliche Situation stärker in den Vordergrund gerückt, während die Besorgnis um die Umwelt in den Hintergrund getreten ist.

Die Abhängigkeit der Bewertungen des Umweltzustandes und des Umweltschutzes von der objektiven Umweltsituation lässt sich mit den vorhandenen Daten nicht direkt aufzeigen, aber es können zumindest einige weitere Befunde angeführt werden, die einen solchen Zusammenhang nahe legen. So ist festzustellen, dass die Unzufriedenheit mit dem Umweltzustand und das Ausmaß an Besorgnis um den Umweltschutz bei Personen, die starke Beeinträchtigungen durch Lärm, Luftverschmutzung und Mangel an Grünflächen in der Wohngegend angeben, höher ist als bei Personen mit nur geringen Beeinträchtigungen. Zudem variieren die Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und die Besorgnis um den Umweltschutz mit der Größe des Wohnorts. Insbe-

sondere in großen Städten, die eine vergleichsweise hohe Umweltbelastung aufweisen, ist die Zufriedenheit erheblich geringer und das Sorgenniveau höher als in kleineren Gemeinden. → Tab. 2

In der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und den Sorgen um den Umweltschutz spiegelt sich nicht nur die Umweltsituation wieder, sondern auch das Problembewusstsein in der Bevölkerung. Dies wird durch eine Betrachtung der Zusammenhänge mit der Parteiidentifikation deutlich. Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen äußern sowohl in West- als auch in Ostdeutschland häufiger große Sorgen um den Schutz der Umwelt und sind mit dem Zustand der Umwelt weniger zufrieden als beispielsweise Sympathisanten

Abb. 3: Sorgen um den Umweltschutz und Zufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt nach Parteipräferenz¹



¹ Linke Abbildung, ausgewiesen »große Sorgen« 2006 in % nach Parteipräferenz. Rechte Abbildung, ausgewiesen Mittelwerte 2003 der Skala von 0 bis 10.
Datenbasis: SOEP 2003, 2006.

Tab. 3: Allgemeines Umweltbewusstsein

	»Egal, was die anderen tun, ich selbst versuche, mich so weit wie möglich umweltbewusst zu verhalten«			
	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1998	2003	1998	2003
	in %			
Insgesamt	85	89	88	92
Geschlecht				
Männer	83	88	86	90
Frauen	88	91	90	94
Alter				
18–30 Jahre	78	81	77	84
31–44 Jahre	84	87	88	91
45–64 Jahre	90	93	94	96
65 Jahre und älter	94	96	96	98
Schulabschluss				
Ohne/Hauptschulabschluss	87	91	93	95
Mittlere Reife/ Fachhochschulreife	85	89	87	92
Abitur	83	89	88	91
Parteipräferenz				
SPD	87	90	94	96
CDU/CSU	88	91	94	92
FDP	76	83	83	83
Bündnis 90/ Die Grünen	92	92	92	95
PDS	64	89	92	96

Datenbasis: SOEP 1998, 2003.

von CDU/CSU. Die Wahlergebnisse und die Parteidentifikation zuungunsten von Bündnis 90/Die Grünen in den letzten Jahren können ein Hinweis dafür sein, dass das Problembewusstsein für Umweltfragen gesunken ist. → **Abb. 3**

12.3.3 Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen

Weitere Hinweise zum Umweltbewusstsein geben Indikatoren, die die Bereitschaft der Bürger erfassen, persönlich zum Schutz der Umwelt beizutragen und den Stellenwert zum Ausdruck bringen, den sie dem Umweltschutz zumessen.

Hier zeigt sich, dass im Jahr 2003 mehr als vier Fünftel der Bevölkerung angeben, sich umweltbewusst zu verhalten, und zwar unabhängig von dem, was die anderen tun. Gegenüber 1998 hat sich der Anteil der Bevölkerung, der auf einer solchen allgemeinen und wenig verbindlichen Ebene Umweltbewusstsein demonstriert, sogar noch etwas erhöht. Der Anteil in den neuen Bundesländern liegt mit 92 % um drei Prozentpunkte höher als in den alten Bundesländern. Dabei ist zwischen 1998 und 2003 in nahezu allen Bevölkerungsgruppen die generelle Bereitschaft gestiegen, die Umwelt zu schüt-

Tab. 4a: Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen

	Anstelle des Autos öffentliche Verkehrsmittel nutzen	Verzicht auf Auto	Umweltverträgliche Produkte kaufen	Mülltrennung	Müll reduzieren
	in %				
Westdeutschland					
Insgesamt	29	10	35	74	40
Geschlecht					
Männer	26	8	35	71	40
Frauen	31	12	33	76	40
Alter					
18-30 Jahre	34	11	27	78	39
31-44 Jahre	24	7	32	75	44
45-64 Jahre	27	8	35	72	40
65 und älter	29	13	42	71	38
Ostdeutschland					
Insgesamt	20	7	26	80	40
Geschlecht					
Männer	21	6	27	76	40
Frauen	23	11	25	83	38
Alter					
18-30 Jahre	26	9	29	79	36
31-44 Jahre	17	6	29	71	39
45-64 Jahre	22	9	26	83	44
65 Jahre und älter	24	10	22	80	36

Datenbasis: Eurobarometer 2004.

Tab. 4b: Umweltrelevante Einstellungen und Verhaltensweisen

	Energiesparen	Bei Neuanschaffungen (Auto etc.) den Umweltaspekt berücksichtigen	Etwas mehr Steuern zahlen	Einfluss der Umwelt auf die Lebensqualität
	in %			
Westdeutschland				
Insgesamt	50	30	2	61
Geschlecht				
Männer	52	31	4	63
Frauen	49	29	1	59
Alter				
18-30 Jahre	55	25	2	61
31-44 Jahre	53	33	3	61
45-64 Jahre	53	33	2	62
65 und älter	42	28	1	59
Ostdeutschland				
Insgesamt	51	28	1	61
Geschlecht				
Männer	52	31	1	59
Frauen	47	24	2	58
Alter				
18-30 Jahre	45	26	1	60
31-44 Jahre	52	32	3	55
45-64 Jahre	51	26	1	60
65 Jahre und älter	49	28	1	60

Datenbasis: Eurobarometer 2004.

zen; sie ist bei Frauen und Älteren am stärksten ausgeprägt. Während in Westdeutschland das Umweltbewusstsein bei Personen mit einer Parteipräferenz für Bündnis 90/Die Grünen stärker ist, geben in Ostdeutschland vermehrt die Anhänger der SPD und PDS an, sich umweltbewusst zu verhalten. → Tab. 3

Maßnahmen wie Mülltrennung und Senkung des Stromverbrauchs werden von der Mehrheit der Bevölkerung zwar akzeptiert, wirft man den Blick aber auf die Bereitschaft größere materielle Opfer und Einschränkungen hinzunehmen, so fällt dass Umweltbewusstsein weniger positiv aus. Bezogen auf verschiedene Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung bereit, größere persönliche und materielle Einschränkungen auf sich zu nehmen, wie zum Beispiel Verzicht auf das Auto oder die Zahlung von geringfügig mehr Steuern. Nur 2 % der Westdeutschen und 1 % der Ostdeutschen wären eher bereit mehr Steuern zu zahlen, um damit die Umwelt

zu schützen. Auch der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel (29 %) oder gar der Verzicht auf das Auto (10 %) werden lediglich von einer Minderheit akzeptiert. Frauen sowie ältere und jüngere Menschen wären persönlich noch am ehesten bereit, anstelle des Autos öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. → Tab. 4a, 4b

12.3.4 Zusammenfassung

Umweltzustand und Umweltschutz werden in Deutschland positiver bewertet als vor einem Jahrzehnt. Vor allem in Ostdeutschland sorgen sich die Menschen zunehmend weniger um die Umwelt und sind mit deren Zustand zufriedener. Die Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt haben sich zwischen Ost- und Westdeutschland damit deutlich angenähert. Die Abnahme der Sorgen um den Umweltschutz bei gleichzeitiger Zunahme in der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand ist in großen Teilen das Ergebnis verminderter Um-

weltbelastungen. Es mehren sich jedoch die Hinweise, dass in der sinkenden Umweltbesorgnis auch ein stagnierendes Umweltbewusstsein zum Ausdruck kommt.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die Befunde früherer Studien, denen zufolge die Bereitschaft, einen persönlichen Beitrag zu leisten, bei den meisten Bürgern dort aufhört, wo Umweltschutz mit finanziellen Belastungen und Einschränkungen des Lebensstandards verbunden ist. Auch wenn 60 % der Befragten durchaus die Bedeutung der Umwelt für die eigene Lebensqualität bewusst ist, sind persönliche Einschränkungen zum Schutz der Umwelt eher die Ausnahme. Man darf gespannt sein, ob das gegenwärtig starke mediale und politische Interesse an Umweltfragen und steigende Kosten für Umweltressourcen das Bewusstsein in der Bevölkerung für Umweltprobleme erhöhen und zu mehr Umweltschutz führen.

13 Freizeit und gesellschaftliche Partizipation

Sebastian Czajka
Udo Kleinegees
Kristina Kott

13.1 Freizeit und Mediennutzung

Zur Untersuchung von Freizeitaktivitäten werden verschiedene statistische Informationsquellen genutzt. Bei der Betrachtung von Freizeitaktivitäten wird außerhalb der Statistik häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Eine strikte Trennung dieser beiden Aspekte ist jedoch kaum möglich, da kulturelle Dienstleistungen (z. B. Theater und Museen) und Kulturgüter (z. B. Bücher und Filme), die im ersten Teil des Beitrags untersucht werden, auch zur Unterhaltung beitragen.

Einen großen Teil ihrer Freizeit verwenden die Menschen mittlerweile zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die im zweiten Abschnitt (13.1.2) beleuchtet werden. Ins-

besondere die Entwicklung des Internets hat das Freizeitverhalten der Menschen in den letzten Jahren beeinflusst. Voraussetzung für die Internetnutzung im privaten Bereich ist die Ausstattung der Haushalte mit Computer und Internetzugang. Wie häufig werden Computer und Internet im privaten Bereich genutzt und wozu? Welche geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt es? Inwieweit hängt die Nutzung vom Bildungsstand und vom Alter ab?

Unter 13.1.3 werden die privaten Ausgaben für Freizeitaktivitäten in den Blick genommen, die aus der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen hervorgehen. Wie hoch sind die Ausgaben für Freizeitaktivitäten? Wofür wird das Geld ausgegeben? Welche Unterschiede gibt es

zwischen einzelnen Haushaltstypen? Welche Rolle spielt die Höhe des Haushaltseinkommens? 

13.1.1 Freizeit, Kultur und Sport

Theater

In der Spielzeit 2005/2006 gab es in 122 Gemeinden in Deutschland 143 Theaterunternehmen mit 793 Spielstätten und 278 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von rund elf Plätzen je 1000 Einwohner. Die insgesamt rund 63 000 Aufführungen an öffentlichen Theatern verzeichneten in der Spielzeit 2005/2006 rund 19 Mill. Besucherinnen und Besucher, also durchschnittlich rund 297 je Veranstaltung. Mit rund 5,9 Mill. Zuschauerinnen und Zuschauern lagen Opern und Ballette bei den Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,4 Mill., Operetten und Musicals mit 2,0 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 2,4 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich rund 1,5 Mill. Besucherinnen und Besucher. Zum Vergleich: Die rund 43 000 Veranstaltungen der 185 Privattheater (Spielstätten) hatten 2004/2005 rund 10 Mill. Besucherinnen und Besucher.

Rund zehn Jahre zuvor – in der Spielzeit 1994/ 1995 – gab es mehr Theaterunternehmen bzw. Spielstätten (156 öffentliche Theaterunternehmen und 624 Spielstätten) und weniger Veranstaltungen (60 350).

Wie viele arbeitsfreie Tage stehen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zur Verfügung?



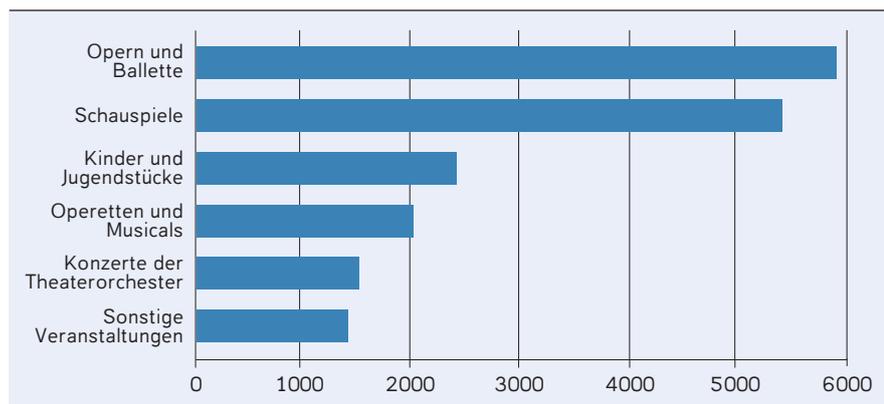
Nach dem Bundesarbeitsgesetz steht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland ein gesetzlicher Mindesturlaub von 24 Werktagen (vier Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch meist längere Zeiten vereinbart. 1996 hatten 46 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sechs oder mehr Wochen Urlaub, 2006 waren es bereits 56 %. In den neuen Ländern ist die durchschnittliche Urlaubsdauer von 26 Arbeitstagen (1991) auf 29 Arbeitstage (seit 1996) gestiegen.

Tariflich erfasste Arbeitnehmer/-innen nach Urlaubsdauer

Wochen	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
	1996	2006	1996	2006
	in %			
4 bis unter 5	1	3	1	5
5 bis unter 6	20	20	43	36
6 oder mehr	79	77	46	60

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Abb. 1: Verteilung der Theaterbesuche an öffentlichen Theatern 2005/2006, in 1 000



Quelle: Deutscher Bühnenverein.

Die Veranstaltungen wurden damals durchschnittlich von mehr Menschen besucht. Insgesamt wurden 1994/1995 20,6 Mill. Besucher und Besucherinnen gezählt, also durchschnittlich 342 je Veranstaltung.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen – im Wesentlichen aus dem Kartenverkauf – finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/1970 noch 26 % aus (das entsprach einem Zuschuss von 82 Euro je Besucher), betrug das Einspielergebnis 2005/2006 in Deutschland nur noch 17 %, das heißt der Zuschuss lag bei 103 Euro je Besucher. → **Abb. 1**

Kinos

Die höchsten Besucherzahlen hatten die Kinos im früheren Bundesgebiet in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Mill. Das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In der ehemaligen DDR wurden 1957 rund 320 Mill. Filmbesucherinnen und -besucher gezählt. In den darauf folgenden Jahren ging der Kinobesuch zurück. 1996 wurden in den Kinos (ortsfeste Leinwände) in Deutschland rund 133 Mill. Filmbesuche ermittelt. 2007 lag die Zahl bei 125 Mill. Besuchen. Das waren 1,5 Kinobesuche je Einwohner im Jahr.

Die Zahl der Kinos (ortsfeste Leinwände) in Deutschland betrug 4 035 im Jahr 1996 und stieg bis 2007 auf insgesamt 4 652 an. Diese verfügten über durchschnittlich 184 Sitzplätze.

Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 4 747 Museen und ähnliche Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften in Deutschland dar. Sie zählten im Jahr 2006 insgesamt rund 103 Mill. Besuche. Im Vergleich dazu lag die Besuchszahl im Jahr 1995 bei 91 Mill. Dies entspricht einem Anstieg von rund 12 Mill. bzw. 13 % in den letzten zehn Jahren. Den größten Zuspruch fanden 2006 die Kunstmuseen mit fast 20 Mill. Besuchen sowie die Historischen und archäologischen Museen mit 15,7 Mill. Besuchen. → **Tab. 1**

Tab. 1: Museumsarten und Zahl der Besuche 2006

Museumsart	Anzahl	Besuche in 1000
Volks- und Heimatkundemuseen	2 117	15 576
Kunstmuseen	488	19 941
Schloss- und Burgmuseen	233	12 482
Naturkundliche Museen	233	6 912
Naturwissenschaftliche u. technische Museen	558	14 813
Historische und archäologische Museen	341	15 684
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	684	10 549
Sonstige museale Einrichtungen	93	6 689
Insgesamt	4 747	102 645

Quelle: Institut für Museumskunde.

Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. 1996 betrug die Erstauflage an Buchtiteln rund 54 000, darunter 5 500 Taschenbücher. 2007 zeugten insgesamt 86 000 Erstauflagen – darunter 8 400 Taschenbücher – von einem gestiegenen Interesse. Nach Sachgruppen gegliedert, entfiel 2007 der größte Teil der Erstauflagen auf Literatur (33 %) und Sozialwissenschaften (19 %). Es folgten Belletristik, Technik, Medizin, angewandte Wissenschaften (16 %) sowie Künste und Unterhaltung (12 %). → **Tab. 2**

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 2007 gab es in Deutschland 6 982 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von rund 111 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeitschriften, aber auch Kassetten, CDs, DVDs und Spiele). Es wurden rund 324 Mill. Entlehnungen an 7,5 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer registriert. Die 194 wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland (ohne die Spezialbibliotheken) verfügten 2007 über 213 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 2,5 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer entfielen 88,2 Mill. Entlehnungen.

Tab. 2: Buchproduktion nach ausgewählten Sachgruppen 2007

	Erstauflage	Anteil in %
Literatur	28 108	33
Sozialwissenschaften	16 724	19
Belletristik	14 056	16
Technik, Medizin, angewandte Wissenschaften	13 928	16
Künste und Unterhaltung	10 484	12

Einschl. Mehrfachzählungen.

Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels.

Sport

Mit Sport verbringen die Menschen einen großen Teil ihrer Freizeit, wenn auch überwiegend passiv. Über die Zahl der Besucherinnen und Besucher von Sportveranstaltungen gibt es keine gesicherten Ergebnisse. Allerdings liegen Zahlen über Mitgliedschaften in Sportvereinen vor. Die Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes stieg von 22,8 Mill. im Jahr 1997 auf ca. 23,7 Mill. im Jahr 2007 und die Anzahl der Vereine von rund 85 000 auf ca. 91 000. Für den Vereinssport begeisterten sich mehr Männer als Frauen. Von den Mitgliedern der Olympischen und Nicht-Olympischen Spitzenverbände des Deutschen Sportbundes waren 2007 rund 61 % männlich.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangierte der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala. Mit rund 6,5 Mill. stellten die Fußballvereine mehr als ein Viertel der Mitglieder des Deutschen Sportbundes.

Tab. 3: Die zehn mitgliedstärksten Sportverbände 2007

	Mitglieder in 1000
Fußball	6 490
Turnen	5 008
Tennis	1 608
Sportschießen	1 476
Leichtathletik	890
Handball	820
Deutscher Alpenverein	755
Reiten	753
Sportfischen	662
Tischtennis	631

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund.

Der Frauenanteil in Fußballvereinen lag 2007 bei rund 15 %. Die Turnvereine hatten mit 5,0 Mill. Mitgliedern neben den Fußballvereinen die größten Mitgliederzahlen. Turnen gehörte neben Tanzen und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominierten. Unter den zehn mitgliedstärksten Vereinen waren mit dem »Deutschen Alpenverein« (Bergsport) und den Sportfischern zwei nicht-olympische Verbände vertreten. In den Bereichen Behinderten- und Gehörlosensport des Deutschen Sportbundes waren rund 387 000 sportlich Aktive organisiert. → Tab. 3

13.1.2 Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien

Mit der europäischen Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien werden die Ausstattung privater Haushalte mit entsprechenden Geräten und deren Nutzung für den privaten Gebrauch untersucht. Die Ergebnisse beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf das erste Vierteljahr 2007. 

Ausstattung privater Haushalte

Die Nutzung der Technologien setzt das Vorhandensein entsprechender Geräte und Anschlüsse voraus. In erster Linie geht es hierbei um die Ausstattung privater Haushalte mit einem Personalcomputer und einem Internetzugang.

Die Ergebnisse im Zeitablauf zeigen, dass die Ausstattung der Haushalte mit PC

Datenerhebung zur privaten Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien



Mit der Befragung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien werden Daten zur Ausstattung und zur Nutzung entsprechender Geräte, insbesondere Computer und Internet, erhoben. Die Schwerpunkte liegen auf Fragen zur Art, Häufigkeit und ausgewählten Zwecken der Internetnutzung. Zusätzlich werden Informationen darüber erhoben, welche Bedenken und Hindernisse die Menschen vom Kontakt zu neuen Technologien abhalten.

Die Erhebung ist eine europäische Erhebung, die jährlich seit 2002 durchgeführt wird. Ziel ist es, Informationen über die Verbreitung und über unterschiedliche Nutzungsaspekte von Computer und Internet bereitzustellen. Die Erhebung wird in Deutschland als schriftliche Befragung durchgeführt und besteht aus zwei Erhebungsteilen (Haushalts- und Personenfragebogen). Über einen Haushaltsfragebogen werden Informationen zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien erhoben. Um ein genaues Bild über die Nutzungsgewohnheiten der Einzelpersonen im Haushalt ermitteln zu können, erhält jede im Haushalt lebende Person ab zehn Jahren einen Personenfragebogen mit Fragen zur individuellen Computer- und Internetnutzung. Fragen zum Bildungsstand und zur Erwerbstätigkeit beziehen sich auf Personen ab 16 Jahren. Die Auskunftserteilung ist freiwillig.

und Internet seit 2002 kontinuierlich zugenommen hat. Gaben 2002 rund 57 % der Haushalte an, über einen Computer zu verfügen, stieg dieser Anteil im Jahr 2007 auf 73 % an. Eine ähnliche Entwicklung ist beim Internetzugang zu beobachten. Der Anteil der Haushalte mit Internetanschluss lag 2002 bei 43 % und erreichte 2007 bereits 65 %. → Abb. 2

Bei der Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologien waren Unterschiede nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers festzu-



Was sind private Haushalte?

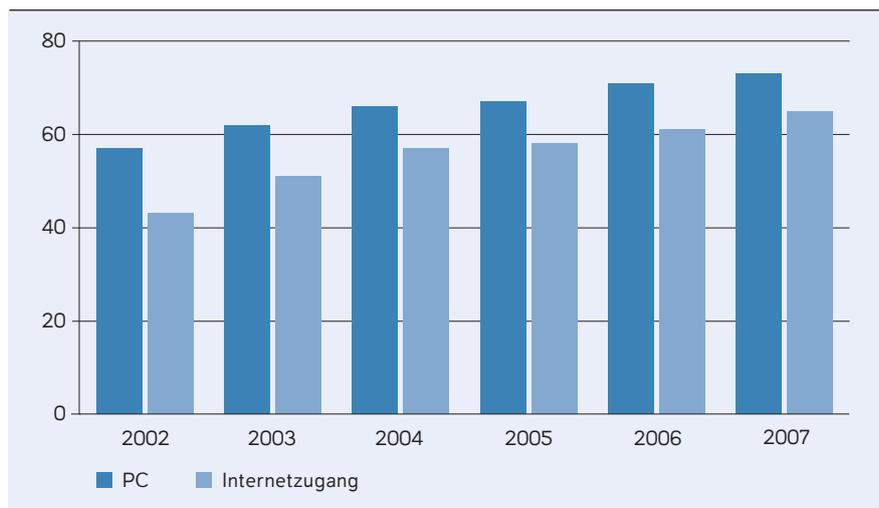
Als Privathaushalt gelten Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften, die in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus, Urlaub, Wehr- und Zivildienst. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt bzw. mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (allein Lebende oder Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Untermieter, Gäste, Hausangestellte gehören nicht zum Haushalt.

stellen. Als Haupteinkommensbezieher wird die Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt bezeichnet. Haushalte von Selbstständigen und Arbeitnehmern waren deutlich besser mit Computer und Internetzugang ausgestattet als Haushalte von Nichterwerbstätigen. Im Erhebungsjahr 2007 besaßen 93 % der Haushalte von Selbstständigen und 90 % der Arbeitnehmerhaushalte einen Computer. Der Anteil der Haushalte von Nichterwerbstätigen lag im Vergleich dazu nur bei 49 %. Eine vergleichbare Situation lag beim Zugang zum Internet vor (Selbstständigenhaushalte: 87 %, Arbeitnehmerhaushalte: 83 %, Haushalte der Nichterwerbstätigen: 39 %).

Auch die Haushaltsgröße hatte Einfluss auf die Ausstattung mit Geräten, z. B. beim Internetzugang. Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren verfügten eher über einen eigenen Internetzugang als andere Haushaltsformen. Je höher die Anzahl der Haushaltsmitglieder, desto eher stand ein Interzugang zur Verfügung. **Abb. 3**

Als wichtiger Indikator für die Mediennutzung der privaten Haushalte gilt der

Abb. 2: Ausstattung privater Haushalte mit PC und Internetzugang, in %

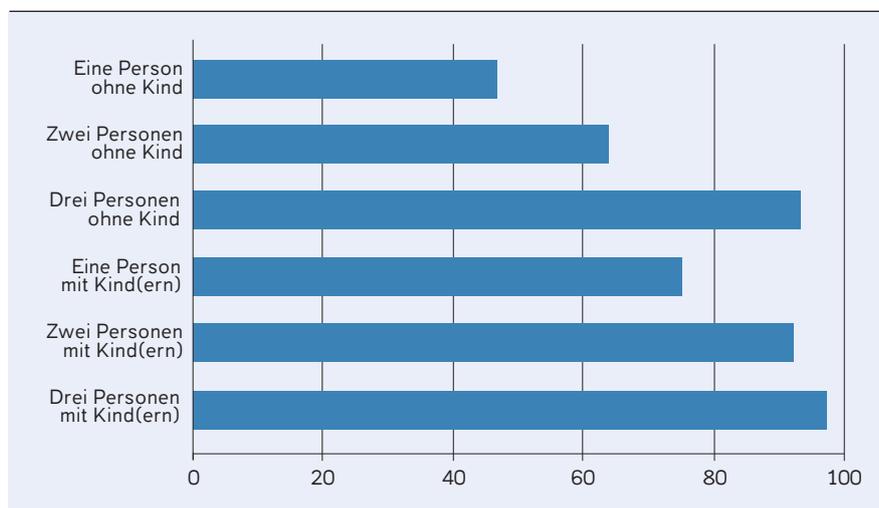


Anteil der Haushalte, die über einen Breitbandanschluss (z. B. DSL-Anschluss) verfügen. Ein Breitbandanschluss ermöglicht in der Regel einen schnelleren Zugang auf Informationen im Internet durch eine höhere Datenübertragungsrates als Schmalbandanschlüsse (analoges Modem oder ISDN). Die Anzahl der Haushalte, die über einen solchen Breitbandanschluss verfügen, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Im Jahr 2006 hatten knapp 50 % der Haushalte mit Interzugang einen Breitbandanschluss. Im Jahr 2007 ist dieser Anteil auf 71 % angestiegen. Der Einsatz von Computern mit Schmalbandan-

schlüssen, um von zu Hause ins Internet zu gelangen, hat dagegen im gleichen Zeitraum abgenommen. 41 % der Haushalte, die einen Interzugang hatten, gaben »Analoges Modem und/oder ISDN-Anschluss« als Zugangsart an. Im Jahr 2006 hatte ihr Anteil noch bei 54 % gelegen.

Die Nutzung von Laptops und Notebooks für den Internetzugang hat in den privaten Haushalten deutlich zugenommen. Während im Jahr 2007 bereits 41 % der Haushalte mit Internetzugang einen tragbaren Computer für den Zugang zum Internet verwendeten, waren es im Vor-

Abb. 3: Haushalte mit Internetzugang nach Haushaltstypen 2007, in %



Personen ab 16 Jahren.

Tab. 4: Computernutzung nach Geschlecht

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	in %		
2002	61	66	55
2003	64	68	61
2004	67	72	62
2005	70	76	64
2006	73	77	68
2007	74	79	69

jahr mit 31 % noch zehn Prozentpunkte weniger gewesen. Gleichzeitig hat in Haushalten, die über einen Internetzugang verfügen, die Bedeutung stationärer Computer für den Internetzugang von 87 % im Jahr 2006 auf 83 % im Jahr 2007 abgenommen.

Computernutzung

Die Ausstattung eines Haushalts mit Informations- und Kommunikationstechnologie allein sagt noch nichts darüber aus, wie verbreitet die Nutzung dieser Technologien innerhalb der Bevölkerung tatsächlich ist. Nicht immer nutzen alle Mitglieder eines Haushaltes die vorhandenen Geräte oder Zugangsmöglichkeiten. Auch können Menschen, die zu Hause auf Computer oder Internetzugang verzichten, an anderen Orten Zugriff auf diese Technologien haben. Daher wird im Folgenden der Blick auf den persönlichen Umgang mit Computer und Internet gerichtet.

Die Nutzung von Computern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen: Während 2002 rund 61 % der Bevölkerung ab einem Alter von zehn Jahren den PC in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben, waren es 2007 bereits 74 %. Demnach haben in Deutschland etwa 55 Mill. Menschen ab zehn Jahren mindestens einmal am Computer gesessen, sei es privat, beruflich oder im Rahmen der Schule oder Ausbildung. → Tab. 4

In Abhängigkeit vom Alter findet der Computer unterschiedlich starke Akzeptanz. Bei den 10- bis 24-Jährigen hat-

ten 2007 bereits 97 % den Computer genutzt, bei den 25- bis 54-Jährigen waren es 89 %. Erst in der Altersgruppe der 55-Jährigen und Älteren nimmt die Computernutzung ab. Hier lag der Anteil bei 41 %.

Auch zeigt sich bei der Computernutzung eine stärkere Differenzierung zwischen den Geschlechtern, wenn die unterschiedlichen Altersgruppen betrachtet werden. Insgesamt lag der Anteil der Computernutzenden Männer 2007 mit 79 % nach wie vor über dem der Frauen (69 %). Im Zeitablauf ist der Abstand zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Computernutzung seit 2002 mit etwa zehn Prozentpunkten konstant geblieben. Die Differenzen basierten jedoch größtenteils auf unterschiedlichem Verhalten bei der älteren Bevölkerung. Während Männer und Frauen unter 55 Jahren bei der Computernutzung etwa gleichauf lagen, waren es 2007 in der Altersklasse über 55 Jahren deutlich mehr Männer (50 %) als Frauen (34 %), die einen Computer nutzten.

Unterschiede bei der Computernutzung ergaben sich auch nach dem Bildungsstand der Personen. 60 % der Personen mit niedrigem Bildungsstand haben 2007 einen Computer genutzt; bei Personen mit mittlerem Bildungsstand (z. B. Abschluss an einem Gymnasium oder duale Berufsausbildung) waren es 74 %. Der Anteil der Computernutzer mit hohem Bildungsstand lag 2007 bei 85 %. i

Wie wird der Bildungsstand definiert?



Die drei im Text verwendeten Kategorien hoher, mittlerer und niedriger Bildungsstand beruhen auf der international vergleichbaren Klassifikation formaler Bildungsabschlüsse »International Standard Classification of Education« (ISCED). Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse oder das (Fach-)Abitur gehören zur Kategorie mittlerer Bildungsstand und alle übrigen Abschlüsse (einschl. fehlender Schul- oder Bildungsabschluss) zur Kategorie niedriger Bildungsstand.

Deutlich wird anhand der Ergebnisse, dass Personen, die einen Computer nutzen, dies meist sehr intensiv tun. So zeigen die Zahlen aus dem Jahr 2007, dass 72 % der Computernutzer dies täglich oder fast täglich taten. Große Unterschiede in den Altersgruppen werden hierbei offensichtlich. So nutzten in der Altersgruppe der über 65-Jährigen knapp 51 % der Personen den Computer jeden Tag oder fast jeden Tag. Dagegen liegt der Anteil bei den 16- bis 24-Jährigen bei 80 %. Bei den 25- bis 44-Jährigen (76 %) und in der Altersgruppe 45 bis 64 Jahren (71 %) liegt der Anteil auch deutlich höher. → Tab. 5

Am meisten wird ein Computer zu Hause genutzt. 90 % der Computernutzer gaben als Ort »zu Hause« an. 44 % der Per-

Tab. 5: Häufigkeit der Computernutzung nach Altersgruppen 2007

	Personen, die Computer in den letzten drei Monaten nutzten					
	Insgesamt	nach Altersgruppen von ... bis ... Jahren				
		10-15	16-24	25-44	45-64	65 u. älter
in %						
Durchschnittl. Computernutzung in den letzten drei Monaten	74	97	97	92	74	27
jeden Tag oder fast jeden Tag	72	59	80	76	71	51
mindestens einmal in der Woche	20	33	16	17	20	33

sonen nannten auch den Arbeitsplatz als Ort der Nutzung. Daneben nutzten 14 % der Personen einen Computer bei Freunden, Bekannten oder Verwandten.

Internetnutzung

Neben der ausschließlichen Verwendung eines Computers ist auch die Nutzung des Internets mittlerweile Bestandteil des Lebensalltags von immer mehr Menschen. 2007 nutzten 68 % der befragten Personen das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum. Im Jahr 2006 hatte dieser Anteil noch bei 65 % gelegen. Im Vergleich zur Computernutzung lag der Anteil der Internetnutzer mit 68 % nur um sechs Prozentpunkte niedriger als der Anteil der Personen, die überhaupt einen Computer 2007 nutzten (74 %). Innerhalb der Gruppe der Internetnutzer waren 61 % jeden Tag oder fast jeden Tag online. Im Vorjahr hatte dieser Anteil 56 % betragen.

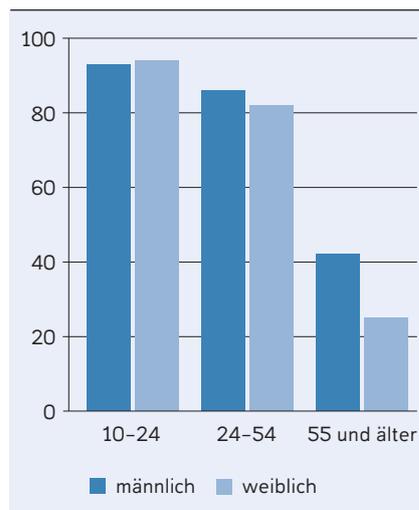
Differenziert man die Ergebnisse nach Alter, zeigten sich jedoch teilweise deutliche Unterschiede. Insbesondere in den Bevölkerungsgruppen unter 54 Jahren lag die Internetnutzung auf hohem Niveau. Im Befragungszeitraum nutzten 94 % der 10- bis 24-Jährigen das Medium. 64 % dieser Nutzergeneration waren dabei jeden Tag oder fast jeden Tag online. Ähnliche Ergebnisse zeigten sich bei den Personen

zwischen 25 und 54 Jahren. Hier lag der Anteil der Internetnutzer 2007 bei 84 %, innerhalb dieser Altersgruppe nutzten wiederum 63 % das Internet jeden Tag oder fast jeden Tag. Dagegen waren Personen von 55 Jahren und älter deutlich seltener online. 33 % aller Personen dieser Altersgruppe nutzten 2007 das Medium. Allerdings hat davon ein großer Anteil eine hohe Nutzungsintensität: mehr als die Hälfte (53 %) der über 54-jährigen Internetnutzer war jeden Tag oder fast jeden Tag im Internet. → **Tab. 6**

Auch zwischen Männern und Frauen bestanden Unterschiede bei der Internetnutzung. Im Befragungszeitraum surfte 73 % der Männer im World Wide Web, der Anteil der Frauen lag bei 63 %. Dieser Unterschied lag im Wesentlichen an der Generation der über 54-Jährigen. In der Altersgruppe 55 Jahre und älter nutzten 2007 lediglich 25 % der Frauen die Möglichkeiten des Internet, während Männer einen Anteil von 42 % aufwiesen. Bei den anderen Altersgruppen gab es nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede. → **Abb. 4**

Ein Blick auf den Bildungsstand der Internetnutzer zeigt: 80 % der Personen mit einem hohen Bildungsstand nutzten 2007 das Internet. Bei Personen mit mittlerem Bildungsstand lag der Anteil bei 68 %, bei Personen mit niedrigem Bildungsstand nutzten das Internet zu 54 %.

Abb. 4: Internetnutzung nach Alter und Geschlecht 2007, in %



Personen mit niedrigem Bildungsstand nutzten das Internet zu 54 %.

Die dargestellten Ergebnisse zeigen den Verbreitungsgrad und den allgemeinen Einsatz des Internets in der Bevölkerung. Unberücksichtigt blieb dabei, ob das Internet für private oder für berufliche Zwecke verwendet wird. Nachfolgend wird nun der Frage nachgegangen, für welche Zwecke das Internet im privaten Bereich eingesetzt wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum am häufigsten für Kommunikation und für die Informationssuche bzw. Nutzung von Online-Services verwendet wurde. Insgesamt nutzten 90 % der Internetnutzer das Internet als Kommunikationsmedium und sogar 96 % für die Suche nach Informationen und für Online-Services. Für Bankgeschäfte und private Verkäufe wurde es von mehr als der Hälfte (52 %) der Nutzer verwendet. Ein ähnlich hoher Anteil der Bevölkerung nutzte die Möglichkeit, über das Internet Kontakt zu Behörden oder öffentlichen Einrichtungen aufzunehmen. → **Tab. 7**

Bei der Nutzung können geschlechtsspezifische Unterschiede bei ausgewählten

Tab. 6: Häufigkeit der Internetnutzung nach Altersgruppen und Geschlecht 2007

	Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten nutzten					
	insgesamt	von ... bis ... Jahren			nach Geschlecht	
		10-24	25-54	über 54	männlich	weiblich
	in %					
Durchschnittl. Internetnutzung in den letzten drei Monaten	68	94	84	33	73	63
darunter: jeden Tag oder fast jeden Tag	61	64	63	53	67	55
mindestens einmal in der Woche	26	25	25	31	23	29
mindestens einmal im Monat oder seltener	13	11	12	16	10	15

Tab. 7: Internetaktivitäten 2007

Internetaktivitäten zu privaten Zwecken innerhalb der letzten drei Monate	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	in %		
Kommunikation	90	90	89
Senden und empfangen von E-Mails	86	87	85
Telefonieren	17	20	14
Chatten/Foren besuchen	41	44	38
Informationssuche, Nutzung von Online-Services	96	97	95
Informationen über Waren und Dienstleistungen	84	86	81
Nutzung von Reisedienstleistungen	58	57	59
Nutzung von Internet - Radio/Fernsehen	20	26	14
(Ab-)spielen/herunterladen von Spielen und Musik	31	36	24
Herunterladen von Software	39	52	25
Lesen/herunterladen von Internetzeitschriften oder Magazinen	27	32	21
Arbeitssuche, Versenden von Bewerbungen	21	20	23
Informationen zu Gesundheitsthemen	53	45	61
Informationen oder Nutzung sonstiger Online-Services	43	47	38
Bankgeschäfte, Verkauf von Waren und Dienstleistungen	52	57	47
Internet-Banking	45	48	41
Verkaufen von Waren und Dienstleistungen	27	31	22
Kontakt mit Behörden/öffentlichen Einrichtungen (E-Government)	54	56	52
Informationssuche auf den Webseiten von Behörden	50	52	48
Herunterladen von amtlichen Formularen	33	35	30
Versenden ausgefüllter Formulare	22	24	19
Aus- und Weiterbildung	50	48	52
Suche nach Informationen zu Ausbildungs-, Schulungs- und Kursangeboten	31	28	34
Teilnahme an Online-Kursen	3	4	3
Nutzung für Lern- oder Bildungszwecke	39	39	39

Merkmale festgestellt werden. Bei den meisten Internetaktivitäten war der Anteil der Männer, die diese nutzten, höher als der Anteil der Frauen. Keine oder nur geringfügige geschlechterspezifische Unterschiede gab es bei der Nutzung des Internets für E-Mails oder auch für die allgemeine Suche nach Informationen zu Waren oder Dienstleistungen. Sehr große Unterschiede waren jedoch beim Herunterladen bzw. direkten Abspielen unterschiedlicher Produkte (Software, Musik, Internet-Magazinen, Internet-Radio/Fernsehen) zu beobachten, das unter den männ-

lichen Nutzern viel verbreiteter war als unter den weiblichen. Internet-Radio oder -Fernsehen wurde von 26 % der Männer, jedoch nur von 14 % der Frauen genutzt. Ferner haben 52 % der Männer, aber nur 25 % der Frauen Software heruntergeladen. Bei der Suche nach Informationen zu Gesundheitsthemen lagen dagegen die Frauen vorn: Ihr Anteil betrug 61 %, der Männeranteil lag bei 45 %.

Auch hinsichtlich der verschiedenen Altersgruppen zeigten sich unterschiedliche Nutzerverhalten im Umgang mit dem

Internet. Verhältnismäßig geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen waren beim Senden und Empfangen von E-Mails zu finden. Chatten und der Besuch von (Diskussions-)Foren war bei Personen der Altersgruppen der bis 24-Jährigen sehr beliebt und nahm in den nachfolgenden Altersgruppen deutlich ab. Ähnlich verhielt es sich beim Abspielen oder Herunterladen von Musik und Spielen. Gesundheitsthemen wurden von 61 % der Altersgruppe der über 65-Jährigen genutzt, während 16- bis 24-jährige Internetnutzer diese nur zu 38 % nutzten.

→ Abb. 5

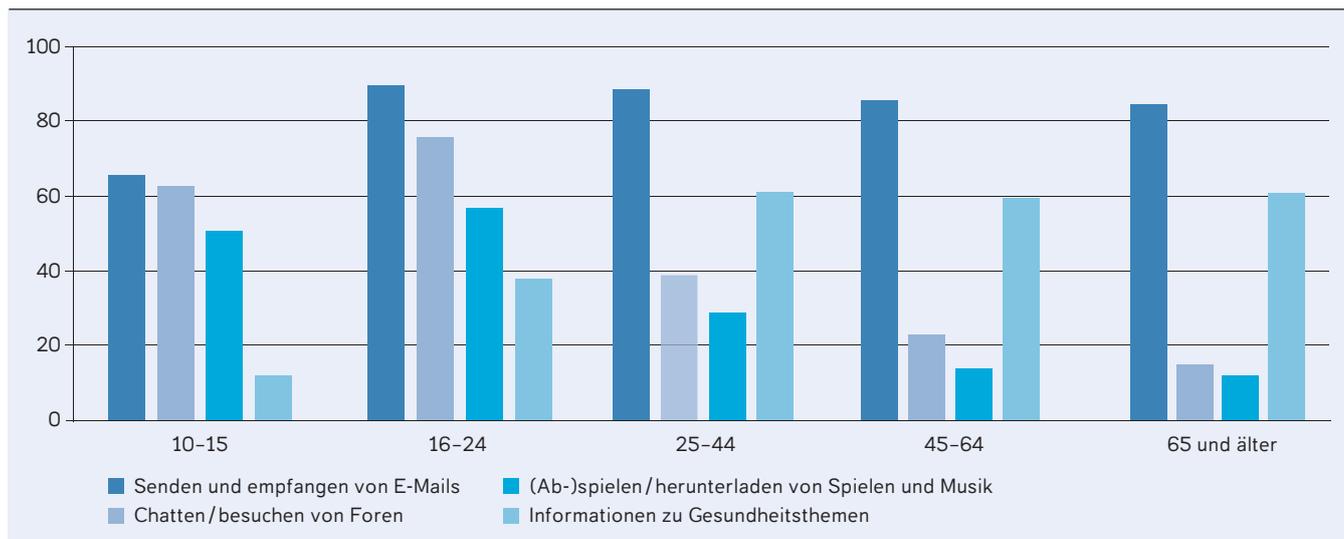
Auffällig ist, dass Personen mit niedrigem Bildungsstand 2007 häufiger Chats und Foren besuchten als andere Personen (52 %, gegenüber 38 % mit mittlerem Bildungsstand und 31 % mit hohem Bildungsstand). Beim Internet-Banking kann festgestellt werden, dass diese Möglichkeit zur Abwicklung der Bankgeschäfte mit steigendem Bildungsniveau eher genutzt wird. 59 % der Personen mit einem hohen Bildungsstand nutzten Internet-Banking. Der Anteil der Personen mit mittlerem Bildungsstand lag bei 50 %, mit niedrigem Bildungsstand bei 34 %.

Onlineeinkäufe

Seit längerem bieten neben den großen und bekannten Handels- und Versandhandelsgesellschaften auch unzählige kleine und mittelständische Anbieter (oftmals Spezialanbieter für bestimmte Waren oder Dienstleistungen) die Möglichkeit, über das Internet Waren oder Dienstleistungen einzukaufen. Aber auch Reiseveranstalter, Bahn- und Fluglinien bieten ihre Dienstleistungen im Internet für die Bestellung von Reisen oder Tickets an.

Generell kann festgehalten werden, dass der Einkauf von Waren und Dienstleistungen im Internet in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Der Anteil der Personen ab zehn Jahren, die Onlineeinkäufe in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum tätigten, lag 2002 erst bei 33 %. 2007 ist der Anteil

Abb. 5: Ausgewählte Internetaktivitäten nach Altersgruppen 2007, in %



auf 53 % angestiegen. Insbesondere Personen im Alter von 25 bis 54 Jahren betrieben das Einkaufen über das Internet sehr rege. 62 % der Personen dieser Altersgruppe hatten 2007 Waren oder Dienstleistungen online gekauft bzw. bestellt. In den Altersgruppen 10 bis 24 Jahren sowie 55 Jahren und älter lag der Anteil bei jeweils 39 %. → **Abb. 6**

Es gibt auch eine nicht zu vernachlässigende Gruppe, die auf den Einkauf im Internet verzichtet. So gaben in 2007 bei den Altersgruppen 10 bis 24 Jahren sowie 55 und älter jeweils 40 % der Personen an, noch nie Waren oder Dienstleistungen über das Internet bezogen zu haben. In

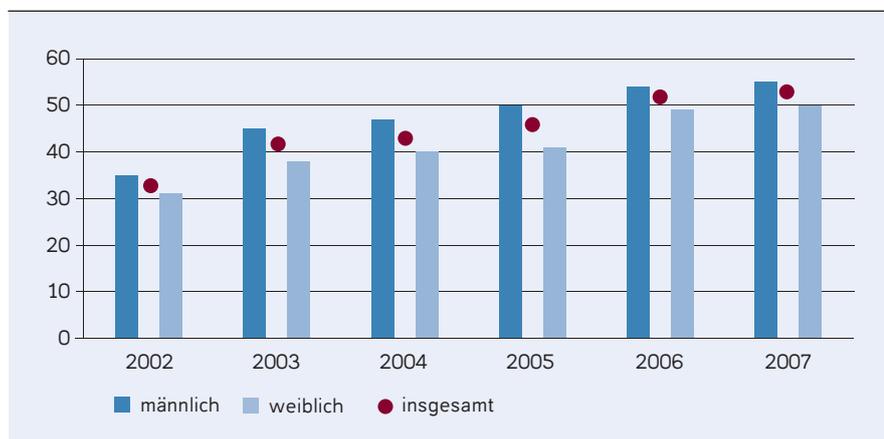
der Altersklasse der 25- bis 54-Jährigen lag dieser Anteil nur bei 17 %.

In der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien des Jahres 2006 wurden Gründe untersucht, die gegen den Kauf von Waren oder Dienstleistungen über das Internet in den letzten zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt sprachen. Als wesentliche Hinderungsgründe wurde »Kein Bedarf« (67 %) und »Bevorzugung von persönlicher Beratung oder Ansehen der Produkte« (65 %) angegeben. Es gibt jedoch auch besondere Probleme und Hinderungsgründe, die sich aus den Informations- und Kommunikationstech-

nologien ergeben. Für die Hälfte der Personen (52 %) waren Sicherheits- und Datenschutzbedenken ein Grund für den Verzicht auf den Onlineeinkauf. Zusätzlich hatten 51 % der Personen Bedenken hinsichtlich des Erhalts, der Rücksendung oder der Reklamation von Waren. 40 % gaben an, keine Kreditkarte zu besitzen, die für den Interneteinkauf in vielen Fällen notwendig ist. Einen Anteil von 37 % hatte der Personenkreis, der nicht ausreichende Kenntnisse im Umgang mit dem Internet besitzt, um Onlineeinkäufe durchführen zu können.

Bei der Betrachtung, der Güter und Dienstleistungen, die im Internet in den zwölf Monaten vor dem Befragungszeitraum gekauft oder bestellt werden, fällt auf, dass der Einkauf von Büchern, Magazinen oder Zeitungen eine große Rolle spielte. So hatte die Hälfte (50 %) der Internetkäufer und -käuferinnen in den zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt im Jahr 2007 Bücher, Magazine oder Zeitungen über das Internet gekauft. Ebenfalls sehr verbreitet war der Onlineeinkauf von Kleidung und Sportartikeln (48 %), gefolgt vom Kauf anderer privater Gebrauchsgüter wie Möbel oder Spielzeug (47 %). 44 % der Internetkäufer und -käuferinnen haben Reisen, Urlaubsunterkünfte sowie Bahn-

Abb. 6: Personen mit Onlineeinkäufen 2007, in %



oder Flugtickets online bestellt. Der Kauf von Lebensmitteln (10 %) oder der Abschluss von Wetten und Lotterien (8 %) über das Internet wurde weniger häufig vorgenommen.

Ein Vergleich der Onlineeinkäufe nach Geschlecht macht deutlich, dass Frauen und Männer unterschiedliche Produkte im Internet nachfragten. 56 % der Frauen kauften online Kleidung oder Sportartikel, Männern dagegen nur zu 40 %. Anders sah es bei Computersoftware und Updates, Elektronikartikel und Computer-Hardware aus. Bei diesen Produkten waren die Anteile der Männer jeweils mehr als doppelt so hoch wie die entsprechenden Anteile der Frauen. Einige Produkte wurden von Männern und Frauen ähnlich häufig online gekauft. Dazu zählten insbesondere private Gebrauchsgüter sowie Reisen, Urlaubsunterkünfte und Bahn- oder Flugtickets aber auch Eintrittskarten für Veranstaltungen. Allerdings ist fraglich, ob diese Unterschiede (und auch Gemeinsamkeiten) allein auf geschlechterspezifische Besonderheiten beim Onlineeinkauf zurückzuführen sind. Vielmehr ist es naheliegend, dass einige Produkte generell stärker von Männern und andere Waren und Dienstleistungen eher von Frauen nachgefragt werden, was sich beim Einkauf im Internet widerspiegelt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass für immer mehr Menschen in Deutschland die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im privaten Bereich und in der Freizeit kaum noch wegzudenken ist. Die Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten der letzten Jahre belegen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Die Verbreitung der Computer- und Internetnutzung hat weiter zugenommen und inzwischen ein relativ hohes Niveau erreicht. Allerdings wird das Internet in erster Linie für Kommunikations- und Informationszwecke genutzt. Andere Internetaktivitäten wie die

Nutzung von Internet-Radio und Internet-Fernsehen sind bislang weniger verbreitet.

Es ist damit zu rechnen, dass sich die Nutzungsmöglichkeiten ausweiten und der Einsatz weiterer Dienstleistungen im Zusammenhang mit Computer, Internet und Handy zunehmen wird. Die Ergebnisse zeigen den Einfluss soziodemografischer Merkmale, wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Haushaltstyp auf die Ausstattung der Haushalte mit entsprechenden Geräten und auf die Nutzung moderner Technologien.

13.1.3 Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten

Der Anteil der monatlichen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den Konsumausgaben der privaten Haushalte lag 2005 nach den Ergebnissen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) bei rund 12 % (232 Euro). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte lagen

Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR)



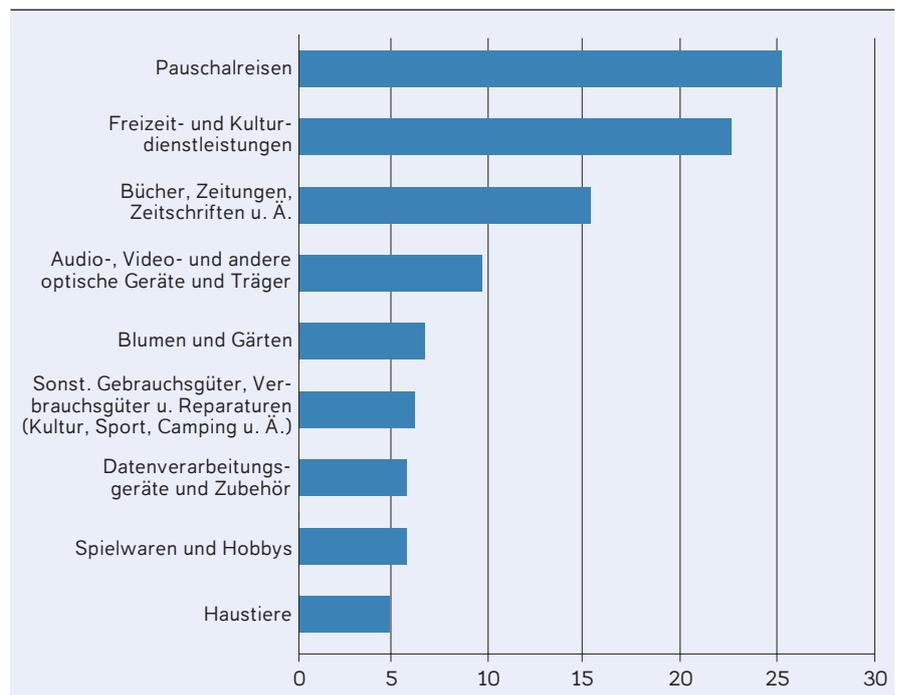
Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) erfassen im Rahmen der Ausgaben für Freizeitaktivitäten neben den Ausgaben für Freizeit- und Kulturdienstleistungen und Hobbys auch Ausgaben für den Kauf von Zeitungen, Büchern und Schreibwaren, Spielwaren, Blumen und Gartenerzeugnissen, Haustieren, Musikinstrumenten, Ausrüstungen für Sport und Camping, Datenverarbeitungsgeräten und Zubehör, Bild- und Tonträgern sowie Ausgaben für Pauschalreisen.

Jährlich werden dazu die privaten Haushalte (ohne Haushalte von Selbstständigen und Landwirten und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr) zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt.

monatlich bei durchschnittlich 1996 Euro insgesamt.

Die in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen erhobenen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur setzen sich aus

Abb. 7: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 2005, in %



Tab. 8: Ausgaben privater Haushalte für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur 2005

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
	in EUR		
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	232	236	216
Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger	22	22	21
Datenverarbeitungsgeräte und Zubehör	13	13	15
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter u. Reparaturen (Kultur, Sport, Camping u. Ä.)	14	15	(9)
Spielwaren und Hobbys	13	14	11
Blumen und Gärten	15	15	16
Haustiere	11	11	8
Freizeit- u. Kulturdienstleistungen	52	53	46
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	35	37	30
Pauschalreisen	58	57	62

unterschiedlichen Einzelpositionen zusammen. Mit durchschnittlich 58 Euro im Monat gaben die Haushalte 2005 ein Viertel ihres Freizeit- und Unterhaltungsbudgets für Pauschalreisen aus. Es verwundert nicht, dass hierfür der größte Budgetanteil verwendet wurde, denn im Vergleich zu den anderen Ausgabepositionen sind Pauschalreisen um ein Vielfaches teurer und schlagen deshalb mit einem größeren Anteil zu Buche. Die zweithöchste Ausgabeposition waren mit durchschnittlich 52 Euro im Monat Ausgaben für Freizeit und Kulturdienstleistungen, zu denen unter anderem Eintrittsgelder für Theater-, Konzert- und Museumsbesuche gehören. Für im Schnitt 35 Euro pro Monat kauften die Haushalte Bücher, Zeitungen und Zeitschriften. → **Abb. 7, Tab. 8**

Die Struktur der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur in den westdeutschen Haushalten war nahezu identisch mit derjenigen der ostdeutschen Haushalte. Die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost wendeten mit 29 % ihres Freizeitbudgets allerdings einen größeren Ausgabenanteil für Pauschalreisen auf als die Haushalte im früheren Bundesgebiet. Ebenso verwendeten sie leicht höhere Ausgabenanteile für Blumen und Gärten, Datenverarbeitungsge-

räte und Zubehör sowie Audio-, Video- und andere optische Geräte.

Ausgaben nach Einkommensklassen

Mit steigendem monatlichem Nettoeinkommen der privaten Haushalte stieg das Ausgabenniveau für den Freizeit- und Kulturbereich. Im Jahr 2005 gaben Haushalte mit einem monatlichem Nettoeinkommen zwischen 5 000 und unter 18 000 Euro mit 469 Euro durchschnittlich fünf Mal so viel für den Freizeitbereich aus

wie Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 1 300 Euro im Monat (93 Euro). → **Abb. 8**

Der Anteil der Freizeitausgaben am jeweiligen Konsumbudget der einzelnen Einkommensgruppen lag 2005 zwischen rund 10 % und 13 %. Der im Durchschnitt geringere Ausgabenanteil in den unteren Einkommensklassen deutet darauf hin, dass die Ausgaben für den Freizeitbereich sehr variabel sind. Im Gegensatz zu den Ernährungsausgaben, die als lebensnotwendige Ausgaben nur sehr schwer unter ein bestimmtes Niveau abgesenkt werden können und deshalb bei Haushalten mit niedrigen Einkommen im Haushaltsvergleich immer den höchsten Anteil ausmachen, machten diese Haushalte bei den Freizeitausgaben sehr wohl Abstriche. → **Abb. 9**

Ein Vergleich der Ausgabenanteile für ausgewählte Freizeitbereiche zeigt für die unterschiedlichen Einkommensklassen folgendes Bild: Haushalte in den Einkommensklassen über 1 700 Euro monatlich wiesen eine nahezu identische Struktur in den Ausgabenanteilen für die Einzelpositionen auf. Den größten Anteil ihres Freizeitbudgets gaben sie mit durchschnittlich 24 % bis 29 % für Pauschal-

Abb. 8: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Haushaltsnettoeinkommen 2005, in EUR je Monat

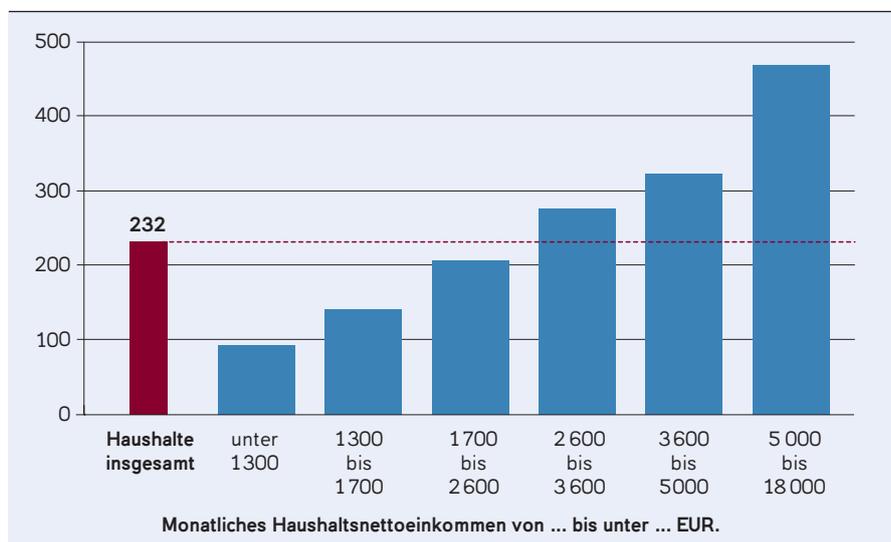


Abb. 9: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den Konsumausgaben 2005, in %

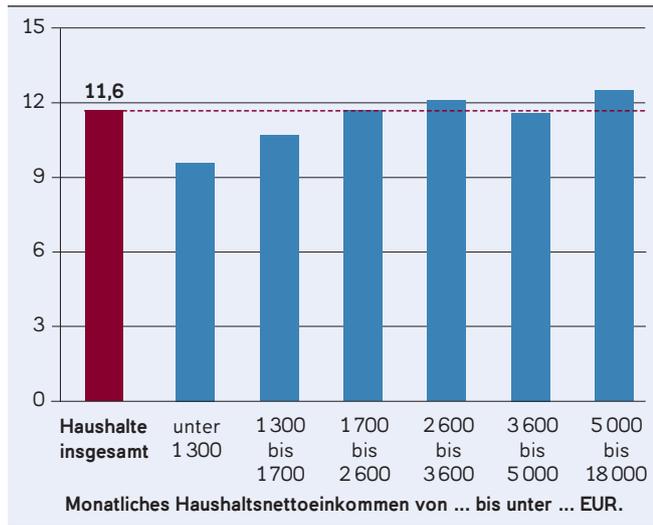


Abb. 10: Ausgewählte Freizeitausgaben privater Haushalte – Anteile am Freizeitbudget 2005, in %

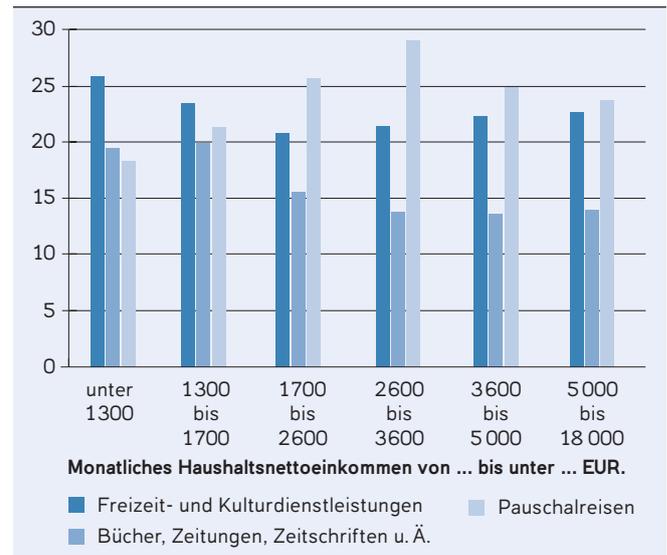


Abb. 11: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Haushaltstypen 2005, EUR je Monat

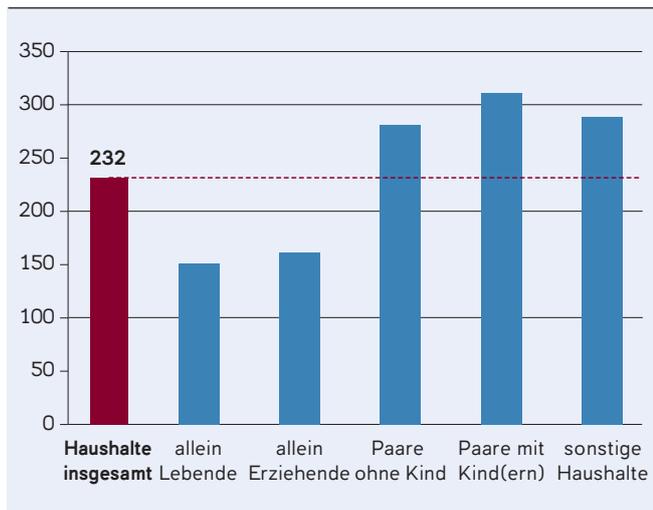
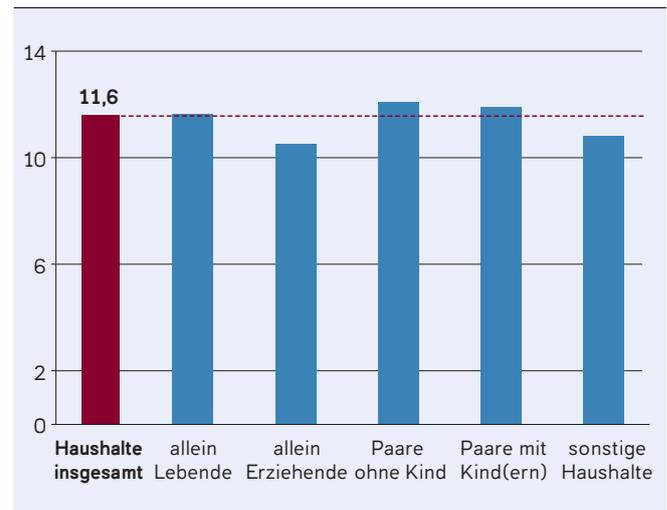


Abb. 12: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den Konsumausgaben nach Haushaltstypen 2005, in %



reisen aus, gefolgt von den Ausgaben für Freizeit- und Kulturdienstleistungen (21 % bis 23 %). An dritter Stelle lagen die Ausgaben für Bücher und Zeitschriften. Hierfür wurden zwischen 14 % und 16 % ausgegeben. Haushalte mit einem Einkommen von unter 1700 Euro im Monat gaben anteilig am meisten für Freizeit- und Kulturdienstleistungen wie z. B. Zoo-, Museums-, Theater- und Kinobesuche aus. → [Abb.10](#)

Ausgaben nach Haushaltstypen

Die Ausgaben für Freizeitaktivitäten steigen mit zunehmender Haushaltsgröße, sind aber abhängig von der Personenstruktur der Haushalte. Das wird bei der Betrachtung nach Haushaltstypen deutlich. → [Abb.11, 12](#)

Das Ausgabeniveau für Freizeitaktivitäten war nach den Ergebnissen der LWR mit durchschnittlich 151 Euro im Monat

bei den allein Lebenden am niedrigsten. Am meisten gaben mit 311 Euro monatlich Paarhaushalte mit Kind(ern) aus. → [Tab.9](#)

Die Betrachtung der Anteilswerte ergibt jedoch ein anderes Bild: Hier hatten die Paare ohne Kind mit durchschnittlich 12,1 % den höchsten Ausgabenanteil. Allein Lebende gaben mit 11,6 % genau so viel aus wie der Gesamtdurchschnitt. Und

Tab. 9: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Haushaltstyp 2005

	Allein Lebende	Allein Erziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)	Sonstige Haushalte
	Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR				
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	151	161	281	311	289
Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger	13	12	23	33	34
Datenverarbeitungsgeräte und Zubehör	8	(12)	12	21	25
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Reparaturen für Kultur, Sport, Camping u. Ä.	6	13	17	27	16
Spielwaren und Hobbys	6	14	13	31	13
Blumen und Gärten	9	7	20	16	20
Haustiere	7	10	12	12	16
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	35	50	51	81	67
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	27	26	38	41	44
Pauschalreisen	39	(16)	93	50	53

bei den allein Erziehenden betragen die Freizeitausgaben im Durchschnitt nur 10,5 % ihrer privaten Konsumausgaben. Das lässt vermuten, dass die allein Erziehenden notwendige Einsparungen unter anderem bei den Freizeitausgaben vornehmen.

Die Struktur der Freizeitausgaben ist bei den betrachteten Haushaltstypen relativ ähnlich, sie wiesen im Einzelnen jedoch einige Besonderheiten auf. Die höchsten Ausgabenanteile hatten 2005 alle Haushaltstypen für Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Pauschalreisen sowie für Bü-

cher und Zeitschriften. Bei kinderlosen Haushalten standen die Ausgaben für Pauschalreisen an erster Stelle, während in Haushalten mit Kindern die Ausgaben für Dienstleistungen im Freizeit- und Kulturbereich wie Zoo-, Museums-, Theater- und Kinobesuche im Vordergrund standen. Paare mit Kind(ern) gaben hierfür durchschnittlich 81 Euro im Monat aus, während allein Lebende durchschnittlich 35 Euro monatlich hierfür aufwendeten. Für den Kauf von DV-Geräten, Spielwaren sowie sonstigen Freizeitgebrauchsgütern (z. B. Musikinstrumente) wiesen Haushalte mit Kindern höhere Ausgabenanteile auf als Haushalte ohne Kinder.

Bei den Ausgaben für Haustiere könnte man zunächst die gleiche Struktur für alle Haushaltstypen mit Kindern vermuten. Hier hatten im Jahr 2005 jedoch die Haushalte von allein Erziehenden mit einem Ausgabenanteil an den Freizeitausgaben von rund 6 % (10 Euro im Monat) die höchsten Ausgaben. Paarhaushalte mit Kind(ern) wiesen hier überraschender Weise mit rund 4 % (12 Euro im Monat) den niedrigsten Anteil auf. Blumen und Gärten scheinen für kinderlose Haushalte eine größere Bedeutung zu haben als

Abb. 13: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Alter der Haupteinkommensbezieher 2005, EUR je Monat

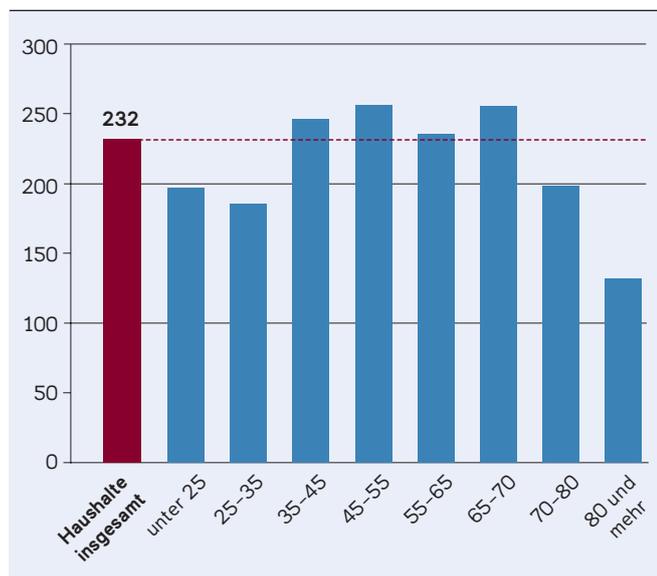
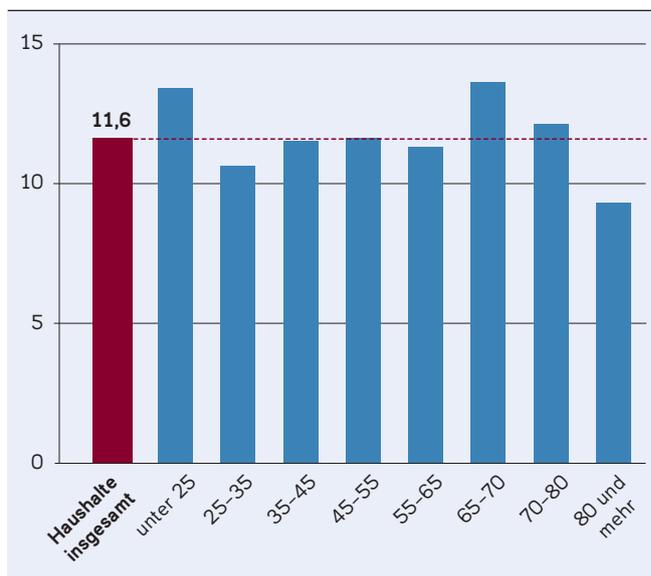


Abb. 14: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den Konsumausgaben nach Alter der Haupteinkommensbezieher 2005, in %



Tab. 10: Ausgaben privater Haushalte für ausgewählte Freizeitausgaben nach Alter der Haupteinkommensbezieher 2005

	Alter der Haupteinkommensbezieher von ... bis unter ... Jahre							
	unter 25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-70	70-80	80 und mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	(39)	403	1 551	2 111	1 633	753	842	247
Hochgerechnete Haushalte (in 1 000)	(302)	2 358	7 236	8 810	7 321	3 736	4 386	1 407
	%							
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	100	100	100	100	100	100	100	100
Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger	(11,2)	11,9	11,0	11,7	8,5	6,3	5,1	(4,5)
Datenverarbeitungsgeräte und Zubehör	/	7,0	6,9	7,8	5,1	3,1	1,0	/

für Haushalte mit Kindern: Allein Lebende gaben hierfür durchschnittliche Ausgaben in Höhe von 6 % (9 Euro im Monat) ihres Freizeitbudgets an und Paare ohne Kind wendeten einen durchschnittlichen Anteil von gut 7 % (20 Euro) auf.

Das Alter des Haupteinkommensbeziehers oder der -bezieherin im Haushalt spielt für die Höhe der Freizeitausgaben ebenfalls eine Rolle. Je nach Lebensphase werden durchaus unterschiedlich hohe Freizeitausgaben getätigt. Haushalte mit Hauptverdienern im Alter zwischen 35 und 70 Jahren gaben im Jahr 2005 mit durchschnittlich 235 Euro bis 256 Euro monatlich die höchsten Beträge für Freizeitaktivitäten aus. Bei Haushalten mit älteren und jüngeren Haupteinkommensbeziehern wurden in den Haushalten im Schnitt nur zwischen 132 Euro und 198 Euro monatlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ausgegeben.

Gemessen am Anteil an den gesamten Konsumausgaben wendeten Haushalte mit einem Hauptverdiener bzw. -verdienerin unter 25 Jahren und Haushalte mit 65- bis unter 70-jährigen Hauptverdienern mit mehr als 13 % am meisten für den Freizeitbereich auf. Haushalte mit über 80-jährigen Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen gaben mit 9,3 % den geringsten Anteil ih-

res Konsumbudgets für Freizeitaktivitäten aus. → [Abb. 13, 14](#)

Die Haushalte aller Altersgruppen gaben die größten Anteile des Konsumbudgets für Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Bücher und Zeitungen sowie für Pauschalreisen aus. Bei näherer Betrachtung fällt allerdings eine Zweiteilung der Altersgruppen auf: Haushalte mit Hauptverdienern oder -verdienerinnen unter 55 Jahren und 55 Jahren und älter. Die Haushalte der »jüngeren« Gruppe gaben mit 23 % bis 27 % den höchsten Anteil ihres Freizeitbudgets für Freizeit- und Kulturdienstleistungen aus, während die »älteren« Haushalte ihren Schwerpunkt eindeutig auf Ausgaben für Pauschalreisen legten (30 % bis 41 %).

Auch bei den Ausgaben für Unterhaltungselektronik sowie für Datenverarbeitungsgeräte zeigt sich deren Abhängigkeit vom Alter der Haupteinkommensbezieher. Für beide Bereiche nahmen die Ausgabenanteile mit zunehmendem Alter der Hauptverdiener ab. Die höchsten Ausgabenanteile hatten die Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern zwischen 45 sowie unter 55 Jahren: Für Unterhaltungselektronik gaben sie durchschnittlich rund 12 % (30 Euro monatlich) und für DV-Geräte rund 8 % (20 Euro monatlich) des Freizeitbudgets aus. → [Tab. 10](#)

Blumen und Gärten haben im Alter anscheinend eine höhere Bedeutung als in jungen Jahren: Während Haushalte mit Hauptverdienern zwischen 25 und 35 Jahren mit durchschnittlich 9 Euro im Monat rund 5 % ihres Freizeitbudgets für Blumen und Gärten ausgaben, betrug dieser Anteil bei Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern im Alter von 80 und mehr Jahren im Schnitt 9 % (12 Euro im Monat). [i](#)

Was gibt der Staat für Freizeit und Kultur aus?



Auch die öffentlichen Haushalte wendeten erhebliche Beträge für den Freizeitbereich auf. 2005 wurden rund 5,6 Mrd. Euro für Sport und Erholung ausgegeben, das waren 0,6 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Von den 5,6 Mrd. wurden 1,5 Mrd. Euro für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1,1 Mrd. Euro für Badeanstalten, 1,8 Mrd. Euro für Sportstätten und knapp 1 Mrd. Euro für die Sportförderung.

Außerdem gab die öffentliche Hand 2005 rund 8,1 Mrd. Euro für den kulturellen Bereich aus. Mit 3,4 Mrd. Euro entfiel davon knapp die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 1,2 Mrd. Euro wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet, 0,4 Mrd. Euro wurden für Denkmalschutz und Denkmalpflege ausgegeben.

Der gesellschaftliche Wandel wird oft mit Begriffen wie Individualisierung, Vereinzelung und Zerfall traditioneller Bindungen in Zusammenhang gebracht. Der Blick richtet sich dabei auf soziale Partizipation, die das Bindeglied zwischen den Individuen darstellt und die Gesellschaft zusammenhält. Durch regelmäßige Kontakte mit Freunden und Bekannten bilden sich persönliche Netzwerke, die Gefühle von Zusammengehörigkeit und Vertrauen entstehen lassen und der Gefahr der Vereinzelung und Entfremdung entgegenwirken. Darüber hinaus kann eine Atmosphäre der Solidarität entstehen, die Grundlage für gegenseitige Hilfeleistung ist, auf die bei Bedarf schnell zurückgegriffen werden kann. Soziale Integration fördert somit nicht nur den Zusammenhalt in der Gesellschaft, sondern auch die Lebensqualität des Einzelnen. Auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben steigert die Lebensqualität insofern, als sie Ausdruck eines aktiven, selbstbestimmten Lebens ist und das Individuum in die Gesellschaft einbindet. Im Folgenden werden die persönliche Integration und die gesellschaftliche Partizipation der Deutschen untersucht, um festzustellen, ob bestimmte Bevölkerungsgruppen in der Gefahr stehen, sozial isoliert zu werden.

13.2.1 Persönliche Kontakte

Auch wenn die Einbindung einer Person in ein Netzwerk aus Verwandten, Freunden und Bekannten auf den ersten Blick als Privatangelegenheit erscheint, so wird die Bedeutung für die Lebensqualität deutlich, wenn man berücksichtigt, dass persönliche Beziehungen helfen, die Herausforderungen des Alltags zu bewältigen, wichtige Lebensentscheidungen zu treffen oder im Notfall Hilfe zu erlangen. Soziale Isolation hingegen impliziert für

die betroffenen Personen oft eine zusätzliche Verschlechterung einer Situation, in der sich Nachteile ohnehin häufen und verstärken. Private und informelle Kontakte befriedigen somit nicht nur das persönliche Bedürfnis nach Geselligkeit, sondern erfüllen darüber hinaus die Funktion, die Lebenssituation und Lebensqualität einer Person zu stabilisieren und in Krisenzeiten abzupuffern.

Die persönlichen Beziehungen einer Person umfassen Freunde, Verwandte sowie Arbeitskollegen, mit denen man auch privat verkehrt. Solche persönlichen Beziehungen müssen durch regelmäßige Kontakte gepflegt werden. Daher kann die Häufigkeit, mit der eine Person ihre sozialen Kontakte pflegt, als Maßstab für die Stärke persönlicher Beziehungen verwendet werden. Hier wird für Personen, die sich mindestens einmal pro Woche mit Freunden, Verwandten oder privat mit Kollegen treffen, angenommen, dass sie über stabile persönliche Beziehungen verfügen. Nach diesem Kriterium haben 52 % der Deutschen solche stabilen Beziehungen. Auffällig ist jedoch der deutliche Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. In Ostdeutschland pflegen nur 45 % der Befragten ihre sozialen Kontakte wöchentlich, gegenüber 54 % der Westdeutschen. Dieser Ost-West-Unterschied zieht sich durch die nach Geschlecht, Alter, Erwerbstätigkeit und Familienstand differenzierten gesellschaftlichen Gruppen. Darüber hinaus treffen Männer ihre Freunde etwas häufiger als Frauen. Charakteristische Unterschiede zeigen die Altersgruppen: Mit fortschreitendem Alter nimmt die Häufigkeit sozialer Kontakte kontinuierlich ab. Entsprechend treffen Menschen in Ausbildung ihre Freunde besonders häufig und Rentner besonders selten. Ledige pflegen ihre sozialen Kontakte am häufigsten, Verheiratete dagegen deutlich

seltener. Bei Geschiedenen nimmt die Bedeutung von Treffen mit Freunden wieder zu, bei Verwitweten ab. → Tab. 1

Inwieweit die Menschen selbst den Eindruck haben, im üblichen Umfang über soziale Kontakte zu verfügen, kann man von der subjektiven Einschätzung ableiten, ob sie mindestens so oft wie Gleichaltrige an geselligen Ereignissen oder Treffen teilnehmen. Rund zwei Drittel der Befragten bejahen dies. Unterschiede gibt es weder zwischen West- und Ostdeutschen noch zwischen Frauen und Männern, jedoch zwischen den Altersgruppen: Die Jüngsten haben häufiger und die Ältesten seltener das Gefühl, ein normales Ausmaß an sozialen Kontakten zu pflegen. Neben den Rentnern sehen sich auch Hausfrauen seltener am geselligen Leben beteiligt, im Gegensatz zu Schülern und Studenten. In Ostdeutschland haben die Arbeitslosen häufiger das Gefühl, weniger soziale Kontakte zu haben. Ledige nehmen häufiger an geselligen Treffen teil als Verheiratete. Im Osten sehen sich auch die Geschiedenen schlechter in das soziale Leben integriert.

Ein wesentlicher Aspekt der sozialen Beziehungen besteht darin, einen Ansprechpartner zu haben, mit dem persönliche Themen und Probleme besprochen werden können und der bei Entscheidungen in Fragen der persönlichen Lebensführung hilft. Nur eine verschwindende Minderheit von 6 % der Westdeutschen und 4 % der Ostdeutschen hat keinen persönlichen Ansprechpartner. Menschen über 65 Jahre mangelt es in Westdeutschland überdurchschnittlich häufig (9 %) an einem Gesprächspartner, nicht jedoch in Ostdeutschland. Verwitwete Menschen sind insgesamt häufiger einsam: 14 % der westdeutschen und 10 % der ostdeutschen Witwer und Witwen haben keinen Ansprechpartner. Auch ostdeutsche Geschie-

Tab. 1: Einbindung in persönliche Netzwerke, 2004/2005

	Wöchentliches Treffen mit Freunden ¹		Sozial mindestens so aktiv wie Gleichaltrige ²		Kein Gesprächspartner für persönl. Dinge ³	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %					
Gesamt	54	45	64	65	6	4
Geschlecht						
Männer	56	47	64	63	7	4
Frauen	53	42	65	67	5	3
Altersgruppen						
18-34 Jahre	79	73	71	75	3	5
35-49 Jahre	52	40	62	55	6	5
50-65 Jahre	41	32	62	68	5	2
66 Jahre und älter	40	28	57	57	9	4
Erwerbsstatus						
In Ausbildung	92	82	81	84	4	2
Erwerbstätig	53	45	65	67	4	3
Hausfrau	54	--	61	--	6	--
Arbeitslos	57	51	63	58	8	5
Rentner	39	27	61	59	7	5
Familienstand						
Ledig	80	69	73	71	5	5
Verheiratet	44	35	62	64	5	1
Geschieden	54	37	65	56	6	11
Verwitwet	42	32	49	57	14	10

-- Fallzahl zu gering.

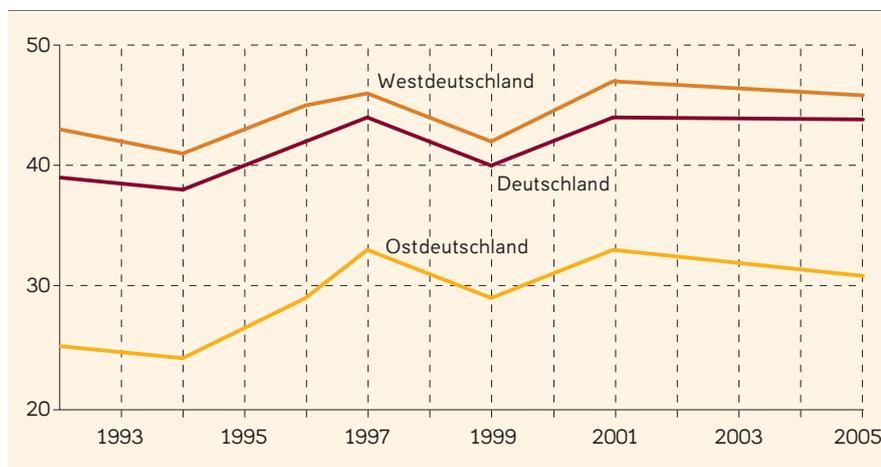
1 Anteil der Personen, die sich mindestens einmal pro Woche mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen treffen.

2 Anteil der Personen, die mindestens so häufig wie Gleichaltrige an geselligen Ereignissen oder Treffen teilnehmen.

3 Anteil der Personen, die niemanden haben, mit dem sie über vertrauliche und persönliche Angelegenheiten reden können.

Datenbasis: European Social Survey 2004/05.

Abb. 1: Häufigkeit geselliger Kontakte in West- und Ostdeutschland, 1992-2005¹, in %



1 Anteil der Personen, die mindestens jede Woche Geselligkeit mit Freunden, Verwandten und Nachbarn pflegen.

Datenbasis: SOEP 1992-2005.

dene (11 %) haben auffällig häufig keinen persönlichen Gesprächspartner.

Die Integration durch persönliche Beziehungen erweist sich bei einigen gesellschaftlichen Gruppen als schwach: Vor allem alte Menschen pflegen deutlich seltener freundschaftliche Kontakte. Tendenziell scheint die Gefahr der Vereinzelung für Alte im Westen etwas größer zu sein als im Osten. In Ostdeutschland sind hingegen die Arbeitslosen und die Geschiedenen weniger stark in Freundschaftsnetzwerke integriert. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass geselliges Beisammensein in Westdeutschland insgesamt stärker verbreitet ist als in Ostdeutschland. Der Zeitvergleich belegt, dass sich diese Gewohnheiten bisher nicht angeglich haben. → Abb. 1

13.2.2 Verfügbarkeit von Hilfeleistung

Während Geselligkeit im Osten einen geringeren Stellenwert einnimmt, ist hier freundschaftliche Hilfeleistung – zum Beispiel bei Krankheit im Haushalt oder bei kleinen Reparaturen am Haus – häufiger als im Westen. Die deutlichsten Ost-West-Unterschiede in der Verfügbarkeit von Hilfeleistung zeigen sich bei bestimmten Gruppen. Ostdeutsche Männer können sich häufiger (80 %) als westdeutsche (73 %) auf unentgeltliche Hilfe von Personen außerhalb des Haushalts verlassen, während es bei Frauen insgesamt keinen Unterschied zwischen Ost und West gibt (76 %). Westdeutsche Hausfrauen können jedoch häufiger (81 %) auf Hilfe zurückgreifen. Einen besonderen Fall stellen die Arbeitslosen dar, die sich in Ostdeutschland (62 %) viel seltener als in Westdeutschland (73 %) darauf verlassen können, Hilfe zu erhalten. Nachdem ostdeutsche Arbeitslose schon seltener gesellige Kontakte hatten, ist dies ein weiteres Indiz dafür, wie wichtig die Erwerbstätigkeit im Osten für die persönliche Integration ist – und wie verheerend sich Arbeitslosigkeit darauf auswirken kann.

Auch die eigene, aktive Hilfeleistung für andere ist in Ostdeutschland weiter verbreitet als im Westen. So leisten die ostdeutschen Männer (45 %) häufiger als die westdeutschen (34 %) anderen regelmäßig – d.h. mindestens einmal im Monat – Hilfe, während es bei Frauen auch hier keine Unterschiede gibt. Alte Menschen leisten naturgemäß seltener Hilfe, sondern nehmen sie eher in Anspruch. Bemerkenswert ist, wie viel häufiger Erwerbstätige im Osten (49 %) als im Westen (38 %) anderen regelmäßig Hilfe leisten. Auch dies belegt die wichtige Funktion der Berufstätigkeit für die soziale Integration im Osten. In Ostdeutschland fallen zudem die Geschiedenen auf, die im Vergleich aller Gruppen am häufigsten Hilfe für andere leisten, während sie selbst seltener als nahezu alle anderen Gruppen auf Hilfeleistung zurückgreifen können. Vermutlich nehmen sie Pflichten gegenüber ihren ehemaligen Familien wahr. → **Tab. 2**

Welche Person jeweils um Hilfe gebeten wird, hängt von der Art der Notlage ab. Bei Krankheit, persönlichen und familiären Problemen sowie bei emotionaler Niedergeschlagenheit wird in erster Linie der Partner um Hilfe gebeten, d.h. die Hilfeleistung findet innerhalb des Haushalts statt. An zweiter Stelle steht die Familie. Erst danach folgen Freunde, die aber weniger bei Krankheit als bei persönlichen Problemen (12 %) und bei Niedergeschlagenheit (20 %) um Hilfe gebeten werden. Praktisch jeder hat jemanden, den er in diesen Fällen um Hilfe bitten könnte. Anders sieht dies im Falle finanzieller Probleme aus: Immerhin 17 % wissen nicht, wen sie fragen könnten. Um einen Kredit wird in erster Linie die Familie (48 %) und an zweiter Stelle der Partner (20 %) gebeten, gefolgt von anderen, nicht näher benannten Personen. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass Männer allgemein häufiger von ihren Partnerinnen als umgekehrt Frauen von ihren Partnern Unterstützung erhalten. Für die Frauen ist dementsprechend die Unterstützung durch die Familie wichti-

Tab. 2: Verfügbarkeit und Bereitstellung von Hilfeleistung, 2004/2005

	Verfügbarkeit von Hilfeleistung ¹		Anderen mindestens 1-mal/Monat Hilfe geleistet ²	
	West	Ost	West	Ost
	in %			
Gesamt	74	78	37	43
Geschlecht				
Männer	73	80	34	45
Frauen	76	76	41	42
Altersgruppen				
18–34 Jahre	77	79	36	46
35–49 Jahre	79	77	40	48
50–65 Jahre	70	79	40	51
66 Jahre und älter	76	81	33	29
Erwerbsstatus				
In Ausbildung	66	85	27	33
Erwerbstätig	76	81	38	49
Hausfrau	81	--	49	--
Arbeitslos	73	62	32	36
Rentner	76	79	35	35
Familienstand				
Ledig	72	77	35	40
Verheiratet	75	80	39	46
Geschieden	74	69	44	56
Verwitwet	80	82	27	26

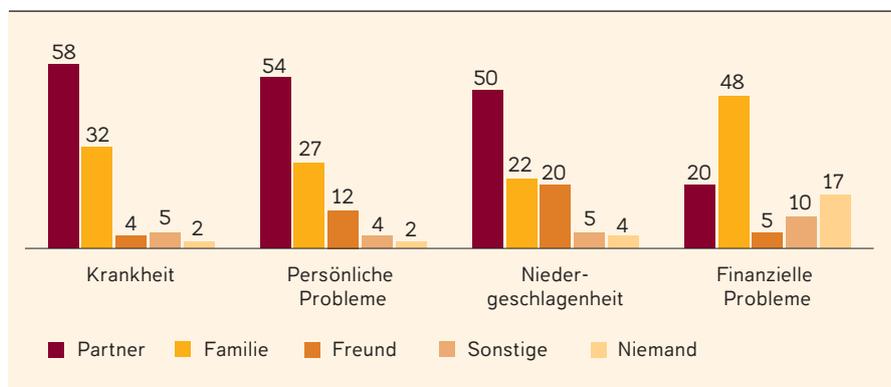
-- Fallzahl zu gering.

1 Anteil der Personen, die außerhalb des Haushalts jemanden haben, auf dessen unentgeltliche Hilfe sie sich verlassen können, wenn sie Unterstützung bei der Kinderbetreuung, bei anderen Pfllegetätigkeiten, bei der Hausarbeit oder bei Reparaturarbeiten im Haushalt brauchen.

2 Anteil der Personen, die mindestens einmal im Monat Familienmitgliedern oder Verwandten, die nicht in Ihrem Haushalt leben, unentgeltlich bei der Kinderbetreuung, bei anderen Pfllegetätigkeiten, bei der Hausarbeit oder bei Reparaturarbeiten im Haushalt helfen.

Datenbasis: European Social Survey 2004/05.

Abb. 2: Unterstützung in verschiedenen Notlagen in Deutschland 2006, in %



Fragestext: »Von wem würden Sie in folgenden Situationen Unterstützung erhalten? Wenn Sie krank wären und Hilfe im Haushalt brauchen würden. Wenn Sie Rat zu einer ernsten persönlichen oder familiären Angelegenheit brauchen würden. Wenn Sie sich etwas deprimiert fühlen würden und jemanden zum Reden brauchen würden. Wenn Sie aufgrund eines Notfalls dringend eine größere Menge Geld benötigen würden.«

»Sonstige«: Arbeitskollege, Nachbar, jemand anderes.

Datenbasis: Eurobarometer 66.3 (2006).

ger. Auch für die jüngste und die älteste Altersgruppe ist naturgemäß die Unterstützung durch die Familie von größerer Bedeutung als durch den Partner. Die Freunde sind besonders für junge Menschen wichtig, vor allem wenn sie noch in der Ausbildung sind. Auch Arbeitslose und Geschiedene wenden sich eher an Freunde als an die Familie. Ebenso wie alte Menschen haben sie jedoch häufiger niemanden, auf den sie in den beschriebenen Notlagen zurückgreifen können. Ost- und Westdeutsche zeigen bei den ge-

nannten Unterstützungsmustern keine nennenswerten Unterschiede. → Abb. 2

13.2.3 Soziale Isolation

Betrachtet man die Häufigkeit sozialer Kontakte und die Möglichkeit auf unentgeltliche Hilfeleistung zurückzugreifen als zwei Dimensionen sozialer Integration, so lässt sich daraus eine Typologie der sozialen Isolation entwickeln. Insgesamt werden vier Typen danach unterschieden,

ob regelmäßige soziale Kontakte gegeben sind oder nicht sowie ob Hilfeleistung verfügbar ist oder nicht. Sind sowohl regelmäßige soziale Kontakte als auch die Verfügbarkeit von Hilfeleistungen vorhanden, ist dies ein Indikator für eine starke soziale Integration. Fehlen beide Komponenten, handelt es sich um einen Fall von sozialer Isolation. Dazwischen liegen die beiden Typen, bei denen jeweils nur eine Komponente erfüllt ist und somit weder starke Integration noch starke Isolation gegeben ist. Wie sich zeigt, ist

Tab. 3: Soziale Isolation nach Bevölkerungsgruppen, 2004/2005

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Mit Kontakt		Ohne Kontakt		Mit Kontakt		Ohne Kontakt	
	und Hilfe	ohne Hilfe	mit Hilfe	ohne Hilfe	und Hilfe	ohne Hilfe	mit Hilfe	ohne Hilfe
	in %							
Gesamt	64	20	11	6	61	15	17	7
Geschlecht								
Männer	63	21	10	6	62	13	18	7
Frauen	64	18	11	6	60	16	17	7
Altersgruppen								
18-34 Jahre	74	21	4	1	74	19	5	2
35-49 Jahre	68	16	10	5	58	15	18	9
50-65 Jahre	58	22	12	8	62	11	18	10
66 Jahre und älter	55	14	22	10	49	11	32	8
Erwerbsstatus								
In Ausbildung	64	34	3	0	75	15	8	2
Erwerbstätig	67	20	9	5	65	14	16	4
Hausfrau	69	13	12	6	--	--	--	--
Arbeitslos	64	20	9	7	51	28	11	11
Rentner	55	18	18	9	53	10	27	11
Familienstand								
Ledig	68	26	4	2	69	19	8	4
Verheiratet	63	17	13	7	60	12	21	8
Geschieden	67	22	7	4	52	19	17	13
Verwitwet	55	14	24	6	54	12	28	6
Bildung								
Ohne Abschluss	45	26	19	9	--	--	--	--
Hauptschule	60	17	15	8	51	11	27	11
Realschule	65	21	8	6	61	16	17	6
Abitur	68	24	6	2	74	10	12	3
(Fach-)Hochschule	73	15	9	3	69	14	13	5

-- Fallzahl zu gering.

»Kontakt«: mindestens einmal im Monat Treffen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen.

»Hilfe«: Niemanden außerhalb des Haushalts, auf dessen Hilfe man sich verlassen kann (vgl. Tab. 2).

Datenbasis: European Social Survey 2004/2005.

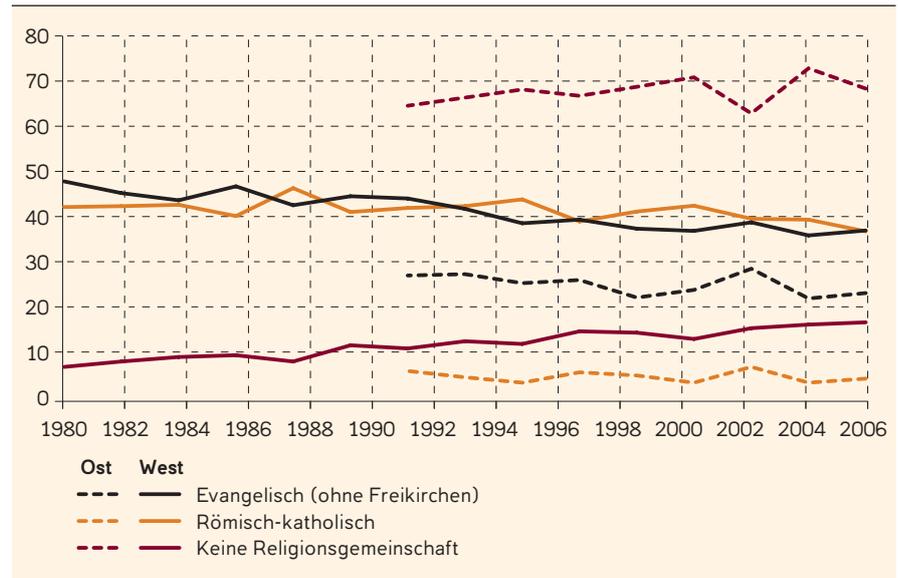
nur ein kleiner Teil der deutschen Bevölkerung sozial isoliert, während rund zwei Drittel fest in ein Netzwerk persönlicher Beziehungen integriert sind. Knapp ein Drittel der Deutschen verteilt sich auf die beiden mittleren Kategorien. → **Tab. 3**

Zwischen Ost und West finden wir die bereits als charakteristisch beschriebenen Unterschiede: Im Osten sind die Menschen stärker durch die gegenseitige Hilfeleistung als durch gesellige Treffen eingebunden. Darüber hinaus zeigen sich zwischen Männern und Frauen keine nennenswerten Unterschiede. Deutlich ist hingegen die Verschiebung zwischen den Altersgruppen: Junge Menschen sind vor allem durch die für sie typische Häufigkeit geselliger Kontakte sozial integriert. Mit zunehmendem Alter geht die Bedeutung geselliger Kontakte deutlich zurück, während die Verfügbarkeit von Hilfeleistung eine wachsende Rolle spielt. Im Westen ist die älteste Gruppe vergleichsweise häufig sozial isoliert, im Osten die Gruppe der 50- bis 65-Jährigen (je 10 %). Größere Risiken sozialer Isolation weisen Rentner und Arbeitslose auf. Darüber hinaus hängt soziale Isolation mit dem Bildungsgrad zusammen: je höher der Bildungsabschluss, desto geringer ist das Risiko sozialer Isolation. Als gut integriert können lediglich 45 % der Westdeutschen ohne Bildungsabschluss gelten, gegenüber 73 % bei denen mit (Fach-)Hochschulreife. Von den Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss ist nach diesen Maßstäben etwa jeder Zehnte sozial isoliert. Hier sind vor allem die geselligen Kontakte mit Freunden schwach ausgeprägt.

13.2.4 Teilnahme am gesellschaftlichen Leben

Die Integration des Einzelnen hängt nicht nur von seiner Einbindung in persönliche Netzwerke, sondern auch von der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ab. Im Hinblick auf die Vermeidung sozialer Isolation werden im Folgenden zwei Formen

Abb. 3: Konfessionszugehörigkeit in Deutschland, 1980–2006, in %



Datenbasis: ALLBUS 1980–2006.

der gesellschaftlichen Partizipation behandelt: die Teilnahme am kirchlichen Leben in Form von Konfessionszugehörigkeit und Kirchengangshäufigkeit sowie die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten.

Die Kirchen sind Institutionen mit starker sozialisatorischer Tradition, die über ihre Weltanschauung bis heute einen starken Einfluss auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche ausüben. Die dominante Stellung der Kirchen hat sich jedoch im Laufe der Säkularisierung der Gesellschaft seit den 1960er Jahren erheblich abgeschwächt. In Ostdeutschland waren die (vorwiegend evangelischen) Kirchen durch den kommunistisch verordneten Atheismus marginalisiert, spielten aber während der Wende im Widerstand gegen das DDR-Regime eine tragende Rolle. Die unterschiedliche gesellschaftliche Prägung wirkt bis heute fort. In Westdeutschland finden sich deutlich höhere Anteile konfessionell gebundener Bürger als im Osten. Zählt man Katholiken und Protestanten zusammen, sind etwa drei Viertel der Westdeutschen und ein Viertel der Ostdeutschen Mitglied einer Kirche. Die Kirchenmitglieder in Ostdeutschland sind dabei fast ausschließlich Protestanten, während in Westdeutschland Katho-

liken und Protestanten etwa gleich stark vertreten sind. In Westdeutschland ist für beide Kirchen in den letzten 25 Jahren ein langsamer, aber stetiger Rückgang der Mitgliederzahlen zu beobachten, bei gleichzeitig wachsendem Anteil konfessionslos ungebundener Bürger. Im Jahr 2006 ist etwa ein Sechstel der Westdeutschen konfessionslos, während der Anteil der Ostdeutschen bei etwa zwei Dritteln liegt. Diese Zahlen lassen eine Angleichung beider Landesteile eher im Sinne gemeinsamer Kirchenferne als Kirchnähe erwarten. → **Abb. 3**

Die gleiche Entwicklung wie bei der konfessionellen Bindung zeigt sich bei der Kirchengangshäufigkeit, die deutlicher als die Zugehörigkeit zur Kirche den Grad der aktiven Teilnahme am religiösen Leben anzeigt. Die Kirchengangshäufigkeit ist nicht bei allen Konfessionen gleich ausgeprägt: Während Katholiken und evangelische Freikirchler jeden Sonntag den Gottesdienst besuchen, nehmen Mitglieder der evangelischen Kirche meist nur mehrmals im Monat teil. Der Anteil derjenigen, die mehrmals im Monat oder häufiger in die Kirche gehen, ist insgesamt in Westdeutschland seit 1980 von rund 30 % auf etwa 20 % gesunken. In

Tab. 4: Kirchenbindung nach gesellschaftlichen Gruppen, 2006

	Anteil Konfessionsloser		Regelmäßiger Kirchgang bei Kirchmitgliedern	
	West	Ost	West	Ost
	in %			
Gesamt	17	68	22	20
Geschlecht				
Männer	21	75	19	17
Frauen	13	63	25	22
Altersgruppen				
18-34 Jahre	18	75	12	17
35-49 Jahre	19	75	21	24
50-65 Jahre	18	70	26	13
66 Jahre und älter	9	51	30	24
Erwerbsstatus				
In Ausbildung	20	69	11	--
Erwerbstätig	20	73	19	18
Hausfrau	8	--	24	--
Arbeitslos	21	79	19	14
Rentner	12	57	30	22
Familienstand				
Ledig	23	76	10	20
Verheiratet	14	67	25	20
Geschieden	24	73	17	10
Verwitwet	10	48	35	25
Kinder				
Kinder im Haushalt	13	70	22	25
Kinderlos	22	72	15	20

-- Fallzahl zu gering.

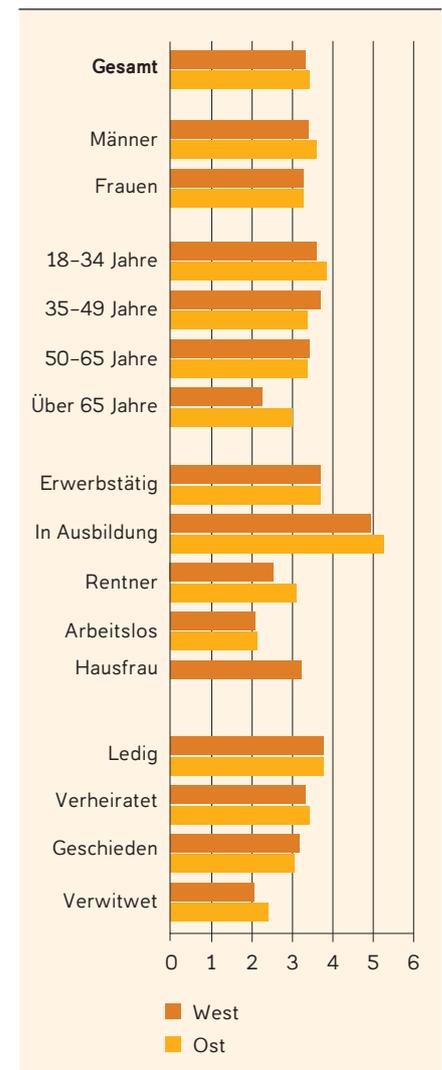
Datenbasis: ALLBUS 2006.

Ostdeutschland liegt dieser Anteil seit 1991 bei rund 5 %. Betrachtet man nur die kirchlich Gebundenen, so sind in beiden Teilen Deutschlands rund 20 % von ihnen regelmäßige Kirchgänger. Die Kirchen spielen für die soziale Integration von Menschen heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Für welche gesellschaftlichen Gruppen sie jedoch auch heute noch relevant sind, wird aus Tabelle 4 ersichtlich. In beiden Teilen Deutschland sind Frauen den Kirchen stärker verbunden als Männer. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen den Generationen: Die Zugehörigkeit zu einer Konfession ist bei den Personen über 65 Jahre deutlich höher als bei den Jüngeren. Aber auch bei den konfessionell Gebun-

denen gehen die Älteren regelmäßiger zur Kirche als die Jüngeren. Dass die Kirchen darüber hinaus für Eltern in Westdeutschland eine besondere Rolle spielen, zeigt der Vergleich von Kinderlosen mit Personen mit Kindern im Haushalt. Eltern sind häufiger konfessionsgebunden und gehen als Kirchenmitglieder auch häufiger regelmäßig zur Kirche als Personen, die keine Kinder haben. → Tab. 4

Eine andere Form der gesellschaftlichen Partizipation stellt die Wahrnehmung verschiedener kultureller Angebote dar. In Abbildung 4 ist dargestellt, wie viele Angebote aus Kultur und Sport die Befragten in den vergangenen 12 Monaten mindestens einmal wahrgenommen haben.

Abb. 4: Teilnahme an kulturellen Aktivitäten in Deutschland¹, 2007



¹ Anzahl der kulturellen Angebote, die der Befragten in den letzten 12 Monaten mindestens einmal wahrgenommen hat (Ballett/Oper, Kino, Theater, Sportereignis, Konzert, öffentliche Bibliothek, historisches Bauwerk, Museum/Galerie).

Datenbasis: Eurobarometer 67.1 (2007).

Von vorgegebenen acht Angeboten haben die Deutschen durchschnittlich 3,3 wahrgenommen. In Ostdeutschland ist die Rate geringfügig höher. Allgemein stellen sich die Jüngeren als die Aktivsten dar, vor allem wenn sie sich noch in der Ausbildung befinden. Demgegenüber lässt sich mit zunehmendem Alter eine Abnahme der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen beobachten. Mit Eintritt ins Rentenalter oder bei Verwitwung geht –

zumindest in Westdeutschland – die Teilnahme deutlich zurück. Besonders selten nehmen die Arbeitslosen an kulturellen Aktivitäten teil, und zwar gleichermaßen in Ost wie in West. Es zeigt sich, dass diejenigen, die starke persönliche Beziehungen haben, häufig an kulturellen Aktivitäten teilnehmen und diejenigen, die im persönlichen Bereich zur Isolation neigen, auch die kulturellen Angebote seltener wahrnehmen. → Abb. 4

13.2.5 Zusammenfassung

Nachdem verschiedene Dimensionen persönlicher Integration und gesellschaftlicher Partizipation beleuchtet wurden, lassen sich diejenigen Gruppen identifizieren, bei denen die Gefahr sozialer Desintegration am größten ist. Interessanterweise treten dabei charakteristische Ost-West-Unterschiede auf, die nicht nur den Modus der Integration betreffen, sondern auch die besonderen Risikogruppen. Generell sind die Alten weniger stark eingebunden als die Jungen, und im Westen ist die Isolation alter Menschen größer als

im Osten. Insbesondere bei der Verfügbarkeit von unentgeltlicher Hilfeleistung und bei der Existenz eines Gesprächspartners für persönliche Angelegenheiten stehen die ostdeutschen Alten besser da als die westdeutschen. Andererseits sind die westdeutschen Alten stärker kirchengebunden und können dadurch die sich auflösenden persönlichen Beziehungen teilweise kompensieren. Im Osten sind zwei weitere Risikogruppen zu nennen. Zum einen sind die Arbeitslosen stärker von sozialer Isolation betroffen, was mit der beziehungsstiftenden Funktion der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland zusammenhängt. Die verbreitete und oft andauernde Arbeitslosigkeit führt hier vielfach zur Entwurzelung und Isolation der Betroffenen. Auch die ostdeutschen Geschiedenen zeigen Symptome sozialer Isolation. Die Stärke der sozialen Integration spiegelt sich schließlich im Grad der kulturellen Teilhabe wider. Zusammenfassend sind im Westen hohes Alter und im Osten Arbeitslosigkeit und Scheidung als größte Risikofaktoren für soziale Isolation zu nennen.

14 Demokratie und politische Partizipation

14.1 Teilnahme am politischen und religiösen Leben

Elle Krack-Rohberg
Karl Weichs

Ein freier und demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mit gestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. Als Ergänzung zu den Daten der amtlichen Statistik werden deshalb an dieser Stelle auch Daten aus zusätzlichen Quellen angeboten.

14.1.1 Wahlen

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei eine zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine gesetzliche Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – auch als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 waren 61,9 Mill. Personen wahlberechtigt. Mit 77,7 % lag die Wahlbeteiligung um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 und 4,5 Prozentpunkte unter der von 1998. Eine ähnlich niedrige Wahlbeteiligung war nur bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 (77,8 %) zu verzeichnen.

Die Wahlbeteiligung lag in acht Ländern über dem Durchschnitt, und zwar in Niedersachsen und im Saarland mit jeweils 79,4 %, in Schleswig-Holstein mit 79,1 %, in Baden-Württemberg, Hessen und in Rheinland-Pfalz mit jeweils 78,7 %, in Nordrhein-Westfalen mit 78,3 % und in Bayern mit 77,9 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 71,0 % und 77,5 %, wobei der niedrigste Wert in Sachsen-Anhalt lag. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. → **Tab. 1**

Während die Wähler mit der Erststimme für 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

Die SPD, die 2005 34,2 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, war bei den Zweitstimmen wie bei der Bundestagswahl 2002 stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002, bei

Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

Wahl	Wahlberechtigte in 1 000	Wahlbeteiligung in %
1949 ¹	31 208	78,5
1953 ¹	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2
2002	61 433	79,1
2005	61 871	77,7

Bis 1987 früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), ab 1990 Deutschland.

¹ Ohne Saarland.

der ihr Zweitstimmenanteil 38,5 % betragen hatte, verlor sie jedoch 4,3 Prozentpunkte. Stimmenverluste von 8,8 bis 10,6 Prozentpunkten in den neuen Ländern standen Stimmenverluste von lediglich 0,6 bis 5,7 Prozentpunkten (abgesehen vom Saarland mit 12,7 Prozentpunkten) in den alten Bundesländern – verglichen mit der Bundestagswahl 2002 – gegenüber. Die höchsten Verluste musste die SPD in den Ländern Saarland, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hinnehmen. Die SPD wurde trotzdem – wie bei der Bundestagswahl

2002 – in allen Ländern außer Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg stärkste Partei.

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2005 einen Zweitstimmenanteil von 27,8 %. Sie verlor gegenüber der Bundestagswahl 2002 1,7 Prozentpunkte. Lediglich in den Ländern Schleswig-Holstein (0,4 Prozentpunkte) und Hamburg (0,8 Prozentpunkte) verzeichnete die CDU leichte Gewinne. In allen anderen Bundesländern musste sie Verluste zwischen 0,7 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen und 4,8 Prozentpunkten im Saarland hinnehmen.

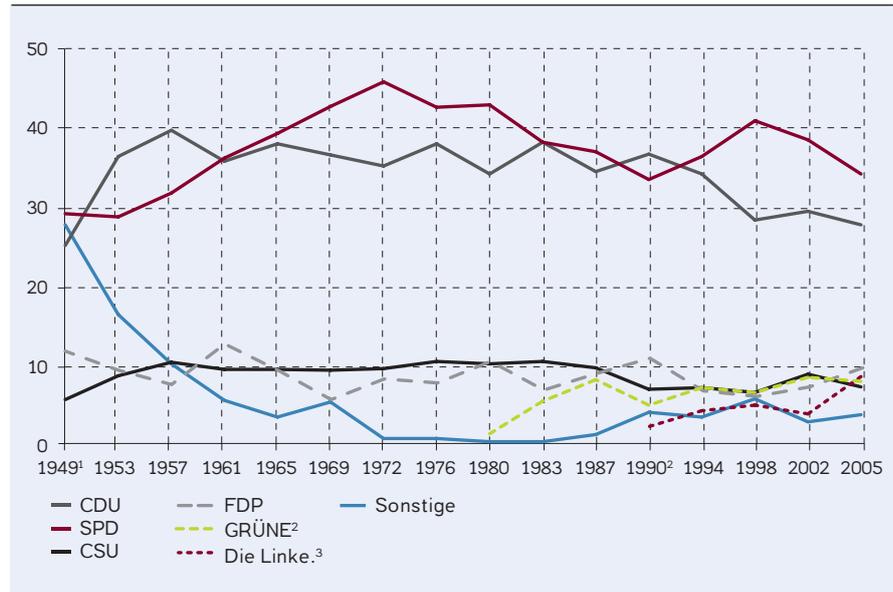
Für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 2005 ein erheblicher Verlust des Zweitstimmenanteils, und zwar von 58,6 % (2002) auf 49,2 % der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2005 nur noch 7,4 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet; ihr Zweitstimmenanteil ging damit gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 1,6 Prozentpunkte zurück.

Die GRÜNEN erhielten 2005 8,1 % aller gültigen Zweitstimmen und verloren damit 0,5 Prozentpunkte an Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2002. Sie hatten aber in sieben Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen, und zwar zwischen 0,1 Prozentpunkten in Niedersachsen und 0,7 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt.

Die FDP erreichte 2005 9,8 % der gültigen Zweitstimmen und damit 2,4 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 2002. Sie gewann in allen Ländern Zweitstimmenanteile zwischen 0,5 Prozentpunkten (in Sachsen-Anhalt) und genau fünf Prozentpunkten (in Bayern) hinzu.

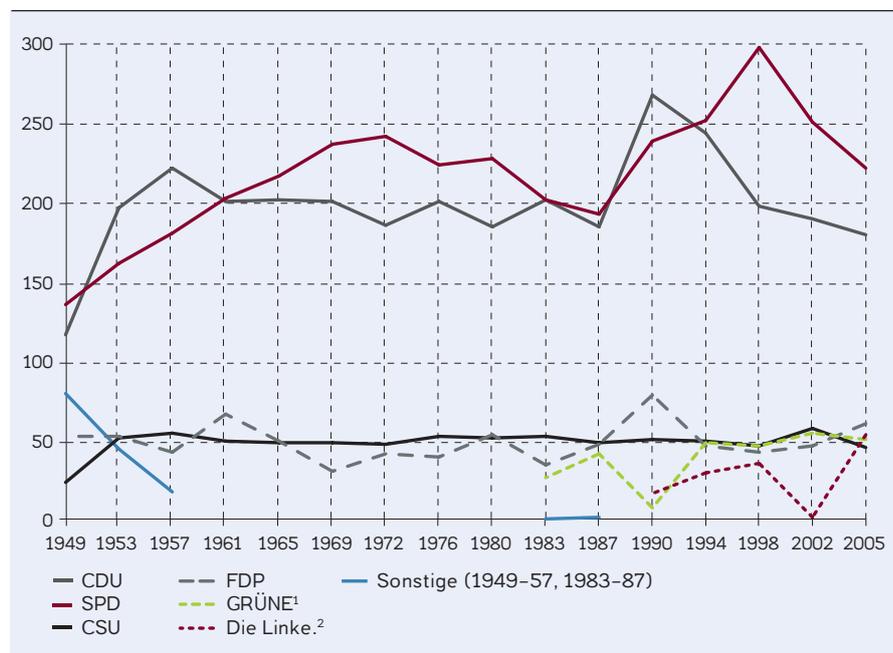
Die Linke. erhielt bei der Bundestagswahl 2005 8,7 % der gültigen Zweitstimmen und schaffte es – anders als 2002 mit einem Zweitstimmenanteil von genau 4 %

Abb. 1: Stimmanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen, in %



Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.
 1 Ohne Saarland.
 2 Einschl. Bündnis 90/Grüne.
 3 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag



Bis 1987: früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.
 1 Einschl. Bündnis 90/Grüne.
 2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

– die Sperrklausel (sog. 5 %-Hürde) zu überwinden. Die Linke. konnte in allen Ländern hinzugewinnen, und zwar zwischen 2,7 Prozentpunkten (in Bayern)

und 17,1 Prozentpunkten (im Saarland). Den zweithöchsten Gewinn verzeichnete sie in Sachsen-Anhalt mit 12,2 Prozentpunkten.

Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der großen Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) und die der verbleibenden Parteien (GRÜNE, FDP und Die Linke.) zusammen, ergeben sich für die Koalition 69,4 % und für die verbleibende Opposition 26,6 %. Bei der Bundestagswahl 2002 hatte die Differenz zwischen Koalition (SPD und GRÜNE) und Opposition (CDU, CSU und FDP) 1,2 Prozentpunkte betragen. → **Abb. 1, 2**

Mit der repräsentativen Wahlstatistik, die – seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 – zum zweiten Mal wieder bei einer Bundestagswahl durchgeführt wurde, lässt sich das Wählerverhalten bei einer Bundestagswahl nach Altersgruppen und Geschlecht sowie nach der Struktur der Wähler und Nichtwähler analysieren.

Aus der Untersuchung 2005 geht hervor, dass die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen mit insgesamt 78,1 % geringfügig hinter derjenigen der Männer (78,5 %) zurückblieb. In den Jahren 1953 und 1957 lag sie noch um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; jedoch haben sich die Werte mit der Zeit angeglichen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt sogar um 0,5 % über der Beteiligung der Männer.

Die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik zeigen, dass die altersspezifischen Abweichungen stärker ausgeprägt waren als die geschlechtsspezifischen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wurde bei den jungen Wählerinnen und Wählern festgestellt. Ab der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen steigt die Wahlbeteiligung mit dem Alter. In der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen gab es mit 85,0 % die höchste Wahlbeteiligung.

→ **Tab. 2**

Auf Grund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland haben die Frauen einen besonderen Einfluss auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 2005 wurden 51,9 % der gültigen Stim-

men von Frauen und 48,1 % von Männern abgegeben. Wie 2002 konnten SPD, CDU, CSU und GRÜNE mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der FDP, der Partei Die Linke. (früher PDS) und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überzog dagegen der Anteil der männlichen Wähler.

Frauen wählen die SPD genauso oft wie die Unionsparteien, Männer eher die Unionsparteien. Während bundesweit die SPD und CDU/CSU mit 34,2 bzw. 35,2 % der Zweitstimmen nur einen Prozentpunkt auseinander lagen, erzielten die Unionsparteien bei den Männern mit 34,8 % 2,0 Prozentpunkte mehr als die SPD. Bei den Frauen lag die SPD mit 35,5 % gleichauf mit den Unionsparteien.

→ **Abb. 3**

Bei der Bundestagswahl 2005 entsprach die Altersverteilung in der Wählerschaft der SPD in etwa der Altersverteilung der Gesamtwählerschaft. Die Unionsparteien dagegen rekrutierten ihre Wählerschaft überproportional aus den Kreisen älterer Wählerinnen und Wählern; 40,8 % von ihnen waren 60 Jahre und älter. In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die mittleren Altersgruppen; 28,8 % gehörten zur Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen und 27,8 % zu den 45- bis 59-Jährigen. In der Wählerschaft der FDP – verglichen mit den Wahlberechtigten –

waren junge Wähler überdurchschnittlich vertreten. In der Partei Die Linke. dominierten die 45- bis 59-Jährigen mit 33,3 %. → **Tab. 3**

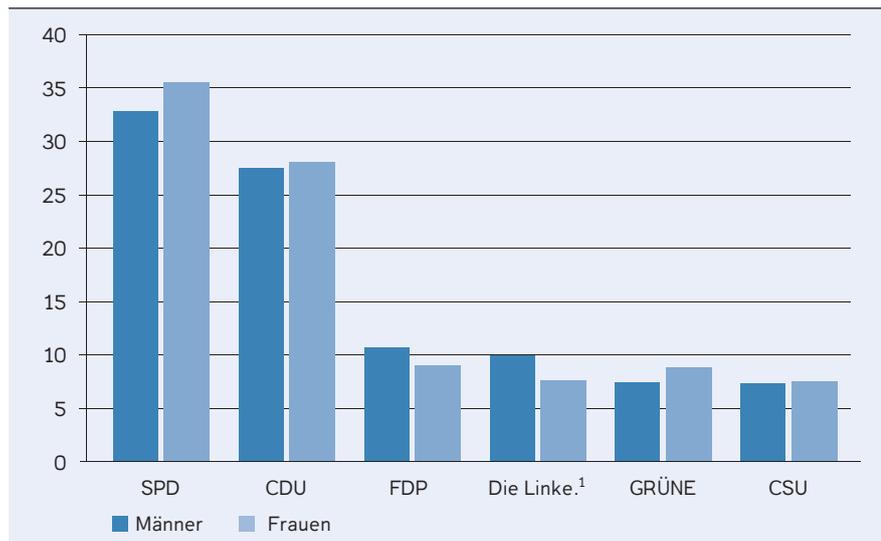
Frauen sind im Deutschen Bundestag noch immer deutlich unterrepräsentiert. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind und der Anteil der weiblichen Abgeordneten in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen ist, stellen sie im 16. Deutschen Bundestag mit 195 Mandaten nur ein Drittel der 614 Abgeordneten. Im 12. Deutschen Bundestag lag der Frauenanteil noch bei rund 20 %. Die GRÜNEN erreichten mit 56,9 % der Abgeordneten den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der Partei Die Linke. (48,1 %), der SPD (36,0 %), der FDP (24,6 %), der CDU (21,1 %) und der CSU (15,2 %). Am 22. November 2005 wurde nach sieben Bundeskanzlern mit Dr. Angela Merkel (CDU) zum ersten Mal eine Frau zur Bundeskanzlerin gewählt.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2005 bei 49,3 Jahren. Die Linke. hatte 2005 sowohl die ältesten männlichen Abgeordneten (Durchschnittsalter: 51,9 Jahren) als auch mit durchschnittlich 44,7 Jahren die jüngsten Parlamentarierinnen von allen im Bundestag vertretenen Parteien.

Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005, nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppen	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	in 1 000	in %				
unter 21	2 385	51,3	48,7	70,0	70,3	69,6
21-24	3 439	50,8	49,2	66,5	66,1	66,9
25-29	4 110	50,7	49,3	70,1	69,0	71,2
30-34	4 104	50,7	49,3	74,5	73,1	75,9
35-39	5 830	50,9	49,1	78,4	77,0	79,9
40-44	6 515	50,8	49,2	79,7	78,8	80,6
45-49	5 843	50,4	49,6	80,2	79,1	81,3
50-59	9 597	49,7	50,3	82,5	81,9	83,1
60-69	9 660	47,8	52,2	85,0	85,5	84,6
70 und mehr	10 387	37,4	62,6	76,7	82,7	73,1
Insgesamt	61 871	47,9	52,1	78,3	78,5	78,1

Abb. 3: Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 2005, in %



¹ Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005, nach Altersgruppen

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wähler/-innen im Alter von ... Jahren				
	18-24	25-34	35-44	45-59	60 und mehr
SPD	8,8	11,8	20,3	26,2	32,9
CDU	6,0	10,2	17,8	24,6	41,5
CSU	6,9	11,9	18,6	24,4	38,2
GRÜNE	11,0	16,5	28,8	27,8	16,0
FDP	9,3	16,4	20,6	24,1	29,6
Die Linke. ¹	7,3	10,5	20,4	33,3	28,6
Sonstige	14,3	17,9	24,7	23,5	19,6
dar.: NPD	20,2	19,9	22,9	21,6	15,4
dar.: REP	12,3	18,8	26,9	25,0	17,0
Insgesamt	8,2	12,3	20,4	26,0	33,1

¹ Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

Landtagswahlen

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Schleswig-Holstein mit 66,5 % erreicht; besonders niedrig war sie mit 44,4 % bei der Wahl 2006 in Sachsen-Anhalt. → **Tab. 4**

Allein regiert die CDU im Saarland und in Thüringen, die CSU in Bayern und die

SPD in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen regiert die CDU gemeinsam mit der FDP und in Bremen die SPD mit den GRÜNEN. Große Koalitionen regieren in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Schleswig-Holstein. In Hamburg regiert die CDU erstmals mit GRÜNE/GAL. In Berlin ist die SPD zum zweiten Mal mit Die Linke. (früher PDS) eine Koalition eingegangen. In Hessen amtiert eine geschäftsführende Regierung (CDU), da nach den letzten Landtagswahlen

2008 noch keine mehrheitsfähige Koalition gebildet werden konnte.

Europawahlen

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 2004 wurden 732 Abgeordnete (erstmalig auch in den zum 1. Mai 2004 beigetretenen Ländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) gewählt. Wie viele Abgeordnete ein Land vertreten, ergibt sich aus Artikel 190 Abs. 2 des EG-Vertrags. Deutschland stehen danach weiterhin 99 Mandate zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Insgesamt gingen im Juni 2004 rund 160 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 61,7 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 13. Juni 2004 nur 43 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dies war ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,2 Prozentpunkte gegenüber 1999. Wenn man von Belgien, Luxemburg und Griechenland absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in Malta mit 82,4 %, in Italien mit 73,1 % (1999: 70,8 %) und in Zypern mit 71,2 % am höchsten, während sie in Estland mit 26,8 %, in Polen mit 20,9 % und in der Slowakei mit 17 % am niedrigsten lag. In zehn der übrigen 24 EU-Staaten war die Wahlbeteiligung höher als in Deutschland. Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 17,9 Prozentpunkte und wurde in Spanien registriert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass lediglich in fünf EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 1999 zwischen 1,7 und 14,8 Prozentpunkten gestiegen, in

Tab. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen

	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmen				
			CDU/CSU ¹	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke. ²
in %							
Baden-Württemberg	2006	53,4	44,2	25,2	10,7	11,7	-
Bayern ³	2003	57,1	60,7	19,6	2,6	7,7	-
Berlin ⁴	2006	58,0	21,3	30,8	7,6	13,1	13,4
Brandenburg ⁴	2004 ⁵	56,4	19,4	31,9	3,3	3,6 ⁶	28,0
Bremen	2007 ⁷	57,6	25,7	36,7	6,0	16,5	8,4
Hamburg	2008	63,5	42,6	34,1	4,8	9,6 ⁸	6,4
Hessen ⁴	2008	64,3	36,8	36,7	9,4	7,5	5,1
Mecklenburg-Vorpommern ⁴	2006 ⁹	59,1	28,8	30,2	9,6	3,4	16,8
Niedersachsen ⁴	2008	57,1	42,5	30,3	8,2	8,0	7,1
Nordrhein-Westfalen	2005	63,0	44,8	37,1	6,2	6,2	0,9
Rheinland-Pfalz ⁴	2006	58,2	32,8	45,6	8,0	4,6	-
Saarland	2004	55,5	47,5	30,8	5,2	5,6	2,3
Sachsen ⁴	2004 ¹⁰	59,6	41,1	9,8	5,9	5,1	23,6
Sachsen-Anhalt ⁴	2006	44,4	36,2	21,4	6,7	3,6	24,1
Schleswig-Holstein ⁴	2005 ¹¹	66,5	40,2	38,7	6,6	6,2	0,8
Thüringen ⁴	2004	53,8	43,0	14,5	3,6	4,5	26,1

1 CSU nur in Bayern.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

4 Zweitstimmen.

5 Die DVU erzielte 6,1% der Stimmen.

6 GRÜNE/B 90.

7 Die DVU erzielte 2,7% der Stimmen.

8 GRÜNE/GAL.

9 Die NPD erzielte 7,3% der Stimmen.

10 Die NPD erzielte 9,2% der Stimmen.

11 Der SSW erzielte 3,6% der Stimmen.

allen anderen EU-Staaten jedoch zwischen 0,2 und 17,9 Prozentpunkten gesunken ist. → **Abb. 4**

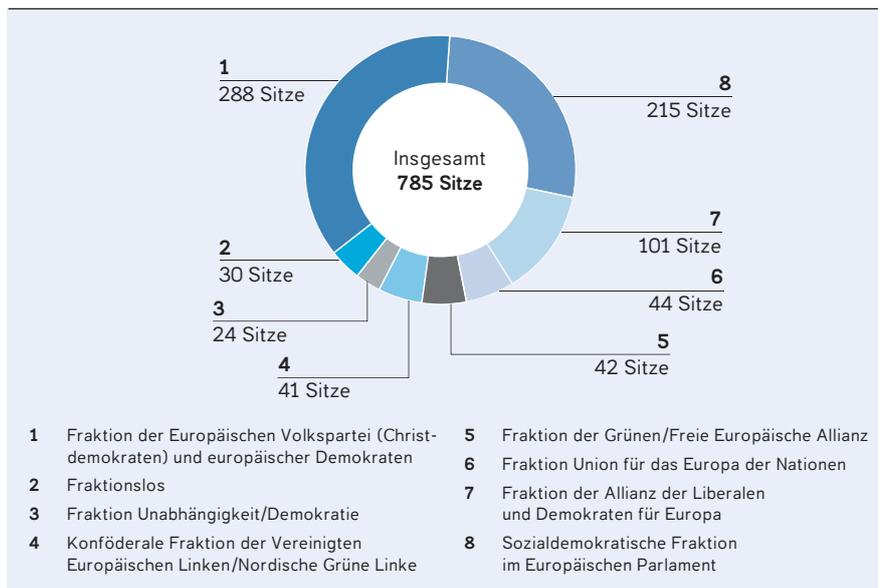
Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielt die

CDU 40, die SPD 23, die CSU 9, die GRÜNEN 13, Die Linke. 7 und die FDP 7 Sitze.

Am 1. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Dadurch erhöhte

sich die Zahl der Abgeordneten auf 785. Bulgarien hat 18 Sitze und Rumänien 35 Sitze im Europäischen Parlament. In Bulgarien fanden die Wahlen am 20. Mai 2007 und in Rumänien am 25. November 2007 statt.

Abb. 4: Sitzverteilung im Europäischen Parlament, nach Fraktionen



- 1 Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
- 2 Fraktionslos
- 3 Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
- 4 Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

- 5 Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
- 6 Fraktion Union für das Europa der Nationen
- 7 Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- 8 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament

Stand: März 2008.

Quelle: Europaparlament.

14.1.2 Mitgliedschaft in Parteien

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht:

1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (FDP).

Zu Beginn der 1980er Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft. Bei der Bundestagswahl 2005 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 8,1 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch Die Linke. (früher PDS) im Deutschen Bundestag vertreten. Nur 1998 und 2005 erreichte sie einen Zweitstimmenanteil von über 5 %. 1990, 1994 und 2002 kam sie aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,4 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei.¹ Das entspricht einem Anteil von rund 2,3 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter und es sind rund ein Drittel weniger als 1990.

Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an.

Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 2007 besaßen rund 540 000 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 30,9 % Ende 2007.

Im Unterschied zur katholischen Zentrumspartei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im Dezember 2007 auf 537 000, von ihnen waren 25,4 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 2007 insgesamt 166 000 Mitglieder, darunter 18,8 % weibliche Mitglieder.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete FDP will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die FDP will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 2007 hatte die FDP rund 64 000 Parteimitglieder, davon waren 22,8 % Frauen.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in »Bürgerinitiativen« engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler

Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen. Aus dieser Bewegung sind auch die »grünen« Parteien mit ihren über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als »Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN« zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 2007 bei rund 44 000, etwa 37,3 % der Mitglieder waren Frauen.

»Die Linke.« (früher PDS) hatte Ende 2006 insgesamt 60 000 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei 44,4 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatte Die Linke. bundesweit einen Zweitstimmenanteil von 8,7 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 25,3 %. Bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern lag der Anteil der Partei Die Linke. mit Ausnahme der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (16,8 %) meist deutlich über 20 %. Im Juni 2007 fusionierte »Die Linke.« mit der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei DIE LINKE. Die fusionierte Linke zählte 2007 rund 72 000 Mitglieder, davon waren etwa 39,2 % Frauen.

14.1.3 Religiöses Leben

Die Bevölkerung in Deutschland gehört überwiegend einer der beiden christlichen Volkskirchen an, und zwar je zu knapp einem Drittel der katholischen und der evangelischen Konfession. Eine Minderheit von 2,5 % (rund 2 Mill.)² bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, z. B. zu einer orthodoxen Kirche

oder zu einer evangelischen Freikirche. Ein weiteres gutes Drittel (34,5 %) der Bevölkerung gehört einer anderen oder keiner Glaubensgemeinschaft an. **i**

Der Anteil der Katholiken ist regional im Süden und Westen Deutschlands überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Im Norden überwiegt dagegen die evangelische Bevölkerung.

2006 gehörten in Deutschland knapp 106 000 Menschen einer jüdischen Gemeinde an. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren, so z.B. der Islam, der im Jahr 2005 in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise 3,2 Mill. Anhängerinnen und Anhänger hatte.³

i Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Staatskirche. Bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in umfassender Weise geregelt, ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes übernommen worden. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Volkskirchen genießen weitgehende Rechte, so z.B. das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben oder auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten Einfluss zu nehmen.

Tab. 5: Katholische Kirche

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Teilnehmer am sonntäglichen Gottesdienst
in 1000					
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 190	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
2000	26 817	233	65	269	4 421
2001	26 656	223	54	265	4 248
2002	26 466	213	54	267	4 031
2003	26 165	206	51	274	3 981
2004	25 986	201	49	257	3 849
2005	25 870	196	50	258	3 688
2006	25 685	188	50	253	3 606

Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

Katholische Kirche⁴

Ende 2006 lebten rund 26 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 31,2 % und ist seit 1990 (35,4 %) leicht zurückgegangen.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 12 521 in 2006. In der Pfarrseelsorge waren in diesem Jahr rund 8 500 Weltpriester und Ordenspriester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 3 000 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des katholischen kirchlichen Lebens zeigt die Tabelle 5. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefiern ging im früheren Bundesgebiet zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % zurück. 2006 besuchten rund 3,6 Mill. Menschen die Sonntagsmesse. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefiern höher. → **Tab. 5**

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen in der katholi-

schen Kirche gegenüber 1960 muss im Zusammenhang mit der allgemeinen Abnahme der Eheschließungen und den geringeren Geburtenzahlen gesehen werden. 2006 wurden laut Geburtenstatistik 253 000 Kinder mit einem oder zwei katholischen Elternteilen geboren und im selben Jahr 188 000 Kinder katholisch getauft. Gemäß Eheschließungsstatistik war bei 162 000 Eheschließungen mindestens ein Ehepartner katholisch, es wurden aber nur 50 000 katholische Trauungen vollzogen. Im selben Jahr sind laut Sterbestatistik 281 000 Katholikinnen und Katholiken verstorben und 253 000 katholische Bestattungen vorgenommen worden.

Zusammenfassend ist die Bereitschaft zur katholischen Taufe – auch wenn hier Taufen nach dem ersten Lebensjahr mitberücksichtigt sind – und zur kirchlichen Bestattung nach wie vor weit verbreitet. Kirchliche Trauungen sind dagegen weniger häufig.

Neben der demografischen Entwicklung wirken sich die Kircheneintritte und -austritte auf die Zahl der Mitglieder aus. Im Jahr 2006 traten rund 84 400 Personen aus der katholische Kirche aus und 16 000 Personen traten ein bzw. wurden wieder aufgenommen.

Tab. 6: Evangelische Kirche

Jahr	Mitglieder	Taufen ¹	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Abendmahlsgäste
1963	28 796	476	204	330	7 727
1970	28 378	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1989	25 132	252	101	321	9 569
1990	25 156	257	104	327	9 391
2000	26 614	230	70	331	10 722
2001	26 454	224	59	323	10 587
2002	26 211	213	59	323	10 595
2003	25 836	205	56	327	10 687
2004	25 630	204	55	309	10 899
2005	25 386	200	56	311	10 676
2006	25 101	189	55	310	10 678

Ohne evangelische Freikirchen. – Angaben 1963–1990 früheres Bundesgebiet.

1 Ohne Erwachsenentaufen.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) – Referat Statistik, Hannover.

Evangelische Kirche⁵

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfasste Ende 2006 25,1 Mill. Mitglieder. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 30,5 %. Im Jahre 1990 lag dieser Anteil noch bei rund 36,9 % und ist seitdem kontinuierlich zurückgegangen.

In den 23 Gliedkirchen der EKD waren Ende 2005 insgesamt 22 600 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst in Deutschland standen 14 700 Pfarrerinnen und Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 700 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500.

Im Jahre 2006 standen in den Gliedkirchen der EKD 189 000 evangelische Kindertaufen 232 000 Neugeborene mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen gegenüber. Hierbei ist zu beachten, dass die »Spättaufen« eingerechnet sind, d.h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren. Im selben Jahr wurden laut Eheschließungsstatistik 165 000 Ehen mit mindestens einem evangelischen Ehepartner geschlossen und 55 000 Trauungen evangelisch vollzogen. Von den gemäß Sterbestatistik 345 000 registrierten Sterbefällen evangelischer Personen wur-

den 338 000 auch evangelisch bestattet. Während die kirchliche Bestattung und die Taufe verbreitet bleibt, wird – wie auch bei den Katholiken – die kirchliche Trauung weniger praktiziert.

Insgesamt nahmen 2006 in der evangelischen Kirche in Deutschland rund 10,7 Mill. Personen an Abendmahlsfeiern in der Kirche und bei Haus- und Krankenabendmahlsfeiern teil. Die Beteiligung am Abendmahl nahm in den westlichen Gliedkirchen von 1972 bis 1985 bedeutend zu und ging danach bis 2006 um 13 % zurück. In den östlichen Gliedkirchen und in Deutschland insgesamt war 1997 bis 2006 nur ein leichter Rückgang der Anzahl der Abendmahlsgäste erkennbar. → Tab. 6

Im Jahr 2006 betrug die Zahl der Kirchengaustritte 122 000. Zum Teil werden diese von den 63 500 Aufnahmen in die evangelische Kirche in 2006 kompensiert, deren Zahl auch Übertritte, Wiederaufnahmen und Erwachsenentaufen beinhalten.

14.1.4 Zusammenfassung

Fast bei allen Wahlen war eine abnehmende Wahlbeteiligung festzustellen. Bei

der Bundestagswahl 2005 war die niedrigste Wahlbeteiligung (77,7 %) seit Bestehen der Bundesrepublik zu beobachten. Bei einigen Landtagswahlen ging die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen sogar um über zehn Prozent zurück (z. B. 2006 in Berlin oder Sachsen-Anhalt). Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den unter 30-Jährigen. Bei der letzten Bundestagswahl lag sie bei 68,8 % (Westdeutschland 69,7 %, Ostdeutschland 65,7 %). Die Mitgliederzahl der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahm von 1990 bis 2006 um rund ein Drittel ab. Sie betrug 1990 noch 2,3 Mill., 1995 1,9 Mill., 2000 1,7 Mill. und lag 2007 nur noch bei rund 1,4 Mill.

Nicht nur die Mitgliederzahlen der Parteien nehmen ab. Auch die beiden großen Kirchen verlieren weiter an Mitgliedern. Allerdings sind Taufen und kirchliche Bestattungen nach wie vor weit verbreitet. Dagegen sind kirchliche Hochzeiten seltener geworden. Nur ca. ein Drittel der Eheschließungen, bei denen ein oder beide Partner der Evangelischen oder Katholischen Kirche angehören, fanden in einer Kirche statt.

1 Angaben jüngerer Datums zur Parteimitgliedschaft nach Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, Vorabversion 2008.

2 Zahlen nach Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst e. V. (REMID).

3 Zahlen nach Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland e. V.

4 Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

5 Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland.

Demokratie sichert den Bürgern das Recht auf politische Selbstbestimmung. Durch Wahlen bestimmen sie ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einer Demokratie. In diesem Zusammenhang spricht man auch von politischer Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen sowie über Politik- und Parteienverdrossenheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger heute weniger politisch beteiligen als früher. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Und, auch noch mehr als 15 Jahre nach der deutschen Vereinigung stellt sich die Frage, ob die Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die der alten Bundesländer politisch integriert sind und in ähnlicher

Stärke Zugang zum politischen Willensbildungsprozess suchen.

14.2.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst. In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands war er am höchsten. Zwischen 1980 und 2006 lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren in Westdeutschland bei 30 %, 1969 waren es lediglich 18 % gewesen. Langfristig gesehen sind heute also mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert als noch vor gut drei Jahrzehnten.

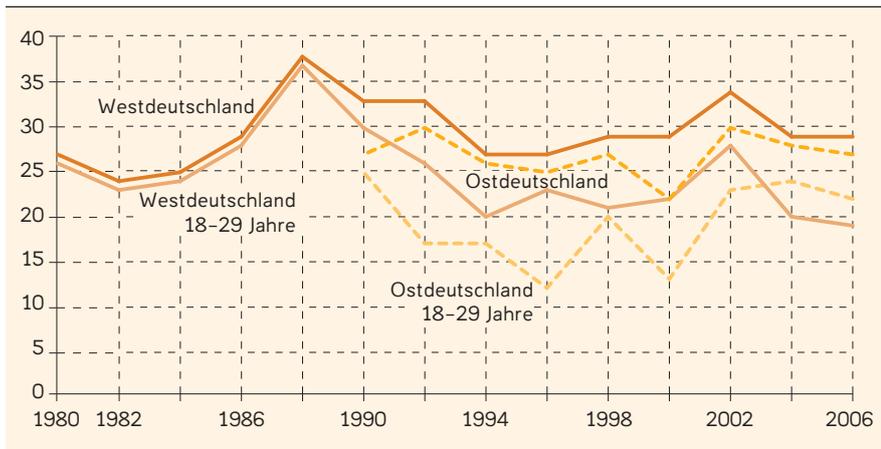
Allerdings hat das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen und war Mitte der 1990er Jahre fast auf das Niveau der frühen 1980er Jahre abgesunken. Zwischen 1994 und 2002 stieg das politische Interesse insbesondere in den alten Bundesländern wieder an, sank 2004 jedoch wieder ab und hat sich seitdem nicht stark

verändert. In Ostdeutschland sind im Durchschnitt etwas weniger Bürger stark oder sehr stark an Politik interessiert als in Westdeutschland.

Deutlicher ist der Unterschied im Ausmaß des politischen Interesses zwischen den jüngeren und älteren Bürgern, der in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten ist. Unter den bis 29-Jährigen finden sich weit weniger politisch Interessierte als unter denjenigen, die 30 Jahre und älter sind. Dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen existiert seit 1991. Davor war das Interesse der Jüngeren nur unmaßgeblich geringer ausgeprägt. Das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen liegt deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt und hat vergleichsweise stärker abgenommen. In Westdeutschland öffnete sich diese Schere sehr rasch zwischen 1991 und 1992. Im Durchschnitt der Bevölkerung liegt der Anteil der stark oder sehr stark Interessierten seitdem etwa sieben Prozentpunkte höher als bei den 18- bis 29-Jährigen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ostdeutschland zu konstatieren. 2002 hatte sich der Abstand zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den jüngeren Bevölkerungsgruppen zwar verringert, danach ist er jedoch wieder gewachsen. 2006 lag der Anteil der politisch Interessierten in den alten Bundesländern zehn Prozentpunkte unter dem der älteren Bevölkerungsgruppen. Das ist die größte Kluft, die in Westdeutschland bisher festzustellen war. Sie ist größer als die zwischen den jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen in Ostdeutschland. Mehr noch, der Anteil der politisch Interessierten unter den Jüngeren ist in Westdeutschland seit 2004 niedriger als in Ostdeutschland. → **Abb. 1**

In Bezug auf die Wahlbeteiligung ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Zum einen war die Wahlbeteiligung bei den

Abb. 1: Politisches Interesse in der Bundesrepublik, in %



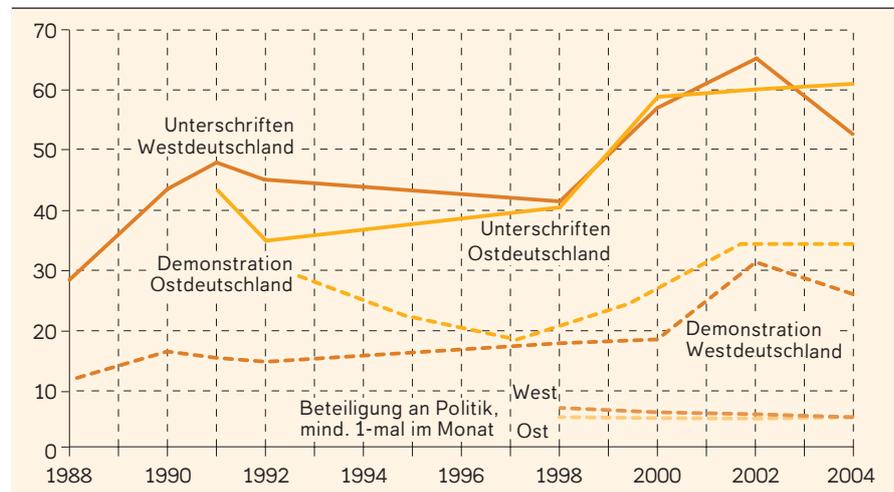
Datenbasis: ALLBUS 1980-2006.

Bundestagswahlen von 1990 bis 2005 niedriger als bei allen Bundestagswahlen seit 1953. Bis 1983 betrug sie immer – zum Teil erheblich – mehr als 85 %. Bei den letzten fünf Bundestagswahlen seit 1990 lag die Wahlbeteiligung viermal unter 80 %, nur 1998 waren es 82,2 %. Zum anderen ist sie bei den Erst- (18 bis 20 Jahre) und Jungwählern (21 bis 25 Jahre) sogar stärker abgesunken als im Durchschnitt. Nur die hier als Jungwähler bezeichnete Altersgruppe lässt sich seit 1961 beobachten, da die Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung mit 18 Jahren erst seit 1972 gelten. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jungwähler lag, mit kleineren Schwankungen zwischen 1961 und 1983, etwa 8,6 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt. 1987 lag sie bereits zehn Prozentpunkte darunter, seitdem immer deutlich mehr als zehn Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung (Weiteres siehe Kap. 14.1.1).

Bürger können neben institutionellen Formen der Beteiligung, wie z. B. Wahlen, auch Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste und Boykotts nutzen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Leben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er Jahre kontinuierlich zu-

genommen. In diesem Zusammenhang ist von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen worden, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung als normale politische Handlungsformen etablierten. Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der so genannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, der Beteiligung an Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 1990er Jahren recht stabil und steigen am Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. Zwischen 40 und 50 % gaben in den 1990er Jahren an, sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt

Abb. 2: Politische Beteiligung, in %



Datenbasis: ALLBUS 1988-2004.

zu haben. Seit 2000 liegen die Anteile immer deutlich über 50 %. An Demonstrationen hatten in den 1990er Jahren etwa 20 % der Bevölkerung teilgenommen, 2002 waren es sogar über 30 %. In Ostdeutschland sind die Zahlen weiter angestiegen und erreichen 2004 mit 45 Prozent einen bisherigen Höchststand, in Westdeutschland sind sie zwischen 2002 und 2004 etwas gesunken.

Im Unterschied zur Dynamik der Entwicklung bei der Nutzung nicht institutionalisierter Formen der politischen Beteiligung ist die Häufigkeit, mit der Bürger sich in der Politik beteiligen, nahezu konstant. 1998 wie 2004 geben zwischen fünf und sieben Prozent der Bürger an, mindestens einmal im Monat politisch aktiv zu sein, sei es in Parteien, der Kommunalpolitik, in Bürgerinitiativen oder anderen Zusammenhängen. Ein Unterschied zwischen Ost und West ist in der Häufigkeit der Beteiligung nicht festzustellen. → Abb. 2

Die auf Altersgruppen bezogenen Unterschiede weisen bei den nicht-institutionalisierten Formen der Beteiligung ein im Vergleich zum politischen Interesse oder zur Wahlbeteiligung umgekehrtes Gefälle auf: Es sind vor allem die Jüngeren, die sich dieser Formen der Partizipation bedienen. Die Altersgruppenunterschiede

sind jedoch in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer geworden. Das liegt nicht an einem generellen Rückgang, sondern daran, dass auch Bürger älterer Altersgruppen diese Beteiligungsformen für sich entdeckt haben. Die nicht institutionalisierten Formen politischer Aktivität haben inzwischen ihren Ruf, unkonventionell zu sein, verloren und sind für alle zu einer normalen Form der Artikulation geworden.

14.2.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedenem Wege für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems.

Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind.

Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies jedoch in

Tab. 1: Mitgliedschaft in Organisationen, 1976–1998

	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	1976	1980	1986	1992	1998	1992	1998
	in %						
Arbeit und Wirtschaft							
Gewerkschaften (total)	17	16	15	16	13	27	15
DGB	13	13	14	14	9	25	14
DAG	4	3	2	2	4	3	1
CGB	0	–	0	0	0	0	0
Beamtenbund	3	2	2	2	2	1	0
Berufsverbände							
Selbständige, freiberuflich	–	–	1	1	1	1	2
Andere	4	3	5	5	5	5	3
ULA, leitende Angestellte	–	–	0	0	1	0	0
Bauernverband	2	1	1	1	1	0	0
Gewerbeverband	2	1	2	1	2	2	2
Wirtschafts- und Arbeitg.-Verband	1	1	0	0	1	0	0
Politisch oder wertgebunden							
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	0	1
Politische Parteien	6	5	4	4	3	3	2
Andere politische Vereinigung	–	0	0	1	2	0	1
Religiöse Organisationen	5	6	6	6	3	2	1
Soziales							
Vertriebenenverband	2	1	1	1	1	0	1
Sozial- oder Wohlfahrts-Verband	2	3	4	3	4	1	1
Jugendorganisation	2	1	1	1	1	1	0
Freizeit							
Gesangsverein	6	7	6	6	6	2	2
Sportverein	22	23	29	30	28	10	12
Heimat-Verein	7	6	6	5	6	1	1
Sonstige gesellige Vereine (Kegelclub usw.)	–	11	8	5	7	1	3
Andere Freizeitvereine	–	5	5	8	11	3	4
Andere Organisationen	11	10	13	11	6	8	6
Mitglieder insgesamt	54	59	63	63	59	53	41
Mitgl. in Interessengruppen	32	29	31	31	31	40	25
Mitgl. in Freizeitvereinen	29	39	42	43	43	16	20
Mitgl. nur in Freizeitvereinen	16	24	26	27	26	9	12
N = 100 Prozent	2 036	2 955	3 070	2 308	2 070	1 141	1 012

– nicht gefragt

»Andere politische Vereinigung«: ALLBUS 1980–1992 Nennungen »Menschenrechtsverein«, »politischer Verein«, »Minderheitengruppe«, »internationale Beziehungen« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen«, entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen, ALLBUS 1998 Kategorie »alternative politische Gruppe«. 1980–1992 Nennungen »Berufsverbände«, »Berufsvereine« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen« wurden der Kategorie »Berufsverbände, - andere« zugeordnet und entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen.

Datenbasis: ZUMA-Bus 1 1976 (ungewichtet); 1980, 1986 und 1992 aus kumuliertem ALLBUS (bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet), ALLBUS 1998; jeweils erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

großem Umfang, weist es darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen mittleren Organisationsgrad von 55 bis 60 % aus, wenn alle Organisationen, sowohl

Interessengruppen als auch Freizeitvereinigungen, betrachtet werden. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Der Anteil der Bürger, die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne waren, lag zwischen 1986 und 1998 in den alten Bundesländern relativ konstant bei etwa 30 %. Demgegenüber ist im selben Zeitraum der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen organisiert ist, von 29 % auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht.

In den neuen Bundesländern lag 1992 der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch neun Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zu Lasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitgliederanteile um drei Prozentpunkte feststellen. Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinander entwickelt. Interessengruppen konnten an dem Aufwärtstrend der Mitgliedschaften generell nicht teilhaben. → **Tab. 1**

Jüngere Daten für die Jahre 2002 und 2006 weisen allerdings darauf hin, dass inzwischen auch Freizeitorganisationen von einem Mitgliederschwund betroffen sind. Sportvereine verweisen seit längerer Zeit auf diese Entwicklung und die damit entstehenden Probleme, die nicht nur finanzieller, sondern auch sozialer Art seien, da die Mitgliedschaft in Vereinen gemeinschaftsbildend und integrierend wirke.

Tab. 2: Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen 2002

Organisation im Bereich	Mitgliedschaft			An Aktivität teilgenommen		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
	in %					
Arbeit und Wirtschaft						
Gewerkschaft	14	14	14	3	3	4
Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband	9	10	5	3	4	2
Politisch oder wertgebunden						
Politische Partei	3	4	2	4	4	3
Religiös oder kirchlich	19	21	12	9	10	5
Humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten, Immigranten	6	6	3	3	3	2
Umweltschutz, Frieden, Tierschutz	6	7	3	4	4	2
Sonstige						
Verbraucherschutz, Automobilklub	28	29	27	1	1	1
Wissenschaft, Bildung, Lehrer oder Eltern	6	6	4	5	5	3
Andere	7	7	7	4	4	3
Freizeit						
Sportverein, Aktivitäten im Freien	32	35	21	21	22	14
Kulturelle oder Freizeitaktivitäten	17	18	12	14	15	11
Hobby und Freizeit	13	14	12	10	11	9
Mind. 1-mal Mitglied/aktiv						
Alle gelisteten	71	73	64	44	47	34
Ohne Verbraucherschutz, Automobilklub, Wissenschaft, Bildung	65	67	56	43	45	33
Interessengruppen insgesamt¹	40	43	31	18	20	12
Freizeitorgan. insgesamt ²	45	48	34	33	35	25
N = 100 Prozent	2919	1831	1088	2919	1831	1088

1 Interessengruppen: Bereiche »Arbeit und Wirtschaft«, »politisch oder wertgebunden«.

2 Freizeit: Bereich »Freizeit«.

Datenbasis: European Social Survey, 1. Welle, 2002/2003, deutscher Studienteil; Deutschland gesamt designgewichtet.

Obwohl die Anteile der Bürger, die in Interessengruppen oder Freizeitorganisationen Mitglied sind, zwischen 2002 und 2006 gefallen sind, hat sich das nicht in gleicher Weise auf das freiwillige Engagement der Bürger ausgewirkt. Grundsätzlich sind freiwillige Aktivitäten im Freizeitbereich weitaus häufiger als im Bereich der Interessengruppen. Während im Freizeitbereich etwa drei Viertel der Mitglieder auch für den Verein aktiv wird, ist

dies im Bereich der organisierten Interessen im Durchschnitt allenfalls für die Hälfte der Fall. Die Unterschiede zwischen den Organisationen sind allerdings beträchtlich. Der von vielen Freiwilligen beklagte Trend zum Rückzug aus der Aktivität lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht bestätigen, wohl aber ein Rückgang formaler Mitgliedschaften in Organisationen. Die so genannte Mitgliederkrise hält an. → **Tab. 2, 3**

Auch bei den Gewerkschaften hat sich der Mitgliederrückgang fortgesetzt. Der massive Rückgang der Mitgliederanteile an der erwachsenen Bevölkerung in den Jahren 1992 bis 1998 hat sich zwar deutlich abgeschwächt, aber seit 2002 langsam weiter fortgesetzt. Die durchschnittlichen Organisationsgrade unterscheiden sich zwischen Ost- und Westdeutschland kaum noch. Allerdings gibt es nach wie vor eine deutliche Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt. Die Jüngeren sind deutlich seltener gewerkschaftlich organisiert. Diese Entwicklung verläuft in Ostdeutschland kontinuierlich und rapide, in Westdeutschland ist die Lücke zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den Jüngeren nicht weiter aufgegangen.

➔ Abb. 3

Mitgliederrückgänge verzeichnen auch die politischen Parteien. Wenn sich aus den Umfragedaten kein eindeutiger Trend ableiten lässt, hat das vor allem damit zu tun, dass die Zahl der Parteimitglieder in repräsentativen Umfragen naturgemäß sehr klein ist und damit die Messfehler recht groß sind. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich aber eine ähnlich negative Entwicklung wie bei den Gewerkschaften beobachten. 1990 waren noch 3,8 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert, 2007 waren es nur noch 2,3 %. In absoluten Zahlen haben die Parteien zwischen 1990 und 2007 etwa 865 000 Mitglieder verloren. Das entspricht fast 38 % der Mitgliedschaft des Jahres 1990 (vgl. auch 14.1.2).

➔ Abb. 4

14.2.2 Zusammenfassung

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch 1990;

Tab. 3: Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen 2006

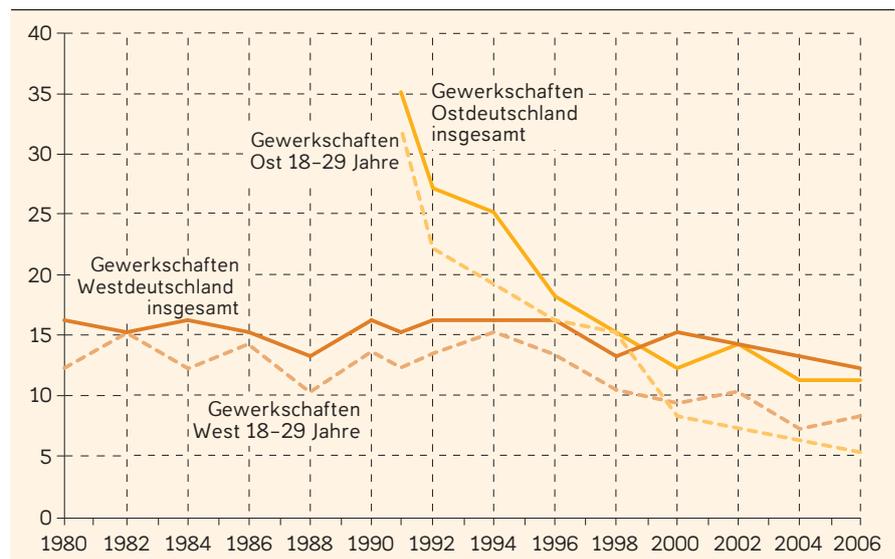
Organisation im Bereich	Mitgliedschaft			An Aktivität teilgenommen		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
in %						
Arbeit und Wirtschaft						
Gewerkschaft	9	10	7	4	4	3
Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband	7	7	5	3	3	3
Politisch oder wertgebunden						
Politische Partei	2	2	2	2	2	2
Religiös oder kirchlich	19	21	12	11	12	6
Humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten, Immigranten	5	5	3	7	8	5
Umweltschutz, Frieden, Tierschutz	5	5	3	6	7	5
Sonstige Interessengruppen	9	9	10	8	7	9
Freizeit						
Sportverein, Aktivitäten im Freien	26	28	18	20	21	17
Kulturelle oder Freizeitaktivitäten	15	16	11	20	20	17
Hobby und Freizeit	12	12	10	11	11	11
Mind. 1-mal Mitglied/aktiv						
Alle gelisteten	56	58	47	42	43	36
Interessengruppen insgesamt ¹	35	38	25	21	22	15
Freizeitorganisat. insgesamt ²	37	39	28	33	34	28
N = 100 Prozent	2 916	1 901	1 015	2 916	1 901	1 015

1 Interessengruppen: Bereiche »Arbeit und Wirtschaft«, »politisch oder wertgebunden«.

2 Freizeit: Bereich »Freizeit«.

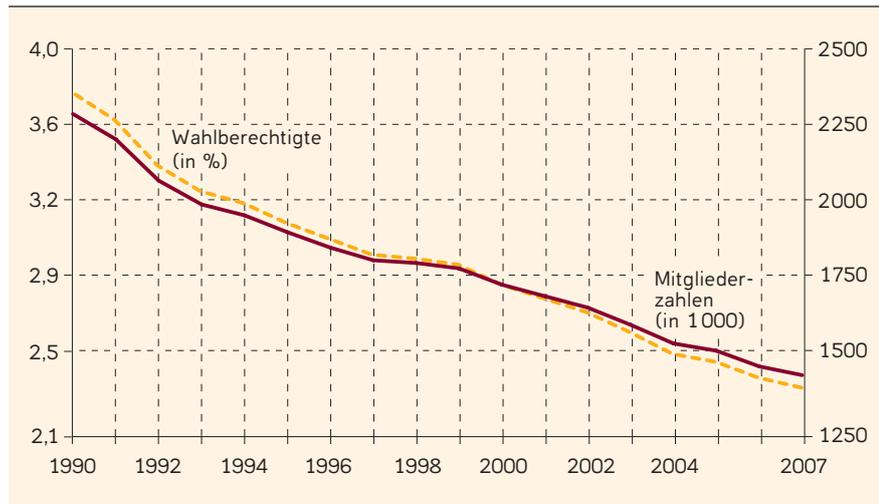
Datenbasis: European Social Survey, 3. Welle, 2006/07, deutscher Studienteil, Deutschland gesamt designgewichtet.

Abb. 3: Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft im Zeitverlauf, in %



Datenbasis: ALLBUS 1980-2006.

Abb. 4: Wahlberechtigte und Parteimitglieder im Zeitverlauf



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland, 2008.

Interessengruppen und Parteien verlieren an Mitgliederattraktivität. In jüngster Zeit scheinen davon auch die Freizeitorganisationen nicht verschont zu sein. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Dass jedoch die traditionellen Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik gerade bei den Jüngeren und den Bürgern Ostdeutschlands abgeschwächt hat, sollte als Warnsignal beachtet werden.

14.3 Einstellungen zur Demokratie

Dieter Fuchs
Edeltraud Roller

Eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität und Qualität einer demokratischen Herrschaftsordnung ist die Unterstützung der Demokratie durch ihre Bürger sowie das Vorliegen einer nationalen Identität. Die Unterstützung der Demokratie kann sich auf drei Aspekte beziehen: auf die Demokratie als Staatsform allgemein, auf die Form der Demokratie in einem Land, so wie sie durch die Verfassung festgelegt ist, und auf das Funktionieren der Demokratie in diesem Land.

14.3.1 Unterstützung der Demokratie als Staatsform

In Westdeutschland wird sowohl im Jahr 2000 als auch im Jahr 2005 von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bürger die Demokratie als die beste Staatsform bezeichnet. Nur eine ganz kleine Minderheit sieht eine andere Staatsform als besser an, wobei in der Frage ganz bewusst offen gelassen ist, um was für eine Staatsform es sich dabei handeln könnte. Auch in Ost-

deutschland wird die Demokratie von einer klaren Mehrheit als die beste Staatsform angesehen. Allerdings sind es 2005 immerhin 22 % der Bürger, die meinen, dass es eine andere Staatsform gibt, die besser ist. → Tab. 1

Im Westen wird auch die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform eingeschätzt. Im Jahre 2000 liegt die Zustimmung bei 80 % der Bürger, dann sinkt die Unterstützungsrate etwas ab, um im Jahr 2006/07 wieder anzusteigen. In diesem Jahr sind 89 % der Bürger der Meinung, dass die Demokratie in Deutschland die beste Staatsform an, im Jahre 2005 sank diese Zustimmung noch weiter ab, um 2006/07 auf 63 % anzusteigen.

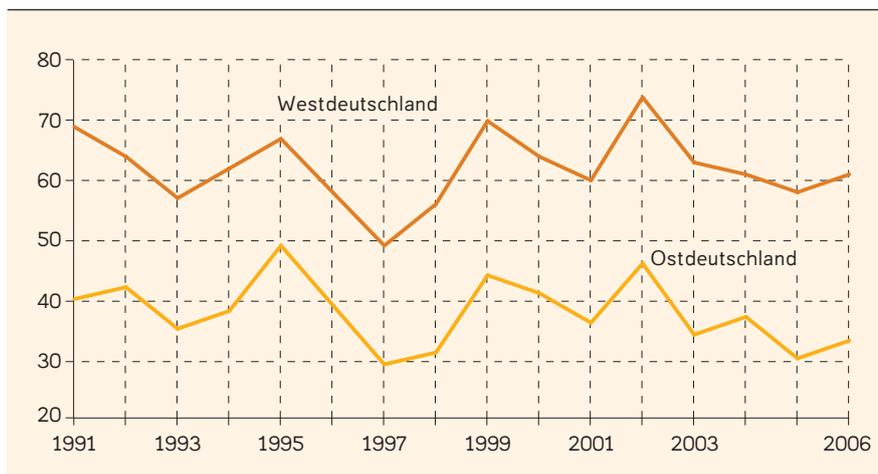
Nach diesen empirischen Befunden wird im Jahre 2006/07 sowohl die Demokratie allgemein als auch die Demokratie in Deutschland von einer klaren Mehrheit der Bürger als die beste Staatsform angesehen. Dies gilt sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Bundesländern, auch wenn die Unterstützung im Osten etwas geringer ausgeprägt ist.

Tab. 1: Demokratie als Staatsform, 2000–2006/07

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2000	2005	2006/07	2000	2005	2006/07
	in %					
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	92	85	-	78	64	-
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	6	-	8	22	-
»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«	80	71	89	49	38	63
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	9	17	3	27	41	12

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 2000; Bürger und Gesellschaft 2005; European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006/07.

Abb. 1: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, in %



Datenbasis: Eurobarometer.

14.3.2 Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Diese Einstellung bezieht sich im Unterschied zur Form der Demokratie, so wie sie in der Verfassung festgelegt ist, auf die Wirklichkeit der Demokratie. Es geht dabei also nicht um die Verfassungsnorm, sondern um die Verfassungswirklichkeit. Bei der Beurteilung der Verfassungswirklichkeit spielen das

Funktionieren der institutionellen Mechanismen (z. B. der Austausch von Regierung und Opposition, Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz), die Handlungen der Regierenden und die Ergebnisse dieses Handelns eine Rolle.

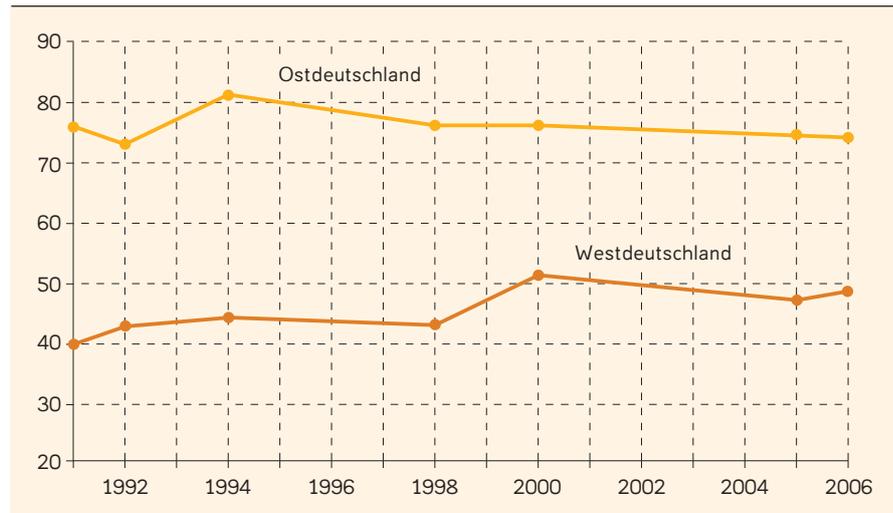
Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2006 im Osten erheblich geringer als im Westen (vgl. Abb. 1). Während im Westen durchschnittlich 62 % der Bürger zufrieden sind, sind es im Osten nur rund 38 %. Bei erheblichen zeitlichen Schwankungen zeichnet sich bisher kein Trend einer Zu- oder Abnahme der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ab, und der Abstand zwischen West- und Ostdeutschen ist in etwa konstant geblieben. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie steigt normalerweise nach einer Bundestagswahl zunächst an, um dann wieder zu sinken. Dieser Anstieg ist nach der Bundestagswahl 2005 im Vergleich zu den vorangegangenen Bundestagswahlen sehr viel geringer ausgefallen. Ob sich hier ein Trend zu einer weiter abnehmenden Zufriedenheit ankündigt, bleibt abzuwarten. → **Abb. 1**

14.3.3 Einstellung zum Sozialismus

Warum ist die Unterstützung der Demokratie in Deutschland – als Staatsform und hinsichtlich ihres Funktionierens – im Osten geringer als im Westen? Ein Grund dafür ist vermutlich, dass die Bürger im Osten zwar die Demokratie als Staatsform befürworten, aber mit der Demokratie zum Teil andere Vorstellungen verbinden. Das zeigt sich zum einen an der Einstellung zum Sozialismus. Diese Einstellung wird mit einer Frage nach der Idee des Sozialismus erfasst, um so weit wie möglich einen Bezug zum realsozialistischen System der DDR zu vermeiden. → **Abb. 2**

Aus der Abbildung 2 wird ersichtlich, dass der Sozialismus als Idee über den ge-

Abb. 2: Einstellung zum Sozialismus¹, 1991–2006, in %



¹ »Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.«
Datenbasis: ALLBUS 1991, 1992, 1994, 1998, 2000, 2006; Bürger und Gesellschaft 2005.

samen Zeitraum von 1991 bis 2006 in Ostdeutschland erheblich stärker befürwortet wird als in Westdeutschland. Während im Westen durchschnittlich auch immerhin 45 % der Bürger den Sozialismus als »eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde« betrachten, sind es im Osten durchschnittlich 76 %. Trotz der negativen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus in der DDR halten also rund drei Viertel aller Ostdeutschen den Sozialismus immer noch für eine gute Idee.

14.3.4 Verständnis von Demokratie

Weitere Hinweise auf die teilweise unterschiedlichen Erwartungen, die die Bürger im Osten und Westen mit der Demokratie verbinden, bieten empirische Befunde zum Verständnis von Demokratie. Dieses Verständnis ist bei so grundlegenden Merkmalen wie den politischen Freiheiten, dem Mehrparteiensystem und der Gleichheit vor dem Gesetz im Westen und Osten sehr ähnlich. → **Tab. 2**

Tab. 2: Verständnis von Demokratie, 1992 und 2000

	West		Ost	
	2000		1992	2000
	»Hat viel mit Demokratie zu tun«			
in %				
Politische Freiheiten, wie z.B. Meinungsfreiheit	86	83	83	83
Mehrparteiensystem	80	80	79	79
Politische Beteiligungsrechte der Bürger	78	-	78	78
Gleichheit vor dem Gesetz	72	72	72	72
Gleiche Rechte für Frauen	67	80	71	71
Größere soziale Gleichheit	54	58	58	58
Mehr Arbeitsplätze, weniger Arbeitslosigkeit	39	68	55	55
Verbesserung der Wirtschaftslage	36	60	45	45
Kontrolle von Banken und privaten Großunternehmen durch Regierung	26	44	40	40

Datenbasis: Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa 1992, 2000.

Tab. 3: Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Demokratie

	»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«		»Die Demokratie in Deutschland ist die beste Staatsform.«		»Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.«		»Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland.«	
	2005		2006/07		2006		2006	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
in %								
Insgesamt	85	64	89	63	47	74	61	33
Geschlecht								
Männer	86	65	89	64	49	74	61	37
Frauen	85	64	88	62	44	73	61	29
Altersgruppen								
18-34 Jahre	85	66	86	66	43	56	60	34
35-59 Jahre	85	62	89	61	47	74	59	33
60 Jahre und älter	87	69	91	65	49	82	65	33
Berufliche Stellung								
Selbstständige	87	74	92	68	57	58	68	36
Beamte	90	-	-	-	42	-	62	36
Angestellte	87	64	-	-	39	66	-	-
Arbeiter	84	67	-	-	55	75	-	-
Arbeitslose	74	60	80	44	48	84	47	30
Rentner/Pensionäre	86	68	89	63	61	71	-	-
Ideologische Orientierung								
Links	87	65	90	66	53	76	64	33
Mitte	85	65	88	62	49	75	63	35
Rechts	89	65	91	61	39	55	62	36
Parteipräferenz								
Die Linke/PDS	-	55	77	58	78	86	-	-
Bündnis 90/Die Grünen	85	71	92	75	53	55	-	-
SPD	93	79	96	79	53	79	-	-
FDP	86	79	87	88	33	75	-	-
CDU/CSU	89	67	94	80	39	65	-	-

Datenbasis: Bürger und Gesellschaft 2005, European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006/07, ALLBUS 2006, Eurobarometer 2006.

Erhebliche Unterschiede ergeben sich hingegen bei Aspekten, die sich auf die Intervention der Politik in die Ökonomie beziehen. Ein deutlich größerer Anteil der Bürger im Osten betrachtet die Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Wirtschaftslage und sogar die Kontrolle von Banken und Großunternehmen durch die Regierung als Merkmale einer Demokratie. Dieses Demokratieverständnis hat weniger mit einer liberalen Demokratie zu tun, so wie sie in Deutschland institutionalisiert ist, als mit einem Demokratieverständnis, das auch sozialistische Elemente mit einschließt. Allerdings hat dieses sozialistische De-

mokratieverständnis im Osten im Verlauf der 1990er Jahre abgenommen.

14.3.5 Die Unterstützung der Demokratie in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In der Tabelle 3 sind die bisher diskutierten Einstellungen zur Demokratie und zum Sozialismus nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung und Parteipräferenz aufgeschlüsselt. Im Westen sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen im Großen und Ganzen nur gering ausgeprägt.

Auffällige Unterschiede zeigen sich jedoch zum einen bei den Arbeitslosen, die mit der Form der Demokratie in Deutschland und ihrem Funktionieren unzufriedener sind als der Bevölkerungsdurchschnitt und andere Statusgruppen, und zum anderen bei den Anhängern von Die Linke/PDS, die die Demokratie in Deutschland deutlich skeptischer betrachten und den Sozialismus deutlich positiver sehen als die Anhänger anderer Parteien. → Tab. 3

Auch im Osten ist bei den Arbeitslosen die Zustimmung zur Demokratie unterdurchschnittlich und die Befürwortung des Sozialismus überdurchschnittlich. Be-

merkenswert ist aber, dass die Zustimmung zum Sozialismus in der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen erheblich geringer ist als in den anderen Altersgruppen. Wie im Westen besteht auch im Osten bei den Anhängern von Die Linke/PDS eine vergleichsweise geringere Unterstützung der demokratischen Staatsform in Deutschland und eine vergleichsweise stärkere Befürwortung des Sozialismus als bei den Anhängern der anderen Parteien. Im Unterschied zum Westen erweisen sich die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen hier aber weitaus weniger als andere als Befürworter des Sozialismus.

14.3.6 Nationale Identität

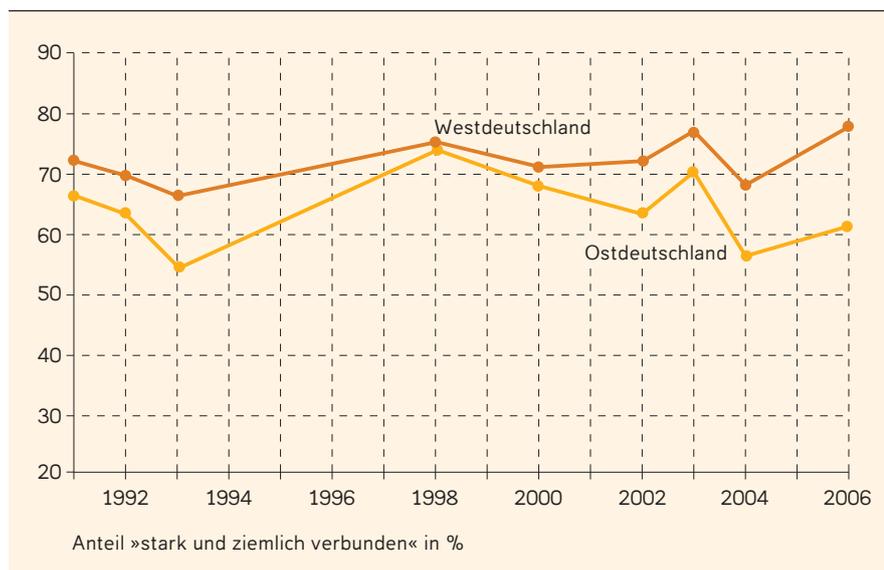
Jede Demokratie beruht auf einer Gemeinschaft von Bürgern mit einer kollektiven oder nationalen Identität. Das Vorliegen einer nationalen Identität ist eine wichtige Voraussetzung für die politische Kooperation der Bürger und damit für das Funktionieren einer Demokratie. Die Frage ist, inwieweit in Deutschland eine nationale Identität vorliegt, die sowohl die Bürger im Westen als auch im Osten umfasst. Die nationale Identität

wird mit einer Frage nach der Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern erfasst. → **Abb. 3**

Im Westen fühlen sich im Zeitraum von 1991 bis 2006 durchschnittlich 72 % der Bürger mit Deutschland verbunden und im Osten sind es durchschnittlich 64 %. Auch wenn es daher nennenswerte Unterschiede im Ausmaß der nationalen Identität zwischen West- und Ostdeutschen gibt, bleibt dennoch festzuhalten, dass sich in beiden Teilen Deutschlands eine klare Mehrheit der Bürger mit Deutschland und seinen Bürgern verbunden sieht. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie in Deutschland gegeben. → **Tab. 4**

Eine differenziertere Betrachtung ergibt, dass Arbeitslose – vor allem im Osten – sich mit dem Land und seinen Bürgern weniger identifizieren als der Durchschnitt der Bevölkerung. Im Vergleich zu den Anhängern anderer Parteien sind es im Westen die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und im Osten die Anhänger von Die Linke/PDS, die die geringste Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern zum Ausdruck bringen.

Abb. 3: Verbundenheit mit Deutschland, 1991–2006, in %



Datenbasis: ALLBUS 1991, 2000; Politische Kulturen 1992, 1993; Trafo-Studie 1998, 2002, European Social Survey 2003, 2004, 2006.

Tab. 4: Verbundenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen mit Deutschland

	»Stark und ziemlich stark mit Deutschland verbunden.«	
	2006/07	
	West	Ost
	in %	
Insgesamt	78	61
Geschlecht		
Männer	78	61
Frauen	77	62
Altersgruppen		
18–34 Jahre	73	67
35–59 Jahre	74	58
60 Jahre und älter	86	63
Berufliche Stellung		
Selbstständige	73	65
Beamte	–	–
Angestellte	–	–
Arbeiter	–	–
Arbeitslose	71	38
Rentner/Pensionäre	86	61
Ideologische Orientierung		
Links	75	61
Mitte	80	65
Rechts	83	66
Parteipräferenz		
Die Linke/PDS	–	46
Bündnis 90/Die Grünen	69	70
SPD	85	73
FDP	89	89
CDU/CSU	89	92

Datenbasis: European Social Survey – Deutsche Teilstudie 2006/07.

Im Vergleich verschiedener Altersgruppen zeigt sich im Osten die stärkste Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern in der jüngsten Altersgruppe. Der Befund, dass es die jüngeren Ostdeutschen sind, die den Sozialismus seltener befürworten und gleichzeitig eine stärkere Verbundenheit mit Deutschland und seinen Bürgern aufweisen, deutet darauf hin, dass sich mit dem Generationenaustausch auch ein Wandel in den politischen Einstellungen – und damit auch eine An-

gleichung des Ostens an den Westen – vollziehen könnte.

14.3.7 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im europäischen Vergleich

Wie ist die empirische ermittelte Unterstützung der Demokratie in Deutschland einzuschätzen? Darüber kann ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern Aufschluss geben. Entsprechende Daten liegen für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie vor. → **Tab. 5**

Nach diesem Vergleich rangiert Westdeutschland etwas unterhalb des westeuropäischen Durchschnitts. Wenn man aber nur die großen westeuropäischen Länder heranzieht, dann ist die Zufriedenheit etwa so groß wie im Vereinigten Königreich und größer als in Italien und Frankreich.

Demgegenüber liegt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland nicht nur erheblich unter dem durchschnittlichen Niveau der westeuropäischen Länder, sondern sogar auch unter dem der osteuropäischen Länder. Unter den insgesamt betrachteten Ländern weisen nur fünf Länder eine geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ihres Landes auf als Ostdeutschland.

Diese auch vergleichsweise sehr skeptische Einstellung der ostdeutschen Bürger gegenüber der Demokratie in Deutschland ist zum einen auf deren andere Demokratievorstellungen zurückzuführen, die von der in Deutschland institutiona-

Tab. 5: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land, 2006

	in %
Dänemark	94
Luxemburg	86
Irland	78
Österreich	78
Finnland	77
Schweden	76
Niederlande	75
Spanien	74
Belgien	68
Zypern	65
Vereinigtes Königreich	62
Westdeutschland	61
Italien	56
Deutschland, insgesamt	55
Griechenland	54
Malta	53
Frankreich	47
Ostdeutschland	33
Portugal	32
<i>Durchschnitt Westeuropa</i>	<i>66</i>
Tschechische Republik	58
Slowenien	56
Ungarn	46
Estland	44
Lettland	42
Polen	39
Rumänien	27
Litauen	25
Slowakei	24
Bulgarien	23
<i>Durchschnitt Osteuropa</i>	<i>38</i>

Datenbasis: Eurobarometer 2006.

lisierten Demokratie abweichen. Sie sind zum anderen dadurch zu erklären, dass die Bürger im Osten Deutschlands ihre Interessen immer noch zu wenig berücksichtigt sehen.

15 Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen

15.1 Zufriedenheit in Lebensbereichen

Bernhard Christoph

In der Zufriedenheit von Personen spiegeln sich nicht nur deren objektive Lebensumstände, sondern auch ihre persönlichen Ansprüche und Erwartungen wider, anhand derer sie ihre eigene Situation beurteilen. Dementsprechend können Zufriedenheitsbewertungen bei verschiedenen Menschen unterschiedlich ausfallen, auch wenn ihre objektive Situation weitgehend identisch ist.

Um die Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland umfassend zu beleuchten, ist es daher erforderlich, neben den objektiven Lebensbedingungen auch die darauf bezogenen Zufriedenheiten der Bürger zu untersuchen. Dabei erscheint neben der gesamtdeutschen Perspektive auch weiterhin eine getrennte Betrachtung der Lage in Ost- und Westdeutschland erforderlich. Obwohl die deutsche Einheit zwischenzeitlich ihre »Volljährigkeit« erreicht hat, bestehen weiterhin Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen, sowohl was die objektiven Lebensbedingungen als auch was Einstellungen und das subjektive Wohlbefinden angeht.

Neben der aktuellen Situation werden zudem auch die langfristigen Entwicklungstendenzen in beiden Teilen der Bundesrepublik eine Rolle spielen. Die dafür im Folgenden betrachteten Zufriedenheitswerte der Befragten wurden anhand einer Skala erfasst, die von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reicht.

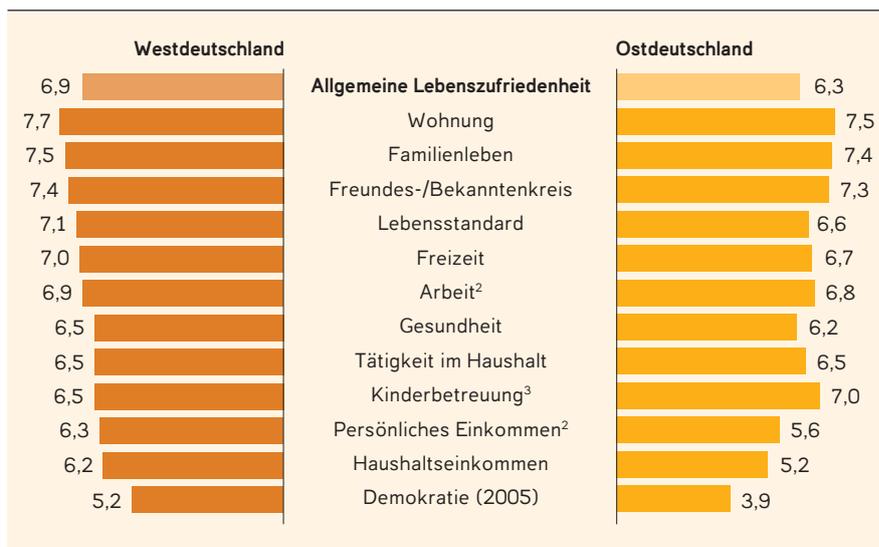
15.1.1 Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen

Die in Abbildung 1 dargestellte Zufriedenheit der Bevölkerung mit unterschiedlichen Lebensbereichen verdeutlicht, dass eine getrennte Betrachtung der beiden Landesteile auch heute noch erforderlich ist: Auch im Jahr 2006 sind noch erhebliche Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland festzustellen. Dies zeigt sich zunächst an der allgemeinen Lebenszufriedenheit, die ein zusammenfassendes Maß für das subjektive

Wohlbefinden darstellt. Wie die Ergebnisse veranschaulichen, sind die Befragten im Osten des Landes mit einer Differenz von 0,6 Skaleneinheiten deutlich weniger zufrieden mit ihrem Leben als die Westdeutschen.

Betrachtet man die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen, so zeigt sich, dass die Bürger in beiden Teilen des Landes mit ihrer Wohnung am zufriedensten sind, ähnlich wie dies auch schon in den Vorjahren der Fall war. Eine vergleichbar hohe Zufriedenheit weisen die Deutschen

Abb. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit 2006¹



¹ Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«; Daten für Zufriedenheit mit der Demokratie: 2005.

² Zufriedenheit mit der Arbeit und Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen: Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

³ Zufriedenheit mit Kinderbetreuung: Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahre im Haushalt.

Datenbasis: SOEP 2005, 2006 (Stichproben A-F, H).

zudem mit zwei weiteren Aspekten ihres unmittelbaren Lebensumfelds auf, für die 2006 erstmals Daten erhoben wurden: ihrem Familienleben und ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. → **Abb. 1**

Auf der anderen Seite des Spektrums findet sich neben dem persönlichen Einkommen und dem Haushaltseinkommen, welche beide niedrige Zufriedenheitswerte aufweisen, die zuletzt im Jahr 2005 erfasste, hier aber zu Vergleichszwecken hinzugezogene »Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht«. Diese weist mit Werten von 5,2 im Westen und 3,9 im Osten nicht nur das mit Abstand schlechteste Ergebnis auf, sondern mit einer Differenz von 1,3 Skaleneinheiten auch den größten Unterschied zwischen beiden Landesteilen. Auch bei den beiden Einkommensformen erweist sich die Distanz zwischen Ost und West mit einem Abstand von 1,0 (beim Haushaltseinkommen) bzw. 0,7 (beim persönlichen Einkommen) als besonders ausgeprägt.

Was die übrigen Lebensbereiche angeht, so sind die Westdeutschen vor allem mit ihrem Lebensstandard (0,5 Skaleneinheiten), ihrer Gesundheit (0,3 Skaleneinheiten) und ihrer Freizeit (0,3 Skaleneinheiten) zufriedener als die Ostdeutschen. Diese äußern lediglich in Bezug auf die in Ostdeutschland immer noch besser ausgebauten Kinderbetreuung (0,5 Skaleneinheiten) eine höhere Zufriedenheit als die Menschen in den alten Bundesländern.

Anhand von Tabelle 1, die neben den Mittelwerten zusätzlich den Anteil »eher zufriedener« und »eher unzufriedener« Befragter umfasst, wird klar, dass die Tendenz einer im Osten höheren Zufriedenheit mit diesem Aspekt des Lebens auch über die Zeit hinweg stabil geblieben ist, selbst wenn die exakte Höhe der Differenz variiert. → **Tab. 1a,b**

Darüber hinaus lassen sich anhand der Angaben in Tabelle 1 auch weitere Entwicklungen sowie dauerhafte Probleme

Tab. 1a: Zufriedenheit in den Lebensbereichen, Westdeutschland

	Jahr	Zufriedenheit ¹			
		Eher unzufrieden	Eher zufrieden	Ganz u. gar zufrieden	Mittelwert
		in %			
Gesundheit	2002	16	69	8	6,6
	2003	17	69	7	6,6
	2004	18	67	8	6,5
	2005	18	68	8	6,5
	2006	18	68	7	6,5
Arbeit²	2002	11	79	10	7,1
	2003	12	78	9	7,0
	2004	12	77	8	7,0
	2005	13	76	8	6,9
	2006	14	77	8	6,9
Haushaltseinkommen	2002	18	68	7	6,4
	2003	19	66	7	6,3
	2004	21	63	6	6,2
	2005	22	63	6	6,2
	2006	22	63	6	6,2
Lebensstandard	2002	9	80	7	7,1
	2003	9	80	8	7,1
	2004	10	79	7	7,0
	2005	10	78	7	7,0
	2006	11	79	8	7,1
Freizeit	2002	13	76	15	7,1
	2003	13	76	15	7,1
	2004	14	76	14	7,0
	2005	14	75	16	7,0
	2006	15	74	15	7,0
Wohnung	2002	7	85	19	7,7
	2003	8	85	19	7,7
	2004	7	85	19	7,7
	2005	7	85	19	7,7
	2006	8	85	18	7,7
Angebot Waren, Dienstleistungen	2002	-	-	-	-
	2003	18	72	10	6,6
	2004	19	69	9	6,5
	2005	19	71	11	6,6
	2006	-	-	-	-
Umweltzustand	2002	15	69	4	6,4
	2003	11	76	6	6,8
	2004	-	-	-	-
	2005	-	-	-	-
	2006	-	-	-	-
Tätigkeit im Haushalt	2002	14	68	7	6,5
	2003	14	68	7	6,5
	2004	13	68	7	6,6
	2005	15	67	7	6,5
	2006	14	68	7	6,5
Kinderbetreuung³	2002	19	67	11	6,5
	2003	20	64	9	6,4
	2004	17	70	9	6,6
	2005	23	66	9	6,4
	2006	21	67	10	6,5
Persönliches Einkommen²	2004	20	65	5	6,3
	2005	20	66	5	6,3
	2006	19	66	4	6,3
Demokratie	2005	33	46	2	5,2
Familienleben	2006	9	82	18	7,5
Freundes-/ Bekanntenkreis	2006	8	83	14	7,4

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 bis 4 = »Eher unzufrieden«; 6 bis 10 = »Eher zufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«.

2 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

3 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahre im Haushalt.

Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 2002-2006 (Stichproben A-F, H).

Tab. 1b: Zufriedenheit in den Lebensbereichen, Ostdeutschland

	Jahr	Zufriedenheit ¹			
		Eher unzufrieden	Eher zufrieden	Ganz u. gar zufrieden	Mittelwert
		in %			
Gesundheit	2002	19	64	6	6,3
	2003	18	65	5	6,3
	2004	23	61	4	6,1
	2005	22	63	6	6,2
	2006	21	62	6	6,2
Arbeit²	2002	12	76	7	6,9
	2003	13	73	5	6,8
	2004	13	73	5	6,7
	2005	14	73	6	6,7
	2006	13	75	6	6,8
Haushalts-einkommen	2002	30	52	3	5,6
	2003	32	48	3	5,4
	2004	34	46	3	5,2
	2005	33	49	3	5,4
	2006	34	47	3	5,2
Lebens-stand	2002	14	72	3	6,5
	2003	15	69	3	6,4
	2004	15	69	3	6,4
	2005	14	71	4	6,5
	2006	13	73	5	6,6
Freizeit	2002	14	74	12	6,9
	2003	14	72	10	6,8
	2004	14	73	10	6,8
	2005	15	73	11	6,8
	2006	16	72	10	6,7
Wohnung	2002	8	83	14	7,4
	2003	9	82	14	7,4
	2004	7	85	17	7,6
	2005	8	84	16	7,6
	2006	9	82	16	7,5
Angebot Waren, Dienstleistungen	2002	-	-	-	-
	2003	26	61	7	6,0
	2004	26	61	6	6,0
	2005	25	62	7	6,0
	2006	-	-	-	-
Umwelt-zustand	2002	17	63	2	6,1
	2003	16	68	2	6,3
	2004	-	-	-	-
	2005	-	-	-	-
	2006	-	-	-	-
Tätigkeit im Haushalt	2002	16	66	5	6,4
	2003	14	68	6	6,5
	2004	15	64	5	6,3
	2005	13	67	6	6,5
	2006	13	68	7	6,5
Kinder-betreuung³	2002	9	84	15	7,3
	2003	11	76	18	7,2
	2004	17	73	15	6,9
	2005	12	73	20	7,2
	2006	12	75	9	7,0
Persönliches Einkommen²	2004	30	54	2	5,6
	2005	27	54	3	5,7
	2006	27	54	2	5,6
Demokratie	2005	56	25	1	3,9
Familienleben	2006	10	81	16	7,4
Freundes-/ Bekanntenkreis	2006	8	82	11	7,3

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 bis 4 = »Eher unzufrieden«; 6 bis 10 = »Eher zufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«.

2 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).
Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

3 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahre im Haushalt.

Datenbasis: SOEP 2002-2006 (Stichproben A-F, H).

reiche identifizieren. Besonders auffällig sind, ebenso wie in den Vorjahren, die Werte für die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen. Mit diesem Lebensbereich sind die Menschen in beiden Landesteilen am wenigsten zufrieden; in Ostdeutschland ist die geringe Zufriedenheit im Verlauf der vergangenen Jahre sogar um weitere 0,4 Skaleneinheiten gesunken. Insgesamt sind über 20 % der Westdeutschen sowie etwa ein Drittel der Ostdeutschen eher unzufrieden mit ihrem Haushaltseinkommen. Hier, wie auch in anderen, den materiellen Lebensstandard betreffenden Bereichen, zeigt sich außerdem ein anhaltender Ost-West-Unterschied von einem halben Skaleneinheit oder mehr. Insgesamt scheint also von der sich im Jahr 2006 allmählich entspannenden objektiven wirtschaftlichen Lage bislang wenig in den subjektiven Bewertungen der Bürger angekommen zu sein.

15.1.2 Zufriedenheit in einzelnen Bevölkerungsgruppen

Bei der Zufriedenheit einzelner Bevölkerungsgruppen zeigen sich in den meisten Teilpopulationen ähnliche Ost-West-Unterschiede wie bei der globalen Differenzierung zwischen den Landesteilen: Mit Ausnahme der Kinderbetreuung sind die Westdeutschen in nahezu allen Bereichen zufriedener als die Ostdeutschen. Bei letzterer zeigt sich zudem auch ein Zusammenhang der Zufriedenheit mit dem Einkommens- und Bildungsniveau. So sind z. B. Personen mit Hauptschulabschluss die einzige Gruppe, bei der die Westdeutschen sich zufriedener mit der Betreuungssituation zeigen. Bei den höher gebildeten verschiebt sich dieses Verhältnis jedoch wieder zugunsten der Ostdeutschen: Mit steigender Bildung steigt die Differenz bis auf 1,1 Skaleneinheiten bei den Abiturienten. Noch deutlicher ist dieser Zusammenhang beim Einkommen zu beobachten: Während die Zufriedenheitsdifferenz im untersten Einkommensquintil eher zu vernachlässigen ist, beträgt sie im obersten Quintil 2,1 Skaleneinheiten,

was die höchste Ost-West Differenz bei einem Einzelwert darstellt. → Tab. 2a,b

Betrachtet man die Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen innerhalb der beiden Landesteile, sind die Differenzen zwischen Männern und Frauen in den meisten Fällen eher schwach ausgeprägt. Eine Ausnahme davon stellt eigentlich nur die Kinderbetreuung dar, mit der die Frauen im Osten deutlich zufriedener sind als die Männer, während westdeutsche Frauen im Vergleich zu Männern eher unzufrieden sind. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen hingegen vergleichsweise deutlich aus, sind allerdings zumeist auch insofern naheliegend, als sie relativ klar mit Ungleichheiten in den objektiven Lebensumständen

korrespondieren. So ist z. B. die sich mit zunehmendem Alter verschlechternde Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes wenig überraschend. Und auch die vergleichsweise positive Bewertung der Freizeit in der – sich in den meisten Fällen wohl im Ruhestand befindlichen – höchsten Altersgruppe entspricht der Erwartung. → Tab. 2a

Bemerkenswert ist allerdings, dass die Älteren auch in den meisten materiellen Lebensbereichen die höchsten Zufriedenheitswerte aufweisen, sowohl beim persönlichen und beim Haushaltseinkommen als auch im Falle der Wohnung. Hier dürften die zumeist vergleichsweise guten materiellen Lebensumstände der Älteren eine Rolle spielen. Allerdings

könnten auch Unterschiede im Anspruchsniveau im Vergleich zu den Jüngeren von Bedeutung sein, wobei jedoch zu bedenken ist, dass solche Anspruchsunterschiede – mit dem allmählichen Aufrücken von stärker durch den Wohlstand der Nachkriegszeit geprägten Geburtskohorten in die Gruppe der Älteren – zumindest im Westen zunehmend unwichtiger werden dürften.

Auch für die Differenzen zwischen den einzelnen Bildungsgruppen gilt, dass sie in den meisten Fällen mit Unterschieden in den objektiven Lebensumständen einhergehen. So dürfte z. B. die höhere Zufriedenheit mit den materiellen Lebensumständen (Haushaltseinkommen, persönliches Einkommen und Lebensstandard)

Tab. 2a: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen

		Geschlecht		Alter			Bildung		
		Männer	Frauen	18-34 Jahre	35-59 Jahre	60+ Jahre	Hauptschulabschluss ¹	Mittlere Reife	Abitur/FH-Reife
im Durchschnitt									
Zufriedenheit mit...²									
Gesundheit	West	6,6	6,5	7,5	6,5	5,8	6,2	6,8	6,8
	Ost	6,3	6,2	7,4	6,2	5,3	5,4	6,4	6,7
Arbeit ³	West	6,9	7,0	7,2	6,8	7,0	6,8	6,9	6,9
	Ost	6,7	6,9	7,0	6,7	6,6	6,0	6,8	7,0
Tätigkeit im Haushalt	West	6,4	6,6	6,6	6,4	6,6	6,6	6,5	6,4
	Ost	6,5	6,4	6,6	6,4	6,5	6,3	6,6	6,6
Haushaltseinkommen	West	6,2	6,2	6,0	6,1	6,5	6,0	6,2	6,7
	Ost	5,2	5,3	5,2	4,8	5,8	5,1	5,1	5,9
Wohnung	West	7,6	7,7	7,3	7,6	8,1	7,7	7,8	7,7
	Ost	7,4	7,6	7,1	7,4	7,9	7,4	7,5	7,6
Freizeit	West	7,0	7,0	6,8	6,5	7,9	7,4	6,9	6,6
	Ost	6,7	6,8	6,5	6,3	7,5	7,2	6,5	6,4
Kinderbetreuung ⁴	West	6,7	6,3	6,6	6,5	()	6,6	6,3	6,5
	Ost	6,6	7,3	7,1	7,0	()	5,9	7,0	7,6
Persönliches Einkommen ³	West	6,4	6,1	6,2	6,3	6,5	6,1	6,2	6,6
	Ost	5,6	5,7	5,7	5,6	5,5	5,1	5,6	6,1
Familienleben	West	7,6	7,5	7,6	7,4	7,7	7,6	7,6	7,4
	Ost	7,3	7,5	7,4	7,2	7,6	7,3	7,5	7,4
Freundes- und Bekanntenkreis	West	7,4	7,5	7,7	7,3	7,4	7,4	7,5	7,4
	Ost	7,2	7,3	7,7	7,0	7,3	7,0	7,3	7,4
Lebensstandard	West	7,0	7,1	7,1	7,0	7,2	6,9	7,2	7,4
	Ost	6,5	6,7	6,8	6,3	6,8	6,3	6,6	7,1
Demokratie (2005)	West	5,2	5,2	5,4	5,1	5,1	4,9	5,1	5,8
	Ost	3,8	3,9	4,3	3,6	3,8	3,5	3,7	4,7

1 Incl. Personen ohne Abschluss

2 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = „Ganz und gar unzufrieden“; 10 = „Ganz und gar zufrieden.“

3 Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

4 Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahre im Haushalt.

() = Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

Datenbasis: SOEP 2005 und 2006 (Stichproben A-F, H).

unter den besser Gebildeten durch die besseren Verdienstmöglichkeiten dieser Gruppe zu erklären sein. Bemerkenswert sind auch die Unterschiede im Hinblick auf die Gesundheit, mit der Personen mit höherer oder mittlerer Bildung zufriedener sind als Personen mit einem Hauptschul- oder gar keinem Abschluss. Dafür ist die letztgenannte Gruppe erheblich zufriedener mit ihrer Freizeit als Befragte mit höherer Bildung. Bei diesen Unterschieden ist allerdings zu beachten, dass sie sich zumindest teilweise durch die Altersstruktur der einzelnen Bildungsgruppen erklären lassen. Denn einerseits weisen Personen mit Hauptschul- oder ohne Schulabschluss in beiden Landesteilen ein deutlich höheres Durchschnittsalter auf und andererseits sind für die höchste Altersgruppe ganz ähnliche Tendenzen wie für Personen mit niedriger Bildung festzustellen.

Bei der Unterscheidung nach dem Erwerbsstatus lassen sich ebenfalls Muster erkennen, die partiell auf einen Alterseffekt zurückzuführen sind: Rentner sind mit ihrer Gesundheit weniger zufrieden als Erwerbstätige oder Arbeitslose, dafür sind sie aber mit ihrer Freizeit deutlich zufriedener. In den anderen Lebensbereichen sind zumeist die Arbeitslosen unzufriedener als die übrigen Gruppen. Dies gilt besonders für die materiellen Bereiche, wie Haushaltseinkommen, Wohnung oder Lebensstandard, die in direktem Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit stehen. Auch im Fall der niedrigen Zufriedenheit mit Freundeskreis und Familie ist ein Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit und den dadurch erzeugten Spannungen nicht unplausibel. Ähnliches dürfte wohl auch für die unter Arbeitslosen recht geringe Zufriedenheit mit der Demokratie gelten. Diese könnte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass die Arbeitslosen die Verantwortung für ihre gegenwärtige persönliche Lage zumindest teilweise auch politischen Akteuren und Institutionen zuschreiben, ebenso wie der Gesellschaftsordnung als Ganzer. → Tab. 2b

Tab. 2b: Zufriedenheit in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen

		Erwerbsstatus			Einkommen ²	
		Erwerbstätig	Arbeitslos	Rentner	Unteres Quintil	Oberes Quintil
		im Durchschnitt				
Zufriedenheit mit...¹						
Gesundheit	West	6,9	6,2	5,6	6,4	6,8
	Ost	6,9	6,0	5,0	6,2	6,4
Arbeit ³	West	6,9	-	-	6,9	6,9
	Ost	6,8	-	-	6,4	7,0
Tätigkeit im Haushalt	West	6,5	6,3	6,5	6,3	6,6
	Ost	6,7	5,9	6,3	5,9	6,8
Haushaltseinkommen	West	6,4	4,1	6,3	4,6	7,3
	Ost	5,7	3,2	5,6	3,2	6,5
Wohnung	West	7,7	6,7	8,0	7,0	8,0
	Ost	7,7	6,6	7,7	6,4	7,9
Freizeit	West	6,4	7,1	8,1	7,0	6,9
	Ost	6,2	6,9	7,4	6,4	6,7
Kinderbetreuung ⁴	West	6,6	6,2	()	6,5	6,2
	Ost	7,3	7,0	()	6,6	8,3
Persönlichem Einkommen ³	West	6,3	-	-	5,2	7,0
	Ost	5,6	-	-	4,4	6,4
Familienleben	West	7,5	6,9	7,7	7,2	7,6
	Ost	7,4	7,1	7,4	7,0	7,4
Freundes- und Bekanntenkreis	West	7,4	7,0	7,4	7,2	7,5
	Ost	7,4	6,9	7,1	6,9	7,3
Lebensstandard	West	7,2	5,5	7,1	6,1	7,8
	Ost	6,9	5,5	6,6	5,4	7,3
Demokratie (2005)	West	5,3	4,3	5,1	4,7	5,7
	Ost	4,0	2,8	3,8	2,9	4,6

1 Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«.

2 Anmerkung: Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen, Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala; separate Einkommensverteilung für Ost- und Westdeutschland.

3 Anmerkung: Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit).

4 Anmerkung: Nur Befragte mit Kindern bis 6 Jahre im Haushalt.

() = Ergebnisse nicht ausgewiesen, da Zellenbesetzung < 30.

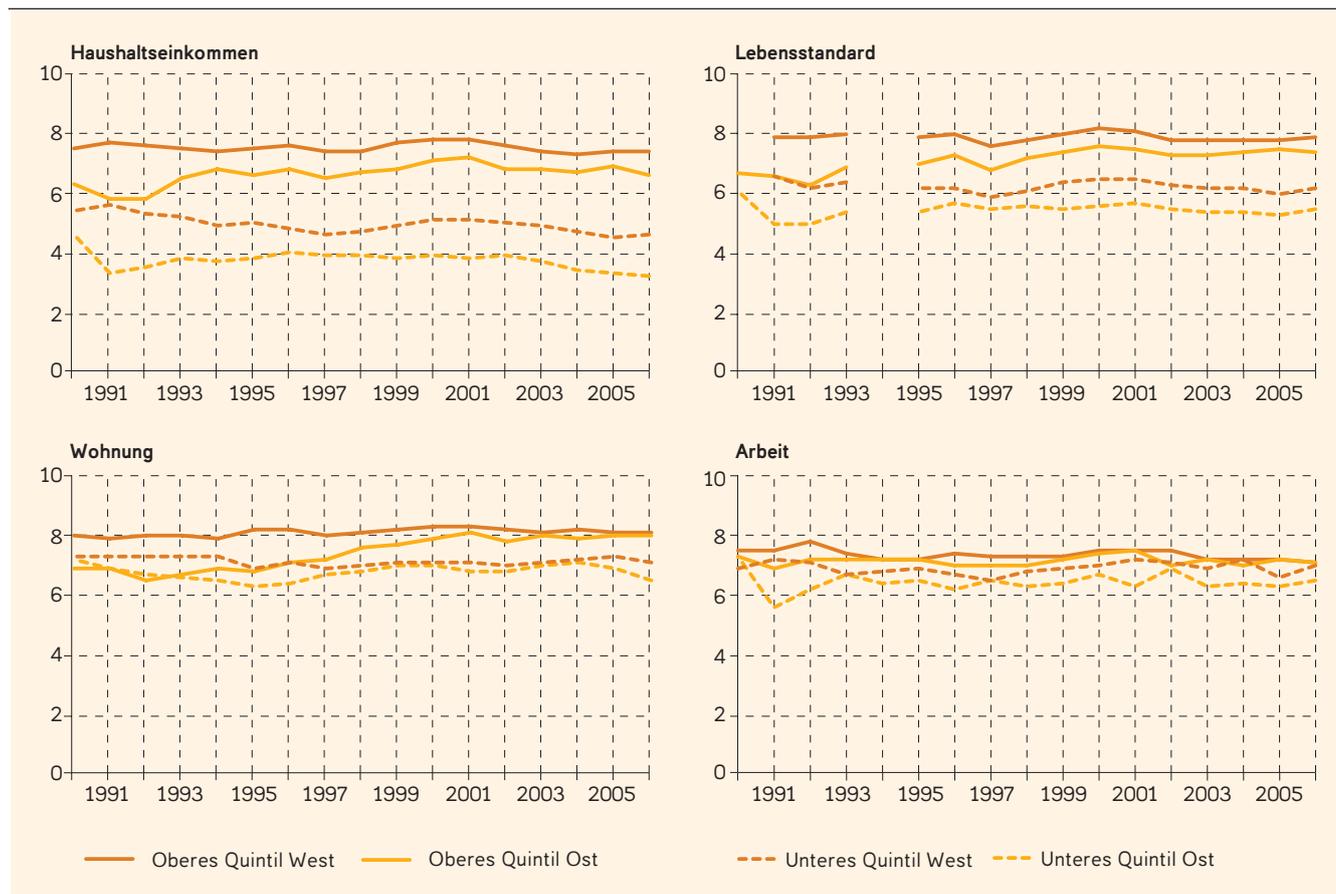
Datenbasis: SOEP 2005 und 2006 (Stichproben A-F; H).

Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen dem obersten und untersten Einkommensquintil sind insbesondere im Hinblick auf die materiellen Lebensumstände beträchtlich: Bei der Wohnung liegt die Differenz bei einem bzw. 1,5 Skaleneinheiten, im Fall des Lebensstandards und des persönlichen Einkommens bei knapp unter zwei. Auch beim Haushaltseinkommen ist die Zufriedenheit der Einkommensstarken deutlich höher als in Haushalten mit niedrigem Einkommen: im Westen beträgt der Unterschied 2,7 und im Osten sogar 3,3 Skaleneinheiten. Darüber hinaus finden sich deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen vor allem noch bei der Zufriedenheit mit der Demokratie und zu-

mindest in Ostdeutschland auch bei der Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung.

In Anbetracht dieser erheblichen Unterschiede zwischen den Beziehern hoher und niedriger Einkommen stellt sich die Frage, ob sich eine mit den objektiven Einkommensveränderungen korrespondierende Entwicklung auf der subjektiven Ebene der Zufriedenheiten feststellen lässt. Eine Stärke der hier verwendeten Daten liegt darin, dass sich auch Fragen zu längerfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen beantworten lassen. Seit 1990 wurde die ost- und westdeutsche Bevölkerung insgesamt 17-mal befragt, so dass eine detaillierte Betrachtung der zeitlichen Veränderungen ermöglicht wird.

Abb. 2: Zufriedenheit mit materiellen Aspekten des Lebens nach Einkommensquintilen 1990–2006¹



¹ Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«;

Bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen: Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala; separate Einkommensverteilung für Ost- und Westdeutschland;

Zufriedenheit mit der Arbeit: Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit), 1992-1995 einschließlich der separat ausgewiesenen Personen in Kurzarbeit;

Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 1990-2006 (Stichproben A-F, H).

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Zufriedenheit im obersten und im untersten Einkommensquintil jeweils getrennt für Ost- und Westdeutschland. Die Analyse beschränkt sich auf die der materiellen Situation zuzurechnenden Lebensbereiche Haushaltseinkommen, Lebensstandard, Wohnung und Arbeit. Wie die Ergebnisse zeigen, sind die Entwicklungen für beide Landesteile recht unterschiedlich:

Im Westen gibt es beim Haushaltseinkommen, beim Lebensstandard und bei der Wohnung eine im Umfang zwar geringe, aber dennoch klar feststellbare Auseinanderentwicklung der Zufriedenheitsbewertungen. Während die Zufrie-

denheit bei den materiell Bessergestellten über die Zeit weitgehend konstant bleibt, nimmt sie bei Personen mit niedrigerem Einkommen mehr und mehr ab. Besonders auffällig ist diese Entwicklung beim Haushaltseinkommen, wo der Rückgang sich im untersten Quintil auf 0,8 Skaleneinheiten aufsummiert. Lediglich im Fall der Zufriedenheit mit der Arbeit ist die Entwicklung in den einkommensschwachen Haushalten positiver als in den einkommensstarken. → **Abb. 2**

Wesentlich ausgeprägter ist dagegen der Verlauf in den ostdeutschen Bundesländern. In keinem der hier untersuchten Lebensbereiche können Personen im unteren Einkommensquintil die für die Ent-

wicklung in Ostdeutschland charakteristischen Zufriedenheitsrückgänge Anfang der 1990er Jahre über die Zeit ausgleichen. Anders sieht dies für Personen im oberen Einkommensquintil aus. Mit Ausnahme der Zufriedenheit mit der Arbeit, wo die Werte von Anfang der 1990er Jahre nicht ganz erreicht werden, sind für diese Gruppe Zufriedenheitsgewinne zu beobachten, die im Falle des Lebensstandards und der Wohnung mit 0,7 bzw. 1,1 Skaleneinheiten sogar recht beachtlich sind. Allerdings ist dies nur ein Teil der ostdeutschen Entwicklung. Betrachtet man zusätzlich die in allen Fällen vergleichsweise deutlichen Zufriedenheitsrückgänge im unteren Einkommensquintil, so zeigt sich, dass mit relativen Zufriedenheits-

gewinnen bis zu 1,8 Skaleneinheiten (Wohnung) die Schere in der subjektiven Dimension zwischen Arm und Reich im Osten deutlich weiter aufgegangen ist als im Westen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass sich die hier betrachteten Bereichszufriedenheiten – mit Ausnahme der Arbeitszufriedenheit in Westdeutschland – zwischen den Einkommensgruppen teilweise deutlich auseinander entwickelt haben. Diese Entwicklung war im Osten der Republik vor allem deshalb ausgeprägter, weil hier neben den ohnehin stärkeren Zufriedenheitsverlusten im untersten Einkommensquintil in den meisten Fällen zusätzlich Gewinne im obersten Quintil hinzukamen, während die Zufriedenheit der entsprechenden Gruppe im Westen weitgehend konstant blieb.

15.1.3 Entwicklung der Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen

Neben solch spezifischen Analysen für bestimmte Teilgruppen der Bevölkerung sind allerdings auch die generellen Entwicklungen von Interesse, die seit 1990 in beiden Landesteilen in den unterschiedlichen Lebensbereichen stattgefunden haben.

Abbildung 3 stellt die Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit dar. Dabei zeigt sich, dass die Werte in Ostdeutschland nach der deutschen Vereinigung zunächst deutlich zurückgegangen sind, bevor sich die Zufriedenheit in beiden Landesteilen bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre einander annäherte. Jedoch erfolgte diese Annäherung nicht in der ursprünglich erhofften Art, nämlich als eine Angleichung an das konstant hohe westdeutsche Niveau. Stattdessen wurde sie zumindest teilweise auch durch einen Rückgang der Werte in den alten Bundesländern getragen. Seitdem ist es zu einer weitgehenden Verfestigung der noch bestehenden Unterschiede gekommen.

→ Abb. 3

Allerdings lässt sich dieses generelle Verlaufsmuster nicht auf die Zufriedenheiten in den einzelnen Lebensbereichen übertragen. Vielmehr können, wie Abbildung 4 zeigt, anhand der bereichsspezifischen Entwicklung der Zufriedenheit mindestens drei unterschiedliche Verlaufstypen identifiziert werden.

Der erste Typ entspricht dem, der sich auch im Falle der allgemeinen Lebenszufriedenheit beobachten lässt: Zunächst geht die Zufriedenheit in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre deutlich zurück. Über die folgenden Jahre hinweg kommt

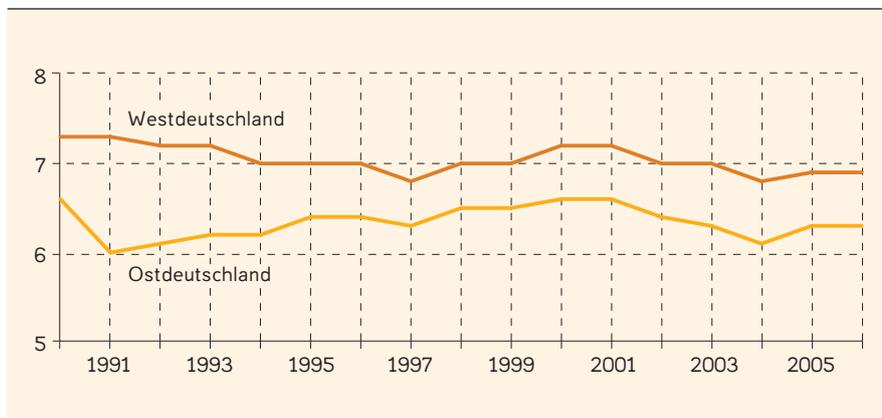
es dann zu einer unterschiedlich schnell verlaufenden Annäherung an das westdeutsche Niveau, die spätestens Mitte des Jahrzehnts beendet ist. Daran anschließend folgt eine Phase mit einer parallelen Entwicklung und mehr oder minder stabilen Unterschieden zwischen beiden Landesteilen. Allerdings geht die Zufriedenheit in Westdeutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum betrachtet zurück. Dieser Verlaufstyp findet sich in drei der vier den materiellen Lebensbedingungen zuzurechnenden Bereiche: der Zufriedenheit mit der Arbeit, dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard. Eine Ausnahme stellt dabei die Zufriedenheit mit der Wohnung dar, wo die Unterschiede zwischen den Landesteilen über die Zeit nahezu verschwunden sind.

→ Abb. 4

Zentrales Merkmal des zweiten Verlaufstyps sind eine hohe Stabilität der Zufriedenheit und eine über weite Strecken parallele Entwicklung mit bestenfalls langfristigen Veränderungen. Darüber hinaus waren hier die Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen bereits zu Beginn der Entwicklung in den frühen 1990er Jahren vergleichsweise gering. Dieser Verlaufstyp umfasst die Zufriedenheiten mit den nicht-materiellen Aspekten der privaten Lebensführung, also die Zufriedenheit mit der Gesundheit, mit der Freizeit sowie die (hier nicht ausgewiesene) Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt.

Der dritte Verlaufstyp entspricht am ehesten der Vorstellung einer zügigen Angleichung der ostdeutschen Lebensumstände an das höhere Westniveau. Dieser Verlaufstyp findet sich bei der Zufriedenheit mit dem Angebot an Waren und Dienstleistungen und der Zufriedenheit mit dem Umweltzustand und weist mehrere Besonderheiten auf. Die erste Besonderheit ist das im Jahr 1990 äußerst niedrige Zufriedenheitsniveau der Ostdeutschen. Das zweite Merkmal ist eine zwar mit unterschiedlichem Tempo verlaufende, aber in beiden Fällen beträchtliche Annäherung an die Werte in Westdeutschland, ohne

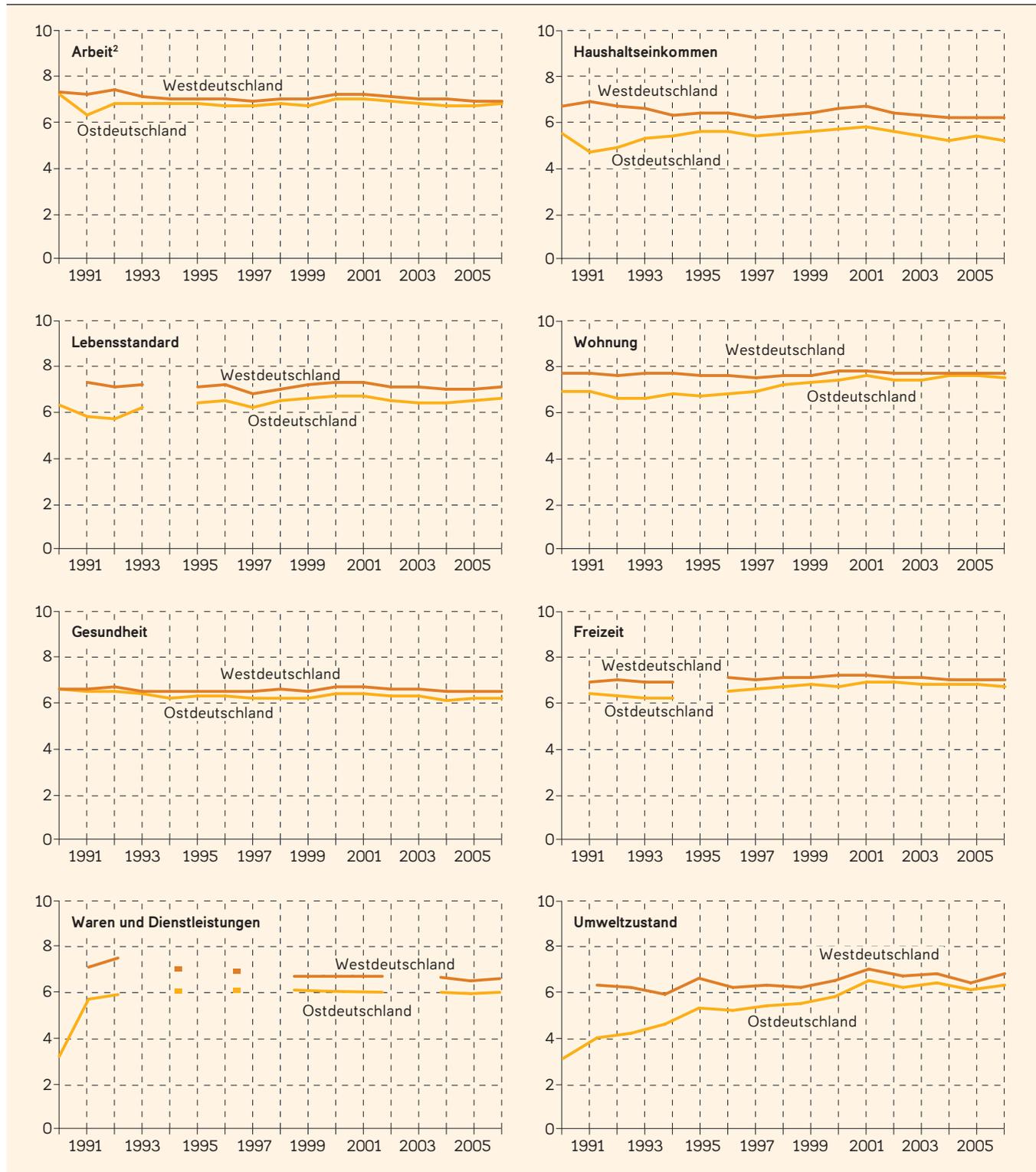
Abb. 3: Allgemeine Lebenszufriedenheit 1990–2006¹



¹ Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«.

Datenbasis: SOEP 1990-2006 (Stichproben A-F, H).

Abb. 4: Zufriedenheit in Lebensbereichen 1990-2006¹



¹ Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; 0 = »Ganz und gar unzufrieden«; 10 = »Ganz und gar zufrieden«.

² Zufriedenheit mit der Arbeit: Nur Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit), 1992–1995 einschließlich der separat ausgewiesenen Personen in Kurzarbeit.

Fehlende Jahre: Indikator nicht erhoben.

Datenbasis: SOEP 1990-2006 (Stichproben A-F, H).

diese jedoch vollständig zu erreichen. Und drittens ist für diesen Verlaufstyp der enge Bezug zwischen der Veränderung der tatsächlichen Lebensbedingungen und derjenigen bei der Zufriedenheit kennzeichnend, betrifft er doch mit dem Angebot an Waren und Dienstleistungen und dem Zustand der Umwelt genau die Aspekte des Lebensumfelds der Befragten, die sich in den ostdeutschen Bundesländern seit der Vereinigung tatsächlich erheblich verbessert haben.

Das Tempo der Angleichung der Zufriedenheit scheint dabei auch die Geschwindigkeit der tatsächlichen Veränderungen widerzuspiegeln. In dem Maße, wie sich das Warenangebot in Ostdeutschland im Anschluss an die Wiedervereinigung schlagartig erweiterte, steigt auch die Zufriedenheit innerhalb nur eines Jahres zwischen 1990 und 1991 um ganze 2,5 Skalenpunkte. Der Zustand der Umwelt in Ostdeutschland verbesserte sich dagegen erst im Verlauf der ersten Hälfte der 1990er Jahre kontinuierlich, wobei hier allerdings auch der Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Industrie eine wenig rühmliche Rolle spielte. In beiden Fällen schließt sich an die Phase des schnellen Zufriedenheitszuwachses eine Periode mit einer langsamer verlaufenden Annäherung an, bevor spätestens seit Anfang des neuen Jahrhunderts eine in beiden Teilen des Landes weitgehend parallele Entwicklung folgt.

15.1.4 Zusammenfassung

Als zentrale Ergebnisse sollen drei Punkte festgehalten werden: Erstens hat sich im Hinblick auf den Status quo neben dem persönlichen und dem Haushaltseinkommen insbesondere die Zufriedenheit mit der Demokratie als besonders kritisch erwiesen. Dieser Befund ist umso schwerwiegender, als die Analysen zur Zufriedenheit einzelner Bevölkerungsgruppen auch ergeben haben, dass hier insofern ein Zusammenhang besteht, als die Zufriedenheit mit der Demokratie ge-

rade unter den materiell Schlechtgestellten besonders niedrig ausfällt. Dabei ist allerdings nicht allein dieser in gewisser Weise ja naheliegende Zusammenhang das Beunruhigende, sondern das extrem niedrige Niveau der erhobenen Werte, welches für einige Teilgruppen sogar unter drei Skalenpunkten lag. Will man langfristig einer drohenden Entfremdung der ökonomisch schwächeren Schichten von unserer Gesellschaftsordnung entgegenwirken, so scheint es u. a. notwendig, Politikangebote stärker und gezielter auf diese Gruppen zuzuschneiden und die hiermit in Zusammenhang stehenden Entwicklungen zumindest mittelfristig genau zu beobachten.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass auch fast zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit die Zufriedenheitsunterschiede zwischen beiden Landesteilen weiterhin fortbestehen. Zwar hat es in den verschiedenen Lebensbereichen recht unterschiedliche Entwicklungsverläufe gegeben, doch mit Ausnahme des hier vorgestellten zweiten Verlaufstyps, der dadurch gekennzeichnet ist, dass es bereits im Jahr 1990 keine nennenswerten Ost-West-Unterschiede gab, sind die übrigen Lebensbereiche durch eine Verfestigung der Differenzen gekennzeichnet.

Drittens wurde für den Bereich der materiellen Lebensumstände gezeigt, dass sich im Verlauf der dargestellten Angleichungsprozesse neue Zufriedenheitsdisparitäten zwischen ökonomisch starken und schwachen Gruppen herausgebildet haben. So lässt sich im Westen der für den ersten Verlaufstyp charakteristische Zufriedenheitsrückgang im obersten Einkommensquintil nicht beobachten. Umso stärker ausgeprägt ist er dafür bei den Einkommensschwächeren. Noch deutlicher ist diese Entwicklung allerdings im Osten ausgefallen. Während hier die wohlhabenderen Gruppen der Bevölkerung teilweise deutliche Zufriedenheitsgewinne verbuchen konnten, hat die Zufriedenheit der Befragten im unteren Einkommensquintil bisher in keinem der

untersuchten Bereiche auch nur das Ausgangsniveau von 1990 wieder erreichen können. Nicht nur bei den objektiven Lebensbedingungen, sondern auch bei der Zufriedenheit lassen sich offenbar Gewinner und Verlierer identifizieren. Insofern dürfte und sollte in Zukunft neben die Frage nach einer möglichen generellen Angleichung des ostdeutschen Zufriedenheitsniveaus an das im Westen zunehmend auch die Frage nach denjenigen treten, die im Verlauf der bisherigen Entwicklung zurückgelassen wurden. Nur wenn es gelingt, auch diese Bevölkerungsgruppen auf dem Weg mitzunehmen, dürfte eine stärkere Annäherung auch bei der subjektiven Bewertung der Lebensverhältnisse zu erreichen sein.

Für das subjektive Wohlbefinden sind die persönlichen Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen von großer Bedeutung. Sie definieren den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die bestehenden Lebensumstände und -bedingungen beurteilt werden. Wertorientierungen und individuelle Erwartungen sind keine unveränderlichen Größen, sondern unterliegen dem demographischen und gesellschaftlichen Wandel. In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie sich die Wertorientierungen, Ansprüche und Zukunftserwartungen der Deutschen in Ost und West seit 1990 verändert haben. Im Vordergrund steht dabei der Wertewandel von materiellen zu postmateriellen Werten, der nach Ronald Inglehart in allen westlichen Ländern stattfindet und unter anderem auf einem stetig steigenden Wohlstand beruht. Parallel wird betrachtet, wie sich die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Die Gegenüberstellung beider Entwicklungen erlaubt einen Einblick in die Grundlage des Wertewandels in Deutschland.

15.2.1 Materielle und postmaterielle Werte

Gesellschaftliche Wertorientierungen haben einen entscheidenden Einfluss auf die Handlungsentscheidungen und deren Rechtfertigung in einer Gesellschaft. Allgemein wird davon ausgegangen, dass in den letzten Jahrzehnten ein Wertewandel stattgefunden hat. Es gibt verschiedene Typologien von Werten. Die Wertewandeltheorie von Ronald Inglehart, die hier zugrunde gelegt wird, wurde kontrovers diskutiert, ist aber auf einer breiten Datenbasis für lange Zeiträume untersucht worden. Inglehart postuliert für die westlichen Industrieländer eine Abwendung von materiellen Werten – dem Streben

nach Wohlstand – und eine Zuwendung zu postmateriellen Werten, die über den materiellen Wohlstand hinausgehen und vor allem im Bereich der Selbstverwirklichung und der Bürgerbeteiligung liegen. Der Wertewandel wird anhand von zwei Hypothesen erklärt: der Mangelhypothese, nach der mit Befriedigung der grundlegenden materiellen Bedürfnisse die Neigung zu »höheren« Werten zunimmt, und der Sozialisationshypothese, nach der im Wohlstand aufwachsende Generationen stärker postmaterielle Werte entwickeln als »Mangelgenerationen«.

Der bekannte Inglehart-Index erfasst die Werteprioritäten, indem er die Befragten aus zwei materiellen Zielen – »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« und »Kampf gegen steigende Preise« – und zwei postmateriellen Zielen – »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« und

»Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung« – das wichtigste und das zweitwichtigste Ziel auswählen lässt. Werden die beiden materiellen Ziele ausgewählt, wird der Befragte als »Materialist« eingestuft; wählt er die beiden postmateriellen Ziele aus, wird er als »Postmaterialist« bezeichnet. Ist das wichtigste Ziel ein materielles und das zweitwichtigste ein postmaterielles, handelt es sich um einen »materialistischen Mischtyp«, im umgekehrten Falle um einen »postmaterialistischen Mischtyp«.

Die ALLBUS-Studien erheben den Inglehart-Index seit 1980 und ermöglichen somit die Untersuchung des Wertewandels in Deutschland in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten. Insbesondere der Vergleich von Ost- und Westdeutschland bietet die Möglichkeit zu beobachten, ob unterschiedliche Lebensumstände verschiede-

Tab. 1: Materialistische und postmaterialistische Einstellungen, 1980–2006

	Materialistische Ziele				Postmaterialistische Ziele			
	Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung		Kampf gegen steigende Preise		Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung		Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
1980	48	-	22	-	16	-	15	-
1982	51	-	19	-	16	-	14	-
1984	39	-	18	-	24	-	19	-
1986	46	-	8	-	26	-	21	-
1988	42	-	9	-	24	-	25	-
1990	37	-	8	-	34	-	22	-
1991	36	52	8	9	33	32	24	8
1992	37	50	14	11	31	35	19	5
1994	41	55	9	7	34	34	17	5
1996	40	54	7	6	31	33	23	7
1998	42	47	12	12	27	33	20	9
2000	39	39	7	11	36	40	19	10
2002	31	37	15	15	31	36	23	11
2004	32	29	15	14	37	46	17	11
2006	34	31	16	15	33	42	18	12

Datenbasis: ALLBUS 1980–2006.

ne Werteprioritäten bedingen bzw. ob die Angleichung des Lebensstandards auch zu einer Annäherung der Wertestrukturen führt. Im Folgenden wird zunächst die Wichtigkeit der vier Ziele einzeln im Zeitverlauf betrachtet und dann die Verteilung der Wertetypen in der Bevölkerung und deren Veränderung beleuchtet.

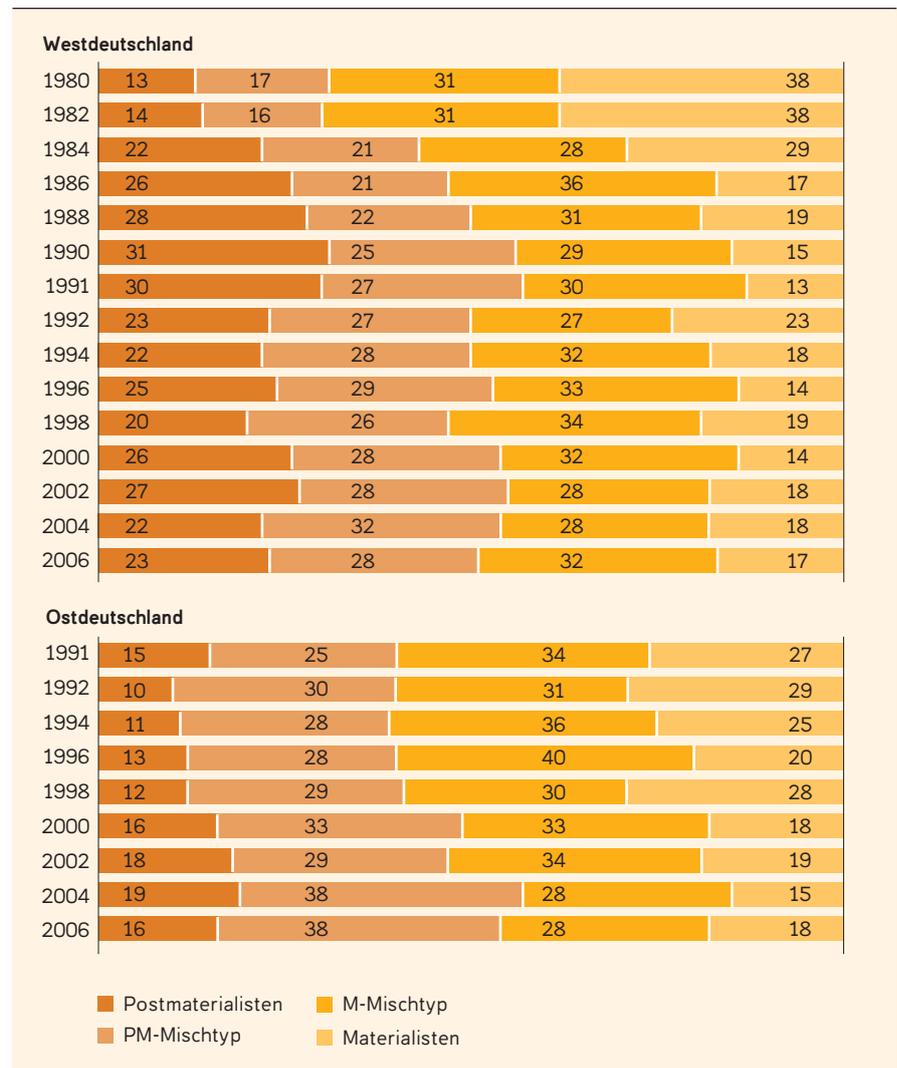
In beiden Teilen Deutschlands war den Bürgern bis zur Jahrtausendwende die »Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung« – also ein materielles Ziel – am wichtigsten. Sprachen sich Anfang der 1980er Jahre noch rund die Hälfte der Westdeutschen dafür aus, waren es in den 1990ern rund 40 % und im Jahr 2006 noch 34 %. In Ostdeutschland waren in den 1990ern für über 50 % der Befragten die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« das mit Abstand wichtigste Ziel, doch sank die Zahl rasch auf 39 % im Jahr 2000 und 31 % im Jahr 2006 ab. Damit gibt es den ersten Rang an ein postmaterielles Ziel ab, nämlich »Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung«. In dem Maße, wie die Wichtigkeit der »Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung« schwindet, nimmt die Bedeutung des »Bürgereinflusses« zu. In Westdeutschland hat sich der Anteil der Nennungen von 16 % Anfang der 1980er Jahre auf 33 % im Jahr 2006 verdoppelt, so dass im Jahr 2006 beide Ziele gleichauf liegen. In Ostdeutschland war dies bereits 2002 der Fall, und inzwischen belegt der »Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung« hier mit über 40 % der Nennungen den ersten Platz. Die beiden übrigen Ziele – »Kampf gegen steigende Preise« (materiell) und »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« (postmateriell) – sind in Ostdeutschland von untergeordneter Bedeutung, gewinnen aber im Zeitverlauf leicht an Zustimmung. In Westdeutschland fluktuiert die Nennung der freien Meinungsäußerung als erstes Ziel um die 20 % und die Nennung der Inflationbekämpfung zumeist um die 10 %, liegt jedoch seit 2002 bei 15 %.

→ **Tab. 1**

Die Verschiebung in den Werteprioritäten findet ihren Niederschlag in der Verteilung der Wertetypen (vgl. Abb. 1). In Westdeutschland hat sich der Anteil der reinen Postmaterialisten seit 1980 von 13 auf 23 % erhöht. Nimmt man Postmaterialisten und postmaterialistische Mischtypen zusammen, nahm der Anteil von 30 auf 51 % (1980 bis 2006) zu. Allerdings verlief dieser Zuwachs nicht stetig, sondern vorwiegend im Laufe der 1980er Jahre. Die höchsten Anteile von Befragten mit postmateriellen Werteprioritäten sind um 1990 zu beobachten; danach kann man bestenfalls von Stagnation,

eher sogar von einer leichten Rückbesinnung auf materielle Werten sprechen. In Ostdeutschland schwankt der Anteil der reinen Postmaterialisten um die 15 %, während Postmaterialisten und postmaterialistische Mischtypen zusammen von 40 auf 54 % (1991 bis 2006) zunehmen. Damit liegen die Anteile der Befragten mit postmateriellen Werteprioritäten in beiden Teilen Deutschlands gleichauf. Zugleich sind die Anteile der Materialisten deutlich zurückgegangen: von 38 auf 17 % (1980 bis 2006) in West- und von 26 auf 18 % (1991 bis 2006) in Ostdeutschland. Der Wertewandel hat im

Abb. 1: Verteilung der Wertetypen 1980–2006, in %



Datenbasis: ALLBUS 1980–2006.

Westen somit vorwiegend vor der Vereinigung stattgefunden; danach hat er in Ostdeutschland zu einer Angleichung der Werteprioritäten geführt. Diese Entwicklung erscheint vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung plausibel. Die Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit seit Mitte der 1990er Jahre hat in Westdeutschland zu Wohlstandsverlusten geführt, die den Wertewandel offensichtlich stagnieren ließen. In Ostdeutschland hingegen hat sich, trotz aller Transformationsprobleme, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse vollzogen, die von einem Wertewandel hin zu postmateriellen Werten begleitet wird. → **Abb. 1**

Eine Betrachtung der soziodemographischen Gruppen gibt Aufschluss darüber, welcher Dynamik der Wertewandel folgt. Der Theorie zufolge sollten jüngere Menschen eher postmaterielle Werte bevorzugen als ältere Menschen und Personen mit höherer Bildung eher als solche mit niedrigerer Bildung. Betrachtet man die »reinen« Wertetypen nach Alter, so zeigt

sich zunächst, dass die Differenzen zwischen den Altersgruppen bei den Materialisten abgenommen haben (vgl. Tab. 2). Während bei den Jüngeren der Anteil von Materialisten bereits zu Beginn des Beobachtungszeitraums recht klein war, ist er bei den Älteren im Zeitverlauf auf ein vergleichbar niedriges Niveau gesunken. Lediglich bei den über 66-Jährigen sind noch gut ein Viertel (27%) reine Materialisten. Im gleichen Zeitraum haben die »reinen« Postmaterialisten in allen Bevölkerungsgruppen langsam aber stetig hinzugewonnen, mit einer Ausnahme: der jüngsten Altersgruppe in Westdeutschland. Die jungen Westdeutschen zeigen seit 1990 den umgekehrten Verlauf, nämlich einen deutlichen Rückgang bei den Postmaterialisten und einen leichten Zuwachs bei den Materialisten. Im Jahr 2006 ist bei ihnen der Anteil der Postmaterialisten geringer als in den beiden mittleren Altersgruppen. Die Betrachtung nach Bildungsgruppen zeigt, dass die Rückbesinnung der Westdeutschen auf materielle Werte nach 1990 auf allen Bildungs-

stufen stattfindet und somit ein generelles Phänomen ist. Bei den Ostdeutschen zeigen sich außer einem klaren Rückgang der Materialisten bei den Hauptschulabsolventen und einem Rückgang der Postmaterialisten bei den (Fach-)Hochschulabsolventen in den übrigen Bildungsgruppen keine Veränderungen. → **Tab. 2**

Die beobachtete Rückbesinnung auf materielle Werte legt nahe, dass vor allem die Westdeutschen den Eindruck von schwindendem Wohlstand haben. Im Folgenden wird daher beleuchtet, wie die Bürger in Ost- und Westdeutschland einerseits ihren persönlichen Wohlstand und andererseits die wirtschaftliche Lage bewerten.

15.2.2 Ansprüche an den Lebensstandard und ihre Erfüllung

Die Bürger beurteilen ihre persönliche Situation unter anderem auch danach, ob sie meinen, im Großen und Ganzen ihren

Tab. 2: Anteile von Postmaterialisten und Materialisten 1980–2006

	Materialisten							Postmaterialisten						
	West				Ost			West				Ost		
	1980	1990	2000	2006	1991	2000	2006	1980	1990	2000	2006	1991	2000	2006
	in %													
Gesamt	38	15	14	17	27	18	18	13	31	26	23	15	16	16
Geschlecht														
Männer	34	13	13	15	25	26	16	15	32	26	24	14	17	17
Frauen	42	17	14	19	28	20	20	12	31	27	23	15	15	14
Alter														
18–34 Jahre	25	7	10	15	16	14	16	25	49	30	22	24	21	25
35–49 Jahre	33	13	13	15	20	8	15	14	35	32	29	18	22	18
50–65 Jahre	44	19	13	12	36	19	13	7	19	24	27	6	11	17
66 Jahre u. älter	57	29	30	27	46	38	28	3	11	14	11	4	6	6
Bildungsniveau														
Kein Abschluss	55	30	27	27	50	34	53	13	14	6	8	5	3	7
Volks-/Hauptschule	43	23	19	27	40	31	28	7	17	18	13	5	6	7
Mittlere Reife	27	11	9	13	17	12	14	15	35	30	26	18	19	19
Fach-/Hochschulreife	16	3	6	6	12	6	10	37	57	42	38	29	26	24

Datenbasis: ALLBUS 1980–2006.

»gerechten Anteil« am Wohlstand zu erhalten. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit hat in der jüngeren politischen Debatte erheblich an Bedeutung gewonnen, was als Hinweis gewertet werden kann, dass angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage viele Bürger ihren persönlichen Lebensstandard in Gefahr sehen. Eine leichte Entspannung kann dadurch erwartet werden, dass 2006 ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzte.

In der Vergangenheit ließen sich deutliche Unterschiede in den Urteilen beobachten, die durch die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland erklärbar sind. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, hat sich der Anteil derjenigen Ostdeutschen, die ihren Anteil am Wohlstand als gerecht empfinden, im beobachteten Zeitraum deutlich verändert und im Vergleich von 1992 bis 2006 verdop-

pelt (von 19 auf 37 %). Im gleichen Zeitraum schwankt der Anteil der Westdeutschen, die ihren Anteil als gerecht empfinden, um 65 %. In beiden Teilen waren im Jahr 2004 besonders viele Deutsche mit ihrem Anteil am Wohlstand unzufrieden. Im Jahr 2006 haben sich die Anteile wieder auf dem seit 1996 normalen Niveau eingependelt. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hat hier offensichtlich einen Einfluss auf die Bewertung des eigenen Anteils am Wohlstand. → Abb. 2

Vergleicht man die Veränderungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zwischen 2004 und 2006, so zeigt sich in Westdeutschland ein breiter Trend zur Empfindung von mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung des Wohlstands bei Männern und Frauen sowie in allen Altersgruppen und ebenso bei Erwerbstätigen, Rentnern und Hausfrauen. Keine Verän-

Abb. 2: Gerechtigkeitsbewertung »eigener Anteil« an der Verteilung des Wohlstands 1992-2006, in %



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 2000, 2002, 2004, 2006.

Tab. 3: Gerechtigkeitsbewertung¹ des »eigenen Anteils« am Wohlstand in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	Sehr viel weniger/etwas weniger als den gerechten Anteil						Gerechten Anteil/mehr als gerechten Anteil					
	West			Ost			West			Ost		
	1992	2004	2006	1992	2004	2006	1992	2004	2006	1992	2004	2006
	in %											
Geschlecht												
Männer	32	38	33	81	66	62	67	62	67	19	34	38
Frauen	38	39	35	82	70	63	63	61	65	18	30	37
Alter												
18-34 Jahre	35	40	35	81	63	48	64	60	65	19	37	52
35-49 Jahre	35	39	35	84	70	70	65	61	65	16	30	30
50-65 Jahre	34	37	32	82	72	65	65	63	68	18	28	35
66 Jahre u. älter	36	39	35	76	64	63	64	61	65	24	36	37
Erwerbsstatus												
Erwerbstätig	32	37	33	80	67	58	68	63	67	20	33	42
Schüler/Student	19	22	28	--	31	29	79	78	72	--	69	71
Rentner	37	40	34	37	66	66	63	60	66	22	34	34
Arbeitslos	54	60	59	55	87	80	45	40	41	10	13	20
Hausfrau/-mann	40	39	32	--	--	--	61	61	68	--	--	--
Familienstand												
Ledig	34	39	32	80	67	55	66	61	68	20	33	45
Verheiratet	32	37	33	82	67	63	67	63	67	18	33	37
Verwitwet	42	42	41	78	61	65	58	58	59	22	39	35
Geschieden	47	53	52	86	80	76	49	47	48	14	20	24

-- Fallzahl zu gering.

1 Frage: »Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder viel weniger?«

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2004, 2006.

derung gibt es bei den Arbeitslosen, und die Schüler/Studenten zeigen sogar eine gegenläufige Entwicklung: Ein wachsender Anteil glaubt weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Ledige und Verheiratete schätzen ihre Situation besser ein als zwei Jahre zuvor, während es bei Verwitweten und Geschiedenen keine Veränderung gibt. In Ostdeutschland beurteilen vor allem die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen sowie die 18- bis 34-Jährigen und die 50- bis 65-Jährigen ihre Situation besser als 2004; Schüler, Rentner und Menschen über 65 Jahre zeigen keine Veränderung, und Verwitwete fühlen sich häufiger ungerecht behandelt. Insgesamt zeichnet sich das Bild einer zu Ende gehenden Krise ab. → **Tab. 3**

15.2.3 Zukunftserwartungen

Parallel zur nachlassenden Unzufriedenheit mit dem eigenen Anteil am Wohlstand nimmt auch die Befürchtung ab, dass »eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für die einfachen Leute« zu erwarten sei (vgl. Tab. 4). Dieser Rückgang im Vergleich zu 2004 ist jedoch in Ostdeutschland (von 94 auf 89 %) deutlicher als in Westdeutschland (von 87 auf 85 %). Damit wird auch hier ein Trend unterbrochen, bei dem sich die negativen Erwartungen für einfache Leute in Ostdeutschland über längere Zeit schrittweise verstärkt hatten, während sie in Westdeutschland vor allem zwischen 2000 und 2004 zugenommen hatten. Der Rückgang der Befürchtungen ist bei den Erwerbstätigen und den Befragten in Ausbildung am deutlichsten. Bei Rentnern und Hausfrauen verändert sich wenig. Bei den Arbeitslosen nehmen die Befürchtungen in Ostdeutschland deutlich ab, während sie in Westdeutschland zunehmen. Die Auswirkungen der verbesserten wirtschaftlichen Lage werden offensichtlich recht unterschiedlich wahrgenommen.

→ **Tab. 4**

Die sich leicht aufhellende Stimmung kann man auch an den Zukunftserwar-

tungen zur wirtschaftlichen Entwicklung ablesen. Allerdings muss hier deutlich zwischen der wirtschaftlichen Lage im Land und der persönlichen wirtschaftlichen Lage unterschieden werden. Üblicherweise beurteilen die Menschen ihre (aktuelle) persönliche wirtschaftliche Lage besser als die gesamtwirtschaftliche Lage. Hier zeigt sich hingegen ein Bild, demzufolge die Deutschen langsam wieder eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands erhoffen, ohne zugleich für sich selbst mit einer Verbesserung zu rechnen. Insgesamt haben die Erwartungen, dass die gesamtwirtschaftliche Lage zumindest gleich bleibt, in Westdeutschland nur geringfügig zugenommen (vgl. Abb. 3). Die Ostdeutschen zeigen etwas mehr Optimismus (vgl. Abb. 4). Im Hinblick auf ihre persönliche wirtschaftliche Situation erwarten die West-

deutschen noch häufiger als 2004 eine Verschlechterung, während die Ostdeutschen zumeist erwarten, dass ihre wirtschaftliche Lage zumindest gleich bleibt. Der wirtschaftliche Aufschwung hat die Bevölkerung insofern noch nicht erreicht, als der tief sitzende Pessimismus nur langsam weicht. → **Abb. 3,4**

Die unterschiedlichen Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage sind für einige Bevölkerungsgruppen noch ausgeprägter als in der Gesamtbevölkerung (vgl. Tab. 5). So haben sich die Erwartungen Erwerbstätiger in Ost und West zwischen 2004 und 2006 hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage leicht verbessert, aber hinsichtlich der persönlichen Wirtschaftslage leicht verschlechtert. Noch deutlicher zeigt sich dieser

Tab. 4: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2006

	Verschlechterung für die einfachen Leute ist zu erwarten: Bin derselben Meinung			
	1992	2000	2004	2006
	in %			
Gesamt				
West	71	71	87	85
Ost	66	81	94	89
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige				
West	72	69	87	85
Ost	63	80	92	87
Rentner				
West	66	69	88	88
Ost	69	82	96	93
Arbeitslose				
West	81	81	88	93
Ost	74	89	98	91
In Ausbildung				
West	61	57	82	68
Ost	--	--	85	73
Hausfrau/-mann				
West	61	57	82	84
Ost	--	--	--	--

-- Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000, 2004, 2006.

Abb. 3: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in Westdeutschland 1992–2006, in %



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 2000, 2002, 2004, 2006.

Abb. 4: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland 1992–2006, in %



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 2000, 2002, 2004, 2006.

Unterschied bei den Befragten, die sich in Schul- oder Ausbildung befinden. Während deutlich mehr Befragte erwarten, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage verbessern wird, äußern sie hinsichtlich ihrer persönlichen Wirtschaftslage seltener die Hoffnung auf Verbesserung. Die Rentner befürchten weniger häufig eine Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage, doch in den Erwartungen zur persönlichen Lage gibt es kaum Unterschiede. Die Arbeitslosen erwarten vor allem in Westdeutschland eine Verschlechterung sowohl der allgemeinen wie auch der persönlichen wirtschaftlichen Situation. → **Tab. 5**

Die Betrachtung der Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung macht deut-

lich, dass sich die pessimistische Grundhaltung, die sich in beiden Teilen Deutschlands zwischen 2002 und 2004 hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage durchgesetzt hat, langsam wieder einem vorsichtigen Optimismus weicht, insbesondere bei den jungen Menschen, die sich noch in Ausbildung befinden. Dass jedoch gerade Letztere von einer Verschlechterung der Situation einfacher Leute überzeugt sind, zeigt dass der Wirtschaftsaufschwung aus der Sicht der Bürger bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark ankommt. Die Stimmung bei den westdeutschen Arbeitslosen hat sich weiter verschlechtert. Insgesamt bleibt der Pessimismus bei den Erwartungen zur persönlichen wirtschaftlichen Lage weiterhin bestehen; hier geht

die Hoffnung auf Verbesserung seit dem Jahr 2000 kontinuierlich zurück.

15.2.4 Zusammenfassung

Zu Beginn dieses Beitrags wurde dargestellt, dass Veränderungen in den Werteprioritäten in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich verlaufen. Während die Ostdeutschen zunehmend postmaterialistischen Zielen den Vorzug geben, besinnen sich viele Westdeutsche – und hier insbesondere die jüngste Altersgruppe – wieder auf materialistische Werte. Diese Beobachtung deutet auf wahrgenommene Wohlstandsverluste vor allem in Westdeutschland hin. Betrachtet man die Bewertungen der Wohlfahrt und die Er-

Tab. 5: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2006

	1992		2000		2004		2006	
	Verbessern	Verschlechtern	Verbessern	Verschlechtern	Verbessern	Verschlechtern	Verbessern	Verschlechtern
	in %							
Gesamt	Wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr							
West	12	46	25	16	20	35	22	34
Ost	40	12	22	17	13	42	15	34
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig								
West	11	47	27	16	21	35	22	36
Ost	41	12	21	18	14	42	17	34
Rentner								
West	13	41	24	16	19	38	21	31
Ost	38	13	25	15	13	40	13	30
Arbeitslos								
West	21	46	24	23	23	40	16	41
Ost	39	11	22	18	9	54	9	50
In Ausbildung								
West	15	46	43	4	23	23	37	16
Ost	--	--	--	--	14	35	27	15
Hausfrau/-mann								
West	9	50	13	22	14	38	18	34
Ost	--	--	--	--	--	--	--	--
Gesamt	Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr							
West	16	17	21	8	19	18	16	22
Ost	40	12	17	13	14	24	12	24
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig								
West	20	15	26	7	23	15	19	21
Ost	43	10	21	12	17	18	14	21
Rentner								
West	4	20	5	9	4	27	3	28
Ost	31	16	3	10	2	29	3	24
Arbeitslos								
West	39	25	43	11	37	15	36	22
Ost	43	13	25	21	19	42	15	39
In Ausbildung								
West	33	9	52	5	40	7	31	11
Ost	--	--	--	--	33	10	38	2
Hausfrau/-mann								
West	12	18	14	10	17	16	17	19
Ost	--	--	--	--	--	--	--	--

-- Fallzahl zu gering

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000, 2004, 2006.

wartungen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, bestätigt sich diese Erwartung, wobei jedoch der Tiefpunkt durchschritten zu sein scheint. Die Beurteilung des eigenen Anteils am Wohlstand hat sich verbessert und auch Befürchtungen hinsichtlich sich verschlechternder Lebensbedingungen für einfache Leute gehen zurück. Eine leichte Stimmungsaufhellung zeigt sich auch in den Erwartungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Lediglich bei den Erwartungen zur persönlichen wirtschaftlichen Entwicklung setzt sich der Negativtrend der vergangenen Jahre bislang noch fort. Die wirtschaftliche Erholung wird vom Einzelnen bisher noch nicht in Form eines Wohlstandsgewinns wahrgenommen. Eine Fortsetzung des Wertewandels zu postmateriellen Werten ist vor diesem Hintergrund auf kurze Sicht eher unwahrscheinlich.

16 Deutschland in Europa

16.1 Deutschland in der Europäischen Union

Johanna Mischke

Deutschland liegt mitten in Europa und das nicht nur geografisch. Auch kulturell, politisch und wirtschaftlich ist Deutschland fest in europäische Strukturen eingebettet – Deutschland ist Teil der Europäischen Union, einem Staatenverbund mit mittlerweile 27 Mitgliedsländern. 

Die zunehmende grenzüberschreitende Verflechtung von Gesellschaft und Wirtschaft, zu deren Begleiterscheinungen auch der härter werdende internationale Wettbewerb gehört, schärft dabei den Blick für Entwicklungen in den Nachbar-

ländern: Wie erfolgreich bekommen die anderen Staaten die demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bzw. Probleme in den Griff?

Der vorliegende Beitrag vergleicht ausgewählte Merkmale aus den Bereichen Bevölkerung, Lebensverhältnisse, Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt. Die Darstellung umfasst die EU und ihre Mitgliedsländer. An einigen Stellen werden zudem die Vergleichswerte anderer großer Industrienationen herangezogen. Die Daten stammen bis auf wenige gekenn-

zeichnete Ausnahmen aus Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Eurostat harmonisiert in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten nationale Daten, um die Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene herzustellen. Die Zahlen für Deutschland können dadurch von den nationalen Zahlen in den vorangegangenen Kapiteln abweichen. Einige der verwendeten Werte waren zum Redaktionsschluss noch vorläufig. Durch Datenrevisionen können daher Abweichungen auftreten.

Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union

Der europäische Integrationsprozess begann vor mehr als fünf Jahrzehnten. 1951 gründeten sechs europäische Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Schnell weiteten die Länder ihre Zusammenarbeit auch auf andere Wirtschaftsbereiche aus. 1957 unterzeichneten sie den Vertrag von Rom und gründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zu den ersten Maßnahmen der Gemeinschaft zählten damals der Abbau der zwischenstaatlichen Zollschränken und die Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifsystems.

In den folgenden Jahrzehnten schlossen sich immer mehr europäische Länder der Gemeinschaft an. Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde schrittweise ausgeweitet und inhaltlich weiter

vertieft. Ein wichtiger Meilenstein war 1992 die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages, mit dem die Europäische Union (EU) gegründet wurde. Gleichzeitig legten die Mitgliedsländer den Grundstein für eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

1993 vollzogen die EU-Länder den Schritt zum gemeinsamen Binnenmarkt mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr. Im Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion wurde 1999 der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Seit 2002 als Bargeld in Umlauf, ersetzt der Euro in mittlerweile 15 der 27 EU-Staaten die nationale Währung. Weitere Länder streben die Aufnahme in die Eurozone an.

Die EU umfasst gegenwärtig knapp eine halbe Milliarde Einwohner und erwirtschaf-

tete 2007 ein Bruttoinlandsprodukt von mehr als zwölf Billionen Euro. Die EU ist damit vor den USA der weltweit größte Wirtschaftsakteur.

Jahr des Beitritts	EU-Staaten
1957	Gründungsmitglieder: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
1973	Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich
1981	Griechenland
1986	Portugal, Spanien
1995	Finnland, Österreich, Schweden
2004	Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
2007	Bulgarien, Rumänien

16.1.1 Bevölkerung

495,1 Mill. Menschen lebten Anfang 2007 in der EU. 82,3 Mill. bzw. fast jeder Sechste davon wohnte in Deutschland. Die beiden nächstgrößten EU-Staaten Frankreich und das Vereinigte Königreich zählten 63,4 Mill. bzw. 60,9 Mill. Einwohner. Die Bevölkerungsdichte schwankte zwischen 17 Einwohner/km² in Finnland und 1279 Einwohner/km² in Malta. Deutschland, wo auf einem Quadratkilometer im Durchschnitt 231 Menschen lebten, war

eines der am dichtesten besiedelten EU-Länder. → **Abb. 1, Tab. 1**

Die EU-Gesamtbevölkerung wuchs zwischen dem 1. Januar 2006 und 1. Januar 2007 um 2,1 Mill. Menschen bzw. 0,4%. Innerhalb der EU verlief die demografische Entwicklung jedoch unterschiedlich. In 19 Ländern wuchs die Bevölkerung im Verlauf des Jahres 2006. In acht Ländern, darunter Deutschland, schrumpfte sie. Wie sich die Gesamtbevölkerung eines Landes entwickelt, hängt dabei von

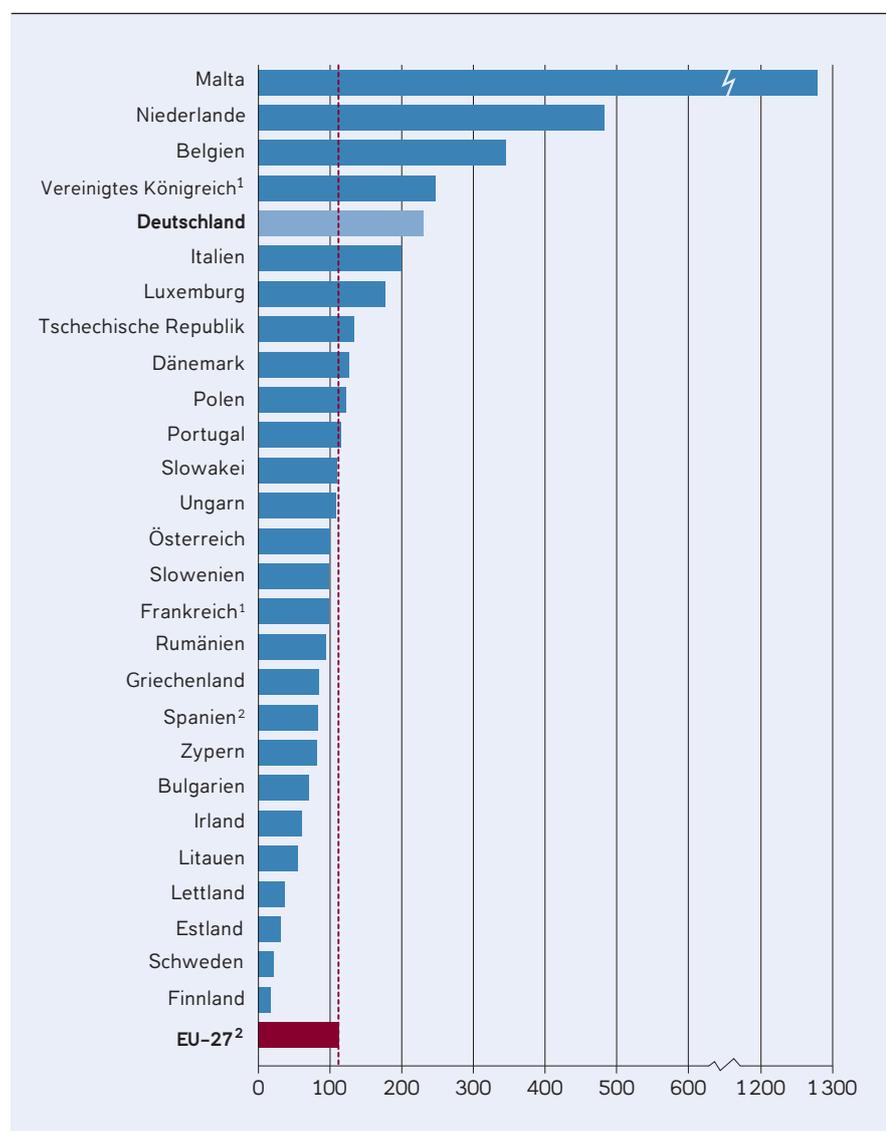
der natürlichen Wachstumsrate sowie den Wanderungsbewegungen ab.

Damit sich die Bevölkerung eines Landes auf natürliche Weise reproduzieren kann, ist Demografen zufolge in hoch entwickelten Ländern mit geringer Kindersterblichkeit eine Zahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Diesen Wert erreichte 2006 kein EU-Staat mehr. In Frankreich, dem Land mit der höchsten Geburtenziffer, bekam eine Frau durchschnittlich 2,0 Kinder. In Deutschland betrug die durchschnittliche Kinderzahl 1,3. Die geringsten Geburtenziffern wiesen einige der neuen Mitgliedstaaten des ehemaligen Ostblocks auf. Das Schlusslicht bildete die Slowakei mit 1,2 Kindern je Frau. → **Abb. 2**

Trotz der niedrigen Geburtenraten wuchs die Bevölkerung der EU-27. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung, u. a. durch den medizinischen Fortschritt, sowie ausreichend stark besetzter Jahrgänge im potenziellen Elternalter wurden zwischen dem 1. Januar 2006 und 1. Januar 2007 rund 423 000 mehr Menschen geboren als starben. In den einzelnen Ländern waren dabei aber gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: So nahm z. B. die Bevölkerung Frankreichs auf natürliche Weise um 287 000 Personen zu. In Deutschland hingegen starben 152 000 mehr Menschen, als zur Welt kamen. Auch in vielen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern führten die geringen Geburtenraten und die im EU-Vergleich niedrigere Lebenserwartung zu einem Sterbeüberschuss.

Durch legale Migration wuchs die Bevölkerung der EU-27 zwischen dem 1. Januar 2006 und 1. Januar 2007 um rund 1,65 Mill. Menschen. Hauptziel der Zuwanderer waren die südeuropäischen Länder. Ganz vorn lag Spanien, das einen Zuwanderungsgewinn von 685 000 Personen verzeichnete. Nach Deutschland kamen 37 000 Menschen mehr, als im selben Jahr fortzogen. In einigen Ländern war die Wanderungsbilanz hingegen ne-

Abb. 1: Einwohner je Quadratkilometer 2005



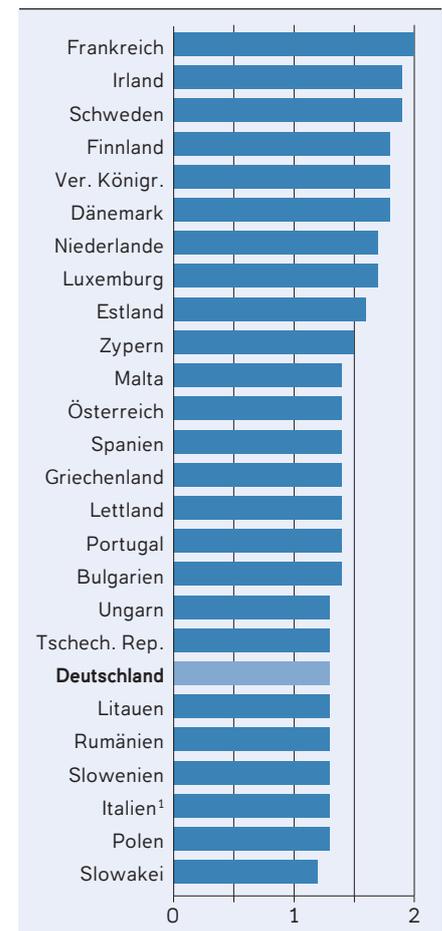
1 2004.
2 2003.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 1. Januar 2007

	Natürliche Bevölkerungs- veränderung	Wanderungs- saldo	Gesamtsaldo	Gesamt- bevölkerung 1.1.2007
	in 1000			Mill.
Belgien	18,7	57,5	76,2	10,6
Bulgarien	-40,5	-33,8	-74,2	7,7
Dänemark	8,1	24,5	32,6	5,4
Deutschland	-151,8	37,0	-114,7	82,3
Estland	- 1,8	-2,0	-3,8	1,3
Finnland	10,6	9,3	19,9	5,3
Frankreich ¹	286,9	100,0	386,9	63,4
Griechenland	4,5	40,5	45,0	11,2
Irland	37,9	62,2	100,2	4,3
Italien	-7,4	454,5	447,1	59,1
Lettland	-10,3	-1,9	-12,2	2,3
Litauen	-13,7	-5,7	-19,4	3,4
Luxemburg	1,7	4,3	6,0	0,5
Malta	0,8	1,9	2,7	0,4
Niederlande	49,9	-5,8	44,1	16,4
Österreich	0,2	28,1	28,3	8,3
Polen	8,8	-138,1	-129,3	38,1
Portugal	-0,5	34,5	33,9	10,6
Rumänien	-41,8	-100,0	-141,8	21,6
Schweden	15,9	52,5	68,4	9,1
Slowakei	-0,5	5,6	5,1	5,4
Slowenien	0,5	11,7	12,3	2,0
Spanien	98,2	684,9	783,1	44,5
Tschechische Republik	11,2	47,6	58,7	10,3
Ungarn	-36,9	17,0	-19,9	10,1
Vereinigtes Königreich	170,4	247,0	417,5	60,9
Zypern	3,1	14,6	17,7	0,8
EU-27	422,5	1647,7	2070,2	495,1

¹ Einschl. Überseegebiete.

Abb. 2: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2006



Für Belgien sind keine Angaben vorhanden.
1 2005.

gativ. So verzeichnete z. B. Polen ein Minus von 138 000 Personen.

16.1.2 Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaftsleistung

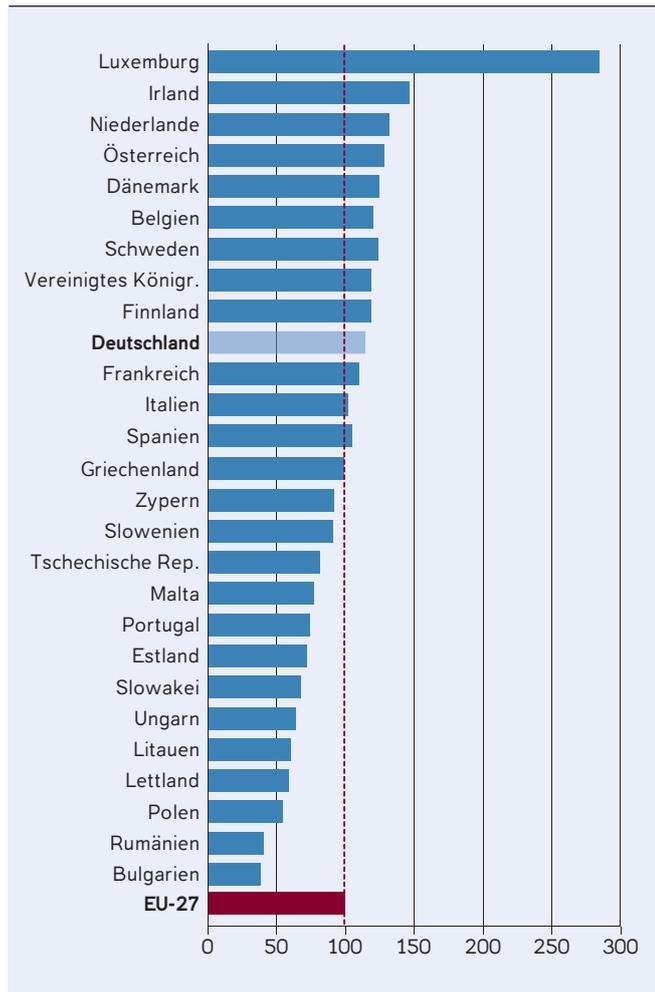
2007 erzielten die 27 Länder der EU zusammen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 12,3 Billionen Euro. Zum Vergleich: Das BIP der USA betrug 10,1 Billionen Euro. Ein Fünftel des BIP der EU-27 (= 2,4 Bill. Euro) wurde in Deutschland erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und der Kaufkraft lag die deutsche Wirtschaftsleistung zwar 15 % über dem EU-Durchschnitt, im Ländervergleich aber nur an zehnter Stelle.

Das wohlhabendste EU-Land war Luxemburg, das gemessen am BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) das EU-Niveau um fast das Dreifache übertraf. An zweiter Stelle stand Irland, das bei seinem Beitritt zur Staatengemeinschaft 1973 noch zu den wirtschaftlich ärmsten Mitgliedsländern gehört hatte. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung aller seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten betrug weniger als der EU-27-Durchschnitt. Ein Blick auf die Wachstumsraten zeigt jedoch, dass die neuen Mitgliedsländer aufholen: So erhöhte sich das reale BIP in Lettland 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 11,9 %, das von Estland um 11,2 %. Deutschland lag mit einer Wachstumsrate von 2,9 % unter dem EU-Durchschnitt von 3,0 %. ➔ **Abb. 3,4**

Kaufkraftstandard (KKS)

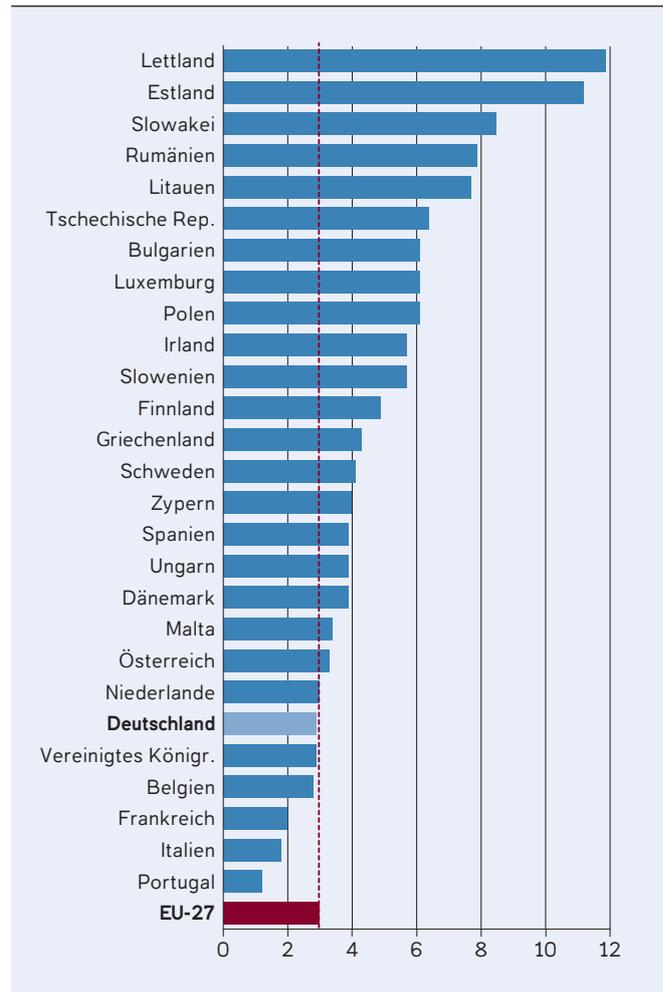
Bevor man Vergleiche über das BIP in den EU-Ländern anstellen kann, müssen die bestehenden Preisniveauunterschiede bereinigt werden. Dies geschieht durch Ermittlung von Preisen für einen vergleichbaren und repräsentativen Korb von Waren und Dienstleistungen in den einzelnen EU-Ländern. Diese Preise werden dann in einer gemeinsamen künstlichen Währung angegeben, die als »Kaufkraftstandard« (KKS) bezeichnet wird. Mit Hilfe des »BIP pro Kopf in KKS«, das neben den Preisniveauunterschieden auch noch die Bevölkerungsgröße eines Landes berücksichtigt, wird häufig der Lebensstandard von Staaten miteinander verglichen.

Abb. 3: BIP je Einwohner in KKS (EU-27=100)



Prognose für 2007. KKS=Kaufkraftstandards.

Abb. 4: Wachstumsrate des realen BIP 2006, in %



Asymmetrien in der Außenhandelsstatistik

Betrachtet man den Intra-Handel zwischen den 27 Ländern der EU, so müssten sich die Importe und Exporte in der Außenhandelsstatistik eigentlich die Waage halten.

In der Praxis ist dies jedoch nicht der Fall. Zwar ist die Außenhandelsstatistik der EU-Länder in weiten Teilen bereits harmonisiert, einige Fehlerquellen lassen sich trotzdem nicht vollends beseitigen. So können z. B. die Warenbewegungen in Herkunfts- und Zielland unterschiedlichen Meldezeiträumen zugeordnet werden (z. B. zum Jahreswechsel). Möglich sind auch unterschiedliche Deklarationen in den Ländern im Fall von Transitgeschäften oder grenzüberschreitenden Warentransporten zum Zwecke der Veredelung. Eine weitere Fehlerquelle ergibt sich dadurch, dass mögliche Antwortausfälle sowie der Handel von Unternehmen, die wegen Geringfügigkeit unter der Meldeschwelle liegen, durch Schätzungen ersetzt werden. Die dabei verwendeten Methoden und deren Qualität sind von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Folge sind die in der Außenhandelsstatistik beobachteten Asymmetrien zwischen den Ein- und Ausfuhren.

Internationaler Warenhandel

2005 war die EU-27 zu jeweils rund einem Fünftel am Weltimport und -export beteiligt. Gemessen am Außenhandelsumsatz, der die Summe der Importe und Exporte umfasst, stellte sie damit den weltweit größten Handelsakteur dar.

Im Extra-EU-Handel wurden 2006 aus den 27 Ländern der EU Waren im Wert von 1 157,2 Mrd. Euro in Nicht-EU-Länder exportiert und für 1 350,2 Mrd. Euro in die EU-27 importiert. Die Handelsbilanz, die den Wert der Ein- und Ausfuhren gegenüberstellt, betrug somit -193 Mrd. Euro und war, wie in den Vorjahren, negativ. Die Differenz fiel jedoch relativ gering aus im Vergleich zu

Tab. 2: Internationaler Warenhandel 2006

	Einfuhren	Ausfuhren
	Mrd. EUR	
EU-27 (Extra-Handel)	1 350,2	1 157,2
Vereinigte Staaten	1 528,4	825,9
China (ohne Hongkong)	630,3	771,7
Japan	461,2	515,1

den USA, die im Saldo -702,4 Mrd. Euro verzeichneten. Chinas Handelsbilanz war hingegen positiv: Der Wert der Exporte überstieg den Wert der Importe um 141,4 Mrd. Euro. → Tab. 2, Abb. 5

Der Intra-EU-Handel, d. h. der Handel zwischen den EU-Ländern, erhöhte sich in den vergangenen Jahren immer weiter. Der Gesamtwert der gehandelten Waren überschreitet mittlerweile im Jahr deutlich die 2 000 Mrd. Euro-Grenze. → Abb. 6

Die mit Abstand größte Handelsnation in der EU war Deutschland. 2006 wurden insgesamt Waren im Wert von rund 724 Mrd. Euro aus EU- und Drittländern eingeführt. Der Wert der deutschen Exporte in EU- und Drittländer betrug rund 886 Mrd. Euro – kein anderes Land weltweit führte mehr Waren aus. Für 2006 wies die deutsche Handelsbilanz einen Überschuss von genau 162 Mrd. Euro aus. Die Niederlande, in der EU auf dem zweiten Platz, erwirtschafteten mit einem Außenhandelsüberschuss von 36,6 Mrd. Euro ein Fünftel dessen. Das größte Handelsbilanzdefizit wies mit -127,5 Mrd. Euro das Vereinigte Königreich auf. [1]

Finanzen

Im Hinblick auf solide Staatsfinanzen forderte der Europäische Rat die EU-Mitgliedstaaten 2006 auf, eine Haushaltskonsolidierung im Einklang mit dem 1996 für die Euro-Teilnehmerländer verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumspakt anzustreben. Demnach sollte – wie bereits im Vorfeld der Euro-Einführung

Abb. 5: Saldo der Handelsbilanz 2006, in Mrd. EUR

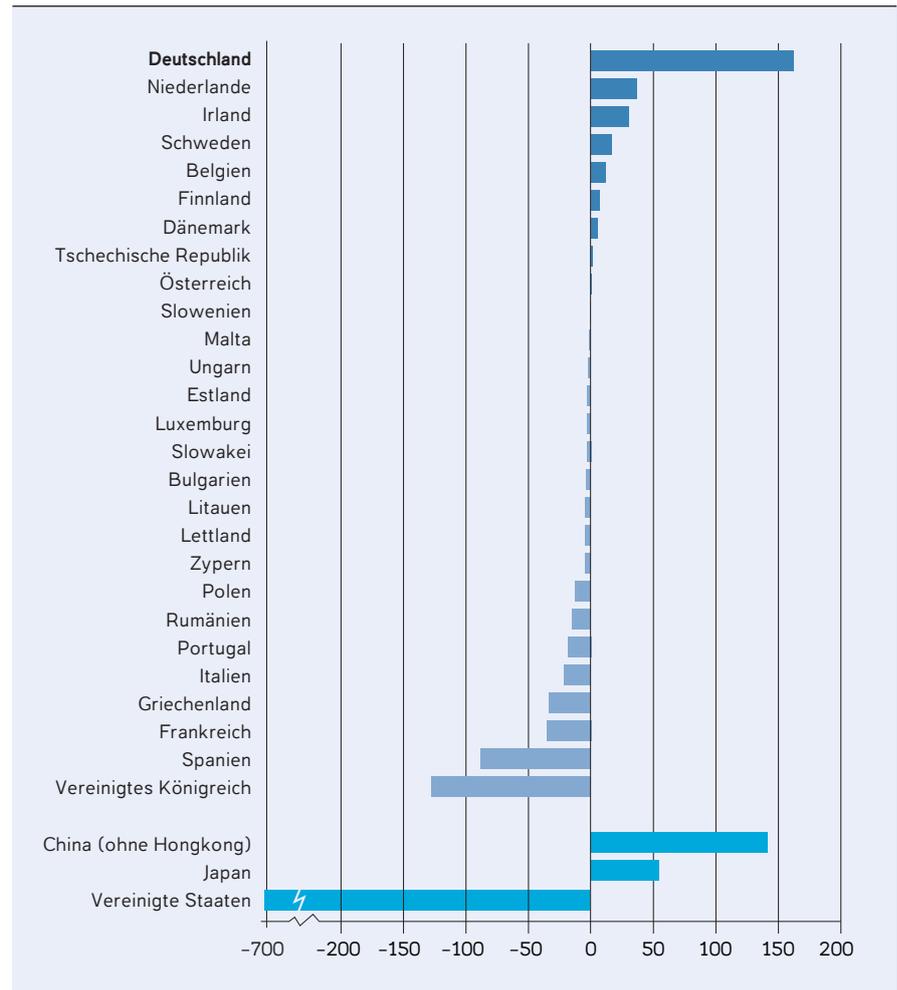
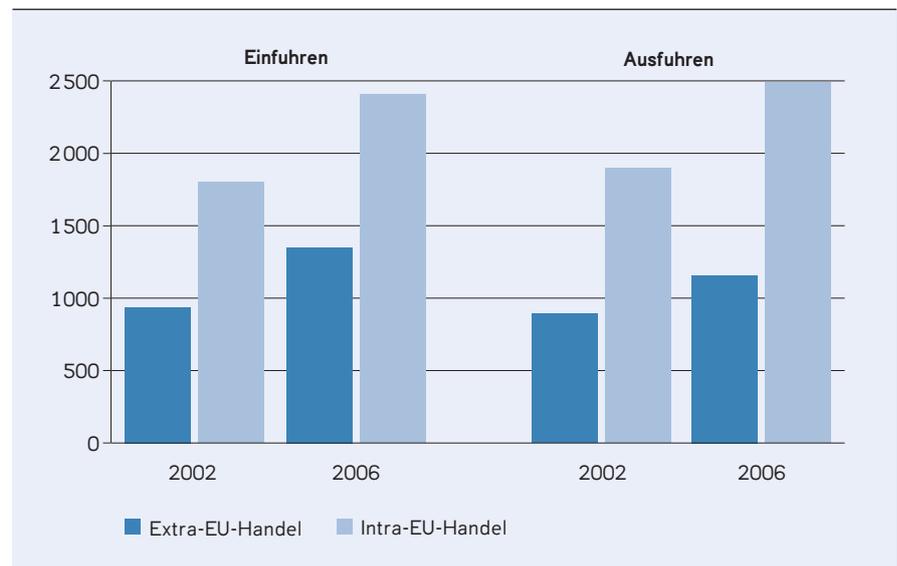


Abb. 6: Entwicklung des EU-Handels, in Mrd. EUR



mit den Konvergenzkriterien im Maastrichter Vertrag von 1992 festgelegt – das öffentliche Defizit maximal 3 % des BIP und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIP betragen.

Innerhalb der Eurozone, zu der seit 2008 die Länder Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern gehören, gab es bislang jedoch höchst unterschiedliche Erfolge bei der Kontrolle der Staatsfinanzen. Zwei Länder verfehlten 2006 das 3 %-Kriterium bei der Neuverschuldung: In Italien betrug das Staatsdefizit –4,4 %, in Portugal –3,9 % des BIP. Deutschland blieb mit

einem Defizit von –1,6 % des BIP das erste Mal seit 2001 wieder unter der vereinbarten 3 %-Grenze. Sechs Euro-Länder machten hingegen gar keine Schulden und verzeichneten stattdessen einen Einnahmeüberschuss. Am erfolgreichsten war Finnland mit einem Plus von 3,8 % des BIP. Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone verschuldete sich Ungarn mit einem Defizit von –9,2 % des BIP 2006 am stärksten. Den höchsten Haushaltsüberschuss der EU-Länder außerhalb der Eurozone verzeichnete Dänemark mit 4,6 %. → Tab. 3

Der öffentliche Schuldenstand überstieg in neun von 15 Euro-Ländern ebenfalls den vereinbarten Referenzwert von 60 %

des BIP. Deutschland hielt diesen Wert letztmalig 2001 ein. 2006 belief sich der Schuldenstand auf 67,5 % des BIP. Deutlich höher noch lagen die Schuldenquoten u. a. in den Euro-Ländern Griechenland (95,3 %) und Italien (106,8 %). Den niedrigsten Schuldenstand im Euro-Raum verzeichnete Luxemburg mit 6,6 % des BIP. Außerhalb der Eurozone hielten alle EU-Länder, außer Ungarn, den Referenzwert von 60 % ein.

Während für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen die Regierungen der EU-Länder verantwortlich sind, obliegt die Überwachung der Preisniveaustabilität der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem »Europäischen System der Zentralbanken« (ESZB). Nach der Definition der EZB ist Preisniveaustabilität in der Eurozone dann gegeben, wenn die jährliche Inflationsrate mittelfristig nahe oder unter zwei Prozent liegt. EU-Staaten, die sich erst noch der Eurozone anschließen wollen, müssen eine Inflationsrate aufweisen, die im letzten Jahr vor der Prüfung maximal 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedsländer lag. 2006 betrug die Inflationsrate in zehn Euro-Ländern über 2 %. Am höchsten war sie mit 3,6 % in Spanien. Deutschland verzeichnete eine Rate von 1,8 % und gehörte damit zu den preisstabilsten Ländern der Eurozone. Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone war die Inflation mit 7,4 % in Bulgarien am höchsten.

16.1.3 Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit

Die Situation auf dem europäischen Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren etwas verbessert. Seit 2003 lag das jährliche Beschäftigungswachstum in der EU-27 jeweils über dem Vorjahreswert. 2006 erreichte es mit 1,5 % ein vorläufiges Hoch. Den größten jährlichen Zuwachs verzeichnete 2006 Estland mit 5,4 %. Deutschland erreichte mit 0,6 % zwar den höchsten Wachstumswert seit

Tab. 3: Konvergenzkriterien 2006

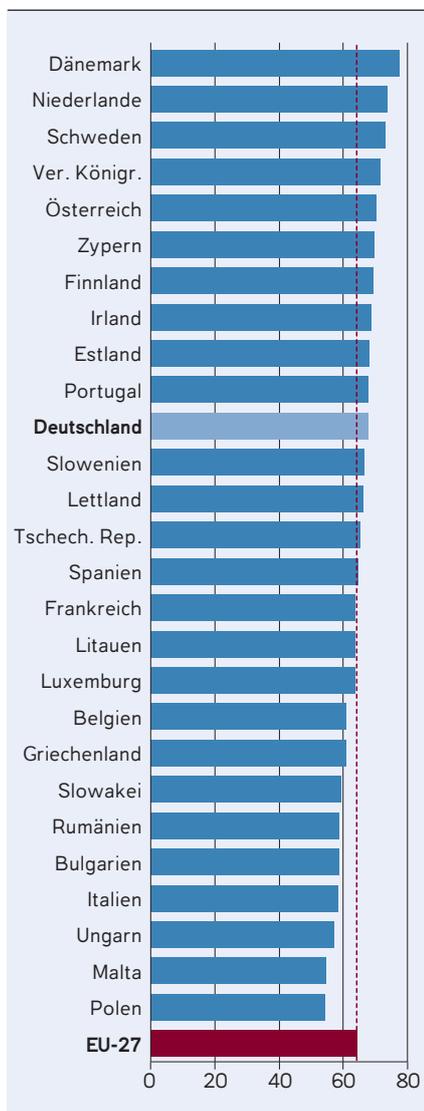
	Inflationsrate	Öffentlicher Schuldenstand	Neuverschuldung (Staatsdefizit bzw. -überschuss)
	in %	in % des BIP	
Eurozone	2,2	68,8	-1,5
Belgien	2,3	88,2	0,4
Deutschland	1,8	67,5	-1,6
Finnland	1,3	39,2	3,8
Frankreich	1,9	64,2	-2,5
Griechenland	3,3	95,3	-2,5
Irland	2,7	25,1	2,9
Italien	2,2	106,8	-4,4
Luxemburg	3,0	6,6	0,7
Malta	2,6	64,7	-2,5
Niederlande	1,7	47,9	0,6
Österreich	1,7	61,7	-1,4
Portugal	3,0	64,8	-3,9
Slowenien	2,5	27,1	-1,2
Spanien	3,6	39,7	1,8
Zypern	2,2	65,2	-1,2
EU-Länder außerhalb der Eurozone			
Bulgarien	7,4	22,8	3,2
Dänemark	1,9	30,3	4,6
Estland	4,4	4,0	3,6
Lettland	6,6	10,6	-0,3
Litauen	3,8	18,2	-0,6
Polen	1,3	47,6	-3,8
Rumänien	6,6	12,4	-1,9
Schweden	1,5	47,0	2,5
Slowakei	4,3	30,4	-3,7
Tschechische Republik	2,1	30,1	-2,9
Ungarn	4,0	65,6	-9,2
Vereinigtes Königreich	2,3	43,2	-2,7

2000, bildete damit in der EU aber das Schlusslicht.

2006 waren 64,5 % aller 15- bis 64-jährigen EU-Bürger erwerbstätig. In Deutschland lag die Beteiligung mit 67,8 % rund drei Prozentpunkte höher. In Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich betrug die Quote bereits über 70 %, in Polen und Malta hingegen weniger als 55 %.

→ Abb. 7

Abb. 7: Erwerbstätigenquote 2006, in %



Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Tab. 4: Frauenerwerbstätigenquote 2006

	in %
Dänemark	73,4
Schweden	70,7
Niederlande	67,7
Finnland	67,3
Vereinigtes Königreich	65,8
Estland	65,3
Österreich	63,5
Lettland	62,4
Deutschland	62,2
Portugal	62,0
Slowenien	61,8
Litauen	61,0
Zypern	60,3
Irland	59,3
Frankreich	58,8
EU-27	57,3
Tschechische Republik	56,8
Bulgarien	54,6
Luxemburg	54,6
Belgien	54,0
Spanien	53,2
Rumänien	53,0
Slowakei	51,9
Ungarn	51,1
Polen	48,2
Griechenland	47,4
Italien	46,3
Malta	34,9

Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Die Frauen beteiligten sich dabei immer stärker am Berufsleben. Ihre Erwerbstätigenquote stieg zwischen 2001 und 2006 im EU-Durchschnitt von 54,3 % auf 57,3 %. Die höchste Quote verzeichnete 2006 Dänemark mit 73,4 %. In Deutschland waren 62,2 % der Frauen erwerbstätig. → Tab. 4

Ältere Erwerbstätige konnten sich hingegen weniger gut auf dem Arbeitsmarkt behaupten. Obwohl die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen innerhalb von fünf Jahren um fast sechs Prozentpunkte stieg, lag ihr Anteil 2006 in der EU erst bei 43,5 %. Eine Vorreiterrolle spielte dabei Schweden, wo knapp 70 % der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig waren. Deutschland verzeichnete einen Wert von 48,4 %. In einigen Ländern, darun-

Tab. 5: Erwerbstätigenquote älterer Menschen 2006

	in %
Schweden	69,6
Dänemark	60,7
Estland	58,5
Vereinigtes Königreich	57,4
Finnland	54,5
Zypern	53,6
Lettland	53,3
Irland	53,1
Portugal	50,1
Litauen	49,6
Deutschland	48,4
Niederlande	47,7
Tschechische Republik	45,2
Spanien	44,1
EU-27	43,5
Griechenland	42,3
Rumänien	41,7
Bulgarien	39,6
Frankreich	38,1
Österreich	35,5
Ungarn	33,6
Luxemburg	33,2
Slowakei	33,1
Slowenien	32,6
Italien	32,5
Belgien	32,0
Malta	30,0
Polen	28,1

Anteil der 55- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung der gleichen Altersgruppe.

ter Italien, Belgien und Polen, befand sich hingegen nicht einmal mehr jeder Dritte im Erwerbsprozess. → Tab. 5

Erwerbslosigkeit

Ungeachtet der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren blieb die Erwerbslosigkeit in der EU ein schwerwiegendes Problem. 2006 waren in der EU 8,2 % der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit. Innerhalb der EU gab es dabei deutliche Unterschiede. Niedrige Quoten von unter 4 % verzeichneten die Niederlande und Dänemark. In Deutschland lag die Quote mit 9,8 % hingegen mehr als doppelt so hoch. Nur Polen mit 13,8 % und die Slowakei mit 13,4 % waren noch stärker von Erwerbslosigkeit betroffen. Problematisch war, dass EU-weit 2006 fast jeder zweite Er-



Begriffsdefinitionen zur Arbeitsmarktstatistik

Zu den *Erwerbspersonen* bzw. zur *Erwerbsbevölkerung* zählen alle Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Erwerbstätige sind Personen von 15 bis 64 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt zur Gewinnerzielung oder Mehrung des Familieneinkommens gearbeitet haben oder aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren aufgrund von Krankheit, Urlaub, Streik oder Weiterbildung.

Erwerbslose sind Personen von 15 bis 64 Jahren, die in der Berichtswoche ohne Arbeit waren, für eine Arbeit sofort zur Verfügung standen sowie in den vergangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren

oder eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Die *Erwerbsquote* entspricht dem Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Die *Erwerbstätigenquote* bezeichnet die Erwerbstätigen als Anteil an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

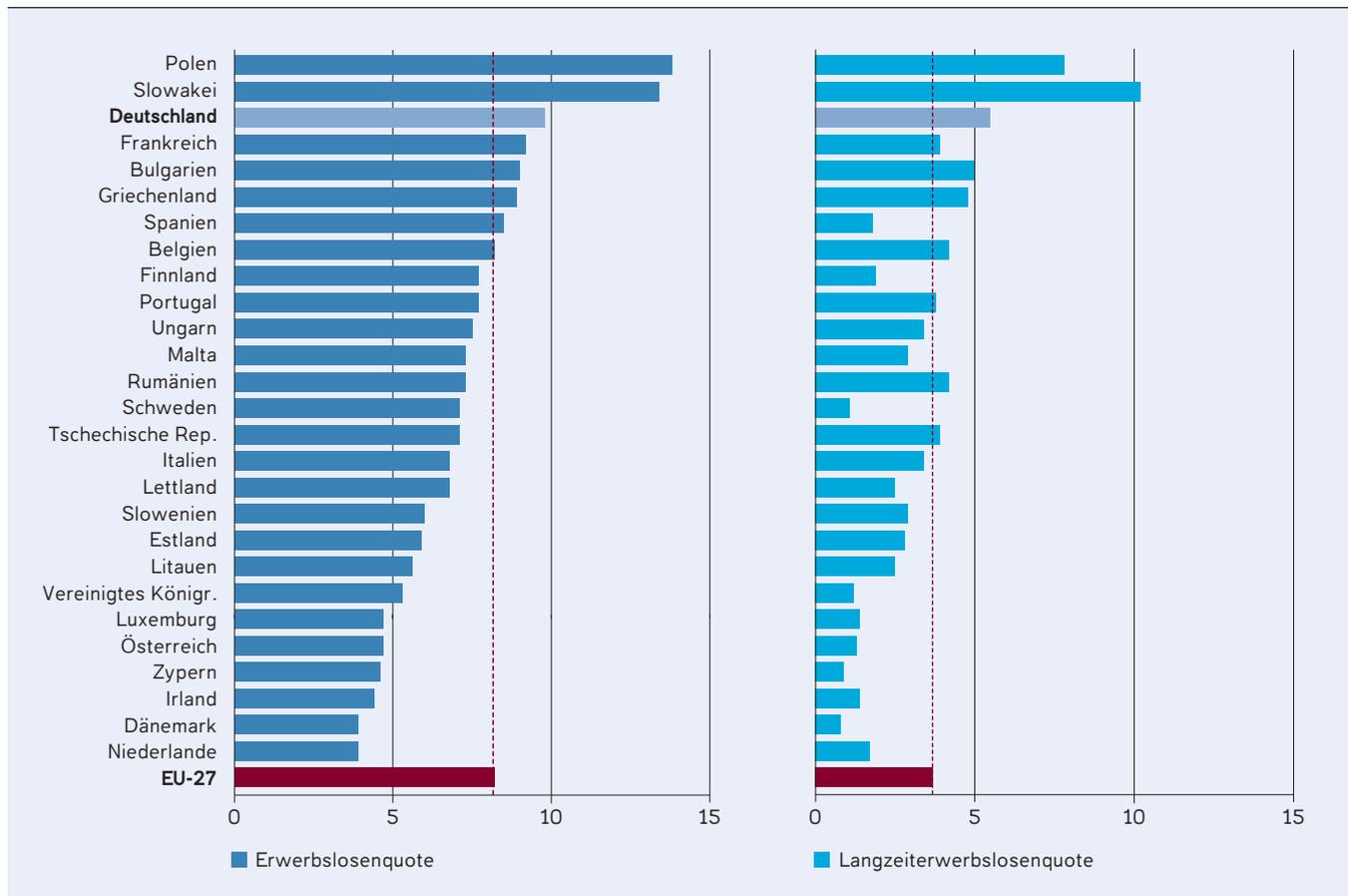
Die *Erwerbslosenquote* ist der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe. Die Erwerbslosenquote, auf die in diesem Band ausschließlich Bezug genommen wird, ist nicht vergleichbar mit der in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit (BA) monatlich veröffentlichten Arbeitslosenquote.

werbslose langzeiterwerbslos war, also bereits länger als ein Jahr ohne Job. Das traf besonders auf die Slowakei zu, wo mehr als drei Viertel aller Erwerbslosen schon länger als zwölf Monate ohne Arbeit waren. → [Abb. 8](#)

Frauen hatten es auf dem Arbeitsmarkt immer noch schwerer als Männer. So sahen sich 2006 im EU-Durchschnitt 7,6 % der Männer, aber 8,9 % der Frauen mit Erwerbslosigkeit konfrontiert. Dieses Geschlechter-Ungleichgewicht ließ sich allerdings in sieben EU-Ländern nicht beobachten. Darunter war auch Deutschland, wo 10,2 % der Männer, aber nur 9,4 % der Frauen erwerbslos waren. → [Tab. 6](#)

Von Erwerbslosigkeit in besonderem Maße betroffen waren auch Jugendliche unter 25 Jahren. In zahlreichen EU-Ländern gestaltet sich der Übergang von der

Abb. 8: Erwerbs- und Langzeiterwerbslosenquote 2006, in %



Anteil an der Erwerbsbevölkerung.

Tab. 6: Erwerbslosenquote 2006

	Männer	Frauen
	in %	
Belgien	7,4	9,3
Bulgarien	8,6	9,3
Dänemark	3,3	4,5
Deutschland	10,2	9,4
Estland	6,2	5,6
Finnland	7,4	8,1
Frankreich	8,4	10,1
Griechenland	5,6	13,6
Irland	4,6	4,1
Italien	5,4	8,8
Lettland	7,4	6,2
Litauen	5,8	5,4
Luxemburg	3,5	6,2
Malta	6,5	8,9
Niederlande	3,5	4,4
Österreich	4,4	5,2
Polen	13,0	14,9
Portugal	6,5	9,0
Rumänien	8,2	6,1
Schweden	6,9	7,2
Slowakei	12,3	14,7
Slowenien	4,9	7,2
Spanien	6,3	11,6
Tschechische Rep.	5,8	8,8
Ungarn	7,2	7,8
Vereinigtes Königr.	5,7	4,9
Zypern	4,0	5,4
EU-27	7,6	8,9

Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung des gleichen Geschlechts.

Schule ins Arbeitsleben äußerst problematisch. Schwierig war die Situation vor allem in Polen, der Slowakei und Griechenland, wo 2006 mehr als jeder Vierte unter 25 erwerbslos war. In Deutschland lag die Quote im gleichen Zeitraum bei 13,8 % und damit unter dem EU-Durchschnitt von 17,4 %. Dies war allerdings auch auf die längeren Ausbildungszeiten Jugendlicher in Deutschland zurückzuführen. → [Abb. 9](#) 

16.1.4 Lebensverhältnisse

Bildung

In Zeiten der Globalisierung und des rasanten technischen Fortschritts erleichtert eine gute Ausbildung den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die jährlichen öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung in den ein-

Abb. 9: Jugenderwerbslosenquote 2006



Anteil der Erwerbslosen unter 25 Jahren an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

zelen EU-Mitgliedstaaten fallen dabei sehr unterschiedlich aus. So gab Dänemark 2004 mit 8,5 % des BIP anteilig am meisten für sein Bildungswesen aus. Schlusslicht war Rumänien mit 3,3 % des BIP. Deutschland lag mit einem Anteil von 4,6 % des BIP ebenfalls nur im hinteren Drittel. → [Tab. 7](#)

In der EU verfügten 2006 knapp 80 % aller 20- bis 24-jährigen Jugendlichen min-

destens über einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (in Deutschland gleichbedeutend mit der Hochschulreife oder einem beruflichen Bildungsabschluss durch Lehre oder Berufsfachschule). Innerhalb der EU gab es jedoch große Unterschiede: So hatten in Portugal und Malta nur die Hälfte der jungen Leute einen Sekundar-II-Abschluss. In der Slowakei, Polen und der Tschechischen Republik lag dieser Anteil hingegen bei über 90 %. In

Tab. 7: Ausgaben des Staates für das Bildungswesen 2004

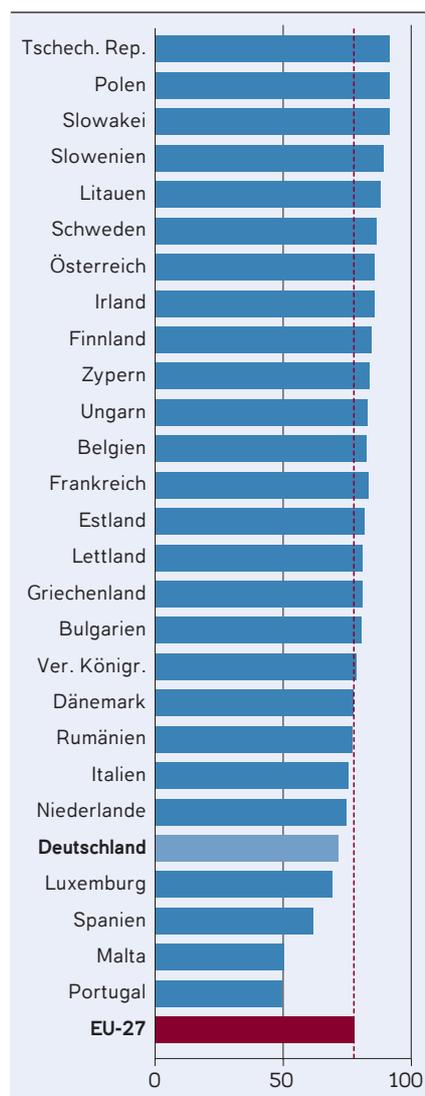
	Anteil am BIP in %
Dänemark	8,5
Schweden	7,2
Zypern	6,7
Finnland	6,4
Belgien	6,0
Slowenien	5,9
Frankreich	5,8
Österreich	5,4
Ungarn	5,4
Polen	5,4
Portugal	5,3
Vereinigtes Königreich	5,3
Litauen	5,2
Niederlande	5,2
Lettland	5,1
EU-27	5,1
Estland	5,0
Malta	4,9
Irland	4,7
Deutschland	4,6
Italien	4,6
Bulgarien	4,5
Tschechische Republik	4,4
Spanien	4,3
Slowakei	4,2
Luxemburg	3,9
Griechenland	3,8
Rumänien	3,3

Deutschland waren es 71,6 %. In allen 27 EU-Staaten wiesen Frauen dabei ein höheres Ausbildungsniveau auf als Männer: Im EU-Durchschnitt verfügten 80,8 % der Frauen über den Abschluss der Sekundarstufe II, bei den Männern waren es nur 75,0 %. In Deutschland betrug der Unterschied zwischen den Geschlechtern fast vier Prozentpunkte (73,5 % gegenüber 69,8 %). Die relativ niedrigen Werte für Deutschland sind jedoch zu einem wesentlichen Teil durch die Wahl der Altersgruppe bedingt: In Deutschland erreichen viele Jugendliche im Vergleich mit anderen europäischen Staaten relativ spät einen Abschluss der Sekundarstufe II.

➔ **Abb. 10**

Einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachleute leisten die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs. In Deutschland zählen dazu Uni-

Abb. 10: Bildungsstand der Jugendlichen 2006, in %



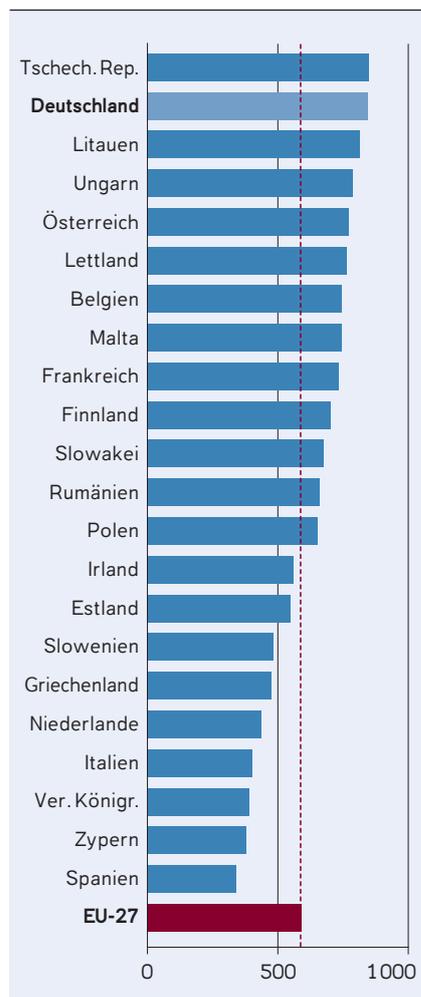
Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit Abschluss in der Sekundarstufe II.

versitäten, Fachhochschulen, Berufsakademien, Fachschulen, Fachakademien sowie die zwei- und dreijährigen Schulen des Gesundheitswesens. An solchen Einrichtungen lernten 2005 EU-weit 18,5 Mill. Schüler und Studierende und damit 2,6 Mill. mehr als noch im Jahr 2000. In allen EU-Ländern, außer Deutschland, waren dabei die Frauen in der Überzahl: Ihr Anteil an der Gesamtzahl lag 2005 im EU-Durchschnitt bei 54,9 %. Am größten war ihr Anteil in Lettland (63,2 %) und Estland (61,5 %). In Deutschland betrug der Frauenanteil 49,6 %.

Gesundheit

Erste Anhaltspunkte über die medizinische Versorgung in den einzelnen EU-Staaten lassen sich aus der Ärztedichte und der Anzahl der verfügbaren Krankenhausbetten je Einwohner ableiten. Belgien war, unter den Ländern für die Daten vorlagen, mit 400 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner 2005 das EU-Land mit der höchsten Ärzteversorgung. Deutschland gehörte mit 341 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner ebenfalls zu den EU-Spitzenreitern. Die niedrigsten Zahlen wiesen Polen und Rumänien mit 214 bzw. 217 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner auf.

Abb. 11: Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner 2005



Für Bulgarien, Dänemark, Luxemburg, Portugal und Schweden sind keine Angaben vorhanden.

Tab. 8: Säuglingssterblichkeit, je 1 000 Lebendgeborenen 2006

	Anzahl
Rumänien	13,9
Bulgarien	9,7
Lettland	7,6
Litauen	6,8
Slowakei	6,6
Polen	6,0
Ungarn	5,7
Vereinigtes Königreich ¹	5,1
Estland	4,4
Niederlande	4,4
Italien ²	3,9
Dänemark	3,8
Deutschland	3,8
Frankreich	3,8
Spanien	3,8
Belgien ¹	3,7
Griechenland	3,7
Irland	3,7
Malta	3,6
Österreich	3,6
Slowenien	3,4
Portugal	3,3
Tschechische Republik	3,3
Zypern	3,1
Finnland	2,8
Schweden	2,8
Luxemburg	2,5

1 2005.
2 2004.

Die Zahl der Krankenhausbetten war in den zurückliegenden Jahren in fast allen EU-Ländern rückläufig. Die höchste Dichte verzeichneten 2005 die Tschechische Republik und Deutschland mit 850 bzw. 846 Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner. → **Abb. 11**

Ein Indikator für die Qualität der Schwangeren- und Mutterfürsorge ist die Säuglingssterblichkeit, die in der EU im weltweiten Vergleich sehr gering ist. Zwischen den EU-Ländern gab es 2006 aber immer noch Unterschiede. Die geringste Säuglingssterbeziffer wies Luxemburg mit 2,5 Fällen je 1 000 Lebendgeborenen auf. Deutschland lag mit einem Wert von 3,8 im Mittelfeld. Relativ hoch war die Ziffer in einigen neuen Mitgliedstaaten. So starben in Rumänien von 1 000 Lebendgeborenen statistisch 13,9 Säuglinge.

→ **Tab. 8**

Einkommen

Trotz erheblicher Finanztransfers existiert in der EU immer noch ein Wohlstandsgefälle. So offenbart ein Vergleich der Bruttojahresverdienste im Industrie- und Dienstleistungssektor deutliche Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen sowie alten und neuen EU-Mitgliedsländern. Die höchsten Löhne im Vergleich der EU-Länder, für die Daten vorlagen, wurden dabei 2006 in Dänemark gezahlt: Dort verfügte ein Vollzeitbeschäftigter über ein jährliches Bruttoeinkommen von rund 48 300 Euro. In Deutschland wurden mit durchschnittlich rund 42 400 Euro die vierthöchsten Gehälter erzielt. In den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten lagen die Jahresgehälter hingegen unter 10 000 Euro, betrug also nominal weniger als ein Fünftel des deutschen Durchschnittsverdienstes.

Aus der Lohnhöhe in Euro lässt sich jedoch noch nicht genau erschließen, was sich die Konsumenten von ihren Einkommen in den einzelnen EU-Ländern wirklich leisten können. Mit Hilfe einer künstlichen Währung, die als »Kaufkraftstandard« (KKS, siehe S. 421) bezeichnet wird, können die bestehenden Preisniveauunterschiede bereinigt werden. Am meisten wert waren demnach die Bruttogehälter 2006 mit rund 42 300 KKS in Luxemburg. Es folgte das Vereinigte Königreich mit 41 300 KKS (2005) und Deutschland mit rund 41 000 KKS. Aufgrund der vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten lagen die dänischen Bruttolöhne mit 34 700 KKS im EU-Ländervergleich nur an siebter Stelle. → **Tab. 9**

Armutsgefährdung

Armut und soziale Ausgrenzung sind gesellschaftliche Probleme, die auch in den relativ wohlhabenden Staaten der EU existieren. In der EU-25 (ohne Rumänien und Bulgarien) galten 2006 16 % der Bevölkerung und damit 79 Mill. Menschen als armutsgefährdet. Am schwierigsten war die Situation in Lettland und Griechenland, wo 23 bzw. 21 % der Bevölke-

Tab. 9: Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungssektor 2006

	EUR	Kaufkraftstandards (KKS)
Belgien	37 674	35 480
Bulgarien	2 195	4 902
Dänemark	48 307	34 708
Deutschland	42 382	41 039
Finnland	34 081	27 993
Frankreich	30 521 ¹	27 993 ¹
Irland	40 462 ¹	32 907 ¹
Lettland	5 211	8 604
Luxemburg	43 621	42 287
Malta	11 669	15 900
Niederlande	38 700 ¹	36 796 ¹
Österreich	36 673	35 013 ¹
Polen	6 270 ¹	10 524 ¹
Portugal	15 930	17 106 ¹
Rumänien	3 713	6 517
Schweden	35 084	29 860
Slowakei	7 040	12 076
Spanien	21 150	22 667
Tschech. Rep.	8 284	13 476
Ungarn	7 840	13 063
Ver. Königr.	44 496	41 340 ¹
Zypern	21 310	23 646

Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung. Für Estland, Griechenland, Irland, Italien, Litauen und Slowenien sind keine Angaben vorhanden.

1 2005.

Wie wird Armut definiert?



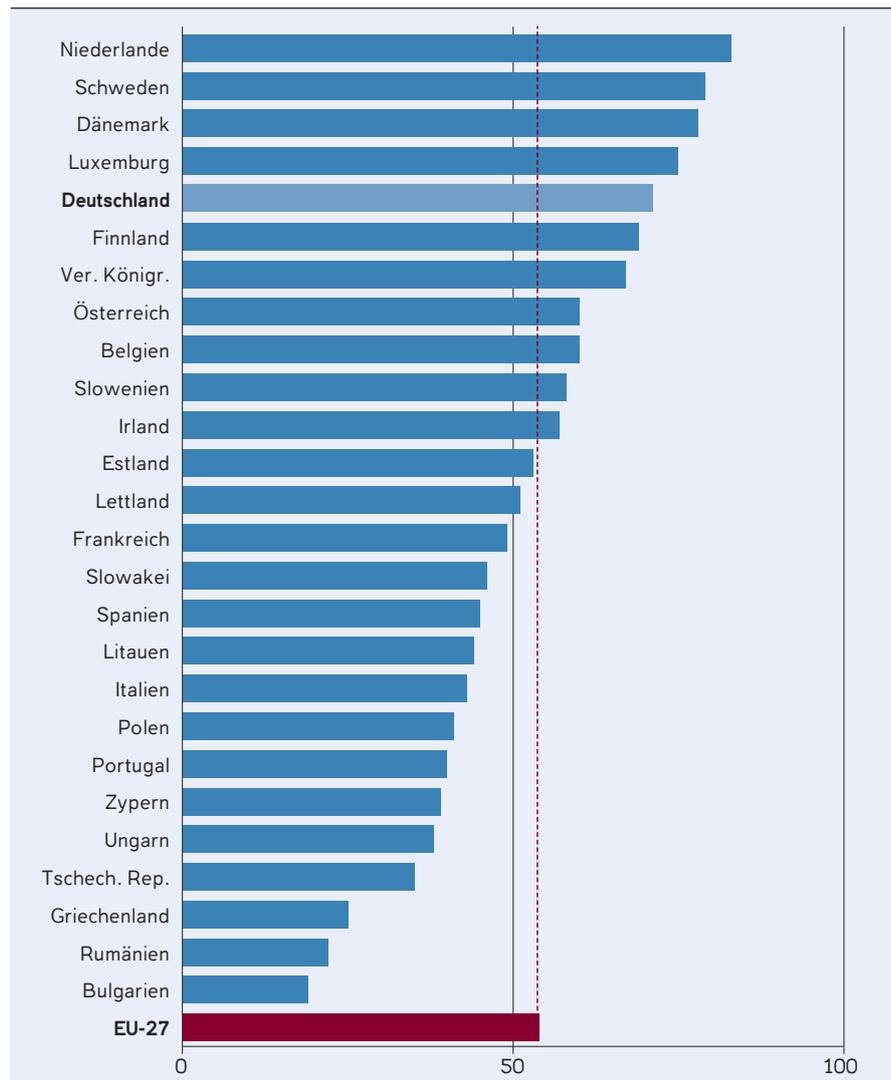
Armut ist ein relativer und zudem schwierig abzugrenzender Begriff, der nur eingeschränkt und unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Aspekten interpretierbar ist. Eurostat trifft daher auch keine Aussagen über Armut, sondern lediglich über eine mögliche Armutsgefährdung. Demnach gilt als armutsgefährdet, wer inklusive sozialer Transferleistungen weniger als 60 % des jeweiligen national verfügbaren Median-Einkommens zur Verfügung hat.

Eine niedrige Armutsgefährdungsquote bedeutet dabei nicht automatisch, dass das Wohlstandsniveau eines Landes besonders hoch ist. Sie besagt lediglich, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung ärmer als die übrige Bevölkerung ist.

Tab. 10: Armutsgefährdungsquote 2006

	EU-25	Deutschland
	in %	
Geschlecht		
Insgesamt	16	13
Männer	15	12
Frauen	17	13
Alter		
Unter 16 Jahre	19	12
16 bis 24 Jahre	20	15
25 bis 49 Jahre	14	12
50 bis 64 Jahre	13	14
65 Jahre und älter	19	13
Haushaltstyp		
Ein Erwachsener jünger als 64 Jahre	22	24
Zwei Erwachsene jünger als 64 Jahre	10	11
Ein Erwachsener älter als 65 Jahre	26	18
Alleinstehende Frau	25	21
Alleinstehender Mann	22	23
Alleinstehender Elternteil mit abhängigen Kindern	32	24
Zwei Erwachsene mit einem abhängigen Kind	12	8
Zwei Erwachsene mit zwei abhängigen Kindern	14	9
Zwei Erwachsene mit drei oder mehr abhängigen Kindern	24	13

Abb. 12: Anteil der Privathaushalte mit Internetzugang 2007, in %



Für Malta sind keine Angaben vorhanden.

rung armutsgefährdet waren. In Deutschland lag der Anteil bei 13 %. Am geringsten war die Quote in den Niederlanden und der Tschechischen Republik mit je 10 %. → Tab. 10

Die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung war in der EU-25 ungleich auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt. So waren Frauen in 20 EU-Ländern stärker armutsgefährdet als Männer. Das galt auch für Deutschland (Frauen: 13 %, Männer: 12 %). Unterschieden nach Altersgruppen lebte in der EU-25 ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen bis

24 Jahre unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Am geringsten war der Anteil in den Altersgruppen der 25- bis 49-Jährigen (14 %) und 50- bis 64-Jährigen (13 %). Im Alter, bei den über 65-Jährigen stieg er wieder auf 19 % an. In Deutschland fiel die Abstufung zwischen den Altersgruppen deutlich schwächer aus als im EU-Durchschnitt.

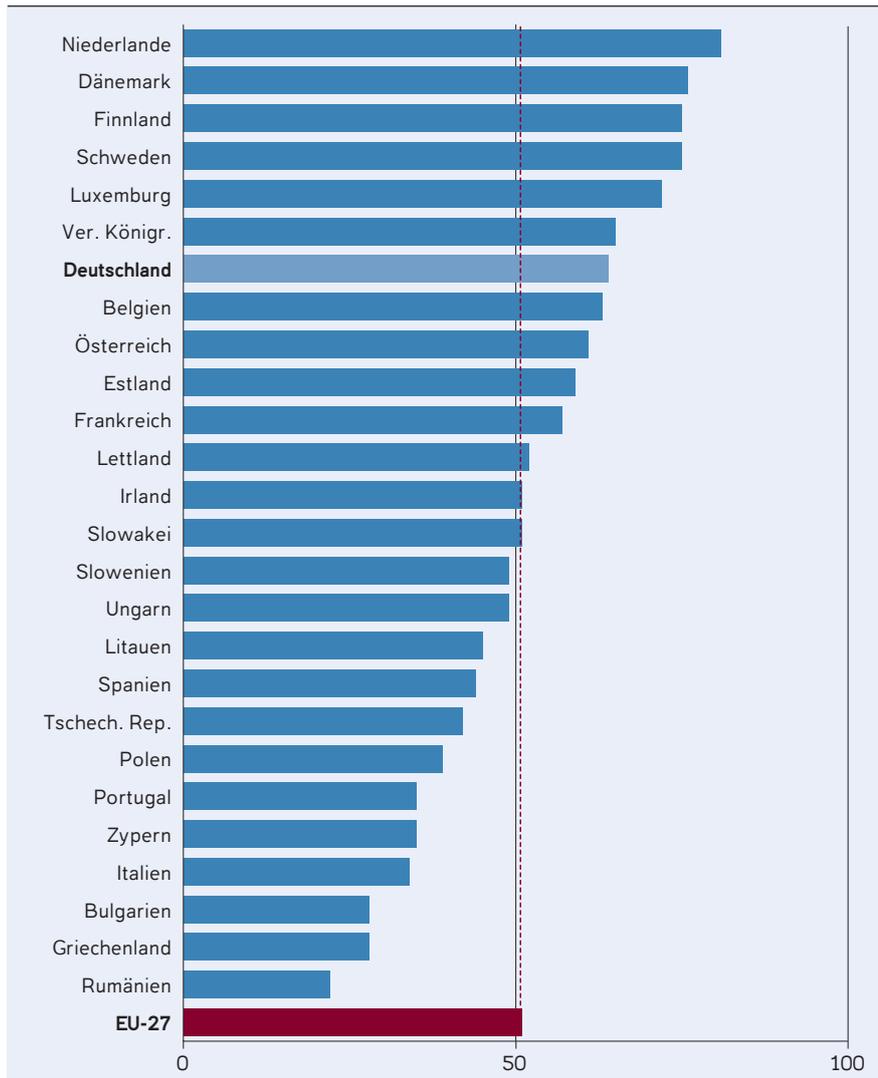
Differenziert nach Haushaltstypen waren in der EU-25 alleinstehende Frauen und alleinstehende Menschen über 65 Jahre überdurchschnittlich stark betroffen: Jeder vierte dieser Haushalte galt 2005 als

armutsgefährdet. Am problematischsten aber gestaltete sich die Situation der Alleinerziehenden (meist Frauen): 32 % dieser Haushalte in der EU waren von Armut bedroht. Die höchsten Quoten wiesen dabei Luxemburg (49 %) und Irland (47 %) auf. Am geringsten war der Anteil der armutsgefährdeten Alleinerziehenden hingegen in Finnland (18 %) und Dänemark (19 %). In Deutschland waren es 24 %.

Informationsgesellschaft

Das Internet ist längst Teil des Alltags geworden. Mehr als jeder zweite Privat-

Abb. 13: Internetnutzung 2007, in %



Anteil der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die das Internet durchschnittlich wenigstens ein Mal pro Woche nutzen. Für Malta sind keine Angaben vorhanden.

haushalt in der EU-27 verfügte 2007 über einen Netzzugang. Regional gab es jedoch noch immer große Unterschiede: Während in den Niederlanden, Schweden und Dänemark über drei Viertel der Haushalte einen Internetanschluss hatten, waren es in Rumänien und Bulgarien erst rund 20 %. Deutschland gehörte mit einer Haushaltsversorgungsdichte von 71 % zu den fünf führenden Ländern in der EU. → [Abb. 12](#)

Auch bei der Internet-Nutzung führten die Dänen und Niederländer: 2007 surften in diesen Ländern über drei

Viertel der 16- bis 74-Jährigen durchschnittlich mindestens einmal pro Woche im Internet, in Deutschland waren es 64 %. In Rumänien nutzten hingegen erst 22 % regelmäßig das Internet. Im EU-Durchschnitt waren 51 % der EU-Bürger regelmäßig online. → [Abb. 13](#)

Rasant verbreitet hat sich im letzten Jahrzehnt der Mobilfunk: Besaß in Dänemark, Finnland und Schweden 1996 immerhin schon mehr als ein Viertel der Bevölkerung ein Mobiltelefon, spielte diese Kommunikationsart in den anderen EU-Ländern kaum eine Rolle. Zehn

Tab. 11: Mobiltelefonverträge, je 100 Einwohner

	2006	1996
Luxemburg	155	11
Litauen	139	1
Italien	134	11
Tschechische Rep.	124	2
Estland	117	5
Portugal	116	7
Vereinigtes Königr.	115	12
Niederlande	113	7
Zypern	113	11
Österreich	112	7
Irland	112	8
Finnland	108	29
Bulgarien	107	0
Dänemark	107	25
EU-27	106	7
Spanien	106	8
Schweden	106	28
Deutschland	104	7
Griechenland	99	5
Ungarn	99	5
Polen	96	1
Lettland	95	1
Slowenien	91	2
Slowakei	91	1
Belgien	89	5
Malta	86	3
Frankreich	82	4
Rumänien	81	0

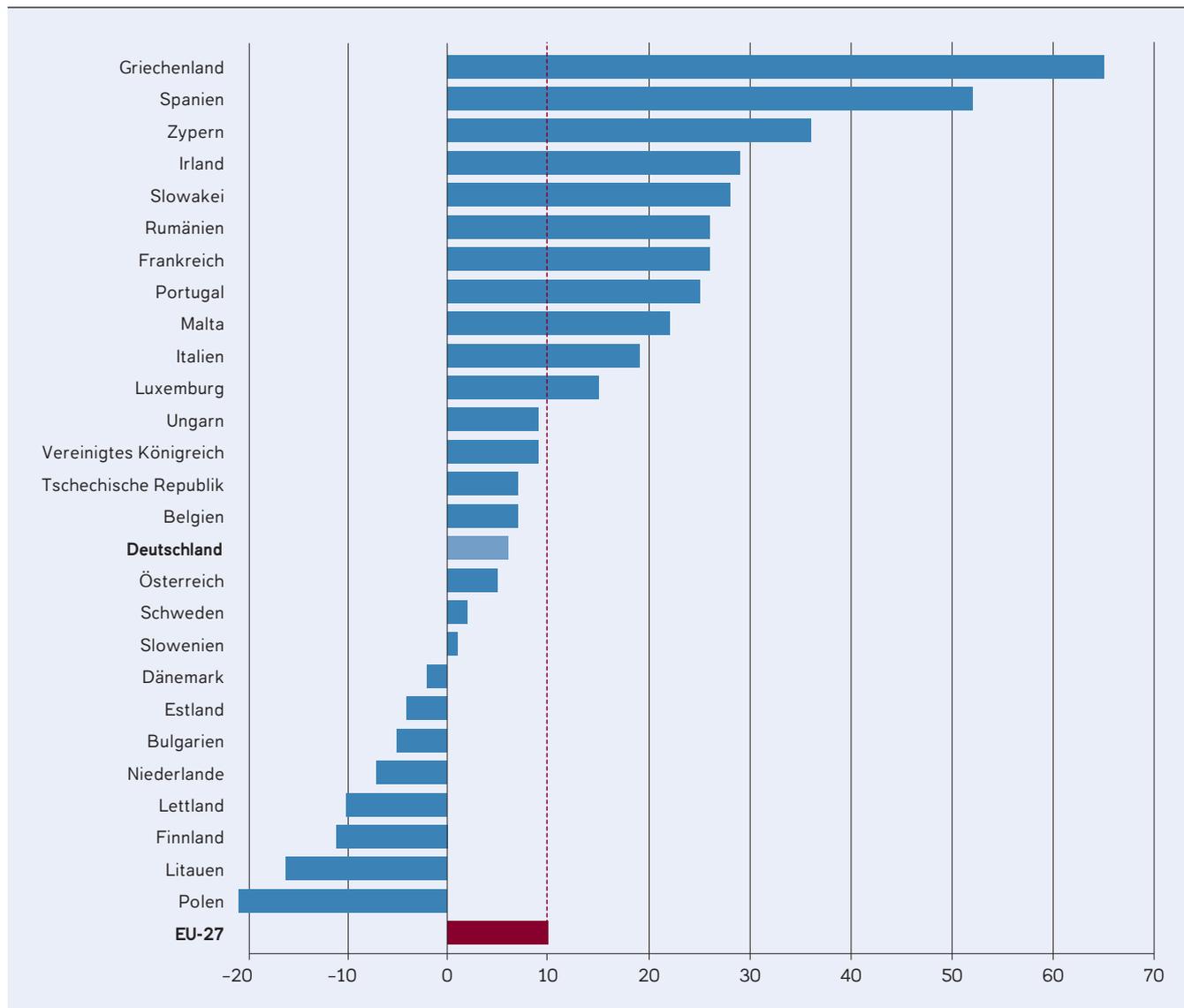
Jahre später ist kaum noch jemand ohne Handy: Selbst in Rumänien, dem Land mit dem niedrigsten Verbreitungsgrad, waren es 2006 bereits 81 Verträge je 100 Einwohner. In 22 EU-Ländern lag der Verbreitungsgrad bereits bei über 95 %. In 18 Ländern übertraf die Zahl der Mobilfunkverträge sogar die Einwohnerzahl, so auch in Deutschland, wo auf 100 Einwohner bereits 104 Verträge kamen. → [Tab. 11](#)

16.1.5 Energie, Verkehr und Umwelt

Energie

Der energetische Endverbrauch aller Privathaushalte der EU-27 lag 2005 bei 13 Mill. Terajoule. Das entsprach einer Zunahme von 10 % gegenüber dem Jahr 1995. Den größten Zuwachs verzeichnete

Abb. 14: Entwicklung des Energiebedarfs von Privathaushalten, Veränderung 2005 gegenüber 1995 in %



Griechenland mit einem Plus von 65 %. In Deutschland stieg der Verbrauch um 6 %. In acht Ländern sank der Energiebedarf im gleichen Zeitraum: Den deutlichsten Rückgang gab es in Polen, wo der private Energieendverbrauch zwischen 1995 und 2005 um rund ein Fünftel sank. → [Abb. 14](#)

Bei den Strompreisen für Privathaushalte ließen sich von Land zu Land erhebliche Preisunterschiede feststellen. Am tiefsten in die Tasche greifen mussten Privatabnehmer in Italien, wo am Stichtag 1. Juli

2007 eine Kilowattstunde (kWh) Strom 18,9 Cent kostete. Die deutschen Strompreise zählten ebenfalls zu den höchsten in der EU. Eine Kilowattstunde kostete hier 14,3 Cent (Stand: 1. Januar 2007). Die niedrigsten Preise zahlten die bulgarischen Verbraucher mit 5,7 Cent. → [Tab. 12](#)

Verkehr und Umwelt

216 Millionen Pkw waren 2004 in der EU-25 (ohne Bulgarien und Rumänien) zugelassen. Damit wuchs der Bestand gegenüber 1990 um 38 %. Vor allem die neuen mittel- und osteuropäischen Län-

der haben in den vergangenen Jahren stark zugelegt. Die größten Zuwachsraten verzeichneten seit 1990 Litauen (+167 %) und Lettland (+142 %). EU-Spitzenreiter beim Ausstattungsgrad war 2004 Luxemburg mit 659 Pkw je 1000 Einwohner. In Deutschland kamen auf 1000 Einwohner 546 Pkw. In Rumänien besaß hingegen nur etwa jeder Siebte ein Auto. → [Abb. 15](#)

Der Verkehrssektor gehört mit zu den Hauptverursachern der Luftverschmutzung. 2005 ließ sich rund ein Fünftel aller Treibhausgasemissionen in der EU-27

Tab. 12: Strompreise für Privatabnehmer am 1. Juli 2007 (ohne Steuern)

	Cent je kWh
Italien	18,9
Luxemburg ¹	15,1
Irland	14,7
Deutschland¹	14,3
Portugal	14,2
Niederlande ¹	14,0
Slowakei	13,5
Belgien	12,3
Vereinigtes Königreich	12,1
EU-27¹	11,7
Zypern	11,5
Ungarn	11,0
Schweden ¹	10,9
Österreich	10,6
Dänemark	10,6
Spanien	10,0
Polen	9,7
Rumänien	9,6
Slowenien	9,3
Frankreich	9,2
Malta	8,9
Tschechische Republik	8,8
Finnland	8,5
Lettland	7,0
Griechenland	6,7
Litauen	6,6
Estland	6,3
Bulgarien	5,7

¹ 1. Januar 2007.

auf den Straßentransport zurückführen. Einsparungen gelangen in den vergangenen zehn Jahren nicht. Im Gegenteil: Der Emissionsausstoß im Straßenverkehr wuchs gegenüber 1995 um 18 %.

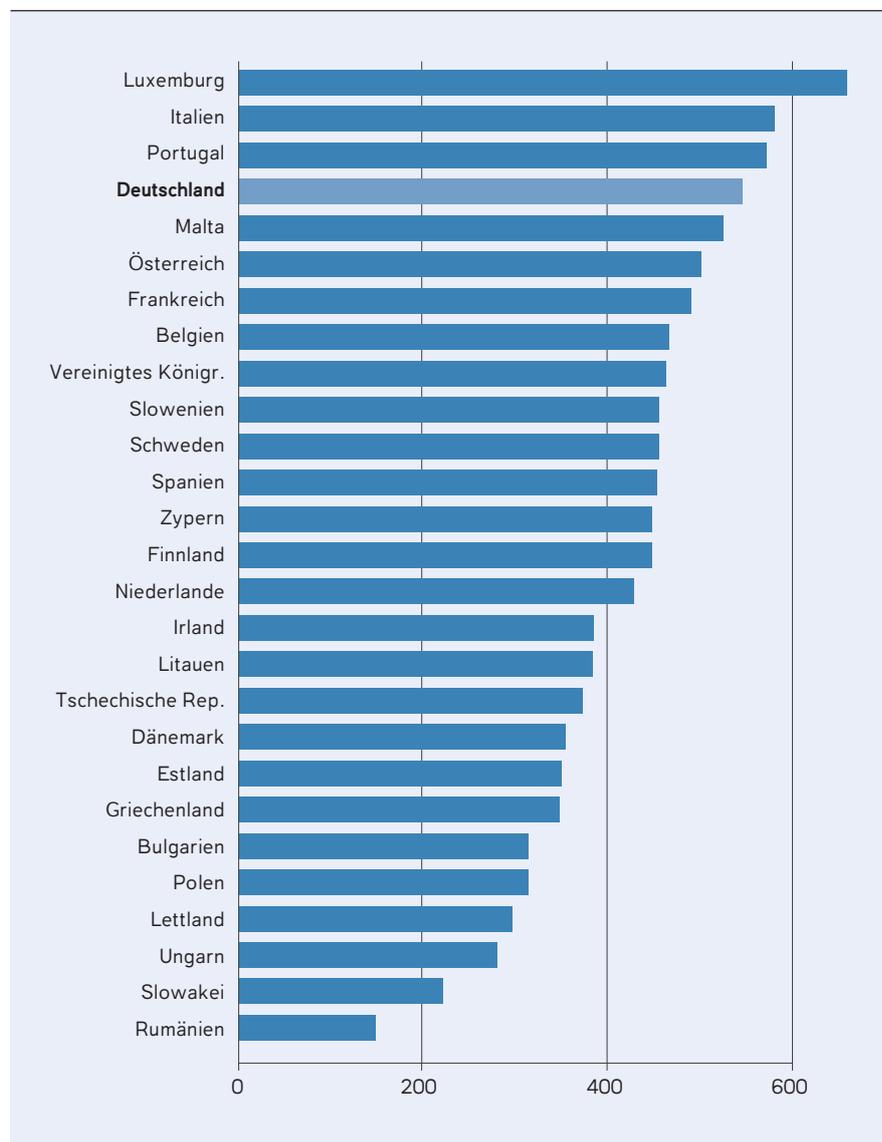
Treibhausgase beeinflussen nach Ansicht der Wissenschaft den globalen Klimawandel. Um den Prozess der Erderwärmung aufzuhalten, hat sich die internationale Staatengemeinschaft im »Kyoto-Protokoll« auf verbindliche Klimaschutzziele geeinigt. Die EU verpflichtete sich im Rahmen dieses Abkommens, in einer ersten Etappe von 2008 bis 2012 den Ausstoß von sechs Treibhausgasen um 8 % gegenüber einem festgelegten Basisjahr zu senken. Innerhalb der EU wurde für jedes EU-Mitgliedsland eine länderbezogene Zielvorgabe festgelegt. Deutschland kündigte in diesem Rahmen eine Reduzierung

der Gesamtemissionen um 21 % an und hatte dieses Ziel mit einer Verringerung von 18,7 % 2005 bereits fast erreicht. Die größten Einsparungen verzeichneten die neuen EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa. So gingen z. B. in Lettland die Gesamtemissionen um genau 58 % zurück, in Litauen um 53,1 %. Es gab aber auch gegenteilige Entwicklungen: In einigen Ländern stiegen die Emissionen trotz Reduzierungsverpflichtung. So verfehlte z. B. Österreich sein Reduktionsziel (-13 %) und verzeichnete stattdessen eine Emissionssteigerung um 18,1 %. Spanien, Ir-

land und Portugal waren EU-intern zwar höhere Treibhausgas-Ausstöße genehmigt worden, die Zuwachsraten bis 2005 lagen zum Teil jedoch deutlich über den vereinbarten Zielmarken. So erhöhte z. B. Spanien seinen Ausstoß statt der genehmigten 15 um 52,3 %. → Tab. 13

Kohlenstoffdioxid (CO₂), das zu den im Kyoto-Protokoll berücksichtigten Treibhausgasen gehört, entsteht u. a. bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Der CO₂-Gesamtausstoß betrug 2005 in der EU-27 rund 4 Mrd. Tonnen. Zum Ver-

Abb. 15: Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner 2004



Tab. 13: Kyoto-Protokoll: Emissionen von Treibhausgasen

	Veränderung gegenüber dem Kyoto-Basisjahr (1990/1995) in %	
	Zielvorgabe 2008-2012	Realisierung 2005
Belgien	-7,5	-2,1
Bulgarien	-8,0	-47,2
Dänemark	-21,0	-7,8
Deutschland	-21,0	-18,7
Estland	-8,0	-52,0
Finnland	0,0	-2,6
Frankreich	0,0	-1,9
Griechenland	25,0	25,4
Irland	13,0	25,4
Italien	-6,5	12,1
Lettland	-8,0	-58,0
Litauen	-8,0	-53,1
Luxemburg	-28,0	0,4
Malta ¹	-	54,8
Niederlande	-6,0	-1,1
Österreich	-13,0	18,1
Polen	-6,0	-32,0
Portugal	27,0	40,4
Rumänien	-8,0	-45,6
Schweden	4,0	-7,4
Slowakei	-8,0	-33,6
Slowenien	-8,0	0,4
Spanien	15,0	52,3
Tschechische Republik	-8,0	-25,8
Ungarn	-6,0	-34,5
Vereinigtes Königreich	-12,5	-15,7
Zypern ¹	-	63,7

¹ Kein Reduzierungsziel vereinbart.

Tab. 14: CO₂-Ausstoß 2005

	Mill. t	t je Einwohner
Belgien	111,7	10,7
Bulgarien	46,1	6,0
Dänemark	47,5	8,8
Deutschland	813,5	9,9
Estland	16,0	11,8
Finnland	55,4	10,6
Frankreich	388,4	6,2
Griechenland	95,7	8,6
Irland	43,8	10,6
Italien	454,0	7,8
Lettland	7,3	3,2
Litauen	13,4	3,9
Luxemburg	11,4	24,7
Malta	2,6	6,6
Niederlande	183,0	11,2
Österreich	77,2	9,4
Polen	295,8	7,8
Portugal	63,0	6,0
Rumänien	91,0	4,2
Schweden	51,0	5,6
Slowakei	38,3	7,1
Slowenien	15,5	7,8
Spanien	341,8	7,9
Tschechische Republik	118,1	11,6
Ungarn	57,7	5,7
Vereinigtes Königreich	529,9	8,8
Zypern	7,0	9,3
EU-27¹	3 975,9	8,1
China	5 059,9	3,9
Vereinigte Staaten	5 817,0	19,6

¹ Eigene Berechnungen.

Quelle: Internationale Energieagentur (IEA).

gleich: Die Weltmarkt-Konkurrenten USA und China belasteten die Erdatmosphäre im selben Jahr mit 5,8 Mrd. bzw. 5,1 Mrd. Tonnen. Beim Pro-Kopf-Verbrauch lagen die Vereinigten Staaten (19,6 Tonnen pro Kopf) ebenfalls weit vor der Europäischen Union (8,1 Tonnen) und China (3,9 Tonnen). Innerhalb der EU-27 war

Deutschland mit einem Ausstoß von 813,5 Mill. Tonnen 2005 der größte Verursacher von CO₂-Emissionen. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße lagen die Deutschen mit 9,9 Tonnen CO₂ pro Kopf jedoch nur an achter Stelle. Weit vorn lag Luxemburg mit einem Ausstoß von 24,7 Tonnen pro Kopf. → Tab. 14

Weitere Statistiken über die EU:

Kostenfreien Zugang zur Eurostat Datenbank erhalten Sie über die Website des EDS Europäischer Datenservice (<http://www.eds-destatis.de>), dem Informationsdienst des Statistischen Bundesamtes zur europäischen Statistik.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern stellt die Europäische Union (EU) – nicht zuletzt seit der Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten im Jahr 2004 und auf 27 Mitgliedsstaaten im Jahr 2007 – vor große Aufgaben. Im vorliegenden Kapitel soll gezeigt werden, wie groß die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind und wie weit die EU von einheitlichen Lebensbedingungen entfernt ist. Hierzu werden aktuelle Daten zu verschiedenen Aspekten der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens für die Mitgliedsländer der EU vorgestellt und vergleichend analysiert.

16.2.1 Lebensstandard und Wohnen

Die Betrachtung verschiedener Merkmale des Lebensstandards zeigt, dass ein erhebliches Wohlstandsgefälle in der EU besteht, das sich durch die Osterweiterungen noch deutlich verstärkt hat. Dies zeigt sich bereits bei dem Vergleich der Wohnsituation in den Mitgliedsländern. Während in den westeuropäischen Ländern auf einen Bewohner knapp zwei Räume kommen, steht in Mittel- und Osteuropa jedem Bewohner nur etwa ein Raum zur Verfügung. So klagt auch nur ein Sechstel der westeuropäischen Befragten über Platzmangel in der Wohnung, aber etwa ein Viertel der Mittel- und Osteuropäer. Innerhalb der Ländergruppen gibt es jedoch breite Variationen. Ein deutlicher Ost-West-Unterschied zeigt sich auch bei der Ausstattung der Wohnungen mit eigenem WC: In den neuen Mitgliedsstaaten hat jeder Zehnte kein WC in der Wohnung. Am häufigsten müssen die Bewohner in den baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) sowie in Bulgarien und Rumä-

nien ohne eigenes WC in der Wohnung auskommen. Den schlechteren Wohnverhältnissen entsprechend, ist in diesen Ländern auch die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung am niedrigsten. → Tab. 1

Auch andere Indikatoren des Lebensstandards weisen darauf hin, dass die Osterweiterung die Spanne der Unterschiede in der EU erheblich vergrößert hat. Innerhalb der Mitgliedsstaaten der westlichen EU-15 fallen die südeuropäischen Länder, insbesondere Griechenland und Portugal, gegenüber den übrigen Ländern weiterhin deutlich ab. Durch die beiden Osterweiterungen wurden jedoch Länder aufgenommen, bei denen die Indikatoren einen noch niedrigeren Lebensstandard anzeigen. In den 12 neuen Mitgliedsländern gibt im Schnitt ein Drittel der Befragten an, kein Auto zu haben, weil man sich keines leisten könne. In den westlichen EU-Ländern sagt dies nur jeder Zehnte. Vergleichbare Anteile ergeben sich bei der Frage nach einem monatlichen Restaurantbesuch. Einen Jahresurlaub können sich zwei Drittel der Mittel- und Osteuropäer nicht leisten – gegenüber einem Viertel der Westeuropäer. Besonders niedrig ist der Lebensstandard in Rumänien, Bulgarien und Ungarn, aber auch in den baltischen Staaten sowie in Polen und der Slowakei. Die Tschechische Republik und Slowenien nähern sich bei diesen Konsumindikatoren bereits dem westeuropäischen Standard an. Betrachtet man schließlich den Zugang der Haushalte zum Internet, so sind neben der Tschechischen Republik und Slowenien vor allem die baltischen Staaten sowie Polen und Ungarn am weitesten fortgeschritten, aber immer noch etwas vom westeuropäischen Standard entfernt.

Den höchsten Lebensstandard in der EU weisen die nordeuropäischen Länder

(Schweden, Finnland und Dänemark) auf. Davon unterscheiden sich die kontinentaleuropäischen Länder (Benelux, Frankreich, Deutschland und Österreich) nur graduell. Für das Vereinigte Königreich zeigen die Indikatoren der Wohnqualität und der Konsumgewohnheiten ein niedrigeres Niveau an, das denen der Südeuropäer nahe kommt. Irland hingegen, das in den vergangenen Jahrzehnten eine außergewöhnliche positive wirtschaftliche Entwicklung vollzogen hat, hat inzwischen auch bezüglich des Lebensstandards ein kontinentaleuropäisches Niveau erreicht.

Von den Ländern Südeuropas schließen Italien und Spanien zu den westeuropäischen Ländern auf, während Portugal und Griechenland zusammen mit Malta und Zypern sowie der Tschechischen Republik und Slowenien eine Mittelgruppe bilden, die sich zwischen dem Niveau der alten westeuropäischen und dem der neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten befindet.

Die subjektive Zufriedenheit mit dem Lebensstandard spiegelt weitgehend die objektiven Bedingungen wider. Am häufigsten bezeichnen sich die Befragten in Schweden und Dänemark als zufrieden, gefolgt von den Benelux-Ländern, Irland und dem Vereinigten Königreich (über 90 %). Das Zufriedenheitsniveau der Finnen liegt etwas darunter und ist in etwa identisch mit dem der West- und Südeuropäer (rund 85 %). Nur die Franzosen und Portugiesen erreichen ein noch niedrigeres Niveau (ca. 75 %). Die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind deutlich weniger zufrieden (etwa 60 bis 70 %), wobei die Tschechische Republik und Slowenien nach oben und Lettland, Litauen und insbesondere Bulgarien nach unten abweichen.

Tab. 1: Ausgewählte Merkmale der Wohnqualität und des Lebensstandards in europäischen Ländern

	Räume pro Person ¹	Platzmangel ¹	Kein eigenes WC ¹	Zufriedenheit mit Haus/Wohnung ²	HH kann sich kein Auto leisten ¹	HH kann sich keinen Jahresurlaub leisten ¹	HH kann sich keinen Restaurantbesuch leisten ¹	Zugang zum Internet ³	Zufriedenheit mit Lebensstandard ²
	Mittelwert	in %							
Belgien	2,7	14	3	94	5	21	9	54	90
Bulgarien	1,3	21	30	72	39	84	42	17	31
Dänemark	2,0	19	1	94	10	9	3	79	95
Deutschland	1,9	11	1	93	10	21	12	67	84
Estland	1,5	30	17	77	35	65	32	46	67
Finnland	1,6	22	2	95	8	20	5	65	87
Frankreich	2,0	21	1	89	7	24	5	41	75
Griechenland	2,6	21	4	88	15	50	22	23	83
Irland	1,1	17	2	95	8	28	15	50	93
Italien	2,0	20	1	93	1	21	2	40	85
Lettland	1,5	29	20	67	39	73	38	42	56
Litauen	1,1	26	25	65	31	70	37	35	51
Luxemburg	1,2	26	0	95	2	8	2	70	95
Malta	2,1	13	0	95	7	41	21		87
Niederlande	1,8	16	2	96	7	10	4	80	94
Österreich	1,8	15	1	91	5	14	7	52	85
Polen	2,1	30	11	90	30	68	34	36	76
Portugal	0,9	25	5	90	26	59	22	35	76
Rumänien	1,2	28	39	86	48	74	42	14	62
Schweden	1,9	20	1	94	7	14	4	77	94
Slowakei	1,3	14	7	89	29	63	26	27	68
Slowenien	1,2	15	5	91	7	24	16	54	83
Spanien	1,6	14	2	91	13	35	9	39	84
Tschechische Rep.	1,4	15	5	90	19	34	19	29	82
Ungarn	1,4	18	8	86	61	66	28	32	63
Ver. Königreich	1,5	22	1	93	27	62	30	63	93
Zypern	1,7	17	4	90	12	28	15	37	83
EU-15	1,9	17	1	92	9	24	9	54	85
NMS-10	1,1	24	10	88	28	61	30	-	73
EU-25	1,8	18	3	91	11	30	12	51	83
NMS-2	1,2	27	37	82	46	77	43	-	54

NMS-10 = Die 10 neuen Mitgliedstaaten der EU-Erweiterung 2004; NMS-2 = Die 2 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2007; HH = Haushalt.

1 European Quality of Life Survey (2003).

2 Eurobarometer 66.3 (2006).

3 Eurostat (2006).

16.2.2 Arbeitsmarktlage und Arbeitsbedingungen

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich – nach einem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2000 bis 2004 – in den meisten Mitgliedsländern wieder etwas entspannt. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre war insbesondere in Irland, aber auch in Spanien und Finnland ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In den letzten Jahren ging die Arbeitslosenquote in den neuen Mitgliedsländern deutlich zurück. In Bulgarien und in den baltischen Ländern hat sich die Quote seit 2000

mindestens halbiert. Auch in den meisten übrigen EU-Ländern ist die Arbeitslosigkeit leicht gesunken. Nach den Osterweiterungen von 2004 und 2006 gestaltet sich der Arbeitsmarkt in der EU zwar heterogener, doch sind hohe Arbeitslosenquoten nicht mehr nur in den neuen Mitgliedsstaaten zu finden. Im Jahre 2006 weisen neben Polen, der Slowakei und Bulgarien die Altmitglieder Deutschland, Frankreich und Griechenland die höchsten Arbeitslosenquoten auf.

Die Bewertung der Arbeitsplatzsicherheit spiegelt zumindest teilweise die Arbeitsmarktsituation im Land wieder. Insgesamt äußern 9 von 10 Westeuropäern Zuversicht hinsichtlich der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, aber nur 8 von 10 Osteuropäern. Dennoch ist die Zuversicht im Westen der EU nicht mehr durchgängig größer als im Osten. Insbesondere in der Tschechischen Republik und Slowenien sind 9 von 10 Befragten zuversichtlich, ihren Arbeitsplatz in den folgenden Monaten nicht zu verlieren. Dieses Verhältnis ist auch in den westlichen EU-Ländern verbreitet und wird nur von Irland, Dänemark, Schweden und Luxemburg übertroffen. Geringere Zuversicht herrscht in Südeuropa vor, ebenso wie in Frankreich, Deutschland und Finnland.

samt äußern 9 von 10 Westeuropäern Zuversicht hinsichtlich der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, aber nur 8 von 10 Osteuropäern. Dennoch ist die Zuversicht im Westen der EU nicht mehr durchgängig größer als im Osten. Insbesondere in der Tschechischen Republik und Slowenien sind 9 von 10 Befragten zuversichtlich, ihren Arbeitsplatz in den folgenden Monaten nicht zu verlieren. Dieses Verhältnis ist auch in den westlichen EU-Ländern verbreitet und wird nur von Irland, Dänemark, Schweden und Luxemburg übertroffen. Geringere Zuversicht herrscht in Südeuropa vor, ebenso wie in Frankreich, Deutschland und Finnland.

Das geringste Vertrauen in einen sicheren Arbeitsplatz haben neben den Balten die Slowaken, Ungarn, Polen und Bulgaren.

Die Zuversicht, bei Verlust des Arbeitsplatzes eine neue gleichwertige Stelle finden zu können, ist insgesamt im Norden – also in Skandinavien, den baltischen Staaten sowie dem Vereinigten Königreich und Irland – am größten. Die mit Abstand geringste Zuversicht haben die Deutschen, gefolgt von Ungarn, Griechen und Portugiesen. Die Franzosen sind hier deutlich optimistischer als die Deutschen,

während sie die Arbeitsplatzsicherheit um einiges pessimistischer beurteilen.

In einigen Ländern sind befristete Arbeitsverträge überdurchschnittlich verbreitet. Besonders häufig finden sich befristete Arbeitsverhältnisse in Spanien (34 %), Polen (27 %) und Portugal (21 %). Betrachtet man den Anteil der Vollzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen, zeigt sich wieder eine klare Spaltung zwischen den osteuropäischen EU-Ländern sowie Griechenland, die Werte von 90 % und höher aufweisen, und den westeuropäischen

Ländern, wo die Anteile zum Teil erheblich darunter liegen. In den Niederlanden, in denen Teilzeiterwerbstätigkeit von Männern und Frauen häufig praktiziert wird, arbeiten lediglich 54 % der Erwerbstätigen in Vollzeit. Die generelle Beobachtung, dass die Teilzeiterwerbsquoten in Westeuropa deutlich höher sind als in Osteuropa, macht deutlich, dass Teilzeitarbeit in größerem Maßstab eine Errungenschaft eines starken Wohlfahrtsstaates ist. Ohne einen solchen kann der Lebensunterhalt durch Teilzeiterwerbstätigkeit nicht gesichert werden. → Tab. 2

Tab. 2: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen

	Zuversicht hinsichtl. Arbeitsplatz- sicherheit ¹	Chancen, eine neue gleich- wertige Stelle zu finden ²	Beschäftigte m. befristetem Arbeits- vertrag ³	Anteil von Vollzeit- erwerbs- tätigkeiten ³	Tatsächlich geleistete Wochenarbeits- zeit, Männer ³	Gefährliche/ ungesunde Arbeits- bedingungen ¹	Beteiligung an Entscheidun- gen, die Arbeit betreffend ¹	Balance zw. beruflichem u. privatem Leben ¹
	in %	Mittelwert	in %		in Stunden	in %		
Belgien	92	6,5	9	78	40,5	18	69	78
Bulgarien	82	5,4	6	94	41,6	17	44	59
Dänemark	95	7,7	9	76	37,6	12	84	69
Deutschland	88	4,8	15	74	40,8	16	82	70
Estland	85	7,3	3	92	41,2	23	63	54
Finnland	88	6,9	16	86	39,1	23	71	66
Frankreich	83	5,9	14	83	39,8	23	67	72
Griechenland	88	5,3	11	94	43,4	36	56	57
Irland	96	7,5	3	-	41,1	17	66	64
Italien	90	5,4	13	87	40,8	22	55	66
Lettland	86	7,4	7	94	42,8	37	68	67
Litauen	77	6,7	5	90	39,1	29	53	70
Luxemburg	94	5,8	6	83	40,8	24	76	81
Malta	91	5,9	4	90	40,3	18	67	59
Niederlande	90	6,6	17	54	37,2	11	74	72
Österreich	89	5,6	9	78	42,6	20	69	65
Polen	80	5,4	27	90	42,5	28	57	69
Portugal	87	5,3	21	89	-	17	55	70
Rumänien	89	6,3	2	90	40,7	24	38	52
Schweden	94	6,9	17	73	38,0	28	80	73
Slowakei	69	5,9	5	97	41,3	16	39	52
Slowenien	91	6,4	17	91	40,5	26	57	62
Spanien	92	6,4	34	88	41,2	17	57	72
Tschechische Rep.	92	6,2	9	95	43,3	19	48	62
Ungarn	76	5,0	7	96	41,3	23	45	60
Ver. Königreich	90	6,8	6	74	38,0	22	82	72
Zypern	92	6,2	13	92	41,0	26	55	67
EU-15	89	5,9	15	78	40,4	20	68	70
NMS-10	81	5,7	-	-	42,1	25	53	65
EU-25	88	5,9	15	80	40,7	21	65	69
NMS-2	88	5,9	14	81	40,7	22	39	54
EU-27	87	6,1	-	-	-	21	64	68

NMS-10 = Die 10 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2004; NMS-2 = Die 2 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2007; Mittelwert auf einer Skala von 0 = »äußerst schwierig« bis 10 = »äußerst einfach«.

1 Eurobarometer 66.3 (2006).

2 European Social Survey (2004/2005).

3 Eurostat (2006).

Auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen heben sich die nord- und westeuropäischen Länder mit wenigen Ausnahmen von den süd- und osteuropäischen Ländern ab. In der ersten Gruppe ist der wahrgenommene Einfluss auf die Arbeitsorganisation hoch und die gesundheitliche Gefährdung niedrig, während dies in der zweiten Gruppe umgekehrt ist. Insbesondere Dänemark setzt sich fast durchgehend positiv von den übrigen Ländern ab. Auffällig für die neuen Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien ist die geringe Einflussnahme auf arbeitsrelevante Ent-

scheidungen, die sich selbst von den Einschätzungen in den übrigen osteuropäischen Ländern deutlich abhebt. Auch bei der geleisteten Wochenarbeitszeit der Männer zeigt sich der Ost-West-Unterschied. Sie liegt für die Westeuropäer im Schnitt bei 40 Wochenstunden – wobei im Süden im Allgemeinen länger gearbeitet wird als im Norden – und in den neuen Mitgliedsländern bei etwa 42 Wochenstunden. Die längste Arbeitszeit findet sich mit rund 43 Stunden in Griechenland, der Tschechischen Republik und Lettland. In diesen Ländern sind die Anteile derjeni-

gen, die über mangelnde Zeit mit Familie und Freunden klagen, hoch und auch die Anteile derjenigen, die sich an ihrem Arbeitsplatz gesundheitlich gefährdet sehen, sind mit Ausnahme der Tschechischen Republik ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Die Arbeitsbedingungen wirken sich auch auf die Work-Life-Balance aus. In den Ländern, in denen die Arbeitszeit kürzer und die Mitbestimmung größer ist, äußern sich mehr Menschen zufrieden mit der Balance zwischen beruflichem und privatem Leben. Deutschland ordnet sich bei den genannten Aspekten in die Gruppe der

Tab. 3: Bewertung öffentlicher Bereiche

	Bewertung des Wohlfahrtsstaates sehr gut/eher gut	Sozialstaat bietet ausreichend Schutz	Sozialstaat kann als Modell dienen	Sozialstaat ist zu teuer	Zuversicht hinsichtlich Rentensicherheit	Bewertung des Gesundheitssystems ^{1,2}	Bewertung des Bildungssystems ^{1,2}
	in %					Mittelwert	
Belgien	84	74	72	59	56	7,2	6,4
Bulgarien	10	10	3	39	29	-	-
Dänemark	77	68	81	32	78	6,4	7,3
Deutschland	58	55	55	68	26	4,7	4,3
Estland	35	26	12	43	51	4,3	5,6
Finnland	81	68	80	34	67	6,9	7,9
Frankreich	69	75	79	70	33	5,8	5,0
Griechenland	27	33	9	67	38	4,8	5,1
Irland	74	62	45	46	70	4,1	6,9
Italien	39	40	33	52	48	5,1	4,7
Lettland	14	19	7	66	45	-	-
Litauen	33	23	15	54	47	-	-
Luxemburg	82	81	72	31	43	7,1	5,4
Malta	50	59	45	74	50	-	-
Niederlande	73	64	71	46	73	5,6	5,9
Österreich	78	67	65	37	67	6,5	5,6
Polen	17	20	7	74	35	3,1	5,1
Portugal	26	10	6	69	37	3,6	3,9
Rumänien	13	30	10	46	52	-	-
Schweden	76	54	68	50	57	5,2	5,5
Slowakei	23	33	11	62	43	5,7	5,1
Slowenien	57	50	26	54	37	4,9	5,0
Spanien	51	67	61	48	56	5,8	5,3
Tschechische Rep.	40	47	16	67	34	5,3	6,3
Ungarn	21	43	13	82	31	3,3	4,5
Verein. Königreich	54	69	69	53	54	5,4	5,6
Zypern	69	26	18	43	63	-	-
EU-15	57	59	53	58	45	-	-
NMS-10	24	39	11	71	36	-	-
EU-25	51	54	46	60	44	-	-
NMS-2	12	24	8	44	46	-	-
EU-27	49	53	44	59	44	-	-

NMS-10 = Die 10 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2004; NMS-2 = Die 2 neuen Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung 2007;

1 European Social Survey (2004/2005, Italien: 2003).

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »äußerst schlecht«, bis 10 = »äußerst gut«.

Datenbasis: Eurobarometer 66.3 (2006); European Social Survey (2004/2005, Italien: 2003).

westeuropäischen EU-Staaten mit vergleichsweise hohen Standards ein.

16.2.3 Öffentliche Bereiche

Die Lebensverhältnisse in Europa stellen sich auch in Bezug auf öffentliche Bereiche disparat dar. Dies zeigt sich bei der Beurteilung der sozialen Sicherung und des Wohlfahrtsstaats allgemein, aber auch bei der Bewertung der Bereiche Gesundheit, Bildung und Alterssicherung. Folgt man den Beurteilungen der Bürger, so findet man eine Konzentration von Defiziten in den osteuropäischen EU-Länder sowie in Portugal und Griechenland, während sich günstige Einschätzungen auf relativ viele Länder verteilen.

Gerade einmal 10 % der Bulgaren und 13 % der Rumänen bewerten den Wohlfahrtsstaat positiv, gegenüber etwa 80 % in Belgien, Luxemburg und Finnland. In Deutschland wird der Sozialstaat im Vergleich zu den anderen nord- und westeuropäischen Ländern eher verhalten beurteilt. Nur 58 % der Deutschen bewerten den Wohlfahrtsstaat hierzulande als gut oder sehr gut. Dass der Sozialstaat einen ausreichenden Schutz biete, meinen rund zwei Drittel der Westeuropäer und der Spanier, aber in Deutschland und überraschender Weise auch Schweden stimmt dem nur gut die Hälfte zu. In Süd- und Osteuropa wird der Schutz durch den Sozialstaat generell seltener als zufriedenstellend beurteilt – am seltensten in Bulgarien, Portugal, Polen und den baltischen Staaten. Je besser der Sozialstaat in einem Land, desto eher wird er auch als mögliches Modell für andere Staaten gesehen. Wenn der Sozialstaat als schlecht bewertet wird, gilt er tendenziell auch als zu teuer.

Die Unzufriedenheit der Deutschen tritt bei der Bewertung des Bildungs- und Gesundheitssystems zutage. Unter den westlichen EU-Ländern belegen die Bewertungen der Deutschen einen der letzten Plätze. Die übrigen Länder lassen sich den

bereits bekannten drei Gruppen zuordnen: an der Spitze die nord- und westeuropäischen Staaten in leicht variierender Rangfolge, in der Mitte die südeuropäischen Länder gemeinsam mit einigen recht erfolgreichen Neumitgliedern und am Ende die verbleibenden Länder Mittel- und Osteuropas. In der Beurteilung der Altersversorgung belegen die Deutschen sogar EU-weit den letzten Platz, hinter Bulgarien, Ungarn und Frankreich. Wie der europäische Vergleich zeigt, sind die Deutschen außergewöhnlich pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Eine vergleichbare, wenn auch nicht ganz so pessimistische Haltung findet sich auch bei den Franzosen. → Tab. 3

16.2.4 Aspekte des sozialen Zusammenhalts

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur am Lebensstandard, den Merkmalen der Arbeitswelt und der Versorgung mit öffentlichen Gütern, sondern auch an der Qualität der sozialen Beziehungen, wie sie in der Pflege sozialer Kontakte sowie im Vertrauen und in der Hilfsbereitschaft gegenüber anderen Menschen zum Ausdruck kommt. Die Stärkung dieser Aspekte des sozialen Zusammenhalts ist eines der erklärten Ziele der Europäischen Union. Auch in der Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Gesellschaften. Dabei lassen sich sowohl Gesellschaften mit einer ausgesprochen positiven Situation identifizieren, als auch Gesellschaften mit einer Anhäufung relativer Schwächen.

Zu der ersten Gruppe gehören insbesondere die skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten und – in geringerem Maße – Irland und die Niederlande. Zur zweiten Gruppe zählen in erster Linie Polen, Ungarn und die Slowakei sowie Griechenland und Portugal. Zwar finden sich in Portugal und Spanien besonders häufige soziale Kontakte, doch sind Hilfsbereit-

schaft im privaten Bereich und gegenseitiges Vertrauen eher schwach ausgeprägt. In Dänemark findet man sowohl intensive soziale Kontakte als auch eine große Hilfsbereitschaft im privaten Bereich und ein hohes Maß an Vertrauen in andere Menschen. So treffen sich fast drei Viertel der Dänen – gegenüber beispielsweise nur 30 % der Griechen – mindestens einmal in der Woche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen. Die Möglichkeit Geld zu borgen, haben über die Hälfte der Dänen und Schweden und rund die Hälfte der Iren. In den übrigen Ländern ist dies eher schwierig. Überhaupt setzt man in den skandinavischen Ländern sowie in den Niederlanden und Irland besonders viel Vertrauen in andere Menschen, während in Griechenland, Polen und auch in Portugal Misstrauen weit verbreitet ist. In Schweden ist, wie in Dänemark, eine hohe Bereitschaft zu Hilfeleistungen im privaten Kreis vorhanden, und man bringt, wie auch in Finnland, anderen Menschen relativ viel Vertrauen entgegen. Hinter den skandinavischen Ländern finden sich die Westeuropäer im Mittelfeld, während Süd- und Osteuropäer die unteren Rangplätze belegen. In Deutschland ist der Glaube in die Vertrauenswürdigkeit und die Hilfsbereitschaft anderer Menschen nur mäßig ausgeprägt, aber das Vertrauen in die Fairness anderer ist etwas größer. → Tab. 4

16.2.5 Subjektives Wohlbefinden

Neben einzelnen Bereichen und Aspekten spiegeln auch zusammenfassende Bewertungen der Lebenssituation die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität in Europa wider. Das allgemeine subjektive Wohlbefinden liegt, gemessen daran, wie zufrieden und glücklich man mit seinem Leben insgesamt ist, vor allem in Bulgarien, Ungarn und Rumänien auf einem sehr niedrigen Niveau, während die Menschen in Dänemark, Schweden und den Niederlanden insgesamt die günstigsten Bewertungen abgeben. Gegenüber 97 % der Dänen sind nur

Tab. 4: Aspekte des sozialen Zusammenhalts

	Wöchentl. Treffen mit Freunden/Verwandten	Möglichkeit Geld zu borgen	Vertrauen in andere ¹	Fairness anderer ²	Hilfsbereitschaft anderer ³
	in %		Mittelwert		
Belgien	71	30	4,8	5,6	4,4
Bulgarien	-	-	-	-	-
Dänemark	72	61	6,8	7,3	6,0
Deutschland	52	25	4,8	5,7	4,8
Estland	50	11	5,2	5,4	4,7
Finnland	71	37	6,5	6,8	5,7
Frankreich	67	24	4,5	5,6	4,5
Griechenland	30	13	3,8	3,7	3,2
Irland	69	47	5,8	6,1	6,2
Italien	63	34	4,5	4,6	4,1
Lettland	-	-	-	-	-
Litauen	-	-	-	-	-
Luxemburg	68	25	5,0	5,6	4,7
Malta	-	-	-	-	-
Niederlande	73	30	5,8	6,2	5,4
Österreich	68	25	5,2	5,9	5,3
Polen	46	22	3,6	4,6	3,2
Portugal	84	14	3,9	4,8	3,9
Rumänien	-	-	-	-	-
Schweden	69	58	6,1	6,5	5,9
Slowakei	65	11	4,0	4,5	3,7
Slowenien	55	9	4,1	4,8	4,4
Spanien	77	27	4,9	5,2	4,2
Tschechische Rep.	44	13	4,3	5,2	4,2
Ungarn	36	16	4,1	4,5	4,0
Verein. Königreich	69	38	5,2	5,6	5,6
Zypern	-	-	-	-	-

- 1 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »Man kann nicht vorsichtig genug sein.« bis 10 = »Den meisten Menschen kann man vertrauen.«
 2 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »Die meisten Menschen versuchen mich auszunützen.« bis 10 = »Die meisten Menschen versuchen fair zu sein.«
 3 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »Die Menschen sind meist auf ihren eigenen Vorteil bedacht.« bis 10 = »Die Menschen versuchen meistens hilfsbereit zu sein.«

Datenbasis: European Social Survey (2004/2005, Italien: 2003).

35 % der Bulgaren mit ihrem Leben etwas oder sehr zufrieden. Die auffallend hohe Lebenszufriedenheit der Slowenen (90 %) und Tschechen (83 %) wurde bereits bei Umfragen vor dem EU-Beitritt festgestellt. Die Lebenszufriedenheit der Franzosen (82 %) erscheint im Ländervergleich niedrig, liegt jedoch über den Werten vergangener Jahre. Die Deutschen (87 %) liegen mit den Spaniern gleichauf leicht über dem europäischen Durchschnitt.

Fragt man nach dem persönlichen Glück, ergibt sich eine ähnliche Reihenfolge der Länder wie bei der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation. Auch hier

stehen die skandinavischen Länder und die Beneluxländer sowie Irland an der Spitze der Rangfolge des subjektiven Wohlbefindens, während die osteuropäischen Länder mit Ausnahme Sloweniens, Polens und der Tschechischen Republik am unteren Ende rangieren. In Bulgarien sind nur 40 % der Menschen glücklich, in Rumänien immerhin 60 %. Die Südeuropäer belegen in dieser Rangfolge etwas höhere Plätze als bei der Lebenszufriedenheit. In Deutschland und in Österreich bezeichnen sich etwa 8 von 10 Befragten als glücklich, gegenüber 9 von 10 Befragten in den übrigen westeuropäischen Ländern.

➔ Abb. 1

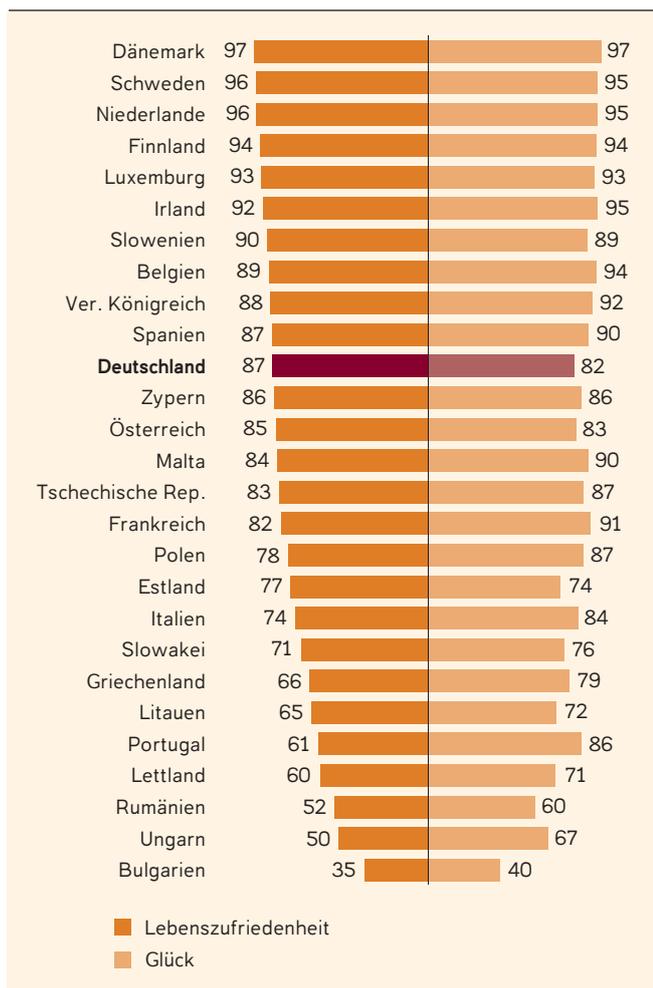
Während sich Lebenszufriedenheit und Glück auf das aktuelle subjektive Wohlbefinden beziehen, basiert die Bewertung der gegenwärtigen persönlichen Situation im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren und die Erwartung zur persönlichen Situation in den nächsten fünf Jahren auf Veränderungen der Lebensverhältnisse im Zeitverlauf und Vergleichsprozessen. Hier zeigt sich, dass es in einigen neuen Mitgliedsstaaten bereits zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse gekommen ist. Eine Verbesserung ihrer Situation nehmen vor allem auch die Bürger sehr dynamischer Länder wie Irland und Spanien wahr. Aber auch Skandinavier berichten auf bereits hohem Niveau von einer verbesserten persönlichen Situation, ebenso wie die Briten und die Niederländer. Bei den West- und Südeuropäern hat sich die persönliche Situation deutlich seltener verbessert. Schlusslicht bilden hier die Bulgaren und Ungarn. Aber auch von den Deutschen betrachtet nur ein Viertel die persönliche Lage besser als vor fünf Jahren.

Die höchsten Erwartungen an die Veränderungen der persönlichen Lage in den kommenden fünf Jahren hegen die Balten und die Rumänen. Aber auch in Irland, Spanien, Malta, Schweden und Portugal zeigt sich etwas mehr als die Hälfte der Befragten optimistisch. Deutschland dagegen steht in Bezug auf den Zukunftsoptimismus mit Ungarn und der Tschechischen Republik an letzter Stelle. Nicht einmal ein Drittel der Deutschen glaubt an einen positiven Wandel ihrer persönlichen Situation in den kommenden Jahren. ➔ Abb. 2

16.2.6 Zusammenfassung

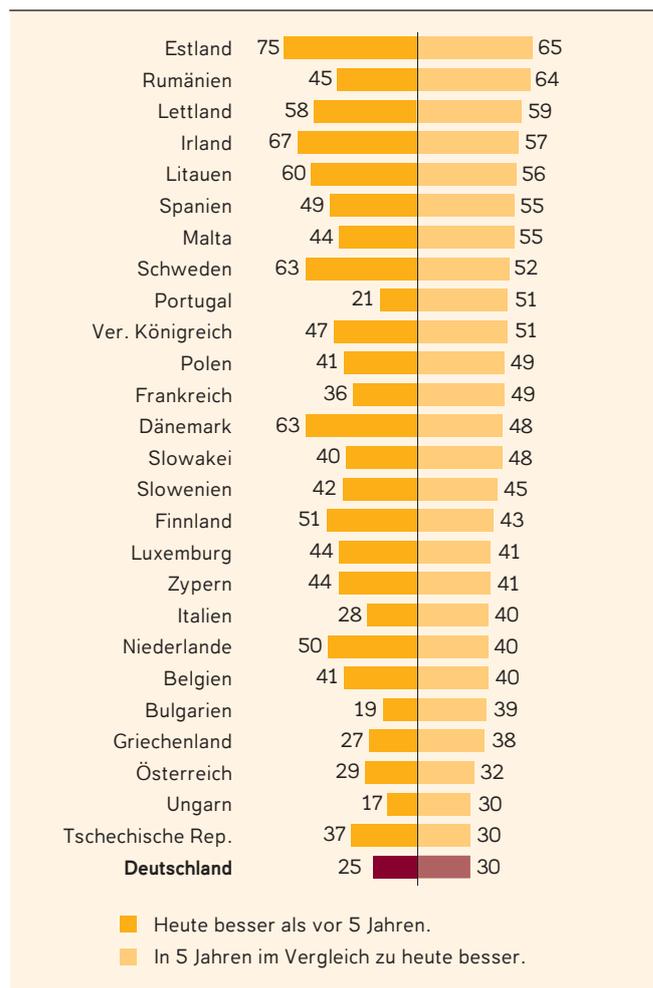
Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden fallen in der EU auch gegenwärtig recht unterschiedlich aus, wobei zwischen beiden Dimensionen der Lebensqualität deutliche Parallelen bestehen. Die größten Unterschiede gibt es zwischen den EU-Ländern Nord- und

Abb. 1: Beurteilung von Lebenszufriedenheit und Glück (2006) im europäischen Vergleich (2007), in %



Datenbasis: Eurobarometer 67.2 (2007), 66.3 (2006).

Abb. 2: Beurteilung der Entwicklung der persönlichen Situation 2007, in %



Datenbasis: Eurobarometer 67.2 (2007).

Osteuropas, sowohl was die faktischen Lebensverhältnisse als auch das subjektive Wohlbefinden anbelangt. Allerdings findet bereits eine Annäherung der alten und neuen EU-Länder statt, indem einige Neumitglieder beachtliche Entwicklungsfortschritte zeigen und sich an die Standards der Südeuropäer annähern. Derzeit lassen sich drei Ländergruppen unterscheiden: Die Spitzengruppe wird von den nordwestlichen EU-Ländern gebildet, die nicht nur einen hohen Lebensstandard halten, sondern auch wirtschaftlich erfolgreich sind und optimistisch in die Zukunft blicken. Zu dieser Gruppe muss man inzwischen auch Spanien rechnen. Die Mittelgruppe wird aus den südeuropä-

ischen Ländern und den erfolgreichsten Neumitgliedern der EU gebildet. Letztere sind vor allem die Tschechische Republik und Slowenien, in einigen Bereichen auch Polen und Ungarn. Die verbleibenden postkommunistischen Neumitglieder sowie Malta und Zypern bilden die Schlussgruppe, die jedoch viel Dynamik zeigt und sich in den kommenden Jahren noch stärker dem westlichen Lebensstandard angleichen wird. Am weitesten ist der Weg für Rumänien und vor allem für Bulgarien. Diese Gruppierung der Länder findet sich mit einigen Variationen für alle hier betrachteten Indikatoren der objektiven Lebensverhältnisse und des subjektiven Wohlbefindens wieder.

Die Position Deutschlands im europäischen Kontext ist als ambivalent zu bewerten. Bei den objektiven Lebensbedingungen belegt Deutschland trotz des Verlusts seiner früheren Spitzenstellung zwar weiterhin einen relativ hohen Rang unter den nord-westlichen EU-Ländern. Die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Lebensbedingungen und das Wohlbefinden fallen hierzulande jedoch vergleichsweise negativ aus. Die wahrgenommene Verschlechterung ist sicherlich ein Hauptgrund für die auffallend negative Haltung der deutschen Bevölkerung, die in den subjektiven Bewertungen zum Ausdruck kommt.

Datengrundlagen

Allgemeine Informationen zum Datenangebot und zu den Datengrundlagen des Statistischen Bundesamtes

Informationen zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes (Destatis) erhalten sie im Internet unter

www.destatis.de

oder über den Informationsservice **www.destatis.de/kontakt**

Telefon: +49 (0) 611/75 24 05

Telefax: +49 (0) 611/75 33 30

Informationen zum Gesamtangebot, kostenlose Downloads und Bestellmöglichkeiten unter **www.destatis.de/publikationen**

Interaktive Anwendungen auf der Website von Destatis

- > Konjunkturmonitor (Darstellung des Konjunkturverlaufs in einem 4-Quadranten Modell)
- > Persönlicher Inflationsrechner
- > Animierte Alterspyramiden (Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 für Bund und Länder)
- > Atlas zur Regionalstatistik (kartografische Darstellung statistischer Angaben für 439 Landkreise und kreisfreie Städte)
- > Außenhandelsatlas
- > Luftverkehrsatlas

Für alle Statistiken, die den Kapiteln von Destatis zu Grunde liegen, sind im Internet **Qualitätsberichte** verfügbar, die Informationen zur Aussagekraft und Erhebungsmethodik (z. B. ob es sich um eine Vollerhebung oder Stichprobe handelt) liefern und den Nutzerinnen und Nutzern eine sachgemäße Interpretation und den Umgang mit den Daten erleichtern. Sie umfassen konkrete Angaben zu gesetzlichen Grundlagen, Genauigkeit, Aktualität und Periodizität sowie zur räumlichen und zeitlichen Vergleichbarkeit der Statistiken.

Die Beiträge von Destatis basieren auf amtlichen Statistiken, während den Beiträgen der Forschungsinstitute im Wesentlichen andere Datenquellen zu Grunde liegen, die in einigen Fällen Informationen zu den gleichen Sachverhalten liefern. Bei diesen Themen können die Ergebnisse aus unterschiedlichen Datenquellen voneinander abweichen. Die Ursachen liegen in methodischen und konzeptionellen Unterschieden bei den Datenerhebungen bzw. Befragungen. Dabei kann es sich z. B. um abweichende Berichtszeiträume oder Stichtage, unterschiedliche Definitionen und Abgrenzungen einzelner Merkmale oder um unterschiedliche Methoden und Verfahren bei der Datengewinnung handeln.

Autoren des Statistischen Bundesamtes

nach Kapiteln und Fachgebieten geordnet



1.1	Brückner, Dr. Gunter Emmerling, Dieter Grobecker, Dr. Claire Krack-Rohberg, Elle Sommer, Bettina	Ausländische Bevölkerung und Migration Demografischer Wandel Wanderungs- und Bevölkerungsstatistik, Geburten und Sterbefälle Wanderungs- und Bevölkerungsstatistik, Geburten und Sterbefälle Demografischer Wandel	9.1	Afentakis, Anja Böhm, Karin Bölt, Ute Laue, Evelyn Müller, Michael Pfaff, Heiko Schelhase, Torsten	Gesundheitspersonal Gesundheit Krankenhäuser Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus Gesundheitsausgaben Behinderung und Pflege Gesundheitsvorsorge, Todesursachen
2.1	Grobecker, Dr. Claire Krieger, Sascha Weinmann, Julia	Eheschließungen und Ehescheidungen Kindertagesbetreuung Familien und Lebensformen im Mikrozensus	9.3	Haustein, Thomas Kolvenbach, Franz-Josef Krieger, Sascha Pfaff, Heiko Weber, Tim	Wohngeld Kinder- und Jugendhilfe Elterngeld Sozialbudget und -versicherungen Mindestsicherungssysteme
3.1	Brugger, Pia Kleinegees, Udo Krüger-Hemmer, Christine Lorenz, Alexander Renz, Marianne Schmidt, Daniel	Hochschulen BAföG, Bildungsniveau Bildung, Weiterbildung Bildungsfinanzen Schulen, Berufsausbildung Weiterbildung	10.1	Brings, Stefan	Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung
4.1	Luh, Thomas	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	11.1	Reim, Uwe Veldhues, Bernhard	Verkehr und Verkehrsinfrastruktur Reiseverhalten
4.2	Hees, Achim Mohr, Dirk	Außenhandel Außenhandel	12.1	Fehrentz, Petra Hoffmann-Müller, Regina Lauber, Ursula	Umwelt und Nachhaltigkeit Umwelt und Nachhaltigkeit Umweltschutzausgaben
4.3	Sewald, Nadin	Verbraucherpreise	12.2	Bayer, Wolfgang Grundmann, Dr. Thomas Thomas, Dr. Joachim Deggau, Michael Becker, Heike Flachmann, Christine Knichel, Hermann	Energie Wassernutzung Luftbelastung Flächennutzung Waldschäden Wassernutzung Abfall
4.4	Gude, Juliane Hammer, Jürgen Nicodemus, Sigrid Rückner, Christine Schulze-Steikow, Renate Schwahn, Florian	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Steuern Schulden und Finanzvermögen der öffentlichen Haushalte Öffentliche Unternehmen Öffentliche Finanzen Personal im öffentlichen Dienst	13.1	Czajka, Sebastian Kleinegees, Udo Kott, Kristina	Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien Freizeit, Kultur und Sport Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten
5.1	Wingerter, Christian	Arbeitsmarkt	14.1	Weichs, Karl Krack-Rohberg, Elle	Wahlen, Parteien Religionen (allgemeiner Überblick)
5.3	Bick, Mirjam	Verdienste und Arbeitskosten	16.1	Mischke, Johanna	Auslandsdaten
6.1	Angele, Jürgen Klose, Manfred Kott, Kristina Weinmann, Julia	Verschuldung, Privatinsolvenzen Haushaltseinkommen Einnahmen, Ausgaben, Ausstattung privater Haushalte Einkommensverteilung			
8.1	Dechent, Jens Kortmann, Kerstin Timm, Ulrike	Preisindizes für Wohnungen, Häuser, Grundstückspreise Bautätigkeit, Baukosten Struktur des Wohnungsbestands und Wohnsituation der Haushalte			

Datengrundlagen

Datengrundlagen der wissenschaftsbasierten Sozialberichterstattung in Deutschland

Heinz-Herbert Noll, Roland Habich

Für eine wissenschaftsbasierte Sozialberichterstattung stehen in Deutschland Daten aus verschiedenen kontinuierlich angelegten Erhebungsprogrammen der empirischen Sozialforschung zur Verfügung, die speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind, darunter insbesondere das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) sowie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Darüber hinaus gewinnen für die Sozialberichterstattung in Deutschland zunehmend auch supranationale Surveys an Bedeutung, die vor allem die Möglichkeit bieten, die Lebensverhältnisse in Deutschland in einem internationalen – insbesondere europäischen – Kontext zu betrachten und zu bewerten. Von Fall zu Fall werden zu einzelnen Themen auch weitere spezielle Surveys herangezogen, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen wird.

Die Mehrzahl der sozialwissenschaftlichen Beiträge dieses Datenreports beruht auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels – SOEP (www.diw.de/deutsch/soep/29004.html, 11.07.08). Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit 1984 zwei Ausgangsstichproben (Deutsche und Ausländer) von 5 921 Haushalten, in denen mehr als 15 000 Personen leben, in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt werden. Das Sozio-oekonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Sonderforschungsbereichs 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim konzipiert und wird inzwischen als Serviceeinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP primär darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch zu anderen Aspekten der sozioökonomischen Lebensverhältnisse, wie zum Beispiel Bildung und Weiterbildung, Soziale Sicherung und Armut, soziale Netzwerke und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Perzeptionen, Bewertungen und Einstellungen, Längsschnittinformationen erhoben. Noch vor In-Kraft-Treten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 eine Basisbefragung des Sozio-oekonomischen Panels mit der Zielsetzung durchgeführt, eine Längsschnittdatenbasis als Grundlage für die Beobachtung der Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern zu schaffen. Die Stichprobe der Basisbefragung des SOEP-Ost umfasste 2 179 Haushalte, in denen über 6 000 Personen lebten. Die weiteren Wellen des SOEP-Ost

wurden parallel mit den Wellen des SOEP-West durchgeführt. Das SOEP wurde 1994/95 durch eine Zuwanderungs- (536 Haushalte) sowie 1998 durch eine Erneuerungsstichprobe (1 060 Haushalte) ergänzt. In den Jahren 2000 und 2002 wurde der Stichprobenumfang des SOEP nochmals erheblich erweitert und umfasste im Erhebungsjahr 2006 fast 11 000 Haushalte mit mehr als 20 000 Personen.

Die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften – ALLBUS (www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/, 11.07.08) ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem Turnus durchgeführt wird. Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung der ALLBUS-Erhebung ist die Arbeitsgruppe ALLBUS (Gesis-ZUMA) in Mannheim. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Gesis-ZA) in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, Wertorientierungen und Grundeinstellungen sowie der Legitimität der sozialen und politischen Ordnung erhoben.

Zu den thematischen Schwerpunkten des ALLBUS 2006 gehörten insbesondere »Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland«. Seit der Erhebung von 2000 wird der ALLBUS in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durchgeführt. Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus den wahlberechtigten Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin, die in Privathaushalten leben. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung – Deutschen und Ausländern – in Deutschland. Die Stichprobengröße betrug bis 1991 rund 3 000 Befragte. Seit 1992 beträgt die Nettofallzahl 2 400 Befragte in den alten und 1 100 Befragte in den neuen Bundesländern.

Zu den supranationalen Surveys, die für den Datenreport 2008 Verwendung finden, gehören insbesondere das International Social Survey Programme (ISSP) (www.issp.org/data.shtml, 11.07.08), die Eurobarometer-Umfragen (EB) (http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, 11.07.08) sowie der European Social Survey (ESS), einschließlich eines spezifischen Moduls für Deutschland (www.europeansocialsurvey.org/, 11.07.08). Das von einem internationalen Konsortium wissenschaftlicher Einrichtungen getragene ISSP umfasst gegenwärtig 44 Länder auf allen fünf Kontinenten. Im Rahmen des ISSP werden international vergleichbare Informationen – insbesondere soziale und politische Einstellungen – zu verschiedenen Themenschwerpunkten erhoben, die regelmäßig wiederholt werden und insofern auch die Beobachtung von →

zeitlichen Veränderungen ermöglichen. Die Eurobarometer Surveys werden von der Europäischen Kommission mindestens zweimal jährlich in allen Mitgliedsländern sowie darüber hinaus auch den Beitrittsländern der Europäischen Union durchgeführt. Sie umfassen ein breites Spektrum von gleichbleibenden und wechselnden Fragen zu verschiedenen gesellschafts- und europapolitisch relevanten Themen. Der European Social Survey (ESS) ist eine wissenschaftsbasierte Umfrage, die von der Europäischen Kommission und den nationalen Forschungsförderungseinrichtungen finanziert wird. Der ESS wurde in einer ersten Welle in den Jahren 2002/2003 in 22 europäischen Ländern, in der zweiten Welle in den Jahren 2004/2005 in 24 Ländern und in der dritten Welle in den Jahren 2006/2007 in 25 Ländern durchgeführt.

Der ESS umfasst sowohl ein gleichbleibendes Kernmodul von Fragen als auch wechselnde Themenschwerpunkte.

Das System Sozialer Indikatoren für Deutschland (www.gesis.org/Sozialindikatoren/Daten/System_Sozialer_Indikatoren/index.htm, 11.07.08) auf das in diesem Datenreport neben den verschiedenen Surveys ebenfalls als Datengrundlage zurückgegriffen wird, ist ein Instrument, das speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert wurde. Es umfasst ca. 400 Indikatoren gegliedert nach insgesamt 13 Lebens- und Politikbereichen, mit denen der Wandel der Lebensverhältnisse in Deutschland seit den 1950er Jahren beobachtet wird.

Autoren

Autorenliste der sozialwissenschaftlichen Beiträge Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA), Mannheim:

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter des »Zentrums für Sozialindikatorenforschung« (ZSi) von GESIS-ZUMA. Dr. Jörg Dittmann, Dr. Stefan Weick und Dr. Angelika Scheuer sind wissenschaftliche Mitarbeiter im ZSi. PD Dr. Michael Braun ist Leiter der Arbeitsgruppe »ALLBUS /ISSP«. Michael Blohm, Martina Wasmer und Dr. Evi Scholz sind wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen in dieser Arbeitsgruppe.

(Ansprechpartner: heinz-herbert.noll@gesis.org)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Dr. Roland Habich ist Leiter des Zentralen Datenmanagement, Reinhard Pollak ist wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung »Ungleichheit und soziale Integration« im Forschungsschwerpunkt »Bildung, Arbeit und Lebenschancen«. PD Dr. Bernhard Weißels ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung »Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen« im Forschungsschwerpunkt »Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie«.

(Ansprechpartner: rhabich@wzb.eu)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin:

Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Honorarprofessor für Soziologie an der FU Berlin und stellvertretender Leiter der Längsschnittstudie »Das Sozio-oekonomische Panel« (SOEP) am DIW.

PD Dr. Joachim R. Frick ist ebenfalls stellvertretender Leiter des SOEP. Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Professorin für Bildungs- und Familienökonomie an der FU Berlin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im SOEP. Judith Schubert ist wissenschaftliche Hilfs-

kraft, Dr. Jan Göbel, Dr. Markus Grabka, PD Dr. Elke Holst, Dr. Peter Krause und Dr. Ingrid Tucci sind wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen in dieser Abteilung.

(Ansprechpartner: soepmail@diw-berlin.de)

Weitere Autoren:

Dr. Hanfried Andersen arbeitet an der Technischen Universität Berlin, Fachbereich Wirtschaft und Management, Fachgebiet Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie. Prof. Dr. Rolf Becker ist Professor für Soziologie am Institut für Pädagogik und Schulpädagogik, Abt. Bildungssoziologie, an der Universität Bern. Bernhard Christoph ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg. Prof. Dr. Dieter Fuchs ist Professor für Politikwissenschaft, Bereich Politische Theorie und Politikfeldanalyse, an der Universität Stuttgart. Prof. Dr. Wolfgang Glatzer ist Professor für Soziologie am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; Geraldine Hallein-Benze ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Prof. Dr. Edeltraud Roller ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Prof. Dr. Johannes Schwarze ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Fachgebiet Sozialpolitik, an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Jun.-Prof. Dr. Annette Spellerberg ist Professorin für Stadtsoziologie an der Technischen Universität Kaiserslautern.

Die Herausgeber der sozialwissenschaftlichen Beiträge danken Christiane Freydank, Christa Hartwig und Ilona Sperling-Meyer (WZB) sowie Monika Graf (GESIS-ZUMA), für die zuverlässige Mithilfe und Unterstützung bei den redaktionellen Arbeiten.

Stichwortverzeichnis

- A** bendschulen 53
Abfallaufkommen, -verwertung 354 f.
Abgeordnete 383 ff.
Abitur 66, 71, 76, 141 f., 202 f., 210, 360, 367, 379, 405 f.
Abwasser 353 f. *s. Wasserabgabe an die Natur*
Adipositas 263-266
Akademiker 63 f., 66, 70, 78, 126
ALLBUS 445 f.
Allein Erziehende 27 f., 30, 33-37, 39, 44, 48 f., 151 f., 154, 156-159, 161, 188, 227, 229, 232 ff., 274, 287, 373 f., 430
Allein Lebende 27, 31 f., 151 f., 156, 158 f., 161, 170, 219, 226, 366, 373 ff.
Allein Stehende 27 f., 31, 43, 129, 136 ff., 227, 229, 233 f., 430
Altenquotient 24
Ältere
- Einkommen 194
- Familienstand 193-199
- Gesundheitszustand 195 f.
- Mobilität 194 f.
- Partnerschaft 193-199
- Wohlbefinden, subjektives 196 ff.
- Zufriedenheit 198
Altersaufbau, -struktur 13 f., 22 ff., 51
Alterspyramide 13 f., 23
Angestellte 116 f., 130, 132-136, 139, 146 f., 150, 161, 168, 170, 173 ff., 179-184, 186, 204 f., 253 ff., 281, 366, 393, 399 f.
Äquivalenzeinkommen 163-166, 194, 201, 232
Arbeit
- Einstellungen 140-144
- Wichtigkeit 140-144
- Zufriedenheit 140-144, 408 (Zeitverlauf)
Arbeiter/-innen 75 ff., 84, 116 f., 120, 130, 132 f., 135 ff., 146 f., 161, 168, 170, 174-179, 180 ff., 200, 204, 281, 399 f.
s. auch Facharbeiter/-innen
Arbeitgeber 87 f., 106, 110, 129, 131, 137 f., 177, 237, 256 f., 268 ff., 289 f., 328
Arbeitgeberleistungen 268 f.,
Arbeitnehmer/-innen 19, f., 68, 82, 86 ff., 119 f., 129, 132, 134 f., 137 ff., 147, 150 f., 206, 237, 270 f., 363, 366
Arbeitnehmervereinigungen *s. Gewerkschaften*
Arbeitsförderung 57, 268 f., 271 f., 288
Arbeitsgesellschaft 109, 173
Arbeitskosten 129, 137 ff.
Arbeitslose/Arbeitslosigkeit 27 f., 109 ff., 122 ff., 125, 136 ff., 142, 144, 147 f., 150 f., 168, 170, 174-179, 181 f., 227, 232 f., 268, 270-275, 281, 287 f., 289 ff., 293 f., 327, 376 f., 379 f., 382, 399 f., 407, 416 f., 426, 436 *s. a. Europäische Union*
Arbeitslosengeld, -hilfe 27 ff., 112, 120, 147 f., 232, 268, 271-275, 281, 287 f.
Arbeitslosenquote 117 ff., 123, 327, 426, 436
Arbeitsmarkt 18, 28, 42 f., 60, 65, 74, 78, 90, 101, 109-121, 122-128, 129-139, 140-145, 168, 173, 177, 181, 202 f., 205, 210, 241, 253, 272, 274 ff., 278, 281, 291, 327, 419, 424 ff., 436 f.
- Erwartungen Erwerbstätiger 122
Arbeitsmarktbeteiligung 123 f.
Arbeitsmarktchancen 125 f.
Arbeitsmarktpolitik 101, 110, 120 f.
Arbeitsmarktstatistik 109 f., 117, 426
Arbeitsorientierung 123
Arbeitsplatzmerkmale 140
Arbeitsplatzsicherheit 140 ff.
Arbeitsplatzverlust 142
Arbeitsproduktivität 83, 90, 334
Arbeitszeit 40, 43, 127, 142 ff., 192, 249, 253 f., 283 f., 438 f.
- Präferenzen 142 ff.
Arbeitszufriedenheit 140-144, 206 f., 409
Armut 19, 101, 165-172, 201, 290 f., 429 f.
- Begriff 165
- Bevölkerungsgruppen 167-170
- Entwicklung 170 ff.
- relative 165
- Zeitverlauf 170 ff.
Armutsgefährdung 171
Armutsgefährdung in der EU 429 f.
Armuts Grenzen 165 f.
Armutsrisiken 170
Artenvielfalt 335-338, 350, 357
Ärzte 248 f., 253 f., 271, 324, 428
Asylbewerberleistungen 272, 279 f.,
Asylbewerberleistungsgesetz 272, 279 f.
Asylsuchende, -berechtigte 18-21, 64, 200, 276, 279
Aufklärungsquote (Straftaten) 298
Aufstiegsförderung 69 f.
Ausbildungsplätze/-verträge 51, 56-59, 128, 335
Ausbildungsförderung (BAföG) 57, 65, 268 f.
Ausfuhr 90-95, 422 f.
Ausländer/-innen 17-21, 200-207, 208-214
s. auch Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Arbeitseinkommen 205
- Arbeitslose 273, 275 ff.
- Armut 167
- Asylsuchende und -berechtigte 18-21
- Aufenthaltsdauer 20, 201, 208
- Auszubildende 59, 72
- Benachteiligung, Wahrnehmung 206
- Bildung/-(s)niveau 71, 75, 202 f.
- Ehepartner 28
- Einstellungen zu 208-214
- Erwerbstätigkeit 203-206
- Integration 213
- Kinder 18, 20, 54 ff., 59, 75 f., 200
- Kontakte zu 209-214
- regionale Verteilung 20
- Schüler 54 f.
- soziale Hilfen 273, 276, 278
- soziale Kontakte 206
- Studierende 63 f., 71
- Zu- und Fortzüge 17 ff., 25
Ausländerzentralregister 11, 20

- Außenhandel 90-95
- von Bundesländern 93 f.
 - mit EU-Staaten 94 f., 423
 - Export-Performance 94
 - nach Staaten 91 f.
 - nach Warengruppen 92 f.
- Aussiedler/Spätaussiedler 17 f., 75, 78, 200-207
- Ausstattung der privaten Haushalte 145, 153-159, 161 f., 365 ff.
- Auswanderung 17
- Auszubildende 51, 58 f., 72, 137, 168, 170, 270
- B**achelorstudium 52, 61, 72
- BAföG *s. Ausbildungsförderung*
- Bahnverkehr *s. Eisenbahn*
- Baufertigstellungen 221 ff.
- Baugewerbe 82 ff., 88, 117, 129 f., 137
- Baukosten 221-224, 226
- Bauland, Kaufwert 225 ff.
- Beamte 107 f., 146 f., 151, 161, 170, 174 ff., 179 f., 204, 281, 399 f.
- Beamtenbund, Deutscher 393
- Beförderungsleistungen
- Güterverkehr 317, 319 f.
 - Personenverkehr 316 ff.
- Behinderte *s. Schwerbehinderte*
- Bekleidung 85, 96, 149-153, 161
- Bergbau (und Gewinnung von Steinen und Erden) 129, 134, 352 ff.
- Berufe/Berufsordnungen 116 f.
- Berufliche Positionen 63, 79, 109, 173, 175 f., 181, 183
s. Einkommenspositionen
- Berufliche Qualifikation *s. Qualifikation*
- Berufliche Stellung
- Aussiedler 204
 - Migrantennachkommen 204
 - Zuwanderer 204
- Berufsakademie 52, 114, 428
- Berufsausbildung 42 f., 52, 54 ff., 66, 77 f., 114, 123-127, 130, 133, 202 f., 367
- betriebliche 57 ff.
- Berufsabschluss 78
- Berufsschulen/Berufsfachschulen 52, 54-57
- berufsvorbereitende Schulen 56
- Berufsverbände 393
- Beschäftigte *s. Erwerbstätige*
- Beschäftigtenstatistik 110
- Beschäftigung, regional 327 f.
- Beschäftigung, exportabhängige 90
- Beschäftigungschancen 125 f., 128
- Bestattungen, kirchliche 389 f.
- Beteiligung, politische 363-388
- Betriebliche/berufliche Weiterbildung 51 f., 66 ff., 72, 78 f., 120, 137, 272, 426
- Bevölkerung 11-25 *s. auch Europäische Union*
- Bevölkerungsbewegung *s. Wanderungsbewegungen*
- Bevölkerungsdichte/-stand/-verteilung 11 f., 323 ff.
- Bevölkerungsentwicklung 11 ff., 22 ff., 325 ff.
- Bevölkerungsvorausberechnung 22 ff.
- Bevölkerung mit Migrationshintergrund 11, 18-21, 55, 64, 74 f., 200-207, 326 f., 394 f.
- Bildung 51-73, 74-79, 115, 122, 141 f., 149-153, 161, 168, 180, 202 f., 209, 213, 289, 293 f., 379 f., 405 ff., 414, 427 f.
- Arbeiterkinder 75
 - Ausländer 75
 - Aussiedler 202
 - Zuwanderer 202
- Bildungsabschluss 70 f. 122, 168, 367, 380, 427
- Bildungsausgaben/-budget 51 ff., 71-73
- Bildungsbeteiligung 51 ff., 75
- Bildungschancen 74-79
- Bildungsexpansion 74
- Bildungsniveau/ -stand 51 ff., 70 f., 109 f., 114, 168, 202 f., 261, 363, 365, 367 ff., 371, 405, 414, 428
- Bildungspolitik 51, 53, 62, 74, 78
- Bildungssystem 51 f., 59, 63, 70, 74, 76 f., 79, 114, 202
- Bildungszertifikate 79
- Binnenschifffahrt 313, 315 f., 319 f., 335 ff., 339
- Biokraftstoffe 344
- Biomasse 340-344
- Biosphärenreservate 350 f.
- Bodenfläche 331 f., 347 f.
- Body-Mass-Index 247, 263 f., 266
- Bologna-Prozess 60 f.
- Braunkohle 341 f., 344
- Bruttoinlandsprodukt 71 f., 82-89, 90, 98 ff., 104, 256, 258 ff., 268, 311, 324, 326, 332-338, 419, 421
- Entstehungsrechnung 83 f.
 - Verteilungsrechnung 86 ff.
 - Verwendungsrechnung 84 ff.
- Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) 82, 84, 86 f., 101, 335
- Bruttoverdienste 131-136
- in Wirtschaftsbereichen 132 ff.
- Bruttowertschöpfung 83 f., 86, 89
- Bücher 66, 72, 364 f., 370-375
- Bundesagentur für Arbeit 100, 109-112, 117 ff., 268, 272-275, 426
- Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 57, 65, 112
- Bundesergänzungszuweisungen 103 f.
- Bundesgerichte 296
- Bundesländer 11 ff., 16, 51, 98, 100, 326, 383, 386 f.
- Außenhandel 93 f.
 - Bauland 226
 - Bevölkerung 11 ff.
 - Bundesergänzungszuweisungen 103
 - Elterngeld 283 f.
 - Export 93 f.
 - Import 93 f.
 - Jugendberatung 287
 - Justizvollzug 303
 - Kinder- und Jugendhilfe 286 f.
 - Krankenhäuser, Bettenzahl 249
 - Länderfinanzausgleich 103 f.
 - Landtagswahlen 386 f.
 - Privatschulen 55 f.
 - Schulwesen 51
 - Soziale Mindestsicherung 273 f., 276 f.
 - Sterbeziffer/Sterbealter 244, 246
 - Verkehrstote 321
 - Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 251
 - Wanderungen (Bevölkerung) 16
 - Wohngeld 283
- Bundesnaturschutzgesetz 350 f.

- Bundestag, Deutscher 40, 296, 383 ff., 388, 390
 Bundestagswahlen 383-386, 392, 398
 Bundesverfassungsgericht 296 f., 387
 Bundesverkehrswegeplan 313
 Bürgerkriegsflüchtlinge 18 f., 276
- C**amcorder (Videokamera) 153 ff.
 Chemische Industrie 130, 134, 345, 352
 Chancengleichheit 74-79, 185 f.
 Computer (PC) / -nutzung 66, 153, 155, 363, 365-368
- D**emographische Entwicklung/-(r) Wandel 21 ff., 51, 54, 67, 109, 140, 142, 188, 239, 259, 389, 419 f.
 Demokratie 383-388, 392-396, 397-401, 403-407
 - Einstellungen 399
 - Verbundenheit 398 f.
 - Verständnis 398 f.
 Demokratiezufriedenheit
 - Deutschland 397 f.
 - Europa 401
 Deutsche Bundesbank 81, 95, 104, 108
 Deutschland
 - Verbundenheit mit 400
 Dienstleistung 69, 77, 83-86, 89, 96 f., 100, 105 ff., 109, 115 ff., 121, 130 ff., 137, 149-153, 205, 256 ff., 276, 311, 317, 323, 331, 345, 347, 352, 363, 369-375, 409 ff., 419, 421, 429
 Dienstleistungssektor 109, 115 f., 121, 131, 205, 347, 429
 Direktinvestitionen 95
 Duales System 51 f., 55 ff., 59, 78, 367
 DVD-Player/-Recorder 96, 153 ff.
- E**he
 - Stellenwert von 46-48
 Ehepaare 27 ff., 31, 33-37, 38 ff., 44, 48, 136
 - ausländische 28
 - deutsch-ausländische 28
 Ehescheidungen 11, 27, 32 f.
 Eheschließungen 11, 27, 32 f., 389 f.
 Ehestabilität 46
 Eigentumswohnungen 216 f., 224 f.
 - Quote 227
 Einbürgerung 18 f.
 Einfuhr 90-95, 344 f., 422 f. *s. auch Import*
 Einkommen/Einnahmen
 - der privaten Haushalte 145-149, 163-166, 329
 Einkommensentwicklung 167
 Einkommenspositionen 165
 Einkommenschichtung 165
 Einkommensteuer 103, 149
 Einkommensungleichheit 164
 - Verringerung von 291
 Einnahmen der öffentlichen Haushalte *s. Haushalte, öffentliche*
 Einschulung 40, 51, 53, 74 f.
 Einstellungen
 - Arbeit 140-144
 - zu Ausländern 208-214
 - zu Ausländern im Zeitverlauf 210
 - Demokratie 397-401
 - Ehe/Partnerschaft 47
 - Familie 47
 - materialistische und postmaterialistische 412
 - Sozialismus 398
 - Sozialstaat, Sozialpolitik 289-294
 - Umwelt 356-362
 Eisenbahn/Eisenbahnnetz 311 ff., 315, 317-321
 Elektrizitätswirtschaft 341
 Elterngeld 33, 268, 283 f., 288
 Elternzeit 38, 122 ff.
 Emissionen 331 ff., 335 ff.
 Energie 340-345
 Energieerzeugung- und Verbrauch 340-345
 Energiepolitik, europäische 345
 Energiepreise 97, 340, 345
 Energieversorgung (Versorgungssicherheit) 344 f.
 Engagement, politisches 383-388
 Erdgas 90, 340 ff.
 Erdöl 90, 203, 340 ff.
 - Preisentwicklung für Erdöl und Erdgas 345
 Erneuerbare Energien/Energieträger 343 f.
 Erwartungen 412-418
 - Zukunft 416 f.
 Erwerbsbeteiligung 38 f., 109, 114 f., 232, 278
 Erwerbslose/Erwerbslosigkeit 109-114, 117, 121 f., 294, 425 ff.
 Erwerbsorientierung 75, 122 f., 128
 Erwerbspersonen 79, 110 f., 113 f., 117, 121, 127, 142, 426
 Erwerbsquote 113 f., 121, 123, 175, 426, 437
 Erwerbstätige/Erwerbstätigkeit 13, 19, 27, 38 ff., 43 f., 65 ff., 106, 109-121, 122-128, 129-139, 140-144, 168, 170, 173-179, 203 ff., 262, 266 f., 270, 274 f., 283 f., 289, 293 f., 326 f., 335, 365, 376-382, 407, 415 ff., 424 ff., 437
 - Ausländer 203-206
 - Aussiedler 203-206
 - nach Wirtschaftsbereichen/Berufsordnungen 115 f.
 - Zuwanderer 203-206
 Erwerbsstatus 110, 114, 143, 168, 203, 289, 293 f., 377 ff., 381, 407, 415 ff.
 Erwerbssystem 122
 Erwerbsunterbrechung 126
 Erziehungsgeld 148, 268 f., 283, 288
 Eurozone 419, 423 f.
 Europäische Union 419-434, 435-441
 - Arbeitsbedingungen 436 f.
 - Arbeitsmarkt 424 ff., 436 f.
 - Armutsgefährdung 429 f.
 - Bevölkerung 420 f.
 - außenwirtschaftliche Beziehungen 422 f.
 - binnenwirtschaftliche Beziehungen 94 f., 423
 - Bildung 427 f., 437
 - Bruttoinlandsprodukt 421 f.
 - Demokratiezufriedenheit 401
 - Einkommen 429
 - Energie 431 ff.
 - Energiepolitik 345
 - Erwerbstätigkeit/Erwerbslosigkeit 424-427
 - Finanzen 423 f.
 - Gesundheit 428 f., 438
 - Handelsbilanzsaldo der Mitgliedstaaten 423
 - Informations- und Kommunikationstechnologie 430 f.
 - Jugendliche 427 f.

- Kaufkraftstandard 421
- Kinderzahl 421
- Kriminalität 307 f.
- Lebensstandard 435 f.
- Lebensverhältnisse 427 ff., 440 f.
- Lebenszufriedenheit 440 f.
- Lohnnebenkosten 137 f.
- Luftreinhaltung 346
- Mindestlöhne, gesetzliche 130
- Mobiltelefone 431
- öffentliche Bereiche 438 f.
- Parlament 387
- Parteien 387
- soziale Beziehungen 439 f.
- Transeuropäisches Verkehrsnetz 312
- Umwelt/Umweltprobleme 357, 432 ff.
- Verkehr 312, 432 f.
- Wahlen 326 f.
- Wirtschaft 421
- Wirtschafts- und Währungsunion 82, 98, 423 f.
- Wohlbefinden 439 f.
- Wohnqualität 435 f.

Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 81, 84, 89, 98-100

Evangelische Kirche 380, 390

Export 90-95, 422 f.

- Beschäftigte im Export 90
- nach Ländergruppen/Staaten 91 f.

Export-Performance 94

Facharbeiter/-innen 69, 76, 130, 132 f., 170, 174 f., 180, 187

Fachschulen/Fachhochschulen 52, 54 ff., 59 ff., 77

Fahrräder/Fahrradfahrer 157 f., 314 f., 318

Fahrzeuge/Fahrzeugbestände 157 ff., 313 ff.

Familie 27-43, 44-49

- Einstellungen zu 47
- Stellenwert von 46-48

Familienangehörige 46

Familienformen 27, 33 f., 36, 44 ff.

Familiengröße 34 f.

Familienleistungsausgleich 268 f.

Familiennetzwerke 45 f.

Familienstand 29 ff., 168, 183 f., 201, 376-381, 415

Fernheizung/- wärme 216 ff.

Fernsehen/Fernsehgeräte 66, 92, 154, 161, 369

Finanzen, öffentliche 98-106, 423 f.

Finanzierung und Vermietung (Wirtschaftsbereich) 82 ff., 88 f.

Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte 99 f.

Finanzstatistiken 81, 98, 100, 108

Flächennutzung/- verbrauch 311, 347 f., 350
s. *Siedlungs- und Verkehrsfläche*

Flugzeuge 314, 316

Förderschulen 53 ff.

Förderung der Vermögensbildung 268 f.

Fotoapparate 154 f.

Forstwirtschaft s. *Land- und Forstwirtschaft*

Frauen

- Abgeordnete 385
- akademische Laufbahn 62 f.
- Allein Erziehende 30, 35, 39

- Arbeitslose 112, 119, 123 f., 174, 274
- Arbeitsmarktbeteiligung 123 f.
- Auszubildende 58 f.
- Bevölkerung 12 ff., 22 f.
- Bildungsniveau 70 f., 202 f., 428
- Erwerbstätigkeit 109, 112 ff., 116 f., 124 ff., 131 ff.
- Erwerbsorientierung 75, 122 ff., 128
- Gesundheitspersonal 253 ff.
- Krankheit 239 f.
- Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 367 f., 371
- Parteimitglieder 388
- Pflegebedürftigkeit 243 f.
- Stellung im Beruf 204
- Straffälligkeit 300
- Studium/Studienabsichten 60, 77
- Verdienste 131-135, 139
- Wahlbeteiligung 385 f.

Freie Waldorfschulen 53, 56

Freiheitsstrafen 300-304

Freizeit/- aktivitäten 363 ff., 371 ff.

Gastarbeiter 17 f., 200, 204

Gastgewerbe 69, 83 f., 88, 115, 129 f., 139

Gebrauchsgüter 97, 153-159, 161, 370 ff., 374

Gebrauchtwagen 158, 162

Geburten 13 ff., 20 ff.

Geburtenüberschuss, -defizit 14 f., 21 ff., 53, 75, 231, 325, 327, 389, 420

Gehälter s. *Löhne*

Geldstrafen 299, 301

Gemeinden 12, 15 f., 96, 98-100, 104 f., 107 f., 129, 268, 326 f., 348, 357, 359, 363

Gerichte 295 ff.

Gerichtsverfahren 296 f.

Gesamtschulen 52-55, 76

Geschiedene 48

Geschirrspülmaschinen 153 f.

Gesellschaftliche Mitwirkung 383-388 s. *Engagement, politics; Integration gesellschaftliche; Partizipation, politische*

Gesellschaftliche Integration 376-382

Gesundheit 237-260, 261-267

- Arztbesuch, Häufigkeit 265 f.
- Krankenhausaufenthalt 266 f.

Gesundheitsausgaben s. *auch Krankenhaus; Krankheit*

- nach Ausgabenträgern 256 f.
- nach Einrichtungen 257
- nach Leistungsarten 257
- internationaler Vergleich 258 f.

Gesundheitspersonal 249 f., 253-256

- nach Berufen 253 ff.
- Frauen 253 ff.
- nach Einrichtungen 255 f.

Gesundheitsreform 237

Gesundheitszustand

- Bewertung 261 f.

Gewässerschutz 338

Gewerbesteuer 102 f.

Gewerkschaften 81, 129, 131, 393 ff.

Gottesdienst/- besucher 380, 389 f.

Großstädte 12 f., 231, 307, 315, 357
Grundschulen 52 ff., 56 f., 74
Grundsicherung im Alter 272, 277 ff.
Grundsicherung für Arbeitssuchende 271 ff.
Güterverkehr 311, 319 f.
Gymnasium 52 ff., 76

Handel 82 ff., 88, 129-132, 205 *s. auch Außenhandel*
Handy 153, 155 f., 162, 371, 431
Hartz-IV-Reform 28, 110, 118, 120 f., 232, 271, 273-277,
281, 288, 292
Hauptschulen 52-55, 57, 75 f., 168, 209, 211 ff., 379, 414
Häuserpreisindex 224 ff.
Haushalte, öffentliche 98-102
- Ausgaben 98-102
- Ausgaben nach Aufgabenbereichen 101
- Einnahmen 99, 102 f.
- Finanzen 98-106
- Finanzierungsdefizit/- saldo 99 f.
- Finanzvermögen 104 f.
- öffentliche Unternehmen 98, 105 f.
- Personal 106 ff.
- Schulden 104 f.
Haushalte, private 145-162, 163-172
- Ausgaben (Konsum) 82, 85 f., 89, 149-153, 161, 347, 352,
371-379
- Ausgaben für Freizeitaktivitäten 371 ff., 375
- Ausstattung mit Gebrauchsgütern 153-159
- Ausstattung mit Informations- und Kommunikations-
technologien 365 ff.
- Einkommen/Einnahmen 145-149, 163-166, 329
- Energiekosten, -verbrauch 96 f., 144-152, 345
Haushaltsabfälle 354 f.
Haushaltsäquivalenzeinkommen 163-165, 194, 201, 232
Haushaltsnettoeinkommen 145-150, 152 f., 157 f., 161,
163-166, 168, 175, 228, 231 ff., 262, 266 f., 371 ff.
- Zufriedenheit 408 (Zeitverlauf)
Haushaltstypen 96, 135 f., 139, 150 ff., 155 f., 159, 161,
169 f., 227, 229, 232 ff., 315, 363, 366, 371, 373 f., 430
Heiratsalter 32
Heiratsquote 45
Heranwachsende 13, 299 ff.
Hilfe (laufende) zum Lebensunterhalt 272, 276 ff.
Hilfeleistung, Verfügbarkeit 377
Hinterbliebenenrente 269, 287
Hochschulabsolventen 61 f.
Hochschulen 51 f., 59 ff.
- finanzielle Ausstattung 62
- Personal 62
Humankapital 74

Immigranten 75, 78
Import 85-95, 344 f., 422 f.
- nach Bundesländern 93 f.
- nach Staaten 91 f.
Indikatoren zur Nachhaltigkeitsstrategie 331, 335 ff.
Informations- und Kommunikationstechnologie (private Nutzung)
363, 365-370., 430 f.
Insolvenzen *s. Privatinsolvenzen*

Integration
- gesellschaftliche 376-382, 380 f.
- politische 391-396
- soziale 376-382
Interessengruppen 393 ff.
Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 38, 110, 122, 137
Internetaktivitäten 369 f.
Internetanschlüsse/-nutzung 365 ff., 430 f.
Investitionen 62, 82, 86, 95, 227 f., 257 f., 311, 338 f.
Islam 214, 389

Jüdische Gemeinden 389
Jugendarbeitslosigkeit 274
Jugendhilfe 101, 268 f., 284 f., 287 f.
Jugendkriminalität/Jugendstrafrecht 300 ff.
Jugendliche
- Einstellungen 188-192
- Familie 191
- Lebenssituation 188-192
- Partnerschaft 191 f.
- Schule 191
- Wichtigkeit von Beziehungen 190
Justiz 295 ff.
Justizvollzug/-sanstalten 302 f.

Klassenlagen
- Bildungsbeteiligung 75
- Mobilität 183
Kaufkraftstandard 421, 429
Katholische Kirche 380, 389 f.
Kernenergie 333, 340 ff.
Kinder 14, 18, 20-24, 27 f., 30-43, 44-49, 51, 53 f., 74-79, 122,
152, 154 ff., 158, 161, 169 f., 180, 188-192, 200, 219-221,
227-234, 246, 273 f., 276 f., 283-288, 291 f., 300, 322, 366,
374 f., 381, 389 f., 403-407, 430
- Ausländer 18, 20, 54 ff., 59, 75 f., 200
- Haushaltszusammensetzung 188-192
- Lebenseinstellungen 188-192
- Lebenssituation 35 ff., 188-192
Kinderbetreuung 27 f., 40-43, 44, 47, 54, 72, 74 f., 127,
188-192, 268, 285-288, 335, 403-407
- formelle/informelle Betreuungsformen 188-190
Kindergarten 33, 52 f., 74 ff., 189
Kindergeld 135 f., 148, 269, 277
Kinder- und Jugendhilfe 284-287
Kindertageseinrichtung 42 f., 74, 188 ff., 287
Kinderwunsch 48
Kino 364, 373 f.
Kirche(n) 380 f., 388 ff.
- evangelische 380, 390
- katholische 380, 389 f.
Kirchenaustritte 389 f.
Kirchenbindung 381 f.
Klassenlagen
- Mobilität 180-187
Klimaschutz 340
Konfessionszugehörigkeit 380 *s. auch Kirchen*
Kohle 129, 218, 226, 331, 333, 341 f., 344, 352
Kohlendioxid 332-336, 356

Konsumausgaben privater Haushalte
s. Haushalte, private /Ausgaben

Konzerte 363 f.

Körperschaftsteuer 103

Kraftfahrzeuge, Bestand 314

Kraftfahrzeugsteuer 103

Krankenhäuser 99, 237 f., 248-259, 428
 - Personal, Pflegepersonal 249 f., 253-256

Krankenhausaufenthalte/ -patienten 195 f., 238-241,
 248 ff., 266 f., 271

Krankenversicherung
 - gesetzliche 138, 237, 256 f., 267, 269 ff., 277, 287, 291
 - private 237, 256 f.

Kreditaufnahme öffentlicher Haushalte 102, 104 f.

Kreditgewerbe 69, 115, 129, 131 f., 139

Kriegsopferfürsorge 272, 280

Kriminalität 295, 297-300, 305-309
 - Betroffenheit (Opfer) 305 ff.
 - im europäischen Vergleich 307 f.
 - Furcht 306, 308
 - Sorgen 305 f.

Kultur/Kultureinrichtungen 362 ff., 371-375

Kurzarbeit/ Kurzarbeitergeld 110, 119 f., 272

Länderfinanzausgleich 103 f.

Länder (der BRD) *s. Bundesländer*

Landtagswahlen 386 ff., 390

Land- und Forstwirtschaft 83 ff., 88, 115, 323, 338, 347 f., 351

Landschaftsqualität 335-339, 350

Landschaftsschutz/-gebiete 350 f.

Lastkraftwagen 314, 319

Laufende Wirtschaftrechnungen 145, 371

Lebensarbeitszeit 142, 144

Lebensarrangements 44 f.

Lebensbedingungen
 - Ältere 193-199
 - Ausländer 201
 - Aussiedler 201
 - Europa 435-441
 - Jugendliche 188-192
 - Kinder 188-192
 - regionale 323-329
 - nach sozialen Lagen 175
 - Zuwanderer 201

Lebenserwartung 14, 21 ff., 32, 44, 239, 246, 420

Lebensformen 44-49

Lebensgemeinschaften 28 ff., 33-37, 39
 - gleichgeschlechtliche 28 ff.
 - nichteheliche 28 f., 39 f.

Lebenslanges Lernen 65 ff., 71

Lebenssituation von Kindern 35 ff.

Lebensqualität 163, 193, 195 f., 198, 246, 261-264, 295, 305,
 323, 329, 337, 356, 361 f., 376, 403, 439, 441

Lebensstandard 129, 145, 153, 163, 193 f., 197 f., 246, 290 ff.,
 323, 328 f., 403 ff., 410, 413 ff., 435 f., 439, 441
 - Ältere 194 f.
 - Ansprüche 176, 414-416
 - regional 328 f.
 - Sicherung 29
 - Zufriedenheit 408 (Zeitverlauf)

Lebenszufriedenheit, allgemeine 403 *s. Zufriedenheit*
 - Zeitverlauf 409

Lehrkräfte 51, 56 f., 61 f., 108, 190

Lernaktivitäten im Erwachsenenalter 66 ff.

Löhne 87 f., 129-139, 429

Lohnersatzleistungen 110, 120

Lohnnebenkosten 129, 137 ff.
 - im EU-Vergleich 137f.

Lohnsteuer 87 f., 103, 135

Lohnzusatzkosten 138

Luftbelastung/ -reinhaltung 338, 346 f.

Luftschadstoffe 332-335., 346 f.

Luftfahrtverkehr 314, 316 ff.

Masterstudium 52, 61, 72

Mediennutzung 363, 365-371

Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer 97, 103

Mieten 85, 96 f., 215, 218 f., 221, 227, 230 ff., 278

Mietbelastung 231 ff.

Mietwohnungen 216 f., 219, 226, 230 f.

Migranten/Migrationshintergrund 11, 18-21, 55, 64, 74 f., 78,
 200-207, 326 f., 394 f.

Migrantennachkommen 200
 - Arbeitseinkommen 205
 - Benachteiligung, Wahrnehmung 206
 - Bildung 202
 - Erwerbstätigkeit 204
 - soziale Kontakte 206

Mikrowellengerät 153 f.

Mikrozensus 11, 27 ff., 51, 110 f., 215, 237 f.

Mindestlöhne 129 ff.

Mindestsicherungssysteme, soziale 272-280
 - Arbeitslosengeld II und Sozialgeld 272-278
 - Asylbewerberleistungen 272, 279 f.
 - Grundsicherung im Alter 272, 277-279
 - laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 272, 276 ff.
 - Kriegsopferfürsorge 272, 280

Mineralöl 313, 340 ff.

Mineralölsteuer 203, 340 ff.

Mitgliedschaft in Organisationen 393 ff.
 - Gewerkschaften 393 ff.
 - Berufsverbände 393
 - Parteien 387 f., 393 ff.
 - Sportvereine 365, 393

Mobilität
 - Ältere 195
 - soziale 180-187
 - vertikal und horizontal 183 f.,

Mobiltelefon *s. Handy*

MP3-Player 96, 154 f.

Museen 364

Mutterschutz 122

Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeitsstrategie 331-339, 348, 350

Nachhaltigkeitsindikatoren 331, 335 ff.

Nachrichtenübermittlung (Dienstleistung) 97, 115, 149-153, 161

Nahrung/Nahrungsmittel 96f., 101, 149-153, 161, 276, 279

Nationale Identität 400 f.

Nationalparks 350 f.

Naturparks/Naturschutzgebiete 350 f.
Navigationssysteme 155, 157, 313
Nettoeinkommen/ -verdienste 35, 87 f., 128 f, 135 f., 145-153,
157 f., 161, 163-166, 168, 205, 228, 231-233, 262, 266 f., 372 f.
Netzwerke
- Einbindung 377
- Hilfeleistung 377
- persönliche, soziale 377
Nichterwerbspersonen 119, 146 f., 161, 241, 366
Nichterwerbstätige 66, 78 f., 123, 127 f., 147, 150 f., 170, 173-179
Niedrigeinkommen 163, 165 f., 205
Notare/Notarinnen 296 f.
Notlagen, Unterstützung in 378 f.

Oberzentrum (regional) 324 f.
Offene Stellen 117 ff.
Öffentlicher Dienst 98, 106 ff.
- Personal 106 ff.
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 101 f.
Öffentliche Finanzen *s. Haushalte, öffentliche*
Öffentliche Haushalte *s. Haushalte, öffentliche*
Öffentliche Sicherheit 105, 295 ff., 305-309
- Zufriedenheit mit 308
Öffentliche Unternehmen 98, 105 f.
Ökologie *s. Umwelt*
Ökosysteme 331, 346, 349 f., 351
Onlineverkäufe 369 ff.
Operationen (med.). 240 f., 259
Organisationen
- Aktivität 394
- Mitgliedschaft 393 f. *s. auch dort*
Orientierungsstufe 52 ff.

Parteien 383-388, 393 ff.
Parteimitgliedschaft 287 f., 393 ff.
- im Zeitverlauf 396
Partizipation 376-382, 383-388
Partnerschaften 45
Pensionäre/Pensionen 107 f., 112, 147 f., 151, 269, 281,
289, 293 f., 399 f.
Personenkraftwagen 157 ff., 162, 195, 312, 314, 316,
318, 321 f., 340
Personenverkehr 311, 316 ff.
- mit Flugzeug 317
- mit Pkw (Individualverkehr) 316 ff.
- öffentlicher P. 317 f.
- Verkehrswege 317 f.
Persönliche Kontakte 376 f.
Pflegebedürftigkeit 46, 195, 198, 242 ff., 259, 290
Pflegedienste/- personal 243 f., 249 f.
Pflegeheime 243, 248, 258
Pflegequote 242 f., 259
Pflegeversicherung, soziale 100, 136 ff., 256 f., 268 f.,
271, 277 f.
Photovoltaik 342 f.
PISA-Studie 51, 55, 74
Politik
- Beteiligung 392
- Engagement 391-396
- Integration 391-396

- Interesse 391-393
- Partizipation 383 ff., 391-393
Polizeiarbeit, Zufriedenheit mit 309
Preise *s. Verbraucherpreise*
Primärenergie/Primärenergieverbrauch 332 ff., 340 f.
Private Haushalte *s. Haushalte, private*
Privatinsolvenzen 159 ff.
Privatschulen/ -schüler 55 f.
Produktivität 83, 109, 334-337
Produzierendes Gewerbe 82 ff., 115, 131 ff.
- Verdienste 132 ff.

Qualifikation, berufliche/schulische 19, 28, 43, 58, 63, 67,
69 f., 74, 76, 79, 114, 132 f.

Rauchen/Rauchverhalten 246 ff.
Räume
- Agglomeration 323
- ländliche R. 323, 327
- verstädterte R. 323
Raumtypisierung 324
Realeinkommen 163
Realschule 52 ff., 76
Rechtsanwälte/-innen 296
Rechtspflege/Rechtsprechung 295 ff.
Regionale Lebensbedingungen 323-329
Rehabilitation *s. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen*
Reiseverhalten der Deutschen 318
Religion/religiöses Leben 380 f., 388 ff.
Renten, Rentner/-innen 142 f., 147, 168, 174 ff., 179,
269 ff., 281, 289, 293 f., 376-381, 399 f., 407, 415-418
Rentenversicherung, gesetzliche 148, 256, 268 ff., 287, 291
Richter/-innen 296
Rohstoffe/Rohstoffentnahme 331-337
Ruhestand 193

Säuglingssterblichkeit 246
Schadstoffe 331 f., 346
Schichtestufung, subjektive 177-179
Schichtzugehörigkeit, subjektive 177-179
Schienenfahrzeuge/ -netz 312 f., 315
Schiffe/Schifffahrt 315 f.
Schulden öffentlicher Haushalte 104 f.
Schuldnerberatungsstellen 145, 169 f.
Schulen
- allgemein bildende 51 ff.
- berufliche 51 ff., 56
- des Gesundheitswesens 52, 54 f.
Schulabschlüsse
- allgemeine 70
- berufliche 71
Schüler/-innen 51 ff.
- Ausbildungsförderung 57
- Ausgaben für 56 f.
Schutzgebiete 350 f.
Schwerbehinderte 241, 259
Selbstmord 245
Selbstrekrutierungsraten 181

Selbstständige 146 f., 168, 174 ff., 179, 180 f., 183, 204, 289, 293 f., 399 f.

Sicherheit, öffentliche 101, 107, 295 ff., 305-309
 - Wahrnehmung, Bewertung 305-309

Siedlungsabfälle 354 f.

Siedlungsstruktur 323 ff.

Siedlungs- und Verkehrsfläche 331-337, 339, 347 f., 352

Singles *s. Allein Lebende*

Sonderschulen 52 ff.

Sondervermögen des Bundes 99 f.

Sonnen- /Solarenergie 217, 341, 343 *s. auch Photovoltaik*

Sorgen
 - Arbeitsplatz 142

Sozialbeiträge, Arbeitgeber 87 f., 105, 269, 328

Sozialbeiträge, Arbeitnehmer 87 f., 148, 269, 292, 294
 - Belastung durch 292 f.

Sozialbudget 268-271, 287

Soziale Auf- und Abstiege 183 ff.

Soziale Beziehungen 376 f.

Soziale Distanz zu Ausländern 210

Soziale Herkunft 75, 180 f.

Soziale Isolation 379 f.

Soziale Lagen 173-214

Soziale Mobilität 180-187

Soziale Schichtung 173-179

Soziale Sicherung 44, 101, 107, 129, 268-288, 289-294
 - Einstellungen 290 f.

Sozialhilfe/-empfänger 112, 117 f., 147 f., 268 f., 272, 275-279, 281, 287 f.

Sozialleistungen 112, 138, 268, 272, 278, 281, 287

Sozialpolitik/Sozialstaat 100, 145, 289-294
 - Bewertung 438 (EU)
 - Einstellungen zu 290 f.
 - Vertrauen in sozialpolitische Einrichtungen 292 f.
 - Wichtigkeit von Sozialstaatszielen 291

Sozialstruktur 173-214

Sozialversicherung 98-102, 105 f., 108, 109 ff., 135, 137 f., 149, 257, 268, 287

Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) 445

Sport/Sportverbände 365

Staatsanwälte/-innen 289 f., 295 f., 301

Staats(ausgaben)quote 99 f.

Staatsschulden *s. Haushalte, öffentliche*

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) 165, 419, 429

Steinkohle 341 f., 344

Sterbealter 246

Sterbefälle/Sterblichkeit 13 ff., 21 ff., 244 ff.

Sterbeziffer 244 f.

Steuern 84, 87 f., 97-100, 102-105, 109, 135 f., 138, 148 f., 163 f., 226, 268 f., 272, 289, 292 ff., 339, 361 f., 389
 - Belastung durch 292 f.
 - umweltbezogene 339

Straffälligkeit/Straftaten 297 ff.

Strafverfolgung/Strafverfahren 295-303

Strafvollzug 301 f.

Straßenbahnen 313, 315, 317

Straßennetz 312 f.

Straßenverkehr 311 f., 298 f., 304, 316, 319,

Straßenverkehrsunfälle 320 ff.
 - Getötete, Verletzte 321

Stromerzeugung 341 ff.

Studienanfänger 59 ff., 72, 77, 335

Studiengebühren 51, 97

Studierende 59-65, 77, 428
 - Ausländer 63 f., 102
 - im Ausland 64 f.

Tabaksteuer 103

Tarifverdienste 129 ff., 137, 139

Tarifverträge/ -abschlüsse 129 f.
 - nach Wirtschaftsbereichen 130

Taufen 389 f.

Teilzeitarbeit/Teilzeitbeschäftigte 39, 42 f., 56 f., 62, 69, 88, 106, 122-125, 127 f., 142 ff., 168, 170, 203, 244, 249, 254 ff., 262, 266 f., 283, 437 f.

Telefone (Festnetz) 155 f. *s. auch Handy*

Teuerung/Teuerungsraten 96 f.

Theater 363 f.

Todesursachen 237, 244 ff.

Transeuropäisches Verkehrsnetz 312

Transferleistungen des Staates 33, 148, 161, 272, 275, 281, 429

Traungen, kirchliche 389 f.

Treibhausgase 332-339, 432 ff.

U

Übergewicht 184, 247 f., 263-267

Überschuldung, private 145, 159-162

Übersiedler 17, 25

Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer 97, 103

Umwelt 311, 331-339, 356-362 *s. auch Nachhaltigkeit*
 - Bewusstsein 360 ff.
 - Verhalten 360 ff.
 - Wahrnehmung, Bewertung 356-362

Umweltbelastungen
 - Grünflächen, Mangel an 356
 - Lärmbelästigung 356
 - Luftverschmutzung 356

Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren 335-338

Umweltbezogene Steuern 339

Umweltökonomische Gesamtrechnungen/- Trends 331 ff., 351 f.

Umweltprobleme
 - Beeinträchtigung 356-362
 - Europäische Union 357

Umweltschutz
 - Ausgaben 338 ff.
 - Sorgen 358 ff.
 - Zufriedenheit 358 ff.

Unfälle *s. Verkehrsunfälle*

Unfallversicherung, gesetzliche 100, 137, 256, 268 ff.

Ungleichheit
 - Einkommen 164
 - soziale 74, 173
 - strukturelle 173

Universitäten 52, 59 ff., 77 *s. auch Hochschulen*

Unterhaltung (Freizeit-) 83, 105 f., 149-153, 363 ff., 371-375
 - Ausgaben für 371 ff.

Unterhaltungselektronik 154 f.

Urlaub/Urlaubsdauer 363

Verarbeitendes Gewerbe 83 f., 353
 Verbraucherinsolvenzen 159 ff.
 Verbraucherpreise 96 f., 129, 131, 139
 Verbraucherpreisindex 96 f.
 Verdienste 129-136
 Vererbung von Klassenpositionen 181 ff.
 Verfahren (gerichtliche) 296
 Verkehr 82 ff., 88, 96, 105 f., 149 ff., 311-322,
 333-339, 345, 347 f., 357, 432
 Verkehrsunfälle 311, 320 ff.
 Vermögensbildung (Förderung) 269
 Versicherungsgewerbe 115, 131 f.
 Vertrauen in
 - Arbeitslosenversicherung 293
 - Grundsicherung für Arbeitsuchende 293
 - Krankenversicherung 293
 - Rentenversicherung 293
 Vertriebene 16, 24 f.
 Verurteilte 299 ff.
 Verwandte 46
 Videorecorder/Videokamera 153 f., 371-375
 Volkseinkommen 82, 87, 89
 Volkshochschulen 72
 Volkswirtschaft 70, 72, 81-89, 90, 256, 260
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 81-89, 96, 98-100, 110,
 145, 147, 268, 311 ff., 331, 344
 Volkszählung 11, 74 *s. auch Mikrozensus*
 Vorschule 75
 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 248, 251 ff., 255

Wägungsschema 96 f.
 Wahlberechtigte 383, 396
 Wahlbeteiligung 383, 385, 392
 Wahlen 383-387
 Wahlstatistik 385
 Waldfläche 347 f.
 Waldschäden 349 f.
 Wanderungsbewegungen (Migration) 14 ff., 26
 Warengruppen (Export) 92 f.
 Warenkorb 96
 Wäschetrockner 153 f.
 Wasserabgabe an die Natur 332 ff.
 Wasser/Wasserabgabe/ -entnahme 332 ff.
 Wasserkraft 340-343
 Wassernutzung 351 ff.
 Wasserstraßen 311-313
 Weiterbildung 51 f., 66-69, 72 f., 78 f., 120, 137, 272, 369
 Weltmarktanteile, deutsche 94
 Werte 412-414
 - materielle und postmaterielle 412-414
 Wertorientierungen 403 ff., 412-418
 Windkraft/Windenergie 340-344
 Wirtschaft 81-95
 Wirtschaftsbereiche/-zweige 115 f., 131 ff.
 - Erwerbstätige in einzelnen W. 115
 Wohlbefinden
 - Europa 435-441
 - physisches, psychisches 263
 - subjektives 403 ff.
 Wohlfahrt 176

Wohlstand 109, 161, 165, 167, 172 f., 176, 312, 327, 406,
 412, 414-418, 429, 435
 - Bewertung Verteilungsgerechtigkeit 415
 Wohnen/Wohnungen 149-153, 215-221, 227-235, 435 f.
s. auch Baukosten, Bautätigkeit, Mieten
 - Größe 229
 - Zufriedenheit 408 (Zeitverlauf)
 Wohneigentum 175, 215-221, 227 f.
s. auch Eigentumswohnungen
 Wohngebäude
 - Beurteilung, Zustand 228
 Wohngeld 232 f., 268 f., 281 ff.
 Wohnkosten 227-235
 Wohnraumversorgung 230 f.
 Wohnsituation 215-221, 228 ff.,
 Wohnungsbestand 215-221
 Wohnungsheizung 216 ff.
 Wohnverhältnisse 227-235
 Wohnzufriedenheit 233 f.

Zufriedenheit in Lebensbereichen 403-411
 - Arbeit/Arbeitsplatz 142, 403-407, 410 (Zeitverlauf)
 - Arbeitsbedingungen 437 (EU)
 - Arbeitsmarkt 437 (EU)
 - Bevölkerungsgruppen 405-409
 - Demokratie 397 f., 403-407
 - Einkommen 197 (Ältere), 403-407
 - Familienleben 48, 403-407
 - Freizeit 403-407, 410 (Zeitverlauf)
 - Freundes- /Bekanntnenkreis 403-407
 - Gesundheit 197 (Ältere), 403-407, 410 (Zeitverlauf)
 - Haushaltseinkommen 403-407, 410 (Zeitverlauf)
 - Kinderbetreuung 403-407
 - Lebensstandard 197 (Ältere), 403-407, 410 (Zeitverlauf),
 414 (EU)
 - Lebenszufriedenheit 197 (Ältere)
 - öffentliche Sicherheit 308 f.
 - soziale Sicherung 293 f.
 - Tätigkeit im Haushalt 48, 403-407
 - Umweltzustand 358 f., 404 f., 410 (Zeitverlauf)
 - Waren und Dienstleistungen (Angebot an -) 404 f.,
 410 (Zeitverlauf)
 - Wohnen/Wohnung 403-407, 410 (Zeitverlauf), 436 (EU)
 Zukunftserwartungen 416 f.
 Zuwanderer 11, 63, 200-207

